BERICHT ÜBER DIE VERHANDLUNGEN DER GENERAL-VERSAMMLUNG DER...

Vereinigung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer, Berlin

Vereingung

Bericht

über die

Verhandlungen der XVIII. Generalversammlung

der

Vereinigung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer

zu

Berlin, am 21. Februar 1893

erstattet vom

Bureau des Ausschusses.

Als Anhang:
Statut und Verzeichniß der Mitglieder.

Berlin 1893.
Verlag des Bureaus der Steuer- und Wirthschafts-Reformer,
SW. 47, Hagelberger Straße 18.

Bericht

über die

Verhandlungen der XVIII. Generalversammlung

der

Vereinigung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer

zu

Berlin am 21. Februar 1893

erstattet vom

Bureau des Ausschusses.

Als Anhang:

Statut und Verzeichniß der Mitglieder.

Berlin 1893.
Verlag des Bureaus der Steuer- und Wirthschafts-Reformer,
SW. 47, Hagelberger Straße 18.

Inhalts-Verzeichniß.

Stenographischer Bericht

über die

Verhandlungen der XVIII. Generalversammlung

der

Vereinigung

der

Steuer- und Wirthschafts-Reformer

am 21. Februar 1893

zu

Berlin, im Architektenhause (Wilhelmstr. 92/93).

Der Vorsitzende, Graf **von Mirbach**-Sorquitten, eröffnet die Versammlung gegen $10^1/_2$ Uhr mit folgender Ansprache:

Meine Herren! Zunächst habe ich die Ehre, Sie namens des Ausschusses zu begrüßen. Die Vorgänge der letzten Zeit werden uns alle mit lebhafter Freude und Genugthuung erfüllen. Die große agrarische Bewegung, welche in diesen Tagen in noch nie dagewesener Stärke zum Ausdrucke gelangte, ist ganz wesentlich durch die rastlose und hingebende Arbeit der Mitglieder dieser Vereinigung vorbereitet und in bestimmte Bahnen geleitet worden, unsere Schwestern, die Vereinigung unter dem Namen „Congreß Deutscher Landwirthe" nicht zu vergessen, in der eine große Anzahl von uns in gleichem Sinne thätig war, sowie den Deutschen Bauernbund! An Zahl nicht sehr stark, waren wir stets eines Willens, haben wir stets in denselben Kerb gehauen, gleichviel, ob die Verhältnisse uns günstig oder ungünstig waren, wir haben unentwegt in den Parlamenten, in der Presse gekämpft. Der Erfolg ist ein überraschender, gezeitigt einmal durch die wirthschaftliche Noth, die schärfer, unerbittlicher an die Thüren klopft denn je, dann durch

das Empfinden, daß man uns in leitenden Kreisen zwar Wohlwollen entgegenbringt, aber in jedem Einzelfalle eher geneigt ist, uns Lasten, Opfer aufzuerlegen, als uns zu helfen.

(Sehr richtig!)

Ich wiederhole, die Erfolge der letzten Zeit waren großartige, überraschende — sollen wir als Vereinigung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer nach solchen Erfolgen uns selbst aufgeben? Ich sage auf das entschiedenste nein! — Wir wollen uns erst dann aufgeben, wenn es nichts mehr zu erreichen giebt, und ich halte diesen Moment noch nicht für gekommen. Diese Vereinigung soll der feste Kern agrarischer Gesinnung und Thätigkeit bleiben, so lange ein solcher nothwendig ist.

(Bravo!)

Sie soll die hervorragenden, in den Vordergrund tretenden wirthschaftspolitischen Fragen entwickeln, klar stellen, wie sie es bisher gethan hat, sie soll dem großen Bunde der Landwirthe darin als fester Stützpunkt dienen und durch Personal-Unionen auf das engste mit ihm verknüpft sein. Ueber eine organische Vereinigung wird die Zukunft entscheiden. Unsere Vereinigung hat zuerst und ausschließlich den Versuch einer systematischen Behandlung der Agrarfrage gemacht. Einen Staatsmann, der diesen Gedanken aufgenommen, haben wir leider nicht erlebt. Auch Fürst Bismarck hat seine starke Hand nur an die Lösung einzelner Fragen gelegt. — Es handelt sich nicht blos darum, den Grundbesitz, die Landwirthschaft vorübergehend prästationsfähig zu machen, durch Maßnahmen, welche sie vor schwererer Belastung, als andere Gewerbe, als anderes Vermögen schützen, welche sie vor der Vernichtung durch ausländische Konkurrenz, durch die Währung bewahren, welche in den Arbeiterfragen auf sie entsprechende Rücksicht nehmen u. s. w. — es handelt sich auch ganz wesentlich darum, sie prästationsfähig zu erhalten durch Reformen im Gebiet des Erbrechtes und der Verschuldung.

(Sehr richtig!)

Sollte es keinen Staatsmann geben, der einsieht, daß eine systematische Behandlung der Agrarfrage nothwendig ist, daß Flickwerk nicht viel nützen kann? Wir hoffen es; bisher sind Anzeichen dazu nicht vorhanden.

Wir stehen, glaube ich, alle im vollen Gegensatze zu der Auf-

fassung des Herrn Reichskanzlers, daß es für einen hohen Staatsbeamten nicht erwünscht sei, ein Gut zu besitzen, ich will nicht sagen vortheilhaft.

(Heiterkeit.)

Welche Fülle segensreicher Erfahrung für die Gesammtheit haben nicht große Staatsmänner gerade aus ihrer Zugehörigkeit zu der Landwirthschaft geschöpft! Wem schlägt das Herz nicht höher, nicht blos dem Preußen, jedem Deutschen, wenn wir Friedrichs des Großen gedenken, des leuchtendsten Sternes in dem Diadem unserer Hohenzollernfürsten, des Mannes, dem auch seine Feinde Bewunderung zollten! Wie klar hat Friedrich der Große erkannt, daß die Landwirthschaft das eigentliche Fundament des Staates sei. Mit welcher Hingebung, mit welcher Liebe und Sachkenntniß bis in das kleinste Detail hinein hat er den Landbau gepflegt, ihn in die Wege geleitet: „Hier habe ich eine Provinz im Frieden erobert", sagte der große König, als er das Oderbruch aus einem Sumpf in fruchtbares Gefilde umgewandelt hatte!

(Lebhaftes Bravo.)

Geschützt muß jeder Besitz in gleicher Weise werden, darin hat der gegenwärtige Reichskanzler Recht; aber die soziale Bedeutung der Landwirthschaft, des ländlichen Grundbesitzes läßt sich nicht in Werthzahlen wiedergeben, dieselben bedürfen sorgfältigerer, aufopfernderer Pflege seitens des Staates als alle anderen Gewerbe, zumal des Gewinnes halber sich ihnen schwerlich Jemand zuwendet.

(Sehr richtig!)

Unsere Vereinigung hat aber, und das werden wir nicht übersehen, nach ihrem Statut die Pflicht, für die *gesammte redliche Arbeit, nicht blos* für die Landwirthschaft, einzutreten. Die Februartage des Jahres 1893 werden dauernd denkwürdige bleiben, sie verleihen uns Kraft und Muth zu neuer Arbeit. Gott wird uns nicht verlassen, wenn wir uns nicht selbst aufgegeben.

(Wiederholter lebhafter Beifall.)

Bevor wir unsere Arbeiten beginnen, lassen Sie uns einstimmen in den Ruf: Seine Majestät der Kaiser lebe hoch! — abermals hoch! — und zum dritten Male hoch!

(Die Versammlung stimmt begeistert in den Hochruf ein.)

Nach der bisherigen Praxis werden wir die Neuwahl des Vorstandes und Ausschusses erst nach der Frühstückspause vollziehen.

Zu Schriftführern erlaube ich mir vorzuschlagen die Herren von Bandemer-Selesen, von Sydow-Bärfelde — ich darf wohl Herrn von Sydow-Dobberphul bitten, seinen Vater so lange zu vertreten, bis er erscheint — und Herrn Baron von Loën-Gr. Biesnitz.

(Zustimmung.)

Ich bitte die Herren, hier Platz zu nehmen.

Noch eins, meine Herren! Es ist in Uebereinstimmung mit Herrn Baron von Manteuffel und mir in Anregung gebracht worden, ein gemeinsames Mittagessen der Mitglieder des Congresses Deutscher Landwirthe und der Vereinigung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer morgen, Mittwoch, im „Hotel Reichshof" in der Wilhelmstraße stattfinden zu lassen. Ob aus dieser Vereinigung beider Körperschaften auf eine andere, weitergehende geschlossen werden darf, weiß ich nicht.

(Heiterkeit.)

Wir treten nun in unsere Tagesordnung ein. Erster Gegenstand derselben ist

Die Währungsfrage.

Ich ertheile als Referenten das Wort dem in Deutschland an erster Stelle auf diesem Gebiete stehenden Herrn Dr. Arendt, Mitglied des Abgeordnetenhauses.

Berichterstatter, Landtagsabgeordneter Dr. **Arendt**-Berlin: Meine Herren! Seit mehr als 10 Jahren habe ich wiederholt die Ehre gehabt, an dieser Stelle vor Ihnen über die Währungsfrage zu sprechen; ich habe es aber niemals mit größerer Hoffnung und Zuversicht auf den endlichen Erfolg der bimetallistischen Sache gethan, als heute. Meine Herren! Die Vereinigung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer hat unzweifelhaft das historische Verdienst, daß sie zuerst thatsächlich den Kampf gegen die Goldwährung in Deutschland begonnen hat. Ich darf daran erinnern, daß, als unser verehrter Herr Vorsitzender, Graf von Mirbach, zum ersten Male im Reichstage eine Rede gegen die Goldwährung hielt, er von seiner Partei desavouirt wurde. Die Zeiten ändern sich, und gegenwärtig, glaube ich, kann Ihre Vereinigung darauf rechnen, die große Mehrheit der deutschen Landwirthe hinter sich zu haben. Ich hoffe aber auch, daß die Industrie mehr und mehr aus dem Dunstkreise der Goldwährung hervortreten wird und als natürlicher Bundesgenosse der Landwirthschaft in den Kampf gegen die für

Beide gleich gefährliche Goldwährung eintritt. Nach dieser Richtung wird mein Herr Korreferent sich des Weiteren auslassen und ich gehe deshalb darüber hinfort.

Wenn ich heute in der Währungsfrage besonders hoffnungsfreudig sehe, so geschieht das namentlich im Hinblick auf die wichtige Veränderung in unserer wirthschaftlichen Lage, so geschieht das namentlich im Hinblick auf die Handelsverträge, von denen man von diesem Gesichtspunkte aus sagen muß: es hat auch schließlich jedes Ding seine gute Seite! Und so haben auch die Handelsverträge, bei denen das vielleicht am wenigsten auf den ersten Blick deutlich hervortritt, doch die gute Seite wenigstens gehabt, daß sie die Währungsfrage mehr in den Vordergrund treten ließen. Meine Herren! Nach meiner persönlichen Auffassung liegt das Gefährliche der eingeschlagenen Handelsvertragspolitik, die ein Abweichen von der Bismarckschen Schutzzollpolitik zu einer neuen Freihandelsära bedeutet, — liegt das Gefährliche dieser Handelsvertragspolitik nicht in der Herabsetzung der Getreidezölle, sondern in der Fixirung der Getreidezölle.

Ich stehe in dieser Frage — und damit komme ich auf eine Aeußerung, die der Herr Reichskanzler im Reichstage kürzlich gethan hat, als er es sich als ein besonderes Verdienst um die Landwirthschaft zugeschrieben hat, daß er einen Sturm auf die Getreidezölle abgeschlagen habe —, ich stehe in dieser Frage genau wie Herr Graf von Kanitz, und vertrete die Meinung, daß es vortheilhafter für die Landwirthschaft gewesen wäre, wenn damals bei den außerordentlich hohen Getreidepreisen ebenso wie in Frankreich eine zeitweise Suspendirung der Getreidezölle eingetreten wäre.

(Sehr richtig!)

Es würde sich dann gezeigt haben, daß die deutschen Landwirthe nicht einen Schutz- und Bereicherungszoll wünschen, sondern einen Ausgleichungs- und Erhaltungszoll;

(Sehr richtig!)

und das würde weiter vor allen Dingen auch den Vortheil gehabt haben, daß das Volk sich darüber hätte praktisch belehren können, was es mit der Vertheuerung des Brotes durch die Zölle auf sich hat. Denn darüber kann kein Zweifel bestehen, daß, wenn damals die Getreidezölle suspendirt worden wären, der Brotpreis nicht im mindesten niedriger geworden wäre; der Agitation aber würde der

Boden entzogen worden sein. Daß man das nicht gethan hat, liegt daran, daß man die Zölle als Kompensationsobjekt für die Handelsverträge nicht entbehren konnte; es war also kein Verdienst um die Landwirthschaft.

Aber, meine Herren, die Fixirung der Zölle auf 12 Jahre beweist meines Erachtens, daß man von den Grundlagen unseres landwirthschaftlichen und wirthschaftlichen Lebens überhaupt in denjenigen Kreisen, welche diese Fixirung vornahmen, nicht die genügende Kenntniß gehabt hat. Es fand damals ja eine auffallende Aufwärtsbewegung der Preise statt. Ich will nicht untersuchen, wie weit Mißernten, wie weit Börsenspekulationen die Schuld daran getragen haben; jedenfalls mußte Jeder sich sagen, daß es sich um eine vorübergehende Erscheinung handle, und daß ein großes Reich wie Deutschland nicht die einzige Schutzmaßregel aus der Hand geben durfte, welche für den Fall, daß einmal wieder reichlichere Ernten und umgekehrte Börsenspekulationen zu einem sehr niedrigen Preisstande führen würden, allein wirksam wäre. Aber nachdem das geschehen ist, nachdem eine Erhöhung des Getreidezolles ausgeschlossen ist — und das ist ja die einzige Bindung der Zölle, die eingetreten ist; denn auch den Vortheil der Bindung der Zölle kann ich nicht anerkennen, daß damit nämlich ein Schutz gegen ein Heruntergehen der Zölle gegeben sei; das ist allerdings versprochen, aber es steht nach den Verträgen nichts im Wege, daß jeden Tag die Zölle ermäßigt werden können; nur erhöht können sie nicht werden — also, nachdem das Alles geschehen ist, sind wir damit auf einem Punkt angelangt, wo es überhaupt keine durchgreifende Maßregel mehr giebt im Interesse der Landwirthschaft, als in der Währungsfrage; und von diesem Gesichtspunkt aus bin ich in diese Erörterung hier eingetreten.

Meine Herren! Es ist nun nicht meine Absicht, Ihnen hier eine weitläufige Darlegung über die Währungsfrage zu geben. Ich glaube, das ist auch an dieser Stelle nicht nöthig, in einer Vereinigung, welche so oft und so entschieden in dieser Frage Stellung genommen hat. Ich glaube um so weniger hierauf eingehen zu brauchen, als wir ja wenigstens die eine zutreffende Bemerkung in den letzten Tagen von einem der Herren Vertreter der Regierung gehört haben, nämlich die Bemerkung des Freiherrn von Marschall, daß die Silberentwerthung unzweifelhaft einen erheblichen Einfluß

auf die Preisrückgänge aller Waaren und besonders der landwirthschaftlichen Produkte gehabt habe.

Ich will deshalb auch davon absehen, die Ausführungen der Herren Abgeordneten Dr. Bamberger und Büsing des Näheren zu beleuchten, welche dies naturgemäß leugnen. Nur ein Zeugniß möchte ich anführen, welches in Deutschland noch wenig bekannt ist, und welches vielleicht gerade die genannten Herren als Autorität zulassen werden; ich meine das Zeugniß des englischen Delegirten auf der letzten Brüsseler Münzkonferenz, des Lord Rothschildt. Lord Rothschildt hat dort erklärt: er gebe zu, daß die indische Konkurrenz den Getreidepreis in England herabgedrückt habe; er müsse aber sagen, daß er einen Getreidepreis von 30 Shilling einem von 45 Shilling vorziehe. Meine Herren, das mag ja vom Konsumenten- und vom kapitalistischen Standpunkt, dem Standpunkt eines großen Industriestaates wie England aus, der eine so große Arbeitermasse zu ernähren hat, vielleicht richtig sein; aber man wird dann doch auch einige Gerechtigkeit denen widerfahren lassen, die der Ansicht sind, daß ein Getreidepreis von 45 Shilling — ich will das deutsch übersetzen: es wird ungefähr gleichkommen einem Weizenpreise von 140 oder 210 M. — es wird also doch gerechtfertigt sein, daß man in Deutschland sagt: wenn bei 140 M. die Landwirthschaft nicht bestehen kann, so ist doch ein Weizenpreis von 210 M. vorzuziehen, wenn dabei die Landwirthschaft prosperirt und damit also auch Gewerbe und Industrie und Handwerk im Lande zur Blüthe kommen. Denn die Grundlage des gesammten Wirthschaftsverkehrs wenigstens in Deutschland ist auch heute noch unbestreitbar die Landwirthschaft.

Meine Herren! Es ist dann im Reichstage — ich will auf diese Dinge nicht näher eingehen, ich will sie nur streifen — namentlich auch noch das hervorgehoben worden, daß die Landwirthe sich namentlich über die russische Valuta beschwerten; daß diese Valuta doch eine Papiervaluta sei, und daß es auf die russische Valuta gar keinen Einfluß habe, ob Deutschland Gold- oder Doppelwährung habe; das hänge mit der russischen Papiervaluta nicht zusammen. Da dieser Punkt so häufig hervortritt, möchte ich mir gestatten, ihn kurz zu beleuchten.

Ein direkter Zusammenhang zwischen der russischen Valuta und der deutschen Währung ist ja allerdings nicht vorhanden, und es

giebt Leute, die alles, was nicht direkt ihnen vor die Augen tritt, nicht sehen oder sehen wollen. Aber, das Eine ist doch sicher: die russische Valuta hängt in ihrer Werthbildung nicht nur von dem russischen Kredit ab, sondern auch von dem Gegenwerth, und der Gegenwerth ist das Gold. Je mehr das Gold werth wird, um so mehr muß der Russe naturgemäß in seinen Noten hergeben, um Gold zu erlangen; um so niedriger stellt sich also auch dementsprechend die russische Valuta. Da die Goldwährung nun das Gold vertheuert, so wird dies naturgemäß auch dahin führen müssen, den Rubelkurs niedrig zu halten. Ganz ebenso fällt, wenn durch die Doppelwährung der Goldwerth von dieser ungeheuerlichen Höhe herabgedrückt wird, die weitere Vertheuerung des Goldes aufhört, für die russische Valuta ein wichtiger Grund der Entwerthung fort. Andererseits ist aber ganz unzweifelhaft, daß Rußland, so lange das Silber in seiner Funktion als Weltgeld nicht wieder eingesetzt wird, an eine Herstellung der Baarzahlung nicht denken kann; daß aber, sobald Gold und Silber Gelddienste leisten, die Möglichkeit und Wahrscheinlichkeit gegeben ist, daß Rußland zu einer Wiederherstellung seiner Valuta gelangt. Auch von diesem Gesichtspunkte aus ist es von höchster Bedeutung; aber der allgemeine Gesichtspunkt ist eben viel wichtiger: daß die Herabsetzung des Goldwerthes die russische Valuta natürlich zu einer Steigerung bringt. Meine Herren! Diese Herabsetzung des Goldwerthes ist es gerade, welche die Gegner der Bimetallisten befürchten, welche sie dem Bimetallismus sogar direkt zum Vorwurf machen. Ich darf da nur an eine Aeußerung des Herrn Reichstagsabgeordneten Barth erinnern, desselben Herrn Barth, den unser verehrter Herr Vorsitzender, Graf von Mirbach, wie ich meine, doch etwas unliebenswürdig im Reichstage behandelt hat.

(Oho!)

Denn Herrn Dr. Barth sind wir, glaube ich, zu besonderem Danke verpflichtet, und von diesem Gesichtspunkte aus hätte ich geglaubt, daß er etwas liebenswürdiger hätte behandelt werden können. Er sagt nämlich das mit der nöthigen Deutlichkeit, was seine Kollegen etwas rücksichtsvoller und umschriebener ausdrücken. So ist es ja Herr Dr. Barth gewesen, der in einem Aufsatze in der „Nation" erklärt, die landwirthschaftliche Frage löse sich am besten dadurch, daß der Besitz aus den schwachen naturgemäß in die stärkeren Hände hineingleite

(Heiterkeit.)

— eine außerordentlich werthvolle Bemerkung. Die Aeußerung, um die es sich heute handelt, lautet folgendermaßen:

> „Es ist bei Licht besehen nichts Anderes als das Bestreben, die Schulden, die der Großgrundbesitzer gemacht hat, dadurch daß man das Geld entwerthet, zu verringern. Die verschuldeten Großgrundbesitzer wünschen durch eine Verschlechterung des Geldes in die Lage zu kommen, einen Theil ihrer Schulden loszuwerden."

Nun, meine Herren, es läßt sich ja dagegen Einiges ausführen; z. B. daß, wenn wirklich die Wiederherstellung des Silberwerthes in diesem Maße den Schuldnern zu Gute kommt, doch wohl umgekehrt die Entwerthung des Silbers in demselben Maße den Gläubigern zu Gute gekommen sein muß, daß also ein außerordentliches Unrecht den schuldenden Klassen gegenüber begangen ist. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß ich keine Geldverschlechterung wünsche, sondern fest an einem stabilen Geldwerth halte. Ich sehe aber eine Verschlechterung des Geldwerthes nicht nur darin, daß das Geld weniger werth wird, sondern noch mehr darin, daß es mehr werth wird; und für diese Seite der Verschiebung des Geldwerthes fehlt es merkwürdiger Weise der Manchester- und Goldwährungspartei an jedem Augenmaß; es ist, als ob diese Möglichkeit gar nicht in Betracht zu ziehen wäre.

Man könnte nun annehmen, daß das nur Mangel an Sachkenntniß ist. Aber es sprechen doch gewichtige Gründe dafür, daß die Dinge anders liegen. Vor 30 und 40 Jahren war das Gold nämlich der Entwerthung ausgesetzt, und Silber war das höherwerthige Metall, und da sehen wir, daß die Partei, welche jetzt jeden Silbermann als eine Art Volksverderber betrachtet und nur im Gold die Wahrheit und das Recht sieht, gegen das Gold und für das Silber war, und daß kein Geringerer als der Vater der Manchesterpartei, Cobden, die Abschaffung der Gold- und die Einführung der Silberwährung in England empfahl. Das bringt uns doch auf den Gedanken, daß hier eine gewisse Absicht zu Grunde liegt, daß es hier darauf ankommt, das Geld immer so zu gestalten, daß es im Werthe wohl nach oben gehen kann, aber nicht nach unten. Und nun muß man doch fragen: welche Wirkung hängt denn mit dieser Veränderung des Geldwerthes zusammen? — und da ist es ganz unstreitig, daß jedes Höhergehen des Geldes identisch ist mit dem

Rückgang der Preise, und alle diejenigen bedrückt und schädigt, welche Schuldner sind und produziren; daß dagegen eine Entwerthung des Geldes allen denjenigen zu Gute kommt, welche Schuldner sind und produziren. Denn nominell bleibt ihre Schuldenlast dieselbe, nominell bleibt der Zinsbetrag derselbe; sie haben aber, je nachdem, mehr oder weniger von ihrer Produktion aufzuwenden, um denselben Zinsbetrag zu decken. Man hat das mit einer Elle verglichen, welche kürzer oder länger wird; und es ist klar, daß, wenn jemand Waare hervorbringt, er mit einer länger werdenden Elle mehr, mit einer kürzer werdenden Elle weniger Waare hingeben muß.

Und nun bin ich der Meinung, daß, wenn eine Verschiebung des Geldwerthes eintreten muß und man nur die Wahl hat zwischen einer Steigerung und einer Verringerung des Geldwerthes, man unter allen Umständen zu Gunsten derjenigen Bewegung Partei nehmen muß, welche auf eine Verringerung des Geldwerthes hinausläuft, welche also zu Gunsten der produzirenden Klassen und gegen das Uebergewicht des Kapitals ausfällt.

Meine Herren! Von diesem Standpunkte aus ist, glaube ich, überhaupt die Bewegung gegen die Goldwährung eingetreten. Die münztechnische Seite der Frage würde keinen Menschen erwärmen; es ist lediglich die wirthschaftliche, soziale Seite der Frage, die in Betracht kommt, und wenn der Herr Abgeordnete Dr. Bamberger sagt, die Bimetallisten sollten nicht an der Währung rütteln, so erwidere ich ihm, daß es überhaupt keinem Menschen einfällt, an der Währung zu rütteln.

(Sehr richtig!)

Wir haben in Deutschland die Reichswährung; zur Reichsgoldwährung sind wir noch nicht gekommen. Die Reichswährung wollen wir behalten, die will kein Mensch ändern; wir wollen auch nicht die Goldwährung abschaffen. Was wir wollen, ist, daß die ausschließliche Goldwährung aufhören soll. Wir wollen, daß neben der Goldwährung, die wir, wie ich wiederhole, behalten wollen, die Silberwährung in ihre Rechte eintritt, daß die beiden Füße, auf denen der Geldumlauf basirt ist, gesund und kräftig sind, und nicht, wie es jetzt der Fall ist, Alles auf dem einen Fuße steht, der dazu nicht die ausreichende Kraft hat; wir wollen also nicht die schwankende, sondern womöglich die stabile Währung.

Bei der letzten Debatte im Reichstage hat der Herr Reichs=

kanzler es besonders übel genommen, daß Herr von Kardorff — ich glaube, er war es — gesagt hat: die deutschen Delegirten auf der Brüsseler Münzkonferenz hätten die feindseligste Haltung dort von allen Delegirten eingenommen. Meine Herren! Ich bin in Brüssel gewesen, ich habe die Protokolle durchgesehen und kann dem Herrn Reichskanzler nur die Versicherung geben, daß die allgemeine Ansicht in Brüssel dahin gegangen ist, daß unter allen Staaten, die dort vertreten waren, Deutschland allerdings die feindseligste Haltung inne gehalten hat.

(Hört, hört!)

Zum Beweise dessen will ich mir gestatten, aus den Protokollen der Brüsseler Münzkonferenz die Erklärung der deutschen Delegirten in der Uebersetzung vorzulesen:

„Da Deutschland von seinem Münzsystem befriedigt ist" —

(Hört, hört!)

„— hat es nicht die Absicht, dessen Grundlagen zu modifiziren. Die Kaiserliche Regierung verkennt indessen nicht, daß die bestehenden Schwankungen und die beträchtliche Entwerthung des Silbers sehr bedauerlich vom wirthschaftlichen Standpunkte aus sind, und daß es sehr nützlich den wirthschaftlichen Interessen des Kaiserreichs wäre, wenn ein Heilmittel dauernder Art diesen Inkonvenienzen gegenüber gefunden werden könnte. Infolge dieser Erwägung hat die Kaiserliche Regierung die Pflicht zu haben geglaubt, der Einladung der Vereinigten Staaten zu dieser Konferenz zu entsprechen. Indessen, angesichts der Befriedigung mit der monetären Situation des Reiches schreibt die Kaiserliche Regierung die strikteste Reserve ihren Delegirten vor, welche infolgedessen weder an der Diskussion noch an den Beschlüssen über die von den Vereinigten Staaten präsentirte Resolution sich werden betheiligen können."

(Hört, hört!)

Meine Herren! Ich weiß nicht, wie man sich feindseliger einer Konferenz gegenüberstellen kann, als wenn man Delegirte hinschickt, die in der ersten Sitzung, in der diskutirt wurde, erklären: wir sind

zwar hier, aber wir betheiligen uns weder an der Diskussion noch an der Abstimmung.

(Sehr richtig!)

Daß das einen außerordentlich ungünstigen Eindruck hervorrufen mußte, versteht sich ja von selber. Die Delegirten, welche Deutschland zu vertreten haben, waren, abgesehen von dem deutschen Gesandten, der als solcher der Delegation beitrat, der Reichsbankdirektor Harttung und der Geheime Finanzrath von Glasenapp, zwei liebenswürdige Beamte, gegen deren Persönlichkeit ich nicht das Mindeste hier vorbringen möchte. Aber, sie waren durch ihre Instruktion, die ja auch im Reichstage vorgelesen worden ist, gebunden. Sie sind außerdem entschiedene Anhänger der Goldwährung, und ich möchte die Meinung hegen, daß wenn man, wie es hier von der Regierung selbst anerkannt ist, von der wirthschaftlichen Bedeutung der Währungsfrage doch mindestens eine Ahnung hat, man dann doch zu dieser Konferenz auch Männer aus dem praktischen Leben hätte schicken sollen.

(Lebhafte Zustimmung.)

Die englische Regierung hält auch an der Goldwährung fest; aber die englische Delegation hat sich ganz anders verhalten. Sie bestand aus Männern des praktischen Lebens, und es war sogar unter den englischen Delegirten ein Vorstandsmitglied der englischen Bimetallisten-Liga, ein Großindustrieller aus Manchester, Namens Houldsworth, der seine bimetallistische Ansicht als englischer Regierungsdelegirter auf der Konferenz vertreten hat. Die englischen Delegirten haben auch an der Diskussion und auch an den Beschlüssen theilgenommen, sie haben selbst Anträge gestellt. Ich habe die Konferenzverhandlungen gestern noch mal durchgesehen und kann nur wiederholen: keine Regierung hat sich so ablehnend verhalten, wie die deutsche.

Ich will zum Beweise nur die Erklärungen der österreichischen Regierung, die eben in einer Währungsreform begriffen ist, hier vorlesen; der österreichisch-ungarische Gesandte erklärte:

„Ich bin autorisirt zu erklären im Namen der beiden Regierungen, die ich die Ehre habe hier zu vertreten, daß diese das lebhafteste Interesse für die Debatten der Konferenz haben. Sie sind erfüllt von dem innigen Wunsch, daß die Arbeiten dieser Versammlung zu einem greifbaren Ergebniß

führen mögen. Die Regierungen Oesterreichs und Ungarns sind ferner bereit, mit der sorgfältigsten Aufmerksamkeit die Vorschläge zu prüfen, welche durch gemeinsamen Beschluß als definitives Ergebniß der Brüsseler Münzkonferenz zu Tage treten."

Das ist doch eine ganz andere Sprache, als sie die deutschen Delegirten haben vernehmen lassen; und ich möchte darauf aufmerksam machen, daß, als im Reichstage kürzlich diese Frage wieder zur Besprechung kam, Herr Reichsschatzsekretär Freiherr von Maltzan sich in einer Weise geäußert hat, — ich finde die Stelle im Augenblick nicht — die auch dahin ging: ja, wir wollen ja gern etwas für das Silber thun, aber an der Grundlage unserer bestehenden Währung darf unter keinen Umständen gerüttelt werden. Das heißt mit anderen Worten: wasch mir den Pelz, aber mach' mich nicht naß!

(Heiterkeit.)

Das ist ja die ganze Grundlage, von der die Sache ausgegangen ist: weil Deutschland die Goldwährung eingeführt hat, ist die Währungsfrage entstanden. Die anderen Staaten sind uns erst gefolgt, und damit ist die Silberentwerthung eingetreten.

Allerdings nimmt der Herr Reichsschatzsekretär Freiherr von Maltzan an, daß die Vermehrung der Silberproduktion die Hauptschuld an der Entwerthung des Silbers trägt. Meine Herren! Wenn ich das in den liberalen Zeitungen lese, wundere ich mich darüber gar nicht; es klingt so augenscheinlich, so ganz natürlich: Die Silberproduktion hat sich verdoppelt, folglich ist das Silber entwerthet worden. Jeder, der nichts davon versteht, glaubt das. Aber daß der Herr Reichsschatzsekretär das ausgesprochen hat, hat mich doch gewundert; denn ich muß sagen: ich glaube nicht, daß in England auch ein Anhänger der Goldwährung etwas Aehnliches sagen würde. Woher kommt es denn, daß, als sich die Goldproduktion von 50 auf 750 Mill. Mk. Jahresausbeute vermehrte, sich also verfünfzehnfachte, daß da eine Entwerthung des Goldes nicht eintrat? Das kam daher, daß England die Goldwährung hatte, und Frankreich Doppelwährung behielt, so daß also jedes Quantum Gold in Frankreich vermünzt werden konnte, und man dagegen dort Silber haben konnte. Wäre nun die Vermehrung der Silberproduktion eingetreten, so lange Deutschland die Silberwährung und Frankreich die Doppelwährung hatte, man also jedes Quantum Silber in Deutschland und Frankreich

hätte vermünzen können, dann wäre eine Silberentwerthung, wie wir sie jetzt haben, überhaupt undenkbar gewesen; darüber kann gar keine Meinungsverschiedenheit bestehen. Man kann deshalb nicht sagen, daß die Produktionsvermehrung eine solche Entwerthung des Silbers zur Folge gehabt hätte; das liegt vielmehr an der Aenderung der Gesetzgebung, und wenn man heute die Gesetzgebung wieder ändern würde, und die alleinige Silberwährung in der Welt eingeführt würde, würden wir eine sofortige Entwerthung des Goldes bekommen. Denn der Werth des Edelmetalls beruht darauf, daß man es vermünzen kann, und wenn man dem Silber diese Eigenschaft nimmt und sagt: wir haben die Entwerthung des Silbers vorausgesehen, wir haben sie geahnt — das hat aber natürlich kein Mensch damals ausgesprochen — und nun sind wir rechtzeitig in die schöne Goldwährung eingelaufen! — so verwechselt man Ursache und Wirkung. Wenn man einem Vogel die Flügel festbindet, so kann er natürlich nicht fliegen; man braucht aber nur die Flügel zu lösen, so kann er gerade so fliegen wie früher. So wird auch das Silber aus seiner Entwerthung wieder emporgehoben werden, sobald die Münzstätten sich ihm wieder öffnen.

Was die angebliche unermeßliche Produktion des Silbers jetzt schon und noch mehr bei Wiederherstellung des Silberwerthes betrifft, so kann ich da auf die ausgezeichneten Arbeiten des Wiener Professors und Geologen Sueß verweisen, der über die Zukunft des Silbers geschrieben und bewiesen hat, daß die große Vermehrung nur eine vorübergehende ist; und daß er Recht hatte, haben mir Ziffern bewiesen, die ich gerade heute früh, ehe ich hierher kam, bekommen habe, und die die außerordentlich wichtige Thatsache enthalten, daß im Jahre 1892 zum ersten Mal in den Vereinigten Staaten ein sehr bedeutender Rückgang der Silberproduktion stattgefunden hat, ein Rückgang um etwa $^1/_6$ der Gesammtproduktion. Es ist nicht vom Uebel, sondern von Vortheil, daß wir eine reiche Silberproduktion haben; denn je mehr das Gold zu industriellen Zwecken verbraucht wird, um so mehr würde ohne das Silber die nothwendige Vermehrung der Zahlmittel für den stetig wachsenden Weltverkehr fehlen.

Sodann hat der Herr Reichsschatzsekretär in seiner Rede im Reichstage auf etwas anderes aufmerksam gemacht; er hat nämlich gesagt — ich möchte den Wortlaut verlesen —:

„Mit der Ausprägung der Zehnmarkstücke sind wir sehr zögernd vorgegangen, auch aus der Erwägung, dem noch vorhandenen Silber Raum zu lassen. Wir haben allerdings jetzt in neuester Zeit eine neue Ausprägung von Zehnmarkstücken beschlossen, weil der Verkehr das dringend forderte und sie einfach nicht mehr zu haben waren. Aber wir haben recht lange damit gezögert, und auf die weitere Ausprägung von goldenen Fünfmarkstücken, die dem Silberumlauf Konkurrenz machen könnten, haben wir seit Jahren verzichtet. Die vorhandenen lagen meines Wissens zum größten Theil in den Kellern der Reichsbank."

Meine Herren, nur eine ganz kurze Bemerkung hierzu! Fürst Bismarck hatte in der Absicht, dem Silber Raum zu schaffen, die Ausprägung von Zehnmarkstücken inhibirt, und so lange er Reichskanzler war, dauerte die „Zögerung" mit der Neuausprägung von Zehnmarkstücken. Was aber die goldenen Fünfmarkstücke — es waren ihrer ganze 28 Millionen geprägt —, die dem Silber Konkurrenz machen könnten, betrifft, und das Zugeständniß, daß man die goldenen Fünfmarkstücke nicht mehr ausgiebt, so meine ich, diese Münzen waren einfach durch ihre außerordentliche Unbequemlichkeit, die Kleinheit, die sie zum Verlieren geradezu prädestinirt erscheinen lassen, so unbeliebt, daß man sie gar nicht ausgeben konnte.

Der Reichskanzler hat im Reichstage dann auch noch gesagt, was man denn eigentlich von ihm wolle, er könne doch England nicht zwingen, und ohne England wolle ja Niemand mit dem Bimetallismus vorangehen. Der Herr Reichskanzler hat bei der großen und umfassenden Amtsthätigkeit vielleicht nicht Zeit gefunden, den bisherigen Gang des Währungskampfes zu verfolgen; sonst würde er wissen, daß seit längeren Jahren die Führer des Bimetallismus sich sämmtlich darüber einig sind, daß der Bimetallismus auch ohne England nothwendig und wünschenswerth ist;

(Sehr richtig!)

und wenn man jetzt so über die Währung im gewöhnlichen Leben spricht, so stößt man in erster Linie auf solche, die da sagen: von der Währungsfrage verstehe ich nichts! — und es ist ganz komisch, daß das sogar mit einem gewissen Stolz gesagt wird, als ob es eine Art von Klugheit wäre!

(Heiterkeit.)

Aber diejenigen, welche nun etwas weiter gehen und welche sagen: wir haben uns doch mit der Währungsfrage beschäftigt! — die sagen dann, und hüllen sich in große Weisheit dabei: ja, das ist ganz schön mit dem Bimetallismus, aber ohne England geht es nicht!

(Heiterkeit.)

Und fragt man dann: ja, warum geht es denn nicht? — so wird geantwortet: wir können doch nicht den Engländern die Kastanien aus dem Feuer holen!

Nun, meine Herren, ich muß doch sagen, daß es ganz gleichgültig ist, ob von einer deutschen Maßregel England einen Vortheil oder einen Nachtheil hat; es kommt lediglich darauf an, ob Deutschland einen Vortheil davon hat.

(Sehr richtig!)

Dann sagt man weiter: Die Engländer bekommen das Monopol der Goldwährung und eine Stellung im Welthandel, wie sie sie sonst noch nie gehabt haben; das schädigt unseren Bankverkehr und den gesammten Auslandshandel! — Wäre diese Auffassung richtig, so könnte man sich ja immer noch überlegen, ob diese Schädigung, oder ob die Schädigung der produzirenden Klassen größeres Bedenken hervorruft; aber ich bin auch der Meinung, daß diese Schädigung der Banken und des Welthandels eine lediglich eingebildete ist. Meine Herren, worin soll denn das Goldwährungsmonopol Englands bestehen? Es sind zwei Fälle möglich: entweder wird bei der Durchführung des Bimetallismus in den übrigen Staaten ohne England der Silberwerth wiederhergestellt und dauernd festgehalten — und welchen Vortheil hat dann das Goldwährungsmonopol für England? — oder es tritt der Fall ein, daß die Bimetallisten nicht Recht hatten, daß das Schwanken des Silberwerthes bleibt, daß Goldagio bleibt. Nun, meine Herren, dann gönne ich den Engländern das Goldwährungsmonopol von Herzen, und dann würde es meines Erachtens die schwerste Schädigung für England sein, wenn es das einzige Land mit der theuersten Währung wäre, ein Land, dem Jeder verkaufen, von dem aber Niemand kaufen möchte.

(Sehr richtig!)

Was nun aber die Behauptung betrifft, daß die deutschen Markwechsel erst durch die Goldwährung eine Stellung im Welt-

verkehr erlangt haben, so ist das auch eine Verwechselung des post hoc mit dem propter hoc. Nicht die Goldwährung, sondern die Schaffung des Deutschen Reiches hat es bewirkt, daß die deutsche Valuta und der deutsche Wechsel im Weltverkehr von so großer Bedeutung geworden sind. In früherer Zeit hatte Hamburg Silberwährung und Bremen Goldwährung; nichtsdestoweniger hat der Hamburger Wechsel eine viel erheblichere Bedeutung gehabt, als der Bremer Wechsel, weil Hamburg die größere Stellung im Welthandel inne hatte; und so geht es mit dem deutschen Wechsel jetzt auch. Seine Stellung im Weltverkehr hängt nicht so von der Währung wie von der handelspolitischen Stellung Deutschlands ab. Der Pariser Wechsel ist immer der zweite gewesen im Weltverkehr hinter dem Londoner, und zwar lediglich deshalb, weil Frankreich die zweite Stellung im Welthandel inne hatte. Was man über See braucht, ist nicht Gold, sondern überhaupt Mittel, um die Zahlungsverpflichtungen zu erfüllen, und je größer diese Zahlungsverpflichtungen sind infolge des Exporthandels, um so größer ist die Nachfrage nach Wechseln. Unseren Exporthandel heben wir aber ganz außerordentlich, — ich glaube, darüber wird der Herr Korreferent sich noch auslassen — wenn die Silberentwerthung aufhört, die hier so störend eingreift.

Hier möchte ich eine kleine Anekdote erwähnen aus dem Leben, welche mir dieser Tage aus der Rheinprovinz mitgetheilt worden ist. — Ein hoher Beamter der Rheinprovinz besuchte jüngst einen Fabrikanten in Barmen, und besichtigte dessen Fabrik. Da sagte schließlich der Fabrikbesitzer: Nun aber, Exzellenz, will ich Ihnen das Merkwürdigste meiner Fabrik zeigen! — und dabei öffnete er einen Fabriksaal, in welchem eine große Reihe von Maschinen still stand und kein einziger Arbeiter vorhanden war. Als der hohe Beamte sich wunderte und fragte: was ist denn das? — da sagte der Fabrikant: Ja, Exzellenz, sehen Sie, das ist die Währungsfrage!

(Große Heiterkeit.)

In diesem Saal waren hundert und mehr Arbeiter beschäftigt, um an diesen Maschinen Waaren für Ostasien hervorzubringen; infolge der Silberentwerthung hat dieser Export aufgehört, und meine Maschinen stehen still!

Also, meine Herren, der Export wird durch den Bimetallismus

außerordentlich gehoben werden, und wird besonders gehoben werden, wenn wir in Silber werden bezahlt nehmen können, und die Engländer nicht.

Aber, meine Herren, wenn man wirklich auf dem Standpunkt steht, den Bimetallismus nur ohne England für unmöglich zu erklären, mit England aber ihn zu wünschen, dann begreife ich die Politik nicht, die Deutschland auf der Brüsseler Münzkonferenz verfolgt hat, zu sagen: wir halten an der Grundlage unserer Währung fest! Nein, wir müssen dann doch die Politik verfolgen, die von den Vertretern Frankreichs, Hollands, Spaniens, Italiens u. s. w. verfolgt wird, die Alle erklärt haben: wir erkennen an, daß ein Uebergang von der Goldwährung zum Bimetallismus ein außerordentlicher Fortschritt wäre; wir wünschen ihn, aber wir müssen auf England warten. Ich bin überzeugt, wenn Deutschland heute so vorginge, würde es alle Staaten mit sich fortreißen. Aber mindestens müßte man doch die bestimmte Erklärung abgeben: Deutschland ist bereit, wenn England zum Bimetallismus übergeht, dies auch zu thun.

Ich bin vor wenigen Monaten in England gewesen, und man sagte mir dort, daß man ernste Besorgniß hätte, daß, wenn England sich dem Bimetallismus anschließe, Deutschland nicht mitgehen würde. Die bimetallistische Bewegung in England ist eine solche, daß auf einen nahen Sieg ernstlich gerechnet werden kann. Ich sprach mit mehreren Herren, die vor einigen Jahren sagten: wir kämpfen den Kampf, aber wir haben keine Aussicht auf einen nahen Erfolg. — Dieselben Herren hoffen jetzt auf einen nahen Erfolg. Der Führer der englischen Konservativen, unzweifelhaft der kommende Mann in England, der bisherige Minister für Irland, Balfour, hat kürzlich in Manchester in einer Rede ausdrücklich erklärt, daß die Tories die Währungsfrage auf ihr Programm nehmen werden. Die englischen Landwirthe haben sich zu einem großen Kongreß zusammengethan, und ihr Führer, der bisherige Landwirthschaftsminister Chaplin, hat am 7. Februar im Unterhause erklärt: es giebt für die englische Landwirthschaft keine andere Hilfe, als den Bimetallismus! Aber noch mehr: der Erzbischof von Dublin, Mr. Walsh, der geistige Führer der irischen Partei im Unterhause, hat erklärt, daß die irische Agrarfrage nur durch den Bimetallismus gelöst werden könne, und er

ist — worauf man in England großes Gewicht legt — der Bimetallisten-Liga beigetreten.

(Hört! hört!)

Dazu kommt, daß in England die in großen Gewerkgenossenschaften vereinigten Arbeiter durchaus bimetallistisch sind; sie sehen in dieser Frage viel klarer, als die sozialdemokratischen Führer der deutschen Arbeiterpartei. Sie erklären, daß sie keinen Abgeordneten für das Parlament wählen, der nicht Bimetallist ist; und in der Versammlung in Manchester, von der ich eben erzählte, wo Balfour sprach, war der zweite Redner ein Unterhausmitglied, Bright, ein Führer der Radikalen.

So liegen also die Dinge in England weit günstiger, als bei uns in Deutschland. Wenn man nun aber die Politik verfolgen will, die der Herr Reichskanzler, wie es scheint, angedeutet hat, indem er sagte: er könne England nicht zum Bimetallismus zwingen, so frage ich doch, ob nicht ein solcher Zwang möglich wäre; und ich glaube, daß angesichts der großen Bewegung in England ein solcher Zwang in der That Aussichten hätte. Es ist heute bereits durchführbar, einen Vertrag mit verschiedenen großen Staaten zu machen, welcher bezweckt, in dem Augenblick, wo England sich anschließt, den Bimetallismus durchzuführen; und das würde der Bewegung in England eine große Stützkraft geben.

Aber noch mehr: was hindert denn, daß, wenn alle Kulturstaaten, alle großen Nationen darüber einig sind, daß die Goldwährung ein Gift ist, welches ihren wirthschaftlichen Körper zerfrißt, dann diese Nationen sagen: wir haben nicht Lust, weil der Cobdenklub in England nicht von der Goldwährung lassen will, uns zu Grunde zu richten? Wenn England nicht den Wünschen aller Nationen folgen will, werden wir unsere Maßregeln ergreifen! In den Vereinigten Staaten von Nordamerika geht man schon damit um, die Währungsfrage mit der Handelspolitik zu verquicken und zu sagen: Länder, welche uns durch ihre Währung schädigen, müssen höhere Zölle zahlen, wenn sie Waare bei uns einführen.

(Sehr richtig!)

Warum kann man sich nicht darüber verständigen, gleiche Maßregeln gegen England zu treffen und zu sagen: so lange England bei der Goldwährung verharrt, werden wir uns gegen englische Produkte wehren dadurch, daß wir die Zölle gegen solche

Staaten, die dem Währungsvertrage nicht beitreten, erhöhen! Dann werden wir ja abwarten können, was in England geschieht.

Aber endlich, meine Herren, warum geht man nicht zur Brüsseler Münzkonferenz, die im Juni wieder zusammentritt, und sagt: so lange wir durch Englands Weltstellung genöthigt sind, die Goldwährung festzuhalten, wollen wir berathen, welche Maßregeln getroffen werden können, um den Nothstand einigermaßen zu lindern und einer weiteren Verschärfung desselben durch einen weiteren Rückgang des Silberwerths vorzubeugen? Ist denn das nun die richtige Haltung, daß man Delegirte hinschickt, welche sagen: wir wollen hören, aber wir dürfen nicht mitsprechen und nicht mitabstimmen? Ich bin im deutschen Klub in London gewesen und habe einen Vortrag mitangehört, welchen ein deutscher Privatsekretär Rothschildts dort gehalten hat über die Brüsseler Konferenz; es war ein entschiedener Goldwährungsmann, aber das Urtheil, welches er über die deutschen Delegirten, ihre Haltung auf der Brüsseler Münzkonferenz und über ihre Instruktionen aussprach, kann ich hier nicht wiederholen; so scharf verurtheilend war es, daß ich es hier nicht wiedergeben kann.

(Hört! hört!)

Und unsere Landsleute in London, die zum Theil Goldwährungsmänner, zum Theil Bimetallisten sind, waren mit dem Redner in der Beurtheilung der Haltung und Instruktion Deutschlands auf der Brüsseler Münzkonferenz ganz einig. So beurtheilt man also draußen die Dinge, und ich habe von manchen der Delegirten fremder Staaten gehört, daß sie einfach die Haltung des Deutschen Reiches nicht verstehen können; wie eine Großmacht sagen kann: wir haben ja ein Interesse an dieser Sache, aber wir schicken Delegirte, die sich weder an der Diskussion, noch an der Abstimmung betheiligen sollen! Man sagte einfach: ja, warum sind die Herren nicht zu Hause geblieben? Die Verhandlungen werden ja gedruckt, man kann das ja zu Hause studiren; dazu braucht man doch keine Delegirten zu schicken.

(Sehr richtig! und Heiterkeit.)

Wie gesagt, meine Herren, Alles, was ich in dieser Beziehung geäußert habe, richtet sich nicht gegen die Person der deutschen Delegirten, sondern nur gegen die ihnen gegebene Instruktion, und ich möchte nach dieser Richtung hin nicht mißverstanden werden. Aber

ich möchte hoffen, daß, wenn im Juni die Münzkonferenz wieder zusammentritt, Deutschland sich, seiner Mission als großes Kulturvolk entsprechend, thatkräftig an der Lösung dieser großen Kulturfrage, von der die ganze wirthschaftliche Entwicklung abhängig ist, betheiligen möge.

(Bravo!)

In diesem Sinne, meine Herren, habe ich Ihnen die Resolution gestellt, und in diesem Sinne bitte ich dieselbe anzunehmen.

(Lebhafter Beifall.)

Die Resolution lautet:

„I. Das Sinken der Preise der Hauptprodukte der Landwirthschaft, der dadurch bedingte Rückgang der Kaufkraft der Landwirthschaft selbst, muß zu einer das gesammte Erwerbsleben beherrschenden Krisis führen. Wir erkennen in dem Preisfall des Silbers bezw. in der Steigerung des Goldwerthes den wesentlichen Grund des Preisdrucks auf dem Weltmarkte.

Die Wiederaufnahme der Silberprägung erscheint deshalb dringlich geboten, zumal in Folge der am 1. Februar vorigen Jahres in Kraft getretenen Handelsverträge die Möglichkeit, der deutschen Landwirthschaft durch Zollerhöhungen zu helfen, nicht mehr besteht.

Die „Vereinigung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer" sieht in einer vertragsmäßigen internationalen Doppelwährung das entscheidende Mittel zur Wiederherstellung des Silberwerthes, will jedoch auch andere auf die Vermehrung der Silberzirkulation und die Hebung des Silberpreises abzielenden Maßnahmen nicht ablehnen.

Die „Vereinigung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer" erwartet von den Vertretern der Industrie und der Gewerbe, daß dieselben in Gemeinschaft mit denen der Landwirthschaft alle auf die Wiederherstellung des Silberpreises gerichteten Maßnahmen wirksam unterstützen. Ein gemeinsames Vorgehen sämmtlicher produktiven Berufe erscheint dringlich geboten.

Die Gefahr einer weiteren Schädigung des wirthschaftlichen Lebens durch die einseitige Goldwährung liegt nicht blos auf wirthschaftlichem Gebiete und damit auf dem der Erhaltung unserer Wehrkraft und Machtstellung nach außen, sondern auch

auf dem sozialen Gebiete, das bei allen politischen und wirthschaftspolitischen Maßnahmen eine entsprechende Berücksichtigung erfahren soll.

II. Die „Vereinigung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer“ betrachtet die Wiederherstellung der vor Einführung der deutschen Goldwährung vorhandenen Relation des Goldes zum Silber auf Grundlage internationaler Vereinbarungen über die Doppelwährung als das berechtigte Endziel ihrer Bestrebungen. Um jedoch das Interesse der industriellen Kreise, welche durch die stetig wiederkehrende Goldnoth sowohl, als auch durch die Schwankungen und den Rückgang des Silberpreises hart betroffen werden, mit demjenigen der Landwirthschaft zu verbinden, ist sie bereit, alle jene Bestrebungen zu fördern, die geeignet sind, dem vermehrten Silberumlauf und der dadurch herzustellenden Hebung und Stetigkeit des Silberpreises zu dienen.

In diesem Sinne wird die Vereinigung die nachfolgenden, die Hebung und die Stetigkeit des Silberpreises bezweckenden Maßnahmen unterstützen.

„1. Die Staaten: Deutschland, England, der Lateinische Münzbund und die Vereinigten Staaten verpflichten sich mittelst eines internationalen Uebereinkommens, kein Papiergeld und keine Goldmünzen unter 20 Frcs. bezw. 20 Mk. in den Verkehr zu bringen.

2. Die in diesen Staaten vorhandenen Goldstücke und Scheine unter 20 Frcs. bezw. 20 Mk. werden möglichst bald eingezogen.

3. An Stelle des eingezogenen Gold- und Papiergeldes wird Kurantsilber ausgegeben, dessen Werthverhältniß zum Gold international festgesetzt wird.“

III. a) Die „Vereinigung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer“ erklärt die Durchführung der Doppelwährung mit dem Werthverhältniß von 1 : 15,5 auch ohne Zutritt Englands für möglich und wünschenswerth.

b) Für den Fall, daß die Reichsregierung die Doppelwährung nur in Gemeinschaft mit England annimmt, ersucht die Generalversammlung den Herrn Reichskanzler,

1. eine dahin gehende Erklärung bei Wiederzusammentritt der Brüsseler Münzkonferenz abgeben zu lassen,

2. die dort vertretenen Staaten zum Abschluß eines Währungsvertrages aufzufordern, dessen Inkrafttreten von dem Beitritt Englands abhängig gemacht wird.

c) In diesem Fall ist es Aufgabe der deutschen Vertretung, auf der Brüsseler Münzkonferenz Maßregeln vorzuschlagen, durch welche der Beitritt Englands zur internationalen Doppelwährung gefördert wird, durch welche, bis dieser erfolgt, die Aufrechterhaltung und Hebung des Silberwerthes herbeigeführt wird."

Vorsitzender Graf **von Mirbach**-Sorquitten: Namens der Versammlung danke ich dem Herrn Referenten für seinen interessanten und lehrreichen Vortrag. Ich glaube, wir werden alle Ursache haben, ihm eine weitere Verbreitung zu geben.

Sodann erlaube ich mir mitzutheilen, daß auf Wunsch des Herrn Landwirthschaftsministers Herr Geh. Oberregierungsrath Dr. Thiel wegen des zweiten Themas unseren Verhandlungen beiwohnt.

(Die Versammlung erhebt sich.)

Ich ertheile nun das Wort dem Korreferenten Herrn Dr. Stall, den ich die Ehre habe den Herren vorzustellen.

Mitberichterstatter, Herausgeber der „Deutschen volkswirthschaftlichen Korrespondenz", Dr. **Stall**-Berlin: Meine Herren! Was meine Stellung zur Doppelwährungsfrage anbelangt, so stehe ich im Großen und Ganzen auf dem Standpunkte, der von der Mehrheit der hier Versammelten vertreten wird. Das Deutsche Reich hat meines Erachtens, als es vor zwanzig Jahren zur Goldwährung überging, einen verhängnißvollen wirthschaftspolitischen Schritt gethan, dessen Folgen, je weiter wir vorschreiten, sich um so energischer geltend machen. Ganz besonders aber ist die Art und Weise, wie das Deutsche Reich den Uebergang von der Silber- zur Goldwährung bewirkt hat, beklagenswerth, und der zwangsweise und überstürzte Verkauf des Silbers hat meines Erachtens am allermeisten zu denjenigen Krisen beigetragen, die wir im Laufe der letzten zwanzig Jahre auf dem Geldmarkte zu verzeichnen haben. Mögen immerhin in den früheren Jahren einzelne Schwankungen im Silberpreise vorgekommen sein, die ganz anormale Entwerthung des Silbers ist erst eingetreten, als unsererseits das Silber demonetisirt wurde, und allmählich überall die Furcht entstand,

daß auf die Dauer ein immer größerer Uebergang zur Goldwährung stattfinden müsse.

Die Valutafrage spielt bekanntlich eine ganz hervorragende Rolle bei dem Abschlusse von Handelsverträgen; die Erkenntniß, daß dem so sei, ist allerdings bisher keineswegs genügend verbreitet, im Gegentheil läßt sich nicht leugnen, daß bei dem Abschlusse der Handelsverträge mit Oesterreich-Ungarn sowohl als auch wiederum bei dem bevorstehenden Abschlusse eines neuen Handelsvertrages mit Rußland diese Frage gänzlich außer Acht gelassen ist. Bei Ländern mit derselben Währung muß eben anders verfahren werden wie bei solchen mit Zwangskurs. Es leuchtet ein, daß die schwankende Valuta eine unsichere Grundlage für die Kalkulation der Beziehungen zwischen Ländern mit vollwerthiger Valuta und solchen mit minderwerthiger abgiebt, und daß diese Schwankungen in den meisten oder doch in sehr vielen Fällen genügen, um den kalkulirten Handelsgewinn aufzuzehren. Wenn aber beispielsweise der russische Rubel anfangs des Jahres 1888 162 notirte, so ist es wiederum begreiflich, daß eine derartige Verminderung des Werthes um mehr als 50 pCt. vom eigentlichen Werthe des Rubels durch Schutzzölle ausgeglichen werden muß, und daß ein besonderer Schutzzoll solchen Ländern gegenüber in dieser Höhe garnicht in Betracht kommt.

Nun aber sind rücksichtlich der unterwerthigen Valuta in Oesterreich-Ungarn und in Rußland gerade in den letzten Wochen Anschauungen aufgetaucht, die meines Erachtens nicht energisch genug widerlegt werden können. In einem Artikel des Herrn von Sydow in der „Neuen Preuß. Ztg." vom 10. Februar wird mit vollem Rechte darauf hingewiesen, daß bei dem Abschluß eines Handelsvertrages mit Rußland daran festgehalten werden muß, daß bei einer etwaigen späteren Valutaregulirung in Rußland der Rubelwerth nicht unter 3,22 M. festgesetzt werde. Ganz in derselben Weise hätte man auch bei dem Abschlusse eines österreichisch-ungarischen Handelvertrages vorgehen und bestimmen sollen, daß eine Valutaregulirung nicht anders als auf der Grundlage von 1 Gulden gleich 2 M. durchgeführt werden dürfe. Was ist nun aber, meine Herren, anstatt dessen geschehen? Von freihändlerischer Seite wird nicht ohne Genugthuung darauf hingewiesen, daß Oesterreich-Ungarn im Begriffe stehe, seine Valuta durch eine Regu-

lirung zu verbessern und daß dortselbst alles in schönster Ordnung sei. Hierin liegt jedoch eine arge Täuschung oder auch eine absichtliche Irreführung. Schon seit einer Reihe von Jahren hat man in Oesterreich-Ungarn auf die bevorstehende Valutaregulirung hingewiesen und dabei zu wiederholten Malen betont, daß die günstige finanzielle Lage und die Herstellung des Gleichgewichtes im Budget Oesterreich-Ungarns zu einer Aufnahme der Baarzahlung und zum Uebergange zur Goldwährung berechtige. Insbesondere waren die österreichisch-ungarischen Blätter nicht müde, darauf hinzuweisen, daß den verbesserten Verhältnissen gegenüber auch die Valuta des Landes von Tag zu Tag sich bessere, was als ein günstiges Zeichen angesehen werden müsse, daß der Kredit des Landes im Auslande sich allmählich wieder in erfreulicher Weise gehoben habe. Alle diese für die wirthschaftliche Lage des Landes günstigen Verhältnisse mußten nun allmählich aber sicher zu einem immer mehr zunehmenden Herabsinken des Goldagios führen, so daß zu vermuthen stände, daß im Laufe einiger Jahre der Gulden annähernd mit Ausnahme einer kleinen Differenz zu Gunsten des Goldes den Parikurs erreicht haben würde. Nun aber geschieht das Außerordentlichste, was unter solchen Verhältnissen geschehen konnte: die österreichisch-ungarische Regierung arbeitet eine Valutaregulirung aus auf der Basis von ca. 18% Agio, so daß der Gulden österreichischer Währung gleich 2 Kronen nicht gleich 2 M. ist, sondern für ewige Zeiten mit 1,70 M. fixirt wird; mit anderen Worten, die österreich-ungarische Regierung fällt dem natürlichen Gange der Dinge, welcher einen vollständigen Rückgang des Agio bewirkt haben würde, gewaltsam in die Zügel und verhindert durch Ausmünzung von Kronen im Werthe von 85 Pf. die Herstellung der Valuta, welche sonst unfehlbar eingetreten wäre. Sie sichert sich also dadurch unter allen Umständen die doppelten Früchte des Handelsvertrages, indem sie 1) auf 12 Jahre eine Herabsetzung der Zölle um 30% erlangt hat und 2) dafür gesorgt hat, daß die minderwerthige Valuta mit einem Disagio von ca. 18% bestehen bleibe. Man hat allerdings davon gesprochen, daß im Laufe der Zeit auch die Baarzahlung aufgenommen werde, allein mir ist es nicht zweifelhaft, daß während der 12jährigen Dauer der Handelsverträge Oesterreich-Ungarn sich die errungenen Vortheile nicht wird nehmen lassen und nicht zur Baarzahlung übergehen wird. Die wirkliche Baarzahlung in Oesterreich-Ungarn könnte nur auf der

Basis von 1 Gulden gleich 2 M. festgesetzt werden, die jetzige Währung Oesterreich-Ungarns, die es gestattet, entweder in Kronen gleich 85 Pf., oder in österreichischer Papierwährung zu zahlen, kann aber nicht als eine Goldwährung im Sinne derjenigen des Deutschen Reiches angesehen werden.

(Sehr richtig!)

Was will man aber dazu sagen, wenn angesichts derartiger Verhältnisse in den öffentlichen Blättern stets darauf hingewiesen wird, daß nach erfolgter Regulirung der Valuta die Landwirthschaft sich nicht mehr zu beklagen habe. Ganz merkwürdig erschien es mir, daß selbst von Seiten der Landwirthe derartige Ansichten getheilt werden; denn in dem von der „Nat.-Ztg." veröffentlichen Schreiben des Herrn Paul Pogge zu Schweickvitz bei Patzig ist die Bemerkung enthalten:

> „Die Herabsetzung des Kornzolls Oesterreich-Ungarn gegenüber verurtheilen viele Landleute nicht mehr so sehr, seitdem sie wissen, daß diese Länder die Goldwährung einführen und dann unter ähnlichen Verhältnissen produziren, wie wir selbst. Kaum haben wir uns in unser Schicksal gefügt, da werden wir auf's Neue beunruhigt durch einen mit Rußland drohenden Zollvertrag."

Daß eine Produktion unter gleichen Verhältnissen nicht stattfindet, habe ich bereits vorhin auseinandergesetzt; es ist auch nicht wunderbar, daß Goldwährungsorgane sich dahin vernehmen lassen, als ob dies dennoch der Fall wäre; wohl aber dürfte es sehr unangenehm auffallen, daß gerade ein Landwirth derartige, durchaus irrthümliche Ansichten veröffentlicht.

Die Art und Weise, wie Oesterreich-Ungarn die Währung geordnet hat, ist für die Landwirthe verderblich. Darüber kann doch kein Zweifel bestehen, daß, wenn etwa Rußland auf Grund des bestehenden Rubelkurses, vielleicht auch gar Amerika auf Grund des Silberwerthes, Indien auf Grund des bestehenden Rupienkurses nach dem Muster von Oesterreich-Ungarn die Frage der Goldwährung ordnen wollte, der vollständige Ruin der Landwirthschaft als besiegelt zu betrachten wäre.

(Sehr richtig!)

Es bleibt darum ein großer politischer Fehler, daß auf die wirkliche Regulirung der Währungsverhältnisse in denjenigen Ländern,

mit denen wir Handelsverträge abschließen wollen, nicht gedrungen worden ist, wenn schon die deutsche Regierung, wie dies ja der Fall ist, eben absolut nicht für die Einführung der Doppelwährung thätig sein will.

Meine Herren! So oft von dem Einfluß der Währung auf die wirthschaftlichen Verhältnisse Deutschlands die Rede ist, wird die Sache immer so dargestellt, als ob es sich hier lediglich um die Interessen der Landwirthschaft handelte. Diese Ansicht ist eine durchaus verkehrte, wenn auch nicht geleugnet werden soll, daß mit Rücksicht auf den Import von Getreide, wie er regelmäßig von Rußland und Oesterreich-Ungarn stattfindet, gerade ganz besonders die Interessen der Landwirthschaft auf dem Spiele stehen. Allein die Interessen der Industrie leiden nicht minder, wenn es sich um den Handelsverkehr mit Ländern handelt, die eine minderwerthige, allen Preisschwankungen unterworfene Valuta besitzen. Der Industrielle ist nicht in der Lage, den Preis für seine Waare, insbesondere, wenn es sich um Zahlungen auf längere Zeit handelt, richtig zu kalkuliren, wenn es, wie wir bereits gezeigt haben, vorkommen kann, daß der Werth des Guldens oder des Rubels zur Zeit der Fälligkeit eines Acceptes so niedrig steht, daß man den ganzen, von ihm kalkulirten Handelsgewinn einbüßt. Nicht minder aber ist es unzweifelhaft, daß auch der Export desjenigen Landes, das minderwerthige Valuta besitzt, nach Deutschland beispielsweise nicht nur für Getreide, sondern für alle Waaren erleichtert wird, wenn die Valuta niedrig, während umgekehrt, wenn die Valuta steigt, der Export von diesen Ländern nach Deutschland erschwert wird, während umgekehrt unser Export nach diesen Ländern einen Aufschwung nimmt.

Aus den offiziellen Daten, die uns über den Handel nach Moskau aus dem Jahre 1889 vorliegen, geht hervor, daß der Einfuhrhandel nach Rußland bis zum 1. Dezember 1889 360227000 Rubel betrug, d. i. 41655000 Rubel mehr als im Jahre vorher. Hierbei wird ausdrücklich bemerkt, daß die steigende Bewegung des Rubelkurses dem Einfuhrhandel wesentliche Dienste geleistet habe.

Ganz eklatante Beispiele von Schädigungen, welche einzelne Industrien durch den Rückgang des Silberpreises erlitten haben, liefert die deutsche Silber- und Kupferproduktion. Die Verluste, welche die deutsche Silberproduktion im Ganzen seit dem

Jahre 1873 erlitten hat, belaufen sich auf die ganz beträchtliche Summe von 209 457 000 M. Die Steigerung, welche die Verluste von Jahr zu Jahr erfahren haben, ist geradezu erschreckender Natur, denn während im Jahre 1873 bei einer Produktion von 177 080 kg Silber in Deutschland die Verluste sich auf 836 800 M. beschränkten, steigerten sie sich 10 Jahre später bei einer Produktion von nur 235 100 kg bereits auf 7 230 000 M.

(Hört! hört!)

und sie erreichten 1892 bei einer Silberproduktion von 435 000 kg die Summe von 28 328 000 M. Während also in dem Jahre 1892 die Silberproduktion Deutschlands beiläufig $2^1/_2$ mal soviel betrug als die des Jahres 1873, ist die Entwerthung des Silbers in dem erstgenannten Jahre um mehr als das 30fache gestiegen.

(Hört! hört!)

Bei Kupfer zeigten sich folgende merkwürdige Ziffern: Bei einem Kupferpreise im Jahre 1883 von $65^1/_2$ Lstrl. und dem Kurse von 37 Pence für den Peso kostete der Quintal = $19^3/_{10}$ Pesos oder 1000 kg gleich 1690 M. Im Jahre 1884 bei einem Kupferpreise von $52^1/_2$ Lstrl. und dem Kurse des Peso von $30^5/_8$ stellte sich der Preis des Kupfers in Chile für 1000 kg auf 1654 M., endlich im Jahre 1886 bei einem Preise des Kupfers von nur 40 Lstrl. und dem Kurse des Peso von $23^1/_2$ stellte sich der Preis für Kupfer in Chile auf 1620 M. Während also vom Jahre 1883—86 der Kupferpreis um $25^1/_2$ Lstrl., d. i. um mehr als 520 M. zurückgegangen war, hatte das Sinken der Valuta in Chile bewirkt, daß für die chilenischen Kupferinteressenten nicht einmal eine Differenz von 70 M. vorhanden war; Chile blieb also konkurrenzfähig, während es bei einer der deutschen Währung gleichwerthigen Valuta bei einem Kupferpreise von 40 Lstrl. nicht mehr konkurrenzfähig gewesen wäre.

Daß ähnliche Verhältnisse in anderen Industriezweigen ebenfalls bestehen, dafür bietet das Schreiben eine Unterlage, das um die Mitte des vorigen Monats an den Präsidenten Ihrer Vereinigung, Herrn Grafen von Mirbach, von Seiten angesehener Fabrikanten in englischen Wollgarnen, in Litzen und Bändern in Barmen gerichtet worden ist. Der Handel dieser großen Firmen nach Ostasien hat durch die Silberentwerthung ganz erheblich eingebüßt, und es wurde in dem beregten Schreiben,

das ja durch ein hiesiges Blatt veröffentlicht worden ist, mitgetheilt, eine einzige Fabrik sei genöthigt gewesen, eine Lohnverminderung im Betrage von 80—100000 M. vorzunehmen.

(Hört! hört!)

Meine Herren! Zu denjenigen Kalamitäten, die sich im Laufe der letzten Jahre, ganz besonders durch die Silberentwerthung fühlbar gemacht haben, gehört auch die Goldnoth, an der wir begreiflicherweise nicht zu leiden haben würden, wenn man nicht darauf verfessen wäre, nur das Gold als Währungsgeld zu betrachten, sondern dem Silber in dem angemessenen Verhältnisse dieselbe Funktion einräumen würde. Wir in Deutschland, die wir vorläufig noch nicht die reine Goldwährung besitzen, sondern immer noch in der Lage sind, die Bedeckung unserer Reichsbank in Gold und Silber durchzuführen, werden allerdings von den Wirkungen der Goldnoth nicht so sehr betroffen, wie dies in England der Fall ist, wo die Bedeckung lediglich in Gold bestehen muß. Die Bank von England hat bekanntlich in früheren Zeiten durchschnittlich einen Baarvorrath von 37—38 Mill. Lstrl. zu verzeichnen gehabt, während dieser Baarvorrath gegenwärtig im Durchschnitt nicht mehr als 24—25 Mill. Lstrl. beträgt und sich nur in ganz außerordentlichen Fällen über diese Ziffer erhebt. An der Bank von England können wir erkennen, was den Industriellen bevorsteht, wenn die Forderung der Goldfanatiker, zur reinen Goldwährung überzugehen, erfüllt sein wird. Die Goldnoth erzeugt bekanntlich auch eine ebenso heftige Geldnoth, da die Banken genöthigt sind, die unerbittliche Diskontoschraube in Thätigkeit zu setzen. Im Jahre 1890 war die Bank von England genöthigt, ein Darlehen in Frankreich zu machen, obschon sie zur Stärkung ihres Baarvorrathes den Zinsfuß auf 6 ja auf 7% hinaufgesetzt hatte. Was aber ein vielleicht nur wochenlang andauernder Zinsfuß von 5, 6, 7% in einem Lande zu bedeuten hat, dessen Staatspapiere sich nicht mit ganz 3% verzinsen, das dürfte auch den verbissensten Goldfanatikern zu erkennen nicht schwer fallen. Abgesehen davon aber war die Bank von England genöthigt, in den Jahren 1889, 1890, 1891 ihren Diskontsatz 31 mal zu verändern, wodurch nicht weniger als durch die Erhöhung des Diskontsatzes eine verderbliche Unsicherheit in dem Leihwerthe des Geldes herbeigeführt wird. Während derselben Zeit konnte die Bank von Frankreich mit einem ständigen Zinsfuß von

3% das Auskommen finden, was zweifellos von der französischen Industrie und dem französischen Handel sehr wohlthätig empfunden worden ist. Von seiten der Goldfanatiker, insbesondere auch von seiten der Goldwährungspresse, die ja leider überwiegt, wird das Vorhandensein einer Goldnoth, so insbesondere von Herrn Ottomar Haupt energisch in Abrede gestellt, während bekanntlich Soetbeer dieser Frage weit objektiver gegenüber steht. Allein man braucht nur einen Blick in den Handelsbericht der betreffenden Zeitungen zu werfen, und man wird von Zeit zu Zeit derselben Phrase begegnen, daß die Bank von England oder von Frankreich, oder daß die deutsche Reichsbank bemüßigt sein wird, ihre Goldschätze zu hüten und zu dem Zwecke energische Maßregeln zu ergreifen. Wäre Gold genug vorhanden, um zu jeder Zeit für die Handels- und Industrieverhältnisse zur Disposition zu sein, so würde ein derartiges Hüten des Schatzes unnöthig sein. Die Goldnoth besteht also, und da eine stetige Zunahme der Bevölkerung stattfindet, der Welthandel sich in immer weiteren Bahnen bewegt, immer mehr Kulturvölker zur Goldwährung übergehen werden, oder doch die Kontrahirung von Schulden in Gold vornehmen werden, ja vorzunehmen gezwungen sind, so ist es zweifellos, daß die Produktion des Goldes für diese Ausdehnung nicht genügt, sondern daß die vorhin geschilderten Zustände der Goldnoth sich für die Zukunft noch verschärfen müssen. Es wäre garnicht abzusehen, welchen Krisen wir entgegengingen, wenn nicht nur beispielsweise Oesterreich-Ungarn, sondern auch Rußland, die Vereinigten Staaten von Amerika und endlich auch Britisch-Indien zur Goldwährung übergehen würden. Der Kampf um das Gold würde dann von Seiten der Banken in geradezu unerbittlicher Weise geführt werden müssen, während es andererseits im Lande selbst als Umlaufsmittel in entsprechendem Umfange nicht mehr vorhanden wäre.

Wenn nun, meine Herren, trotz alledem die Anhänger der Goldwährung bisher überall mit Erfolg die Bestrebungen der Bimetallisten bekämpft haben, so hat das nicht darin seinen Grund, daß diese Goldwährungsmänner die Mißstände der Goldwährung nicht zu erkennen vermögen oder nicht erkennen wollen, sondern darin, daß man nach einer 20jährigen Herrschaft des Goldes, wenn auch nur unter hinkender Währung, Anstand nimmt, eine Veränderung in den Währungsverhältnissen eintreten zu lassen, von

der man befürchtet, daß sie wiederum neue Schwierigkeiten im Gefolge haben wird. Vor allem ist man mit der Bemerkung am Platze, die Agrarier wünschten nichts anderes, als die Bezahlung ihrer Schulden in minderwerthigem Silber; nun läßt sich aber nicht leugnen, daß man 1873 den Schuldnern die Goldwährung auferlegt hat, ein Zurückgehen auf diese Zeit also nur die Wiederherstellung des status quo ante bedeutet. Thatsächlich, das unterliegt keinem Zweifel, steht trotz der vorhandenen Kalamitäten im Großen und Ganzen der Handel und die Industrie auf dem Standpunkte, man solle nunmehr nach so langer Zeit an der bestehenden Währung nicht rütteln und sich einer Aenderung derselben enthalten. Insbesondere nimmt die deutsche Regierung den Standpunkt ein, daß sie keinerlei Veranlassung habe, in der Währungsfrage die Initiative zu ergreifen, weil unsere Münzverhältnisse vollkommen entsprechend wären, und wir keine Veranlassung hätten, von denselben abzugehen. Nun handelt es sich meines Erachtens garnicht um die Münzverhältnisse, an denen nicht gerüttelt werden soll;

(Sehr richtig!)

sind wir doch alle einverstanden, daß wir in Deutschland eine einheitliche Münze besitzen, und daß die Wirren der früheren Münzverhältnisse verschwunden sind. Es handelt sich eben um die Währung, und so oft diese aufs Tapet kommt, werden von Seiten der Regierung stets die allerstriktesten Erklärungen abgegeben, die auf eine Aenderung derselben nicht schließen lassen. Auch die der Landwirthschaft wohlwollend gesinnte Industrie weicht meistens vor der Währung zurück. Der Verein der Industriellen des Regierungsbezirks Köln hat am 18. d. M. folgende Resolution zu Gunsten der agrarischen Bewegung und des Anschlusses der Industrie an dieselbe gefaßt:

> „Der Verein bekennt sich zu dem Grundsatz, daß in wirthschaftlichen Fragen Landwirthschaft und Industrie Hand in Hand gehen müssen, und spricht die Hoffnung aus, daß der von der Landwirthschaft angestrebte Bund zur besseren Vertretung ihrer Interessen zu einem allgemeinen deutschen Wirthschaftsverband, welcher Industrie und Landwirthschaft vereinigt, ausgebildet werden möge.“

(Bravo!)

ist aber auf eine eingehende Behandlung der Währungsfrage nicht eingegangen.

Unter solchen Umständen wirft sich denn von selbst die Frage auf: Was kann etwa geschehen, um, ohne daß vorerst die Währungsverhältnisse Deutschlands oder anderer Länder in Betracht kommen, Mittel und Wege ausfindig gemacht werden, um den bestehenden verderblichen Zuständen ein Ende zu machen? Und da kommen wir denn auf diejenigen Vorschläge, die ich Ihnen hiermit unterbreiten möchte und die sich vorerst einzig und allein auf die Silberfrage beschränken, nämlich auf die Frage: Wie kann ohne Aenderung der Währungen der verschiedenen Länder der Silberentwerthung und dem Schwanken des Silbers ein Ende gemacht werden? In besonders gründlicher Weise ist bezüglich dieser Frage ein Aufsatz von Herrn von Dechend veröffentlicht worden, und zwar vor 11 Jahren in der „Nordd. Allg. Ztg.", welches Blatt nicht umhin konnte, diesen Aufsatz unseres ersten Bankpräsidenten mit dem Bemerken einzuleiten: „Wir erhalten aus der Feder eines Mannes, der vorzugsweise berufen ist, alle Erscheinungen auf dem Geldmarkte und die Bedürfnisse des Verkehrs fortdauernd zu beobachten, Vorschläge zur praktischen Lösung der Silberfrage, die wir für wichtig genug erachten, um sie allen Kreisen zugänglich zu machen, die an unserm wirthschaftlichen und kommerziellen Leben Antheil nehmen." Herr von Dechend führte in seinem Aufsatze zuerst überzeugend den Bestand der Goldnoth aus und gab die Gründe an, die zu einer so bedenklichen Entwerthung des Silbers geführt haben, als sie nun thatsächlich beobachtet werden kann. Die Silberfrage ist, wie Herr von Dechend nicht in Abrede stellt, in der That durch den forcirten Verkauf des Silbers Seitens des Deutschen Reiches akut geworden; denn der Verkauf von Thalersilber fand statt neben demjenigen des Minensilbers und den ihnen gleichstehenden Tratten der englischen Regierung auf Indien. Die mit großer Gewalt durchgeführte Konkurrenz des Thalersilbers mit den vorgedachten Silbervorräthen mußte zu einer ganz anormalen Entwerthung des Silbers führen, wie dies ja in der That der Fall gewesen ist. Der Verfasser führt auch aus, daß, wenn man auch den Anschauungen der Bimetallisten ihrem vollen Inhalte nach zustimmen wollte, dennoch unter allen Umständen vorerst, bevor wir nämlich zur Doppelwährung gelangen, ein entsprechender Raum geschaffen werden muß für

die vermehrte Cirkulation des Silbers. Dieser Raum sei aber heute nicht vorhanden, und zwar deshalb nicht, weil beispielsweise in Deutschland Goldstücke von 10 und 5 M. sowie Papiergeld von 5 M. in ganz umfangreicher Weise existirten. In ähnlicher Weise sei dies in den Vereinigten Staaten von Amerika mit Scheinen von 1 und 2 Dollar, Goldmünzen zu 3, $2^1/_2$ und 1 Dollar, sowie in Frankreich der Fall. Die Vorschläge, die seiner Zeit gemacht wurden, gingen dahin, man solle in Zukunft vorerst Gold und Papier nicht unter 20 M. ausprägen, die vorhandenen Goldstücke und Papierscheine unter diesem Betrage einziehen und an Stelle derselben Silbergeld ausprägen, das als Kurantgeld im Innern des Landes zu cirkuliren berechtigt wäre. Diese Vorschläge nun, meine Herren, sind es, die ich Ihnen hiermit empfehle, und zwar aus dem Grunde empfehle, weil ich der Ueberzeugung bin, daß eine große Anzahl von Interessenten, die sich heute fernhalten, an der Lösung der Währungs- und Silberfrage theilzunehmen, so lange es sich eben immer noch um die Umwälzung der Währung handelt, gern geneigt sein werden, in diesem Sinne mit Ihnen mitzuwirken, wodurch meines Erachtens ganz besondere Vortheile erzielt werden würden. Vorerst haben Sie, wie ich schon bemerkt habe, eine Autorität, wie Herrn von Dechend, der in diesem Sinne eine praktische Lösung der Silberfrage erkannt hat, nicht minder aber kann ich darauf hinweisen, daß auch Professor Soetbeer, eine Autorität im Goldwährungslager, sich mit diesen oder ähnlichen Vorschlägen befaßt hat. Ich habe im Jahre 1889, als die von mir herausgegebene „Deutsche Volkswirthschaftliche Korrespondenz" in Nr. 77 vom 4. Oktober 1889 sich der Vorschläge des Herrn von Dechend wiederum bemächtigte und die Ausführung derselben den Bimetallisten ans Herz legte, nicht ermangelt, dieselben Herrn Prof. Soetbeer zur Begutachtung einzusenden. Prof. Soetbeer hat damals, wenn auch nicht vollkommen ablehnend, so doch dahin geantwortet, daß er die Zeit noch nicht für gekommen erachte, in dieser Weise vorzugehen, namentlich rathe er Deutschland ab, hier die Initiative zu ergreifen. Die von Herrn Prof. Soetbeer damals an mich gerichteten Schreiben vom 20. September 1889 und 14. Mai 1890 sind vor Kurzem in der „Deutschen Volkswirthschaftlichen Korrespondenz" veröffentlicht worden und liegen hier zur Einsicht offen. Bekanntlich aber hat Herr Prof. Soetbeer vor seinem Tode sich zu einer anderen Meinung

bekannt, da er selbst Vorschläge zur Hebung des Silberwerthes an die Brüsseler Münzkonferenz gerichtet hat, Vorschläge, die im wesentlichen auf dasjenige hinauslaufen, was ich hier Ihnen vorzuschlagen die Ehre habe. Prof. Soetbeer hat also innerhalb dieser 3 Jahre die Ueberzeugung gewonnen, daß nunmehr allerdings die Zeit gekommen sei, in welcher auch unsererseits für eine derartige Maßregel Propaganda gemacht werden könne.

(Hört! hört!)

Ich mache Sie, meine Herren, ferner darauf aufmerksam, daß ja die Brüsseler Münzkonferenz sich wesentlich in demselben Sinne ausgesprochen hat, indem sie eine Resolution dahin faßte, man möge bis zur Zeit des Wiederzusammentretens die Währungsfrage von Grund aus studiren, damit man zu einem Einvernehmen gelange, welches den Grundprinzipien der Münzpolitik der verschiedenen Länder keinen Eintrag thue. Ganz in demselben oder doch in einem ähnlichen Sinne müssen wir die Aeußerung auffassen, welche Graf von Caprivi der Interpellation des Herrn Grafen von Mirbach zu Theil hat werden lassen, der bekanntlich erklärte, daß unter Aufrechterhaltung der Grundlagen unseres Währungssystems die Regierung in „Einzelheiten" zu Konzessionen geneigt sei. Diese „Einzelheiten", meine Herren, können begreiflicherweise nur in einer Verbesserung des Silberpreises und in der Wiederherstellung des erweiterten Umlaufes des Silbers gelegen sein. Endlich aber, meine Herren, möchte ich noch auf die Bemerkung aufmerksam machen, welche der Staatssekretär Herr Freiherr von Maltzahn am 16. Januar d. J. im Reichstage abgegeben hat, welche in Betreff der Instruktion an die Delegirten zur Brüsseler Münzkonferenz dahin lautete, daß die Regierung keineswegs den Bestrebungen gegenüber der Hebung des Silberpreises eine feindselige Haltung einnehme, die seitens der Regierung vielmehr als für uns nützlich erkannt wird. Herr Freiherr von Maltzahn wies darauf hin, daß man mit der Ausprägung der Zehnmarkstücke zögernd vorgegangen sei, und zwar auch aus der Erwägung, dem noch vorhandenen Silber Raum zu lassen. Auch hierin liegt zwar nicht ein direktes Zugeständniß zu den Vorschlägen des Herrn von Dechend, es ist jedoch daraus zu ersehen, daß in keinem Falle auf Unterstützung der Regierung in anderer Weise als zur Hebung des Silberwerthes gerechnet werden kann.

Meine Herren! Ich eile zum Schlusse und empfehle Ihnen die Resolution II zur Annahme. Die Vorschläge in derselben sind derartig, daß sie Ihnen keineswegs die Nöthigung zumuthen, von Ihrer als richtig erkannten bimetallistischen Anschauung zurückzuweichen. Es handelt sich darum, einen Erfolg, und sei er auch noch so klein, dort zu erringen, wo er möglicherweise errungen werden kann, d. h. in der Silberfrage, die das System der Währung in den verschiedenen Ländern nicht ändert. Von dort können Sie möglicher Weise zum Bimetallismus kommen, nicht aber durch die Entweder-Oder-Politik, die Sie nun 13 Jahre erfolglos vertreten haben.

(Lebhafter Beifall.)

Stellvertretender Vorsitzender Kammerherr Dr. **von Frege**-Abtnaundorf: Meine Herren, ich handle gewiß in Ihrem Sinne, wenn ich dem Herrn Referenten den Dank der Versammlung ausspreche. Ich eröffne nunmehr die Diskussion und ertheile das Wort Herrn Freiherrn von Thüngen-Roßbach.

Reichsfreiherr **von Thüngen**-Roßbach: Meine Herren, ich bin mit den vortrefflichen Ausführungen der beiden Herren Referenten vollkommen einverstanden und habe nicht das Geringste beizufügen; ich wollte mir nur erlauben, im engsten Anschluß an die Resolution einen Antrag zu stellen, den ich hiermit verlesen werde.

Die Generalversammlung der Vereinigung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer erklärt im Anschluß an die Resolution über Thema 1 „die Währungsfrage",

> „daß von dem Abschlusse eines Handelsvertrages mit Rußland und Rumänien, bei dem lediglich die Landwirthschaft das Ausgleichsobjekt bilden könnte, so lange es diesen Staaten nicht gelungen ist, ihre Valuta auf eine feste Basis zu stellen, als von einer großen Gefahr für die Deutsche Landwirthschaft unter allen Umständen abzusehen sei, und stellt an den Bundesrath und den Reichstag die dringende Bitte, einem solchen ihre Zustimmung zu versagen".

Meine Herren, gestatten Sie mir einige Worte der Begründung. Der Herr Reichskanzler Graf von Caprivi hat durch eine Reihe von Aussprüchen und leider auch durch eine Reihe von Thaten bewiesen, daß er in landwirthschaftlichen Dingen, oder sagen wir

im Allgemeinen in wirthschaftlichen Dingen, das Gegentheil von dem besitzt, was man Sachkenntniß nennt.

(Sehr richtig! Große Heiterkeit.)

Stellvertretender Vorsitzender Kammerherr Dr. **von Frege**-Abtnaundorf: Ich bitte den Herrn Redner, nicht das persönliche Gebiet in dieser Weise zu berühren.

Reichsfreiherr **von Thüngen**-Roßbach (fortfahrend): Wenn ich hier Aussprüche des Reichskanzlers anführe, so sind dieselben leider von der Person desselben nicht zu trennen. Der Herr Reichskanzler Graf von Caprivi hat also gleich zu Anfang seiner Kanzlerschaft den Ausspruch gethan:

„Die Industrie ist die Nährmutter des Volkes."

Meine Herren! Die Industrie ist ja wohl auch im Stande, ein Volk zu ernähren, allein die älteste und Hauptnährmutter in Deutschland ist doch wohl die Landwirthschaft.

(Sehr richtig!)

Sie hat nicht nur ihre eigenen Angehörigen, die nahezu die Hälfte der Bewohner des Deutschen Reiches ausmachen, sondern auch die Angehörigen aller übrigen Berufszweige zu ernähren. Denn wehe Deutschland, wenn es einmal zur Ernährung seiner Bewohner in der Hauptsache auf fremde Einfuhren angewiesen ist, es könnten dann leicht bei einem Weltkriege, in dem die Zufuhren abgeschnitten worden, Hunderttausende elend verhungern.

(Sehr wahr!)

Meine Herren, es liegt in diesem Ausspruch die Meinung verborgen, daß Deutschland, das seiner innersten Natur, der Natur des Landes und der Bevölkerung nach, in der Hauptsache ein Ackerbaustaat ist und bleiben wird, ein reiner Industriestaat werden soll. Damit wird zugleich die Zahl der Industriearbeiter und die Zahl der Sozialdemokraten vermehrt, und die Zahl derjenigen, die einen Damm gegen die Sozialdemokratie bilden sollen, die Bauern, die kleinen selbstständigen Existenzen, vermindert. Denn eine Gesetzgebung, die in erster Linie Industrie und Handel begünstigt, ist der Erhaltung der kleinbäuerlichen Existenzen entschieden zuwider.

Ein anderer Ausspruch, der erst vor Kurzem gefallen ist, lautet:

„Es hat die Allgemeinheit durch die landwirthschaftlichen Zölle entschieden Opfer gebracht."

Meine Herren, dabei scheint der Herr Reichskanzler nahezu die Hälfte der Allgemeinheit, nämlich denjenigen Theil der Bevölkerung, den die Landwirthe mit ihren Angehörigen selbst bilden, ganz vergessen zu haben, und auch, daß der größte Theil der übrigen „Allgemeinheit“, die Industrie und die Arbeiter, die sie beschäftigt, das wesentlichste Interesse daran haben, daß die Landwirthschaft leistungsfähig und kaufkräftig erhalten wird.

Ein weiterer Ausspruch geht dahin, daß man „Rücksicht auf die Konsumenten nehmen müsse“. Meine Herren, dieser Ausspruch ist angesichts eines Preises von 6 Mark für den Centner Roggen allerdings so wunderbar, daß ich darüber weiter nichts zu sagen brauche.

Endlich ist noch ein neuester Ausspruch anzuführen, der im Hinblick auf die große Versammlung, die im Tivoli geplant war, gefallen ist und der dahin lautet:

> „Es mögen sich die Leiter dieser Bewegung in Acht nehmen, daß dieselbe nicht ihren Händen entschlüpft und daß nicht Strömungen entstehen, die mit andern Strömen zusammenfließen.“

Mit den „andern Strömen“ kann doch nur die Sozialdemokratie gemeint sein, und das ist ein Beweis, wie wenig der Herr Reichskanzler den Charakter und die Natur des deutschen Landwirths und des deutschen Bauern, der durch und durch königstreu ist, versteht.

(Sehr richtig! Bravo!)

Denn wie kann man annehmen, daß der Landwirth und der Bauer, der für die Erhaltung seiner Scholle, seines Besitzes und Eigenthums kämpft, Hand in Hand gehen wird mit einer Partei, die gerade im Gegentheil die Zerstörung des Eigenthums und des bäuerlichen Besitzes anstrebt!

Diesen Aussprüchen entsprechen leider auch die Thaten — ich will die auch in Kürze vorführen, — die gegen die Landwirthschaft begangen worden sind.

(Heiterkeit.)

Da ist zunächst die einseitige Aufhebung der Zuckerexportprämie, während alle andern Staaten diese Exportprämie beibehalten, ja Frankreich dieselbe sogar noch erhöht hat. Meine Herren, was dadurch aus der Zuckerindustrie werden wird, ist noch

garnicht abzusehen; jedenfalls ist das sicher, daß, wenn die Zuckerindustrie einen Schaden leidet, die Landwirthschaft denselben entschieden mitleidet; denn die Zuckerindustrie ist, wie keine andere, eine landwirthschaftliche Industrie; sie hat einen Umsatz von Hunderten von Millionen und ist damit zugleich eine der Hennen, die der Reichskasse die goldenen Eier legt.

(Sehr richtig!)

Eine andere Maßnahme ist die Aufhebung des Schweineeinfuhrverbots aus Amerika, wodurch die Preise für Schweine bei uns bedeutend heruntergegangen sind, und damit dem kleinen Mann, der sich namentlich in den letzten Jahren nur durch den guten Schweinepreis über Wasser gehalten hat, ein großer Schaden zugefügt worden. Daß wir seitdem auch mit Mengen gesundheitsschädlichen und unappetitlichen Schweinefleisches aus Amerika beglückt werden, will ich nur in Parenthese anführen.

Da ist ferner die Aufhebung der Viehsperre gegen Oesterreich, die zur Folge gehabt hat, daß wir mit der Maul- und Klauenseuche geradezu überschwemmt worden sind, und daß diese beiden Seuchen bei uns permanent sein werden.

Endlich ist unter diesen Thaten anzuführen, was Sie vorhin schon durch den Herrn Referenten gehört haben, die Art der Auftraggebung an unsere Delegirten bei der Münzkonferenz in Brüssel; und als Schlußstein dieses Gebäudes gelten gewissermaßen die Handelsverträge mit Oesterreich, Italien, Belgien und der Schweiz.

Meine Herren, als die Handelsverträge bekannt wurden, glaubten die Landwirthe, daß sie zu Gunsten der Industrie Haare lassen sollten; es hat sich aber gezeigt, daß die Industrie mindestens ebenso geschädigt worden ist wie die Landwirthschaft, und daß jetzt auch in diesen Kreisen eine entschiedene Mißstimmung und Unzufriedenheit herrscht. Die Reichsregierung ist ja hinternach durch den Mund ihrer Vertreter bestrebt gewesen, die nöthige Aufklärung zu geben dafür, daß sie nicht anders habe handeln können. Es ist angeführt worden, daß sie unter dem Zwang der Verhältnisse gehandelt habe, weil nach dem Aufhören der alten Handelsverträge die Ausfuhr wesentlich geschädigt worden wäre. Nun, meine Herren, das konnte doch abgewartet werden. Deutschland ist das größere Wirthschaftsgebiet und konnte abwarten, bis die kleineren

Wirthschaftsgebiete, die doch das größere nöthiger haben als umgekehrt, zu uns gekommen sein würden. Es verräth meines Erachtens eine gewisse Schwäche, wenn man mit solchen Dingen den Anfang macht; und was die Ausfuhr betrifft, so hat dieselbe bekanntermaßen seit den Handelsverträgen abgenommen. Unsere Unterbilanz, die eine Milliarde betrug, ist seitdem um 88 Millionen gewachsen; und was den Umstand anbelangt, daß dadurch unsere Bundesgenossen an uns gefesselt werden sollen, so ist das ja recht schön, aber dazu sind wir nicht reich genug, um die Bundesgenossen auf unsere Kosten sich bereichern zu lassen. Und ich glaube, die Bundesgenossen haben uns mindestens ebenso nöthig, wie wir sie.

(Sehr richtig!)

Das Schlimmste aber bei der Sache ist, daß durch die Handelsverträge alle Länder, die im Verhältniß der Meistbegünstigung zu uns stehen — und das sind in erster Reihe die großen Industriestaaten Frankreich und England, und auch Länder, die uns mit Rohprodukten versorgen, wie Amerika und der Orient — in die gleiche Begünstigung eintreten, die wir den Vertragsstaaten eingeräumt haben, und zwar ohne Entgelt. Wir haben alle die Ueberzeugung, daß wir bei den Handelsverträgen zu kurz gekommen sind, und, um ein landläufiges Wort zu gebrauchen: unsere Unterhändler haben sich dabei über den Löffel barbieren lassen.

(Heiterkeit. Sehr richtig!)

Die Folgen dieser Handelsverträge sind denn auch nicht ausgeblieben; sie bestehen in einem allgemeinen wirthschaftlichen Niedergang, in einer großen Krise, deren Ursprung ich ja nicht allein den Handelsverträgen zuschreiben will, allein es ist nicht zu leugnen, daß dieselben wesentlich dazu beigetragen haben. Die Krise zeigt sich bei der Industrie in Absatzstockungen, Arbeiterentlassungen und Lohnherabsetzungen; bei der Landwirthschaft in einem Preisdruck für ihre Erzeugnisse, wie wir ihn fast noch niemals früher erlebt haben: Der Zentner Roggen kostet 6 Mark! ein Preis, um den er absolut nicht herzustellen ist. Außerdem zeigt sie sich in Defizits in der Reichskasse und in den Landeskassen, in Steuererhöhungen und im Aufsuchen neuer Steuerquellen. Es macht sich infolge dessen auch eine große Mißstimmung und Unzufriedenheit nicht nur in landwirthschaftlichen, sondern im Allgemeinen in allen Volkskreisen geltend. Die Unzufriedenheit

in den landwirthschaftlichen Kreisen hat neulich ja durch die großartige und überwältigende Versammlung auf Tivoli ihren Ausdruck gefunden.

Meine Herren, eine weitere schlimme Folge dieser Mißstimmung ist die Stärkung des Partikularismus, der von Neuem sein Haupt erhebt. Ist doch neulich sogar im Reichstage das Wort gefallen, daß wir Bayern wieder an den alten Spruch erinnert wurden: Lieber bayrisch sterben, als kaiserlich verderben! Dieser Ausspruch hat im Reichstage seine gebührende Zurückweisung gefunden. Wenn damit gesagt werden soll, daß an unserer, der Bayern Reichstreue zu zweifeln sei, so müssen wir das auf das Entschiedenste zurückweisen; wir Bayern verbieten Jedem, daß er unsere Reichstreue in Zweifel zieht. Wohl aber können wir uns das Reich ohne den Kanzler Caprivi denken.

(Stürmisches Bravo! und Heiterkeit.)

Stellvertretender Vorsitzender Kammerherr Dr. **von Frege**-Abtnaundorf: Ich muß den Herrn Redner unterbrechen. Ich erlaube mir zu bemerken, daß ich Zeuge gewesen bin, wie dieser angebliche Ausspruch über die bayrischen Verhältnisse in der Militärkommission richtig gestellt worden ist, und wie der Herr Abgeordnete, der diese Aeußerung — nicht im Reichstage, sondern in der Kommission — that, sich selbst rektifizirte. In Folge dessen muß ich meinerseits die Aeußerung des Herrn Redners richtig stellen.

Reichsfreiherr **von Thüngen**-Roßbach (fortfahrend): Ich habe ja dasselbe gesagt; ich habe Protest erhoben, daß ein Reichstagsmitglied, wenn ich nicht irre, Herr Hitze, diese Aeußerung über Bayern hat machen können.

Stellvertretender Vorsitzender Kammerherr Dr. **von Frege**-Abtnaundorf: Ich erlaube mir, Herrn von Thüngen zu bemerken, daß er sich irrt: es ist nicht Herr Abgeordneter Hitze, sondern Herr Dr. Lieber gewesen, der diese Aeußerung gethan hat, und zwar ist sie nicht im Reichstag, sondern in der Militärkommission gefallen. Die Sachlage ist in der Militärkommission auch vom Abgeordneten Graf Preysing klar gestellt worden, und ich muß hinzufügen, daß dieses Mißverständniß nicht hat entstehen können, welches der Herr Vorredner an die Sache geknüpft hat.

Reichsfreiherr **von Thüngen-Roßbach**: Also ich fahre fort. Das nächste, was uns droht, ist der Abschluß eines Handelsvertrages

mit Rußland und Rumänien. Um urtheilen zu können, welches die Folgen aus diesen Handelsverträgen für die Landwirthschaft sein werden, muß ich Ihnen einige Zahlen anführen über die Handelsbewegung zwischen Deutschland und Rußland.

Es betrug im Jahre 1890 die Einfuhr Rußlands nach Deutschland 4 264 600 Tonnen im Werthe von 542 Millionen M., das sind 12,7 % der gesammten deutschen Einfuhr. Die Ausfuhr von Deutschland nach Rußland betrug nur 562 516 Tonnen im Werthe von 206½ Millionen M., also 6,1 % der Ausfuhr Deutschlands, mithin nur die Hälfte dessen, was Rußland zu uns einführt. Die russische Einfuhr besteht nahe zu $^{99}/_{100}$ aus landwirthschaftlichen Erzeugnissen und Rohprodukten — Getreide und zwar allein 500 000 To., also $^{1}/_{8}$ seiner ganzen Einfuhr, Roggen, ferner Vieh, Pferde, thierische Produkte, Sämereien, Kleie, Malzkeime, Oelkuchen, Fette, Oele, Häute, Felle, Flachs, Holz, Theer, Steine, Erden u. s. w., also lauter landwirthschaftliche und Bodenerzeugnisse. Die Ausfuhr nach Rußland besteht fast nur aus Industrieerzeugnissen. Es ist also klar, daß beim Abschluß eines Handelsvertrages die Landwirthschaft allein das Ausgleichsobjekt bilden kann.

(Sehr richtig!)

Nun, meine Herren, kommt noch dazu, daß beim Abschluß eines Handelsvertrages selbstverständlich eine gewisse Bindung auf mehrere Jahre stattfinden muß. Einer solchen Bindung stehen aber die Valutaverhältnisse von Rußland absolut entgegen. Ich will mich in lange Erörterungen derselben nicht einlassen, ich will nur das anführen, was vollständig feststeht — das wurde ja auch vom Herrn Referenten ausgeführt —, daß die Preisbildung der landwirthschaftlichen Erzeugnisse, speziell des Getreides, in erster Linie abhängt von der Valuta der Papier- und Silberländer, die ja hauptsächlich Getreide bei uns einführen, und daß mit dem Sinken der Valuta zugleich der Getreidepreis sinkt. Wie kann man also bei den ewigen Schwankungen — und leider gehen sie meist nach unten — auf eine bestimmte Reihe von Jahren die landwirthschaftlichen Zölle gegenüber Rußland und Rumänien binden wollen?

Es kommt aber ferner dazu, daß die russischen Thierarzneiverhältnisse so beschaffen sind, daß sie absolut keine Garantie für die Abwendung der Seuchengefahr bieten. Es kommt ferner dazu, daß wir durch Herabsetzung der Zölle gegen Rußland einen Aus-

fall von 20 Millionen Mark in der Reichskasse haben würden, den wir zur Zeit nicht ertragen können; es kommt weiter dazu, daß das russische Regierungssystem, oder sagen wir einfach die russische Willkürherrschaft, einen solchen Handelsvertrag durch einen Ukas einfach illusorisch machen kann. Ich erinnere nur daran, wie durch einen Ukas, der bestimmte, daß die Zölle in Gold erhoben werden sollen, die Schutzzölle für Rußland dadurch um 25 pCt. erhöht wurden.

Endlich, meine Herren, das politische Moment! Rußland ist nach Frankreich unser erbittertster Feind, und wenn auch augenblicklich vielleicht die Herrscherfamilien in freundschaftlicheren Beziehungen zu einander stehen, so ist doch nicht mit Sicherheit anzunehmen, daß das immer so dauern wird. Im russischen Volke aber herrscht eine solche Tiefe des Hasses und der Erbitterung gegen Deutschland, daß dies in absehbarer Zeit nicht anders werden wird. Sollen wir nun unseren grimmigen Feind mit unserem guten Gelde bereichern, denn darauf würde es bei der bekannten Tüchtigkeit der deutschen Unterhändler doch wieder hinauslaufen?!

(Bravo! sehr gut!)

Wo wir also auch hinsehen, meine Herren, sprechen alle Gründe gegen den Abschluß eines Vertrages mit Rußland, bei dem nur die Landwirthschaft wieder bluten könnte. Die Landwirthschaft hat aber bereits auf sich genommen, was sie zu tragen vermag; das Maß ist übervoll, und wir wollen durch Annahme der Resolution beweisen, daß wir weitere Lasten nicht auf uns nehmen können und auch nicht wollen!

(Stürmisches Bravo! und Beifallklatschen.)

Stellvertretender Vorsitzender Kammerherr Dr. **von Frege**-Abtnaundorf: Ehe ich das Wort weiter ertheile, bitte ich die geehrten Herren Redner, sich an das Thema zu halten und nicht auf die Abschweifungen, die der letzte Herr Redner bei dieser Gelegenheit gemacht hat, eingehen zu wollen.

Rittergutsbesitzer **Wendorff**-Naulin: Meine Herren, ich habe mir das Wort erbeten, weil ich zu der voraussichtlich kleinen Minderheit der in diesem Saal versammelten Personen gehöre, die in manchen Fragen mit den Steuer- und Wirthschaftsreformern differiren. Ich freue mich aber, konstatiren zu können, daß ich in

der Währungsfrage voll und ganz mit den hier versammelten Herren übereinstimme.

(Bravo!)

Meine Herren, ich beklage es sehr, daß man diese rein wirthschaftliche Währungsfrage zu einer politischen Parteifrage gestempelt hat,

(Sehr richtig!)

daß man sie in die politische Parteischablone hineingezwängt und damit einen Keil zwischen Personen hineingetrieben hat, die nach Lage der Sache berufen wären, voll und ganz für den Bimetallismus einzutreten. Ein Beweis dieser Thatsache ist die Ausführung des Herrn Korreferenten gewesen, der von der Versammlung der Fabrikanten in Köln gesprochen und gesagt hat, die Herren wären zwar sehr wohlwollend gegen die Landwirthschaft gewesen, aber sowie von dem Bimetallismus die Rede gewesen sei, wären ihnen die Pferde scheu geworden.

(Heiterkeit.)

Das ist weiter nichts als die Parteischablone, in der auch die Nationalliberalen befangen sind; sie haben nicht die Kourage, zu sagen: wir haben diese Meinung, wir wollen sie aber auch zur That werden lassen! — und dies Faktum zu konstatiren, ist der Hauptgrund gewesen, weshalb ich Ihre Aufmerksamkeit habe in Anspruch nehmen wollen.

Es ist von Herrn Dr. Arendt gesagt worden, wir ständen in der Währung nur auf einem Fuß; das Silber, der zweite Fuß, fehle uns. Ja, meine Herren, wir wären glücklich, wenn die Sache so läge; denn das Fehlen eines Fußes bemerkt man; aber die Währungsfrage ist eine so schwierige, weil es eine schleichende ist, und sehr viele nicht merken, daß sie an der Frage kranken. Und nun meine ich, das Bewußtsein des Krankseins sollte doch in alle Patienten in einer Schärfe hineingetragen werden, daß sie sich endlich nach dem Heilmittel und dem Doktor umsähen.

(Sehr richtig!)

Es ist von dem „sogenannten Herrn Dr. Arendt“, der in Brüssel für uns gearbeitet hat und auch sonst für unsere Ideen thätig gewesen ist, über die Schwierigkeiten geklagt worden, die der Regelung entgegenstehen. Aber, meine Herren, die erste Schwierigkeit, die ich beseitigt sehen möchte, ist die, daß wir allen denen,

die der Schuh recht herzlich drückt, klar machen: die Hauptsache ist die Einführung des Bimetallismus! — und ich muß sagen: zu meiner großen Bekümmerniß habe ich in der sogenannten landwirthschaftlichen Woche Gelegenheit gehabt, mit einer großen Anzahl von Landwirthen zu sprechen, die das absolut nicht einsehen wollen oder können — welche Alternative vorliegt, das habe ich nicht feststellen können —, die aber jedenfalls der Frage des Bimetallismus kühl bis ans Herz hinan gegenüberstehen; und ich meine: wir Alle, die wir hier versammelt sind, haben es als unsere Hauptaufgabe zu betrachten, diese Kühlheit bei allen Landwirthen und womöglich bei allen Berufsständen zu beseitigen, und sie für die Einführung des Bimetallismus zu erwärmen.

Meine Herren, es ist das ein ganz eigenthümliches Ding. Hansemann sagt: in Geldsachen hört die Gemüthlichkeit auf! — und der Mann hat nicht Unrecht. Wenn ich mich frage: wer hat denn den Vortheil von der Goldwährung, und wer sind die Leidtragenden? — so kann ich, wenn ich mir die Leute, welche den Vortheil haben, ansehe, eigentlich in der Hauptsache nur zwei Kategorien herausfinden. Ich will von den so viel ins Gefecht geführten Wittwen und Mündeln — denn die sind ja doch keine eigentlichen Gegner — nicht sprechen; als ich ein junger Mensch war, bekamen diese von ihren Kapitalien 4—5% und lebten gut; und heute bekommen sie $3\frac{1}{2}$% und wenn es hoch kommt, 4% und klagen. Also die kann ich nicht eigentlich als geschädigt ansehen.

Ich kann in der Hauptsache nur zwei Kategorien finden, das eine sind die Beamten, und das andere sind eine gewisse Klasse von Leuten, die ihr Kapital — wenn ich mich nicht ganz klar ausdrücke, bitte ich um Entschuldigung —, die ihren Besitz, will ich mal sagen, in Gold angelegt haben. Diese beiden Kategorien sind die einzigen, die geschädigt werden. Ich bedaure es gewiß tief, wenn die Beamten geschädigt werden insofern, als ihr Gehalt bei der Einführung des Bimetallismus an Kaufkraft verliert. Aber diese Frage wird doch durch die Gegenfrage erledigt: sind wir der Beamten wegen da, oder sind die Beamten unseretwegen da?

(Bravo!)

— und da bin ich für meine Person mit mir in der Beantwortung dieser Frage absolut einig.

Um nun auf die zweite Klasse zu kommen, die Klasse derer,

die ihr Vermögen in Gold angelegt haben, so finde ich es vom Standpunkte dieser Herren aus — und ich bin weit entfernt, gegen sie etwas sagen zu wollen; denn sie sind ja auch wichtige Faktoren in unserm Wirthschaftsleben — sehr begreiflich, wenn sie sich für die Goldwährung erwärmen; denn die Sache ist ganz klar: nehmen Sie den ungünstigsten Fall, daß die Herren ihr Gold in der Quantität absolut garnicht vermehren, so vermehren sie es indirekt, relativ, durch die steigende Kaufkraft des Goldes, und das ist sehr erheblich, und das wissen die Herren auch sehr gut, denn sie begnügen sich mit einem sehr geringen Zinsfuß und hüten sich wohlweislich, ihr Gold derartig festzulegen, daß sie von Steigerungen des Goldwerthes geschädigt werden könnten. Mein Herz schlägt aber auch für diese Herren nicht so warm, daß ich ihretwegen die eigentlich produzirenden Berufsklassen leiden sehen möchte. Ich habe vorhin schon von einem Differenzpunkt zwischen mir und den Steuer- und Wirthschafts-Reformern gesprochen, und möchte diesem Punkt jetzt etwas näher treten. Es ist das nämlich die Frage des Schutzzolles. Ich bin der Meinung, meine Herren: Die Schutzzölle werden wir heute nicht entbehren können; sie erscheinen in meinen Augen aber nicht als Schutz gegen die Konkurrenz der fremden Länder, sondern sie sind absolut nichts weiter als ein Schutz gegen die Valuta, und darum kann ich mich von meinem heutigen Standpunkt aus nur für Aufrechterhaltung der Schutzzölle erklären.

Ich würde, meine Herren, es nun aber für sehr erwünscht halten, wenn eine so hochansehnliche Versammlung, wie die der Steuer- und Wirthschafts-Reformer, vielleicht Anlaß fände zu einer Erklärung, dahingehend: wenn wir den Bimetallismus erst haben, dann läßt sich auch über die Schutzzölle in einem andern Tone reden.

(Zuruf: Haben wir oft genug gesagt!)

Ich freue mich, eine Bestätigung dieser meiner Erklärung provozirt zu haben; denn damit würde nach meiner Ansicht, meine Herren, mancher Stein des Anstoßes aus dem Wege geräumt werden. Ich bin kein prinzipieller Freund der Schutzzölle und muß sagen: es berührt mich nicht angenehm, wenn ich eine Produktionsschicht mit einer andern — wie soll ich sagen? — handeln sehe um die Höhe des Schutzes, — Zustände, die ein mir bekanntes Mitglied des Reichstages von der Tribüne mit den bitteren Worten gekennzeichnet hat, das Haus in der Leipzigerstraße hätte in den Tagen der Ver-

handlungen eine verzweifelte Aehnlichkeit mit einem Gebäude, welches in der Burgstraße läge, gewonnen,

(Heiterkeit.)

und diese Zustände kann auch ich absolut nicht für schön finden und erblicke den einzigen Weg zu ihrer Beseitigung nur darin, daß wir das Silber remonetisiren.

(Bravo!)

Ich bin ferner der Meinung, daß die soziale Frage ein anderes Gesicht bekommt, sowie die Remonetisirung des Silbers stattgefunden hat. Ich verweise Sie auf die Zustände der Chartistenbewegung in England, ich erinnere Sie nur daran, — wir sind ja mit unseren verrücktesten Sozialdemokraten noch lange nicht so weit, wie es bei den Chartisten in England der Fall war — was Wellington sagte zu den bedauernswerthen Ereignissen in Birmingham: ich habe manche Kriege und manche eroberte Stadt gesehen, aber die Greuel, die ich in Birmingham gesehen habe, sind mir denn doch noch niemals vorgekommen! Ich frage Sie, meine Herren, wo sind die Chartisten geblieben? Sie sind weg, sie existiren nicht mehr. Schaffen Sie bei uns dieselben Zustände, regeln Sie die Währungsfrage in unserem Sinne, ändern wir die Schutzzollpolitik — und ich bin überzeugt: es ist vorbei mit der ganzen gefürchteten Sozialdemokratie! sie wird verschwinden, gerade wie die Chartisten!

Und von diesem Standpunkte aus, meine Herren, möchte ich Sie bitten, nehmen Sie die Resolution des Herrn Dr. Arendt an. Lassen wir uns auf keinen Handel mit kleinen Palliativmitteln, wie sie Ihnen der Herr Korreferent vorgeschlagen hat, ein! Stehen wir absolut fest; und will man uns kommen mit Abschlagszahlungen, so nehmen wir sie dankbar an, verzichten aber damit nicht auf Weiteres. Ich meine aber auch, wir kompromittiren uns, wenn wir die Abschlagszahlungen in einem andern Sinne acceptiren, und laden das Odium auf uns: ja, die Agrarier sind nie zufrieden! Meine Herren, ich will schließen mit dem Worte des amerikanischen Farmers, der sagte: wenn ich für das weiße Metall kämpfe, kämpfe ich für meine Farm! Ich sage aber: wenn wir für die Remonetisirung des Silbers kämpfen, kämpfen wir nicht allein für unsern Grund und Boden, wir kämpfen auch für den sozialen Frieden, für das allgemeine Beste; und in diesem Kampfe, meine Herren, müssen wir — so schließe

ich mit dem Worte Gneisenau's — den letzten Hauch von Roß und Mann daransetzen!

(Lebhafter Beifall.)

Stellvertretender Vorsitzender Kammerherr Dr. **von Frege**-Abtnaundorf: Ich möchte Namens des Vorstandes bemerken, daß, wenn der Herr Vorredner auch nicht in allen Stücken unserer Ansicht zustimmt, wir ihm doch zu Dank verpflichtet sind, daß er in so nachdrücklicher Weise sich für unsere Bestrebungen ausgesprochen hat.

Kammerherr **von Riepenhausen**-Crangen: Meine Herren, ich freue mich, daß wir in dieser wirthschaftlichen Frage sehen, wie sonst getrennte Kräfte, die in ihrer Weltanschauung auseinandergehen, einig sind, um in Spezialfragen dem Ganzen zu nützen. Herr Wendorff-Naulin hat sehr richtig hervorgehoben, daß die Doppelwährungsfrage keine einseitige Frage ist, die nur die Agrarier betrifft, sondern eine Frage, die unsern ganzen Staatsorganismus angeht, daß ihre Wirkungen bis in die letzte Hütte, bis in den letzten Winkel der sozialen Verhältnisse hinein empfunden werden.

Den ausgezeichneten Ausführungen der beiden Herren Referenten hätte ich eigentlich garnichts hinzuzufügen. Der Goldschatz muß, wie Herr Dr. Stall sagt, gehütet werden mit allen möglichen Mitteln. Heute haben wir das Vertrauen noch, wenigstens bis zu einem gewissen Maße, im Lande; — wie wird es aber werden, wenn einmal unruhige Zeiten kommen? Heute zahlen wir bis zu 6 % Diskont bei einem Zinsfuß von nur 3 %; — wie wird es werden in Zeiten, wo das Vertrauen nicht mehr vorhanden ist, in denen Verwicklungen schlimmer Art in Aussicht sind? Wird da noch der Goldschatz zu hüten sein? wird da nicht der Diskont außerordentlich weiter in die Höhe schnellen?

Meine Herren, es ist hier in den letzten Tagen öfter darauf hingewiesen worden, daß die Agrarier nur für wirthschaftliche Fragen kämpfen, und ich möchte deshalb auch heute hier ausgesprochen haben, daß auch bei dieser Frage uns der Gedanke leitet, ideale, höhere Güter zu vertheidigen. Die Vereinigung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer hat diesen Hauptgesichtspunkt durch die dankenswerthen Anregungen des Herrn Grafen von Mirbach des öftern bethätigt.

In § 2 unseres Statuts heißt es:

„Die Vereinigung hat den Zweck, die Ideen und Grund-

sätze einer gemeinnützigen, auf christlichen Grundlagen beruhenden Volkswirthschaft im Volke zu verbreiten und in der Gesetzgebung zum Ausdruck zu bringen." . . . .

Und wenn wir heute eine Resolution wie die vorgeschlagene annehmen, handeln wir zweifelsohne im Sinne dieses Paragraphen. Es ist entschieden fehlerhaft, wenn man diese fundamentalwirthschaftliche Frage von jenen höheren, ethischen Momenten loslösen zu können glaubt. Meine Herren, alles was die landwirthschaftliche Woche uns gezeitigt hat, was wir heute sehen werden in der vermuthlichen einstimmigen Annahme des Antrages der Herren Referenten — wem haben wir das in erster Linie zu danken? — Dem Grafen von Mirbach! Und deshalb bitte ich Sie, möglichst einstimmig folgende Resolution anzunehmen, die ich hiermit einzubringen mir die Ehre gebe:

„Die Vereinigung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer spricht dem Grafen von Mirbach ihren wärmsten Dank aus für seine treue und erfolgreiche parlamentarische Thätigkeit im Interesse der Landwirthschaft und erklärt sich solidarisch mit den Bestrebungen und Zielen, die er so warm zum Schutze der Landwirthschaft im Reichstage verfochten hat."

(Lebhafter Beifall.)

Meine Herren, alle wirthschaftlichen, alle großen, alle idealen Fragen, wir müssen sie in Fleisch und Blut vor uns sehen. Sie gewinnen nur im Volke Leben, wenn sie verkörpert vor demselben stehen. Wir, die wir im Ausschuß seit 12 Jahren die rastlose Thätigkeit des Grafen von Mirbach gesehen haben, wissen genau, wie er gearbeitet hat, mit welchen Schwierigkeiten er zu kämpfen hat, wie er in jedem Momente auf dem Plan war, wenn es galt, die Landwirthschaft zu vertheidigen, wenn es galt, eines jener großen Fundamente unseres Staates zu schützen gegenüber der Uebermacht des Kapitals, wenn es galt, Grund und Boden und Arbeit gemeinsam zu schützen gegenüber dem übermächtigen Einfluß der kapitalistischen Aera, wie wir sie heute noch in einer Summe von Gesetzen zum Ausdruck gebracht sehen.

(Bravo!)

Meine Herren, ich finde, der heutige Tag ist ein Erntetag für den Grafen von Mirbach, wie der vorige Sonnabend. Es war ein

politischer Erntetag, den die Landwirthschaft ganz Deutschlands mitfeierte, ein Tag, an dem Graf von Mirbach sich sagen konnte: heut ist ins Leben getreten, was ich seit 17 Jahren gewollt und erstrebt habe; denn für die Gedanken, für welche vor 17 Jahren nur Wenige kämpften, tritt heute die Allgemeinheit der deutschen Landwirthe ein.

Ich halte die Annahme des Antrages auch aus folgendem Grunde für wünschenswerth. Vorgestern im Ausschusse des Deutschen Bauernbundes wurde von einer Seite direkt und von einer andern Seite indirekt hervorgehoben, der Großgrundbesitzer habe bis jetzt geschlafen. Nun habe ich durchgesetzt, daß eine einstimmige Resolution als Vertrauensvotum für Herrn von Ploetz angenommen worden ist. Ich habe größtentheils diesen Erfolg erzielt, indem ich erzählt habe, was die Vereinigung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer thatsächlich schon geschaffen hat. Sehen Sie sich die Statuten hier an, meine Herren, vom 22. Februar 1876, und lesen Sie dann, was hier klein gedruckt ist, was in der Gesetzgebung schon einen gewissen Niederschlag gefunden hat. Wenn das eine Vereinigung zu Stande gebracht hat von 300—400 Köpfen, meine Herren, dann muß eine Leitung dagewesen sein von einem außerordentlich weiten Blick, von einer tiefgehenden Kenntniß der fundamentalen Bedingungen des wirthschaftlichen Lebens — und möchte ich neben dem Namen des Grafen von Mirbach die Herren Freiherr von Thüngen und von Frege erwähnen, die ihn im Vorstande alle Zeit nach besten Kräften unterstützt haben.

Ich bin überzeugt, meine Herren, daß eine einstimmige Annahme des von mir vorgeschlagenen Antrages in den weitesten Kreisen zeigen wird, daß thatsächlich eine Solidarität der ganzen deutschen Landwirthschaft mit dem Grafen von Mirbach vorhanden ist, und daß, wie die Vertreter des großen, des mittleren und des kleinen Grundbesitzes, Großgrundbesitzer und Kleinbauern, wie dies in der Versammlung am Sonnabend so klar zu Tage getreten ist, Hand in Hand gehen, — daß durch die einstimmige Annahme meines Antrages dokumentirt wird, daß die ganze deutsche Landwirthschaft sich eines Sinnes fühlt mit dem Grafen von Mirbach, der so mannhaft ihr gemeinsames Interesse vertheidigt hat.

(Lebhafter Beifall.)

Denn, meine Herren, sehen wir das Programm an, das der Bund der Landwirthe angenommen hat: es sind Kardinalpunkte, für die die Vereinigung der Steuer- und Wirthschaftsreformer vorzugsweise gekämpft hat. Es war in der Ausschußsitzung, als wir über das Programm des neuen Bundes beriethen, eine kleine Minderheit vorhanden, die unter keinen Umständen die Doppelwährung hineinnehmen wollte. Sie sehen, meine Herren, diese Strömung ist überall vorhanden, aber Gott sei Dank ist sie im Versiegen, und ich glaube, wenn wir einstimmig den Antrag annehmen, so werden wir der Doppelwährungsfrage und den Agrariern, die für diese Frage — und Graf von Mirbach als ihr Führer an der Spitze — gekämpft haben und hoffentlich mit Aussicht auf den Sieg weiter kämpfen werden, einen guten Dienst erweisen!

(Lebhafter Beifall.)

Rittmeister a. D. **Reinicke**-Berlin: Meine Herren, ich will mich so kurz wie möglich fassen, obgleich ja das Thema ein sehr umfassendes ist. Ich kann nicht versichern, daß ich ganz auf dem Standpunkt der Herren Referenten stehe; es sind aber von den Herren Referenten nur speziell die Handelsbeziehungen und Tauschbeziehungen besprochen worden, während die beiden letzten Herren Redner darauf hingewiesen haben, daß die Währungsfrage darüber hinaus eine so eminente Bedeutung hat, daß ich wohl sagen kann, daß sie eigentlich so zu sagen die Wurzel alles Uebels und alles Elendes auf der Welt ist.

Wenn Sie sich die Zustände ansehen in allen Staaten, in aller Herren Ländern, so finden Sie, daß dasselbe Elend überall wiederkehrt, und dieses Uebel, meine Herren, wurzelt einzig und allein im Gelde. Es ist ja berechtigt, daß jeder Einzelne und jede Generation und jedes Jahrhundert glauben, in ihren Anschauungen und mit ihren Reformen das Richtige zu treffen. Aber leider hat uns immer noch in den 2000 Jahren unserer Geschichte die nächstfolgende Zukunft bewiesen, daß wir Alle im gröbsten Irrthum waren, und nur sehr wenig Propheten sind aufgestanden, die das vorhergesehen haben, und hier erinnere ich an den größten Propheten unseres deutschen Volkes, an Goethe, der da sagt:

Es erben sich Gesetz und Rechte
Wie eine ewige Krankheit fort,
Sie erben von Geschlecht sich zu Geschlechte
Und rücken sacht von Ort zu Ort.
Vernunft wird Unrecht, Wohlthat Plage,
Weh' dir, daß du ein Enkel bist,
Denn von dem Rechte, das mit dir geboren ist,
Von dem ist leider keine Frage.

Nun, meine Herren, dieser Zustand, wie ihn der Dichter hier schildert, existirt heutzutage in einer Weise, daß, da ihn schon Goethe einen unvernünftigen nannte, ich wohl mit Recht sagen kann: es hat noch nie in der Geschichte ein Zeitalter gegeben, dessen Zustände so elend sind, weil sie so unvernünftig sind, wie diese — und ich sage: 1850 Jahre der Gesetzgebung und Geschlechter und Generationen haben solche elenden Zustände nicht schaffen können, wie sie die letzten 20 Jahre unserer Gesetzgebung geschaffen haben.

Um Ihnen zu zeigen, wie groß das Elend ist, dazu erlauben Sie mir, Ihnen einige Zahlen vorzuführen. Die neue Einkommensteuer-Einschätzung hat ergeben, daß von allen Bewohnern der Städte — von 100 Menschen nur 2 über 3000 Mk. Einkommen haben; es haben also 98 Menschen von 100 ein Einkommen, welches geringer ist als 3000 M., und auf dem Lande haben gar nur 0,44 pCt. ein Einkommen von mehr als 3000 M., also 99,60 pCt. unter 3000 M. Ja, meine Herren, das läßt doch tief blicken, wie kolossal die Besitzverhältnisse sich geändert haben. Ein anderes Beispiel: bis zu 900 M. — das ist doch ein wahres Hungerbrot — haben von 100 Menschen nur 86; also nur 14 pCt. haben, wie statistisch nachgewiesen ist, über 900 M. Meine Herren, das läßt noch tiefer blicken!!

(Sehr richtig!)

Und wenn ich nun darauf eingehe, was der Herr Vorredner anführte, so frage ich: wem kommen denn die Gesetze, welche einen solchen Besitzwechsel bedingen, zu Gute? — Denn sie müssen doch einem zu Gute kommen, und wir müssen diese Frage aufwerfen, denn unsere Enkel werden über uns klagen, daß wir ihnen nichts hinterlassen haben als Schulden. — Wer hat denn den Vortheil davon? Meine Herren, ich stehe da auf einem kosmischen Standpunkte, auf einem ganz allgemeinen Standpunkte und sage: sie

kommen nur Einzelnen zu Gute, und zwar hat das internationale Privatkapital, das an der Börse spekulirt, den Vortheil davon.

(Sehr richtig!)

Und, meine Herren, wenn wir nun sehen — ich sage nicht hier bei uns allein, sondern in allen Kulturstaaten —, daß dieses internationale Privatkapital sich verhundertfacht, ja daß Rothschildt thatsächlich sein Vermögen vertausendfacht hat — und das in einem Zeitraum von 20 kurzen Jahren, so müssen wir uns doch billig fragen, wie kann das zugehen, wie ist das möglich? Nur durch die Unvernunft des Gesetzes, nur deshalb, weil das Gesetz für Rothschildt gemacht ist, — nur durch die Währungsfrage!

(Bravo!)

Was thut Rothschildt? er handelt mit Geld; und nun komme ich auf die Hauptfrage: Was ist Geld?

Es giebt zwei Sorten von Geld; die eine Sorte trägt Zinsen, die andere, das sogenannte Umlaufsgeld, trägt keine Zinsen. Aber indirekt wissen die Rothschildts auch dieses Umlaufsgeld zu fruktifiziren. Meine Herren, denken Sie nur an die direkt zinstragenden Papiere, Wechsel, Aktien, Hypotheken, dann werden Sie begreifen, wie Rothschildt in Paris sich die Frage erlauben konnte: Wissen Sie, wo Frankreich liegt? Als nämlich Jemand sagte: Frankreich ist ein so reiches Land! — da machte Rothschild seinen Kasten auf und sagte: sehen Sie, hier liegt Frankreich in Hypotheken!

(Heiterkeit und Zurufe.)

Nun aber, meine Herren, das Ungeheuerlichste von Allem sind die Staatsanleihen, durch welche die Allgemeinheit einem Einzelnen zinstributär gemacht wird! Denn ich frage Sie: Wo sind die Staatsanleihen? Wer disponirt darüber? Warum sind sie nicht vollwerthig? Wie ist es möglich, Deutschland so zu mißkreditiren, daß es eine Anleihe nur mit 17% Damno unterbringen kann? Wenn sich ein Privatmann so mißkreditirt beim Wechselschreiben — und die Staatsanleihe ist ja nur ein Wechsel mit längerer Frist — so versteht man das allenfalls; aber bei einem Staate wie Deutschland ist mir dies ein Räthsel. Und nun denken Sie an die Massen der Zinsen, die im Hintergrunde lauern und gezahlt werden müssen und schließlich nicht gezahlt werden können, wenn alles Geld in einer Hand konzentrirt ist und das internationale Kapital zur Allmacht gelangt, so daß Rothschildt, wie man an seiner Kühle gegen

die preußische Anleihe merkt, befehlen kann, ob heute Rußland Krieg führen soll oder nicht! — Daß das internationale Privatkapital eine solche Macht den Staaten gegenüber bildet, ist eine Ungeheuerlichkeit, und eine „Plage“ für uns ist diese „Wohlthat“ der Gesetze, die solche Abhängigkeit Aller von Wenigen zeitigen konnte.

Und, meine Herren, diese Mißwirthschaft hat ihr Fundament in der Währung. Denn wenn das Gold nicht einen anderen Werth hätte, wie das Silber, resp. Papierwerthe — es ist ja unglaublich, was für eine Masse von Aussichten das Gesetz Rothschildt gegeben hat zum Schachern mit Geldwerth —, wenn die Währung überhaupt aufhörte, so bin ich überzeugt, daß die Verhältnisse sich anders gestalten würden. Ich stehe auf dem Standpunkte: es muß keine Währung geben; der Staat darf keine Schuld bei einem Einzelnen machen; er ist Souverän und kann einen Fetzen Papier dadurch, daß er ihm seine Unterschrift giebt, zu einem Werthe machen. Denn das werden Sie mir doch zugeben, wenn darauf stände: „Anleihe von Rothschildt“ — so würde er einen ganz anderen Werth haben, und das ist eben das Schlimmste, daß Rothschildt diese große Macht besitzt, da er alle Staatswechselbanken in London, wie Paris, Wien, Brüssel u. s. w. verwaltet.

(Sehr wahr!)

Einer der Herren Vorredner erwähnte, daß im Jahre 1888 2 Milliarden Staatsgelder auf den Staatswechselbanken berechnet worden seien — und wie liegen die Dinge jetzt? Wir haben hier in der Reichsbank über 1000 Millionen liegen, in London liegen über 2000 Millionen, in Paris über 4000 Millionen, in Wien, im Brüssel sind ähnliche Beträge in Gold und Silber, und Alles steht einer internationalen jüdischen Bankgruppe zur Verfügung. Durch diese Wirthschaft ist die ganze Welt in den wahnsinnigsten Assignatenschwindel hineingerathen.

Wir müssen uns doch klar werden, meine Herren, wie wir diese private Geldmißwirthschaft unseren Enkeln gegenüber verantworten wollen. Stellen Sie sich vor, was jeder Säugling heutzutage für eine Schuld mit auf die Welt bringt.

(Große Heiterkeit.)

Die ganze Bevölkerung der Erde, die Schwarzen und Wilden mitgerechnet, ist bis jetzt auf $1\frac{1}{2}$ Milliarden gezählt worden. Wenn nun Frankreich allein 30 Milliarden Staatsschulden, 30 Milliarden

Gemeindeschulden und 80 Milliarden Grundschulden hat, **kommt jedes Kind** in Frankreich mit einer Schuldenlast auf die Welt — na, Sie können es sich ja selber berechnen!

(Heiterkeit.)

Nun aber, sehen Sie sich einmal die Staatsschulden der Türkei an, wo die Rothschildt, die Hirsch, die Cohn, die Bleichröder den ganzen Staat in der Tasche haben; denn sie besitzen alle Monopole. Ich habe mich etwas näher um die Sache gekümmert, weil es mir wirklich zu arg schien, und da habe ich gefunden, daß in der Türkei nicht ein einziges Monopol der Staat selbst mehr hat, auch nicht einmal die direkten und indirekten Steuern. Diese internationale jüdische Bankgruppe verfügt über ein enormes Kapital; die Rothschildtgruppe allein wird jetzt auf 8 Milliarden geschätzt und der Frankfurter auf $1^1/_2$ Milliarden.

Stellvertretender Vorsitzender Kammerherr Dr. **von Frege-Abtnaundorf**: Ich möchte mir die Bemerkung erlauben, daß die Zeit, die wir für die einzelnen Herren Redner ausgemacht haben, verflossen ist, und ich möchte den Herrn Redner bitten, die Güte zu haben, sich etwas knapper fassen zu wollen.

Rittmeister a. D. **Reinicke:** Ich kann das zwar nicht einsehen, aber ja, meine Herren, „der Bien muß". Ich wollte Ihnen nur schildern, in welcher Weise das Privatkapital aus seinem Versteck heraus Alles beherrscht. Das Größte „die Staaten" und die kleinsten Privatverhältnisse. Ich möchte nur noch bitten, daß die Herren mich nicht etwa dahin beurtheilen, als ob ich pro domo spräche. — Ich will beiläufig sagen — ausführlich kann ich mich ja darüber auch hier nicht verbreiten —: wenn ich Ihnen mittheile, daß ich ein kleines Werk darüber geschrieben habe: „Der Kaiser, der Reichstag und Bismarck und der neue Kurs"; ich werde aber in der Welt nicht gehört, die Presse schweigt dieses Buch todt, und Sie können wohl empfinden, was es heißt, todtgeschwiegen zu werden. Es ist mir anonym Geld geboten worden, wenn ich das Werk nicht drucken lassen würde;

(Hört! hört!)

und seit der Zeit, da ich das Geld nicht genommen und das Buch habe drucken lassen, schweigt die Presse sich aus, und doch möchte ich glauben, daß es gut wäre, wenn sich große Kreise mit dem Inhalte dieses Buches bekannt machen würden; es greift keinen

Stand, keine Rasse oder Menschen speziell an, sondern handelt nur von der privaten Geldmißwirthschaft in der Welt überhaupt. — Es ist nun einmal ein Weltelend vorhanden, und da suche ich nachzuweisen, daß es nur die Währungsfrage ist, der Handel mit Geld, der dieses Weltelend verursacht, und ich werde weiter dagegen kämpfen, wenn ich auch untergehe und nichts erreiche. Ich glaube es mir und meinen Mitmenschen schuldig zu sein und meine:

Und ob auch alle Teufel hie sollten widerstehn,
So wird doch ohne Zweifel Gott nicht zurücke gehn!

(Lebhafter Beifall; es wird vielseitig nach der Broschüre verlangt, circa 30 Exemplare werden gratis vertheilt.)

Graf **von Mirbach**-Sorquitten: Meine Herren, ich werde mich ganz kurz fassen — in dieser Beziehung bin ich mehr Goldwährungsmann.

(Heiterkeit!)

Ich möchte zunächst Herrn von Riepenhausen meinen ganz besonderen tiefgefühlten Dank aussprechen für das Wohlwollen, das er mir gegenüber zum Ausdruck gebracht hat. Ich acceptire es aber nur insoweit, als es mir nicht möglich gewesen wäre, ohne die Unterstützung und ohne die treue Mitarbeit der anderen Herren im Vorstande und im Ausschusse irgend etwas zu erreichen. Ich meine, wenn Sie ferner die parlamentarische Thätigkeit meiner Freunde, wie die des Herrn Dr. von Frege und des Herrn Grafen Kanitz, Ihrer Betrachtung unterstellen, werden Sie unsere Thätigkeit wohl als gleichwerthig ansehen. Jedenfalls haben wir Streiter in den Parlamenten die redliche Absicht, wirksam einzutreten. Die freundliche Anerkennung des Herrn von Riepenhausen wird mir persönlich ein Sporn sein, unentwegt auf der betretenen Bahn fortzuschreiten, soweit meine Kräfte dies gestatten.

(Lebhaftes Bravo.)

Meine Herren, ich möchte dann meiner besonderen Genugthuung Ausdruck geben über die Ausführungen des Herrn Wendorff. Es ist doch eigentlich zum ersten Male, daß ein Herr, der politisch auf ganz anderem Boden steht, wie die große Mehrheit dieser Versammlung, ohne Rücksicht auf seine politische Stellung der Währungsfrage die ihr gebührende Bedeutung einräumt.

Ich möchte aber zwei Punkte noch besonders hervorheben: einmal seine Stellungnahme den Beamten gegenüber. Und da meine

ich, es ist allerdings eine Kurzsichtigkeit ohne gleichen, wenn die Beamten für die Goldwährung eintreten wegen momentaner nicht einmal bedeutender Vortheile. Ich glaube, wenn die Beamten sich klar machen, daß nur ein Staat, dessen wirthschaftliches Leben blüht, dessen produktive Thätigkeit Erfolg hat, seinen Angestellten entsprechende Besoldungen gewähren kann,

(Sehr richtig!)

so ist das der zutreffende Gesichtspunkt. Beamte mit weitem Blick werden, wie ich glaube, auch wenn sie nur ihre eigenen Interessen in den Kreis ihrer Erwägungen ziehen, das als richtig anerkennen.

(Sehr richtig!)

Nun, meine Herren, noch ein Zweites, was von großer Wichtigkeit ist, der Zusammenhang zwischen den Schutzzöllen und der Goldwährung. Da habe ich selber — es wurde ja von Herrn Wendorff darauf hingewiesen — wiederholt darauf hingedeutet, daß zwischen diesen beiden Dingen ein logischer Zusammenhang besteht. Ich habe im Reichstag schon vor längerer Zeit ausgesprochen: wenn wir an der Goldwährung festhalten, müßten wir die Zölle erhöhen, und wir haben es gethan, aber leider ohne ganz genügenden Erfolg. Wenn nun die freisinnige Partei und in ihrem Gefolge die Sozialdemokratie — das sind ja die Kerntruppen der Goldwährung — uns den Schutz unserer produktiven Arbeit ganz versagen wollen, und andererseits an unsere produktive Thätigkeit die Schraube ohne Ende anlegen wollen, die in der Goldwährung, in dem zunehmenden Werthe des Goldes liegt, um uns unmerklich aber sicher wirthschaftlich zu vernichten, so, meine ich, sind dies die Begehrlichen und nicht wir Agrarier.

(Bravo!)

Zum Schluß möchte ich noch eine Bitte an die Herren richten, nämlich die, ihre Bedenken zu reprimiren hinsichtlich der Resolution des Herrn Dr. Stall, dessen Ausführungen meiner Ansicht nach ganz ausgezeichnete waren. Ich möchte Sie bitten, auch diesen Theil der Resolution zu acceptiren; denn wir vergeben uns dadurch an unserem prinzipiellen Standpunkte nichts. Herr Dr. Stall bezeichnet ja selbst als Endziel die internationale vertragsweise Doppelwährung. Aber ich meine, daß es zweckmäßig ist, wenn wir den Bedenken gegenüber, die in industriellen Kreisen bestehen gegen das Endziel, dem Vorschlag des Herrn Dr. Stall entsprechend, denen

die Hand bieten, die nur so weit mitgehen wollen. Ich bitte Sie demnach, meine Herren, die Resolution, wie sie vorliegt, und wie sie Ihnen vom Ausschuß empfohlen wird, zu acceptiren.

Stellvertretender Vorsitzender Kammerherr Dr. **von Frege**-Abtnaundorf: Es ist der Schluß der Diskussion beantragt, und ich glaube, meine Herren, daß wir uns angesichts des noch auf der Tagesordnung stehenden wichtigen Gegenstandes in unserer Zeit beschränken müssen. Ich bringe den Antrag zur Abstimmung. Sind die Herren für den Schluß der Diskussion?

(Allseitige Zustimmung.)

Wünschen die Herren Referenten noch das Wort?

Mitberichterstatter Dr. **Stall**-Berlin: Ich kann mich nach der anerkennenden Befürwortung, die Herr Graf von Mirbach meinem Referat hat zu Theil werden lassen, auf einige kurze Worte beschränken. Herr Wendorff, glaube ich, war es, der ein Bedenken hatte, den zweiten Theil der Resolution anzunehmen, indem er meinte, es handele sich da nur um Palliativmittel, es könne vielleicht auch der Verdacht entstehen, als ob wir von dem eigentlichen Endziel abgingen. Nun, ich glaube, wenn die Herren den ersten Theil der Resolution lesen, werden sie dieses Bedenken zu unterdrücken in der Lage sein, da dort ausdrücklich erklärt ist:

> Die „Vereinigung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer" betrachtet die Wiederherstellung der vor Einführung der deutschen Goldwährung vorhandenen Relation des Goldes zum Silber auf Grundlage internationaler Vereinbarungen über die Doppelwährung als das berechtigte Endziel ihrer Bestrebungen.

Meine Herren, ich bin der Ueberzeugung, daß, wenn wir überhaupt zum Bimetallismus kommen wollen, dasjenige, was ich Ihnen vorgeschlagen habe, unter allen Umständen eintreten muß; denn das erste, was die internationale Vereinbarung herbeiführen müßte, wäre ja doch, Raum zu schaffen für das Silber, der unter den jetzigen Münzverhältnissen nicht vorhanden ist. Ich sehe nicht ein, warum das nicht zuerst geschehen soll; unseren Bestrebungen wird dadurch kein Abbruch gethan, wohl aber haben wir damit eine Grundlage geschaffen, auf der man weiter vorgehen kann. Also eine solche Maßregel würde ich doch nicht als eine halbe Maßregel betrachten.

Herr Wendorff hat die Freundlichkeit gehabt, sich mit einzelnen insbesondere englischen Staatsmännern zu befassen. Da möchte ich mir denn ebenfalls erlauben, auf einen Ausspruch hinzuweisen, welchen William Pitt über die Berechtigung „halber" Maßregeln gethan hat. Als es sich um die Reform der englisch-ostindischen Kompagnie handelte, haben bekanntlich Fox wie Pitt eine ostindische Bill eingebracht; die von Fox vorgeschlagene Bill ging so weit, daß sie die Rechte der ostindischen Kompagnie aufheben und an deren Stelle die staatlichen Einrichtungen setzen wollte, während Pitt größere Mäßigung empfahl und nur so weit ging, daß die Rechte der Kompagnie erhalten, aber eine staatliche Kontrole darüber ausgeführt werden sollte. Pitt bemerkte damals in seiner Rede vom 17. Januar 1784:

> „Aber, so hat man gesagt, diese Mäßigung ist sie denn etwas anderes, als eine halbe Maßregel, die ich doch selbst so oft als verkehrt anerkannt habe. Ich antworte, daß diese Anklage und die Bezeichnung „halbe Maßregel" nichts Tadelnswerthes an sich hat, wenn man darunter die Mäßigung versteht, in alle Interessen einzudringen und alle Theile zu befriedigen. An die Weisheit der Kammer wende ich mich mit der Bitte, zu entscheiden, ob ein Plan, der sich eines Vortheiles nicht mit Gewalt bemächtigt und die bestehenden Rechte der ostindischen Kompagnie nicht usurpirt, nicht den Vorzug verdient." —

Derselben Meinung bin ich auch: Gehen Sie diesen kleinen Schritt voran; es ist damit etwas Positives erreicht worden, und wir können darauf hinweisen, daß die langjährige Thätigkeit der Bimetallisten endlich doch zu einem Resultat gekommen ist.

Ich erlaube mir daher, Ihnen nochmals auch den zweiten Theil der Resolution zur Annahme zu empfehlen.

(Bravo!)

Vorsitzender Graf **von Mirbach**-Sorquitten: Meine Herren, wir kommen zur Abstimmung. Ich werde über die einzelnen Thesen der Resolution gesondert abstimmen lassen. Ein Abänderungsantrag liegt nicht vor.

Die Resolution lautet:

I. Das Sinken der Preise der Hauptprodukte der Landwirthschaft, der dadurch bedingte Rückgang der Kaufkraft der Landwirth-

schaft selbst, muß zu einer das gesammte Erwerbsleben beherrschenden Krisis führen. Wir erkennen in dem Preisfall des Silbers bezw. in der Steigerung des Goldwerthes den wesentlichen Grund des Preisdrucks auf dem Weltmarkte.

Die Wiederaufnahme der Silberprägung erscheint deshalb dringlich geboten, zumal infolge der am 1. Februar vorigen Jahres in Kraft getretenen Handelsverträge die Möglichkeit, der deutschen Landwirthschaft durch Zollerhöhungen zu helfen, nicht mehr besteht.

Die „Vereinigung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer" sieht in einer vertragsmäßigen internationalen Doppelwährung das entscheidende Mittel zur Wiederherstellung des Silberwerthes, will jedoch auch andere auf die Vermehrung der Silberzirkulation und die Hebung des Silberpreises abzielenden Maßnahmen nicht ablehnen.

Die „Vereinigung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer" erwartet von den Vertretern der Industrie und der Gewerbe, daß dieselben in Gemeinschaft mit denen der Landwirthschaft alle auf die Wiederherstellung des Silberpreises gerichteten Maßnahmen wirksam unterstützen. Ein gemeinsames Vorgehen sämmtlicher produktiven Berufe erscheint dringlich geboten.

Die Gefahr einer weiteren Schädigung des wirthschaftlichen Lebens durch die einseitige Goldwährung liegt nicht blos auf wirthschaftlichem Gebiete und damit auf dem der Erhaltung unserer Wehrkraft und Machtstellung nach außen, sondern auch auf dem sozialen Gebiete, das bei allen politischen und wirthschaftspolitischen Maßnahmen eine entsprechende Berücksichtigung erfahren soll.

II. Die „Vereinigung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer" betrachtet die Wiederherstellung der vor Einführung der deutschen Goldwährung vorhandenen Relation des Goldes zum Silber auf Grundlage internationaler Vereinbarungen über die Doppelwährung als das berechtigte Endziel ihrer Bestrebungen. Um jedoch das Interesse der industriellen Kreise, welche durch die stetig wiederkehrende Goldnoth sowohl, als auch durch die Schwankungen und den Rückgang des Silberpreises hart betroffen werden, mit demjenigen der Landwirthschaft zu verbinden, ist sie bereit, alle jene Bestrebungen zu fördern, die geeignet

sind, dem vermehrten Silberumlauf und der dadurch herzustellenden Hebung und Stetigkeit des Silberpreises zu dienen.

In diesem Sinne wird die Vereinigung die nachfolgenden, die Hebung und die Stetigkeit des Silberpreises bezweckenden Maßnahmen unterstützen:

„1. Die Staaten: Deutschland, England, der Lateinische Münzbund und die Vereinigten Staaten verpflichten sich mittelst eines internationalen Uebeinkommens, kein Papiergeld und keine Goldmünzen unter 20 Frcs. bezw. 20 Mk. in den Verkehr zu bringen.

2. Die in diesen Staaten vorhandenen Goldstücke und Scheine unter 20 Frcs. bezw. 20 Mk. werden möglichst bald eingezogen.

3. An Stelle des eingezogenen Gold- und Papiergeldes wird Kurantsilber ausgegeben, dessen Werthverhältniß zum Gold international festgesetzt wird."

III. a) Die „Vereinigung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer" erklärt die Durchführung der Doppelwährung mit dem Werthverhältniß von 1 : 15,5 auch ohne Zutritt Englands für möglich und wünschenswerth.

b) Für den Fall, daß die Reichsregierung die Doppelwährung nur in Gemeinschaft mit England annimmt, ersucht die Generalversammlung den Herrn Reichskanzler,

1. eine dahin gehende Erklärung bei Wiederzusammentritt der Brüsseler Münzkonferenz abgeben zu lassen,

2. die dort vertretenen Staaten zum Abschluß eines Währungsvertrages aufzufordern, dessen Inkrafttreten von dem Beitritt Englands abhängig gemacht wird.

c) In diesem Fall ist es Aufgabe der deutschen Vertretung auf der Brüsseler Münzkonferenz, Maßregeln vorzuschlagen, durch welche der Beitritt Englands zur internationalen Doppelwährung gefördert wird, durch welche, bis dieser erfolgt, die Aufrechterhaltung und Hebung des Silberwerthes herbeigeführt wird.

Ich bitte, daß diejenigen Herren, die die Nr. I annehmen wollen, sich von ihren Plätzen erheben.

(Geschieht.)

Das ist wohl Einstimmigkeit.

Ich bitte, daß diejenigen stehen bleiben oder sich erheben, welche die Nr. II annehmen wollen.

(Geschieht.)

Das ist große Majorität, beinahe Einstimmigkeit.

Endlich bitte ich diejenigen Herren aufzustehen resp. stehen zu bleiben, welche die Nr. III annehmen wollen.

(Geschieht.)

Das Stimmenverhältniß ist das gleiche; ich konstatire also die Annahme der gedruckten, in Ihren Händen befindlichen Resolution.

Dieselbe wird dem Ausschuß wie alle Resolutionen nochmals vorgelegt werden.

Nun kommen wir zur Resolution des Herrn Freiherrn von Thüngen, die in relativ losem Zusammenhang dazu steht, der wir aber, wie ich glaube, sehr wohl beitreten können. Ich bitte Herrn Freiherrn von Thüngen, seine Resolution zu verlesen.

Reichsfreiherr **von Thüngen**-Roßbach:

> Die Generalversammlung der „Vereinigung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer" erklärt im Anschluß an die Resolution über Thema 1:
>
> „Daß von dem Abschlusse eines Handelsvertrages mit Rußland und Rumänien, bei dem lediglich die Landwirthschaft das Ausgleichsobjekt bilden könnte, so lange es diesen Staaten nicht gelungen ist, ihre Valuta auf eine feste Basis zu stellen, als von einer großen Gefahr für die deutsche Landwirthschaft unter allen Umständen abzusehen sei, und stellt an den Bundesrath und den Reichstag die dringende Bitte, einem solchen ihre Zustimmung zu versagen."

(Bravo!)

Vorsitzender Graf **von Mirbach**-Sorquitten: Ich bitte, daß die Herren, welche diese Resolution annehmen wollen, aufstehen oder stehen bleiben.

(Geschieht.)

Die Resolution ist mit eben so großer Majorität angenommen wie die vorige.

Dann hat Herr Kammerherr von Riepenhausen noch eine Resolution auf einem ganz anderen Gebiete beantragt. Ich bitte Herrn von Riepenhausen, sie nochmals zu verlesen.

Kammerherr **von Riepenhausen**-Crangen:

„Die Vereinigung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer spricht dem Grafen Mirbach ihren wärmsten Dank aus für seine treue und erfolgreiche parlamentarische Thätigkeit im Interesse der Landwirthschaft und erklärt sich solidarisch mit den Bestrebungen und Zielen, die er so warm zum Schutz derselben im Reichstage verfochten hat.“

(Lebhaftes Bravo!)

Vorsitzender Graf **von Mirbach**-Sorquitten: Ja, meine Herren, ich möchte Ihnen empfehlen, diese Resolution abzulehnen.

(Große Heiterkeit und lebhafter Widerspruch.)

Nun, dann bitte ich diejenigen, welche die Resolution annehmen wollen, sich niederzusetzen.

(Rufe: einstimmig angenommen!)

(Bravo! und Beifallklatschen.)

Ich konstatire, daß die Resolution einstimmig angenommen ist, und sage Ihnen allen meinen besonderen Dank für Ihre freundliche Anerkennung.

Jetzt, meine Herren, möchte ich Ihnen vorschlagen, eine Frühstückspause eintreten zu lassen, und zwar bis $\frac{1}{2}$ 2 Uhr.

(Zustimmung.)

(Pause.)

Vorsitzender Graf **von Mirbach**-Sorquitten: Meine Herren! Ich schlage Ihnen vor, in unserer Tagesordnung fortzufahren.

Zunächst muß ich leider konstatiren, daß wir 11 Herren durch den Tod verloren haben und zwar die Herren:

Bitter-Gostkowo,
Graf von Bredow-Friesack,
Excellenz von Kleist-Retzow-Kieckow,
Vincent Ludwig-Kiebitz,
von Platen-Poggenhof,
Erbmarschall zu Putlitz-Laaske,
Frhr. von Rotenhan-Buchwald,
Landrath von Saint-Paul-Jaecknitz,
von Schmidt-Küstrinchen,

von **Wiedebach**-Bomsdorf,
von **Zitzewitz**-Bornzin.

Es waren das treue, zum Theil sehr eifrige Mitarbeiter unserer Vereinigung. Ich bitte die Herren, durch Erheben von den Sitzen das Andenken der Dahingeschiedenen zu ehren.

(Die Versammlung erhebt sich.)

Ausgeschieden sind 14 Herren und seit dem 1. Januar neu eingetreten 93.

(Bravo!)

Ich erlaube mir, denjenigen Herren, die nach dieser Richtung besonders erfolgreich wirksam gewesen sind, namens des Ausschusses den wärmsten Dank auszusprechen.

Meine Herren! Der erste Gegenstand ist die

Neuwahl des Vorstandes.

Herr **von Sydow**-Bärfelde: Ich stelle den Antrag, den alten Vorstand wiederzuwählen und zwar durch Zuruf.

(Lebhafte Zustimmung.)

Vorsitzender Graf **von Mirbach**-Sorquitten: Es ist der Vorschlag gemacht worden, das bisherige Präsidium, bestehend aus mir, Herrn Dr. von Frege und Herrn Freiherrn von Thüngen-Roßbach, durch Zuruf wiederzuwählen. Das kann nur geschehen, wenn von keiner Seite ein Widerspruch erhoben wird. — Ich konstatire, daß ein Widerspruch nicht erfolgt, ich konstatire, falls nicht dagegen ein Widerspruch erhoben wird, daß die Akklamationswahl vollzogen ist.

Namens der Herren darf ich wohl — Herr Freiherr von Thüngen, Sie erlauben es mir wohl (Zustimmung) — zugleich für Sie den Dank auszusprechen für das uns geschenkte Vertrauen. Herr Dr. von Frege ist in dem Augenblick nicht anwesend; er wird aber zweifellos die Wahl wieder annehmen.

Wir kommen zur Wahl des statutenmäßig ausscheidenden Theiles des Ausschusses.

Herr **von Sydow**-Bärfelde: Es scheiden folgende 10 Herren aus:
Kammerherr Graf Behr-Bandelin,
Oberst von Bredow-Zapel-Charlottenburg,
Freiherr von Hammerstein-Berlin,
Major von Jagow-Calberwisch,
Kammerherr Graf Kanitz-Podangen,
Graf von Mirbach-Sorquitten,

Freiherr von Manteuffel-Krossen,
Udo Graf zu Stolberg-Wernigerode-Königsberg,
von Treskow-Grocholin,
Ritterschaftsrath H. von Winterfeld-Kriesсhow.

Ich beantrage Wiederwahl durch Akklamation.

(Lebhafte Zustimmung.)

Vorsitzender Graf **von Mirbach**-Sorquitten: Es erfolgt kein Widerspruch gegen diesen Modus der Wahl, ich konstatire das. -- Die Herren sind, wie ich hervorhebe, durch Zuruf wiedergewählt.

Ich möchte, bevor wir in der Tagesordnung fortfahren, noch in Bezug auf ein Cirkular an die landwirthschaftlichen Vereine und die Herren Vertreter der Vereine, die wir die Ehre haben, in unserer Mitte zu sehen, bemerken, daß nach Schluß unserer Tagesordnung eine weitere Diskussion über einen andern Gegenstand nicht mehr stattfindet.

Das zweite zur Verhandlung stehende Thema lautet:

„Die Ernteschätzungen und die Ernteermittelungen; die Nothwendigkeit ihrer Reform."

Referent ist Herr Oekonomierath von Mendel-Steinfels-Halle, Korreferent Herr Rittergutsbesitzer Alfieri-Koppershagen.

Ich bitte den Herrn Referenten, seinen Bericht zu erstatten.

Berichterstatter Oekonomierath **von Mendel**-Halle (Saale): Meine hochverehrten Herren! Die Materie, die ich heute zu beleuchten habe in dieser hochgeehrten Versammlung, ist eine solche, die gerade in der letzten Zeit durch gewisse Aenderungen, die sie erfahren hat in Folge der Verfügungen des Bundesraths, eine einschneidendere und wichtigere geworden ist.

Ich möchte jedoch, bevor ich auf die Sache selbst eingehe, mir einen gewissen Boden schaffen, auf dem ich weiter bauen kann. Vor Allem besteht der Boden darin, daß ich der Ueberzeugung Ausdruck gebe, daß die Statistik überhaupt in der heutigen Zeit ein wesentlicher Faktor ist für die forschende Volkswirthschaft, für die Agrikultur-Chemie, für den Handel, für die Landwirthschaft und für den gesetzgebenden Staat. Sie hat manche Mängel aufzuweisen, und mit Recht wird bei verschiedenen Gelegenheiten auf die Dehnbarkeit der Zahlen und Resultate hingewiesen. Aber welches Menschenwerk ist vollkommen? Wir können doch sagen, daß wir in der

heutigen Kulturwelt die Statistik nicht entbehren können, und daß sie uns, wenn wir sie ehrlich gebrauchen, viele Dienste schon geleistet hat und leisten kann. Andererseits aber muß es unser Bestreben sein, und gerade auch von unserem landwirthschaftlichen Standpunkte aus, die Statistik soweit wie möglich zu verbessern, dazu das Unsere beizutragen, damit sie den Aufgaben, die ihr gestellt sind, möglichst gewachsen bleibt oder gewachsen werde.

Meine Herren! Der verbessernden Hand bedurfte ganz besonders und bedarf heute noch die landwirthschaftliche Statistik. Wir wissen ja, daß durch Bundesrathsbeschluß vom 7. Juli 1892 eine wesentliche Regelung der Erntestatistik stattgefunden hat, aber wir haben in der Beziehung noch manche Wünsche, die in der Resolution niedergelegt sind.

Die Benutzung der landwirthschaftlichen Statistik, meine Herren, ist eine ungemein weitgehende. Betrachten wir einmal das heutige Verhältniß des internationalen Handels in Getreide. Meine Herren! Wir sehen da vor Allem das Resultat, daß der Handel nicht mehr wie früher mit der effektiven Waare sich begnügt, sondern daß der größte Theil der Handelsabschlüsse an den großen Handelszentren durch Spekulation geschieht, durch das vorausschauende Geschäft, und diese Spekulation bedarf gewisser Handhaben, auf Grund deren sie arbeitet. Hat sie die Handhaben nicht, so macht sie sie sich selbst — sie macht sie sich überhaupt häufig selbst — sie sucht gewisse Richtungen herbeizuführen in Betreff der allgemeinen Meinung über künftige Ernten, über den Ernteausfall, über den dermaligen Stand der Saaten, die gerade der Gruppe der Spekulation entsprechen, die die maßgebende an der Börse ist. Wir haben die Erfahrung in einer sehr tiefgehenden Weise im Jahre 1890 gemacht, wo von der Börse inspirirte Zeitungen, wie Sie wissen, für den 15. Juli den Mangel jedes Brodkorns in Deutschland prophezeiten. Es war das eine Mache zweifellos, und wir sind mit unserer Statistik etwas langsam nachgehinkt; wir waren nicht im Stande, den Leuten zu sagen: es ist nicht so; wir werden in diesem Jahre eine bessere Ernte machen, wir können noch von den Vorräthen zehren u. s. w. Sie wissen, daß gerade das Jahr 1891 uns Allen die Ueberzeugung gebracht hat, daß einerseits den Börsenspekulationen ein gewisser Abbruch gethan werden muß, daß sie im Interesse der Gesundheit der Volkswirthschaft eingedämmt werden müssen, anderer=

seits aber auch, daß wir mit unseren statistischen Erhebungen doch eigentlich nicht auf der Höhe der Zeit stehen.

(Sehr richtig!)

Meine Herren, die Erkenntniß dieser beiden Punkte verdanken wir dem Nothstande des Jahres 1891, wie ja die Geschichte lehrt, daß immer Zeiten des Nothstandes das zeitigen, was der Friede nie bringen konnte. Wir haben ja auch jetzt wieder die Einigkeit der Landwirthschaft in einer so glänzenden Weise infolge des Nothstandes herbeigeführt, wie wir uns vor einem Jahre wohl kaum haben träumen lassen.

Meine Herren, wenn ich nun auf die Sache selbst eingehe, so werde ich folgende Gesichtspunkte hinsichtlich der Erntestatistik Ihnen zu unterbreiten haben: 1. die Erhebungen über den Saatenstand, 2. die vorläufigen Erhebungen über die Ernte, 3. die Anbaustatistik und 4. eventuell die Qualitätsstatistik hinsichtlich des Hektolitergewichts.

Mehr oder weniger haben wir in Deutschland alle diese Erhebungen gepflogen, aber ohne jede Einheitlichkeit, ohne jedes bestimmtes System, ohne eine so scharfe amtliche Beglaubigung, wie sie thatsächlich nothwendig ist, damit die von der Statistik gegebenen Zahlen die öffentliche Anerkennung finden. Wir sind bisher einer Menge von Privaterhebungen begegnet, Privaterhebungen auf dem Gebiete der Landwirthschaft und Privaterhebungen auf dem Gebiete des Handels, der Spekulation ꝛc.; es wurden eine Menge Statistiken zusammengestellt, die aber nie etwas Uniformes, nie etwas für ganz Deutschland Gegebenes waren, sondern immer lokale und theilweise mehr oder weniger — wenn auch nicht absichtlich, so doch unabsichtlich — individuelle Gesichtspunkte vertraten. Der Kaufmann suchte in seinem Sinne zu erheben, der Landmann in seinem Sinne. Darin wird Wandel geschafft durch den bereits angezogenen Bundesrathsbeschluß, für den wir aufrichtigen Dank schuldig sind.

Die Vorbereitungen für diesen Bundesrathsbeschluß sind hervorgegangen aus dem Schoße der Deutschen Landwirthschaftsgesellschaft und aus den Berathungen zwischen den statistischen Aemtern und Experten der verschiedenen Ministerien.

Meine Herren, ich möchte nunmehr, um die Situation klar zu legen, mit der wir bei der künftigen Statistik zu rechnen haben,

von diesem Jahre an, den Extrakt der Beschlüsse des Bundesraths hier wiedergeben und dieselben beleuchten bezw. kurz kritisiren. Ich bemerke, daß die betreffenden Zusammenstellungen, die ich Ihnen vorlege, gemacht sind von dem Generalsekretär des Deutschen Landwirthschaftsraths, Herrn Dr. Müller, dem ich mich bei dieser Betrachtung anschließe.

Der erste Punkt ist der: es sollen in der Zeit von April bis November um die Mitte jedes Monats Ermittelungen über den Saatenstand von Winter- und Sommerweizen, Winter- und Sommerspelz, Winter- und Sommerroggen, Gerste, Hafer, Klee, Kartoffeln und den Stand der Wiesen in allen Bundesstaaten vorgenommen werden.

Diese Maßregel bedeutet schon einen ganz beträchtlichen Fortschritt. Erstens wird monatlich erhoben, zweitens wird in den sämmtlichen Bundesstaaten erhoben, und drittens handelt es sich nicht allein um Brotkorn, sondern auch um die Futterpflanzen und die Futterpflanzen spielen für die deutsche Landwirthschaft eine wesentliche Stelle wegen der Preisbildung der künstlichen Futtermittel, wegen des An- und Verkaufs von Vieh, Besetzung der Stallungen u. s. w. und wir wissen, daß wir weite Gebiete in Deutschland haben, die speziell auf die Viehhaltung und Viehzucht angewiesen sind.

Die monatlichen Erhebungen sind ebenfalls in höchstem Grade zweckmäßig. Wir hatten in Preußen bisher vierteljährliche Erhebungen, und das ging viel zu langsam, meine Herren; inzwischen schob sich die Privatspekulation hinein, machte ihre eigenen Erhebungen, verwirrte die Meinungen und wußte im Trüben zu fischen. Ich meine, den Privatspekulationen der Börse u. s. w. wird vorgebeugt, wenn von sämmtlichen Stellen durch das reichsstatistische Amt einheitlich allmonatlich Bericht gegeben wird über den Saatenstand, und gerade der Saatenstandsbericht — das möchte ich speziell hervorheben — ist Derjenige, der am allermeisten der Kontrole bedarf, denn da wird am allermeisten kombinirt und spekulirt. Wenn wir auch, meine Herren, den internationalen Getreidehandel haben, so fällt doch die heimische Ernte bei der Preisbildung im eigenen Lande, wenn es normal zugeht, immer gewichtig in die Waagschale. Also es ist faktisch im höchsten Grade wünschenswerth, daß diese Erhebungen öfter geschehen, daß sie

regelmäßig über das ganze Reich verbreitet sind nach einem ganz bestimmten System, und daß die Publikation von einer bestimmten Stelle, von reichsstatistischen Amte, erfolgt. Auch die Erhebungen über die Kartoffelnentwickelung sind zweifellos sehr wichtige. Die Erhebungen gehen bis November, treffen also schon die Entwickelung des Wintergetreides für das nächste Jahr.

Ich muß noch erwähnen, daß diese Saatenstandsbeobachtungen thatsächlich in Bayern und Sachsen schon durchgeführt sind; also die Durchführbarkeit ist nicht zu bezweifeln; sie wird erfolgen können, und wir werden zweifellos dadurch eine Klärung der öffentlichen Meinung erreichen.

Der zweite Punkt ist: Für Roggen sind im September, für Weizen im Oktober, für die übrigen Früchte im November vorläufige Erhebungen über den Ausfall der Ernte vorzunehmen.

Diese vorläufigen Ernteerhebungen hatten wir auch schon: sie wurden besorgt durch die landwirthschaftlichen Centralvereine, die auch bei der künftigen oder jetzigen Regulirung die Hauptträger der Erhebungen schließlich doch bleiben, wie Sie noch hören werden. Wir haben also hier schon einen Uebergang von der Saatenstands-Berichterstattung auf die vorläufigen Ernteerhebungen, und dieselben Leute, die die Saatenstandsberichte machen, machen auch die vorläufigen Ernteerhebungen. Wir sehen da ein Hineinwachsen in die Beobachtungen, wir sehen da zweifellos auch für die Elemente, die vielleicht etwas schwächer sind für derartige statistische Beobachtungen, die Gelegenheit, sich allmählich hineinzuschulen und in die Beobachtungen vollständig hineinzuarbeiten. Gerade dieses System der allmähligen Entwickelung der monatlichen Berichterstattung einerseits und dann der vorläufigen Ernteberichterstattung, das sind Faktoren, die unzweifelhaft glücklich ausgewählt sind. Die Anregungen in dieser Beziehung sind seinerzeit schon gegeben worden, von dem Herrn Staatssekretär a. D. von Mayr, der gerade über dieses Thema in Wien seine Gedanken in diesem Sinne zum Ausdrucke gebracht hat.

Drittens: Die Beurtheilung des Saatenstandes erfolgt in Gestalt von Noten in den Stufen: 1 = sehr gut, 2 = gut, 3 = mittel (durchschnittlich), 4 = gering, 5 = sehr gering.

Hier haben wir eine vollständige Neuerung. Wir haben bisher bei den betreffenden Erhebungen immer von Mittelernte gesprochen,

und an dem Begriff Mittelernte stieß sich mancher praktische Landwirth; er konnte sich den Begriff Mittelernte thatsächlich nicht konstruiren, und selbst dann, wenn Zahlen der Mittelernte gegeben waren, gab es jedesmal, wie ich aus meiner eignen Erfahrung weiß, gewisse Rückfragen, Zweifel u. s. w. Hier ist nun ein ganz bestimmtes Konstatiren nach Noten gegeben; wenn eine Erklärung gegeben wird, was bedeutet 1, 2, 3 u. s. w., so glaube ich, ist das ein gewisser Vortheil; wenigstens kommt es auf den Versuch in dieser Beziehung an.

Die Angaben über die Ernteausfälle sind entweder in denselben Noten oder im Gewichte der vom Hektar geernteten Frucht zu nehmen. In Betreff des Gewichts werde ich in der Resolution dann noch meine Meinung sagen; im Allgemeinen bin ich der Ansicht, daß auch hier der richtige Weg getroffen ist.

Viertens: Die Bildung der Erhebungsbezirke und die Wahl der Organe ist den Bestimmungen der Landesregierungen überlassen. Als Grundsatz ist festgestellt, daß die Bezirke mit Rücksicht auf die natürlichen Verhältnisse gebildet und mit der Berichterstattung Vertrauensmänner der landwirthschaftlichen Vereine beauftragt werden.

Hier haben wir einen vollständig neuen Modus, wie er in Zukunft in Kraft treten wird, nämlich den Modus der gleichbleibenden, für absehbare Zeit ernannten Vertrauensmänner. Bisher haben die einzelnen landwirthschaftlichen Vereine die betreffenden Erhebungen gemacht bezw. durch die Gemeindevorsteher, die Herren Regierungspräsidenten durch die Kreise, durch die Landrathsämter, für die vorläufigen Saatenstandsberichte. Hier haben wir nun das Institut der Vertrauensmänner. Dasselbe wird in der Weise gehandhabt, daß der Centralverein der betreffenden Provinz innerhalb ganz bestimmter Bezirke Vertrauensmänner sucht, und zwar in Rücksicht erstens auf die Qualität der Leute selbst und zweitens auf gewisse Erhebungsbezirke nicht mehr politischer Natur, sondern nach Bodenverhältnissen. Es ist das eine eminent schwierige Aufgabe, und ich bin sehr zweifelhaft, ob schon zum ersten Male es unseren Centralvereinen gelingen wird, in dieser Beziehung immer das Richtige zu treffen. Doch ist Hoffnung vorhanden, daß bei längeren Beobachtungen im Laufe der Jahre sich thatsächlich das herausstellt, was man zweiffellos will, nämlich ein für die Statistik geschultes Menschenmaterial. Diese Leute arbeiten nach

ganz bestimmter Schablone und bestimmten Rücksichten, — man hat ähnliche Einrichtungen auch in Amerika — und sie werden fort und fort durch den direkten Verkehr mit den statistischen Aemtern orientirt und mehr und mehr ins Laufende gebracht.

Nun ist es richtig, meine Herren, wenn man sagt: unsere Landwirthe sind im Allgemeinen für statistische Erhebungen schlecht zugeschnitten; der kleine Mann versteht häufig nicht, was gefragt ist; vielfach war die Ursache auch die Fragestellung, die Fragebogen waren zu komplizirt, unübersichtlich u. s. w. In dieser Beziehung muß entschieden Besserung erwartet werden. Allerdings, meine Herren, glaube ich, daß, wenn wir zu den Landwirthschaftskammern kommen, was ja nach den Beschlüssen des Landesökonomiekollegiums wünschenswerth erscheint, dann dürfte die Einrichtung des Instituts der Vertrauensmänner in den einzelnen Kreisen noch wesentlich leichter werden.

Ich muß hier schon auf einen Punkt hinweisen, der in der Resolution zum Ausdruck gekommen ist, nämlich, daß wir glauben — oder daß ich glaube und die Herren, die das zur Fragestellung gebracht haben —, daß es eine ziemlich große Zumuthung ist, wenn man den Vertrauensmännern der einzelnen Bezirke, die in den einzelnen Kreisen berichten sollen, durchaus keine Entschädigung für ihre baaren Auslagen gewährt. Meine Herren, wir leben heute in der Zeit der faktischen Ueberlastung; jedem Einzelnen ist ein großes Quantum von Ehrenämtern aufgepackt,

(Sehr richtig!)

und die indirekte Steuer, die die Landwirthschaft in dieser Beziehung bezahlt, ist eine recht beträchtliche. Ich habe die Ueberzeugung, daß, wenn die Herren, die an der Spitze mitmarschiren, am Schlusse des Jahres berechnen wollten und könnten, was sie für das öffentliche Wohl durch ihre Thätigkeit nur an baaren Auslagen geopfert haben, sie finden würden, daß sie 10 und 20 mal mehr in dieser Beziehung geleistet haben, als was ihre Vereinsbeiträge ausmachen. Also, meine Herren, darin muß ich eine sehr starke Zumuthung finden, wenn man sagt: wir wollen den Herren Vertrauensmännern, die die betreffenden statistischen Publikationen geben, die Auslagen nicht erstatten; nein, ich glaube, wenn man ein richtiges Vertrauensmännerinstitut herausbilden will, wenn man will, daß man die richtigen Leute wählen kann, ohne Rücksicht auf deren Mittel, dann ist es

viel zweckmäßiger, wenn der Staat sich dazu entschließt, die baaren Auslagen wiederzuerstatten. Es ist dies das Geringste, was meiner Ueberzeugung nach gefordert werden muß, und das habe ich auch in die Resolution aufgenommen, im Interesse des Instituts der Vertrauensmänner selbst, möchte ich ausdrücklich sagen.

Ferner möchte ich noch hervorheben, daß wir den Wunsch haben, daß die betreffenden Karten für die Fragestellung möglichst klar, präzise und kurz gefaßt werden, daß sie kleine Bemerkungen zulassen, um eventuell Hagelschläge, Frostschäden u. s. w. unterzubringen; daß man aber im Allgemeinen von dem Landmann, der berichten soll, nicht mehr fordert, als absolut nothwendig ist,

(Sehr richtig!)

denn sonst bekommen wir die wunderbarsten Berichte. Man hört häufig Erzählungen über statistische Berichte, die Einen wahrhaftig an dem Werthe statistischer Erhebungen zweifeln lassen. Wir haben dann die Garantie, daß das, was sie berichten, klar und richtig ist, und das statistische Amt muß darin entgegen kommen, daß es sich bemüht, diese Karten möglichst übersichtlich und klar zu machen, und ich bin der Meinung, daß die sämmtlichen Karten, bevor dieselben das statistische Amt der Praxis überläßt, den landwirthschaftlichen Vereinen oder anderen Korporationen möchten zur Prüfung übergeben werden, die dann sagen können: wir haben die Ueberzeugung, das kann nicht gefragt werden, das kann nicht beantwortet werden. Es sind häufig die Fragen vom grünen Tische für den Landmann so schwierig, daß er nicht im Stande ist, bestimmt Ja oder Nein zu sagen.

Der sechste Punkt ist: Die Berichte sind entweder unmittelbar an das Kaiserliche statistische Amt oder an eine Landes-Centralstelle einzusenden. In ersterem Falle sind dem statistischen Amte die Vertrauensmänner, welche mit dem Berichte betraut sind, zu bezeichnen. Im letzteren Falle haben die Landes-Centralstellen die Nachrichten zusammenzustellen und vor Ablauf des Berichtsmonats eine Nachweisung für die größeren Bezirke (Regierungsbezirke, Kreishauptmannschaften u. s. w.) oder bei den kleineren Staaten für das Staatsgebiet einzusenden, welche die Durchschnittsnote des Saatenstandes und bezgl. des Ernte-Ausfalls je nach der Erhebungsweise die Durchschnittsnote oder den durchschnittlichen Hektar-Ertrag für den betr. Bezirk angiebt.

Meine Herren, ich lege ein besonderes Gewicht auf die Raschheit der Arbeit, besonders beim Saatenstandsbericht. Es muß der amtliche Bericht, entgegen den bisherigen Erfahrungen, immer mit der erste sein, er muß die Situation beherrschen, er muß klären; und da bin ich gegenüber dieser Bestimmung sehr bedenklich, meine Herren, besonders bezüglich der kleineren Staaten, wenn da die betreffenden Anmeldungen der Vertrauensmänner an die Centralstelle für Landwirthschaft gehen und weiter an das statistische Amt, daß dieser weite Gang, diese bureaukratische Bearbeitung nicht eine Vereinfachung, sondern eine Erschwerung des Ganzen bedeutet, und daß das, was wir Landwirthe dann schaffen auf diesem Gebiete, theilweise wieder illusorisch wird, weil die Raschheit dabei sehr beeinträchtigt wird. Daher stelle ich den Wunsch auf, daß wo möglich die sämmtlichen Vertrauensmänner direkt mit den statistischen Aemtern in Preußen bezw. im Reiche in Verbindung gebracht werden und daß sie ihre Karten und ihre Berichte direkt dorthin senden. Ich glaube, wenn das durchführbar ist, dann wird eine wesentliche Beschleunigung erreicht. Ich weiß auch aus den diesbezüglichen Verhandlungen, daß die Herren auf den großen statistischen Aemtern in Berlin einem solchen Vorgehen durchaus nicht unsympatisch gegenüber stehen.

Dann endlich, meine Herren, ist der siebente Punkt: Das Kaiserliche statistische Amt hat aus den bei ihm eingehenden Nachweisungen eine Uebersicht anzufertigen und schleunigst zu veröffentlichen.

Dieser Punkt ist ungemein wichtig, daß das reichsstatistische Amt für das ganze Reich die Saatenstandsberichte und die Ernteausfallberichte macht. Der Punkt wird eine wesentliche Wandlung herbeiführen. Bisher hatten wir nur Berichte aus Bayern, Sachsen, Hessen, Preußen u. s. w.; die Einheitlichkeit, Klarheit und Promptheit muß unter allen Umständen angestrebt werden, wenn wir überhaupt zu dem Ziele kommen wollen, das wir von der Statistik erwarten.

Dann, meine Herren, habe ich noch zu erwähnen, daß die Erhebungen der thatsächlichen Ernte, also nach vollständigem Abdrusch, nach wie vor durch die Gemeindeorgane besorgt werden, aber es ist der Gedanke ausgesprochen worden, daß die Vertrauensmänner eine gewisse Revision dieser Gemeindeschätzungen vornehmen sollen, um zu vergleichen, wie ihre eigenen Schätzungen gegenüber

den Gemeindeschätzungen sich stellen, und um ein gegenseitiges Korrigens zu bilden. Der Gedanke ist gesund und muß berücksichtigt werden, und es ist wünschenswerth, daß er allenthalben zur Durchführung kommt.

Meine Herren, nachdem ich die Beschlüsse des Bundesraths in Betreff des künftigen Vorgehens Ihnen kurz präzisirt habe, möchte ich nunmehr auf unsere Resolution zurückkommen. Die Resolution ist in den Händen der verehrten Herren, aber vielleicht ist es zweckmäßig, wenn ich sie noch verlese und diesbezügliche Bemerkungen zu derselben mache.

Die Resolution lautet:

> Die „Vereinigung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer" erblickt in einer raschen, geordneten und verlässigen Erhebung und Veröffentlichung der Ernteaussichten, sowie der Ernteergebnisse des Deutschen Reiches eine bedeutsame volkswirthschaftliche Maßregel, die auch dazu beitragen wird, unberechtigten und maßlosen Spekulationen den Boden zu entziehen.
>
> Die „Vereinigung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer" spricht deshalb dem Hohen Bundesrath ihren Dank aus für die von demselben durch Beschluß vom 7. Juli 1892 getroffenen Bestimmungen, welche auf eine einheitliche und zweckmäßigere Ordnung der landwirthschaftlichen Statistik des Reiches hinzielen.
>
> Schließlich aber möchte die „Vereinigung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer" noch dem dringenden Wunsche Ausdruck geben, daß
>
> a) die Saatenstands- und vorläufigen Ernteberichte der Vertrauensmänner im Interesse einer noch schnelleren Veröffentlichung aus den einzelnen Ländern direkt dem reichsstatistischen Amt übermittelt werden;
>
> b) die reichsstatistischen Publikationen ihre Beleuchtung und Ergänzung durch entsprechende Angaben über die jeweilige Anbaufläche (Anbaustatistik) und bei den endgültigen Ernteberichten durch die Notirung des Hektolitergewichtes erfahren; —

Bei dem Punkt b möchte ich noch eine Bemerkung machen. Es ist zweifellos eine große Gefahr, wenn nur die thatsäch-

lichen Daten der Ernteverhältnisse im Erntebericht gegeben werden; nein, es ist unbedingt nöthig, meine Herren, daß auch bei jedem einzelnen größeren politischen Bezirke angegeben wird die Anbaufläche. Denn, meine Herren, es hat eine ganz andere Bedeutung, ob ein Land, das sehr starken Kartoffelbau hat, eine Mißernte in Kartoffeln hat, oder ob ein Land eine Mißernte in Kartoffeln hat, das nur einen minimalen Kartoffelbau hat. Es hat eine ganz große Bedeutung, ob Hannover von einer Mißernte in Roggen spricht, oder ob die Provinz Sachsen von einer Mißernte in Roggen spricht. Das Eine wird ganz anders zu Buche geschlagen wie das Andere, und so wird ein thatsächlicher Erntebericht dann nur Bedeutung haben, meine Herren, wenn immer neben den Zahlen über den Ertrag auch die Anbauflächen der betreffenden Frucht in Frage kommen.

Wir brauchen demgemäß eine Anbaustatistik, und da vermisse ich in den Anordnungen des Bundesraths das, was ich unbedingt für zweckmäßig halte, nämlich daß alljährlich eine Anbaustatistik erhoben wird. Wenn man A sagt, muß man auch B sagen. Wenn die Landwirthe die betreffenden Erhebungen besorgen, wenn die statistischen Aemter die Mehrausgabe für eine jetzt geregelte Erhebung machen, dann ist es zweckmäßig und nothwendig, daß die letzte Bedingung erfüllt wird, daß die Möglichkeit absoluter Schätzung gegeben ist hinsichtlich der Bedeutung des Vielertrags oder des Wenigertrags eines bestimmten Bezirks. Wir haben in diesem Jahre z. B. über die Kartoffelernte ganz wunderbare Ergebnisse zusammenkonstruiren sehen, indem man von Kartoffelmißernte sprach von Bezirken, wo es nicht bedeutungsvoll war, und von reichen Kartoffelernten in Bezirken, die ebenfalls nicht bedeutungsvoll waren. Also dieser Wunsch nach jährlicher Erhebung einer Anbaustatistik ist gewiß gerechtfertigt.

Ich bin aber nicht der Meinung, daß das der betreffende Vertrauensmann machen soll, wie es im Königreich Sachsen der Fall ist, sondern das muß thatsächlich durch die statistischen Aemter bezw. die Landrathsämter u. s. w. besorgt werden; das kann der Vertrauensmann nicht.

Meine Herren, man wird sagen: das ist ja eine neue Belästigung und Erschwerung; das ist unzweckmäßig; auch die Statistik hat sich theilweise ablehnend dagegen verhalten. Meine Herren,

wir haben aber diese Erhebungen schon, sie sind bereits durchgeführt in einzelnen Ländern Deutschlands, in Bayern, Württemberg, Hessen; sie sind auch durchgeführt in der ganzen österreichischen Monarchie; meine Herren, sie sind durchgeführt selbst in England, wo durch Rundfragen in jedem Jahre die betreffenden Anbauflächen absolut festgestellt werden, und, meine Herren, denke man an unser hochkultivirtes Deutschland, an unsere viel intensivere Wirthschaft in weiten Provinzen, wo ein fortwährender Wechsel und fortwährendes Schwanken der betreffenden Früchte stattfindet, wo, wenn einmal zwei Jahre die Gerste, z. B. in unserer Provinz, mißrathen ist, die ganze Flur mit Sommerweizen bestellt wird. Es ist unbedingt nothwendig, daß die Anbaustatistik festlegt: welche Bedeutung hat denn überhaupt die Angabe der einzelnen Provinz in betreff des Ertrages? Diesen Punkt haben wir in die Resolution aufgenommen, und ich glaube, er ist der Beachtung werth. Mögen die Herren der statistischen Aemter überlegen, wie er am besten durchführbar ist. Durchführbar ist er, denn wir haben Beispiele des Erfolges in anderen Ländern.

Ich gehe weiter und komme zu Punkt c:

c) auf die Auswahl nicht zu vieler jedoch besonders zuverlässiger und erfahrener Vertrauensmänner stets Bedacht genommen werde;

Dieser Punkt ist ein Appell an die Centralvereine, in deren Hand in Preußen die Wahl und Ergänzung der Vertrauensmänner gelegt ist, und in deren Hand gelegt ist, die diesbezüglichen Instruktionen, Belehrungen und Ermunterungen zu geben, soweit sie nicht direkt von den statistischen Ämtern gegeben werden, die mit den Herren in Verbindung treten.

d) die neuen Fragebogen einfacher und übersichtlicher gestaltet werden, wo erforderlich unter Mitberücksichtigung alter Maße (Flächenmaße) und Gewichte; —

Meine Herren, wir leben schon lange unter der Herrschaft der neuen metrischen Maße; trotzdem wissen wir, daß unser Volk sich sehr schwer in die Schätzungen nach dem neuen Maße hineingewöhnt, und daß wir weite Bezirke haben, wo nach dem alten Flächenmaße und dem alten Gewichte und den alten Hohlmaßen gerechnet und bestimmt wird. Es wird dem Vertrauensmann ungemein schwer, die Umrechnung vorzunehmen, er wird vor der Arbeit sich scheuen,

und daher ist es vielleicht zweckmäßig — es ist das ein Gedanke, der direkt aus der Praxis heraus geäußert wurde —, daß in Rücksicht auf die betreffenden einzelnen Bezirke immer noch in Parenthese das alte Gewicht berücksichtigt wird. Wir können es mit Zwang nicht durchführen; man kann nicht allein unseren kleinen Landwirthen den Vorwurf machen; wir wissen, daß der Gewerbtreibende der Städte genau ebenso an seinen alten Maßen und der alten Berechnung noch festhält. Es werden noch Generationen darüber hingehen, bis wir sagen können, das ganze Volk rechne nach dem metrischen Maße.

e) in Rücksicht darauf, daß nicht nur für die Landwirthschaft, sondern auch für den Getreidehandel wie für das Mühlengewerbe eine genaue Erntestatistik von erheblicher Bedeutung ist, erscheint es zweckmäßig, den die Schätzung vornehmenden Sachverständigen diejenigen Baarauslagen zu erstatten, die ihnen durch die betreffende Mühewaltung entstehen.

Ich habe schon darauf aufmerksam gemacht, daß wir das in die Resolution aufgenommen haben.

Nun, meine Herren, gestatten Sie ein kurzes Schlußwort.

Die Statistik wird vielfach und vielleicht mit Recht von Manchen mißtrauisch betrachtet, sie ist ja furchtbar mißbraucht worden in den Kämpfen unserer Parlamente, die Zahlen sind fabelhaft geduldig und dehnbar. Das darf uns aber nicht abschrecken. Die Statistik ist in den Kreisen der Landwirthschaft vielfach in Mißkredit, weil die Zahlen vielfach gegen die Landwirthschaft ausgespielt werden, und weil die Art und Weise der landwirthschaftlichen Statistik bisher wenigstens eine viel zu schwerfällige war, als daß der Einzelne sich mit ihr befreunden konnte. Diese Neuerungen, die wir erfahren haben durch den Bundesrathsbeschluß, sind zweifellos derartige, daß wir uns mehr mit der Sache befreunden können; sie bahnen wenigstens die Wege zu besseren Verhältnissen, und wenn wir als Landwirthe entsprechend mitarbeiten, wird zweifellos das erreicht werden, daß wir zu einer gesunden, verlässigeren Statistik kommen, und wir haben ein eminentes Interesse an der Statistik. Weisen wir sie nicht von der Hand. Wir müssen alle Kraft einsetzen, daß wir zu einer gesunden Statistik kommen, daß wir zur Klarheit und Wahrheit kommen; wir haben

die Klarheit und Wahrheit wahrhaftig nicht zu fürchten, und je mehr wir sie bringen können, desto bessere Erfolge werden wir haben, und, meine Herren, ich möchte nur den einen Wunsch aussprechen, daß in den weiten Kreisen unseres deutschen Vaterlandes die Maßregel des Bundesraths in richtige Würdigung gezogen wird, und daß wir der Statistik die Aufmerksamkeit schenken, auch kritisch, die sie unbedingt in der heutigen Zeit verdient. Wenn wir, meine Herren, unsere landwirthschaftliche Statistik selbst schlecht machen, wenn wir in der Oeffentlichkeit sagen: ach Gott, statistische Erhebungen haben wenig Werth, so schwächen wir den Werth der Publikationen, die auf Grund unserer Erhebungen gegeben werden, ab, wir entziehen ihnen den Boden und geben unseren Gegnern im Kampfe um die Preisbildung die beste Waffe in die Hand, daß sie sagen können: Die Landwirthe halten selbst von der Statistik nichts! Daher, meine Herren, ist es zweckmäßig, daß wir uns mit der Sache befassen und uns mit ihr befreunden, mag sie auch schwierig sein, mag sie uns auch Opfer auferlegen; und aus diesem Grunde bitte ich freundlichst, daß Sie die Güte haben, die Resolutionen, die wir Ihnen unterbreiten, zu genehmigen. Es wird ja der künftigen Zeit vorbehalten bleiben, zu entscheiden, in wieweit die Maßregeln des Bundesraths ergänzt werden müssen, und in wieweit sie nicht durchführbar sind; aber zweifellos ist der Erfolg davon bedingt, daß wir uns mit der Sache befassen.

(Bravo!)

Stellvertretender Vorsitzender Freiherr **von Thüngen**-Roßbach: Meine Herren! Sie sind gewiß mit mir einverstanden, wenn ich dem Herrn Referenten für seinen ausgezeichneten und anregenden Vortrag den Dank der Versammlung ausspreche.

(Bravo!)

Graf **von Mirbach**-Sorquitten (zur Geschäftsordnung): Meine Herren! Zunächst möchte ich einer Bitte des Herrn von Ploetz entsprechen, der mittheilt, daß außerhalb dieses Saales eine Liste ausliegt zur Einzeichnung von Beiträgen für den „Bund der Landwirthe“.

Stellvertretender Vorsitzender Freiherr **von Thüngen**-Roßbach: Ich ertheile nun das Wort dem Korreferenten Herrn Alfieri-Koppershagen.

Mitberichterstatter Rittergutsbesitzer **Alfieri**=Koppershagen: Meine Herren! Niemand unter uns wird wohl heut zu Tage die Wichtigkeit der Statistik in Bezug auf die allgemeinen landwirthschaftlichen Verhältnisse und auf die Ernte bezweifeln. Die Erhebungen müssen aber auf richtigen Grundlagen beruhen. Wenn die ersten Ansätze unrichtige sind, dann sind auch die daraus gezogenen Schlüsse werthlos. Wir müssen es deshalb mit Freude begrüßen, daß der Bundesrath Anordnungen getroffen hat, welche zu richtigen Resultaten führen und in solcher Weise prompt und exakt funktioniren werden, daß wir hoffen können, die Resultate werden richtiger als früher sein. Die Persönlichkeiten, von welchen bisher, seit etwa dreißig Jahren, über derartige Erhebungen berichtet worden ist, waren nicht immer zuverlässig und frei von Beeinflussung auf ihre Anschauungen. Mancher schätzte die Erträge höher, indem er sich selber täuschte, mancher schätzte sie niedriger als sie wirklich waren, aus Furcht vor Steuererhöhungen. Wir dürfen hoffen, daß in Zukunft derartige Unrichtigkeiten nicht mehr vorkommen, da, wenigstens in Preußen, durch Vermittelung der Central=Vereine bereits Vertrauensmänner erwählt worden sind, welche für das laufende Jahr die statistischen Berichte zu erstatten haben. Aehnlich wie in Preußen dürfte die Angelegenheit auch in den übrigen deutschen Ländern geregelt worden sein, oder demnächst geregelt werden. Der Herr Referent Oekonomierath v. Mendel hat Ihnen in so ausführlicher Weise die Wichtigkeit der Ermittelungen, die Mängel des bisherigen Verfahrens und die Hoffnungen, welche wir zu den zukünftigen Verbesserungen hegen, geschildert, daß ich der Mühe überhoben bin, dies nochmals zu thun. Ich beschränke mich darauf, Ihnen die von uns gemeinschaftlich entworfene Resolution zur Annahme zu empfehlen. Es wird fürs Erste sich nur um einen Versuch handeln, im Laufe der Zeit werden sich Verbesserungen in Bezug auf das Erhebungsverfahren von selbst nothwendig machen. Nochmals bitte ich Sie also um die Annahme der Resolution.

Vorsitzender Graf **von Mirbach**=Sorquitten: Ich möchte Herrn Alfieri ebenfalls unsern Dank aussprechen und eröffne die Diskussion.

Geheimer Regierungsrath und Landrath a. D. **von Hymmen**=Endenich: Der Ansicht des Herrn Vorredners, daß die Resolution nichts Bedenkliches enthalte, kann ich mich durchaus nicht anschließen. Erlauben Sie mir meine Bedenken vorzubringen gegen

Punkt d der Resolution, wonach die neuen Fragebogen einfacher und übersichtlicher gestaltet werden sollen, wo erforderlich unter Mitberücksichtigung alter Maße (Flächenmaße) und Gewichte.

Mit diesen Worten ist gegen die neuen Fragebogen eine Art Tadel ausgesprochen; sie sollen einfacher und übersichtlicher gestaltet werden. Allerdings sind mir selbst die Fragebogen als Vorsitzendem des Kreisvereins Hagen wohl bekannt geworden; heute aber sind sie uns nicht mitgetheilt und wir sind gar nicht in der Lage, irgend ein Urtheil darüber zu äußern, oder sogar einen Tadel gegen diese Fragebogen auszusprechen. Was wir nicht beurtheilen können, darüber können wir auch keine Resolution fassen.

Noch viel bedenklicher aber erscheint mir der zweite Theil des Satzes: „wo erforderlich, unter Mitberücksichtigung alter Maße (Flächenmaße) und Gewichte." Ganz entschieden muß ich mich hiergegen aussprechen. Wohin sollte das wohl führen, wenn alle die alten deutschen Maße und Gewichte berücksichtigt werden sollten? Sie kämen dann nicht nur etwa in die Kleinstaaterei des jetzigen Jahrhunderts zurück, sondern Sie kämen in den alten Partikularismus des vorigen Jahrhunderts hinein. Versetze ich mich in meinen Kreisverein Hagen in der Grafschaft Mark, so rechnet man dort noch nach „Sechzigen". Meine Herren, es ist vielleicht keiner in der ganzen Versammlung, der weiß, was ein Sechzig ist. Ein Sechzig ist ungefähr 3 ar oder 21 Ruthen, so rechnet man wohl auch im täglichen Leben, aber genau stimmt's nicht, so daß ich mir als Landrath verbeten hatte, daß in irgend welchen amtlichen Verhandlungen noch der Ausdruck „Sechzig" vorkäme, weil es übrigens auch bei der Ausrechnung bei Ankäufen von Grundstücken stets zu Konfusionen oder zu wunderlichen Zahlen führte. Versetze ich mich auf mein Gut Endenich bei Bonn, in der Gegend meines jetzigen Wohnsitzes im ehemaligen Kurfürstenthum Köln, so rechnet man dort nach alten Kölnischen Morgen zu 223 preußischen Ruthen; dann theilt man in Viertel zu 56 Ruthen und die Viertel in 4 Pinten zu 14 Ruthen. Das hat vielleicht kein Einziger von Ihnen in dieser Versammlung gewußt. Genau stimmt's wiederum nicht, aber so kann man ungefähr rechnen. Nun wollen Sie den Vertrauensmännern, die „besonders zuverlässige und erfahrene" Leute sein sollen, erlauben, daß sie nach ihren alten Flächenmaßen rechnen. Sie versetzen dann wirklich das reichsstatistische Amt oder, wie die hohe Behörde sonst heißen mag,

in die größte Verlegenheit. Man wird dort vielfach gar nicht wissen, was man denn eigentlich mit diesen alten Maßen anfangen soll. Ich glaube auch nicht, daß es wohlgethan ist, die Bevölkerung darin zu erhalten, daß sie noch mit ihren alten Maßen rechnet. (Sehr richtig!)

Ich glaube vielmehr, in dieser Beziehung müssen wir den Fortschritt unterstützen, wenn wir auch sonst keine Fortschrittsleute sind; wir müssen zu den deutschen Reichsmaßen übergehen und nicht etwa bei dieser Gelegenheit geradezu empfehlen, auf die alten partikularistischen Maße zurückzugreifen. Denken Sie doch nur einmal, wie die Korrektheit der Aufstellungen darunter leiden würde. Wir wollen im besten Falle sagen, die Mittheilungen erfolgten nach preußischen Morgen, also zu 25 ar 53 Quadratmeter. Nun haben doch die Betreffenden eine runde Zahl angegeben; das unglückselige statistische Amt muß nun umrechnen auf ha. Was soll das für eine Arbeit geben und was für eine unnütze Arbeit, meine Herren! Ich bitte Sie daher, den Punkt d aus der Resolution zu streichen. Findet sich dann einmal wirklich ein zuverlässiger und erfahrener Vertrauensmann, der sich noch nicht genügend mit den neuen Maßen vertraut gemacht hat, so daß er das deutsche Flächenmaß und das deutsche Reichsgewicht noch nicht hinreichend kennt, so kann ja eine solche Karte allenfalls mit unterlaufen; aber niemals wird man eine solche inkorrekte Behandlung nach den alten Maßen empfehlen dürfen. Stellen wir uns auch in dieser Richtung auf den Standpunkt der Gegenwart und des Deutschen Reiches und erlauben wir daher nur Angaben zu machen nach deutschen Flächenmaßen und deutschen Gewichten.

Kammerherr Freiherr **von Erffa**-Wernburg: Meine Herren! Hinsichtlich des ersten Punktes kann ich dem Herrn Vorredner doch nicht beistimmen. Der in der Resolution ausgesprochene Wunsch, die Fragebogen einfacher und übersichtlicher zu gestalten, ist doch ausgesprochen im Gegensatz zu den alten Fragebogen, nicht aber soll es heißen: „wir finden die neuen, die wir noch nicht kennen, nicht gut“ — nach dem bekannten Worte: „ich kenne zwar die Absicht nicht, aber ich mißbillige sie“ —. Warum sollen wir aber nicht aussprechen dürfen, die neuen Fragebogen sollen einfacher und übersichtlicher gestaltet werden, wie die früheren? Auf die neuen Fragebogen kann dies nicht bezogen werden, da wir dieselben

eben noch nicht kennen! Darin werden, glaube ich, die meisten Herren, die mit der Erntestatistik zu thun gehabt haben und mit der Anbaustatistik, mit Herrn von Mendel und mit mir einig sein, daß der Uebelstand der ganzen landwirthschaftlichen Statistik in der Unübersichtlichkeit und in der Weitläufigkeit der Fragen seinen Grund hatte.

(Sehr richtig!)

Das ist zweifellos; darin ist die Handelsstatistik viel vorzüglicher als die landwirthschaftliche, weil erstens die Fragen der Handelsstatistik konkreter gestellt sind und weil da bessere Kräfte vorhanden sind, die die Fragen zu beantworten haben. Wir müssen doch davon ausgehen, daß die Herren, die sich mit vieler Mühe, das will ich ja zugeben, in den Kreisvereinen der Beantwortung dieser Fragen unterziehen, doch nicht so geschult sind, wie die Leute, die im Handel und Verkehr stehen.

(Sehr richtig!)

Meiner Ansicht nach ist das ein Hauptfehler, und ich darf vielleicht auf einen Fall exemplifiziren, der gerade beweist, wie unübersichtlich und wie unrichtig unsre Statistik ist. Wir haben in den letzten Debatten im preußischen Abgeordnetenhaus hinsichtlich des berühmten russischen Handelsvertrags uns darüber beschwert, daß die Regierung ununterrichtet ist über die letzte Ernte. Die Regierung ist auch durch die letzte Erntestatistik zu dem Glauben verführt worden, daß im allgemeinen Durchschnitt in Deutschland eine glänzende Ernte gemacht worden ist. Ja, dem wird in sehr weiten Kreisen vieler Provinzen widersprochen, und ich muß auf Grund meiner eigenen Erfahrung sagen — ich habe das auch im Abgeordnetenhaus betont — daß wohl in Winterfrüchten eine durchschnittlich gute Ernte gemacht worden ist, aber durchaus nicht in Sommerfrüchten und noch weniger in Futterkräutern und Futter.

(Sehr richtig!)

Wenn man also die Regierungsvertreter, z. B. unsern Herrn Landwirthschaftsminister, hörte, konnte man nicht anders annehmen, als daß er glaubte, Deutschland und namentlich unsere Monarchie habe eine der glänzendsten Ernten gemacht, die überhaupt vorgekommen sind. Warum? Weil die Erntestatistik falsch zusammengestellt war, und deshalb ist es sehr richtig, zu sagen, die Fragebogen sollten einfacher und übersichtlicher gestaltet werden, denn je einfacher die

Fragebogen gestellt sind, desto bestimmter und korrekter werden sie auch die einfachen landwirthschaftlichen kleinen Besitzer, also ein Schulze will ich einmal sagen, beantworten. In meinem Kreis theile ich die Fragen z. B. an viele Gemeinden aus, weil es mir darauf ankommt, deren Meinung zu hören, und daraus mache ich mir, mit allerdings nicht kleiner Mühe, ein Excerpt, eine Antwort, die ich an den Centralverein gebe. Wenn Sie von kleineren Besitzern eine klare Antwort haben wollen, so müssen Sie möglichst einfache Fragen stellen.

Was die zweite Frage betrifft, so muß ich dem Herrn Vorredner einigermaßen Recht geben. Es ist nicht wohlgethan, daß wir unsere Bevölkerung, die sich ohnehin schon ziemlich schwer an die neuen Maße und Gewichte gewöhnt, dadurch veranlassen, sich noch weniger daran zu gewöhnen. Ich gebe zu, bezüglich der Flächenmaße könnte man das allenfalls noch bestehen lassen, und zwar aus dem Grunde, weil wir ja bekanntlich sogar amtlich 4 Morgen gleich 1 ha rechnen (obgleich das nicht ganz stimmt, aber es werden sogar in der Preußischen amtlichen Statistik 4 preußische Morgen gleich 1 ha gerechnet). Das würde also unbedenklich sein, ich halte es aber nicht für nothwendig; denn soviel sind unsere kleinen Besitzer, unsere Bauern auch schon geschult, daß sie das wissen, daß 1 ha 4 Morgen gerechnet wird. Aber die auf die Gewichte bezügliche Bemerkung würde ich bitten, aus der Resolution fallen zu lassen. Das halte ich wirklich für höchst bedenklich. Wir können bei dem Gewichte doch nur nach Centnern oder nach 100 kg rechnen, und diese Begriffe sind doch auch so allmählich seit Einführung der neuen Maße und Gewichte in Fleisch und Blut der Bevölkerung übergegangen, daß ich glauben möchte, diese Nummer d darauf zu beschränken, daß man sagt: „die neuen Fragebogen einfacher und übersichtlicher gestaltet werden.“

Ich stelle den Antrag, — ich konzedire die Verwendung des alten Flächenmaßes, aber nicht die alten Gewichte — den zweiten Satz der Nummer d zu streichen.

Rittergutsbesitzer **von Dieſt**-Daber: Meine Herren! Ich glaube, daß dieser Zwiespalt sich leicht auflösen läßt, wenn Herr von Hymmen die Güte haben möchte, sich zu überzeugen, daß in der That die Gefahr nicht vorhanden ist nach der Fassung der Resolution. Es steht unter d, „daß die neuen Fragebogen einfacher und übersichtlicher

gestaltet werden, wo erforderlich unter Mitberücksichtigung alter Maße u. s. w." Meine Herren! Ich gestehe Ihnen, daß es mir viel konformer und leichter sein würde, wenn wir die alten Flächenmaße daneben geschrieben hätten, nicht etwa blos die alten Flächenmaße, sondern auch die einheitlichen neuen Maße, aber mit einer vergleichsweisen Danebenstellung der alten. Ich bitte Sie, auch in anderer Beziehung z. B. sich zu vergegenwärtigen die Rechnung nach den sogenannten „festen Metern" bei Holzkäufen. Ich kann mir keineswegs im Kopfe sogleich umrechnen, was 3/4 Festmeter Holz gegenüber den alten Maßen bedeuten. Wenn in den Fragebogen eine vergleichsweise Gegenüberstellung der alten Maße und Gewichte eingerichtet würde, so würde das sehr zweckmäßig sein. Ich kann daher der Fassung der Resolution nicht widersprechen. Auch glaube ich, daß Herr von Hymmen nur gemeint hat, es sei verlangt, die alten Maße sollten allein angegeben werden, das ist nicht gemeint, wie ich's verstehe, sondern nur eine vergleichsweise Gegenüberstellung.

Ein anderer Punkt aber, der mich wesentlich interessirt, ist der, daß die Erntestatistik nicht, wie hier steht, sofort und schleunigst eingeschickt werden soll. Es ist eine schlimme Sache mit dem Zeitpunkt der Statistik. Ich halte es für einen sehr großen Uebelstand, wenn sie zu früh eingefordert wird, wenn die Ernte zu früh taxirt werden soll, im Monat Juni, wo noch kein Mensch die weiteren Resultate voraussehen kann. Wenn in den öffentlichen Blättern Publikationen nach den eingegangenen statistischen Nachrichten zu früh erfolgen, so wird dadurch die Spekulation nur angeregt, sei es für oder sei es gegen. Der Zeitpunkt darf nicht zu früh gewählt sein, nicht früher, als eine wirkliche Ernteübersicht möglich ist. Man muß erst mit einiger Sicherheit angeben können, wie die Ernte ausgefallen ist. Der jetzt übliche Zeitpunkt ist zu früh bei Kartoffeln sowohl, wie beim Getreide.

Ich würde mich dahin entscheiden, den Punkt so zu lassen, so daß die alten Maße nur vergleichsweise eingetragen werden, und daß ferner die Statistik nicht so früh eingefordert wird, daß es zu Mißgriffen führen muß.

Geheimer Regierungsrath und Landrath a. D. **von Hymmen**-Endenich: Ich kann mit dem Herrn Vorredner v. Diest-Daber in manchen Dingen einverstanden sein; wenn er aber aufs Festmeter

exemplifizirte, so kann das wohl nicht in Betracht kommen, da Festmeter in den Ernteberichten wohl nicht vorkommen. (v. Diest-Daber: Ich habe das nur beispielsweise gesagt!) Ich bin immer noch der Meinung, daß man gegen den ganzen Satz stimmen muß; es ist nirgends erforderlich, die alten Maße festzuhalten, und übrigens werden die Vertrauensmänner soviel rechnen können, um angegebene alte Maße in die neuen umzurechnen. Was die Einrichtung der Fragebogen anlangt, so hatte ich geglaubt, es richte sich die Resolution gegen diejenigen neuen Fragebogen, welche den Kreisvereinen mitgetheilt worden sind. Wenn damit aber gesagt sein soll, daß die neuen Fragebogen einfacher und übersichtlicher sein sollten, als die früheren, so habe ich dagegen nichts einzuwenden, und dann bin ich auch damit einverstanden, daß der erste kleine Satz stehen bleibt; umsomehr aber empfehle ich Ihnen, den zweiten Satz, beginnend mit den Worten „wo erforderlich", zu streichen.

Geheimer Oberregierungsrath Dr. **Thiel**-Berlin: Meine Herren! Sie werden mir wohl gestatten, da ich die Ehre habe, unter Ihnen bei dieser Berathung anwesend zu sein, daß ich einige thatsächliche Mittheilungen mache über die Maßnahmen betreffend die landwirthschaftliche Statistik, wie sie nach dem Bundesrathsbeschlusse in Preußen angeordnet worden sind, und ich darf mich dabei an die Resolution halten, der ich im Allgemeinen nur zustimmen kann.

Was zunächst Punkt a betrifft, die möglichst rasche Uebermittlung an das reichsstatistische Amt, so ist die preußische landwirthschaftliche Verwaltung davon überzeugt, daß alle diese Saatenstandberichte nur dann Werth haben, nur dann im Interesse der Landwirthschaft auf eine richtige Preisbildung einwirken können, wenn sie möglichst rasch veröffentlicht werden. Sie hat deshalb angeordnet, daß ihre Vertrauensmänner direkt an das statistische Amt ihre Mittheilungen richten, allein sie hat nicht angeordnet, daß diese Mittheilungen direkt an das reichsstatistische Amt gehen, sondern an das preußische Bureau, und sie hat das gethan aus zwei Gründen. Einmal glaubt sie nicht, daß dadurch eine Verzögerung entstehen kann. Ob diese Postkarten, — denn es handelt sich blos um Postkarten, die mit bezahlter Rückantwort den Vertrauensmännern geschickt werden und umgehend ausgefüllt zurückgeschickt werden sollen — ob diese Postkarten in die Lindenstraße geschickt werden statt an

das Lützowufer, ob sie von dem Herrn Geheimen Rath Blenck oder von dem Herrn Geheimen Rath von Scheel in die Bureaus vertheilt werden zur Bearbeitung, und ob die Zusammenstellung dieser Berichte nach ihrer Fertigstellung in der Lindenstraße gedruckt wird oder am Lützowufer, das wird wohl einerlei sein und auf die Schnelligkeit der Veröffentlichung keinen Einfluß haben. Die ganze Zusammenstellung braucht ja blos durch einen Boten von der Lindenstraße nach dem Lützowufer herübergeschickt zu werden, um in die betreffenden Reichsveröffentlichungen aufgenommen zu werden; eine Verzögerung kann nach unserer Ansicht also da nicht entstehen, wohl aber wird der Vortheil erreicht, daß das preußische statistische Bureau nun in Konnex mit der landwirthschaftlichen Statistik bleibt, und das ist auch ein Interesse der Landwirthschaft, daß eine so wichtige Behörde, die alle übrigen Zweige der Gewerbestatistik bearbeitet, auch mit der landwirthschaftlichen Statistik in engster Fühlung bleibt und diesem sehr wichtigen Zweige der statistischen Arbeiten nicht vollständig entfremdet wird; es könnte nur zum Schaden der Landwirthschaft gereichen, wenn unser preußisches statistisches Bureau nicht mehr das ganze Produktionsgebiet der Nation umfaßt und zum ausschließlichen statistischen Bureau für Gewerbe- und Bevölkerungsstatistik und was ihm sonst für Aufgaben bleiben, herabgemindert würde. Ich glaube, in Ihrer Resolution steht dem auch nichts entgegen, es handelt sich blos darum, daß jede Verlangsamung der Sache vermieden wird.

Dann ist in der Resolution unter b eine jährliche Anbaustatistik verlangt, während der Bundesrathsbeschluß nur eine alle 10 Jahre erfolgende Anbaustatistik vorsieht. Höchst wahrscheinlich sind die Beschlüsse des Bundesraths deshalb erfolgt, weil diese Anbaustatistik eine sehr umfassende Arbeit macht und sehr viel Kosten verursacht. In Preußen ist aber schon seit einigen Jahren mit der Erntestatistik eine Anbaustatistik in der Weise verbunden worden, daß in demselben Formular für die Erntestatistik eine besondere Spalte eingerichtet ist, um alle die Verschiebungen des Anbaus, die in dem betreffenden Jahre gegenüber der letzten großen Anbaustatistik stattgefunden haben, zu erfassen und klar zu stellen; es wird zu dem Zweck immer die Anbaufläche der früheren Zeit in dem Formular vor der Austheilung eingetragen zur Vergleichung, damit die betreffende Aufnahmebehörde leichter ermessen kann, ob Aende-

rungen in dem betreffenden Jahre stattgefunden haben, die so weitgreifend sind, daß sie auf das Ernteresultat von Einfluß sein könnten; denn das Ernteresultat wird ja bekanntlich in der Weise ermittelt, daß die Ernte pro Hektar multiplizirt wird mit der Anzahl Hektare, die in dem betreffenden Distrikt mit einer Frucht angebaut worden sind. Also auch in dieser Beziehung dürfte, so weit es möglich ist, in Preußen schon den Wünschen, die in der Resolution ausgesprochen sind, entgegengekommen sein.

Was die Auswahl der Vertrauensmänner angeht, so ist das ja Sache der landwirthschaftlichen Vereine, und ich hoffe, daß wir in dieser Richtung tüchtige und opferwillige Herren genug finden werden.

Was dann die Fragebogen angeht, ob sie einfacher u. s. w. gestaltet werden könnten, so sind ja die Fragebogen, die zunächst betr. den Saatenstand und dann betr. die vorläufigen Ernteberichte an die Vertrauensmänner kommen, einfach Postkarten, und Sie werden mir zugeben, daß man auf dem Raume einer Postkarte ein sehr komplizirtes Schema überhaupt nicht anbringen kann; das liegt in der Natur der Sache, daß dieses Schema sehr einfach sein wird. Es sind nur die wenigen Früchte aufgeführt, über welche etwas gesagt werden soll, dann eine Spalte für die Qualitätsnummer 1, 2, 3, 4, wie der Herr Referent Ihnen vorher geschildert hat, und dann noch eine Spalte für Bemerkungen, wo kurze Notizen untergebracht werden können über die allgemeine Lage, z. B. besondere Verwüstungen durch Hagelschäden, starken Frost im Frühjahr u. s. w., oder Mittheilungen darüber, ob größere Flächen umgepflügt worden sind in Folge Auswinterung u. s. w. Das ist also sehr einfach, und bei diesen monatlichen Fragebogen erübrigt sich auch vollständig die Frage bezüglich des alten Maßes und Gewichtes, denn diese Vertrauensmänner sollen nur nach Qualitätsnoten Auskunft geben. In Frage könnte das alte Maß und Gewicht blos kommen, wenn man diese Noten „sehr gut“ u. s. w. pro ha in kg übersetzen will, und jedenfalls kommt es in Frage, wenn die definitive Ernteaufnahme im Februar durch die Gemeindebehörden und die Gutsvorstände u. s. w. erfolgt, diese den Ertrag in Gewicht per Fläche angeben müssen. Nun sind ja die verschiedenen Gründe für und wider hier schon vorgeführt worden; vielleicht ließe sich ein Ausweg finden. Es steht in der Resolution ja blos: „unter Berücksichtigung

der alten Maße", so daß also die Angaben in beiden Maßen gemacht werden können. Es könnte da dasselbe geschehen, was früher schon einmal geschehen ist, nämlich daß allen Berichterstattern eine Reduktionstabelle mitgetheilt würde, auf welcher sie mit einem Blick sehen können, wenn pro Morgen so und so viel Centner oder Scheffel angegeben sind, daß das dann pro Hektar so und so viel Kilogramm sind. Solche Tabellen sind früher den Gemeindebehörden mitgetheilt worden, wahrscheinlich sind diese Tabellen längst in Vergessenheit gerathen. Werden solche Tabellen jetzt wieder hinausgegeben, dann kann jeder Berichterstatter schätzen, wie er gewöhnt ist, und ehe er es hinschreibt, sieht er auf der Tabelle nach, die Rechnung ist dann ganz einfach und die Angaben werden in neuem Maß und Gewicht hingeschrieben.

Wollte man — das darf ich vielleicht noch bemerken — die Angaben in alten Maßen und Gewichten für statthaft erachten, so wäre das ja an und für sich gar kein Schaden, wenn nur die betreffenden Herren Vertrauensmänner oder Berichterstatter immer auch daneben schrieben, daß es alte Maße und Gewichte seien; aber häufig wird das vergessen, und das statistische Amt sitzt dann da und weiß nicht, sollen es Scheffel oder Morgen sein oder Kilogramm oder Hektar. Daraus entstehen Schwierigkeiten und Konfusionen, die viel größer sind, als wenn man nur alte oder neue Maße hat.

Das sind die Gründe, die die preußische landwirthschaftliche Verwaltung bewogen haben, die Sache so anzuordnen, wie es geschehen ist. Es ist ja auf der Hand liegend, daß nicht auf den ersten Anlauf in dieser Richtung gleich Alles ganz klar und richtig gehen wird; ich kann Ihnen aber Namens der landwirthschaftlichen Verwaltung Preußens versprechen, daß alle Erfahrungen, die wir jetzt machen, und alle Wünsche, die von Seiten der Landwirthschaft ausgesprochen werden, die reiflichste Erwägung und Berücksichtigung finden werden.

(Bravo!)

Vorsitzender Graf **von Mirbach**-Sorquitten: Sie gestatten mir wohl, meine Herren, daß ich dem Herrn Vertreter des landwirthschaftlichen Ministeriums für die in Aussicht gestellte Berücksichtigung dieser Wünsche in Ihrem Namen danke. Sie erlauben mir wohl auch, mir selbst abweichend von der Geschäftsordnung für einige kurze Bemerkungen das Wort zu ertheilen.

Ich möchte darauf hinweisen, daß beispielsweise bei uns in der Provinz Ostpreußen, die ja ein Getreide exportirendes Land in erheblichem Umfange ist, weil sie im Großen und Ganzen recht guten Boden hat und wenig Wald. Die Ernteangaben, namentlich auch die Ernteschätzungen lauten aber bei uns in der Regel sehr viel günstiger wie die thatsächlichen Verhältnisse das ergeben. Das gab mir Veranlassung zu einer Erörterung in der Presse und hatte vielfache Zustimmungen aus landwirthschaftlichen Kreisen zur Folge. Solche rosig gefärbten Berichte aus einer Getreide abgebenden Provinz sind allerdings für die Getreidebörse immer eine Stütze für die Baisse, sie schädigen damit unsere Interessen aufs Empfindlichste. Wir wollen nicht schwarz färben, aber vor allen Dingen nicht schön färben. Diese Schönfärberei, das ist etwas, was uns schadet, und den Leuten, welche die Preise werfen wollen, eine Waffe in die Hand giebt.

Dann möchte ich noch nach einer anderen Richtung eine Bemerkung machen. Die Statistik über den Kartoffelanbau ist von dem ersten Herrn Referenten schon erwähnt worden. Es handelt sich dabei wesentlich um die Preisbildung für Spiritus. Das ist das entscheidende Moment. Wenn die Kartoffelernteschätzungen nur erfolgen könnten für diejenigen Produktionsflächen, die dem Brennereibetrieb dienen, getrennt von den übrigen, so würde man ein ganz klares Bild bekommen über die Kartoffelernte, soweit sie einen Einfluß haben kann auf die Preisbildung von Spiritus. Wenn es auch nicht möglich sein wird, das in der Praxis der Statistik ganz zu erreichen, so wird sich nach dieser Richtung — und ich möchte den Herrn Vertreter des landwirthschaftlichen Ministeriums bitten, sein Augenmerk darauf zu richten — doch einiges erreichen lassen. Wenn beispielsweise eine sehr günstige Kartoffelernte erfolgt auf solchen Flächen, die gar nicht dem Brennereibetrieb dienen, also auf den schwereren Böden, so ist das Resultat einfach das, daß diese Kartoffeln ganz überwiegend in den menschlichen Konsum übergehen, beziehungsweise als Viehfutter dienen und daß dadurch vielleicht eine kleine Verschiebung des Getreidekonsums eintritt. Aber auf die Spiritusproduktion haben diese Anbauflächen keinen Effekt, da sind im wesentlichen nur entscheidend die Anbauflächen, welche speziell dem Brennereibetrieb dienen, d. h. vorzugsweise die leichten und leichteren Böden. Ich

gebe zu, daß kleine Verschiebungen auch möglich sind durch Verkauf von den vorerwähnten Flächen, indessen spielt das keine Rolle. Gerade in dem letzten Sommer lag die Sache so, daß die eigentlichen Kartoffelböden, diejenigen, welche hauptsächlich dem Brennereibetrieb die Kartoffeln liefern, eine recht mäßige Ernte lieferten, während umgekehrt die schweren Böden eine ganz ungewöhnlich gute hatten, — das ist etwas, was in sehr trocknen heißen Sommern regelmäßig vorkommt, — die Schätzung für die Spiritusproduktion war, da die schweren Böden einfach mitgerechnet wurden, zu Gunsten der Baisse, das hat erheblich dazu beigetragen, den Spirituspreis zu werfen. Ich möchte, wie gesagt, bitten, diesen Gegenstand einer recht reiflichen Erwägung zu unterziehen und richte an den Herrn Vertreter des landwirthschaftlichen Ministeriums die Bitte, auch seinerseits in eine Prüfung eintreten zu wollen, in der Richtung der Trennung solcher Flächen, die speziell dem Brennereibetrieb dienen, von den übrigen.

Geheimer Oberregierungsrath Dr. **Thiel**-Berlin: Es wird das gewiß eine Sache sein, die die landwirthschaftliche Verwaltung reiflich überlegen wird. Ich sehe freilich noch nicht recht ein: wie wir der Sache näher kommen können. Vielleicht wird den Wünschen des verehrten Herrn Vorredners dadurch Rechnung getragen, daß in Zukunft auch schon bei der Herbstaufnahme die Ausrechnungen und Publikationen der Kartoffelernte zum mindesten für jeden Kreis erfolgen sollen. Dann wird man wenigstens die einzelnen Kreise unterscheiden können. Das ist schon immer etwas mehr, als früher. Da haben wir die Zusammenfassung meist nur für die Regierungsbezirke gegeben, während dann die einzelnen Kreise schon zu ihrem Rechte kommen würden. Ob es möglich sein wird, das noch mehr zu differenziren — wir haben im Durchschnitt für jeden Kreis 5 Berichterstatter vorgesehen, das sind also beinahe 3000 Berichterstatter für die Monarchie — ist fraglich; wollten wir Alles gesondert ausrechnen und publiziren, so würde jeder Bericht ein dickes Volumen werden und die ganze Sache kostet so wie so schon viel Geld. Das wird zu erwägen sein, aber jedenfalls werden wir es für jeden Kreis gesondert machen, und da werden sich schon die Kreise mit schwerem Boden von denen mit leichtem Boden abheben und wird es möglich sein, die Ernten der eigentlichen Brennereikreise von den Ernten der übrigen Kreise gesondert in Betracht zu ziehen.

Vorsitzender Graf **von Mirbach**-Sorquitten: Das Wort wird nicht weiter verlangt, ich konstatire das und schließe die Diskussion. Es liegt nur ein Antrag vor.

Bevor wir zur Abstimmung kommen, hat der Herr Referent und der Herr Korreferent noch das Schlußwort. Es liegt nur der Antrag des Herrn Freiherrn von Erffa vor, in der Nummer d von dem Komma an den Schlußsatz zu streichen, lautend:

„. . . , wo erforderlich unter Mitberücksichtigung alter Maße (Flächenmaße) und Gewichte."

Berichterstatter Oekonomie-Rath **von Mendel**-Halle: Meine Herren, ich möchte nur noch ein paar Worte sagen. Ich möchte bitten, daß, wenn der Antrag des Herrn Freiherrn von Erffa angenommen wird — und zwar stelle ich diese Bitte zugleich im Namen des Herrn Korreferenten —, hinter den Worten:

„die neuen Fragebogen einfacher und übersichtlicher zu gestalten"

die Worte hinzugefügt werden:

„und, wo nöthig, eine Reduktionstabelle auf altes Maß und Gewicht den Vertrauensmännern zur Verfügung gestellt werde."

Das wäre dann im Sinne der Ausführungen des Herrn Geheimraths Dr. Thiel, und wir würden uns damit vollständig einverstanden erklären können.

Vorsitzender Graf **von Mirbach**-Sorquitten: Hiernach erledigt sich eigentlich der Antrag des Herrn Freiherrn von Erffa. Der Punkt d würde nach Vorschlag des Herrn Referenten nunmehr lauten:

„Die neuen Fragebogen einfacher und übersichtlicher gestaltet werden und, wo nöthig, eine Reduktionstabelle auf altes Maß und Gewicht den Vertrauensmännern zur Verfügung gestellt werde."

Wir würden uns über diesen Antrag als Eventualantrag schlüssig zu machen haben für den Fall der Annahme der Resolution. Ich bitte diejenigen Herren, welche den Punkt d in der eben verlesenen Fassung annehmen wollen, sich zu erheben.

(Geschieht.)

Er ist einstimmig angenommen.

Nun kommen wir zur Abstimmung über die Resolution selbst, wie sie sich gestaltet hat nach Annahme dieses Antrages. Die Resolution hat nun folgenden Wortlaut:

„Die „Vereinigung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer“ erblickt in einer raschen, geordneten und verlässigen Erhebung und Veröffentlichung der Ernteaussichten sowie der Ernteergebnisse des Deutschen Reiches eine bedeutsame volkswirthschaftliche Maßregel, die auch dazu beitragen wird, unberechtigten und maßlosen Spekulationen den Boden zu entziehen.

Die Vereinigung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer spricht deshalb dem Hohen Bundesrath ihren Dank aus für die von demselben durch Beschluß vom 7. Juli 1892 getroffenen Bestimmungen, welche auf eine einheitliche und zweckmäßigere Ordnung der landwirthschaftlichen Statistik des Reiches hinzielen.

Schließlich aber möchte die Vereinigung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer noch dem dringenden Wunsche Ausdruck gegeben, daß

a) die Saatenstands- und vorläufigen Ernteberichte der Vertrauensmänner im Interesse einer noch schnelleren Veröffentlichung aus den einzelnen Ländern direkt dem reichsstatistischen Amt übermittelt werden;
b) die reichsstatistischen Publikationen ihre Beleuchtung und Ergänzung durch entsprechende Angaben über die jeweilige Anbaufläche (Anbaustatistik) und bei den endgültigen Ernteberichten durch die Notirung des Hektolitergewichtes erfahren;
c) auf die Auswahl nicht zu vieler jedoch besonders zuverlässiger und erfahrener Vertrauensmänner stets Bedacht genommen werde;
d) die neuen Fragebogen einfacher und übersichtlicher gestaltet werden, und wo nöthig eine Reduktionstabelle auf altes Maß und Gewicht den Vertrauensmännern zur Verfügung gestellt werde;
e) in Rücksicht darauf, daß nicht nur für die Landwirthschaft, sondern auch für den Getreidehandel wie für das Mühlengewerbe eine genaue Erntestatistik von erheblicher

> Bedeutung ist, erscheint es zweckmäßig, den die Schätzung vornehmenden Sachverständigen diejenigen Baarauslagen zu erstatten, welche ihnen durch die betreffende Mühewaltung entstehen."

Ich bitte diejenigen Herren, welche die Resolution in dieser Fassung annehmen wollen, sich zu erheben.

(Geschieht.)

Mit großer Mehrheit oder nahezu einstimmig angenommen.

Meine Herren! Wir sind am Schlusse unserer Arbeiten angelangt; ich bitte Sie dieselben zu beschließen, wie wir sie begonnen haben und mit mir einzustimmen in den Ruf: Se. Majestät der Kaiser, er lebe hoch!"

(Die Versammlung stimmt begeistert in den dreimaligen Hochruf ein.)

Ich schließe die Generalversammlung.

(Schluß der Versammlung 3 Uhr.)

Zusammenstellung

der von der

XVIII. Generalversammlung der Vereinigung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer am 21. Februar 1893 beschlossenen Resolutionen nach der redaktionellen Fassung durch den Ausschuß vom 15. März 1893.

A. Die Resolution der Referenten Herren Landtagsabgeordneten Dr. Otto Arendt-Berlin und Herausgebers der Deutschen Volkswirthschaftlichen Korrespondenz Dr. jur. B. Stall-Berlin zu Thema 1 der Tagesordnung:

„Die Währungsfrage“

nebst

„einer auf den Abschluß etwaiger weiterer Handelsverträge bezüglichen Resolution“

des Herrn Freiherrn von Thüngen-Roßbach:

„Die XVIII. Generalversammlung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer erklärt:

I. Das Sinken der Preise der Hauptprodukte der Landwirthschaft, der dadurch bedingte Rückgang der Kaufkraft der Landwirthschaft selbst, muß zu einer das gesammte Erwerbsleben beherrschenden Krisis führen. Wir erkennen in dem Preisfall des Silbers bezw. in der Steigerung des Goldwerthes den wesentlichen Grund des Preisdrucks auf dem Weltmarkte.

Die Wiederaufnahme der Silberprägung erscheint deshalb dringlich geboten, zumal in Folge der am 1. Februar vorigen Jahres in Kraft getretenen Handelsverträge die Möglichkeit, der deutschen Landwirthschaft durch Zollerhöhungen zu helfen, nicht mehr besteht.

Die Vereinigung der „Steuer- und Wirthschafts-Reformer“ sieht in einer vertragsmäßigen internationalen Doppelwährung das entscheidende Mittel zur Wiederherstellung des Silberwerthes, will jedoch auch andere auf die Vermehrung der Silberzirkulation und die Hebung des Silberpreises abzielenden Maßnahmen nicht ablehnen.

Die „Vereinigung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer“ erwartet von den Vertretern der Industrie und der Gewerbe, daß dieselben in Gemeinschaft mit denen der Landwirthschaft alle auf die Wiederherstellung des Silberpreises gerichteten Maßnahmen wirksam unterstützen. Ein gemeinsames Vorgehen sämmtlicher produktiven Berufe erscheint dringlich geboten.

Die Gefahr einer weiteren Schädigung des wirthschaftlichen Lebens durch die einseitige Goldwährung liegt nicht bloß auf wirthschaftlichem Gebiete und damit auf dem der Erhaltung unserer Wehrkraft und Machtstellung nach außen, sondern auch auf dem sozialen Gebiete, das bei allen politischen und wirthschaftspolitischen Maßnahmen eine entsprechende Berücksichtigung erfahren soll.

II. Die „Vereinigung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer“ betrachtet die Wiederherstellung der vor Einführung der deutschen Goldwährung vorhandenen Relation des Goldes zum Silber auf Grundlage internationaler Vereinbarungen über die Doppelwährung als das berechtigte Endziel ihrer Bestrebungen. Um jedoch das Interesse der industriellen Kreise, welche durch die stetig wiederkehrende Goldnoth sowohl, als auch durch die Schwankungen und den Rückgang des Silberpreises hart betroffen werden, mit demjenigen der Landwirthschaft zu verbinden, ist sie bereit, alle jene Bestrebungen zu fördern, die geeignet sind, dem vermehrten Silberumlauf und der dadurch herzustellenden Hebung und Stetigkeit des Silberpreises zu dienen.

In diesem Sinne wird die Vereinigung die nachfolgenden, die Hebung und die Stetigkeit des Silberpreises bezweckenden Maßnahmen unterstützen.

„1. Die Staaten: Deutschland, England, der Lateinische Münzbund und die Vereinigten Staaten verpflichten sich mittelst eines internationalen Uebereinkommens,

kein Papiergeld und keine Goldmünzen unter 20 Frcs. bezw. 20 Mk. in den Verkehr zu bringen.

2. Die in diesen Staaten vorhandenen Goldstücke und Scheine unter 20 Frcs. bezw. 20 Mk. werden möglichst bald eingezogen.

3. An Stelle des eingezogenen Gold- und Papiergeldes wird Kurantsilber ausgegeben, dessen Werthverhältniß zum Gold international festgesetzt wird.

III. a) Die „Vereinigung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer" erklärt die Durchführung der Doppelwährung mit dem Werthverhältniß von 1 : 15,5 auch ohne Zutritt Englands für möglich und wünschenswerth.

b) Für den Fall, daß die Reichsregierung die Doppelwährung nur in Gemeinschaft mit England anzunehmen geneigt ist, ersucht die Generalversammlung den Herrn Reichskanzler,

1. auf ein baldiges Wiederzusammentreten der Brüsseler Münzkonferenz hinzuwirken,
2. eine dahin gehende Erklärung bei Wiederzusammentritt der Brüsseler Münzkonferenz abgeben zu lassen,
3. die dort vertretenen Staaten zum Abschluß eines Währungsvertrages aufzufordern, dessen Inkrafttreten von dem Beitritt Englands abhängig gemacht wird.

c) In diesem Fall ist es Aufgabe der deutschen Vertretung, auf der Brüsseler Münzkonferenz Maßregeln vorzuschlagen, durch welche der Beitritt Englands zur internationalen Doppelwährung gefördert wird, durch welche, bis dieser erfolgt, die Aufrechterhaltung und Hebung des Silberwerthes herbeigeführt wird." —

Im Anschluß hieran „beschließt die XVIII. General-Versammlung der Vereinigung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer" ferner:

„Daß von dem Abschlusse eines Handelsvertrages mit Rußland — bezw. eines solchen mit Rumänien — bei welchen wiederum lediglich die Land- und Forstwirthschaft die Opfer zu bringen habe, so lange es Rußland nicht gelungen, seine Valuta auf eine feste Metallbasis zu bringen, unter allen Umständen abzusehen sei.

Die „Vereinigung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer" richtet an den Bundesrath und Reichstag die

dringende Bitte, dem Abschlusse eines Handelsvertrages mit Rußland bezw. Rumänien ihre Zustimmung zu versagen."

(Vorstehende Doppel-Resolution ist mit dem Datum des 15. März cr. am 25. März 1893 dem Herrn Reichskanzler, dem Bundesrath, dem Reichstage, dem Preußischen Staatsministerium und dem Preußischen Finanzminister eingereicht worden.)

B. Die Resolution der Referenten Herren Oekonomie-Rath von Mendel-Steinfels-Halle (Saale) und Rittergutsbesitzer Alfieri-Koppershagen zu dem Thema 2 der Tagesordnung:

„Die Ernte-Schätzungen und die Ernte-Ermittelungen; die Nothwendigkeit ihrer Reform."

„Die „XVIII. General-Versammlung der Vereinigung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer" erblickt in einer raschen, geordneten und verlässigen Erhebung und Veröffentlichung der Ernteaussichten sowie der Ernteergebnisse des Deutschen Reiches eine bedeutsame volkswirthschaftliche Maßregel, die auch dazu beitragen wird, unberechtigten und maßlosen Spekulationen den Boden zu entziehen.

Die Vereinigung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer spricht deshalb dem Hohen Bundesrath ihren Dank aus für die von demselben durch Beschluß vom 7. Juli 1892 getroffenen Bestimmungen, welche auf eine einheitliche und zweckmäßigere Ordnung der landwirthschaftlichen Statistik des Reiches hinzielen.

Schließlich aber möchte die Vereinigung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer noch dem dringenden Wunsche Ausdruck geben, daß

a) die Saatenstands- und vorläufigen Ernteberichte der Vertrauensmänner im Interesse einer noch schnelleren Veröffentlichung aus den einzelnen Ländern direkt dem reichsstatistischen Amt übermittelt werden;

b) die reichsstatistischen Publikationen ihre Beleuchtung und Ergänzung durch entsprechende Angaben über die jeweilige Anbaufläche (Anbaustatistik) bei den endgültigen Ernteberichten durch die Notirung des Hektolitergewichtes erfahren;

c) auf die Auswahl nicht zu vieler jedoch besonders zuverlässiger und erfahrener Vertrauensmänner stets Bedacht genommen werde;

d) die neuen Fragebogen einfacher und übersichtlicher gestaltet werden und, wo nöthig, eine Reduktionstabelle auf altes Maß und Gewicht den Vertrauensmännern zur Verfügung gestellt werde;

e) in Rücksicht darauf, daß nicht nur für die Landwirthschaft, sondern auch für den Getreidehandel wie für das Mühlengewerbe eine genaue Erntestatistik von erheblicher Bedeutung ist, erscheint es zweckmäßig, den die Schätzung vornehmenden Sachverständigen diejenigen Baarauslagen zu erstatten, welche ihnen durch die betreffende Mühewaltung entstehen."

(Vorstehende Resolution ist unter dem Datum des 15. März a. cr. am 25. März 1898 dem Herrn Reichskanzler und dem preußischen Minister für Landwirthschaft, Domänen und Forsten übermittelt worden.)

Statut

der

Vereinigung der Steuer- u. Wirthschafts-Reformer.

Definitiv angenommen

von der

konstituirenden Versammlung am 22. bis 24. Februar 1876

und mit der Abänderung im Alinea 3 § 2 durch die IV. General-Versammlung am 26. und 27. Februar 1879, —
der Abänderung durch die VI. General-Versammlung am 24. Februar 1881 in Punkt 9 des § 2, in § 6 und § 7, —
der Abänderung durch die VII. General-Versammlung am 17. und 18. Februar 1882 im § 7 des Statuts —
und
der Rückstellung der Punkte 4, 6, 7, 8 im § 2 durch die X. General-Versammlung am 17. Februar 1885.

---

§ 1.

Sitz der Vereinigung.

Die „Vereinigung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer" erwählt zu ihrem Vorort Berlin, doch kann dieselbe je nach Beschluß des Ausschusses in jedem Orte Deutschlands Versammlungen abhalten.

§ 2.

Zweck der Vereinigung.

Die Vereinigung hat den Zweck, die Ideen und Grundsätze einer gemeinnützigen, auf christlichen Grundlagen beruhenden Volkswirthschaft im Volke zu verbreiten und in der Gesetzgebung zum Ausdruck zu bringen. Diese Ideen und Grundsätze sind in dem folgenden Programm zusammengefaßt:

1. Es ist auf eine gleichmäßige Vertheilung aller Steuern hinzuwirken, damit der bis jetzt überbürdete Grundbesitz und die redliche Arbeit in allen Berufszweigen entlastet werden.

7*

2. Die Doppelbesteuerung, welche in der Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer liegt, ist zu beseitigen. Das Renten-Einkommen ist höher zu besteuern als das Arbeits-Einkommen. Gegen die Steuerumgehungen des Geldkapitals sind wirksame Sicherheitsmaßregeln zu schaffen.

3. Bei allen Zöllen und indirekten Steuern ist stets darauf Bedacht zu nehmen, daß sie nicht besonders schädlich auf einzelne Distrikte und Bevölkerungsschichten einwirken. Die Einführung einer Börsenumsatz-Steuer nach dem Werthe, sowie eine Besteuerung der ausländischen Werthpapiere sind dringend geboten.

Die Stempel- und Tax-Gesetzgebung ist einer Revision zu unterziehen behufs Lastenausgleichung zwischen Grundbesitz und beweglicher Habe.

*4. (Im Eisenbahnwesen ist es nothwendig, daß an die Stelle des Aktienbetriebes ein billiger, lebenssicherer Staatsbetrieb mit Beseitigung aller Differentialtarife tritt, ohne daß der Besitzstand der einzelnen Staaten berührt wird.)

5. Papiergeld auszugeben gebührt allein den gesetzgebenden Faktoren des Reiches. Die Banknoten-Privilegien sind zu beseitigen.

*6. (Das Aktiengesetz vom 11. Juni 1870 bedarf einer durchgreifenden Reform. Insbesondere sind Schutzmaßregeln zu treffen gegen die sittlichen und wirthschaftlichen Gefahren, welche die unzureichende Verantwortlichkeit der Gründer und Vorstände nach sich zieht.)

*7. (Die Gewerbeordnung und das Unterstützungswohnsitz-Gesetz bedürfen dringend der Revision.)

*8. (Den Verträgen zwischen ländlichen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ist durch Gesetz eine Form anzuweisen, welche für beide Theile einen wirksamen Rechtsschutz im beschleunigten Verfahren mit vorläufiger ortspolizeilicher Entscheidung gewährt.)

9. Der ländliche Grundbesitz ist von dem Zwange des Römischen Rechtes zu befreien. Insbesondere ist ihm eine seiner Natur entsprechende Verschuldungsform und ein den deutschen Sitten entsprechendes Erbrecht zu gewähren.

---

*) Die eingeklammerten und in Petitschrift gedruckten Punkte 4, 6, 7 und 8 des § 2 sind, weil durch die Bemühungen unserer Vereinigung resp. ihrer Mitglieder zum größten Theil in der Gesetzgebung zum Ausdruck gekommen, von der X. General-Versammlung am 17. Februar 1885 eliminirt worden mit der Bestimmung, daß dieselben in der vorstehenden Form dem Programm historisch eingefügt bleiben.

§ 3.

Mitgliedschaft.

Jedes Mitglied kann Personen, welche im Wesentlichen die Grundsätze des Programms anerkennen, zur Aufnahme vorschlagen. Der Vereinigungs-Ausschuß (§ 4) beschließt und entscheidet über Aufnahme.

Die Aufnahme von Ehrenmitgliedern kann der Ausschuß mit Zweidrittel-Majorität beschließen.

§ 4.

Leitung der Vereinigung.

Die Leitung der Vereinigung besorgt ein jährlich zu wählender Ausschuß von 20 Mitgliedern, denen das Recht der Kooptation je nach Ermessen zusteht. Die konstituirende und später jede Jahres-Versammlung wählt diese nach Stimmenmehrheit. Von dem Ausschuß scheidet jedes Jahr die Hälfte (das erste Mal durchs Loos) aus. Der Ausschuß entscheidet über Aufnahme der Mitglieder, und jedes Ausschußmitglied kann, wenn verhindert oder auswärts wohnend, schriftlich votiren. Zur Führung der laufenden Geschäfte wählt der Ausschuß ein aus fünf Mitgliedern bestehendes und geschäftsführendes Komité, welches in Berlin seinen Sitz hat.

§ 5.

Geschäftsordnung.

Zur Geschäftsordnung der Vereinigung wird die Geschäftsordnung des Reichstages angenommen.

§ 6.

Außerordentliche und regelmäßige Versammlungen.

Außerordentliche Versammlungen können ein Viertel der Mitglieder beim Vorstand beantragen; solche müssen mit Angabe der Tagesordnung in drei vom Ausschuß zu bestimmenden größeren, in Berlin erscheinenden politischen Zeitungen 14 Tage vorher bekannt gegeben werden. Auch der Ausschuß kann solche Versammlungen ausschreiben. Mindestens einmal in jedem Jahr und zwar im Februar muß der Ausschuß der Vereinigung in Berlin eine Versammlung berufen; diese Versammlung bestimmt selbstständig ihren nächsten Versammlungsort.

§ 7.

Beitrag.

Zur Bestreitung der Vereinigungs=Ausgaben zahlt jedes ordentliche Mitglied, Grundbesitzer oder Nicht=Grundbesitzer, welches ein Einkommen von mindestens dreitausend Mark hat, wie bisher Zehn Mark, alle anderen Mitglieder eine Mark Jahresbeitrag. Das Jahr beginnt mit dem Jahr des Eintritts. Ueber die Verwendung der Mittel beschließt der Ausschuß, der auch die Geschäfts= und Kassenführung beaufsichtigt. Die Rechnungslegung des Rendanten schließt mit dem Kalenderjahre ab.

§ 8.

Abänderung.

Abänderungen dieser Statuten können, mit Ausschluß des unabänderlichen § 4, in einer eigens dazu anberaumten oder der Jahres=Versammlung unter vorher bekannt gemachter Tagesordnung nach § 6 mit Zweidrittel=Mehrheit der anwesenden Mitglieder beschlossen werden.

§ 9.

Ausschlußbestimmung.

Wer freiwillig aus dem Verein tritt oder, als in seinen Handlungen nicht kongruent den §§ 2 und 3 befunden, ausgeschlossen wird, verliert sein Antheilsrecht am Vermögen des Vereins. Ein Ausschluß kann nur auf Beschluß des Ausschusses und nach eingeholter Genehmigung der Versammlung stattfinden.

Kein Mitglied hat das Recht, auf Theilung des gemeinschaftlichen Vermögens anzutragen.

§ 10.

Auflösung des Vereins.

Die Auflösung des Vereins kann nur erfolgen durch einen, in zwei General=Versammlungen, zwischen denen ein Zeitraum von vier Wochen liegt, mit Zweidrittel=Majorität der anwesenden Mitglieder gefaßten Beschluß.

Dieser Beschluß bestimmt dann zugleich über den etwa angesammelten Vermögensbestand des Vereins.

Leitung

der

Vereinigung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer für 1893.

Vorstand:

Graf **v. Mirbach**-Sorquitten, 1. Vorsitzender.
Kammerherr Dr. **v. Frege**-Abtnaundorf, 2. Vorsitzender.
C. Freiherr **v. Thüngen**-Roßbach, 3. Vorsitzender.

Das „Engere Komitee":

(Geschäftsführendes Komitee, § 4 des Statuts.)

Graf **v. Mirbach**-Sorquitten, Vorsitzender.
Kammerherr Dr. **v. Frege**-Abtnaundorf.
Landschaftsrath **A. v. d. Osten**-Blumberg.
Erbjägermeister **Günther v. Jagow**-Rühstaedt.

Ausschuß

nach Ländern und Provinzen geordnet.

Königreich Preußen.

Provinz Brandenburg.

v. Blomberg-Liebthal, **R.** Freiherr, Ritterschaftsdirektor der Neumark und Rittergutsbesitzer, Liebthal (Kreis Crossen).

v. Brand-Lauchstaedt, Kgl. Kammerherr, Mitglied des Herrenhauses, Lauchstaedt bei Woldenberg (Kreis Friedeberg, Neumark), [Berlin W. 62, Kurfürstenstraße 125].

v. Brand-Wutzig, Major a. D., Majoratsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Wutzig bei Woldenberg (Kreis Friedeberg Neumark), [Berlin NW. 40, In den Zelten 8].

v. Eckardstein, Arnold Freiherr, Lieutenant der Reserve des 2. Garde-Ulanen-Regiments, Rittergutsbesitzer, Klosterdorf bei Strausberg (Mark), [Kreis Ober-Barnim].

v. Hammerstein, W. Freiherr, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Berlin W. 62, Kurfürstenstraße 112.

v. Jagow, Günther, Rittmeister der Garde-Landwehr-Kavallerie, Erbjägermeister der Kurmark Brandenburg, Mitglied des Reichstages, Rühstaedt bei Wilsnack (Westprignitz), [Berlin W. 9, Köthenerstraße 14].

Jordan, G., Rittergutsbesitzer, Kuhhorst bei Börnicke (Kreis Ost-Havelland).

v. Klitzing-Charlottenhof, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Charlottenhof a. Ostbahn (Kreis Landsberg, Warthe).

Lamprecht, Gutsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Klein-Mutz. [Berlin C. 19, Kreuzstraße 9.]

v. Manteuffel-Krossen, **O.** Freiherr, Kgl. Landrath und Rittergutsbesitzer, Generaldirektor der Landfeuersozietät der Kurmark und der Niederlausitz, 1. Vizepräsident des Herrenhauses, Mitglied des Reichstages, Schloß Krossen bei Drahnsdorf (Kreis Luckau), [Berlin W. 62, Kurfürstenstraße 131].

v. Sydow, Rittergutsbesitzer, Bärfelde N./M. (Kreis Königsberg, Neumark).

v. Sydow, H., Rittergutsbesitzer, Dobberphul bei Rufen (Kreis Königsberg, Neumark).

v. Veltheim-Schönfließ, **W.** Freiherr, Kgl. Ceremonienmeister und Kammerherr, Major a. D., Majoratsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Schönfließ bei Hermsdorf (Mark) (Kreis Niederbarnim), [Berlin W. 64, Behrenstraße 64/65].

v. Wackerbarth, Freiherr, Kgl. Kammerherr und Major a. D., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Briesen bei Cottbus (Kreis Cottbus).

v. Werdeck, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Schorbus bei Drebkau (Kreis Cottbus), [Berlin NW. 7, Schadowstraße 3].

v. Wilamowitz-Möllendorff, W. Graf, Rittmeister a. D., Majoratsbesitzer, Schloß Gadow bei Lanz (Westprignitz).

v. Winterfeld, H., Ritterschaftsrath und Rittergutsbesitzer, Krieschow (Kreis Cottbus).

Provinz Posen.

v. **Bethe,** Kgl. Landrath und Rittmeister a. D., Hammer bei Schönlanke (Kreis Czarnikau).

v. **Martini, E.,** Rittergutsbesitzer, Lukowo bei Obornik (Kreis Obornik).

v. **Schmidt,** Rittergutsbesitzer, Moschütz bei Friedheim (Kreis Wirsitz).

v. **Schwichow, L.,** Kgl. Kammerherr und Landrath, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Marginsdorf bei Margonin (Kreis Kolmar, Posen), [Berlin NW. 7, Dorotheenstraße 28].

v. **Staudy, L.,** General-Landschaftsdirektor, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Reichstages, Posen (Stadtkreis Posen), [Berlin W. 41, Kaiserhof].

v. **Tresckow, J.,** Rittergutsbesitzer, Grocholin bei Exin (Kreis Schubin).

Provinz Pommern.

a. Vorpommern.

Behr, F. Graf, Kgl. Kammerherr, Fideikommißbesitzer, Bandelin bei Gützkow (Kreis Greifswald).

v. **Berg-Dubkevitz, E.,** Rittergutsbesitzer, Dubkevitz bei Gingst (Kreis Rügen).

v. **Esbeck-Platen,** Kgl. Kammerherr, Rittmeister a. D. und Rittergutsbesitzer, Capelle bei Gingst, Rügen (Kreis Rügen).

v. **der Osten**-Blumberg, **A.,** General-Landschaftsrath, Rittmeister a. D., Mitglied des Reichstages und des Herrenhauses, Blumberg bei Casekow (Kreis Randow), [Berlin W. 9, Linkstraße 19].

v. **Platen**-Ventz, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Stralsund, Sarnowstraße 3 (Kreis Rügen).

v. **Schwerin**-Löwitz, Graf, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Löwitz (Kreis Anklam). [Berlin W. 62, Kurfürstenstraße 149].

v. **Voß-Wolffradt,** Kgl. Kammerherr, Rittmeister a. D. und Rittergutsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Lüssow bei Gützkow (Kreis Greifswald).

b. Hinterpommern.

v. **Bandemer,** Kgl. Kammerherr, Pr.-Lieutenant a. D., Fideikommißbesitzer und Mitglied des Abgeordnetenhauses, Selesen bei Schmolsin (Kreis Stolp), [Berlin W. 35, Schöneberger Ufer 35].

v. **Below**-Saleske, **R.**, Major a. D. und Fideikommißbesitzer, Hauptdirektor der Pommerschen Oekonomischen Gesellschaft, Saleske (Kreis Stolp, Pommern) und Cusserow (Kreis Schlawe).

v. **Bismarck**-Kniephof, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Kniephof bei Groß-Sabow (Kreis Naugard), [Berlin NW. 7, Unter den Linden 68a].

v. **Dewitz**-Zachow, Hauptmann a. D., Rittergutsbesitzer, Zachow bei Labes (Kreis Regenwalde).

v. **Gaudecker**, Major a. D. und Rittergutsbesitzer, Zuch bei Gramenz (Kreis Neustettin).

v. **Hertzberg**-Lottin, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Lottin (Kreis Neustettin).

v. **Knebel-Doeberitz**, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Friedrichsdorf bei Falkenburg, Pommern (Kreis Dramburg).

v. **Riepenhausen**-Crangen, **K.**, Königlicher Kammerherr, Premierlieutenant a. D., Rittergutsbesitzer, Schloß Crangen bei Schlawe (Kreis Schlawe), [Berlin W. 64, Unter den Linden 5, Hôtel Bristol].

Provinz Ostpreußen.

Alfieri, Rittergutsbesitzer, Koppershagen bei Wehlau (Kreis Wehlau).

Boltz-Gründen, Rittergutsbesitzer, Adl. Pareyken bei Labiau (Kreis Labiau).

v. **Dönhoff-Friedrichstein**, **A.** Graf, Kgl. Kammerherr, Legationsrath, Fideikommißbesitzer, Mitglied des Reichstages und des Herrenhauses, Friedrichstein bei Löwenhagen (Landkreis Königsberg, Preußen), [Berlin W. 41, Mohrenstraße 1—5].

zu **Dohna-Wundlacken**, **Georg** Burggraf und Graf, Rittergutsbesitzer, Wundlacken bei Königsberg (Landkreis Königsberg, Ostpr.).

zu **Dohna-Lauck**, **Friedrich** Burggraf und Graf, Kgl. Kammerherr, Majoratsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Lauck über Mühlhausen (Ostpreußen), [Kreis Pr. Holland].

v. **Gustedt**-Lablacken, Baron, Kgl. Kammerherr, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Reichstages und des Abgeordnetenhauses, Lablacken (Kreis Labiau), [Berlin W. 10, Margarethenstraße 8].

v. **Kanitz**-Podangen, H. Graf, Kgl. Kammerherr, Rittmeister a. D., Majoratsbesitzer, Mitglied des Reichstages und des Abgeordnetenhauses, Podangen bei Tüngen (Kr. Pr. Holland), [Berlin W. 64, Behrenstraße 64/65].

v. **Mirbach**-Sorquitten, J. Graf, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Reichstages und des Herrenhauses, Sorquitten (Kreis Sensburg), [Berlin W. 64, Hôtel Royal, Wilhelmstraße 69].

v. **Restorff**-Lindenau, Rittergutsbesitzer, Lindenau (Kreis Heiligenbeil).

v. **Schlieben**-Sanditten, G. Graf, Schloßhauptmann von Königsberg i. Pr., Majoratsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses Sanditten über Wehlau (Kreis Wehlau).

zu **Stolberg-Wernigerode, Udo** Graf, Excellenz, Ober-Präsident der Provinz Ostpreußen, Oberstlieutenant à la suite der Armee, Mitglied des Reichstages und des Herrenhauses, Königsberg (Preußen), Kreppelhof bei Landeshut (Schlesien), Dönhoffstädt [Kreis Rastenburg].

Provinz Westpreußen.

v. **Alvensleben-Schönborn**, A. Graf, Königlicher Kammerherr und Erbtruchseß, Majoratsbesitzer, Ostrometzko (Kreis Culm) und Erxleben (Kreis Neuhaldensleben, Prov. Sachsen).

v **Auerswald**-Faulen, Kgl. Landrath, Rittergutsbesitzer, Faulen bei Rosenberg (Kreis Rosenberg, Westpreußen).

v. **Brünneck**, Kgl. Kammerherr, Landrath a. D. und Majoratsbesitzer, Bellschwitz bei Rosenberg, Westpreußen (Kreis Rosenberg, Westpreußen).

v. **Oldenburg**, Rittergutsbesitzer, Januschau bei Rosenberg (Kreis Rosenberg, Westpreußen).

v. **Zelewski**, Dr., Königlicher Kammerherr, Rittergutsbesitzer, Barlomin bei Lusin (Kreis Neustadt, Westpreußen).

Provinz Sachsen.

v. **Bassewitz-Levetzow**, Dr., Graf, Majoratsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Klaeden (Kreis Stendal), [Berlin W. 10, Bendlerstraße 18].

v. **Hasselbach**, Kgl. Landrath, Hauptmann a. D., Mitglied des Abgeordnetenhauses, Wolmirstedt, Bzk. Magdeburg (Kreis Wolmirstedt), [Berlin NW. 7, Dorotheenstraße 80/81].

v. **Helldorff**=Zingst, Rittmeister a. D. und Rittergutsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Zingst bei Nebra (Kreis Querfurt), [Berlin W. 41, Mohrenstraße 1—5].

v. **Herzenberg**=Heuckewalde, Freiherr, Kammerherr, Rittergutsbesitzer, Heuckewalde (Kreis Zeitz).

v. **Jagow**=Calberwisch, Major a. D. und Rittergutsbesitzer, Calberwisch bei Osterburg, Altmark (Kreis Osterburg).

v. **Katte**, **H.**, Major a. D., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Vieritz bei Neuenklitsche (Kreis Jerichow II.).

v. **Kröcher**, **J.**, Haupt=Ritterschaftsdirektor, Rittmeister a. D., Fideikommißbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Vinzelberg, Altmark (Kreis Gardelegen), [Berlin W. 9, Linkstraße 26].

Kühne, Rittergutspächter, Hartmannsdorf bei Crossen, Elster (Kreis Zeitz).

v. **Ploetz**, Hauptmann a. D. und Rittergutsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Präsident des „Bund der Landwirthe", Döllingen bei Elsterwerda (Kreis Liebenwerda), [Berlin SW. 46, Hallesche Straße 18].

v. **Rohr=Levetzow**, Major a. D., Rittergutsbesitzer, Wudicke bei Groß=Wudicke (Kreis Jerichow II.).

v. **Schaper**, Rittmeister a. D. und Rittergutsbesitzer, Falkenberg, Bezirk Halle (Kreis Liebenwerda).

Schirmer, **F.**, Rittergutsbesitzer, Neuhaus bei Delitzsch (Kr. Delitzsch).

v. **der Schulenburg**=Emden, Graf, Kgl. Kammerherr, Major a. D. und Rittergutsbesitzer, Emden bei Erxleben (Kreis Neuhaldensleben).

Provinz Schlesien.

v. **Arnim**=Muskau, **H.** Graf, Legationsrath a. D., Besitzer der Standesherrschaft Muskau, Mitglied des Reichstages, Muskau, Ober=Lausitz (Kreis Rothenburg), [Berlin W. 64, Pariser Platz 4].

zu **Dohna=Mallmitz**, **Alfred** Burggraf und Graf, Kgl. Kammerherr, Fideikommißbesitzer, Landesältester und Major a. D., Mitglied des Abgeordnetenhauses, Mallmitz (Kreis Sprottau), [Berlin NW. 7, Neustädtische Kirchstraße 6/7].

Knoch=Ober=Poppschütz, **R.**, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Ober=Poppschütz bei Neustädtel, Reg.=Bezirk Liegnitz (Kreis Freistadt), [Berlin SW. 19, Krausenstraße 48, Kölnischer Hof].

v. Loesch-Kammerswaldau, **H.**, Landesältester und Rittergutsbesitzer, Kammerswaldau (Kreis Hirschberg).

v. Pückler-Friedland, **Friedrich** Graf, Rittmeister a. D., Kreisdeputirter, Rittergutsbesitzer, Schloß Friedland, Oberschlesien (Kreis Falkenberg).

v. Strachwitz-Bertelsdorf, Graf, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Bertelsdorf bei Lauban, Schlesien (Kreis Lauban), [Berlin W. 41, Mohrenstraße 1/5].

v. Thielmann, Freiherr, Kgl. Kammerherr, Majoratsbesitzer, Landesältester, Jacobsdorf bei Falkenberg, Oberschlesien (Kreis Falkenberg).

Rheinprovinz.

v. Hymmen, Geheimer Regierungsrath und Landrath a. D., Rittergutsbesitzer, Burg Endenich (Landkreis Bonn).

Mooren, **Th.**, Bürgermeister, Mitglied des Reichstages und des Abgeordnetenhauses, Eupen (Kreis Eupen), [Berlin NW. 7, Friedrichstraße 148/149].

Provinz Hannover.

Baring, **J.**, Hofbesitzer, Ersehof bei Groß-Schwülper (Kreis Gifhorn).

v. Dürckheim-Bundhorst, **A. Eckbrecht** Graf, Hauptmann a. D., Rittergutsbesitzer, Hannover, Hohenzollernstraße 14 (Stadtkreis Hannover).

Freudenstein, Dr. **Otto**, Rechtsanwalt, Hannover, Rumannstraße 23 (Landkreis Hannover).

Provinz Hessen-Nassau.

v. Hundelshausen-Friemen, Landesdirektor der Provinz Hessen-Nassau, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Cassel (Stadtkreis Cassel).

Knobel, Bürgermeister, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Ehlen bei Dörnberg (Kreis Wolfhagen), [Berlin SW. 41, Krausenstraße 56/58].

v. d. Malsburg, **Hans** Baron, Kgl. Kammerherr, Rittergutsbesitzer, Escheberg bei Zierenberg (Kreis Wolfhagen).

Seyfarth, F., Landwirth, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Rotenburg (Kreis Rotenburg, Fulda), [Berlin SW. 41, Krausenstraße 56/58].

Trapp, J. A., Weinbergsbesitzer, Rüdesheim, Rhein (Kreis Rheingau).

Königreich Bayern.

Beckh, Friedrich, Gutsbesitzer, Mitglied der Bayerischen Kammer, Schloßgut Rathsberg bei Erlangen (Rgbz. Mittelfranken).

v. **Deines**, Dr. H., Gutsbesitzer, Neuhof bei Aschaffenburg (Bezirksamt Aschaffenburg, Rgbz. Unterfranken).

v. **Rechteren-Limpurg**, F. R. Erbgraf, Erlaucht, Neubauhof bei Markteinersheim (Rgbz. Mittelfranken, Bezirksamt Neustadt a. d. Aich).

v. **Rotenhan, Georg** Freiherr, Königlicher Kammerherr und Rittergutsbesitzer, Rentweinsdorf (Bezirksamt Ebern, Rgsbz. Unterfranken).

v. **Thüngen**, C. Reichsfreiherr, Rittergutsbesitzer, Roßbach bei Zeitlofs (Rgbz. Unterfranken und Aschaffenburg, Bezirksamt Brückenau).

Königreich Sachsen.

v. **Frege**, Dr. A., Kammerherr, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Reichstages, Abtnaundorf bei Schönefeld-Leipzig (Stadt- und Amtshauptmannschaft Leipzig), [Berlin SW. 12, Prinz Albrechtstraße 4/5].

v. **Friesen**, Freiherr, Kgl. Kammerherr, Major a. D., Fideikommißbesitzer, Mitglied des Reichstages, Rötha (Stadt- und Amtshauptmannschaft Leipzig), [Berlin SW. 12, Prinz Albrechtstraße 4/5].

Gontard, A., Rittergutsbesitzer, Mockau (Parthe), [Amtshauptmannschaft Leipzig].

zur Lippe, Ferdinand Graf und Edler Herr, Erlaucht, Rittergutsbesitzer, Baruth (Sachsen), [Amtshauptmannschaft Bautzen].

v. **Nitzschwitz**, F., Rittergutsbesitzer, Königsfeld bei Rochlitz, Königreich Sachsen (Amtshauptmannschaft Leipzig).

Großherzogthum Baden.

v. **Douglas**, W. Graf, Gutsbesitzer, Mitglied des Reichstages, Gondelsheim (Amt Bretten, bad. Kreis Karlsruhe).

v. Hornstein, Freiherr, Kammerherr, Gutsbesitzer, Mitglied des Reichstages, Binningen (Amt Engen, Kreis Konstanz).

Großherzogthum Hessen.

Ebrath, Th., Hauptmann z. D. und Weingutsbesitzer, Biebrich (Rhein). Winter: Wiesbaden.

Großherzogthum Mecklenburg-Schwerin.

v. Cleve-Carow, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Charlottenburg, Knesebeckstraße 1.

Diestel, H., Rittergutsbesitzer, Reetz bei Brüel (Mecklenburg).

Rettich, M., Domänenrath, Rostock, Blutstraße 14.

Schroeder-Poggelow, Dr., Rittergutsbesitzer, Schloß Poggelow bei Teterow, [Berlin W., Friedrich-Wilhelmstraße 21].

Schumacher, H., Großherzoglicher Oekonomierath, Zarchlin bei Carow. (Mecklenburg).

Großherzogthum Sachsen-Weimar.

v. Wurmb, H. L., Schloßhauptmann und Kammerherr, Rittergutsbesitzer, Porstendorff bei Dornburg (Saale).

Herzogthum Anhalt.

Saeuberlich, A., Oberamtmann, Gröbzig (Anhalt).

Herzogthum Sachsen-Coburg-Gotha.

v. Seebach-Großfahner, Freiherr, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Großfahner über Gotha.

Fürstenthum Lippe.

Tenge, Rittergutsbesitzer, Niederbarckhausen bei Oerlinghausen (Lippe).

Verzeichniß der Mitglieder.

Geschlossen am 30. April 1898.

Ahrens, J., Rittergutsbesitzer, Neu-Schlagsdorf bei Ventschow über Kleinen (Mecklenburg).

Alexander, Adolph, Gutsbesitzer und Premier-Lieutenant der Landwehr, Musselmow bei Brüel (Mecklenburg).

Alfieri, Rittergutsbesitzer, Koppershagen bei Wehlau.

v. Alvensleben, Rittergutsbesitzer, Rodehlen bei Barten (Ostpreußen).

v. Alvensleben-Schönborn, A. Graf, Königlicher Kammerherr und Erbtruchseß, Majoratsbesitzer, Ostrometzko und Errleben.

Anger, Dr., Regierungsrath a. D. und Rittergutsbesitzer, Cythra (Kgr. Sachsen).

v. Arnim-Boytzenburg, Graf, Majoratsbesitzer, Boytzenburg (Uckermark).

v. Arnim-Gr.-Fredenwalde, Rittergutsbesitzer, Gr.-Fredenwalde bei Flieth (Uckermark).

v. Arnim-Mellenau, **A.** Graf, Major, Rittergutsbesitzer, Mellenau (Uckermark).

v. Arnim-Muskau, H. Graf, Legationsrath a. D., Besitzer der Standesherrschaft Muskau, Mitglied des Reichstages, Schloß Muskau (Ober-Lausitz), [Berlin W. 64, Pariser Platz 4].

v. Arnim-Willmine, Rittergutsbesitzer, Willmine bei Flieth (Uckermark).

v. Auerswald-Faulen, Kgl. Landrath, Rittergutsbesitzer, Faulen bei Rosenberg (Westpreußen).

v. Baehr, Richard, Rittergutsbesitzer, Major a. D., Wittigwalde (Ostpreußen).

v. Bandemer-Selesen, Kgl. Kammerherr, Pr.-Lieutenant a. D., Fideikommißbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Selesen bei Schmolsin (Pommern), [Berlin W. 35, Schöneberger Ufer 35].

v. Bandemer, Premier-Lieutenant a. D., Rittergutsbesitzer, Weitenhagen bei Stolpmünde (Kreis Stolp).

v. Bannasch, Rittergutsbesitzer, Perkau bei Bartenstein.

Baring, J., Hofbesitzer, Ersehof bei Groß-Schwülper (Kreis Gifhorn).

v. Barner, Lieutenant der Reserve des 1. Garde-Dragoner-Regiments Königin von Großbritannien und Irland, Rittergutsbesitzer, Klein-Trebbow bei Lübstorf (Mecklenburg-Schwerin).

Bartels, Julius Wilhelm, Rittergutsbesitzer, Kukehnen (Kreis Heiligenbeil).

v. **Bassewitz-Levetzow**, Dr., Graf, Majoratsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Klaeden (Kreis Stendal), [Berlin W. 10, Bendlerstraße 18].

v. **Bassewitz**, Graf, Rittergutsbesitzer, Parlin bei Wittenburg (Mecklenburg).

v. **Batocki-Friebe**, Majoratsbesitzer, Bledau bei Cranz (Ostpreußen).

Becker, Heinrich, Lieutenant a. D. und Rittergutsbesitzer, Nausseden bei Zinten (Kreis Heiligenbeil).

Becker, P., Ziegeleibesitzer, Bahnhof Strausberg (Mark).

Beckh, Friedrich, Lieutenant a. D., Gutsbesitzer, Mitglied der Bayerischen Kammer, Schloßgut Rathsberg bei Erlangen.

Behr-Bandelin, **F.** Graf, Kgl. Kammerherr und Fideikommißbesitzer, Bandelin bei Gützkow.

v. **Behr**-Stresow, **Felix**, Rittergutsbesitzer, Stresow bei Gützkow.

v. **Below**, **R.**, Major a. D., Fideikommißbesitzer, Hauptdirektor der Pommerschen Oekonomischen Gesellschaft, Saleske (Kreis Stolp, Pommern) und Cusserow bei Schlawe.

v. **Berg**-Dubkevitz, **Ernst**, Rittergutsbesitzer, Dubkevitz bei Gingst (Rügen).

Berke, Phil., Schriftsteller, Frankfurt (Main), Sandweg 83.

v. **Bethe**, Kgl. Landrath, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Hammer bei Schönlanke.

v. **Bethe**, Rittergutsbesitzer, Reichenbach bei Arnswalde.

v. **Bieberstein**, Rittergutsbesitzer, Bosemb bei Rudwangen (Ostpreußen).

Biedermann, Oberst-Lieutenant a. D., Berlin W., Lützow-Ufer 22.

v. **Bismarck**-Kniephof, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Kniephof bei Groß-Sabow, [Berlin NW. 7, Unter den Linden 68a].

v. **Bismarck**-Uebigau, Rittergutsbesitzer, Uebigau (Bezirk Halle).

Blanck, Th., Hauptmann a. D., Rittergutsbesitzer, Berlin W., Steglitzerstraße 27. [Murzynowo borowo bei Sulencin].

v. **Blomberg**, **R.** Freiherr, Rittergutsbesitzer, Ritterschaftsdirektor der Neumark, Liebthal (Kreis Crossen).

Bock, H., Gutsbesitzer, Groß-Brütz bei Rosenberg über Schwerin (Mecklenburg).

v. **Bodelschwingh-Plettenberg**, **K.** Graf, Kgl. Kammerherr, Erbmarschall der Grafschaft Mark, Mitglied des Herrenhauses, Bodelschwingh über Mengede (Kreis Dortmund).

v. **Bodenhausen**-Lebusa, **J.** Freiherr, Kgl. Kammerherr und Landrath, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Herzberg (Elster) und Lebusa, [Berlin W. 8, Mohrenstraße 27/28].

Böcking, H., Gutsbesitzer, Kirschbacherhof bei Zweibrücken (Pfalz).

Boehm, Rittergutsbesitzer, Gabditten bei Heiligenbeil.

v. **Boehn**, Premier-Lieutenant, Rittergutsbesitzer, Lojow bei Dammen (Kreis Stolp).

v. **Bolschwing**, Rittergutsbesitzer, Schönbruch (Kreis Heiligenbeil).

Boltz-Gründen, Rittergutsbesitzer, Adl. Parehken bei Labiau (Ostpreußen).

v. **Bonin**, Rittergutsbesitzer, Dresow bei Groß-Justin (Pommern).

v. **Bonin**, Kgl. Landrath, Neustettin.

v. **Bonin, Hugo**, Rittergutsbesitzer, Kreisdeputirter, Mitglied des Herrenhauses, Wulfflatzke bei Lottin, [Berlin W. 10, Kaiserin Augustastraße 80].

v. **Borcke**-Stargord, Graf, Schloßhauptmann von Stettin, Majoratsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Stargord bei Labes (Pommern).

v. **dem Borne, Max**, Königlicher Kammerherr, Rittergutsbesitzer, Berneuchen (Neumark).

v. **Bothmer**-Bennemühlen, **Ferd. Frd.** Freiherr, Kgl. Kammerherr und Landschaftsrath, Bennemühlen bei Mellendorf (Hannover), [Hannover, Prinzenstraße 12a].

v. **Boxberg, Georg**, Rittergutsbesitzer, Rehnsdorf bei Elstra (Sächs. Ober-Lausitz).

v. **Boyneburgk, Alexander** Freiherr, Großherzoglich Sächsischer Kammerherr, Rittmeister z. D., Stedtfeld bei Eisenach.

v. **Brand**-Lauchstädt, **P.**, Kgl. Kammerherr, Mitglied des Herrenhauses, Lauchstädt bei Woldenberg, [Berlin W. 62, Kurfürstenstraße 125].

v. **Brand**-Wutzig, Major a. D., Majoratsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Wutzig bei Woldenberg, [Berlin NW. 40, In den Zelten 8].

Brandis, F., Dr. jur., Amtsrichter, Ottenstein (Braunschweig).

v. **Brandt**, Kgl. Polizei-Präsident, Königsberg (Ostpreußen).

v. **Braunschweig**, Rittergutsbes., Groß-Podel bei Stojenthin (Kr. Stolp).

Brause, Rittergutsbesitzer, Dederstedt bei Eisleben.

v. **Brederlow**, Baron, Rittergutsbesitzer, Groß-Saalau bei Domnau (Ostpreußen).

v. **Brederlow,** Baron, Rittergutsbesitzer, Freudenthal bei Raudnitz (Westpreußen).

v. **Bredow**-Bredow, **Wichard,** Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Bredow bei Nauen.

v. **Bredow**-Buchow-Carpzow, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Buchow-Carpzow bei Wustermark.

v. **Bredow**-Mückenberg, Kgl. Landrath, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Reichstages, Mückenberg über Elsterwerda (Prov. Sachsen). [Berlin W. 9, Askanischer Hof.]

v. **Bredow**-Wölsickendorf, Oberst a. D., Rittergutsbesitzer, Wölsickendorf bei Freienwalde (Oder).

v. **Bredow**-Zapel, Oberst z. D., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Charlottenburg, Schloßstraße 3.

v. **Breitenbauch,** Rittergutsbesitzer, Bucha bei Wohlmirstedt über Wiehe (Bezirk Halle).

v. **Breßler, C.** Graf, Königlicher Kammerherr, Majoratsbesitzer, Lauske bei Pommritz (Königr. Sachsen).

v. **Brockdorff-Ahlefeldt,** Graf, Erbherr auf Ascheberg, Mitglied des Herrenhauses, Ascheberg (Holstein) und Chinow bei Groß-Boschpol (Pommern).

v. **Brockhausen**-Mellen, Hauptmann a. D., Rittergutsbesitzer, Mellen bei Dramburg.

v. **Brockhausen**-Mittelfelde, Landrath a. D., Rittergutsbesitzer, Mittelfelde bei Koentopf (Bezirk Köslin).

Brügmann, W., Gutspächter, Kirch-Stück bei Schwerin (Meckl.).

v. **Brünneck, R.,** Kgl. Kammerherr, Landrath a. D. und Majoratsbesitzer, Bellschwitz bei Rosenberg (Westpreußen).

v. **Brünneck,** Oberst a. D., Rittergutsbesitzer, Trebnitz (Ostbahn).

Bruns, Rittergutsbesitzer, Latzig bei Polzin.

v. **Buch,** Rittergutsbesitzer, Tornow bei Marienthal (Mark).

v. **Bülow,** Baron, Rittergutsbesitzer, Beyernaumburg bei Riestädt über Sangerhausen (Halle-Nordhauser Bahn).

v. **Bülow**-Rodenwalde, **A.,** Großherzogl. Minister-Präsident, Excellenz, Schwerin (Mecklenburg).

v. **Bülow,** Rittergutspächter, Romansgut, Kreis Heiligenbeil.

Bütow, Rittergutsbesitzer, Maskow bei Groß-Sabow über Naugard (Pommern).

v. **Buhl,** Baron, Rittergutsbesitzer, Zechern bei Liewenberg (Kr. Heilsberg).

8*

v. **Burgk, Max** Freiherr, Rittergutsbesitzer, Schönfeld bei Großenhain.

v. dem **Bussche-Ippenburg, W.** Graf, gen. **v. Kessel**, Schloßhauptmann von Osnabrück, Majoratsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Ippenburg bei Wittlage (Hannover).

v. dem **Bussche-Münch**, Freiherr, Rittergutsbesitzer, Benkhausen bei Alswede (Westfalen).

Calberla, Dr. **G.**, Rittergutsbesitzer, Hirschfeld bei Deutschenbora (Königr. Sachsen).

v. **Chamaré**, Graf, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Reichstages, Stolz bei Frankenstein (Schlesien), [Berlin W. 41, Kaiserhof.]

v. **Cleve-Carow, L.**, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Charlottenburg, Knesebeckstraße 1.

Collin, Rittergutsbesitzer, Hartha bei Melaune (Kreis Görlitz), [Berlin W., Schwerinstraße 14].

Collmann, Otto, Domänenpächter, Domäne Fahre bei Melsungen.

v. **Colmar-Meyenburg, A.**, Kgl. Kammerherr und Regierungs-Präsident, Mitglied des Reichstages, Lüneburg, [Berlin W., Margarethenstraße 7].

v. **Colmar**, Major a. D., Rittergutsbesitzer, Zützen bei Schwedt (Oder).

v. **Cottenet**, Geh. Regierungsrath und Rittergutsbesitzer, Braunau bei Löwenberg (Schlesien).

v. **Criegern**, Hauptmann a. D., Rittergutsbesitzer, Spremberg bei Neusalza (Sächs. Ober-Lausitz).

v. **Davier**, Königlicher Kammerherr und Landrath a. D., Rittergutsbesitzer, Seggerde bei Weferlingen.

v. **Deines, Hugo**, Dr. jur., Gutsbesitzer, Neuhof bei Aschaffenburg.

Demuth, Heinrich, Königlicher Oekonomierath und Lieutenant a. D., Rittergutspächter, Borne bei Nimkau.

Deter, Rittergutsbesitzer, Schulzendorf bei Gransee (Kreis Ruppin).

v. **Dewitz** gen. **von Krebs**, Rittmeister a. D. und Rittergutsbesitzer, Groß-Jauth bei Rosenberg (Westpreußen).

v. **Dewitz**-Schönhagen, Rittergutsbesitzer, Schönhagen (Pommern).

v. **Dewitz**-Walsleben, Rittergutsbesitzer, Walsleben (Pommern).

v. **Dewitz**-Zachow, Hauptmann a. D., Rittergutsbesitzer, Zachow bei Labes (Pommern).

v. **Diest**-Daber, Landrath a. D., Rittergutsbesitzer, Daberfreiheit bei Daber.

Diestel, C. W., Gutsbesitzer, Grambow bei Schwerin (Mecklenburg).

Diestel, A., Gutsbesitzer, Neuhof bei Rosenberg (Mecklenburg).

Diestel, Hermann, Gutsbesitzer, Keetz bei Brüel (Mecklenburg).

Dietel, Ober-Post-Sekretär a. D., Villa Dietel bei Crossen (Elster).

Dietz von Bayer, Kgl. Amtsrath, Rittergutsbesitzer, Himmelstädt bei Cladow, Regbzk. Frankfurt (Oder).

v. **Dönhoff-Friedrichstein, August** Graf, Kaiserl. Legationsrath und Kammerherr, Fideikommißbesitzer, Mitglied des Reichstages und des Herrenhauses, Friedrichstein bei Löwenhagen (Ostpreußen), [Berlin W. 41, Mohrenstraße 1/5].

v. **Dönhoff-Skandau, Alexander** Graf, Rittergutsbesitzer, Skandau (Ostpreußen).

zu **Dohna-Finckenstein, Rodrigo** Burggraf und Graf, Excellenz, Burggraf von Marienburg, Kgl. Kammerherr, Fideikommißbesitzer, Mitglied des Reichstages und des Herrenhauses, Finckenstein bei Rosenberg (Westpreußen), [Berlin W. 9, Schellingstr. 13].

zu **Dohna-Kotzenau, Willy** Burggraf und Graf, Königlicher Kammerherr, Fideikommißbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Klein-Kotzenau bei Kotzenau.

zu **Dohna-Lauck, Friedrich** Burggraf und Graf, Kgl. Kammerherr, Majoratsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Lauck über Mühlhausen (Ostpreußen).

zu **Dohna-Mallmitz, Alfred** Burggraf und Graf, Kgl. Kammerherr, Major a. D., Landesältester, Fideikommißbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Mallmitz (Schlesien), [Berlin NW. 7, Neustädtische Kirchstraße 6/7].

zu **Dohna-Schlodien, Adolph** Burggraf und Graf, Königl. Kammerherr, Rittmeister a. D., Majoratsbesitzer, Mitglied des Herrnhauses, Schlodien (Kreis Preuß. Holland).

zu **Dohna-Wundlacken, Georg** Burggraf und Graf, Rittergutsbesitzer, Wundlacken bei Königsberg (Ostpreußen).

v. **Domhardt, Gebhard**, Majoratsbesitzer, Bestendorf bei Groß-Bestendorf, über Mohrungen (Ostpreußen).

v. **Douglas, W.** Graf, Gutsbesitzer, Mitglied des Reichstages, Gondelsheim (Baden) und Karlsruhe, [Berlin NW. 7, Neustädtische Kirchstraße 6/7].

v. **Dreßler**, Königlicher Landrath, Heiligenbeil.

v. **Dreßler, Benno**, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Schreitlauken über Willkischken (Ostpreußen).

v. Dreßler, Premier-Lieutenant a. D. und Rittergutsbesitzer, Willkischken (Kreis Tilsit).

v. Dürckheim-Bundhorst, A. Eckbrecht Reichsgraf, Hauptmann a. D., Rittergutsbesitzer, Hannover, Hohenzollernstraße 14.

Eben, Rittmeister a. D. und Rittergutsbesitzer, Owidz bei Preuß. Stargard.

Ebray, Theodor, Hauptmann z. D., Weinbergsbesitzer, Biebrich (Rhein). Winter: Wiesbaden.

v. Eckardstein, A. Freiherr, Rittergutsbesitzer, Lieutenant der Reserve des II. Garde-Ulanen-Regiments, Klosterdorf bei Strausberg (Mark).

v. Eggeling, Major a. D. und Rittergutsbesitzer, Horscha bei Mücka (Ober-Lausitz).

Elert, Rittergutsbesitzer, Groß-Nossin über Wundichow (Pommern).

v. Erffa-Wernburg, Hermann Freiherr, Kgl. Kammerherr, Rittmeister der Landwehr-Kavallerie, Rittergutsbesitzer, Kreisdeputirter und Mitglied des Abgeordnetenhauses, Schloß Wernburg bei Poeßneck, [Berlin NW. 7, Schadowstraße 1a].

v. Esbeck-Platen, Kgl. Kammerherr, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Capelle bei Gingst (Rügen).

zu Eulenburg-Prassen, R. Graf, Excellenz, Ober-Marschall im Königreich Preußen, Majoratsherr, Mitglied des Herrenhauses, Prassen (Ostpreußen).

v. Fabeck, Herrschaftsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Jablonken (Kreis Ortelsburg), [Berlin W. 8, Taubenstraße 16].

Fielitz, A., Gutsbesitzer, Clettwitz bei Finsterwalde.

v. Finckenstein, Günther Graf **Finck**, Fideikommißbesitzer, Reitwein über Bahnhof Frankfurt (Oder).

v. Finckenstein, Graf, Majoratsbesitzer, Simnau bei Wodigehnen (Ostpreußen).

Fischer, Königlicher Amtmann, Badingen (Kreis Templin).

Foerster, Rittergutsbesitzer, Kontopp (Schlesien).

v. Frege, A., Dr. jur., Kammerherr, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Reichstages, Abtnaundorf bei Schönefeld-Leipzig [Berlin SW. 12, Prinz Albrechtstraße 4/5].

v. Freier, Günther, Premier-Lieutenant a. D., Rittergutsbesitzer, Hoppenrade bei Groß-Welle (Prignitz).

Freudenstein, Dr. **Otto,** Rechtsanwalt, Hannover, Rumannstraße 23.
v. **Friesen, H.** Freiherr, Kgl Kammerherr und Major a. D., Fideikommißbesitzer, Mitglied des Reichstages, Rötha (Königr. Sachsen), [Berlin W. 12, Prinz Albrechtstraße 4/5].
v. **Funcke, F.,** Rittergutsbesitzer, Kieritzsch (Königr. Sachsen).
v. **Gaertner,** Freiherr, Schriftführer des Schlesischen Fischereivereins, Breslau, Tauenzienstraße 22.
v. **Gaudecker,** Major a. D., Rittergutsbesitzer, Zuch bei Gramenz.
Gebauer, B., Rittergutspächter, Markendorf bei Frankfurt (Oder).
Gerdolle, H., Kaiserl. Oberförster a. D., General-Sekretär des Landwirthschaftlichen Bezirksvereins Lothringen, Metz (Lothringen).
Giersch de Rège, M., Gerichtsrath und Premier-Lieutenant der Garde-Landwehr-Kavallerie a. D., Berlin NW. 52, Paulstraße 12, I.
v. **Glasow,** Rittergutsbesitzer, Lokehnen bei Bladiau (Kreis Heiligenbeil).
v. **Glasow,** Majoratsbesitzer, Partheinen bei Wolittnick (Kreis Heiligenbeil).
v. d. **Goltz**-Kallen, Freiherr, Rittergutsbesitzer, Königsberg (Ostpreußen), Vorder Roßgarten 18.
v. d. **Goltz**-Mertensdorf, Freiherr, Rittergutsbesitzer, Mertensdorf bei Friedland (Ostpreußen).
Gontard, A., Rittergutsbesitzer, Mockau (Parthe).
v. **Gottberg,** Rittergutsbesitzer, Reblin bei Zitzewitz über Stolp (Pommern).
Graebe, Rittergutsbesitzer, Karniszewo bei Kletzko.
v. **Graewe,** Edler, Rittergutsbesitzer, Groß-Gotteswalde bei Sonnenborn über Mohrungen (Ostpreußen).
v. **der Groeben,** Hauptmann a. D., Rittergutsbesitzer, Arnstein bei Tiefensee (Kreis Heiligenbeil).
v. **der Groeben,** Rittergutsbesitzer, Klingbeck bei Ludwigsort (Ostpreußen).
v. d. **Groeben, H.** Graf, Major a. D. und Majoratsbesitzer, Ludwigsdorf bei Freystadt (Westpreußen).
Groß, Gutsbesitzer, Braußen bei Ludwigsort (Ostpreußen).
Grunau, E., Rittergutsbesitzer, Vorsitzender des landwirthschaftlichen Vereins „Neuteich", Lindenau bei Groß-Mausdorf (Westpr.).
v. **Gültlingen, Wilhelm** Freiherr, Kgl. Kammerherr und Landgerichtsrath, Mitglied des Reichstages, Stuttgart, Olgastraße 8, [Berlin W. 41, Mohrenstraße 1/5].
Guenther, Ritterschaftsrath, Rittergutsbesitzer, Wutzig bei Falkenburg (Pommern).

v. Gustedt=Lablacken, Baron, Kgl. Kammerherr, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Reichstages und des Abgeordnetenhauses, Lablacken über Labiau, [Berlin W. 10, Margarethenstraße 8].

Haesicke, Gutsbesitzer, Paulshorst bei Rheinsberg (Mark).

Hagen, **F.**, Lieutenant a. D. und Rittergutsbesitzer, Davidshof bei Ortelsburg.

v. Hagen, Major a. D., Rittergutsbesitzer, Gollwitz bei Brandenburg (Havel).

Hagen, **F.**, Kgl. Amtsrath, Sobbowitz über Hohenstein (Westpreußen).

v. **d. Hagen**, Hauptmann a. D. und Rittergutsbesitzer, Nakel (Mark).

v. Hanenfeldt, Rittergutsbesitzer, Grünenfeld bei Lindenau (Kreis Heiligenbeil).

Halske, **H.**, Rittergutsbesitzer, Dalldorf bei Büchen (Herzogth. Lauenburg).

Hambeck, Colon, Quendorf bei Schüttorf (Hannover).

v. Hammerstein, **W.** Freiherr, Mitglied des Reichstages und des Abgeordnetenhauses, Berlin W. 62, Kurfürstenstraße 112.

v. Hanstein, **Fr.** Freiherr, Rittergutsbesitzer, Besenhausen bei Arenshausen.

Hartung, Rittergutsbesitzer, Gehdau bei Zinten (Kreis Heiligenbeil).

v. Hasselbach, Kgl. Landrath, Hauptmann a. D., Mitglied des Abgeordnetenhauses, Wolmirstedt (Bezirk Magdeburg), [Berlin NW. 7, Dorotheenstraße 80/81].

v. Haugwitz, **Heinrich** Graf, Besitzer der Herrschaft Krappitz=Rogau, Rogau bei Krappitz (Oberschlesien).

Haupt, **K.**, Inspektor der Norddeutschen Hagel=Versicherungs=Gesellschaft, Berlin W. 62, Ansbacherstraße 2.

Heckmann, **L.**, Gutsbesitzer, Mönchhof bei Abterode (Hessen=Nassau).

v. Helldorff=Zingst, **Roderich**, Rittmeister der Landwehr=Kavallerie und Rittergutsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Zingst bei Nebra, [Berlin W. 41, Mohrenstraße 1/5].

Heller, Gutsbesitzer, Peitschendorf (Kreis Sensburg).

Hertwig, **Paul**, Rittergutsbesitzer, Breitingen bei Regis (Königr. Sachsen).

v. Hertzberg, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Lottin (Kreis Neustettin).

v. Herzenberg, Freiherr, Kammerherr, Rittergutsbesitzer, Heuckewalde (Kreis Zeitz).

v. Heydebreck, Rittergutsbesitzer, Neubuckow (Kreis Bublitz) über Groß=Tychow (Kreis Bublitz).

v. Heyden-Linden, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Stretense bei Anklam.

Heyne, C. R., Weidigsmühle bei Jena.

v. Heynitz, E., Rittmeister a. D. und Rittergutsbesitzer, Neuhausen (Kreis Cottbus).

v. Heynitz, Kgl. Kammerherr und Rittergutsbesitzer, Weicha bei Weißenberg (Ober-Lausitz, Königr. Sachsen).

Hetzer, Otto Julius, Rittergutsbesitzer, Niederkaina bei Bautzen.

Hilgendorff, Rittergutsbesitzer, Platzig bei Prechlau (Westpreußen).

Hillmann, Gutsbesitzer, Kladow bei Crivitz (Mecklenburg).

Hillmann, W., Gutsbesitzer, Klein-Krankow bei Bobitz (Mecklenburg).

Himburg, R., Rittergutsbesitzer, Schricke bei Loitsche über Wolmirstedt (Bezirk Magdeburg).

v. Hindenburg, G., Rittergutsbesitzer, Neudeck bei Freystadt (Westpreußen).

Hoepfner, Kreisdeputirter, Rittergutsbesitzer, Böhmenhöfen bei Braunsberg.

Hoffmann, Rittergutsbesitzer, Lopischewo bei Ritschenwalde (Kreis Obornik).

zu Hohenlohe-Oehringen, Christian Kraft Erbprinz, Durchlaucht, Rittmeister à la suite der Armee, Mitglied des Reichstages, Slawentzitz (Oberschlesien), [Berlin NW. 40, Hindersinstraße 12].

v. Hohenthal-Dölkau, A. Graf, Kgl. Kammerherr, Schloßhauptmann von Merseburg, Rittmeister a. D. und Fideikommißbesitzer, Dölkau bei Zöschen über Merseburg.

v. Hohenthal und Bergen, W. Graf, Dr. jur., Kgl. Sächs. Kammerherr, außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister, Berlin W. 9, Voßstraße 19.

v. Hohenthal-Hohenpriesnitz, M. Graf, Rittergutsbesitzer, Rittmeister der Reserve des Leib-Garde-Husaren-Rgts., Mitglied des Herrenhauses, Hohenpriesnitz über Eilenburg.

v. Hollen, Freiherr, Rittergutsbesitzer, Hohenwalde bei Eisenberg (Ostpreußen).

v. Holtzendorff, Rittergutsbesitzer, Blumberg bei Gollmitz über Stargard (Pommern).

Holtz, O., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Reichstages, Parlin bei Gruczno, [Berlin W. 8, Jägerstraße 62a].

Holtz, Otto, Kaufmann, Berlin S., Böckhstraße 2.

v. Horn, Major a. D., Rittergutsbesitzer, Sabin bei Falkenburg (Pommern).

v. Hornstein, Freiherr, Kammerherr, Gutsbesitzer, Mitglied des Reichstages, Binningen (Baden), Amt Engen, [Berlin W. 41, Mohrenstraße 1/5].

v. Hoverbeck, Alfred Freiherr, **gen. v. Schönaich,** Majoratsbesitzer, Klein-Tromnau bei Riesenburg (Westpreußen).

Hubbe, Richard, Rittergutspächter, Kaltenmark bei Loebejün.

v. Hundelshausen-Friemen, **E.,** Rittmeister a. D. und Rittergutsbesitzer, Landesdirektor von Hessen-Nassau, Cassel.

v. Hymmen-Endenich, Geh. Regierungsrath und Landrath a. D., Burg Endenich (Landkreis Bonn).

v. Jagow-Calberwisch, Major a. D., Rittergutsbesitzer, Calberwisch bei Osterburg (Altmark).

v. Jagow-Crüden, **W.,** Kgl. Kammerherr, Landrath a. D. und Rittergutsbesitzer, Crüden bei Seehausen (Altmark).

v. Jagow-Rühstaedt, **Günther,** Rittmeister der Garde-Landw.-Kavallerie, Rittergutsbesitzer, Erbjägermeister der Kurmark Brandenburg, Mitglied des Reichstages, Rühstaedt über Wilsnack, [Berlin W. 9, Köthenerstraße 14].

v. Jagow-Scharpenhufe, **H.,** Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Reichstages, Potsdam, Weinmeisterstraße 45.

v. Jena, Kgl. Major a. D., Fideikommißbesitzer, Cöthen (Mark).

Ilgenstein, Otto, Grundbesitzer und Magistrats-Beigeordneter, Zinten (Ostpreußen).

Jordan, G., Rittergutsbesitzer, Kuhhorst bei Börnicke (Havelland).

v. Jungschulz-Roebern, Rittergutsbesitzer, Laggarben bei Bahnhof Skandau.

v. Kaehne, E., Rittergutsbesitzer, Petzow bei Werder (Havel).

v. Kahlden, Major a. D., Rittergutsbesitzer, Malzin bei Zudar (Rügen).

v. Kahlden, Rittergutsbesitzer, Neclade bei Bergen (Rügen).

v. Kalckreuth, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Kurzig bei Pieske (Kreis Meseritz).

v. Kalckstein, U., Majoratsbesitzer, Wogau bei Preuß. Eylau (Ostpreußen).

v. Kalnein, Graf, Kgl. Kammerherr, Rittmeister a. D., Majoratsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Kilgis bei Kreuzburg, Kreis Eylau (Ostpr.), [Berlin NW. 6, Albrechtstraße 17].

v. **Kanitz**-Podangen, **H.** Graf, Königl. Kammerherr, Rittmeister a. D., Majoratsbesitzer, Mitglied des Reichstages und des Abgeordnetenhauses, Podangen bei Tüngen (Ostpreußen), [Berlin W. 64, Behrenstraße 64/65, Hôtel Windsor].

Kanter, Lieutenant a. D., Rittergutspächter, Dothen bei Zinten (Kreis Heiligenbeil).

v. **Katte**, Rittergutsbesitzer, Roskow bei Brandenburg (Havel).

v. **Katte**, **H.**, Major a. D., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Vieritz bei Neuenklitsche.

Keding, **Fr.**, Gutsbesitzer, Nepersdorf bei Warin (Mecklenburg).

v. **Keyserling**, **H.** Graf, und Graf **zu Rautenburg**, Kgl. Kammerherr, Majoratsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Schloß Rautenburg über Lappienen, und Dresden.

v. **Klatte**, Hauptmann a. D., Rittergutsbesitzer, Wernrode bei Klein-Furra über Nordhausen.

Klein, **R.**, Gutsbesitzer, Aschaffenburg, Goldbecherstraße 6.

v. **Klinckowström**, **Cl.** Graf, Landrath, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Korcklack bei Gerdauen.

v. **Klitzing**-Charlottenhof, **G.**, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Charlottenhof (Neumark).

v. **Klitzing**-Grassee, Rittergutsbesitzer, Grassee bei Nörenberg (Pomm.).

v. **Klot-Trautvetter**, Graf, Majoratsbesitzer, Hohendorf bei Groß Mohrsdorf über Stralsund.

Knaudt, **C.**, Gutsbesitzer, Alt-Poorsdorf bei Kirch-Mulsow (Mecklenburg).

v. **Knebel-Doeberitz**, Rittergutsbesitzer, Dietersdorf bei Falkenburg (Pommern).

v. **Knebel-Doeberitz**, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Friedrichsdorf bei Falkenburg (Pommern).

v. **Knebel-Doeberitz**, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Zülshagen bei Dramburg.

v. **dem Knesebeck-Milendonk**, Baron, Königl. Landrath, Rittergutsbesitzer, Carwe bei Wustrau (Kreis Neu-Ruppin).

Knobel, Bürgermeister, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Ehlen bei Dörnberg (Hessen-Nassau), [Berlin SW. 41, Krausenstraße 56/58].

v. **Knobelsdorff**, **Wilhelm**, General-Major z. D., Hannover, Hildesheimerstraße 20.

Knoch, Emil, Rittergutsbesitzer, Alt-Gabel bei Waltersdorf (Rgsbzk. Liegnitz).

Knoch, Robert, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Ober-Poppschütz bei Neustädtel (Schlesien), [Berlin SW. 19, Krausenstraße 48].

Knorre, A., Fabrikbesitzer, Schwerin (Mecklenburg).

v. **Kobylinski,** Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Wöterkeim (Ostpreußen).

Koch, Paul, Rittergutsbesitzer, Altenzaun bei Arneburg.

v. **Köckritz,** Hauptmann a. D., Rittergutsbesitzer, Siewisch bei Drebkau.

v. **Königsmarck-Plaue, H.** Graf, Kgl. Kammerherr, Schloßhauptmann von Quedlinburg, Erbhofmeister der Kurmark Brandenburg, Majoratsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Schloß Plaue (Havel), und Schloß Kamnitz bei Gostoczyn (Westpreußen).

v. **Korff,** Baron, Rittergutsbesitzer, Pottlitten bei Bladiau (Kreis Heiligenbeil).

Kortenbeitel, Kgl. Domänenpächter, Zehdenick.

Kosmack, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Althof-Memel bei Memel, [Berlin SW. 19, Lindenstraße 44].

v. **Kottwitz,** Hauptmann a. D., Rittergutsbesitzer, Laubsdorf bei Neuhausen (Kreis Cottbus).

v. **Kownatzky, O.,** Rittergutsbesitzer, Klein-Tauersee bei Heinrichsdorf (Kreis Neidenburg).

v. **Kotze,** Kgl. Landrath, Rittergutsbesitzer, Klein-Oschersleben bei Hadmersleben.

v. **Kotze,** Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Lodersleben.

v. **Krause,** Rittergutsbesitzer, Poblotz bei Zezenow über Vietzig.

Krell, Rittergutsbesitzer, Campehl bei Bahnhof Neustadt (Dosse).

Kretschmer, Administrator, Schloß Sonnewalde (Nieder-Lausitz).

v. **Kröcher, J.,** Rittmeister a. D., Haupt-Ritterschaftsdirektor, Fideikommißbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Vinzelberg (Altmark), [Berlin W. 9, Linkstraße 26].

v. **Krockow,** Rittergutsbesitzer, Rumbske bei Glowitz (Kreis Stolp).

v. **Krosigk,** Kammerherr, Rittergutsbesitzer, Eichenbarleben.

v. **Krosigk, A.,** Kammerherr, Rittergutsbesitzer, Hohenerxleben bei Staßfurt.

Krüger, Direktor der Hagelversicherungs-Gesellschaft „Borussia", Berlin W. 57, Potsdamerstraße 74.

Kruse, Hauptmann a. D., Rittergutsbesitzer, Gneven bei Cambs (Mecklenburg).

Kühn, P., Gutsbesitzer, Werneuchen.

Kühne O., Rittergutspächter, Hartmannsdorf bei Crossen (Elster).

v. Küster, Max, Majoratsbesitzer, Lomnitz bei Schildau (Schlesien).

v. Kulmiz, Dr., Ritterguts- und Fabrikbesitzer, Conradswaldau bei Saarau.

v. Kunheim-Spanden, E., Kgl. Kammerherr, Majoratsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Spanden bei Schlodien.

Kutscher, Rittergutspächter, Jannewitz bei Suckow über Schlawe.

Lamprecht, Gutsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Klein-Mutz über Zehdenick, [Berlin C. 19, Kreuzstraße 9].

v. der Lancken-Lanckensburg, Rittmeister d. R., Rittergutsbesitzer, Lanckensburg bei Altenkirchen (Rügen).

v. der Lancken-Wakenitz, Freiherr, Major a. D., Rittergutsbesitzer, Boldevitz bei Gingst (Rügen).

Landwirthschaftlicher Verein zu Beeskow (Mark). Vorsitzender: Rittmeister, Rittergutsbesitzer H. Osterroht, Hartmannsdorf bei Pfaffendorf (Mark).

Landwirthschaftlicher Kreditverein im Königreich Sachsen. Direktor: Rechtsanwalt Dr. P. Mehnert, Mitglied des Reichstages, Dresden, Sidonien-Straße 16 b.

Lokalabtheilung Euskirchen des Rheinpreußischen Landwirthschaftlichen Zentralvereins. Direktor Thelen, Römerhof bei Liblar.

Landwirthschaftlicher Verein Schloppe. Schriftführer Gutsbesitzer W. Waser, Abbau Schloppe bei Schloppe (Kreis Dt. Krone).

Landwirthschaftlicher Kreis-Verein Strehlen in Schlesien. Vertreter, Rittergutsbesitzer von Luck, Ottwitz b. Waeldchen (Schlesien).

v. Langen, Dr. jur. Freiherr, Rittergutsbesitzer, Groß-Lüdershagen bei Stralsund.

Langenbeck, Gutsbesitzer, Schönhof bei Bobitz (Meckl.).

v. Langenn-Steinkeller, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Wildenow bei Bahnhof Friedeberg (Neumark), [Berlin NW. 7, Schiffbauerdamm 31/32].

v. Langermann und Erlencamp, Freiherr, Rittergutsbesitzer, Lubin (Kreis Kosten).

Laqua, H., Gutsbesitzer, Sorgau bei Grottkau.

Leidloff, R., Rittergutsbesitzer, Poethen bei Gommern.

Leuschner, Ernst, Kgl. Geheimer Bergrath, Ober-Berg- und Hütten-Direktor der Mansfelder Gewerkschaft, Mitglied des Reichstages, Eisleben, [Berlin W. 8, Charlottenstraße 71].

v. Levetzow-Gossow, **A.**, Kgl. Wirkl. Geheimer Rath, Excellenz, Landes-Direktor der Provinz Brandenburg, Präsident des Reichstages, Mitglied des Herrenhauses, Berlin W. 64, Pariser Platz 2 und W. 10, Matthäikirch-Straße 20/21.

v. Levetzow, Rittergutsbesitzer und Kreisdeputirter, Groß-Wubiser bei Mohrin (Neumark).

v. Lieres und Wilkau, Landesältester, Rittergutsbesitzer, Pasterwitz bei Wangern.

zur Lippe, Ferdinand Graf und Edler Herr, Erlaucht, Rittergutsbesitzer, Baruth (Sachsen).

v. Livonius, Rittergutsbesitzer, Wendisch-Carstnitz bei Lupow (Kreis Stolp).

v. Lochow, Rittergutsbesitzer, Petkus über Baruth (Mark).

v. Löbell, General-Lieutenant z. D., Excellenz, Hannover, Wiesenstraße 3.

v. Loën, W. Freiherr, Rittmeister a. D., Berlin W., Nollendorfstraße 21a.

v. Loën, Freiherr, Major a. D., Rittergutsbesitzer, Groß-Biesnitz bei Görlitz.

v. Loesch, Heinrich, Landesältester und Rittergutsbesitzer, Kammerswaldau (Kreis Hirschberg, Schlesien).

Lübbert, Julius, Rittergutsbesitzer, Doesen bei Zinten (Kreis Heiligenbeil).

v. Lüderitz, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Lüderitz (Altmark).

v. Lüttichau, Rittergutsbesitzer, Audigast bei Pegau (Kgr. Sachsen).

Lutz, Guts- und Brauereibesitzer, Mitglied des Reichstages, Heidenheim a. Hahnenkamm (Mittelfranken), [Berlin W. 8, Mohrenstraße 11/12].

zu Lynar, M. Graf, Standesherr, Mitglied des Herrenhauses, Lübbenau [Berlin NW. 40, In den Zelten 18].

Mac' Lean-Czerbienschin, **A.**, Lieutenant a. D., Rittergutsbesitzer, Wiesbaden.

Mack-Althof-Ragnit, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Provinzial-Landtages, Althof-Ragnit bei Ragnit.

v. der Malsburg, Hans Baron, Kgl. Kammerherr, Rittergutsbesitzer, Escheberg bei Zierenberg (Hessen-Nassau).

v. Manteuffel, O. Freiherr, Rittergutsbesitzer, Kgl. Landrath, Generaldirektor der Landfeuersozietät der Kurmark und der Nieder-Lausitz, 1. Vice-Präsident des Herrenhauses, Mitglied des Reichstages, Schloß Krossen bei Drahnsdorf (Berlin-Dresdener Bahn), [Berlin W. 62, Kurfürstenstraße 131].

v. Martini, Emil, Rittergutsbesitzer, Lukowo bei Obornik (Posen).

v. Massenbach, Freiherr, Rittergutsbesitzer, Salleschen bei Rheinswein (Ostpreußen).

v. Massow, Major z. D., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Reichstages, Rohr (Pommern) über Rummelsburg (Pommern), [Berlin W. 41, Mohrenstraße 1/5].

Matti, L., Gutsbesitzer, Obergartenhof bei Aschaffenburg.

Mauerhoff, Gutsbesitzer, Klein-Kamionken bei Rosoggen über Sorquitten.

Mehnert, Rittergutsbesitzer, Puschwitz bei Belgern (Elbe).

v. Mirbach-Sorquitten, **J.** Graf, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Reichstages und des Herrenhauses, Sorquitten (Ostpreußen), [Berlin W. 64, Wilhelmstraße 69, Hôtel Royal].

Moldzio, Jhs., Lieutenant a. D., Rittergutsbesitzer, Robitten bei Zinten (Kreis Heiligenbeil).

Mooren, Th., Bürgermeister, Mitglied des Reichstages und des Abgeordnetenhauses, Eupen (Rheinprovinz), [Berlin NW. 7, Friedrich-Straße 143/149].

v. Mudersbach, Weitzel, Rittergutsbesitzer, Osterwein bei Osterode (Ostpreußen).

v. Mühlenfels, Amtsvorsteher, Altefähr (Rügen).

Müller, Theophil, Rittergutsbesitzer, Amalienwalde bei Kobbelbude (Kreis Heiligenbeil).

Müller, Richard, Stadtgutsbesitzer, Eckartsberga (Prov. Sachsen).

Müller, Woldemar, Rittergutsbesitzer, Kueckebusch bei Lübbenau.

Müller, Rittergutsbesitzer, Laubst bei Drebkau.

Müller, Hugo, Gräfl. Oberförster und Generalbevollmächtigter, Schloß Wiesenburg (Mark).

v. Münchhausen, Heino Freiherr, Premierlieutenant a. D., Rittergutsbesitzer, Herrengosserstedt bei Buttstädt (Provinz Sachsen).

v. Muschwitz, H., Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Geisendorf bei Petershain über Cottbus.

v. **Muschwitz, Th.**, Rittergutsbesitzer, Wintdorf bei Drebkau.
v. **Nathusius**, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Hundisburg.
v. **Nathusius, Friedrich**, Rittergutsbesitzer, Uchorowo bei Obornik.
v. **Nathusius, Philipp**, Potsdam.
v. **Neumann**, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Ober-Großenborau (Rgsbz. Liegnitz).
v. **Nitzschwitz, F.**, Rittergutsbesitzer, Königsfeld bei Rochlitz (Königr. Sachsen).
v. d. **Oelsnitz**, Oberstlieutenant a. D., Gilgenburg (Ostpreußen).
v. **Oertzen**, Landrath, Rittergutsbesitzer, Roggow über Neu-Buckow (Mecklenburg).
v. **Oertzen**, Rittergutsbesitzer, Groß-Schmückwalde über Osterode (Ostpreußen).
v. **Ohlendorff, Albertus** Freiherr, Fideikommißbesitzer auf Gresse in Mecklenburg. [Hamburg, Ferdinandstraße 56.]
v. **Oldenburg, Elard**, Rittergutsbesitzer, Januschau bei Rosenberg (Westpreußen).
v. **Oppenfeld**-Reinfeld, Assessor a. D., Rittergutsbesitzer, Reinfeld (Kreis Belgard).
Ortmann, Gutsbesitzer, Schependorf bei Warnow (Mecklenburg).
v. **Ostau**, Rittergutsbesitzer, Ringelsdorf bei Magdeburgerforth.
v. **der Osten**-Blumberg, **A.**, Rittmeister a. D., General-Landschaftsrath, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Reichstages und des Herrenhauses, Blumberg bei Casekow, [Berlin W. 9, Linkstraße 19].
v. **der Osten**-Jannewitz, Major a. D. und Rittergutsbesitzer, Jannewitz bei Lauenburg (Pommern).
v. **der Osten**-Pencun, Kgl. Kammerherr und Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Schloß Pencun (Vorpommern).
v. **der Osten**-Warnitz, Rittergutsbesitzer, Warnitz (Neumark).
Otto, Inspektor, Raiersdorf bei Landeck (Schlesien).
Peltz, Rittergutsbesitzer und Mitglied der Sächsischen 1. Kammer, Ramsdorf bei Lukka (Altenburg).
v. **Perbandt-Windekeim**, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Adl. Langendorf bei Eichen über Tapiau (Ostpreußen), [Berlin SW. 46, Kleinbeerenstraße 8].
v. **Petersdorff**, Landschaftsrath und Rittergutsbesitzer, Großenhagen bei Priemhausen über Gollnow (Pommern).
Pfeiffer, Richard, Rittergutsbesitzer, Biesen bei Zschortau.

Pflug, Friedrich, Direktor der landwirthschaftlichen Lokalabtheilung Ottweiler, Baltersbacherhof bei Ottweiler.

v. **Pfuel**, Ritterschaftsrath und Rittergutsbesitzer, Jahnsfelde bei Trebnitz (Ostbahn).

v. **Platen**-Fährhof, Gutsbesitzer, Fährhof bei Wieck (Rügen).

v. **Platen**-Parchow, Rittergutsbesitzer, Parchow bei Wieck (Rügen).

v. **Platen**-Venz, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Stralsund. Sarnowstraße 3.

v. **Plessen**, Kammerherr, Rittergutsbesitzer, Damshagen bei Grevismühlen (Mecklenburg).

v. **Plettenberg-Mehrum**, Freiherr, Kgl. Kammerherr und Rittergutsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Haus Mehrum bei Vörde (Rheinprovinz), [Berlin W. 8, Mohrenstraße 27/28].

v. **Ploetz**, Hauptmann a. D., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Präsident des „Bundes der Landwirthe", Döllingen bei Elsterwerda (Elster), [Berlin SW. 46, Hallesche Straße 18].

v. **Plotho**-Zerben, **Wolfgang** Edler Herr und Freiherr, Fideikommißbesitzer, Zerben bei Parey (Elbe).

v. **Podewils**, Majoratsbesitzer, Penken bei Schrombehnen (Kreis Preuß. Eylau).

Pohlent, Premier-Lieutenant a. D. und Rittergutsbesitzer, Adl. Juckstein bei Ragnit (Ostpreußen).

v. **Poncet, Max**, Glashütten- und Rittergutsbesitzer, Friedrichshain über Döbern bei Forst (Lausitz).

Popp, Hermann, Gutsbesitzer, Ammelgoßwitz bei Belgern (Elbe).

Preetzmann, Rittergutsbesitzer, Heeselicht bei Gilgenburg (Ostpreußen).

v. **Pressentin**, gen. v. **Rautter**, Rittergutsbesitzer, Kanoten bei Gerdauen (Ostpreußen).

v. **Prüschenk**, Rittergutsbesitzer, Schreinen bei Bladiau (Kreis Heiligenbeil).

v. **Pückler**, Reichsgraf, Major a. D., Majoratsbesitzer, Mitglied des Reichstages, Schloß Branitz bei Cottbus, [Berlin W. 41, Mohrenstraße 1/5].

v. **Pückler, Friedrich** Reichsgraf, Rittmeister a. D., Kreisdeputirter, Rittergutsbesitzer, Friedland (O./Schl.).

zu **Putlitz**, Gans Edler Herr, Rittergutsbesitzer, Groß-Pankow (Prignitz).

v. **Puttkamer**-Glowitz, Rittergutsbesitzer, Glowitz (Kreis Stolp).

v. **Puttkamer**-Niemietzke, **Fritz** Baron, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Niemietzke bei Damerkow (Kreis Stolp, Pommern).

v. Puttkamer-Plauth, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Plauth bei Freystadt (Westpreußen), [Berlin NW. 7, Unter den Linden 68a].

v. Quast-Garz, Premierlieutenant a. D., Fideikommißbesitzer, Garz bei Wildberg (Mark).

v. Quast-Radensleben, Rittmeister, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Radensleben bei Herzberg (Mark), [Berlin W. 8, Charlottenstraße 50/51].

v. Queis, Oberstlieutenant a. D., Rittergutsbesitzer, Malschöwen bei Passenheim (Ostpreußen).

v. Quistorp, Dr. jur. **Werner**, Rittergutsbesitzer, Crenzow bei Murchin über Anklam (Neu-Vorpommern).

v. Ramin, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Brunn bei Neu-Torney über Stettin.

Raschke, **J. G.**, Städt. Lehrer, Steglitz, Filandastraße 11.

Rassow, **E.**, Rittergutsbesitzer, Strelow bei Grimmen.

v. Rauchhaupt, **W.**, Kgl. Landrath, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Storckwitz bei Delitzsch, [Berlin W. 41, Mohrenstraße 1/5].

v. Rechteren-Limpurg, **F. R.** Erbgraf, Erlaucht, Neubauhof bei Markteinersheim (Bayern).

Redes, **F.**, Rittergutsbesitzer, Natelfitz bei Witzmitz über Plathe.

v. Reichel, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Malbeuten.

Reichert, Königlicher Oberamtmann, Neuhof bei Ragnit.

Reimer, Rittmeister a. D., Königl. Amtsrath, Waldau (Ostpreußen).

v. Restorff-Lindenau, Rittergutsbesitzer, Lindenau (Kreis Heiligenbeil) über Braunsberg (Ostpreußen).

v. Restorff-Rackow, Rittergutsbesitzer, Rackow bei Neubuckow (Mecklenburg).

v. Restorff-Schwengels, Rittergutsbesitzer, Schwengels bei Zinten (Ostpreußen).

Rettich, **M.**, Domänenrath, Rostock, Blutstraße 14.

v. Rex, Graf, Rittmeister, Rittergutsbesitzer, Zehista bei Pirna.

v. Rexin, **A.**, Majoratsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Woedtke bei Bresin über Lauenburg (Pommern).

Riebensahm, Lieutenant a. D., Mittelhufen (Landkreis Königsberg, Ostpreußen).

Riedel, **L.**, Hofbesitzer, Lübstorff bei Schwerin (Mecklenburg).

v. **Riepenhausen**-Crangen, **K.**, Kgl. Kammerherr, Premierlieutenant a. D., Rittergutsbesitzer, Schloß Crangen bei Schlawe, [Berlin W. 64, Unter den Linden 5, Hôtel Bristol].

v. **Risselmann**-Crussow, Kgl. Kammerherr und Landrath, Haupt-Ritterschafts-Direktor, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Crussow bei Angermünde, [Berlin W. 8, Mohrenstraße 11/12].

v. **Rittberg**, Graf, Königlicher Landrath a. D. und Rittergutsbesitzer, Balfanz bei Crössin über Belgard (Persante).

v. **Ritz**-Lichtenow, Majoratsbesitzer, Lichtenow bei Friedeberg (Neumark).

v. **Rochow**-Golzow, **Wichard**, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Golzow (Kreis Zauch-Belzig).

v. **Rochow**-Plessow, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Plessow bei Werder (Havel).

v. **Rochow**, Freiherr, Königlicher Kammerherr und Rittergutsbesitzer, Strauch und Maerzdorf bei Großenhain.

v. **Roeder**, Rittergutsbesitzer und Regierungs-Assessor a. D., Gohlau bei Lissa (Schlesien).

v. **Roennebeck**, Major a. D., Rittergutsbesitzer, Rönnebeck bei Osterburg (Altmark).

v. **Rohr**-Dannenwalde, **Otto**, Rittmeister d. R. der Gardes du Corps, Rittergutsbesitzer, Dannenwalde (Prignitz).

v. **Rohr**-Hohenwulsch, **Curt**, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer und Kreisdeputirter, Mitglied des Herrenhauses, Hohenwulsch bei Bismark (Altmark).

v. **Rohr-Levetzow**, Major a. D. und Rittergutsbesitzer, Groß-Wudicke.

Roloff, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Dabergotz bei Neu-Ruppin.

Rose, Rittergutsbesitzer, Wesselshoefen bei Kukehnen (Kreis Heiligenbeil).

Rosenow, A., Premierlieutenant a. D. und Kgl. Amtsrath, Brandenburg über Ludwigsort (Kreis Heiligenbeil, Ostpreußen).

v. **Rotenhan, Gottfried** Freiherr, Kgl. Kammerherr, Rittergutsbesitzer, Rentweinsdorf (Bayern).

Roth, G., Gutsbesitzer, Calberwisch bei Osterburg (Altmark).

v. **Roon**, Graf, General-Lieutenant z. D., Fideikommißbesitzer, Krobnitz bei Reichenbach (Ober-Lausitz).

Rudloff, Lieutenant d. R., Rittergutsbesitzer, Bertkow bei Goldbeck (Altmark).

v. **Rundstedt**, Rittergutsbesitzer, Badingen bei Klaeden (Altmark), [Hannover].

Runge, H., Rittergutsbesitzer und Lieutenant a. D., Schmatzin bei Züssow.

Saeuberlich, A., Oberamtmann, Gröbzig (Anhalt).

Sachße. Bernhard, Rittergutsbesitzer, Merschwitz bei Weißig (Elbe), (Kgr. Sachsen).

v. Saint=Paul, Ulrich. Rittergutsbesitzer, Otten bei Zinten (Ostpreußen).

v. Saldern=Brallentin, Oberst a. D., Rittergutsbesitzer, Brallentin bei Dölitz.

v. Saldern=Leppin, Baron, Rittergutsbesitzer, Berlin W., Kurfürstendamm 3.

v. Saldern=Wilsnack, Rittergutsbesitzer, Wilsnack.

v. Salisch, Königlicher Kammerjunker, Rittergutsbesitzer, Koschnöwe bei Prausnitz (Bezirk Breslau).

v. Sanden=Toussainen, Baron, Premier=Lieutenant a. D., Rittergutsbesitzer, Tossainen bei Ragnit.

v. Sandersleben, Rittergutsbesitzer, Alt=Hörnitz bei Zittau.

Sandfort, Colon, Waldseite bei Bentheim.

v. Saucken, O., Rittergutsbesitzer, Loschen bei Preuß.=Eylau.

v. Sauerma=Ruppersdorf, Graf, Dr. jur., Königl. Kammerherr, Majoratsbesitzer, Rittmeister und Landrath a. D., Mitglied des Abgeordnetenhauses, Karisch bei Ruppersdorf (Schlesien), [Berlin W. 8, Jägerstraße 17].

Saurma von der Jeltsch, Freiherr, Rittmeister a. D., Majoratsherr, Mitglied des Reichstages, Sterzendorf (Post), (Kreis Namslau), [Berlin W. 64, Hôtel Windsor].

v. Schaper, Rittmeister a. D, Rittergutsbesitzer, Falkenberg (Bezirk Halle).

v. Schierstädt, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Trebichow bei Radenickel, [Berlin W. 35, Am Karlsbad 14].

Schilke, Rittergutsbesitzer, Ganshorn a. H. bei Hohenstein (Ostpreußen).

Schirmer, F., Rittergutsbesitzer, Neuhaus bei Delitzsch.

v. Schlabrendorf u. Seppau, Graf, Excellenz, Erb=Oberlandesbaudirektor im Herzogthum Schlesien, Majoratsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Seppau bei Quaritz (Schlesien), [Berlin W. 10, Bendlerstraße 32].

v. Schlemmer, Rittergutsbesitzer, Keimkallen bei Groß=Hoppenbruch über Wolittnick (Ostpreußen).

Schlick-Crottingen, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Reichstages, Crottingen bei Deutsch-Crottingen (Kreis Memel), [Berlin NW. 6, Georgenstraße 21].

v. **Schlieben, G.** Graf, Schloßhauptmann von Königsberg, Majoratsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Sanditten über Wehlau.

v. **Schlieffen**-Schwandt, **O.** Graf, Major a. D., Majoratsbesitzer, Mitglied des Reichstages, Schwandt bei Mölln (Mecklenburg), [Berlin W. 9, Hospiz am Brandenburger Thor].

v. **Schlippenbach**-Ahrendsee, Graf, General-Lieutenant z. D., Rittergutsbesitzer, Ahrendsee bei Schönermark (Kreis Prenzlau).

v. **Schmidfeldt,** Freiherr, Rittergutsbesitzer, Schloß Ripkeim bei Wehlau.

Schmidt, Rittergutsbesitzer, Freudenthal bei Hermsdorf (Kreis Heiligenbeil).

v. **Schmidt,** Rittergutsbesitzer, Moschütz bei Friedheim.

v. **Schmiterlöw,** Rittergutsbesitzer, Draheim bei Tempelburg.

Schmuhl, Alfred, Amtmann und Rittergutspächter, Lauske bei Pommritz (Kgr. Sachsen).

v. **Schönaich, Müller,** Major a. D., Rittergutsbesitzer, Werben (Spreewald).

v. **Schönburg-Glauchau, R. C.** Regierender Graf, Erlaucht, Standesherr, Oberst-Lieutenant à la suite der Armee, Mitglied des Herrenhauses, Gusow.

v. **Schönburg-Waldenburg, Hugo** Prinz, General der Kavallerie, Durchlaucht, Schloß Droyßig über Zeitz.

v. **Schönburg-Waldenburg,** Fürst, Durchlaucht, Schloß Waldenburg in Sachsen.

Schönfeld, Otto, Direktor der Ackerbauschule zu Oranienburg.

v. **Schöning**-Lübtow, Majoratsbesitzer, Mitglied des Reichstages und des Abgeordnetenhauses, Lübtow A. bei Pyritz, [Berlin W. 9, Leipziger Platz 2].

v. **Schrader,** Freiherr, Kgl. Ceremonienmeister u. Kammerherr, Rittergutsbesitzer, Bliestorff bei Steinhorst (Herzogth. Lauenburg), [Berlin NW. 40, Zelten 9b].

Schreiner, Generalsekretär des Deutschen Bauernbundes, Berlin W. 41, Wilhelmstraße 91.

Schroeder-Poggelow, Dr., Rittergutsbesitzer, Berlin W., Friedrich-Wilhelmstraße 21.

v. **Schroetter, H.** Baron, Majoratsbesitzer, Amtsvorsteher, Kreisdeputirter, Mitglied des Herrenhauses, Wohnsdorf bei Friedland (Ostpreußen).

v. **Schuetz,** Major a. D., Rittergutsbesitzer, Weßlienen bei Wolittnick (Kreis Heiligenbeil).

Schuetze, G., Oberamtmann, Watenstedt bei Immendorf (Braunschweig) über Thiede.

v. **der Schulenburg,** Graf, Kgl. Kammerherr, Major a. D., Rittergutsbesitzer, Emden bei Erxleben.

v. **der Schulenburg**-Priemern, Rittergutsbesitzer, Priemern bei Seehausen (Altmark).

v. **der Schulenburg-Heßler,** Graf, Majoratsbesitzer, Erbkämmerer in der Landgrafschaft Thüringen, Vitzenburg über Nebra.

v. **der Schulenburg-Wolfsburg, Gebhard** Graf, Herzogl. Braunschw. Vice-Oberjägermeister, Fideikommißbesitzer, Nordsteimke bei Vorsfelde.

v. **der Schulenburg-Wolfsburg, Günther** Graf, Erbküchenmeister der Kurmark Brandenburg, Majoratsherr und Mitglied des Herrenhauses, Wolfsburg über Vorsfelde.

Schultz, A., Gutsbesitzer, Liepe bei Dannenberg (Elbe).

v. **Schultz, Christoph,** Lieutenant d. R., Gutspächter, Vaschvitz bei Trent (Rügen).

Schulze-Holmer, Colon, Samern bei Schüttorf (Hannover).

Schumacher, H., Oekonomierath und Großherzogl. Hausgutspächter, Zarchlin bei Bahnhof Carow (Meckl.-Schwerin).

v. **Schwerin**-Löwitz, Graf, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Löwitz (Pommern) über Ducherow, [Berlin W. 62, Kurfürstenstraße 149].

v. **Schwerin-Ziethen,** Graf, Königl. Landrath des Kreises Usedom-Wollin, Swinemünde.

v. **Schwichow, L.,** Kgl. Kammerherr und Landrath, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Margoninsdorf bei Margonin, [Berlin NW. 7, Dorotheenstraße 28].

v. **Seebach,** Freiherr, Rittmeister a. D. und Rittergutsbesitzer, Großfahner über Gotha (Sachsen-Coburg-Gotha).

Seehagel, A., Administrator, Sipiory bei Neusipiory (Netze).

Seyfarth, F., Landwirth, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Rotenburg (Fulda), [Berlin W. 41, Krausenstraße 56/58].

v. Siegsfeld, J., Rittergutsbesitzer, Wersingawe bei Polgsen (Kreis Wohlau).

Sievert, W., Gutsbesitzer, Zerrenthin bei Pasewalk.

v. Simpson, Rittergutsbesitzer, Schloß Georgenburg (Ostpreußen) über Insterburg.

zu Solms-Baruth, Friedrich Fürst, Durchlaucht, Standesherr, Mitglied des Herrenhauses, Baruth (Mark), [Berlin W. 64, Behrenstr. 68].

zu Solms-Braunfels, Herrmann Prinz, Durchlaucht, Hauptmann a. D., Mitglied des Abgeordnetenhauses, Schloß Hungen, [Berlin W. 41, Mohrenstraße 1/5].

zu Solms-Roedelheim, Otto Graf, Erlaucht, Erbtruchseß in Neu-Vorpommern, Major a. D., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Altenhagen bei Nedebas über Velgast (Neu-Vorpommern), [Berlin W. 8, Mohrenstraße 57].

Spalding, E., Rittergutsbesitzer, Gloedenhof bei Züssow.

Speetzen, Premier-Lieutenant der Landwehr-Kavallerie, Großherzgl. Hausgutspächter, Rampe bei Schwerin (Mecklenburg).

v. Sperber, H., Regierungs-Assessor a. D., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Gerskullen bei Lengwethen.

v. Sperber, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Reichstages, Adl. Kleszowen bei Wikischken über Darkehmen, [Berlin W. 8, Mohren-Straße 27/28].

Sperber, Rittergutsbesitzer, Pröfuls (Kreis Memel).

Springer, Lehngutsbesitzer, Ruhlsdorf über Zerpenschleuse.

v. Staudy, L., General-Landschaftsdirektor und Rittergutsbesitzer, Mitglied des Reichstages, Posen, [Berlin W. 41, Mohren-Straße 1/5].

Steiger, A., Oekonomie-Rath und Rittergutsbesitzer, Klein-Bautzen bei Bautzen.

zu Stolberg-Roßla, Botho Fürst, Durchlaucht, Major à la suite der Armee, Roßla (Harz). [Berlin NW. 7, Unter den Linden 75].

zu Stolberg-Wernigerode, Udo Graf, Excellenz, Ober-Präsident, Oberstlieutenant à la suite der Armee, Majoratsbesitzer, Mitglied des Reichstages und des Herrenhauses, Königsberg (Ostpreußen), Kreppelhof bei Landeshut (Schlesien) und Dönhofstaedt (Kreis Rastenburg), [Berlin W. 41, Mohrenstraße 1/5].

zu Stolberg-Wernigerode, Theodor Graf, Major a. D., Rittergutsbesitzer, Tütz (Westpreußen).

Stolze, G., Kgl. Oekonomierath und Rittergutsbesitzer, Neukammer bei Nauen.

v. Stosch, Oberst z. D., Rittergutsbesitzer, Roedelshoefen bei Braunsberg (Kreis Braunsberg).

v. Strachwitz-Bertelsdorf, Graf, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Bertelsdorf bei Lauban in Schlesien, [Berlin W. 41, Mohrenstraße 1/5].

v. Strachwitz-Groß-Reichenau, Graf, Rittergutsbesitzer, Groß-Reichenau (Kreis Sagan).

Strötker, Gr., Colon, Achterberg bei Gildehaus (Hannover).

v. Stülpnagel, Rittmeister a. D., Ritterschaftsrath und Rittergutsbesitzer, Grünberg bei Brüssow (Uckermark).

v. Sydow, Rittergutsbesitzer, Bärfelde (Neumark).

v. Sydow, H., Rittergutsbesitzer, Dobberphul bei Rufen (Neumark).

v. Sydow, Rittergutsbesitzer, Kalzig (Bezirk Frankfurt, Oder) über Schwiebus.

v. Teichmann und Logischen, Baron, Rittergutsbesitzer, Dombrowka bei Proskau (Ober-Schlesien).

Tenge, Rittergutsbesitzer, Niederbarckhausen bei Oerlinghausen (Lippe-Detmold).

v. Thielmann, Freiherr, Kgl. Kammerherr, Majoratsbesitzer und Landesältester, Jacobsdorf bei Falkenberg (Ober-Schlesien).

Thietke, R., Gutsbesitzer, Deetz bei Groß-Kreutz.

v. Thüngen, C. Reichsfreiherr, Rittergutsbesitzer, Roßbach bei Zeitlofs (Bayern).

Trapp, J. A., Weinbergsbesitzer, Rüdesheim (Rhein, Rheingau).

v. Treskow, J., Rittergutsbesitzer, Grocholin bei Exin.

v. Treskow, Hugo, Rittergutsbesitzer, Wierzonka bei Kobelnitz.

v. Trotha, Kgl. Kammerherr und Rittergutsbesitzer, Hecklingen (Anhalt).

v. **Unruh**, Rittergutsbesitzer, Klein-Münche bei **Kaehme** (Provinz Posen).

v. **Usedom**, Major a. D., Rittergutsbesitzer, Zirmoissel bei Rappin (Rügen).

v. **Veltheim**-Destedt, Freiherr, Excellenz, Herzogl. Braunschweig. Ober-Jägermeister, Fideikommißbesitzer, Destedt (Braunschweig).

v. **Veltheim, Ludolf** Freiherr, Rittergutsbesitzer, Ostrau (Kreis Bitterfeld).

v. **Veltheim, W.** Freiherr, Kgl. Kammerherr und Ceremonienmeister, Major a. D., Majoratsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Schönfließ bei Hermsdorf (Mark), [Berlin W. 64, Behrenstr. 64/65].

Veltmann, Gr., Colon, Sieringshök bei Gildehaus (Hannover).

Vogelsang, J., Colon, Bauerschaft Bentheim bei Bentheim (Hannover).

v. **Voß**, Majoratsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Stavenow bei Karstädt.

v. **Voß-Wolffradt, Achim**, Kgl. Kammerherr und Rittmeister a. D., Majoratsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Lüssow bei Gützkow (Neu-Vorpommern).

v. **Wackerbarth, O.** Freiherr, Kgl. Kammerherr, Major a. D., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Briesen bei Cottbus.

v. **Waldaw- und Reitzenstein**, Fideikommißbesitzer, Königswalde (Neumark).

v. **Waldow**, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Fürstenau bei Neuwedel.

v. **Wangenheim**, Freiherr, Rittergutsbesitzer, Weißenborn bei Freiberg (Sachsen).

v. **Wedel**-Gerzlow, Major a. D., Rittergutsbesitzer, Gerzlow über Bernstein.

v. **Wedemeyer, M.**, Fideikommißbesitzer, Schönrade (Neumark).

v. **Weiher**, Rittergutsbesitzer, Groß-Boschpol (Pommern).

v. **Weiher**, Rittergutsbesitzer, Vietzig (Pommern).

v. **Weiß**, Rittergutsbesitzer, Plauen bei Allenburg (Ostpreußen).

Weltner, Lieutenant der Landwehr-Kavallerie und Rittergutsbesitzer, Norgehnen bei Groß-Baum über Königsberg (Ostpreußen).

Wendhausen, M., Rittergutsbesitzer, Lancken bei Wieck (Rügen).

v. **Werdeck**, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Schorbus bei Drebkau, [Berlin NW. 7, Schadowstraße 3].

Westen, Albert, Kaufmann, Hannover, Grasweg 31.

Wiechelt, Gutsbesitzer, Wendischhof bei Schwerin (Meckl).

v. **Wiedebach- und Nostitz-Jaenkendorf**, Königl. Kammerherr, Rittergutsbesitzer, Arnsdorf (Preuß. Ober-Lausitz).

v. **Wiedebach- und Nostitz-Jaenkendorf, Karl**, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Wiesa bei Rengersdorf (Ober-Lausitz).

Wichmann, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Reichstages, Nahmgeist bei Schönfeld (Bezirk Königsberg), [Berlin SW. 12, Wilhelmstraße 94/96].

v. **Wietersheim**, Major a. D., Rittergutsbesitzer, Neuhof bei Ossig (Kreis Schweidnitz).

v. **Wilamowitz-Möllendorff, W.** Graf, Rittmeister a. D., Majoratsbesitzer, Schloß Gadow bei Lanz.

v. **Winterfeld**-Damerow, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Damerow bei Rechlin.

v. **Winterfeld**-Kriechow, **H.**, Ritterschaftsrath und Rittergutsbesitzer, Schloß Krieschow (Kreis Cottbus).

v. **Winterfeld**-Neuendorf, **K.**, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Neuendorf bei Neustadt (Dosse).

v. **Winterfeld**-Neuhof, **Albrecht**, Appellationsgerichtsreferendar a. D. und Rittergutsbesitzer, Neuhof bei Dallmin über Karstädt.

v. **Winterfeld**-Vahrnow, Rittmeister a. D. und Rittergutsbesitzer, Vahrnow bei Ottiliengrube.

Witt, S., Gutspächter, Stralendorf bei Schwerin (Meckl).

v. **Woisky**, Rittergutsbesitzer, Basien (Kreis Braunsberg).

Wolff, Gutsbesitzer, Dombrowken bei Bischofsburg.

v. **Wolzogen**, Baron, Rittergutsbesitzer, Dubberzin bei Groß-Schlönwitz über Stolp (Pommern).

Wrede, H., Rittergutspächter, Söderhof bei Ringelheim (Hannover).

v. **Wurmb, Hans Lutz**, Schloßhauptmann und Kammerherr, Rittergutsbesitzer, Vorstendorff bei Dornburg (Saale).

v. **Zastrow-Hartha**, Landesältester, kontrolirendes Mitglied des Verwaltungsraths der Norddeutschen Hagelversicherungs-Gesellschaft, Berlin W., Zietenstraße 6a.

v. **Zedlitz und Neukirch, Georg** Freiherr, Königl. Landrath und Rittergutsbesitzer, Neukirch (Katzbach).

v. **Zelewski**-Barlomin, Dr. jur., Königl. Kammerherr, Rittergutsbesitzer, Barlomin bei Lusin (Kreis Neustadt Westpreußen).

Zersch, R., Oekonomierath, Rittergutspächter, Köstritz (Fürstenthum Reuß j. L.).

v. Zimmermann, Rittergutsbesitzer, Ritterschaftsrath und Landesältester, Langmeil bei Züllichau.

v. Zitzewitz, Rittergutsbesitzer, Cussow bei Gumbin (Bzk. Köslin) über Stolp (Pommern).

v. Zitzewitz, P., Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Dumröse bei Denzin.

Delegirte zur XVIII. Generalversammlung der Vereinigung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer am 21. Februar 1893.

Landwirthschaftlicher Verein Ahrensböl (Holstein).

H. Hildebrandt, Hofbesitzer, Ahrensböl.

Landwirthschaftlicher Verein Alsleben (Saale).

F. L. Müller, Freigutsbesitzer, Zabenstadt bei Gerbstedt.

Deutscher Bauernbund, Berlin.

P. Karras, Gutsbesitzer, Straupitz (Nieder-Lausitz).
Wachs, " " "
Schmidt, Gemeindevorsteher, " "

Landwirthschaftlicher Verein Bergfriede (Ostpreußen).

Vorsitzender: Worm, Rittergutsbesitzer, Thyrau bei Osterode (Ostpreußen).

Landwirthschaftlicher Kreis-Verein Birnbaum (Posen).

Vorsitzender: v. Unruh, Rittergutsbesitzer, Klein-Münche bei Kaehme (Prov. Posen).

Landwirthschaftlicher Central-Verein für die Mark Brandenburg und die Nieder-Lausitz. Hauptdirektorium.

Hauptdirektor v. Arnim, G., Rittmeister, Rittergutsbesitzer, Güterberg bei Strasburg (Uckermark).

v. Canstein, Dr., Oekonomierath, Berlin NW. 21, Spenerstraße 47.

Landwirthschaftlicher Verein zu Brome.

v. Weyhe, Rittergutsbesitzer, Fahrenhorst bei Brome.

Bütower ökonomischer Zweig-Verein.

Vorsitzender: Kuschel, Rittergutsbesitzer, Damerkow, Kreis Bütow.

Landwirthschaftlicher Verein Christburg (Westpreußen).

Vorsitzender: v. Kries, Trankwitz bei Budisch (Westpreußen).

Landwirthschaftlicher Verein Culmsee (Westpreußen).

Vorsitzender: O. Donner, Gutsbesitzer, Knappstaedt bei Culmsee.

Deutscher Landwirthschafts-Rath, Berlin.

Mueller, Dr. Traugott, General-Sekretär, Berlin, Potsdamerstraße 118.

Landwirthschaftlicher Verein Domnau (Ostpreußen).

v. Meßling, Rittergutsbesitzer, Kapfitten bei Domnau.

Landwirthschaftlicher Verein für Düben und Umgegend.

Gerber, Amtsrath und Hauptmann a. D., Domäne Schwemsal bei Bitterfeld.

Landwirthschaftlicher Verein Eichede.

Vorsitzender: R. Stahmer, Rittergutsbesitzer, Eichede.

Landwirthschaftlicher Verein Fritzlar.

G. Hofmann, Rittergutspächter, Borken (Kreis Fritzlar).

Landwirthschaftlicher Verein Groß-Kreutz.

Gustav Schultze, Ziegeleibesitzer, Lehnin.

Fischer, Ziegeleibesitzer, Lehnin.

Georg Schultze, Guts- und Ziegeleibesitzer, Michelsdorf bei Lehnin.

Wäger, Gutsbesitzer, Schmergow bei Groß-Kreutz.

Koch, Amtmann, Groß-Kreutz.

Schultze, Gutsbesitzer, Götz bei Groß-Kreutz.

Landwirthschaftlicher Verein Ketzin.

Vorsitzender: E. Schurig, Domäne Paretz bei Falkenrehde.

Landwirthschaftlicher Verein Kletzko und Umgegend.

Vorsitzender: v. Ricaud, Rittergutsbes., Wilkowya bei Kletzko.

Graebe, Rittergutsbesitzer, Karniszewo bei Lopischewo.

Landwirthschaftlicher Verein Labes.

v. Borcke, Rittergutsbesitzer, Labes.

Landwirthschaftlicher Verein Meyenburg (Prignitz).

v. Rohr-Wahlen-Jürgaß, Rittergutsbesitzer, Bergsoll bei Meyenburg.

Mecklenburg-Strelitzer landwirthschaftlich. Verein Neubrandenburg.
Vorsitzender: v. Oertzen-Rossow, Rossow bei Neddemin (Mecklenburg).

Landwirthschaftlicher Verein Oschatz.
Schwauß, Rittergutspächter, Wallerswalde bei Oschatz.
Otto Gadegast, Rittergutsbesitzer, Mannesholz bei Oschatz.
Carl Gadegast, Rittergutsbesitzer, Leuben bei Oschatz.

Landwirthschaftlicher Verein Oschersleben.
Vorsitzender: Fr. Wehmeyer, Gutsbesitzer, Oschersleben.

Landwirthschaftlicher Verein Osterode (Ostpreußen).
Vorsitzender: v. Heimendahl, Rittergutsbesitzer, Steenkendorf bei Bergfriede (Ostpreußen).

Landwirthschaftlicher Lokal-Verein Pinne (Posen).
Freiherr v. Massenbach, Rittergutsbes., Pinne (Prov. Posen).

Landwirthschaftlicher Verein Prechlau (Westpreußen).
Vorsitzender: R. Hilgendorff, Rittergutsbesitzer, Platzig bei Prechlau (Westpreußen).

Landwirthschaftlicher Verein Pyritz.
Wendorff-Naulin, Rittergutsbesitzer, Naulin bei Pyritz.

Landwirthschaftlicher Verein Rosenberg (Oberschlesien).
Vorsitzender: Baron Maltitz, Rittergutsbesitzer, Alt-Rosenberg bei Rosenberg (Oberschlesien).
Adametz, Rittmeister, Berlin, Zietenstr. 4.

Landwirthschaftlicher Verein Roßla (Harz).
Vorsitzender: H. Schumann, Domänenpächter, Kelbra (Kyffhäuser).
Baron v. Karlsburg, Rittergutsbesitzer, Karlsburg bei Kelbra (Kyffhäuser).

Landwirthschaftlicher Verein Schivelbein.
Bütow, Rittergutsbesitzer, Klützkow bei Schivelbein.

Landwirthschaftlicher Verein Schöneck (Westpreußen).
Ziemens, Rittergutsbesitzer, Schriedlau bei Gr.-Liniewo (Westpreußen).

Landwirthschaftlicher Verein Schönwiese (Westpreußen).
Ziemens, Gutsbesitzer, Katzler bei Altfelde (Westpreußen).

Landwirthschaftlicher Verein Senftenberg (Nieder-Lausitz).
Vorsitzender: Stöhr, Gutsbesitzer, Sedlitz bei Senftenberg (Nieder-Lausitz).

Landwirthschaftlicher Verein Stolp-Schlawe-Rummelsburg.

Vorsitzender: v Voß-Klein-Boschpol, Rittergutsbesitzer, Kl.-Boschpol bei Gr.-Boschpol.

Verein bäuerlicher und kleiner Wirthe zu Treptow a. Tollense.

Ernst Kurth, Gutsbesitzer, Treptow a. Tollense.

Landwirthschaftlicher Verein Wallenbrück und Düttingdorf.

Julius Meyer, Gutsbesitzer, Düttingdorf bei Wallenbrück.

Aug. Mönk, Gutsbesitzer, Düttingdorf bei Wallenbrück.

Landwirthschaftlicher Kreis-Verein Ziegenhain.

Heinrich Reinecke, Domänenpächter, Immichenhain bei Ziegenhain (Bezirk Cassel).

Ferner haben die XVIII. Generalversammlung besucht:

v. Arnim, Ritterschaftsdirektor, Züsedom.

Bartmann-Lüdicke, Chr., Gutspächter, Niederhöfe bei Frankfurt am Main.

v. Bredow, Rittmeister a. D., Berlin W., Kurfürstendamm 124.

Dembek, Gutsbesitzer, Marienhof bei Neumark (Westpreußen).

v. Durant, Freiherr, Mitglied des Herrenhauses, Baranowitz bei Sohrau (Oberschlesien).

Endell, Major a. D., Rittergutsbesitzer, Kiekrz bei Rokitniecа.

Gelerdts, Gutsbesitzer, Eppensen.

v. Goetzen, Rittergutsbesitzer, Choyten bei Budisch (Westpreußen).

Haberlandt, C., Rittergutsbesitzer, Schwochow (Kreis Pyritz in Pommern).

v. Hartmann, Rittergutsbesitzer, Baumgarten bei Dramburg in Pommern.

v. Heydebrand, Rittergutsbesitzer, Klein-Gutowy bei Wreschen (Provinz Posen).

Huber, Wilhelm, stud. agr., Berlin N., Landwirthschaftliche Hochschule.

Kern, Rittergutspächter, Liethe bei Wunstorf.

Klar, Rechnungsrath und Kalkulator der Reichsdruckerei, Berlin.

Kraus, Dr. Theodor, Chefredakteur der Deutschen Landwirthschaftlichen Presse, Berlin W. 46, Hedemannstraße 10.

v. Krause, Berlin.

Krause, Gutsbesitzer, Mühlenkawel bei Vandsburg (Westpreußen).

v. Laurens, Hauptmann der Reserve, Berlin W. 62, Augsburgerstraße 45, II.

v. Lindau, Brandt, Lieutenant der Reserve, Rittergutsbesitzer, Drewen bei Kyritz (Prignitz).

v. Lucke, Rittergutsbesitzer, Büttnershof bei Giesenslage (Altmark).

v. Lücken, H., Rittergutsbesitzer, Massow bei Freyenstein.

v. Lützow, Berlin W. 62, Augsburgerstraße 45.

Maercker, Hans, Rittergutsbesitzer, Rohlau bei Warlubien (Kreis Schwetz).

Magnus, Rittergutsbesitzer, Stoßdorf bei Luckau (Lausitz).

von der Malsburg, Baron, Major a. D. und Rittergutsbesitzer, Eichenberg bei Ihringshausen (Bezirk Cassel).

Mangelsdorf, E., Verleger von „Das Land", Berlin W. 9, Leipzigerstraße 133.

Matthias, Gutsbesitzer, Kappe bei Schönlanke.

Meyer, Ackerbau-Schulrektor a. D., Friedenau, Handjerystraße 67.

Möller, Berlin NW., Stephanstraße 52/53.

Nonne, Richard, Königlicher Amtsrath, Heidau bei Nimkau.

von der Osten, Rittergutsbesitzer, Wisbur bei Witzmitz.

de Rège, Major a. D., Berlin, Oranienstraße 89, I.

Reinicke, Rittmeister a. D., Berlin W., Potsdamerstraße 27.

Retter, Rittergutsbesitzer, Wengie bei Schierokau.

v. Richthofen, Freiherr, Rittergutsbesitzer, Barzdorf bei Striegau.

Schilling, Gutsbesitzer, Klein-Pardau.

Schlieff-Coldevitz, Berlin SW. 11, Schönebergerstraße 4.

Schön, Rittergutsbesitzer, Breslau bei Linderode (Nieder-Lausitz).

Sendelbach, Ernst, Landwirth, Berlin N., Swinemünderstraße 71.

Sennwald, stud. jur., Berlin, Mittelstraße 24.

Seydel, Rittergutsbesitzer, Karschau bei Strehlau (Schlesien).

Stall, B., Dr. jur., Herausgeber der „Deutschen Volkswirthschaftlichen Korrespondenz“, Berlin W. 8, Mohrenstraße 50, III.

Sünkel, A., Rittergutsbesitzer, Dahlkeshof bei Vandsburg (Westpreußen).

Troje, Rittergutsbesitzer, Aweyden (Ostpreußen).

v. Tzschoppe, Königlicher Landrath und Mitglied des Abgeordnetenhauses, Oldenstadt.

Vogdt, Hugo, Gutsbesitzer, Neu-Eichfelde bei Elbing (Westpreußen).

v. Wernsdorff, Rittergutsbesitzer, Groß-Bieland bei Elbing.

v. Wiegand, Baron, Charlottenburg, Kantstraße 6.

Das Bureau der Vereinigung befindet sich:

Berlin SW. 47, Hagelberger Straße 18.

Beitritts-Anmeldungen nimmt zur weiteren Veranlassung das **Bureau der Vereinigung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer** entgegen.

Sekretär und Rendant: Stephan-Berlin.

Druck der Deutschen Verl- u. Buchdruckerei-A.-G., Berlin SW., Königgrätzerstr. 41.

Bericht

über die

Verhandlungen der XIX. Generalversammlung

der

Vereinigung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer

zu

Berlin, am 20. und 21. Februar 1894

erstattet vom

Bureau des Ausschusses.

Als Anhang:

Statut und Verzeichniß der Mitglieder.

Berlin 1894.

Verlag des Bureaus der Steuer- und Wirthschafts-Reformer,

SW. 47, Hagelberger Straße 18.

Bericht

über die

Verhandlungen der XIX. Generalversammlung

der

Vereinigung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer

zu

Berlin, am 20. und 21. Februar 1894

erstattet vom

Bureau des Ausschusses.

Als Anhang:
Statut und Verzeichniß der Mitglieder.

Berlin 1894.
Verlag des Bureaus der Steuer- und Wirthschafts-Reformer,
SW. 47, Hagelberger Straße 18.

Inhalts-Verzeichniß.

Erster Tag: Dienstag, den 20. Februar 1894.

Zweiter Tag: Mittwoch, den 21. Februar 1894.

Erster Tag:
Dienstag, den 20. Februar.

Der Vorsitzende Graf **von Mirbach**-Sorquitten eröffnet die Versammlung um 10 Uhr 20 Minuten mit folgender Ansprache:

Meine Herren! Namens des Ausschusses habe ich die Ehre die Herren zu begrüßen.

Dieser Vereinigung liegt nicht die einseitige Vertretung landwirthschaftlicher Interessen im Gebiete der Volkswirthschaft ob, vielmehr die Entwickelung und Ausbreitung gerechter auf christlicher und im weiteren Sinne auf konservativer Grundlage beruhender Grundsätze der gesammten Volkswirthschaft. Sie hat aber diese ihre Aufgabe ganz besonders auf agrarem Gebiete zu erfüllen gesucht, weil hier fast nur Schatten bemerkbar waren, während die Lichtstrahlen sich auf ganz andere Gebiete beschränkten.

(Sehr richtig!)

Unsere Thätigkeit im Rahmen agrarer Volkswirthschaft hat in hervorragendem Maße die Organisation der gesammten deutschen Landwirthschaft zu einem festen Verbande und Wahlverbande vorbereitet, welchen wir als „Bund der Landwirthe" im verflossenen Jahre bereits freudig begrüßt haben und dem wir wohl nahezu ausnahmslos angehören. Der „Bund der Landwirthe" ist heute ein festes Gefüge, welcher schon wenige Wochen nach seinem Inslebentreten im Wahlkampfe ein entscheidendes Wort gesprochen hat.

Mit besonderer Genugthuung dürfen wir es begrüßen, daß wenigstens die Preußische Regierung nun endlich auch an die Lösung des zwar an letzter Stelle stehenden, aber entscheidendsten Punktes unseres Programms, „die Befreiung des ländlichen Grundbesitzes von den Fesseln des Römischen Rechts im Gebiete des Erbrechtes und der Verschuldung", herantritt.

Unsere Vereinigung als solche und deren Mitglieder in den Parlamenten haben in bahnbrechender und entscheidender Weise im Rahmen unseres Programms an der Lösung der nachstehenden Fragen mitgewirkt:

Einer gleichmäßigeren und gerechteren Vertheilung der direkten Staatssteuern; — einer Ausgleichung der Stempelsteuern; — einer Ueberführung der Privatbahnen in den Staatsbesitz; — einer Verbesserung der Aktiengesetzgebung; — einer Revision der Gewerbeordnung und des Unterstützungswohnsitz-Gesetzes.

Ferner außerhalb unseres Programms: unter anderem an den Fragen der landwirthschaftlichen Vertretung (Landwirthschaftliche Vereine, deren Zusammensetzung; Landwirthschaftskammern), an der Erweiterung der Genossenschaften durch die Einführung der „beschränkten Haftung", endlich ganz wesentlich im Gebiete des Schutzes der nationalen Arbeit und der Bestrebungen im Gebiete der Regelung der Währung.

Der Ausschuß wird Ihnen voraussichtlich demnächst die Hineinziehung dieser beiden wichtigen Fragen in unser Programm vorschlagen.

Ueberblicken wir dieses reiche Arbeitsfeld und unsere Erfolge, so wird uns sicher Niemand den Vorwurf unfruchtbarer Negation oder gar prinzipieller Opposition machen können.

(Sehr richtig!)

Die Handelsvertragspolitik brachte uns aber in die Opposition, weil wir, von der derzeitigen Nothwendigkeit wirksamer Schutzzölle überzeugt, in ihr schwere Gefahren erblicken.

(Lebhafte Zustimmung.)

Als im Jahre 1887 der Preisrückgang der Hauptprodukte der Landwirthschaft deren Gedeihen ernstlich bedrohte, da kündigte die Thronrede, durch welche im Herbst 1887 der Reichstag eröffnet wurde, die Erhöhung der landwirthschaftlichen Zölle an — es folgte die Vorlage der verbündeten Regierungen mit dem Zollsatze von „sechs Mark". Der gegenwärtige Preisrückgang ist noch viel bedrohlicher als jener, er bringt uns den Abschluß der Zollermäßigung auf 3 Mark 50 Pfennige!

Unsere Vereinigung hat schon ein Jahr vor Einbringung der ersten Handelsverträge — also als es noch Zeit zu einer vollwirksamen Abwehr war — sehr entschieden Stellung gegen die Handelsverträge genommen und dabei hervorgehoben: Einmal habe sich Deutschland nicht wie die übrigen Länder durch einen Kampf-Zolltarif ad hoc in genügendem Maße vorbereitet, sodann entspräche es nicht der Gerechtigkeit und der Billigkeit, daß der bedeutsamste und am meisten nothleidende Faktor des wirthschaftlichen Lebens, die Landwirthschaft, stets allein die Opfer bringe; endlich und vor allem läge in der Bindung der landwirthschaftlichen Zölle nach oben für 10 bis 12 Jahre eine überaus schwere Gefahr, nicht blos für die deutsche Landwirthschaft selbst, sondern für die Gesammtheit; denn die Preise der Hauptprodukte der Landwirthschaft müßten unter den gegenwärtigen Verhältnissen, verschärft durch die Währungszustände, eine dauernd sinkende Tendenz haben. Unsere Warnungen blieben erfolglos, aber die Abstimmungen über den österreichischen Handelsvertrag von 1891 und über den rumänischen von 1893 haben gezeigt, wie schnell und unaufhaltsam die Ueberzeugung wächst, daß wir Recht hatten.

(Sehr richtig!)

Wir stehen unmittelbar vor dem Schlußakte. Auch für ihn können wir eine Verantwortung nicht übernehmen. Wir hätten es gethan, wenigstens viele unter uns, wenn in der Währungsfrage etwas Entscheidendes geschehen wäre. Aber selbst das bescheidene Entgegenkommen des Preußischen Staatsministeriums in der bekannten Herrenhaussitzung erfuhr die schärfste Abweisung durch den Herrn Präsidenten der Reichsbank. Einflußreiche Kräfte im Reiche haben es zweifellos zuwege gebracht, daß durch die Zusammensetzung der Währungs-Enquête der Wunsch des Preußischen Staatsministeriums, es möchte ihr gelingen, praktische Vorschläge zur Lösung der Silberfrage zu finden — von vornherein vereitelt werden wird.

(Zurufe: Leider!)

Als Männer, die lediglich nach Pflicht und Gewissen, ihrer eigenen Ueberzeugung folgend, votiren, werden wir, soweit wir berufen sind an der definitiven Entscheidung mitzuwirken, danach unser Votum in die Wagschale legen.

(Bravo!)

Die Verfassung verlangt von uns ein Votum lediglich nach unserer Ueberzeugung. Nicht blos der Einzelne, vielmehr jede politische Partei, die sich dieses Recht auch nur im mindesten verkümmern ließe, würde damit auf das Vertrauen ihrer Wähler dauernd und endgültig verzichten. Mag im gegenwärtigen Kurse der Kurs der Männer, welche auf diesem Standpunkte stehen, auch ein recht niedriger sein — unsere Vereinigung wird ihnen, dessen bin ich sicher, stets ihr Vertrauen bewahren und in ihnen nicht die schwächsten Stützen von Vaterland und Monarchie erblicken.

(Wiederholter lebhafter Beifall.)

Lassen Sie uns, bevor wir unsere Berathungen beginnen, in den Ruf einstimmen: Se. Majestät der deutsche Kaiser — er lebe hoch! — abermals hoch! — und zum drittenmal hoch!

(Die Versammlung stimmt begeistert in den Hochruf ein.)

Meine Herren, der Tod hat leider die Reihen unserer Mitglieder im abgelaufenen Kalenderjahre in empfindlicher Weise gelichtet. Wir beklagen den Verlust folgender um unsere Vereinigung und unsere Bestrebungen verdienten Männer:

Frhr. von Blomberg-Liebthal,
Graf von Bredow-Friesack,
Oberst von Bredow-Zapel,
von Bonin-Wulfflatzke,
von Gaudecker-Zuch,
von Griesheim-Falkenburg (Pomm.),
Frhr. von Hornstein-Binningen,
von Klatte-Wernrode,
Oberst-Lieutenant von der Oelsnitz-Gilgenburg,
Albertus Frhr. von Ohlendorff-Hamburg,
von Platen-Poggenhof,
Frhr. zu Putlitz-Laaske,
Erbgraf von Rechteren-Limpurg-Neubauhof,
Frhr. von Rotenhan-Buchwald,
von Schlieffen-Klein-Soltikow,
Fürst von Schönburg-Waldenburg,
Frhr. von Schroetter-Wohnsdorf,
Botho Fürst zu Stolberg-Roßla,
Julius von Treskow-Grocholin,
von Wietersheim-Neuhof,
Wolff-Dombrowken.

Meine Herren, ich bitte Sie, sich zum Andenken der Verstorbenen von Ihren Plätzen zu erheben.

(Die Versammlung erhebt sich.)

Ich würde bitten, daß die Herren Kammerherr von Bandemer-Selesen, Major Freiherr von Loën-Groß-Biesnitz und Domänenrath Rettich-Rostock die Güte hätten, als Schriftführer das Büreau zu unterstützen und, wenn die Versammlung mit diesem Vorschlage einverstanden ist, daß die Herren hier Platz nehmen. — Ein Widerspruch aus der Versammlung erfolgt nicht; ich konstatire, daß dieselbe mit meinem Vorschlage einverstanden ist. Ich bitte die genannten Herren, hier Platz zu nehmen.

(Geschieht.)

Meine Herren, was den ersten Gegenstand unserer Tagesordnung anlangt, so wünscht Herr Freiherr von Manteuffel eine kurze persönliche Berichterstattung. Er fungirt aber heute als Vorsitzender in der letzten Sitzung der Stempelsteuerkommission; ob es daher möglich sein wird, heute schon einen Bericht entgegenzunehmen und die Neuwahlen vorzunehmen, das ist zweifelhaft. Geht das heute nicht, so würden wir morgen als ersten Gegenstand der Tagesordnung das „Geschäftliche" erledigen. Eine Frühstückspause soll heute nicht eintreten. Dagegen wird heute auf den Wunsch des Ausschusses ein gemeinsames Mittagsmahl im Kaiserhof um 5½ Uhr stattfinden, das Kouvert zum Preise von 5 Mark. Ich lege hier eine Liste aus und bitte die Herren, bis um 12 Uhr sich einzeichnen zu wollen.

Wir kämen nunmehr zum zweiten Gegenstande der Tagesordnung:

„Die Reform der Produktenbörsen."

Ich ertheile das Wort dem ersten Herrn Referenten, Reichstagsabgeordneten Grafen von Arnim-Muskau.

Erster Berichterstatter, Reichstagsabgeordneter Graf **von Arnim-Muskau**: Meine Herren, das Thema, welches der Herr Vorsitzende für die heutige Sitzung gewählt hat, ist ein so umfangreiches und vielseitiges, daß es nicht leicht sein wird, in einem Vortrage die gesammten einschläglichen Fragen in allen Einzelheiten so gründlich und so wissenschaftlich zu behandeln, wie es mein und vielleicht auch Ihr Wunsch wäre.

Es ist ja bekannt, daß in der Börsenenquetekommission infolge der eigenthümlichen Zusammensetzung derselben die Majorität leider nicht auf einem so reformfreundlichen Standpunkt stand, wie wir im Interesse der Sache es wünschen mußten. Die Zahl derer überwog, welche ihrer ganzen Lebensstellung und bisherigen Thätigkeit nach die Interessen des Handels und der Börse naturgemäß in erster Linie vertreten, während die Mitglieder der Minorität von der grundsätzlichen Ueberzeugung der Nothwendigkeit sozialer Reformen auf allen Gebieten der Gesellschaft geleitet, den Anspruch der Börse, als ein noli me tangere behandelt zu werden, verwerfen und auch hier mit zeitgemäßen Reformen einzusetzen wünschten. Die beiden Anschauungen, welche überhaupt in der Wirthschaftspolitik der Gegenwart um den Vorrang streiten, traten sich auch in der Kommission gegenüber und die Regierung hatte in sehr geschickter Weise dafür gesorgt, daß die manchesterliche Richtung bei den Abstimmungen die Oberhand behielt. Auf die Zusammensetzung der Kommission will ich hier nicht näher eingehen; es wird ja im Reichstage s. Z., wenn wir über die Resultate der Börsenenquete verhandeln werden, Genaueres mitzutheilen sich vollauf Gelegenheit bieten.

Einiges Licht hat die Börsenenquete gebracht, aber ich habe das Gefühl, daß, da eine eidliche Vernehmung der Sachverständigen nicht stattgefunden hat, und dieselben die Veröffentlichung ihrer Aussagen befürchten mußten, nur zu vieles noch verschwiegen worden ist, trotzdem schon jetzt die Aussagen vieler Sachverständigen überzeugend die Thatsache feststellen, daß zahlreiche und schwere Mißstände vorhanden sind, welche einer schleunigen Abhilfe bedürfen, wenn nicht Produzenten und Konsumenten in ihrer wirthschaftlichen Thätigkeit durch den als Selbstzweck sich betrachtenden Börsenhandel geschädigt werden sollen.

Die Thesen, die Ihnen vorliegen, sind zum großen Theil von der Minorität als durchaus berechtigt anerkannt worden, und sind zusammengestellt in der im Buchhandel zu beziehenden „Uebersicht der abgelehnten und der zurückgezogenen Anträge“, die man, wie die von der Jury einer Ausstellung zurückgewiesenen Bilder, als salon des refusés bezeichnen könnte, der oft nicht die schlechtesten Bilder enthält. Ich bemerke noch, daß eine ganze Anzahl von Anträgen garnicht erst zur Debatte gestellt, sondern zurückgezogen worden ist, und zwar in Rücksicht darauf, daß sie bei der erwähnten eigen=

artigen Zusammensetzung der Börsenenquetekommission keine Annahme finden würden, und es daher rathsamer erschien, sie nicht erst der Ablehnung auszusetzen, und durch einen gewissen Theil der Presse, der von der Börse abhängig ist, gleichsam als kompromittirt hinstellen zu lassen.

Meine Herren, die Produktenbörsen, die die wichtigsten Interessen der vaterländischen Landwirthschaft und Getreideproduktion — die Grundlage unseres ganzen wirthschaftlichen Lebens — berühren, die Produktenbörsen Deutschlands liefern ein ganz eigenthümliches Bild. Während in allen das Wirthschaftsleben betreffenden Angelegenheiten im Privat- und öffentlichen Recht Einheitsbestrebungen sich geltend machen, während Münz-, Post- und Telegraphenwesen u. s. w. einheitlich geregelt ist, existirt in der Organisation der Börsen eine Disparität, die sich aus der Entwickelung der einzelnen Börsenplätze erklärt. Selbst im freien Amerika ist von einer derartigen Verschiedenheit in den Einzelstaaten nicht die Rede; nur bei uns macht sich der Börsenpartikularismus geltend. Da giebt es Börsen in Dresden und Breslau, welche lediglich freie Vereinigungen von Kaufleuten, Landwirthen, Händlern und Müllern sind. Hamburg und Bremen bieten wieder ein anderes Bild. Dort ist der Zutritt mehr oder weniger Jedermann ohne Ausnahme gestattet. Hier in Berlin ist die Produktenbörse der Korporation der Kaufmannschaft unterstellt, die nicht im Entferntesten die wahre Kaufmannschaft repräsentirt, sondern vorwiegend Börsenhändler zu Mitgliedern zählt, ein Umstand, der bereits zu einem Sonderverein der Berliner Kaufleute und Industriellen geführt hat, der seinen in vielen Beziehungen durchaus abweichenden Standpunkt zum drastischen Ausdruck gebracht hat. An anderen Orten untersteht die Produktenbörse der Aufsicht der Handelskammer. Kurz, es ist eine derartige Disparität vorhanden, daß es absolut nothwendig erscheint, eine größere Gleichmäßigkeit herbeizuführen, natürlich unter Schonung der berechtigten Eigenthümlichkeiten und thunlichster Berücksichtigung der bewährten Organisationen, wie sie ja hier und da bestehen.

Vielleicht mache ich mich eines anscheinend recht schweren Vorwurfs schuldig, aber ich wage ihn doch auf Grund der Aussagen der Sachverständigen auszusprechen: ich glaube, die Lösung der Frage der Reform der Produktenbörsen würde nicht so dringlich sein, wenn nicht in mißbräuchlicher Anwendung der einschläglichen Bestimmungen des

Handelsgesetzbuches, welches zu einer Zeit kodifizirt wurde, als noch andere Formen den Börsenverkehr beherrschten, der Börsenverkehr im Allgemeinen, speziell aber derjenige an der Berliner Produktenbörse, in so beklagenswerther Weise entartet wäre. Gerade die Berliner Produktenbörse hat sich in den letzten Jahren Ausschreitungen zu schulden kommen lassen, die Produzenten und Konsumenten gleichmäßig geschädigt haben.

Wenn ich mich den einzelnen der in Ihren Händen befindlichen Thesen zuwende, so erscheint zunächst unter allen Umständen das Verlangen berechtigt, daß wir ein Börsenorganisationsgesetz bekommen, welches eine Grundlage für die Berliner, wie für alle anderen Börsen Deutschlands bildet. Die erste These*), wonach dem Bundesrath der Erlaß gewisser genereller Vorschriften für die Börsen der verschiedenen Bundesstaaten überlassen werden muß, dürfte daher wohl kaum eine Anfechtung erfahren. Die Beschlüsse der Börsenenquetekommission gingen insofern nicht ganz so weit, als sie dem Bundesrath nur die Regelung der Frage überlassen wollten, welche Geschäftszweige zum Börsenhandel zuzulassen seien. Ich glaube aber, daß auch der Bundesrath befugt sein muß, auf Grund des zu erlassenden Börsengesetzes, über die Börsenleitung, sowie über die Preis- und Kursnotirungen generelle Bestimmungen zu erlassen. Es liegt ja auf der Hand, daß jede Preisnotirung weit über die Grenze des betreffenden Bundesstaates hinaus wirkt, und es ist durchaus angebracht, daß diese Kursnotirung eine mehr oder minder einheitliche und homogene ist. Selbstverständlich wird dabei den Landesregierungen ein gewisser Spielraum zu überlassen sein.

Ein zweiter Punkt**), auf den ich den allergrößten Werth lege, ist die Forderung, daß Vertreter des landwirthschaftlichen Gewerbes

*) 1. Der Bundesrath soll befugt sein, allgemeine Anordnungen zu erlassen, welche Bestimmungen enthalten:
a) über die Börsenleitung und ihre Organe,
b) über die Geschäftszweige, welche zum Gegenstande des Börsenhandels gemacht werden dürfen,
c) darüber, in welcher Weise die Preis- und Kursnotirungen erfolgen.

Die Genehmigung der Errichtung von Börsen, Genehmigung oder Erlaß näherer Anordnungen, sowie das Recht der Aufsichtsführung über die Börse steht den einzelnen Landesregierungen zu.

**) 2. Nach den zu erlassenden Börsenanordnungen sind Normativbestimmungen zu treffen, wonach in den Vorstand der Produktenbörsen die Hauptgruppen der Börseninteressenten, und zwar der Handel im Allgemeinen, die landwirthschaftlichen Gewerbe und die Müllerei, eine entsprechende Vertretung zu finden haben.

in den Vorstand, resp. wo gesonderte Produktenbörsen nicht bestehen, in die für den Produktenhandel gebildeten oder zu bildenden Kommissionen eintreten. Es erscheint auf den ersten Blick, als ob das eine zu weit gehende und die Freiheit des Handels allzusehr beeinträchtigende Forderung sei. Aber, meine Herren, wenn man bedenkt, daß die Produktenbörse doch nicht Selbstzweck ist, sondern lediglich die Aufgabe hat, die Vermittlerin zwischen Produktion und Konsumtion zu sein, die Vermittlerin zwischen Landwirthschaft und Müllerei, so werden Sie mir zugeben, daß es in der Natur der Sache liegt, daß bei der Aufsicht über die Ausübung dieser Vermittlerrolle doch auch die Interessen der beiden anderen Gruppen zur Geltung kommen, zumal die Interessen des Handels mit den Interessen der Produktion und Konsumtion vielfach in Widerspruch stehen.

Ich werde Ihnen später nachzuweisen Gelegenheit haben, wie bei der Feststellung der Schlußscheinbedingungen, bei der Prüfung der Lieferbarkeit des Getreides, bei der Preis- und Kursfeststellung und dem damit verbundenen Maklerwesen die Interessen des Handels bisher ganz einseitig berücksichtigt worden sind, obgleich sie mit denen der Produktion und Konsumtion kollidiren. Bei dem weit über den Kreis der Börsenbesucher hinausgehenden Interesse an der Regelung der Geschäftsbedingungen darf dieselbe aber nicht den Börsenkreisen überlassen werden, wenn nicht die Regierung sich dem in neuerer Zeit vielfach und anscheinend mit Recht erhobenen Vorwurf aussetzen will, daß sie dem Handel ganz besondere Sympathien entgegen bringt, anstatt die Gesammtinteressen und die Hebung aller Zweige des heimischen Erwerbslebens gleichmäßig zu fördern.

Wenn ferner, wie in These 4*) ausgesprochen ist, von vielen Seiten das Verlangen gestellt wird, einen Staatskommissar anzustellen, so bin auch ich nicht abgeneigt, eine wesentlich verschärfte Staatsaufsicht zu befürworten.

Den schlagendsten Beweis dafür, daß die bisherige Handhabung der Staatsaufsicht völlig unzureichend war, liefert die Ein-

*) 4. Die Landesregierung ist berechtigt, die Oberaufsicht durch angestellte Staatsbeamte in der Art auszuüben, daß sie den Sitzungen der Börsenvorstandsorgane mit berathender Stimme beiwohnen, sowie für die Ausübung des Geschäftsverkehrs innerhalb der durch die Bestimmungen der Börsenordnung gezogenen Grenzen durch persönliche Revisionen Sorge tragen.

setzung der Börsenenquete, der die Aufgabe zufiel, in erster Linie die Mißstände festzustellen, welche z. B. an der Berliner Börse die derzeitige Staatsregierung nicht zu entdecken vermocht hatte. Die Aufgabe eines Staatskommissars würde sein, auf Grund aufmerksamer Beobachtungen die Staatsregierung über die Vorkommnisse stets auf dem Laufenden zu erhalten, da es wohl mit Recht als eine der hauptsächlichsten Pflichten angesehen werden muß, die verschiedenen Phasen der Spekulation in ihren Motiven unausgesetzt zu beobachten, eine Aufgabe, der dieselbe bis jetzt leider nicht im Entferntesten nachgekommen ist. Durch eine solche Thätigkeit wäre von einer Beschränkung der Freiheit des Handels nicht die Rede. Unter diesen Umständen wird es auch ganz besonders zweckmäßig und vortheilhaft sein, wenn der Kommissar umgeben wird von praktisch veranlagten jungen Leuten, Assessoren, die sich zu Richtern und Verwaltungsbeamten ausbilden und etwas von dem Börsentreiben kennen lernen. Daß ein solches Personal herangebildet werden muß, wird unzweifelhaft erscheinen, wenn man die Resultate der neueren Börsenprozesse und ihre Einwirkung auf die öffentliche Moral gebührend würdigt. Sie sowohl wie ich haben gelesen, wie Staatsanwälte und Richter eine derartig theoretische irrige Beurtheilung der Börsenverhältnisse bewiesen haben, daß es nicht zu viel gesagt ist, wenn man behauptet, daß die erlassenen Urtheile dem öffentlichen Rechtsbewußtsein durchaus nicht entsprochen haben, eine Ansicht, die in Betreff des Prozesses Polke sogar von Börsensachverständigen vor der Kommission bestätigt worden ist. Freilich dürfte der Staatskommissar nicht etwa solchen leitenden Staatsmännern unterstellt sein, die dem manchesterlichen Prinzip des laisser faire laisser aller huldigen und vielleicht in burschikoser Weise erklären: wie alle menschlichen Einrichtungen hat auch die Börse ihre Schwächen und Fehler — warum sollen wir an diesen Fehlern etwas ändern, das wird sich schon Alles von selbst bessern. Die Börsenreformer sind Idealisten.

(Hört, hört!)

Wenn somit die Wirksamkeit des Staatskommissars wesentlich von den ihm zu ertheilenden Instruktionen abhängt und auch bei der Auswahl der Personen eine ganz besondere Aufmerksamkeit zu verwenden sein dürfte, da nicht im Entferntesten jeder Assessor oder Regierungsrath sich dazu eignen würde, so

möchte ich immerhin im Prinzip die Anstellung von Staatskommissaren für erwünscht erachten, da die Regierung doch wissen muß, was auf diesem Markte, der schließlich der wichtigste aller Märkte ist, vorgeht. Ich will jenen Beamten nicht auf das Niveau eines Konstabler herabdrücken, aber Thatsache ist, daß auf jedem anderen Markte ein Aufsichtsbeamter steht, um zu kontroliren, ob Unregelmäßigkeiten und unreelle Geschäftsgebahrungen vorkommen und um event. im höheren und allgemeinen Interesse einzugreifen. Zum Beispiel müßte auch, wie über die Qualitäten, so auch über die Quantitäten, die an den Produktenbörsen gehandelt werden oder an den betreffenden Börsenorten lagern, die Regierung genauer unterrichtet sein. Daß der Oberpräsident von Brandenburg, welcher die Aufsicht über die Berliner Produktenbörse führt, bei dem besten Willen nicht auf dem Laufenden sich erhalten konnte, das beweist die Einsetzung der Börsenenquete, um endlich einmal authentisches Material über die fraglichen Mißstände in objektiver und nicht tendenziös entstellter Weise zu erlangen.

(Sehr richtig!)

Es ist ja überhaupt charakteristisch, daß, während im allgemeinen jeder Mann von Bildung das Bestreben zeigt, das Wesen jedes Organismus in seiner mechanischen Zusammensetzung und seiner Wirkung zu ergründen, das Publikum den Apparat der Börse zu durchschauen verzichtet, in der die Auguren sich in den heiligen Räumen, die keine profanen Regierungskommissare betreten, abschließen, sondern immer nur das Vexirbild, das häufig in den Tageskursen sich ausdrückt, zur Grundlage seiner Berechnungen macht, ohne zu erkennen, durch welche oft wunderbaren Prozeduren das Bild — der Kurszettel — geschaffen wird. Leider zeigten bisher auch sehr wenige Volkswirthe die Neigung, in die komplizirten Gepflogenheiten der Börsen gründlich hineinzusteigen, obgleich diese Fragen auf das wirthschaftliche Gesammtleben der Nation von entscheidender Bedeutung sind. Freilich gehört allerdings ein eingehendes Studium dazu, um über alle diese Dinge sich ein klares und objektives Bild zu verschaffen.

Neben dem Staatskommissar erscheint mir jedenfalls die Forderung berechtigt, daß die Interessenten in den Vorstand der Produktenbörse eintreten, und dieselben etwa zur Hälfte aus Landwirthen und Müllern, zur Hälfte aus Vertretern von Handel und Gewerbe be-

stehen, wie dieses auch der Gesetzentwurf, betreffend die Landwirthschaftskammern, als nothwendig anerkannt hat.

Man hat nun eingeworfen, es würde sehr schwer sein, Landwirthe für diesen Zweck zu finden, ja sogar das Mitglied der Börsenenquetekommission, welches dem Preußischen Landwirthschaftsministerium angehörte, äußerte Bedenken und meinte, daß nur bankerotte Pächter und Landwirthe, überhaupt problematische Naturen sich für derartige Stellungen an der Produktenbörse finden würden. Er setzte sich mit dieser höchst befremdlichen Ansicht augenscheinlich in Widerspruch mit seinem Herrn Chef, der in dem Entwurf zum Gesetz über die Landwirthschaftskammern aus diesen die Delegirung von Mitgliedern zu den entsprechenden Funktionen an der Produktenbörse ins Auge gefaßt hat. Jedenfalls war die Ernennung dieses Herrn aus dem landwirthschaftlichen Ministerium gleichzeitig mit der nachträglichen Ernennung eines anderen mehr oder minder manchesterlichen Prinzipien huldigenden Herrn insofern für die Absichten der Regierung bezeichnend, als dieselbe fast gleichzeitig mit der Berufung zweier Herren aus dem Preußischen Landwirthschaftsrath bei dem Beginn der Verhandlungen über die Reform der Produktenbörse erfolgte, — eine Berufung, die mit Mühe durchgeführt worden war, obgleich der Anspruch eigentlich selbstverständlich war, daß der Landwirthschaftsrath bei den die Landwirthschaft so nahe berührenden Fragen nicht unberücksichtigt blieb. Augenscheinlich lag bei der Regierung die Besorgniß vor, daß die künstlich geschaffene Majorität durch die Berufung jener zwei Mitglieder aus dem Landwirthschaftsrath in einer der Regierung unerwünschten Weise alterirt werden könnte und fühlte sie das Bedürfniß, ein Gegengewicht zu schaffen. Ich stehe im übrigen auf dem Standpunkt des Herrn Ministers für landwirthschaftliche Angelegenheiten und bin überzeugt, daß, wenn die Landwirthschaftskammern ins Leben gerufen werden, sie in der Lage sein werden, uns Männer zu bezeichnen, die sich dieser Aufgabe ebensowohl mit Freude wie mit positiver Sachkunde und vor allem in völliger Unabhängigkeit unterziehen. Denn ich bin der Ansicht, daß diese Stellung, als Vertreter der Landwirthschaftskammern an der Produktenbörse zu funktioniren, eine für die Landwirthschaft so nutzbringende sein wird, daß diese Herren sich gern der betreffenden Mühewaltung unterziehen werden. Es ist auch nicht ausgeschlossen, daß die Land-

wirthschaftskammern entsprechende Gehälter für die Herren auswerfen, und ebenso bin ich überzeugt, daß die Mühleninteressenten bereit sein werden, sehr gern Vertreter zu ernennen.

Wenn ich nun einen Blick auf die jetzigen Zustände an der Produktenbörse werfe, so überrascht ein durchaus anormaler Zustand. Es besteht zur Zeit die Einrichtung, daß, während die offizielle Börse von 12 bis 2 Uhr mehr oder minder als Terminbörse sich charakterisirt und mit effektiver Waare sich so gut wie garnicht befaßt, sondern überwiegend mit Papiergetreide handelt, daneben eine tägliche Frühbörse existirt, an der die eigentlichen großen Effektivgeschäfte gemacht werden, welche den Lebensmittelmarkt versorgen. Dort werden höchst merkwürdiger Weise vielfach höhere Preise erzielt, während an der Terminbörse, wie Sachverständige bekundet haben, im Großen und Ganzen wesentlich geringere Preise zur Notirung gelangen. Von diesen höheren Preisen des Effektivgeschäfts erfährt aber das Publikum so gut wie gar nichts, da diese Geschäfte nicht in weiteren Kreisen durch amtliche Notirungen bekannt werden. Die Folge davon ist, daß die Provinzverkäufer, die lediglich nach den Notirungen der Terminbörse abschließen, wesentlich geringere Preise erzielen. Meine Ansicht, daß auch die Frühbörse als offizielle Börse behandelt werden muß, hat denn auch, wenn auch freilich erst nach schweren Kämpfen, die ganze Kommission, einschließlich der Börsenvertreter, selbst als billig anerkennen müssen.

(Bravo!)

Meine Herren! Der börsenmäßige Terminhandel, welcher sich im Laufe der Jahrhunderte aus dem Lieferungshandel entwickelt und in seiner Technik sich außerordentlich verfeinert hat, bildet in seiner jetzigen Verkehrsform den Schwerpunkt der Geschäfte an der Produktenbörse. Bei der Kürze der Zeit und in dem Rahmen meines heutigen Vortrages bin ich nicht in der Lage, die Vorzüge und Nachtheile des Terminhandels wissenschaftlich zu beleuchten. Ich will bei Besprechung des viel umstrittenen Problems des Terminhandels mich vorwiegend auf technische Gesichtspunkte beschränken und praktische Vorschläge begründen, indem ich im Uebrigen auf den sehr eingehenden Bericht der Börsenenquete verweise, in dem alle Licht- und Schattenseiten des Termingeschäfts von den Gegnern und Freunden desselben eine eingehende Darstellung gefunden haben. Durch die Möglichkeit desjenigen, an den der Landwirth seine Produkte

auf effektive Lieferung verkauft, sich im Termingeschäft zu decken, erwächst ein gewisser Vortheil. Ein Verbieten des Termingeschäfts ist schon deshalb kaum ausführbar, weil das Termingeschäft international ist und nur im Wege internationaler Abmachungen aufgehoben werden könnte, was auch wohl einem radikalen Reformer kaum aussichtsvoll erscheinen dürfte.

Aber ich glaube, daß wir darin alle einig sind, die Männer der Wissenschaft und der Praxis, daß z. B. das Termingeschäft gewisse Auswüchse gezeitigt hat, und daß vor allem ein gewisses Zuviel besteht, das wesentlich beschränkt werden muß.

Wenn das Termingeschäft für Konsumenten, Produzenten und Händler wirthschaftlich gesund funktioniren soll, so muß es nach zwei Richtungen hin eingeschränkt werden und zwar in objektiver und subjektiver Beziehung; in ersterer Beziehung, um unberechtigte Einflüsse des Terminhandels auf die Preisgestaltung der Waaren zu beseitigen, in letzterer Beziehung, um die durch die Technik des Terminhandels so erleichterte Betheiligung des außerhalb der Börse stehenden Privatpublikums einzuschränken.

Es ist bei dem Terminhandel die Neigung vorhanden, den Waarenhandel immer mehr zum Werthhandel zu gestalten, und die rapide kapitalistische Entwickelung des Verkehrs hat Formen angenommen, die gegen die dem Handelsgesetzbuche zu Grunde liegende ratio verstoßen, so daß dasselbe in den entsprechenden Artikeln mehr oder minder antiquirt erscheint. Die Verhältnisse liegen zur Zeit thatsächlich so, daß Vorrath und Bedarf nicht mehr maßgebend sind, sondern Angebot und Nachfrage. Und dieses Angebot und diese Nachfrage werden so sehr von der Kapitalmacht beeinflußt, daß die Erzwingbarkeit der Preise durch das Kapital herbeigeführt wird. Man fragt nicht mehr: liefert mir der Mann nach Vertrag guten Weizen und guten Roggen? sondern nur: ist er im Stande die Kursdifferenz zu bezahlen, die bei dem Geschäft herauskommen wird? Es ist heut etwas ganz Anderes um die Begriffe Vorrath und Bedarf und Angebot und Nachfrage; denn wenn die ersteren die Preisbildungsfaktoren sind, wie sie dieses thatsächlich sein müßten, so könnte ich beispielsweise mit 10000 Mark Kapital auch nur für 10000 Mark Waare in Bewegung setzen; geben dagegen Angebot und Nachfrage beziehungsweise Differenzregulirung den Ausschlag, so kann ich mit denselben 10000 Mark Kapital für 100-, oder sogar für

200 000 Mark fingirte Waare auf den Markt wirken lassen und doch jeder Zeit mich durch einfache Differenzzahlung aus dem Geschäft meinerseits vollständig herausziehen, während zugleich durch die dadurch hervorgerufene Preisbewegung eine außerordentliche Preisbeeinflussung des Marktes stattgefunden haben kann. Der frühere Waarenhandel ist zum Werthhandel geworden und deshalb beruht das Termingeschäft vielmehr auf Kredit, welcher die Preisbildung regelt, anstatt daß für diese Vorrath und Bedarf maßgebend ist. Wenn auch zuzugeben ist, daß durch den Terminhandel erhebliche Preisschwankungen vermindert werden können, obwohl auch diese manchesterliche Weisheit nur sehr bedingt richtig ist, denn der Terminhandel hat uns keinesfalls dafür schützen können, daß der Roggenpreis auf 250 hinauf- und nach relativ kurzer Frist auf 150 heruntergedrückt ist — so wird doch ein stetes Oscilliren der Preise herbeigeführt, das nur den Zweck hat, zwischen Einkauf und Verkauf möglichst große Margen zu schaffen. Deshalb glaube ich, daß wir vor allen Dingen darauf sehen müssen, daß das Wesen der Waare selbst mehr zur Geltung kommt, und man sich nicht mit Werthsbegriffen begnügt. Auf diesen Gesichtspunkt richtet sich nun die These Nummer 3*) und 5**).

Es liegt auf der Hand, daß, wenn die Schlußscheinbedingungen lediglich nach den Interessen des Handels abgefaßt werden, diese

---

*) 8. Die Beschlußfassung über die Zulassung von Waaren zum börsenmäßigen Terminhandel sowie die Festsetzung der allgemeinen Bedingungen für diesen Handel erfolgt durch eine vom Reichskanzler in jedem einzelnen Falle zu berufende Kommission von Vertretern der betheiligten Gewerbszweige sowie der allgemeinen Interessen. Der Bundesrath ist befugt, den börsenmäßigen Terminhandel in bestimmten Waaren zu untersagen, der von gewissen Bedingungen abhängig zu machen ist.

**) 5. Es ist von Reichswegen eine Kommission zu berufen, bestehend aus Vertretern des Handels, der Landwirthschaft und der Müllerei, welche die Frage der Lieferungsqualität des an deutschen Börsen zu liefernden Getreides feststellt resp. Vorschläge macht, ob es sich empfiehlt alljährlich, etwa im Herbst jedes Jahres, die Lieferungsqualität (Typ, Standard) für an den deutschen Börsen zu lieferndes Getreide einheitlich oder je nach der Lage der einzelnen Produktenbörsen nach Maßgabe der Beschaffenheit des in den einzelnen Theilen des Reichs geernteten Getreides festzustellen, und inwiefern etwa für das ausländische und das inländische Getreide ein getrennter Typ resp. Kursnotirung zu empfehlen ist.

Desgleichen hat diese Kommission zu berathen die Frage einer einheitlichen Preis- und Kursnotirung für Getreide an sämmtlichen deutschen Börsen sowie die Frage, ob nicht der Abschluß börsenmäßiger Termingeschäfte auf eine geringe Zahl von Monaten zu beschränken ist.

Bedingungen schließlich den Produzenten und Konsumenten schädigen, was ich später zu begründen mir vorbehalte. Ebenso halte ich es für absolut nothwendig, daß der Bundesrath befugt ist, darüber zu bestimmen, ob der börsenmäßige Terminhandel in bestimmten Waaren zu untersagen ist. Es ist neulich der Versuch gemacht worden, für Weizenmehl ein Termingeschäft einzuführen; ein Unternehmen, das jedoch glücklicherweise vorläufig gescheitert ist, da man „die gegenwärtigen Zeitumstände dafür nicht geeignet erachtete".

Was nun die **objektiven** Beschränkungen anlangt, so komme ich zunächst zu der wichtigen Lieferungsqualität- und Standard-Frage, die uns in der Kommission sehr eingehend beschäftigt hat. **Der Begriff des Termingeschäfts verlangt eine fungible Waare, und in dieser Thatsache liegt eines der Hauptbedenken gegen das Termingeschäft, weil Getreide, streng genommen, als eine fungible Waare nicht anzusehen ist;** denn so viel Länder oder selbst Provinzen, so viel Sorten, so viele Ernten, so viele verschiedene Produkte kommen auf den Markt. **So lange es nicht gelingt, Bestimmungen über die gute Beschaffenheit der Waare, über die Feststellung dieser Qualität vor der Ankündigung zu treffen gegenüber der Neigung der Spekulation, ohne Rücksicht auf die Qualität der Waare dieselbe nur als Spielmarke zu benutzen, so lange ist die schädigende Wirkung des Terminhandels für Produzenten und Konsumenten nicht in Abrede zu stellen und überwiegen die Nachtheile des Terminhandels bei Weitem.**

Die jetzt aufgestellten Grundsätze über die Lieferungsqualität sind völlig ungenügend, denn der Schlußschein verlangt nur: daß das Getreide gut, gesund, trocken und frei von Darrgeruch sein soll. Allerdings ist der Ausschluß von Rauhweizen bereits vorgesehen, und seit dem 1. September ist auch der syrische und der Kubankaweizen ausgeschlossen. Zum Glück ist bereits vor einigen Jahren durch die dankenswerthe Intervention des Fürsten Bismarck die Bestimmung getroffen, daß Rauhweizen mit dem weichen Weizen nicht auf demselben Schlußschein gehandelt werden darf, der Jahre lang auf die Preise des Weizens in ganz ungeheurer Weise gedrückt hat, als er noch gleichzeitig auf demselben Schlußschein mit dem guten Weizen gehandelt werden durfte, und es ist eigentlich unverständlich, daß diesen Mißstand die Landwirthschaft und die Regierung so lange Jahre geduldet hatte; denn wenn Sie sich klar machen, daß Rauhweizen um vieles

minderwerthiger und billiger ist als der weiche Weizen, so liegt es auf der Hand, daß die schlechtere Waare die gute drückte, und der Müller, der statt guten Weizen Rauhweizen zu bekommen Gefahr lief, natürlich nicht in der Lage war, den Preis zu bezahlen, den er bezahlt hätte, wenn er die Lieferung guten Weizens hätte verlangen können. Die 4000 Tonnen Rauhweizen, welche jährlich an den Berliner Markt kamen, waren maßgebend für die Preisbildung des ganzen Weizenmarktes in Deutschland, welches bekanntlich ein Quantum von 2 500 000 Tonnen jährlich produzirt. Abgesehen hiervon, hat Fürst Bismarck bei seiner steten Fürsorge für die Landwirthschaft damals auch erreicht, was nicht unwesentlich ist, daß das Normal-Gewicht der Lieferungs-Waare erhöht wurde.

Ich möchte auf diesen Punkt noch mit einigen Worten eingehen und betonen, daß diese Gewichtserhöhung kein Schaden für die Landwirthschaft gewesen ist, wie von der Börse behauptet wird; denn wenn wir die Gewichtserhöhung in Betracht ziehen, so ist dieselbe für Weizen auf 75,2 Pfund, für Roggen 71 Pfund und für Hafer 46,1 Pfund pro Neuscheffel festgesetzt, wogegen nach Berechnung der letzten Ernte von 1892 sich für Weizen der Durchschnitt 78 Pfund, für Roggen 73 und für Hafer 43 Pfund ergaben, so daß also der thatsächliche Durchschnitt 2 bis 3 Pfund über die vorgeschriebene Terminqualität beträgt. Zu berücksichtigen ist dabei, daß der Landwirth es in der Hand hat, die Waare zu reinigen, dadurch das Gewicht zu erhöhen und die Rückstände zu verfüttern. Mit dieser Erhöhung des Gewichts hatte man die Tendenz verfolgt, die Börse möglichst ihres Charakters als ausschließliche Spiel- und Versicherungsanstalt zu entkleiden, um wieder mehr eine wirkliche Produktenbörse aus ihr zu machen, indem man die Schundwaare beseitigen wollte, welche auf die gute Waare drückte; ein Preisdruck, der aber nicht etwa dem brodessenden Konsumenten, sondern vorwiegend dem Zwischenhändler zu Gute kommt, der, wenn er an den Konsumenten verkauft, sehr wohl die werthvolle von der Schundwaare bei der Preisforderung zu sondern versteht. Diese Maßnahmen können aber allein nicht als ausreichend betrachtet werden. Als Beweis hierfür ist zu beachten, daß zu unserer Ueberraschung von den Vertretern der Müllerei aus mitgetheilt worden ist, daß sie garnicht in der Lage seien, die infolge der jetzt bestehenden Schlußscheinbedingungen lieferbaren Terminwaare überhaupt abzunehmen, und verschiedene

Müllereiinteressenten haben erklärt: wir machen Termingeschäfte vorzugsweise nur, um uns zu versichern, nicht aber um die Waare abzunehmen, denn die Mahl- und Backfähigkeit der Waare ist nicht gewährleistet, da im Schlußschein die betreffenden Bedingungen nicht ausgesprochen sind. Es wurden beispielsweise in der Kommission 30 Sorten Weizen vorgelegt, welche nicht mahl- und backfähig waren, sogenannter Hartweizen, die aber trotzdem jetzt gehandelt werden und die, obgleich unbrauchbar, nicht ausgeschlossen, vielmehr als gleichwerthig betrachtet werden und naturgemäß den Preis für die gute Waare drücken.

Nun kommt dazu, was die Lage unseres heimischen Roggenmarktes anbelangt, daß, soweit Roggen in Frage kommt, das russische Produkt Eigenschaften enthält, die unserm Getreide gegenüber manche Vortheile bieten. Er ist, wie allgemein zugestanden wird, aus verschiedenen Gründen billiger, er ist leichter faßbar, d. h. größere Quantitäten können zu gleicher Zeit angeboten werden. Er hat auch den Vorzug größerer Gleichmäßigkeit, weil in Rußland große Strecken angebaut werden und weil dort ein gleichmäßigeres Klima herrscht. Angesichts dieser Vortheile des russischen Roggens halte ich es für absolut nöthig, daß die Kommission, die wir einzusetzen die Absicht haben, um diese Fragen näher zu prüfen, auch erwägt, ob wir in der Lage sind, eine Trennung des Typs für ausländisches und inländisches Getreide einzuführen, eine Frage, die ja schwierig ist, zumal das russische Getreide sehr häufig mit dem unsrigen vermischt wird. Eine andere Frage ist, ob die Kommission nicht gut thun würde, die Provenienz aus verschiedenen Regionen innerhalb Deutschlands zu unterscheiden und vielleicht zu bestimmen, daß der Lieferungstyp für drei verschiedene Regionen in Deutschland Geltung haben solle. Alle diese Fragen zu entscheiden, war die Enquete-Kommission, in der überwiegend Handels- und Bankinteressenten sowie Männer der Wissenschaft saßen, völlig ungeeignet.

Ich komme nun zu der zweiten Frage, die auch die von mir ins Auge gefaßte Kommission zu beschäftigen haben würde, das ist die Art der Preisnotirung und Preisfeststellung.

Daß die gegenwärtige Feststellung der Preise höchst unzulänglich ist, wird von den meisten Sachverständigen, welche seitens der Enquete vernommen sind, zugestanden, und dabei ist noch zu be-

denken, daß gerade Notirungen der Berliner Börse an Tausenden von Orten im Norden und Osten Deutschlands die Grundlage für die Preise bilden, für welche das Getreide dort verkauft wird. Es ist bezeichnend, daß mehrere Sachverständige selbst erklärt haben, „daß es bedauerlich sei, wie Berlin für die östlichen Provinzen maßgebend sei; denn wäre dies nicht der Fall, so hätten sie nicht eine so schwere Verantwortlichkeit wie jetzt zu tragen". Darin liegt das Zugeständniß, daß die Preisbemessung in Berlin den Verhältnissen nicht entspricht. Es liegt auf der Hand, daß der Verkäufer außerhalb Berlins vollkommen im Unklaren bleibt, welche Preise er für das Getreide fordern kann. Wenn beispielsweise der Weizen in Berlin notirt wird mit 135 bis 150, und bekanntlich kommen auch noch größere Preisschwankungen vor, so ist der Bauer mangels einer genaueren Differenzirung der Qualitäten nicht im Stande, zu wissen, ob er seine Qualität zu dem derselben gebührenden Preise weggiebt, wenn der Händler ihm für die Waare beispielsweise 120 oder 125 bietet, da noch 5 bis 15 Mark oder wie viel Mark Spesen und Transportkosten auf dem Weizen lägen. Es ist ja insofern schon eine wesentliche Besserung eingetreten, daß neben der Lieferungsqualität auch Locowaare notirt wird, so daß, wenn z. B. loco 120 bis 135 und die Lieferungsqualität 125 steht, man sich sagen kann, daß diese ungefähr diejenige ist, die den geringsten Preis zu beanspruchen hat. Die meisten Provinzbörsen haben diese Art der Notirung nicht, und ist dort der Provinzverkäufer nicht in der Lage zu ermessen, welchen Preis er für sein Getreide fordern kann, da ihm die Notirung 120 bis 135 nichts darüber sagt, was denn eigentlich seine Waare werth ist. Die Art der heutigen Preisnotirung hat aber auch weiter den Nachtheil, daß sie uns nicht erkennen läßt, was denn wirklich der Preis an der Börse gewesen ist; denn es ist selbstverständlich, daß, wenn eine große Menge zu einem hohen Preise abgeschlossen wird, eine andere zu einem kleinen gehandelt wird, und wenn man nicht die entsprechenden Quantitäten kennt, das Marktbild ein außerordentlich unvollständiges ist, das für die eigenen Entschließungen nur einen sehr bedingten Werth hat. Es liegt die Frage nahe, ob man, um dem Verkäufer außerhalb Berlins einen genaueren Maßstab für die Preise zu geben, vielleicht mehrere Qualitätsklassen angeben könnte unter Berücksichtigung der etwa festzustellenden Standardmuster, wie sie später durch eine Kommission

für drei große Regionen in Deutschland festzusetzen seien. Von anderer Seite ist auf die Bedenken allzu großer Detaillirung des Preises hingewiesen, weil das Verwirrung hervorrufen könnte, und es ist hervorgehoben, daß das Gewicht allein jedenfalls nicht maßgebend sein dürfe, da gewisse Sorten uckermärkischer, pommerscher Weizen vielleicht 3 bis 4 Pfund leichter sind, aber doch höhere Preise verdienen, da sie vielleicht zu Brauzwecken, z. B. in England, verwendbar sind. Abgesehen von dieser schwer zu entscheidenden Frage ist bei der Preisnotirung auch noch der Umstand zu berücksichtigen, daß durch die jetzige Art der Preisnotirung der sogenannte Schnitt ein Leichtes ist insofern, als der Kommissionär als Selbstkontrahent den höchsten Preis den Kunden in Rechnung stellt, während er zu dem niedrigsten Preise des Tageskurses gekauft hat. Es liegt die Erwägung nahe, ob man nicht das englische oder das amerikanische System zur Anwendung bringen soll, welches jedenfalls geeignet ist, den Schnitt wesentlich zu erschweren. Das amerikanische Quotation-System kennt den Kurs- und Preiszettel in unserm Sinne nicht, sondern hat ein quotation book, in dem die im Terminhandel vereinbarten Geschäfte nach Umfang und Preis genau eingetragen und registrirt werden, und diese Notirungen gelten als offiziell. Bei diesem Verfahren werden die Quantitäten, die gehandelt sind, ersichtlich, was die Beurtheilung des Marktpreises wesentlich erleichtert und die Preisfeststellung in Zwischenräumen ermöglicht. Bei den Schwierigkeiten, welche diese Frage bietet, und welche ich hier nur gestreift haben will, ohne sie erschöpfend behandeln zu können, halte ich es für nothwendig, daß eine Kommission ad hoc seitens der Regierung berufen wird, in der selbstverständlich Landwirthe und Müller in entsprechender Zahl ihre Vertretung finden, um über diese so wichtige Frage neue für die Produzenten und Konsumenten nützliche Direktiven aufzustellen.

Nun wende ich mich zur Nr. 6*) und bin der Ansicht, daß das eine der wesentlichsten Reformen ist, die wir verlangen müssen. Ich habe seiner Zeit einen schriftlichen Bericht über eine Petition im Reichstage erstattet, welche sich über die durch die Zusammen-

*) 6. Die Prüfung des sämmtlichen an den Produktenbörsen zur Kündigung gelangenden Getreides erfolgt bei jeder Produktenbörse durch eine ständige von den betreffenden staatlichen Aufsichtsbehörden zu berufende Kommission, bestehend aus einem Staatsbeamten als Vorsitzenden und aus vereidigten Mitgliedern, welche von den betreffenden Regierungen

setzung der Prüfungskommission veranlaßten Mißstände beschwerte, und darf aus diesem Bericht Folgendes mittheilen:

„Die Börsenordnung ist zwar bestrebt gewesen, wie dieses nicht in Abrede gestellt werden kann, eine unparteiische Beurtheilung der Waarenqualität durch die Bestimmung zu sichern, daß der Empfänger oder Ankündiger der Waare mit keinem der Sachverständigen, die der mit der Prüfung der Lieferungsfähigkeit der Waare beauftragten Kommission angehörten, bis zum vierten Grade verwandt, oder selbst Empfänger oder Ankündiger der Waare sein sollte. Man vergegenwärtige sich aber, welche Kollision zwischen Pflichten und Interessen eintreten muß, wenn heute das Mitglied A dieser Kommission der Verkäufer und Lieferant eines großen Postens Roggen ist, und das Mitglied B derselben Kommission als der delegirte Sachverständige bei Prüfung des gekündigten Roggens fungirt, morgen aber der umgekehrte Fall eintritt, in welchem B der Verkäufer des großen Roggenpostens ist und A als der Sachverständige der Prüfungskommission das Gutachten darüber abzugeben hat, ob die Waare lieferbar ist. Vergegenwärtige man sich ferner, daß dieses Verhältniß nun Tag für Tag der Reihe nach in Betreff aller vorher in ihren Funktionen bestimmten Kommissionsmitglieder sich wiederholt, so ist nicht zu verwundern, daß angesichts dieser Doppelstellung bei aller Gewissenhaftigkeit, die man bei den Sachverständigen voraussetzen müsse und wolle, nicht blos bei den durch die Begutachtung geschädigten Käufern, sondern auch in weiteren Kreisen Mißstimmung und Mißtrauen erweckt worden ist. Es ist auch Thatsache, daß Ankündiger von schlechter Waare die an einem Tage für unkontraktlich erklärte Waare am nächsten Tage, ohne daß durch Mischung und Bearbeitung die Waare verbessert worden, wieder einer anderen Gruppe von Sachverständigen vorgelegt und die Waare von diesen für kontraktlich erklärt worden ist. Die Presse hatte wiederholt verlangt, daß Kaufleute, welche ausländisches Getreide regelmäßig und in

---

der Einzelstaaten aus den Kreisen des Handelsgewerbes, der Landwirthschaft und der Müllerei zu berufen und von den betreffenden Regierungen zu besolden sind, während die Begutachtungsgebühren an die Staatskasse abgeführt werden.

Den Mitgliedern dieser Kommission ist es untersagt, Geschäfte für eigene Rechnung zu machen oder durch Dritte machen zu lassen.

größeren Massen importiren, das Amt eines Sachverständigen nicht annehmen sollten. Die Konsequenz des damaligen Zustandes war ja ein im Geschäftsleben einzig dastehendes Faktum, daß nämlich Jemand Richter in eigener oder wenigstens in einer ihn sehr nahe berührenden Sache war, und dies in einer Angelegenheit, welche auf die Preisbildung der Waare und damit im Zusammenhang auf das Wohl und Wehe vieler Tausende von Produzenten und Konsumenten von ausschlaggebendem Einfluß war. Doppelt bedenklich gestaltete sich diese Thätigkeit der Sachverständigen insofern, als dieselben endgültig entscheiden und der Beschädigte, abweichend von allen gesetzlichen Bestimmungen in Rechtsstreitigkeiten, keine Appellinstanz hatte."

Es ist zwar auf eine damals ergangene Anweisung der Regierung seitens der Börsen-Aeltesten dafür Sorge zu tragen, daß in den betreffenden Kommissionen, welche die Lieferbarkeit der Waaren prüfen, möglichst wenig unmittelbar am Terminhandel interessirte Personen sich befinden; aber es steht fest, daß dies nur in beschränktem Maße zu erreichen ist, denn die meisten größeren Händler machen Termingeschäfte, und sind auch dazu genöthigt. Jedenfalls ist eine unbefangene Beurtheilung der Terminwaare zur Zeit nicht gewährleistet und es liegt auf der Hand, daß der Terminpreis, der die Basis für den Locopreis bildet, gedrückt wird, wenn die Beurtheilung der Lieferbarkeit eine zu milde ist. Daß erhebliche Mißstände vorliegen, geht schon daraus hervor, daß aus der Provinz wiederholt Klagen darüber laut geworden sind, daß kontraktlich erklärte Waare z. B. nach Breslau gesandt wurde, die voller Käfer steckte und absolut unbrauchbar war. Ich habe deshalb vorgeschlagen, und eine große Minderheit der Enquetekommission hat sich dafür ausgesprochen, daß Beamte oder wenigstens solche Personen, welche Beamtenqualität haben, in die Kommission seitens der Regierung ernannt werden und die Aufgabe der Prüfung übernehmen, und zwar Vertreter der Landwirthschaft, der Müllerei und des Handels. Um dieselben völlig unabhängig zu stellen, empfiehlt es sich, daß die Regierung diejenigen Gebühren von dem Betreffenden, der seine Waare prüfen läßt, einzieht, und ihrerseits die Mitglieder der Kommission besoldet. Damit wird der Mißstand bei dem jetzigen Verfahren beseitigt, daß derjenige, der die Waaren prüft, von dem, der seine Waaren prüfen läßt, bezahlt wird. Die Erfahrung lehrt jedenfalls,

daß hier gründlichste Abhilfe geschaffen werden muß. Man hat eingewendet, daß den betreffenden, in vorgedachter Weise zu bestallenden Personen nicht die Sachkenntniß zur Seite stehen würde, wie den im Geschäft stehenden Händlern, die Termingeschäfte machen. Meine Herren, ich bin der entgegengesetzten Ansicht, ich meine, daß, wenn eine solche Kommission, anstatt sich mit eigenen Spekulationsgeschäften zu befassen, ausschließlich und berufsmäßig diese Prüfungen des auf Kähnen und Lägern befindlichen Getreides vornimmt, in wenigen Wochen eine solche Erfahrung gesammelt haben wird, daß sie ihrer Aufgabe vollkommen gewachsen sein wird. Und wenn selbst der Vertreter des Landwirthschaftlichen Ministers in der Kommission die befremdliche Ansicht aussprach, daß bankerotte Landwirthe oder frühere Inspektoren dazu nicht zu brauchen seien und gerade hervorragende Landwirthe eine solche Stellung nicht annehmen würden, außerdem das Verbot, Termingeschäfte zu machen, den Betreffenden die Möglichkeit nehmen würde, sich Waarenkenntniß anzueignen, so waren diese Einwendungen völlig unzutreffend, denn es werden sich bei entsprechender Besoldung schon Landwirthe finden, die diese im Interesse der Landwirthschaft so wichtige Stellung übernehmen. Das Abschließen von Termingeschäften ist noch gar keine Gewähr für Fachkenntniß, denn viele Personen machen Termingeschäfte in Papier-Roggen und -Weizen, ohne die Waare selbst je gesehen zu haben. Und unter diesem Gesichtspunkt wünsche ich auch dringend die Bildung von Landwirthschaftskammern, die, wie in dem betreffenden Gesetzentwurf bereits vorgesehen ist, Vertreter in die Vorstände der Produktenbörsen selbst und naturgemäß in diese Kommissionen zu entsenden auch berufen sind.

Es liegt in der Natur des unsoliden Termingeschäfts, daß der Spekulant vorzieht, mit lieferungsunfähiger, minderwerthiger Waare zu arbeiten, damit der Käufer sie nicht abnimmt, sondern lieber das Geschäft durch Differenzzahlung abwickelt. Wie ich vorher ausgeführt, verblieb der seit Jahren angesammelte Rauhweizen seiner Zeit als Ballast auf dem Lager in Berlin, welchen Niemand geneigt oder in der Lage war effektiv zu verwenden und der nur dazu diente, große Baissеengagements zu erledigen. Dieses Quantum wurde von Jahr zu Jahr schlechter, immer wurde die Differenz bezahlt, aber es bildete die Grundlage für das Differenzgeschäft. Und es ist nicht mit Unrecht von Händlern, allerdings nicht von Berliner Burg-

straßenbesuchern, sowie von Müllern und Landwirthen ausgeführt worden, daß das, was man auch jetzt noch in Berlin an der Börse handele, oft nur Hühnerfutter und Dr . . . sei.

(Heiterkeit.)

Trotz dieser Thatsachen giebt es noch „ahnungslose Engel“, wie die Börse gewisse Laien nennt, die vermeinen, daß Vorrath und Bedarf die Preise an der Börse regeln, und die in höchstem Maße erstaunt sind, wenn man diese Ansicht offen zum Ausdruck bringt, ohne Rücksicht auf die manchesterlichen Schulmeinungen der „Nichtwissenden“.

Ja, meine Herren, wir würden auch in Bezug auf Roggen wunderbare Entdeckungen machen, wenn die Regierung und die Landwirthe etwas genauer über das Geschäftsgebahren informirt wären. Obgleich wir in der Börsenenquetekommission manche interessante überraschende Mittheilungen empfingen, habe ich den Eindruck, daß wir noch nicht die Hälfte von dem erfahren haben, was thatsächlich an Mißständen zum Schaden unserer Landwirthschaft an der Börse besteht, da wir ja die Herren Sachverständigen nicht vereidigen konnten. Und wenn sie sich eine gewisse Reserve auferlegt haben, da ja die Mittheilungen, wie sie wußten, später veröffentlicht werden sollten, so haben sie in ihrem berechtigten Interesse gehandelt. Erinnern Sie sich, wie selbst Herr Geheimrath Frentzel, dem man die Anerkennung nicht versagen kann, mit außerordentlichem Geschick und ungewöhnlicher Dialektik für die Börse eingetreten zu sein, an der Börse behandelt worden ist, weil er für das Terminregister gestimmt hat.

Meine Herren, obgleich ich manche sehr werthvolle Aeußerung aus der Enquete Ihnen vortragen könnte, die meine vorstehenden Ausführungen voll und ganz bestätigen, muß ich leider in Rücksicht auf die knapp bemessene Zeit darauf verzichten. Ich möchte Ihnen nur ganz kurz mit der Bitte, die Protokolle an der Hand des Registers zu studiren, die Aeußerung einiger Herren mittheilen, die über das Termingeschäft und über die Waarenbeschaffenheit recht charakteristische Bemerkungen gemacht haben.

Herr Heuser, Inhaber eines Getreidegeschäftes in Duisburg, sagt:

„Infolge der großen Baisse war bei uns (in Stettin) nicht einmal guter geschweige schlechter Weizen zu verkaufen; aber

in Berlin kann man auch das schlechteste, wenn nur billig, kaufen und loswerden. Bei guter Qualität braucht sich kein Mensch zu fürchten. In Stettin, in Königsberg, in Danzig kann einer machen was er will. Hier in Berlin ist er verratzt."

Und Kommerzienrath Rosenfeld-Posen äußert sich dahin:

„Woran liegt denn das, daß Berlin der billigste Platz ist und trotzdem keinen reellen, stetigen Absatz für seine Waaren findet? Man wird doch ganz logisch zu dem Resultate hingedrängt: weil Berlin die schlechteste Waare liefert; weil derjenige, der sie einmal gekauft hat, nie wieder etwas damit zu thun haben will. Und daraus resultirt auch, daß eben in 10 Jahren knapp einmal eine Hausse entrirt wird. Wenn Einer als Haussier sich aufspielt, so weiß er, was das zu bedeuten hat; und die letzte Firma, die hier genannt wurde, wäre durch ihre Spekulationen zu Grunde gegangen, wenn ihr nicht à tempo das russische Ausfuhrverbot zu Hilfe gekommen wäre. Wenn sich noch Empfänger für die geringen Qualitäten finden, so geschieht dies in Unkenntniß der Verhältnisse und ist auch zu berücksichtigen, daß die Qualität nicht immer dieselbe unbrauchbare ist, sondern je nach dem Ernteausfall sich ändert . . ."

„Ich möchte Sie ferner darauf aufmerksam machen, meine Herren, wie sehr die Baisse in Berlin ein Ruin für das ganze Land, für das reelle Geschäft, speziell für den Landwirth ist; jede Baisse wird von den Getreidehändlern der Provinz ausgenutzt, um ihrerseits vom Produzenten so billig als möglich zu kaufen; da heißt es: die Waare ist in Berlin nicht los zu werden, die Preise müssen noch weiter zurückgehen, und erzwingt dadurch vom Produzenten Abschlüsse weit unter den Tagespreisen. Die Hausse wird dagegen als etwas Vorübergehendes angesehen."

Diese Auffassung wird bestätigt durch Klagen, die aus der Provinz wiederholt erhoben worden sind über die schlechte Qualität des in Berlin zur Lieferung gelangenden Getreides. Im Sommer 1892 tagte eine Versammlung in Breslau, in welcher der Vorsitzende ausführte:

„Die Handelskammern zu Oppeln und Bielefeld sowie viele Private hätten sich diesem Vorgehen angeschlossen, und aus allen Theilen Deutschlands, wo man mit den Berliner Weizenabladungen die gleichen trüben Erfahrungen gemacht habe, seien

Anfragen eingelaufen, welche Schritte man hier in dieser Sache unternehmen würde. Der Vorsitzende theilte aus seiner eigenen Praxis mit, daß von 350 Wispeln, die er für April-Mai von Berlin zu empfangen hatte, 100 Wispel im April eingingen und trotz enorm schlechter Qualität in Berlin für kontraktlich erklärt wurden; für die anderen als unkontraktlich erklärten 250 Wispel wurden im Ganzen 3200 Wispel angekündigt, d. h. es wurde ungefähr zehnmal der Versuch gemacht, denselben außerordentlich schlechten Weizen aufs neue anzukündigen! Berlin sei die einzige Stadt der Welt, wo ein solches Verfahren und zwar infolge des Wortlautes der dortigen Kündigungsscheine überhaupt möglich sei. Bei einem in der Mühle gemachten Versuch habe sich herausgestellt, daß unter 100 Körnern von kontraktlich erklärtem Weizen sich 28 für Müllereizwecke absolut unverwendbare Körner befanden. Der Berliner Schlußschein schließe zwar Rauhweizen von der Lieferung aus, aber der hierher gesandte Weizen sei noch wesentlich geringer als selbst Rauhweizen."

Was nun Punkt 7*) anbelangt, so liegt es auf der Hand, daß, wenn ich im Stande bin, Waare anzubieten, die nicht einmal lieferbar ist — ganz abgesehen davon, daß selbst die Lieferungswaare durchaus nicht immer, ja sogar wohl überwiegend nicht backfähig ist —, dieser Zustand geeignet ist, den unreellsten Baisseoperationen Thor und Thür zu öffnen.

Ebenso ist es klar, daß durch die womöglich wiederholte Kündigung unkontraktlicher Waare die Neigung des Käufers, die Waare abzunehmen, vermindert, und er zur Regulirung der Zahlung durch Differenz geneigt gemacht wird. Andererseits wird der Schein erweckt, als seien viel größere Mengen von Waare vorhanden, als dies thatsächlich der Fall ist. Ja, um diesen Preisdruck herbeizuführen, wird absichtlich häufig unkontraktliche Waare zur Kündigung

---

*) 7. Das zur Kündigung bestimmte Getreide muß vor seiner Zulassung auf seine Lieferungsfähigkeit geprüft werden.

Das zur Prüfung angemeldete Getreide muß entweder in öffentlichen, dazu bestimmten Speichern oder Kähnen, welche unter amtlicher Kontrole stehen, lagern.

Für die nicht besonders bezeichneten Gattungen gilt die aus deutschem Getreide festgestellte Type.

Das einmal zur Kündigung angemeldete Getreide darf nicht zurückgezogen werden. Ebenso sind Ankündigungen an sich selbst untersagt und strafbar.

gebracht, was um so leichter ist, als kein Rechtsnachtheil an den Vorgang sich knüpft, ja wer überhaupt nur unkontraktliche Waare anbietet, steht besser, als wenn er im Verzuge bleibt und gar nicht andient. Ich wies vorher darauf hin, daß seiner Zeit der Rauhweizen diese Aufgabe hatte, und viele Tausende von Tonnen jahrelang sich auf dem Berliner Markt herumtrieben, nur um zu solchem unreellen Kündigungszwecke zu dienen und den Preis zu drücken. Wenn dagegen eingewandt worden ist, daß die Praxis der Prüfungskommission eine weit schärfere geworden ist, daß unkontraktlich erklärtes Getreide nicht mehr in demselben Augenblick wieder angekündigt werden darf, sondern erst nach 7 Tagen, und daß z. B. im letzten Jahre ein großer Theil Waare für nicht lieferungsfähig erklärt worden ist — soviel ich mich erinnere, sind von ungefähr 62 000 Tonnen Weizen 42 000 für nicht lieferbar erklärt worden —, so ist die Frage berechtigt: wo sind diese unkontraktlich erklärten Quantitäten Waarenmengen geblieben? Bekanntlich kann nach sieben Tagen derselbe Weizen und Roggen wieder angeboten werden, und wenn die nächste Kommission weniger rigoros ist, oder das Getreide etwas verbessert worden ist, wird das Getreide für lieferungsfähig erklärt und kommt dann in den Verkehr, in dem es freilich auch bis dahin mit seiner preisdrückenden Wirkung schon war. Es wäre also entschieden richtiger und zur Vermeidung unmoralischer Geschäftspraktiken nothwendig, sowie für die Preisbildung von allergrößter Bedeutung, wenn das, was bei dem gesammten Hamburger Kaffeeterminhandel der Fall ist, erreicht wird, daß die Lieferungsfähigkeit vor der Kündigung geprüft wird. Durch dieses Verfahren würden dann die großen Baisseengagements wesentlich vermindert werden, die auch dadurch befördert werden, daß das einmal zur Kündigung angemeldete Getreide vielfach zurückgezogen wird. Herr van den Wyngaert, einer der ersten Sachkenner in dieser Branche und Direktor des Verbandes deutscher Müller, äußerte sich in der Enquete-Kommission über diese den soliden Handel schädigenden Manipulationen in folgender sehr drastischer Weise:

„Die Machenschaften vollziehen sich so, daß einige Händler 20 oder noch mehr Kündigungsscheine bei Beginn der Kündigung in Cirkulation setzen, wodurch der Schein großer Vorräthe erweckt und der Preis demgemäß gedrückt wird, was namentlich für die Abwickelung des Kommissionsgeschäfts von Bedeutung ist. Sobald

dann die gewollte preisdrückende Wirkung erzielt ist, sorgen dieselben Ankündiger dafür, daß die von ihnen selbst ausgestellten Scheine alsbald auf sie zurückgerirt werden, wozu es ja nur eines Scheingeschäfts bedarf, gerade wie die Geschäfte selbst, auf Grund deren angeblich jene erste Ankündigung erfolgt ist, auch oft Scheingeschäfte sind. So geschieht es denn oft, daß von 20 Kündigungsscheinen nur einer wirklich zu reeller Andienung benutzt wird, alle übrigen 19 kommen, nachdem sie ihre mißbräuchliche Schuldigkeit gethan, an den Aussteller zurück. Geschädigt aber sind ungezählte Interessenten im Lande, sowohl alle Kommittenten der, wie geschildert prozedirenden Kommissionäre, wie auch die selbstständig abschließenden und unter einander handelnden Kontrahenten, da allen Geschäften im Lande stets die — oft auf gedachte Weise beeinflußte — Berliner Börsennotirung zu Grunde gelegt wird. Das Bedenkliche an diesem ganz anormalen Zustande ist, daß, neben noch anderen Manipulationen, die so beeinflußten Preisnotirungen nun für den ganzen Osten und Norden Deutschlands, ja man kann sagen, für fast ganz Deutschland maßgebend sind."

Sie sehen, meine Herren, daß diejenigen Staatsmänner, welche meinen, daß Vorrath und Bedarf die Preisbildung allein regeln, einer geheimräthlich-manchesterlichen Legende zum Opfer gefallen sind.

Beachten Sie ferner, daß von den Händlern die Fiktion aufrecht erhalten wird, daß das ganze Getreide, das in der Provinz gehandelt wird, erst nach Berlin geschafft werden müsse. Wenn ich in Prenzlau Getreide verkaufe, so versichert der Händler, daß er mir nur den Preis des Getreides von Berlin abzüglich der Spesen und Transportkosten nach Berlin berechnen kann, während es Thatsache ist, daß auch in Prenzlau Leute sind, welche Getreide brauchen. Aber nach der jetzt üblichen Fiktion, daß alles Getreide nach Berlin geht, müßten eigentlich die Leute in Prenzlau verhungern.

(Heiterkeit.)

Ich möchte auch hierbei bemerken, daß, wenn wir einerseits dafür Sorge tragen wollen, daß die Börsenorganisation die nöthigen Garantien für eine gesunde Preisnotirung und Preisbildung gewährt, wir nicht vergessen dürfen, daß wir die Uebermacht der Produktenbörse auch dadurch wesentlich einschränken müssen, daß wir die gesunden Grundlagen des Vorraths und Bedarfs zur Geltung bringen, indem wir für die Aufnahmefähigkeit des Inlandes

Centren schaffen, welche geeignet sind, zu angemessenen Preisen die Produkte aufzunehmen und an den Provinz-Konsum abzugeben. Denn so groß die Bedeutung der Berliner Börse ist, so ist doch nicht zu verkennen, daß doch nur ein verschwindend kleiner Theil der Inlandsproduktion durch sie in den Verkehr gelangt, während zur Zeit die außerhalb der Börse verkauften Getreidemengen der Fiktion unterliegen, als ob sie nach Berlin geschafft und dort verkauft werden müßten. Ganz besonders sind auf diese Weise die kleinen Produzenten der Vergewaltigung des Zwischenhandels an ihren Lokalabsatzorten preisgegeben; denn sie vermögen nicht waggonweise zu verkaufen und zu versenden, sondern müssen, da leider die kleinen Mühlen mehr oder minder eingehen, und die großen Mühlen durch das günstige Rendement auf russisches Korn von Tag zu Tag mächtiger werden, an den Zwischenhändler verkaufen, dem sie auf Gnade oder Ungnade anheimgegeben sind. Diese Vergewaltigung ist aber so erheblich, daß nur das organisirte Angebot allein eine angemessene Preisbildung sichern kann. Ich glaube, daß der von Herrn von Graß-Klanin vielfach angeregte, bahnbrechende, in verschiedenen, sehr interessanten Broschüren zum Ausdruck gelangte Gedanke der Anlage von Silos außerordentlich beachtenswerth ist, und seine Realisirung zur Gesundung unserer Verhältnisse wesentlich beitragen dürfte. Wie soll der kleine Landwirth in der Provinz, der nicht über Quantitäten, die eine Waggonladung ausmachen, verfügen kann, sein Getreide los werden? Er hat nur die Möglichkeit, sich an den Händler zu wenden, und dieser weiß, daß er den Bauer in der Hand hat, der seine Getreideproduktion von ein paar Centnern verkaufen muß. Der Händler drückt den Preis, der Bauer muß im Durchschnitt billiger verkaufen, als der größere Grundbesitzer, und dieser Preisdruck wirkt natürlich auch indirekt auf die Gesammtpreislage ein.

(Sehr richtig!)

Dem würde, wie ich schon angedeutet habe, vorgebeugt werden, wenn an den Eisenbahn-Stationen Silos errichtet würden, wie eine fürsorgliche Regierung, welche ein Herz für die Landwirthschaft hat, sie in Rußland geschaffen hat,

(Lebhafte Zwischenrufe.)

und in Amerika durch das verständnißvolle Entgegenkommen der Eisenbahnverwaltungen in großartigstem Maßstabe mit besten

technischen Einrichtungen errichtet sind, so daß auch der kleine Produzent seine kleineren Quantitäten gegen Vorschuß angemessen anbringen kann. Ich will auf diese Frage nicht näher eingehen, ich habe sie nur gestreift, um zu zeigen, daß abgesehen von der Aufhebung des Identitätsnachweises und ähnlichen Maßnahmen auch noch andere Maßregeln ins Auge zu fassen sind, die zur Gesundung unserer Preisbildung beitragen könnten.

Es wird nun, was die Prüfung des Getreides vor seiner Zulassung zur Kündigung anbelangt, der Einwand erhoben, daß die Prüfung der Lieferungsqualität der Waare nicht möglich ist, bevor nicht große Speicher in Berlin angelegt worden sind. Ich möchte glauben, daß der Einwand doch nur bis zu einem gewissen Grade stichhaltig sein dürfte, da man die betreffenden Speicher und Räumlichkeiten, in denen jetzt die Getreidemengen liegen, mit Nummern bezeichnen, mit entsprechenden Verschlüssen versehen könnte, so daß eine Uebersicht und Kontrole sehr wohl möglich wäre. Denn wenn wir darauf warten sollten, bis in Berlin große öffentliche Speicher für das ganze Getreidegeschäft gebaut sind, dann, fürchte ich, werden noch Tausende von Landwirthen ihre Scholle haben verlassen müssen, um den Kapitalisten der Großstädte ihren Platz zu räumen.

(Sehr richtig).

Wenn aus den bisherigen Ausführungen daher sicherlich die Schlußfolgerung gerechtfertigt erscheint, daß die Berliner Börseneinrichtungen auf die Baisse zugeschnitten sind, so ist es erklärlich, da vielleicht nur alle 5 Jahre eine starke Hausseströmung sich zeigt, wie generell die Behauptung gerechtfertigt erscheint, daß der Terminhandel in Getreide in seiner gegenwärtigen Struktur eine entschiedene Baisse-Tendenz zeigt, während im Kaffeetermingeschäft die Hausseströmung prävalirt.

Ich wende mich zur These 8.*)

Ich habe gesagt, daß die Baissepartei günstiger steht als die Haussepartei, und zwar auch deshalb, weil der betreffende Verkäufer berechtigt ist, jeden Tag des Monats nach seiner Wahl zu liefern und

*) 8. Die Ankündigung lieferungsunfähiger Waare auch vor Ablauf der Lieferungsfrist setzt den Verkäufer in Erfüllungsverzug und berechtigt den Käufer, nach Maßgabe der Art. 355 und 357 des Handelsgesetzbuches zu verfahren.

zu kündigen, und der Käufer verpflichtet ist, jeden Tag seine Speicher, seine Zeit und sein Geld zur Verfügung zu halten, um die Waare abzunehmen. Es ist ganz klar, daß dadurch der Käufer in erheblichem Nachtheil sich befindet und sich der Verkäufer wesentlich besser steht. Allerdings ist insofern schon eine Besserung eingetreten, als die Lieferfrist des Verkäufers, die bisher auf zwei Monate ausgedehnt war, auf einen Monat beschränkt worden ist. Aber auch dieser Zustand hat für den Käufer noch folgende Nachtheile: Liefert der betreffende Verkäufer im Laufe des Monats, so ist der Käufer nicht berechtigt sich zu decken, d. h. er ist nicht berechtigt, für die für lieferungsunfähig erklärte Waare andere Waare sich zu beschaffen, sondern er hat nur das Recht, entweder die Lieferung als nicht geschehen zu betrachten und Abnahme zu verweigern, oder er hat das Recht auf Abnahme und Zuzahlung der Differenz zwischen dem Werth der lieferungsunfähigen Waare und dem vereinbarten, beziehungsweise Regulirungspreis. Nur am Schluß des Termins hat er das Recht sich zu decken, d. h. auf Kosten des Verkäufers sich andere, lieferungsfähige Waare zu verschaffen. Dieser Nachtheil des Käufers, sich während der 30 Tage des Monats nicht auf Kosten des Verkäufers decken zu dürfen, muß abgestellt werden; denn thatsächlich liegt die Sache jetzt doch so, daß der Verkäufer besser steht, wenn er mit lieferungsunfähiger Waare andient, als wenn er gar nicht versucht, das Geschäft auszuführen, wie selbst eine juristische Autorität ersten Ranges, der Senatspräsident am Reichsgericht, Herr Wiener, dieses in der Enquete auf das Schlagendste ausgeführt hat. Sie werden mir zugeben, daß diese Bestimmung nichts anderes ist, als eine Prämie auf die Benutzung nicht lieferungsfähiger Waare.

Nachdem ich dargelegt zu haben glaube, daß der Terminhandel, wenn er nicht objektive Einschränkungen erfährt, auf die Beschaffenheit der Waare einen ungünstigen Einfluß ausübt, da die daran betheiligten Personen an ihrer Beschaffenheit kein wesentliches Interesse haben, sondern dieselbe vielfach lediglich als „Objekt" des Differenzspiels betrachten, wende ich mich den nothwendig erscheinenden **subjektiven Einschränkungen** zu.

Meine Herren, es kann für die wirthschaftlichen Interessen der Gesammtheit nicht gleichgültig bleiben, **wenn durch systematische Ausbeutung der Produzenten wie der Konsumenten der erwerbende Mittelstand in seiner Leistungsfähigkeit beeinträchtigt — das**

Großkapital immer stärker und allmächtiger wird, und seine Macht auf der Börse immer rücksichtsloser zur Geltung zu bringen sucht. Dazu kommt, daß das Beispiel einer Anzahl Börsenspekulanten, bei denen Leistung und Gewinn in nicht richtigem Verhältniß zu einander stehen, den Trieb für werbende schaffende Arbeit hemmt, und die Sucht zum gefährlichen Börsenspiel in immer bedenklicherem Maße fördert. Dabei verkenne ich keinen Augenblick die sehr wichtige und nicht zu unterschätzende Rolle der Spekulation im Wirthschaftsleben, die ein nothwendiges Bedürfniß ist, um einen schwunghaften Handel zu erzeugen, durch ihre Umsicht und Beweglichkeit Ueberfluß und Mangel auszugleichen, und damit der Gesammtheit dient.

Unter diesem Gesichtspunkte erscheint in erster Linie nachstehender Vorschlag der Börsenenquetekommission, die Einführung eines Börsenregisters, außerordentlich beachtenswerth und durchaus gerechtfertigt, wie es in These 9*) näher dargelegt ist.

Ich halte dieselbe für durchaus brauchbar, wenn auch allerdings die Definition des Begriffes Termingeschäft, wie ihn die Mehrheit der Enquete-Kommission gegeben, genauerer Präzisirung bedarf.

Die Idee, welche gerade wie ihr Schwesterkind, die Erwägungen über kapitalistisches Angebot und Nachfrage im Gegensatz zum Vorrath und Bedarf, in der Nationalökonomie völlig neue Perspektiven eröffnet haben, ist zuerst von dem Gerichtsassessor Eschenbach in seinen außerordentlich beachtenswerthen Arbeiten aufgestellt und mit juristischer Schärfe eingehend dargelegt worden. Sie beruht vor allem darauf, daß es sich nicht nur um möglichst eng zu definirende und deshalb eventuell leicht durch Börsenmaßnahmen zu umgehende Termingeschäfte, sondern um börsenmäßige Zeitgeschäfte im weiteren Sinne handelt, und man wird nicht umhin können, diese Absichten des gedachten Autors allerdings für zwecksichernder zu erachten, als die Formulirung der Enquetevorschläge dieses vermögen. Es ist zu bedauern, daß der Urheber dieser Gesichtspunkte nicht Gelegenheit gehabt, eingehender im Schooß der Börsenenquete seine Ansichten über diese so wichtigen Fragen selbst zu entwickeln.

Die grundlegende Erwägung, auf der das Börsenregister beruht, mit dem sich auch eine juristische Autorität wie Senatspräsident

*) 9. Bezüglich des Börsenregisters wird auf die in dem Bericht der Börsenenquete-Kommission gemachten Vorschläge verwiesen.

Wiener als Mitglied der Enquetekommission einverstanden erklärt hat, ist die, daß ebenso wie der Kaufmann genöthigt ist, sich in das Handelsregister eintragen zu lassen, derjenige, welcher Termingeschäfte in Waaren machen will, sich als solcher bezeichnet und als solcher bekannt geben soll. Dies Register würde fortdauernd geführt und alljährlich veröffentlicht werden, so daß Jedermann weiß, wer in das Register eingetragen ist. Dieses Verfahren würde vor Allem den Vortheil haben, daß wir der jetzt höchst schwankenden Spiel- und Wett-Judikatur ein Ende machen, welche thatsächlich den Handel in eine gewisse Beunruhigung versetzen mußte.

Die Herren wissen, daß es unmöglich ist, den Begriff des reinen Differenzgeschäfts so zu definiren, daß die Rechtsprechung dasselbe als Spiel behandeln kann, weil es sich von den reellen Termingeschäften in der äußeren Konstruktion nicht unterscheidet, sondern den Spielcharakter vorwiegend in den persönlichen Verhältnissen der Kontrahenten aufweist. Der berufsmäßige Händler ist ja vollkommen berechtigt, ein Differenzgeschäft in dem Sinne zu machen, daß er auf Termin kauft und verkauft resp. prolongirt und sich deckt, wogegen der kleine Beamte, der Schullehrer, der Handwerker gar keine Veranlassung haben, in Weizen oder Roggen zu spekuliren, zumal sie nicht in der Lage sind, die Marktlage zu übersehen, die Waare abzunehmen, sondern lediglich auf die Differenz spielen. Nichts beweist stringenter das Vorhandensein von Ausartungen der Börsenspekulation, als das in letzter Zeit bei der Judikatur hervorgetretene Bestreben der Gerichte, trotz der vorhandenen Lücke in der Gesetzgebung, trotz der mangelnden Definition des reinen Differenzgeschäfts in ganz eklantanten Fällen, in denen die wirthschaftlichen Verhältnisse des in die Hände des Spekulanten gerathenen Privatmannes nicht im Verhältniß standen zu dem Umfange des Geschäfts, die Berechtigung des Einwandes von Spiel und Wette anzuerkennen und das Geschäft als nichtig zu erklären. Daß diese durchaus schwankende Judikatur aber nicht im Stande ist, gegen das Umsichgreifen des Differenzspiels Abhülfe zu schaffen, liegt auf der Hand. Und ich glaube, daß auch der Handel, wenn er sich erst an den Gedanken des Registers gewöhnt hat, der sogar in der Enquete von kaufmännischen Mitgliedern wie Sachverständigen acceptirt worden ist, sehr wohl zufrieden damit sein wird und eine Entschädigung für ihn darin finden wird, daß er eine sichere Basis für sein Geschäft ge-

winnt, indem der Einwand von Spiel und Wette von den eingetragenen Personen dann nicht mehr erhoben werden kann. Denn derjenige, welcher sich in das Register eintragen läßt, der sich nicht scheut, an die Oeffentlichkeit zu treten und zu sagen: ich bin berechtigt kraft meines Berufs, solche Geschäfte zu machen, der muß auch die volle Verantwortung tragen und ist daher nicht berechtigt, den Einwand zu machen, daß er unüberlegt gehandelt und deshalb seinen Verpflichtungen sich entziehe. Es war auch erwogen worden, ob nicht das Handelsregister genüge, und alle diejenigen Leute berechtigt sein sollen Geschäfte zu machen, welche in das Handelsregister eingetragen sind. Dies ist jedoch von der überwiegenden Mehrzahl der Mitglieder der Börsenenquete mit Recht verneint, weil in das Handelsregister eine Menge Leute eingetragen werden, kleine Kaufleute, kleine Händler in Provinzialstädten, die durchaus keine Veranlassung haben, Termingeschäfte zu machen. Dieses Register würde auch den Vortheil haben, daß die Kreditfähigkeit der einzelnen Leute genauer übersehen werden kann; denn wenn der kleine Kaufmann derartige Geschäfte durch Eintragung in das Handelsregister zu machen in der Lage wäre, so würde für manchen, der mit ihm Geschäfte macht, die Frage entstehen, ob es überhaupt rathsam ist, mit einem Manne Geschäfte einzugehen, der durch gewagte Termingeschäfte sich event. ruiniren könnte. Aus dieser Registeridee geht unwiderleglich hervor, daß das Handelsgesetzbuch allerdings in seinen wesentlichsten Theilen gänzlich veraltet ist und einer Revision dringend bedarf, indem in den nach seiner Emanation verflossenen dreißig Jahren sich die gesammten Verkehrs- und Börsenverhältnisse wesentlich verändert haben.

Es wurde auch in der Enquetekommission der Versuch gemacht, die „Gebühr", welche bezahlt werden soll bei Eintragung ins Register, wesentlich herabzusetzen. Diesen Versuch habe ich jedoch verhindert, indem ich die betreffende Summe höher zu setzen beantragte. Darauf wurde die Mitte genommen, die meiner Ansicht nach eine Garantie bietet, daß die kleinen Leute sich nicht auf solche Geschäfte einlassen werden, indem der beutegierige Kommissionär die Gebühr für sie auslegt oder gar bezahlt.

Man könnte den Einwand machen, daß die Gewerbefreiheit durch die Eintragung beeinträchtigt würde, ein Einwand, den ich nicht für stichhaltig erachten kann. Denn thatsächlich steht die Ein-

tragung ja Jedermann frei, der solche Geschäfte abschließen und die dazu gehörige rechtliche Qualifikation erwerben will, nur daß man allerdings von demjenigen, der weil er nicht berufsmäßiger Börsenspekulant ist und spielen will, den moralischen Muth verlangt, vor sich, seiner Familie und der Oeffentlichkeit diese seine Spielereigenschaft einzugestehen.

Thatsächlich ist ja diese Idee auch nichts weiter, als eine scharf durchdachte Weiterentwickelung des obligatorischen Handelsregisters, und das Letztere dürfte auch noch nicht einmal in der kaufmännischen Welt als unwürdig betrachtet sein, es ist im Gegentheil von derselben seiner Zeit ausdrücklich verlangt worden.

Ein anderer Einwand, der ja bei nur oberflächlicher Beurtheilung plausibel erscheinen könnte, ist der, daß vielleicht für einige Landwirthe ein Bedürfniß vorliegen könnte, derartige Geschäfte zu machen, und dieselben sich scheuen würden, sich ins Börsenregister eintragen zu lassen. Nun ist aber von den verschiedensten Sachverständigen darauf hingewiesen worden, daß der Landwirth nur in den allerseltensten Fällen Veranlassung hat, börsenmäßige Termingeschäfte zu machen. Es wurde in erster Linie anerkannt, daß nur die Berufskreise, die Händler, die Manipulationen kennen, die Marktlage übersehen, während die Laienkreise immer unter falschen Voraussetzungen Börsengeschäfte machen. Eine aktive Betheiligung der Landwirthe ist auch deshalb, bei dem Mindestquantum einer Schlußeinheit, nämlich 50 Wispel, schwer möglich, weil er nur selten auf einmal über eine derartige Quantität Waare verfügen kann, wie das Termingeschäft zur Voraussetzung hat. Denn in Wirklichkeit gestaltet sich das Geschäft doch derartig, daß bei dem Deckungsgeschäft von einer Absicht, Waare zu kaufen und abzunehmen, nicht die Rede sein kann, sondern es handelt sich lediglich um die Absicht, sich durch die Preisdifferenz zu decken. Der Landwirth müßte außerdem, abgesehen von der Schwierigkeit, das im börsenmäßigen Termingeschäft vorgeschriebene Quantum von 1000 Centnern zu gleicher Zeit zur Lieferung zu bringen, auch die Garantie für die Qualität übernehmen, abgesehen davon, daß, wenn die Qualität besser ist wie die Lieferungswaare, er einen Verlust bei dem Verkauf erleiden würde. Wenn aber die Qualität sich als nicht lieferbar herausstellt, so geräth er in die allerbedenklichste Situation. Dazu kommt, daß der Landwirth für die verschiedenen

Transaktionen — zwei sind doch mindestens nöthig — Provision und Courtage bezahlen müßte, und wenn er nicht am Ort sich befindet, irgend einen Kommissionär mit den Transaktionen betrauen resp. sich demselben in die Hände geben muß.

Erwägen Sie ferner, daß der Landwirth, wenn er in große Spekulationen, die von Momenten abhängen, die er nicht beherrschen kann, sich einläßt, sich unvermeidlicherweise so präoccupiren läßt, daß er seinen Beruf hintan setzt. Jedem, der einen andern Beruf hat, als an der Börse zu spekuliren, kann man deshalb nur rathen, seine Hände davon zu lassen, besonders im Getreidegeschäft. Ein verständiger Landwirth verkauft nicht auf dem Halm, um sich Kredit zu schaffen, ein verständiger Landwirth verkauft erst, wenn er das Getreide geerntet hat, wenn er die Qualität kennt. Es ist einleuchtend, daß der Grundbesitzer nicht so gut über die Lage des Geschäfts informirt sein kann wie der Kaufmann, daß, wenn er in die Manipulationen des Deckungsgeschäfts eintreten will — meist entwickelt sich aus einem ein zweites — er Börsenberichte einsehen, nach allen möglichen Richtungen hin korrespondiren und sich wie ein großes Kommissionshaus informiren muß. Aber die landwirthschaftliche Thätigkeit verlangt, zumal in heutiger Zeit, die volle Arbeitskraft eines Mannes und liegt jedenfalls die Gefahr der Zersplitterung vor. Einer der vernommenen Sachverständigen wies darauf hin, daß man sich auf die Preisnotirungen nicht verlassen könne im Hinblick auf die Kalkulation der Zukunft, „das Gefühl sei Alles“. Und Herr von Schorlemer-Alst erwiderte mit Recht: „Da stehen die Herren Kaufleute günstiger als die Landwirthe, ich glaube, das Gefühl ist doch bei den Landwirthen nicht so entwickelt in dieser Richtung, wie es bei den Kaufleuten der Fall ist, und daher möchte ich jeden Landwirth warnen, sich auf derartige Spekulationsgeschäfte einzulassen. Ich glaube, wenn Sie alle Vertretungskörper der Landwirthschaft fragen, so werden Sie überall dieselbe Meinung finden: man hält es nicht allein für nicht nöthig, sondern man hält es geradezu für schädlich, daß man sich betheiligt. Es kann nur eine sehr geringe Zahl von Herren sein, für welche dieses ein Interesse hat, und das sind nicht diejenigen, die mit ihren eigenen Produkten das Geschäft machen, sondern diejenigen, die einfach auf Spekulation und Gewinn kaufen und die Sache riskiren. Aber wenn wir sie ausschließen, so thun

wir ihnen nicht nur einen großen Gefallen, denn auf die Dauer wird das Spekuliren nicht zum Heil für sie sein."

Ganz anders liegt die Sache bei den effektiven Lieferungsgeschäften, die ja selbstverständlich durch das Register nicht ausgeschlossen sind und für die ein absolutes Bedürfniß bei dem Landwirth vorliegt, da er auch kleinere Quantitäten auf Lieferung so und so viel Monate voraus nach Muster oder Probe zu verkaufen respektive künstlichen Dünger, Futtermittel, Kleie auf Monate voraus zu kaufen in der Lage sein muß. Es wird ihm auch in Zukunft bei dem Vorhandensein des Terminregisters völlig frei stehen, einem Händler seine effektive Waare auf Monate voraus zu einem festen Preise zu verkaufen, ohne sich auf das schlüpfrige Gebiet der börsenmäßigen Terminspekulation zu begeben. Alsdann werden große Verluste vermieden, denn wenn man Erhebungen anstellen wollte, wer bei den verschiedenen Fluktuationen die Zeche zu zahlen hat, so wird man feststellen, daß es die outsiders sind, die im Großen und Ganzen recht selten ein gutes Geschäft machen.

An der Produktenbörse hat ja dieses Register zu einem gewaltigen Sturm der Entrüstung Veranlassung gegeben, und ich möchte fast glauben, diese Entrüstung beweist, daß wir mit dem Register keinen ganz unrichtigen Schritt gethan haben, daß wir den Finger auf einen faulen Fleck, eine Wunde gelegt haben und dadurch einen Schmerz hervorgerufen haben, der wie ich hoffe zur Gesundung des kranken Körpers führt.

(Sehr richtig!)

Ich glaube, wir werden durch das Register eine größere Stetigkeit in der Preisbildung herbeiführen; denn dieses Schwanken der Preise, wie es jetzt vielfach vorkommt, wird zum großen Theil dadurch hervorgerufen, daß das Privatpublikum, das die Marktlage gar nicht kennt, das gesunde, von dem vorhandenen Material abhängige Verhältniß von Vorrath und Bedarf völlig ignorirt und damit den soliden Handel auf das Schwerste schädigt, und Unregelmäßigkeiten im Geschäft hervorruft, die dem soliden Fachmann, wie vielfach zugestanden worden ist, unwillkommen sein müssen. Sie werden von jenem unwürdigen Geschäftsgebahren gehört haben, das Agenten sogar im Auftrage größerer Geschäftshäuser im Lande umherschickt, welche vielfach den Bauern und den kleinen Grundbesitzer zu

den unglaublichsten Spekulationen veranlaßt. Leute, die eine Revenue von wenigen Tausend Mark haben, werden zu Geschäften im Werth von 100 000 Mark gereizt, und es haben in der Börsenenquete Akten vorgelegen, die die Entrüstung jedes billig denkenden Mannes hervorrufen müssen, wenn er sieht, durch welche Mittel das Privatpublikum zu Termingeschäften verlockt wird. Es ist viel gefährlicher als das Spiel in Monaco, denn nach Monaco muß der Betreffende erst reisen und Geld mitnehmen, aber zum Terminhandel braucht man nicht nach Berlin zu gehen, da tritt der Agent, der Verführer, zu ihm heran und flüstert ihm etwas in das Ohr, bis der Verleitete endlich zustimmt und dann ist der Gimpel eingefangen, muß den Schlußschein unterschreiben, und gefährdet in den meisten Fällen seine Existenz. Hunderte von Agenten durchziehen das Land, sogenannte „Terminreisende", die ein Geschäft offeriren, um lediglich damit Provisionen zu verdienen und den berühmten Schnitt zu machen. Dazu kommt außerdem, daß der Kommissionär noch nebenbei ein gutes Geschäft macht, wenn es ihm gelingt, die Betreffenden à la hausse zu engagiren, während er aus der an der Börse selbst genauest bekannten Sachlage mit fast absoluter Sicherheit annehmen kann, daß bald, womöglich schon am nächsten Tage, die baisse eintreten wird. So gewinnt er außerdem noch an der Spekulation seines vertrauensseligen Kommittenten, indem er gegen seinen Auftraggeber „auf dessen Rücken spekulirt". Unter diesen Umständen ist die Entrüstung begreiflich seitens all der Kommissionäre, die nun durch die Einführung des Registers und die Beschränkung des Differenzspiels ihrer Ausbeutung der sogenannten „ahnungslosen Engel" Schranken gesetzt sehen; und wenn man aus dem Grade der Entrüstung auf die Zahl dieser das Publikum ausbeutenden Kommissionäre schließen darf, so bestätigt dieses nur die Annahme, daß dieselbe viel größer ist, als die Außenwelt mit Ausnahme der wenigen Wissenden bisher vermuthete.

Ich gehe hier auf die eigenartige Stellung der Kommissionäre, auf die damit zusammenhängende Depotfrage nicht näher ein; das ist ein Thema, das einer gründlicheren Besprechung bedarf, als es mir hier möglich sein würde. Ich will nur einen interessanten Punkt dieser viel umstrittenen juristischen Frage des Selbsteintritts des Kommissionärs andeuten, der vielleicht geeignet wäre, dem fraudulösen Gebahren gewissenloser Kommissionäre einen kräftigen

Riegel vorzuschieben.*) Wenn festgestellt wird, daß bei dem Geschäft der Schaden des Kommittenten gleichzeitig in unverhältnißmäßigem Maße der Vortheil des Kommissionärs gewesen ist, müßte der Beweis in dem betreffenden Schadensersatzprozeß nicht dem Kommittenten, sondern dem Kommissionär auferlegt werden. Der Herr Korreferent wird vielleicht als Jurist diese Dinge schärfer zu beleuchten in der Lage sein, wie ich auch bezüglich der These 10**), Einführung der öffentlichen Kassen für Termingeschäfte dem Herrn Korreferenten die weiteren Ausführungen überlassen möchte. Ich will nur noch erwähnen, daß trotzdem von Seiten der Börsenenquete die Vorlegung des Depotgesetzentwurfs als untrennbar von der Frage des Selbsteintritts des Kommissionärs verlangt wurde, dieser so spät der Kommission zuging, daß eine gründliche Durchberathung nicht mehr thunlich erschien, so wünschenswerth dieses gewesen wäre, da der Depotgesetzentwurf, der das Interesse des Privatpublikums viel zu wenig wahrnimmt, in der vorgelegten Fassung auch von Juristen, wie dem Senatspräsident Wiener, als unzureichend bezeichnet werden mußte.

These 11***) schlägt Ihnen einen Disziplinarhof vor, dessen Funktionen genauer präzisirt sind.

*) I. Der Kommissionär haftet für den Schaden, welcher durch Kurs- oder Preisbewegungen unter gleichzeitiger Bereicherung des Kommissionärs entstanden ist, sobald derselbe 10% des Preises übersteigt, falls er nicht nachweist, daß der Schaden durch Umstände eingetreten ist, welche von seinem Willen unabhängig sind.

**) 10. Es sind an allen Produktenbörsen für den Abschluß von Termingeschäften öffentliche, unter Staatsaufsicht stehende Kassen zu errichten, in welche für jedes Geschäft von beiden Kontrahenten ein mindestens 25 pro Cent des Werthes betragender Einschuß einzuzahlen ist, welcher bei Schwankungen von je 5 Mark pro Tonne durch Nachschüsse auf gleicher Höhe zu halten ist.

***) 11. Bei jeder Börse ist ein Disziplinarhof zu errichten, von welchem Börsenbesucher, welche durch ihr Verhalten an der Börse oder bei Ausübung ihres Geschäftsbetriebes die kaufmännische Ehre verletzen oder sich Handlungen zu schulden kommen lassen, welche sie der Achtung ihrer Standesgenossen berauben, zur Verantwortung zu ziehen sind.

Als zu ahndende Handlungen sind namentlich anzusehen:

a) Arglistige Beeinflussung der Kurse oder Preise, insbesondere durch Scheingeschäfte, Abschiebungen, unter-der-Hand-Regulirungen und durch Verbreitung falscher Gerüchte.

b) Die Gewährung und Annahme von Geschenken in der Absicht, Aeußerungen in der Presse zu Gunsten oder zum Nachtheil gewisser Unternehmungen herbeizuführen oder zu unterdrücken.

c) Die Anwendung von Geschäftsbedingungen, welche gegen den kaufmännischen Anstand verstoßen, desgleichen insbesondere Geschäftsofferten und Abschlüsse nach sogenannten festen Anstellungen.

In Betreff desselben möchte ich vor zu großen Erwartungen warnen. Er wird vielleicht diese oder jene Ausschreitung zu verhindern im Stande sein, aber allzu großen Werth lege ich nicht auf denselben, besonders nicht, wenn er so gestaltet wird, wie es leider von der Börsenenquete vorgeschlagen worden ist. Das Disziplinarverfahren soll in Betreff der Voruntersuchung lediglich in die Hände der Mitglieder des betr. Disziplinarhofes gelegt werden, während Werth darauf zu legen sein dürfte, daß gerade der öffentliche Ankläger auch die Voruntersuchung führt und die erste Vernehmung vornimmt; denn ich fürchte, daß, wenn Kollege A. den Kollegen B. vernimmt und das Resultat der Vernehmung dann erst dem öffentlichen Ankläger vorgelegt wird, dann doch manche von den häßlichen Manipulationen nicht zum Vorschein kommen, die durch den Disziplinarhof geahndet werden sollen. Und doch wäre es wünschenswerth, daß der Disziplinarhof mit Ernst seines Amtes waltet, und in Zukunft Existenzen wie Loewy, Ehrlich, Polke u. A. keine bleibende Stätte an deutschen Börsen finden. Wie Sie aus der großen Zahl der zu ahndenden Handlungen ersehen, werden vielfach an der Börse Handlungen begangen, die zwar nicht unter das Strafgesetzbuch fallen, die aber vom Standpunkt der öffentlichen Moral als verwerflich bezeichnet werden müssen. Auch die Interessen der Kaufmannschaft verlangen, ebenso wie die der Allgemeinheit, eine gebührende Ahndung, und muß es den Wünschen der soliden Kaufmannschaft entsprechen, wenn vertrauensunwürdige, die Ehre des Kaufmannsstandes verletzende Personen aus ihrer Gemeinschaft ausgestoßen, und deren unreelle Machenschaften geahndet werden.

Wenn unter die seitens des Disziplinarhofes zu ahndende Handlung auch der Abschluß von Prämiengeschäften gestellt ist, und dieselben nicht direkt verboten werden, so dürften zu allen den Nach-

---

d) Anregungen zu Börsenspekulationen, welche außerhalb des Geschäftsbetriebes des Angereizten liegen, falls sie in einer des ehrbaren Kaufmanns unwürdigen Weise erfolgen, gleichviel ob die Anreizung durch den Anreizenden persönlich oder durch Agenten, Briefe, Anzeigen, Reklamen in öffentlichen Blättern oder dergleichen erfolgt. Desgleichen Abschluß von Börsengeschäften aller Art mit Personen, welche nicht in das Terminregister eingetragen sind.

e) Die wiederholte Benutzung unkontraktlicher Waare zur Kündigung, wenn der Kündigende wußte oder den Umständen nach wissen mußte, daß die Waare den an die lieferungsfähige Qualität zu stellenden Anforderungen nicht entspricht, desgleichen alle Kündigungen ohne vorhandene Waare sowie alle Scheinkündigungen.

f) Prämiengeschäfte aller Art.

theilen, denen wir in Betreff der Preisbildung durch die jetzige Organisation des Zwischenhandels unterworfen sind, die Prämien- und Stellagen-Geschäfte zu denen zu rechnen sein, die von vielen Sachverständigen als mindestens überflüssig, zum Theil aber als durchaus schädliche Spekulationen bezeichnet werden. Im Allgemeinen kann man behaupten, daß, wer die Courage nicht hat, ein Termingeschäft zu machen, immer noch den Muth hat, eine Prämie zu geben oder zu nehmen, also das Prämiengeschäft dazu beiträgt, zum Spiel an der Börse zu ermuthigen. Einer der Sachverständigen erklärte, daß, wenn die Börsenenquete nur das eine erreichte, daß sie das Verbot der Prämiengeschäfte herbeiführte, dieselbe nicht nutzlos gearbeitet haben würde, denn das Prämiengeschäft sei eigentlich doch nichts anderes als eine Wette und gehöre nicht zum soliden Handel. Leider hat die Majorität der Enquete das Verbot der Prämiengeschäfte auszusprechen nicht für gut befunden. Es vermehrt thatsächlich die Preisfluktuationen, denn es hängt oft das Hinaufgehen des Artikels von den Erklärungen ab, welche der Empfänger oder Zahler der Prämie gemacht hat, ob er sich zum Empfange nur einmal, zweimal, dreimal entschließen, oder ob er nicht empfangen will. Gewisse Bankfirmen laden durch Cirkulare zu derartigen Prämiengeschäften ein — Manipulationen, welche den Stempel des gewöhnlichen Spieles an der Stirn tragen und die Preise zu alteriren wesentlich geeignet sind. Das Interesse der betreffenden Kommissionshäuser besteht nicht nur in der Einziehung der doppelten Courtage und des Provisionsgewinnes, sondern womöglich auch in dem Gewinn, den sie als eigene und der Verhältnisse durchaus kundige Gegenspieler machen. Es ist auch zu beachten, daß der Laie sich viel leichter entschließt Prämien zu nehmen, als ein Termingeschäft zu machen. Nach dem Urtheil vieler Sachverständigen sollte das Prämiengeschäft nicht nur nicht als klagbar, sondern als nichtig für Laienkreise erklärt werden. Auch verschiedene Sachverständige von der Getreidebranche erklären, daß die Prämiengeschäfte für den Getreidehändler absolut nicht nothwendig seien, und für die Zwecke des Geschäfts gar nicht in Frage kommen, so daß eine Einschränkung respektive ein allgemeines Verbot der Prämiengeschäfte, wie es übrigens in gewissem Umfange sogar die Liquidationskasse in Hamburg und Antwerpen ausgesprochen hat, gerechtfertigt erscheinen würde.

Meine Herren, ich möchte schließen unter Uebergehung mancher wichtiger Punkte, wie unter anderem der Frage des sehr reformbedürftigen Maklerwesens, und ich bitte das Skizzenhafte dieser aphoristischen Besprechung der Reform meinen vielfachen anderen Geschäften zu gute halten zu wollen, durch die ich in letzter Zeit in Anspruch genommen worden bin. Ich möchte nur noch darauf hinweisen, daß, wie auch die Zukunft in Betreff des russischen Handelsvertrages sich gestalten möge, die Produktenbörse für die Preisbildung einer der wichtigsten Faktoren unseres wirthschaftlichen Lebens bleibt und in ihrer Eigenschaft als Vermittlerin zwischen Produktion und Konsumtion auf das Gedeihen der nach Millionen zählenden, von dem Getreidehandel abhängigen Existenzen den nachhaltigsten Einfluß üben wird. Wenn der russische Handelsvertrag angenommen werden sollte, so glaube ich, würde eines der wenigen Mittel, eine Besserung unserer landwirthschaftlichen Verhältnisse herbeizuführen, eine sachgemäße gründliche Reform der Produktenbörse sein, und unter diesem Gesichtspunkte möchte ich Sie bitten, für die Durchführung der Thesen nicht blos im engen Kreise, sondern auch in öffentlichen Versammlungen und in der Presse energisch einzutreten, besonders in der Ihnen zugänglichen Presse, obgleich dieselbe leider überwiegend von der Börse abhängig ist.

Es ist weiter nichts als eines jener beliebten Schlagwörter des Manchesterthums, wenn es behauptet, daß die Freiheit des Handels durch Maßnahmen, wie wir sie vorschlagen, beeinträchtigt werde. Das gerade Gegentheil ist der Fall. **Bisher ist die Freiheit des Spielers befördert, die Freiheit des Handels ist dagegen durch die bestehenden Usancen wesentlich beeinträchtigt**, so daß zum Theil das reelle effektive Geschäft, wie dies in Berlin seit Jahren beobachtet wird, sich immer mehr von der Börse zurückzuziehen gezwungen sieht und z. B. der Weizenhandel auf Probe nach Hamburg und Mannheim sich gewandt hat, wo die Käufer nicht genöthigt sind, sich Geschäfts-Usancen zu unterwerfen, die dem leichtsinnigen Spieler, aber nicht dem soliden Kaufmann zu gute kommen.

Es ist vor einigen Tagen seitens der Aeltesten der Kaufmannschaft eine Eingabe an den Handelsminister gerichtet worden, in der gegen die Mitwirkung der Landwirthschaftskammern an der Produktenbörse Einspruch erhoben worden ist, mit dem Hinweis, daß die Mitglieder der Korporation der Kaufmannschaft sich der ihr zu-

gewiesenen Aufgabe vollkommen gewachsen gezeigt und die letztere zur allseitigen Zufriedenheit erfüllt hätten.

Angesichts der allseitig anerkannten Nothwendigkeit der Einberufung der Börsenenquetekommission, sowie der von den Sachverständigen gemachten die Produktenbörse außerordentlich gravirenden Aussagen, und der selbst aus Handelskreisen erhobenen Klagen über die Mißstände an der Berliner Produktenbörse, erscheint dieses Selbstlob denn doch in einem höchst eigenthümlichen Licht. Die Besorgniß, daß die „nicht Eingeweihten" in die Vorgänge an der Produktenbörse einen Einblick gewinnen könnten, daß die Landwirthschaft, die doch erst die Produkte für die oft mühelosen Börsenoperationen mit ihrem Fleiß und ihrer Arbeit schafft, daß die Müllerei, die den Absatz sichert, einen Einfluß auf die Regelung der Geschäftsformen der Produktion gewinnen könnte, hat die Herren der Börse wohl anscheinend deshalb in solche Erregung versetzt, weil es sich an der Produktenbörse um „ganz besondere" Dinge handelt und sie das Eindringen „fremder Elemente" in die bisher verschlossenen heiligen Hallen als eine Gefährdung der von mir geschilderten fragwürdigen Geschäftspraktiken betrachten.

Ich fürchte allerdings nach meinen bisherigen Beobachtungen, daß auch in dieser Frage die einseitigen Interessen des Handels bei den Vertretern der Reichsregierung ein viel zu geneigtes Ohr finden werden, zumal bei dem jetzigen System und bei den betreffenden maßgebenden Persönlichkeiten die Neigung, eine energische Reform der Börsenverhältnisse in die Wege zu leiten, eine sehr geringe zu sein scheint.

(Hört! Hört!)

Ich habe mancherlei Anzeichen dafür, die auf den bei der Börsenenquete von mir gemachten Beobachtungen beruhen, und die recht bedauerlicher Natur sind. Um so mehr wird es aber unsere Aufgabe sein, den Gedanken der Reform immer wieder anzuregen und mit Entschiedenheit darauf zu bestehen, daß die Grundlage unseres wirthschaftlichen Lebens, der Getreidebau, nicht durch eine nachtheilige Preisbildung und durch verwerfliche Machenschaften der Börse untergraben wird.

Die Landwirthschaft hat ein Recht zu verlangen, daß die Produktenbörse in richtiger Erkenntniß, daß sie nicht Selbstzweck ist, so gestaltet wird, daß sie auch den Interessen des Produzenten

und Konsumenten dient und nicht in einseitiger Ueberhebung und egoistischem Hochmuth sich cliquenhaft abschließt.

Ich glaube in der That, daß die Stimmung vieler Kreise, die die Börse mit Mißtrauen betrachten, bis zu einem gewissen Grade völlig berechtigt ist, und daß es auch im Interesse des soliden Handels liegen dürfte, in richtiger Erkenntniß seiner volkswirthschaftlichen Aufgaben dafür zu sorgen, durch eine Reform diese Abneigung, diese Mißstimmung gegen gewisse Börsenkreise zu vermindern. **Der wahre Freund der Börse, der ihre Bedeutung voll und ganz anerkennt, ihr Blühen und Gedeihen wünscht, wie ich es thue, muß auch ein Freund der Börsenreform sein.**

Da die Börsenkreise aber nicht die Kraft und den Willen gezeigt haben, zu reformiren, so müssen die gesetzgebenden Faktoren und wenn nöthig der Reichstag aus eigener Initiative vorgehen, und dieses je eher je besser; denn **die Landwirthschaft und das Mühlengewerbe hat schon viel zu lange unter der privilegirten, die Gesammtheit schädigenden Stellung der Produktenbörsen gelitten.** Eine weit vorausschauende, einsichtige Regierung hat die Aufgabe, durch ihre gesetzgeberischen, reformatorischen Maßnahmen der Entwicklung der Dinge stets vorauszueilen und sollte nicht warten, bis die Mahnungen derer immer dringlicher werden, die in ihrer mit Recht erregten Stimmung eine Reformgesetzgebung verlangen.

Wenn nach Maßgabe der vorliegenden Thesen, die ich Ihnen im Großen und Ganzen empfehlen zu sollen glaube, die Reform in Angriff genommen werden wird, so dürfte sich der Reichstag den Dank aller derer erwerben, die in der Ausbeutung des Publikums, in der Schädigung des landwirthschaftlichen und des Mühlenbetriebes durch unreelle Machenschaften und durch höchst bedenkliche Einrichtungen der Produktenbörse eine Vermehrung der sozialen Gefahren erblicken.

(Lebhafter anhaltender Beifall.)

Vorsitzender Graf **von Mirbach**-Sorquitten: Meine Herren, ich glaube in Ihrem Sinne zu handeln, wenn ich dem Herrn Grafen von Arnim den besonderen Dank der Versammlung ausspreche für seine lichtvolle und klare Darstellung in diesem überaus schwierigen Gebiete. Sein Vortrag wird noch als gedrucktes Referat von ganz besonderem Werthe sein. Der Ausschuß wird es jedenfalls in Erwägung ziehen, ob die Weiterverbreitung desselben durch Separatabdruck in die Wege zu leiten sein wird.

Ich ertheile nun dem Herrn Korreferenten, Reichstagsabgeordneten Landrath Gescher das Wort.

Zweiter Berichterstatter, Reichstagsabgeordneter Landrath **Gescher**-Brömerhof:

Meine Herren, der Herr Graf Arnim hat den Gegenstand in einer so eingehenden und trefflichen Weise behandelt, daß mir als Korreferenten eigentlich kaum noch etwas zu sagen übrig geblieben ist. Ich muß mich darauf beschränken, eine kurze Nachlese zu halten.

Sie werden bemerkt haben, daß sich durch die Vorschläge und Ausführungen des Herrn Grafen Arnim als rother Faden ein doppelter Gesichtspunkt hindurchzieht: Es wird beabsichtigt der Schutz des Publikums, vor allem des kleinen Mannes, gegen Ausbeutung durch die des Börsenwesens kundigen Elemente, und zweitens eine Preisbildung durch die wirklichen legitimen wirthschaftlichen Faktoren und Abwehr gegen künstliche und vor allem unredliche Einwirkungen auf die Preisbildung. Wie gesagt, die sämmtlichen Thesen sind ja vom Herrn Grafen Arnim eingehend und vorzüglich begründet worden. Ich möchte nur auf einige derselben zurückkommen und einige zusätzliche Bemerkungen zu denselben machen, und zwar hauptsächlich zu solchen, die gerade mir als altem Juristen nahe liegen. Da lenkt sich denn mein Blick naturgemäß zuerst auf die These, welche das Börsenregister betrifft.

Herr Graf Arnim hat ja schon ausgeführt, einen wie großen Sturm der Entrüstung dieser Vorschlag gerade in Börsenkreisen hervorgerufen hat. Ja, meine Herren, ich als Jurist muß sagen, daß ich nicht begreifen kann, wie gerade in Handelskreisen und speziell in Börsenkreisen eine solche Entrüstung gegen diesen Vorschlag hat entstehen können; denn es handelt sich hier durchaus garnicht um ein neues Rechtsinstitut, sondern um die Ausbildung eines schon seit über 30 Jahren bestehenden Rechtsinstituts, dessen Geburt datirt aus einer Zeit, in der gerade die manchesterlichen Ideen völlig en vogue waren und den deutschen Handelsstand beherrschten. Es handelt sich hier um weiter nichts als um den Ausbau des schon im Handelsgesetzbuch niedergelegten Rechtsinstituts der Handelsregister. Das Handelsgesetzbuch sagt im § 12, daß bei jedem Handelsgericht ein Handelsregister zu führen ist, in welches alle Eintragungen, die das Handelsgesetzbuch anordnet, zu machen sind; insbesondere ist darin einzutragen die Firma eines jeden gewerbsmäßig Handels-

geschäfte treibenden Mannes, eines jeden Kaufmannes, es ist darin einzutragen eine jede Handelsgesellschaft und alles über die Person des Handelsmannes oder der Handelsgesellschaft für die Oeffentlichkeit Wissenswerthe. Die Motive zum Handelsgesetzbuch sagen darüber:

> Diese (die Handels-) Register bilden ein Organ, welches, auf ähnliche Art wie das Hypothekenbuch über den Rechtszustand der Grundstücke, über die Verhältnisse des Handelsstandes eines Bezirks, soweit sie von allgemeinem Interesse sind, genauen Aufschluß giebt. M. 10.

Nun frage ich Sie, meine Herren, ob dieses Motiv denn nun nicht sinngemäße, analoge Anwendung finden muß auch auf die Börsenhändler? Bezüglich deren Persönlichkeit aufgeklärt zu werden, ist es ja für das Publikum noch weit wichtiger.

Außer der Klarstellung der Persönlichkeit der an der Börse handelnden Leute wird aber das Börsenregister eine weitere sehr nützliche Funktion zu erfüllen haben. Es wird, ich möchte mich so ausdrücken, eine Schutzbarrière für alle Personen bilden, welche eigentlich keine Börsenspekulationen treiben sollten. Meine Herren, ich bitte zu beachten, daß die Eintragungen in das Börsenregister öffentlich bekannt gemacht werden. Nun ist es ja eine bekannte Thatsache, die auch vom Herrn Grafen Arnim hervorgehoben ist, daß gerade durch das sehr eifrige und sehr schädliche Treiben der Agenten auf dem Lande und in den kleinen und mittleren Städten eine Menge sogenannter kleiner Leute, Handwerker, Beamte, Lehrer u. s. w. dazu verführt werden, Börsenspekulationen zu machen. Nun bitte ich Sie, wenn es bekannt ist, daß die Eintragungen in das Handelsregister — und dasselbe wird auch für Börsenregister gelten — in den amtlichen und den gelesensten andern Blättern veröffentlicht werden, wenn der Schullehrer A., der Apotheker B. oder der Schuhmacher C. weiß, daß die erste Bedingung für ihn, um zu Börsengeschäften zugelassen zu werden, die ist, daß er in das Börsenregister kommen und sein Name in dem amtlichen Kreisblatte veröffentlicht wird, wenn da zu lesen steht, daß er in öffentlichen Registern figurirt als Börsenspekulant, da wird der Herr sich dreimal umsehen, ehe er dazu übergeht, an der Börse zu spielen. Ferner wird für die Eintragung eine erhebliche Gebühr erhoben werden müssen, sie wird auf 500 Mark zu bemessen sein. Auch das wird eine Schutzbarrière gerade für den

kleinen Mann gegen das Börsenspiel bilden. Daß der Bauer, der redliche Getreideverkäufer durch die Börsenregister nicht gehindert wird, seine Waaren loszuwerden, ist vom Herrn Grafen Arnim schon ausgeführt worden. Soviel über die Börsenregister.

Ich komme nun zu einer zweiten Maßregel, die ich ebenfalls als eine Art von Schutzbarrière für den kleinen Mann gegen die Versuchung, sich mit Spekulationsgeschäften zu befassen, bezeichnen muß, die aber auch ganz außerordentlich günstige weitere wirthschaftliche Folgen haben wird. Ich meine die öffentlichen Abrechnungskassen. Meine Herren, wie Sie aus den Thesen, speziell aus These 12 erfahren haben werden, schlagen wir vor, daß Kassen errichtet werden sollen, die unter Staatsaufsicht stehen und in welche für jedes Geschäft von beiden Kontrahenten ein mindestens 25 Prozent des Werthes des Spekulationsgegenstandes betragender Einschuß einzuzahlen ist. Es ist das ja ein Institut, welches ähnlich anderwärts schon existirt, welches aber selbstverständlich nicht mit den Liquidationskassen, die meines Erachtens schädlich wirken, zu verwechseln ist. Die von uns geplanten, unter Staatsaufsicht zu stellenden Abrechnungskassen mit offiziellen Einschüssen werden meines Erachtens nur günstig wirken können; es wird sich jeder kleine Mann überlegen, ehe er sich von Agenten verleiten läßt, ein Spekulationsgeschäft zu machen, in die Tasche zu greifen und 25 Prozent des Betrages des Geschäfts zunächst in die Kasse hineinzulegen. Wenn er das aber gethan hat, und er hat einen erheblichen Prozentsatz verloren, wird er es sich nunmehr nochmal gründlich überlegen, ob er ein solches Geschäft weiterhalten soll. Denn das ist eine psychologische Wahrnehmung: wenn einer spielt und muß sofort bezahlen, dann wird er sich viel weniger zum Weiterspiel entschließen, wie wenn er dies auf Kredit thun kann; denn es liegt nahe, daß er in letzterem Falle hofft, das Blättchen werde sich vielleicht zu seinen Gunsten wenden, er werde dann vielleicht gar nicht in die Tasche zu greifen brauchen, und daß er dann weiter spielt und vielleicht ins Unglück hineingeräth. Wir werden also durch diese Maßregel einen wirklichen Schutz schaffen gegen das reine Spekulationsgeschäft, gegen das reine Papiergeschäft ohne effektive Waarengrundlage. Dadurch aber werden wir zugleich einen ganz erheblichen weiteren Schritt thun zu dem von uns allen angestrebten Ziele, daß die Getreidebörse ihrem eigentlichen Beruf

näher gebracht werde, die Vermittlerin zu sein zwischen Vorrath und Bedürfniß und nicht zwischen spekulativem Angebot und spekulativer Nachfrage.

Ich komme nun zu einem dritten Punkt, welcher zwar nicht Gegenstand der Resolution ist, der mir aber doch von solcher Wichtigkeit zu sein scheint, daß ich ihn gerade bei der heutigen Verhandlung unmöglich übergehen kann. Ich meine die auch schon vom Herrn Grafen Arnim angedeutete rechtliche Stellung des Kommissionärs. Meine Herren, das augenblickliche Geschäftsgebahren im Kommissionsgeschäft kann man wohl unstreitig als einen der größten, ja vielleicht als allergrößten Krebsschaden unseres jetzigen Börsensystems bezeichnen.

(Sehr richtig!)

Meine Herren, zu allen Zeiten, wo eine ausgebildete Gesetzgebung bestanden hat, in allen civilisirten Ländern ist die Stellung des Kommissionärs eine Vertrauensstellung gewesen. Das Handeln auf Treu und Glauben von Seiten des Kommissionärs, das ist das essentiale negotii in allen Gesetzgebungen aller Länder gewesen. Schon die alten Römer machten dem Mandatar zur ersten Pflicht, daß er diligentiam quam in suis prästiren sollte, daß er denselben Eifer, dasselbe Interesse für seinen Kommittenten haben sollte, wie für seine eigenen Angelegenheiten. Das war die erste Pflicht des Mandatars. Sie aufzuerlegen ist, wie ich schon sagte, in allen Gesetzgebungen für nöthig gehalten worden, insbesondere auch da, wo eine ganz erhebliche Entwickelung des Handels und Verkehrs stattgefunden hatte. Zu den Zeiten der Blüthe eines Hansabundes ist das Kommissionswesen außerordentlich ausgebildet gewesen und mußte ausgebildet sein, denn die hanseatischen Kaufleute mußten ihre Kommissionäre in England, in Nischni-Nowgorod, an allen Plätzen haben, wo ihr Handel betrieben wurde. Es gab noch keine Telegraphen, der briefliche Verkehr war auch schwierig, naturgemäß mußte das Kommissionswesen ganz besonders entwickelt sein, und gerade damals — das wird überall betont und springt überall in die Augen — war der Kommissionär der Vertrauensmann, der auf Treu und Glauben für seinen Kommittenten handelte. Dasselbe findet sich auch in der französischen Gesetzgebung und ferner in den Verhandlungen über das deutsche Handelsgesetzbuch Ende der 50er und Anfang der 60er Jahre. Und, meine Herren, dadurch allein,

daß damals, als das Handelsgesetzbuch geschaffen wurde, dieser Gesichtspunkt als ganz selbstverständlich erachtet wurde, ist es meines Erachtens zu erklären, daß Artikel 376 des Handelsgesetzbuchs, welcher bestimmt, daß der Kommissionär auch als Proprehändler eintreten kann, überhaupt in dieses Werk der Gesetzgebung hineingekommen ist.

Allerdings, meine Herren, man hat sich damals wohl nicht Rechnung gelegt, welche außerordentlich große Bedeutung diese gesetzliche Bestimmung des § 376 dereinst gewinnen würde, insbesondere infolge des gewaltigen Aufschwunges, den unser Verkehrswesen genommen hat durch Eisenbahnen, Telegraphen, Telephon, wodurch ja die fernsten Welttheile einander näher gebracht sind. Der § 376 sagt:

„Bei der Kommission zum Einkauf oder zum Verkauf von Waaren, Wechseln und Werthpapieren, welche einen Börsenpreis oder Marktpreis haben, ist der Kommissionär, wenn der Kommittent nicht ein anderes bestimmt hat, befugt, das Gut, welches er einkaufen soll, selbst als Verkäufer zu liefern, oder das Gut, welches er zu verkaufen beauftragt ist, als Käufer für sich zu behalten."

Das ist eine ganz praktische und gute Bestimmung, die wir unter keinen Umständen jetzt entbehren können; aber das ist doch nicht zu leugnen, daß durch diese Bestimmung ein Keim in die Gesetzgebung über das Kommissionswesen hineingelegt worden ist, dessen Entwickelung wir nicht gerade als eine sehr erfreuliche bezeichnen können.

Durch diese Bestimmung ist in das Mandatsverhältniß ein Gegensatz der Interessen des Kommittenten und des Kommissionärs gebracht. Er äußert sich in mißliebiger Weise hauptsächlich nach doppelter Richtung. Wenn ein Kommissionär zu verkaufen hat, so wird er, wenn der Kurs hin- und herschwankt, natürlich den niedrigsten Tageskurs dem Kommittenten aufgeben und selbst zu dem höchsten Tageskurse zu verkaufen suchen. Umgekehrt liegt die Sache, wenn er zu kaufen hat; er macht seinen Schnitt, wie man zu sagen pflegt, wobei kein Börsenmann das Geringste findet, was aber, wenn man etwas näher darüber nachdenkt, doch das gerade Gegentheil von dem ist, was das eigentliche essentiale negotii ist: die Verfolgung und Besorgung des Interesses des Kommittenten.

Der Kommissionär besorgt nicht die Interessen seines Auftraggebers, sondern seine eigenen.

Indessen, meine Herren, der Schnitt würde noch nicht so schlimm sein. Aber ich komme jetzt zu einer anderen Erscheinung, die wir im Kommissionswesen beobachten, und die ich in der That als eine sehr böse und verderbliche bezeichnen muß, nämlich die, daß Kommissionäre nach der entgegengesetzten Richtung hin spekuliren und agitiren, als wie das dem Interesse ihrer Kommittenten entspricht. — Hat der Kommittent seinem Kommissionär Waaren zum Kaufe angeboten, lieferbar für einen späteren Termin, so liegt es natürlich im Interesse des Kommittenten, daß der Preis der Waare gedrückt wird, damit er billig liefern kann; dagegen liegt es, wenn der Kommissionär als Proprehändler eingetreten ist, in seinem Interesse, möglichst à la hausse zu treiben. Wenn er ein sehr edler Mensch wäre, würde er allerdings seine Pflicht, die er als Kommissionär gegen seinen Auftraggeber hat, für höher erachten als sein eigenes Interesse. Aber, meine Herren, ich weiß nicht, ob sich ein so hochgradiger Edelmuth in Börsenkreisen allzu häufig findet,

(Heiterkeit.)

mir ist ein solcher noch nicht vorgekommen. Wohl aber habe ich andere Dinge kennen gelernt, die mich wirklich überaus frappirten, nämlich daß Kommissionshäuser ihre Kommittenten zu Spekulationen à la baisse mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln animirt haben, und nachdem sie dieselben hierzu veranlaßt, nun selbst à la hausse spekulirt und alles in Bewegung gesetzt haben, um die Hausse zu fördern, von der sie schon früher gewußt hatten, daß sie höchst wahrscheinlich eintreten werde. Das ist ein Gebahren, dem wir leider auf Grund der jetzigen Gesetzgebung nicht entgegentreten können, das aber der gesunde Menschenverstand als betrügerisches bezeichnen wird.

Meine Herren, das ist die Entwicklung, welche das Rechtsinstitut des Kommissionswesens genommen hat, und ich glaube behaupten zu können, daß, wenn man den ehrwürdigen Herren in Nürnberg und Hamburg, welche in den 50er und 60er Jahren den Artikel 376 in das Handelsgesetzbuch hineingebracht haben, gesagt hätte, daß diese Bestimmung solche Früchte zeitigen würde, so würden sie sich höchst verwundert und sehr energisch dagegen protestirt haben, daß ihnen derartiges im Sinne liege. Denn diese Herren gingen doch noch von anderen sittlichen Grundsätzen aus,

als von denen, welche einem solchen Börsentreiben zu Grunde liegen. Damals in Nürnberg und Hamburg waren die moralischen Auffassungen des Kommissionsgeschäfts noch andere, als sie theilweise in Berlin in der Burgstraße Platz greifen. Da nun aber die Anschauung über die Geschäftsgebahrung eine andere geworden ist fin de siècle, so bin ich auch der Ansicht, daß die Gesetzgebung fin de siècle in Bezug auf das Kommissionsgeschäft sich ändern muß.

Es sind ja nun eine große Reihe von Vorschlägen gemacht worden, um diesen Mißbräuchen der Kommissionäre, die ich erwähnt habe, Einhalt zu gebieten, ich habe aber den Eindruck gewonnen, daß sie alle doch nur Halbheiten sind. Mir ist nur ein einziger Vorschlag unter die Augen gekommen — er ist auch schon vom Herrn Grafen Arnim angedeutet worden —, der allerdings ein Radikalmittel ist, was alle pedantischen Juristen gruseln machen wird, der aber meines Erachtens einzig und allein geeignet ist, den bestehenden Uebelständen den Boden zu entziehen. Das ist ein Vorschlag, der in der sehr trefflichen Schrift „Das Kommissionsgeschäft mit Selbsteintritt des Kommissionärs" von dem ja auch sonst auf wirthschaftlich-juristischem Gebiete rühmlichst bekannten Assessor Eschenbach gemacht worden ist. Der Vorschlag besteht in Folgendem: Schon nach der jetzigen Gesetzgebung würde ja selbstverständlich ein Kommissionär, der nachweislich zu seinem eigenen Vortheil gegen das Interesse seines Kommittenten gehandelt hat, für den dadurch entstehenden Schaden haftbar sein, aber es muß immer ein Kausalnexus zwischen dem ungerechtfertigten Handel des Kommissionärs und dem Schaden des Kommittenten nachgewiesen werden, und an der Unmöglichkeit dieses Nachweises scheitert regelmäßig die Geltendmachung der Ansprüche auf Schadensersatz seitens des Kommittenten. Nun geht der Vorschlag, den ich zu machen habe, dahin, daß wir die Beweislast umkehren. Wenn ein Kommissionär ein Geschäft gemacht hat, wobei sein Kommittent unverhältnißmäßigen Schaden erlitten, er aber einen ganz erheblichen Vortheil gehabt hat, so soll er verpflichtet sein, zu beweisen, daß das Geschäft sich in Ordnung abgewickelt hat. Ich habe keine These nach dieser Richtung formulirt, stelle aber anheim, ob die Versammlung nicht vielleicht doch den folgenden Text als Resolution annehmen will. Er lautet so:

Der Kommissionär haftet für den Schaden, der durch Kurs- oder Preisbewegungen unter gleichzeitiger Bereiche-

rung des Kommissionärs entstanden ist, sobald der Schaden 10 Prozent des Preises übersteigt, falls er nicht nachweist, daß der Schaden durch Umstände eingetreten ist, welche von seinem Willen unabhängig gewesen sind.

Ich bin ja überzeugt, daß sowohl in der Börsenwelt wie unter den zunftmäßigen Juristen dieser Satz eine große Revolution hervorrufen wird, und doch ist auch er nichts Neues. Wir haben ein völliges Analogon in § 395 des Handelsgesetzbuchs, welcher über Frachtführer handelt. Derselbe sagt:

„Der Frachtführer haftet für den Schaden, welcher durch Verlust oder durch Beschädigung des Frachtguts seit der Empfangnahme bis zur Ablieferung entstanden ist, sofern er nicht nachweist, daß der Verlust oder die Beschädigung durch höhere Gewalt (vis major) oder durch die natürliche Beschaffenheit des Guts, namentlich durch inneren Verderb, Schwinden, gewöhnliche Leckage u. dergl., oder durch äußerlich nicht erkennbare Mängel der Verpackung entstanden ist."

Das ist eine ganz analoge Bestimmung. Ich möchte noch hervorheben, daß wir andere analoge Bestimmungen haben auch für die Eisenbahnen. Auch der Eisenbahnverwaltung ist die Beweislast für gewisse Fälle von Beschädigungen gesetzlich auferlegt, daß die Beschädigung durch force majeure entstanden ist. Es handelt sich also auch hier um durchaus nichts Neues, sondern um einen Vorschlag, der ganz deutliche Vorgänge im Handelsgesetzbuch und in anderen Gesetzen hat. Ich möchte nur noch bemerken, daß bei der Börsenenquete sehr gewichtige Stimmen — ich nenne nur die Namen Brüninger, Ramdohr und Schmerfeld — sich für eine gesetzliche Bestimmung nach dieser Richtung ausgesprochen haben.

Dann möchte ich noch einen weiteren Punkt ganz kurz anregen: ob es nicht am Platze wäre, unter Umständen auch einem Kommissionär die Erlaubniß, sein Gewerbe zu betreiben, zu entziehen, wenn er wiederholt zu schweren Klagen Veranlassung gegeben, wenn er wiederholt vom Börsendisziplinarhof gerügt oder sonst geahndet worden ist. Ich glaube, auch das würde eine sehr nützliche Bestimmung sein, eine Bestimmung, die ebenfalls durchaus nicht ohne Analogie dasteht. Ich bitte Sie, sich die Gewerbeordnung anzusehen, und Sie werden sich überzeugen, daß dort etwas Aehnliches auch für andere Gewerbe vorgesehen ist. Natürlich

will ich die Börsenhändler durchaus nicht der Willkür der Polizeibehörden preisgeben, ich will ihnen alle Rechtsgarantien bieten, vor Allem die Garantie, daß sie jeder Zeit Berufung und Klage im Verwaltungsstreitverfahren erheben können. Die Proposition, die ich in dieser Richtung Ihnen machen möchte, lautet:

„Solchen Personen, welche das Gewerbe als Getreidehändler ausüben, kann im Falle gemeinschädlicher Geschäftsführung, unter den Rechtsgarantien des Verwaltungsstreitverfahrens, die Ausübung des Gewerbes durch die Landespolizeibehörde untersagt werden.“

Meine Herren, ich schließe hiermit; ich möchte Sie dringend bitten, die Thesen, die Herr Graf Arnim Ihnen vorgeschlagen hat, anzunehmen. Wenn es mir in meiner parlamentarischen Thätigkeit vergönnt sein sollte, dafür zu wirken, daß diese Thesen ein gesetzgeberisches Gewand bekommen, so soll mir das eine große Freude sein. Meine Herren, ich bin überzeugt, daß, wenn wir jene Thesen annehmen, wir den Anstoß geben zu einem segensreichen gesetzgeberischen Werke, zu einem Werke, das dienen wird zur Besserung unserer wirthschaftlichen Zustände, zum Schutze gegen Ausbeutung der ehrlichen Produktion und des soliden Handels, zum Schutze insbesondere auch der landwirthschaftlichen Produktion und last not least zur Hebung der öffentlichen Moral.

(Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Graf **von Mirbach**-Sorquitten: Auch dem Herrn Korreferenten möchte ich in Ihrem Namen unsern Dank für seine werthvolle Ergänzung des ersten Referates abstatten. Wir gehen nunmehr zur Generaldiskussion über. Zum Wort hat sich zunächst gemeldet Herr von Knebel-Döberitz-Lübgust.

Rittergutsbesitzer **von Knebel-Döberitz**-Lübgust: Meine Herren, ich glaube, wir sind dem Ausschuß zu großem Dank verpflichtet, daß er diese Frage angeschnitten und in derselben so hervorragende Referenten ernannt hat. Ich möchte zu Punkt 6 noch zur Begründung der Nothwendigkeit der Verstaatlichung dieser Kommission hinzufügen, daß, wenn es gelingt, diesen Punkt durchzudrücken, also neben den gewerblichen Mitgliedern auch Staatsbeamte in die ständige Kommission hereinzubringen, wir in der Lage sein werden, ein gebildetes, persönlich unintereſſirtes Sachverständigenmaterial von Beamten zu

erhalten, welches allen den Schleichwegen der Börse nachgehen kann und denselben gewachsen ist.

Herr Graf von Arnim hat vorhin schon berührt, daß bei der Enquete die staatlichen Vertreter theilweise eine ganz auffallende Unkenntniß der wirklich treibenden Kräfte und aller der Bahnen, in denen das Börsentreiben sich bewegt, gezeigt haben. Und ich glaube, wir sind uns auch klar — und die Herren von der Börsenenquetekommission sind sich dessen auch bewußt geworden —, wie viel die Herren noch werden lernen müssen, und wie sehr noch die Börse eine terra incognita ist. Es fehlt uns eben zu einer wirklichen Reform der Börse und zum Durchdringen und praktischen Anfassen ihrer Mißstände die intime Kenntniß derselben. Die Börse bildet gewissermaßen einen Staat für sich und hat sich von den allgemeinen Handelsgewohnheiten und Begriffen ihrem Wesen nach so sehr getrennt, daß wir im allgemeinen zu sehr außerhalb dieser ganzen Einrichtung stehen. Ich halte also gerade die Einrichtung dieser staatlichen Notirungskommission, oder wie man sie sonst nennen will, schon darum für ungemein wichtig, um überhaupt Sachverständige heranzubilden.

Ich möchte auch noch für die dringende Nothwendigkeit, daß mit aller Kraft diese Reorganisation der Börse durchgesetzt wird, einen anderen Grund hervorheben.

Meine Herren, die letzten Reichstagswahlen oder vielmehr die Agitationen dazu haben gezeigt, wie der Antisemitismus, und zwar derjenige, den ich für unberechtigt halte, und der auf die Leidenschaften der Wähler spekulirt, der demokratische Radauantisemitismus, gerade diese Frage angeschnitten hat. Der Antisemitismus liegt ja — das läßt sich nicht leugnen — in der Volksseele tief begründet, und gerade in den weniger urtheilsfähigen Kreisen sind solche Vorstellungen von der Börse verbreitet, daß man dort nur das Wort „Börse“ und „Börsenreform“ auszusprechen braucht, um allgemeinen Anklanges sicher zu sein. Wenn also der Staat hier nicht wirklich energisch eingreift, so wird dem falschen Antisemitismus und Demagogismus eine Waffe in die Hand gegeben, die ihm in die Hand gegeben zu haben, der Staat noch einmal schwer bereuen wird.

Weswegen ich mich hauptsächlich gemeldet habe zum Wort, ist, um zu der Silofrage, die Herr Graf von Arnim berührt hat, einige Erläuterungen zu geben. Meine Berechtigung dazu leite ich

daraus her, daß wir die Silofrage in Pommern umständlich behandelt haben, und daß bereits eine Gesellschaft zur Inbetriebsetzung dieser Silos, die baltische Korn-Verkaufsgenossenschaft, begründet ist. Herr von Graß, der Leiter dieser Bewegung, ist leider nicht hier; er würde sonst der Nächste sein, der die Sache vorzutragen und zu vertheidigen hätte. Ich habe mich mit Herrn Grafen von Arnim in Verbindung gesetzt, und hat er den Wunsch ausgesprochen, daß darüber eine Diskussion hier stattfinden möge. Wie Herr Graf von Arnim bereits angeführt hat, ist es ein Unding, daß die Müller in der Nachbarschaft der Produzenten die Fracht nach dem nächsten Börsenorte abziehen von dem Getreidepreise. Ich bekomme z. B. für den Weizen von meinem Gute bei der Stadt Bublitz 1 Mark über Stettiner Notiz, während ich für den Roggen 11 Mark unter Notiz bekomme. Dort wird eben nicht genug Weizen gebaut, die Müller müssen sich den mehrbenöthigten Weizen von Stettin kommen lassen und also eigentlich die Fracht hin und her nach Stettin bezahlen für das Quantum, das sie bekommen. Von einem anderen Gute bekomme ich 3 Mark unter Notiz für Weizen, weil dort mehr Weizen produzirt wird. Nun ist es aber doch ein Unding, daß der Weizen und Roggen, der in meiner Nachbarschaft gemahlen wird, die Fracht bezahlen soll nach Stettin, dem nächsten Handelsplatz. Wenn wir das Ueberquantum in einer exportirenden Provinz diese Fracht bezahlen lassen müssen, so ist das richtig. Aber daß dieses geringe Ueberquantum (etwa nur 10 Prozent der Produktion), dieses Mehr, das wir über den eigenen Verbrauch produziren, die 90 Prozent, welche wir selber konsumiren, im Preise beherrscht, ist ein Unding. Der Weizen wächst doch eben nicht in Stettin oder Berlin an der Börse, sondern bei uns. Und trotz alledem ziehen die Herren uns die Fracht hin und zurück ab. Diesen Mißständen zu begegnen, ist der dezentralisirte Zwischenhandel, der nur auf seinen Verdienst bedachte Handel nicht im Stande. Der Handel rühmt sich bekanntlich, er berücksichtige alle Verhältnisse, er sei der natürliche, unentbehrliche und auskömmliche Vermittler zwischen Produzent und Konsument; aber trotzdem kann er diese Aufgabe nicht erfüllen, wir werden dazu nur im Stande sein, wenn wir in den Getreide exportirenden Provinzen Centralstellen schaffen, welche eine Uebersicht haben über die gesammte Produktion dieser Export-Provinzen, und nun das Ueberquantum, das vielleicht ein

Zehntel der ganzen Produktion betragen wird, herausschaffen auf den Markt, entweder vermöge der Staffeltarife nach dem Westen oder, wenn der Identitätsnachweis aufgehoben wird, ins Ausland, damit dann das Quantum, das von uns selber konsumirt wird, zu dem wirklich geltenden Durchschnittspreise abgesetzt werden kann. Und dies, meine Herren, sind Sie nicht im Stande durchzusetzen anders, als wenn Sie innerhalb der Provinz solche Centralstellen schaffen, welche die Vermittlung, diesen Ausgleich zwischen dem Produktionsplus und dem eigenen Bedarf, bewerkstelligen.

Dies wird die zunächst eintretende Wirkung sein.

Meine Herren, diese Silos selbst sind also Speicher; man nennt die Gesellschaft fälschlich eine Silogesellschaft, es ist einfach eine Kornverkaufsgesellschaft. Die Silos nimmt man deswegen, weil sie die praktischsten Speicher sind, diejenigen Speicher sind, welche die unnöthigen Unkosten, die bisher bei den alten unpraktischen Balkenspeichern entstanden, z. B. das Rollgeld, den Sacktransport, das verschiedene Hin- und Herschicken, Umschippen 2c. ersparen. Sie werden direkt an den Bahnstrang angelegt, und wir müssen mit allem Nachdruck darauf hinarbeiten, daß die Eisenbahnen, wie es in England und Rußland geschieht und wie es auch in Amerika der Fall ist, darauf eingehen, daß diese Silos in dieser Weise angelegt werden. Nur dadurch wird es auch möglich, daß wir, die wir ja so verschiedene Qualitäten, wie Herr Graf Arnim richtig bemerkte, produziren, in der Lage sind, unsere großen Mühlen selbst zu bedienen. Die großen Mühlen mit ihren Terminabschlüssen können und müssen verlangen, daß ihnen eine einheitliche Qualität in größeren Posten geliefert wird, und diese einheitliche Qualität herzustellen ist zur Zeit, wo jeder kleine Händler seinen eigenen Speicher hat, der nur einen Kreis beherrscht und das Getreide theils nach Stettin, theils nach Danzig, theils nach Berlin schafft, geradezu unmöglich. Das können wir aber selbst machen, indem wir ein Netz von solchen Speichern an unseren Bahnen herstellen und nun in diesen Silos, in denen vielleicht 12—24 000 Centner Getreide Platz haben, je nach der Größe, das Getreide zusammenmengen und nun einen einheitlichen Posten von 24 000 Centnern auf einmal offeriren können. Das Drücken der Händler auf die Preise mit Rücksicht auf die Qualität wird Ihnen ja allen bekannt sein, und wenn Sie versuchen, an größere Mühlen zu verkaufen,

so ist dort mit 4, 5, 6 Waggons nicht anzukommen. Wir sind deshalb angewiesen, an den kleinen Händler zu verkaufen, diese verkaufen es an die größeren, diese an die großen; letzterer mischt vielleicht noch russisches Getreide dazwischen und ist er erst in der Lage, mit den großen Mühlen zu handeln. Nun, wir werden diese verschiedenen Zwischenstationen — und auf jeder derselben entstehen ja wieder neue Roll- und Lösch- und Umschütte- und alle möglichen Kosten, nicht zu vergessen den Händlerverdienst, die von unserm Verdienst abgehen — vermeiden können, wenn wir derartige Unternehmen, wie ich sie eben beschrieben habe, selbst schaffen.

Ein weiterer Punkt, wodurch wir vielleicht die Sache fördern können, wird der sein, daß wir darauf hinweisen, daß nach der Errichtung unserer Anlagen die Militärverwaltung im Falle eines Krieges in der Lage ist, ohne von den „berühmten Kriegslieferanten" abhängig zu sein, die im Falle eines Krieges bekanntlich ihren schändlichen Rabbes machen und riesige Gelder eingeheimst haben, direkt das Getreide aus unseren Silos herzunehmen. Unter der Bedingung, daß wir uns dazu entschließen, dem Militärfiskus im Augenblick der Kriegserklärung den Schlüssel zu den Silos zu geben, deren Inhalt er uns coûte qui coûte bezahlt — bei einer Anfrage habe ich das große Interesse der Militärverwaltung in dieser Richtung bestätigt gefunden — muß die Staatsbahnverwaltung bereit sein, uns die Anlage von solchen Speichern zu gestatten oder sie selbst anzulegen und bei dieser Unternehmung entgegenzukommen. Man wird fragen: warum seid ihr denn bis jetzt noch nicht weiter gekommen? Ja, es liegen große Schwierigkeiten vor. Ich möchte zunächst die erfreuliche Mittheilung machen, daß wir aus Westdeutschland zahlreiche Anfragen bekommen haben wegen der Verkaufsgesellschaft, aus Mannheim, aus der Pfalz und aus der Rheinprovinz, also Gegenden, die nicht zu den exportirenden gerechnet werden können. Also diese Gegenden haben die Mißstände im Getreidehandel so lebhaft empfunden, daß die Herren von dort mich ersucht haben, ob ich nicht Vorträge halten wolle. Sie wollen auch durchaus solche Einrichtungen und Verkaufsgenossenschaften schaffen. Die Stadt Mainz hat z. B., in Erkenntniß der Vorzüge der Siloanlagen, einen Silo erbaut, um der Stadt Mannheim, welche vermöge ihrer Siloanlagen den älteren Mainzer Getreidehandel an sich gerissen hat, wieder abzunehmen. Ebenso ist es in Köln.

Die Gründe, warum wir nicht weiter gekommen sind, sind wesentlich persönlicher Natur. Herr von Graß ist müde geworden; er arbeitet seit vier, fünf Jahren mit Anspannung aller Kräfte daran, und wenn er sagt: ihr unterstützt mich nicht genug, ich thue nicht mehr mit! — so kann man ihm das schließlich nicht übel nehmen. Er hat sich also in den Schmollwinkel zurückgezogen, hat aber auch in seiner Familie Verluste gehabt, die ihn abgeneigt machen, sich weiter in die öffentliche Agitation zu stellen. Ich selbst bin leider so sehr in Anspruch genommen von anderen Arbeiten, daß ich der Sache nicht habe näher treten können, andere Leiter sind krank 2c. Vor allen Dingen liegt aber zur Zeit unser ganzer Handel so unsicher, daß ich es mir dreimal überlegen würde, ehe ich den Landwirthen eine so große neue Aktion zur wirklichen Durchführung in diesem Augenblick empfehlen würde.

Meine Herren, wenn der unselige russische Handelsvertrag kommt, werden wir in einer Weise mit russischem Getreide überströmt werden, daß der Bauer bei uns sein Getreide überhaupt nicht mehr loswerden kann, und wir Großgrundbesitzer nur noch mit der größten Mühe; das wird natürlich auf unser Verkaufsgenossenschaftsunternehmen von großem Einfluß sein. Wir müßten also zunächst die Wirkung des Handelsvertrages abwarten. Ferner ist die Aufhebung des Identitätsnachweises und der Staffeltarife eine für diese Unternehmung sehr einschneidende Maßregel, so daß auch hier erst eine Klärung stattfinden muß, bevor man weiter ans Werk gehen kann. Das Schlimmste aber, was die Landwirthe drückt, ist der Umstand, daß sie zumeist nicht mehr in der Lage sind, den Kredit, der ihnen für die bevorstehende Getreidelieferung gewährt ist, beim Händler oder beim Juden, wie es leider bei uns heißt, entbehren zu können. Sie sind nicht in der Lage, diese Unterlage, die Getreidelieferung dem Händler zu entziehen, und alle schönen Maßregeln zur Hebung der Landwirthschaft, selbst die Börsenreform, die Grundkreditregulirung u. s. w. werden nichts nützen, ehe nicht rentablere Getreidepreise herbeigeführt werden.

(Sehr richtig!)

Alle schönen Ideen sind umsonst, wenn die Regierung und die anderen Faktoren, die dabei in Frage kommen, sich nicht entschließen, uns einen auskömmlichen Getreidepreis zu sichern. Mir ist mitgetheilt worden von einem Großgrundbesitzer, daß er den ver-

geblichen Versuch gemacht hat, vier Waggons Roggen fest zu 109 Mark loco Seehafen Pommern zu verkaufen. Ja, meine Herren, die Enquete für die Produktionskostenberechnung ergiebt für Pommern einen Produktionspreis für Roggen von 130 Mark. Was nutzen aber die paar Mark, die wir durch die Börsenreform, durch die Grundkreditregulirungen, durch die Siloeinrichtungen herausschlagen, wenn diesem schreienden Mißverhältniß nicht abgeholfen wird. Ich glaube, dieser Punkt — und mir ist aus Beamtenkreisen selbst bekannt, daß man darüber wunderbarerweise eigentlich ganz im Unklaren ist — ich glaube, dieser Punkt ist wirklich der wundeste, und seine Sanirung ist die Vorbedingung zu allen Reformen, die etwa vorgenommen werden sollen; denn sonst werden alle die Mittelchen, die man anwenden will, versagen. Meine Herren, der Krach wird lange da sein, ehe die Wirkung eintritt, wenn man nicht nach der Richtung hilft.

Aber immerhin kann man die gemachten Vorschläge diskutiren und sich mit den hier gemachten Reformvorschlägen einverstanden erklären.

Ich möchte Ihre Geduld nicht weiter in Anspruch nehmen; ich wäre ja in der Lage, einen großen Silovortrag zu halten, ich will dies aber nicht thun, sondern beschränke mich darauf, Sie dringend zu bitten, diesen Gedanken der Selbsthilfe aufzugreifen und dem Handel den unreellen Verdienst aus den Zähnen zu reißen, und den Mißbrauch, den er mit unserem Korn treibt, zu beseitigen. Denn daß wir thatsächlich bei uns im Lande für das Korn, welches wir selber essen, die Fracht uns bis zum nächsten Handelsplatz berechnen lassen müssen, daß 20 000 Tonnen, die in Riga liegen, nicht auf eine Börse wirken, sondern daß dieses Fernangebot dieser 20 000 Tonnen, wie Herr von Graß es nennt, auf alle 24 oder 30 Börsen Deutschlands gleichmäßig drückt, so daß, wenn man nach Danzig oder Stettin oder Berlin &c. kommt, die Händler immer wieder sagten: „ich kann mich aus den 20 000 Tonnen in Riga um so viel billiger decken“ — das sind Zustände, die unter allen Umständen beseitigt werden müssen, und dies wird uns nur gelingen, wenn wir uns Centralstellen schaffen, in welchen wir selbst das Angebot reguliren können, um so den Lokalpreis zunächst mehr unabhängig zu machen von den Börsennotirungen.

Also, meine Herren, lassen Sie sich bitten, dieser Sache näher zu treten, wir wollen die Bausteine allmählich sammeln zu dem großen Reformplan, der nothwendig ist für unsere deutsche Landwirthschaft, damit die verschiedenen divergirenden Interessen des Ostens und des Westens ausgeglichen werden. Vielleicht würde es sich empfehlen, ein Organ zu bilden, welches diesen Reformplan, worüber wir Landwirthe uns ja wohl verständigen würden, ausarbeitete und uns später vorlegte. Vorbedingung dazu aber ist Hebung der Getreidepreise zur Zeit, sonst gehen wir zu Grunde.

(Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Graf **von Mirbach**-Sorquitten: Das Wort zur Generaldiskussion wird nicht weiter verlangt; ich darf sie also schließen. Wir kommen nun zu den einzelnen Punkten. Ich bitte Diejenigen, welche das Wort dazu zu ergreifen wünschen, sich zu melden.

Die Resolution des Herrn Grafen von Arnim lautet:

Die XIX. Generalversammlung der Vereinigung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer erklärt:

Der Getreidehandel der Börse, wie er sich bisher ausgebildet hat, schädigt in gleicher Weise den Produzenten wie Konsumenten. Eine gesetzliche Neuordnung der auf den Getreidehandel bezüglichen Börsenbestimmungen ist daher dringend geboten und unter folgenden Gesichtspunkten zu bewirken:

1. Der Bundesrath soll befugt sein, allgemeine Anordnungen zu erlassen, welche Bestimmungen enthalten:
   a) über die Börsenleitung und ihre Organe,
   b) über die Geschäftszweige, welche zum Gegenstande des Börsenhandels gemacht werden dürfen,
   c) darüber, in welcher Weise die Preis- und Kursnotirungen erfolgen.

   Die Genehmigung der Errichtung von Börsen, Genehmigung oder Erlaß näherer Anordnungen, sowie das Recht der Aufsichtsführung über die Börse steht den einzelnen Landesregierungen zu.
2. Nach den zu erlassenden Börsenanordnungen sind Normativbestimmungen zu treffen, wonach in den Vorstand der Produktenbörsen die Hauptgruppen der Börseninterereſſenten, und zwar der Handel im allgemeinen, die landwirthschaft-

lichen Gewerbe und die Müllerei, eine entsprechende Vertretung zu finden haben.

3. Die Beschlußfassung über die Zulassung von Waaren zum börsenmäßigen Terminhandel sowie die Festsetzung der allgemeinen Bedingungen für diesen Handel erfolgt durch eine vom Reichskanzler in jedem einzelnen Falle zu berufende Kommission von Vertretern der betheiligten Gewerbszweige sowie der allgemeinen Interessen. Der Bundesrath ist befugt, den börsenmäßigen Terminhandel in bestimmten Waaren zu untersagen, der von gewissen Bedingungen abhängig zu machen ist.

4. Die Landesregierung ist berechtigt, die Oberaufsicht durch angestellte Staatsbeamte in der Art auszuüben, daß sie den Sitzungen der Börsenvorstandsorgane mit berathender Stimme beiwohnen, sowie für die Ausübung des Geschäftsverkehrs innerhalb der durch die Bestimmungen der Börsenordnung gezogenen Grenzen durch persönliche Revisionen Sorge tragen.

5. Es ist von Reichswegen eine Kommission zu berufen, bestehend aus Vertretern des Handels, der Landwirthschaft und der Müllerei, welche die Frage der Lieferungsqualität des an deutschen Börsen zu liefernden Getreides feststellt resp. Vorschläge macht, ob es sich empfiehlt, alljährlich, etwa im Herbst jedes Jahres, zu einem noch näher zu bestimmenden Termin die Lieferungsqualität (Typ, Standard) für an den deutschen Börsen zu lieferndes Getreide einheitlich oder je nach der Lage der einzelnen Produktenbörsen nach Maßgabe der Beschaffenheit des in den einzelnen Theilen des Reichs geernteten Getreides festzustellen, und inwiefern etwa für das ausländische und das inländische Getreide ein getrennter Typ resp. Kursnotirung zu empfehlen ist.

Desgleichen hat diese Kommission zu berathen die Frage einer einheitlichen Preis- und Kursnotirung für Getreide an sämmtlichen deutschen Börsen sowie die Frage, ob nicht der Abschluß börsenmäßiger Termingeschäfte auf eine geringe Zahl von Monaten zu beschränken ist.

6. Die Prüfung des sämmtlichen an den Produktenbörsen zur Kündigung gelangenden Getreides erfolgt bei jeder Produkten-

börse durch eine ständige von den betreffenden staatlichen Aufsichtsbehörden zu berufende Kommission, bestehend aus einem Staatsbeamten als Vorsitzenden und aus vereidigten Mitgliedern, welche von den betreffenden Regierungen der Einzelstaaten aus den Kreisen des Handelsgewerbes, der Landwirthschaft und der Müllerei zu berufen und von den betreffenden Regierungen zu besolden sind, während die Begutachtungsgebühren an die Staatskasse abgeführt werden.

Den Mitgliedern dieser Kommission ist es untersagt, Geschäfte auf eigene Rechnung zu machen oder durch Dritte machen zu lassen.

7. Das zur Kündigung bestimmte Getreide muß vor seiner Zulassung auf seine Lieferungsfähigkeit geprüft werden.

Das zur Prüfung angemeldete Getreide muß entweder in öffentlichen, dazu bestimmten Speichern oder in Kähnen, welche unter amtlicher Kontrole stehen, lagern.

Für die nicht besonders bezeichneten Gattungen gilt die aus deutschem Getreide festgestellte Type.

Das einmal zur Kündigung angemeldete Getreide darf nicht zurückgezogen werden. Ebenso sind Ankündigungen an sich selbst untersagt und strafbar.

8. Die Ankündigung lieferungsunfähiger Waare auch vor Ablauf der Lieferungsfrist setzt den Verkäufer in Erfüllungsverzug und berechtigt den Käufer nach Maßgabe der Art. 355 und 357*) des Handelsgesetzbuches zu verfahren.

---

*) (355) Wenn der Verkäufer mit der Uebergabe der Waare im Verzuge ist, so hat der Käufer die Wahl, ob er die Erfüllung nebst Schadenersatz wegen verspäteter Erfüllung verlangen, oder ob er statt der Erfüllung Schadenersatz wegen Nichterfüllung fordern oder von dem Vertrage abgehen will, gleich als ob derselbe nicht geschlossen wäre.

(357) Ist bedungen, daß die Waare genau zu einer festbestimmten Zeit oder binnen einer festbestimmten Frist geliefert werden soll, so kommt der Art. 356 nicht zur Anwendung. Der Käufer sowie der Verkäufer kann die Rechte, welche ihm gemäß Art. 354 oder 355 zustehen, nach seiner Wahl ausüben. Es muß jedoch derjenige, welcher auf der Erfüllung bestehen will, dies unverzüglich nach Ablauf der Zeit oder der Frist dem anderen Kontrahenten anzeigen; unterläßt er dies, so kann er später nicht auf der Erfüllung bestehen.

Will der Verkäufer statt der Erfüllung für Rechnung des säumigen Käufers verkaufen, so muß er, im Falle die Waare einen Markt- oder Börsenpreis hat,

9. Bezüglich des Börsenregisters wird auf die in dem Bericht der Börsenenquete-Kommission einschlägig gemachten Vorschläge verwiesen, welchen nichts hinzuzusetzen ist.

10. Es sind an allen Produktenbörsen für den Abschluß von Termingeschäften öffentliche, unter Staatsaufsicht stehende Kassen zu errichten, in welche für jedes Geschäft von beiden Kontrahenten ein mindestens 25 pCt. des Werthes betragender Einschuß einzuzahlen ist, welcher bei Schwankungen von je 5 Mk. pro Tonne durch Nachschüsse auf gleicher Höhe zu halten ist.

11. Bei jeder Börse ist ein Disziplinarhof zu errichten, von welchem Börsenbesucher, welche durch ihr Verhalten an der Börse oder bei Ausübung ihres Geschäftsbetriebes die kaufmännische Ehre verletzen oder sich Handlungen zu Schulden kommen lassen, welche sie der Achtung ihrer Standesgenossen berauben, zur Verantwortung zu ziehen sind.

Als zu ahndende Handlungen sind insbesondere anzusehen:

a) Arglistige Beeinflussung der Kurse oder Preise, insbesondere durch Scheingeschäfte, Abschiebungen, unter-der-Hand-Regulirungen und durch Verbreitung falscher Gerüchte.

b) Die Gewährung und Annahme von Geschenken in der Absicht, Aeußerungen in der Presse zu Gunsten oder zum Nachtheil gewisser Unternehmungen herbeizuführen oder zu unterdrücken.

c) Die Anwendung von Geschäftsbedingungen, welche gegen den kaufmännischen Anstand verstoßen, desgleichen ins-

---

den Verkauf unverzüglich nach Ablauf der Zeit oder der Frist vornehmen. Ein späterer Verkauf gilt nicht als für Rechnung des Käufers geschehen. Eine vorgängige Androhung ist nicht erforderlich, dagegen hat der Verkäufer auch in diesem Falle den bewirkten Verkauf dem Käufer ungesäumt anzuzeigen.

Wenn der Käufer statt der Erfüllung Schadenersatz wegen Nichterfüllung fordert, so besteht, im Falle die Waare einen Markt- oder Börsenpreis hat, der Betrag des von dem Käufer zu leistenden Schadenersatzes in der Differenz zwischen dem Kaufpreise und dem Markt- und Börsenpreise zur Zeit und am Orte der geschuldeten Lieferung, unbeschadet des Rechts des Käufers, einen erweislich höheren Schaden geltend zu machen.

besondere Geschäftsofferten und Abschlüsse nach sogenannten festen Anstellungen.

d) Anregungen zu Börsenspekulationen, welche außerhalb des Geschäftsbetriebes des Angereizten liegen, falls sie in einer, des ehrbaren Kaufmanns unwürdigen Weise erfolgen, gleichviel, ob die Anreizung durch den Anreizenden persönlich oder durch Agenten, Briefe, Anzeigen, Reklamen in öffentlichen Blättern oder dergleichen erfolgt. Desgleichen Abschluß von Börsengeschäften aller Art mit Personen, welche nicht in das Terminregister eingetragen sind.

e) Die wiederholte Benutzung unkontraktlicher Waare zur Kündigung, wenn der Kündigende wußte oder den Umständen nach wissen mußte, daß die Waare den an die lieferungsfähige Qualität zu stellenden Anforderungen nicht entspricht, desgleichen alle Kündigungen ohne vorhandene Waare, sowie alle Scheinkündigungen.

f) Prämiengeschäfte aller Art.

12. Art. 249d des Handelsgesetzbuches*) ist auf den Verkehr von Waaren auszudehnen.

---

*) (249d). Mit Gefängniß bis zu einem Jahre und zugleich mit Geldstrafe bis zu 10000 Mark wird bestraft:

1. wer in öffentlichen Bekanntmachungen wissentlich falsche Thatsachen vorspiegelt oder wahre Thatsachen entstellt, um zur Betheiligung an einem Aktienunternehmen zu bestimmen;
2. wer in betrügerischer Absicht auf Täuschung berechnete Mittel anwendet, um auf den Kurs von Aktien einzuwirken;
3. wer über die Hinterlegung von Aktien oder Interimsscheinen Bescheinigungen, welche zum Nachweise des Stimmrechts in einer Generalversammlung dienen sollen, wissentlich falsch ausstellt oder verfälscht, oder von einer solchen Bescheinigung, wissend, daß sie falsch oder verfälscht ist, zur Ausübung des Stimmrechts Gebrauch macht.

Zugleich kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden.

Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt ausschließlich die Geldstrafe ein.

Ist die öffentliche Bekanntmachung ad 1 im Inseratentheil einer periodischen Druckschrift erfolgt und der Verfasser des Inserates nicht nur unter demselben genannt, sondern auch in dem Bereiche der richterlichen Gewalt eines deutschen Bundesstaates, so findet § 20 Alinea 2 des Gesetzes über die Presse vom 7. Mai 1874 (Reichs-Gesetzbl. S. 65) keine Anwendung.

Ich schließe die Spezialdiskussion, da das Wort dazu nicht verlangt ist. Ich würde also bitten, daß diejenigen Herren, welche vorbehaltlich der Revision der Resolution im Ausschuß oder Engeren Komitee die Thesen des Herrn Grafen von Arnim annehmen wollen, sich erheben.

(Geschieht.)

Sie sind wohl einstimmig angenommen. Ich konstatire das.

Bevor ich eine Diskussion und Abstimmung über die Thesen des Landrath Herrn Gescher herbeiführe, möchte ich bemerken, daß sich in diesem Augenblick nicht übersehen läßt, in welcher Form und an welcher Stelle sie etwa den Thesen des Herrn Grafen von Arnim anzugliedern wären. Es müßte dies einer besonderen Berathung des Engeren Komitees anheimgestellt bleiben. Die Thesen des Herrn Landrath Gescher lauten:

1. Der Kommissionär haftet für den Schaden, der durch Kurs- oder Preisbewegung unter gleichzeitiger Bereicherung des Kommissionärs entstanden ist, sobald derselbe 10 Prozent des Preises übersteigt, falls er nicht nachweist, daß der Schaden durch Umstände eingetreten ist, welche von seinem Willen unabhängig gewesen sind.

Eine Generaldiskussion hierüber ist der Natur der Sache nach wohl nicht zulässig; wir würden uns also nur in der Form einer Spezialdiskussion damit zu beschäftigen haben. Wird das Wort zu dieser These verlangt? — das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur zweiten These:

2. Solchen Personen, welche das Gewerbe als Getreidehändler ausüben, kann im Falle gemeinschädlicher Geschäftsführung unter den Rechtsgarantien des Verwaltungsstreitverfahrens die Ausübung des Gewerbes durch die Landespolizeibehörde untersagt werden.

Wird hierzu das Wort verlangt? — Auch hier ist das nicht der Fall. Ich würde also bitten, daß diejenigen Herren, welche auch diese Thesen annehmen wollen, aufstehen.

(Geschieht.)

Auch diese Thesen sind von Ihnen acceptirt.

Ich schließe damit die heutige Sitzung und bitte die Herren wegen des ersten Gegenstandes der Tagesordnung: Neuwahl des Vorstandes, die diesmal von besonderer Wichtigkeit ist, sich morgen pünktlich um 10 Uhr einfinden zu wollen.

(Schluß der Sitzung gegen 1 Uhr.)

Zweiter Tag:

Mittwoch, den 21. Februar 1894.

Der Vorsitzende, Graf **von Mirbach**-Sorquitten, eröffnet die Sitzung um 10¼ Uhr.

Ich eröffne die Generalversammlung.

Wir kommen zum ersten Gegenstande der Tagesordnung, der von der gestrigen Sitzung abgesetzt worden ist, nämlich:

Geschäftliches.

Hierzu ertheile ich zunächst das Wort Herrn Freiherrn von Manteuffel-Krossen.

Reichstagsabgeordneter, Landrath Freiherr **von Manteuffel-Krossen**: Meine Herren, ich kann mich ganz kurz fassen. Sie alle werden wissen, daß auf der letzten Generalversammlung die Herren sich einstimmig dafür ausgesprochen haben, daß zur Zeit irgend welche Veranlassung nicht mehr vorläge, die beiden großen Vereinigungen, den Congreß Deutscher Landwirthe und die Vereinigung der Steuer- und Wirthschaftsreformer, gewissermaßen getrennt marschiren zu lassen. Es sei ein sehr erheblicher Apparat für diese beiden Vereinigungen nothwendig, und es sei auch viel einfacher und auch zweckdienlicher, wenn die Steuer- und Wirthschaftsreformer sich vereinigten mit dem Congreß Deutscher Landwirthe. Der Grund, der in früheren Zeiten dafür vorgelegen hat, eine derartige Trennung bestehen zu lassen — ich brauche das wohl heute nicht noch einmal zu erwähnen — ist hinfällig geworden. Die Steuer- und Wirthschaftsreformer hatten die Führung in einer so energischen Weise übernommen, und die Sinnesart der Leute, die im Congreß Deutscher Landwirthe eine Rolle spielten, deckte sich so vollständig mit der Gesinnung der Herren von der Vereinigung der Steuer- und Wirth-

schaftsreformer, daß es wirklich wunderbar gewesen wäre, wenn man die beiden Vereinigungen noch weiter nebeneinander hätte herlaufen lassen und sie nicht vereinigt hätte, und so war damals dem Herrn Grafen von Mirbach und mir das Mandat zu Theil geworden, diese Vereinigung möglichst bald herbeizuführen.

Wir haben uns auch alsbald ans Werk gemacht, haben die Modalitäten vereinbart, unter denen eine solche Verschmelzung stattfinden könnte, haben uns an die verschiedenen Mitglieder des Ausschusses gewandt und ein Rundschreiben an die Mitglieder der Steuer- und Wirthschaftsreformer, wie des Congresses Deutscher Landwirthe erlassen. Die Letzteren waren gewissermaßen der leidende Theil, indem sie wenigstens ihre Firma aufgaben, leidend aber nur in dieser einen Richtung; denn im übrigen wird man niemals leiden, wenn man gestärkt wird, und ich meine, eine Stärkung hat unter allen Umständen stattgefunden dadurch, daß die beiden Körperschaften nunmehr vereinigt sind, daß sie eine viel größere, eine kompaktere Masse bilden, als es früher der Fall war.

Es ist also eine Einigung auf allen Seiten erzielt worden, und die Steuer- und Wirthschaftsreformer sind die Einzigen, die jetzt noch existiren. Ich kann sagen: mit klingendem Spiel ist der Congreß Deutscher Landwirthe zur Vereinigung der Steuer- und Wirthschaftsreformer übergegangen, und diese bildet nunmehr eine wirklich ansehnliche und große Körperschaft. Der Uebertritt der Mitglieder und die Uebertragung der Beiträge seitens der Mitglieder des Congresses vollzieht sich mit verschwindenden Ausnahmen ganz glatt, so daß ich als Schluß meines Referats nur mittheilen kann: der Congreß Deutscher Landwirthe hat aufgehört; wir sind jetzt Steuer- und Wirthschaftsreformer und werden als solche kämpfen. wie wir bis jetzt gekämpft haben.

(Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Graf **von Mirbach**-Sorquitten: Meine Herren, da das Wort hierzu nicht verlangt wird, so werden wir zunächst zur

Wahl des Vorstandes

übergehen. Ich ertheile hierzu das Wort Herrn Alfieri.

Rittergutsbesitzer **Alfieri**-Koppershagen: Ich schlage vor, die Wahlen per acclamationem zu vollziehen.

(Zustimmung.)

Vorsitzender Graf **von Mirbach**-Sorquitten: Meine Herren, wird dagegen ein Widerspruch erhoben? — Das ist nicht der Fall; die Akklamationswahl ist also acceptirt.

Rittergutsbesitzer **Alfieri**-Koppershagen: Meine Herren, ich schlage vor, zwei Vorsitzende zu ernennen und zwar die Herren Graf von Mirbach-Sorquitten und Freiherr von Manteuffel-Krossen.

Vorsitzender Graf **von Mirbach**-Sorquitten: Ich muß hierzu Folgendes bemerken: Wir haben beschlossen, die Wahl des Vorstandes, die ja nach dem Statut auch vom Ausschuß vollzogen werden kann — wie bisher immer — durch die Generalversammlung vollziehen zu lassen. Der Ausschuß schlägt Ihnen zunächst für diesmal ohne unbedingtes Präjudiz für die Zukunft, aber mit der Erwartung, daß, wenn das sich bewährt, es auch für die Zukunft so zu halten, vor, zwei Vorsitzende und einen Stellvertreter zu wählen für zwei Jahre und zwar mit der Modifikation, daß der Vorsitz in den Händen der beiden zuerst Genannten ein Jahr um das andere alternirt. Herr Alfieri müßte also die Güte haben, vorzuschlagen: zwei Vorsitzende und einen Stellvertreter für den Zeitraum von zwei Jahren.

Rittergutsbesitzer **Alfieri**-Koppershagen: Ich schlage als Vorsitzende vor Herrn Grafen von Mirbach-Sorquitten und Herrn Freiherrn von Manteuffel-Krossen.

(Bravo!)

Vorsitzender Graf **von Mirbach**-Sorquitten: Meine Herren, wenn kein Widerspruch erfolgt, werde ich annehmen, daß Sie die Wahl der genannten Beiden vollziehen. — Ein Widerspruch erfolgt nicht; ich konstatire die vollzogene Wahl.

Herr Freiherr von Manteuffel, wollen Sie die auf Sie gefallene Wahl annehmen?

Reichstagsabgeordneter, Landrath Freiherr **von Manteuffel**-Krossen: Ich nehme die Wahl mit großem Dank unter der Voraussetzung an, daß Herr Graf von Mirbach bis zur nächsten Generalversammlung den Vorsitz führt.

Vorsitzender Graf **von Mirbach**-Sorquitten: Auch ich nehme die Wahl mit dem herzlichsten Dank für Ihr Vertrauen an und will gern dem Wunsche des Herrn Freiherrn von Manteuffel entsprechen.

Rittergutsbesitzer **Alfieri**-Koppershagen: Als Stellvertreter der Vorsitzenden schlage ich vor Herrn Kammerherrn Dr. von Frege-Abnaundorf.

Vorsitzender Graf **von Mirbach**-Sorquitten: Ein Widerspruch gegen diese Wahl erfolgt nicht; ich darf also konstatiren, daß Herr Dr. von Frege zum Stellvertreter der Vorsitzenden gewählt ist. Herr Dr. von Frege ist leider durch Krankheit in seiner Familie verhindert, hier zu sein. Ich zweifle aber nicht daran, daß er die auf ihn gefallene Wahl annimmt.

Nun gehen wir zur

Wahl des Ausschusses

über.

Statutengemäß scheiden 10 Mitglieder des Ausschusses aus; es würde also Ihrerseits eine gleiche Anzahl vorgeschlagen werden müssen. Ich weiß nicht, ob Sie die Akklamationswahl auf diese Wahl ausdehnen wollen.

Rittergutsbesitzer **Alfieri**-Koppershagen: Ich schlage auch hier Akklamationswahl vor.

Vorsitzender Graf **von Mirbach**-Sorquitten: Ein Widerspruch gegen die Akklamationswahl erfolgt nicht; ich konstatire, daß dieser Modus acceptirt ist.

Rittergutsbesitzer **Alfieri**-Koppershagen: Ich schlage vor, die ausscheidenden Mitglieder wieder zu wählen.

Es sind dies:

1. Major von Below-Saleske-Cusserow,
2. Kammerherr Dr. von Frege-Abtnaundorf,
3. A. Gontard-Mockau,
4. Erbjägermeister Günther von Jagow-Rühstaedt,
5. von der Osten-Blumberg,
6. von Ploetz-Döllingen,
7. Schloßhauptmann Graf von Schlieben-Sanditten,
8. Dr. Schroeder-Poggelow,
9. Freiherr von Thüngen-Roßbach,
10. Lamprecht-Klein-Mutz.

Vorsitzender Graf **von Mirbach**-Sorquitten: Meine Herren, wenn kein Widerspruch erfolgt, so nehme ich an, daß die Wahl vollzogen ist. — Das ist der Fall.

Dann aber, meine Herren, möchte ich noch die Bitte an Sie richten, daß Sie beschließen wollen, daß Herr Alfieri, da Herr Freiherr von Manteuffel heute im Reichstage dringend zu thun hat, die Güte hat, mich hier zu unterstützen bezw. zu vertreten im Präsidium, soweit das nöthig ist.

(Zustimmung.)

Die Herren sind damit einverstanden; ich bitte Herrn Alfieri, hier Platz zu nehmen, ebenso die Herren Schriftführer von gestern, sich wieder hierher zu bemühen.

(Geschieht.)

Wir kommen nun zum ersten Gegenstande unserer heutigen Tagesordnung:

Die Entwickelung des wirthschaftlichen Lebens in Deutschland seit 1890.

Ich ertheile dem ersten Herrn Referenten, Landtagsabgeordneten, Landesökonomierath von Mendel-Steinfels, das Wort.

Erster Berichterstatter Landesökonomierath, Landtagsabgeordneter **von Mendel-Steinfels**-Halle (Saale): Meine sehr verehrten Herren! Wenn wir die heutige wirthschaftliche Lage betrachten, so bietet sich uns ein Bild, welches als wenig erfreulich muß angesprochen werden: Wir beobachten allenthalben und zwar nicht allein in landwirthschaftlichen Kreisen Mißmuth und wenig Vertrauen; wir müssen ferner leider aber auch empfinden, daß der Kampf der einzelnen Erwerbskategorien im Staate mehr und mehr sich verschärft, und ganz besonders die Landwirthschaft ist in eine Lage hineingedrängt, die als eine beneidenswerthe nicht darf angesprochen werden. Es ist die Situation, besonders unter Mitwirkung eines gewissen Theiles der Presse, bereits so geworden, daß es heute schon genügt, daß, wenn von Seiten der „Agrarier“ irgend eine, und mag es auch eine ganz harmlose Forderung sein, gestellt wird, die Gesammtheit der liberalen Presse über sie herfällt und sie ungeprüft verurtheilt, und zwar zumeist nur deshalb, weil sie eben aus dem Lager der Landwirthschaft kommt. Gerade unter solchen Verhältnissen ist es aber von besonderer Bedeutung, daß wir selbst sachlich bleiben und sachlicher Prüfung diejenigen Fragen unterstellen, die uns als brennend erscheinen und der Erledigung und Klarlegung bedürfen. „Sine ira et studio“ muß heute mehr wie je das Motto

sein, welches uns leitet und voranleuchtet; ich werde mich bemühen, bei den Darlegungen, die ich die Ehre haben werde Ihnen zu unterbreiten, dieser Devise nach besten Kräften gerecht zu werden.

Meine Aufgabe soll es sein, die wirthschaftlichen Verhältnisse, wie sie sich seit dem Jahre 1890/91 im allgemeinen Erwerbsleben und speziell im landwirthschaftlichen geltend machen, näher zu beleuchten. Deutschland hatte bis zum Jahre 1890/91 seine Zollpolitik vollständig auf freie Hand gestellt und sich damit begnügt, mit den einzelnen Staaten auf Grund eines autonomen Tarifes Meistbegünstigungsverträge abzuschließen. Infolge davon haben wir in vollem Maße an den Vergünstigungen der europäischen Konventionaltarife theilgenommen und waren im Stande, den jeweiligen Strömungen in der Wirthschaftspolitik des Auslandes Rechnung zu tragen und dasjenige zu erreichen, was im Interesse der deutschen Arbeit, im Interesse der deutschen Produktion lag. Nur mit der Schweiz, mit Griechenland und mit Italien waren für bestimmte Positionen Sonderverträge abgeschlossen.

Mit dem Jahre 1891 kam nun die Zeit, in der die meisten Handelsverträge, welche die verschiedenen Nationen unter sich abgeschlossen hatten, abliefen; es ist ja zweifellos, daß dieses Ablaufen eine Sache war, die auch Deutschland in hohem Maße berührte, wenn auch vorerst nur indirekt. Die deutsche Regierung aber beurtheilte die Situation so, daß sie es für gefährlich betrachtete, die Sache an sich herankommen zu lassen und daß es nöthig sei, sofort selbst aktiv auf dem Markte des Zollhandels der Völker zu erscheinen. Die Gründe für diese Frontveränderung und die Aufgaben des altbewährten Grundsatzes bisheriger Handelspolitik sind wohl mannigfache gewesen. Einerseits mag es wohl die Thatsache gewesen sein, daß Frankreich, Amerika und Rußland in eine sehr scharfe Schutzzollpolitik hineinsegelten, die durch die Mac Kinley-Bill in den Vereinigten Staaten und die willkürlichen Zollzuschläge Rußlands geradezu einen prohibitiven Charakter anzunehmen begann.

Andrerseits aber ist es zweifellos, daß die moderne Schule der Nationalökonomie, die darauf beharrt, von einem mitteleuropäischen Zollbund zu schwärmen, die ferner den Hort der Zukunft im deutschen Industriestaat erblickt und Landwirthschaft und Gewerbe als Faktoren eines überwundenen Standpunktes anspricht, auf die

Leiter unseres Staatswesens zweifellos einen maßgebenden Einfluß gewonnen hatte. Unter der Sorge und Beklemmung, bei der Vertheilung der Welt in der Zollpolitik zu spät zu kommen und den heimischen Exporthandel zu schädigen, hat unter den Rathschlägen dieser Schule die deutsche Regierung den Pfad betreten, den man als denjenigen des neuen Kurses bezeichnet, der durch ein zu eiliges Entgegenkommen Deutschlands anderen Staaten gegenüber sich auszeichnet und wegen einer nicht angebrachten Nachgiebigkeit deutscher Unterhändler zu verurtheilen ist.

Ein großer Theil derjenigen, die am öffentlichen Leben betheiligt sind, und zwar nicht allein Agrarier, sondern auch Industrielle und Andere stehen auf dem Standpunkte der festen Ueberzeugung, daß es besser gewesen wäre, die Sache mehr an sich herankommen zu lassen und die Situation abzuwarten, um das Heft, wenn ich mich so ausdrücken soll, in der Hand zu behalten; es ist zweifellos eine im allgemeinen Geschäftsleben allerwegen erprobte Thatsache, daß derjenige, der auf dem Markt das Geschäft sucht, immer im Nachtheil ist gegenüber dem, der es mit Reserve an sich herankommen läßt. Dieses Suchen und Entgegenkommen ist ein Charakteristikum unserer heutigen Wirthschaftspolitik.

Bei der Begründung der ersten Vorlage zu den Handelsverträgen im Reichstage legte der Herr Reichskanzler wie bei verschiedenen anderen Gelegenheiten auch hier einen besonderen Werth auf die Förderung des Exportes und er sprach seine schwere Sorge dahin aus, daß es so in Deutschland nicht weiter gehen dürfe, indem wir eine Einfuhr hätten von circa 4000 Millionen, der nur eine Ausfuhr von 3200 Millionen gegenüber stände; wir arbeiteten demgemäß nach seiner Meinung und Anschauung mit einem jährlichen Defizit von 800 Millionen. Damit bekannte unser oberster Leiter des Reiches sich zu der Theorie der sogenannten Handelsbilanz, die in freihändlerischen und merkantilistischen Kreisen eine große Anhängerschaft besitzt. Diese Theorie hat etwas sehr Verlockendes und trägt den Schein der Thatsächlichkeit an sich, aber auch nur den Schein. In der Wirklichkeit ist sie sehr angreifbar.

Die Handelsbilanz oder vielmehr die Theorie der Handelsbilanz ist an sich wohl beachtenswerth und zur Orientirung über die wirthschaftlichen Zustände einer Nation auch geeignet, aber in wichtigen Dingen ausschließlich sie entscheidend sein zu lassen, ist ein

Fehler, denn sie ist weder hinreichend verlässig noch allein entscheidend. Mein Beweis für diese Behauptung liegt in Folgendem: wir wissen, wie ungemein schwer es ist, bei der Ausfuhr sowohl wie besonders auch bei der Einfuhr die wahren Werthe der Waaren zu konstatiren, und daß die handelspolitische Statistik zur Begründung der Handelsbilanz ein unsicheres Ding ist, weil sie auf sehr willkürlicher Schätzung beruht. Wir wissen ferner, wie sehr dehnbar die Zahlen sind, und wir wissen auch, daß wenn irgend eine Tendenz der Eintaxirung zu Grunde gelegt wird, beliebige Zahlen und ganz verschiedene Resultate zur Erscheinung kommen können. Kurzum, ich stehe auf dem Boden, daß ich sage: dieses willkürliche Schätzen des Werthes der Ein- und Ausfuhr kann nicht als maßgebend angesprochen werden, um als sichere und ausschließliche Grundlage der Handelspolitik eines großen Reiches zu dienen.

Dann aber lehrt uns die Wissenschaft und die praktische Beobachtung — welche letztere immer die beste Lehrmeisterin des Menschen bleibt —, daß die höhern Ausfuhr- und die geringern Einfuhrziffern durchaus noch nicht einen Beweis für den nationalökonomischen Reichthum eines Staates bilden; bekannt ist, daß einerseits sehr hoch entwickelte Kulturländer gerade die anscheinend ungünstige Differenz der höheren Einfuhr und der anscheinend nicht befriedigenden Handelsbilanz aufweisen, und daß andererseits Länder, die niedrig in der Kultur stehen, das Gegentheil zeigen, nämlich eine anscheinend günstige Bilanz haben, wie z. B. Rußland. Es sind eben die Bedingungen der nationalökonomischen Prosperität so vielseitige und mannigfaltige, daß man unsichere Zahlenbeispiele, die noch dazu sehr anfechtbar sind, als Grundlage für den Kurs einer Wirthschaftspolitik nicht dienen lassen darf. Bei der Beurtheilung der Ein- und Ausfuhr müssen übrigens auch noch eine Menge anderer Faktoren in Betracht gezogen werden, die der Reichskanzler anscheinend ebenfalls übersehen hat. Ich erinnere nur an die Zinsen, welche für die Kapitalien, die Deutschland im Auslande angelegt hat, nach Deutschland gezahlt werden. Das ist auch eine Vermehrung des Nationalreichthums, die in ihren Wirkungen genau den Effekt einer lukrativen Ausfuhr hat und ebenfalls in die Handelsbilanz aufgenommen werden müßte. In der 139. Reichstagssitzung hat der Abgeordnete Kropatscheck diesen Punkt, der kaum einen Widerspruch fand, mit Recht hervorgehoben.

Wenn wir die Wirkungen der zollpolitischen Verhältnisse Deutschlands, wie sie vom Jahre 1879 unter der damaligen Wirthschaftspolitik sich gestalteten, bis zum Jahre 1891 näher betrachten, was ist dann das Ergebniß dieser Prüfung? Die Resultate sind durchaus günstige: Deutschland hat sich in seiner Ausfuhr vom Jahr 1879 bis zum Jahr 1891 ganz gewaltig entwickelt unter den gesunden, normalen Verhältnissen, wo der eine Stand, die Landwirthschaft, nicht preisgegeben wurde und der andere Stand, die Industrie, trotzdem frische und frohe Fortschritte machte und von Jahr zu Jahr erhöhte Exportziffern aufzuweisen hatte sowie mehr und mehr in organischer Entwicklung den Weltmarkt systematisch für sich eroberte. Wir wissen, meine Herren, daß wir im Jahre 1887 3190 Millionen ausführten und daß wir bis zum Jahre 1891 bereits auf 3409 Millionen mit unserem Export gestiegen waren.

Daß manche Industrien über Minderabsatz klagen, und daß man auch in industriellen Kreisen eine Depression empfindet, ist Thatsache. Ich bezweifle aber, daß der Weg, der jetzt beschritten ist, geeignet erscheint, zu einer Besserung zu führen. Im Nachfolgenden will ich aber nun einmal auch die Gründe ein klein wenig näher beleuchten, die meines Erachtens die Depression in der Industrie herbeiführten:

Die allgemeine Weltlage an sich und die Unsicherheit der politischen Verhältnisse, die fortwährenden Rüstungen der Großstaaten, sowie die Fluthwelle des Auf- und Niedergangs der Konjunkturen, welch' letztere wir in diesem Jahrhundert schon oft beobachteten und zwar in immer kürzeren Schlägen, je mehr die Länder Industriestaaten werden, sind die eine Ursache. Wir leben augenblicklich in einer langandauernden Fluthwelle des Niederganges.

Ein anderes Moment ist zweifellos die Herrschaft der Goldwährung. Es ist eine eigenthümliche Erscheinung, daß gerade diejenigen Kreise, die es am meisten angeht, so wenig sich mit der Währungsfrage beschäftigen,

(Sehr richtig!)

und daß man sich damit begnügt, Jeden, der in der Geldwährung nicht das will, was der Kapitalismus will, und der das Silber auch noch einigermaßen als geeignetes Werthmittel anspricht, für einen ungebildeten Menschen — einen Agrarier anzusehen, der eigentlich gar kein Urtheil hat und haben soll. Wir haben hier wieder einen

Punkt, wo die scharfe Opposition anscheinend von Vielen nur darum gemacht wird, weil die Forderung objektiver Prüfung der Sache aus dem agrarischen Lager kommt, und weil alles, was die Landwirthschaft heute fordert, einfach bekämpft werden muß.

(Sehr richtig!)

Ich meine, der Mangel an Objektivität in dieser Beziehung liegt nicht bei uns, sondern vielmehr auf der andern Seite, wo man urtheilslos urtheilt.

(Bravo!)

Ich weiß, wir haben in dieser Versammlung von berufener Seite noch klare Darlegungen über die Währungsfrage zu erwarten und möchte darum hier nur dieselbe streifen, indem ich die Frage aufwerfe: Was denken die Goldwährungsmänner comme il faut, die Engländer, eigentlich über die Goldwährung? Da habe ich so einige Citate, die ich hier festlegen will, indem sie Anderes besagen, wie Herrn Bambergers Theorien uns verkünden, — ich bitte um Ihre Geduld, sie sind nur kurz.

Einer der bekanntesten Vorkämpfer der Goldwährung in England ist bekanntermaßen Ernst Seyd; derselbe ist bei der letzten Münzkonferenz in Paris gestorben und hat unmittelbar vor dem Jahre 1873, in dem die Goldwährung bei uns eingeführt ist, Folgendes geschrieben, was besonders auch den Herren von der Industrie und dem Handel zur Beachtung empfohlen sei:

„Es ist ein großer Irrthum, vorauszusetzen, daß die Annahme der Goldwährung durch andere Staaten wohlthätig sein wird. Sie wird nur zur Zerstörung des bis dahin bestehenden Gleichgewichts im Geldwesen führen und einen Fall des Silberpreises verursachen, von dem Englands Handel und die indische Silbervaluta mehr leiden werden, als alle übrigen Interessen — so traurig der allgemeine Niedergang des Wohlstandes in der ganzen Welt sein wird (!). Der starke Doktrinarismus, der hinsichtlich der Goldwährung existirt, ist so blind, daß, wenn die Zeit des Niederganges kommt, ein ganz besonderes Charakteristikum sein wird, daß man denselben auf alle möglichen ungereimten Ursachen zurückführen wird, nur nicht auf diese einzige Ursache."

Der Mann war ein Prophet, was er voraussagte, ist bis aufs Geringste eingetroffen.

Lord Beaconsfield, der bekannte Goldwährungsmann, schreibt ausdrücklich, daß die deutsche Währungsveränderung vom Jahre 1873 eine große wirthschaftliche Störung und verderbliche Folgen für Handel und Verkehr mit sich bringen müßte.

Aehnlich spricht sich der „Economist", eine goldfreundliche Handelszeitung Englands, aus.

Robert Giffen aber — ein ebenfalls bekannter Vorkämpfer der Goldwährung, der ja so gern von den Doktrinären dieser Währung citirt wird — wies nach einer sorgfältig aufgestellten Statistik nach,

> „daß von 1873 bis 1879 der Preisrückgang 24 Prozent der Waaren betragen habe, und er fürchtet, daß dieser Preisrückgang dauernd bleibe, ja sich noch verschärfen dürfte, wenn nicht Aenderungen in der Währungspolitik der europäischen Staaten einträten".

Thorald Roggers, Professor in Oxford und kompetenter Schriftsteller in Währungssachen, bezeichnet ebenfalls als Ursache der Baisse seit 1873 die rapide Steigerung des Tauschwerthes des Goldes, verursacht durch die Verbannung des Silbers.

Diese Engländer waren für die Goldwährung nur, soweit es England betrifft, aber zumeist der Meinung, daß, wenn die Welt oder die großen Staaten die Goldwährung einführten, alsbald das Zukurzsein der Decke zu Tage kommen und der Jammer eintreten wird, in dem wir heute leben. An diesem ist aber nicht die Landwirthschaft schuld, und da wird auch das Niederstrecken der Landwirthschaft nicht helfen, sondern im Gegentheil, es hilft nur die offene, ehrliche Auffassung der Sache und der gute Wille, zu bessern, wo man kann.

(Bravo!)

Für jeden Unbefangenen liegt die Sache sehr klar: „Je weniger Geld, desto billigere Waare, desto schlechtere Konjunktur, desto mehr Krisen und Stockungen in Industrie und Handel."

Ein anderer Punkt, der als Motiv der heutigen traurigen, Niemand befriedigenden Zustände darf angesprochen werden, ist der mangelhafte Absatz im Innern. Ein Charakteristikum unserer neueren modernen Schule der Nationalökonomie ist das

fascinirte Blicken nach dem Auslande: immer nur Exporthandel und kapitalistische Weltindustrie! — Was im Innern passirt, ist den Herren trotz aller weisen Deduktionen ziemlich gleichgültig. Und dieses fascinirte Blicken nach dem Auslande charakterisirt auch unsere Handelsverträge. Meine Herren, wenn Deutschland eine schlechte Ernte macht, oder wenn die Produktionskosten die landwirthschaftliche Bodenrente übersteigen, so wird die Kaufkraft von 41 Prozent der Bevölkerung geschwächt. Und ist denn diese 41prozentige Kaufkraft nicht ein viel wichtigerer und in normalen Verhältnissen besserer Abnehmer für die Industrie wie das Ausland? Muß denn dem Handel und der Industrie nicht ein Licht aufgehen unter der heutigen Kalamität, daß die Interessen von Landwirthschaft und Industrie vollauf solidarische sind, und daß derjenige Staat der gesündeste ist, der im Innern einen vernünftigen Ausgleich der Interessen hat, wo Landwirthschaft und Industrie und Industrie und Landwirthschaft Hand in Hand arbeiten und sich ergänzen?

(Bravo!)

Heute liegt es aber so, daß die Industrie zumeist nach dem Auslande schielt und von der Landwirthschaft verlangt, daß sie sich für sie aufopfere, selbst aber alles thut, um durch Importerleichterungen dieselbe zu ruiniren.

(Sehr richtig!)

Meine Herren, die Ernte und das Wohlbefinden der Landwirthschaft bleiben ein maßgebender Faktor für die Prosperität der Interessen der Industrie und des Handels. Es ist ja eigentlich geradezu lächerlich, daß man derartiges noch sagen und vertheidigen muß in der heutigen Zeit.

(Sehr richtig!)

Das ist so selbstverständlich wie nur irgend etwas. Aber, meine Herren, nehmen Sie die Zeitungen von der linken Seite, da werden Sie finden, daß derartige Argumente überhaupt in den Spalten derselben keinen Platz finden. Warum? Darum!

(Große Heiterkeit und Bravo!)

Man tödtet in unbegreiflicher Verblendung die Henne, welche goldene Eier legt.

Der vierte Uebelstand, der auf Handel und Industrie lastet, ist die übermäßige Konkurrenz, die sie sich selbst bereiten. Durch

diese Konkurrenz und Ueberfüllung in den einzelnen Branchen ist die Industrie gezwungen, entweder in Massen Schleuderartikel für das Ausland zu produziren, die schon genügend charakterisirt sind, oder sich gegenseitig todt zu machen. Ich sehe in dem zu raschen Emporwachsen der Industrie, das nicht im Verhältniß steht zu dem National- und auch nicht zu dem Gesammtkonsum der Welt, einen Faktor, der der Industrie im höchsten Grade schädlich ist, und die Gesetzgebung sollte gerade im Gegentheil nicht eine solche übertriebene merkantilistische Richtung unterstützen, sondern von dem Gesichtspunkt ausgehen, den der Herr Staatssekretär Freiherr von Marschall im Reichstag, allerdings am unrichtigen Orte, hinsichtlich der Zuckerindustrie hervorgehoben hat, indem er sagte, es würde nothwendig sein, die Zuckersteuerschraube anzuziehen, weil zu viel Zuckerrüben-Fabriken entständen.

(Hört! Hört!)

Dieses Anziehen der Steuerschraube hat hier allerdings einen gegentheiligen Erfolg gehabt. Daß so viele Zucker-Fabriken wie Pilze aus dem Boden wachsen, ist kein Beweis für die Prosperität der Industrie, sondern ein Beweis für die Nothlage der Landwirthschaft. Sie findet im Getreidebau absolut keinen Verdienst mehr und greift nach dem letzten, wenn auch noch so unsicheren Strohhalm. Das möchte ich den Herren von der Linken sagen, und der Herr Staatssekretär von Marschall hat mit der Steuerschraube, die da angezogen ist, nichts erreicht, sondern einen blühenden Industriezweig der übermäßigen Konkurrenz des Auslandes überantwortet und damit Millionen und aber Millionen von Nationalkapital aufs Spiel gesetzt. Die Vorsorge für eine nicht zu starke und treibhausartige Entwickelung der eigentlichen Industrie möchte ich hinsichtlich anderer Erwerbszweige sehr wünschen; da habe ich sie aber noch nicht beobachtet, sondern solche Experimente muß sich immer nur die Landwirthschaft bei ihren Nebengewerben gefallen lassen.

(Sehr richtig!)

Wir haben durchaus kein Recht, der Industrie Daumenschrauben anzulegen, aber wir haben die Pflicht und damit auch das Recht, dahin zu wirken, daß durch die Gesetzgebung die Industrie nicht weiter künstlich emporgepäppelt werde. Das ist aber ein Fehler

der letzten 30 Jahre in unserer ganzen Gesetzgebung, dieser Fehler hat unsere heutige Wirthschaftspolitik ungemein verschärft.

Handel und Industrie sollten in eigenem Interesse den einseitigen Standpunkt verlassen und in der Interessengemeinschaft mit dem Landbau Heil und Rettung suchen, dann würde auch dem Doktrinarismus, der heute in der Nationalökonomie gefährliche Blüthen treibt, der Boden unter den Füßen fortgezogen.

Bei den Handelsverträgen sucht die eine Nation die andere zu übervortheilen und die Zugeständnisse auf der einen Seite werden durch Einbußen auf der anderen Seite aufgewogen.

Die deutschen Handelsverträge zeichnen sich dadurch aus, daß immer die Landwirthschaft, als Ausgleichsobjekt, das Einbuße erleiden muß, herangezogen wird!

Den Schlußstein meiner kritischen Allgemein-Betrachtung soll bilden: die Beleuchtung der Theorie vom deutschen Industriestaat. Der Herr Reichskanzler hat in der 137. Reichstagssitzung wörtlich gesagt:

> „Handel und Industrie sind und bleiben die wesentlichsten Quellen des Wohlstandes und damit politischer Macht, kultureller Bedeutung."

(Hört! Hört!)

Meine Herren, dieser Ausspruch ist eigentlich maßgebend für die ganze Wirthschaftspolitik

(Sehr richtig!)

und alle anderen der Landwirthschaft freundlichen Versicherungen vom Regierungstische des Parlaments, sie können diesen Ausspruch nicht bei Seite schaffen; er ist die Grundlage des ganzen Thuns des neuen Kurses, und die Folgen dieses Thuns — die kennen wir. Der Ausspruch ist mir nicht fremd. Wenn ich das neueste Werk von Lotz, dem bekannten Münchener freihändlerischen Nationalökonomen, aufschlage, finde ich ungefähr dasselbe dort citirt. Auch hinsichtlich anderer Aussprüche des Grafen von Caprivi könnte man auf Lotz oder andere Nationalökonomen derselben oder ähnlicher Richtung verweisen. Auch liegt hierin der Beweis, daß unser Reichskanzler sich vollständig auf den Boden der merkantilistischen, industriellen Schule gestellt hat.

Nicht uninteressant aber ist, daß selbst die Industrie vielfach mit dieser Stellungnahme des Reichskanzlers durchaus nicht ein-

verstanden ist, weil sie in wohlverstandenem Interesse auch den Ackerbau als einen maßgebenden Faktor des Nationalwohlstandes angesprochen wissen will. Der Centralverband der deutschen Industriellen hat z. B. erklärt: „Die Industrie wolle lieber den inneren Markt konsumfähig erhalten sehen durch das Fortbestehen der landwirthschaftlichen Zölle; das sei viel wichtiger als die schwankenden Chancen des Exports ins Ausland."

(Bravo, das ist es!)

Wir können dem Centralverband nur dankbar sein für diese zeitgemäße Erklärung! Sie beweist, daß man im Uebereifer nicht immer den Dank derer erntet, deren Interessen man fördern will.

Das Ideal für die im Vorhergehenden geschilderte Richtung der Nationalökonomie ist England, der Industriestaat in vollendetster Form. Fragen wir uns nun einmal, ob es denn möglich ist, England mit Deutschland überhaupt zu vergleichen und letzterem dieselben Bahnen wie ersterem anzuweisen? Ich sage nein, tausendmal nein! England mit seiner insularen Lage, mit seiner kolossalen, alle anderen Mächte überflügelnden Handelsflotte, mit seinen ungeheueren Kolonien, mit seinem Welthandel — England kann niemals mit Deutschland, dem Binnenlande im Herzen Europas, verglichen werden!

(Sehr richtig!)

Wir sind umgeben von Feinden unserer Macht und unserer Einheit, wir müssen wehrhaft sein nach Ost und West, haben eine fast die Hälfte des Volkes bildende Ackerbaubevölkerung und besitzen erst die Anfänge von Kolonien. Wunderbar ist aber, daß gerade diejenigen, die uns immer den englischen Staat als Musterstaat hinstellen, zumeist die größten Gegner deutscher Kolonialpolitik sind. Wir brauchen ein Heer aus kräftigen, gesunden Soldaten, um unsere Feinde im Zaume zu halten, und diese liefert die Landwirthschaft, aber nicht die Industrie! Ein Vergleich zwischen England und Deutschland ist nie und nimmer möglich, und was wir thun, um Deutschland auf den Boden englischer Wirthschaftspolitik zu stellen, ist künstlich und wird sich bitter rächen.

Erscheint es denn wirklich so wünschenswerth, daß wir zu englischen Verhältnissen gelangen? Wollen wir unsern ganzen Mittelstand opfern: unsere Bauern, die der Kern der Armee und

die Stütze des Thrones sind, den Handwerkerstand, den ehrenhaften, der sich hinaufgearbeitet hat seit Jahrhunderten, der heute den harten, schweren Kampf um sein Dasein ebenfalls kämpft? Sollen sie alle verschwinden, um Heloten des Kapitals zu werden? Sollen nur mehr Großkapital, Börsenherrschaft und Kapitalismus einerseits und andererseits erbärmliche Armuth und Noth und Jammer übrig bleiben? Liefern wir uns nicht selbst den Sozialdemokraten aus, wenn wir diese Wege gehen?

(Sehr richtig!)

Kommen wir da nicht unwillkürlich zu der Ueberzeugung, daß die, die das fordern, nicht Freunde des Vaterlandes, sondern Anhänger des internationalen Kapitals sind?

(Bravo!)

Es ist nicht richtig, daß das mobile Kapital faktisch am Vaterlande dasselbe Interesse haben kann wie derjenige, der auf der Scholle sitzt, die den Boden des Vaterlandes bildet!

(Bravo!)

Ich habe die feste Ueberzeugung, daß der Ausspruch: „Handel und Industrie bleiben die wesentlichsten Quellen des Wohlstandes," ein Irrthum ist

(Sehr richtig!)

und daß die Zeit es lehren wird, daß doch andere Bedingungen das Wohlbefinden Deutschlands bedingen. Wir haben kein Recht, den Herren zu zürnen, die diesen Weg gehen; sie gehen ihn zweifellos nach ihrer Ueberzeugung. Unsere Aufgabe ist es aber, zu kämpfen, so lange wir kämpfen können, daß irrthümliche Ueberzeugungen, die in ihren Konsequenzen schwere Gefahren in sich tragen, beseitigt werden. Wir wollen die Verhältnisse prüfen, aber wir wollen beharren auf dem, was wir für gut und recht halten!

(Lebhafter Beifall.)

Die Landwirthschaft hat für Vaterland, Thron und Altar schon oft Gut und Blut eingesetzt, mehr und öfter wie irgend ein anderer Stand. Sie wird auch in diesem schweren Kampfe nicht versagen.

Damit hätte ich meine allgemeine Kritik der wirthschaftspolitischen Auffassung des neuen Kurses beendigt. Ich überlasse es dem Herrn Korreferenten, auf diese Frage nach einer anderen Richtung einzugehen, und ich bitte zu gestatten, daß ich nunmehr auf die Beleuchtung der zwei wichtigsten Handelsverträge, die uns

beschäftigen, übergehe, nämlich auf den österreichischen und auf den russischen.

Meine Herren, der österreichische Handelsvertrag ist abgeschlossen und er bildete sozusagen die Basis für die sämmtlichen ihm folgenden Verträge. Unter einem Gesichtspunkte, der für uns Deutsche immer ein maßgebender sein muß und hoffentlich auch bleiben wird, nämlich unter dem Gesichtspunkte des Vaterlandes, der Vaterlandsliebe, der treuen Bundesgenossenschaft mit Oesterreich und Italien, unter diesem Gesichtswinkel ist er für die, die ihm zugestimmt haben, überhaupt nur acceptabel gewesen. Wir müssen uns mit diesem Vertrag abfinden, aber trotzdem sind wir verpflichtet, seine Folgen etwas näher anzusehen und sie ins Auge zu fassen.

Durch den österreichischen Handelsvertrag ist, wie soeben ausgesprochen, die neue Handelspolitik des Deutschen Reiches inaugurirt worden; die vielfachen Zugeständnisse, die Oesterreich gemacht worden sind, hatten aber die Wirkung, daß alle anderen Staaten, an die wir zum Zweck eines Vertragsabschlusses später herantraten, begehrlich gemacht waren und sich auf das hohe Pferd setzten. Das sahen wir besonders auch an der Schweiz, die nichts Eiligeres zu thun hatte, als rasch noch einen höheren Zoll zu konstruiren, um bei den bevorstehenden Verhandlungen mit Deutschland eine recht angenehme Unterlage zu besitzen. Wir sehen, daß den deutschen Unterhändlern infolge des österreichischen Handelsvertrages der Schwierigkeiten mannigfache entstanden — ich erinnere nur an Spanien —, Spanien und die anderen Länder merkten bald, daß mit Deutschland eigentlich recht gut Geschäfte zu machen sei.

(Heiterkeit.)

Ein schwerer Fehler war es, daß bei dem Abschlusse des Handelsvertrages mit Oesterreich-Ungarn durchaus nicht an die Valutadifferenz gedacht wurde, daß Oesterreich ein anderes Münzsystem besitze wie Deutschland. Daß der an sich schon flügellahme Aufschwung Oesterreichs, zur Goldwährung überzugehen, schließlich ins Wasser fallen mußte, konnte jeder wissen, der die österreichischen Finanzverhältnisse auch nur einigermaßen kannte. Die Valutadifferenz macht die errungenen Vortheile hinsichtlich der Verzollung unserer Waaren illusorisch und drückt unseren eigenen Zoll auf ein viel tieferes Niveau herunter, wie auf dem Papier des Vertrages steht.

Die Bindung auf zwölf Jahre war ein weiterer Fehler. Wenn man bedenkt, daß Deutschland bisher ohne Handelsverträge im wesentlichen seine Handelspolitik auf dem Wege der Meistbegünstigung betrieb, und ferner berücksichtigt, daß wir plötzlich in Handelsverträge uns haben hineindrängen lassen, so liegt es nahe, daß man es nicht als zweckmäßig ansprechen kann, diese Fessel sich auf volle zwölf Jahre anlegen zu lassen. Wir wissen nicht, wie die Weltlage in diesem Zeitraume sich entwickelt, wie die Konjunkturen sich gestalten; wir wissen nicht, wie Handel und Verkehr sich unter diesen Handelsverträgen überhaupt befinden werden, von der Landwirthschaft, dem eigentlichen Opferlamme, gar nicht zu sprechen. Wir sind eben auf zwölf Jahre gebunden, und speziell die Getreidezölle können nicht gesteigert, wohl aber ermäßigt werden; denn nach unten hat eine Bindung nicht stattgefunden — der Wohlthätigkeit Deutschlands sind in dieser Beziehung keine Schranken gesetzt!

(Heiterkeit.)

Auch dem Viehverkehr mit Oesterreich-Ungarn sind wesentliche Zugeständnisse gemacht worden. Diese Seite der Sache bedarf eine ganz besonders scharfe Prüfung, besonders in Rücksicht darauf, daß wir jetzt vor dem russischen Handelsvertrag stehen, wo wir nicht wissen, wie die Anhängsel des Vertrages sich in dieser Beziehung gestalten werden. Denn wir haben auch mit Oesterreich einen Sondervertrag als sogenannte Viehseuchenkonvention zum Handelsvertrag mit abschließen müssen.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit das festlegen: Es ist nicht richtig, was der Reichskanzler im Reichstage mittheilte, daß aus dem Auslande Seuchen fort und fort nicht eingeschleppt werden. Das Reichsgesundheitsamt weist nach, daß im Jahr 1891 nur aus Oesterreich-Ungarn allein in 43 Fällen und im Jahr 1892 in fast ebenso viel Fällen Seuchen eingeschleppt worden sind; wie viel Fälle, die nicht nachgewiesen werden können oder konnten, nebenbei noch in Betracht kommen, ist nicht zu sagen. Es ist Thatsache, daß in Oesterreich-Ungarn, namentlich auf den weiten Steppen Ungarns — und dasselbe ist in Rußland der Fall — die Maul- und Klauenseuche ein permanenter Gast bei den dortigen großen Heerden ist, der aber bei der natürlichen Haltung der Thiere, der viel stärkeren Lebensenergie und der robusteren Natur derselben, wie ein Schnupfen bei Menschen durch die Heerden geht, ohne

wesentlich deren Befinden zu schädigen. Sobald aber das Kontagium von dort in unsere Ställe gelangt, wird die Krankheit bei unserm hoch kultivirten Vieh und seiner intensiven Haltung im Stalle so bösartig, wie wir sie kennen. Wir haben nicht allein durch diese Seuche mehr als 100 Millionen innerhalb einiger Jahre an direktem Schaden erlitten, sondern sie hat uns auch den Markt nach dem Westen versperrt; der Export nach dem Auslande hat aufgehört, worunter die Schafzucht am meisten leidet. Einerseits haben wir keinen Schutz für die Wollproduktion, andrerseits fehlt durch das Absperren des Marktes nach auswärts für unser Schaffleisch der Markt — wir wissen ja, daß das deutsche Publikum in Schaffleisch nicht konsumirt, was produzirt wird. Schlechte Wollpreise und die überaus flaue Konjunktur im Fleischabsatz sind Faktoren, durch die der Schafzucht das Todesurtheil gesprochen wird. Da giebt es Theoretiker, die mit ruhigen klugen Worten sprechen: „die Schafzucht muß aufhören, sie ist nicht mehr zeitgemäß!“ Daß es aber Tausende von landwirthschaftlichen Betrieben giebt, die darauf angewiesen sind, Schafe zu halten, daran denken die Herren nicht; denn, praktisch denken solche Leute überhaupt nicht.

(Bravo! und große Heiterkeit.)

Es wird ja auch davon gesprochen, die Landwirthe hätten zu theuer gekauft und zu theuer gepachtet. Ja, daß alle Werthe gestiegen sind und ein jedes Haus in der Stadt das Doppelte von dem kostet, was es vor 30 Jahren gekostet hat, das wird auch hierbei völlig vergessen. Auch daß das Abschreiben des Werthes unserer Scholle ein Ding ist, das der Landwirth, selbst wenn er wollte, nicht durchführen kann, begreift jeder Praktiker.

In Betreff der Seuchen nun — um wieder zum eigentlichen Gegenstand meiner Betrachtung zu kommen — bin ich der Meinung, daß die heutige Seuchengesetzgebung, so wie wir sie haben, ohne die Zusätze, welche für das Reichsviehseuchengesetz in Aussicht genommen sind, vollständig ausreichte, um die Landesgrenzen zu schützen und den Import von Fleisch und Vieh so zu regeln, daß wenigstens eine Sicherung gegen Einschleppung gegeben ist. Ich habe mich im Abgeordnetenhause darüber ausgesprochen und möchte nur bitten, daß die Herren die Frage selbst erwägen. Ich bin entschieden für die Verschärfung des Reichsviehseuchengesetzes hinsichtlich des Grenzverkehrs und bin überhaupt dafür, daß wir nicht zu haben

sind für die Einfuhr fremden Viehs; denn Deutschland kann seinen Bedarf an Fleisch selbst produziren.

Nun komme ich zum russischen Handelsvertrag: Die diesbezügliche Betrachtung muß uns besonders beschäftigen, weil wir vor dem event. Abschluß desselben stehen. Mögen nun die Dinge laufen und sein, wie sie wollen, wir haben die Pflicht, sine ira et studio die Sache zu betrachten und der Gefahr ins Antlitz zu blicken. Die Bedenken, die hinsichtlich des Handelsvertrages mit Oesterreich gelten, sind hinsichtlich Rußlands von erhöhter Bedeutung. Man sagt, die Industrie brauche eine gewisse Stabilität, um sich mit ihrer Produktion einzurichten. Ja, meine Herren, diese Stabilität ist Rußland gegenüber unmöglich, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil im Verkehr mit Rußland eine solche Menge unvorhergesehener Faktoren in Betracht kommt, daß man von sicheren Verkehrsverhältnissen nicht sprechen kann, und seien sie noch so theuer erkauft.

Beweis: In erster Reihe nenne ich die Valuta des Rubels. Dieselbe ist ein Ding, welches unter dem Einflusse der russischen Regierung, dann unter dem der Weltlage, und endlich unter dem der mächtigen internationalen Kapitals-Alliance in seinem Kurse beliebig empor- und niedergeschraubt werden kann — alles Bedingungen, auf die Deutschland keinen Einfluß üben kann. Was bedeutet eine Zollermäßigung von einigen Pfennigen bei unseren Ausfuhrartikeln gegenüber den bekannten Schwankungen des Rubels. Solange wir den Zollsatz nicht in bestimmte Verbindung mit dem Rubelkurs gebracht sehen, solange ist der Handelsvertrag nicht im Stande, als Faktor für eine Stabilität angesprochen zu werden. Bei der Einfuhr von russischen Waaren, besonders von Getreide, werden folgende Bonifikationen neben der Zollermäßigung in Betracht kommen: — Valuta — russische Eisenbahntarife; sie bilden zusammen eine Exportprämie für Rußlands Ausfuhr. Die dortigen Eisenbahnen sind bekanntlich zumeist aus strategischen Rücksichten nach dem Westen gebaut, und Rußland ist, nicht gebunden durch andere Rücksichten, daher im Stande, die Tarife so zu ermäßigen, daß der Zoll auch in dieser Richtung eine unerwartete Abschwächung erfährt. Die diesbezüglichen Vorgänge in Ungarn mahnen sehr zur Vorsicht. Ich habe die Meinung, daß gerade Rußland gegenüber die Faktoren: Valuta, Eisenbahn und

Zollermäßigung Zustände herbeiführen werden, von denen wir sagen werden, daß sie uns nicht gefallen.

Und nun gar auch eine Bindung auf zehn Jahre! Was kann in zehn Jahren bei der heutigen europäischen Lage, bei den ganzen politischen Verhältnissen und der Stellung Rußlands zu Frankreich sich ereignen! Ich halte die Festlegung, wenn bei Oesterreich bedauerlich, bei Rußland im höchsten Grade bedenklich.

(Sehr richtig! und Bravo!)

Hinsichtlich des russischen Handelsvertrages bemerke ich ferner, daß es viel weniger die Ermäßigung von 1,50 Mark Zoll auf Getreide ist, die den Widerstand gegen den Vertrag wachrufen muß, als vielmehr, daß ein Handelsvertrag mit Rußland unter den gegebenen Verhältnissen überhaupt abgeschlossen wird.

(Bravo!)

Die Gefahren, die durch einen solchen heraufbeschworen werden, sind so augenscheinliche und große, daß sie viel bedeutsamer sind als die Ermäßigung von 1,50 Mark.

Rußland gegenüber binden uns keinerlei Pflichten des Patriotismus, wie Oesterreich gegenüber; hier kommen Gefühle überhaupt nicht in Betracht, sondern nur die Erwägungen des Verstandes. Unser Gegner im Osten wird durch den Handelsvertrag gestärkt und erhält den Knüppel in die Hand, mit dem er uns schließlich zerprügeln kann.

(Sehr richtig!)

Die Opposition gegen den russischen Handelsvertrag ist eine völlig berechtigte, und wer sie betreibt, steht durchaus auf dem Boden patriotischen Gefühls und klaren Mannesrechtes.

(Lebhafter Beifall.)

Es ist nicht eitel Hetzerei, nicht Agitationssucht, sondern es ist der Kampf ums Dasein, die Nothwehr, die die deutsche Landwirthschaft in die Opposition getrieben hat. Ich für meine Person bin zwar kein ausübender Landwirth, stehe aber der praktischen Landwirthschaft zu nahe, um nicht zu wissen, wie es mit ihr steht, und daß weitere Schädigungen, wie sie dieser Vertrag bringen muß, ihren Lebensnerv schwer gefährden.

(Bravo!)

Früher machte man für die Ermäßigung der Zölle geltend, daß Rücksichten auf den Arbeiter, der billiges Brot haben müsse, und dem die niedrigen Getreidepreise zugute kämen, dies verlange. Nun, wir haben jetzt die niedrigsten Getreidepreise — hat der Arbeiter billigeres Brot? Ich finde es nicht. Wir haben jetzt eine Preisdepression, wie sie größer nicht gedacht werden kann. — Blüht denn die Industrie? Es hieß doch immer, auch die Industrie müsse in ihrem Interesse für den Arbeiter billigste Nahrungsmittel verlangen. Also, wenn wir das System der ganzen Politik der Freihändler betrachten, dann tritt uns als sein größter Fehler der entgegen, daß es systemlos ist und schließlich nur immer den Ausgangspunkt hat, die Landwirthschaft zu schädigen. Was schließlich aus der bankerotten Landwirthschaft werden soll, werden wir wohl demnächst von den Manchestermännern erfahren oder auch nicht; das letztere ist wahrscheinlicher.

Meine Ueberzeugung ist und bleibt, daß die deutsche Landwirthschaft immer und allerwegen der Keim der Kraft und des Markes unseres Staates ist. Sie ist für viele, besonders für die Sozialdemokraten, ein unbequemer Damm zum Schutz von Thron, Altar und Herd. Ich kann in dieser Beziehung den Kampf gegen uns von dieser Seite wenigstens vollkommen verstehen. Auf patriotischem und christlichem Boden stehend, fühlen wir die Verpflichtung auszuharren und den Kampf weiter zu kämpfen. Eine Stärkung zu diesem Ausharren und eine Bekräftigung für unsere Anschauungen möchte ich in zwei Ausführungen suchen, die ich Ihnen zum Schluß meiner Darlegungen vorlesen will. Die eine ist ein Ausspruch des Historikers und Nationalliberalen Heinrich von Sybel, der entschieden als ein unparteiischer Mann anzusprechen ist; er schreibt Folgendes in seiner Geschichte der französischen Revolution vom Jahre 1789 bis 1795:

„Denn durch die Beschützung der Industrie trat die landwirthschaftliche Produktion überhaupt für die Regierung in den Hintergrund. Diese gewöhnte sich, auch hierin unseren Sozialisten ähnlich, bei dem Worte Volk allein an die städtischen Arbeiterklassen zu denken, und wenn sie auch deren Interesse an hundert Stellen den Privilegirten opferte, so wirkte Menschen- und Ruheliebe zusammen, um ihnen wenigstens die nothwendigste Nahrung und Kleidung unbedingt auf Kosten der Ackerwirthe zuzuführen. — Als Ergänzung

der Prohibition und Schutzzölle erschienen die Ausfuhrverbote des Getreides und anderer ländlicher Rohprodukte. — Mit diesen Künsten hatte man 1764 den Preis des Hektoliter Weizen, den man jetzt im Durchschnitt auf 19 bis 20 Fr. annehmen kann, noch unter 8 Livres hinabgedrückt. . . . Die Arbeiter hatten dann leidlich wohlfeileres Brot, aber nirgend im Reiche konnten die Landwirthe gedeihen. Trotz der heftigsten Klagen aus allen Provinzen blieb der Anlaß des Uebels und damit das Uebel selbst bestehen. Die Regierung war fest in ihrer Ueberzeugung, daß sie für die Bevölkerung der Städte und deren Ernährung unmittelbar zu sorgen habe . . ." u. s. w.

Meine Herren, diese Worte sind in der heutigen Zeit der sozialpolitischen Zersetzung, des Kampfes der Sozialisten und Anarchisten gegen die Gesellschaft, der Ausbreitung der Demokratie sowie der wirthschaftspolitischen Richtung unserer Reichsregierung von größter Bedeutung; wir Landwirthe vertheidigen, wie ich bereits gesagt habe, nicht nur unsere Scholle, sondern auch unser Vaterland, wenn wir zum Schutze der Landwirthschaft eintreten.

(Bravo!)

Ein anderer Ausspruch, den ich noch zum Schlusse anführen möchte, stammt von einem Manne, der Preußen groß gemacht hat, den wir alle hoch verehren, nämlich von Friedrich dem Großen:

„Die Kunst der Landwirthschaft ist die erste von allen Künsten. Ohne sie giebt es keine Kaufleute, keine Höflinge, keine Könige, keine Dichter, keine Philosophen. Nur das ist wahrer Reichthum, was die Erde hervorbringt. Wer seine Ländereien verbessert, unbebautes Land urbar, Sümpfe trocken legt, der macht die besten Eroberungen."

Mögen diese Worte von denen beherzigt werden, die, den Sirenenstimmen moderner Manchesterlehre folgend, die Landwirthschaft als eine demnächst abgethane Sache ansehen. Uns aber mögen die Worte des großen Hohenzollern Stern und Richtpunkt sein und bleiben.

(Lebhafter, andauernder Beifall.)

Vorsitzender Graf **von Mirbach**-Sorquitten: Ihr Beifall spricht beredter, als ich es vermag. Ich glaube, in Ihrem Namen zu handeln, wenn ich sage, daß uns ein ganz besonderes Dankgefühl mit dem Herrn Vorredner verbindet. Wir werden dafür Sorge

tragen, daß sein werthvolles Referat in kürzester Frist im Druck erscheint.

Meine Herren! Der zweite Referent, Herr Dr. Hahn, Mitglied des Reichstages, ist in diesem Augenblicke noch dringlich verhindert, hier zu sein. Ich werde daher mit Ihrer Zustimmung die Diskussion schon jetzt eröffnen, jedoch sobald der zweite Herr Referent da ist, demselben das Wort ertheilen.

Ich eröffne die Generaldiskussion über den vorliegenden Gegenstand.

Rittergutsbesitzer **Lucke**=Patershausen: Meine Herren! Wenn ich hier Veranlassung nehme, das Wort zu ergreifen, so geschieht es lediglich deshalb, weil Ausführungen, die ich vor kurzer Zeit gemacht habe, seitens der gegnerischen Presse unterdrückt oder entstellt worden sind.

In erster Linie habe ich in Bezug des österreichisch=ungarischen Handelsvertrags hervorgehoben, daß man seiner Zeit die Annahme desselben dadurch durchgedrückt hat, daß man von politischen Rücksichten sprach, davon sprach, daß man einem treuen Bundesgenossen auch wirthschaftlich unter die Arme greifen müsse, und das könne lediglich dadurch geschehen, daß wir unsere Getreidezölle herabsetzten. Nun, meine Herren, Oesterreich=Ungarn exportirt selber offiziell 10 Millionen Doppelcentner Getreide; aber ebenso offiziell importirt es auch 6 Millionen Doppelcentner. Diese Zahlen habe ich aus einer Broschüre, die Herr Freiherr von Berg, ein österreichischer Landwirth, veröffentlicht hat, worin er nachweist, daß Oesterreich=Ungarn kein Interesse an eigenen Getreidezöllen habe. Nun, meine Herren, wenn Sie annehmen, daß Oesterreich=Ungarn wirklich ein Interesse am Getreideexport hat und dieser sich nur auf 3 Millionen Doppelcentner beliefe und wir multipliziren das mit 1½ Mark, so wären das jährlich 4½ Millionen Mark, die als Subvention für Oesterreich zu betrachten sind, soweit nicht auf den Viehexport, den ich zahlenmäßig nicht greifen kann, Rücksicht zu nehmen ist. Nun nehmen Sie einmal diese 4½ Millionen 12mal — auf diese Zeit ist der Handelsvertrag abgeschlossen —, so ist das eine Subvention für Oesterreich=Ungarn von 60 Millionen in 12 Jahren, also eine Subvention, die so unbedeutend ist, daß die Interessen, die deutscherseits daran gegeben wurden, doch wohl in die Waagschale hätten gelegt werden sollen.

Nun, meine Herren, möchte ich auf einen Ausspruch zurückgreifen, den wieder ein einwandsfreier Abgeordneter in der Militärkommission des verflossenen Reichstags gethan hat, Herr Dr. Buhl. Herr Dr. Buhl sagte, als es sich um die Aufbringung der Mittel für die Heeresvermehrung handelte: Die Reichskasse hat 35 Millionen jährlich verloren durch Herabminderung der Getreidezölle, der Konsum ist um 200 Millionen Mark jährlich entlastet, infolge dessen können Konsumsteuern auferlegt werden, um den Ausfall zu refundiren und die Kosten der Heeresvorlage zu decken. Nun, wenn Jemand sagt: die Konsumenten sind durch Herabminderung der Getreidezölle um so viel entlastet, so ist es folgerichtig, wenn ich behaupte: die Landwirthschaft hat jährlich 200 Millionen Ausfall, und wenn wir diese 200 Millionen mit 12 multipliziren, so sind das 2400 Millionen, welche die deutsche Landwirthschaft hat darangeben müssen, damit Oesterreich die Bagatelle von 60 Millionen Subvention innerhalb zwölf Jahren durch Herabminderung der Getreidezölle von uns erhält; das ist doch ein durchaus ungleiches Verhältniß.

Außerdem will ich auf einen Widerspruch aufmerksam machen, in den der Herr Reichskanzler in seinen Reden zum rumänischen Handelsvertrag sich verwickelt hat. In der einen Rede sagte er: wir müssen, wenn ich auch einen wesentlichen Nothstand in der Landwirthschaft nicht anerkennen kann, doch zugeben, daß ein großer Arbeitermangel in der Landwirthschaft besteht. Er hat dann weiter gesagt in seiner nächsten Rede: wo soll das Brod für die 500 000 Menschen herkommen, um die jährlich die Bevölkerung in Deutschland zunimmt, wenn wir eine stetige Fortentwickelung der Industrie nicht fördern wollen? Nun, ich möchte auf den Widerspruch aufmerksam machen, der in diesen beiden Ausführungen liegt; denn so lange noch die Landwirthschaft in Deutschland an Arbeitermangel leidet, hat man wohl keine Veranlassung, sich darüber Sorge zu machen, wo die 500 000, die der Bevölkerung jährlich zuwachsen, ihr Brod in Deutschland finden können.

Dann ist von einem Industriestaat gesprochen worden, in dem wir angeblich leben sollen. Da hat man auch die Zahlen, die ich dieser Behauptung gegenüber aufgestellt habe, unterdrückt. Ich habe nachgewiesen auf Grund der berufsgenossenschaftlichen Statistik, daß in Deutschland 4 700 000 landwirthschaftliche Betriebe mit

8 Millionen Versicherten sich befinden. Ich habe ferner nachgewiesen ebenso einwandsfrei, daß wir nur 372 000 — ich nenne die Hunderte nicht — industrielle Betriebe in Deutschland mit 4 900 000 Versicherten haben. Wenn Sie diese Zahlen mit einander vergleichen, $^2/_3 : ^1/_3$, so meine ich, wir sind noch ein Ackerbaustaat und die Industrie ist vorläufig noch lange nicht Hauptsache in Deutschland.

(Sehr richtig!)

Wenn wir nun zu einem Industriestaat gebracht werden sollen, so heißt das mit anderen Worten, es sollen die 4 700 000 landwirthschaftlichen Betriebe beseitigt werden und die 8 Millionen Menschen, die in diesen beschäftigt sind, von der Landwirthschaft zu der Industrie übergeführt werden. Meine Herren, daß daran die Sozialdemokratie ihre helle Freude hat, mögen Sie aus folgender Mittheilung ersehen. Einer meiner jungen Freunde, ein richtiger Bauer, in Süddeutschland ging mit einem Sozialdemokraten gemeinsam über Land und sagte: Ihr seid doch sonst keine dummen Leute und habt auch einen scharfen Blick — wie könnt Ihr fordern: hohen Lohn und billiges Brod? das widerspricht sich doch! Ja, sagte der andere, da hast Du ganz recht, mein Freund, das wissen wir ganz genau; aber die Bauern müssen erst verrecken, sonst werden sie keine Sozialdemokraten.

(Hört! hört! und Bewegung.)

Sie sehen also, meine Herren, die Sozialdemokratie ist ein bewußter, überzeugter Feind der Landwirthschaft; sie will die Bauern proletarisirt haben, dann kann sie ihre Pfeifen schneiden in dem Rohr, in dem sie sitzt. Und haben wir demgegenüber etwa keine Veranlassung uns zu wehren gegen Bestrebungen, die in der That unsere Bauern proletarisiren und zu Sozialdemokraten machen? Meine Herren, das sind die Folgen des österreichischen Handelsvertrages, und daß diese noch verschärft werden sollen durch den russischen Handelsvertrag, das steht nach den glänzenden Ausführungen des Herrn Referenten außer aller Frage. Ich behaupte, der russische Staat mit seinem unsicheren Geldwerthstande unserem festen Geldwerthstande gegenüber, mit seiner internen, für uns ganz unkontrolirbaren Eisenbahntarifpolitik ist für Deutschland nicht handelsvertragsfähig, und auf diesem Standpunkte haben wir deutschen Landwirthe zu stehen; und darum bitte ich Sie, den letzten Satz der Resolution, der besonders

auf diesen Umstand hinweist, mit ganz besonderem Nachdruck anzunehmen.

(Lebhafter Beifall.)

(Rittergutsbesitzer Alfieri-Koppershagen übernimmt den Vorsitz.)

Reichstagsabgeordneter Graf **von Mirbach**-Sorquitten: Meine Herren! Das Thema, was uns heut beschäftigt, lautet: „Die Wirkungen unserer Wirthschaftspolitik seit dem Jahre 1890." Daß ich vom russischen Handelsvertrag sehr wenig weiß, werden Sie natürlich finden.

(Große Heiterkeit.)

Die Gelegenheit, darüber zu sprechen, wird sich an einer andern Stelle wohl noch finden.

Meine Herren, ich möchte Ihnen nur eine praktische Probe auf das Exempel, die mir in diesem Augenblick einfällt, unterbreiten. Sie wissen, die Kerntruppen der verbündeten Regierungen — das wiederhole ich bei jeder gegebenen Gelegenheit im Reichstage — für ihre Handelsvertragspolitik und auch wohl auf anderen Gebieten sind zur Zeit die Sozialdemokraten und die Freisinnigen. Wie diese Kerntruppen diesen Gegenstand und dessen Wirkungen beurtheilen, das ist meines Erachtens doch von Bedeutung. Ich las kürzlich in einem liberalen ostpreußischen Organe, daß, nach zuverlässigen Nachrichten aus Berlin, die Sozialdemokraten in entscheidender Stunde den Sitzungssaal des Reichstages entweder ganz oder zum Theil verlassen würden, um damit die Vorlage der verbündeten Regierungen sicher zu Fall zu bringen. Wir appelliren nun — hieß es in dem betreffenden Blatt ungefähr weiter — an die konservative Partei und an deren Patriotismus in der Richtung, sie möge die verbündeten Regierungen nicht in diese Zwangslage bringen, daß der russische Handelsvertrag fiele. Ein Literat, der mir persönlich sehr nahe steht, bekam diesen Artikel in die Hand und schrieb dazu etwa Folgendes: Zunächst sei es ja sehr erfreulich, daß jenes liberale Organ nun endlich in der konservativen Partei einen festen Punkt sehe; das hätte man bisher bedauerlicherweise vermißt, man freute sich, daß nun auch von dieser Seite an den Patriotismus der konservativen Partei appellirt werde; dieselbe bedauerte aber, nicht in der Lage zu sein, diesem Rath zu folgen, weil die Hintermänner jenes Organs wie bei jeder gegebenen Gelegenheit so auch jetzt in den Publikationen der Industrie und des Handels gerade des Ostens

zu dem russischen Handelsvertrag die konservative Partei im Stiche ließen hinsichtlich einer für sie hoch bedeutungsvollen Frage, nämlich der Währungsfrage, auf die bekanntlich die große konservative Partei ein entscheidendes Gewicht lege. Indessen glaubte jener Literat aussprechen zu sollen, daß die Sozialdemokraten viel bessere und sachverständigere Kritiker der Handelsvertragspolitik seien, als daß sie auf einen nachhaltigen Erfolg zu Gunsten eines ephemeren verzichteten.

Die Sache läge so: voraussichtlich würde von Petersburg aus ein scharfer Druck auf die Auflösung des Reichstags geübt werden, falls die Vorlage der verbündeten Regierungen fiele. Hier würde man ja allerdings nicht sehr geneigt sein, in eine Auflösung zu willigen. Indessen der größere Nachbar

(Große Heiterkeit.)

würde ja dieses Resultat ziemlich zweifellos in die Wege leiten. Meine Herren, selbst wenn man sozialdemokratischerseits davon überzeugt wäre, daß eine solche Auflösung einträte, selbst dann würden die Sozialdemokraten, nahm jener Autor an, die festen Kerntruppen der verbündeten Regierungen bleiben. Die Sozialdemokraten würden ja unbedingt bei einer Reichstagsauflösung eine Anzahl von Mandaten gewinnen; darüber bestehe wohl kein Zweifel. Aber der Gewinn, der ihnen aus der Durchführung der Handelsvertragspolitik in den östlichen Provinzen bevorstände, sei ein viel größerer und nachhaltiger als die Mandate, die ihnen im Falle einer Auflösung vielleicht zufielen. Ich persönlich füge dem hinzu: Der Hauptschade ist bereits geschehen; aber unterschätzen Sie die Bedeutung des russischen Handelsvertrags nicht; unterschätzen Sie die schweren Folgen der Zollherabminderung für den Osten nicht! Zweifellos wird die an der östlichen Grenze, also an einer sehr langgestreckten Grenze liegende Bevölkerung durch den russischen Handelsvertrag auf das empfindlichste in Mitleidenschaft gezogen werden. Meine Herren, diese Bevölkerung ist bisher erfreulicherweise ein soziales Bollwerk gewesen und das wird erschüttert werden durch das Preisgeben werthvoller Zölle für die Landwirthschaft. Der erwähnte Literat hatte, glaube ich, vollkommen Recht, wenn er ausführte: die Sozialdemokraten wissen ganz genau, daß die nachhaltigen Wirkungen dieser Handelsvertragspolitik für sie viel bedeutungsvoller sind als der geringe Gewinn einiger Mandate im

Falle einer Reichstagsauflösung. Man kann daher sagen, wenn die Kerntruppen die Sache so beurtheilen, dann müsse man die Resultate dieser Handelsvertragspolitik für nach allen Richtungen überaus bedenkliche halten.

(Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender, Rittergutsbesitzer **Alfieri-Koppershagen**: Von Herrn von Klitzing-Charlottenhof ist der Antrag eingegangen, der Resolution von Mendel in der vorletzten Zeile zwischen den Worten „wirthschaftlichen" und „Lebens" die Worte „und sozialen" einzufügen. Ich ertheile dem Herrn Antragsteller zur Begründung dieses Zusatzes das Wort.

Rittergutsbesitzer **von Klitzing**-Charlottenhof: Ich glaube, es ist nicht nothwendig, den Antrag weiter zu begründen. Das hat Herr von Mendel, das hat Herr Lucke-Patershausen und das hat Herr Graf von Mirbach besser gethan, als ich es thun könnte. Mir kommt es so vor, als ob die Worte, die ich einzufügen beantrage, nur vergessen wären; denn ich glaube, daß nicht nur unserm wirthschaftlichen Leben durch die Handelsvertragspolitik ein Hemmschuh angelegt wird, sondern auch dem sozialen. Meine Herren, wenn der Mittelstand ruinirt wird, wenn wir künftig nur Magnaten und Börsenfürsten auf der einen und auf der andern Seite sozialdemokratische Arbeitermassen haben, dann, glaube ich, wird das gute soziale Verhältniß, wie wir es bis jetzt, Gott sei Dank, gehabt haben, unbedingt aufhören. Herr Graf von Mirbach sagte soeben, die Sozialdemokraten spekulirten darauf, daß das soziale Bollwerk, welches wir jetzt noch im Osten in unserer dort ansässigen Landbevölkerung haben, durch den russischen Handelsvertrag ruinirt werde. Ich glaube, damit ist mein Antrag vollkommen begründet.

(Bravo!)

Rittergutsbesitzer Graf **von Mirbach**-Sorquitten (den Vorsitz wieder übernehmend): Ich möchte fragen, ob Jemand in diesem Augenblick noch vor dem zweiten Herrn Referenten das Wort wünscht.

Rittergutsbesitzer **von Knebel-Doeberitz**-Lübgust: Mir wird von einem Herrn, der nicht sprechen will, ein Zettel zugesteckt, auf dem Folgendes steht: „Wegen Ausbruchs der Maul- und Klauenseuche ist die Einfuhr aus Schweden verboten. Wie kommt es nun, daß am Sonnabend 352 Stück schwedischen Rindviehs und heute wieder 500 Stück schwedischen Rindviehs auf dem Centralviehmarkt vor-

handen sind?" Meine Herren, es ist das eine solche Illustration zu der liebenswürdigen Viehseuchenschutzpolitik, die getrieben wird, daß es einer weitern Ausführung kaum bedarf. Der betreffende Herr, der mir die Mittheilung macht, will für die Richtigkeit der Zahlen vollkommen einstehen. Ich glaube, wir haben alle Veranlassung, auf Grund dieser Mittheilung geradezu unsere Polizeiverwaltung eines argen Verstoßes gegen unsere Interessen zu beschuldigen — oder ich weiß nicht, ob man auch hier vielleicht ein Meistbegünstigungsrecht zur Einfuhr verseuchten Viehes aus Schweden eingeräumt hat.

(Heiterkeit und Bravo!)

Rittergutsbesitzer **Gravenstein**-Sydow: Ich kann zu dieser Mittheilung noch hinzufügen, daß vor ungefähr 14 Tagen aus Oesterreich ein Waggon verseuchter Schweine hereingekommen ist. Die Händler des Centralviehhofs, die mit dem Vieh in Berührung gekommen sind, sind bald darauf in die Wirthschaften um Berlin gegangen, und in mehreren dieser Wirthschaften haben wir jetzt wieder die Maul- und Klauenseuche. Trotzdem dem Ministerium sofort davon Mittheilung gemacht ist, hat dasselbe es bisher nicht für nöthig befunden, wozu es ja doch die Berechtigung hat, die Einfuhr der Schweine von Oesterreich zu verhindern. Hier ist vielleicht in diesem Augenblick die richtige Stelle, um darauf hinzuweisen und zu bitten, daß, nachdem diese Fälle direkt nachgewiesen sind, endlich das Ministerium wenigstens vorläufig die Einfuhr der Schweine aus Oesterreich verbiete, damit nicht alle Ställe hier bei Berlin und in weiterer Folge die Provinz und das ganze Land aufs neue verseucht werden.*)

Vorsitzender Graf **von Mirbach**-Sorquitten: Ich möchte dagegen Folgendes zu bemerken mir erlauben. Ich glaube nicht, daß diese Vereinigung als solche gerade besonders kompetent ist zu einer direkten Vorstellung beim Ministerium. Soviel ich weiß, tagt aber die große Deutsche Landwirthschafts-Gesellschaft, und ich würde den Herren dringend rathen, sich sofort mit dem Vorstande der Deutschen Landwirthschafts-Gesellschaft in Verbindung zu setzen — ich glaube, das ist eine Sache, die mehr vor deren Forum gehört. Ich würde bereit sein, wenn die Herren die Güte haben wollten, mir die Notizen, die sie haben, zu geben, mit dem Herrn Minister darüber

*) Die Seuche hat nachdem wieder wesentlich um sich gegriffen.

zu sprechen; das hätte aber doch nicht den Effekt, als wenn die Deutsche Landwirthschafts-Gesellschaft energisch diese Frage in die Hand nähme.

Uebrigens möchte ich mir noch zu bemerken erlauben: ganz so scharf, wie Herr von Klitzing es annimmt, habe ich nicht gesprochen. Ich habe nur konditionell gesprochen, unter etwas vorsichtiger Zurückhaltung meines eigenen Urtheils.

(Heiterkeit.)

Wenn Sie aber aus meinen Ausführungen eine soziale Gefahr entnehmen wollen, so kann ich Ihnen dafür nur dankbar sein; unmittelbar lag das aber wohl nicht so scharf darin.

(Heiterkeit.)

Ich möchte Ihnen aber empfehlen, meine Herren, sich dem Gedanken, den Herr von Klitzing in seinem Antrag niedergelegt hat, anzuschließen und in dem Schlußsatz der Resolution des Herrn von Mendel die Wirkungen der Wirthschaftspolitik auf das soziale Leben in Deutschland hervorzuheben. Vielleicht läßt sich dies nicht in der vorgeschlagenen Fassung machen; es würde vielleicht heißen müssen: daß die augenblickliche Wirthschaftspolitik nicht einer Wirthschaftspolitik entspricht, „welche geeignet ist, das Gedeihen des wirthschaftlichen Lebens zu fördern, auch auf sozialem Gebiet eine nachhaltig stärkende Wirkung auszuüben, die Machtstellung Deutschlands zu sichern und zu befestigen“. Der Gedanke bedarf vielleicht einer andern Formulirung. Ich würde daher vorschlagen, den Antrag des Herrn von Klitzing in dem Sinne zu acceptiren, daß Sie Ihrem Ausschuß bezw. dem Engeren Komité gestatten, dem Antrag eine endgiltige Formulirung zu geben. Sind die Herren damit einverstanden?

(Zustimmung.)

Wir müssen jetzt diesen Gegenstand der Tagesordnung unterbrechen, da sich Niemand mehr zum Worte gemeldet hat und der zweite Herr Referent noch nicht erschienen ist. Ich schlage Ihnen daher vor, jetzt eine kurze Frühstückspause eintreten zu lassen.

(Pause.)

Vorsitzender Graf **von Mirbach**-Sorquitten: Die Sitzung ist wieder eröffnet.

Ich ertheile das Wort dem zweiten Herrn Referenten, Reichstagsabgeordneten Dr. Diederich Hahn.

Zweiter Berichterstatter, Reichstags- und Landtagsabgeordneter Dr. **Diederich Hahn-Osten**: Meine Herren, über meiner Theilnahme an dieser Versammlung hat gewissermaßen ein Unstern gewaltet. Ich war durch die Anforderungen, die der letzte Sonnabend an Gesundheit und Nerven stellte, etwas mitgenommen und konnte mich nicht an der Sitzung der Herren am Montag Abend betheiligen, so daß die Feststellung der Resolutionen, die Ihnen Herr von Mendel-Steinfels vorgeschlagen hat, erfolgen mußte, ohne daß ich mich an der vorhergehenden Diskussion betheiligen konnte. Es hat sich aber das Eigenthümliche und wieder Bezeichnende herausgestellt, daß inhaltlich die Resolution, die in Ihren Händen ist, und drei Thesen, die ich selbst aufgestellt hatte, in allen wesentlichen Punkten mit einander übereinstimmen; da möchte ich Sie nun bitten, mir zu gestatten, Ihnen diese meine Thesen vorzulesen, um an der Hand derselben eine weitere Ausführung über die Entwickelung unseres wirthschaftlichen Lebens seit dem Jahre 1890 zu geben.

Ich hatte meine Thesen folgendermaßen formulirt:

1. Die wirthschaftliche Entwickelung Deutschlands seit dem Jahre 1890 steht unter dem Zeichen einer Depression.
2. Sie findet ihre Erklärung im Zusammenhange mit den Gesammtverhältnissen der Weltwirthschaft und stellt sich dar als der auf den wirthschaftlichen Aufschwung der letzten 80er Jahre erfolgte Rückschlag.
3. Die seit 1890 auf Deutschland lastende wirthschaftliche Depression hat eine Verstärkung erfahren durch die inzwischen eingetretenen Veränderungen in unserer gesammten politischen Lage und durch die Einleitung einer neuen Handels- und Wirthschaftspolitik, welche die Industrie auf Kosten der Landwirthschaft begünstigte.

Meine Herren, die letzte These ist ja vielleicht etwas scharf gehalten, darum nehme ich sie auch auf mein persönliches Konto und darf mir nun erlauben, Ihnen die weitere Begründung dieser Thesen vorzutragen.

Zunächst habe ich vom Standpunkt des Kaufmanns, des Industriellen und des Banquiers die Entwickelung der letzten Jahre rückblickend überschaut, und bin dabei zu derselben Auffassung gekommen, wie sie sich in den Ausführungen unserer großen handelspolitischen Blätter, im Handelstheile der Nationalzeitung, der

Vossischen Zeitung und anderer Zeitungen, die der Industrie und dem Bankwesen freundlich gegenüberstehen, Woche für Woche wiederfindet und wie sie auch in den Handels- und Bankkreisen selbst allenthalben hervortritt, nämlich, daß wir seit 1890 unter der Nachwirkung der wirthschaftlichen Ereignisse der letzten 80er Jahre zu leiden haben. Die letzten 80er Jahre wieder sind nur zu verstehen, wenn man sie mit den Ereignissen der letzten Regierungsjahre unseres hochseligen Kaisers Wilhelm in Verbindung bringt. Sie wissen, daß wir in den beiden Wintern von 1886 auf 1887 und von 1887 auf 1888 gewissermaßen vor dem Kriege standen, in dem einen Winter vor einem Kriege mit Frankreich, in dem zweiten vor einem Kriege mit Rußland. Die Befürchtungen vor kriegerischen Verwickelungen in den Jahren 1886 bis 1888 haben auf Handel und Wandel in Deutschland lähmend gewirkt, und ein neuer wirthschaftlicher Aufschwung, dessen Vorzeichen sich, nach Ueberwindung der Depression in der ersten Hälfte der 80er Jahre, schon während des Jahres 1886 in einer lebhafteren geschäftlichen Thätigkeit bemerkbar gemacht hatten, konnte erst erfolgen, nachdem die Furcht vor kriegerischen Verwickelungen vollständig verschwunden war. Mit dem Regierungsantritt Sr. Majestät unseres jetzigen Kaisers, im Sommer 1888, begann in den Kreisen der Geschäftswelt, die ich damals Gelegenheit hatte in ihrem Thun und Treiben, ihren Hoffnungen und Erwartungen ziemlich genau zu beobachten, sich neuer Muth einzustellen, zusammen mit der Ueberzeugung von der Möglichkeit, neue wirthschaftliche Unternehmungen mit Aussicht auf Erfolg durchführen zu können. So eröffnete das Jahr 1888 eine neue Periode beschleunigter wirthschaftlicher Entwickelung auf den Gebieten der Industrie, des Handels und des Bankwesens.

Wenn ich hier, meine Herren, das vierte und hauptsächlichste Wirthschaftsgebiet, ich möchte sagen, jedes gesunden Staatswesens, die Landwirthschaft, nicht genannt habe, so hat das seinen besonderen Grund. Ich bin berechtigt, oder vielmehr durch die Beobachtungen, die ich machen konnte, verpflichtet, so zu sprechen. Denn bis zu einem gewissen Grade kann unter Umständen die Entwickelung von Handel und Gewerbe, wenn die allgemeinen Weltverhältnisse dazu die Möglichkeit bieten, von der gleichzeitigen Lage der Landwirthschaft im eigenen Lande unabhängig sein. Es wird Ihnen das einleuchten, wenn Sie es sich rein theoretisch vor Augen stellen.

Wir können uns die Möglichkeit denken, daß Länder, mit denen Deutschland in Verbindung steht, und wohin es einen Theil seiner Industrieerzeugnisse absetzt — nehmen wir die südamerikanischen Staaten, Nordamerika oder den Orient —, daß diese Länder gedeihen und blühen, daß dort eine bedeutende Nachfrage nach deutschen Industrieerzeugnissen vorhanden ist, welche auf unsere vaterländische Produktion stimulirend wirkt, daß infolge dessen von uns aus ein bedeutender Export dahin stattfindet, und daß auf Grund dieses Exportes, von dem die Industrie Vortheil hat, auch der Handel und damit das Bankwesen sich beleben: während gleichzeitig die Landwirthschaft bei uns im Lande sich in der denkbar trübsten Lage befinden kann. Es war sogar verschiedentlich im Laufe der letzten Jahre zu beobachten, daß wir schlechte Ernten und dennoch gleichzeitig eine Prosperität des kaufmännischen Geschäftslebens hatten.

Es gehört dieses Vorkommniß zu der Fülle von Erscheinungen, die zu der Meinung zwingen, daß nicht auf allen Gebieten der wirthschaftlichen Thätigkeit gleichzeitig eine Periode des Hochstandes oder des Tiefstandes vorhanden zu sein braucht, sondern daß gesteigerte wirthschaftliche Thätigkeit, so sehr auch die einzelnen Gebiete darin mit einander in Verbindung stehen, doch vielfach auf dem einen Gebiete früher, auf dem andern später einsetzt. So kann eine Blüthe der Industrie, wenn diese sich auf dem heimischen Markte mit landwirthschaftlichen Produkten versorgt, auf die Landwirthschaft günstig einwirken, während auf der andern Seite eine Blüthe der Landwirthschaft die Industrie im eigenen Lande fördern kann. Aber die Nothwendigkeit, daß diese Erscheinungen stets gleichzeitig vorkommen müssen, liegt nicht vor.

Wir haben nun in den letzten 1880er Jahren bei dem allgemein vorhandenen Gefühl, daß es möglich sei, die industrielle Thätigkeit weiter auszudehnen, die Begründung zahlloser neuer Fabriken und Unternehmungen auf den verschiedensten Gebieten erlebt. Zu der Entwickelung dieser guten Meinung von vorhandenen Aussichten auf industriellem Gebiet hat eine Reihe von Umständen beigetragen, die ursprünglich nicht ganz nach einer solchen Wirkung aussahen. Das waren in erster Linie die großen Strikes. So bewirkte der große Kohlenstrike im Jahre 1889, daß viele industrielle Betriebe und Eisenbahnverwaltungen sich veranlaßt

sahen, Reserven von Kohlen zu legen, und erfuhr dadurch die Kohlenproduktion einen neuen Aufschwung, der in weiterer Folge sich auf andere Gebiete industrieller Thätigkeit übertrug. Wir hatten u. a. in den bezeichneten Jahren eine gute Lage des Geschäfts in der Textil- und Eisenindustrie. Die Elektrotechnik entwickelte sich zu ungeahnter Höhe und eine Unternehmung wie die Berliner Elektrizitätsgesellschaft konnte zu ihrer jetzigen Bedeutung heranwachsen. Diese Erscheinungen hingen mit der Möglichkeit gesteigerten Exports zusammen und mit einer erhöhten Nachfrage des Auslandes nach europäischen und speziell auch deutschen Industrieerzeugnissen.

Die industrielle Entwickelung würde aber für sich allein nicht die Bedeutung gewonnen haben, die sie thatsächlich gewann, wenn sie nicht durch die Spekulation noch stimulirt und vorwärts getrieben worden wäre. Meine Herren, ich kann hier nicht genug auf die treffliche Schrift des Herrn Christians, des Herausgebers der Wochenschrift „Der Deutsche Oekonomist", aufmerksam machen, der seine Anschauungen über die Entwickelung des deutschen Bankwesens in den letzten 80er Jahren in einer Reihe von Artikeln in seiner Wochenschrift veröffentlicht, und dann diese Artikel zu einem netten Büchelchen „Die deutschen Emissionshäuser und ihre Thätigkeit von 1886—1891" vereinigt und dadurch weiteren Kreisen zugänglich gemacht hat. Herr Christians kommt mit Recht darauf hinaus, daß die gesteigerte Emissionsthätigkeit derart auf die Industrie wirke, daß bei der Gründung neuer Aktien-Gesellschaften und der Erweiterung bestehender die Aufnahme neuen Kapitals erfolgte, wodurch der Industrie bedeutende neue Mittel zugeführt wurden, welche sie zu Vergrößerungen und Erweiterungen ihrer Betriebe veranlaßte. Darin ist eine der Ursachen der Ueberproduktion zu suchen, die wir nachdem vom Jahre 1890 ab zu erleben hatten. Dieselbe Beobachtung konnte man ja auch in den ersten Jahren nach dem Feldzug von 1870/71 in der Gründerzeit machen, wo das reichliche Zuströmen von Kapital aus dem Publikum an die Industrie dazu beitrug, die industrielle Entwickelung in einer Weise zu fördern, wie es ohnedem von der Industrie allein aus nicht der Fall gewesen wäre.

Wir haben nun in den letzten 80er Jahren neben der neuen Investirung von Kapital in industriellen Betrieben auch einen bedeutenden Export deutschen Kapitals nach dem Auslande erlebt. (Ruf: Leider!)

— Ja, meine Herren, man ist leicht geneigt, wenn man die heutigen Kurse der Papiere, die damals emittirt wurden, mit den Emissionskursen vergleicht, sämmtlichen Emissionsfirmen ohne Unterschied schwere Vorwürfe zu machen und alles in einen Topf zu werfen. Aber man vergißt dabei, daß ein Theil der Emittenten in dem guten Glauben und in der Meinung emittirte, daß sich die Emissionen, die dem Publikum angeboten wurden, auch bewähren würden! Ich glaube, man kann es der großen Mehrzahl der Emissionshäuser wohl zugestehen, daß sie in den letzten 80er Jahren sich in der Meinung befunden haben, dem deutschen Publikum nichts Unsolides anzubieten. Diese Meinung war nicht unberechtigt auf Grund ihrer kommerziellen Verbindung mit dem Auslande. Alle Nachrichten gingen übereinstimmend dahin, daß die deutsche Kaufmannschaft in den überseeischen Exportländern, die für uns von Bedeutung sind, in Südamerika, Nordamerika, in der Türkei, in Australien, Ostasien und am Kap im Vordringen begriffen sei und daß deutsche Firmen, wie z. B. besonders in Chile, sogar englische Firmen verdrängten. Die Entwickelung dieser Länder schien uns die Sicherheit zu bieten, ihrer Zukunft Vertrauen schenken zu dürfen und ihnen Kapital anzuvertrauen. Dies Kapital ist theils den Regierungen der Länder, theils großen industriellen Unternehmungen, theils Hypotheken- und anderen Banken, theils den großen Eisenbahngesellschaften gegeben worden und hat dazu beigetragen, dort eine Entwicklung der Kultur zu fördern, die ein bedeutend schnelleres Tempo annahm, als in den ersten 80er Jahren. Da sind wir und die Engländer und theilweise Belgien die Geldgeber gewesen, nicht in demselben Maße Frankreich und Holland. Frankreich hatte noch unter den Folgen des Panamakrachs zu leiden, außerdem wurde und wird in Frankreich vom Publikum stets ein großer Theil seines verfügbaren Geldes in Rente angelegt. Die Niederlande hatten große Kapitalsanlagen in Niederländisch-Indien zu machen. Oesterreich wieder brauchte seinen Ueberschuß an Kapital für neue Unternehmungen im eigenen Lande. Wir und die Engländer waren also damals die europäischen Völker, die dem Auslande, namentlich dem überseeischen Auslande, große Summen zur Verfügung stellten. Bei uns in Deutschland hatten sich im Laufe der Jahre sehr erhebliche Ersparnisse des Volkes allmählich angehäuft. Die allgemeinen wirthschaftlichen Verhältnisse waren in den weitesten Kreisen in Ordnung; das Handinhandgehen

von Industrie und Landwirthschaft hatte uns eine Reihe von Jahren hindurch eine gute und gesicherte wirthschaftliche Lage gegeben; unsere Industrie konnte sich entwickeln nicht über das Maß hinaus, aber doch in erfreulicher Weise: so wurden immer neue Ersparnisse gemacht und suchten Anlage. Außerdem war ein Theil des deutschen Kapitals, das im Auslande angelegt war und zwar in russischen Werthpapieren steckte, glücklicherweise durch die Initiative des Fürsten Bismarck dort flott gemacht worden; auch dieses frei gewordene Kapital suchte nach neuer Anlage.

So sind wir in den letzten 80er Jahren die Gläubiger ausländischer Staaten und Unternehmungen geworden. Mit deutschem Gelde haben z. B. deutsche Unternehmer in der Türkei Eisenbahnen bauen können; ich nenne speziell die Anatolische Eisenbahn, deren Entstehen ich genau zu verfolgen in der Lage war. Für die Anlage deutschen Geldes wurde sie ein werthvolles Objekt und der deutschen Industrie hat sie neue Aufträge zugeführt; aber ebenso wie die anderen gleichartigen Bahnbauten in der europäischen Türkei hat sie uns in letzter Folge auch wieder neue und gefährliche Konkurrenten geschaffen. Es ist jetzt möglich geworden, daß Konstantinopel sich mit seinem Bedarf an Brodkorn aus den eigenen türkischen Gebieten versorgt, während früher Südrußland dorthin lieferte. Damit wurde ein großer Theil der russischen Produktion frei, der nun auf London und weiter auch auf uns drücken konnte.

Nicht anders in Argentinien, und ich bin vielleicht berechtigt, dieses Land etwas eingehender zu behandeln, weil neuerdings der Weizenexport Argentiniens, der in den nächsten Jahren noch bedeutend zunehmen dürfte, im Vordergrunde der Diskussion der agrarischen Kreise steht. Für Argentinien gilt dasselbe, was ich von der Türkei gesagt habe: auch dort hat die Investirung deutschen und englischen Kapitals die Wirkung hervorgebracht, daß die Volkswirthschaft in ungeahnter Weise vorwärts gekommen ist. Argentinien, welches früher genöthigt war, jährlich achtzig Tausend Tonnen Weizen aus der Union zu beziehen, ist jetzt in der Lage, Millionen Tonnen Weizen zu exportiren. Ich will Ihnen aus der Denkschrift zum deutsch-russischen Handelsvertrage die Ziffern nennen. Es ist enorm, in welchem Umfange namentlich in den letzten Jahren Argentinien der Versorger Europas und speziell auch Deutschlands geworden ist.

Ich gebe im Folgenden die Ziffern für Weizen:

1891	123 968	Doppelcentner
1892	661 697	"
1893	1 513 961	"

Der Roggen ist, wie ich zu meiner Freude sehe, nicht dabei, aber Mais: 1890 167 000 Doppelcentner, 1891 153 000 Doppelcenter, 1892 501 000 Doppelcentner und 1893, wo die Ernte weniger gut war, allerdings nur 132 000 Doppelcentner.

Meine Herren, eine derartige Konkurrenz, wie sie uns da in Argentinien erwachsen ist, und wie sie sich ebenfalls in der Türkei herausgebildet hat, wäre nicht möglich gewesen, ohne daß das deutsche und englische Geld diese Staaten befähigt hätte, derart ihre Kultur und ihren Getreidebau auszudehnen.

Sie gestatten mir, daß ich auch für die Türkei kurz die Ziffern der Ausfuhr nach Deutschland nenne:

Weizen	1891	35 000	Doppelcentner
	1892	737 000	"
	1893	213 000	"
Roggen	1891	330 000	"
	1892	1 135 000	"
	1893	383 000	"
Gerste	1891	41 000	"
	1892	183 000	"
	1893 . . .	145 000	"
Hafer	1891	98	"
	1892	64 000	"
	1893	133 000	"

und zuletzt noch

Mais	1890	56 000	"
	1891	39 000	"
	1892	219 000	"
	1893	670 000	"

Meine Herren, ich habe diese beiden Länder deshalb speziell herausgegriffen, weil, wie ich eben ausführte, europäisches Kapital ihnen in den letzten 10 Jahren überhaupt erst die Möglichkeit der Entwickelung in dem skizzirten Umfange gegeben hat.

Es war nun nicht anders möglich, als daß die Entwickelung der letzten 80er Jahre, die in Deutschland eine Ueberproduktion auf

den verschiedensten Gebieten zur Folge hatte, zu einem erheblichen Rückschlage führte. Dieser Rückschlag ist der Reihe nach, nicht gleichzeitig, auf den einzelnen Gebieten erfolgt. Am deutlichsten ist er wohl in der Montanindustrie zum Ausdruck gekommen, aber auch in der Textilindustrie und ganz speziell in Rhederei und Schiffsbau, was ja damit in Verbindung steht, daß unser Export mit dem Anfang der 1890er Jahre ein erheblich geringerer geworden war. Für die Rhederei ist die Abnahme der Ausfuhr aus Europa allerdings zu einem Theil durch die Zunahme der Zufuhr von Cerealien aus dem Auslande wieder wettgemacht worden.

Auch hier darf ich für die Beurtheilung des wirthschaftlichen Rückschlages auf ein Buch aufmerksam machen, das vielleicht nicht in Ihrer aller Händen ist, auf die Kurstabellen der Berliner Fondsbörse, die von dem Bankgeschäft von Neumann herausgegeben werden. In diesen Tabellen sind für die Jahre 1889 bis ultimo 1893 die Ziffern der Kursentwickelung der an der Berliner Börse gehandelten Werthpapiere in übersichtlicher Weise zusammengestellt. Es genügen wenige Blicke in ein solches Buch, um die ganze wirthschaftliche Entwickelung einer Reihe von Jahren zu übersehen. Ich gestatte mir, nur drei Gesellschaften aus dem Gebiete der Montanindustrie herauszugreifen und dazu vielleicht noch eine Bank zu nehmen; als Bankpapier nenne ich die Aktien der Diskonto-Kommandit-Gesellschaft.

Die Diskonto-Kommandit-Antheile notirten in Berlin zum höchsten Kurse im Jahre 1889 251,70, zum höchsten Kurse 1890 254,20, zum höchsten Kurse 1891 218,40, zum höchsten Kurse 1892 199,10, zum höchsten Kurse 1893 198,20. Diese höchsten Kurse geben nun nicht allein und ausschließlich das richtige Bild; ich will dazu noch den letzten Kurs nennen aus dem Dezember 1893, um neben dem höchsten auch einen Ultimokurs anzugeben. Der letzte Kurs im Dezember 1893 war 173,60.

Ich sehe, es würde zu weit führen, Ihnen auch die Kurse der industriellen Aktiengesellschaften zu nennen. Wenn einer der Herren Interesse dafür hat, will ich das Buch auf den Vorstandstisch niederlegen. Ich hatte die Kursziffern für die Hibernia, die Bochumer Gußstahl-Aktien-Gesellschaft und die Königs- und Laurahütte herausgegriffen. An der Hand der Kursentwickelung solcher Effekten ist man in der Lage, nicht allein die Entwickelung der

betreffenden Werke, sondern überhaupt die ganze wirthschaftliche Entwickelung ausreichend zu verfolgen.

Es würde nun, meine Herren, durch die Umstände, die ich erwähnt habe, durch die Ueberproduktion und durch das Großziehen von ausländischen Konkurrenten für unsere Landwirthschaft, als welche wir die Abnehmer unserer Industrie in den ausländischen Ackerbaustaaten zu betrachten haben, sich allein die Krisis, in der wir jetzt stehen, noch nicht erklären, wenn nicht andere Momente hinzukämen. Wenn man die Entwickelung des Kreditwesens und der Bankthätigkeit in Deutschland in den letzten 25 Jahren überblickt, und dabei sieht, wie die Berliner Börse im Laufe der Zeit die ausschlaggebende und geradezu alleinherrschende in Deutschland geworden ist, wie sie die Wiener Börse überflügelt hat und sich der Pariser Börse ebenbürtig an die Seite stellt, so kommt man auf politische Momente als letzten Erklärungsgrund.

Berlin wurde mit dem Jahre 1866 das Centrum Deutschlands, politisch und auch wirthschaftlich. In Berlin wurde die Politik gemacht, dort war man am besten in der Lage, die Entwickelung der Dinge zu übersehen, und Berlin zog deshalb spekulative Köpfe und Kapitalien an. Dieses Moment wird vom Handel und der Industrie viel zu wenig gewürdigt. Die politische Bedeutung Berlins aber ist auf die militärischen und politischen Leistungen Preußens zurückzuführen, an denen seiner landwirthschaftlichen Bevölkerung — ich glaube es mit Ihrer Zustimmung sagen zu dürfen — ein erheblich höherer Antheil beizumessen ist, als seiner kaufmännischen und industriellen Bevölkerung.

(Sehr richtig!)

Man braucht ja nur die Aushebungsziffern für eine Reihe von Jahren zu überblicken, um zu dem Ergebnisse zu kommen, wie bedeutend viel größer der Prozentsatz des platten Landes als der der Städte, speziell der großen Städte und Industriestädte, wie insbesondere auch der ganzen Industriebezirke an der Rekrutengestellung ist. Da wird man es nicht zu viel gesagt finden, wenn ich behaupte, daß die Landwirthschaft an unseren militärischen und politischen Erfolgen einen größeren Antheil gehabt hat, als Handel und Industrie.

(Bravo!)

Aber, meine Herren, die Landwirthschaft hat für diese ihre Leistungen nicht die entsprechenden Gegenleistungen, nicht die ausgleichenden Vortheile erhalten. Sie hat von der großen, wirthschaftlichen Entwickelung, die mit unserm politischen Aufschwunge zusammenhing, nur Nachtheile gehabt, indem ihr durch die dadurch beförderte Entwicklung von Handel und Verkehr neue Konkurrenten entstanden sind, in Ländern, die früher den Bauern kaum bekannt waren und jedenfalls für die Kalkulation der Preise und für die Konkurrenz nicht in Frage kamen. Wenn daher am letzten Sonntag von der großen Versammlung der Industriellen, gegenüber einer Aeußerung des Herrn v. Ploetz vom Tage vorher, derselbe Patriotismus in Anspruch genommen worden ist, den ich der Mehrzahl der Herren gewiß nicht absprechen will, und außerdem auch dasselbe Quantum von Leistungen an das Vaterland, so muß ich dies Letztere doch entschieden bestreiten.

(Sehr richtig!)

Die Statistik beweist, daß Handel und Industrie in ihren Leistungen für die Vertheidigung des Vaterlandes in erheblichem Maße hinter dem zurückbleiben, was die Landbevölkerung leistet, und speziell hinter dem, was sie an Soldaten stellt.

(Sehr richtig!)

Meine Herren, an einer Fülle von einzelnen wirthschaftlichen Ereignissen ließen sich Ihnen die Zusammenhänge auf den verschiedenen Wirthschaftsgebieten zeigen. So pflegt ein Anziehen der Konjunktur in der Textil-Industrie auf die chemische Industrie zu wirken durch die entstehende Nachfrage nach Farben. Infolge dessen erfolgt ein neues Aufblühen der Farben-Industrie regelmäßig immer etwas später als der Beginn neuer Prosperität für die Textil-Industrie. Auf der anderen Seite sind wiederum einzelne Gruppen der industriellen Produzenten unter sich bis zu einem gewissen Grade Konkurrenten, wie Eisenmänner und Kohlenmänner. Sie haben durchaus nicht dieselben Interessen, wie sich z. B. 1889 an der Heraufsetzung der Kohlenpreise zeigte, die alle übrigen Industriezweige erheblich belastete.

In den Handelskammerberichten und in sonstigen Kundgebungen aus industriellen Kreisen rissen damals die Klagen nicht ab, daß durch die Vertheuerung der Kohlen auch die Betriebe außerordentlich vertheuert würden. In vielen Fällen sollte dadurch

allerdings nur bewiesen werden, daß die Dividenden nicht so hoch ausgefallen wären, als es ohnedem der Fall gewesen wäre. — — Doch über solche Einzelheiten, meine Herren, will ich mich des weiteren nicht auslassen.

Heute haben wir eine unendlich viel schärfere Divergenz der Interessen ins Auge zu fassen, die auf einem anderen Gebiete zu Tage tritt, wo wir mitten in einem Lebenskampfe stehen, der zwischen Landwirthschaft und „Geschäft“ — als Geschäft will ich die Thätigkeit der Kaufleute, Industriellen und Börsianer zusammenfassen — jetzt entbrannt ist und zweifelsohne auch ausgefochten werden wird! Denn darüber dürfen wir uns nicht täuschen: es ist von beiden Seiten die Parole ausgegeben, und es wird zum Austrag dieses Kampfes kommen müssen! Da kann ich heute nicht in Details auf industriellem Gebiete eingehen. Ich muß mich bei der vorgeschrittenen Zeit und in Anbetracht des Umstandes, daß ich durch meine Vereidigung im Abgeordnetenhause selbst schuld daran war, daß unsere Versammlung abgebrochen werden mußte, kurz fassen und will als Erklärungsgrund für die augenblickliche politische Gruppirung im Reichstage und überhaupt für den Kampf, von dem ich sprach, nur noch eines besonders hervorheben.

Wir sehen augenblicklich Sozialdemokraten und Freisinnige und einen Theil der Nationalliberalen, speziell diejenigen Abgeordneten, welche im Reichstage die industrielle Arbeit, den Handel und das Kapital vertreten, in der Hauptsache darin einig, die Handelsvertragspolitik der Regierung zu unterstützen, während diejenigen Abgeordneten, welche Landkreise und kleine Städte vertreten — die sich aus dem Lande heraus krystallisirt haben und ganz zum Lande gehören, also nicht in Gegensatz zum platten Lande gebracht werden dürfen —, auf der anderen Seite ebenso fest zusammenhalten und in der Hauptsache im Verwerfen dieser Handelspolitik einig sind. Das ist kein Zufall, meine Herren! Mögen die Sozialdemokraten über die Zukunft und ihr Ideal menschlicher Gesellschaftsgestaltung denken, wie sie wollen, sie sind daneben auch praktische Leute und haben ein deutliches Gefühl dafür, daß eine Schädigung der Industrie oder auch nur eine Verminderung der weiteren rapiden Entwickelung unserer Industrie, welche Industrie-Arbeiter brodlos machen würde, für den Stand, den sie vertreten, eine arge Schädigung wäre. Jede Hemmung der industriellen

Weiterentwickelung mit allen Kräften zu verhindern, darin sind Fabrikherren und Arbeiter einig, und mit dieser Einigung und Einigkeit werden wir auf die Dauer zu rechnen haben.

Aber wir haben keine Veranlassung, uns durch Aeußerungen, wie sie Herr Freiherr von Stumm in der wirthschaftlichen Vereinigung gethan hat, irgendwie einschüchtern zu lassen,

(Zuruf: Plenum!)

— und auch im Plenum gelegentlich des deutsch-russischen Handelsvertrages, wo er gewissermaßen Drohungen aussprach für den Fall, daß die Einigkeit zwischen Industrie und Landwirthschaft, die so lange Jahre bestanden hätte, jetzt durchbrochen würde. Herr Freiherr von Stumm meinte, daß das der Landwirthschaft in die Schuhe zu schieben sein würde und drohte mit einem Kriege der Industrie gegen die Landwirthschaft, den er uns als für die Landwirthschaft sehr gefährlich hinstellte. Wir können darauf nur antworten, daß die Industrie nicht mehr über die breiten Arbeitermassen verfügt, wie wir in der Landwirthschaft, sondern daß diese Massen entweder zur Sozialdemokratie oder zum Centrum übergegangen sind. Meine Herren, Sie können das Letztere speziell in einer Reihe von ehemals nationalliberalen Wahlkreisen in Rheinland-Westfalen beobachten: die Industriellen haben dort nicht mehr auf die Gefolgschaft der großen Massen, die früher ihren Winken gehorchten, zu rechnen, diese sind zu einer Gefolgschaft der Sozialdemokratie geworden. Wenn es nun zu scharfer Scheidung kommt, falls die Regierung auf dem eingeschlagenen Wege nicht umkehren sollte, so haben wir bei den augenblicklichen Verhältnissen auf dem platten Lande einen außerordentlichen Vortheil, indem jetzt ein enger Zusammenschluß aller sozialen Elemente, der Wohlhabenden und weniger Wohlhabenden, des Edelmannes und des Tagelöhners zu Stande gekommen ist, wie wir ihn bisher noch nicht kennen gelernt hatten.

(Lebhafter Beifall.)

Ich kann aus den Erfahrungen, die ich bei der Reichstagswahl in meinem Wahlkreise gemacht habe — und verschiedene Kollegen haben mir aus ihrer Wahlcampagne Aehnliches erzählt — mittheilen, daß alles überrascht war über die Einmüthigkeit bis zum letzten Manne, die in der Landwirthschaft hervortrat, die man von früheren Wahlen her absolut nicht kannte. In einigen Theilen

Hannovers sind wir damit nicht allein den Sozialdemokraten, sondern auch den Welfen mit Erfolg gegenübergetreten, weil auch ein gut Theil der Welfen zu der Ueberzeugung gekommen ist, daß das Erstreben gesunder wirthschaftlicher Verhältnisse doch am Ende wichtiger wäre, als lediglich der preußischen Regierung immerfort Opposition zu machen!

Deshalb meine ich, meine Herren, wenn wir in der Zeit der Depression in Verfolg der neuen Handelspolitik der Regierung dahin gekommen sind, daß Landwirthschaft und Industrie, die in den 80er Jahren Hand in Hand gingen, sich geschieden haben, so hat das neben allem Bedauerlichen, was darin liegen mag, doch auch sein Gutes, indem es zu einer politischen Einigkeit auf dem Lande in bisher nicht geahnter Weise geführt hat.

(Lebhafter Beifall.)

Meine Herren! Wir sehen in der Wirthschaftspolitik der früheren Regierung während der 80er Jahre und in der Wirthschaftspolitik der jetzigen Regierung in den 90er Jahren zwei verschiedene Prinzipien vertreten. Das Prinzip der 80er Jahre war die Parole: Der deutsche Markt gehört der deutschen Industrie und die deutsche Industrie soll sich nach Möglichkeit mit den Produkten der deutschen Landwirthschaft versorgen. Wenn wir uns bei diesem Grundsatze wohl befunden haben, so, meine ich, müssen wir ihn so weit wie irgend möglich wieder aufnehmen! Das heißt, wir müssen von unserer Industrie verlangen, daß sie so viel wie möglich ihre Produkte von uns bezieht! Weiterhin haben wir die Industrie vor Ueberproduktion zu warnen, wie sie in den letzten 80er Jahren eingetreten ist, die ihr jetzt gewissermaßen die Nothwendigkeit auferlegt, sich um jeden Preis nach neuen Absatzgebieten umzusehen.

Meine Herren, die Ueberproduktion ist das Geheimniß und die Erklärung unserer ganzen Lage! Sie ist auch die Erklärung dafür, daß am letzten Sonntag mehrere Tausend Industrielle der verschiedenen politischen Parteien, wo man neben gutgesinnten, wohlgearteten Nationalliberalen stramme Freisinnige sah,

(Heiterkeit.)

in der geschehenen Weise ihrer Meinung Ausdruck gaben. Die Industrie hat, stimulirt durch die Thätigkeit der Spekulation und der Börse, theilweise auch stimulirt durch günstige politische Verhältnisse und das stetige Anwachsen deutschen Einflusses im Auslande,

ihre Betriebe bedeutend weiter ausgedehnt, als es angebracht war. Infolge dessen ist sie jetzt mit einer gewissen Resignation, die man, schärfer zusehend, in ihren Kreisen findet, dazu gekommen, auch die kleinsten Vortheile mitzunehmen. Ich möchte mich erkühnen, zu sagen, daß dies das Geheimniß der einmüthigen Stellungnahme der Industrie für den russischen Handelsvertrag ist, und das war es auch, was aus den Verhandlungen am vorigen Sonntag herausklang!

(Zuruf: Papierkragen!)

— Ich bin über die Sache nicht genau informirt! Ich verstehe den Zuruf so, daß es sich um den Absatz von Papierkragen nach Rußland handelt, ein Objekt, welchem man eine große Bedeutung nicht wird beimessen können. Natürlich werden aber die an der Branche Betheiligten alle Anstrengungen machen, um herauszuschlagen, was sie können.

Wie weit diese Einmüthigkeit geht, habe ich auch daran beobachtet, daß kurz vor den Berathungen über den rumänischen Handelsvertrag in Wahlkreisen, in denen die Landwirthschaft der Industrie die Waage hält und die Industrie am Export nach Rumänien eigentlich nicht betheiligt ist, die Industriellen sich bemühten, die Vortheile des Vertrages für die Gesammtheit der Industrie vor Augen zu führen und dieses Moment als das ausschlaggebende hinzustellen. So habe ich mit Vergnügen einen Brief an einen Abgeordneten gelesen, in welchem es hieß: In unserm Bezirk liegt zwar keine Nothwendigkeit vor, auf den Abschluß des Vertrages hinzuwirken, aber der Vertrag ist nothwendig wegen der allgemeinen Lage der Industrie. Sie sehen, meine Herren, hier eine Solidarität, bei der nicht mit Unrecht die Industrie jedes einzelnen Bezirkes und gewissermaßen jede einzelne Firma sagt: Wenn Du selbst auch kein neues Absatzgebiet erhältst, so hast Du doch dadurch, daß Andere neue Absatzgebiete finden, keinen Schaden, sondern eher einen Vortheil. Es ist das auch ein Zeichen dafür, wie es in der Industrie mit der Konkurrenz aussieht.

Wenn ich nun, meine Herren, wie ich Ihnen das vorhin ausgeführt habe, eine Verschärfung der wirthschaftlichen Depression seit 1890, die in erster Linie die Folge eines übertriebenen Aufschwunges war, dadurch, daß die politische Lage für Deutschland sich ungünstiger gestaltet hat, glaube wahrnehmen zu können, so

bin ich im Stande, auch dafür Beweisgründe vorzubringen. Für die Thätigkeit des Kaufmannes, der sein Geld im Auslande anlegen oder im Inlande eine industrielle Unternehmung riskiren will, ist es Numero eins, daß er zur Zukunft Vertrauen haben kann, daß die politischen Verhältnisse auf gewisse Zeit hinaus gesichert bleiben, daß er nicht durch Krieg oder politische Verwickelungen für seine Unternehmungen ernste Gefahren zu besorgen braucht! Dieses Gefühl der Sicherheit ist in unserer Geschäftswelt in den achtziger Jahren im weitesten Umfange vorhanden gewesen. Es würden viele Unternehmungen gar nicht riskirt worden sein, wenn man nicht unbedingte Zuversicht zur Regierung und zu ihrem Einfluß auf den Weltfrieden wie zu ihrem speziellen Einfluß in einzelnen Ländern gehabt hätte, daß sie die ins Leben gerufenen Unternehmungen auch zu schützen wissen würde.

Ein Beispiel, meine Herren! Glauben Sie, daß die Berliner und anderen deutschen Emissionshäuser, die das schwierige Stück, eine Eisenbahn in Kleinasien zu bauen, gewagt haben, das gethan haben würden, wenn sie nicht der festen Ueberzeugung gewesen wären, daß die Macht des Deutschen Reiches am goldenen Horn hinreichen würde, um diese Unternehmung für absehbare Zeit zu sichern! Genau so lag es auch auf anderen Gebieten und in anderen Gegenden. Ueberall stand hinter dem deutschen Kaufmann das gewaltige Prestige, daß wir Deutschen unter dem „alten Kurs" in der ganzen Welt gehabt haben!

(Bravo!)

Unter dem alten Kurs lag es so, daß wir die Begehrten in Europa waren, daß man Bündnisse mit uns nöthig hatte, wie z. B. Oesterreich zur Stärkung seiner Position auf der Balkan-Halbinsel. Auch Italien war auf Deutschland angewiesen, schon um gegen Frankreich Schutz zu haben! So war also die Lage im Dreibund die, daß wir die Begehrten, die Ausschlaggebenden waren, daß wir in gewisser Weise dem Nachbar sein Verhalten und die Linien des weiteren Vorgehens für die Verbündeten vorschreiben konnten. Aber seit Abgang des Fürsten Bismarck hat sich leider die Sachlage sehr geändert. Es ist in aller Welt — und ich habe gerade in den letzten Monaten Gelegenheit gehabt, eine Reihe von Deutschen zu sprechen, die aus dem Auslande zurückkehrten, Besucher der Ausstellung in Chicago, Kaufleute, die in England, Frankreich &c.

gewesen waren — es ist überall im Auslande die Meinung verbreitet, daß Deutschland nicht mehr das ausschlaggebende Gewicht innerhalb des Dreibundes und damit in Europa und in der ganzen Welt besitzt.

(Hört, hört!)

Dieses Zurückgehen des deutschen Prestiges ruhig geschehen zu lassen, oder die Augen davor zu schließen, würde heißen: sich benehmen, wie der Vogel Strauß! Dieser Rückgang des deutschen Prestiges in der ganzen Welt hat auf die Thätigkeit der deutschen Geschäftswelt in stärkster Weise eingewirkt, und die deutsche Geschäftswelt sollte, wenn sie klug handeln wollte, mit der Landwirthschaft darin einig sein, unsere Regierung und besonders den Herrn Reichskanzler zu veranlassen, in ganz anderem Maße als bisher, dem Auslande und auch unseren Verbündeten gegenüber sich kraftvoll und selbständig zu zeigen! Das würde eine ganz bedeutsame Förderung auch des wirthschaftlichen Lebens, der Industrie und des Handels bedeuten. Es würde eine viel stärkere Förderung sein, als die kleinen Vortheile, die vielleicht beim russischen Zolltarif in der einen oder anderen Position erstritten sein mögen.

(Sehr richtig!)

Was nun, wie ich zum letzten Punkt der These 3 ausführen möchte, die jetzige Wirthschaftspolitik betrifft, welche die Industrie auf Kosten der Landwirthschaft befördert und dazu beigetragen hat, die wirthschaftliche Depression noch zu verschärfen, so glaube ich, wird es Ihnen und mir nicht schwer sein, auch dafür eine Reihe von Beweisen und Beispielen beizubringen. Herr von Mendel hat ja schon die Hauptsache vorweg genommen und, was mir sehr interessant war, genau dieselben Worte des Herrn Grafen Caprivi, die ich mir für meinen Vortrag zurechtgelegt hatte, über die Bedeutung der Industrie und des Handels für die Nationalwohlfahrt citirt,

(Heiterkeit.)

so daß ich also in Gefahr gerathen würde, Wiederholungen zu geben, wenn ich hier ausführlicher werden wollte.

Ich möchte nur noch, um damit zum Schluß zu kommen, auf eins aufmerksam machen, was gerade jetzt bei der Debatte über den russischen Handelsvertrag eine Rolle spielt und in der Presse, wie bei allen möglichen Gelegenheiten, auch bei Fraktionsberathungen

über den Vertrag, immer und immer wiederholt worden ist. Es wird nämlich in derselben Weise, wie man wohl gewohnt war, von Naturgesetzen zu sprechen, die unabänderlich wirken, wie man z. B. mit Angebot und Nachfrage in der Nationalökonomie operirte, ohne die Nebenumstände genügend zu beachten, jetzt mit dem Worte „Weltmarktpreis" gearbeitet, und zwar mit der Absolutheit, wenn ich so sagen soll, seines Vorhandenseins bei bestimmten Bedingungen, unter denen er zu Stande kommen soll. Dieser Weltmarktpreis wird dann gegen alle ausgespielt, welche eine gewisse Unabhängigkeit lokaler Gebiete vom Weltmarktpreise, der weiter nichts ist, als der Preis der Londoner Börse, zu beweisen sich bemühen, und mit überlegener Miene gegen sie ins Feld geführt. Es hat das auf mich den Eindruck gemacht, wie wenn man die bei den einzelnen Gelehrten doch so sehr verschiedenen allgemeinen Sätze der Nationalökonomie mit derselben Zuversicht entwickeln hört, mit welcher Physiker und Mathematiker berechtigter Weise ihre Sätze entwickeln. Den Leuten, die dies thun, fehlt nur zu oft die ausreichende Einsicht in das praktische Leben und in die lokalen Verhältnisse, die oft von viel größerer Bedeutung für die Preisbildung sind, als Welthandel und Weltmarktpreise.

Auf diesen Punkt, meine Herren, möchte ich Sie bitten, Ihre Aufmerksamkeit zu richten. Das ist eine Hauptwaffe in den Händen der Gegner, die insbesondere die endgültig festgestellte Konkurrenz-Unfähigkeit unserer Landwirthschaft gegenüber den erst von mir genannten Produktionsgebieten, Argentinien und der Türkei wie auch gegenüber Rußland, Nordamerika und Indien behaupten. Gegen diese Leute, welche das Ende der deutschen Landwirthschaft, wenigstens des Körnerbaues, vorhersagen und die Parole ausgeben, zur Viehzucht überzugehen, haben wir zu erweisen, daß einmal unser Inlandspreis, wenigstens für Roggen, durchaus nicht in dem behaupteten Maße vom Weltmarktpreis abhängt, weil für den Roggen nicht London, sondern Berlin der Weltmarkt ist, und zweitens, daß lediglich eine Reihe von Maßregeln der Regierung auf die Gestaltung des Handels zu Ungunsten unserer lokalen Preisbildung dahin eingewirkt haben, daß wir vom Weltmarkte so stark beeinflußt worden sind. Ich erinnere hier nur an den Einfluß, den die gemischten Transitläger auf die Gestaltung der Kornpreise ausübten, die es unmöglich machten, zeitweilige günstigere Chancen auszunutzen,

weil das in diesen Lägern aufgespeicherte Getreide wie eine drohende Wolke am Horizonte stand.

Wenn wir nur energisch zu Mitteln der Abwehr greifen, so werden wir uns auch mehr als bisher gegen die theilweise vernichtenden Wirkungen des Weltmarktpreises auf den lokalen deutschen Markt schützen können.

Meine Herren, ich bitte Sie zuletzt noch, nicht etwa nur, so weit Sie im Parlament Einfluß zu üben in der Lage sind, mit der Verwerthung der Ergebnisse der Börsen-Enquete ja nicht bis zur nächsten Session des Reichstages zu warten, sondern jetzt schon vorzugehen, wenigstens in Bezug auf die Produktenbörse. Gerade die Regelung der Produktenbörse in einer für die Landwirthschaft günstigen Richtung würde eines der wenigen Mittel sein, die wir, bei der unglücklichen Verschiebung der wirthschaftlichen Verhältnisse zu Ungunsten der Landwirthschaft, augenblicklich überhaupt besitzen, um uns gegen das Uebergewicht des Handels, wenigstens auf diesem Gebiete, etwas zu schützen.

(Bravo!)

Ich muß infolge der vorgeschrittenen Stunde vorzeitig Schluß machen, und danke Ihnen, meine Herren, verbindlichst für Ihre liebenswürdige Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Graf **von Mirbach-Sorquitten:** Meine Herren, Sie gestatten mir wohl, auch dem Herrn Korreferenten für seine ausgezeichneten Ausführungen auf diesem Gebiete den Dank der Versammlung auszusprechen. Wir kämen nun, nachdem wir vorweg den einen Eventual-Antrag angenommen haben — das war ja wesentlich deshalb geschehen, um keine Zeit zu verlieren — zur Generaldiskussion. Ich bitte, daß die Herren, welche zur Generaldiskussion das Wort ergreifen wollen, sich melden. — Meine Herren, eine Generaldiskussion scheint nicht gewünscht zu werden. Wir kommen demnach zur Spezialdiskussion, und zwar zunächst über die Thesen des Herrn von Mendel, lautend:

„Die XIX. Generalversammlung der Vereinigung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer erklärt:

Die seit 1890 inaugurirte Wirthschaftspolitik Deutschlands, welche zur Folge hat:

a) daß zum Nachtheil des Mittelstandes und insbesondere

der Landwirthschaft der Schutz der nationalen Arbeit abgeschwächt wird;

b) daß die Handelsverträge uns auf zu lange Zeit binden und an jeder wirthschaftspolitischen Bewegungsfreiheit hindern;

c) daß bei diesen Handelsverträgen die Valuten der mit uns kontrahirenden Staaten keine Beachtung finden;

d) daß die Meistbegünstigungsklausel die genannten Wirkungen verschärft und verallgemeinert;

e) daß Deutschland ohne Rücksicht auf seine natürliche wirthschaftliche Entwickelung in den Industriestaat hineingedrängt werden soll,

entspricht nicht einer Wirthschaftspolitik, welche geeignet ist, das Gedeihen des wirthschaftlichen und sozialen Lebens in Deutschland nachhaltig zu fördern sowie seine Machtstellung zu sichern und zu befestigen." —

Wird dazu das Wort gewünscht? — Das ist nicht der Fall, ich schließe auch die Spezialdiskussion und bitte, daß diejenigen Herren, welche die Thesen des Herrn von Mendel mit dem Zusatzantrage, der vorhin schon acceptirt worden ist, annehmen wollen, sich zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist nahezu einstimmig. Wir kommen jetzt zu den Thesen des Herrn Dr. Diederich Hahn:

„1. Die wirthschaftliche Entwickelung Deutschlands seit dem Jahre 1890 steht unter dem Zeichen einer Depression.

2. Sie findet ihre Erklärung im Zusammenhange mit den Gesammtverhältnissen der Weltwirthschaft und stellt sich dar als der auf den wirthschaftlichen Aufschwung der letzten 80er Jahre erfolgte Rückschlag.

3. Die seit 1890 auf Deutschland lastende Depression hat eine Verstärkung erfahren durch die inzwischen eingetretenen Veränderungen unserer gesammten politischen Lage und durch die Einleitung einer neuen Handels- und Wirthschaftspolitik, welche die Industrie auf Kosten der Landwirthschaft begünstigte."

Wünscht Jemand das Wort dazu? — Das ist nicht der Fall; ich schließe die Diskussion. Wir kommen zur Abstimmung. Ich

bitte, daß diejenigen Herren, welche auch diese Thesen annehmen wollen mit dem Vorbehalt der Superrevision durch Ihr Engeres Komitee bezw. den Ausschuß, sich erheben.

(Geschieht.)

Diese Thesen sind ebenfalls nahezu einstimmig angenommen.

Wir kämen nun zum nächsten Gegenstande der Tagesordnung:

Die Ereignisse des letzten Jahres im Gebiete der Silberfrage; deren Wirkung auf die Währungsverhältnisse unter Berücksichtigung der Staatsschulden.

Ehe ich dem Herrn Referenten das Wort ertheile, bemerke ich, daß für den zweiten Herrn Referenten, der verhindert ist hier zu erscheinen, Herr Geheimrath Prof. Dr. Adolf Wagner die Güte haben wird, einzutreten.

(Lebhaftes Bravo!)

Ich ertheile nunmehr dem ersten Referenten, Herrn Landtagsabgeordneten Dr. Arendt, das Wort.

Erster Berichterstatter, Landtagsabgeordneter Dr. **Arendt**-Berlin: Meine Herren, in jedem Jahre erscheint auf der Tagesordnung Ihrer Versammlung die Währungsfrage, und in jedem Jahre können wir mit größerer Zuversicht dem baldigen siegreichen Ende des Kampfes entgegensehen. Wenn vielleicht im Laufe der Zeit dem Einen oder dem Andern der Muth manchmal zu entsinken drohte, so bitte ich Sie, gerade in dieser Versammlung der Steuer- und Wirthschaftsreformer doch den Blick rückwärts zu wenden, doch zu erwägen, wie isolirt Ihre Vereinigung dastand, als sie — und dies war in meiner Erinnerung die erste Versammlung, welche überhaupt gegen die Goldwährung ihre Stimme erhoben hat — zuerst in den Kampf gegen die Goldwährung eingetreten ist. Meine Herren, ich brauche nur daran zu erinnern, daß, als unser Vorsitzender, Herr Graf von Mirbach, zum ersten Male im Reichstag eine Rede gegen die Goldwährung hielt, er sogar von seinen eigenen Parteigenossen desavouirt worden ist. Das ist also ein Zeichen, wie sehr sich die Dinge gewandelt und gewandt haben und wie ihre Gefolgschaft in diesem Kampfe sich immer mehr ausbreitet und vertieft.

Wenn ich hieran erinnere, meine Herren, so geschieht das auch in persönlicher Absicht gegenüber geflissentlichen Ausstreuungen, als ob

ich diese ganze Bewegung gegen die „bewährte Goldwährung“ künstlich geschaffen hätte, daß ich demgegenüber darauf hinweisen möchte, daß, ehe ich eine Zeile in dieser Frage geschrieben habe, Ihre Vereinigung, Herr Graf von Mirbach, Herr Freiherr von Thüngen und Andere bereits lange in dieser Frage Stellung genommen hatten, und daß ich eigentlich durch sie mit in diese Bewegung hineingeführt worden bin.

Meine Herren, bei dem Thema, welches heute nach der Richtung erweitert ist, daß die Finanzen des Staates mit in Betracht gezogen werden sollen, hat, glaube ich, die Absicht vorgelegen, darzuthun, daß bei dem Kampfe gegen die Goldwährung es sich keineswegs um eine einseitige agrarische Bewegung handelt. Es ist wohl auch die Absicht gewesen, dies noch weiter zu bethätigen, dadurch, daß das Korreferat dem Herrn Handelskammersekretär Bernhardi aus Dortmund übertragen worden ist, der leider nicht erscheinen konnte, der trotz einzelner theoretischer Abweichungen von unserm Standpunkt sich außerordentliche Verdienste dadurch erworben hat, daß er die Schäden der Goldwährung klar erkannt und erläutert hat. Wir haben ja, wie Herr Graf von Mirbach dies eben mitgetheilt hat, für ihn einen Ersatz im Korreferat durch den Herrn Geheimen Rath Wagner bekommen,

(Bravo!)

der zwar nicht in die Währungsenquete berufen ist,

(Rufe: Leider!)

der aber, wie Ihr Beifall gezeigt hat, doch hier als eine willkommene Autorität in der Währungsfrage gutgeheißen wird.

Meine Herren, ich glaube, daß ich mich in Bezug auf die finanzielle Seite der Frage etwas kurz fassen kann. Die Währungsfrage, so sehr ihr Interesse für die Landwirthschaft immer mehr, und nicht nur bei uns in Deutschland, sondern, wie ich Ihnen später zeigen werde, überall in der Welt begriffen wird, ist doch nur künstlich zu einer einseitig landwirthschaftlichen gestempelt worden. Die Industrie hat ganz dasselbe Interesse an dieser Frage. Wie die Landwirthschaft durch den Import aus Ländern mit anderer Valuta gestört wird, so stört diese andersartige Valuta den Export in diese Länder, und wenn die Industrie ihr Interesse richtig verstehen würde, wenn sie nicht zum großen Theil unter dem Einfluß der Presse und unter Bankeinflüssen stände, so würde sie ganz

unzweifelhaft neben Ihnen in diesem Kampf stehen müssen, in einem Kampf aller produzirenden Klassen.

(Sehr richtig!)

Und, meine Herren, glücklicherweise verbreitet sich diese Kenntniß auch in industriellen Kreisen, wie denn gerade in den letzten Tagen eine Kundgebung rheinischer Industriellen in der Währungsfrage zu verzeichnen ist. Es sind mir erst in den letzten Stunden Briefe und Broschüren Industrieller zugegangen, z. B. eine vom Rhein unter dem Titel: „Nur keine halben Maßregeln!", welche in der energischsten Weise in der Währungsfrage sich auf unsere Seite stellt.

Aber, meine Herren, es ist nicht nur ein Interesse von Landwirthschaft und Industrie, sondern meines Erachtens ein allgemein staatliches und nationales Interesse in dieser Frage geltend zu machen. Wenn wir erwägen, daß einer der Gründe, welcher die Landwirthschaft veranlaßt hat, sich gegen die Goldwährung zu erklären, darin liegt, daß die bereits eingetretene oder drohende Vertheuerung des Goldes eine Erschwerung der Schuld zu Gunsten der Gläubiger ist, und daß die produzirenden Klassen, sowohl Landwirthschaft wie Industrie, auf fremdes Kapital in der Form der Hypotheken und des Kredits angewiesen sind, wenn wir erwägen, daß diese Erschwerung der Schuld, welche bewirkt, daß die Geldforderung an sich, an Zins und Kapital, gleich bleibt, daß aber der zu leistende Aufwand der Produktion für dieses Kapital und diese Zinsen sich ständig vergrößert, dann, meine Herren, müssen wir doch erwägen, daß der größte Schuldner der Staat ist, daß der Staat als Schuldner dasselbe Interesse hat, gegen eine innere Erschwerung der im Staat und Reich auf sieben Milliarden sich belaufenden Schulden Stellung zu nehmen.

Meine Herren, es ist das aber nicht der einzige Umstand. Gerade der Preußische Staat ist mit der Produktion innerlich verwachsen, verwachsen mit ihr als Domänenbesitzer — wir sehen die sinkenden Ergebnisse bei der Domänenverpachtung — und er ist namentlich damit verwachsen als der Großunternehmer der Eisenbahnen. Die Verstaatlichung der Eisenbahnen ist durchgeführt, und die Erträgnisse der Eisenbahnen müssen sich natürlich richten nach dem wirthschaftlichen Gedeihen des Landes, sie müssen je nachdem steigen oder abnehmen. Wir sehen also, daß es ganz natürlich ist, daß der Staat gegenwärtig sich in schlechten finanziellen Verhältnissen

befindet, daß man über Defizite klagt, daß man Steuerreformen für nothwendig erachtet, die vielleicht, wenn ein größerer wirthschaftlicher Aufschwung käme, entbehrt werden könnten.

Nun, meine Herren, das führt mich darauf, auf die sogenannten fixirten Existenzen hinzuweisen, die besonders glauben, in der Goldwährung einen Vortheil zu erblicken. Wenn gegenwärtig im Reichstag wie im Landtag mit der größten Sparsamkeit verfahren wird, wenn auch die nothwendigsten Gehaltserhöhungen nicht durchgesetzt werden können, so liegt die Erklärung nicht in dem schlechten Willen, sondern lediglich in den schlechten Finanzen. Wenn die Finanzen besser werden — und das werden sie bei guten Wirthschaftszuständen —, werden auch die Mittel da sein, um die durchaus nothwendigen Gehaltsaufbesserungen, namentlich der kleinen Beamten, zu bewilligen. Deren Interesse ist also nicht entgegengesetzt den Interessen der produzirenden Klassen, sondern fällt mit ihnen zusammen, wie wir ja auch längst wissen, daß der gesunde Theil des Handels dieselben Interessen hat wie die produzirenden Klassen, daß es sich da nicht um Gegensätze handeln kann.

Aber noch ein anderes staatliches Interesse kommt bei dieser Frage in Betracht — ich glaube mich hier auf eine kurze Bemerkung beschränken zu können, weil ich annehme, daß mein Herr Korreferent dies noch ausführlicher darstellen wird — ich meine die Gefahr aus dem Umlauf unserer hochgradig minderwerthigen Silbermünzen. Die Behauptungen, welche Prof. Wagner in seiner letzten Schrift ausgesprochen hat, daß diese Zustände überhaupt nicht auf die Dauer auszuhalten sind, daß sie zur schwersten Gefährdung unserer wirthschaftlichen Verhältnisse führen müssen, daß wir eventuell einen Verkauf des Silbers der Aufrechterhaltung des gegenwärtigen „so ausgezeichneten Münzstandes", wie die Goldwährungsleute versichern, vorziehen müßten — diesen Behauptungen des verehrten Herrn kann ich nur zustimmen. Ich ziehe ganz dieselben Konsequenzen: allerdings würde der Verkauf der Thaler zum jetzigen Silberpreise etwas über $^1/_4$ Milliarde kosten und würde die Vollwerthigkeit der Scheidemünzen herzustellen auch etwas über $^1/_4$ Milliarde kosten; aber $^1/_2$ Milliarde für die schöne bewährte Goldwährung ist vielleicht nicht zu viel,

(Große Heiterkeit.)

und selbst wenn diese halbe Milliarde darauf gewendet würde,

würde der Silberwerth inzwischen noch weiter zurückgegangen sein, und wir würden noch einmal 100 Millionen zuzuschießen haben. Aber so hoch auch diese Summe erscheint, sie ist klein zu nennen gegenüber den wirthschaftlichen Interessen, die in dieser Frage auf dem Spiele stehen.

Meine Herren! Da ich von dem Schuldverhältniß, von dem Verhältniß zwischen Schuldner und Gläubiger, gesprochen habe, so gestatten Sie mir eine kleine Abschweifung, um einen gerade für die Landwirthe ganz besonders wichtigen Punkt klar zu stellen. Ich habe neulich bei der Etatsdebatte im Abgeordnetenhaus darzulegen versucht — bei der Art und Weise, wie derartige unliebsame Aeußerungen von der Presse verkürzt und verstümmelt werden, ist die Berichterstattung eine ganz ungenügende — ich habe damals Folgendes darzulegen versucht: Sie lesen in den Zeitungen viel von dem Begehren der Gläubiger, daß bei der Neueintragung von Hypotheken Zahlung von Zins und Kapital in Gold ausbedungen werde. Ich kann Ihnen nur den Rath geben, meine Herren, solchen vorsichtigen Gläubigern immer den Gefallen zu thun; Sie werden niemals Schaden davon haben. Die betreffenden Gläubiger werden auch nicht den mindesten Vortheil davon haben. Das Ganze ist lediglich eine berechnete Angstmacherei. Man will die Landwirthe damit einschüchtern.

(Sehr richtig! und Zurufe.)

Außerdem ist es, wie ich eben von Herrn von Schalscha höre, Unverstand. Denn, meine Herren, unsere Gesetzgebung läßt nach dieser Richtung nicht den mindesten Zweifel. Das Reichsmünzgesetz bestimmt, daß jede in Geld lautende oder zur Währung in einem bestimmten Verhältniß stehende Forderung in Reichswährung in das Grundbuch einzutragen ist.

Man kann nicht eine Eintragung auf ein Gewichtsquantum Gold vornehmen. Das wäre das Einzige, was schützen könnte. Das Gewichtsquantum Gold steht in festem Verhältniß zur Währung und muß in Reichswährung ausgedrückt werden. Alles, was an Schulden kontrahirt wird, unterliegt selbstverständlich der Gesetzgebung über die Reichswährung, und so muß Jeder, der sich jetzt das Vergnügen macht, als Gläubiger eine Eintragung in der „jetzigen Reichsgoldwährung" durchzusetzen, wie das Kammergericht das als zulässig erklärt hat, sich gefallen lassen, daß er in Silber-

thalern bezahlt wird. Der Silberthaler ist vollwerthige Reichsmünze, und es wäre vielleicht ganz praktisch, wenn die Landwirthe, um die Gläubiger darauf hinzuführen, daß wir jetzt rechtlich noch keine Goldwährung haben — wir haben sie nur wirthschaftlich und praktisch — einmal sich die kleine Beschwerde machten, Thaler zu sammeln und ihre Hypothekenzinsen in Thalern abzuführen, um dem Gläubiger zu Gemüth zu führen, daß er diese Zahlung entgegennehmen muß, er mag wollen oder nicht.

(Heiterkeit.)

Weiter, meine Herren! Es ist im Jahre 1873 an die Stelle der Silberwährung die Goldwährung getreten. Es ist dabei keinem Menschen eingefallen, irgend eine Fürsorge dafür zu treffen, daß der Silberschuldner auch künftig in Silber zahlen kann; meine Herren, was dem Schuldner recht ist, das wird auch dem Gläubiger billig sein, und wir haben in dem Münzgesetz von 1873 bezüglich des Uebergangs der einen Währung zur anderen so ausgezeichnete Bestimmungen, daß uns der Weg für eine künftige Währungsänderung damit klar vorgezeichnet ist. Wir brauchen nur dasselbe, was damals gegen die Silberschuldner angewandt worden ist, nun auch gegen die Goldgläubiger anzuwenden.

(Sehr richtig!)

Aber es wird damit den Gläubigern durchaus kein Unrecht geschehen; so wenig wie heute ein Schuldner einen Vortheil davon hat, wenn er seine Gläubiger in Silberthalern bezahlt, so wenig wird künftig ein Gläubiger Vortheil haben, wenn er in Zwanzigmarkstücken bezahlt wird. Denn die Absicht der Bimetallisten ist nicht, wie der Herr Abgeordnete Rickert es bezeichnet hat, die Gläubiger mit minderwerthigem Silbergeld zu betrügen, sondern umgekehrt die Minderwerthigkeit des Silbers zu beseitigen und das Silber wieder vollwerthig zu machen. Deshalb ist diese Spekulation vollkommen inhaltlos.

Das Urtheil des Kammergerichts, das der Herr Minister mir gegenüber angeführt hat, bezieht sich in dem einen Fall darauf, die Eintragung der Zahlung in Reichsgoldmünze festzustellen, ein ganz harmloses Vergnügen, da nach unserem Münzgesetz Jeder in Silberthalern für alle Reichsmünzen, also auch für Goldmünzen zahlen kann. Das andere Urtheil gestattet die Eintragung in jetziger Reichsgoldwährung und dazu ist zu bemerken, daß, so lange

der Thaler noch volle Zahlkraft hat, wir gesetzlich die Reichswährung und nicht die Reichsgoldwährung haben, das Kammergericht sich also in einem thatsächlichen Irrthum befindet, außerdem aber dieser Beschluß von keiner praktischen Tragweite ist, da, wie das Kammergericht selbst in einem dieser Urtheile sagt, solche Verabredungen gegen ein künftiges Gesetz vollkommen wirkungslos sind und keine Berechtigung haben. Ich wollte das hier erörtern, weil diese Dinge manchmal eine gewisse Beunruhigung hervorbringen.

Meine Herren, als ich im vorigen Jahre die Ehre hatte, hier vor Ihnen zu sprechen, da wies ich hauptsächlich die Vorgänge auf der Brüsseler Münzkonferenz nach und zeigte Ihnen, daß die vollkommen ablehnende und passive Haltung Deutschlands es mit verschuldet habe, daß diese Münzkonferenz ergebnißlos bleiben mußte, und daß diese Ergebnißlosigkeit der Münzkonferenz die Folge haben werde, daß die indische Silberprägung und das amerikanische Münzgesetz fallen würde. Diese beiden großen Ereignisse sind eingetreten. Zunächst erhob sich ein frenetischer Jubel im ganzen Goldwährungslager. In einer unbegreiflichen Verblendung dachte man: nun ist das Silber todt. Aber, meine Herren, das Merkwürdige in der Währungskrisis ist, daß jeder Erfolg der Goldwährungspartei die Währungsfrage schwieriger macht und die Bewegung gegen die Goldwährung verstärkt. Es ist auch ganz klar, daß jeder Erfolg der Goldwährungspartei die Silberentwerthung vergrößert und den Goldmangel verschärft. Und das sind die beiden Faktoren, welche auf die Dauer die Goldwährung unerträglich machen werden.

So ist es denn gekommen, daß seit diesen großen Ereignissen des letzten Jahres ein Umschwung eingetreten ist und die Währungsfrage nicht nur bei uns in verstärktem Maße in den Vordergrund treten mußte. Bei uns sind diese Dinge noch besonders durch die Kämpfe um die Handelspolitik verschärft worden. Man hat bei uns durch den österreichischen Handelsvertrag die Getreidezölle vertragsmäßig gebunden. Das war für mich der ausschlaggebende Grund, weshalb ich diese gesammte Handelspolitik immer für eine in ihrem Grunde verfehlte gehalten habe. Daß man auch in Industriestaaten, Staaten mit einer entwickelteren oder mindestens mit so entwickelter Industrie, wie die deutsche ist, Handelsverträge

schließen kann, ohne die Getreidezölle zu binden, das sehen wir ja an dem Beispiel Frankreichs. Aber ich gebe zu, nachdem wir uns auf die schiefe Ebene durch den österreichischen Handelsvertrag begeben hatten, nachdem wir bei diesem Handelsvertrag auch auf die Unterwerthigkeit der österreichischen Valuta nicht die mindeste Rücksicht genommen haben, mußten wir nothwendig zum russischen Handelsvertrag gelangen. Ich gebe sogar noch weiter zu, daß infolge des Zollkriegs ein großes Interesse der Industrie an dem russischen Handelsvertrag besteht. Aber, meine Herren, die Schlußfolgerung, die nun gezogen wird, daß deshalb die Landwirthschaft den russischen Handelsvertrag anzunehmen hat, ziehe ich nicht. Ich sage, daß ein Nothstand der Landwirthschaft heute unmöglich in Abrede gestellt werden kann; und es handelt sich dabei auch keineswegs um einen Nothstand der deutschen Landwirthschaft allein. Wir sehen in allen Ländern Europas, in allen Kulturstaaten die gleiche agrarische Bewegung, und wir sehen diese Bewegung, wie ich Ihnen noch ausführen werde, in allen Ländern, wo die Goldwährung herrscht, ganz besonders ausgeprägt. Wenn aber ein solcher Nothstand herrscht, so meine ich, darf man nichts thun, was diesen Nothstand vergrößern kann, ohne daß man auf der anderen Seite eine Kompensation eintreten läßt.

(Sehr richtig!)

Ich glaube deshalb, daß die Industrie kein Recht hat, von der Landwirthschaft die bedingungslose Zustimmung zum russischen Handelsvertrag zu verlangen. Ich glaube also auch nicht, daß es richtig ist, daß allgemeine staatliche Interessen hier vorwiegend in Betracht zu ziehen sind, denn die Kompensation kann geschaffen werden, ohne daß staatliche Interessen dabei geschädigt werden.

Nun hat ja die Regierung dies eigentlich anerkannt; denn etwas Anderes konnte doch der Brief des Herrn Reichskanzlers nach Ostpreußen nicht bedeuten. Man hat Kompensationen schaffen wollen und hat zunächst an dem verkehrten Ende angegriffen, bei den Staffeltarifen und bei dem Identitätsnachweis, vielleicht in der Absicht, einen Zankapfel in die landwirthschaftlichen Kreise zu werfen.

(Lebhafte Zustimmung.)

Jedenfalls können Maßregeln, welche auf der einen Seite nützen, auf der anderen aber schaden, nicht eine für Alle schädliche Maßregel kompensiren.

Dann hat der Herr Reichskanzler aber auch Zugeständnisse in der Währungsfrage angekündigt. Er hat eine Enquete angekündigt. Ja, meine Herren, das konnte ja unter Umständen eine gewisse Beruhigung hervorrufen, namentlich nachdem seitens des Preußischen Staatsministeriums der Herr Landwirthschaftsminister im Herrenhause erklärt hatte, daß eine Hebung und Fixirung des Silberwerths von dieser Enquete angestrebt werden sollte. Aber gleich in jener Sitzung des Herrenhauses fiel in die lebhafte Freude, die Herr Graf von Mirbach äußerte, ein Tropfen Wermuth. Es war die Rede, die der Herr Reichsbankpräsident darauf hielt; und, meine Herren, diese Rede, glaube ich, werden wir doch in Zukunft noch etwas im Auge behalten müssen. Ich glaube, daß es sehr wichtig ist, festzuhalten, daß eine von dem Preußischen Staatsministerium abgegebene Erklärung von dem Präsidenten der Reichsbank sofort polemisch behandelt wurde. Meine Herren! Die Erneuerung des Reichsbankprivilegiums steht in einigen Jahren wieder vor der Thür und ich hoffe, daß die Bewegung auf eine Verstaatlichung der Reichsbank mit größerer Kraft und mit besserem Erfolg dann versucht werden wird als vor zehn Jahren. Wir haben nun zu den zahlreichen Argumenten für die Verstaatlichung noch ein neues Argument aus der Rede des Herrn Reichsbankpräsidenten im Herrenhause gewonnen, nämlich das Argument, daß bei der hohen Bedeutung und dem großen Einfluß dieser Stellung es doch angemessener erscheint, wenn die Reichsbank vollständig innerhalb des Rahmens der Behörden steht und solche Vorfälle nicht wieder möglich sind.

(Sehr wahr!)

Im vorliegenden Falle scheint es indessen, daß der Einfluß der Reichsbank ein stärkerer gewesen ist, als der Einfluß des Preußischen Staatsministeriums; denn die Zusammensetzung der Enquete entspricht den Anschauungen des Herrn Reichsbankpräsidenten, und nicht den Anschauungen, welche der Herr Landwirthschaftsminister im Herrenhaus und der Herr Handelsminister im Preußischen Abgeordnetenhause geäußert haben.

Meine Herren, man hat es mir zum Vorwurf gemacht, daß ich, obwohl ich in die Enquete berufen bin, mir erlaubte, über die Zusammensetzung der Enquete zu sprechen und diese, wie man sagt, von vornherein zu diskreditiren. Meine Herren, das Diskreditiren

habe ich gar nicht nöthig; das ist schon durch die Namen der Mitglieder geschehen.

(Zuruf.)

Herr Graf von Mirbach ist natürlich ausgeschlossen.

(Große Heiterkeit.)

Den Mund werde ich mir durch diese Enquete auch nicht binden lassen.

(Bravo!)

Meine Herren, wenn man eine unparteiische und gerechte Enquete gebildet hätte, so wäre ich wohl der Meinung, daß man während der Dauer dieser Enquete einen Waffenstillstand hätte eintreten lassen können. Das ist aber nicht der Fall. In England hat man vor einigen Jahren eine Währungsenquete gemacht und hat 6 Bimetallisten und 6 Goldwährungsleute berufen. Da war man bestrebt, Schatten und Licht gleichmäßig zu vertheilen. Bei uns in Deutschland hat man sich zu dieser Höhe nicht aufschwingen können. In der Enquete sind 8 entschiedene, unbedingte Anhänger der Goldwährung, es sind 2 gemäßigte Anhänger der Goldwährung, und es sind 6 Bimetallisten. Das ist nicht eine Zusammensetzung, welche der Gerechtigkeit und Unparteilichkeit entspricht; und daher bin ich der Meinung, daß es unsere Pflicht ist, Widerspruch zu erheben. Das kann keine Kompensation für den russischen Handelsvertrag sein. Das ist kein Zugeständniß an den Bimetallismus, sondern ist ein Zugeständniß an die Goldwährungspartei.

(Sehr richtig!)

Und wie ist die Enquete im Einzelnen zusammengesetzt? Ich habe durchaus nichts dagegen, daß die schärfsten Vertreter der Goldwährung, Dr. Bamberger, Büsing 2c., in diese Enquete berufen sind; ich finde das ganz richtig. Aber, meine Herren, man mußte nicht einen Goldwährungsmann mehr hineinsetzen als Bimetallisten und man mußte, wie man das in Aussicht gestellt hatte, eine Zahl unbefangener Herren in die Mitte setzen, welche ohne Voreingenommenheit schließlich die Entscheidung geben konnten. Das ist aber nicht geschehen. Ich hatte die Absicht, hier insbesondere darauf hinzuweisen, wie nach einer Richtung die Zusammensetzung tendenziös ist. Ich muß mich aber deshalb beschränken, weil Herr Geheimrath Wagner heute hier anwesend ist. Aber ich muß sagen, die Nichtberufung von Professor Wagner, der doch, man mag über seine politischen Ansichten denken wie man will, in der

Wissenschaft nicht nur Deutschlands, sondern überhaupt einer der ersten lebenden Gelehrten ist — er nimmt mir's vielleicht nicht übel, wenn ich das in seiner Gegenwart sage —, daß man den Professor Wagner, der sein Interesse für die Frage erst eben wieder durch Aufsätze, die doch überall von Freund und Feind sehr beachtet sind, bewiesen hat, nicht beruft, während man einen Herrn Professor, der, glaube ich, seit zwei Jahren außerordentlicher Professor in München ist und der sich durch nichts ausgezeichnet hat — ich meine Professor Lotz — als durch ein paar Aufsätze über die Währungsfrage, in der er, wie ich glaube, allein von allen deutschen Professoren auf dem extremen Goldwährungsstandpunkt steht, daß man gerade diesen Herrn ausgewählt hat und Professor Wagner nicht, das halte ich doch für eine nicht gerade unparteiliche Zusammensetzung.

(Sehr richtig!)

Außerdem überwiegen in der Enquete die Vertreter der Bankwelt. Ich habe nichts dagegen, daß man in diese Enquete Vertreter der Bankwelt beruft. Aber, meine Herren, für uns ist eben die Währungsfrage keine Bankfrage, für uns ist sie eine große wirthschaftliche Frage, und es hätte deshalb vollkommen genügt, einen oder zwei Vertreter der Banken hineinzuberufen. Männer aus dem praktischen Leben, praktische Industrielle fehlen so gut wie ganz in der Enquete. Auch das ist für ihre Zusammensetzung bezeichnend. Also, meine Herren, wir werden auf diese Enquete keine zu große Hoffnung zu setzen haben; und wenn die Regierung die Absicht hatte, die Annahme des russischen Handelsvertrags durch ein Zugeständniß hier zu erleichtern, so hat sie wahrscheinlich das Umgekehrte erreicht. Von diesem Standpunkt aus muß diese Zusammensetzung der Enquete auch als eine große taktische Ungeschicklichkeit bezeichnet werden.

(Sehr richtig! und Heiterkeit.)

Nun, meine Herren, wir werden uns durch diese Enquete in dem Kampfe um unsere Sache in keiner Weise beeinflussen lassen. In der Resolution, die ich die Ehre hatte Ihnen vorzulegen, ist darauf hingewiesen worden, daß, wie die Steuer- und Wirthschaftsreformer es bei jeder Gelegenheit betont haben, die Hebung des Silberwerths das wichtigste Hilfsmittel für die Landwirthschaft ist — ich werde darauf noch zurückkommen —; es ist aber zweitens

ausgesprochen, daß die Wiederherstellung des Silberwerths als eine Kompensation für den Handelsvertrag angesehen werden kann; und ich möchte nach dieser Richtung Folgendes bemerken:

Die Landwirthschaft hat keinen Anlaß, prinzipiell gegen einen russischen Handelsvertrag zu sein. Ein russischer Handelsvertrag an sich wäre sehr schön und sehr löblich, wenn nur darin die Getreidezölle nicht herabgesetzt und gebunden wären.

(Heiterkeit.)

Also prinzipiell gegen einen russischen Handelsvertrag zu sein, wäre Unsinn. Soweit aber eine Bindung und eine Herabsetzung der Getreidezölle in Betracht kommt, soweit kann sie nur kompensirt werden durch eine Wiederherstellung des Silberwerthes. Das war das, was in der Resolution ausgesprochen werden soll.

Was nun die Frage der Hebung des Silberwerthes betrifft, so glaube ich, daß es doch von Bedeutung ist, auf die Bewegung zu sehen, die sich in anderen Ländern gegenwärtig vollzieht. Gegen den Einwurf, daß es eigentlich nur die ostelbischen Junker sind, welche in der Zoll- und in der Währungsfrage ihre eigensüchtigen Zwecke verfolgten, daß die Interessen des kleinen Grundbesitzers dabei gar nicht in Betracht kommen, giebt es, glaube ich, kaum ein wirksameres Argument, als wenn man den Blick auf das Ausland richtet, wenn man sieht, wie in Frankreich, in der demokratischen Republik, in der doch gewiß nicht die Großgrundbesitzerinteressen überwiegen, gerade in dem Augenblick, wo Deutschland die Zölle auf 3½ Mark herabsetzt, man sich nur darüber streitet, ob die Zölle auf 7 oder 8 Francs erhöht werden sollen.

(Sehr richtig!)

Meine Herren, ich habe hier den stenographischen Bericht einer Verhandlung der französischen Kammer vom 13. Februar. Da ist eine Rede des Führers der französischen Agrarier Méline. Diese Rede würde Herr Graf von Mirbach oder Herr von Kardorff ganz ebenso gut haben halten können. Ich weiß nicht, ob Sie mir vielleicht gestatten, daß ich einige Stellen aus dieser Rede, die wirklich sehr bemerkenswerth ist, verdeutsche. Es heißt da:

„Glauben Sie denn, daß es sich nur um das Personalvermögen einiger Großindustriellen oder selbst, wie man zu sagen pflegt, einiger großer Grundbesitzer handelt und daß wir dann eine ähnliche Wichtigkeit für die Maßregeln in Anspruch nehmen

würden, welche wir fordern? Der Ruin einiger Großindustriellen oder Großgrundbesitzer wäre doch noch nicht der Ruin Frankreichs. Was Sie vergessen, das ist, daß Sie diese Großindustriellen, diese Großgrundbesitzer nicht ruiniren können, ohne mit demselben Schlag ihre Arbeiter mit ihnen zu ruiniren. (Lebhafter Beifall.) Was vertheidigen wir in der Getreidezollfrage, wenn nicht den Lohn unserer ländlichen Arbeiter? Wenn Sie nicht die Getreidezölle so setzen, um das Gleichgewicht wieder herzustellen, um die Gerechtigkeit in den Preisen zurückkehren zu lassen, so werden Sie uns dazu verdammen, wie gestern hier Herr Brice sagte, unseren Arbeitern 25 Centimes anzubieten, wie der indische Lohn ist".

Ich glaube, daß das dieselben Anschauungen sind, welche auch bei uns maßgebend sind. Derselbe Herr Méline sagt in seiner Rede, in der er schließlich darauf kommt, daß aus den Getreidezöllen eine dauernde Hilfe nicht zu erwarten ist, daß eine immer weitere Erhöhung sich nothwendig machen wird und daß nur in der Wiederherstellung des Silberwerthes eine endgültige Hilfe für die Landwirthschaft zu erwarten ist, dann weiter:

Im Jahre 1870, als die Unze Silber 60 Pence galt, kostete Weizen 38 Frcs. Als die Unze Silber 55 Pence kostete, fiel Weizen auf 30 Frcs. Als die Unze Silber auf 51 Pence zurückging, sank Weizen auf 26 Frcs. Als die Silberunze nur noch 46 Pence galt, fiel das Getreide auf 21 Frcs. Heut endlich, wo die Unze Silber unter 40 Pence gilt, steht der Preis des Getreides nur 15 Frcs.

Er fügt hinzu:

Das ist ein Beweis für die Thatsache, der mir unwiderleglich scheint, der auf diesen präzisen Ziffern beruht: der Preis des Getreides folgt exakt der Entwerthung des Silbers, und man muß doch daraus die Konsequenzen ziehen.

Noch eine andere Stelle möchte ich mir mit Ihrer Erlaubniß gestatten vorzulesen. Méline sagt:

Ich habe übrigens die Genugthuung, festzustellen, daß die Meinung, welche der Vorredner mit solcher Ueberzeugung vertheidigt hat,

— er sprach also gegen einen Goldwährungsmann —

alle Jahre an Terrain verliert. Man findet Anhänger derselben

in der ganzen Welt nur noch unter den französischen Oekonomisten, welche an dem Goldmonometallismus wie an einem Dogma festhalten, und bei den Finanzleuten der ganzen Welt, deren Wechseloperationen, die sie dank dem Goldagio ausführen, für alle Banken sehr lukrativ und sehr profitabel sind. (Beifall.) Man begreift, daß in der finanziellen Welt man dem Goldmonometallismus anhänglich bleibt; man hat sehr gute Gründe dafür.

Dabei gestatten Sie mir vielleicht, darauf hinzuweisen, daß in einem Bericht, welchen ich dieser Tage über die Thätigkeit der Bayerischen Notenbank gelesen habe, mit ganz klaren Worten gesagt ist, daß das Bankgeschäft in der ersten Hälfte des Jahres wenig lukrativ war, daß aber die Ereignisse, welche sich an das Aufhören der Silberprägungen in den indischen Münzstätten und den Fall der Sherman-Bill anknüpften und welche zur Vertheuerung des Geldes führten, gestatteten, in der zweiten Hälfte des Jahres erhebliche Ueberschüsse zu erzielen, so daß die Dividende eine erhöhte werden konnte. Man sieht hier also direkt, daß das, was für die produzirenden Klassen so außerordentlich traurige Ereignisse waren, dem eigentlichen Bankgeschäft zu Gute kommt; und ich möchte beiläufig erwähnen, daß der Direktor dieser Bayerischen Notenbank, welche also eine höhere Dividende infolge der monetären Wirren erzielt hat, Herr Ströll, gleichfalls in die Währungsenquete berufen ist.

Meine Herren, die Rede Mélines, aus der ich soeben Stellen vorgelesen habe, ist deshalb sehr erfreulich, weil sie zeigt, daß die agrarische Bewegung überall mehr und mehr sich über das Ziel der Rettung klar wird. Méline ist der Vorsitzende der Zollkommission der französischen Kammer; er ist vielleicht der einflußreichste Deputirte Frankreichs, und seine entschiedene Stellungnahme für den Bimetallismus und die lebhafte Art, wie die französischen Landwirthe gegenwärtig überhaupt hervorgetreten sind mit ihrem Verlangen auf Wiederherstellung der Doppelwährung, ist ein Beweis dafür, daß auch von Frankreich, wenn die Mächte über eine internationale Vereinbarung sich wieder berathen werden, eine lebhafte Förderung zu erwarten ist. Und wenn man gesagt hat, dann würden wir wieder den Franzosen ihre 3 Milliarden Franken Silbergeld vollwerthig machen, das werde für diese sehr schön sein —

ich will ganz davon absehen, daß wir eine Milliarde Silber haben, daß wir eine Silberproduktion haben und die Franzosen nicht; ich finde aber eine derartige Aeußerung, wie sie Professor Paasche neulich ausgesprochen hat, einfach kleinlich. Dazu ist die Frage viel zu groß, als daß ich fragen könnte, ob ein anderer Staat auch Vortheil davon hat. Für uns kommt lediglich in Betracht, ob wir Vortheil haben oder nicht.

(Sehr richtig!)

Der Standpunkt, daß man fragt, ob ein Anderer Vortheil hat, ist mir nicht verständlich.

Ebenso wie in Frankreich stehen die Dinge in England. Soweit es noch eine englische Landwirthschaft giebt, konzentrirt sie sich auf das Verlangen der Wiederherstellung des Silberwerthes. Mr. Chaplin, der in dem letzten Torykabinet Minister für Landwirthschaft war, hat eine Rede gehalten, in der er sich dahin aussprach, daß er Getreideschutzzöllner gewesen wäre, daß er sich aber überzeugen mußte, daß, da in den Ländern mit Schutzzoll doch auch die Dinge für die Landwirthschaft schlecht stünden, es mit dem Zollschutz sich nicht allein machen läßt, sondern nur durch Wiederherstellung des Silberwerthes geholfen werden kann.

Meine Herren! Bei uns dreht es sich im Wesentlichen darum, ob wir die Doppelwährung auch ohne England, aber immer international, mit den Vereinigten Staaten von Amerika und mit Frankreich erstreben sollten, oder ob wir auf England warten sollten. Es scheint, daß die Ueberzeugung, die wir immer ausgesprochen haben, daß, wenn der Kampf lange dauert, England gezwungen würde, mitzumachen, sich jetzt bestätigt. Denn das große indische Experiment, ein Verzweiflungsakt Englands, ist total mißlungen, durchaus gescheitert; und obwohl ich Ihre Zeit etwas lange in Anspruch genommen habe, gestatten Sie mir vielleicht doch, daß ich auch darauf noch eingehe.

England litt unter der Silberentwerthung besonders auch deshalb, weil seine wichtigste Colonie, Indien, Silberwährung hatte, weil jede Schwankung des Silberpreises eine Schwankung des indischen Wechselkurses bedeutete, weil dementsprechend in England namentlich Industrie und Handel durch alle diese Schwankungen außerordentlich geschädigt wurden. Nun war die indische Regierung auf dem Standpunkt, daß sie wünschte, England solle den Bimetallismus

um Indiens willen durchführen. Das Kabinet Gladstone weigerte sich, und nun sah die indische Regierung, daß die Verluste, welche ihr durch ihre Goldzahlungen an England erwuchsen, nicht mehr ertragen werden konnten. Die Einnahmen der indischen Regierung sind naturgemäß in Silber, in Rupien. Sie hatte aber in großem Umfange Schulden in England in Gold, und naturgemäß wuchs der Silberbetrag, der für die Verzinsung dieser Goldschuld aufzuwenden war, in dem Maße, wie das Gold dem Silber gegenüber höherwerthig wurde. Man war aber in Indien nicht mehr im Stande, die Steuern zu erhöhen, ohne bedenkliche politische Folgen befürchten zu müssen. Da griff man zu dem Auskunftsmittel, daß man sagte: Indien wird die Silberprägung suspendiren und wird seine Valuta vom Silberwerth loslösen und einen festen Werth für die Rupie einsetzen, unter welchem dieselbe in London nicht verkauft werden kann. Man setzte den Rupienwerth auf 1 Shilling 4 Pence fest. Nun dachte man Folgendes: Indien hat immer mehr ausgeführt als eingeführt, es wird nothwendig sein, daß man Zahlungsmittel für Indien braucht, und es wird die indische Regierung im Stande sein, den Kurs festzustellen. Es kam aber eine merkwürdige Wendung in dem Augenblick, wo die indische Valuta vom Silberwerth losgelöst wurde. Während der Silberwerth im fernen Asien, in China, die Valuta blieb, wurde die indische Valuta gegenüber diesen fernen Ländern hochwerthig, wie es Europa gegenüber Indien gewesen war. Es trat ein Umschwung ein, der Export stockte und der Import nahm zu; die günstige Bilanz Indiens wurde durch dieses Experiment eine ungünstige. Außerdem hörte Indien nicht auf, Silber an sich zu ziehen. Das Silber wurde nun erst billig in Indien und die indische Regierung konnte ihre Wechsel nicht verkaufen. Die Folge davon war, daß sie eine Zeit lang in Erwartung einer besseren Lage ihre Bedürfnisse auf Borg in London nahm. Das ließ sich auf lange Zeit nicht ausführen. Es hat die indische Regierung schließlich in den letzten Tagen ihre Wechsel à tout prix verkaufen müssen und hat nichts weiter mit der Schließung der indischen Münzstätten erreicht, als daß das Silber um 20 Prozent weiter entwerthet ist, daß ihr Defizit noch viel größer geworden ist und daß, wenn die Zustände vorher nicht zu ertragen waren, jetzt das letzte Hilfsmittel genommen wurde. So wird nichts weiter übrig bleiben, als daß trotz des Widerstandes der englischen Bankwelt die Industrie

im Bunde mit der Landwirthschaft den Bimetallismus in England durchsetzt.

Meine Herren, dafür sind die Aussichten sehr gut. Denn es haben nicht nur die Tories, die englischen Konservativen, sich auf den bimetallistischen Standpunkt gestellt, sondern auch die dritte Partei, die irische Partei, steht auf diesem Standpunkt; und die Schrift ihres geistigen Führers, des Erzbischofs von Dublin, welche Herr von Kardorff ins Deutsche übersetzt hat, wird Vielen von Ihnen in die Hände gekommen sein und Ihnen gezeigt haben, wie die Dinge drüben liegen. Ich bezweifle nicht, daß die Lage in England eine so schwere ist, daß wir von dorther schließlich den Sieg des Silbers zu erwarten haben werden.

Wenn man nun sagt, daß die Silberentwerthung lediglich eine Folge der rapide gestiegenen Silberproduktion ist, so sind auch diese letzten indischen Vorkommnisse sehr interessant. Denn, meine Herren, daß in dem letzten Jahre die Silberproduktion nicht gestiegen ist, das steht fest; und daß sie in den 10 Tagen nicht gestiegen ist, während welcher infolge der Ankündigung des Entschlusses, die Münzstätten in Indien zu schließen, das Silber um 20 Prozent entwerthet worden ist, das steht auch fest. Es ist also diese letzte Entwerthung lediglich eine Folge gesetzgeberischer Maßnahmen gewesen.

Was die Silberproduktion selbst betrifft, so hat diese durchaus nichts Erschreckendes. Man spricht immer von den ungeheuren Quantitäten, ohne daß man erwägt, wieviel denn diese großen Quantitäten im Verhältniß zur Goldproduktion eigentlich ausmachen. Man war neulich ganz erstaunt, als ich aussprach, daß heute dem Werthe nach erheblich mehr Gold als Silber produzirt wird. Man macht da immer ein kleines Kunststück: man giebt das Silber im alten Werthe an, den es nicht mehr hat, oder in Kilogrammen, wo naturgemäß die Zahl der Silberkilogramme viel größer ist als die der Goldkilogramme. Das war aber immer so. Aber wenn man die Silberproduktion als solche ins Auge faßt, wenn man erwägt, daß die Schätzungen wahrscheinlich zu hoch sind, wie das neulich von Kritikern mir wenigstens glaubhaft nachgewiesen ist, und wenn man berechnet, wieviel für die Industrie erfordert wird, wieviel für Ostasien erfordert wird und für Afrika, das jetzt erst der Kultur mehr und mehr erschlossen wird, — wenn man das in

Betracht zieht, so ergeben die Berechnungen, daß ungefähr auf den Kopf, wenn man Rußland noch außerhalb läßt, 1¼ Mark zu verprägen sein würden, um die ganze Silberproduktion anzubringen. Meine Herren, das sind doch keine Beträge, vor denen wir uns zu fürchten haben.

Wenn man angiebt, die Produktion der Vereinigten Staaten werde ins Unermeßliche sich steigern, so glaube ich gerade umgekehrt, daß in der Furcht vor der weitergehenden Entwerthung ein wesentlicher Stachel zur Erhöhung der Intensität der Produktion gelegen hat. Ich habe erst kürzlich, als ich ältere Sachen durchlas, einen Bericht im Reichs-Anzeiger gelesen, in dem es hieß, es wäre in Nevada so viel Silber, daß dessen Entwerthung natürlich sei. Nun, die Silberproduktion dieses so gefürchteten Nevada hat bereits nahezu aufgehört, meine Herren, und nach all demjenigen, aus dem ich mich darüber habe informiren können, liegt auch keine Gefahr vor, daß die Produktion in den Vereinigten Staaten dauernd eine übermäßig große bleiben wird; gerade die Intensität, mit der man dort die Produktion betreibt, bürgt dafür.

Betreffs Mexikos übersieht man, daß dort die Produktion durch die Entwerthung geradezu begünstigt ist; denn Mexiko hat Silberwährung; infolge dessen sind die Produktionsmittel, die Löhne in Silber zahlbar. Stellt man den vollen Silberwerth wieder her, so werden die Produktionskosten außerordentlich erhöht; also, meine Herren, ich glaube nicht, daß wir uns vor einer übermäßigen Silberproduktion zu fürchten haben.

Andererseits macht man in letzterer Zeit namentlich geltend, daß die Goldproduktion wieder gestiegen sei. Meine Herren, die Goldproduktion mag sich steigern und mag auch noch weiter zunehmen; es kommt, wie bei der Silberproduktion, nicht auf die Masse an sich an, die produzirt wird, sondern auf den Bedarf, und der Bedarf ist ein so außerordentlicher; wenn die Hauptstaaten bei der Goldwährung bleiben und weitere Staaten sich anschließen — in neuester Zeit ist es sogar Chile, welches einen derartigen Versuch macht —, dann ist es ganz natürlich, daß auch die größten Produktionen bei dem starken industriellen Verbrauch nicht ausreichen werden; aber ich bin der Meinung, daß, je schärfer die Produktion an Gold betrieben wird, um so schneller dieselbe auch nachläßt; denn das Gold wächst nicht nach, es ist nur bis zu einem

gewissen Theile erreichbar. Wenn man in unserm Jahrzehnt diese Produktion so intensiv betreibt, so ist es erklärlich, daß das, wozu früher vielleicht die Arbeit von Jahrhunderten erforderlich gewesen wäre, in der jetzigen Zeit der vervollkommneten Technik in wenigen Jahren geleistet wird, und wir können doch nicht Währungszustände schaffen auf ein paar Jahre, vielleicht auf ein paar Jahrzehnte!

Als ich kürzlich in Wien über diese Frage sprach, entgegnete auf ähnliche Einwürfe der Geologe Süß, der ja an sich einen Weltruf genießt, aber, weil er der Goldwährung entgegen ist, nun möglichst verkleinert zu werden pflegt; wenn ich auch glaube, daß sein wissenschaftliches Ansehen unter diesen Verkleinerungen doch nicht leiden kann. Er schloß in der Diskussion seine Rede mit den Worten, daß er mit der Sicherheit, mit welcher der Naturforscher aus Thatsachen Schlüsse ziehen kann, erkläre, daß das wirkliche Vorkommen des Goldes in der Natur ein dauerndes Aufrechterhalten der Goldwährung unmöglich erscheinen lasse.

Das sind doch Worte, über die mich auch Herr Professor Paasche mit seinen Nachrichten über die großartigen Goldfunde nicht hinwegbringt; denn ich muß sagen, daß, soweit ich diese Dinge in den letzten 15 Jahren überschaut habe, doch die Richtigkeit der Süßschen Anschauung mir immer wahrscheinlicher geworden ist. Wir brauchen ja nur die Welt zu überblicken, wir wissen aus der Geschichte, daß bald dieses, bald jenes Land reiche Goldschätze barg, daß aber nirgends diese Goldschätze dauernde gewesen sind, und machen wir jetzt den Kreislauf um die Welt, in welcher die Kultur sich erstaunlich schnell ausbreitet und die letzten früher unbekannten Gebiete der Kultur erschließt, so haben wir eine gewisse Sicherheit dafür, daß die Zeit neuer Goldfunde zu Ende geht.

Was insbesondere die südafrikanische Goldproduktion betrifft, die allein eine Vermehrung des Goldes herbeiführen könnte, so steht diese in keinem Widerspruch mit den Süßschen Anschauungen; denn die Süßsche Lehre hat nicht etwa bestritten, daß durch Bergbau noch Gold gefunden werden kann; Süß hat nur gesagt, daß das in Bergwerken gefundene Gold nicht einen dauernden Ertrag verspricht, und infolge dessen sind alle die mit großer Vorsicht aufzunehmenden Berichte — ich sage: „mit großer Vorsicht"; denn es wird ein heilloser Schwindel mit Aktien der Minen getrieben! — sorgfältig zu prüfen. Also das Gold in Südafrika ist auch nur eine

vorübergehende Periode, und ich glaube, daß die Befürchtungen, welche wir hatten, daß das Gold nicht ausreichen werde, in keiner Weise widerlegt werden können!

Meine Herren, ich bin an das Ende meiner Ausführungen gelangt und möchte Sie bitten, der Resolution, welche Ihnen vorgeschlagen ist, Ihre Zustimmung zu ertheilen. Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß, wenn im nächsten Jahre diese Versammlung wieder zusammentritt, wir möchten nicht mehr nöthig haben, über die Währungsfrage zu verhandeln.

(Lebhafter, anhaltender Beifall.)

Vorsitzender Graf **von Mirbach**=Sorquitten: Meine Herren, dem bewährtesten Vorkämpfer in dem Währungsstreit gebührt heute, wie stets, unser besonderer Dank.

(Bravo!)

Ich ertheile das Wort dem Herrn Geheimen Regierungsrath Professor Dr. Wagner.

Geheimer Regierungsrath Professor Dr. **Adolf Wagner**=Berlin: Meine Herren! Nur als Gast habe ich die Ehre, heute hier in Ihrer Versammlung zu erscheinen, in ähnlicher Weise wie vor einigen Tagen in den beiden großen Versammlungen des Bundes der Deutschen Landwirthe, zu denen ich ebenfalls als Gast eingeladen war. Ich habe geglaubt, dieser ehrenvollen Aufforderung, dort und hier zu erscheinen, nachkommen zu sollen. Allerdings weiß ich, gerade derartiges, meine Herren, wird mir persönlich mannigfach verdacht, und einer der Gründe wenigstens, die es seit einer Reihe von Jahren zu Wege gebracht haben, daß ich allem Anschein nach oben in höchsten Kreisen der Preußischen und Reichs=Bureaukratie nicht sonderlich angeschrieben bin und möglichst kalt gestellt werde, liegt wohl darin, daß ich mich an derartigen, wie es heißt, „zu weit gehenden Bestrebungen“, wie in Ihrem Kreise, mit einer gewissen Sympathie und Wärme mehrfach betheiligt habe. Indessen, meine Herren, das wird mich nicht abschrecken auch fürderhin so zu handeln, auch glaube ich nicht befürchten zu müssen in Ihrem Kreise, daß Sie vor mir als Politiker eine besondere Angst haben! Herr Dr. Arendt, der mir ja sonst sehr viel Freundliches gesagt hat, hat sich allerdings verwahrt, man brauche in meinen politischen Ansichten nicht ganz mit mir zu harmoniren, könne mich aber deshalb doch als wissenschaftlichen Fachmann anerkennen. Nun, ersteres

verlange ich auch nicht; aber von den Ansichten, die ich seit Jahren in der sozialen und der Wirthschaftspolitik vertreten habe, weiß ich, daß sie in Ihren Kreisen mannigfach getheilt sind.

(Sehr richtig!)

Selbst persönliche Beziehungen, wie beispielsweise von mir zur Kreuzzeitungspartei und sogar zu einem so sehr verschrieenen Manne wie Adolf Stöcker, werden mir bei Ihnen nicht schaden!

(Heiterkeit.)

Meine Herren, da dieses persönliche Gebiet, namentlich meine Nichtzuziehung zur Silberkommission, von Herrn Dr. Arendt einmal berührt ist, so erlaube ich mir, möglichst objektiv noch hierüber hinzuzufügen: Ich habe mich nicht darüber gewundert, daß man mir nicht hat die Ehre zu Theil werden lassen, in jene Kommission mich zu berufen. Als Herr Dr. Arendt mir vor einigen Wochen von dieser Aussicht sprach, sagte ich gleich, ich glaube nicht daran. Der Grund dafür lag darin, daß ich von einer ganz ähnlichen Enquete, zu deren Gegenständen ich vielleicht auch einige fachwissenschaftliche Beziehungen gehabt hatte, von der Börsenenquete, ebenfalls absichtlich ausgeschlossen worden bin, während andere Professoren dazu berufen worden sind. Ich bin allerdings nicht theoretischer Spezialist in Börsengeschäften, das sind nur wenige deutsche Gelehrte, wie der mit Recht zu jener Enquete hinzugezogene Professor Gustav Cohn in Göttingen, wie Professor Lexis daselbst, Professor Struck in Greifswald, Professor v. Kaufmann in Berlin. Aber in den nächstverwandten Materien, die mit den Börsenfragen eng zusammenhängen, Geld-, Kredit-, namentlich Bank- und Finanzwesen, habe ich — das hat meine Ausbildung so mit sich gebracht — seit langen Jahren fachwissenschaftlich viel studirt und Vieles darüber publizirt. Wenn ich gleichwohl von der Börsenenquete-Kommission ausgeschlossen und dafür, wie er mir selbst gesagt, gegen seinen Wunsch mein Spezialkollege Professor Schmoller hinzugezogen wurde, so konnte ich darin nur eine absichtliche persönliche Zurücksetzung sehen. Professor Schmoller ist ohne Zweifel in der Gewerbepolitik ein Spezialist ersten Ranges und in der Wirthschaftsgeschichte desgleichen. Aber auf dem ganzen Gebiete der Börse: Geld-, Kredit-, Bank- und Finanzwesen ist er niemals litterarisch thätig gewesen und hat darüber nichts veröffentlicht. Ich konnte daher nur die Empfindung haben, daß hier persönliche Voreingenommenheiten, für den einen

und gegen den andern Mann, den Ausschlag gegeben haben. Das bestimmte mich denn auch, als ich später die Ehre hatte, zur Börsenenquete als Sachverständiger zur Vernehmung eingeladen zu werden, einfach dem Herrn Reichsbankpräsidenten Dr. Koch zu sagen: Thut mir leid; nun danke ich! Und dabei bin ich auch gegenüber wiederholter Einladung geblieben.

(Bravo!)

Auch auf dem jetzt behandelten Gebiete der Währungsfragen habe ich viel gearbeitet, besonders auch über die Verhältnisse entwertheter Valuten. Aber, wie gesagt, deshalb hat man mich doch nicht in der Silberkommission zu haben gewünscht. Nun, — auch gut!

Was das Thema selbst nun anlangt, so kann ich hier zunächst nur anerkennen, in Deutschland hat Niemand auf dem Gebiete der theoretisch-wissenschaftlichen Behandlung dieser Frage so viele Verdienste als der verehrte Herr Vorredner. Ich erkenne gern offen an, daß ich ihm selbst viel verdanke. Ich habe zwar niemals eifrig auf dem Boden der Goldwährung gestanden; aber immerhin war ich ihr früher nicht so gegnerisch gesinnt und eher für sie; es sind wesentlich die Anregungen gewesen, die ich den Schriften des Herrn Dr. Arendt verdanke, welche mir Veranlassung gaben, die andere Seite der Währungsfrage zu studiren, und welche mich in Betreff des Bimetallismus aus einem Saulus zu einem Paulus gemacht haben. Nunmehr sage auch ich: Nein, die Goldwährung ist nicht die richtige Grundlage für unsere Volkswirthschaft, sondern wir müssen in der That, wie es Herr Dr. Arendt will — und ich nenne hierbei auch Ihren Vorsitzenden, den Herrn Grafen von Mirbach, sowie Herrn von Kardorff als tüchtige Sachverständige — uns dazu verstehen, von der reinen Goldwährung abzugehen — ich sage: der „reinen Goldwährung!“ Herr Dr. Bamberger hat lange dafür gestritten; aber haben wir denn eine reine Goldwährung? Absolut nicht! Wir haben etwa zwei Drittel unserer metallenen Umlaufsmittel aus Gold und ein Drittel aus ganz geringwerthigen Geldsorten, meist Silbergeld, bestehend. Wir können ja gezwungen werden in dem gegenwärtigen Augenblick, für drei Mark Gold einen Thaler anzunehmen.

Was ist aber der heutige Goldwerth eines Thalers? Es ist kaum noch $1^1/_2$ Mark. Also liegt hier eine Fiktion vor. Die Scheidemünzen müssen wir bis zu 20 Mark annehmen, obwohl sie

schon von vornherein um zehn Prozent minderwerthig geprägt sind und jetzt nur noch 2/5 ihres Nennwerths Goldwerth haben. Es beruht also, wie gesagt, unsere Goldwährung auf einer Fiktion. Wenn wirklich die Regierung sagt, nur auf der Basis des Goldes haben wir eine genügende Sicherheit für unsere Volkswirthschaft, wenn die Herren Politiker im Reichstag, Herr Dr. Bamberger und Genossen, dasselbe sagen, dann mögen sie auch Farbe bekennen und die nothwendige Konsequenz ziehen: wir müssen ohne irgend eine Rücksicht — wie es Herr Dr. Arendt gesagt hat — noch etwa 1/2 Milliarde Mark ans Bein binden und das Silber ganz beseitigen, d. h. die Thaler einziehen und durch Gold ersetzen, mit einem Verlust von wahrscheinlich nicht viel weniger als 1/4 Milliarde Mark, und das Reichssilbergeld nach einem schwereren Silbermünzfuße umprägen, mit einem ähnlichen Verlust.

Es ist aber sehr beachtenswerth, in allen neueren Schriften haben Dr. Bamberger und seine Freunde darüber stillgeschwiegen, und doch, wenn man vor 22 Jahren bei der Berathung der betreffenden Münzgesetze im Reichstag gesagt hätte, wir wollen einmal eine Reichs-Silbermünze in Hunderten von Millionen Mark, die nicht zur Hälfte das werth ist, was sie bedeutet, so würde jeder Anhänger der Goldwährung gerufen haben, das ist durch und durch unsolide! Aber jetzt, wo den Herren dieses Zugeständniß unbequem ist, schweigen sie darüber oder entschuldigen die Sache. Deshalb müssen wir uns darüber klar sein: Goldwährung haben wir nicht, der gegenwärtige Zustand ist auf die Dauer nicht aufrecht zu halten; bei dem ersten Kanonenschuß — und ich füge hinzu: Hoffentlich werden die weiteren Kanonenschüsse siegreich auf unsrer Seite sein! — wird diese Währung sich unhaltbar erweisen. Thatsächlich sagt man jetzt schon, wir werden im Kriegsfalle, wie Frankreich 1870, alsbald die Baarzahlungen der Bank suspendiren müssen! Nun, das mag zu erwägen sein, meine Herren, jedenfalls sollten wir aber in der That doch nur das thun, was dann die Umstände vorschreiben werden! Bei dem heutigen Zustande unseres Münzwesens haben wir aber hier keine Wahl, wir müssen ohne Weiteres, wegen der Unvollkommenheit dieses Systems, die Baarzahlungen suspendiren und den Zwangskurs einführen. Erkennt man das an, so muß man auch zugestehen, ein derartiger Zustand ist nicht haltbar: entweder rein zur Goldwährung übergehen oder wenn das sehr

große Bedenken hat, in der That die Hand zur Remonetisirung des Silbers in einem bimetallistischen System bieten. Ich kann mich im Uebrigen nur auf das beziehen, was Herr Dr. Arendt gesagt hat; ich kann mich hier nicht zu weit auf Einzelheiten einlassen, ich stimme im Wesentlichen mit ihm überein, in einzelnen Punkten mögen wir vielleicht da und dort differiren.

Ich möchte aber noch auf einen anderen Punkt hinweisen, der entscheidend ist: es heißt immer in jenen Broschüren, in den Aufsätzen in der liberalen Presse u. s. w., die aus der Währungsfrage eine einseitige politische Parteifrage macht, es wären die Edelmetall-Produktionsverhältnisse, die vom Silber abzugehen und zum Gold überzugehen nöthigten. Da wird nun öfters in Vergleich gestellt die Silberproduktion in den 50er Jahren mit derjenigen der folgenden Jahre und gesagt: die Silberproduktion der 50er Jahre ist seitdem ungefähr auf das Sechs- bis Achtfache gewachsen, und das ist der Grund, weshalb der Werth des Silbers gefallen; die Goldproduktion sei in derselben Zeit sogar eher etwas heruntergegangen, neuerlich wieder etwas gestiegen, habe sich aber ungefähr seit Anfang der 50er Jahre bis jetzt gleich gehalten. Daraus wird entnommen, die gleichbleibende Goldproduktion sei besser für die Stabilität des Geldes als Werthmesser, das riesige Steigen und die Verwohlfeilerung der Silberproduktion sei dafür ungünstig. Nun kann man mit einer einzigen Thatsache diese ganze statistische Beweisführung als eine tendenziöse erweisen, jene Beweisführung, welche Handelskammersekretäre und andere Parteigänger der Goldwährung (so noch kürzlich ein junger deutscher Professor, die „bayerische Währungsautorität" in der Silberenquete, selbst im Schmoller'schen Jahrbuch!!) anwenden. Diejenigen, die diese Zahlen vorführen, haben es sich sehr bequem gemacht; sie beginnen mit dem Jahr 1851! Warum? Aus dem einfachen Grunde, weil die statistische Hauptautorität, der Professor Soetbeer, regelmäßig seine Tabellen mit 1851 anfängt. Die vorhergehenden Jahre zieht er wohl auch in Berücksichtigung, aber nicht so regelmäßig. Die nachfolgenden Statistiker haben das nun ebenso gemacht: sie sind auch von 1851 ausgegangen.

Nun hat bekanntlich aber erst in dem Jahre 1851 die australische, und in 1848 die californische Goldproduktion begonnen und ist sofort riesig geworden, dann aber zurückgegangen. Vergleichen

Sie nun die Goldproduktion der 50er mit der der 30er und 40er Jahre, so können Sie nachweisen, daß in wenigen Jahren, vor und nach 1850, die Goldproduktion auf das Acht- bis Zehnfache gestiegen ist. Dagegen ist die Silberproduktion der 40er Jahre erst in 40 Jahren auf das Sechs- bis Achtfache gestiegen, und doch sagen die Vertreter der Goldwährung, gerade diese Steigerung auf das Sechs- bis Achtfache des Verhältnisses in den 30er und 40er Jahren sei die entscheidende Ursache der Entwerthung. Die Steigerung der Goldproduktion um das Acht- bis Zehnfache in 10 Jahren ist aber von keinem Einfluß gewesen! Ja, wenn man solche Unterschiede macht, so kann man alles „beweisen", man muß aber sagen, das heißt „Sand in die Augen streuen" oder man kennt die Dinge nicht; das sind Vergleiche, die in keiner Weise direkt etwas beweisen!

Ich stimme mit Herrn Dr. Arendt im Wesentlichen darin überein, daß die Entwerthung des Silbers in allererster Linie auf die münzpolitischen Vorgänge zurückzuführen ist. Daß zugegeben werden kann — darin wird er mir vielleicht nicht ganz beistimmen —, daß ohne die große neue Silberproduktion der Werthsturz des Silbers nicht so bedeutend gewesen wäre, das möchte ich als meine Ansicht hinstellen; aber im Hauptprinzip stimme ich ihm bei, und diese Ansicht ist ziemlich allgemein anerkannt, auch außerhalb Deutschlands. Aber bei uns in Deutschland beherrschen leider die Leute von der Goldwährungs-Presse die öffentliche Meinung: sie kümmern sich theils nicht um die Sache, theils stellen sie sie einseitig dar, und so nimmt das Publikum an, daß die Silberentwerthung nicht in den Münzverhältnissen ihren Grund habe, sondern in der Massenhaftigkeit und Verwohlfeilerung der Silberproduktion. Ich führe nur eines an — ich gehe nicht näher darauf ein und beziehe mich auf Herrn Dr. Arendt —: nehmen Sie an, es mag theilweise der Preissturz des Silbers von der gesteigerten Produktion desselben abhängig sein; aber wenn wir — um in der Bambergerschen Diktion zu reden — das Silber „wieder auf den Thron der Währung setzen", so wird es wieder vollwerthig werden können; wie es durch seine Entthronung namentlich seinen Werth verloren hat. Das ist ein Schluß, der nicht zu bestreiten ist!

Gerade die Produktionsverhältnisse aber nun machen das Gold nicht zum Münzmetall geeignet: einmal ist es klar, für die meisten Münzzwecke können wir Geld nicht brauchen. Herr Dr. Bamberger

redet immer vom Standpunkt der großen internationalen Geldverhältnisse aus; ich will nicht die unterste Klasse der Bevölkerung annehmen, ich will den Mittelstand anführen. Man zieht auch da die Zwanzigmarkstücke selbstverständlich den Einmarkstücken vor.

(Heiterkeit.)

Aber wenn man etwas auszugeben hat, wird man weiter kommen mit 20 Einmarkstücken als mit einem Zwanzigmarkstück, weil man dies selbst oft erst gewechselt haben muß, und das Wechseln bisweilen schwierig wird. Silber ist ein ganz unentbehrliches Metall für einen sehr großen Theil des Geldverkehrs, besonders für den, der sich durch Noten, Checks, Clearing nicht ersetzen läßt, wir können vom Silber nicht vollständig absehen. Aber Gold allein zur Währungsbasis zu machen, hat eben — wie namentlich Süß dargelegt hat — seine Bedenken, weil wir dann einen Stoff zum Währungsmittel nehmen, der nach seinen naturgegebenen Produktionsbedingungen eine steigende Werth-Tendenz nothwendig haben muß, vollends, wenn wie heute schon, mehr als die Hälfte des neugewonnenen Goldes für industrielle Zwecke beansprucht wird.

Wenn ich noch einmal auf die Zusammensetzung solcher Kommissionen zu sprechen kommen darf, so kann ich nur sagen: Ich begreife eines nicht, daß man nicht einen Mann wie Süß dazu beruft. Ja, er ist nicht Reichsdeutscher, er ist Deutsch-Oesterreicher! Das ist aber doch kein Hinderniß. Nebenbei ist er als liberaler Politiker und Abgeordneter bekannt. Aber auf diesem Gebiet ist er die erste geologische Autorität, bei dem auch alles Material über die Edelmetall-Produktions-Verhältnisse seit Jahren zusammenströmt. Gerade einen solchen Mann wäre es sehr nöthig, auch denjenigen Geologen gegenüber zu stellen, welche namentlich Herr Professor Dr. Paasche angeführt hat; er kennt diese Dinge wie kein Zweiter! Ich bemerke nur, er hat auch nachgewiesen, daß die neueren südafrikanischen Goldfunde durchaus nicht gegen seine Theorie sprechen, wie Andere behauptet haben. Es kann natürlich Niemand leugnen, daß wir da und dort neue und auch noch reiche Goldlager finden werden — wir haben afrikanische Gebiete, asiatische Gebiete, vielleicht auch amerikanische und australische, wo noch Gold gefunden werden mag; aber die alte praktische Erfahrung stimmt mit der Theorie der Geologen und Geognosten überein, daß jede Goldauffindung — wie Herr Dr. Arendt ausgeführt hat — um

so rascher zu Ende geht, je reicher die Gewinnung in kurzer Zeit ist. Es hängt das auch mit den neuzeitigen, besseren technischen Methoden der Edelmetall-Gewinnung eng zusammen, die man seltsamer Weise für die Zukunft des Goldes anführt, während sie diese Zukunft noch prekärer, auch die Gewinnung weniger nachhaltig machen. Es ist das ähnlich wie in der agrarischen Bewirthschaftung: man kann dem Boden auch hier mehr landwirthschaftliche Produkte abgewinnen, aber um so rascher ist dann der Boden erschöpft, weil und soweit er seinen Mineral-Reichthum stärker einbüßt. Ebenso verhält es sich mit den Edelmetallen! Gold wird so nicht die genügende Basis bilden können, und nun kommt noch die riesige Zunahme der Verwendung von Gold gerade zu Zwecken der Industrie in Betracht. Wir schätzen die Goldproduktion auf 200000 kg jährlich; vor einiger Zeit war sie auf 160 000 kg gesunken, jetzt steigt sie wieder und nähert sich dem Maximum der 50er Jahre. Nach verschiedenem Anschlag nimmt man an, daß 90 000 bis 120 000 kg Gold in die Industrie hinübergehen, so daß wir also nicht 200 000, sondern höchstens 110 000 kg Gold zur Währung behalten, und das wird weniger werden, wenn die industrielle Verwendung zunimmt. Unter diesen Umständen kann Süß mit Recht sagen, Gold hat „keine Zukunft", und ich kann auch, wie Herr Dr. Arendt sagen, aus naturwissenschaftlichen Gründen kann Gold seine Stellung nicht behaupten! Südafrika, das jetzige Hoffnungsland der Goldwährungspartei, wird alle älteren Erfahrungen auch nicht Lügen strafen.

Dem gegenüber führen nun Dr. Bamberger und seine Freunde aus: Ist es nicht für jeden Menschen, der etwas besitzt, erwünscht, etwas zu haben, was im Werthe steigt? Da sage ich, das ist der Standpunkt des Kaufmanns, der immer an Preisdifferenzen lukriren will; aber eine „Volkswirthschaft" schafft sich nicht Gold an, um es morgen wieder zu verkaufen und daran zu lukriren! Bei dem Steigen des Goldwerths im Gelde der Volkswirthschaft handelt es sich um etwas ganz Anderes und viel folgenreicheres, nämlich darum, daß das Goldgeld einen Preisdruck auf alle Produktenwerthe ausübt.

(Sehr richtig!)

Ein solcher Preisdruck fällt im gegenwärtigen Augenblick, namentlich in der Landwirthschaft, um so mehr ins Gewicht, als die Produktionsverhältnisse hier sich so wie so so ungünstig gestalten.

So komme ich denn zu dem Ergebniß: „Nach den Edelmetall-Produktionsverhältnissen können wir in der That nicht an der reinen Goldwährung festhalten, sondern müssen möglichst suchen zu einem bimetallistischen System zu kommen"!

Nun gehe ich noch ein wenig über zu den speziellen Interessen der Agrarier. Da erlaube ich mir abermals hervorzuheben, gerade als Einer, der nicht Landwirth ist und der insofern wahrhaftig nicht irgendwie beschuldigt werden kann, „selbstsüchtige" Interessen zu vertreten: „Was Sie, meine Herren Agrarier, hier in Ihrer volkswirthschaftlichen Auffassung vertreten, das findet auch in weiten Kreisen der theoretischen Wissenschaft vollständig seine Billigung"!

(Hört, hört!)

Ich möchte behaupten, und zwar ziemlich einerlei, ob die Herren persönlich mehr liberal oder konservativ sind, die Mehrzahl der deutschen nationalökonomischen Theoretiker, und namentlich die jüngeren, die für die nationale und soziale Auffassung der Wirthschaftsfragen mehr Sinn haben als die älteren, steht auf dem Boden, daß sie sagt: Wir halten die wirthschaftliche Leistungsfähigkeit der Landwirthschaft in erster Linie für eine Frage des praktischen Interesses der Landwirthe und ländlichen Grundbesitzer, aber nicht minder für eine Frage des höchsten Interesses des ganzen Volkes und des ganzen Staats! zumal des deutschen!

(Bravo!)

Sie können so glauben, daß wir Theoretiker uns daher auf Ihre Seite zu stellen vermögen! Und nun muß ich sagen, um auf die Resolution zu kommen, wie sie Herr Dr. Arendt vorgeschlagen hat und wie sie auch auf das vorige Thema sich bezieht, worauf ich wohl in Kurzem zurückkommen darf: Jemand, der namentlich die Länder mit schwankender und öfters sinkender Valuta kennt, der begreift in der That nicht, wie man es wagen kann, zumal neben den sonstigen ungünstigen Konkurrenzverhältnissen für die europäische Agrarproduktion, hier nun auf 10 bis 12 Jahre **landwirthschaftliche** Zölle, wie die Getreidezölle, festzulegen!

(Sehr richtig!)

Meine Herren, 10 bis 12 Jahre, das ist heute so viel wie früher ein Jahrhundert. Es können da Entwicklungen eintreten, von denen wir im Augenblick noch nichts ahnen! Es kann ja sein, daß das nicht der Fall ist, daß unsere Befürchtungen übertrieben

sind. Aber nach allen bisherigen Erfahrungen ist es in hohem Grade wahrscheinlich, daß weitere Entwicklungen in der bisherigen Richtung eintreten, und da sollen die unterwerthigen Währungsverhältnisse in anderen Ländern unberücksichtigt bleiben? Freilich, wenn Nordamerika Goldwährung behält, so kommt es seiner Währungsverhältnisse wegen nicht als schärferer Konkurrent für uns in Betracht, um so mehr kommt Rußland in Betracht, auch Oesterreich-Ungarn, das schon wieder eine Verminderung des Werths seiner Valuta hat eintreten lassen, kommt in Betracht, ebenso Indien und Argentinien mit seinem Papiergeldwesen, und andere Länder werden mehr und mehr in diese Richtung der entwertheten Silber- und Papiergeldwirthschaft hineinkommen!

Nun kann ich da wieder aus eigener Erfahrung sagen — ich habe zufälligerweise in Papierwährungs-Ländern lange gelebt, in Oesterreich, Rußland, Italien zusammen gut 9—10 Jahre, und zwar in Oesterreich während der sehr kritischen Zeit von 1859 während des Krieges, in Rußland während des deutschen Krieges von 1866, welcher auch Einfluß auf die dortige Währung hatte — da kann ich behaupten: Jeder, der wirthschafts-wissenschaftlichen Studien zugänglich ist und ein offenes Auge für die Praxis hat, sieht, daß hierin ein Grund für die agrarische Position gegen die Handelsverträge mit Ländern so unsicherer Valuta liegt, denn ein Sinken der fremden Valuta, gerechnet am Agio des Goldes oder am Disagio des Silbers und Papiers, wirkt sofort wie eine Einfuhrzollerhöhung des fremden Landes und wie eine höhere Exportprämie von dort zu uns hin. Ein Sinken der Valuta des österreichischen und russischen Papiergeldes hat zunächst keineswegs pari passu, sondern zum Theil gar nicht, zum Theil nur sehr allmählich, nach Zeiten, nach Gegenden sehr verschieden, besonders nach Waaren-Objekten sehr verschieden eine Preissteigerung im fremden Lande, in dessen Valuta ausgedrückt, zur Folge. Ja, wäre es so, daß, wenn heute — wollen wir einmal sagen — die russische Währung um 10 Prozent sinkt, also Gold um mehr als 10 Prozent theurer wird, alle Preise dort sofort auch stiegen, so würde dies ja die Position an sich zwischen Rußland und Deutschland nicht ändern; das ist aber nicht so! Besonders Agrarprodukte, entfernt von den Handelsplätzen, steigen nur langsam im Preise, die Löhne steigen zum Theil lange Zeit gar nicht oder doch fast gar nicht unter diesen

Einflüssen, die Miethen eben so wenig, und so produzirt man in der Fremde verhältnißmäßig wohlfeiler und kann und muß mehr von dort exportiren. Für Rußland kommt da vorzugsweise in Betracht, daß jedes weitere Sinken der russischen Valuta von politischen Faktoren abhängt. Aus immer weiteren Kreisen der riesigen russischen Volkswirthschaft wird das Getreide an die Flüsse und Bahnen kommen und somit die Exportfähigkeit ungemein steigen.

Und nun sagen wir, für 10 Jahre legen wir den Zoll fest! Ich muß sagen, mir ist es unbegreiflich, wie man in dieser Weise vorgehen kann! Für die Landwirthe, die Getreide produziren und die Konkurrenz des russischen Getreides fürchten müssen, steht da die Sache schlimmer; aber ist es heute für die Industrie anders? Auch da kreuzt eine Bewegung der fremden Valuta alle Kalculationen des deutschen Exporteurs. Man beruft sich darauf: in dem Handelsvertrag sind einige Ermäßigungen der ungeheuren russischen Einfuhrzölle auf fremde Fabrikate erfolgt — wie ich zugestehen will. Aber werden denn diese Ermäßigungen wirklich sicher garantirt bei den russischen Währungsverhältnissen, bei der russischen Valuta? Die russische Währung bleibt nicht stetig, sondern schwankt in ihrem Werthe. Wenn Sie heute eine Tarifreduktion bei der Ausfuhr nach Rußland um 10 Prozent vornehmen, so kann das durch das Sinken der russischen Valuta völlig ausgeglichen werden, und der Industrielle kann dann nicht mitthun: er muß sich jedenfalls mit geringerem Gewinn begnügen. Daran wollte ich nur zeigen, wie einseitig es ist, wenn man meint, daß diese Frage einseitig agrarische Interessen betrifft und nicht auch die industriellen und die Arbeiterinteressen. Man sagt, es wird mehr deutsches Eisen ausgeführt werden; aber unter welchen Bedingungen, das hängt vom Kurs mit ab; Sie können vom Kurssturz gerade in russischen Verhältnissen völlig überrumpelt werden; dann kann der Deutsche entweder gar nicht exportiren oder doch nur mit Verlusten oder mit nur kleinem Gewinn. Steigt der Preis beispielsweise für deutsche Maschinen, für deutsche Werkzeuge in Rußland um die weitere Kursdifferenz, so wird wahrscheinlich die Vertheuerung den Absatz schmälern; steigt der Preis aber nicht — wie es oft der Fall sein wird — dann muß der deutsche Fabrikant, wenn er den Markt halten will, die Verluste hinnehmen oder mit geringem Gewinn arbeiten und kann dann auch nur weniger Lohn zahlen!

Es ist somit meines Erachtens klar, daß hier bei dem Tarif der Handelsverträge die Währungsfrage eine große Rolle spielt, so daß es mir nicht verständlich ist, wie man über diese Dinge so ohne Weiteres hinweggeht. „Nicht verständlich" sage ich, in einer Beziehung ist es mir verständlich: nehmen Sie es mir nicht übel; alle Hochachtung vor den deutschen Beamten, aber mir ist es oft so erschienen, als könnten sie nicht immer genügend beurtheilen, was nicht unmittelbar vor ihren Augen liegt!

(Sehr wahr!)

Ich kann das einigermaßen sehen als akademischer Lehrer. Ich habe immer empfunden, es ist charakteristisch für die Auffassung von Fragen der praktischen Nationalökonomie, wie wenig Interesse Vergleichungen der Verhältnisse fremder Länder mit unseren heimischen finden. Ich habe da wohl sagen hören: was geht uns das an, was Oesterreich, Rußland, England oder Frankreich thut? Ich meine, das geht uns viel an!

(Sehr wahr!)

Allerdings, wenn das Ausland auf militärischem Gebiet etwas thut, so verfolgt unsere Militärverwaltung das eifrig. Aber unsere Civilverwaltung ist lange nicht so gewohnt, Verhältnisse anderer Länder so aufmerksam zu beobachten; es besteht da — ich kann nicht anders sagen — eine zu große Voreingenommenheit für manches Heimische und zu wenig Neigung, von fremden Verhältnissen zu lernen!

(Sehr richtig!)

Wer fremde Länder kennt, wird es nicht begreifen, daß man über die Währungsfragen und die Verhältnisse darin im Auslande einfach hinweg gegangen ist. Deshalb wird, meine ich, mit Fug und Recht in Ihrer Resolution, die Sie vorhin angenommen haben, wie auch in der zur Diskussion stehenden von Herrn Dr. Arendt vorgeschlagenen Resolution auf diese Seite der Sache hingewiesen. Die Währungsfrage kann und darf in Tarifverträgen nicht auf die Dauer unbeachtet bleiben!

Meine Herren, nun wendet man vielleicht weiter ein: Ja, das läßt sich nicht vermeiden, daß man sich in Handelsverträgen bindet! Das will ich zugeben: es liegt darin auch ein Vortheil, das läßt sich nicht leugnen; aber hier liegen die Dinge bei den wichtigsten agrarischen Zöllen und bei den industriellen Zöllen doch sehr verschieden. Wer wird heutzutage die Bedeutung unserer Industrie

unterschätzen? Auf einigen Gebieten sind wir in Bezug auf Qualität und selbst Quantität schon die Ersten. Wer unterschätzt die Bedeutung der Eisenindustie, des Kohlenbergbaus, unserer Textil-, unserer chemischen Industrie? Aber so bedeutend auch immer ein einzelner Industriezweig sein mag, seine Bedeutung schwindet gegenüber der Bedeutung der allgemeinen volkswirthschaftlichen Interessen der Landwirthschaft! Es mag sein, daß man durch Bindung irgend eines einzelnen Zolls für ein Industrieprodukt auch die Industrie schädigt, der Nachtheil wird immer fühlbar sein; aber man kann ihn ertragen, weil eine einzelne Industrie, selbst eine so mächtige wie die Baumwollen- oder die Eisenindustrie, doch immer nur einen kleinen Theil der Gesammtindustrie ausmacht; dagegen ist die Landwirthschaft und bei uns in ihr der Getreidebau so nothwendig, die Grundlage unserer ganzen deutschen Volkswirthschaft, daß eine solche Bindung der agrarischen Zölle in der That viel verhängnißvoller wirken wird. Deshalb glaube ich, ein Land, das solche Handelsverträge schließt, muß hinsichtlich der Bindung der Agrarzölle viel vorsichtiger sein als hinsichtlich der Bindung von industriellen Zöllen.

Nun kommt man freilich wieder mit dem Einwand, den man schon so oft gehört hat: Deutschland ist und wird immer mehr Industriestaat! Aber immer ist doch der Ackerbau in Deutschland das wichtigste und größte Gewerbe, und immer noch weiter in der Entwicklung zum Industriestaat zu gehen — wie es gerühmt wird —, das können wir aus sozialen und aus politischen Ursachen nicht wünschen und nicht ernstlich wagen! Die Erhaltung der Leistungsfähigkeit der Landwirthschaft, auch durch ein richtiges Währungswesen, ist deswegen für uns geboten, weil wir in der Landwirthschaft die Hauptstärke unserer Volkswirthschaft und in der landwirthschaftlichen Bevölkerung die Hauptkraft unserer ganzen Nation sehen.

Meine Herren, ein Land wie England mag sich manches erlauben, wie ich schon anderswo angeführt habe und nur wiederholen kann, — ob auf die Dauer nicht mit großen Gefahren, wird sich zeigen —; ein Land wie Deutschland kann nicht dasselbe wagen, deshalb nicht, weil wir nicht von Kanal und Meer umgeben sind, sondern weil wir von mächtigen Feinden umgeben sind nach unserer ganzen geographischen Lage; deshalb müssen wir die Grundkraft der Nation, die in der That in der ländlichen Bevölkerung liegt, möglichst leistungsfähig zu erhalten suchen und dazu diejenigen

Bedingungen erfüllen, die nothwendig dafür sind. Das aber ist unter heutigen Verhältnissen ein festes Schutzzollsystem gegenüber Ländern mit dünner Bevölkerung und extensivem Raubbau, und das ist ein richtiges Währungswesen, das uns in der internationalen Konkurrenz nicht so schädigt, wie die Goldwährung es thut. Ich stimme daher mit Ihrer These in ihren Grundzügen überein.

Nun kommt aber noch eine andere Seite der Frage in Betracht. Haben wir in Aussicht oder ist schon eingetreten eine Steigerung des Geldwerths, so werden die Lasten aller Geldverbindlichkeiten für die Verpflichteten steigen, die Milliarden der deutschen öffentlichen und Privatschulden sind dann schon jetzt eine größere Last als sie es vor Jahrzehnten waren, und wenn das weiter andauert, werden sie in einem weiteren Jahrzehnt abermals eine größere Last sein! Ich halte es deshalb für richtig, daß man hier einmal bei dem behandelten Thema auf die Staatsschuldenverhältnisse hingewiesen hat; der Druck davon wird, ebenso wie der Druck der Hypothekenschulden u. s. w., in all den Fällen härter empfunden, wo die Verbindlichkeiten in einer werthsteigenden Währung ausgedrückt sind.

So komme ich zu dem Schlußergebniß: Sie haben im Wesentlichen Recht, hier die Stellung zu nehmen, wie vorhin in der bereits angenommenen Resolution, und ferner die Stellung zu nehmen, wie Herr Dr. Arendt sie in seiner Resolution vorgeschlagen hat. Ich würde in letzterer diesen oder jenen Satz von meinem Standpunkt aus vielleicht bedingter ausdrücken; aber ich habe nicht mit abzustimmen, und ich würde es schließlich billigen können, wenn man sie wörtlich annimmt: die Grundtendenz theile ich durchaus, und der Hauptinhalt der Resolution ist meines Erachtens in der That richtig! Wenn Sie dann in dieser Weise einen Einfluß ausüben, wenn auch vielleicht zunächst nur in kleineren Kreisen und von diesen aus in Wellenbewegung weiter auf die öffentliche Meinung wirken, lassen Sie sich, meine Herren, nicht abschrecken durch die Redensart, daß man Ihnen vorwirft, „Sie verträten nur Ihren agrarischen Standpunkt"! Sie haben ebenso Recht wie jede andere wirthschaftliche Interessengruppe Ihre Interessen zu vertreten; aber wenn Sie das thun — und das ist auch meine Ueberzeugung als Mann der Theorie und der Wissenschaft —, vertreten Sie mit Ihrem Interesse zugleich mehr das gesammte nationale Interesse, als sonst Jemand dies thut.

(Bravo!)

Ich wüßte nicht, welche Interessengruppe behaupten könnte, daß, wenn sie ihr eigenes Interesse vertritt, sie in demselben Maße auch das große allgemeine volkswirthschaftliche und nationale Interesse wahrnimmt! Aber ich kann auch hinzufügen: Indem Sie das mit Erfolg thun, erhalten Sie unsere ganze Landwirthschaft leistungsfähig und dadurch der nationalen Industrie das beste Absatzgebiet, das diese sich wünschen kann!

(Sehr richtig!)

Wir Deutschen können nicht alles auf die schwankende Grundlage des internationalen Verkehrs setzen, wie das England thut. Das hat selbst für dieses schon seine Gefahren gehabt! Erinnern Sie sich, wie England durch den amerikanischen Bürgerkrieg in große Kalamität kam, weil Baumwolle entweder gar nicht oder doch nur zu kolossalen Preisen zu haben war. Da sah man die peinliche Abhängigkeit vom Weltmarkt! Wir in Deutschland sind aber noch ungünstiger daran: wir sind erst später in die große, namentlich auf Export angewiesene industrielle Entwickelung hineingekommen, wir müssen uns richten nach unserer geschichtlichen Entwickelung und nach den Verhältnissen um uns herum, wir müssen suchen, unsere Stellung auf dem Weltmarkt mit Mühe zu behaupten. Dem gegenüber sage ich: Wir wollen lieber etwas mehr zahlen für die einheimischen Agrarprodukte und dafür einen lohnenden einheimischen Absatz der Industrie gewinnen, als nach außen exportiren unter vielfach für uns so wenig günstigen Bedingungen. Wir sehen es an dem Handelsvertrag mit Rußland: dieses Minimum von Ermäßigung der Industriezölle bei der Einfuhr nach Rußland kann durch jedes Sinken der russischen Valuta sofort wieder aufgewogen werden. Wir sehen es am hochschutzzöllnerischen Nordamerika: dieses freieste Land der Welt sperrt sich in äußerster Weise durch hohe Einfuhrzölle auf Fabrikate ab. Wenn wir nach solchen Ländern immer mehr Fabrikate exportiren wollen, werden wir genöthigt sein, einen Theil der dortigen Einfuhrzölle auf uns zu nehmen, d. h. eben nur mit geringem Gewinn zu fabriziren und zu exportiren und daher wieder nur geringe Löhne zahlen können. Die Folge davon wird sein, daß die Arbeiter, die etwas wohlfeileres fremdes Getreide bekommen, bei so geringen Löhnen doch keinen Vortheil davon haben, denn die Industrie kann nur noch mit geringem Nutzen exportfähig gehalten werden.

Wenn ich das Alles übersehe und resumire, so sage ich: In der That, die Frage, mit der Sie sich beschäftigen, ist die ernsteste wirthschafts- und sozialpolitische, die wir gegenwärtig haben neben der eigentlichen sozialen Arbeiterfrage. Ich möchte sogar behaupten: Gerade die agrarische Schutzzollfrage ist von den konkreten Fragen, die gegenwärtig unmittelbar zur Entscheidung vorliegen, die allerwichtigste, und mit dieser agrarpolitischen konkreten Frage hängt die Währungsfrage auf das allerengste zusammen. Insofern kann ich Sie nur auffordern, der Resolution zuzustimmen, so weit ich als Gast dies zu thun berechtigt bin. Jedenfalls kann ich meine Meinung dahin zusammenfassen: Wenn Sie diese These annehmen, so haben Sie etwas gethan, was sich praktisch und wissenschaftlich rechtfertigen läßt, und nicht nur etwas, was den Interessen dient, welche Sie mit Recht für sich vertreten, sondern auch etwas, womit dem ganzen großen volkswirthschaftlichen und nationalen Interesse in der That in gleicher Weise gedient wird!

(Anhaltender lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Rittergutsbesitzer **Alfieri-Koppershagen** (hat den Vorsitz übernommen):

Ich spreche Namens der Versammlung Herrn Professor Wagner den Dank für seinen Vortrag aus.

(Bravo!)

Ich eröffne nunmehr die Diskussion über den Antrag des Herrn Referenten Dr. Arendt und über den von meiner Wenigkeit und von Herrn von Klitzing vorgelegten Antrag.

Das Wort hat der Herr Graf von Mirbach.

Rittergutsbesitzer, Reichtagsabgeordneter Graf **von Mirbach**-Sorquitten: Als Mitglied der in dem Vordergrund stehenden Enquete und auch gleichzeitig zur Sache möchte ich ein paar Worte an Sie richten. Eine Meinungsdivergenz zwischen mir und Herrn Dr. Arendt hinsichtlich der Enquete klarstellen. Meiner Ueberzeugung nach hat das Königlich Preußische Staatsministerium in der Erklärung, die der Herr Landwirthsschaftsminister im Herrenhause verlas, ganz zweifellos klargestellt, die Enquete über die Währungsfrage sollte dazu dienen, praktische Wege zur Lösung der Silberfrage zu finden bezw. zu entwickeln, sie sollte sich also im Wesentlichen auf praktische Vorschläge beschränken. Darin lag nach meiner Meinung — und ich habe das in der Diskussion im Herrenhause auch klargestellt —

die Annahme, daß eine solche Enquete nur aus solchen Männern zusammengesetzt werden konnte und sollte, die keinen silberfeindlichen Standpunkt einnehmen, also eine Zusammensetzung aus entschiedenen Bimetallisten, und aus solchen, die andere Wege für gangbar halten, wie die von Dechend schen Vorschläge oder ähnliches. Ich meine, nur eine so zusammengesetze Enquete kann relativ schnell einen praktischen Weg zur Lösung der Silberfrage finden, das heißt Vorschläge formuliren, die einer demnächst einzuberufenden internationalen Münzkonferenz unterbreitet werden können. Wir haben ausdrücklich im Herrenhause darauf hingewiesen, daß es nicht die Aufgabe einer Enquete sein dürfe, das Wesen der Währungsfrage zu approfondiren. Sonst hätte man so vorgehen müssen, wie bei der englischen Enquete, das heißt man hätte Licht und Schatten, also Silber und Gold ganz gleich vertheilen müssen mit dem Endergebniß je zweier Resolutionen auf jedem Gebiete der Frage. Den zuerst bezeichneten Weg wollte zweifellos das Königlich Preußische Staatsministerium eingeschlagen sehen. Aber der Herr Präsident des Reichsbankdirektoriums erhob dagegen sofort Protest. Damit wurde die Sache verschoben, und die treibenden Kräfte im Reiche haben es dahin gebracht, daß die Sache in majorem gloriam der Reichsbank entwickelt wird und voraussichtlich als einen Schlag in das Gesicht der deutschen Landwirthschaft. Ferner: die Einberufung der Enquete findet in dem Momente statt, wo einzelne ihr angehörige Männer, die in den Parteien die leitenden sind, unter der schweren Belastung der Fraktionsberathungen und anderer Vorberathungen zum russischen Handelsvertrage stehen. Ich habe beinahe das Gefühl, daß auch körperlich dadurch ein Druck hinsichtlich des russischen Handelsvertrages ausgeübt werden soll. (Heiterkeit.)

Meine Herren, soweit ich dabei betheiligt bin, werde ich diesem Drucke nicht nachgeben. Die Herren nehmen es mir nicht übel, und die Reichsregierung mag es mir auch nicht verübeln, wenn ich die Enquete insoweit und mit dieser Einschränkung als eine quantité négligeable ansehe.

Auf den Antrag des Herrn Alfieri und des Herrn von Klitzing möchte ich nicht eingehen, da ich selbst der Enquete angehöre. Ich möchte nur einen Punkt berühren, auf den der hochverehrte Herr Professor Wagner schon eingegangen ist; er sagte: propagiren Sie diese Ideen in die weitesten Kreise hinein! Herr

Dr. Arendt hat Ihren Blick auf die französische Republik gerichtet. Er hat die Rede des Herrn Méline zitirt, die ja sehr bedeutungsvoll ist. Ich nehme keinen Anstand, zu erklären, daß Frankreich in der Behandlung wirthschaftspolitischer Fragen uns weit über ist. Meine Herren, ein politischer Parteistandpunkt entscheidet da in wirthschaftlichen Fragen nicht, die politischen Parteien in Frankreich haben ihnen gegenüber keine Voreingenommenheit. Es heißt dort: was frommt dem Vaterlande? Das ist das entscheidende Motiv. Bei uns ist man leider himmelweit davon entfernt.

(Sehr richtig!)

Die wirthschaftlichen Fragen werden bei uns lediglich als politische Fragen behandelt, ganz einerlei, welche Folgen das hat. Meine Herren, wir als Steuer- und Wirthschaftsreformer haben den Versuch gemacht, uns davon zu emanzipiren.

Wir haben ferner den Versuch gemacht, in anderen Ländern Beziehungen anzuknüpfen zur Lösung wichtiger wirthschaftlicher Fragen. Ich erinnere an meinen Briefwechsel mit dem Herrn Grafen Leusse. Letzterer ist zwar Elsässer, aber in seinen Anschauungen Franzose und lebt meist in Paris. Wir glauben, Ihnen empfehlen zu sollen, daß unser Ausschuß gerade im Gebiet der Währungsfrage hierin praktisch vorgeht. Der Ausschuß wird der Frage näher treten, ob es sich nicht empfiehlt, speziell in Frankreich, England und Dänemark mit den Führern der bimetallistischen Richtung in Beziehungen zu treten. Wir erwarten davon nicht nur ein praktisches Resultat in der Wirthschaftspolitik; es werden sich dabei leicht auch politische Gegensätze mildern lassen. Meine Herren, ich bitte Sie, als Generalversammlung das gutzuheißen; geheim wollen wir nicht vorgehen.

(Bravo!)

Vorsitzender Rittergutsbesitzer **Alfieri**-Koppershagen: Das Wort hat Herr von Schalscha.

Rittergutsbesitzer, Landtagsabgeordneter **von Schalscha**-Frohnau: Meine Herren, wenn ein Mann wie der Herr Korreferent, der den agrarischen Verhältnissen nach seinen persönlichen Interessen fernsteht, in seinen Ausführungen zu einem Schluß kommt, wie wir ihn soeben gehört haben, so sage ich, das ist von einer ganz eminenten Bedeutung. Wenn ein Agrarier sagt, wir vertreten nicht agrarische Interessen als selbstsüchtige Leute, sondern wir vertreten die agrarischen Interessen, weil wir glauben, daß das Gedeihen des Agrarierthums das

Fundament des Wohlbefindens des Vaterlandes ist, dann glaubt man ihm das nicht, und wenn wir darauf hinweisen, daß die Agrarier oder wenigstens viele Agrarier, soweit sie Gelegenheit hatten, es zu thun, im Reichstage bei der Berathung der Zolltarife die Interessen der Industrie genau mit derselben Wärme vertreten haben wie die Interessen der Landwirthschaft, so wird das todtgeschwiegen und ignorirt. Meine Herren, ich selbst bin in der Lage gewesen, wiederholt die Interessen der Industrie im Reichstag zu vertreten, und ich habe Zustimmungserklärungen aus allen möglichen Branchen der Industrie bekommen, wenigstens von da, wo man noch die Augen für das aufgehabt hat, was ich gerade in der Zollpolitik und ganz besonders in der Währungsfrage für die Industrie gethan habe.

Nun, meine Herren, es ist in den letzten Worten des Herrn Korreferenten die Rede von England und von der englischen Industrie gewesen. Ich fürchte sehr, daß die Vorgänge in der englischen Industrie für Vieles maßgebend gewesen sind, was in Deutschland gesündigt worden ist.

(Sehr richtig!)

England ist groß geworden durch seine Industrie. Zweifellos! Deutschland hat sich zu einem Staat herausgebildet, dessen Industrie fast ebenso vollwerthig ist, wie die Landwirthschaft. Zweifellos! Aber, meine Herren, daß wir deswegen in derselben Weise die Industrie weiter entwickeln könnten und daß wir in der Welt dieselbe dominirende Stellung einnehmen könnten, wie einstmals England, das ist in meinen Augen vollständig ausgeschlossen. Der Unterschied von damals und jetzt ist der: England hatte seiner Zeit sozusagen das Monopol für die Industrie, und sein Exportgebiet war die ganze civilisirte Welt. Jetzt schrumpft dieses Exportgebiet zusammen in demselben Verhältniß, wie in den anderen Ländern die Industrie erstarkt, und wenn wir glauben und hoffen, dem, was in England vorgegangen ist, nachfolgen zu können, so steht der Erfüllung dieser Hoffnung zunächst entgegen, daß in erster Linie England für unseren industriellen Export wenig Bedeutung hat, daß Frankreich wenig Bedeutung hat, und daß die anderen Länder, die weniger in Bezug auf Industrie entwickelt sind, jetzt mit industriellen Erzeugnissen aus allen Industriestaaten überschwemmt werden. Also das, was s. Z. für England der Hauptfaktor zu

dem ersprießlichen Gedeihen und zu der imposanten Entwickelung der Industrie gewesen ist, ist verschwunden und kehrt nicht wieder.

(Sehr richtig!)

Der Herr Korreferent hat darauf aufmerksam gemacht — er hat es nicht weiter ausgesponnen, nur angedeutet —, daß das deutsche Augenmerk darauf gerichtet sein muß, die Industrie im Inlande absatzfähig zu machen, und dazu gehört in erster und in zweiter und in dritter Linie, daß die Landwirthschaft konsumtionsfähig ist.

(Sehr wahr!)

Meine Herren, um auf die eigentliche Resolution zu kommen, um die es sich hier handelt, so hat mich das zweite Alinea der ersten These veranlaßt, mir das Wort zu erbitten. Dort heißt es:

> Ein Handelsvertrag mit Rußland erscheint nur dann annehmbar, wenn durch gleichzeitige Wiederherstellung des Silberwerths der Landwirthschaft eine Ausgleichung für die schwere Schädigung der Herabsetzung der Getreidezölle geboten wird.

Meine Herren, nicht um diese These anzugreifen, sondern um sie mit einem Vorgange in Verbindung zu bringen, der sich im vorigen November in Breslau abgespielt hat und bei dem ich einigermaßen thätig gewesen bin, habe ich das Wort erbeten. Ich habe damals in Breslau gegenüber einer Stellungnahme der absoluten Negirung eines Handelsvertrages mit Rußland, die beabsichtigt gewesen ist — der Herr Korreferent ist auch auf diesen Gesichtspunkt eingegangen —, eine Resolution eingebracht, dahingehend, daß nicht eher mit Rußland ein Handelsvertrag geschlossen werden solle, als bis Rußland die Goldwährung eingeführt habe. Also das ist etwas anderes, als was der Herr Korreferent sagte, und doch ist es dasselbe.

Meine Herren, diese Resolution hat einigermaßen zu Mißverständnissen Veranlassung gegeben. Ich wurde gefragt: Sind Sie denn auf einmal Goldwährungsmann geworden? Ich antwortete: Keineswegs! und ich muß sagen, wer diese Resolution, die auch in der Presse weitläufig besprochen worden ist, anders aufgefaßt hat, als sie gemeint war, der ist doch ein großer Neuling in der ganzen Sache, um die es sich handelt, oder er hat mir eine Naivität zugetraut, die ich wahrhaftig nicht besitze.

(Heiterkeit.)

Es gehört in der That wenig Scharfsinn dazu, den Pferdefuß in dieser Resolution herausblicken zu sehen. Es ist ja auch versucht worden, meine Resolution ad absurdum zu führen, nicht blos in einfachen Zeitungsartikeln, sondern auch an andern Stellen, dadurch, daß man sagte, es ist eine Thorheit, etwas zu verlangen, was durchzuführen unmöglich ist. Die Sache liegt einfach so: die Unmöglichkeit der Einführung der Goldwährung in Rußland auch weiteren Kreisen begreiflich zu machen, dazu war die Resolution bestimmt.

(Heiterkeit.)

Nun, meine Herren, warum ist es denn so unmöglich, in Rußland die Goldwährung einzuführen? Rußland ist derjenige Staat in Europa, welcher die größte Goldproduktion hat. Wenn Rußland trotz alledem die Goldwährung nicht einführen kann, so frage ich, mit welchem Recht haben wir sie eingeführt?

(Sehr gut!)

Wenn bei anderen Gelegenheiten von den Goldwährungsmännern darauf hingewiesen wird, daß die Goldproduktion jetzt ganz enorm gestiegen ist, so frage ich, wenn das von so großer Bedeutung ist, warum ist es dann unmöglich, daß Rußland die Goldwährung einführe? und wenn man meint, daß trotzdem die Goldwährung nicht eingeführt werden kann, so sage ich: das Gold reicht eben nicht.

Nun, meine Herren, worauf kam es mir an? Es kam mir auf genau dasselbe an, was Herr Dr. **Arendt** hier in der These niedergelegt hat. Ich verlangte eine Gleichstellung in der Währung mit Rußland, weil ich glaube — ganz in Uebereinstimmung mit dem Herrn Referenten und dem Herrn Korreferenten —, daß ohne eine Gleichstellung in der Währung eine gesetzliche Verbindung durch Vertrag auf die Dauer unmöglich ist.

Nun ist vieles schon von dem gesagt worden, was ich hätte sagen können. Aber einige Gedanken möchte ich doch noch hier zum Ausdruck bringen, die mir gekommen sind, als ich die Vorträge der beiden Herren gehört habe. Bezüglich des Goldmangels möchte ich hinzufügen: wenn der Goldmangel dazu führt, daß das Gold zu sehr im Preise steigt, resp. daß im Verhältniß zum Gold das Silber sehr bedeutend fällt, so, meine ich, ist der Uebergang dazu, die Silbermünze aus unserm Verkehr gänzlich zu eliminiren, in nächster Aussicht. Die Gefahr der Falschmünzerei, auf die auch hingewiesen worden ist, wird allmählich aus dem Stadium der

Gefahr heraustreten und es wird die Wirklichkeit eintreten. Es sind schon Verfügungen des Preußischen Ministeriums des Innern ergangen, daß man genau Acht haben solle, ob nicht irgendwo auffallend viel Silbermünzen zu Tage treten. Meine Herren, die Kontrole in dieser Richtung ist darum so schwer, weil das Silbergeld, welches gesetzwidrig gemacht wird, innerlich gleichwerthig ist mit dem Geld, welches der Staat ausgiebt. Früher lag das Geschäft in der Falschmünzerei darin, daß man schlechtes Material nahm. Das hat man jetzt gar nicht nöthig. Man kann vollwerthige Münzen prägen und hat 55 Prozent Gewinn, und das ist ein Gewinn, der bei der heutigen Geschäftslage vielen Reiz hat.

(Heiterkeit.)

Ferner ist über die Silberentwerthung gesprochen und auf die kolossale Produktion in Mexiko hingewiesen worden. Herr Dr. Arendt hat gesagt, es wäre wohl denkbar, daß dort die Silberbergwerke gerade darum ihre Produktion vermehrten, weil eben das Silber entwerthet ist. Meine Herren, nichts richtiger als das! und wir sehen es sehr häufig, daß die ultima ratio irgend eines industriellen Geschäftes bei niedrigen Preisen die ist, den Geschäftsbetrieb zu vergrößern und das zu schaffen, was man Ueberproduktion nennt. Es kommt noch die Frage dazu, wie hoch sich die Produktionskosten in Mexiko stellen, und wenn dieselben so hoch sind, daß bei einem gewissen Minimum der Produktion ein Ueberschuß nicht übrig bleibt, so ist von Natur wegen die Produktion darauf gedrängt, möglichst viel zu schaffen.

Merkwürdig aber ist es, daß gerade diejenigen, welche das Wort von Nachfrage und Angebot nach dem reinen Manchesterstandpunkt immer im Munde führen, sich gegen die Verwerthung des Silbers als Münzmetall aussprechen, obgleich zweifellos ist, daß dadurch die Nachfrage gesteigert werden und dadurch eine Preissteigerung erfolgen müßte. Der Herr Korreferent hat schon darauf hingewiesen, daß mit der Goldvertheuerung weit mehr verknüpft ist als die bloße Silberentwerthung und hat auf den ganz verkehrten kaufmännischen Standpunkt aufmerksam gemacht, der von Seiten des Dr. Bamberger in dieser Beziehung festgehalten wird.

Meine Herren, als wir voriges Jahr im Abgeordnetenhause die Ergänzungssteuer machten, war es erforderlich, die Höhe der Vermögen zu schätzen. Man hat damals angenommen, daß die

Goldmünze ungefähr zweihundertmal durch die übrigen Vermögen übertroffen werde. Wo ist da der kaufmännische Standpunkt und was soll man zu einem kaufmännischen Standpunkt sagen, wenn man $^1/_{200}$ des Nationalvermögens im Preise poussirt, das Uebrige aber, $^{199}/_{200}$, drückt? Das ist ein Zustand, der unerträglich ist und ganz verkehrt.

Was den Handelsvertrag anlangt, so ist schon durch den Herrn Korreferenten darauf hingewiesen worden, daß durch die Schwankungen der russischen Valuta die Vortheile aus den Zollermäßigungen sehr bald aufgehoben werden können. Ich zweifle gar nicht daran, daß der hohe Stand des russischen Rubels, den wir jetzt seit einigen Wochen haben, und den, wenn ich nicht irre, wir seit fünfzehn Jahren nicht gehabt haben, sofort fallen wird, sowie der russische Handelsvertrag abgeschlossen ist. Dann ist nicht nur der Zollschutz, den die Industrie erfahren hat, null und nichtig, sondern es kommt eine Folge hinzu, auf die heute noch nicht verwiesen worden ist, daß dann, während die Konkurrenz des Auslandes erschwert ist, es dazu kommen kann, daß die russische Industrie nach Deutschland importiren wird, gerade wie gewisse russische Industriezweige schon jetzt gegen die englischen konkurenzfähig sind. Ich erinnere nur an die russische Textilindustrie, die der englischen Baumwollenindustrie in Constantinopel ganz bedeutende Konkurrenz gemacht hat. Dann wird die ganze Erbärmlichkeit und Nichtigkeit dieser Abmachung zu Tage treten, und diejenigen, die heute jubeln und hetzen, werden dann lamentiren und verzagen.

Meine Herren, darum, meine ich, ist es gut, wenn an allen Orten, wo die Gelegenheit sich bietet, diese Situation klargestellt wird. Die Frage der Währung und die Frage der Valuta ist eine solche, daß sie in der That nicht Jedermann verständlich ist. Um sie zu verstehen, dazu gehört nicht, daß Jemand ein hervorragender Geist sei; aber es ist eine eigene Gabe, die für das Verständniß der Währung und Valuta erforderlich ist, und ich habe das schon einmal im Abgeordnetenhause zum großen Schrecken eines Herrn, der am Ministertisch gesessen hat, gesagt: wenn hier die Leiter der Staatsregierung nicht in der Lage sind, die Sache objektiv und fundamental zu durchschauen, so ist das, was den Herren hier unmöglich ist, an der Grenze jedem Bauer möglich. Und wenn ich sagte, daß sogar in Rußland dieses Verständniß Platz gegriffen hat, so brauche ich

Sie nur auf das zu verweisen, was ich vor wenigen Tagen gehört habe, daß neulich ein russischer Bauer seine Waaren in eine deutsche Grenzstadt gebracht hatte und mit dem Preise aufgeschlagen war und den Deutschen, die sich darüber wunderten, einfach gesagt hat: ja, der Rubel ist jetzt gestiegen, wir können nicht mehr so billig verkaufen. Meine Herren, ich glaube, das spricht beredt, und das ist die Sprache des gesunden Menschenverstandes, und wenn nebenbei auch Gelehrte existiren, die über ihren Studien sich diesen gesunden Menschenverstand bewahrt haben, wie der Herr Referent und der Herr Korreferent, so glaube ich, können wir den Herren nur gratuliren.

(Lebhafter Beifall und Heiterkeit.)

Vorsitzender Graf **von Mirbach**-Sorquitten (hat den Vorsitz wieder übernommen): Meine Herren, zur Generaldiskussion über diesen Gegenstand ist das Wort nicht weiter verlangt worden. Ich möchte Ihnen nun vorschlagen, folgendermaßen zu prozediren, daß wir uns zunächst über die erste Resolution des Herrn Dr. Arendt schlüssig machen, und daß wir dann noch in eine besondere Diskussion über die Resolution des Herrn Alfieri und des Herrn von Klitzing eintreten.

Ein Widerspruch erfolgt hiergegen nicht.

Die Resolution des Referenten Herrn Dr. Arendt lautet:

Die XIX. Generalversammlung der Vereinigung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer erklärt:

I. Die Vereinigung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer sieht in der Wiederherstellung des Silberwerths das einzige durchgreifende Mittel die wirthschaftlichen Verhältnisse zu bessern und namentlich der Landwirthschaft eine gesicherte Existenz zu schaffen, seit unsere Schutzzölle durch Handelsverträge gebunden sind.

Ein Handelsvertrag mit Rußland erscheint nur dann annehmbar, wenn durch gleichzeitige Wiederherstellung des Silberwerths der Landwirthschaft eine Ausgleichung für die schwere Schädigung der Herabsetzung der Getreidezölle geboten wird.

II. Der Silberwerth kann nur ausreichend gehoben und fixirt werden, wenn eine internationale Doppelwährung zu Stande kommt. Das herbeizuführen, muß das Ziel der deutschen Politik sein und zu diesem Zweck ist unverzüglich die Initiative für eine neue Münzkonferenz zu ergreifen.

Ich bitte, daß diejenigen Herren, welche der Resolution des Herrn Dr. Arendt ihre Zustimmung ertheilen wollen, sich erheben.

(Geschieht.)

Das ist die sehr große Mehrheit, wohl nahezu Einstimmigkeit.

Nun kämen wir zu der Resolution der Herren Alfieri und von Klitzing. Das Wort hat sich Herr Graf von Schwerin erbeten; ich möchte ihn aber ersuchen, zunächst Herrn Alfieri zu gestatten, die Resolution zu begründen.

Rittergutsbesitzer **Alfieri**-Koppershagen: Meine Herren, es hat uns beiden, sowohl Herrn von Klitzing wie mir, ferngelegen, die Resolution des Herrn Dr. Arendt verbessern zu wollen. Wir haben nur einfach das hinzufügen wollen, was nach unserer Ansicht ausgesprochen werden mußte und von dem wir glauben, daß Herr Dr. Arendt selbst es nicht hat aussprechen mögen, da er Mitglied der Enquetekommission für die Währungsfrage ist. Wir glauben, daß er nur beipflichten wird, wenn wir hinzufügen, daß die Ernennung der Mitglieder dieser Enquetekommission in der Weise, wie sie geschehen, nicht gerecht und nicht zu billigen ist. Es ist bekannt, daß auch der Herr Finanzminister im Abgeordnetenhause ausgesprochen hat, daß die Ernennung der Mitglieder der Enquetekommission keine gerechte ist, und wir bitten Sie deshalb, dieser Ergänzung der Resolution durch die Nummer 3, die ja nichts weiter ausspricht, als das, was jeder von uns empfindet und für nöthig erachtet, beizustimmen.

Vorsitzender Graf **von Mirbach**-Sorquitten: Das Wort hat Herr Graf von Schwerin.

Rittergutsbesitzer, Reichtagsabgeordneter Graf **von Schwerin**-Löwitz: Meine Herren, ich wollte Sie nur mit zwei Worten bitten, diesem Zusatzantrag Ihre Zustimmung zu ertheilen und damit Protest gegen die Zusammensetzung der Kommission für die Währungsenquete von dieser Stelle aus auszusprechen, da die Herren Mitglieder derselben, die vorhin hier gesprochen haben, sagten, daß sie das nicht gern befürworten wollten. Meine Herren, ich kann sagen, daß die wohlwollenden Versicherungen der Reichsregierung unseren Wünschen gegenüber und deren Werth für mich durch nichts schlagender gekennzeichnet worden sind, als durch diese Art der Zusammensetzung der Kommission für die Währungsenquete, nachdem vorher vom Ministertisch erklärt worden ist, daß man aus dem Stadium einer theoretischen Erörterung

der Währungsfrage heraustreten wolle, um praktische Vorschläge für die Lösung der Silberfrage zu berathen. — Wenn man nicht die allerschärfste Parteilichkeit der Reichsregierung zu Gunsten der Goldwährung annehmen will, dann ist diese Zusammensetzung der Enquetekommission wirklich geradezu unbegreiflich, es sei denn, daß man etwa annehmen wollte, daß in den Augen des Grafen Caprivi jetzt „ein gewisser Dr. Arendt" — wie er von dem Herrn zu sprechen beliebte — an Ueberzeugungskraft so schwer wiegt wie zwei Dr. Bamberger, und ein Graf Mirbach so schwer wie drei Bankdirektoren.

(Große Heiterkeit.)

Wir könnten uns ja von unserem Standpunkt aus diese Annahme gefallen lassen, wenn es sich bei der Thätigkeit der Enquetekommission wesentlich um Hervorbringung von Ueberzeugungsänderungen handeln würde und um Leute, die noch überzeugt werden wollten und überzeugt werden könnten. Aber, meine Herren, man wird doch eher einen Mohren weiß waschen, als Leute, wie den Dr. Bamberger und seine Gesinnungsgenossen, die zeitlebens behauptet haben, daß das Silber sich nicht mehr zum Münzmetall eigne, zu bestimmen, dafür zu wirken, daß das Silber wieder vollwerthig werde.

(Sehr richtig!)

Was wird also das Ergebniß schließlich sein? Die praktischen Vorschläge, die von den Bimetallisten werden gemacht werden, werden von der in der Wolle gefärbten oder — richtiger gesagt — gediegen reinen Goldmajorität einfach für unannehmbar und undurchführbar erklärt werden und damit werden die Bimetallisten nach Ansicht der Regierung wieder zur Ruhe verwiesen sein, und die Regierung wird dann glauben, wieder nach wie vor es bei der herrlichen Goldwährung belassen zu können.

Meine Herren, von diesem Gesichtspunkte aus möchte ich für dringend nothwendig halten, daß von dieser Stelle aus von vornherein den Majoritätsbeschlüssen der Enquetekommission die Spitze abgebrochen und denselben jede Bedeutung genommen werde, und deshalb bitte ich Sie, für diesen Zusatzantrag einzutreten.

(Bravo!)

Vorsitzender Graf **von Mirbach**-Sorquitten: Nur eins darf ich noch bemerken; das ist wohl nur übersehen worden, dagegen werden die Herren Antragsteller nichts haben. Es ist in der

Resolution vom Reichsschatzamt die Rede. Meine Herren, die Kompetenz des Reichsschatzamts hierin ist wohl nicht ganz unbestritten. Ich möchte bitten, nur zu sagen:

daß durch eine Vermehrung der Zahl der Mitglieder der Unparteilichkeit Rechnung getragen wird.

Die Kompetenz liegt wohl ganz wo anders. Sie finden im zweiten Absatz das Wort „Reichsregierung", was wohl vollkommen ausreicht. Sind die Herren damit einverstanden?

(Zustimmung.)

Meine Herren, wir als Mitglieder der Enquetekommission können für eine solche Direktive der Versammlung nur dankbar sein. Daß wir uns bemühen werden, ihre Interessen in der Enquete zu vertreten, so lange wir ihr angehören, das ist wohl selbstverständlich. Wir sind aber dankbar dafür, daß Sie uns auch diese Direktive geben für alle Eventualitäten. Ich bitte, sich nun über diese Resolution mit jener Abänderung schlüssig zu machen, falls das Wort nicht mehr verlangt wird. — — Ich konstatire, daß das Wort nicht weiter verlangt wird. Ich schließe die Diskussion.

Der Antrag würde nun lauten:

III. „Die Generalversammlung protestirt dagegen, daß durch eine einseitig zusammengesetzte Kommission die Währungsfrage untersucht werden soll und erwartet, daß durch eine Vermehrung der Zahl der Enquete-Mitglieder den Pflichten der Unparteilichkeit Rechnung getragen werden wird.

Andernfalls giebt die Generalversammlung den silberfreundlichen Mitgliedern der Enquete anheim, durch ihren Austritt aus derselben, gegen die Bevorzugung der Goldwährungspartei seitens der Reichsregierung Protest zu erheben."

Ich bitte, daß die Herren, welche den Antrag der Herren Alfieri und von Klitzing annehmen wollen, sich erheben mögen.

(Geschieht.)

Ich konstatire die einstimmige Annahme.

Meine Herren, wir sind damit am Schlusse unserer Arbeiten angelangt, und bitte ich Sie, dieselben zu schließen, wie wir sie begonnen haben, mit dem Rufe: Seine Majestät der Kaiser er lebe hoch!
(Die Versammlung stimmt begeistert in den dreimaligen Hochruf ein.)

Ich schließe die Generalversammlung.

(Schluß der Sitzung gegen 3 Uhr.)

Zusammenstellung

der von der

XIX. General-Versammlung der Vereinigung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer am 20. und 21. Februar 1893 beschlossenen Resolutionen nach der redaktionellen Fassung durch das „Engere Komité“ vom 27. Februar 1894.

A. Die Resolution des Referenten, Reichstagsabgeordneten Herrn Grafen von Arnim-Muskau mit den Zusatzanträgen des Korreferenten, Reichstagsabgeordneten Herrn Landrath Gescher-Brömerhof zu Thema 1 der Tagesordnung:

„Die Reform der Produktenbörsen“

hat folgenden Wortlaut:

„Die XIX. Generalversammlung der Vereinigung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer erklärt:

Der Getreidehandel der Börse, wie er sich bisher ausgebildet hat, schädigt in gleicher Weise den Produzenten wie Konsumenten. Eine gesetzliche Neuordnung der auf den Getreidehandel bezüglichen Börsenbestimmungen ist daher dringend geboten und unter folgenden Gesichtspunkten zu bewirken:

1. Der Bundesrath soll befugt sein, allgemeine Anordnungen zu erlassen, welche Bestimmungen enthalten:
   a) über die Börsenleitung und ihre Organe,
   b) über die Geschäftszweige, welche zum Gegenstande des Börsenhandels gemacht werden dürfen,
   c) darüber, in welcher Weise die Preis- und Kursnotirungen erfolgen.

Die Genehmigung der Errichtung von Börsen, Genehmigung oder Erlaß näherer Anordnungen, sowie das Recht der Aufsichtsführung über die Börse steht den einzelnen Landesregierungen zu.

2. Nach den zu erlassenden Börsenanordnungen sind Normativbestimmungen zu treffen, wonach in den Vorstand der Produktenbörsen die Hauptgruppen der Börseninteressenten, und zwar der Handel im Allgemeinen, die landwirthschaftlichen Gewerbe und die Müllerei, eine entsprechende Vertretung zu finden haben.
3. Die Beschlußfassung über die Zulassung von Waaren zum börsenmäßigen Terminhandel sowie die Festsetzung der allgemeinen Bedingungen für diesen Handel erfolgt durch eine vom Reichskanzler in jedem einzelnen Falle zu berufende Kommission von Vertretern der betheiligten Gewerbszweige sowie der allgemeinen Interessen. Der Bundesrath ist befugt, den börsenmäßigen Terminhandel in bestimmten Waaren zu untersagen, der von gewissen Bedingungen abhängig zu machen ist.
4. Die Landesregierung ist berechtigt, die Oberaufsicht durch angestellte Staatsbeamte in der Art auszuüben, daß sie den Sitzungen der Börsenvorstandsorgane mit berathender Stimme beiwohnen, sowie für die Ausübung des Geschäftsverkehrs innerhalb der durch die Bestimmungen der Börsenordnung gezogenen Grenzen durch persönliche Revisionen Sorge tragen.
5. Es ist von Reichswegen eine Kommission zu berufen, bestehend aus Vertretern des Handels, der Landwirthschaft und der Müllerei, welche die Frage der Lieferungsqualität des an deutschen Börsen zu liefernden Getreides feststellt resp. Vorschläge macht, ob es sich empfiehlt, alljährlich, etwa im Herbst jedes Jahres, die Lieferungsqualität (Typ, Standard) für an den deutschen Börsen zu lieferndes Getreide einheitlich oder je nach der Lage der einzelnen Produktenbörsen nach Maßgabe der Beschaffenheit des in den einzelnen Theilen des Reichs geernteten Getreides festzustellen, und inwiefern etwa für das ausländische und das inländische Getreide ein getrennter Typ resp. Kursnotirung zu empfehlen ist.

Desgleichen hat diese Kommission zu berathen die Frage einer einheitlichen Preis- und Kursnotirung für Getreide an

sämmtlichen deutschen Börsen, sowie die Frage, ob nicht der Abschluß börsenmäßiger Termingeschäfte auf eine geringe Zahl von Monaten zu beschränken ist.

6. Die Prüfung des sämmtlichen an den Produktenbörsen zur Kündigung gelangenden Getreides erfolgt bei jeder Produktenbörse durch eine ständige von den betreffenden staatlichen Aufsichtsbehörden zu berufende Kommission, bestehend aus einem Staatsbeamten als Vorsitzenden und aus vereidigten Mitgliedern, welche von den betreffenden Regierungen der Einzelstaaten aus den Kreisen des Handelsgewerbes, der Landwirthschaft und der Müllerei zu berufen und von den betreffenden Regierungen zu besolden sind, während die Begutachtungsgebühren an die Staatskasse abgeführt werden.

   Den Mitgliedern dieser Kommission ist es untersagt, Geschäfte für eigene Rechnung zu machen oder durch Dritte machen zu lassen.

7. Das zur Kündigung bestimmte Getreide muß vor seiner Zulassung auf seine Lieferungsfähigkeit geprüft werden.

   Das zur Prüfung angemeldete Getreide muß entweder in öffentlichen, dazu bestimmten Speichern oder in Kähnen, welche unter amtlicher Kontrole stehen, lagern.

   Für die nicht besonders bezeichneten Gattungen gilt die aus deutschem Getreide festgestellte Type.

   Das einmal zur Kündigung angemeldete Getreide darf nicht zurückgezogen werden. Ebenso sind Ankündigungen an sich selbst untersagt und strafbar.

8. Die Ankündigung lieferungsunfähiger Waare auch vor Ablauf der Lieferungsfrist setzt den Verkäufer in Erfüllungsverzug und berechtigt den Käufer nach Maßgabe der Art. 355 und 357*) des Handelsgesetzbuches zu verfahren.

---

*) (355) Wenn der Verkäufer mit der Uebergabe der Waare im Verzuge ist, so hat der Käufer die Wahl, ob er die Erfüllung nebst Schadenersatz wegen verspäteter Erfüllung verlangen, oder ob er statt der Erfüllung Schadenersatz wegen Nichterfüllung fordern oder von dem Vertrage abgehen will, gleich als ob derselbe nicht geschlossen wäre.

(357) Ist bedungen, daß die Waare genau zu einer festbestimmten Zeit oder binnen einer festbestimmten Frist geliefert werden soll, so kommt der Art. 356 nicht zur Anwendung. Der Käufer sowie der Verkäufer kann die

9. Bezüglich des Börsenregisters wird auf die in dem Bericht der Börsenenquete-Kommission gemachten Vorschläge verwiesen, welchen nichts hinzuzusetzen ist.

10. Es sind an allen Produktenbörsen für den Abschluß von Termingeschäften öffentliche, unter Staatsaufsicht stehende Kassen zu errichten, in welche für jedes Geschäft von beiden Kontrahenten ein mindestens 25 pro Cent des Werthes betragender Einschuß einzuzahlen ist, welcher bei Schwankungen von je 5 Mark pro Tonne durch Nachschüsse auf gleicher Höhe zu halten ist.

11. Bei jeder Börse ist ein Disziplinarhof zu errichten, von welchem Börsenbesucher, welche durch ihr Verhalten an der Börse oder bei Ausübung ihres Geschäftsbetriebes die kaufmännische Ehre verletzen oder sich Handlungen zu Schulden kommen lassen, welche sie der Achtung ihrer Standesgenossen berauben, zur Verantwortung zu ziehen sind.

Als zu ahndende Handlungen sind namentlich anzusehen:

a) Arglistige Beeinflussung der Kurse oder Preise, insbesondere durch Scheingeschäfte, Abschiebungen, unter-der-Hand-Regulirungen und durch Verbreitung falscher Gerüchte.

b) Die Gewährung und Annahme von Geschenken in der Absicht, Aeußerungen in der Presse zu Gunsten oder zum Nachtheil gewisser Unternehmungen herbeizuführen oder zu unterdrücken.

Rechte, welche ihm gemäß Art. 354 oder 355 zustehen, nach seiner Wahl ausüben. Es muß jedoch derjenige, welcher auf der Erfüllung bestehen will, dies unverzüglich nach Ablauf der Zeit oder der Frist dem anderen Kontrahenten anzeigen; unterläßt er dies, so kann er später nicht auf der Erfüllung bestehen.

Will der Verkäufer statt der Erfüllung für Rechnung des säumigen Käufers verkaufen, so muß er, im Falle die Waare einen Markt- oder Börsenpreis hat, den Verkauf unverzüglich nach Ablauf der Zeit oder der Frist vornehmen. Ein späterer Verkauf gilt nicht als für Rechnung des Käufers geschehen. Eine vorgängige Androhung ist nicht erforderlich, dagegen hat der Verkäufer auch in diesem Falle den bewirkten Verkauf dem Käufer ungesäumt anzuzeigen.

Wenn der Käufer statt der Erfüllung Schadenersatz wegen Nichterfüllung fordert, so besteht, im Falle die Waare einen Markt- oder Börsenpreis hat, der Betrag des von dem Käufer zu leistenden Schadenersatzes in der Differenz zwischen dem Kaufpreise und dem Markt- und Börsenpreise zur Zeit und am Orte der geschuldeten Lieferung, unbeschadet des Rechts des Käufers, einen erweislich höheren Schaden geltend zu machen.

c) Die Anwendung von Geschäftsbedingungen, welche gegen den kaufmännischen Anstand verstoßen, desgleichen insbesondere Geschäftsofferten und Abschlüsse nach sogenannten festen Anstellungen.

d) Anregungen zu Börsenspekulationen, welche außerhalb des Geschäftsbetriebes des Angereizten liegen, falls sie in einer des ehrbaren Kaufmanns unwürdigen Weise erfolgen, gleichviel ob die Anreizung durch den Anreizenden persönlich oder durch Agenten, Briefe, Anzeigen, Reklamen in öffentlichen Blättern oder dergleichen erfolgt. Desgleichen Abschluß von Börsengeschäften aller Art mit Personen, welche nicht in das Terminregister eingetragen sind.

e) Die wiederholte Benutzung unkontraktlicher Waare zur Kündigung, wenn der Kündigende wußte oder den Umständen nach wissen mußte, daß die Waare den an die lieferungsfähige Qualität zu stellenden Anforderungen nicht entspricht, desgleichen alle Kündigungen ohne vorhandene Waare sowie alle Scheinkündigungen.

f) Prämiengeschäfte aller Art.

12. Art. 249 d des Handelsgesetzbuches *) ist auf den Verkehr von Waaren auszudehnen." —

---

*) (249 d.) Mit Gefängniß bis zu einem Jahre und zugleich mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mark wird bestraft:

1. wer in öffentlichen Bekanntmachungen wissentlich falsche Thatsachen vorspiegelt oder wahre Thatsachen entstellt, um zur Betheiligung an einem Aktienunternehmen zu bestimmen;
2. wer in betrügerischer Absicht auf Täuschung berechnete Mittel anwendet, um auf den Kurs von Aktien einzuwirken;
3. wer über die Hinterlegung von Aktien oder Interimsscheinen Bescheinigungen, welche zum Nachweise des Stimmrechts in einer Generalversammlung dienen sollen, wissentlich falsch ausstellt oder verfälscht, oder von einer solchen Bescheinigung, wissend, daß sie falsch oder verfälscht ist, zur Ausübung des Stimmrechts Gebrauch macht.

Zugleich kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden. Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt ausschließlich die Geldstrafe ein.

Ist die öffentliche Bekanntmachung ad 1 im Inseratentheil einer periodischen Druckschrift erfolgt und der Verfasser des Inserates nicht nur unter demselben genannt, sondern auch in dem Bereiche der richterlichen Gewalt eines deutschen Bundesstaates, so findet § 20 Alinea 2 des Gesetzes über die Presse vom 7. Mai 1874 (Reichs-Gesetzbl. S. 65) keine Anwendung.

Die nachstehenden Anträge haben gleichzeitig die Zustimmung der General-Versammlung erhalten:

„1. Der Kommissionär haftet für den Schaden, welcher durch Kurs- oder Preisbewegungen unter gleichzeitiger Bereicherung des Kommissionärs entstanden ist, sobald derselbe 10% des Preises übersteigt, falls er nicht nachweist, daß der Schaden durch Umstände eingetreten ist, welche von seinem Willen unabhängig sind.

2. Solchen Personen, welche das Gewerbe als Getreidehändler ausüben, kann im Falle gemeinschädlicher Geschäftsführung unter den Rechtsgarantien des Verwaltungsstreitverfahrens die Ausübung des Gewerbes durch die Landes-Polizeibehörde untersagt werden."

(Vorstehende Doppel-Resolution ist am 8. März 1894 dem Reichstage, dem Staatssekretär des Reichsschatzamts Herrn Dr. Grafen von Posadowsky-Wehner und den Preußischen Ministern: Minister-Präsidenten und Staatsminister des Innern Herrn Grafen zu Eulenburg, Finanzminister Herrn Dr. Miquel und dem Staatsminister und Minister für Landwirthschaft, Domänen und Forsten Herrn von Heyden zur geneigten Berücksichtigung eingereicht werden.)

B. Die Resolution des Referenten, Landes-Oekonomie-Rath und Landtagsabgeordneten Herrn von Mendel-Steinfels-Halle (Saale) mit den Thesen des Korreferenten, Reichstagsabgeordneten Herrn Dr. Diederich Hahn-Osten (Oste) zu Thema 2 der Tagesordnung:

„Die Entwickelung des wirthschaftlichen Lebens in Deutschland seit 1890"

lautet:

„Die XIX. Generalversammlung der Vereinigung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer erklärt:

Die seit 1890 inaugurirte Wirthschaftspolitik Deutschlands, welche zur Folge hat:

a) daß zum Nachtheil des Mittelstandes und insbesondere der Landwirthschaft der Schutz der nationalen Arbeit abgeschwächt wird;

b) daß die Handelsverträge uns auf zu lange Zeit binden und an jeder wirthschaftspolitischen Bewegungsfreiheit hindern;

c) daß bei diesen Handelsverträgen die Valuten der mit uns kontrahirenden Staaten keine Beachtung finden;

d) daß die Meistbegünstigungsklausel die genannten Wirkungen verschärft und verallgemeinert;

e) daß Deutschland ohne Rücksicht auf seine natürliche wirthschaftliche Entwickelung in den Industriestaat hineingedrängt werden soll,

entspricht nicht einer Wirthschaftspolitik, welche geeignet ist, das Gedeihen des wirthschaftlichen und sozialen Lebens in Deutschland nachhaltig zu fördern sowie seine Machtstellung zu sichern und zu befestigen." —

Im Zusammenhange damit wurden auch die nachstehenden Thesen von der General-Versammlung angenommen:

„1. Die wirthschaftliche Entwickelung Deutschlands seit dem Jahre 1890 steht unter dem Zeichen einer Depression.

2. Sie findet ihre Erklärung im Zusammenhange mit den Gesammtverhältnissen der Weltwirthschaft und stellt sich dar als der auf den wirthschaftlichen Aufschwung der letzten 80er Jahre erfolgte Rückschlag.

3. Die seit 1890 auf Deutschland lastende wirthschaftliche Depression hat eine Verstärkung erfahren durch die inzwischen eingetretenen Veränderungen in unserer gesammten politischen Lage und durch die Einleitung einer neuen Handels- und Wirthschaftspolitik, welche die Industrie auf Kosten der Landwirthschaft begünstigte."

(Vorstehende Doppel-Resolution ist mit dem Datum des 3. März 1894 eingereicht worden an den Bundesrath, den Reichstag, den Staatssekretär des Reichsschatzamts Herrn Dr. Grafen von Posadowsky-Wehner und die Preußischen Minister: Minister-Präsidenten und Minister des Innern Herrn Grafen zu Eulenburg, Finanzminister Herrn Dr. Miquel, Minister für Landwirthschaft, Domänen und Forsten Herrn von Heyden und Minister für Handel und Gewerbe Herrn Freiherrn von Berlepsch.)

C. Die Resolution des Referenten, Landtagsabgeordneten Herrn Dr. Otto Arendt-Berlin mit dem Zusatzantrag III der Herren Alfieri-Koppershagen und von Klitzing-Charlottenhof zu Thema 3 der Tagesordnung:

„Die Ereignisse des letzten Jahres im Gebiete der Silberfrage; deren Wirkung auf die Währungsverhältnisse unter Berücksichtigung der Staatsschulden"

lautet folgendermaßen:

„Die XIX. Generalversammlung der Vereinigung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer erklärt:

I. Die Vereinigung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer sieht in der Wiederherstellung des Silberwerths das einzige durchgreifende Mittel, die wirthschaftlichen Verhältnisse zu bessern und namentlich der Landwirthschaft eine gesicherte Existenz zu schaffen, seit unsere Schutzzölle durch Handelsverträge gebunden sind.

Ein Handelsvertrag mit Rußland erscheint nur dann annehmbar, wenn durch gleichzeitige Wiederherstellung des Silberwerths der Landwirthschaft eine Ausgleichung für die schwere Schädigung der Herabsetzung der Getreidezölle geboten wird.

II. Der Silberwerth kann nur ausreichend gehoben und fixirt werden, wenn eine internationale Doppelwährung zu Stande kommt. Das herbeizuführen, muß das Ziel der deutschen Politik sein und zu diesem Zweck ist unverzüglich die Initiative für eine neue Münzkonferenz zu ergreifen.

III. Die Generalversammlung protestirt dagegen, daß durch eine einseitig zusammengesetzte Kommission die Währungsfrage untersucht werden soll und erwartet, daß durch eine Vermehrung der Zahl der Enquete-Mitglieder den Pflichten der Unparteilichkeit Rechnung getragen werden wird.

Andernfalls giebt die Generalversammlung den silberfreundlichen Mitgliedern der Enquete anheim, durch ihren Austritt aus derselben gegen die Bevorzugung der Goldwährungspartei seitens der Reichsregierung Protest zu erheben."

(Vorstehende Resolution — ausschließlich der Nr. III — ist am 3. März 1894 dem Bundesrath, dem Reichstage, dem Staatssekretär des Reichsschatzamts und sämmtlichen Preußischen Ministern eingereicht worden.)

Statut
der
Vereinigung der Steuer- u. Wirthschafts-Reformer.

Definitiv angenommen
von der
konstituirenden Versammlung am 22. bis 24. Februar 1876
und mit der Abänderung im Alinea 3 § 2 durch die IV. General-Versammlung am 26. und 27. Februar 1879, —
der Abänderung durch die VI. General-Versammlung am 24. Februar 1881 in Punkt 9 des § 2, in § 6 und § 7, —
der Abänderung durch die VII. General-Versammlung am 17. und 18. Februar 1882 im § 7 des Statuts —
und
der Rückstellung der Punkte 4, 6, 7, 8 im § 2 durch die X. General-Versammlung am 17. Februar 1885.

---

§ 1.

Sitz der Vereinigung.

Die „Vereinigung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer" erwählt zu ihrem Vorort Berlin, doch kann dieselbe je nach Beschluß des Ausschusses in jedem Orte Deutschlands Versammlungen abhalten.

§ 2.

Zweck der Vereinigung.

Die Vereinigung hat den Zweck, die Ideen und Grundsätze einer gemeinnützigen, auf christlichen Grundlagen beruhenden Volkswirthschaft im Volke zu verbreiten und in der Gesetzgebung zum Ausdruck zu bringen. Diese Ideen und Grundsätze sind in dem folgenden Programm zusammengefaßt:

1. Es ist auf eine gleichmäßige Vertheilung aller Steuern hinzuwirken, damit der bis jetzt überbürdete Grundbesitz und die redliche Arbeit in allen Berufszweigen entlastet werden.

2. Die Doppelbesteuerung, welche in der Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer liegt, ist zu beseitigen. Das Renten-Einkommen ist höher zu besteuern als das Arbeits-Einkommen. Gegen die Steuerumgehungen des Geldkapitals sind wirksame Sicherheitsmaßregeln zu schaffen.

3. Bei allen Zöllen und indirekten Steuern ist stets darauf Bedacht zu nehmen, daß sie nicht besonders schädlich auf einzelne Distrikte und Bevölkerungsschichten einwirken. Die Einführung einer Börsenumsatz-Steuer nach dem Werthe, sowie eine Besteuerung der ausländischen Werthpapiere sind dringend geboten.

Die Stempel- und Tax-Gesetzgebung ist einer Revision zu unterziehen behufs Lastenausgleichung zwischen Grundbesitz und beweglicher Habe.

*4. (Im Eisenbahnwesen ist es nothwendig, daß an die Stelle des Aktienbetriebes ein billiger, lebenssicherer Staatsbetrieb mit Beseitigung aller Differentialtarife tritt, ohne daß der Besitzstand der einzelnen Staaten berührt wird.)

5. Papiergeld auszugeben gebührt allein den gesetzgebenden Faktoren des Reiches. Die Banknoten-Privilegien sind zu beseitigen.

*6. (Das Aktiengesetz vom 11. Juni 1870 bedarf einer durchgreifenden Reform. Insbesondere sind Schutzmaßregeln zu treffen gegen die sittlichen und wirthschaftlichen Gefahren, welche die unzureichende Verantwortlichkeit der Gründer und Vorstände nach sich zieht.)

*7. (Die Gewerbeordnung und das Unterstützungswohnsitz-Gesetz bedürfen dringend der Revision.)

*8. (Den Verträgen zwischen ländlichen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ist durch Gesetz eine Form anzuweisen, welche für beide Theile einen wirksamen Rechtsschutz im beschleunigten Verfahren mit vorläufiger ortspolizeilicher Entscheidung gewährt.)

9. Der ländliche Grundbesitz ist von dem Zwange des Römischen Rechtes zu befreien. Insbesondere ist ihm eine seiner Natur entsprechende Verschuldungsform und ein den deutschen Sitten entsprechendes Erbrecht zu gewähren.

*) Die eingeklammerten und in Petitschrift gedruckten Punkte 4, 6, 7 und 8 des § 2 sind, weil durch die Bemühungen unserer Vereinigung resp. ihrer Mitglieder zum größten Theil in der Gesetzgebung zum Ausdruck gekommen, von der X. General-Versammlung am 17. Februar 1885 eliminirt worden mit der Bestimmung, daß dieselben in der vorstehenden Form dem Programm historisch eingefügt bleiben.

§ 3.

Mitgliedschaft.

Jedes Mitglied kann Personen, welche im Wesentlichen die Grundsätze des Programms anerkennen, zur Aufnahme vorschlagen. Der Vereinigungs-Ausschuß (§ 4) beschließt und entscheidet über Aufnahme.

Die Aufnahme von Ehrenmitgliedern kann der Ausschuß mit Zweidrittel-Majorität beschließen.

§ 4.

Leitung der Vereinigung.

Die Leitung der Vereinigung besorgt ein jährlich zu wählender Ausschuß von 20 Mitgliedern, denen das Recht der Kooptation je nach Ermessen zusteht. Die konstituirende und später jede Jahres-Versammlung wählt diese nach Stimmenmehrheit. Von dem Ausschuß scheidet jedes Jahr die Hälfte (das erste Mal durchs Loos) aus. Der Ausschuß entscheidet über Aufnahme der Mitglieder, und jedes Ausschußmitglied kann, wenn verhindert oder auswärts wohnend, schriftlich votiren. Zur Führung der laufenden Geschäfte wählt der Ausschuß ein aus fünf Mitgliedern bestehendes und geschäftsführendes Komité, welches in Berlin seinen Sitz hat.

§ 5.

Geschäftsordnung.

Zur Geschäftsordnung der Vereinigung wird die Geschäftsordnung des Reichstages angenommen.

§ 6.

Außerordentliche und regelmäßige Versammlungen.

Außerordentliche Versammlungen können ein Viertel der Mitglieder beim Vorstand beantragen; solche müssen mit Angabe der Tagesordnung in drei vom Ausschuß zu bestimmenden größeren, in Berlin erscheinenden politischen Zeitungen 14 Tage vorher bekannt gegeben werden. Auch der Ausschuß kann solche Versammlungen ausschreiben. Mindestens einmal in jedem Jahr und zwar im Februar muß der Ausschuß der Vereinigung in Berlin eine Versammlung berufen; diese Versammlung bestimmt selbstständig ihren nächsten Versammlungsort.

§ 7.

Beitrag.

Zur Bestreitung der Vereinigungs-Ausgaben zahlt jedes ordentliche Mitglied, Grundbesitzer oder Nicht-Grundbesitzer, welches ein Einkommen von mindestens dreitausend Mark hat, wie bisher Zehn Mark, alle anderen Mitglieder eine Mark Jahresbeitrag. Das Jahr beginnt mit dem Jahr des Eintritts. Ueber die Verwendung der Mittel beschließt der Ausschuß, der auch die Geschäfts- und Kassenführung beaufsichtigt. Die Rechnungslegung des Rendanten schließt mit dem Kalenderjahre ab.

§ 8.

Abänderung.

Abänderungen dieser Statuten können, mit Ausschluß des unabänderlichen § 4, in einer eigens dazu anberaumten oder der Jahres-Versammlung unter vorher bekannt gemachter Tagesordnung nach § 6 mit Zweidrittel-Mehrheit der anwesenden Mitglieder beschlossen werden.

§ 9.

Ausschlußbestimmung.

Wer freiwillig aus dem Verein tritt oder, als in seinen Handlungen nicht kongruent den §§ 2 und 3 befunden, ausgeschlossen wird, verliert sein Antheilsrecht am Vermögen des Vereins. Ein Ausschluß kann nur auf Beschluß des Ausschusses und nach eingeholter Genehmigung der Versammlung stattfinden.

Kein Mitglied hat das Recht, auf Theilung des gemeinschaftlichen Vermögens anzutragen.

§ 10.

Auflösung des Vereins.

Die Auflösung des Vereins kann nur erfolgen durch einen, in zwei General-Versammlungen, zwischen denen ein Zeitraum von vier Wochen liegt, mit Zweidrittel-Majorität der anwesenden Mitglieder gefaßten Beschluß.

Dieser Beschluß bestimmt dann zugleich über den etwa angesammelten Vermögensbestand des Vereins.

Leitung

der

Vereinigung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer für 1894.

Vorstand:

Graf **v. Mirbach**-Sorquitten, Vorsitzender.
Landrath Freiherr **v. Manteuffel**-Krossen, Vorsitzender.
Kammerherr Dr. **v. Frege**-Abtnaundorf, stellvertretender Vorsitzender.

Das „Engere Komité":

(Geschäftsführendes Komitee, § 4 des Statuts.)

Graf **v. Mirbach**-Sorquitten, Vorsitzender.
Landrath Freiherr **v. Manteuffel**-Krossen.
Kammerherr Dr. **v. Frege**-Abtnaundorf.
General-Landschaftsrath **A. v. d. Osten**-Blumberg.
Erbjägermeister **Günther v. Jagow**-Rühstaedt.

Ausschuß

nach Ländern und Provinzen geordnet.

Königreich Preußen.

Provinz Brandenburg.

v. Brand-Lauchstaedt, Kgl. Kammerherr, Mitglied des Herrenhauses, Lauchstaedt bei Woldenberg (Kreis Friedeberg, Neumark), [Berlin W. 62, Kurfürstenstraße 125].

v. Brand-Wutzig, Major a. D., Majoratsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Wutzig bei Woldenberg (Kreis Friedeberg, Neumark), [Berlin NW. 40, Kronprinzen-Ufer 3].

v. Eckardstein, Arnold Freiherr, Lieutenant der Reserve des 2. Garde-Ulanen-Regiments, Rittergutsbesitzer, Klosterdorf bei Strausberg (Mark), [Kreis Ober-Barnim].

Gravenstein, R., Rittergutsbesitzer, Sydow bei Biesenthal (Kreis Ober-Barnim).

v. Hammerstein, W. Freiherr, Herausgeber der „Neuen Preußischen (Kreuz-) Zeitung", Mitglied des Reichstages und des Abgeordnetenhauses, Berlin W. 62, Kurfürstenstraße 112.

v. Jagow, Günther, Rittmeister der Garde-Landwehr-Kavallerie, Erbjägermeister der Kurmark Brandenburg, Rühstaedt über Wilsnack (Westprignitz).

Jordan, G., Rittergutsbesitzer, Kuhhorst bei Börnicke (Kreis Ost-Havelland).

v. Klitzing-Charlottenhof, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Charlottenhof [Neumark] (Kreis Landsberg, Warthe).

Lamprecht, Gutsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Klein-Mutz (Kreis Templin), [Berlin W. 8, Kronenstraße 18].

v. Manteuffel-Krossen, O. Freiherr, Kgl. Landrath und Rittergutsbesitzer, Generaldirektor der Landfeuersozietät der Kurmark und der Niederlausitz, 1. Vizepräsident des Herrenhauses, Mitglied des Reichstages, Schloß Krossen bei Drahnsdorf (Kreis Luckau), [Berlin W. 62, Kurfürstenstraße 131].

v. Rohr-Dannenwalde, O., Rittmeister d. R., Rittergutsbesitzer, Dannenwalde (Prignitz) [Kreis Ostprignitz].

v. Sydow, Rittergutsbes., Bärfelde N./M. (Kreis Königsberg, Neumark).

v. Sydow, H., Rittergutsbesitzer, Dobberphul bei Rufen (Kreis Königsberg, Neumark).

v. Veltheim-Schönfließ, W. Freiherr, Kgl. Ceremonienmeister und Kammerherr, Major a. D., Majoratsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Schönfließ bei Hermsdorf (Mark) (Kreis Niederbarnim), [Berlin W. 64, Behrenstraße 64/65].

v. Wackerbarth, Freiherr, Kgl. Kammerherr und Major a. D., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Briesen bei Cottbus (Kreis Cottbus).

v. Werdeck-Schorbus, Lieutenant a. D., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Schorbus bei Drebkau (Kreis Cottbus), [Berlin NW. 7, Schadowstraße 3].

v. Wilamowitz-Möllendorff, W. Graf, Rittmeister a. D., Majoratsbesitzer, Schloß Gadow bei Lanz (Westprignitz).

v. Winterfeld, H., Ritterschaftsrath und Rittergutsbesitzer, Krieschow (Kreis Cottbus).

Provinz Posen.

v. **Bethe,** Kgl. Landrath und Rittmeister a. D., Hammer bei Schönlanke (Kreis Czarnikau).

Endell, Major a. D., Rittergutsbesitzer, Kieckrz bei Rokietnica (Landkreis Posen).

v. **Martini, E.,** Rittergutsbesitzer, Lukowo bei Obornik (Kreis Obornik).

v. **Schmidt,** Rittergutsbesitzer, Moschütz bei Friedheim (Kreis Wirsitz).

v. **Schwichow, L.,** Kgl. Kammerherr und Landrath, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Margoninsdorf bei Margonin (Kreis Kolmar, Posen).

v. **Staudy, L.,** General-Landschaftsdirektor, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Reichstages, Posen (Stadtkreis Posen), [Berlin W. 41, Kaiserhof].

Provinz Pommern.

a. Vorpommern.

Behr, F. Graf, Kgl. Kammerherr, Fideikommißbesitzer, Bandelin bei Gützkow (Kreis Greifswald).

v. **Berg**-Dubkevitz, **E.,** Rittergutsbesitzer, Dubkevitz bei Gingst (Kreis Rügen).

v. **Esbeck-Platen,** Kgl. Kammerherr, Rittmeister a. D. und Rittergutsbesitzer, Capelle bei Gingst (Kreis Rügen).

v. **der Osten**-Blumberg, **A.,** General-Landschaftsrath, Rittmeister a. D., Mitglied des Reichstages und des Herrenhauses, Blumberg bei Casekow (Kreis Randow), [Berlin W. 9, Linkstraße 19].

v. **Platen**-Venz, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Stralsund, Sarnowstraße 3 — (Kreis Rügen).

v. **Schwerin**-Löwitz, Graf, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Kreisdeputirter, Mitglied des Reichstages, Löwitz (Kreis Anklam), [Berlin W. 62, Nollendorf-Platz 7].

v. **Voß-Wolffradt,** Kgl. Kammerherr, Rittmeister a. D. und Rittergutsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Lüssow bei Gützkow (Kreis Greifswald).

b. Hinterpommern.

v. **Vandemer,** Kgl. Kammerherr, Pr.-Lieutenant a. D., Fideikommißbesitzer und Mitglied des Abgeordnetenhauses, Selesen bei Schmolsin (Kreis Stolp), [Berlin W. 35, Schöneberger Ufer 35].

v. Below=Saleske, R., Major a. D. und Fideikommißbesitzer, Cusserow (Kreis Schlawe).

v. Bismarck=Kniephof, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Kniephof bei Groß=Sabow (Kreis Naugard), [Berlin NW. 7, Schadowstraße 4/5].

v. Dewitz=Zachow, Hauptmann a. D., Rittergutsbesitzer, Zachow bei Labes (Kreis Regenwalde).

v. Hertzberg=Lottin, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Lottin (Kreis Neustettin).

v. Knebel=Doeberitz, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Friedrichsdorf bei Falkenburg, Pommern (Kreis Dramburg).

v. Riepenhausen=Crangen, **K.**, Königlicher Kammerherr, Premierlieutenant a. D., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Schloß Crangen bei Schlawe (Kreis Schlawe), [Berlin NW. 7, Dorotheenstraße 48].

Provinz Ostpreußen.

Alfieri, Rittergutsbesitzer, Koppershagen bei Wehlau (Kreis Wehlau).

Boltz=Gründen, Rittergutsbesitzer, Adl. Pareyken bei Labiau (Kreis Labiau).

v. Dönhoff=Friedrichstein, A. Graf, Kgl. Kammerherr, Legationsrath, Fideikommißbesitzer, Mitglied des Reichstages und des Herrenhauses, Friedrichstein bei Löwenhagen (Landkreis Königsberg, Preußen), [Berlin W. 41, Mohrenstraße 1—5].

zu Dohna=Wundlacken, Georg Burggraf und Graf, Rittergutsbesitzer, Wundlacken bei Königsberg (Landkreis Königsberg, Ostpr.).

zu Dohna=Lauck, Friedrich Burggraf und Graf, Kgl. Kammerherr, Majoratsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Lauck über Mühlhausen (Ostpreußen), [Kreis Pr. Holland].

v. d. Groeben=Arenstein, Hauptmann a. D., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Reichstages und des Herrenhauses, Arenstein bei Tiefensee (Kreis Heiligenbeil), [Berlin W. 64, Behrenstraße 64/65].

v. Gustedt=Lablacken, Baron, Kgl. Kammerherr, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Reichstages und des Abgeordnetenhauses, Lablacken (Kreis Labiau), [Berlin W. 10, Margarethenstraße 8].

v. Kanitz-Podangen, H. Graf, Kgl. Kammerherr, Rittmeister a. D., Majoratsbesitzer, Mitglied des Reichstages und des Abgeordnetenhauses, Podangen bei Tüngen (Kr. Pr. Holland), [Berlin W. 64, Behrenstraße 64/65].

v. Klinckowström, Cl. Graf, Landrath, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Korcklack bei Gerdauen (Kreis Gerdauen).

v. Mirbach-Sorquitten, J. Graf, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Reichstages und des Herrenhauses, Sorquitten (Kreis Sensburg), [Berlin W. 64, Hôtel Royal, Wilhelmstraße 69].

v. Restorff-Lindenau, Rittergutsbesitzer, Lindenau (Kreis Heiligenbeil).

v. Schlieben-Sanditten, G. Graf, Schloßhauptmann von Königsberg i. Pr., Majoratsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Sanditten über Wehlau (Kreis Wehlau).

Provinz Westpreußen.

v. Alvensleben-Schönborn, A. Graf, Königlicher Kammerherr und Erbtruchseß, Majoratsbesitzer, Ostrometzko (Kreis Culm) und Erxleben (Kreis Neuhaldensleben, Prov. Sachsen).

v. Auerswald-Faulen, Kgl. Landrath, Rittergutsbesitzer, Faulen bei Rosenberg (Kreis Rosenberg, Westpreußen).

v. Brünneck, Kgl. Kammerherr, Landrath a. D. und Majoratsbesitzer, Bellschwitz bei Rosenberg, Westpreußen (Kreis Rosenberg, Westpreußen).

v. Oldenburg, Rittergutsbesitzer, Januschau bei Rosenberg (Kreis Rosenberg, Westpreußen).

v. Zelewski, Dr., Königlicher Kammerherr, Rittergutsbesitzer, Barlomin bei Lusin (Kreis Neustadt, Westpreußen).

Provinz Sachsen.

v. Bassewitz-Levetzow, Dr., Graf, Majoratsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Klaeden (Kreis Stendal), [Berlin NW. 7, Unter den Linden 78].

v. Bodenhausen-Lebusa, J. Freiherr, Königl. Kammerherr und Landrath, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Lebusa über Dahme (Mark) und Herzberg (Elster, Kreis Schweinitz), [Berlin SW. 12, Prinz Albrechtstraße 4/5].

v. Erffa-Wernburg, H. Freiherr, Königl. Kammerherr und Rittmeister d. L., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Schloß Wernburg bei Pößneck (Kreis Ziegenrück), [Berlin NW. 7, Schadowstraße 1a].

v. Hasselbach, Kgl. Landrath, Hauptmann a. D., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Wolmirstedt, Bzk. Magdeburg (Kreis Wolmirstedt), [Berlin NW. 7, Dorotheenstr. 80/81].

v. Helldorff-Zingst, Rittmeister a. D. und Rittergutsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Zingst bei Nebra (Kreis Querfurt), [Berlin W. 41, Mohrenstraße 1—5].

v. Herzenberg-Heuckewalde, Freiherr, Kammerherr, Rittergutsbesitzer, Heuckewalde (Kreis Zeitz).

v. Jagow-Calberwisch, Major a. D. und Rittergutsbesitzer, Calberwisch bei Osterburg, Altmark (Kreis Osterburg).

v. Katte, H., Major a. D., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Vieritz bei Neuenklitsche (Kreis Jerichow II.).

v. Kröcher, J., Haupt-Ritterschaftsdirektor, Rittmeister a. D., Fideikommißbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Vinzelberg, Altmark (Kreis Gardelegen), [Berlin SW. 46, Dessauerstr. 23].

Kühne, Rittergutspächter, Hartmannsdorf bei Crossen, Elster (Kreis Zeitz).

v. Ploetz, Hauptmann a. D. und Rittergutsbesitzer, Mitglied des Reichstages und des Abgeordnetenhauses, Präsident des „Bund der Landwirthe", Döllingen bei Elsterwerda (Kreis Liebenwerda), [Berlin SW. 46, Hallesche Straße 18].

v. Rohr-Hohenwulsch, **C.**, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Hohenwulsch bei Bismark (Kreis Stendal).

v. Rohr-Levetzow, Major a. D., Rittergutsbesitzer, Wudicke bei Groß-Wudicke (Kreis Jerichow II.).

v. Schaper, Rittmeister a. D. und Rittergutsbesitzer, Falkenberg, Bezirk Halle (Kreis Liebenwerda).

Schirmer, F., Rittergutsbesitzer, Neuhaus bei Delitzsch (Kr. Delitzsch).

v. der Schulenburg-Beetzendorf, Königl. Landrath, Rittmeister a. D. und Fideikommißbesitzer, Beetzendorf (Kreis Salzwedel).

v. der Schulenburg-Emden, Graf, Kgl. Kammerherr, Major a. D. und Rittergutsbesitzer, Emden bei Erxleben (Kreis Neuhaldensleben).

Provinz Schlesien.

v. Arnim-Muskau, H. Graf, Legationsrath a. D., Besitzer der Standesherrschaft Muskau, Mitglied des Reichstages, Muskau, Ober-Lausitz (Kreis Rothenburg), [Berlin W. 64, Pariser Platz 4].

zu Dohna-Mallmitz, Alfred Burggraf und Graf, Kgl. Kammerherr, Fideikommißbesitzer, Landesältester und Major a. D., Mitglied des Abgeordnetenhauses, Mallmitz (Kreis Sprottau), [Berlin W. 64, Wilhelmstraße 70a, Reichshof].

Knoch-Ober-Poppschütz, **R.**, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Ober-Poppschütz bei Neustädtel, Reg.-Bezirk Liegnitz (Kreis Freistadt), [Berlin SW. 19, Krausenstraße 48, Kölnischer Hof].

v. Loesch-Kammerswaldau, **H.**, Landesältester und Rittergutsbesitzer, Kammerswaldau (Kreis Hirschberg).

v. Pückler-Friedland, **Friedrich** Graf, Rittmeister a. D., Kreisdeputirter, Rittergutsbesitzer, Schloß Friedland, Oberschlesien (Kreis Falkenberg).

v. Strachwitz-Bertelsdorf, Graf, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Bertelsdorf bei Lauban, Schlesien (Kreis Lauban), [Berlin W. 41, Kanonierstraße 23].

v. Thielmann, Freiherr, Kgl. Kammerherr, Majoratsbesitzer, Landesältester, Jacobsdorf bei Falkenberg, Oberschlesien (Kreis Falkenberg).

Rheinprovinz.

v. Hymmen, Geheimer Regierungsrath und Landrath a. D., Rittergutsbesitzer, Burg Endenich (Landkreis Bonn).

Mooren, Th., Bürgermeister, Mitglied des Reichstages und des Abgeordnetenhauses, Eupen (Kreis Eupen), [Berlin NW. 7, Friedrichstraße 148/149].

Provinz Westfalen.

v. Landsberg-Steinfurt, **J.**, Freiherr, Königl. Kammerherr und Landrath, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Steinfurt bei Drensteinfurt (Kreis Lüdinghausen) und Münster (Westfalen).

Provinz Hannover.

Baring, J., Hofbesitzer, Erfehof bei Groß-Schwülper (Kreis Gifhorn).

v. Dürckheim-Bundhorst, **A. Eckbrecht** Graf, Hauptmann a. D., Rittergutsbesitzer, Hannover, Hohenzollernstraße 14 (Stadtkreis Hannover).

Freudenstein, Dr. **Otto**, Rechtsanwalt, Hannover, Alte Celler Heerstraße 44 (Landkreis Hannover).

Provinz Hessen-Nassau.

Ebray, Th., Hauptmann z. D. und Weingutsbesitzer, Biebrich (Rhein). Winter: Wiesbaden.

v. Hundelshausen-Friemen, Landesdirektor der Provinz Hessen-Nassau, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Friemen bei Waldkappel (Kreis Eschwege).

Knobel, Bürgermeister, Ehlen bei Dörnberg (Kreis Wolfhagen).

v. der Malsburg, Hans Baron, Kgl. Kammerherr, Rittergutsbesitzer, Escheberg bei Zierenberg (Kreis Wolfhagen).

Oldenburg, F., Königlicher Oberamtmann, Wilhelmshof bei Hersfeld (Kreis Hersfeld).

Seyfarth, F., Landwirth, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Rotenburg (Kreis Rotenburg, Fulda), [Berlin W. 41, Krausenstraße 56/58].

Trapp, J. A., Weinbergsbesitzer, Rüdesheim, Rhein (Kreis Rheingau).

Provinz Schleswig-Holstein.

v. Holstein-Waterneverstorff, Graf, Erbherr und Mitglied des Reichstages, Waterneverstorff bei Lütjenburg i. Holstein (Kreis Ploen), [Berlin W. 9, Linkstraße 25].

Königreich Bayern.

Beckh, Friedrich, Gutsbesitzer, Mitglied der Bayerischen Kammer der Abgeordneten, Schloßgut Rathsberg bei Erlangen (Rgbz. Mittelfranken).

v. Deines, Dr. H., Gutsbesitzer, Neuhof bei Aschaffenburg (Bezirksamt Aschaffenburg, Rgbz. Unterfranken).

v. Rotenhan, Georg Freiherr, Königlicher Kammerherr und Rittergutsbesitzer, Rentweinsdorf (Bezirksamt Ebern, Rgsbz. Unterfranken).

v. Thüngen, C. Reichsfreiherr, Rittergutsbesitzer, Roßbach bei Zeitlofs (Rgbz. Unterfranken und Aschaffenburg, Bezirksamt Brückenau).

Königreich Sachsen.

v. Frege, Dr. A., Kammerherr, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Reichstages, Abtnaundorf bei Schönefeld-Leipzig (Stadt- und Amtshauptmannschaft Leipzig), [Berlin SW. 12, Prinz Albrechtstraße 4/5].

v. Friesen, Freiherr, Kgl. Kammerherr, Major a. D., Fideikommißbesitzer, Rötha (Stadt- und Amtshauptmannschaft Leipzig).

Gontard, A., Rittergutsbesitzer, Mockau (Parthe), [Amtshauptmannschaft Leipzig].

zur Lippe, Ferdinand Graf und Edler Herr, Erlaucht, Rittergutsbesitzer, Baruth (Sachsen), [Amtshauptmannschaft Bautzen].

v. Nitzschwitz, F., Rittergutsbesitzer, Königsfeld bei Rochlitz, Königreich Sachsen (Amtshauptmannschaft Rochlitz).

Opitz, H. G., Justizrath, Rechtsanwalt und Notar, Rittergutsbesitzer, Mitglied der Sächsischen Kammer, Treuen (Amtshauptmannschaft Auerbach).

Seiler-Roßwitz, Rittergutsbesitzer, Mitglied der Sächsischen Ersten Kammer, Vorsitzender des Landwirthschaftlichen Kreisvereins Reichenbach, Roßwitz bei Elsterberg i. Vogtland (Amtshauptmannschaft Plauen).

Großherzogthum Baden.

v. Douglas, W. Graf, Gutsbesitzer, Mitglied des Reichstages, Gondelsheim bei Bruchsal und Langenstein bei Stockach (Amt Bretten, Bad. Kreis Karlsruhe).

Großherzogthum Mecklenburg-Schwerin.

v. Bassewitz-Bristow, Graf, Kammerherr und Majoratsbesitzer, Bristow bei Teterow (Meckl.-Schwerin).

v. Cleve-Carow, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Charlottenburg, Knesebeckstraße 1.

Diestel, H., Rittergutsbesitzer, Keetz bei Brüel (Mecklenburg-Schwerin).

Rettich, M., Domänenrath, Mitglied des Reichstages, Rostock, Blutstraße 14, [Berlin NW. 7, Friedrichstraße 93].

Schroeder-Poggelow, Dr., Rittergutsbesitzer, Schloß Poggelow bei Teterow, [Berlin W., Friedrich-Wilhelmstraße 21].

Schumacher, H., Großherzoglicher Oekonomierath, Zarchlin bei Carow (Mecklenburg-Schwerin).

Großherzogthum Sachsen-Weimar.

v. Wurmb, H. L., Schloßhauptmann und Kammerherr, Rittergutsbesitzer, Porstendorff bei Dornburg (Saale).

Herzogthum Anhalt.

Saenberlich, A., Oberamtmann, Gröbzig (Anhalt).

Herzogthum Sachsen-Coburg-Gotha.

v. Seebach=Großfahner, Freiherr, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Großfahner über Gotha.

Fürstenthum Lippe.

Tenge, Rittergutsbesitzer, Niederbarckhausen bei Oerlinghausen (Lippe).

Verzeichniß der Mitglieder.

Geschlossen am 30. April 1894.

Ahrens, J., Rittergutsbesitzer, Bellevue bei Schwerin (Mecklenburg).

Alexander, Adolph, Gutsbesitzer und Premier=Lieutenant der Landwehr, Musselmow bei Brüel (Mecklenburg).

Alfieri, Rittergutsbesitzer, Koppershagen bei Wehlau.

v. Alvensleben, Rittergutsbesitzer, Rodehlen bei Barten (Ostpreußen).

v. Alvensleben=Schönborn, A. Graf, Königlicher Kammerherr und Erbtruchseß, Majoratsbesitzer, Ostrometzko und Erxleben.

v. Alvensleben=Wittenmoor, L., Rittmeister d. R., Rittergutsbesitzer, Wittenmoor bei Vinzelberg (Altmark).

Anger, Dr., Regierungsrath a. D. und Rittergutsbesitzer, Eythra (Kgr. Sachsen).

v. Arnim=Boytzenburg, Graf, Majoratsbesitzer, Boytzenburg (Uckermark).

v. Arnim=Gr.=Fredenwalde, Rittergutsbesitzer, Gr.=Fredenwalde bei Flieth (Uckermark).

v. Arnim=Mellenau, A. Graf, Major, Rittergutsbesitzer, Mellenau (Uckermark).

v. Arnim=Muskau, H. Graf, Legationsrath a. D., Besitzer der Standesherrschaft Muskau, Mitglied des Reichstages, Schloß Muskau (Ober=Lausitz), [Berlin W. 64, Pariser Platz 4].

v. Arnim=Neuensund, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Neuensund bei Strasburg (Uckermark).

v. Arnim=Petznick, Majoratsherr, Lieutenant im Garde=Kürassier=Regiment, Berlin SW., Alte Jakobstraße 145 II.

v. Arnim=Suckow, Majoratsherr, Lieutenant im Brandenburgschen Kürassier=Regiment No. 6, Brandenburg (Havel).

v. Arnim=Willmine, Rittergutsbesitzer, Willmine bei Flieth (Uckermark).

v. **Auerswald**-Faulen, Kgl. Landrath, Rittergutsbesitzer, Faulen bei Rosenberg (Westpreußen).

v. **Baehr, Richard**, Rittergutsbesitzer, Major a. D., Wittigwalde über Reichenau (Ostpreußen).

v. **Bandemer**-Selesen, Kgl. Kammerherr, Pr.-Lieutenant a. D., Fideikommißbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Selesen bei Schmolsin (Pommern), [Berlin W. 35, Schöneberger Ufer 35].

v. **Bandemer**, Premier-Lieutenant a. D., Rittergutsbesitzer, Weitenhagen bei Stolpmünde (Kreis Stolp).

v. **Bannasch**, Rittergutsbesitzer, Perkau bei Bartenstein.

Baring, J., Hofbesitzer, Ersehof bei Groß-Schwülper (Kreis Gifhorn).

v. **Barner**, Kammerherr, Lieutenant der Reserve des 1. Garde-Dragoner-Regiments Königin von Großbritannien und Irland, Rittergutsbesitzer, Klein-Trebbow bei Lübstorf (Mecklenburg-Schwerin).

Bartels, Julius Wilhelm, Rittergutsbesitzer, Kukehnen (Kreis Heiligenbeil).

Bartmann-Lüdicke, Chr., Rittergutsbesitzer, Niederhöfe bei Frankfurt (Main).

v. **Bassewitz**-Bristow, Graf, Kammerherr, Majoratsbesitzer, Bristow bei Teterow (Meckl.-Schwerin).

v. **Bassewitz-Levetzow**, Dr., Graf, Majoratsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Klaeden (Kreis Stendal), [Berlin NW. 7, Unter den Linden 78].

v. **Batocki-Friebe**, Majoratsbesitzer, Bledau bei Cranz (Ostpreußen).

Becker, P., Ziegeleibesitzer, Bahnhof Strausberg (Mark).

Beckh, Friedrich, Lieutenant a. D., Gutsbesitzer, Mitglied der Bayerischen Kammer der Abgeordneten, Schloßgut Rathsberg bei Erlangen.

Beelitz, Rittergutsbesitzer, Garden bei Greifenhagen (Oder).

Behr-Bandelin, **F.** Graf, Kgl. Kammerherr und Fideikommißbesitzer, Bandelin bei Gützkow.

v. **Behr**-Stresow, **Felix**, Rittergutsbesitzer, Stresow bei Gützkow.

v. **Below**-Saleske, **R.**, Major a. D., Fideikommißbesitzer, Cusserow bei Schlawe.

v. **Berg**-Dubkevitz, **Ernst**, Rittergutsbesitzer, Dubkevitz bei Gingst (Rügen).

Berke, Phil., Schriftsteller, Frankfurt (Main), Oeder Weg 83.

Bernau, F., Gutsbesitzer, Teetz (Havel) über Groß-Kreutz (Mark).

v. **Bethe**, Kgl. Landrath, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Hammer bei Schönlanke.

v. **Bethe**, Rittergutsbesitzer, Reichenbach bei Arnswalde.

Biedermann, Oberst-Lieutenant a. D., Berlin W., Lützow-Ufer 22.

v. **Bismarck-Bohlen**, Graf, General-Adjutant Sr. Majestät des Kaisers und Königs, General der Kavallerie z. D., Excellenz, Fideikommißbesitzer, Carlsburg bei Züssow (Neu-Vorpommern).

v. **Bismarck**-Kniephof, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Kniephof bei Groß-Sabow, [Berlin NW. 7, Schadowstraße 4/5].

v. **Bismarck**-Uebigau, Rittergutsbesitzer, Uebigau (Bezirk Halle).

Bock, H. C., Gutsbesitzer, Groß-Brütz bei Rosenberg über Schwerin (Mecklenburg).

v. **Bodelschwingh-Plettenberg, K.** Graf, Kgl. Kammerherr, Erbmarschall der Grafschaft Mark, Mitglied des Herrenhauses, Bodelschwingh über Mengede (Kreis Dortmund).

v. **Bodenhausen**-Lebusa, J. Freiherr, Kgl. Kammerherr und Landrath Rittergutsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Herzberg (Elster) und Lebusa über Dahme (Mark), [Berlin SW. 12, Prinz Albrechtstraße 4/5].

v. **Bodenhausen**-Radis, **B.** Freiherr, Herzogl. Anhaltischer Kammerherr und Rittergutsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Radis über Wittenberg (Bezirk Halle).

Böcking, H., Gutsbesitzer, Kirschbacherhof bei Zweibrücken (Pfalz).

Boehm, Rittergutsbesitzer, Gabditten bei Heiligenbeil.

v. **Boehn**, Premier-Lieutenant, Rittergutsbesitzer, Lojow bei Dammen (Kreis Stolp).

v. **Bolschwing**, Rittergutsbesitzer, Schönbruch (Kreis Heiligenbeil).

Boltz-Gründen, Rittergutsbes., Adl. Pareyken bei Labiau (Ostpreußen).

v. **Bonin**-Bahrenbusch, Kgl. Landrath, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Bahrenbusch (Post) und Neustettin, [Berlin SW. 48, Encke-Platz 1].

v. **Bonin**-Dresow, Rittergutsbesitzer, Dresow bei Groß-Justin (Pommern).

v. **Borcke**-Stargord, Graf, Schloßhauptmann von Stettin, Majoratsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Stargord bei Labes (Pommern).

v. dem Borne, Max, Königlicher Kammerherr, Rittergutsbesitzer, Berneuchen (Neumark).
v. Borroczyn, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Weichensdorf über Bahnhof Frankfurt (Oder).
v. Boxberg, Georg, Rittergutsbesitzer, Rehnsdorf bei Elstra (Sächs. Ober-Lausitz).
v. Boyneburgk, Alexander Freiherr, Großherzoglich Sächsischer Kammerherr, Rittmeister z. D., Stedtfeld bei Eisenach.
v. Brand-Lauchstädt, **P.,** Kgl. Kammerherr, Mitglied des Herrenhauses, Lauchstädt bei Woldenberg, [Berlin W. 62, Kurfürstenstr. 125].
v. Brand-Wutzig, Major a. D., Majoratsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Wutzig bei Woldenberg, [Berlin NW. 40, Kronprinzen-Ufer 3].
Brandis, F., Dr. jur., Amtsrichter, Braunschweig, Kastanien-Allee 35.
v. Brandt, Kgl. Polizei-Präsident, Königsberg (Ostpreußen).
v. Braunschweig-Groß-Podel, Rittergutsbes., Groß-Podel bei Stojenthin (Kreis Stolp).
v. Braunschweig-Wollin, Major a. D., Rittergutsbesitzer, Wollin bei Zezenow (Pommern).
Brause, R., Rittergutsbesitzer, Dederstedt bei Eisleben.
Brause, Rittergutsbesitzer, Welkersdorf bei Langenoels (Bzk. Liegnitz).
v. Brederlow, Baron, Rittergutsbesitzer, Freudenthal bei Raudnitz (Westpreußen).
v. Brederlow, Baron, Rittergutsbesitzer, Groß-Saalau bei Domnau (Ostpreußen).
v. Bredow-Bredow, **Wichard,** Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Bredow bei Nauen.
v. Bredow-Buchow-Carpzow, Major a. D., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Buchow-Carpzow bei Wustermark.
v. Bredow-Ihlow, Rittergutsbesitzer, Ihlow bei Wriezen.
v. Bredow-Mückenberg, Kgl. Landrath, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Mückenberg über Elsterwerda (Prov. Sachsen).
v. Bredow-Wölsickendorf, Oberst a. D., Rittergutsbesitzer, Wölsickendorf bei Freienwalde (Oder).
v. Breitenbauch, Rittergutsbesitzer, Bucha bei Wohlmirstedt über Wiehe (Bezirk Halle).
v. Breßler, C. Graf, Königlicher Kammerherr, Majoratsbesitzer, Lauske bei Pommritz (Königr. Sachsen).

v. Brockdorff-Ahlefeldt, Graf, Erbherr auf Ascheberg, Mitglied des Herrenhauses, Ascheberg (Holstein) und Chinow bei Groß-Boschpol (Pommern).

v. Brockhausen-Mellen, Hauptmann a. D., Rittergutsbesitzer, Mellen bei Dramburg.

v. Brockhausen-Mittelfelde, Landrath a. D., Rittergutsbesitzer, Mittelfelde bei Koentopf (Bezirk Köslin).

Brügmann, W., Gutspächter, Kirch-Stück bei Schwerin (Meckl.).

v. Brünneck, R., Kgl. Kammerherr, Landrath a. D. und Majoratsbesitzer, Bellschwitz bei Rosenberg (Westpreußen).

v. Brünneck, Oberst a. D., Rittergutsbesitzer, Trebnitz (Ostbahn).

Bruns, Rittergutsbesitzer, Latzig bei Polzin.

v. Buch-Stolpe, Königlicher Kammerherr und Schloßhauptmann, Majoratsbesitzer, Schloß Stolpe (Oder) [Kreis Angermünde].

v. Buch-Tornow, Rittergutsbesitzer, Tornow bei Marienthal (Mark).

v. Bülow, Baron, Rittergutsbesitzer, Beyernaumburg bei Riestädt über Sangerhausen (Halle-Nordhauser Bahn).

v. Bülow-Rodenwalde, **A.,** Großherzogl. Minister-Präsident, Excellenz, Schwerin (Mecklenburg).

v. Bülow, Rittergutspächter, Romansgut bei Hoppenbruch über Wolittnick (Kreis Heiligenbeil).

v. Buhl, Baron, Rittergutsbesitzer, Zechern bei Liewenberg (Kreis Heilsberg).

v. Burgk, Max Freiherr, Rittergutsbesitzer, Schönfeld bei Großenhain.

v. dem Bussche-Ippenburg, W. Graf, gen. **v. Kessel,** Schloßhauptmann von Osnabrück, Majoratsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Ippenburg bei Wittlage (Hannover).

v. dem Bussche-Münch, Freiherr, Rittergutsbesitzer, Benkhausen bei Alswede (Westfalen).

Calberla, Dr. **G.,** Rittergutsbesitzer, Hirschfeld bei Deutschenbora (Königr. Sachsen).

v. Chamaré, Graf, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Stolz bei Frankenstein (Schlesien).

v. Cleve-Carow, **L.,** Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Charlottenburg, Knesebeckstraße 1.

Collin, Rittergutsbesitzer, Hartha bei Melaune (Kreis Görlitz), [Berlin NW., Usedomerstraße 201.].

Collmann, Otto, Domänenpächter, Domäne Fahre bei Melsungen.

v. Colmar-Meyenburg, A., Kgl. Kammerherr und Regierungs-Präsident, Mitglied des Reichstages und des Abgeordnetenhauses, Lüneburg, [Berlin W. 10, Margarethenstraße 7].

v. Colmar, Major a. D., Rittergutsbesitzer, Zützen bei Schwedt (Oder).

v. Cottenet, Geh. Regierungsrath und Rittergutsbesitzer, Braunau bei Löwenberg (Schlesien).

v. Criegern, Hauptmann a. D., Rittergutsbesitzer, Spremberg bei Neusalza (Sächs. Ober-Lausitz).

v. Davier, Königlicher Kammerherr und Landrath a. D., Rittergutsbesitzer, Seggerde bei Weferlingen.

v. Deines, Hugo, Dr. jur., Gutsbesitzer, Neuhof bei Aschaffenburg.

Demuth, Heinrich, Königlicher Oekonomierath und Lieutenant a. D., Rittergutspächter, Borne bei Niwkau.

Deter, Rittergutsbesitzer, Schulzendorf bei Gransee (Kreis Ruppin).

v. Dewitz gen. **von Krebs**, Rittmeister a. D. und Rittergutsbesitzer, Groß-Jauth bei Rosenberg (Westpreußen).

v. Dewitz-Schönhagen, Premier-Lieutenant a. D., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Reichstages, Schönhagen (Pommern), [Berlin NW. 7, Unter den Linden 68a].

v. Dewitz-Walsleben, Rittergutsbesitzer, Walsleben (Pommern).

v. Dewitz-Zachow, Hauptmann a. D., Rittergutsbesitzer, Zachow bei Labes (Pommern).

Diestel, A., Gutsbesitzer, Neuhof bei Rosenberg über Gadebusch (Mecklenburg-Schwerin).

Diestel, Hermann, Gutsbesitzer, Reetz bei Brüel (Mecklenburg).

Dietel, Ober-Post-Sekretär a. D., Silbitz bei Crossen (Elster).

Dietz von Bayer, Kgl. Amtsrath, Rittergutsbesitzer, Himmelstädt bei Cladow, Regbzk. Frankfurt (Oder).

v. Dönhoff-Friedrichstein, August Graf, Kaiserl. Legationsrath und Kammerherr, Fideikommißbesitzer, Mitglied des Reichstages und des Herrenhauses, Friedrichstein bei Löwenhagen (Ostpreußen), [Berlin W. 41, Mohrenstraße 1/5].

v. Dönhoff-Skandau, Alexander Graf, Rittergutsbesitzer, Skandau (Ostpreußen).

zu Dohna-Finckenstein, Rodrigo Burggraf und Graf, Excellenz, Burggraf von Marienburg, Kgl. Kammerherr, Fideikommißbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Finckenstein bei Rosenberg (Westpreußen), [Berlin W. 9, Schellingstraße 13].

zu Dohna-Kotzenau, Wilhelm Burggraf und Graf, Königlicher Kammerherr, Fideikommißbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Klein-Kotzenau bei Kotzenau (Schlesien).

zu Dohna-Lauck, Friedrich Burggraf und Graf, Kgl. Kammerherr, Majoratsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Lauck über Mühlhausen (Ostpreußen).

zu Dohna-Mallmitz, Alfred Burggraf und Graf, Kgl. Kammerherr, Major a. D., Landesältester, Fideikommißbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Mallmitz (Schlesien), [Berlin W. 64, Wilhelmstraße 70a, Reichshof].

zu Dohna-Schlodien, Adolph Burggraf und Graf, Königl. Kammerherr, Rittmeister a. D., Fideikommißbesitzer, Mitglied des Herrenhauses und des Reichstages, Schlodien (Kreis Preuß. Holland), [Berlin W. 64, Unter den Linden 32, Hôtel du Nord].

zu Dohna-Wundlacken, Georg Burggraf und Graf, Rittergutsbesitzer, Wundlacken bei Königsberg (Ostpreußen).

v. Domhardt, Gebhard, Majoratsbesitzer, Bestendorf bei Groß-Bestendorf, über Mohrungen (Ostpreußen).

v. Douglas, W. Graf, Gutsbesitzer, Mitglied des Reichstages, Gondelsheim bei Bruchsal (Baden) und Langenstein bei Stockach (Baden), [Berlin NW. 7, Neustädtische Kirchstraße 6/7].

v. **Dreßler,** Königlicher Geheimer Regierungsrath und Landrath, Heiligenbeil.

v. Dreßler, Benno, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Schreitlauken über Willkischken (Ostpreußen).

v. Dreßler, Premier-Lieutenant a. D. und Rittergutsbesitzer, Willkischken (Kreis Tilsit).

Dreyer, Gutsbesitzer, Kreis-Deputirter, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Waldhof bei Rhein (Ostpreußen), [Berlin W. 57, Göbenstraße 1].

v. Dürckheim-Bundhorst, **A. Eckbrecht** Reichsgraf, Hauptmann a. D., Rittergutsbesitzer, Hannover, Hohenzollernstraße 14.

Eben, Rittmeister d. R. und Rittergutsbes., Owidz bei Preuß. Stargard.

Ebray, Theodor, Hauptmann z. D., Weinbergsbesitzer, Biebrich (Rhein). Winter: Wiesbaden.

v. Eckardstein, A. Freiherr, Rittergutsbesitzer, Lieutenant der Reserve des II. Garde-Ulanen-Regiments, Klosterdorf bei Strausberg (Mark).

v. Eggeling, Major a. D. und Rittergutsbesitzer, Horscha bei Mücka (Ober-Lausitz).

v. Eichel, G., Rittergutsbesitzer, Landesältester, Rittmeister d. R., Nieder-Heidersdorf über Görlitz.

Elert, Rittergutsbesitzer, Groß-Rossin über Wundichow (Pommern).

Endell, Major a. D., Rittergutsbesitzer, Kiecrz bei Rokietnica (Landkreis Posen).

v. Erffa-Wernburg, **Hermann** Freiherr, Kgl. Kammerherr, Rittmeister der Landwehr-Kavallerie, Rittergutsbesitzer, Kreisdeputirter und Mitglied des Abgeordnetenhauses, Schloß Wernburg bei Poeßneck, [Berlin NW. 7, Schadowstraße 1a].

v. Esbeck-Platen, Kgl. Kammerherr, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Capelle bei Gingst (Rügen).

zu Eulenburg-Prassen, **R.** Graf, Excellenz, Ober-Marschall im Königreich Preußen, Majoratsherr, Mitglied des Herrenhauses, Prassen (Ostpreußen), [Berlin W. 64, Pariser Platz 4].

v. Fabeck, Herrschaftsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Jablonken (Kreis Ortelsburg), [Berlin W. 64, Unter den Linden 9, Hôtel Bauer].

v. Farenheid-Beynuhnen, Majoratsbesitzer, München [Klein-Beynuhnen bei Launingken, Kreis Darkehmen].

Fielitz, A., Gutsbesitzer, Clettwitz bei Finsterwalde.

v. Finckenstein-Reitwein, **Günther** Graf **Finck,** Fideikommißbesitzer, Reitwein über Bahnhof Frankfurt (Oder).

v. Finckenstein-Simnau, Graf **Finck,** Fideikommißbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Simnau bei Wodigehnen (Ostpreußen), [Berlin NW. 7, Reichstags-Ufer 9, Hôtel zum Reichstag].

v. Finckenstein-Ziebingen, **Wilhelm** Graf **Finck,** Majoratsbesitzer, Ziebingen (Kreis West-Sternberg).

Foerster, Rittergutsbesitzer, Kontopp (Schlesien).

v. Frege, A., Dr. jur., Kammerherr, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Reichstages, Abtnaundorf bei Schönefeld-Leipzig [Berlin SW. 12, Prinz Albrechtstraße 4/5].

v. Freier, Günther, Premier-Lieutenant a. D., Rittergutsbesitzer, Hoppenrade bei Groß-Welle (Prignitz).

Freudenstein, Dr. **Otto,** Rechtsanwalt, Hannover, Alte Celler Heerstraße 44.

v. Friesen, H. Freiherr, Kgl. Kammerherr und Major a. D., Fideikommißbesitzer, Nötha (Königr. Sachsen).

v. Funcke, F., Rittergutsbesitzer, Kieritzsch (Königr. Sachsen).

v. Gaisberg, H. U., Rittergutsbesitzer, Helfenberg bei Beilstein (Württemberg).

Gebauer, B., Rittergutspächter, Markendorf bei Frankfurt (Oder).

Gerdolle, H., Kaiserl. Oberförster a. D., General-Sekretär des Landwirthschaftlichen Bezirksvereins Lothringen, Metz (Lothringen).

Giersch de Rège, M., Gerichtsrath und Premier-Lieutenant der Garde-Landwehr-Kavallerie a. D., Berlin NW. 52, Paulstraße 12, I.

Giesbert, Hofbesitzer, Sieringshock bei Gildehaus (Hannover).

v. Glasow, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Lokehnen bei Bladiau (Kreis Heiligenbeil).

v. Glasow, Majoratsbesitzer, Partheinen bei Wolittnick (Kreis Heiligenbeil).

v. d. Goltz-Kallen senior, Freiherr, Rittergutsbesitzer, Königsberg (Ostpreußen), Vorder Roßgarten 18.

v. d. Goltz-Mertensdorf, Freiherr, Rittergutsbesitzer, Mertensdorf bei Friedland (Ostpreußen).

Goltz-Voigtsdorf, **C.**, Rittergutsbesitzer, Voigtsdorf bei Bärwalde (Neumark).

Gontard, A., Rittergutsbesitzer, Mockau (Parthe).

v. Gottberg, Rittergutsbesitzer, Reblin bei Zitzewitz über Stolp (Pommern).

Graebe, Rittergutsbesitzer, Karniszewo bei Kletzko.

v. Graewe, Edler, Rittergutsbesitzer, Groß-Gotteswalde bei Sonnenborn über Mohrungen (Ostpreußen).

Gravenstein, Richard, Rittergutsbesitzer, Sydow bei Biesenthal (Kreis Ober-Barnim).

v. Graß-Klanin, **L.**, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Klanin bei Groß-Starzin über Putzig (Westpreußen), [Berlin W. 41, Mauerstraße 80].

v. der Groeben-Arenstein, Hauptmann a. D., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Reichstages und des Herrenhauses, Arenstein bei Tiefensee (Kreis Heiligenbeil), [Berlin W. 64, Hôtel Windsor].

v. der Groeben-Klingbeck, Rittergutsbesitzer, Groß-Klingbeck bei Ludwigsort (Ostpreußen).

Groß, H., Gutsbesitzer, Praußen bei Perwilten über Ludwigsort (Ostpreußen).

Grunau, E., Rittergutsbesitzer, Vorsitzender des landwirthschaftlichen Vereins „Neuteich", Lindenau bei Groß=Mausdorf (Westpr.).

v. Gültlingen, Wilhelm Freiherr, Kgl. Kammerherr und Landgerichtsrath, Mitglied des Reichstages, Stuttgart, Olgastraße 8, [Berlin W. 41, Taubenstraße 4].

v. Gustedt=Lablacken, Baron, Kgl. Kammerherr, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Reichstages und des Abgeordnetenhauses, Lablacken über Labiau, [Berlin W. 10, Margarethenstraße 8].

v. Hacke, Erich Graf, Majoratsbesitzer, Alt=Ranft (Kreis=Ober=Barnim).

Haesecke, R., Gutsbesitzer, Paulshorst bei Rheinsberg (Mark).

v. Haeseler, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Kloster Haeseler bei Bad Kösen.

Hagen, F., Lieutenant a. D. und Rittergutsbesitzer, Davidshof bei Ortelsburg.

v. Hagen, Major a. D., Rittergutsbesitzer, Gollwitz bei Brandenburg (Havel).

vom Hagen, Graf, Königl. Kammerherr und Erbschenk im Herzogthum Magdeburg, Majoratsbesitzer, Möckern, Kreis Jerichow I).

Hagen, F., Kgl. Amtsrath, Sobbowitz über Hohenstein (Westpreußen).

v. der Hagen, Hauptmann a. D. und Rittergutsbesitzer, Nakel (Mark).

v. Hanenfeldt, Rittergutsbesitzer, Grünenfeld bei Lindenau (Kreis Heiligenbeil).

Halske, H., Rittergutsbesitzer, Dalldorf bei Büchen (Herzogth. Lauenburg).

Hambeck, Colon, Quendorf bei Schüttorf (Hannover).

v. Hammerstein, W. Freiherr, Herausgeber der „Neuen Preußischen (Kreuz=) Zeitung", Mitglied des Reichstages und des Abgeordnetenhauses, Berlin W. 62, Kurfürstenstraße 112.

v. Hanstein, Fr. Freiherr, Rittergutsbesitzer, Besenhausen bei Arenshausen.

v. Hasselbach, Kgl. Landrath, Hauptmann a. D., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Wolmirstedt (Bezirk Magdeburg), [Berlin NW. 7, Dorotheenstraße 80/81].

v. Haugwitz=Hardenberg=Reventlow, Heinrich Graf, Besitzer der Herrschaft Krappitz=Rogau, Mitglied des Herrenhauses, Schloß Rogau bei Krappitz (Oberschlesien).

Heckmann, L., Gutsbesitzer, Mönchhof bei Abterode (Hessen=Nassau).

v. Helldorff=Wohlmirstaedt, Graf, Rittergutsbesitzer, Wohlmirstaedt (Bezirk Halle) über Wiehe (Bezirk Halle).

v. Helldorff-Zingst, Roderich, Rittmeister a. D. und Rittergutsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Zingst bei Nebra, [Berlin W. 41, Mohrenstraße 1/5].

Hertwig, Paul, Rittergutsbesitzer, Breitingen bei Regis (Königr. Sachsen).

Hertwig, W., Rittmeister und Rittergutspächter, Goseck über Weißenfels.

v. Hertzberg, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Lottin (Kreis Neustettin).

v. Herzenberg, Freiherr, Kammerherr, Rittergutsbesitzer, Heuckewalde (Kreis Zeitz).

v. Heydebrand und der Lasa, Hauptmann a. D., Rittergutsbesitzer, Klein-Gutowy bei Pleschen.

v. Heydebreck, Rittergutsbesitzer, Neubuckow (Kreis Bublitz) über Groß-Tychow (Kreis Bublitz).

v. Heyden-Linden, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Stretense bei Anklam.

Heyne, C. R., Weidigsmühle bei Jena.

v. Heynitz, E., Rittmeister a. D. und Rittergutsbesitzer, Neuhausen (Kreis Cottbus).

v. Heynitz, Kgl. **Kammerherr** und Rittergutsbesitzer, Weicha bei Weißenberg (Ober-Lausitz, Königr. Sachsen).

Hetzer, Otto Julius, Rittergutsbesitzer, Niederkaina bei Bautzen.

Hilgendorff, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Platzig bei Prechlau (Westpreußen), [Berlin NW. 7, Friedrichstraße 94].

Hillmann, Gutsbesitzer, Kladow bei Crivitz (Mecklenburg).

Hillmann, W., Gutsbesitzer, Klein-Krankow bei Bobitz über Kleinen (Mecklenburg).

Himburg, R., Rittergutsbesitzer, Schricke bei Loitsche über Wolmirstedt (Bezirk Magdeburg).

v. Hindenburg, G., Rittergutsbesitzer, Langenau bei Freystadt (Westpreußen).

Hirt, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Cammerau bei Schweidnitz [Berlin W. 8, Jägerstraße 17].

Hoepfner, Rittergutsbesitzer, Böhmenhöfen bei Braunsberg.

Hoffmann, Rittergutsbesitzer, Lopischewo bei Ritschenwalde (Kreis Obornik).

zu Hohenlohe-Oehringen, Christian Kraft Erbprinz, Durchlaucht, Rittmeister à la suite der Armee, Mitglied des Reichstages, Slawentzitz (Oberschlesien), [Berlin NW. 40, Hindersinstraße 12].

v. Hohenthal-Dölkau, **A.** Graf, Kgl. Kammerherr, Schloßhauptmann von Merseburg, Rittmeister a. D. und Fideikommißbesitzer, Dölkau bei Zöschen über Merseburg.

v. Hohenthal und Bergen, W. Graf, Dr. jur., Kgl. Sächs. Kammerherr, außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister, Berlin W. 9, Voßstraße 19.

v. Hohenthal-Hohenpriesnitz, **M.** Graf, Rittergutsbesitzer, Rittmeister der Reserve des Leib-Garde-Husaren-Rgts., Mitglied des Herrenhauses, Hohenpriesnitz über Eilenburg.

v. Hollen, Freiherr, Rittergutsbesitzer, Hohenwalde bei Eisenberg (Ostpreußen).

v. Holstein-Waterneverstorff, Graf, Erbherr, Mitglied des Reichstages, Waterneverstorff bei Lütjenburg (Holstein), [Berlin W. 9, Linkstraße 25].

Holtz, O., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Reichstages, Parlin bei Gruczno, [Berlin W. 8, Jägerstraße 62a].

Holtz, Otto, Kaufmann, Berlin S., Böckhstraße 2.

v. Horn, Major a. D., Rittergutsbesitzer, Sabin bei Falkenburg (Pommern).

v. Hoverbeck, Alfred Freiherr, **gen. v. Schönaich,** Majoratsbesitzer, Klein-Tromnau bei Riesenburg (Westpreußen).

v. Hoverden-Plencken, Graf, Majoratsbesitzer, Hünern bei Ohlau (Schlesien).

Hubbe, Richard, Rittergutspächter, Kaltenmark bei Loebejün.

v. Hundelshausen-Friemen, **E.,** Rittmeister a. D. und Rittergutsbesitzer, Landesdirektor, Friemen bei Waldkappel.

Hungar, F., Rittergutsbesitzer, Wäldchen (Kreis Strehlen i. Schl.).

v. Hymmen-Endenich, Geh. Regierungsrath und Landrath a. D., Burg Endenich (Landkreis Bonn).

v. Jagow-Calberwisch, Major a. D., Rittergutsbesitzer, Calberwisch bei Osterburg (Altmark).

v. Jagow-Crüben, **W.,** Kgl. Kammerherr, Landrath a. D. und Rittergutsbesitzer, Crüben bei Seehausen (Altmark).

v. Jagow-Rühstaedt, **Günther,** Rittmeister der Garde-Landw.-Kavallerie, Rittergutsbesitzer, Erbjägermeister der Kurmark Brandenburg, Rühstaedt über Wilsnack.

v. Jagow-Scharpenhufe, **H.,** Landrath, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Reichstages, Osterburg (Altmark).

v. Jena, Kgl. Major a. D., Fideikommißbesitzer, Cöthen (Mark).

Ilgenstein, Otto, Grundbesitzer und Magistrats-Beigeordneter, Zinten (Ostpreußen).

Jordan, G., Rittergutsbesitzer, Kuhhorst bei Börnicke (Havelland).

v. Jungschulz-Roebern, Rittergutsbesitzer, Laggarben bei Bahnhof Skandau.

v. Kaehne, C., Rittergutsbesitzer, Petzow bei Werder (Havel).

v. Kahlden, Major a. D., Rittergutsbesitzer, Malzin bei Zudar (Rügen).

v. Kahlden, Rittergutsbesitzer, Neclade bei Bergen (Rügen).

v. Kalckreuth, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Kurzig bei Pieske (Kreis Meseritz).

v. Kalckstein, U., Majoratsbesitzer, Wogau bei Preuß. Eylau (Ostpreuß.).

v. Kalnein-Kilgis, **K.** Graf, Kgl. Kammerherr, Rittmeister a. D., Majoratsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Kilgis bei Kreutzburg, Kreis Eylau (Ostpreußen).

v. Kalnein-Kilgis junior, Graf, München.

v. Kanitz-Podangen, **H.** Graf, Königl. Kammerherr, Rittmeister a. D., Majoratsbesitzer, Mitglied des Reichstages und des Abgeordnetenhauses, Podangen bei Tüngen (Ostpreußen), [Berlin W. 64, Behrenstraße 64/65, Hôtel Windsor].

v. Katte, Rittergutsbesitzer, Roskow bei Brandenburg (Havel).

v. Katte, H., Major a. D., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Vieritz bei Neuenklitsche.

Keding, Fr., Gutsbesitzer, Nepersdorf bei Warin (Mecklenburg).

v. Keyserling, H. Graf, und Graf **zu Rautenburg**, Kgl. Kammerherr, Majoratsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Schloß Rautenburg über Lappienen, [Berlin NW. 7, Dorotheenstraße 48].

Klein, R., Gutsbesitzer, Aschaffenburg, Goldbecherstraße 6.

v. Klinckowström, Cl. Graf, Landrath, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Korcklack bei Gerdauen.

v. Klitzing-Charlottenhof, **G.**, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Charlottenhof (Neumark).

v. Klitzing-Demmerthin, Rittergutsbesitzer, Demmerthin bei Kyritz.

v. Klitzing-Grassee, Rittergutsbesitzer, Grassee bei Nörenberg (Pomm.).

v. Klot-Trautvetter, Graf, Majoratsbesitzer, Hohendorf bei Groß-Mohrsdorf über Stralsund.

Knauer, Dr., **Titus**, Gutsbesitzer, Gröbers (Saalkreis).

v. **Knebel-Doeberitz**-Dietersdorf, Rittergutsbesitzer, Dietersdorf bei Falkenburg (Pommern).

v. **Knebel-Doeberitz**-Friedrichsdorf, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Friedrichsdorf bei Falkenburg (Pommern).

v. **Knebel-Doeberitz**-Lübgust, Rittergutsbesitzer, Lübgust bei Gramenz.

v. **Knebel-Doeberitz**-Zülshagen, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Zülshagen bei Dramburg.

v. **dem Knesebeck-Carwe**, Baron, Königl. Landrath, Rittergutsbesitzer, Carwe bei Wustrau (Kreis Neu-Ruppin).

v. **dem Knesebeck-Milendonk**, Freiherr, Königlicher Kammerherr und Ceremonienmeister, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Schloß Tylsen bei Wallstawe über Salzwedel.

Knobel, Bürgermeister, Ehlen bei Dörnberg (Hessen-Nassau).

v. **Knobelsdorff**, **Wilhelm**, General-Major z. D., Hannover, Hildesheimerstraße 20.

Knoch, **Emil**, Rittergutsbesitzer, Alt-Gabel bei Waltersdorf (Rgsbzk. Liegnitz).

Knoch, **Robert**, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Ober-Poppschütz bei Neustädtel (Schlesien), [Berlin SW. 19, Krausenstraße 48].

Knorre, **A.**, Fabrikbesitzer, Schwerin (Mecklenburg), Kaiser Wilhelmstraße 1.

v. **Kobylinski**, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Wöterkeim (Ostpreußen).

Koch, **Paul**, Rittergutsbesitzer, Altenzaun bei Arneburg.

v. **Köckritz**, Hauptmann a. D., Rittergutsbesitzer, Siewisch bei Drebkau.

Koegel, **Erich**, Rittergutsbesitzer, Lüdersdorf bei Wriezen (Kreis Ober-Barnim).

v. **Königsmarck-Plaue**, **H.** Graf, Kgl. Kammerherr, Schloßhauptmann von Rheinsberg, Erbhofmeister der Kurmark Brandenburg, Excellenz, Majoratsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Schloß Plaue (Havel), und Schloß Kamnitz bei Gostoczyn (Westpreußen).

v. **Koerber**, Rittergutsbesitzer, Groß-Plowenz bei Ostrowitt (Kreis Loebau, Westpreußen).

v. Korff, Baron, Rittergutsbesitzer, Pottlitten bei Bladiau (Kreis Heiligenbeil).

Kortenbeitel, A., Kgl. Domänenpächter, Amt Zehdenick.

Kosmack, Rittergutsbesitzer, Althof-Memel bei Memel.

v. Kottwitz, Hauptmann a. D., Rittergutsbesitzer, Laubsdorf bei Neuhausen (Kreis Cottbus).

v. Kownatzky, O., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Klein-Tauersee bei Heinrichsdorf (Kreis Neidenburg), [Berlin W. 8, Friedrichstraße 175, Sach's Hôtel].

v. Kotze, Kgl. Landrath, Rittergutsbesitzer, Klein-Oschersleben bei Hadmersleben.

v. Kotze, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Lobersleben.

v. Krause, Rittergutsbesitzer, Poblotz bei Zezenow über Vietzig.

Kreis-Abtheilung Sensburg des Bundes der Landwirthe. Vorsitzender: Gutsbesitzer **Heller**, Peitschendorf.

Krell, Rittergutsbesitzer, Campehl bei Bahnhof Neustadt (Dosse).

Kretschmer, Administrator, Schloß Sonnewalde (Nieder-Lausitz).

v. Kröcher, J., Rittmeister a. D., Haupt-Ritterschaftsdirektor, Fideikommißbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Vinzelberg (Altmark), [Berlin SW. 46, Dessauerstraße 23].

v. Krockow, Rittergutsbesitzer, Rumbske bei Glowitz (Kreis Stolp).

v. Krosigk, Kammerherr, Rittergutsbesitzer, Eichenbarleben.

v. Krosigk, A., Kammerherr, Rittergutsbesitzer, Hohenerxleben bei Staßfurt.

Krüger, Direktor der Hagelversicherungs-Gesellschaft „Borussia", Berlin W. 57, Potsdamerstraße 74.

Kruse, Hauptmann a. D., Rittergutsbesitzer, Gneven bei Cambs (Mecklenburg).

Kühn, P., Gutsbesitzer, Werneuchen.

Kühne, O., Rittergutspächter, Hartmannsdorf bei Crossen (Elster).

v. Küster, Max, Landrath, Majoratsbesitzer, Lomnitz bei Schildau (Bober).

v. Kulmiz, Dr., Ritterguts- und Fabrikbesitzer, Conradswaldau bei Saarau.

v. Kunheim-Spanden, E., Kgl. Kammerherr, Fideikommißbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Spanden bei Schlodien.

Kutscher, Amtsrath, Jannewitz bei Suckow über Schlawe.

Lamprecht, Gutsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Klein-Mutz über Zehdenick, [Berlin W. 8, Kronenstraße 18].

v. der Lancken-Lanckensburg, Rittmeister d. R., Rittergutsbesitzer, Lanckensburg bei Altenkirchen (Rügen).

v. der Lancken-Wakenitz, Freiherr, Major a. D., Rittergutsbesitzer, Boldevitz bei Gingst (Rügen).

Landmann, Adolf, Rittergutsbesitzer, Renkersdorf bei Frohburg (Königreich Sachsen).

v. Landsberg-Steinfurt, J. Freiherr, Königl. Kammerherr und Landrath, Mitglied des Herrenhauses, Steinfurt bei Drensteinfurt und Münster (Westfalen).

Landw. Verein zu Allenburg. Vorsitzender: Alfieri, Rittergutsbesitzer, Koppershagen bei Wehlau (Ostpreußen).

Landw. Verein zu Altenburg. Sekretär: Dr. R. Seifert, Direktor der landwirthschaftlichen Schule, Altenburg.

Landw. Zweigverein zu Bautzen I. in Sachsen. Vorsitzender: W. Jokusch, Stadtgutsbesitzer in Bautzen.

Landw. Verein zu Beeskow (Mark). Vorsitzender: H. Osterroht, Rittmeister der Landwehr-Kavallerie und Rittergutsbesitzer, Hartmannsdorf bei Pfaffendorf (Mark).

Landw. Verein zu Bitburg. Vorsitzender: J. P. Limbourg, Gutsbesitzer, Bitburg bei Trier.

Landw. Verein der Kreise Bitterfeld und Delitzsch. Vorsitzender: von Busse, Major a. D., Rittergutsbesitzer, Zschortau. Schriftführer: Mackenthum, Rittergutsbesitzer, Brodau bei Zschortau.

Landw. Verein des Calauer Kreises. Vorsitzender: Paschke, Rittergutsbesitzer, Schöllnitz bei Altdöbern. Sekretär und Rendant: Jahn, Kaufmann, Calau.

Landw. Verein zu Crossen (Oder). Vorsitzender: O. Uhden, Königl. Amtsrath und Deichhauptmann, Mitglied des Reichstages, Sorge bei Crossen (Oder), [Berlin W. 41, Mohrenstr. 11/12].

Landw. Verein der Kreise Czarnikau und Filehne. Vorsitzender: E. Wenig, Rentier, Schönlanke. Schatzmeister: Th. Nowacki, Gutsbesitzer, Amt Schönlanke.

Lokalabtheilung Düren des Landw. Vereins für Rheinpreußen. Direktor: v. Breuning, Kgl. Landrath, Düren (Rheinland).

Lokalabtheilung Düsseldorf des Landw. Vereins für Rheinpreußen. Direktor: Freiherr von Eynatten, Königl. Kammerherr und Rittergutsbesitzer, Düsseldorf.

Lokalabtheilung Elberfeld-Barmen-Lennep des Landw. Vereins für Rheinpreußen. Direktor: Königs, Königl. Landrath, Lennep.

Lokalabtheilung Euskirchen des Landw. Vereins für Rheinpreußen. Direktor: Thelen, Gutsbesitzer, Römerhof bei Liblar.

Landw. Verein zu Eutritzsch, Königreich Sachsen. Vorsitzender: Vollsack, Oekonomie-Rath, Großzschocher bei Leipzig.

Landw. Verein des Franzburger Kreises. Vorsitzender: O. Graf zu Solms-Roedelheim, Erlaucht, Major a. D., Erbtruchseß in Neuvorpommern, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Altenhagen bei Redebas. Schriftführer und Rendant: Krüger, Starkow bei Redebas.

Landw. Verein zu Freienwalde in Pommern. Vorsitzender: von Wedel, Rittergutsbesitzer, Vehlingsdorff bei Freienwalde (Pommern). Rendant: M. Meißner, Fabrikbesitzer, Stargard (Pommern).

Hessischer Verein für wirthschaftliche Interessen. Vorsitzender: F. Oldenburg, Kgl. Oberamtmann, Wilhelmshof b. Hersfeld.

Landw. Verein im Riesengebirge zu Hirschberg in Schlesien. Vorsitzender: Laengner, Oekonomie-Rath, Alt-Kemnitz bei Hirschberg (Schlesien).

Landw. Verein des II. Jerichowschen Kreises zu Genthin. Vorsitzender: Himburg, Kgl. Oberamtmann, Amt Fienerode bei Genthin. Rendant: Eduard Ulrich, Kaufmann, Genthin.

Landw. Verein der Kreise Inowrazlaw und Strelno. Vorsitzender: Freiherr von Schlichting, Rittergutsbesitzer, Wierzbiczany bei Argenau. Rendant: C. Mahncke, Rittergutsbesitzer, Gonsk bei Argenau.

Landw. Verein zu Königsberg (Neumark). Vorsitzender: von Saldern, Königl. Landrath und Rittergutsbesitzer, Klein-Mantel bei Groß-Mantel (Neumark). Rendant: Ritter, Königsberg (Neumark).

Landw. Zweigverein der Pommerschen Oekonomischen Gesellschaft zu Labes. Vorsitzender: von Wedel, Rittergutsbesitzer, Schwerin bei Daber.

Leipziger Oekonomische Societät. Vorsitzender: Dr. A. von Frege, Kammerherr, Rittergutsbesitzer, Mitglied des

Reichstages, Abtnaundorf bei Schönefeld-Leipzig. Kreisvereins-Sekretär: F. H. Francke, Leipzig, Nürnbergerstraße 58 II.

Landw. Kreisverein zu Lippstadt. Direktor: Freiherr von Werthern, Königl. Landrath in Lippstadt. Rendant: H. Wensing, Lippstadt.

Landw. Kreisverein Minden. Vorsitzender: Caesar, Rittergutsbesitzer, Rothenhoff bei Hausberge über Minden.

Landw. Verein des Nimptsch'er Kreises. Vorsitzender: Hoffmann, Rittergutsbesitzer, Groß-Kniegnitz bei Prauß (Kreis Nimptsch). Kassirer: H. Tschor, Nimptsch.

Pommersche Oekonomische Gesellschaft, Hauptdirektorium der. General-Sekretär: Dr. Troschke, Oekonomierath, Cöslin, Bergstraße 44.

Landw. Kreisverein Posen. Vorsitzender: Endell, Major a. D., Rittergutsbesitzer, Kieckrz bei Rokietnica. E. Pflücker, Sekretär, Posen, Ritterstraße 13.

Landw. Verein zu Pritzwalk. Vorsitzender: von Freier, Rittergutsbesitzer, Hoppenrade bei Groß-Welle. Sekretär: Rambohr, Pastor, Kuhsdorf bei Pritzwalk.

Landw. Verein zu Rathenow. Vorsitzender: Briesen, Rittmeister a. D. und Rittergutsbesitzer, Böhne bei Groß-Wudicke.

Landw. Zweigverein der Pommerschen Oekonomischen Gesellschaft zu Regenwalde. Vorsitzender: von Blücher, Kgl. Kammerherr und Rittergutsbesitzer, Wolkow bei Groß-Borkenhagen.

Landw. Verein der Insel Rügen zu Bergen a. R. Vorsitzender: Doehn, Rittergutsbesitzer, Glutzow bei Poseritz (Rügen).

Landw. Kreditverein im Königreich Sachsen. Direktor: Dr. P. Mehnert, Hofrath, Rechtsanwalt und Notar, Dresden-A., Sidonienstraße 16 b.

Landw. Generalverein zu Schleswig-Holstein in Kiel. Vorsitzender Direktor: Holck, Kiel. General-Sekretär: Dr. H. Breyholz, Kiel, Kronshagener Weg 5.

Landw. Verein Schloppe. Schriftführer: W. Waser, Gutsbesitzer, Abbau Schloppe bei Schloppe (Kreis Dt. Krone).

Landw. Verein für Schönhausen und Umgegend. Schönhausen (Elbe). Vorsitzender: Fr. Bellin, Gutsbesitzer, Schönhausen (Elbe).

Landw. Abtheilung des Altmärkischen Vereins für Vaterländische Geschichte und Industrie in Stendal. Vorsitzender: von Bismarck, Kgl. Landrath, Rittergutsbesitzer, Briest bei Stendal.

Landw. Verein der Sternberger Kreise. Vorsitzender: Bohtz, Geheimer Regierungsrath und Landrath, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Reichstages und des Abgeordnetenhauses, Schmagorei bei Drossen (Kreis Ost-Sternberg), [Berlin W. 64, Behrenstraße 33].

Landw. Kreis-Verein Strehlen in Schlesien. Vorsitzender: von Lieres, Königl. Landrath, Major a. D., Rittergutsbesitzer, Strehlen in Schlesien. Vertreter: von Luck, Premier-Lieutenant a. D., Rittergutsbesitzer, Kreis-Deputirter, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Ottwitz bei Waeldchen (Schlesien), [Berlin SW. 68, Oranienstraße 106].

Uckermärkischer Verein für Thierschau und Landeskultur zu Prenzlau. Vorsitzender: von Winterfeldt-Menkin, Geh. Regierungsrath und Landrath, Mitglied des Reichstages und des Herrenhauses, Menkin bei Löcknitz, [Berlin W. 8, Mohrenstraße 27]. Rendant: Reichert, Kreisausschuß-Sekretär, Prenzlau.

Landw. Verein zu Wilsnack. Vorsitzender: Günther von Jagow, Erbjägermeister der Kurmark Brandenburg, Rühstaedt über Wilsnack. Schriftführer: Voigt, Konrektor, Wilsnack. Rendant: L. Drews, Wilsnack.

Landw. Zweigverein der Pommerschen Oekonomischen Gesellschaft zu Wollin. Vorsitzender: Baron von Sobeck, Rittergutsbesitzer, Trebenow bei Pribbernow (Kreis Cammin). Rendant: A. Krüger, Wollin.

Landw. Verein in Zinten (Gesellschaft prakt. Landwirthe). Vorsitzender: von Saint-Paul, Rittergutsbesitzer, Maraunen bei Zinten. Sekretär: Kühn, Pfarrer, Zinten.

Landw. Verein Zwaetzen-Jena. Vorsitzender: Prof. Dr. Freiherr von der Goltz-Jena. Rendant: Schilling, Zwaetzen bei Jena.

v. Langen, Dr. jur. Freiherr, Rittergutsbes., Mitglied des Reichstages, Groß-Lüdershagen b. Stralsund, [Berlin NW., Luisenstr. 30].

Langenbeck, Gutsbesitzer, Schönhof bei Bobitz über Kleinen (Mecklenburg-Schwerin).

v. Langenn-Steinkeller, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Wildenow bei Bahnhof Friedeberg (Neumark).

v. Langermann und Erlencamp, Freiherr, Rittergutsbesitzer, Lubin (Kreis Kosten).

Laqua, H., Gutsbesitzer, Sorgau bei Grottkau.

v. Leers, Rittergutsbesitzer, Mühlen-Eichsen (Mecklenburg-Schwerin).

Leidloff, R., Rittergutsbesitzer, Poethen bei Gommern.

Leuschner, Ernst, Kgl. Geheimer Bergrath, Ober-Berg- und Hütten-Direktor der Mansfelder Gewerkschaft, Mitglied des Reichstages, Eisleben, [Berlin W. 8, Charlottenstraße 71].

v. Levetzow-Gossow, **A.,** Kgl. Wirkl. Geheimer Rath, Excellenz, Landes-Direktor der Provinz Brandenburg, Mitglied des Staatsraths, Präsident des Reichstages, Mitglied des Herrenhauses, Berlin W. 64, Pariser Platz 2 und Berlin W. 10, Matthäikirch-Straße 20/21.

v. Levetzow, Rittergutsbesitzer und Kreisdeputirter, Groß-Wubiser bei Mohrin (Neumark).

v. Lieres und Wilkau, Landesältester, Rittergutsbesitzer, Pasterwitz bei Wangern.

zur Lippe, Ferdinand Graf und Edler Herr, Erlaucht, Rittergutsbesitzer, Baruth (Sachsen).

v. Livonius, Rittergutsbesitzer, Wendisch-Carstnitz bei Lupow (Kreis Stolp).

v. Löbell, General-Lieutenant z. D., Excellenz, Hannover, Wiesenstraße 3.

v. Loën, Freiherr, Major a. D., Rittergutsbesitzer, Groß-Biesnitz bei Görlitz.

v. Loesch, Heinrich, Landesältester und Rittergutsbesitzer, Kammerswaldau (Kreis Hirschberg, Schlesien).

Lübbert, Julius, Rittergutsbesitzer, Doesen bei Zinten (Kreis Heiligenbeil).

v. und zu Lüderitz, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Lüderitz (Altmark).

v. Lüttichau, Rittergutsbesitzer, Audigast bei Pegau (Kgr. Sachsen).

Lutz, Guts- und Brauereibesitzer, Mitglied des Reichstages und der Bayrischen Kammer der Abgeordneten, Heidenheim am Hahnenkamm (Mittelfranken), [Berlin W. 9, Linkstraße 37].

zu Lynar, M. Graf, Standesherr, Mitglied des Herrenhauses, Lübbenau.

Mac' Lean-Czerbienschin, **A.,** Lieutenant a. D., Rittergutsbesitzer, Wiesbaden.

Mac' Lean, Rittergutsbesitzer, Roschau bei Sobbowitz (Westpreußen).

v. der Malsburg, Hans Baron, Kgl. Kammerherr, Rittergutsbesitzer, Escheberg bei Zierenberg (Hessen-Nassau).

v. Manteuffel, O. Freiherr, Rittergutsbesitzer, Kgl. Landrath, Generaldirektor der Landfeuersozietät der Kurmark und der Nieder-Lausitz, 1. Vice-Präsident des Herrenhauses, Mitglied des Reichstages, Schloß Krossen bei Drahnsdorf (Berlin-Dresdener Bahn), [Berlin W. 62, Kurfürstenstraße 131].

v. Martini, Emil, Rittergutsbesitzer, Lukowo bei Obornik (Posen).

v. Massenbach, Freiherr, Rittergutsbesitzer, Salleschen bei Rheinswein (Ostpreußen).

v. Massow, Major z. D., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Reichstages, Rohr (Pommern) über Rummelsburg (Pommern), [Berlin W. 41, Mohrenstraße 1/5].

Matti, L., Gutsbesitzer, Obergartenhof bei Aschaffenburg.

Mauerhoff, Gutsbesitzer, Klein-Kamionken bei Rosoggen über Sorquitten.

Mehnert, Rittergutsbesitzer, Puschwitz bei Belgern (Elbe).

Meyer, Rittergutsbesitzer, Groß-Cummerow bei Casekow (Pommern).

v. Mirbach-Sorquitten, J. Graf, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Reichstages und des Herrenhauses, Sorquitten (Ostpreußen), [Berlin W. 64, Wilhelmstraße 69, Hôtel Royal].

Moewes, Rittergutsbesitzer, Falkenau bei Grottkau.

Moldzio, Jhs., Lieutenant a. D., Rittergutsbesitzer, Robitten bei Zinten (Kreis Heiligenbeil).

Mooren, Th., Bürgermeister, Mitglied des Reichstages und des Abgeordnetenhauses, Eupen (Rheinprovinz), [Berlin NW. 7, Friedrich-Straße 143/149].

v. Mudersbach, Weitzel, Rittergutsbesitzer, Osterwein bei Osterode (Ostpreußen).

v. Mühlenfels, Amtsvorsteher, Altefähr (Rügen).

Müller, Theophil, Rittergutsbesitzer, Amalienwalde bei Kobbelbude (Kreis Heiligenbeil).

Müller, Richard, Stadtgutsbesitzer, Eckartsberga (Prov. Sachsen).

Müller, Rittergutsbesitzer, Laubst bei Drebkau.

Müller, Hugo, Gräfl. Oberförster und Generalbevollmächtigter, Schloß Wiesenburg (Mark).

v. Münchhausen, Heino Freiherr, Premierlieutenant a. D., Rittergutsbesitzer, Herrengosserstedt bei Buttstädt (Provinz Sachsen).

v. **Muschwitz, H.,** Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Geisendorf bei Petershain über Cottbus.

v. **Muschwitz, Th.**, Rittergutsbesitzer, Wintdorf bei Drebkau.

v. **Nathusius, Friedrich,** Rittergutsbesitzer, Uchorowo bei Obornik.

v. **Nathusius, Philipp,** Potsdam.

v. **Neumann**-Gerbstedt, Legationsrath a. D., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Gerbstedt (Prov. Sachsen).

v. **Neumann**-Großenborau, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Ober-Großenborau (Rgsbz. Liegnitz).

v. **Nitzschwitz, F.,** Rittergutsbesitzer, Königsfeld bei Rochlitz (Königr. Sachsen).

v. **Oertzen**-Neu-Buckow, Landrath, Rittergutsbesitzer, Roggow über Neu-Buckow (Mecklenburg).

v. **Oertzen**-Groß-Schmückwalde, Rittergutsbesitzer, Groß-Schmückwalde über Osterode (Ostpreußen).

v. **Oertzen**-Remlin, **U.,** Geh. Ober-Regierungsrath a. D., Rittergutsbesitzer, Remlin bei Törbenstorf (Meckl.-Schwerin).

v. **Oldenburg, Elard,** Rittergutsbesitzer, Januschau bei Rosenberg (Westpreußen).

Opitz, H. G., Justizrath, Rechtsanwalt und Notar, Rittergutsbesitzer, Mitglied der Sächsischen II. Kammer, Treuen (Vogtland).

v. **Oppenfeld**-Reinfeld, Assessor a. D., Fideikommißbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Reinfeld (Kreis Belgard) [Berlin NW. 40, In den Zelten 16].

Ortmann, Gutsbesitzer, Schependorf bei Baumgarten über Bützow (Mecklenburg).

v. **Ostau,** Rittergutsbesitzer, Ringelsdorf bei Magdeburgerforth.

v. **der Osten**-Blumberg, **A.,** Rittmeister a. D., General-Landschaftsrath, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Reichstages und des Herrenhauses, Blumberg bei Casekow, [Berlin W. 9, Linkstraße 19].

v. **der Osten**-Jannewitz, Major a. D. und Rittergutsbesitzer, Jannewitz bei Lauenburg (Pommern).

v. **der Osten**-Pencun, Kgl. Kammerherr und Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Schloß Pencun (Vorpommern).

v. **der Osten**-Warnitz, Rittergutsbesitzer, Warnitz (Neumark).

v. **der Osten**-Wisbur, Rittergutsbesitzer, Wisbur bei Witzmitz (Pommern).

Osterroht, Rittergutsbesitzer, Neu-Künkendorf (Kreis Angermünde).

Otto, Carl, Rittergutsbesitzer, Döbra b. Oßling über Kamenz (Sachsen).
Otto, Inspektor, Raiersdorf bei Landeck (Schlesien).
Peltz, Rittergutsbesitzer und Mitglied der Sächsischen I. Kammer, Ramsdorf bei Lukka (Altenburg).
v. Perbandt-Windekeim, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Adl. Langendorf bei Eichen über Tapiau (Ostpreußen), [Berlin SW. 46, Kleinbeerenstraße 8].
v. Petersdorff, Landschaftsrath und Rittergutsbesitzer, Großenhagen bei Priemhausen über Gollnow (Pommern).
Pfeiffer, Richard, Rittergutsbesitzer, Biesen bei Zschortau.
Pflug, Friedrich, Direktor der landwirthschaftlichen Lokalabtheilung Ottweiler, Baltersbacherhof bei Ottweiler.
v. Pfuel, Ritterschaftsrath und Rittergutsbesitzer, Jahnsfelde bei Trebnitz (Ostbahn).
v. Platen-Fährhof, Gutsbesitzer, Fährhof bei Wieck (Rügen).
v. Platen-Parchow, Rittergutsbesitzer, Parchow bei Wieck (Rügen).
v. Platen-Bentz, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Stralsund, Sarnowstraße 3.
v. Plettenberg-Mehrum, Freiherr, Kgl. Kammerherr und Rittergutsbesitzer, Rittmeister a. D., Kreisdeputirter, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Haus Mehrum bei Vörde (Bezirk Düsseldorf), [Berlin W. 8, Mohrenstraße 27/28].
v. Ploetz-Döllingen, Hauptmann a. D., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Reichstages und des Abgeordnetenhauses, Präsident des „Bundes der Landwirthe", Döllingen bei Elsterwerda (Elster), [Berlin SW. 46, Hallesche Straße 18].
v. Ploetz-Stuchow, Königl. Kammerherr, Majoratsbesitzer, Stuchow bei Schwirsen (Pommern).
v. Plotho-Zerben, **Wolfgang** Edler Herr und Freiherr, Fideikommißbesitzer, Zerben bei Bahnhof Güsen (Berlin-Potsdam-Magdeb. Eisenbahn).
v. Podewils, Majoratsbesitzer, Penken bei Schrombehnen (Kreis Preuß. Eylau).
v. Poncet-Friedrichshain, **Max**, Glashütten- und Rittergutsbesitzer, Friedrichshain über Döbern bei Forst (Lausitz).
v. Poncet-Kruchowo, Rittergutsbesitzer, Kruchowo bei Tremessen (Posen).
Popp, Hermann, Gutsbesitzer, Ammelgoßwitz bei Belgern (Elbe).

Preetzmann, Rittergutsbesitzer, Heeselicht bei Gilgenburg (Ostpreußen).

v. Pressentin, gen. **v. Rautter,** Rittmeister a. D., Fideikommißbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Kanoten bei Gerdauen (Ostpreußen), [Berlin W. 64, Behrenstraße 64/65].

v. Prüschenk, Rittergutsbesitzer, Schreinen bei Bladiau (Kreis Heiligenbeil).

v. Pückler, Reichsgraf, Major a. D., Majoratsbesitzer, Schloß Branitz bei Cottbus.

v. Pückler, Friedrich Reichsgraf, Rittmeister a. D., Kreisdeputirter, Rittergutsbesitzer, Friedland (O./Schl.).

zu Putlitz, Gans Edler Herr, Rittergutsbesitzer, Groß-Pankow (Prignitz).

v. Puttkamer-Glowitz, Rittergutsbesitzer, Glowitz (Kreis Stolp).

v. Puttkamer-Niemietzke, Fritz Baron, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Niemietzke bei Damerkow (Kreis Stolp, Pommern).

v. Puttkamer-Plauth, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Reichstages und des Abgeordnetenhauses, Plauth bei Freystadt (Westpreußen), [Berlin NW. 7, Schadowstraße 1a].

v. Quast-Garz, Premierlieutenant a. D., Fideikommißbesitzer, Garz bei Wildberg (Mark).

v. Quistorp, Dr. jur. **Werner,** Rittergutsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Crenzow bei Murchin über Anklam (Neu-Vorpommern), [Berlin W. 64, Behrenstraße 64/65].

v. Ramin, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Brunn bei Neu-Torney über Stettin.

v. Randow, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Kloxin bei Prillwitz (Pommern).

Raschke, J. G., Städt. Lehrer, Steglitz, Filandastraße 11.

Rassow, E., Rittergutsbesitzer, Strelow bei Grimmen.

Redes, F., Rittergutsbesitzer, Natelfitz bei Witzmitz über Plathe.

Rée, G., Rittergutsbesitzer, Stibbe bei Tütz (Westpreußen).

de Rège, Major a. D., Berlin SW. 68, Oranienstraße 68 I.

v. Reichel, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Maldeuten.

Reimer, Rittmeister a. D., Königl. Amtsrath, Waldau (Ostpreußen).

Reinecke, W., Premier-Lieutenant, Rittergutspächter, Gußwitz bei Bojanowo.

v. Restorff-Lindenau, Rittergutsbesitzer, Lindenau (Kreis Heiligenbeil) über Braunsberg (Ostpreußen).

v. **Restorff**=Radow, Rittergutsbesitzer, Radow bei Neubuckow (Meckl.).

v. **Restorff**=Schwengels, Rittergutsbesitzer, Schwengels bei Zinten (Ostpr.).

Rettich, M., Domänenrath, Mitglied des Reichstages, Rostock, Blutstraße 14 [Berlin NW. 6, Friedrichstraße 93].

v. **Rex, Egon** Graf, Rittmeister, Rittergutsbesitzer, Zehista bei Pirna.

v. **Rexin, A.**, Majoratsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Woedtke bei Bresin über Lauenburg (Pommern).

Riebensahm, Lieutenant a. D., Mittelhufen (Landkreis Königsberg, Ostpreußen).

Riedel, L., Rittergutsbesitzer, Smolong bei Bobau (Kreis Preuß. Stargard, Westpreußen).

v. **Riepenhausen**=Crangen, **K.**, Kgl. Kammerherr, Premierlieutenant a. D., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Schloß Crangen bei Schlawe, [Berlin NW. 7, Dorotheenstraße 48].

v. **Risselmann** = Crussow, Kgl. Kammerherr und Landrath, Haupt-Ritterschafts=Direktor, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Crussow bei Angermünde, [Berlin W. 8, Mohrenstraße 11/12].

v. **Ritz**=Lichtenow, Majoratsbesitzer, Lichtenow bei Friedeberg (Neumark).

v. **Rochow**=Golzow, **Wichard**, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Golzow (Kreis Zauch=Belzig).

v. **Rochow**=Plessow, **F.**, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Plessow bei Werder (Havel).

v. **Rochow**, Freiherr, Königlicher Kammerherr und Rittergutsbesitzer, Strauch und Maerzdorf bei Großenhain.

v. **Roeder**, Rittergutsbesitzer und Regierungs=Assessor a. D., Gohlau bei Lissa (Schlesien).

v. **Roennebeck**, Major a. D., Rittergutsbesitzer, Rönnebeck bei Osterburg (Altmark).

Roesicke, Dr. jur., Assessor a. D., Rittergutsbesitzer, Goersdorf bei Dahme (Mark).

v. **Rohr**=Dannenwalde, **Otto**, Rittmeister d. R. der Gardes du Corps, Rittergutsbesitzer, Dannenwalde (Prignitz).

v. **Rohr**=Demmin, **Hans**, Major a. D., Rittergutsbesitzer, Haus Demmin bei Demmin (Pommern).

v. **Rohr** = Hohenwulsch, **Curt**, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer und Kreisdeputirter, Mitglied des Herrenhauses, Hohenwulsch bei Bismark (Altmark).

v. Rohr-Levetzow, Major a. D. und Rittergutsbesitzer, Groß-Wubicke.

Roloff, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Dabergotz bei Neu-Ruppin.

v. Roon, Graf, General-Lieutenant z. D., Fideikommißbesitzer, Mitglied des Reichstages, Krobnitz bei Reichenbach (Ober-Lausitz), [Berlin W. 8, Mohrenstraße 27].

Rose, P., Rittergutsbesitzer, Wesselshoefen bei Zinten (Kreis Heiligenbeil).

Rosenow, A., Premierlieutenant a. D. und Kgl. Amtsrath, Brandenburg über Ludwigsort (Kreis Heiligenbeil, Ostpreußen).

v. Rotenhan, Gottfried Freiherr, Kgl. Kammerherr, Rittergutsbesitzer, Rentweinsdorf (Bayern).

Roth, G., Gutsbesitzer, Calberwisch bei Osterburg (Altmark).

Rudloff, Premier-Lieutentant d. R., Rittergutsbesitzer, Bertkow bei Goldbeck (Altmark).

v. Rundstedt, Rittergutsbesitzer, Badingen bei Klaeden (Altmark), [Hannover].

Runge, H., Rittergutsbesitzer und Lieutenant a. D., Schmatzin bei Züssow.

Saeuberlich, A., Oberamtmann, Gröbzig (Anhalt).

Sachße, Bernhard, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Reichstages, Merschwitz bei Weißig (Elbe), (Kgr. Sachsen), [Berlin W. 9, Potsdamer Platz 1].

v. Saint-Paul, Ulrich, Majoratsbesitzer, Jaecknitz bei Zinten (Ostpr.).

v. Saldern-Brallentin, Oberst a. D., Rittergutsbesitzer, Brallentin bei Dölitz.

v. Saldern-Leppin, Baron, Rittergutsbesitzer, Berlin W., Kurfürstendamm 3.

v. Saldern-Wilsnack, Rittergutsbesitzer, Wilsnack.

v. Salisch, Königlicher Kammerjunker, Rittergutsbesitzer, Koschnöwe bei Prausnitz (Bezirk Breslau).

v. Sanden-Toussainen, Baron, Premier-Lieutenant a. D., Rittergutsbesitzer, Toussainen bei Ragnit.

v. Sandersleben, Rittergutsbesitzer, Alt-Hörnitz bei Zittau.

Sandfort, B., Colon, Waldseite bei Bentheim.

v. Saucken, O., Rittergutsbesitzer, Loschen bei Preuß.-Eylau.

v. Sauerma-Ruppersdorf, Graf, Dr. jur., Königl. Kammerherr, Majoratsbesitzer, Rittmeister und Landrath a. D., Karisch bei Ruppersdorf (Schlesien).

Saurma von der Jeltsch, Freiherr, Rittmeister a. D., Majoratsherr, Mitglied des Reichstages, Sterzendorf (Post) über Noldau (Kreis Namslau), [Berlin W. 64, Hôtel Windsor].

v. Schaper, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Falkenberg (Bezirk Halle).

v. Scheel-Plessen, Baron, Königl. Kammerherr, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Sierhagen bei Neustadt (Holstein).

v. Schierstädt, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Trebichow bei Radenickel, [Berlin W. 35, Am Karlsbad 14].

Schilke, Rittergutsbesitzer, Gansʼhorn a. H. bei Hohenstein (Ostpreußen).

Schippan, A., Fabrikbesitzer, in Firma A. Schippan & Co., Freiberg (Sachsen).

Schirmer, F., Rittergutsbesitzer, Neuhaus bei Delitzsch.

v. Schlabrendorf u. Seppau, Graf, Excellenz, Erb-Oberlandesbaudirektor im Herzogthum Schlesien, Majoratsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Seppau bei Quaritz (Schlesien), [Berlin W. 10, Bendlerstraße 32].

v. Schlemmer, Rittergutsbesitzer, Keimkallen bei Groß-Hoppenbruch über Wolittnick (Ostpreußen).

Schlick-Crottingen, Rittergutsbesitzer, Crottingen bei Deutsch-Crottingen (Kreis Memel).

v. Schlieben, G. Graf, Schloßhauptmann von Königsberg, Majoratsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Sanditten über Wehlau.

v. Schlieffen-Schwandt, O. Graf, Major a. D., Majoratsbesitzer, Schwandt bei Mölln (Mecklenburg).

v. Schlippenbach - Ahrendsee, Graf, General-Lieutenant z. D., Rittergutsbesitzer, Ahrendsee bei Schönermark (Kreis Prenzlau).

v. Schmidtfeld, Freiherr, Rittergutsbesitzer, Schloß Ripkeim bei Wehlau.

Schmidt, Rittergutsbesitzer, Freudenthal bei Hermsdorf (Kreis Heiligenbeil).

v. Schmidt, Rittergutsbesitzer, Moschütz bei Friedheim (Posen).

v. Schmiterlöw, Rittergutsbesitzer, Draheim bei Tempelburg.

Schmuhl, Alfred, Amtmann und Rittergutspächter, Lauske bei Pommritz (Kgr. Sachsen).

v. Schönaich, Müller, Major a. D., Rittergutsbesitzer, Werben (Spreewald).

v. Schönburg-Glauchau, R. C. Regierender Graf, Erlaucht, Standesherr, Oberst-Lieutenant à la suite der Armee, Mitglied des Herrenhauses, Gusow.

v. Schönburg-Waldenburg, Hugo Prinz, General der Kavallerie, Durchlaucht, Schloß Droyßig über Zeitz.

Schönfeld, Otto, Direktor der Ackerbauschule zu Oranienburg.

v. Schöning-Lübtow, Majoratsbesitzer, Mitglied des Reichstages und des Abgeordnetenhauses, Lübtow A. bei Pyritz, [Berlin W. 9, Leipziger Platz 2].

v. Schrader-Bliestorff, Freiherr, Kgl. Ceremonienmeister u. Kammerherr, Rittergutsbesitzer, Bliestorff bei Steinhorst (Herzogthum Lauenburg), [Berlin NW. 40, Zelten 9b].

Schrader, Rittergutsbesitzer, Zechlau (Westpreußen).

Schroeder-Poggelow, Dr., Rittergutsbesitzer, Berlin W., Friedrich-Wilhelmstraße 21.

Schroeder Striesenow, **L.,** Gutsbesitzer, Striesenow bei Laage (Meckl.).

v. Schuetz, Major a. D., Rittergutsbesitzer, Weßlienen bei Wolittnick (Kreis Heiligenbeil).

Schuetze, G., Oberamtmann und Rittergutsbesitzer, Heinsdorf bei Dahme (Mark).

v. der Schulenburg-Beetzendorf, Königl. Landrath, Rittmeister a. D., Fideikommißbesitzer, Beetzendorf (Altmark).

v. der Schulenburg-Emden, Graf, Kgl. Kammerherr, Major a. D., Rittergutsbesitzer, Emden bei Erxleben.

v. der Schulenburg-Priemern, Rittergutsbesitzer, Priemern bei Seehausen (Altmark).

v. der Schulenburg-Heßler, Graf, Majoratsbesitzer, Erbkämmerer in der Landgrafschaft Thüringen, Vitzenburg über Nebra.

v. der Schulenburg-Wolfsburg, Gebhard Graf, Herzogl. Braunschw. Vice-Oberjägermeister, Fideikommißbesitzer, Nordsteimke bei Vorsfelde.

v. der Schulenburg-Wolfsburg, Günther Graf, Erbküchenmeister der Kurmark Brandenburg, Fideikommißbesitzer und Mitglied des Herrenhauses, Wolfsburg über Vorsfelde.

Schultz, A., Gutsbesitzer, Liepe bei Dannenberg (Elbe).

v. Schultz, Christoph, Lieutenant d. R., Gutspächter, Vaschvitz bei Trent (Rügen).

Schultze, Adolph, Gutsbesitzer, Götz bei Groß-Kreutz (Mark).

Schultze-Holmer, Colon, Samern bei Schüttorf (Hannover).
Schulz, Dr., Rittergutsbesitzer, Liebenfelde bei Soldin.
Schulze, Wilhelm, Rittergutsbesitzer, Brederlow bei Pyritz.
Schumacher, H., Oekonomierath und Großherzogl. Hausgutspächter, Zarchlin bei Bahnhof Carow (Meckl.-Schwerin).
v. Schwerin-Löwitz, Graf, Rittmeister a. D., Kreisdeputirter, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Reichstages, Löwitz (Pommern) über Ducherow, [Berlin W. 62, Nollendorfplatz 7].
v. Schwerin-Schwerinsburg, B. Graf, Excellenz, Königl. Kammerherr und Erbküchenmeister in Alt-Vorpommern, Fideikommißbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Schwerinsburg bei Löwitz (Pommern).
v. Schwerin-Schwerinsburg, Karl Graf, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Schwerinsburg bei Löwitz (Pommern).
v. Schwerin-Ziethen, Graf, Königl. Landrath des Kreises Usedom-Wollin, Rittergutsbesitzer, Swinemünde.
v. Schwichow, L., Kgl. Kammerherr und Landrath, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Margoninsdorf bei Margonin.
v. Seebach, Freiherr, Rittmeister a. D. und Rittergutsbesitzer, Großfahner über Gotha (Sachsen-Coburg-Gotha).
Seehagel, A., Administrator, Sipiory bei Neusipiory (Netze).
Seiler, Rittergutsbesitzer, Mitglied der Sächsischen Ersten Kammer, Vorsitzender der Kreisstände des Vogtlandes und des Landwirthschaftlichen Kreisvereins zu Reichenbach, Noßwitz bei Elsterberg (Vogtland).
v. Seydlitz, Graf, Rittergutsbesitzer, Langenbielau.
Seyfarth, F., Landwirth, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Rotenburg (Fulda), [Berlin W. 41, Krausenstraße 56/58].
Sievert, W., Gutsbesitzer, Zerrenthin bei Pasewalk.
v. Sigsfeld, J., Rittergutsbesitzer, Wersingawe bei Polgsen (Kreis Wohlau).
v. Simpson, Rittergutsbesitzer, Schloß Georgenburg (Ostpreußen) über Insterburg.
zu Solms-Baruth, Friedrich Fürst, Durchlaucht, Standesherr, Mitglied des Herrenhauses, Baruth (Mark), [Berlin W. 64, Behrenstr. 68].

zu Solms-Braunfels, Herrmann Prinz, Durchlaucht, Hauptmann a. D., Mitglied des Abgeordnetenhauses, Schloß Braunfels, [Berlin W. 41, Mohrenstraße 1/5].

zu Solms-Roedelheim, Otto Graf, Erlaucht, Erbtruchseß in Neu-Vorpommern, Major a. D., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Altenhagen bei Redebas über Velgast (Neu-Vorpommern), [Berlin NW. 40, In den Zelten 18].

Spalding, E., Rittergutsbesitzer, Gloedenhof bei Züssow.

Speetzen, Premier-Lieutenant der Landwehr-Kavallerie, Großherzgl. Hausgutspächter, Rampe bei Schwerin (Mecklenburg).

v. Sperber-Gerskullen H., Regierungs-Assessor a. D., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Gerskullen bei Lengwethen.

v. Sperber-Kleszowen, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Reichstages, Adl. Kleszowen bei Wikischken über Darkehmen, [Berlin W. 8, Mohrenstraße 27/28].

Sperber-Prökuls, Rittergutsbesitzer, Prökuls (Kreis Memel).

v. Spörcken, W., Baron, Rittergutsbesitzer, Lüdersburg bei Echem (Hannover).

Springer, Lehngutsbesitzer, Ruhlsdorf über Zerpenschleuse.

v. Staudy, L., General-Landschaftsdirektor und Rittergutsbesitzer, Mitglied des Reichstages, Posen, [Berlin W. 41, Mohrenstraße 1/5].

Steiger, A., Oekonomie-Rath und Rittergutsbesitzer, Klein-Bautzen bei Bautzen.

v. Stockhorner, O. Freiherr, Großherzogl. Badischer Kammerherr und Landgerichtsrath, Freiberg (Baden), Friedrichstraße 39.

zu Stolberg-Wernigerode, Const. Graf, Regierungs-Präsident, Aurich.

zu Stolberg-Wernigerode, Theodor Graf, Major a. D., Rittergutsbesitzer, Tütz (Westpreußen).

Stolze, G., Kgl. Oekonomierath und Rittergutsbesitzer, Neukammer bei Nauen.

v. Stosch, Oberst z. D., Rittergutsbesitzer, Roedelshoefen bei Braunsberg (Kreis Braunsberg).

v. Strachwitz-Bertelsdorf, Graf, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Bertelsdorf bei Lauban in Schlesien, [Berlin W. 41, Kanonierstraße 23].

v. **Strachwitz**-Groß-Reichenau, Graf, Rittergutsbesitzer, Groß-Reichenau (Kreis Sagan).

Strötker, Gr., Colon, Achterberg bei Gildehaus (Hannover).

v. **Stülpnagel-Dargitz**, Fideikommißbesitzer, Carlstein bei Zehden (Oder).

v. **Stülpnagel**-Grünberg, Rittmeister a. D., Ritterschaftsrath und Rittergutsbesitzer, Grünberg bei Brüssow (Uckermark).

v. **Sydow**-Bärfelde, Rittergutsbesitzer, Bärfelde (Neumark).

v. **Sydow**-Dobberphul, **H.**, Rittergutsbesitzer, Dobberphul bei Rufen (Neumark).

v. **Sydow**-Kalzig, Rittergutsbesitzer, Kalzig (Bezirk Frankfurt, Oder) über Schwiebus.

v. **Teichmann und Logischen**, Baron, Rittergutsbesitzer, Dombrowka bei Proskau (Ober-Schlesien).

Tenge, A., Rittergutsbesitzer, Niederbarckhausen bei Oerlinghausen (Lippe-Detmold).

v. **Thielmann**, Freiherr, Kgl. Kammerherr, Majoratsbesitzer und Landesältester, Jacobsdorf bei Falkenberg (Ober-Schlesien).

Thietke, R., Gutsbesitzer, Deetz bei Groß-Kreutz.

Tippel, Otto, Chefredakteur, Schweidnitz (Schlesien).

v. **Thüngen, C.** Reichsfreiherr, Landrath, Rittergutsbesitzer, Roßbach bei Zeitlofs (Bayern).

Trapp, J. A., Weinbergsbesitzer, Rüdesheim (Rhein, Rheingau).

v. **Trebra**, Rittergutsbesitzer, Schneeberg-Neustaedtel (Erzgebirge).

v. **Treskow**-Dahlwitz, **Heinrich**, Rittergutsbesitzer, Dahlwitz bei Hoppegarten (Kreis Nieder-Barnim).

v. **Treskow**-Wierzonka, **Hugo**, Rittergutsbesitzer, Wierzonka bei Kobelnitz.

v. **Troschke, E.** Freiherr, Hauptmann a. D., Rittergutsbesitzer, Fürstenflagge über Gollnow (Pommern).

v. **Trotha**, Kgl. Kammerherr und Rittergutsbesitzer, Hecklingen (Anhalt).

v. **Unruh**, Rittergutsbesitzer, Klein-Münche bei Kaehme (Provinz Posen).

v. **Usedom**, Major a. D., Rittergutsbesitzer, Zirmoissel bei Rappin (Rügen).

v. **Uslar**, Gutsbesitzer, Buschmoor bei Rinkenis (Schleswig).

Veer, H., Colon, Engden bei Lingen (Hannover).

v. **Veltheim**-Destedt, Freiherr, Excellenz, Herzogl. Braunschweig. Ober-Jägermeister, Fideikommißbesitzer, Destedt (Braunschweig).

v. **Veltheim**-Ostrau, **Ludolf** Freiherr, Rittergutsbesitzer, Ostrau (Kreis Bitterfeld).

v. **Veltheim**-Schönfließ, **W.** Freiherr, Königl. Kammerherr und Ceremonienmeister, Major a. D., Majoratsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Schönfließ bei Hermsdorf (Mark), [Berlin W. 64, Behrenstr. 64/65].

Vibrans, Gustav, Rittergutsbesitzer, Wendhausen bei Hildesheim.

Vogelsang, J., Colon, Bauerschaft Bentheim bei Bentheim (Hannover).

v. **Voß**, Majoratsbes., Mitglied des Herrenhauses, Stavenow bei Karstädt.

v. **Voß-Wolffradt, Achim**, Kgl. Kammerherr und Rittmeister a. D., Majoratsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Lüssow bei Gützkow (Neu-Vorpommern).

v. **Wackerbarth**, O. Freiherr, Kgl. Kammerherr, Major a. D., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Briesen bei Cottbus.

v. **Waldaw- und Reitzenstein**, Fideikommißbesitzer, Königswalde (Neumark).

v. **Waldow**, Rittmeister der Landwehr-Kavallerie, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Fürstenau bei Neuwedel, [Berlin W. 64, Hôtel Windsor].

v. **Wangenheim**, Freiherr, Rittergutsbesitzer, Weißenborn bei Freiberg (Sachsen).

v. **Wedel**-Gerzlow, Major a. D., Rittergutsbesitzer, Gerzlow über Bernstein.

v. **Weiher**, Rittergutsbesitzer, Groß-Boschpol (Pommern).

v. **Weiher**, Rittergutsbesitzer, Vietzig (Pommern).

v. **Weiß**, Rittergutsbesitzer, Plauen bei Allenburg (Ostpreußen).

Weltner, Lieutenant der Landwehr-Kavallerie und Rittergutsbesitzer, Norgehnen bei Groß-Baum über Königsberg (Ostpreußen).

Wendhausen, M., Rittergutsbesitzer, Lancken bei Wieck (Rügen).

v. **Werdeck**-Schorbus, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Reichstages und des Abgeordnetenhauses, Schorbus bei Drebkau, [Berlin NW. 7, Schadowstraße 3].

Wiechelt, Gutsbesitzer, Schwerin (Meckl.), Wismarische Straße 20.

v. **Wiedebach- und Nostitz-Jaenkendorf**, Königl. Kammerherr, Rittergutsbesitzer, Arnsdorf (Preuß. Ober-Lausitz).

v. **Wiedebach- und Nostitz-Jaenkendorf**, **Karl**, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Wiesa bei Rengersdorf (Ober-Lausitz).

Wichmann, Rittergutsbes., Rahmgeist bei Schönfeld (Bezirk Königsberg).
v. **Wilamowitz-Möllendorff, W.** Graf, Rittmeister a. D., Majoratsbesitzer, Schloß Gadow bei Lanz.
v. **Winterfeld**-Damerow, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Damerow bei Rechlin.
v. **Winterfeld**-Krieschow, **H.**, Ritterschaftsrath und Rittergutsbesitzer, Schloß Krieschow (Kreis Cottbus).
v. **Winterfeld**-Neuendorf, **K.**, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Neuendorf bei Neustadt (Dosse).
v. **Winterfeld**-Vahrnow, Rittmeister a. D. und Rittergutsbesitzer, Vahrnow bei Ottiliengrube.
Witt, S., Gutspächter, Hof Stralendorf b. Holthusen über Schwerin (Meckl.).
v. **Witzleben, Job,** Major a. D. und Majoratsbesitzer, Witzleben bei Lobsens.
v. **Woisky,** Rittergutsbesitzer, Basien (Kreis Braunsberg).
v. **Wolzogen,** Baron, Rittergutsbesitzer, Dubberzin bei Groß-Schlönwitz über Stolp (Pommern).
Wrede, H., Rittergutspächter, Söderhof bei Ringelheim (Hannover).
v. **Wurmb, Hans Lutz,** Schloßhauptmann und Kammerherr, Rittergutsbesitzer, Porstendorff bei Dornburg (Saale).
v. **Zastrow-Hartha,** Landesältester, kontrolirendes Mitglied des Verwaltungsraths der Norddeutschen Hagelversicherungs-Gesellschaft, Berlin W. 62, Zietenstraße 6a.
v. **Zedlitz und Neukirch, Georg** Freiherr, Königl. Landrath und Rittergutsbesitzer, Neukirch (Katzbach).
v. **Zelewski**-Barlomin, Dr. jur., Königl. Kammerherr, Rittergutsbesitzer, Barlomin bei Lusin (Kreis Neustadt Westpreußen).
Zersch, R., Oekonomierath, Rittergutspächter, Köstritz (Fürstenthum Reuß j. L.).
Ziegner, Administrator, Blumberg (Mark).
v. **Zimmermann,** Rittergutsbesitzer, Ritterschaftsrath und Landesältester, Langmeil bei Züllichau.
v. **Zieten-Schwerin,** Graf, Fideikommißbesitzer, Mitglied des Staatsrathes und des Herrenhauses, Wustrau über Fehrbellin.
v. **Zitzewitz**-Cussow, Rittergutsbesitzer, Cussow bei Gumbin (Bezirk Köslin) über Stolp (Pommern).
v. **Zitzewitz**-Dumröse, **P.**, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Dumröse bei Denzin.

Delegirte zur XIX. Generalversammlung der Vereinigung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer am 20. und 21. Februar 1894.

Landwirthschaftlicher Kreis-Verein Altena (Westfalen).
Heydweiller, Königl. Landrath, Altena (Westfalen).

Landwirthschaftlicher Verein für Düben und Umgegend.
Gerber, Königl. Amtsrath, Hauptmann a. D., Domäne Schwemsal bei Düben.

Landwirthschaftlicher Verein Freienwalde (Oder).
Veit, Gutsbesitzer, Herrenwiese bei Alt-Ranft.
Redlich, Getreidehändler, Freienwalde (Oder).

Landwirthschaftlicher Kreis-Verein Fritzlar (Hessen-Nassau).
Steinmetz, Wilhelm, Gutsbesitzer, Werckel bei Fritzlar.

Landwirthschaftlicher Verein Guben.
Schulz, Rittergutsbesitzer, Sembten bei Guben.

Land- und Forstwirthschaftlicher Haupt-Verein für den Regierungs-Bezirk Hannover.
von Woyna, Landrath und Mitglied des Abgeordnetenhauses, Neustadt a. Rübenberge.

Landwirthschaftlicher Verein Herzberg (Elster).
Schmidt, Rittergutsbes., Friedersdorf bei Herzberg (Elster).

Landwirthschaftlicher Verein Lauenburg (Pommern).
Fließbach, C., Oekonomie-Rath und Rittergutsbesitzer, Landechow bei Belgard (Pommern).

Landwirthschaftlicher Verein Malterhausen.
Ideler, Gutsbesitzer, Malterhausen bei Jüterbog.

Mecklenburg-Strelitz'scher Landwirthschaftlicher Verein Neubrandenburg.
v. Oertzen, Rittergutsbesitzer, Rossow bei Nebdemin.

Landwirthschaftlicher Verein Naumburg (Saale).
Freiherr von Feilitzsch, Kgl. Landrath, Naumburg (Saale).

Landwirthschaftlicher Verein für Oranienburg und Umgegend, Oranienburg.
Scherel, Amtsvorsteher, Birkenwerder (Nordbahn).

Landwirthschaftlicher Verein Schivelbein.
Cleve, Rittergutsbesitzer, Leckow bei Schivelbein.

Landwirthschaftlicher Verein Skurz (Westpreußen).

Herrmann, H., Premier-Lieutenant d. L., Gut Schwarzwald bei Skurz.

Landwirthschaftlicher Verein Strasburg (Uckermark).

von Arnim, Rittergutsbesitzer, Güterberg bei Strasburg (Uckermark).

Landwirthschaftlicher Verein Straupitz (Nieder-Lausitz).

Kurras, P., Gutsbesitzer, Straupitz (Nieder-Lausitz).

Schmidt, Gemeinde-Vorsteher, Niederzauche (Nieder-Lausitz).

Wachs, Gutsbesitzer, Niederzauche (Nieder-Lausitz).

Landwirthschaftlicher Verein Strehla (Elbe).

Popenbieker, Rittergutsbesitzer, Rittergut Pochra bei Riesa.

Stroppener Landwirthschaftlicher Verein in Trebnitz (Schlesien).

von Kalckreuth, Hauptmann a. D. und Rittergutsbesitzer, Pirschen bei Trebnitz (Schlesien).

von Obernitz, Major a. D. und Rittergutsbesitzer, Machnitz bei Trebnitz (Schlesien).

Landwirthschaftlicher Verein Weißenfels.

Singer, Gutsbesitzer, Weißenfels.

Landwirthschaftlicher Provinzial-Verein für Westfalen und Lippe, Münster (Westfalen).

Dr. Schleh, General-Sekretär, Münster (Westfalen).

Ferner haben die XIX. Hauptversammlung besucht:

Arendt, Dr. Otto, Herausgeber des „Deutschen Wochenblatt“ und Mitglied des Abgeordnetenhauses, Berlin W. 57, Bülowstraße 43.

Aschendorff, E., Vice-Direktor des „Bundes der Landwirthe“, Berlin SW. 46, Hallesche Straße 12.

Bovenschen, Dr., Redakteur, Berlin W., Potsdamer-Straße 42.

v. Dönhoff, F. Graf, Premier-Lieutenant a. D., Rittergutsbesitzer, Berlin NW. 40, In den Zelten 11.

von Dúrant de Sénégas, Freiherr, Major a. D., Landesältester, Mitglied des Herrenhauses, Baranowitz.

Eckardt, Ingenieur, Köln (Rhein).

Ferrario, Cav. G., Enotecnico del Governo italiano, Berlin W. 64, Rosmarienstraße 9.

Frankenstein, Dr. Kuno, Privat-Dozent an der Humboldt-Akademie, Berlin-Schöneberg, Hauptstraße 138.

Goebeler, Dr., Gymnasial-Lehrer, Steglitz.

Goullon, M., Gutsbesitzer, Schlage bei Drygallen (Ostpreußen).

Hahn, Dr. Diederich, Mitglied des Reichstages und des Abgeordnetenhauses, Berlin NW. 52, Calvinstraße 21.

Heidemann, Ingenieur, Schöneberg-Berlin, Hauptstraße 22a.

Horn, Max, Redakteur, Berlin SW. 46, Tempelhofer Ufer 30.

Jencke, Geheimer Finanzrath, Essen.

von Kaminski, Oberst a. D., Ganglau (Ostpreußen).

Knoblauch, Rittergutsbesitzer, Logau bei Lauban (Schlesien).

Lous, Rittergutsbesitzer, Klaukendorf (Ostpreußen).

von Lüttwitz, General z. D., Potsdam, Manger Straße 29.

Malliard, Pierre de, Attaché techn. à l'ambassade de France, Berlin W. 9, Linkstraße 41.

Mancke, Walther, Chefredakteur der „Bank- und Handels-Zeitung", Berlin SW., Zimmerstraße 95/96.

v. Mosch, R., Chefredakteur des „Deutschen Adelsblatt", Berlin NW. 7, Mittelstraße 26/27.

Müller, Dr. Otto H., Chefredakteur der „Deutschen Landwirthschaftlichen Presse", Berlin SW. 46, Hedemannstraße 10.

Reismann, Dr., General-Sekretär des Vereins für Bergbauliche Interessen in Rheinland und Westfalen, Köln (Rhein).

Remus, B., Rentier, Berlin N., Chausseestraße 24a.

v. Schalscha, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Frohnau bei Löwen (Schlesien).

Schmelzer, stud. agr., Gr. Gruben bei Koschlau (Ostpreußen).

von Schon, W., Oberst z. D., Charlottenburg, Berliner Straße 90.

von Schuckmann, H. Freiherr, Rittergutsbesitzer, Auras (Oder), [Schlesien].

Schultze, Hans, Baumaterialienhandlung, Berlin SW. 46, Königgrätzerstraße 53.

Schulz, Dr., Rittergutsbesitzer, Liebenfelde bei Soldin.

Stall, Dr. Bernhard, Herausgeber der „Deutschen Volkswirthschaftlichen Korrespondenz", Berlin W. 8, Mohrenstraße 50.

von Stein, Freiherr, Rittergutsbes., Nieder-Schmalkalden b. Wernshausen.

von Stein, Freiherr, Referendar, Nieder-Schmalkalden b. Wernshausen.
Suchsland, Dr. H., Direktor des „Bundes der Landwirthe", Berlin SW. 46, Hallesche Straße 18.
Tenge, Landrath a. D. und Herrschaftsbesitzer, Rietberg (Westfalen).
Wagner, Professor Dr. Adolph, Geheimer Regierungs-Rath und ord. öffentlicher Professor an der Friedrich Wilhelms-Universität, Berlin NW. 40, Lessingstraße 26.
Wolff, Karl, Rentier, Schöneberg-Berlin, Gleditschstraße 21.
Wühlisch, Rittergutsbesitzer, Lieskau bei Schleife (Bezirk Liegnitz).

Das Bureau der Vereinigung befindet sich:

Berlin SW. 47, Hagelberger Straße 18.

Beitritts-Anmeldungen nimmt zur weiteren Veranlassung das **Bureau der Vereinigung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer** entgegen.

Sekretär und Rendant: Stephan-Berlin.

Druck der Deutschen Verl.- u. Buchdruckerei-A.-G., Berlin SW., Königgrätzerstr. 41.

Bericht

über die

Verhandlungen der XX. Generalversammlung

der

Vereinigung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer

Berlin, am [illegible] und 20. Februar 1895,

Bureau des Ausschusses.

[illegible]
[illegible] Verzeichniß [illegible]

Berlin, 1895.
[illegible] der Steuer- und [illegible]
[illegible] Ziegelberger [illegible]

Bericht

über die

Verhandlungen der XX. Generalversammlung

der

Vereinigung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer

zu

Berlin, am 19. und 20. Februar 1895,

erstattet vom

Bureau des Ausschusses.

Als Anhang:

Statut und Verzeichniß der Mitglieder.

Berlin, 1895.
Verlag des Bureau der Steuer- und Wirthschafts-Reformer,
SW. 47, Hagelberger Straße 13.

Inhalts-Verzeichniß.

Erster Tag:

Dienstag, den 19. Februar.

Der stellvertretende Vorsitzende, Freiherr **von Manteuffel-Crossen** eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 20 Minuten mit folgender Ansprache:

Meine Herren, nachdem im vergangenen Jahre die Vereinigung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer verschmolzen worden ist mit dem Congreß Deutscher Landwirthe und einige Statutenänderungen vorgenommen worden sind, habe ich die Ehre, auf Grund dieses veränderten Statutes heute für die beiden Tage, die uns hier in diesen Räumen versammeln, den Vorsitz zu übernehmen.

Meine Herren, gestatten Sie mir, daß, bevor wir unsere Berathungen beginnen, ich Sie bitte, sich von Ihren Plätzen zu erheben und das zu thun, was wir deutschen Landwirthe alle Zeit zu thun gewöhnt sind, bevor wir in die Berathung unserer Angelegenheiten eintreten.

(Die Versammlung erhebt sich.)

Meine Herren, die Zeit, in der wir leben, ist schwer und ernst: schwer und ernst ganz besonders für die deutsche Landwirthschaft.

Seit wir im vergangenen Jahre hier versammelt waren, hat sich unsere wirthschaftliche Lage wahrlich nicht verbessert. Vorwärts gekommen ist wohl Niemand von uns, wohl aber sind unter der Landwirthschaft treibenden Bevölkerung zahlreiche Existenzen ruinirt und bergab schreiten wir fast ausnahmslos, so daß ein jeder von uns, wenn die Zeit sich nicht bessert, mit einiger Sicherheit den Zeitpunkt berechnen kann, an dem er die heimathliche Scholle verlassen muß, an dem er den erpachteten Boden nicht mehr beackern kann.

(Sehr richtig!)

Und dennoch, meine Herren, schaue ich heute hoffnungsvoller in die Zukunft, als vor Jahresfrist; sind doch inmittelst Ereignisse eingetreten, welche diese Hoffnung berechtigt erscheinen lassen.

Dem ersten Rathgeber der Krone, welcher die Bahnen nationaler Wirthschaftspolitik verlassen und uns unter Aufgabe des autonomen Zolltarifs auf eine lange Reihe von Jahren wirthschaftliche Fesseln angelegt hat, ist von Sr. Majestät dem Kaiser der Abschied bewilligt worden. Die Gründe hierfür zu erforschen, ist nicht unsere Sache, doch geht man wohl nicht fehl in der Annahme, daß diese auf wirthschaftlichem, in Sonderheit landwirthschaftlichem Gebiete liegen. Möge in die Arbeitszimmer des Reichskanzleramtes wieder der Geist des Mannes eingezogen sein, der bei seinen unvergänglichen Verdiensten um Deutschland stets bestrebt gewesen ist, die deutsche Landwirthschaft lebensfähig zu erhalten, in der festen Ueberzeugung, daß Deutschland ein Staat sei, der nur groß und mächtig sein werde, wenn seine Landwirthschaft blüht und gedeiht —

(Lebhafter Beifall.)

der Geist des Mannes, der in wenigen Wochen seinen 80. Geburtstag feiern wird, zu dem wir ihm schon heute unsere Wünsche darbringen.

(Lebhafter, anhaltender Beifall.)

Aber weiter, meine Herren: Vor wenigen Tagen ist im Reichstage mit großer Mehrheit ein Antrag auf dem Gebiete der Währungsfrage angenommen worden, der hoffentlich für die deutsche Landwirthschaft von segensreichen Folgen sein wird.

(Lebhafter Beifall.)

Und gerade wir haben allen Anlaß, mit voller Befriedigung hierauf zu blicken, da sich dieser Antrag in einer Richtung bewegt, die wir stets verfolgt und verfochten haben, und da der Vater des Antrages unser bewährtester Führer ist.

(Bravo!)

Freilich unmittelbar wirksam für die Preisbildung wird die Annahme des Antrages, so freundlich auch die verbündeten Regierungen ihm gegenüber sich ausgesprochen haben, schwerlich sein, und baldige Hilfe ist dringend geboten.

(Sehr richtig!)

Deshalb verfolgen wir die Aussichten des Antrages Kanitz mit großer Spannung: aber, meine Herren, Se. Majestät der Kaiser hat die Einberufung des Staatsrathes für die nächste Zeit in Aussicht genommen, der neben der Währungsfrage gerade mit dem

genannten Antrage sich an erster Stelle zu beschäftigen haben wird; hoffentlich mit einem uns günstigen Erfolge.

(Bravo!)

Meine Herren, bei dem Neujahrs-Gottesdienste in der Kapelle des Königlichen Schlosses ist von dem Altar aus der allmächtige Gott gebeten, daß Er Kraft und Hilfe spenden wolle zur Beseitigung der Nothlage der Landwirthschaft.

Und zwei Wochen später hat Se. Majestät in der Thronrede, mit welcher der Preußische Landtag eröffnet wurde, ausgesprochen:

> Zu Meinem lebhaften Bedauern ist die Lage der Landwirthschaft fortdauernd ungünstig. Den hieraus erwachsenen schweren Uebelständen nach Möglichkeit zu begegnen, ist Meine unabläßige landesväterliche Sorge und die dringendste Aufgabe Meiner Regierung.

Noch gestern hat Se. Majestät bei dem Empfange der Abordnung des Bundes der Landwirthe in ähnlicher Weise sich geäußert. Seien wir Ihm dankbar hierfür. Dankbar auch dafür, daß Er durch Seine Weisheit uns den Frieden erhalten hat. Gott gebe, daß der Friede uns auch ferner gesichert bleibe.

(Bravo!)

Aber sei dem, wie ihm auch wolle, davon bin ich fest überzeugt, daß, wenn der Kaiser ruft, wir Landwirthe alle — große wie kleine, mit Freuden bereit sein werden, den letzten Tropfen Blutes zu opfern für Kaiser und Reich.

(Lebhafter Beifall.)

Diesem Gefühle, meine Herren, wollen wir Ausdruck geben, indem wir ausrufen:

Se. Majestät der Kaiser und die mit ihm verbündeten deutschen Fürsten, sie leben hoch! — und abermals hoch! — und zum dritten Male hoch!

(Die Versammlung stimmt begeistert in den Hochruf ein.)

Meine Herren, ich habe Ihnen mitzutheilen, daß Se. Excellenz der Herr Landwirthschaftsminister den Herrn Geheimen Oberregierungsrath Dr. Thiel hierher entsandt hat, der der Sitzung der Vereinigung der Steuer- und Wirthschaftsreformer beiwohnen will.

Geheimer Oberregierungsrath Dr. **Thiel**-Berlin: Erlauben Sie mir, meine Herren, daß ich kurz das Bedauern meines Herrn Chefs, des Herrn Ministers für Landwirthschaft, Domänen und

Forsten, ausdrücke, daß er wegen Geschäftsüberhäufung, die Ihnen ja gerade in dieser Zeit begreiflich sein wird, nicht in der Lage ist, an Ihren Verhandlungen theilnehmen zu können.

Ich darf daran wohl das Bedauern knüpfen, daß es auch mir nicht vergönnt sein wird, längere Zeit an Ihren Verhandlungen theilzunehmen, weil mich eine unabweisbare Pflicht heute als Staatskommissarius in den Provinziallandtag ruft. Ob ein anderer meiner Herren Kollegen in der Lage sein wird, an meiner Stelle hier zu erscheinen, kann ich nicht sagen; sollte es nicht der Fall sein, so bitte ich Sie, auch hierin kein Zeichen der Theilnahmlosigkeit der landwirthschaftlichen Verwaltung zu erblicken, sondern es damit zu entschuldigen, daß die Einladung etwas spät gekommen ist, so daß keine Zeit war, Verabredungen zu treffen, und daß heute so verschiedene Sitzungen hier in Berlin stattfinden, an welchen die landwirthschaftliche Verwaltung betheiligt ist, daß es schwer ist, die genügenden Arbeitskräfte für alle diese Sitzungen zu finden.

Meine Herren, ich darf wohl daran noch ein Wort meines ganz persönlichen Bedauerns anknüpfen, daß es mir nicht einmal erlaubt ist, der Verhandlung über den ersten Gegenstand Ihrer Tagesordnung vollständig beizuwohnen, da dies ein Thema betrifft, welches mich ungemein interessirt und worüber ich sehr gern das Referat des Herrn von Knebel-Doeberitz und die anschließende Debatte gehört hätte. Wenn Sie mir noch ein Wort gestatten wollen, so möchte ich gerade an diesen Gegenstand eine kurze Betrachtung anknüpfen.

Es ist sehr häufig gesagt worden, es wäre eine Thorheit, in gegenwärtiger Zeit, wo es gelte der momentanen Noth abzuhelfen, sich mit Maßregeln zur Hebung der Landwirthschaft zu befassen, die ihrer Natur nach erst in längerer Zeit wirksam werden könnten. Allein, meine Herren, erlauben Sie mir, demgegenüber ein Gleichniß anzuführen. Wenn irgendwo ein großer Deichbruch stattgefunden hat und weite fruchtbare Gelände überschwemmt und versandet sind, und viele Landwirthe außer Nahrung gesetzt sind, dann wäre es gewiß unrecht, diese Landwirthe nur darauf hinzuweisen, daß weiter nichts zu thun sei, als den Dammbruch wieder zu schließen, dazu kostspielige, langwierige und weit aussehende Arbeiten zu machen und im übrigen die Landwirthe ihrem Schicksal zu überlassen. Allein, ebenso unrecht wäre es auch, wollte man

zunächst nur dafür sorgen, daß die einzelnen Landwirthe in ihrer Nahrung erhalten blieben und wieder ihr Feld beackern könnten, ohne sich auch mit den Ursachen des Unglücks zu beschäftigen und dafür zu sorgen, daß es nicht wieder vorkommen kann, selbst, wenn dies lange und mühsame Arbeit erforderte.

So auch mit den Verhältnissen, wie sie Sie heute hier beschäftigen werden. Man muß bei solchen großen Kalamitäten doch auch einmal die ganzen Systeme und Grundsätze revidiren, nach denen man bisher gearbeitet hat, und sehen, ob sie nicht im Zusammenhang stehen mit den momentanen Kalamitäten, deren Abhilfe uns zunächst obliegt. Mag die Arbeit auf dem Gebiete unseres Erbrechts, der Verschuldungsgesetzgebung, des ganzen Agrarrechts eine langwierige, mühselige und nicht rasch zum Ziele fördernde sein, so ist sie trotzdem absolut nicht zu entbehren. Meiner Ansicht nach würden die Landwirthe einen großen Fehler begehen, wenn sie bei einer Praxis blieben, die sie leider in früheren Jahren vielleicht zu sehr befolgt haben, daß sie sich immer blos mit den entstandenen Mißständen beschäftigen, statt mit weitgehender Politik auch in die Zukunft zu sehen und den Ursachen vorzubeugen, die zu jenen Mißständen führen.

Sie entschuldigen, meine Herren, daß ich Ihnen dieses Wort sage; es schien mir nicht unpassend, weil man leicht in der Noth des Tages einer Abneigung begegnet, sich mit diesen weittragenden Fragen zu beschäftigen. Ich darf in diesem Sinne Ihren Berathungen den allerbesten Erfolg wünschen.

Vorsitzender Landrath Freiherr **von Manteuffel**-Crossen: Meine Herren, zum ersten Gegenstand der Tagesordnung

„Geschäftliches"

habe ich verschiedene Mittheilungen zu machen.

Zunächst habe ich das Bureau zu konstituiren und drei Schriftführer zu bitten, hier neben uns Platz zu nehmen. Ich schlage vor die Herren von Bandemer-Selesen, von Arnim-Groß-Fredenwalde und von Sydow-Dobberphul. Ich bitte die Herren, sich hierher zu bemühen; erdrückt werden Sie durch die Geschäfte nicht werden.

(Heiterkeit.)

Ferner habe ich noch mitzutheilen, daß ein Antrag eingegangen ist aus Schweidnitz, von Herrn Chefredakteur Tippel. Derselbe lautet:

„Die hochgeehrte Generalversammlung der Vereinigung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer wolle beschließen, den Ausschuß zu beauftragen:

I. bis zu der im nächsten Jahre stattfindenden Generalversammlung möglichst detaillirte Grundsätze für die Verfolgung einer umfassenden Agrarpolitik unter Berücksichtigung des auf der Tagesordnung der Generalversammlung stehenden Referats: „Die agrarpolitischen Aufgaben der Gegenwart unter Berücksichtigung der preußischen Enquete des Jahres 1894 über die Agrarfrage und der Reichsenquete über die Währungsfrage" auszuarbeiten;

II. in gleicher Weise einen Plan über die im Wege der Gesetzgebung und der Verwaltung anzustrebenden Maßnahmen zur Erhaltung des deutschen Handwerkerstandes vorzulegen."

Dieser Antrag wird, wenn sich kein Widerspruch gegen diese Maßnahme erhebt, zur weiteren Veranlassung dem Ausschuß zu überweisen sein. — Damit ist die Versammlung einverstanden, ich überweise ihn dem Ausschuß.

Ferner möchte ich mittheilen, daß morgen um 5 Uhr das gemeinschaftliche Mittagessen im Lichthofe des Kaiserhofes stattfinden soll. Ich bitte die Herren, welche daran theilnehmen wollen, ihren Namen gütigst in die Liste, die Herr Stephan ausgelegt hat, eintragen zu wollen.

Damit wären die geschäftlichen Fragen erledigt, soweit sie uns zunächst zu beschäftigen haben, und ich bitte Sie, nun in den zweiten Gegenstand der Tagesordnung einzutreten:

„Die agrarpolitischen Aufgaben der Gegenwart unter Berücksichtigung der preußischen Enquete des Jahres 1894 über die Agrarfrage und der Reichsenquete über die Währungsfrage."

Referenten sind die Herren von Knebel-Doeberitz und Wülfing.

Ich bitte, daß Herr von Knebel-Doeberitz die Güte hat, uns sein Referat zu erstatten.

Erster Berichterstatter: Rittergutsbesitzer **von Knebel-Doeberitz-Lübgust**: Meine Herren, es wird mir einigermaßen schwer werden, Ihre Aufmerksamkeit für dieses Thema zu fesseln, während der

Kampf der Gegenwart sich um so einschneidende und uns allen nahegehende Maßnahmen bewegt, wie es der Antrag Kanitz und die Währungsfrage sind. Immerhin schließe ich mich den Worten des Herrn Geheimraths Thiel an, welcher uns sagte, wir sollten Vorsorge treffen, daß eine solche schwere Krisis, wie die jetzige, nicht wieder eintreten könne, daß die deutsche Landwirthschaft stark genug wäre, solchen Krisen mit besserer Kraft begegnen zu können, als sie es bisher vermocht hat.

Meine Herren, mit Genehmigung des Herrn Vorsitzenden werde ich mein Referat beschränken auf diejenigen Maßnahmen, welche in der sogenannten Agrarkonferenz im Frühjahr vorigen Jahres behandelt worden sind. Das sind also die Maßregeln gegen die Ueberschuldung des ländlichen Grundbesitzes und da hätten wir zunächst die Frage zu beantworten: ist denn thatsächlich eine Ueberschuldung vorhanden?

Im Jahre 1884 hat sich der Deutsche Landwirthschaftsrath bereits mit derselben Frage befaßt und es wurde damals konstatirt:

> „Auf Grundlage der bisherigen Ermittelungen kann ein Nothstand des bäuerlichen Grundbesitzes in großen Theilen Deutschlands schon zur Zeit anerkannt werden."

Also damals bereits wurde, und zwar, wie ich hervorhebe, auf Grund äußerst sorgfältiger Auskünfte, die man aus allen deutschen Landestheilen eingeholt hatte, ein Nothstand des bäuerlichen Grundbesitzes konstatirt. Man hat sich allerdings damals nur mit dem bäuerlichen Grundbesitz befaßt, wie es denn überhaupt sehr merkwürdig ist, daß erst jetzt nach dem Auftreten des Bundes der Landwirthe oder vielleicht noch etwas weiter zurückreichend, die Erkenntniß von dem Zusammenhalten und Zusammengehören des Bauernstandes und des Großgrundbesitzes auch in den Reihen der Vertreter der Wissenschaft sich Geltung zu verschaffen beginnt. Es ist uns in der Agrarkonferenz mehrfach die Erscheinung entgegengetreten, daß die Herren Professoren ihren ganzen Gedankengang immer nur an die Verhältnisse des bäuerlichen Besitzes angeschlossen haben und daß sie höchst erstaunt waren, als die Großgrundbesitzer sagten: ja, wir gehören auch dazu! Nun, die Richtigkeit dieser Anschauung ist ja den Herren inzwischen zum Theil recht gründlich vor Augen geführt worden.

Das Landes-Oekonomie-Kollegium beschäftigte sich im Jahre 1883 mit der Frage der Nothlage der Landwirthschaft, beide Körperschaften aber, Landes-Oekonomie-Kollegium sowohl wie Landwirthschaftsrath, glaubten, daß erst eine Statistik nothwendig wäre, und forderten daher die verschiedenen Staatsregierungen auf, dergleichen Verschuldungsstatistiken aufzunehmen. In Preußen wurde diese Statistik von Herrn Geheimrath Meitzen aufgenommen; das Resumé aber, welches er auf Grund seiner Ermittelungen gab, ist wohl, wie jetzt allgemein anerkannt wird, etwas optimistisch gefärbt gewesen. Das Resultat dieser Statistik geht dahin, daß man sagen konnte, daß der größere bäuerliche Besitz mit 60,98, also rund 61 Prozent verschuldet ist, daß also da jedenfalls eine Ueberschuldung vorzuliegen scheint, daß der mittlere bäuerliche Besitz mit 33,71 Prozent und der kleine bäuerliche Besitz mit 28,93 Prozent im Bereiche der preußischen Monarchie verschuldet ist, so daß sich also daraus ziemlich deutlich eine Ueberschuldung für den größeren Theil des bäuerlichen Besitzes ersehen läßt. Zu gleicher Zeit wurde eine Enquete bezüglich der Verschuldungsverhältnisse in Baden aufgenommen, die den Vortheil hat, daß sie nach 10 Jahren, im Jahre 1892, wiederholt worden ist. Die Verhältnisse in Baden liegen allerdings ganz anders wie die Verhältnisse im Osten; aber immerhin wurde festgestellt, daß von 32 Gemeinden bei 13 Gemeinden eine Abnahme der Verschuldung stattgefunden hatte, während bei 19 Gemeinden eine Zunahme der Verschuldung konstatirt wurde.

Es liegt uns ferner vor eine Statistik der Zwangsversteigerungen in Preußen und aus derselben ergiebt sich, daß seit dem Jahre 1886 24 123 733 Hektar zur Zwangsversteigerung gekommen sind.

(Hört! hört!)

Des weiteren ist auch die Hypothekenmehrbelastung einer der Faktoren, woraus wir unsere Schlüsse ziehen können, und da ergiebt sich, daß das Plus der Hypothekeneintragungen gegen die Hypothekenlöschungen, also die Mehrbelastung von 1886 bis 1892 auf dem rein ländlichen Besitz, 1093 Millionen Mark betragen hat. Also über eine Milliarde ist in diesen sechs Jahren der Realgrundkredit mehr in Anspruch genommen, als Hypotheken gelöscht worden sind, pro Jahr also im Durchschnitt 156 Millionen, und in den beiden letzten Jahren 1892 und 1893 steigt sogar der Ueberschuß

der Eintragungen über die Löschungen auf 205 Millionen und 208 Millionen. Dabei darf aber nicht außer Acht gelassen werden, daß infolge der Rentengutsgesetzgebung und des Wirkens der Ansiedelungs-Kommission große Hypothekenlöschungen stattgefunden haben, die die Zahl der Mehrbelastungen erheblich herunterdrücken.

In den Landschaften haben die Beleihungen wesentlich zugenommen und ist inzwischen auch das Bestreben hervorgetreten, die Beleihungsgrenze zu erhöhen und die in der Agrarkonferenz anwesenden Landschaftsdirektoren haben sämmtlich bejaht, daß eine große Nothlage bestände; auch selbst solche Herren, die sonst unsern Anschauungen ziemlich fern stehen, haben entschieden das Bestehen einer großen Nothlage aus den Wahrnehmungen, die sie in ihrem Geschäftskreise zu machen in der Lage waren, konstatirt.

Also, meine Herren, wir haben eine steigende Tendenz in der Verschuldung und diese läßt sich aus der Statistik unwiderleglich beweisen.

In der Agrarkonferenz ist nun die Aufnahme einer neuen Statistik vorgeschlagen worden; der Vorschlag wurde aber ziemlich einstimmig zurückgewiesen, weil man sagte: einmal würde die Fertigstellung der Statistik viel zu lange dauern, zudem weil eine solche Statistik, soll sie mit gleichen Ansätzen rechnen, eine neue Werthtaxe verlangen würde, und weiterhin würde man doch voraussichtlich zu ziemlich fraglichen Resultaten kommen. Man meinte, daß die communis opinio, das Urtheil der sämmtlichen anwesenden praktischen Landwirthe genügend sei, um die erste Frage zu bejahen, die ich in der Nummer 1 meiner Resolution dahin beantworte,

> daß der deutsche ländliche Grundbesitz stark verschuldet, in weiten Grenzen sogar überschuldet ist,

und ich fasse den Begriff „Ueberschuldung" dahin auf, daß ein Grundstück überschuldet ist, wenn es

> seinem Besitzer nicht mehr die Möglichkeit einer auskömmlichen Lebenshaltung, einer Kapitalsansammlung und der Tragung des Risikos zum Ueberstehen vorübergehender Mißjahre gewährt — alles unter mittleren entsprechenden Bedingungen.

Was die statistischen Erhebungen betrifft, so wäre hier vielleicht noch die große österreichische Statistik, die massenhaften Anträge auf Zerschlagung von Gütern zur Rentengutsbildung, die Zusammenstellung des Verhältnisses der Reinerträge zu den Schuldenzinsen

aus den Einkommensteuererklärungen zu erwähnen, welche auch Material zur Beurtheilung dieser Frage liefern. Excellenz von Levetzow konnte mit vollem Recht aussprechen: Man kann mathematisch berechnen, wann ein großer Theil der Besitzer zusammenbrechen muß.

Nun, meine Herren, fragt es sich zunächst: welches sind die Gründe dieser wachsenden Ueberschuldung? und da sage ich in der Nummer 2 meiner Resolution,

> daß die derzeitige individualistische und kapitalistische einschlägige Gesetzgebung ein weiteres Anwachsen dieser Verschuldung erzwingen muß.

Ich nenne als Spezialgründe das Sinken der Reinerträge, die Verfassung unseres Erbrechts, die Kaufgelderrückstände und die falsche Organisation unseres Realkredites überhaupt und möchte in einem kurzen geschichtlichen Ueberblick zeigen, wie die wirthschaftliche Entwickelung sich im letzten Jahrhundert vollzogen hat.

Als ersten Grund nannte ich: das Sinken der Reinerträge! — Zur Zeit der sogen. Stein-Hardenbergschen Gesetzgebung, die etwa von den Jahren 1807 bis 1828 läuft, bestand eine große Depression in der Landwirthschaft, die in den zwanziger Jahren ihren Höhepunkt erreichte. Die Butter galt damals $2^1/_2$ Silbergroschen; der Personalkredit konnte etwa nur zu 20 Prozent befriedigt werden, kurz, es war eine Nothlage, die an und für sich viel intensiver war, als die jetzige, die Landwirthschaft konnte sie aber damals besser überstehen. Infolge der Entfesselung der wirthschaftlichen Kräfte trat nun allmählich eine große technische Entwickelung des landwirthschaftlichen Betriebes ein; Thaer wirkte mit seinen Lehren und seiner Schule auf die Hebung der landwirthschaftlichen Technik gewaltig ein, die Gutspreise stiegen, der Export nahm zu und so ging diese erfreuliche Aufwärtsbewegung bis in die Mitte der fünfziger Jahre, wo sie ihren Kulminationspunkt erreichte. Der Verkehr nahm nun infolge der großen Erfindungen und Verbesserungen auf dem Gebiete der Verkehrsmittel einen ganz ungeahnten Aufschwung, und infolge des sich schnell entwickelnden „Weltverkehrs" trat als allein geltendes Prinzip auf wirthschaftlichem Gebiete das der Weltwirthschaft an die Stelle des Prinzips der Nationalwirthschaft; die Freihandelsschule feierte ihre Orgien. Wir gingen mit der Zeit zur Goldwährung über und waren im schönsten

Zuge, uns als ein überreiches Volk zu fühlen. Doch machte sich schon in dem Anfang der sechziger Jahre eine sinkende Tendenz bemerkbar. Männer, wie Rodbertus, erkannten diesen Umschwung, aber sie waren damals noch einsame Nachtigallen in der Wüste. Als aber diese sinkende Tendenz immer stärker zur Erscheinung kam, setzte Fürst Bismarck mit seiner Schutzzollpolitik ein, und doch trat dann das traurige Ereigniß ein, daß trotz der immer mehr sinkenden Tendenz der Preise der Nachfolger des Fürsten Bismarck sich in die bekannte Handelsvertragspolitik einließ, was ja jedem, der die geschichtliche Entwickelung verfolgt hat, eigentlich unverständlich sein mußte, und jetzt endlich stehen wir vor dem Antrag Kanitz und schneiden die Währungsfrage an. — Das ist in großen Zügen die geschichtliche Entwickelung unserer wirthschaftlichen Verhältnisse seit Anfang dieses Jahrhunderts. Auf die Mittel zur Hebung der Reinerträge habe ich im heutigen Referat nicht näher einzugehen.

Kehren wir nun zu den Gründen, die ich für die Zustände, wie wir sie augenblicklich auf wirthschaftlichem Gebiete beklagen, verantwortlich mache, zurück, so ist es an zweiter Stelle die Verfassung unseres Erbrechts, der zu einem großen Theil die Schuld an der heutigen Verschuldung und Noth der Landwirthschaft zuzuschreiben ist. Wir haben hier zu unterscheiden zwischen dem deutschen und dem römischen Erbrecht. Das römische Erbrecht geht davon aus, daß frei getheilt wird mit Vorbehalt des Pflichttheils, das Grundprinzip ist aber absolut gleichmäßige Theilung bei Annahme des Verkaufswerthes des Grundstückes als Theilungspreis; während das deutsche Erbrecht davon ausgeht, das das Grundstück in der betreffenden Familie erhalten werden solle und darum einen Annehmer des Gutes — Anerben — zu einem Vorzugspreise vorsieht. Ende des vorigen Jahrhunderts hatte der Großgrundbesitz durch die Lehnverfassung in vielen Theilen Deutschlands ein gesetzlich festgelegtes Erbrecht, ein relativ kleiner Theil desselben war schon Allod, doch gingen die Allodifikationen schnell vorwärts; dennoch ging er zuerst zur freien Theilbarkeit über und verschuldete sich infolgedessen viel schneller als der bäuerliche Besitz, welcher erst später die freie Disposition über sein Eigenthum bekam. Immerhin aber blieb die Tendenz, an einen Anerben zu vererben und das Gut in der Familie zu erhalten, auch beim Großgrundbesitz in Geltung.

Nun kam aber der Stillstand der Konjunktur, der Rückgang der Preise, das Sinken der Rente und damit das Wachsen der Verschuldung, bis wir in die ruinöse Verschuldung geriethen, die augenblicklich auf uns lastet. Wer von Ihnen, meine Herren, eine Nachlaßregulirung zu machen gehabt hat, besonders im Intestaterbfalle, wo also kein Testament vorliegt, wird ja die Zustände unseres Erbrechts zur Genüge kennen. Ich bin in der Lage, daß ich ein Gut gern der Familie erhalten möchte, auch nach dem Willen des Verstorbenen, und doch würde mich das geltende Erbrecht zwingen, dem Uebernehmer einen geradezu unvernünftigen Annahmepreis aufzuerlegen; wenn sich kein einsichtiger Vormundschaftsrichter findet, ist das Gut für die Familie unbedingt verloren.

Die Bauern waren vor der Stein-Hardenbergschen Gesetzgebung sogenannte Lassiten, sie waren erbunterthänig, sie hatten ein absolutes Anerbenrecht und durften sich überhaupt ohne Genehmigung nicht verschulden. Der damalige lassitische Bauernbesitz vererbte nur an einen Anerben und wenn andere Erben da waren, bekamen sie entweder eine Geldabfindung oder einen Anspruch auf Naturalverpflegung auf dem Gute des Anerben. Erst im Jahre 1816 wurde den Bauern die Verschuldungsmöglichkeit bis zu einem Viertel ihres Besitzwerthes gestattet. Vom Jahre 1823 an durften sie sich gesetzlich bis zur Hälfte ihres Besitzwerthes verschulden und erst im Jahre 1843 wurde den Bauern die volle Verschuldungsfreiheit eingeräumt, ein Auflösungsprozeß, der im Jahre 1857, wo die letzte Rezessualtheilung stattgefunden hat, ihren Höhepunkt erreichte; erst damals ist die letzte Schranke gefallen. Wir sehen daher, daß der Bauernstand, wie ich vorhin schon konstatirt habe, lange nicht in dem Maße verschuldet ist, wie der übrige Besitz. Das Anerbenrecht hat sich länger bei ihm erhalten, er ist erst eine viel kürzere Zeit unter der Wirkung des römischen Rechts und hat sich infolge dessen länger gesund erhalten können.

An dieser Stelle hat nun die neuere Gesetzgebung eingesetzt und hat die Höferollen geschaffen — bei dem Umfang meines Themas kann ich dies alles nur flüchtig andeuten —; man hat die Fakultativ-Höferollen eingeführt, die fast gar nichts geholfen haben außer in Hannover, wo sie an das vorher bestandene Anerbenrecht angeschlossen werden konnten. Neuerdings ist dann die Heimstättengesetzgebung auf den Plan getreten, die Ihnen ja allen bekannt ist;

man hat die Rentengutsgesetzgebung angefangen, kurz, man hat Verschiedentliches versucht, dem Bauernstande beizuspringen und ihn von den üblen Einwirkungen des römischen Erbrechts zu befreien.

Meine Herren, der dritte Grund für die jetzige Nothlage sind die übermäßigen Kaufgelderrückstände. Nach den Befreiungskriegen war das Land ja fast werthlos. Ende der dreißiger Jahre begann, wie ich schon erwähnte, die Periode des Aufschwungs für die Landwirthschaft und nun trat eine rapide Steigerung der Grundstückspreise ein, die bis in die sechsziger Jahre anhielt. Es kam die Schafzucht in Flor, das goldene Vließ spielte eine Rolle, die Brennerei- und Zuckerfabrikation entwickelten sich zu hoher Blüthe, die Forsten bekamen Werth, zahlreiche Meliorationen und Bauten erhöhten die Werthe, die englische Kornzollaufhebung steigerte die Preise; Deutschland war ein exportirendes Land, und trotzdem, meine Herren, hatten wir gute Preise, während wir jetzt, wo wir importiren, schlechte Preise haben. Das ist, wenn man es vom nationalökonomischen Standpunkte betrachtet, ein solcher nonsens, daß man es unbedingt nur auf die Gesetzgebung zurückführen kann.

Für die Verhältnisse, wie sie in der Zeit des Aufschwungs von 1830 bis 1860 bestanden, erschien es richtig, das Schuldenmachen nach Möglichkeit zu erleichtern, denn, wenn damals ein junger Mann ein Gut kaufte mit noch so geringer Anzahlung, so wußte er doch genau, daß binnen zehn Jahren das Steigen der Grundrente ihm das Gut von selber entschuldete, ebenso wie derjenige, der ein Gut im Erbgang übernahm und nach römischem Recht den Miterben gegenüber hoch belastet wurde, genau wußte, daß die Steigerung des Gutswerthes in 10 bis 15 Jahren ihm da reichlichen Ausgleich gegeben haben würde. Alle Weisheit hieß: „Zuführen von Kapitalien“; es entstanden massenhaft Kreditinstitute. Damals konnte es also momentan richtig erscheinen, eine Erleichterung der Verschuldung zu begünstigen; aber man vergaß dabei, daß eine Zeit kommen könnte, wo die steigende Tendenz aufhören konnte. Das ist einer der großen Irrthümer der Stein-Hardenbergschen Gesetzgebung gewesen. Meine Herren, die Tendenz nach oben ließ nach, die Belastung blieb aber, die alte Gewohnheit dauerte fort, man suchte die Abhilfe durch die bisher bewährten Mittel, und nun ist es wunderbar, daß die sinkende Tendenz, also die thatsächliche Werthverminderung unseres Grundbesitzes es nicht

verhindert, daß der Besitz jetzt noch wachsend verschuldet wird, also, obwohl der Werth unseres Besitzes geringer und immer geringer wird, müssen wir uns doch immer weiter verschulden. Es ist ein Zustand eingetreten, wie ihn Herr Finanzminister Miquel richtig gekennzeichnet hat, daß

> die sinkende Tendenz nicht die wachsende Verschuldung hindert, sondern durch von dem Willen des Besitzers unabhängige Thatsachen eine fortdauernde Vermehrung der Schulden erzwingt.

Diese Thatsachen sind das Bestehen des römischen Erbrechts, der falschen Organisation des Grundkredites, und noch andere Gründe, auf die ich später zu sprechen kommen werde.

Meine Herren, die falsche Organisation des Grundkredites! — Friedrich der Große schuf durch sein berühmtes agrarpolitisches Reformwerk die Landschaften; es waren Zwangsgenossenschaften. Auch damals bestand bekanntlich die Verschuldungsgrenze, die er für den Großgrundbesitz eingeführt hatte. Die bäuerlichen Besitzer waren, wie gesagt, lassitisch und konnten sich, mit Ausnahme gewisser Kategorien z. B. in Ostpreußen, überhaupt nicht verschulden, und die Großbesitzer hatten noch die Lehne. Es trat dann aber in den zwanziger Jahren, in jener Zeit des tiefsten Darniederliegens der Landwirthschaft, in den Landschaften eine große Krisis ein, so daß sie in eine sehr schwierige Lage geriethen, weil man versäumt hatte, die Unkündbarkeit der Pfandbriefe zu statuiren. Die Pfandbriefinhaber konnten jederzeit kommen und die Pfandbriefe zur Einlösung präsentiren. Man sah sich infolge dessen gezwungen, die Kündbarkeit aufzuheben und für die Pfandbriefe die Unkündbarkeit festzusetzen. Nun folgte der vorhin geschilderte Aufschwung und im Jahre 1868 kam Rodbertus, ein vorpommerischer Landwirth, jener weitblickende Mann, und sagte: „Wir sind auf dem falschen Wege, wenn wir so weitergehen, werden wir den Grundbesitz ruiniren!“ — und er stellte den Satz auf: „Der Grundbesitz will sein eigenes Recht haben.“ Während bisher der Grundbesitz unter der individualistischen und kapitalistischen Strömung unseres Jahrhunderts und unter der Herrschaft des römischen Rechts als eine Waare angesehen wurde, mit der man beliebig schalten und walten konnte, der man die sogenannte Individualpotenz aufdrückte, sagte er: „Der Grundbesitz ist keine Waare, er ist nicht zu vergleichen mit irgend einer anderen

beweglichen Waare, sondern will, den ihm anhaftenden Sondereigenschaften entsprechend, auch ein eigenes Recht haben. Wie das Kapital und neuerdings auch die Arbeit ihr eigenes Recht haben wollen, so muß dem Grundbesitz sein eigenes Recht eingeräumt werden."

Auf dem Gebiete der Arbeit haben wir im Laufe namentlich der letzten Zeit große Umwälzungen vor sich gehen sehen; unter der Aegide der berühmten Kaiserlichen Botschaft ist eine scharfe Grenze zwischen Kapital und Arbeit gezogen worden, und es ist der Grundsatz aufgestellt worden: das Kapital hat nicht das Recht, die Arbeit als Waare auszunutzen, sondern die Arbeit muß behandelt werden als ein Stück unseres nationalen Lebens; die Arbeiter sind Glieder unserer Nation und aus nationalsozialen Interessen muß hier eine Schranke gezogen werden. Also mit diesem Arbeiterrecht haben wir für die Arbeit die Schranke bereits aufgerichtet, die wir für den Grundbesitz eingeführt wissen wollen. Der Grundbesitz ist ein unvermehrbares Stück unseres nationalen Bodens, kann also nicht einem Menschen so zu eigen gehören, wie das runde rollende Geldstück ihm gehören kann; das Kapital dagegen ist beliebig vermehrbar.

Das sind die Leitsätze von Rodbertus; es würde natürlich zu weit führen, hier des näheren darauf einzugehen. Ich will aber ein Beispiel dafür anführen, wie weit die Privatwillkür in Bezug auf den Grundbesitz heute gehen kann: Mir ist kürzlich ein Brief zugegangen, wonach in Westpreußen ein Herr ein Gut verkauft hat, wo von dem Vorbesitzer, einem Juden, dem Verkäufer, auch wieder einem Juden, eine Hypothek von 165000 Mark zu 6 Prozent Zinsen auf 30 Jahre unkündbar aufgehängt worden ist.

(Hört! hört!)

Meine Herren, das sind die Wirkungen der Freiheit des Kapitals, Wirkungen, die schließlich dazu führen, daß das Kapital uns auffrißt, wenn wir ihm die schrankenlose Freiheit des laisser faire und laisser aller lassen und dem Grundbesitz nicht sein eigenes Recht geben. Der Besitzer ist hier zufällig ein Jude gewesen; wie vielen von uns aber geht es auch so, daß sie gezwungen werden können, auf ihren Besitzungen, die ihnen eigentlich gar nicht mehr gehören, sondern die schließlich nur noch Gegenstand ihrer Verwaltung sind, derartige Eintragungen zu machen, welche jedem nationalen und staatserhaltenden Prinzipe widersprechen.

(Sehr richtig!)

Meine Herren, der Grundbesitz in Deutschland ist also, wie wir gesehen haben, zum größten Theile stark verschuldet, in weiten Kreisen sogar überschuldet, und das bitte ich Sie zu konstatiren durch Annahme der von mir vorgeschlagenen Resolution.

Wir haben, wo das rheinisch-fränkische Recht gilt, seit alter Zeit die absolute Theilbarkeit des Grundbesitzes; da ist fast ausschließlich parzellirter Besitz und wo dort noch Großgrundbesitz ist, ist es meist fideikommissarischer Besitz; denn sonst hätte er nicht so lange widerstehen können. Im übrigen Deutschland, in den Gegenden, wo das römische Recht nicht so zerstörend hat wirken können, wegen späterer Auflösung der früheren Erbunterthänigkeit und der sonstigen die Erhaltung des Besitzes begünstigenden Verhältnisse, wiegt die Tendenz des Anerbenrechts vor und wir haben dort noch einen gesünderen Bauernstand. Gehen Sie nach Hannover, nach Westfalen, nach Thüringen, in die Provinz Sachsen, da werden Sie immer noch einen verhältnißmäßig wohlhabenden und selbständigen Bauernstand finden. Bei uns im Osten hat aber der Bauernstand schon eine entschiedene Tendenz zur Theilung bekommen, während der Großgrundbesitz sich, soweit er Forsten hat, im allgemeinen noch hat erhalten können trotz starker Verschuldung. Am allerschlimmsten ist aber der Mittelbesitz dran, welcher immer nach römischem Recht theilte und höhere soziale Aufgaben hat, als der Bauer; seine Kinder z. B. besser erziehen lassen muß, und ich sehe in Bezug auf den Mittelbesitz sehr, sehr schwarz.

(Sehr richtig!)

Gestatten Sie, meine Herren, daß ich Ihnen hier ein paar markante Aussprüche verlese, die das, was ich ausgeführt habe, bestätigen.

Ich will Ihnen zunächst einen Ausspruch von Herrn Winkelmann zu Gehör bringen:

> „Befreiung der Bauern hat zum großen Theil dazu beigetragen, die Bauern desto schneller von ihrem eigenen Hof zu befreien, die Familie frei zu machen von ihrem alten Familiensitz."

Meine Herren, das ist charakteristisch. Ferner sagte Herr Dr. Miquel seiner Zeit:

> „Römisches Recht und Freihandelsschule gehen von dem Satz aus, daß bei Bemessung der Erbantheile das Gut in andere Hände kommt,"

während das deutsche Recht davon ausgeht, daß der Besitz in der Familie bleiben soll.

Graf von Zedlitz sagt:

„Der Glaube an die allein seligmachende „Individualpotenz“ hat geradezu vernichtend auf einzelne, besonders bäuerliche Kreise gewirkt,“

und Herr Geheimrath Thiel führt aus:

„Durch Ueberspannung des Realkredits sind Dutzende untergegangen gegenüber den Wenigen, die sich aufarbeiteten.“

Die Richtpunkte der Stein-Hardenbergschen Gesetzgebung sind: volle persönliche wirthschaftliche Freiheit, Beseitigung der das Grundeigenthum belastenden Rechte, Lösung der die Ausnutzung des Bodens hindernden Gemeinheiten. Ja, meine Herren, das war damals nothwendig; aber die Gesetzgebung ist entschieden über das Ziel hinausgeschossen. Die Kontinuität der Besitzverhältnisse wurde gewaltsam zerrissen, es war eine Auslieferung des deutschen Grundbesitzes an das römische Recht und damit an das Kapital und ich meine, meine Herren, ebenso wie wir dabei sind, die Wirkungen der absoluten Gewerbefreiheit einzuschränken — auch die hatte ja damals ihre guten Seiten —, ebenso müssen wir damit anfangen, im Grundbesitz die Wirkungen dieser individualistischen Grundanschauungen einzudämmen.

(Sehr richtig!)

Wir müssen also zwar die Uebergriffe der Stein-Hardenbergschen Gesetzgebung wieder gut machen, aber das Brauchbare derselben erhalten; denn es liegt auf der Hand, wie ich in meiner Resolution erkläre:

daß die Fortdauer dieser Umstände sowohl das landwirthschaftliche Gewerbe ruiniren als auch den Grundbesitz zur Erfüllung seiner staatserhaltenden und sozialen Aufgaben unfähig machen würde.

Meine Herren, ich komme nun zu den Reformvorschlägen, die sich aus den bisher von mir gemachten Ausführungen ergeben und die darauf abzielen, eine dauernde Besserung unserer Agrarverhältnisse herbeizuführen. Da bedarf es vor allen Dingen

I. der gesetzlichen Einführung eines dem Wesen des Grundbesitzes entsprechenden, nach dem Bedürfniß der verschiedenen Bezirke individualisirten Erbrechtes — Anerbenrecht. — Grundlage: Ertragswerth.

Die Vorschläge, welche ich Ihnen hier unter Ziffer I und II mache, sind, wie ich gleich von vornherein bemerken will, so gefaßt, daß sie nur die allgemeine Tendenz enthalten, in welcher sich das von uns anzustrebende Reformwerk bewegen soll; denn bei der Fülle des Stoffes ist es, wie Sie nachher sehen werden, ein Ding der Unmöglichkeit, auf die Spezialia einzugehen. Die Probleme, die dabei in Frage kommen, sind so überaus schwieriger Natur, daß es in einer so großen Versammlung, wie dieser hier, unmöglich ist, detaillirte Beschlüsse darüber zu fassen. Meine Herren, dieses Buch, welches Sie hier sehen, enthält die Verhandlungen der Agrarkonferenz — so viel ist in der Agrarkonferenz geredet worden, und ich soll Ihnen das alles in der kurzen Zeit von anderthalb Stunden auseinandersetzen; Sie werden mich also verstehen, daß ich mich nur in allgemeinen Ausführungen bewegen kann.

Meine Herren, ich habe Ihnen das römische Erbrecht bereits charakterisirt. Die Grundprinzipien desselben sind: unbedingte Theilbarkeit, Maßstab: Verkaufswerth; wo nicht verkauft oder getheilt werden soll, paßt also das römische Recht nicht hin, denn es fehlt dafür die Voraussetzung. Das römische Recht führt zur Atomisirung. Das Grundprinzip des germanischen Erbrechts ist: Uebergang auf einen bevorzugten Erben, Erhaltung des Gutes in der Familie, Theilungsgrundsatz: Ertragswerth. Also die Tendenz des germanischen Erbrechts ist Konservirung, und ich glaube, meine Herren, die Wahl zwischen Atomisirung und Konservirung kann uns nicht schwer werden.

(Sehr richtig!)

Die Wirkungen des römischen Rechts mit seiner vollen Verfügungsfreiheit über den Grundbesitz sehen wir so recht in Baden, in Bayern und am Rhein, wo es auch als Gewohnheitsrecht besteht, und ein Sprichwort sagt:

„Getheiltes Gut
kommt nicht auf die vierte Brut,
der Vater schnellt,
der Sohn hält,
der Enkel fällt.“

Meine Herren, das ist sehr bezeichnend. Napoleon I. schreibt an seinen Bruder, den König von Westfalen, als dieser über den Widerstand der seßhaften Westfalen klagte:

„Etablissez le code civil, tout ce qui ne vous sera pas attaché, va se détruire en peu d'années et ce que vous voudrez conserver, se consolidera. Voilà le grand avantage du code civil."

Napoleon hatte ja im eigenen Lande erfahren, wie der Grundbesitz durch die Einführung des code civil, der auf den Grundsätzen des römischen Rechts aufgebaut ist, zerschlagen wurde.

Am Rhein, meine Herren, giebt es z. B. eine Gemarkung von 14 185 Hektar, die zersplittert ist in 113 879 Katasterparzellen, eine andere Gemeinde von 10 083 Hektar ist zersplittert in 140545 Katasterparzellen bei 11 100 Besitzständen, also 40000 Morgen und über 11 100 Besitzstände!

(Hört! hört!)

Der größte Besitzer besaß 11 Hektar und die lagen in 169 Parzellen vertheilt.

(Heiterkeit.)

Daraus können Sie ersehen, welche vortrefflichen, landwirthschaftlich technischen Wirkungen das römische Recht zur Folge hat. Die Herren aus Franken werden davon auch ein Lied zu singen wissen.

Wie vererbt nun unser Bauer? Ehe ich zur Agrarkonferenz ging, habe ich mir ein paar Bauern zusammengerufen und gefragt: Kinder, wie macht Ihr das? — und die sagten mir: im allgemeinen ist es so: wir geben dem ältesten Sohn das Gut zu einem Vorzugspreis, wenn wir können, schuldenfrei, und lassen nur unser Altentheil darauf eintragen; die anderen Kinder werden mit dem Gelde, was baar angesammelt ist, abgefunden, aber sehr viel geringer. Ich fragte weiter: ist das durchweg so? — Ja, so möchten wir es alle gern machen; aber wenn die Noth der Zeit immer größer wird, müssen wir anfangen, die Naturaltheilung vorzunehmen und wenn das nicht weiter geht, müssen wir verschulden. — Nun fragte ich: wenn das Recht der freien Theilbarkeit, das Intestaterbrecht nothwendig würde, was würde dann werden? — Dann würden wir alle zu Grunde gehen! — Das war der übereinstimmende Ausspruch der Bauern, und als ich diese hinterpommerische Weisheit in der Agrarkonferenz vorgetragen habe, stimmte man ihr dort zu.

(Heiterkeit.)

Meine Herren, das römische Recht — ich kann es nicht oft genug wiederholen — führt zur Atomisirung und schließlich, wo

es in seinen Konsequenzen durchgeführt wird, zur vollständigen Proletarisirung des Grundbesitzes. — Gehen Sie nach Hannover, dort finden Sie einen eigentlichen Nothstand nur in sehr geringem Maße, ebenso im Osnabrückschen. Warum? — zum großen Theile deshalb, weil dort das germanische Erbtheilungsrecht noch als festes Gewohnheitsrecht besteht.

Wir sahen also, meine Herren, daß in vielen, ja in den meisten Gegenden Deutschlands, gegen die Tendenz des herrschenden geschriebenen Rechts, ein dem germanischen Prinzip entsprechendes Gewohnheitsrecht besteht, und da ist es wohl nicht unbillig, zu sagen: wir verlangen, daß dieses Gewohnheitsrecht gesetzliches Recht wird und daß nicht ein der allgemeinen Gewohnheit widersprechendes Recht künstlich erhalten wird. Allerdings können wir gegenüber der z. B. in der Rheinprovinz in außerordentlich weitem Maße durchgeführten Parzellirung natürlich nicht sagen: es wird von jetzt an nach einem andern Recht vererbt! Man würde damit auf großen Widerstand stoßen; also dort und anderswo, wo es nöthig erscheint, muß die Sache anders angegriffen werden, wie denn ja überhaupt eine Umgestaltung der Erbrechtsverhältnisse nicht von heut zu morgen eintreten kann.

Damit verlasse ich das Erbrecht und gehe über zu einer anderen Reform, deren es bedarf, um die Grundbesitzverhältnisse wieder zu ordnen, nämlich:

II. der allmählichen planmäßigen Entschuldung des Grundbesitzes und einer besseren Organisation des Grundkredites.

Meine Herren, durch eine Aenderung der Vererbung würde ja ein Hauptgrund gehoben sein, der zur Realüberschuldung geführt hat. Wir müssen aber auch die bestehende Verschuldung auf ein vernünftiges Maß zurückführen; also nicht nur die Quelle verstopfen, sondern auch den Fluß selber eindämmen. Und da, meine Herren, kommt in erster Linie in Betracht:

a) Unkündbarkeit der Grundschulden seitens des Gläubigers und Amortisationszwang (Rentenform).

Meine Herren, die **Unkündbarkeit der Hypotheken**! — An der Unkündbarkeit der Hypotheken müssen wir festhalten als an einem Recht des Grundbesitzes. Der Boden verträgt nach **Rodbertus** — Sie müssen es nachlesen, es würde zu weit führen, hier näher darauf einzugehen — nur die sogenannten Rentenfonds; das jetzige

Recht mit seinen kündbaren Hypotheken führt nach Rodbertus unbedingt zum Verschuldungszwang; wenn Sie den Verschuldungszwang des römischen Rechts weiter aufrecht erhalten, wenn Sie die Kündbarkeit der Hypotheken verlangen, wenn Sie keinen Amortisationszwang einführen, nicht die Möglichkeit der Ueberlastung durch Kaufgelderrückstände nehmen, so muß nothwendig, mag die Konjunktur sein wie sie will, der Grundbesitz einer weiteren Verschuldung anheimfallen.

(Sehr richtig!)

Meine Herren! Von Seiten der damaligen Nationalökonomen ist die Rodbertussche Theorie als eine Utopie verlacht worden; heute steht jeder nennenswerthe Nationalökonom auf dem Standpunkt, daß Rodbertus recht hatte; so geht es ja aber allen großen Ideen, daß sie zunächst nicht begriffen werden. Ganz genau dasselbe ist bei dem Antrage Kanitz der Fall, der auch als Utopie verschrieen wird, und dennoch, meine Herren, werden wir zu dem kommen, was er vorschlägt, mag gesagt werden, was da will. — Es hat ja auch bereits die Gesetzgebung nach dieser Richtung eingegriffen; wir haben, wie ich schon ausführte, das Höferecht, die Rentengutsgesetzgebung u. s. w. bekommen.

Der Amortisationszwang! — Meine Herren, der jetzige Zustand, daß man, wenn man 10 Prozent der Amortisation hinter sich gebracht hat, sie abheben kann, daß z. B. in Pommern die ganze Amortisation aufgehoben wird, wenn man gewisse Bedingungen erfüllt, ist ein anormaler Zustand, der die Amortisation zu einer bloßen Farce macht, es muß also unbedingt Zwangsamortisation eingeführt werden; sonst hat sie überhaupt keinen Sinn und Zweck.

(Sehr richtig!)

Ich stelle ferner, um zu geordneten Verhältnissen im Grundbesitz zurückzukommen, das Petitum:

b) Allmähliche Zurückführung der Ueberschuldung auf eine gesetzlich festzulegende Beleihungsgrenze, welche durch schnell tilgbare Verschuldungen zu produktiven Zwecken überschritten werden darf.

Das ist der allerschwierigste und bestrittenste Punkt, den wir haben. Aber wer das Anerbenrecht will — das ist selbst von großen Gegnern der Feststellung einer Beleihungsgrenze ausgesprochen worden —, muß auch eine Verschuldungsbeschränkung wollen, und wer eine

Entschuldung will, muß auch eine Beleihungsgrenze wollen. Denn, meine Herren, was hat es für einen Zweck, wenn ich einen Anerben einsetze mit der Absicht, das Gut der Familie zu erhalten und dem Staat einen leistungsfähigen Besitzerstand zu erhalten, wenn der betreffende Besitzer gleich in der Lage ist, das Gut wieder ins ungemessene zu verschulden, also es der Familie unhaltbar, sich und seinen Nachfolger leistungsunfähig zu machen. Wir schaffen dann dem betreffenden Anerben unter Umständen höchstens eine „Reihe fröhlicher Jahre", wenn er ein Lüderjahn ist, der Familie und dem Staate aber nützen wir gar nicht. Wenn wir also keine Einschränkung in Bezug auf die Verschuldungsfreiheit machen, ist das ganze Anerbenrecht ein Schlag ins Wasser. Selbst wenn günstige Konjunkturen eintreten, selbst wenn, will ich einmal sagen, der Antrag Kanitz angenommen und der Bimetallismus eingeführt würde, so würden wir doch aus den vorhin angeführten Erwägungen, wie ich nachher bei dem letzten Punkt noch weiter ausführen werde, wieder in eine Ueberschuldung hineingerathen, die uns bei einer nächsten Krisis, die uns etwa bevorstände, nothwendig dasselbe Elend herbeiführen würde, wie die jetzige, und dann, meine Herren, muß noch ein Größerer kommen wie Graf Kanitz und müssen noch schärfere Maßregeln in Angriff genommen werden, sonst sitzen wir in demselben Elend wie zuvor.

Das Edikt von 1811 sagt:

> „Die unbeschränkte Disposition (zu verkaufen, zu parzelliren, zu vererben) ist das sicherste und beste Mittel, die Grundbesitzer vor Verschuldungen zu bewahren, ihnen ein dauerndes lebendiges Interesse für Verbesserung ihrer Güter zu geben. Ersteres geschieht dadurch, daß bei Erbtheilungen oder sonst entstehenden außerordentlichen Geldbedürfnissen des Annehmers oder Besitzers so viele Grundstücke verkauft werden können, daß derselbe schuldenfrei bleibt oder wird."

Meine Herren, das war eine grobe Täuschung! Stein hatte in seinem Idealismus auf das wohlverstandene Interesse und den Intellekt der Landwirthe gerechnet, und siehe da — was ist geschehen? Es ist nicht nur nicht abverkauft, sondern es ist noch zugekauft worden. Meine Herren, man hat uns so oft das Bauernlegen vorgeworfen, aber der Landhunger des Bauern ist noch viel größer als der Hunger des Großgrundbesitzers. Der Landhunger des Parzel-

lanten am Rhein ist so groß, daß die Leute ein Stück oft mit dem dreifachen Werth bezahlen. Also jene Voraussicht Stein's ist nicht eingetroffen und, da die Sache auch nicht dem deutschen Charakter entspricht, so war es falsch, daß man die absolute Verschuldungsfreiheit gegeben hat.

Nun sind eine Reihe von Einwendungen gegen den Vorschlag einer festen Beleihungsgrenze gemacht worden. Zunächst ist eingeworfen worden: wo bleibt da die persönliche Freiheit? — Der Grundbesitzerstand ist der freieste Stand im Volke, und der soll nun mit einem Male bevormundet werden und unfrei sein! — Ja, meine Herren, da ist doch zu fragen: sind wir denn wirklich frei? Ich erinnere die Herren alle an den Kontrakt, den kürzlich die „Deutsche Tageszeitung" veröffentlicht hat, den ein ostpreußischer Grundbesitzer mit seinem Kommissionär hat schließen müssen, wo er sich mit Kopf und Kragen dem Manne verpflichtet hatte. Ist das die Freiheit, wenn ich nicht kaufen und verkaufen kann, wo ich will, wenn ich meinem Hypothekengläubiger aus dem Wege gehen muß, wenn ich nicht mehr zahlen kann? Ist das die Freiheit, wenn ich eigentlich nur noch der Verwalter meines Gläubigers bin und mich auf dem Acker schinden und plagen muß, während er in der Stadt auf dem Lehnstuhl sitzt und eine gute Cigarre raucht, sechs Zoll lang,

(Heiterkeit.)

und ich sitze derweil auf dem Hofe und muß unerschwingliche Zinsen zahlen?! Läßt nicht der liebe Gott über den Mann ebenso gut regnen wie über uns? Dieses Wort von der persönlichen Freiheit, das ist wieder so eine schöne liberale Phrase, aus der man nichts machen kann.

Es wurde ferner gesagt, die Taxen wären zu schwierig: „Taxen — Faxen." Nun, meine Herren, seit Friedrich dem Großen taxiren unsere Landschaften doch schon, und wir sind alle darin einig, daß unsere Landschaften segensreiche und gut geleitete Institute sind. Wir haben kolossale Schwankungen, besonders bei den gerichtlichen Taxen; aber wenn nur die Korporation, welche das Geld dargeliehen hat und selber die Verantwortung für die Taxe trägt, die Taxe aufstellt und das Grundstück dementsprechend beleiht, dann werden diese Taxen jedenfalls sehr viel richtiger werden und bleiben, wie wir es jetzt bei der Landschaft sehen.

Nun ist weiter gesagt worden, wenn wir eine derartige Beschränkung der Verschuldungsfreiheit einführten, würde der Grund-

besitz gewissermaßen das Monopol und das Objekt des Ankaufs nur für Reiche sein. Dagegen hat sich schon Herr Geheimrath Thiel in der Agrarkonferenz mit Recht gewendet und ausgeführt:

„Es wird allerdings nicht mehr vorkommen, daß, wie es bisher vielfach geschehen ist, Leute mit kleinem Kapital sich Besitzungen gekauft haben, die weit über ihre Kräfte hinausgingen, daß sie dadurch verführt wurden, weit über ihre Verhältnisse hinaus zu leben und jetzt im Elend drin sitzen."

Nun, meine Herren, wir haben es ja alle mit erlebt, daß tüchtige Inspektoren, die sich einige Thaler gespart hatten, nachgeborene Besitzersöhne, sich große Güter kauften, sich als Rittergutsbesitzer fühlten und schließlich ins Elend geriethen, während ihre Güter devastirt wurden. Davon haben aber das Deutsche Reich und die Einzelstaaten keinen Vortheil. Wir wollen einen blühenden Besitzerstand haben, und das technische Blühen des Gewerbes ist nur möglich, wenn der Besitzer sich rühren kann. Das ist aber dann nicht der Fall. Die geringste Konjunkturänderung wirft ihn über den Haufen. Wenn wir dagegen eine derartige Beschränkung der Verschuldungsfreiheit einführen, wird der kleine Kapitalist sich kleine Güter kaufen und wird etwas dabei zurücklegen, und es wird der Unsinn nicht wieder vorkommen, daß Inspektoren oder Miterben gleich Herrschaftsbesitzer werden, wenn sie 5000 Thaler in der Tasche hatten.

Der schlimmste Einwurf ist nun allerdings der, daß ein Preisdruck eintreten werde. Das ist im gewissen Sinne richtig. Wenn die Maßregel, die wir im Auge haben, plötzlich eingeführt werden würde, daß meinetwegen die Verschuldungsgrenze auf die Hälfte festgelegt würde, dann glaube ich, wäre allerdings ein kolossaler collapsus unvermeidlich. Aber, meine Herren, wie wir uns die Sache denken, würde es 30 Jahre dauern, bis wir hinunter amortisirt sind auf die 50 Prozent; das kann eben nur langsam gehen, und da wird der Preisdruck, meiner Ansicht nach, kein großer werden. Denn Sie dürfen nicht vergessen, daß der Darleiher doch nicht die Tendenz hat, das Gut zu erwerben, sondern er will nur möglichst pünktliche, sichere und hohe Zinsen bekommen. Wenn aber die Sache so liegt, dann lassen sich auch Einschränkungsmaßregeln treffen. Es wird sich also empfehlen, gewisse Uebergangs-

maßregeln zu schaffen. Außerdem wollen wir den Grundbesitz sicherstellen, nicht für diejenigen, die verkaufen wollen, sondern für diejenigen, welche im Besitz bleiben wollen.

(Sehr richtig!)

Und bei dieser Gelegenheit möchte ich mich doch einmal etwas näher mit der jetzigen Einschätzung zur Ergänzungssteuer befassen. Mir sind nicht nur aus Pommern, sondern auch sonst Zahlen aus der Einschätzung von Grundbesitz genannt worden, die wirklich das Haarsträubendste sind, was man sich denken kann. Man sollte es in der That für unmöglich halten, daß es selbst unter den Landwirthen solche Thoren giebt, — Sie alle natürlich ausgenommen, meine Herren, —

(Heiterkeit.)

die gesagt haben: wenn wir den Mann zu niedrig einschätzen, verderben wir seinen Kredit, und wenn er einigermaßen gut verkaufen will, müssen wir ihn mit einem möglichst hohen Werthe einschätzen. Ja, meine Herren, das ist die Politik eines Versinkenden — ich fürchte mich nicht, dies auszusprechen —, aber es ist sicher nicht eine weitschauende Politik.

(Sehr richtig!)

Wir schätzen doch nicht ein für die Abziehenden, sondern für diejenigen, welche bleiben. Mit den Leuten, die gezwungen aus ihrem Besitz herausgehen müssen, hat gewiß jeder von uns Mitleid und wir wollen ihnen helfen, soweit wir können; aber die Spekulanten, die nur ihren Werth hoch treiben wollen, um theuer verkaufen zu können, gehören nicht zu uns.

(Sehr richtig!)

Ich habe selbst die Taxe in einer Vormundschaftssache gemacht, wo ein Königlicher Forstassessor — und das sind doch Herren, die bekanntlich sehr hoch taxiren — die Forst taxirte; die Taxe der Landgüter ist auf Grund der bisherigen Pächte gemacht worden und ein kleineres, selbst bewirthschaftetes Grundstück von 300 Morgen ist auf Grund des fünfjährigen Durchschnittsertrages taxirt worden. Außerdem war diese Vormundschaftstaxe unter Mitwirkung eines Ritterschaftsraths und meines Gegenvormundes aufgestellt worden, und da ist, wie mir berichtet worden, die Ergänzungssteuer-Taxe auf überhaupt das Doppelte solcher meiner Aufstellung gekommen. Ja, meine Herren, da hört doch alles auf und ich meine, es ist

unsere Pflicht, mit aller Entschiedenheit gegen eine derartige Einschätzungsmethode anzukämpfen, welche dem Besitzer die Preise künstlich in die Höhe treibt. Wie werden wir einmal aufgehängt sein, wenn in der Noth an dieser Steuer geschraubt wird! Ich bin wirklich gespannt auf den Moment, wo die Ergänzungssteuersätze fertiggestellt sind, und wir herausrechnen sollen, wie hoch sich die Landwirthschaft rentirt. Wenn ich einen Besitz von 1 500 000 Mark habe und ich mir herausrechnen muß, daß er sich nur zu 1/4 Prozent verzinst hat, dann wollen wir einmal sehen, was für ein schönes agitatorisches Moment dies sein wird.

(Sehr richtig!)

Es ist dann der weitere Einwurf gemacht worden, der Personalkredit würde durch die Herabsetzung der Beleihungsgrenze leiden. Nun, meine Herren, davor habe ich durchaus keine Angst. Es ist sicher, daß Personalschulden, der Pump beim Juden — verzeihen Sie, ich weiß nicht, ob Sie auch diese Erfahrung gemacht haben —

(Heiterkeit.)

viel drückender ist, als der Realkredit, und die Furcht, daß der Personalkredit unter der Beleihungsgrenze leiden könnte, ist wieder eine von den menschenfreundlichen Betrachtungen, von denen sich die liberale Gesetzgebung leiten läßt. Wie liegt denn die Sache heute? Der Grundbesitzer soll für seinen Personalkredit mit zwei Unterlagen haften, die eine ist sein Grundstück, die andere ist seine Persönlichkeit. Der Kaufmann haftet dagegen nur mit einer Unterlage, nur mit seiner persönlichen Sicherheit. Wenn ich die Kreditsicherheit eines Kaufmanns prüfen will, so frage ich: säuft er — ist er praktisch — wieviel Kinder hat er — hat er ein blühendes Geschäft — hat er eine starke Konkurrenz? — und ganz zuletzt auf den Auskunftszetteln der Bureaus à la Schimmelpfeng heißt es: was hat er an Vermögen? — Also der Personalkredit beruht hier auf den persönlichen Eigenschaften, und wir alle, die wir im Genossenschaftswesen gearbeitet haben, wissen, daß sich die Sache bei uns ganz anders verhält. Es war in der Konferenz ein Bankdirektor unter uns; der begriff das gar nicht, er sagte: das ist eine faule Brücke, auf die der Grundbesitzer sich begiebt, daß er jede Personalschuld auf das Gut eintragen läßt. Also, wenn ich mich verspekulire oder mein Sohn Schulden gemacht hat und ich belaste das Grundstück damit, so ist das eine Ungerechtigkeit; denn diese Dinge haben mit

dem Grundstücke nichts zu thun. Nun frage ich Sie: haben denn die Fideikommißbesitzer, die die Herren kennen, Personalkredit oder nicht? Ich glaube, die Antwort wird sein: ein ordentlicher Fideikommißbesitzer hat einen größeren Personalkredit als wir alle zusammen. Dadurch, daß er nicht so viel Zinsen abzugeben hat, hat er eine gesicherte Existenz und darum gewährt man ihm eben diesen großen Personalkredit.

Also, meine Herren, wer das Anerbenrecht will, muß die Begrenzung der Verschuldungsfreiheit wollen. Die Tendenz des Anerbenrechts liegt vor in dem Höferecht, in dem Lehns- und Fideikommißrecht, in der Heimstätten- und Rentengutsgesetzgebung, und nun ist es wirklich spaßhaft, daß in dem Musterlande Mecklenburg, welches jüngst im Reichstage so scharf angegriffen worden ist, der Zustand, den wir erstreben, thatsächlich, wenn auch mit einer gewissen Beschränkung, existirt. Dort haben die Klosterbauern eine Verschuldungsgrenze, wie Herr Professor Paasche damals anführte, und zwar auf die Hälfte des Werthes; sie können sich nur bis zur Hälfte des Werthes verschulden. Es ist allerdings zur Zeit eine Strömung vorhanden, die diese Grenze weiter hinausrücken will; thatsächlich ist sie aber noch vorhanden, und ich glaube, wir könnten auch in dieser Beziehung viel von Mecklenburg lernen.

Natürlich muß für den Meliorationskredit Platz geschaffen werden. Ist einer bis 50 Prozent verschuldet und er will drainiren, so muß ihm dafür die Möglichkeit des Kredits gewährt werden, aber unter den nöthigen Vorsichtsmaßregeln, insbesondere unter Kontrole der Verwendungszwecke, wie es bei der Provinzialhilfskasse geschieht, wo es auch heißt: das kannst Du zu diesem Zweck bekommen, mußt es aber mit erhöhter Rate amortisiren.

Nun, meine Herren, kommt die eigentliche Entschuldung: „wie sollen wir unsern Pump loswerden"? Ja, meine Herren, das ist ein außerordentlich schwieriger Punkt, und es ist unmöglich, Ihnen die sämmtlichen Maßregeln, die zu diesem Zwecke in Vorschlag gebracht worden sind, in allen ihren Konsequenzen hier vorzuführen. Der eine Vorschlag, der in der Agrarkonferenz gemacht wurde, war der, die Entschuldung herbeizuführen in der Weise, wie sie bei der Landschaft geschieht, daß sie durch Annuitäten getilgt werde. Von einer Seite wurde dazu vorgeschlagen: wir wollen 3 Prozent Zinsen und 3 Prozent für die Amortisation festlegen und bestimmen, daß nur

so amortisable Grundschulden eingetragen werden dürfen; es wurde aber darauf geantwortet: ja, das können wir nicht. Nun könnte ich ja sagen: wir wollen mit 12 Prozent amortisiren, dann geht es noch schneller; wir können es eben nicht. Was helfen uns die schönsten Theorien, wenn sie nicht ausführbar sind.

(Sehr richtig!)

Nun, meine Herren, ist weiter vorgeschlagen worden: Grundnoten auszugeben. Ich weiß nicht, ob den Herren die Sache bekannt ist; jedenfalls ist es nicht möglich, sie Ihnen hier ausführlich auseinanderzusetzen. Die Idee ist kurz die, es sollen ähnlich, wie unverzinsliche Reichsbanknoten ausgegeben werden, wie früher zahlreiche Zettelbanken solches Privilegium hatten, auch vom Grundbesitz Noten ausgegeben werden können. Ich bin, offen gestanden, nicht in der Lage, die finanzielle Wirkung dieser Maßregel voll ermessen zu können und auch in der Agrarkonferenz war man darüber sehr getheilter Meinung. Immerhin wäre mir dieses Mittel sympathisch, weil es ein Mittel der Selbsthilfe ist, und wir uns auf diese Weise vielleicht ohne Staatssubvention helfen könnten. Und, meine Herren, soweit wir irgend können, müssen wir selber Hand anlegen; das ist entschieden unsere Pflicht!

Es ist sodann vom Herrn Grafen Stosch aus Schlesien ein Mittel genannt worden, welches mir ebenfalls sehr sympathisch ist, vor allem deshalb, weil ich glaube, daß es durchführbar ist. Als in Oberschlesien der Nothstand herrschte, hat man, um den kleinbäuerlichen Besitzern zu Hilfe zu kommen — die Verzinsung der dortigen Realschulden betrug damals 6 Prozent — vom Staate ein Kapital von 1 000 000 Mark, auf 20 Jahre unverzinslich, zur Unterstützung der Provinzialhilfskasse erhalten, um ihr auf diese Weise die Möglichkeit zu geben, die Beleihungsgrenze für die kleinen bäuerlichen Grundstücke bis auf $^5/_6$ des Werthes heraufzusetzen. Diese Summe diente also als Sicherheit für den Locus von $^2/_3$ bis zu $^5/_6$ des Grundwerthes. Und da der Staat, wie wir später sehen werden, das größte Interesse daran hat, vom Standpunkte seiner Selbsterhaltung aus, für den landwirthschaftlichen Besitzerstand einzutreten, so meine ich, daß man in der Weise, wie es in Schlesien geschehen ist, ihn zur Herbeiführung der Entschuldung des Grundbesitzes in Anspruch nehmen darf. Ich glaube auch, meine Herren, daß dies der Weg wäre, auf dem uns am ersten Hilfe gewährt werden könnte.

Die Sache kann ja so eingerichtet werden, daß mit der Zeit die Summe, die der Staat rein als Garantie, nicht als baares Darlehen hergiebt, damit die Korporationen höher hinauf beleihen können, nachher zurückgezahlt wird. Denn schließlich können wir auch nicht verlangen, daß der Staat uns unsere Schulden bezahlt, sondern wir wollen nur eine Uebergangsmaßregel haben, und es scheint mir in der That nicht zu viel verlangt, wenn wir den Staat in der Weise, wie es beim Nothstand in Oberschlesien geschehen ist, in Anspruch nehmen, da ja auch sein eigenes Interesse dabei in Frage kommt; denn wenn wir zu Grunde gehen, geht der Staat auch zu Grunde!

(Sehr richtig!)

Meine Herren, wenn wir alle diese Maßregeln der Entschuldung durchführen wollen, dann brauchen wir nothwendig eine korporative Organisation. Wir müssen ein Institut haben, welches einheitlich den Grundkredit in die Hand nimmt, und darum sagen wir in der Resolution:

c) Allmähliche Ueberführung des gesammten ländlichen Grundkredites an öffentlich-rechtliche Körperschaften (weiterer Ausbau der Grundkreditreform Friedrich des Großen).

Der Amortisationszwang ist nicht durchzuführen bei Privathypotheken; die planmäßige Entschuldung mit den Mitteln, die ich Ihnen angeführt habe, ist nur möglich, wenn ein korporatives Institut vorhanden ist, welches nach einheitlichen Grundsätzen vorgeht, und ebenso ist die Beleihungsgrenze nur durchzuführen, wenn wir ein Institut haben, welches die Taxen macht und die Beleihungsgrenze bestimmt; das heißt also, meine Herren, wir müssen eine Korporation der Landwirthe haben. Ob dies nun — das wäre mir das sympathischste — die Landschaften sein werden, wird in der Hauptsache von den Landschaften selbst abhängen. Sie haben jetzt schon angefangen, sich des bäuerlichen Kredits anzunehmen; aber sie sind noch sehr weit zurück und dies liegt namentlich in ihrer Organisation, die viel zu zentralisirt ist. Wenn Sie nach dem Westen und Süden unseres Vaterlandes gehen, so finden Sie, daß dort die öffentlichen Kreditinstitute, die allerdings anders gestaltet sind, als die unsrigen, überall Agenten haben, in Württemberg vermittelt das sogenannte Dorfgericht; dort werden die Taxen nicht von weit herkommenden Landschaftsdeputirten gemacht, sondern das

Dorfgericht macht sie selbst und ist verantwortlich dafür. Da hat also eine Dezentralisation stattgefunden, wie wir sie nothwendig brauchen, und eine solche muß bei den Landschaften auch eintreten, wenn sie für die Zwecke, die wir hier im Auge haben, geeignet sein sollen. Es wird auch eine Herabminderung der Kosten stattfinden müssen, und wenn die Landschaft es nicht machen will, dann muß es die Provinz oder der Staat machen. Ich glaube aber nicht, daß unsere Landschaften im Osten sich dieser schönen sozialen Aufgabe entziehen werden; auch sie müssen dem Zuge der Zeit folgen. Wo im Westen derartige Institute noch nicht vorhanden sind, würden sie natürlich auch zu schaffen sein; wir müssen dazu übergehen, das großartige Reformwerk Friedrich des Großen für das ganze Reich weiter durchzuführen.

Ein weiteres Mittel zur Entschuldung und sonstigen Verbesserung der Grundbesitzverhältnisse würde die

d) Ausbildung der Lebens- 2c. Versicherung und ihre sinngemäße Einfügung in die Reform

sein. Es ist uns ausgerechnet worden, wieviel schneller und billiger durch die Lebensversicherungen amortisirt werden kann, als auf sonstige Weise, und es erschien uns deshalb nothwendig, die Lebensversicherung, insbesondere bei fakultativer Einführung, als Mittel in unsern Reformplan mit aufzunehmen.

Ein ferneres Postulat, welches wir aufstellen, ist

e) Umfassende Organisation des Personal- und Mobiliarkredites auf genossenschaftlichem Wege.

Meine Herren, gehen Sie einmal nach dem Westen und sehen Sie, wie man dort in der Personalkreditgewährung fortgeschritten ist gegenüber dem Osten. Gehen Sie nach Schottland und Amerika, so werden Sie Personalkreditinstitutionen finden, denen wir nicht das Wasser reichen können. Bei uns wenigstens im Osten liegt der Personalkredit fast vollkommen in den Händen des Händlers, zu dem die Schuldner in ein vollständiges Abhängigkeitsverhältniß gerathen, und doch soll der Personalkredit nicht die persönliche oder wirthschaftliche Freiheit des Schuldners in irgend einer Weise beeinflussen dürfen.

(Sehr richtig!)

Das werden wir nur erreichen können, wenn wir öffentliche oder korporative Organisationen schaffen, und die werden sich am besten

auf genossenschaftlichem Wege schaffen lassen. Meine Herren, es ist ja eine bekannte Thatsache, wenn es auf öffentliche Kosten geht, sind wir ungemein nobel,

(Heiterkeit.)

geht es aber auf genossenschaftliche Kosten, wo wir selber haften müssen, dann werden wir plötzlich sehr ängstlich und vorsichtig, und diesen im Menschen liegenden Trieb müssen wir auszunutzen suchen. Beim Kleinbesitz würden Orts-Kassen nach Raiffeisenschem System vielleicht am angebrachtesten sein, während beim Großgrundbesitz man die Besitzer vielleicht kreisweise zusammenfassen muß. Jedenfalls müssen wir Personalkreditinstitute für die Provinz haben, und für den Ausgleich der Institute untereinander bedarf es einer Centralstelle in Berlin, die gewissermaßen das große Reservoir darstellt, in welches sämmtliche Kanäle münden und von wo aus der Ausgleich und die Ergänzung für die Provinzialinstitute erfolgt. Meine Herren, die Seehandlung diskontirt den Personalkredit der Börse in ihrem Ultimoverkehr zu 1 und oft zu $^3/_4$ Prozent, während wir Landwirthe noch zu 5 bis 6 Prozent arbeiten müssen. Das liegt meines Erachtens nur an dem Mangel einer Organisation. Man muß sich nur klar machen, wie bequem ein Kaufmann arbeitet und wie unbequem wir es thun müssen.

(Sehr richtig!)

Der Diskont der Reichsbank und der Seehandlung beruht auf drei Monaten Ziel, und das ist für die Kaufleute auch vollkommen ausreichend. Kommt ein Landwirth und will sechs Monate Ziel haben, dann heißt es: ja, das geht nicht, darauf können wir uns nicht einlassen. Es ist eben der ganze bezügliche Gedankengang der Geschäftswelt und auch der Herren Geheimräthe immer nur auf kaufmännische Begriffe zugeschnitten, und dem müssen wir mit aller Energie zu Leibe gehen.

(Sehr richtig!)

Auch für den Mobiliarkredit müssen genossenschaftliche Einrichtungen getroffen werden.

Als weiteres Petitum stellen wir in der Resolution auf die

f) Reform der Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen.

Meine Herren, ich will mich über diesen Punkt nicht weiter äußern, weil die Zeit allzuweit vorgeschritten ist; Sie werden mir aber

alle zugeben müssen, daß eine Reform auf diesem Gebiete ebenso nothwendig als auf den anderen ist.

Nun stellen wir die weitere Forderung auf:

g) Vorsorge gegen übermäßige Parzellirung einerseits — und eine örtlich zu weitgehende Latifundienbildung andererseits behufs einer die Leistungsfähigkeit des Besitzthums sichernden, der technischen Entwickelung förderlichen und dem Staatsinteresse entsprechenden Besitzvertheilung.

Meine Herren, die Folgen der Parzellirung, die durch das römische Recht im Westen unseres Vaterlandes herbeigeführt sind, habe ich schon dargestellt in ihrem ganzen Umfange. Aber wir haben auch die Latifundienbildung zu bekämpfen. Nun ist es aber wunderbar, daß die Latifundienbildungen nicht mehr von den Junkern des Landes ausgeführt werden, sondern von den Junkern der Stadt.

(Sehr richtig!)

Wir haben Banken, die ihre Kapitalien in Latifundien anlegen; ich will nur erinnern an den Riesenbesitz, den das Haus Rothschild jährlich acquirirt — ich weiß nicht, wie viele Millionen es seit Jahren in Landbesitz anlegt. Neuerdings hat sich ein Konsortium von Rothschild und Bleichröder gebildet, welches in Rumänien 4 Quadratmeilen gekauft hat, um dort Zucker zu bauen, und als von unserer Seite dagegen opponirt und gesagt wurde: wir müssen mindestens 75 Pfennig für die Rüben haben! — ist uns erwidert worden: ihr habt keine Berechtigung, in Deutschland Rüben zu bauen, wenn sie so viel kosten; denn wir können sie in Rumänien für 40 Pfennig bauen. Da sehen Sie, meine Herren: diesem internationalen Kapital ist Vaterland, Nation und Mensch, alles ganz gleichgültig!

(Heiterkeit und Sehr richtig!)

Zum Schlusse stellen wir die Forderung auf:

h) Soweit Selbsthilfe bezw. die Kräfte der Körperschaft (s. IIb) nicht ausreichen, hat der Staat im Interesse seiner Selbsterhaltung einzutreten.

Meine Herren, wenn wir Ihnen vorschlagen, der Staat soll uns helfen, so müssen wir uns andererseits auch gewisse Beschränkungen auferlegen lassen, wir müssen uns die Begrenzung der Verschuldungsfreiheit und sonstige erhebliche Beschränkungen zum Wohle und

Besten des Staates gefallen lassen; denn nur dann haben wir die Berechtigung, eine Unterstützung seitens des Staates zu fordern und anzunehmen. Wir bringen durch die Verschuldungsgrenze, durch die Unkündbarkeit der Hypotheken, durch das Anerbenrecht entschieden ein Opfer der individuellen Freiheit; wir bringen dieses Opfer einmal wegen unserer Familie und unseres Besitzes, wir bringen es vor allen Dingen aber auch — und das bitte ich festzuhalten — im Interesse des Staates. Diese ganze große Reform ist nur zu rechtfertigen, wenn man sich auf den Standpunkt stellt: das Staatsinteresse ist dabei das vorwiegend maßgebende. Denn, meine Herren, unsere Landwirthe sollen in erster Linie durch die Reform, die wir erstreben, über Wasser gehalten werden; aber wir wollen sie im Staatsinteresse über Wasser halten, wir wollen den Stand, der 40 Prozent unseres deutschen Volkes repräsentirt, das wichtigste Gewerbe, das für die Ernährung der Nation zu sorgen hat, das dem Staat seine Soldaten, dem Volke die Verjüngung bietet, von dem Untergange retten und leistungsfähig machen, — das ist die einzige Berechtigung, die wir für unsere Forderungen haben. Andererseits hat dann aber auch der Staat, da er es doch ist, der uns durch die Fehler seiner Gesetzgebung ins Elend hineingeritten hat, auch die Pflicht, uns seine hilfreiche Hand zu bieten, soweit unsere eigene Kraft nicht ausreicht.

(Bravo!)

Zum Schlusse komme ich noch dazu, daß es bedarf:

III. Neben diesen besitzrechtlichen Reformen einer Reihe auf anderen Gebieten liegender Maßregeln. Insbesondere muß hervorgehoben werden, daß das ganze obige Reformwerk undurchführbar ist, wenn nicht der Betrieb der Landwirthschaft wieder lohnend gemacht und erhalten wird, wogegen aber auch durch eine Preishebung der landwirthschaftlichen Produkte nur allein eine *dauernde* Gesundung des Grundbesitzes nicht herbeigeführt werden würde, da eine Fortdauer der in Nummer II angeführten Umstände nothwendig wieder eine weitere Ueberschuldung herbeiführen müßte.

Die Währungsänderung und der Antrag *Kanitz*, das sind die großen Mittel; die große Zahl von kleinen Mitteln: sie liegen außerhalb der heutigen Diskussion. Meine Herren, wir sagen: diese

ganze Reform, die vom staatsmännischen Standpunkte aus durchaus richtig und auch anerkanntermaßen richtig ist, ist überhaupt nur durchzuführen bezw. in Angriff zu nehmen, wenn die deutsche Landwirthschaft, wenn der kranke Körper, an dem hier herum operirt werden soll, diese Operation auch aushalten kann. Bei einem zum Tode entkräfteten Patienten nimmt man keine Operation vor, er muß soviel Kräfte haben, daß man einen scharfen Einschnitt wagen kann, den muß er sich aber, will er gesund werden, gefallen lassen. So können auch wir nicht in die Reform eintreten, ehe nicht die Möglichkeit gegeben ist durch diese Mittel, die ich zuletzt angeführt habe, daß der Patient, die Landwirthschaft, die Operation auch aushält und über Wasser gehalten wird. Aus demselben Gedankengange heraus möchte ich aber auch die Herren warnen, alles Glück von dem Antrage Kanitz und von der Doppelwährung für alle Zeiten zu erhoffen. Nehmen wir nicht diese Reform unserer grundkreditlichen und erbrechtlichen Verhältnisse vor, dann werden wir mit Nothwendigkeit auch nach Annahme des Antrages Kanitz und der Doppelwährung uns bald wieder in derselben traurigen Lage befinden, in der wir jetzt sind. Diesen Standpunkt wollen wir mit aller Schärfe festhalten. Lassen wir uns nicht den Blick dadurch trüben, daß unsere momentanen Nöthe so schwer geworden sind. Wir sind ja alle Staatsmänner

(Heiterkeit.)

und darum, meine Herren, wollen wir weiter hinausschauen und über die nächstliegenden Bedürfnisse die weit ausschauenden Zielpunkte, die wir unbedingt erreichen müssen, wenn wir auf die Dauer zu einer Gesundung der agrarischen Verhältnisse kommen wollen, nicht übersehen.

(Bravo!)

Und nun, meine Herren, komme ich wirklich zum Schluß und da möchte ich Ihnen wiederholen, was ich in der Agrarkonferenz als das Ziel unserer Arbeit hingestellt habe.

„Meine Herren, was ist denn das Ziel unserer ganzen Bestrebungen? Das Ziel ist doch, einen vaterländischen Grundbesitzerstand zu schaffen, bezw. zu erhalten, welcher, gesichert in seiner Existenz, darum zufrieden, anhänglich an den vaterländischen Grund und Boden, abhängig von dem Bestehen des Vaterlandes die feste Säule unseres Staates bilden kann, und zu diesem Zwecke die

Existenzbedingungen dieses Grundbesitzes so zu normiren, daß er aus eigener Kraft etwaigen Krisen gewachsen ist; daß er in der Lage ist, ein sicherer Ernährer der anderen Erwerbsstände zu sein, neue Werthe zu schaffen und zu sammeln, um aus sich selbst heraus eine ewige Verjüngung unseres Besitzerstandes herbeizuführen, um neue Kolonien, neue Güter kapitalkräftig gründen zu können, um der nie versiegende Born zu sein, aus welchem unser Volk stets Verjüngungswasser schöpfen kann."

Meine Herren, das habe ich damals ausgeführt und das sollte auch die Grundidee meiner heutigen Ausführungen sein. Was wir thun, thun wir im allgemeinen Staatsinteresse, und Gott möge geben, daß es uns gelinge, wie durch die kleinen Mittel eine Abhilfe der momentanen Noth, so durch das Reformwerk, welches ich Ihnen in großen Zügen hier vorgeführt habe, jenes hohe und schöne Ziel, das ich Ihnen gezeigt habe, zu erreichen, damit der Stand, der allein den Damm gegen die Umsturzbestrebungen unserer Zeit bildet, der allein den Kampf für Religion, Sitte und Ordnung mit Erfolg durchzukämpfen befähigt ist, konsolidirt und erhalten werde zum Wohle unseres Vaterlandes!

(Lebhafter, anhaltender Beifall.)

Vorsitzender Graf **von Mirbach**-Sorquitten (der inzwischen den Vorsitz übernommen hat): Meine Herren! Ihr Beifall macht es eigentlich überflüssig, meinerseits noch dem Herrn Referenten für seinen ausführlichen und anregenden Vortrag zu danken; dennoch halte ich es für meine Pflicht, dies in Ihrem Namen zu thun.

Wir kämen nun zur Diskussion über diesen Gegenstand, denn das Korreferat bewegt sich nach meiner Ansicht auf einem ganz anderen Boden. Ich bitte, daß die Herren, welche sich zu diesem Gegenstande äußern wollen, zunächst das Wort nachsuchen.

Chefredakteur **Otto Tippel**-Schweidnitz: Meine Herren! Der Herr Vorredner hat ein umfassendes und zutreffendes Bild von der Lage der Landwirthschaft und den Aufgaben zu ihrer Hebung gegeben. Meiner Ansicht nach müssen die agrarpolitischen Aufgaben der Gegenwart sich darauf erstrecken, das innere Wesen des ländlichen Grundbesitzes, die große soziale Bedeutung der Landwirthschaft wieder zur Geltung zu bringen. Die zügellose Entwicklung der Industrie in den letzten Jahrzehnten hat den

Blick für die große soziale Bedeutung der Landwirthschaft mehr und mehr getrübt, nicht nur in der Bevölkerung im allgemeinen, sondern auch bei den Politikern. Sie sehen das besonders an den Leistungen der Wissenschaft; die Wissenschaft hat in den letzten Jahrzehnten den agrarpolitischen Aufgaben eine verhältnißmäßig geringe Aufmerksamkeit gewidmet und schließlich ist der Gedanke entstanden, Deutschland müsse ein Industriestaat werden. Wenn jemals ein verfehltes Wort gesprochen worden ist, meine Herren, so ist es dies gewesen.

Vergegenwärtigen wir uns doch die Bedeutung der Industrie und der Landwirthschaft. Die Landwirthschaft ist ihrer ganzen geschichtlichen Entwicklung nach zweifellos von einer großen staatserhaltenden und staatsgestaltenden Kraft. Die Industrie schafft große Werthe, sie imponirt durch die großen Zahlen, die sie liefert: aber das kann uns nicht von der Erkenntniß abbringen, daß der Industrie die innere staatsgestaltende und staatserhaltende Kraft fehlt, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil Fabrikschornsteine, Großhändler und Bankiers noch lange keinen Staat ausmachen können. Die Industrie mit ihren beständig wechselnden Existenzbedingungen, der Konzentrirung großer Arbeitermassen auf verhältnißmäßig kleinen Gebieten, der spekulativen Ausnützung birgt eine solche Fülle ernster Gefahren in sich, daß sie in Deutschland auch nur in Anlehnung an eine leistungsfähige ausgedehnte Landwirthschaft existiren kann. Daraus ergiebt sich, daß die Landwirthschaft der erste und wichtigste Faktor unseres Staatslebens ist. Der Grund und Boden, den der Landwirth bearbeitet, ist das Vaterland und giebt erst die Grundlage, auf der ein Staatswesen zu bilden möglich ist. Meine Herren, wir haben ja Jahre lang in Versammlungen und in der Presse die Phrase von der Begehrlichkeit des Agrarierthums gehört; nun, ich bin überzeugt, das Schlimme an der Sache ist nur, daß die Forderungen der Agrarier durchaus berechtigte sind,

(Heiterkeit und Sehr richtig!)

und daß heute, wenn es auch anfänglich hat scheinen wollen, als sollte unter dem Drucke einer auf freisinnigen Redaktionsbureaus künstlich gemachten „öffentlichen Meinung“ die Landwirthschaft ihre wichtigsten Interessen verlieren, die allgemeine Wahrnehmung zu machen ist, daß im Lande die Meinung allmählich durchdringt, daß die Hebung der Getreidepreise eine unbedingte Nothwendigkeit ist.

Ich möchte hier noch auf einen Punkt hinweisen, der vielleicht ein allgemeineres Interesse hat. Herr Winterschul-Direktor Strauch in Neisse hat in diesen Tagen in der „Neisser Ztg.", einem Centrumsblatte, die Schwankungen der Getreidepreise auf dem Markt zu Neisse für die Jahre 1892, 1893 und 1894 graphisch dargestellt und kommt am Schluß zu dem Ergebniß:

„Um den Lesern ein anschauliches Bild von dem Ausfall der Einnahmen, welche dem Landwirth durch den Preissturz der Getreidefrüchte bereitet wurden, zu geben, wollen wir eine Berechnung anstellen. Wir nehmen an, daß die Landwirthe der drei im Neisser Kreise gelegenen Ortschaften Nowag, Stephansdorf und Heidersdorf durchschnittlich 1752 Morgen mit Weizen und 1772 Morgen mit Gerste anbauen .... Es wurden im Durchschnitt pro Jahr geerntet: Weizen 15 768 Centner, Gerste 15 948 Centner. Der Jahresdurchschnittspreis für Weizen betrug im Jahre 1891 11,20 Mark, der Jahresdurchschnittspreis für Gerste in demselben Jahre 7,70 Mark; im abgelaufenen Jahre war der Durchschnittspreis für Weizen aber nur 6,58 Mark, für Gerste 6,56 Mark, es wurden also für Weizen im Jahre 1894 pro Centner 4,62 Mark weniger und für Gerste 1,14 Mark weniger als 1891 gezahlt ... Diese Zahlen ergeben für das Jahr 1893 einen Verlust von 78 376 Mark und für das Jahr 1894 einen Verlust von 91 028 Mark."

Meine Herren, diese Zahlen, die hier ein ganz unabhängig und objektiv denkender Mann aufgestellt hat, zeigen doch ganz klar, wie ernst die Lage der Landwirthschaft augenblicklich ist. Solche Ziffern von 78 000 und 91 000 Mark geben jedem die Möglichkeit, sich klar auszurechnen, wie diese Verhältnisse auf den einzelnen Landwirth in den einzelnen Gemeinden wirken. Also, meine Herren, wir wissen, wenn hier und da wieder die Phrase von der Begehrlichkeit der Agrarier ertönt, jedenfalls, daß die Behauptungen einsichtsvoller Männer, daß die Landwirthschaft um ihre Existenz zu kämpfen hat, nur den nackten Thatsachen entsprechen.

Meine Herren, ich komme aus einem landwirthschaftlich sehr gut gelegenen Kreise und kann täglich die Wahrnehmung machen, wie bei sehr intelligenten Landwirthen die Lage sich von Tag zu

Tag verschlimmert. In Schlesien hat Freiherr von Huene, der bekannte Zentrums-Abgeordnete, die Verschuldung des ländlichen Grundbesitzes auf durchschnittlich 75 Prozent beziffert. Nun, meine Herren, das ist doch eine Ziffer, die deutlich erkennen läßt, wie ungeheuer ernst die Lage der Landwirthschaft für die gegenwärtigen Besitzer ist. Wir begegnen nun häufig dem Einwande: ja, wenn auch die gegenwärtigen Landwirthe schlecht gestellt sind und zurückgehen, so ist doch noch nicht gesagt, daß darum die Landwirthschaft zu Grunde geht. Nun, meine Herren, das Bild kann man sich ja recht deutlich ausmalen, wie es kommen wird, wenn später große Banken und Vorschußvereine, Börsenjobber und Großkapitalisten die Bewirthschaftung des landwirthschaftlichen Grundbesitzes in die Hand nehmen. Was daraus für Folgen für den Staat entstehen, liegt auf der Hand. Ich bin doch der Ueberzeugung, der Staat hat ein ungleich höheres Interesse an der Existenz vieler selbständiger Landwirthe, als an der Existenz eines Mannes, der vielleicht 3 oder 4 Ortschaften bewirthschaftet. Vor allen Dingen, meine Herren, kommt es — Herr von Knebel-Doeberitz hat das ja schon in sehr einleuchtender und eingehender Weise ausgeführt — darauf an, die große soziale Bedeutung der Landwirthschaft zur Geltung zu bringen. Das ist ein Punkt, der heute noch von den meisten nicht recht gewürdigt wird. Es heißt heute vielfach, und leider auch in den Städten, daß die Landwirthschaft darauf ausgeht, gewissermaßen auf Kosten des Staates sich zu bereichern. Nein, meine Herren, was sie fordert — und ich kann das aussprechen, weil ich der Landwirthschaft selbst fernstehe — liegt durchaus im Interesse des Staates, wie Herr von Knebel-Doeberitz in trefflicher Weise dargelegt hat.

(Bravo!)

Landtagsabgeordneter Kammerherr **von Riepenhausen-Crangen**: Meine Herren, den eingehenden Ausführungen des Herrn Referenten habe ich nur noch zwei Worte hinzuzufügen, nämlich die Bitte, die Resolution möglichst einstimmig anzunehmen.

Meine Herren, der Herr Referent hat mit vollem Rechte darauf hingewiesen, daß die großen Mittel, die uns heute angerathen werden und die zweifellos nothwendig sind, um die deutsche Landwirthschaft wieder rentabel zu machen, gewiß in erster Linie zu erstreiten und zu erkämpfen sind; aber in zweiter Linie gilt es,

unsern deutschen Grund und Boden zu sichern und ihm diejenigen Kulturerrungenschaften zuzuführen, die zum Theil im Westen vorhanden sind, im Osten aber noch fast gänzlich fehlen. Wenn wir sehen — der Herr Referent hob ja auch die Raiffeisenschen Sparkassen hervor —, wie der Personalkredit im Westen so vorzüglich ausgebildet ist, während er im Osten in keiner Weise in ähnlichem Maße so in Anspruch genommen wird, wie vollberechtigt er auch im Osten seinen Platz hätte, so liegt das meiner Ansicht nach daran — und darin stimme ich auch mit dem Herrn Referenten überein —, daß im Osten ein zu großer Realkredit stattfindet. Mit dem Sinken des Realkredits geht ein Wachsen des Personalkredits Hand in Hand.

Meine Herren, wenn der Gedanke des Anerbenrechtes angegriffen und von den Gegnern desselben der Vorwurf erhoben wird, wir seien Menschen ohne Herz, wir hätten nicht das Gefühl der Gerechtigkeit gegenüber unsern Kindern, so antworte ich darauf: die sittliche Kraft eines Menschen wächst in dem Moment, in dem er seine Schulden bezahlt. Wer von uns hätte das nicht durchgemacht, daß er Schulden hat zahlen müssen und Gottseidank in der Lage war, sie zu zahlen. Das deutsche Sprüchwort sagt mit vollem Recht: wer seine Schulden bezahlt, verbessert sein Vermögen. Also, meine Herren, die sittliche Kraft der Bevölkerung wächst in dem Momente, wo wir eine Gesetzgebung einführen, die das Anerbenrecht durchführt und damit eine Schuldenentlastung mit sich bringt; dadurch geben wir eine größere Kraft sowohl dem Individuum als den Familien.

Der Herr Referent hat dann völlig in Uebereinstimmung mit mir hervorgehoben, daß wir viel zu hohe Zinsen zahlen, und dies ist ein Moment, welches mich hauptsächlich dazu veranlaßte, heute das Wort zu ergreifen. Ich habe mir neulich im Landtage erlaubt, darauf hinzuweisen, daß sehr wohl unsere großen Geldinstitute sich bereit finden würden, zu billigen Prozenten der Landwirthschaft Geld zuzuführen. Ich habe einen Domänenpächter zum Präsidenten der Reichsbank hingeführt und habe mit dem Herrn Präsidenten der Reichsbank darüber gesprochen, ob und in welcher Weise er bereit sei, billiges Geld der Landwirthschaft zuzuführen. Der Herr Präsident hat mich dazu autorisirt, im Landtage zu erklären, was ich auch vor 14 Tagen gethan habe, daß er bereit sei, genau so

wie er den Handwerkergenossenschaften im vorigen Jahre 123 Millionen zu billigem Prozentsatz zugeführt habe, dies auch gegenüber der Landwirthschaft zu thun.

(Hört! hört!)

Meine Herren, es kommt in dieser Beziehung nur darauf an, daß wir, wie der Herr Referent sehr richtig hervorgehoben hat, uns in entsprechender Weise zusammenschließen und dadurch die Garantien geben, die nothwendig sind, um die Reichsbank in die Lage zu setzen, ebenso wie dem Handwerker auch dem Landwirth einen billigen Kredit zuzuführen.

(Zuruf: Die Zeitfrage!)

„Die Zeitfrage" — sagt der Herr Vorsitzende, und zwar mit vollem Recht; denn die Zeitfrage ist zweifellos der wichtigste Gesichtspunkt, der bei dieser Sache in Betracht kommt. Es ist absolut nothwendig, daß in Bezug auf die Zeitfrage von Seiten der Reichsbank dem landwirthschaftlichen Theile ihres Ressorts gegenüber ein ganz anderer Modus gewählt wird als gegenüber den übrigen Ressorts; denn ohne lange Befristung hilft uns überhaupt kein Kredit. Das halte ich für die erste Prämisse.

Der Herr Referent hat uns dann auseinandergesetzt, unter welchen Rechtsverhältnissen wir heute leben, wie das römische Recht nicht nur unseren Grund und Boden, unsere ganze Existenz umschließt, wie es geboren ist in einem heidnischen Staate, im Mittelpunkt der damaligen Welt. Die geistige Wurzel des römischen Rechts — so möchte ich es nennen — ist der Egoismus, und zwar der Egoismus, der nur durch den Egoismus des Nebenmenschen gezügelt ist. Dieses Recht haben wir übernommen 1500 Jahre nachdem das Christenthum bei uns seinen Einzug gehalten hat, und es wurde bei uns eingeführt, um uns eine Summe von Kulturgütern zuzuführen. Ich gebe vollständig zu, daß dies nothwendig war; wir mußten eine Summe von Kulturgütern in uns aufnehmen und deshalb rezipirten wir das römische Recht. Aber heute, da wir ein einheitliches großes Deutsches Reich geworden sind, bedürfen wir des römischen Rechtes nicht mehr. Was wir brauchen, ist ein deutsches Recht, und ich glaube, daß wir uns damit befassen müssen, obschon wir im Hinblick auf die traurige Lage der Landwirthschaft uns jetzt vorzugsweise mit dieser Existenzfrage zu beschäftigen haben. Und, wie ich in Parenthese bemerke,

gehöre ich in dieser Beziehung nicht einmal zu den Optimisten, die den Glauben hegen, daß von heute auf morgen ein starker Wandel eintrete nur deshalb, weil wir einen anderen Landwirthschaftsminister bekommen haben; ich bin vielmehr der Ansicht, daß wir noch lange einig, fest und stark zu kämpfen haben, bis wir die Existenzbedingungen erringen, welche für die deutsche Landwirthschaft nothwendig sind, um wieder prästationsfähig zu werden.

(Bravo!)

Aber trotz dieses Kampfes dürfen wir auch nicht unterlassen, die Fundamente für eine neue Rechtsordnung zu legen.

Ein kleiner Anfang dieses großen Programms, welches Sie in unsern Resolutionen finden, beschäftigt den Reichstag seit 5 Jahren; es ist der Heimstättengesetzentwurf, der weiter nichts will als eine Sicherung des kleinen Grundbesitzes. Er hat keinerlei gracchische Tendenzen; er will zunächst erhalten, was historisch geworden ist. Und wenn wir uns vergegenwärtigen, wie in den letzten 5 Jahren sich die Sache geändert hat — vor 5 Jahren waren es nur einige 30 Abgeordnete, die den Antrag unterschrieben hatten, heute sind es 180, und Ihr Herr Vorsitzender mitten unter ihnen —, so sehen wir, wie lange es dauert, bis sich ein solches Programm realisiren kann. Wir haben zu kämpfen mit den orthodoxen römisch-rechtlichen Anschauungen, die sich tief in unser Staatsleben und namentlich in unsere Ministerien eingefressen haben, so daß wir, wie ich sagte, noch einen harten Kampf kämpfen müssen, ehe wir unser Ziel erreichen.

Und nun komme ich zum Schluß. Meine Herren, wenn ich zurückschaue auf die letzten 14 Jahre, seitdem ich dem Ausschuß der Steuer- und Wirthschaftsreformer angehöre: wieviel haben wir nicht schon erreicht, wieviel haben wir durchgesetzt! Und wem, meine Herren, ist dies in erster Linie zu verdanken? Meine Herren, nach meiner Ueberzeugung in erster Linie dem Vorstande, und ich meine, in einem Moment, wo man ein großes Programm aufrollt und man sich sagt: wir werden vielleicht ein halbes, vielleicht ein ganzes Menschenalter kämpfen müssen, um es durchzusetzen — in dem Augenblicke muß man zurückschauen und, den zurückgelegten Weg übersehend, sich dankbar erinnern an die, welche im Vorstande für unsere Interessen gekämpft haben. Und da, meine Herren, möchte ich schließen mit der Bitte, weit ins Land hinauszutragen den

Dank für den Vorsitzenden, der die Leitung der Geschäfte gestern Abend in die Hände des Herrn Freiherrn von Manteuffel niedergelegt hat, unseren Herrn Grafen von Mirbach; denn unter seinem Namen sind viele der Reformen im Land bekannt, und unter seiner Fahne und Führung werden auch weitere erfolgen, wenn wir nur einig sind und treu unserm Gott, wie treu uns selbst. (Beifall.)

Vorsitzender Graf **von Mirbach**-Sorquitten: Das Wort ist nicht weiter verlangt worden. Ich möchte dem Herrn Vorredner zunächst meinen persönlichen Dank aussprechen für das Wohlwollen, welches er dem Vorstande und mir selbst zum Ausdruck gebracht hat.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Resolution, die uns vorliegt. Ich möchte zunächst bemerken, daß es meine Absicht ist, die Herren zu bitten, die Verhandlung jetzt zu unterbrechen, nachdem wir die Resolution erledigt haben, dann eine Frühstückspause eintreten zu lassen und nachher in die Verhandlung über die zweite Abtheilung des Themas einzutreten. — Ich würde allerdings bei Wiederbeginn der Verhandlungen zuerst noch eine geschäftliche Angelegenheit zu erledigen haben, die sich auf eine Ergänzung unseres Programms bezieht. — Ein Widerspruch gegen dies Procedere erfolgt nicht; ich konstatire das.

Wir kämen also nunmehr zur Abstimmung über die Resolution, lautend:

„Die XX. Generalversammlung der Vereinigung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer beschließt:

In Erwägung

1. daß der deutsche ländliche Grundbesitz stark verschuldet, in weiten Grenzen sogar überschuldet ist;
2. daß die derzeitige individualistische und kapitalistische einschlägige Gesetzgebung ein weiteres Anwachsen dieser Verschuldung erzwingen muß;
3. daß die Fortdauer dieser Umstände sowohl das landwirthschaftliche Gewerbe ruiniren als auch den Grundbesitz zur Erfüllung seiner staatserhaltenden und sozialen Aufgaben unfähig machen würde;

ist alsbald eine organische Reform der bezüglichen Gesetzgebung in Angriff zu nehmen.

Insbesondere bedarf es:

I. der gesetzlichen Einführung eines dem Wesen des Grundbesitzes entsprechenden, nach dem Bedürfniß der verschiedenen Bezirke individualisirten Erbrechtes — Anerbenrecht. — Grundlage: Ertragswerth;

II. der allmählichen planmäßigen Entschuldung des Grundbesitzes und einer besseren Organisation des Grundkredites; wobei insbesondere folgende Gesichtspunkte maßgebend sein sollen:

a) Unkündbarkeit der Grundschulden seitens des Gläubigers, und Amortisationszwang — (Rentenform).

b) Allmähliche Zurückführung der Ueberschuldung auf eine gesetzlich festzulegende Beleihungsgrenze, welche durch schnell tilgbare Verschuldungen zu produktiven Zwecken überschritten werden darf.

c) Allmähliche Ueberführung des gesammten ländlichen Grundkredites an öffentlich-rechtliche Körperschaften (weiterer Ausbau der Grundkreditreform Friedrich des Großen).

d) Ausbildung der Lebens- 2c. Versicherung und ihre sinngemäße Einfügung in die Reform.

e) Umfassende Organisation des Personal- und Mobiliarkredites auf genossenschaftlichem Wege.

f) Reform der Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen.

g) Vorsorge gegen übermäßige Parzellirung einerseits — und eine örtlich zu weitgehende Latifundienbildung andererseits behufs einer die Leistungsfähigkeit des Besitzthums sichernden, der technischen Entwickelung förderlichen und dem Staatsinteresse entsprechenden Besitzvertheilung.

h) Soweit Selbsthilfe bezw. die Kräfte der Körperschaft (s. II b) nicht ausreichen, hat der Staat im Interesse seiner Selbsterhaltung einzutreten.

III. Neben diesen besitzrechtlichen Reformen einer Reihe auf anderen Gebieten liegender Maßregeln. Insbesondere muß hervorgehoben werden, daß das ganze obige Reformwerk undurchführbar ist, wenn nicht der Betrieb der

Landwirthschaft wieder lohnend gemacht und erhalten wird, wogegen aber auch durch eine Preishebung der landwirthschaftlichen Produkte nur allein eine dauernde Gesundung des Grundbesitzes nicht herbeigeführt werden würde, da eine Fortdauer der in Nr. II angeführten Umstände nothwendig wieder eine weitere Ueberschuldung herbeiführen müßte."

Ich darf wohl von einer Abstimmung im Einzelnen absehen — oder wünschen Sie, daß ich eine Abstimmung im Einzelnen eintreten lasse?

(Nein!)

Ich werde also die Resolution in ihrer Gesammtheit, wie sie gedruckt vor Ihnen liegt, zur Abstimmung bringen, und bitte, daß diejenigen Herren, die die Resolution annehmen wollen, sich von ihren Plätzen erheben.

(Geschieht.)

Ich konstatire die einstimmige Annahme der Resolution.

Ich darf wohl bemerken, daß, wie es ja von jeher bei uns der Brauch gewesen ist, die Resolution noch einmal an den Ausschuß zur Redaktion zurückverwiesen wird. — Ich konstatire, daß dagegen kein Widerspruch erfolgt.

Meine Herren, ich möchte Ihnen nun vorschlagen, eine Frühstückspause von 20 Minuten eintreten zu lassen, bitte dann aber pünktlich wieder zu erscheinen.

(Pause.)

Reichstagsabgeordneter Kammerherr Dr. **von Frege**-Abtnaundorf (den Vorsitz übernehmend):

Meine Herren, ich eröffne die Sitzung wieder und ertheile in einer geschäftlichen Mittheilung zunächst das Wort Herrn Grafen von Mirbach.

Reichstagsabgeordneter Graf **von Mirbach**-Sorquitten: Meine Herren! Wir kehren jetzt zum ersten Gegenstand der Tagesordnung **„Geschäftliches"** zurück und zwar

„Ergänzung der Statuten."

Das „Engere Komitee" hat eine Statutenergänzung vorgenommen, die gestern vom Ausschuß acceptirt worden ist; dieselbe lautet:

Die Nr. 2 des § 2 des Statuts der Steuer- und Wirthschafts-Reformer:

„Die Doppelbesteuerung, welche in der Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer liegt, ist zu beseitigen. Das Renten-Einkommen ist höher zu besteuern als das Arbeits-Einkommen. Gegen die Steuerumgehungen des Geldkapitals sind wirksame Sicherheitsmaßregeln zu schaffen —",

als durch die Gesetzgebung für im wesentlichen erledigt anzusehen, und wie die übrigen Punkte, die bereits in Parenthese stehen, in Petitschrift und Parenthese zu setzen.

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Dann schlägt Ihnen der Ausschuß vor, hinter der Nr. 2 als neue Nr. 3 einzufügen:

„Der heimischen Produktion auf allen Gebieten ist ein Zollschutz zu gewähren, welcher den Produktionsbedingungen des Inlandes und des konkurrirenden Auslandes entsprechend zu bemessen ist."

Das heißt mit anderen Worten die Aufnahme des Schutzzollprinzips in unser Statut. — Auch dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Schließlich schlägt Ihnen der Ausschuß vor, als Nr. 10, also vor dem letzten Punkt, folgende neue Nummer einzufügen:

„Die Goldwährung ist durch eine internationale Gold- und Silberwährung (Doppelwährung) zu ersetzen."

Auch dies sehe ich von der Versammlung, wenn sich kein Widerspruch erhebt, als angenommen an. Die Annahme der sämmtlichen Ergänzungen darf als einstimmig geschehen konstatirt werden.

(Allseitige Zustimmung.)

Dies ist der Fall!

Vorsitzender Kammerherr Dr. **von Frege**-Abtnaundorf: Wir kommen jetzt zum zweiten Theile, Nr. 2, unserer Tagesordnung:

„Die agrar-politischen Aufgaben der Gegenwart unter spezieller Berücksichtigung der Reichs-Enquete des Jahres 1894 über die Währungsfrage."

Ich ertheile das Wort dem Herrn Korreferenten Fabrikbesitzer Otto Wülfing-München-Gladbach.

Berichterstatter: Fabrikbesitzer **Otto Wülfing**-München-Gladbach: Geehrte Versammlung! Einem Rundschreiben aus dem Jahre 1876 entnehme ich folgende Worte:

„Man versucht auch in der überaus verschieden gesinnten Presse und durch Flugschriften zu erweisen, daß die Interessen der Industrie ganz andere als die der Agrikultur seien, daß der Handel mit den Wünschen der Gewerbe kollidire, daß die Arbeiter gar keine Veranlassung hätten, mit den Industriellen Hand in Hand zu gehen, und doch bildet jeder dieser Faktoren für den anderen eine unerläßliche Bedingung, und nur dann wird ein richtiger glücklicher Ausgleich aller Verhältnisse erstehen können, wenn jene irrigen Ansichten dem besseren Verständniß und der faktischen Thatsache weichen."

Der dies Rundschreiben durch alle deutschen Gaue wandern ließ, war der „Centralverband Deutscher Industrieller" und der es unterzeichnete, das war sein Vorsitzender, der bekannte böse Agrarier und Bimetallist Herr v. Kardorff.

(Heiterkeit.)

So 1876, und während der Zolldebatten der Jahre 1877 bis 1879 sehen wir Landwirthschaft und Industrie einmüthig zusammen arbeiten, strebend nach einem Ziele „Schutz der deutschen Arbeit".

Dieses schöne Verhältniß sollte leider nicht lange mehr bleiben und das dringende Bedürfniß der Landwirthschaft nach größerem Schutz gegenüber den durch die Silberentwerthung hervorgerufenen, alle Zölle überbrückenden Valutadifferenzen, alle die vorgeschlagenen großen und kleinen Hilfsmittel, die alle nicht im Stande waren, dies Uebel mit der Wurzel auszurotten, all dies wohl berechtigte Verlangen nach ausreichendem Schutz ließen unsere Gegner das Wort „begehrliche Agrarier" in die Welt setzen und immer mehr gläubige Nachbeter fand dies Wort namentlich in den Kreisen der Industrie, verbreitet mit Eifer durch die Zeitungen der Manchesterpartei.

Zwei feindliche Brüder, so standen und stehen noch sich Landwirthschaft und Industrie gegenüber, und wenn jetzt in industriellen Kreisen sich eine Wendung zum Besseren zeigt, so ist dies in erster Linie dem Umstande zuzuschreiben, daß nun auch seit Mitte des Jahres 1893 der Industrie erst die Wirkung der Valutadifferenzen, des Silbersturzes, fühlbar wird und weil die Nothlage der Landwirthschaft mittlerweile auf die Industrie wirkt.

Immer mehr wird es der Industrie klar werden, daß es der schwerste Fehler ist, sich in einen Gegensatz zur Landwirthschaft zu stellen; sich zu gemeinsamem Wirken die Hand zu reichen, das

muß von beiden Seiten eine der nächsten Aufgaben sein, die zu bethätigen, unser Reichstag vollauf Gelegenheit hat.

Nun, meine Herren Steuer- und Wirthschaftsreformer, meines Erachtens ist bei unserem Zolltarif von 1879 der Zweck des Schutzes der deutschen Arbeit nicht immer voll im Auge behalten worden, namentlich nicht bei den Erzeugnissen unseres vaterländischen Bodens, der Landwirthschaft, und es war ein schwerer Fehler, die landwirthschaftlichen Zölle von vornherein zu niedrig zu bemessen.

Als Sie daher 1879 die Zölle für Roggen und Weizen auf 1 Mark per 100 Kilo vereinbarten, sei es unter dem Einfluß früherer Freihandelsgedanken oder auch aus Nachgiebigkeit gegen Ihre Gegner, waren Sie bald gezwungen Zollerhöhungen zu beanspruchen und nachdem auch diese durch die Valutadifferenzen überholt wurden, stieg die Unzufriedenheit bei der Landwirthschaft immer mehr und ließ die zumeist betroffenen Großgrundbesitzer als unersättliche begehrliche Menschen erscheinen.

Ein rationeller Schutzzoll soll nach meiner Auffassung *mindestens der Hälfte des Werthes der auf der Waare ruhenden Arbeitslöhne und Betriebskosten* entsprechen, und indem man dies bei Aufstellung unserer Zölle unbeachtet ließ, hat man nicht nur bei unsern landwirthschaftlichen Erzeugnissen, sondern z. B. auch bei den Baumwollgarnen schwer gesündigt.

Wie bewerthet sich nun z. B. unsere deutsche Arbeit bei unserem Roggen?

Mir liegt eine Berechnung vor, wonach die *Unkosten pro Morgen* für Pacht und Verzinsung des Betriebskapitals 16,— Mark

die Aussaat 42½ kg pro Morgen, 12,— Mark per 100 kg		5,10 „
An Dung:		
3 Ctr. Kainit	3,— Mark	
1 „ Antimon-Superphosphat	5,50 „	
½ „ Chilisalpeter	5,— „	
60 „ Dung à 22 Pf. = 13,20 Mark davon 60 Prozent	7,92 „	
20 Prozent des zu den Vorfrüchten verwendeten Dungs in den beiden Vorjahren 120 Ctr. à 22 Pf. = 26,40 Mark	5,28 „	26,70 „
Zu übertragen:		47,80 Mark

	Uebertrag:	47,80 Mark
Pflügen, Säen, Eggen, Walzen, Mähen, Einfahren, Dreschen	13,90	"
Alters-, Invaliditäts- und Kranken-Versicherung . .	2,—	"
Generalunkosten, außer dem Lebensunterhalt der Familie des Landwirths	9,—	"
	zusammen:	72,70 Mark

betragen.

Rechnen Sie davon ab, gleichsam als Kosten des Rohstoffs, die Aussaat und den Dung mit 31,80 Mark, so bleiben als Werth der Arbeit 40,90 Mark pro Morgen. Der betreffende Landwirth rechnet pro Morgen 9 Ctr. Roggen als Ertrag, demnach beträgt der Werth der Arbeit pro Tonne Roggen $2^2/_9 \times$ 40,90 Mark oder 90,89 Mark.

Ein Zoll von 4,50 Mark per 100 kg würde also normalen Verhältnissen entsprechen, wenn es keine Valutaunterschiede gäbe.

(Sehr richtig! und Heiterkeit.)

Wie wirkt aber ein solcher Zoll gegenüber Rußland bei einem Rubelkurs von 2,20 Mark?

Nehmen wir an, hüben wie drüben soll die Tonne Roggen 150 Mark kosten, das macht für den russischen Bauer, dem der Rubel vollwerthig ist, 46,88 Rubel, die unser Händler à 2,20 mit 103,14 Mark bezahlt, dazu ca. 12 Mark Fracht bis zur Grenze, macht ca. 115 Mark. $3^1/_2$ Mark per 100 kg von unserem Zoll sind also in diesem Falle durch die Valutadifferenz beseitigt und erst ein Zoll von 8 Mark per 100 kg würde das bedeuten, was er soll, „Schutz der deutschen Arbeit".

(Bravo! und Sehr richtig!)

Zölle auf so wichtige Lebensmittel wie Roggen und Weizen sollten aber nie, weder nach oben, noch nach unten, festgelegt werden und in dieser Hinsicht hat man leider einen Hauptfehler beim Abschluß des österreichischen Handelsvertrags gemacht,

(Sehr richtig!)

unter welchem Fehler wir bis zum Jahre 1904 zu leiden haben werden.

(Rufe: Leider!)

Hätten Sie von vornherein im Jahre 1879 einen angemessenen Zollsatz für Getreide erreicht, so würde es heute nicht so schlimm um die Landwirthschaft stehen; eines wäre aber dann auch sicher,

in der Währungsfrage wären wir heute noch nicht so weit, und da gerade diese Frage eine derjenigen ist, über welche die Köpfe am klarsten werden, wenn man sie am eigenen Geldbeutel „Durch Schaden wird man klug" studirt, so kann uns heute Ihre damalige Bescheidenheit nur angenehm sein, weil sie das Verständniß der Währungskatastrophe beschleunigt hat.

(Sehr richtig!)

Ueber die Währungsfrage an und für sich zu reden, bedarf es nicht, da Sie gewiß alle genügend darüber unterrichtet sind. Sie werden auch unterrichtet sein über meine Erklärungen, weshalb der Industrie erst seit Mitte des Jahres 1893 die Wirkung der Silberentwerthung fühlbar geworden ist. Aber ich möchte nochmals meiner Ueberzeugung Ausdruck geben, daß ich die Wiederherstellung des früheren Silberwerthes für den Kernpunkt aller wirthschaftlichen Aufgaben der Gegenwart halte, die Lösung dieser Aufgabe in kürzester Frist ist Lebensfrage für Landwirthschaft und Industrie, für unsere Arbeiter und unsere gesammten staatlichen und sozialen Zustände,

(Bravo!)

und wer dies nicht erkennen will, und die Sache mit einem Hinweis auf unsere „schöne bewährte Goldwährung" für erledigt hält, der ist eben stockblind und ich möchte dem allein, wenn dies nicht auch uns mit träfe, gönnen, die verderbenbringende Wirkung der Goldwährung durchzukosten.

(Heiterkeit und Bravo!)

Meine Herren, Sie erinnern sich, daß unsere Reichsregierung zu Anfang vorigen Jahres anläßlich der Berathungen des russischen Handelsvertrags, um den Widerstand in agrarischen Kreisen zu besiegen, die Prüfung der Silberfrage zusagte. Es ist vielfach bezweifelt worden, ob dies mit der ehrlichen Absicht geschah, die Regelung der Frage ernstlich in die Hand zu nehmen, und die Zusammensetzung der Kommission ließ diese Zweifel berechtigt erscheinen.

(Sehr richtig!)

Ich bin aber der Meinung, daß in der Kommission seitens der Bimetallisten so viele Thatsachen vorgeführt worden sind, daß unsere Regierung die Währungsfrage, die, wie ein englischer Arbeiter sagt, „eine Butter- und Brotfrage ist", nicht wieder einschlafen lassen kann.

Die Zusammensetzung der Silberkommission bei der ersten Sitzung war die folgende:

7 Vertreter von Bank- und Großkapital,
3 " der Landwirthschaft,
1 " des Silberbergbaues,
1 " des Exports,
3 Nationalökonomen,
1 Generalsekretär des Centralverbandes Deutscher Industrieller.

Letzterer war wahrscheinlich als Vertreter der Industrie gedacht, aber abgesehen davon, daß der Centralverband heute nicht mehr als Generalvertreter der deutschen Industrie anerkannt werden kann,

(Hört! hört!)

so konnte Herr Bueck als Nichtfachmann keineswegs über die Vorgänge in Industrie und Export gründlich unterrichtet sein und stand jedenfalls als Goldwährungsmann, wie ich bestimmt weiß, im vollen Gegensatz zu hervorragenden Mitgliedern des Centralverbandes. Ich werde daher bei dem weiteren Vergleich Herrn Bueck zu den Nationalökonomen rechnen.

(Heiterkeit.)

Ihr verehrter Vorsitzender, Graf Mirbach, trat dann bekanntlich in der ersten Sitzung aus, weil er die Zusammensetzung der Kommission, nicht mit Unrecht, für nicht fähig erachtete, praktische Ergebnisse zu fördern, wenn die Goldwährungspartei überwiegend vertreten war.

(Sehr richtig!)

Ich hatte dann die Ehre, an Stelle von Graf Mirbach berufen zu werden und habe an den Berathungen der Kommission von der zweiten Sitzung bis zum Schluß theilgenommen. Nachdem dann noch an Stelle von Herrn A. O. Meyer sen. (Goldwährungsmann, Schwager des verstorbenen Professors Soetbeer) Herr Bankdirektor Brüssel eingetreten, bestand die Kommission aus

8 Vertretern von Bank- und Großkapital,

(Hört! hört!)

(Bamberger, Brüssel, Büsing, Hammacher, Königs, Neustadt, Russell, Stroell),

2 " der Landwirthschaft (erst von Kardorff und von Schorlemer-Alst, später von Kardorff und von Schalscha),

1 Vertreter des Silberbergbaues (Leuschner),
1 „ von Industrie und Export (Wülfing),
4 Nationalökonomen (Arendt, Bueck, Lexis, Lotz).
Das heißt, in einer Kommission, die eine wichtige, das Wohl und Wehe von Industrie und Landwirthschaft betreffende Frage zu berathen hatte, waren 50 Prozent der Mitglieder Vertreter des Kapitals.

(Hört! hört!)

Eine ungünstigere Zusammensetzung ist kaum denkbar, wenn man ferner berücksichtigt, daß auch einer der Nationalökonomen, Herr Professor Dr. Lotz, infolge seiner früheren Thätigkeit bei der Deutschen Bank als „halber“ Bankier anzusehen war.

(Heiterkeit.)

Nach der Parteirichtung waren acht entschiedene Goldwährungs-Vertheidiger die Herren Bamberger, Brüssel, Bueck, Büsing, Hammacher, Lotz, Russell, Stroell, sechs entschiedene Bimetallisten Arendt, Kardorff, Leuschner, Neustadt, Schalscha, Wülfing und zwei Herren, die sich vor der großen Silberproduktion fürchteten (Lexis und Königs) und deshalb Vermittelungsvorschläge machten.

Die Freihandels-Korrespondenz hat nachträglich versucht, die Legende zu verbreiten, „daß der Kommission noch mehrere Mitglieder angehörten, welche in hervorragendem Maße aus eigener Thätigkeit mit mannigfachen industriellen Verhältnissen gründlich vertraut waren“.

Wir haben während der Verhandlungen diese gründlichen Kenner der Industrie nicht entdeckt und ich glaube, mit demselben Recht dürfte man den Direktor der Diskontogesellschaft, Herrn Generalkonsul Russell, zu den Vertretern der Landwirthschaft rechnen, weil die Diskontogesellschaft einige Güter besitzt.

(Heiterkeit.)

Die Verhandlungen brachten Seitens der Bimetallisten den Nachweis unwiderleglicher Thatsachen der Schäden auf allen Gebieten unseres wirthschaftlichen Lebens, hervorgerufen durch die Goldwährung und die Silberentwerthung.

Seitens der Anhänger der Goldwährung wurde alles bestritten und verneint, und in den wenigen Fällen, wo man klarliegende Schäden nicht einfach wegdisputiren konnte, so z. B. in den von mir an der Hand von Mustern bewiesenen Thatsachen, suchte man diese als unbedeutend und vorübergehend darzustellen.

Die vermittelnden Vorschläge der Herren Professor Dr. Lexis und Bankdirektor Königs, welche eine internationale Doppelwährung auf der Grundlage des Werthverhältnisses von 1 : 21 resp. 1 : 24 beantragten, wurden sowohl von den Bimetallisten als auch von den Monometallisten abgelehnt. Die Gründe, welche speziell mich bestimmten, auf diese Anträge nicht einzugehen, waren die, daß, im Falle ein solches Werthverhältniß wirklich unter einer Reihe von Staaten Annahme finden würde, die asiatischen Silberländer und Mexiko keine Veranlassung haben würden, ihre Währung zu ändern und dann einen ständigen Vorsprung vor uns durch eine Valutadifferenz von 25 Prozent resp. 33⅓ Prozent behalten würden, gleichbedeutend mit einem Extraschutzzoll und Ausfuhrprämie gleicher Höhe.

Herr Bankdirektor Neustadt, der gleichfalls einen Antrag eingebracht hatte, zog denselben zu Gunsten des Arendt'schen Antrages zurück. Die Hauptdebatten fanden bei der Berathung des Bimetallisten-Antrages Arendt, von Kardorff, Leuschner, Wülfing, von der 8. bis zur 17. Sitzung statt. Die Vertreter der Goldwährung blieben aber unentwegt auf dem Standpunkt, daß die Goldwährung nicht Schuld an unsere Nothlage sei, und daß man die schöne Goldwährung durchaus nicht stören dürfe.

(Heiterkeit.)

Die wiederholt von mir gestellte Frage nach den Gründen, weshalb die Industrie von der Goldwährung Nutzen haben und sie beibehalten müsse, fand keine Antwort. Bekanntlich aber brütet die Frankfurter Handelskammer seit August vorigen Jahres über die Beantwortung dieser Frage.

Das Vorgehen der Frankfurter Handelskammer kennzeichnet so recht das ganze Gebahren unserer Goldwährungspartei. Als „unqualifizirbar" wurde von meinen Freunden die Art des Vorgehens bezeichnet, aber nachdem ich durch Zufall hinter diese Schliche gekommen, darf man doch noch dankbar dafür sein, da das Ergebniß dieser geheimen, privaten Enquete, falls wirklich ein Ergebniß bekannt werden sollte, den Zweiflern die Augen über den Goldwährungsschwindel öffnen wird.

(Bravo!)

Neuerdings aber hat die Freihandels-Korrespondenz eine Autorität entdeckt, deren Werth für sie um so höher ist, als sie aus

dem Geburtslande der Manchesterlehre, aus England, kommt. Es ist ein Herr Rawlinson, Sekretär eines Vereins von Baumwollspinnern und Webern in Lancashire, der in einem Vortrag nachgewiesen hat, daß sich seit 1873 der Export Englands von Baumwollwaaren nach den asiatischen Silberländern mehr wie verdoppelt hat und daß daraus zu schließen ist, wie die Silberentwerthung den englischen Export nicht geschädigt hat.

Die Zahlen, die jener Herr anführte, sind richtig, die Schlüsse aber aus den nackten Zahlen so grundfalsch wie nur möglich und geben die beste Illustration zu meiner in der 10. Sitzung der Silberkommission gemachten Bemerkung, daß man mit der Statistik heute dies und morgen das Gegentheil beweisen kann.

(Sehr gut!)

Es handelt sich bei diesen Exporten um Vorgänge, die sich dem Auge des Statistikers entziehen und ihm selbst als Fachmann entgehen, wenn er nicht inmitten der betreffenden Industrie selbst die Sache verfolgen kann.

Seit 1873 hat sich in Indien die Baumwollspinnerei und Weberei kräftig entwickelt, sich aber entsprechend der Art der indischen Baumwolle mit den Garnen in der Grenze unter 20 bis 24 gehalten. In diesen Garnnummern deckte Indien bald seinen ganzen Bedarf selbst und trat als Exporteur nach den übrigen asiatischen Ländern in Konkurrenz mit England auf.

Anders lag es mit den Geweben, die aus vorgenannten Garnnummern hergestellt werden. Hier war die Konkurrenz der indischen Fabriken leichter zu besiegen oder zu beschränken, indem man die Gewebe aus feineren Garnen herstellte und dann künstlich erschwerte, um das Gewicht der aus gröberen Garnen hergestellten Gewebe zu liefern, und in dieser Hinsicht hat man es mit Hilfe vorzüglicher Maschinen zu sehr großer Fertigkeit gebracht.

Die Entwickelung von Feingarnspinnereien und Webereien in Indien wurde auf diese Weise verhindert und da dies Land infolge seines Klimas enormen Bedarf in leichten, feinfädigen Stoffen hat und die Eingeborenen sich immer mehr von der einheimischen Handindustrie ab-, den billigen englischen Stoffen zuwendeten, stieg naturgemäß der Export dieser englischen Gewebe verhältnißmäßig stark, trotz der Silberentwerthung und dadurch entstandener Valutadifferenz. Es ist das also kein Beweis gegen uns, denn mit

Sicherheit ist anzunehmen, daß ohne die Valutadifferenz die Zunahme jenes Exports noch viel erheblicher sein würde.

Diese Verhältnisse der englischen Baumwollindustrie können aber nicht zum Vergleich mit den unsrigen herangezogen werden.

(Sehr richtig!)

Infolge unseres mangelhaften Zolltarifs für Baumwollgarne hat sich bei uns die Feingarnspinnerei nicht entwickeln können, und dem entsprechend auch keine leistungsfähige Exportindustrie für seine baumwollene Gewebe. Wir haben also in der Hauptsache mit den Geweben aus Garnen unter Nr. 20 zu kämpfen, die in Indien hergestellt werden, und sind daher in verhältnißmäßig größerem Maße von dem Silbersturz betroffen, als die Industrie von Lancashire. Gegenwärtig wird noch von einzelnen Firmen der krampfhafte Versuch gemacht, das Feld zu behaupten, es geschieht dies aber mit Verzicht auf Solidität der Waare, nur „billig und sehr schlecht".

(Heiterkeit.)

Vielfach bestritten wird von der Goldwährungspartei, daß die Entwickelung der indischen Industrie nur durch die Valutadifferenz geschehen ist. Gegenwärtig arbeiten die indischen Spinnereien bei einer Valutadifferenz von fast 50 Prozent und einem Zoll von 5 Prozent unter einem fast viermal so hohen Schutzzoll als die deutschen Spinnereien, und man sollte annehmen, daß dabei die Fabriken außerordentlich gut bestehen müßten. Ich habe aber hier eine Liste von 62 Spinnerei- und Weberei-Aktiengesellschaften von Bombay vom vorigen Jahre, wovon 25 gar keine Dividende geben, und von 36 die Aktien theilweise weit unter pari standen (siehe S. 55).

(Hört! Hört!)

Das beweist, daß die indische Baumwollindustrie keine naturgemäße Entwickelung genommen, sondern eine Treibhauspflanze ist, die ohne den Schutz durch die Valutadifferenz nicht vorhanden wäre.

(Sehr richtig!)

Meine Herren, um nun auf die Silberkommission zurückzukommen, so wurde seitens der Bimetallisten wiederholt vorgeschlagen, einen Sachverständigen zu vernehmen, und als solcher Professor Sueß von Wien genannt, ein hervorragender Kenner der Edelmetallverhältnisse der Welt. Dieser Vorschlag war augenscheinlich den goldenen Gegnern im höchsten Grade unbequem, da

SPINNING AND WEAVING COMPANIES.

Names.	Shares.	Amount	Paid-up.	Last Half-Yearly Divd.	Cash Rate.
Alliance	1 500	1 000	all	Rs. 15	510
Anglo-Indian	1 345	100	100	Nil	42
Bellary S. & W. Co., Ld. (Bellary)	871	500	all	9 per ct.	300
Bombay United	800	1 000	1 000	dvd Rs. 20	640
Bombay Cotton Manfg. Co.	600	500	500	20	360
Bombay National Manfg. Co., Ld.	500	1 000	1 000	...	150
Britannia Mills	1 000	1 000	1 000	Nil	200
Central India	1 000	500	500	dvd Rs. 35	1 260
China Mills Co. Ld.	800	1 000	1 000	Nil	390
City of Bombay Mills	600	1 000	1 000	...	850
Connaught Mills	600	500	500	Nil	640
Colaba Land & Mill	4 000	700	—	Rs. 10	670
Coorla Mills	800	1 000	1 000	dvd Rs. 25	435
David Mill	1 400	500	500	Rs. 15	375
Dhun Mills	1 000	1 000	1 000	50	300
Empress	2 100	500	500	Nil	520
Framjee Petit	1 250	1 000	1 000	Nil	325
Hindustan	875	1 000	1 000	Nil	740
Hingunghat Mill	700	500	500	40 25	660
Howard and Bulloughs	1 500	500	500	Nil	535
Hyderabad	700	1 000	1 000	dvd Rs. 50	1 100
Imperial Cotton	900	500	500	Nil	350
Indian Manfg.	900	1 000	1 000	Rs. 50	1 180
James Greaves	1 100	500	500	Nil	540
Jaffer Alli	600	500	500	Nil	340
Jamshed Manufacturing Co.	1 800	200	250		117½
Jewraz Baloo	1 000	1 000	1 000	dvd Rs. 40	860
Jubilee Mills Co., Ld.	600	1 000	1 000	Rs. 20	595
Khandeish	750	1 500	1 000	Nil	605
Khangaum Manfg. Co.	400	250	250	Nil	825
Khatao Mackunjee	1 000	1 030	1 000	Nil	625
Leopold	3 500	100	103	Nil	167½
Lord Reay Manufacturing	445	1 000	1 000	dvd Rs. 15	690
Lukmidas Spinning & Weaving Co.	1 000	1 000	1 000	Nil	880
Madras United	350	1 000	1 000	Rs. 100	2 675
Mahaluxmee	600	1 000	1 000	Nil	300
Mahboob Shah Mills (Gulburgha)	3 400	500	500	15 pr. ct.	1 532½
Manockjee Petit	4 000	1 000	1 000	Rs. 50	1 632½
Mazagon	5 000	200	250	Nil	137½
Morarji Goculdas	1 050	1 000	1 000	dvd Rs. 60	1 850
Maharaja Mysore S. & M. Co.	4 500	100	100		
Madura Mills	7 779	100	100	Nil	par
National	500	1 000	1 000	Nil	75
New Great Eastern	1 400	1 000	1 000	Rs. 20	390
Oriental	5 725	625	625	Nil	360
Presidency Mills Co. (Ld.)	743	1 000	1 000	Rs. 40	1 230
Queen Mills	800	1 000	1 000	Nil	520
Ripon Mills	600	1 000	1 000	...	835
Sasscon	1 500	1 000	1 000	25	1 400
Sholapore Mills	500	1 000	1 000	...	1 350
Soonderdas	750	1 000	1 000	Nil	570
Southern India	1 000	500	500	Rs. 15	150
Southern Mahratta	1 212	250	250	12½	340
Sun Mills, Ld.	1 300	250	250	12½	170
Star of India	1 000	1 000	1 000	Nil	140
Swadeshi Mills	475	500	500	Rs. 15	530
Union Spinning and Manufacturing Co.	900	1 000	1 000	50	550
Venishunker Lukhmishunk. C. Mill Co. Ld.	900	500	900	15	500
Victoria Mills	550	1 000	1 000	Nil	200
Western India	1 200	1 000	1 000	Nil	730
Wadia Mills	1 000	1 000	1 000	...	...
Union Mills, Ld.	900	1 000	1 000	...	500

sie ihn immer eifrig bekämpften. Als dann schließlich der Vorsitzende seinen Beschluß mittheilte, Herrn Professor Sueß zu berufen, wurde seitens der Vertreter der Goldwährung ebenfalls ein Sachverständiger, Herr Professor Stelzner von Freiburg, in Vorschlag gebracht und seitens des Vorsitzenden auch berufen.

Die Vernehmung dieser Sachverständigen begann in der 17. Sitzung mit Professor Sueß, der in wiederholten längeren Vorträgen seinen, in den Werken „Die Zukunft des Goldes" und „Die Zukunft des Silbers" dargelegten Standpunkt aufrecht erhielt, wonach nicht Gold genug in der Welt vorhanden ist, um die Goldwährung durchzuführen, und wonach die Welt schließlich auf das Silber als Hauptmünzmetall angewiesen sein wird. Während Professor Sueß aber noch vor etwa 15 Jahren in seinem ersten Werke die Erschöpfung der Goldlagerstätten nach einigen Jahrhunderten in Aussicht stellte, mußte er seine Ansicht nun dahin modifiziren, daß es nicht ein einziges Jahrhundert mehr dauern wird, bevor die Goldproduktion sich dauernd und in außerordentlichem Maße vermindern wird.

(Hört! hört!)

Hinsichtlich des Werthverhältnisses 1 : 15½ betonte Professor Sueß zu wiederholten Malen, daß er nicht für 1 : 15½ sei und auch niemals dafür eingetreten sei, doch sei dies nicht Sache des Geologen. Demgegenüber war mir persönlich aber interessant, daß, als ich in der 20. Sitzung noch einmal die Gründe entwickelte, weshalb ich den ganzen Schwerpunkt auf die Wiederherstellung des alten Werthverhältnisses 1 : 15½ lege, ich mich augenscheinlich der vollen Zustimmung von Professor Sueß, der meinen Ausführungen aufmerksam folgte, erfreute.

Herr Professor Stelzner betrachtete die Zukunft des Goldes und des Silbers recht optimistisch, ohne sich indessen darauf einzulassen, ob zur Durchführung der Goldwährung Gold genug vorhanden sei. Unter Hinweis auf die Erfahrungen der letzten 50 Jahre stellte er uns die Möglichkeit von Ueberraschungen auf dem Gebiet der Edelmetallausbeute in Aussicht. Mit Ueberraschungen sollen wir rechnen, wo es sich um schnelle gründliche Beseitigung von Schäden handelt, die immer größere Ausdehnung annehmen. Herr Professor Stelzner scheint aber inzwischen seine Ansicht auch etwas modifizirt zu haben, da er sich kürzlich wie folgt äußerte:

(Zeitschrift für praktische Geologie, November 1894, S. 444.) „Auf der anderen Seite ist ja zuzugeben, daß in unseren Tagen die Silberproduktion viel rascher anwächst als die des Goldes, indessen muß hierbei gleichzeitig an die Thatsache erinnert werden, daß auch die meisten Silbererzgänge ihren größten Reichthum in der Region ihres Ausstrichs haben und daß auch bei den Silberproduzenten wie bei Potosi, Chauarcille und Caracoles, wie bei dem Comstock-Lode in Nevada und wie bei Broken Hill in Neu-Süd-Wales auf Perioden staunenswerthen Ausbringens solche des Niedergangs oder gar solche des gänglichen Verfalles zu folgen pflegen. Kann man im Hinblick auf solche Vorgänge wirklich eine fortdauernde Steigerung der Silberproduktion prophezeien? Referent vermag das seinerseits nicht zu thun!"

(Sehr richtig!)

Die Goldproduktion hat nun im vorigen Jahre erheblich zugenommen, dagegen scheint die Silberproduktion im Jahre 1893 den Höhepunkt erreicht zu haben und ist sie im vorigen Jahre um ca. 600 000 Kilo zurückgegangen. Trotz der vergrößerten Goldproduktion aber ändert sich am Goldmangel nichts, die Decke bleibt ewig zu kurz und der Bedarf der Industrie vergrößert sich immer mehr.

Professor Soetbeer wies schon früher nach, daß seit dem Jahre 1493 bis 1890 von allem auf der Erde gefundenen Golde 50 Prozent durch Industrie, Abnutzung und Verlust verbraucht wurden. Ich habe die Berechnung bis Ende 1894 vervollständigt und indem ich für 1894 eine Goldgewinnung von 250 000 Kilo annehme und für die Jahre 1893 und 1894 dieselbe Goldausprägung wie für 1892, komme ich zu demselben Resultat: 50 Prozent Gold für Industrie, Abnutzung und Verlust.

Nun ist aber im Jahre 1892 circa 22 Prozent mehr Gold geprägt worden, als gefunden worden ist,

(Hört! hört!)

was nur mit Hilfe vieler Umprägungen und Ausmünzung alter Barrenvorräthe möglich gewesen sein kann, weshalb das Jahr 1892 resp. seine Goldprägung nicht für die Vermehrung des Goldumlaufs als Maßstab angenommen und auch nicht auf die Jahre 1893/94 übertragen werden kann. Unter Berücksichtigung dieser Umstände dürfen wir als sicher annehmen, daß der Goldbedarf der Industrie

50 Prozent der Ausbeute bereits wesentlich überschreitet, dieses Quantum also für die Währungsfrage gar nicht in Betracht kommt.

(Sehr richtig!)

Nun aber die enormen Mengen des Silbers, wie sieht es da aus? Ich habe dafür die gleiche Berechnung angestellt.

Für das Jahr 1893 5 000 000 Kilo,
" " " 1894 4 400 000 "

angenommen, wurden von 1493 bis Ende 1894 261 694 206 Kilo gefunden, das macht zum alten Werthe von 180 Mark per Kilo 47 104 957 080 Mark.

Der Umlauf an Silbermünzen, die Vermehrung für 1893 und 1894 wieder nach der Prägung von 1892 angenommen, beträgt 17 751 978 000 Mark oder $37^2/_3$ Prozent des gesammten ungeheuren Silberbesitzes der Welt. Da aber ein sehr großer Theil der Silbermünzen unterwerthig ausgeprägt ist, wird der Prozentsatz mit 35 Prozent hoch genug gegriffen sein, d. h. 65 Prozent des gesammten Silbervermögens der Welt sind durch Industrie, Abnutzung und Verlust aufgesogen.

Meine Herren, das ist die Wahrheit über Gold und Silber, und wenn Sie sich dies vor Augen halten, dann verlieren all die Gespenster der überwältigenden Silberproduktion

(Heiterkeit.)

mit einem Male ihre Schrecken. Dazu kommt, daß sich das Verhältniß der Ausbeute wieder dem alten Werthverhältniß nähert, im Jahre 1893 1 : 23,5, im Jahre 1894 1 : 17,6; was kann uns also hindern, einer internationalen Doppelwährung das Verhältniß 1 : $15^1/_2$ unterzulegen, ein Verhältniß, welches man festsetzte, als das Ausbeuteverhältniß 1 : 50 stand!

Meine Herren, die Goldwährungspresse hat mit Eifer verbreitet, die Silberkommission sei ganz ergebnißlos im Sande verlaufen.

(Heiterkeit! — Zuruf: Das sieht man ja!)

Das ist richtig, soweit es die Goldwährungsvertreter der Kommission betrifft, welche Alles verneinten und auch ablehnten, ihrerseits Vorschläge zur Beseitigung der in beschränktem Maße anerkannten Schäden zu machen. Die Bimetallisten aber nehmen für sich in Anspruch, daß sie die nachtheiligen Folgen der Goldwährung klar und deutlich offengelegt haben und daß sie das Radikalheilmittel

und den einzig gangbaren Weg, internationale Doppelwährung, unserer Regierung gewiesen haben.

(Bravo!)

Eine schwierige Arbeit sollte diese internationale Regelung der Währungsfrage nach Ausspruch mehrerer Regierungsvertreter sein, ganz leicht gewiß nicht, aber die Hauptschwierigkeit liegt meines Erachtens darin, daß ein praktischer Unterhändler seinem Auftraggeber die Schwierigkeiten größer ausmalt, um so größer ist nachher die Werthschätzung des erfolgreichen Vermittlers.

(Sehr richtig!)

Das sind so meine Gedanken als praktischer Kaufmann und ich glaube damit den Nagel auf den Kopf zu treffen.

Columbus hat uns noch genug Eier, die stehen können, übrig gelassen; die Währungsfrage ist nichts als ein Ei des Columbus, je eher unsere Regierung in ihren Eiervorrath greift und das Ei auf die Spitze stellt, desto besser ist es für unser gesammtes Wirthschaftsleben.

(Heiterkeit und Sehr richtig!)

Deutschland hat im vorigen Jahre durch Berufung der Silberkommission gezeigt, daß es geneigt ist, der Lösung der Frage näher zu treten, allerseits findet es offene Hände, welche bereit sind, an dem Werke mitzuarbeiten. Frankreichs Landwirthe regen sich mit Macht für internationalen Bimetallismus, Frankreichs Seidenbau, den Sie ja wohl zur Landwirthschaft oder auch zur Viehzucht rechnen können, steht in Folge der Konkurrenz der asiatischen Silberländer vor dem Ruin.

In England, dem gelobten Land der schönen Goldwährung, nimmt die Bewegung für Einführung der Doppelwährung immer größere Ausdehnung an.

(Hört! hört!)

Englisch-Indien ersehnt die Hebung des Silberwerthes, weil ihm die Zahlung seiner Goldschulden immer größere Opfer auferlegt.

(Sehr richtig!)

Nordamerika, wo nicht etwa die sogenannten Silberbarone, sondern hauptsächlich die Farmer für die Wiederherstellung des Silberwerthes eintreten, nimmt nach den bekannten vergeblichen Versuchen, allein den Silberwerth zu heben und hoch zu halten, gern jede Gelegenheit wahr, die Frage international zu regeln.

Mexiko hat in Folge seiner Goldschulden und seiner reichen Silberminen ein hervorragendes Interesse an der Wiederherstellung des Silberwerthes, während seiner sich schnell entwickelnden Industrie die Valutadifferenzen nur angenehm sein können.

Bei den Silberländern China und Japan liegen meines Erachtens die Verhältnisse anders. Beiden fehlt das Interesse an der Hebung des Silberwerthes, aber beide müssen sich den vollendeten Thatsachen fügen, namentlich China, dieser schwerfällige Koloß, der für alle Neuerungen unzugänglich ist.

Ueber Japan wird durch eine bekannte Pariser Quelle in neuerer Zeit die Meinung verbreitet, es würde die chinesische Kriegsentschädigung, die es einmal bekommen soll, zur Einführung der Goldwährung benutzen. Deutschland ist bekanntlich Japans leuchtendes Vorbild. Ob man uns aber auch unsere Dummheiten nachmachen wird, dürfte doch wohl nicht anzunehmen sein.

(Heiterkeit.)

Japan hat durch seine Silberwährung soviel Vortheile gegenwärtig den Goldländern gegenüber, daß es ruhig die Sache beim Alten lassen kann.

Umsomehr ist jedes Zögern bei Hebung des Silberwerthes für die europäischen Kulturstaaten verderblich.

Legen Sie daher den ganzen Nachdruck auf die Regelung der Währungsfrage, alle andern Mittel und Mittelchen, welche bestimmt sind, Abhilfe der allgemeinen Nothlage zu schaffen, sind halbe Maßregeln, die auf die Dauer ihren Zweck verfehlen.

Das ist meine Ueberzeugung, gewonnen durch langjährige Beobachtung der Silberentwerthung, bestärkt und befestigt durch meine Theilnahme an den Arbeiten der Silberkommission.

(Lebhafter Beifall.)

Nun, meine Herren Steuer- und Wirthschaftsreformer, gestatten Sie mir zum Schluß noch eine Appellation an Ihre höhere Einsicht, da es kaum wahrscheinlich ist, daß ich je wieder Gelegenheit haben werde, Ihnen meine Meinung zu sagen, wie heute.

(Rufe: Warum nicht?)

Arbeiten Sie mit Nachdruck für die internationale Doppelwährung, beseitigen Sie damit die Valutadifferenzen und schaffen damit eine gleichmäßige Basis, auf welcher Handelsverträge abge-

schlossen werden können, die nicht dem einen Staat ein Uebergewicht über den andern geben.

(Bravo!)

Bei unseren Handelsverträgen, begonnen mit dem österreichischen, ist Vieles versäumt worden und wenn im Jahre 1904 die Verträge ablaufen, ist Vieles wieder gut zu machen. Aber immer mehr Staaten haben das Bestreben, sich abzuschließen und eine Industrie groß zu ziehen.

Sehen Sie z. B. Rumänien an, welches kürzlich einer Firma für die Errichtung einer Baumwollweberei außer den Benefizien des rumänischen Industriegesetzes eine zollfreie Einführung von 700 000 Kilo Baumwollgarne und 40 000 Kilo Chlormagnesium jährlich für die Dauer von 15 Jahren gewährte.

(Hört! Hört!)

Demgegenüber müssen auch wir unser inländisches Absatzgebiet besser schützen gegen die fremdländischen Industrien; haben wir aber erst eine gleiche Valuta mit unseren Konkurrenten, dann kann das Ideal, welches schon vor Abschluß des österreichischen Handelsvertrags einigen Volkswirthen vorschwebte, zur Wirklichkeit werden, ein mitteleuropäischer Zollverein, ein großes abgeschlossenes Arbeitsfeld für Handel, Industrie und Landwirthschaft.

Halten wir dieses Ziel im Auge zum Wohle unseres Vaterlandes.

(Lebhafter anhaltender Beifall.)

Vorsitzender Kammerherr Dr. **von Frege-Abtnaundorf**: Ihr Beifall, hochverehrte Anwesende, beweist mir, daß ich gewiß in Ihrer aller Sinne handle, wenn ich dem Herrn Korreferenten für seine ebenso klaren wie erschöpfenden Mittheilungen den Dank der Versammlung ausspreche, und ich glaube, wir thun recht, wenn wir diesen Dank durch Erheben von den Sitzen kundgeben.

(Geschieht.)

Ich eröffne jetzt die Debatte und ertheile zunächst Herrn Dr. Arendt, Mitglied des Abgeordnetenhauses, das Wort.

Landtagsabgeordneter Dr. **Otto Arendt-Berlin**: Meine Herren, ich freue mich, daß es mir diesmal möglich ist, nicht als Referent, sondern in der Diskussion hier vor Ihnen zu sprechen. Ich glaube, daß es schon an sich eine sehr erfreuliche Thatsache ist, daß diesmal ein Vertreter der Industrie

(Sehr richtig!)

hier über die Währungsfrage gesprochen hat; denn, meine Herren, wir haben ja von vornherein bei der Vertretung der Währungsfrage und des bimetallistischen Standpunktes immer die Anschauung vertreten, daß es nicht ein rein agrarisches Interesse ist, sondern daß namentlich die Industrie, aber auch alle produktive Arbeit überhaupt in dieser Frage dasselbe Interesse hat, wie die Landwirthschaft.

(Sehr richtig!)

Meine Herren, wenn man immer sagt, die Landwirthe sollten sich nicht mit der Währungsfrage beschäftigen, sie verstünden nichts davon,

(Oho!)

so meine ich, die Sache liegt gerade umgekehrt. Man kann gegen die Industrie — mit erleuchteten Ausnahmen — den Vorwurf erheben, daß sie nichts von der Währungsfrage versteht;

(Heiterkeit.)

denn wenn sie etwas davon verstünde, meine Herrn, so würde gar kein Zweifel sein, daß die gesammte Industrie ebenso einmüthig für die Doppelwährung eintreten würde, wie die Landwirthschaft es thut.

(Sehr richtig!)

Meine Herren, die Landwirthe haben sich eben von langer Zeit her, und namentlich auch diese Vereinigung, die ja die erste gewesen ist, welche öffentlich gegen die Goldwährung aufgetreten ist,

(Sehr richtig!)

seit langer Zeit mit der Frage beschäftigt, und ich begreife nicht, wie man sich hinstellen und sagen kann, die Landwirthe verstünden nichts davon! Wer ist denn eigentlich sachkundig in der Währungsfrage? Sind es nur die Bankiers? Man müßte wirklich auf diesen Gedanken kommen, wenn man immer den Vorwurf liest: wie könnt ihr euch denn unterstehen, euch mit dieser schwierigen Frage zu beschäftigen.

(Sehr wahr!)

Meine Herren, ich bin der Meinung, daß Noth nicht nur beten lehrt, sondern auch zum Nachdenken führt über die Ursachen der Noth, und ich finde es deshalb sehr begreiflich, daß gerade die Landwirthe die Währungsfrage geprüft haben, und daß sie dabei zu einer bestimmten Stellungnahme gekommen sind, und diese Stellungnahme ist ja auch keine deutsche Bewegung; es sind ja

nicht nur die deutschen Landwirthe, die in der Währungsfrage das Heilmittel suchen, sondern in allen Ländern finden Sie die gleiche Bewegung und die gleichen Bestrebungen in den landwirthschaftlichen Kreisen. Meine Herren, wenn man so auf die bösen Agrarier und die bösen Bimetallisten in Deutschland schimpft, so möchte ich Ihnen den Nachweis führen, daß wir doch verhältnißmäßig recht harmlose und gutmüthige Leute sind.

(Bravo! und Heiterkeit.)

Ich habe hier einen Beschluß bei mir — und werde mir gestatten, denselben vorzulesen —, den der französische Bund der Landwirthe vor einigen Tagen, am 14. d. Mts. gefaßt hat. Meine Herren, diese große Société des agriculteurs de France, in welcher alle Parteien vertreten sind — in Frankreich liegen ja die Verhältnisse wesentlich günstiger als bei uns, die Wirthschaftspolitik hat dort mit der allgemeinen Politik nichts zu thun, diese Société verfügt über die Mehrheit in der Deputirtenkammer —, hat die Währungsfrage gleichfalls seit Jahren behandelt und hat am 14. d. Mts. folgenden Beschluß gefaßt:

„Die Société des agriculteurs de France erneuert und bestätigt ihre früheren Beschlüsse. In Anbetracht der traurigen Folgen, welche für die französische Landwirthschaft sowohl wie für die anderen Zweige der nationalen Produktion dadurch hervorgerufen sind, daß dem Silber die Eigenschaft als internationales Ausgleichsmittel entzogen ist. In Anbetracht, daß die Goldwährung, unter welcher wir thatsächlich leben, zur Folge hat einen allgemeinen und dauernden Preisrückgang, eine Unsicherheit bei allen Geschäftsabschlüssen und eine willkürliche Verschiebung des Verhältnisses zwischen Gläubiger und Schuldner,

daß die Goldwährung ferner für die Silberwährungsländer eine enorme Exportprämie darstellt für ihre Produkte und einen nicht minder erheblichen Schutzzoll gegen die Einfuhr aus Goldwährungsländern,

in Anbetracht endlich, daß die Lage die gleiche ist in der Mehrzahl der europäischen Länder, und daß die Allgemeinheit der Krisis und die Uebereinstimmung der Interessen die Nothwendigkeit und die Beschleunigung eines internationalen Uebereinkommens zwecks Beschaffung der Hilfe herbeiführen:

Nehmen wir Kenntniß von der Erklärung des Ministerpräsidenten Ribot am 2. Februar und sprechen wir unseren Dank aus für die Zuschriften, die wir von den bimetallistischen Vereinigungen der verschiedenen Länder erhalten haben, und beschließen:

1. Unsere Förderung (patronage) der Ligue nationale bimétallique zu geben, die gegenwärtig in der Bildung begriffen ist.
2. Die französische Regierung aufzufordern, in Unterhandlung zu treten mit England, Deutschland, den Vereinigten Staaten, Holland und den Staaten des lateinischen Münzbundes, um zwischen Frankreich und diesen Staaten oder einigen unter ihnen eine internationale Verständigung herbeizuführen zum Zweck der Wiedereinsetzung des Silbers in seine alten Funktionen als internationales Geld.
3. Und für den Fall, daß sich ein solches internationales Uebereinkommen als unmöglich herausstellen sollte, die französische Regierung aufzufordern, zu untersuchen, welches für die wirthschaftlichen Interessen Frankreichs die Folgen sein könnten, wenn Frankreich ganz einfach (pur et simple) zur freien Silberprägung zurückkehrt."

(Bravo!)

Ja, meine Herren, wenn wir uns erlauben wollten, das in Deutschland zu fordern!

(Heiterkeit.)

Also ich glaube, wir können für uns eine große Mäßigung in Anspruch nehmen;

(Ja!)

aber ich möchte doch das eine aussprechen: wenn die wirthschaftliche Noth sich in der jetzigen Weise weiter verschärft, wenn es sich zeigt, daß andere Vorschläge, die zur Abhilfe dienen sollen — ich meine namentlich den Antrag Kanitz — nicht durchgeführt werden, wenn die Dinge in der bisherigen Weise einfach weiter laufen, dann, glaube ich, wird allerdings eine radikalere Strömung in der Währungsfrage zu erwarten sein;

(Sehr richtig!)

dann wird man sich sagen, die Landwirthschaft als solche hat jedenfalls wenig Schaden davon, wenn Deutschland allein — „pur et simple", wie die Franzosen sagen — die Silberprägung

wieder einführt. Wenn die Landwirthschaft und wenn wir Bimetallisten das bisher niemals gefordert haben, so geschah das, weil wir glaubten, daß die Forderungen, die zu stellen sind, nicht in Widerspruch treten dürfen mit den allgemeinen Bedürfnissen

(Sehr richtig!)

und es ist allerdings ein Bedürfniß für die Industrie, für den Handel, für das Gewerbe, daß nicht durch einseitiges Vorgehen eine Erschütterung der Valuta herbeigeführt wird. Für die Landwirthschaft, meine Herren, ist meiner Ueberzeugung nach das kein Bedürfniß, die Landwirthschaft hat von einer Erschütterung der Valuta nichts zu fürchten. Also, meine Herren, wenn nun die Doppelwährungsbestrebungen, die gegenwärtig auf dieser gemäßigten Grundlage geltend gemacht werden, dem dauernden Widerstande gerade der Kreise der Industrie und des Handels begegnen, um derentwillen die Landwirthschaft von extremen Forderungen absieht, und wenn die Noth weiter steigt, ohne daß Abhilfe geschaffen wird, dann, glaube ich, werden schließlich allerdings radikalere Elemente in den Vordergrund treten und werden auch die Bewegung mit sich fortreißen. Es ist das ein Umstand, der meines Erachtens sowohl von der Regierung wie von der öffentlichen Meinung ernst berücksichtigt werden sollte. Meine Herren, wenn man die Goldwährungsblätter liest, wenn man die Gefahren schildern hört, die von den bösen Bimetallisten kommen sollen, so habe ich wenigstens manchmal die Empfindung: man soll den Teufel nicht an die Wand malen. Vorläufig ist die Gefahr noch gar nicht da, denn vorläufig ist es nur die internationale Doppelwährung, die gefordert wird, die keinen schädigt, sondern allen nützt.

(Sehr richtig!)

Wenn aber die Dinge auf die Spitze getrieben werden, dann kann allerdings das Phantom, das man jetzt heraufbeschwört, zur Wirklichkeit werden.

(Sehr wahr!)

Meine Herren, der Herr Referent hat uns ein so klares Bild über die Verhältnisse und Arbeiten der Silberkommission gegeben, daß dem ja wenig beizufügen ist; ich möchte nur noch nach einer Richtung etwas hinzufügen, nämlich dahin, wie die Goldwährungspartei diese ganze Enquete für ihre Zwecke ausgenutzt hat. Da war vor einigen Tagen ein recht bezeichnender Aufsatz in der

„Kölnischen Zeitung"; der fing damit an, daß es hieß, Graf Mirbach habe gleich die Flinte ins Korn geworfen.

(Heiterkeit.)

Meine Herren, ich glaube, daß Herr Graf von Mirbach allen möglichen Gebrauch von der Flinte macht, aber nicht gerade diesen.

(Graf von Mirbach: Das überlasse ich Herrn Bamberger! — Heiterkeit.)

Dann ging nun die Sache weiter, und es hieß, die Bimetallisten wären gar nicht im Stande, irgend welche Vorschläge zu machen; jeder hätte einen Vorschlag gemacht, mit dem alle andern nicht einverstanden gewesen wären. Meine Herren, das ist einfach gelogen. Die Goldwährungspartei stellte nämlich die Sache so dar: sie erklärte, an der bestehenden Goldwährung darf nicht gerüttelt werden; auf den Grundlagen dieser Goldwährung sollten wir Vorschläge machen zur Hebung des Silberwerthes. Meine Herren, das heißt mit anderen Worten die Quadratur des Zirkels finden.

(Heiterkeit.)

Denn da die Goldwährung die Ursache der Silberentwerthung ist, so war das natürlich nicht möglich. Die bimetallistischen Mitglieder der Kommission waren durchaus einverstanden mit dem Schritt des Herrn Grafen von Mirbach, der uns ja vorher bekannt war,

(Graf von Mirbach: Sehr richtig!)

und der sehr deutlich zeigte, daß wir sämmtlich über die Art der Berufung der Enquete im äußersten Maße unzufrieden waren. Meine Herren, wenn die Königlich Preußische Regierung die Erklärung abgiebt, daß sie eine Kommission berufen wolle, welche die Hebung und Festigung des Silberpreises berathen soll, dann durfte man nicht von vornherein in diese Kommission eine Mehrheit solcher Männer hineinschicken, welche gegen jedes Mittel zur Hebung des Silberpreises entschieden einzutreten entschlossen war.

(Sehr richtig!)

Meine Herren, man durfte nicht eine Enquete berufen, in welcher die Bankdirecktoren von vornherein in der Mehrheit waren. Andererseits aber glaubten wir doch, daß es genüge, wenn durch den Schritt des Herrn Grafen von Mirbach das deutlich markirt werde, daß wir aber andererseits doch im Interesse der Sache dort den Redekampf aufnehmen sollten, und gerade durch den Rücktritt des Herrn Grafen von Mirbach war unsere Position in der

Kommission ganz außerordentlich gebessert worden; man hatte nun doch eine gewisse Furcht, daß wir alle weggehen würden, und infolge dessen konnten wir namentlich bewirken, daß keinerlei Abstimmung stattfand, und dadurch gestaltete sich die Sache dann so, daß das numerische Uebergewicht der Goldwährungs-Partei gegenüber der schlechteren Sache, die sie zu vertreten hatte, doch nicht merklich hervortrat. Meine Herren, diese Vorschläge, für die immer nur einer eintrat, das waren die sogenannten Vermittlungsvorschläge. Meine Herren, dazu ist diese Frage viel zu scharf gegliedert, als daß mit Vermittlungsvorschlägen etwas auszurichten wäre.

(Sehr richtig!)

Der Vorschlag, den ich selbst gemacht habe, war ein Uebergangsvorschlag, der nur das Zustandekommen der Doppelwährung als das Endziel erleichtern sollte, und es ist durchaus nicht wahr, daß für diesen Vorschlag ich allein eingetreten bin. Es ist Herr Wülfing und sodann auch Herr von Schalscha sofort dafür eingetreten; Herr von Kardorff hat ihn noch in den letzten Tagen im Reichstag empfohlen — er war in jener Sitzung der Kommission nicht mehr anwesend —. Es ist nur Meinungsverschiedenheit zwischen uns darüber gewesen, ob wir überhaupt einen solchen vermittelnden Vorschlag als Bimetallisten vorbringen sollten, und, meine Herren, es ist von uns allen in vollkommener Uebereinstimmung ein Vorschlag gemacht, der für die Goldwährungs-Partei allerdings nicht zu existiren scheint, nämlich der, die internationale Doppelwährung einzuführen und zu diesem Zwecke eine Münzkonferenz nach Berlin zu berufen.

(Hört, hört!)

Meine Herren, wir haben gerade Werth gelegt nicht nur auf die deutsche Initiative, sondern auf die Berufung einer Münzkonferenz nach Berlin, weil wir der Meinung waren, daß es das Ansehen Deutschlands im höchsten Maße vermehren würde, wenn von uns aus die Anregung käme, diese schwere Kalamität aus der Welt zu schaffen.

(Bravo!)

An sich ist der Ort ja vollkommen gleich, aber aus nationalen Gründen wäre es dringend wünschenswerth, daß diese Konferenz in Berlin tagte.

(Sehr richtig!)

Sodann, meine Herren — ich weiß nicht, ob ich noch in der Diskussion einen Augenblick um Ihr Gehör bitten darf — möchte ich mir noch erlauben, auf einen Punkt hinzuweisen. Ich meine, in der Debatte der letzten Tage ist immer wieder ausgeführt worden, daß ja für die Papierwährungsländer, die uns besonders durch ihre Konkurrenz bedrohen, die Wiederherstellung des Silbers von gar keinem Werthe sei. Meine Herren, das ist eine durchaus falsche Anschauung.

(Sehr richtig!)

Wenn wir die Bewegung der letzten Jahre überblicken, so sehen wir, daß das Goldagio der Papierwährungsländer durchaus nicht allein von dem Faktor der inneren Finanzen jener Länder abhängt, sondern daß seine Gestaltung auch abhängig ist von dem Preise des Goldes auf dem Weltmarkte; wenn das Gold auf dem Weltmarkte sich im Preise steigert, so steigert sich das Agio in den Papierwährungsländern

(Sehr richtig!)

und so steigert sich also die Exportprämie dieser Länder gegen uns. Nun ist es eine ganz merkwürdige Erscheinung, daß die Interessen jener Papierwährungsländer nicht einheitlich sind. Während die Produzenten jener Länder ein Interesse an niedriger Valuta und hohem Goldagio haben, haben die Regierungen jener Länder ein finanzielles Interesse an hoher Valuta und niedrigem Goldagio. So sehen wir, daß die indischen Schwierigkeiten lediglich Schwierigkeiten der indischen Regierung sind, welche ihre Goldzinsen nicht bezahlen kann, und so sehen wir, daß jetzt die Steigerung des Rubelkurses durch die russische Regierung zusammenfällt mit der Kalamität für die russische Landwirthschaft,

(Sehr richtig!)

welche auf dem Weltmarkte unterboten ist, und wenn wir uns nun dasjenige Land ansehen, welches gegenwärtig im Vordergrunde der Konkurrenz auf dem Weltmarkte steht, nämlich Argentinien, so ist da gesagt worden: „Ja, was hat denn die Währungsfrage mit Argentinien zu thun?" Nun, meine Herren, meine Antwort ist, diese argentinische Misère ist lediglich eine Folge der Goldwährung,

(Sehr richtig!)

und zwar aus folgenden Gründen: In Argentinien hatte man seit Alters her — es ist ja immer, wie schon der Name sagt, ein Silber-

land gewesen — die Silberwährung. Nun kam die moderne Zeit. Man sah, alle Welt geht zur Goldwährung über, alle in der Kultur fortgeschrittenen Länder sind Goldwährungs-Länder, folglich sagte man: „Warum soll nicht auch Argentinien eine Nation ersten Ranges sein?" Sodann kam ein sehr praktisches Moment hinzu: die Argentinier brauchten Geld und wollten es in Europa borgen, die europäischen Kapitalisten wollten nur gegen Goldzinsen verborgen, nicht gegen schwankende Werthe, und so machte man ein wunderschönes Goldpapier, und das deutsche Publikum, der kleine Mann, beeilte sich, dieses schöne Goldpapier zu kaufen, die Zinsen waren ja in Gold, das war wunderschön. Meine Herren, da hat man sich denn übernommen, und eines schönen Tages hatte man die Goldwährung, und dann kam der Krach, und dann hatten unsere Kapitalisten und unsere kleinen Leute zwar das Versprechen der Zahlung in Gold, aber sie bekamen überhaupt nichts mehr.

(Heiterkeit.)

Ja, meine Herren, auf diesem Wege haben die Argentinier erst die Ersparnisse Deutschlands und anderer Länder an sich gezogen, und dann haben sie ein Goldagio gehabt, mit dem sie nun eine Produktion etablirten, die geradezu ruinös für uns geworden ist, und dann sagt man: „Ja, was hat das mit der Währungsfrage zu thun?" Meine Herren, wir sehen die Vereinigten Staaten auch vor einer Krisis. Und da sagt man: „Ja, das sind die verunglückten Silbergesetze in den Vereinigten Staaten." Ich will diese Silbergesetze absolut nicht vertheidigen, sie waren schlecht; ein jedes Silbergesetz, das ohne freie Prägung ist, das eine Vermittlung sucht, das reicht nicht aus. Also die Vereinigten Staaten sind in einer Krisis. Die Krisis wäre aber noch viel schlimmer, wenn man die Silbergesetze nicht gemacht hätte; denn, meine Herren, diese große Republik braucht eine kolossale Vermehrung ihrer Zahlungsmittel und wenn sie die nicht mit Silber oder auf Silber basirtem Papiergelde gemacht hätte, so würde sie eine ganz kolossale Masse Gold an sich gezogen haben, und der Goldmangel wäre noch ganz anders hervorgetreten.

(Sehr richtig!)

Wenn sie aber jetzt, weil sie kein Silber mehr ankauft und ihr Silber nicht mehr vermehrt, unter einer Kalamität steht, so ist die Folge wahrscheinlich die, daß die amerikanische Valuta zusammenbrechen wird. Das Verhältniß da drüben ist jetzt ja ein außer-

ordentlich eigenartiges, ein geradezu hübsches; wenn ich die Berichte von drüben lese, muß ich mir immer sagen, daß man unserer Börse und unseren Börsenjobbern doch Unrecht thut, sie sind doch wirklich unschuldig gegenüber dem, was die Yankees leisten.

(Heiterkeit.)

Das Verfahren drüben ist ein außerordentlich einfaches. Der Staat ist gesetzlich verpflichtet, 100 Millionen Dollars Gold im Staatsschatz zu halten als Deckung für das umlaufende Papiergeld. Die großen Banken und Bankiers holen nun das Gold aus dem Staatsschatz heraus, indem sie dieses Papiergeld zur Einlösung präsentiren, und schicken dieses Gold nach Europa. Daher kommt unsere Goldfülle gegenwärtig. Das ist ja eine ganz sichere Sache. Dabei wird die Börse natürlich beunruhigt, wenn das Gold ausfließt; die Kurse sinken, und man kann à la baisse spekuliren. Ist das eine Zeit lang geschehen, dann ist der Staatsschatz in einer kritischen Lage, dann ist die Reserve nicht mehr ausreichend, und dann muß der Staat Vorkehrungen treffen, um die Reserve wieder aufzufrischen. Das kann er natürlich nur, indem er bei denselben Bankiers, die ihm das Gold abgeholt haben, wieder Gold borgt. Indem die Banquiers sich dazu bereit erklären, entsteht die Beruhigung der Börse, und die Kurse steigen wieder. Man verdient also à la hausse. Außerdem macht man eine derartige Anleihe gegen gehörige Provision und verdient daran also auch noch. So wird das Geschäft da drüben seit einiger Zeit ganz glatt gemacht, und das nennt man die amerikanische Krisis!

(Große Heiterkeit.)

Wenn die Sache aber nun weiter geht, meine Herren, dann ist die Folge, daß die amerikanische Valuta zusammenbricht, und das ist für uns eine sehr ernste Eventualität. Denn, wenn wir in den Vereinigten Staaten ein hohes Goldagio bekommen, dann wird die Konkurrenz der Vereinigten Staaten, namentlich mit landwirthschaftlichen Erzeugnissen, eine ganz kolossale sein,

(Sehr richtig!)

und dann wird man natürlich wieder sagen: „Das hat mit der Währungsfrage nichts zu thun." Ja, meine Herren, ich bin der Meinung, daß gerade der Hinblick auf diese amerikanische Gefahr uns in dem Tempo für das Zustandebringen der internationalen Doppelwährung außerordentlich beschleunigen sollte, und beschleunigen

sollte uns auch der Hinblick auf Ostasien, wo nach dem japanisch-chinesischen Kriege eine Neuordnung eintreten wird, die auch für uns außerordentlich gefährlich ist. Ich bin der Meinung, mit beschwichtigenden Erklärungen allein ist jetzt nichts mehr gethan.

(Bravo!)

Wir müssen in der Währungsfrage Thaten fordern, und wir wollen im Interesse des Vaterlandes hoffen, daß wir diese Thaten bald sehen werden.

(Lebhaftes Bravo und Beifallklatschen.)

Reichstagsabgeordneter Graf **von Mirbach**-Sorquitten: Meine Herren, ich darf ein paar Worte im Anschluß an die „ins Korn geworfene Flinte" sagen. Es beruht diese Kritik in der That auf einem Irrthum; ich glaube, die freisinnigen Herren, von denen dieses geflügelte Wort ausgeht, verwechseln mich mit Herrn Bamberger. Meine Herren, Herr Bamberger war bekanntlich in seiner Jugend Freischärler bei dem Aufstande in Baden. Nun, meine Herren, daraus ist ja an sich keinem Menschen ein zu weitgehender Vorwurf zu machen. Auch sehr hohe Staatsbeamte haben ja in ihrer Jugend sehr eigenthümliche Ansichten gehabt. Meine Herren, es entspricht das, was Herr Bamberger damals that, ungefähr dem Standpunkt, den ein socialdemokratischer Reichstagsabgeordneter kürzlich im Reichstage definirte, und zwar am 16. d. M., indem er seine Theilnahme an der bimetallistischen Bewegung als junger Mann als „Jugendeselei" bezeichnete.

(Heiterkeit.)

Es wurde darauf im Reichstage ein stürmisches „Hört, hört!" laut, der Präsident sagte aber sehr zutreffend, „er könnte eine solche persönliche Kritik nicht hindern".

(Große Heiterkeit.)

Meine Herren, der Abgeordnete Bamberger, zu dem ich zurückkomme, war also Freischärler in Baden, und ich persönlich würde ja das, da ich stets ein höflicher Mann war, niemals irgendwie urgirt haben; aber es sind nicht alle meine Kollegen so höflich wie ich. Beispielsweise der verstorbene Abgeordnete von Ludwig war es nicht immer, und wir waren gerade bei der Diskussion über den Roggenzoll, da ergriff der Abgeordnete von Ludwig das Wort und sagte wörtlich nach dem Stenogramm — es ist mir das noch so erinnerlich, als ob es heute vor einer Stunde geschehen

wäre —: „Jetzt komme ich zum Abgeordneten Bamberger. Wir sind ja beim Roggenzoll — der einzige Roggen, das einzige Korn, das Herr Bamberger kennt, ist das, in welches er seine Flinte fortwarf, als er bei Kirchheim-Bolanden ausriß."

(Große Heiterkeit.)

Meine Herren, also beruht das die Flinte ins Korn werfen wahrscheinlich auf einer Verwechselung zwischen dem genannten Herrn und mir. Ich habe übrigens nur etwas citirt, was in den gedruckten stenographischen Berichten des Reichstages steht, und was danach Gemeingut der Nation geworden ist.

(Heiterkeit.)

Meine Herren, ich habe nicht die Absicht, die Flinte irgendwie ins Korn zu werfen, am allerwenigsten auf diesem Gebiet. Daß wir alle dazu keinen Anlaß haben, dafür möchte ich Ihnen einen Beweis erbringen durch eine Depesche, die ich heute Morgen von London bekommen habe. Der Herr Vorsitzende wird wohl die Güte haben, sie zu verlesen.

Vorsitzender Kammerherr Dr. **von Frege**-Abtnaundorf: Von den Bimetallisten Londons ist folgendes Telegramm eingelaufen:

Count Mirbach Berlin. Reichstag.

„Hearty congratulations to the great victory in parliament. Conduct of German government has made here great impression."

Also das heißt: „Herzlichen Glückwunsch zu dem großen Siege im Reichstag. Die Haltung der deutschen Regierung hat hier großen Eindruck gemacht."

(Bravo!)

Graf **von Mirbach** (fortfahrend): Meine Herren, Sie sehen also, daß von einem „die Flinte ins Korn werfen" gar nicht die Rede ist.

(Lebhaftes Bravo und Beifallklatschen.)

Privatdozent Dr. **Ruhland**-Zürich: Meine Herren, gestatten Sie mir, daß ich als Agrarpolitiker und Spezialist in Getreidepreisen einige Bemerkungen zu den heute gehörten Ausführungen Ihnen vorlege. — Ich stehe in meiner Auffassung der Währungsfrage zunächst auf dem prinzipiellen Standpunkte, daß ich sage: die Schwierigkeiten, unter denen die deutsche Landwirthschaft in den letzten Jahren wesentlich zu leiden hat, führen sich, insbesondere

seit dem Datum unserer Handelsverträge, darauf zurück, daß man dem englischen Beispiel und Vorbild in der Richtung der Entwickelung und Großziehung eines industriellen Staates zu weit gegangen ist. Der Beweis, daß wir uns in der That auf dem Wege der industriellen Entwickelung befinden, ist nach meiner Ueberzeugung am besten dadurch zu erbringen, daß die deutsche Landwirthschaft heute nicht mehr in der Lage ist, das Volk mit Brot zu versorgen.

(Oho!)

Wir haben thatsächlich eine Einfuhr von im Durchschnitt 1½ Millionen Tonnen Getreide. Dieser Niedergang und Rückgang unserer Getreideproduktion führt sich unzweifelhaft zurück auf den Niedergang unserer Getreidepreise, und wenn ich nun von dem Niedergang unserer Getreidepreise aus die internationale Lage der Landwirthschaft betrachte, dann kann es gar keinem Zweifel unterliegen, daß wesentlich deshalb, weil die Getreideproduktion sich nicht mehr rentirt, die landwirthschaftliche Produktion in den verschiedenen Staaten der Erde sich gezwungen sieht, zur Viehzucht und auch zum Zuckerrübenbau überzugehen, und auf diese Weise wiederum auf anderen Gebieten Preisschwierigkeiten zu erzeugen. Wenn ich nun als Agrarpolitiker auf die gegenwärtigen Preise hinsehe, dann bin ich der Ueberzeugung, daß es nicht genügt, die Preisbewegung einer möglichst großen Zahl von Produkten auf einmal ins Auge zu fassen, sondern auch bei der Preisbewegung der Produkte und bei der Politik, die wir hinsichtlich dieser Preisbewegung verfolgen müssen, ein Erstes, ein Zweites und ein Drittes zu unterscheiden. Und da, meine Herren, bin ich allerdings der Meinung, daß der Getreidepreis das Fundament ist, auf dem sich die ganze gegenwärtige Preisgestaltung der Produkte aufbaut. Es wird nicht möglich sein, zu einer Besserung in der Preisbildung für unsere übrigen landwirthschaftlichen Produkte zu gelangen, wenn wir sie nicht in erster Linie für das Getreide erreichen. Und, meine Herren, wenn Sie mir nun gestatten, an die Beobachtungen und Erfahrungen anzuknüpfen, die ich in der Lage war, mir auf einer mehrjährigen Reise durch die Getreide produzirenden Länder der Erde zu sammeln, dann muß ich unter spezieller Bezugnahme auf Indien allerdings betonen, daß ich gewiß weit davon entfernt bin, für die Goldwährung einzutreten, im Gegentheil! Das ist vielleicht eine Auffassung, die mir von Seiten meiner Gegner mit

Unrecht in die Schuhe geschoben worden ist. Ich habe niemals Veranlassung genommen, für die Goldwährung einzutreten. Ich habe mich vielmehr sehr leicht davon überzeugen können, daß in der That eine ganze Reihe von Schwierigkeiten wesentlich aus dem Beispiele sich hergeleitet haben, das Deutschland mit der Einführung der Goldwährung zu Anfang der siebziger Jahre den Kulturnationen gegeben hat. Und es kann kaum einem Zweifel unterliegen, daß der Gedanke einer internationalen Goldwährung — wir mögen ihn fassen und erwägen und klären, wie wir wollen — absolut unhaltbar und undurchführbar ist.

(Sehr richtig!)

Es unterliegt für mich auch ferner — natürlich immer persönlich genommen — gar keinem Zweifel, daß in der Ueberführung der deutschen Goldwährung in die bimetallistischen Verhältnisse wesentliche oder unüberwindliche Schwierigkeiten kaum gefunden werden können. Aber, meine Herren, etwas anderes ist es, in allen diesen prinzipiellen Fragen zuzustimmen, und wieder etwas anderes, der Meinung zu sein, daß wir nun einfach auf Grund eines Majoritätsbeschlusses in der Lage wären, nun im Handumdrehen aus den heutigen Verhältnissen in einen Zustand hineinzutreten, der sich auf dem Werthverhältniß von Gold und Silber wie $1 : 15^1/_2$ aufbaut. Und diese Bedenken, die mir in diesem Punkte entgegengetreten sind, richten sich allerdings in allererster Linie auf die voraussichtliche Bewegung der Getreidepreise, und zwar insbesondere auf Grund der Beobachtungen, die ich in Indien anzustellen in der Lage war. Es ist nämlich bei der Beurtheilung der indischen Konkurrenz nach meiner Ueberzeugung unbedingt nothwendig, nicht zu vergessen, daß die indische Konkurrenz etwas prinzipiell Verschiedenes ist von der nordamerikanischen. Während bei der nordamerikanischen Konkurrenz thatsächlich der Mann, der den Pflug führt, der Träger der Entwickelung ist, und während wir dort korrespondirend der Zunahme der Getreideausfuhr eine Zunahme der Fläche für Weizenanbau haben, existirt eine ähnliche Parallele für Indien absolut nicht. Die Anbaufläche für indischen Weizen ist in der ganzen Zeit, seit welcher wir unter der indischen Konkurrenz zu leiden haben, fast die gleiche geblieben, und die Entwickelung der indischen Ausfuhr hängt nicht so sehr mit einer irgendwie gearteteten Ausdehnung des Getreidebaues zusammen, als mit dem Ausbau des Eisenbahnnetzes. Und

da kommt nun wieder ein ganz besonderes Moment in Betracht. Während in Nordamerika frisch produzirter Weizen auf den Markt geworfen und von dort auf den Weltmarkt gebracht wird, sehen wir, daß in Indien Getreidemassen durch den Bau von Eisenbahnen erschlossen werden, für die Produktionskosten überhaupt nicht in Betracht kommen. In Indien haben wir mit außerordentlich schlechten Verkehrsverhältnissen zu rechnen. Ein Transport von Weizen oder Getreide auf eine irgendwie geartete größere Distanz ist absolut ausgeschlossen. Auf der anderen Seite muß Indien mit einer außerordentlichen Unregelmäßigkeit der Regenfälle rechnen; tritt nun eine derartig ungünstige Witterung ein, dann sind einzelne Thäler, die immer für sich auf die Brotversorgung angewiesen sind, in der traurigen Lage einer Hungersnoth. Und deswegen sieht sich der indische Landwirth und der Indier gezwungen, fortwährend, soweit nicht in das betreffende Gebiet eine Eisenbahn hineingebaut wird, zwei, drei, vier und mehr Ernten in den Boden einzugraben. Diese Art der Eingrabung und Silolagerung wird nach ganz uralten Mustern ausgeführt: Man sucht sich irgendwo ein trockenes Gebiet, gräbt hier ein Loch, thut etwas Stroh hinein, dann wird das Getreide hineingeworfen, mit Häckerling und etwas Kuhdung durchmengt, mit Erde bedeckt und bleibt so, wie ich mich selbst überzeugen konnte, ohne wesentliche Schädigung bis zu zehn Jahren im Boden drin. Nun kommt in dieses Gebiet eine neue Eisenbahn: Mit diesem Augenblicke wird es in den national-wirthschaftlichen und weiterhin in den weltwirthschaftlichen Verkehr eingegliedert, und mit diesem Augenblick verschwindet auf einmal das Bedürfniß der Erhaltung und Weiterfortführung eines mehr oder minder erheblichen Vorrathes von Nothstands-Weizen. Das Getreide, das also bis dahin für Nothjahre festgehalten wurde, wird jetzt für den Markt frei, und ganz gleichgültig, wie viel oder wie wenig der indische Landwirth dafür bekommt, daß er überhaupt etwas dafür bekommt, das genügt ihm. Jeder Preis ist für ihn Gewinn.

(Sehr richtig!)

Und nun, meine Herren, erinnern Sie sich an Folgendes. Nach den Notirungen, wie sie ungefähr gelten — ich habe die letzten Notirungen allerdings nicht angesehen; ich nehme die Ziffern, die ich Ihnen jetzt gebe, nach Notizen, die ich in den letzten englischen Zeitungen niedergelegt fand. Ich habe auch mein ganzes Material

leider nicht zur Hand, weil ich blos eine kleine Handbibliothek mitgenommen habe — also nach den Notirungen, wie sie ungefähr gelten, hat die Rupie heute einen Kurs von etwa einem Shilling. In den Zeiten, in denen sie ihren vollen Werth besitzt, ist der Kurs 2 Shilling; ein Shilling hat, wie Sie alle wissen, 12 Pence. Nun rechnet man in England in der Regel so, daß man sagt, bei dem Umfang, den die Beträge der Heimzahlungen von Indien nach England haben, hat eine Schwankung der Rupie-Kurse um einen Penny für das indische Budget eine Bedeutung von etwa einer Million Pfund Sterling, also von etwa 20 Millionen Mark. Nehmen wir nun an, daß man plötzlich durch irgend welche Maßregeln, ohne vermittelnde Stufen, ein Werthverhältniß von Gold zu Silber wie 1 : 15½ einführen würde, so würde damit auf einen Schlag der Rupie-Kurs etwa auf den Betrag von 2 Shilling gebracht werden. Das wäre alsdann für die indischen Finanzen ein Vortheil und also ein Ueberschuß im Gesammtbetrage von mehr als rund 200 Millionen Mark pro Jahr! Und nun, meine Herren, erinnern Sie sich, daß die indische Regierung seit Jahren fortwährend gepreßt wird, neue Eisenbahnen zu bauen; erinnern Sie sich daran, daß die vereinigten englischen Handelskammern sich wiederholt veranlaßt gesehen haben, den Beschluß zu fassen, die indischen Eisenbahnbauten möchten dadurch gefördert werden, daß sich die englische Regierung verpflichte, die Zinsgarantie für diese Eisenbahnen zu übernehmen, und dann werden Sie kaum mit mir daran zweifeln können, daß der wesentliche Betrag des auf diese Weise, d. h. durch die Valuta-Erhöhung, dem indischen Finanzminister zufließenden Kapitals zum Ausbau des indischen Eisenbahnnetzes verwendet werden würde. Wenn Sie aber in Indien mit einem Aufwande von etwa 200 Millionen Mark das Eisenbahnnetz, das heute kaum mit ganz vereinzelten Linien in dieses Riesengebiet hineinreicht, auszubauen beginnen, dann graben Sie auf diese Weise eine ganz kolossale Masse der in Erdhöhlen aufgestapelten Nothvorräthe auf, und die wandern so sicher, wie 2 mal 2 = 4 ist, von Indien her zu uns.

(Sehr richtig!)

Sie werden also unbedingt durch diese plötzliche Aenderung der Valuta und durch die plötzliche Aenderung des Werthverhältnisses von Silber zu Gold auf dem Niveau von 1 : 15½

bewirken, daß eine sehr bedeutende Zunahme der indischen Weizenausfuhr eintritt. Nun werden Sie mir darauf erwidern: Das ist ja nicht so ängstlich, und zwar deshalb nicht, weil auf Grund des steigenden Werthes der Rupie der betreffende Indier für seinen Weizen doch nicht mehr soviel bezahlt erhalten kann, und daß sich die Sache dadurch ausgleicht. — Nun, meine Herren, nehmen wir auch hier die Thatsachen und Ziffern, wie sie liegen. In den zentral gelegenen Gebieten von Indien werden in der letzten Zeit etwa 25 bis 28 Mark pro Tonne Weizen bezahlt. Nehmen wir an, daß nachher auf Grund der Aenderung der Valuta dort vielleicht 14 oder 15 Mark bezahlt würden. Was bedeutet das? Nun, meine Herren, ich habe Ihnen vorhin schon gesagt, der Weizen, der dort im Boden liegt und das eigentlich Gefährliche der ganzen indischen Konkurrenz repräsentirt, ist ohne jede Produktionskosten, er liegt einfach da, wird auf einmal von seiner früheren Bestimmung frei gegeben und kann auf den Markt geworfen werden, ganz egal, ob dafür 25 Mark oder 15 Mark bezahlt werden. Es werden heute sehr oft nur 15 Mark bezahlt und zwar deshalb, weil der Zwischenhändler den indischen Bauer derart in der Hand hat, daß der Mann das nehmen muß, was er ihm giebt. Und die indischen Bauern sind leider Gottes so kolossal verschuldet, daß sie gezwungen sind, ihr Getreide zuweilen auf 2, 3 Jahre im Voraus auf dem Halm zu verkaufen. Und Sie können sich ferner denken, daß ein Bauer, der nicht nur nicht lesen und schreiben kann, sondern auch nicht einmal mit Maß und Gewicht umzugehen versteht, von dem Zwischenhandel ganz sicher vollständig ausgebeutet wird. Es kommt aber bei dieser Beurtheilung noch etwas Anderes in Betracht. Der Preis in Indien — sagen wir — soll heute 25 Mark für die Tonne sein. Der Preis auf dem Weltmarkt, in London, beträgt 100 Mark. Wir haben hier also eine Differenz von 75 Mark. Diese Differenz wird nun ausgeglichen durch Spesen, vor allen Dingen durch Frachten und Umschlagsspesen an den Hafenplätzen und dann natürlich noch durch die Gewinne, welche der Handel in die Tasche steckt. Ja, meine Herren, da ist nun nach meiner Ueberzeugung gerade in Hinsicht auf die Abänderung und zwar die plötzliche Abänderung des heutigen Silberpreises in denjenigen Preis, der sich aus dem Werthverhältniß von 1 : 15½ ergiebt, die Thatsache zu beachten, daß sich diese Spesen im umgekehrten Verhältniß mit

dem Niedergang des Silberpreises bewegen. In dem Augenblick, wo die Einfuhr nach Indien zurückgeht und zurückgehen muß, weil — wie heute — der Kurs gesunken ist, wird die Ausfuhr gezwungen werden, den größeren Theil der Frachtsätze zu tragen. Der Frachtenmarkt wird dann in der Weise gehandelt, daß die Tarifsätze für den Transport von Weizen von Calcutta oder Bombay oder Kurrachee nach London oder Liverpool um den entsprechenden Betrag höher gesetzt werden, und zwar deshalb, weil die Schiffe in der Regel oder sehr häufig auf der Hinreise nach Indien nicht gefüllt sind. In dem Moment aber, wo wir eine steigende industrielle Einfuhr nach Indien haben, wird selbstverständlich der Frachtsatz für die Ausfuhr des Weizens aus Indien nach Europa sinken, er wird mindestens nicht nöthig haben zu steigen — absolut nicht — und wenn ich vorbereitet gewesen wäre, über diese Sache zu reden, so würde ich in der Lage sein, Ihnen eine Reihe von ähnlichen Beobachtungen aus dem Gebiet der Frachttarife vorzuführen. Ferner muß ich sagen, daß diese Frachten, und zwar See- wie Eisenbahnfrachten, nicht in Silber, sondern in Gold gezahlt bezw. nach dem Goldkurs des Silbers bestimmt werden und daher unzweifelhaft die Tendenz besitzen, auch herunterzugehen. Ja, meine Herren, ich muß gestehen, daß angesichts dieser Thatsache — —

Vorsitzender Graf **von Mirbach**-Sorquitten (der während dieser Rede den Vorsitz übernommen hat): Ich möchte doch Herrn Dr. Ruhland bitten — Sie sind nicht Referent — ich möchte Sie bitten, sich etwas kürzer zu fassen.

Dr. **Ruhland** (fortfahrend): Ich will also damit meine Ausführungen schließen und kann mich kurz dahin zusammenfassen, daß ich auf Grund dieser thatsächlichen Beobachtungen und des thatsächlichen Materials, das ich an Ort und Stelle sammeln konnte, sage: ich kann mich nicht der Ueberzeugung verschließen, daß, wenn wir plötzlich zu einem festen Werthverhältniß zwischen Gold und Silber wie 1 : 15½ übergehen, wir insbesondere von Indien aus uns in die Gefahr hineinbegeben, daß eine wesentliche Zunahme der indischen Getreidekonkurrenz eintreten wird. Nachdem aber die Getreidepreise für mich das Fundament sind, auf dem wir uns die weitere Gesundung der Preisfeststellung für landwirthschaftliche Produkte denken, muß ich allerdings sagen, daß ich es für unbedingt nothwendig erachte, daß wir diesen Uebergang nicht plötzlich, sondern

allmählich nach bestimmten Abstufungen machen, und daß ich deshalb hier und für die erste einzuführende Reform mich unbedingt auf den Standpunkt des Herrn Unterstaatssekretärs von Schraut stelle.

Da ich nicht Referent und auch nicht Mitglied der Vereinigung bin, so bin ich allerdings genöthigt, meine Ausführungen hiermit zu schließen.

Vorsitzender Graf **von Mirbach**-Sorquitten: Ich wollte nur bemerken, um nicht mißverstanden zu werden, daß wir es immer so gehalten haben, den Herren in der Diskussion nur etwa 10 Minuten zu gewähren, sie können ja wiederholt das Wort ergreifen.

(Zustimmung.)

Jetzt ertheile ich Herrn von Sydow das Wort.

Rittergutsbesitzer **von Sydow**-Dobberphul: Meine Herren, bei der vorgerückten Zeit möchte ich Ihre Aufmerksamkeit nicht zu lange in Anspruch nehmen, ich habe mich nur gegen einige Worte des Herrn Dr. Ruhland zu wenden. Wenn derselbe behauptet, daß er kein Goldwährungsmann sei, so will ich nur konstatiren, daß er seit mehreren Jahren eine Reihe von Arbeiten gegen den Bimetallismus veröffentlicht hat. So wendet er sich in seiner Arbeit über die australische Goldproduktion gegen das Werk „Die Zukunft des Goldes von Sueß und die Sueßsche Theorie", indem er nachzuweisen sucht, daß die australische Goldproduktion ganz unerschöpflich sei; ferner hat er in seinem „Leitfaden für Agrarpolitik" den Bimetallismus bekämpft, ebenso in der „Landwirthschaftlichen Presse" und ebenso im letzten Dezemberheft der „Zukunft". Da ist gerade dieser Punkt weiter ausgeführt, den er heute berührt hat; die Gefahr nämlich, welche der Bimetallismus bei einem Werthverhältniß von Gold zu Silber wie $1 : 15^1/_2$ für uns bietet, indem nämlich aus diesem Grunde in Indien mehr Eisenbahnen gebaut werden, und wir mehr Getreide auf den Hals geschickt bekommen. Ich muß zunächst konstatiren, daß diese Bemerkungen und Voraussetzungen im direkten Gegensatz zu einer anderen Arbeit von ihm stehen, sie lautet: „Ueber das nahende Ende der auswärtigen Getreidekonkurrenz." Er sagt dort:

> „Die Ausdehnungsmöglichkeit des Getreidebaues in Rußland und Indien ist ja allerdings ganz enorm. Aber man braucht nur einmal den russischen und indischen Bauer in seiner ganzen Armuth und in seiner ganzen intellektuellen

Hilflosigkeit gesehen zu haben, man braucht nur einmal gesehen zu haben, wie diese Leute für eine verhältnißmäßig so einfache Verrichtung wie die Anwendung von Maß und Gewicht für Getreide einen besonderen Künstler und Zauberer herbeirufen müssen, um sofort zu begreifen, warum die ganze bisherige Entwickelung so gut wie spurlos an ihnen vorüber gegangen ist, und um ein für alle Mal davon überzeugt zu sein, daß auch die nächste Zukunft an ihnen keine wesentliche Veränderung hervorrufen wird. Die Ausdehnungsmöglichkeit des Getreidebaues mag deshalb in Rußland und Indien noch so groß sein: die Wahrscheinlichkeit in der Entwickelung wird die Ausfuhrziffern dieser Länder nicht steigen sehen."

Das ist ganz das Gegentheil von dem, was wir eben gehört haben. — Der Fehlschluß, den Herr Dr. Ruhland macht, liegt vor allen Dingen darin, daß, wenn wirklich mehr Eisenbahnen bei einem Werthverhältniß von 1 : 15½ gebaut werden, ganz dieselbe Entwickelung auch bei jedem anderen Werthverhältniß, von 1 : 20 oder 1 : 16 oder 1 : 17, eintreten würde;

(Sehr richtig!)

denn darauf kommt es überhaupt an, daß das Silber wieder einen festen Werth hat. Sobald das der Fall ist, wird Indien immer in der Lage sein, neue Anleihen machen zu können; es werden deshalb neue Eisenbahnen gebaut werden können, nur kann uns dies nicht gefährlich werden. Ich bin der Ansicht, daß Indien nicht allein Weizen exportirt, sondern vor allen Dingen Kolonialwaaren, und das ist sogar die Hauptsache, wie überhaupt durch die Silberentwerthung absolut keine so große Steigerung des indischen Weizenexports eingetreten ist, wie wir Bimetallisten es erwartet haben. Eine ganz falsche Idee des Herrn Dr. Ruhland sind seine Ausführungen über die niedrigen Schiffsfrachten. Ich habe selbst früher in meinen Arbeiten eine ganze Reihe von Tabellen darüber veröffentlicht, und es ist darin nachgewiesen, daß die Schiffsfrachten immerfort gesunken sind mit einer weiteren Werthverminderung des Silbers, d. h. mit der Steigerung des Goldwerthes. Wenn der Goldwerth steigt, müssen die Schiffsfrachten sinken, das ist ganz natürlich. Man kann es auch damit erklären, daß auf beiden Seiten des Oceans das Geschäft schlechter wird und hier das Wort

„Konkurrenz" zur Anwendung kommt, dasselbe Wort, was wir ja auch bei den amerikanischen Eisenbahnen eine so große Rolle spielen sehen. Man sagt einfach: die amerikanischen Eisenbahnen haben ihre Tarife heruntergesetzt; das ist aber ganz natürlich: sie sind dazu gezwungen, weil die Getreidepreise sehr niedrig sind. So werden auch die Schiffsfrachten wieder steigen, wenn ein festes Werthverhältniß hergestellt wird, schon deshalb, weil es sehr viel theurer sein wird, Schiffe zu bauen und Kohlen zu bezahlen.

(Sehr richtig!)

Ich weiß die indischen Frachten ungefähr auswendig: wir haben in den Jahren 1872/73 und 1873/74 eine Fracht von Indien durch den Suezkanal von ungefähr 60 Mark pro Tonne Getreide gehabt, und dieselbe ist heruntergegangen auf ungefähr 20 bis 30 Mark in den letzten Jahren.

(Hört! hört!)

Ich bin der festen Ueberzeugung, daß diese Frachten ganz ebenso wieder steigen werden, wenn wir nur erst das alte Werthverhältniß wieder haben. Ob wir es in den nächsten Jahren bekommen werden, das ist nicht vorauszusehen. Die Hauptsache ist aber für uns, daß möglichst bald ein Anfang gemacht wird,

(Sehr richtig!)

und wenn irgend welcher Antrag einer internationalen Konferenz angenommen wird, den Silberwerth zuerst niedrig festzusetzen, so ist die Hauptsache für uns, daß er nicht zu niedrig festgesetzt wird, sondern dem alten Werthverhältniß möglichst nahe kommt.

(Bravo!)

Vorsitzender Graf **von Mirbach**-Sorquitten: Meine Herren, Sie gestatten mir noch eine ganz kurze sachliche Bemerkung. Ich möchte Sie bitten, heute nicht zu weit einzugehen auf Details der indischen Weizenkonkurrenz. Die Frage ist ja allerdings sehr interessant; ich möchte diejenigen Herren, welche sich dafür interessiren, bitten, ein Buch des Herrn Dr. Wolf, Privatdozenten in Zürich — ich glaube, Herr Dr. Ruhland ist ja auch Privatdozent in Zürich — eingehender zu studiren. Der führt als Resumé Nachstehendes aus: „Für die nächste Zukunft ist das Werthverhältniß des Silbers das Entscheidende." Er stellt da die eingehendsten Berechnungen an und weist dann nach, daß jeder Rückgang des Silberpreises eine sehr erhebliche Mehrproduktion im

Inlande und einen Preisdruck auf dem Weltmarkt zur Folge haben müsse. Das ist ja auch ganz klar, wenn Sie daran festhalten, daß die Löhne und die übrigen Produktionskosten im Inlande (Indien) stabil bleiben. Wenn z. B. in Indien die Produktion eines Centners Weizen 3 Rupien kostet und auf dem Weltmarkt der Weizenpreis 6 Mark ist, so würden, wenn die Rupie ihren vollen Werth hätte, diese 3 Rupien 6 Mark sein, d. h. die Indier könnten nur ohne Nutzen produziren, nicht exportiren, sie müßten ihren Weizen für sich behalten. Nun, meine Herren, fällt die Rupie auf den halben Werth, so sind diese 6 Mark 6 Rupien, die der Indier für sein Getreide auf dem Weltmarkt erhält. Er kann also mit erheblichem Nutzen produziren und exportiren. Ich empfehle Ihnen nochmals das Studium dieser Schrift von Dr. Wolf: „Thatsachen und Aussichten der ostindischen Konkurrenz im Weizenhandel“; ich meine aber, wir dürfen uns in diese Details nicht gar zu sehr vertiefen.

Zum Wort hat sich noch gemeldet Herr Klapper und dann Herr Tippel; ich ertheile zunächst Herrn Klapper das Wort.

Chefredakteur **Klapper**-Nieder-Schönhausen: Meine Herren, ich beabsichtige nur, den einseitigen Bemerkungen des Herrn Dr. Ruhland entgegenzutreten. Er begann mit der Hervorhebung der angeblichen Thatsache, daß Deutschland einen Ernährungszuschuß vom Auslande in der That nöthig habe. Meine Herren, diese Meinung ist ja ganz allgemein verbreitet; sie bildet ja die Grundlage für die ganze Wirthschaftspolitik nicht nur des neuen Kurses, sondern auch als Fürst Bismarck seine wirthschaftspolitischen Ansichten wandelte, hielt er ja die Thatsache eines erforderlichen Getreidezuschusses vom Auslande immer noch für die Grundlage aller Maßnahmen. Ich glaube aber, es ist richtig, sich darüber klar zu werden, daß diese Thatsache nicht zutrifft. Es ist falsch, wenn man annimmt: weil importirt ist, weil thatsächlich der Handel Getreide nach Deutschland eingeführt hat, daß das auch ein Beweis sei, daß es gebraucht wurde.

(Sehr richtig!)

Ich meine, die Statistik ergiebt das Gegentheil.

(Vorsitzender: Aber die Währung!)

Das gehört allerdings nicht eigentlich zur Währungsfrage, allein — —

Vorsitzender Graf **von Mirbach**-Sorquitten (unterbrechend): Die Enquete über die Agrarfrage haben wir erledigt, und es lautet die Tagesordnung: „Enqueten über die Agrarfrage und über die Währungsfrage." Es handelt sich jetzt um die Enquete über die Währungsfrage und über deren Resultate.

Chefredakteur **Klapper**-Nieder-Schönhausen (fortfahrend): Ja, insofern gehört das allerdings nicht unmittelbar zum Thema. Ich wollte nur, weil das als Grundlage der Bemerkungen des Herrn Dr. Ruhland hingestellt war, doch auch ein paar Worte dazu sagen.

Vorsitzender Graf **von Mirbach**-Sorquitten: Es thut mir leid, aber ich muß, wenn ich nach einer Richtung etwas streng vorgehe, es nach allen Seiten thun.

Das Wort hat Herr Chefredakteur Tippel.

Chefredakteur **Otto Tippel**-Schweidnitz: Ich glaube aus den Ausführungen des Herrn Dr. Ruhland jedenfalls das eine entnommen zu haben, daß eine deutsche Preisfeststellung unbedingt nothwendig ist, und daß dazu der Antrag Kanitz das geeignete Mittel sein würde. Dadurch würde möglicherweise das ganze Bild sich dahin verändern, daß später die Industrie vielleicht der lebhafteste Vertheidiger des Bimetallismus sein würde. Das schließt natürlich nicht aus, daß die Landwirthschaft selbst immer noch großes Interesse an der Doppelwährung haben würde, aber es könnte möglicherweise hinzutreten, daß dann die Industrie in gleicher Weise ein Vertheidiger des Bimetallismus wäre.

Privatdozent Dr. **Ruhland**-Zürich: Meine Herren, ich habe keine Veranlassung, gegenüber den Ausführungen des Herrn von Sydow irgendwie vielleicht frühere Ausführungen und Publikationen meinerseits zurückzunehmen. Die bleiben selbstverständlich bestehen, und das, was ich dort gesagt habe, insbesondere in den Arbeiten, die Herrn von Sydow so besonders angriffsfähig erschienen, halte ich auch aufrecht. Ich bin nach wie vor nicht der Meinung, daß die Ausführungen des Herrn Professors Sueß über die Zukunft des Goldes in allen Punkten zutreffend sind, wenn ich mich auch auf der andern Seite Conrad anschließe, wenn er sagt, daß meine Kritik der Ausführungen des Professors Sueß die prinzipielle Stellung zu der Frage nicht berührten. Es handelt sich hier um eine Kritik, die ich an dem Sueßschen Buche

geübt habe, und zu der ich mich auch auf Grund von eingehenden wissenschaftlichen Spezialuntersuchungen nach wie vor vollauf berechtigt halte.

Die andere Behauptung, die Herr von Sydow aufgestellt hat, daß meine jetzigen Ausführungen über die Möglichkeit der Zunahme der indischen Konkurrenz auf Grund eines Werthverhältnisses von 1 : 15½ im Widerspruch ständen mit meiner Arbeit „über das nahende Ende der auswärtigen Getreidekonkurrenz“ — diese Behauptung kann ich aus der persönlichen Kenntniß meiner Ausführungen absolut nicht als zutreffend bezeichnen. Ich habe ausdrücklich in derselben unterschieden zwischen der Wahrscheinlichkeit in der Entwickelung und der Möglichkeit der Ausdehnung, und bei der Wahrscheinlichkeit in der Entwickelung habe ich allerdings die Ueberzeugung gehabt, daß wir nicht sofort und nicht plötzlich und auf einmal zu einer so gewaltigen Abänderung des Werthverhältnisses zwischen Gold und Silber übergehen dürfen. Und deshalb konnte ich ausführen, was ich hier gesagt habe, während ich umgekehrt auch die anderen Ausführungen bringen konnte, bewußt von meiner Seite, daß sie nicht mit diesen Ausführungen in Widerspruch ständen. Wenn freilich Herr von Sydow meint, daß es für den weiteren Ausbau des indischen Eisenbahnnetzes weiter gar nichts bedürfe, als eines bloßen Festlegens des Werthverhältnisses zwischen Gold und Silber, so muß ich meinerseits konstatiren, daß die Personen, die ich als gründliche Kenner der Finanzpolitik des indischen Kaiserreiches in Indien selbst kennen gelernt habe, allerdings nicht in der Lage sind, mit Herrn von Sydow in diesem Punkt übereinzustimmen, und ich denke, man wird es mir auch nicht verargen, wenn ich mich in diesem Falle für die indischen Autoritäten entscheide, die dort im Lande sind, dort leben und arbeiten.

Die Ausführungen des Herrn Klapper über den Umfang der inländischen Getreideproduktion sind ja durch die Aeußerung des Herrn Präsidenten erledigt, daß sie nicht zur Sache gehörten; ich will nur ganz kurz bemerken: Mir sind die Ausführungen des Herrn Klapper sehr wohl bekannt, trotzdem glaube ich die Anschauung aufrecht erhalten zu können, daß wir die Einfuhr gebraucht haben, weil viele Landleute ihr Getreide nicht verkauft, sondern verfüttert haben.

Wenn endlich von Seiten des Herrn Präsidenten auf das Buch meines Kollegen Dr. Wolf hingewiesen worden ist, so muß ich allerdings erklären, daß ich zu meinem lebhaften Bedauern nicht in der Lage bin, diese Arbeit meines Herrn Kollegen in derselben Weise hoch zu schätzen wie Herr Graf von Mirbach, nicht deshalb, als ob ich ihn nicht als einen sehr tüchtigen Gelehrten kenne, sondern weil dieses Buch in der Studirstube geschrieben wurde, unter Zuhilfenahme von Material, das die Wiener Bibliothek geliefert hat. Ich habe deshalb bis dato immer die Art der Benutzung gepflogen, daß ich auf dessen Anschauungen über die indische Konkurrenz nicht weiter eingegangen bin. Ich kann deshalb im großen Ganzen nur sagen, daß es Ausführungen und Anschauungen enthält über die voraussichtliche Entwickelung der indischen Konkurrenz, die ich allerdings in keiner Weise theilen kann.

Pastor **A. Jäger**-Werder: Meine Herren, wo für Recht und Gerechtigkeit gekämpft wird, da ist auch wohl der Pastor an seinem Platze. Ich will, da ich ja nicht Referent bin, sondern nur zur Debatte mich zu äußern habe, auf einen Punkt eingehen, der hier von drei Rednern hinter einander immer wieder betont worden ist, nämlich die Nothwendigkeit der Einfuhr fremden Getreides nach Deutschland. Meine Herren, das hängt mehr mit der Währungs- als mit der Agrarfrage zusammen; ich bin der Meinung, daß ein steigender Goldwerth nicht blos die Einfuhr ausländischen Getreides ermöglicht, sondern sie geradezu erzwingt, wie früher in England, das bis 1873 unser Abnehmer war. Ich habe einen sehr genauen Bekannten gehabt, der in der Zeit bis 1873 Vieh nach England lieferte, und ich werde Ihnen da den Nachweis führen, daß dieses Vieh nach England aus Deutschland aus münzpolitischen Gründen importirt werden mußte. Die Viehhändler gingen hier in Berlin auf den Markt, fragten nach englischen Wechseln, und wenn recht viele Wechsel da waren, die in England in drei Wochen eingelöst werden sollten, und darum auf diesen Wechseln ein recht hohes Agio lag, dann kauften die Händler hier Vieh, ganz gleichgültig, ob in London Bedarf an Vieh vorhanden war, oder nicht; sie transportirten das Vieh nach London, um die Londoner Wechsel zu begleichen und das Agio zu verdienen. Als wir nun die Goldwährung einführten und jenes Agio verschwand, legten die Händler das Geschäft nach England nieder; wir hörten auf, ein exportirendes Land zu

sein, und wurden statt dessen ein importirendes Land, und zwar ohne Rücksicht auf unsere Bedürfnisse. Da stand z. B. der ganze Berliner Viehhof voller Vieh, und es war nicht zu verkaufen; aber die Händler wurden von Berliner Bankiers nach Rußland und Ungarn geschickt, um dort Vieh zu kaufen und es hierher zu bringen. Denn als mit der russischen und österreichischen Valuta hier keine Zahlungen mehr geleistet werden konnten, da stieg das Agio oder das Aufgeld auf den russischen Rubel und auf den österreichischen Gulden und der Reiz, russisches und österreichisches Vieh und Korn nach Deutschland zu bringen. Darum behaupte ich, meine Herren, daß unsere steigende Valuta die Einfuhr nicht blos ermöglicht, sondern sie auch geradezu erzwingt, und daß diese Einfuhr mehr mit der Währungs- als mit der Agrarfrage zusammenhängt.

Vorsitzender Graf **von Mirbach**-Sorquitten: Herr Rechtsanwalt Eschenbach, gestatten Sie mir noch eine Bemerkung vor Ihnen, die immerhin im Zusammenhange von Interesse ist. — Ich möchte auf Folgendes als Analogon hinweisen: Unmittelbar vor der Entscheidung über den russischen Handelsvertrag wurde von Petersburg aus durch die ganze russische Presse ein Artikel lancirt, sehr geschickt — wie ja überhaupt unsere östlichen Nachbarn, was das Frühaufstehen anlangt, uns mindestens ebenbürtig sind, — da wurde also durch die russische Presse ein Artikel lancirt, der auch in Ostpreußen in landwirthschaftlichen Kreisen Eingang fand. Der Inhalt war etwa folgender: „Wenn Deutschland einen Handelsvertrag mit Rußland abschließt, so wird Rußland dadurch wirthschaftlich gestärkt. Was ist die Konsequenz? Es steigt die russische Valuta, und das Ausland wird doch so einsichtig sein, zu erkennen, daß diese Steigerung des Rubelkurses eine Belastung für den russischen Export ist." — Das war ganz hübsch aufgebaut. Ich kam nach Königsberg, als das diskutirt wurde; ich sagte: Die Schlüsse sind vollkommen richtig. — „Nun, dann stimmen Sie doch auch für den russischen Handelsvertrag." — Jawohl, sagte ich, sofern die russische Regierung in der Lage ist, diesen hohen Rubelkurs zu garantiren.

(Sehr richtig!)

Aber, meine Herren, irgend ein kleines politisches Ereigniß, ein kleiner Putsch in Bulgarien oder sonst wo, und wir haben den niedrigen Rubelkurs wieder. Heute ist in der That der Rubelkurs

ein sehr hoher und seit lange konstanter, er hindert die Ausfuhr, aber das kann sich ja jeden Tag ändern. —

Verzeihen Sie Ihrem Vorsitzenden diese kurze sachliche Bemerkung.

Nun gebe ich Herrn Rechtsanwalt Eschenbach das Wort.

Rechtsanwalt **Eschenbach**-Berlin: Der Herr Vorsitzende hat die Diskussion, die sich wohl stark vom Gegenstande entfernt hatte, in dankenswerther Weise wieder auf das eigentliche Gebiet zurückgeführt. Ich bin der Ansicht, daß das Thema vielleicht noch etwas hätte erweitert werden können, indem man noch die Börsenenquete und die Ergebnisse derselben mit hineingezogen hätte. Denn, meine Herren, das ist ja zweifellos, daß die Währungsfrage, namentlich was die Opposition gegen ihre Regelung und ihre Reform angeht, in der Hauptsache ihren Sitz hat in gewissen Börsenkreisen und -Interessen. Das ist ganz zweifellos, wenn Sie sich vor allen Dingen vergegenwärtigen, welche ungeheure Spekulation in russischer Valuta stattfindet. Es ist eine bekannte Thatsache, daß die Industrie und auch der effektive, reelle und solide Zwischenhandel und die betreffende Spekulation, wofür ich die weitgehendsten Sympathien habe — daß alle diese soliden Wirthschaftsfaktoren ein entschiedenes Interesse an stabilen Preisen haben; sie wollen gar keine Schwankungen, — das will nicht der deutsche Industrielle, der exportirt und importirt, ebensowenig der Zwischenhändler. Etwas anderes ist es aber um den rein spekulativen Handel, der es gar nicht mit wirklichen Waaren zu thun hat, sondern vollständig ein Handel mit reinen Werthbegriffen geworden ist: hier sitzt heute die Opposition, gegen die Sie ankämpfen müssen, die Opposition, die vor allen Dingen in der Hausse und Baisse in Rubeln ihre Triumphe feiert. Ich bin selbst in der Währungsfrage Laie, aber ich muß doch sagen: da sitzt die wirkliche Opposition, die schon von vornherein zu verhindern sucht, daß man an die Sache einmal gründlich herantritt; denn die hiesigen Getreidehändler, die von Rußland importiren, sind nicht blos Importeure, sondern vielfach die allergrößten Rubelspekulanten, und das thun sie in Verbindung mit den anderen, mit ihren Freunden und Helfern an der Fondsbörse. Infolge dessen bin ich allerdings der Ansicht, daß, wenn die Währungsfrage von den weiten Gesichtspunkten aus, wie sie die Herren Dr. Arendt und Graf Mirbach aufgestellt haben, geregelt werden soll, Sie dieselbe in allererster Linie, sofern Sie den Haupt-

sitz der Opposition treffen wollen, auch unter dem Gesichtspunkt der Börsenreform betrachten müssen, denn anders werden Sie nichts erreichen.

(Bravo!)

Vorsitzender Graf **von Mirbach**-Sorquitten: Meine Herren, es hat sich Niemand mehr zum Wort gemeldet, ich muß deshalb die Diskussion als geschlossen erklären.

Wünscht der Herr Referent noch das Schlußwort?

Referent Fabrikbesitzer **O. Wülfing**-M.-Gladbach: Meine Herren, nach den verschiedenen Reden, die wir nach meinem Referat hier gehört haben, kann ich mich sehr kurz fassen. — Ich empfehle Ihnen die Resolution, die ich beantragt habe, zur Annahme, und ich glaube, es würde uns bei der Regierung sehr fördern, wenn auch Sie hier sich ganz entschieden für die Regelung der Währungsfrage aussprechen.

(Bravo!)

Vorsitzender Graf **von Mirbach**-Sorquitten: Wir kommen zur Abstimmung über die Resolution:

Die XX. General-Versammlung der Vereinigung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer spricht dem Herrn Reichskanzler ihren Dank aus für die im Reichstage am 15. Februar d. J. abgegebene Erklärung. Sie knüpft daran die dringende Bitte:

„Der Herr Reichskanzler wolle mit denjenigen Maßnahmen, welche geeignet sind, die Lösung der Währungsfrage auf internationalem Wege herbeizuführen, baldmöglichst vorgehen."

Ich bitte, daß diejenigen Herren, welche sie annehmen wollen, sitzen bleiben. — Das ist, wie ich konstatiren darf, die einstimmige Annahme.

Wir sind am Schluß unserer heutigen Tagesordnung angelangt, und ich bitte, namens des Herrn Freiherrn von Manteuffel, morgen um 10 Uhr hier wieder recht pünktlich erscheinen zu wollen.

(Schluß der Sitzung 2¾ Uhr.)

Zweiter Tag:

Mittwoch, den 20. Februar 1895.

Der Vorsitzende Freiherr **von Manteuffel**-Crossen eröffnet die Sitzung um $10^1/_4$ Uhr.

Vorsitzender: Die Sitzung ist eröffnet.

Ehe wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich eine geschäftliche Mittheilung machen. Es hat sich hier gestern eine Bimetallisten-Liga konstituirt, der gestern schon eine große Zahl von Mitgliedern beigetreten sind. Es wird aber doch vielleicht manche von den Herren interessiren, das Nähere darüber zu hören, um eventuell auch noch beizutreten, und es ist Herr Aschendorff gern bereit, Beitrittserklärungen entgegenzunehmen und auch die nöthig erscheinenden Auskünfte zu geben.

Ferner möchte ich nochmals darauf aufmerksam machen, daß wir heute im Lichthofe des Kaiserhofes zusammen essen werden, und bitte, daß die Herren, die theilzunehmen beabsichtigen, sich bei Herrn Stephan melden.

Endlich habe ich noch 3 Schriftführer zu berufen, und zwar bitte ich die Herren von Bandemer-Selesen, Oekonomierath Franke-Leipzig und von Arnim-Groß-Fredenwalde wieder gütigst herzukommen.

Damit hätten wir die geschäftlichen Angelegenheiten erledigt und können nunmehr in die Tagesordnung eintreten, und zwar zunächst in den ersten Gegenstand derselben:

„Die Thätigkeit der Vereinigung der Steuer- und Wirthschaftsreformer und des Congresses Deutscher Landwirthe während zweier Dezennien (1874—1894)."

Referent ist Herr Regierungsrath Evert. Ich ertheile ihm das Wort.

Berichterstatter, Regierungsrath **Evert**-Berlin: Meine Herren! Wer vor etwa 20 Jahren auf dem Lande wohnte oder viel mit Landwirthen verkehrte, der konnte schon damals bemerken, wie in diesem sonst so ruhigen und zufriedenen Stande eine tiefe Gährung die Gemüther durchzog. Es war das ganz ähnlich wie heute, meine Herren, nur mit dem Unterschiede, daß damals die Bewegung gewissermaßen nur die Spitzen des Standes, nur die nach Bildung und sozialer Stellung zur Führung ihrer Standesgenossen berufenen Kreise ergriffen hatte, während sie heute weiter nach unten durchgedrungen ist bis in die Kreise der kleinsten Bauern, die sich von der vaterländischen Erde nähren. Die Grundtriebe der Bewegung aber, meine Herren, waren damals ganz dieselben wie heute. Es war die Empfindung, daß es nicht mehr angehe, sich in wirthschaftspolitischen Dingen einfach und ausschließlich auf die Weisheit der Gesetzgeber zu verlassen. Es war die Empfindung, daß es bei allem äußeren Ansehen, welches unsere Nation durch die großen Kriege gewonnen hatte, im Innern, wenigstens im wirthschaftlichen Leben, nicht vorwärts gehe, daß die schaffenden Theile der Nation gar zu sehr zurückblieben hinter den blos verzehrenden, daß ganz besonders aber für die Bedürfnisse und für die berechtigten Interessen der Landwirthschaft das richtige Verständniß in den gesetzgebenden Körpern und zum Theil auch bei den Behörden nicht vorhanden sei und die Parität der Landwirthschaft mit den übrigen Zweigen der Volkswirthschaft nur zu oft verleugnet werde. Wenn der Landwirth kam und sagte: die Grundsteuer drückt mich; ich verlange wenigstens, daß ebenso wie die Grundrente auch die Kapitalrente besonders besteuert wird, so hieß es: wenn wir das bewegliche Kapital auch besteuern, so geht es außer Landes. Wenn der Landwirth sich beklagte, daß er beim Besitzwechsel eine so hohe Abgabe, ein ganzes Prozent vom Werthe, ohne Abzug der Schulden, zu entrichten habe, während die größten Umsätze an der Börse steuerfrei blieben, so hieß es: ja, das bewegliche Kapital hat eben in dem ungehinderten Umsatz sein Lebenselement, es kann darum keine Steuer auf diesen Umsatz vertragen. Wenn der Landwirth fragte: warum haben denn so viele Industriezweige Schutzzölle, aber nicht die Landwirthschaft? — so hieß es: ja die Produkte der Landwirthschaft sind nothwendige Lebensmittel der Nation, die können doch unmöglich „vertheuert“ werden. Kurz, meine Herren, wenn der Landwirth Parität

mit den übrigen Zweigen der nationalen Arbeit verlangte, so tönte ihm regelmäßig und auf den verschiedensten Gebieten der berühmte Spruch entgegen: ja, Bauer, das ist ganz 'was anderes.

(Heiterkeit.)

Und es war nicht die Empfindung der eigenen Zurücksetzung allein, meine Herren, welche die Landwirthschaft aufregte. Man empfand es damals schon als verhängnißvoll, daß in unserem Volke die Sucht nach Beseitigung aller Schranken der individuellen Bewegungsfreiheit und nach Entfesselung aller wirthschaftlichen Kräfte, der guten wie der bösen, in geradezu krankhafter Weise zunahm, und daß die Gesetzgebung, statt die nöthige Gegenwirkung für die Verirrungen dieses sogenannten „Zeitgeistes" zu schaffen, besonders beflissen war, ihm auf allen Gebieten dienstbar zu sein, alle ihm irgend noch entgegenstehenden Schutzwehren zu beseitigen. So brach damals zunächst vorzugsweise in den gebildeten Kreisen der landwirthschaftlichen Bevölkerung die Ueberzeugung durch, daß es nothwendig sei, gegen diese Richtung energisch zu reagiren, die Gemeinnützigkeit anstatt des bloßen Gehenlassens zum obersten Grundsatz der Wirthschaftsgesetzgebung zu erheben. Es gab damals noch keinerlei Organisation, in welcher sich diese Stimmung hätte Luft machen können; aber wenn die Berufsgenossen sich trafen, wenn ein Gutsnachbar den andern besuchte, und mit ihm die Felder beging, dann stellte es sich heraus, wie sehr man in allen diesen Dingen miteinander übereinstimmte, ohne Suggestion und Agitation von außen. Und auf der Grundlage dieser gemeinsamen inneren Uebereinstimmung konnte sofort eine umfassende Organisation, allen Schwierigkeiten und Anfeindungen zum Trotze, sich bilden, sobald sich nur Männer fanden, die sie in die Hand nahmen — ganz wie in unsern Tagen.

Meine Herren, der Congreß Deutscher Landwirthe hatte sich schon in den sechsziger Jahren gebildet, aber erst in derselben Zeit, in welcher die Gründung der Vereinigung der Steuer- und Wirthschaftsreformer erfolgte, war er zu einer gewissen Konsolidirung und inneren Homogenität gelangt. Beide Vereinigungen standen von Anfang an in landwirthschaftlichen Fragen überwiegend auf demselben Boden. Ein Unterschied bestand aber insofern, als der Congreß der Landwirthe nach seinem Statut nur bezweckte:

„eine freie Vereinigung der Landwirthe des Deutschen Reiches zur gegenseitigen Verständigung und Aufklärung über ihre Interessen und deren Wahrnehmung herbeizuführen“.

Auch wollte der Congreß statutenmäßig vorzugsweise

„die in Beziehung zur Landwirthschaft stehenden Fragen der Gesetzgebung und Volkswirthschaft zum Gegenstande seiner Berathung, Beschlußfassung und Anträge machen“.

Demgegenüber stellten die Steuer- und Wirthschaftsreformer von Anfang an ein bestimmtes, im wesentlichen noch heute gültiges politisches Aktionsprogramm auf, in welchem neben den Angelegenheiten der Landwirthschaft auch diejenigen der übrigen schaffenden Stände berücksichtigt waren. Aus diesem Grunde, sowie weil einzelne Mitglieder des Congresses Deutscher Landwirthe nicht geneigt waren, sich ohne weiteres allen Programmforderungen der Steuer- und Wirthschaftsreformer anzuschließen, ist die gleich anfangs angeregte Fusion beider Vereinigungen zunächst unterblieben und erst im vorigen Jahre vollzogen worden.

Meine Herren, beide Vereinigungen haben in der nahezu zwanzigjährigen kameradschaftlich gemeinsamen Arbeit manchen schönen Erfolg erzielt. Ich glaube Ihrer aller Zustimmung sicher zu sein, wenn ich hier an die Namen zweier hochverdienter Männer, an die Namen der Herren von Wedemeyer-Schönrade und Anton Niendorf erinnere.

(Bravo!)

Wenn diese Männer, deren Andenken in Ihnen allen lebendig sein wird und von mir bei der Kürze der Zeit hier nur durch die Erinnerung an ihre Namen geehrt werden soll, die bisherigen Erfolge der Reformbewegung, der sie ihre besten Kräfte widmeten, noch erlebt hätten, so glaube ich, würden sie sagen: das ist mehr, als wir gehofft haben angesichts der großen Schwierigkeiten des Anfangs und der gehässigen Anfeindung von allen Seiten. Aber, meine Herren, wenn wir uns fragen: steht es darum nun besser um die Landwirthschaft und um die schaffenden und sorgenden Theile des Volks, als vor 20 Jahren? — so müssen wir doch leider sagen: nein. Noch immer ist die Macht der Gegner in der Steuer- und Wirthschaftsgesetzgebung nicht gebrochen und durch die neuen großen Schwierigkeiten, welche die wirthschaftliche Entwickelung der

letzten beiden Jahrzehnte gebracht hat, erscheinen die Erfolge der Reformbewegung leider zur Zeit vollständig aufgezehrt. Wir sind noch lange nicht am Ziele und schwere Kämpfe stehen uns noch bevor.

(Sehr richtig!)

Aber wenn uns etwas in der Zuversicht auf den Ausgang stärken kann, so ist es gerade der Rückblick darauf, was unter den schwierigsten Verhältnissen von einer Handvoll energischer Männer erreicht worden ist im Laufe von 20 Jahren.

(Bravo!)

Meine Herren, Sie entsinnen sich alle der außerordentlichen Mißgunst, mit welcher damals die neue Bewegung in den ausschlaggebenden Kreisen des Parlaments und der Presse empfangen wurde, gerade weil sie der Hauptsache nach aus landwirthschaftlichen Kreisen kam. Man beachtete nicht, ebensowenig wie in unseren Tagen, daß, gerade wenn Landwirthe, die doch sonst sich wenig zur Organisation eignen und schwer genug unter einen Hut zu bringen sind, sich dennoch zusammenthun, immer schon das Bewußtsein eines starken Rechts und eine große lebendige Kraft hinter der Sache zu stecken pflegt;

(Sehr richtig!)

man fand es überaus anmaßend, daß Leute, unter denen sich nicht ein einziger Bankdirektor, Handelsredakteur oder Professor der Nationalökonomie befand, sich herausnahmen, ein eigenes wirthschaftspolitisches Programm aufzustellen und dabei sogar über Bankwesen, Börsen- und Aktienwesen mitzureden.

(Heiterkeit.)

Man wollte nicht anerkennen, daß einer der besten Wegweiser auch in wirthschaftspolitischen Dingen schließlich immer das gesunde Urtheil gebildeter und ehrlicher, im praktischen Leben stehender Männer ist, die doch an sich selbst und an ihrem Vermögen die Probe auf alles machen müssen, was Gesetzgebung und Verwaltung ersinnen. Man war aufs eifrigste bemüht, die Versammlungen und das Programm der Reformer zu karrikiren und zu diskreditiren. Statt anzuerkennen, daß eben dieses Programm sehr reelle, ausführbare Forderungen stellte und keine Bevorzugung, sondern nur Parität für die Landwirthschaft und die übrigen, bisher gegen das bewegliche Kapital zurückgesetzten Zweige der nationalen Arbeit verlangte, stellte man das neue Programm dar als einen Mischmasch aus utopischen Vorstellungen und nackter „agrarischer Selbstsucht".

Meine Herren, ich kann mir demgegenüber keine bessere Rechtfertigung der Reformbewegung denken, als wenn wir die einzelnen Punkte des Programms der Steuer- und Wirthschaftsreformer, dem im wesentlichen ja auch immer die Mitglieder des Congresses Deutscher Landwirthe zugestimmt haben, hier kurz durchgehen und uns vergegenwärtigen, welchen bedeutenden Einfluß denn doch dieses Programm auf die ganze wirthschaftspolitische Bewegung der letzten beiden Jahrzehnte gehabt hat.

Meine Herren, das Statut beginnt:

> Die Vereinigung hat den Zweck, die Ideen und Grundsätze einer gemeinnützigen, auf christlichen Grundlagen beruhenden Volkswirthschaft im Volke zu verbreiten und in der Gesetzgebung zum Ausdruck zu bringen. Diese Ideen und Grundsätze sind in dem folgenden Programm zusammengefaßt:
>
> „1. Es ist auf eine gleichmäßige Vertheilung aller Steuern hinzuwirken, damit der bis jetzt überbürdete Grundbesitz und die redliche Arbeit in allen Berufszweigen entlastet werden.
>
> 2. Die Doppelbesteuerung, welche in der Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer liegt, ist zu beseitigen. Das Renteneinkommen ist höher zu besteuern als das Arbeitseinkommen. Gegen die Steuerhinterziehungen des Geldkapitals sind wirksame Sicherheitsmaßregeln zu schaffen.“

Es liegt hier klar zu Tage, daß die Reformer keine Bevorzugung einzelner Klassen, insbesondere des Grundbesitzes, im Steuerwesen gefordert haben, sondern nur Parität. Und, meine Herren, konnte die Parität schlimmer verletzt werden, als es bisher gerade durch die Grundsteuer geschehen ist? Die Grundsteuer hat man zu rechtfertigen versucht als eine Steuer auf einen wichtigen und, wie man annahm, besonders sicheren Theil des Volkseinkommens, die Grundrente. Unter dieser „Grundrente“ versteht man bekanntlich — nach der Definition von Thünen und Riccardo — denjenigen Theil des Bodenertrages, der verbleibt oder verbleiben soll nach Abzug der Wirthschaftskosten und der Zinsen von allen Kapitalien, die in der Wirthschaft stecken, aber von ihr getrennt werden können. Nun, meine Herren, nehmen wir an, eine solche Grundrente kommt wirklich aus der Wirthschaft heraus — fließt sie dann aber auch wirklich dem Grundbesitzer zu, bei dem sie doch besteuert wird?

Nehmen wir ein Gut im Werthe von 100 000 Thalern, welches 4000 Thaler Ueberschuß über die Wirthschaftsausgaben liefert; von diesen 4000 Thalern wird sich der Gutsbesitzer mit Fug und Recht nach dem Verhältniß zu der Vergütung, welche ein Fabrikdirektor oder der Leiter eines kaufmännischen Geschäftes von ähnlichem Umfange bezieht, wenigstens 1000 Thaler als Vergütung für die Wirthschaftsleitung anrechnen dürfen. Rechnen wir von den 3000 Thalern, die dann noch übrig sind, nur 1000 Thaler auf Zinsen des im Inventarium u. s. w. steckenden beweglichen Betriebskapitals, so bleiben von jenen 4000 Thalern Wirthschaftsüberschüssen noch 2000 Thaler. Dieser Rest wäre die sogenannte „Grundrente"; aber wo bleibt sie, meine Herren? Ist das Gut schuldenfrei, dann bleibt sie allerdings dem Besitzer; ist das Gut aber zur Hälfte verschuldet, also in diesem Beispiel mit 50 000 Thalern zu 4 Prozent Zinsen, so hat der Grundbesitzer einfach die ganzen 2000 Thaler Grundrente an die Hypothekengläubiger abzuliefern, und ist er noch höher verschuldet, so muß er noch einen Theil der Zinsen seines Betriebskapitales oder sogar einen Theil seines Einkommens als Wirthschaftsdirigent drangeben, um den Gläubigern gerecht zu werden. Nun, meine Herren, ist der Fall der Verschuldung mit 50 Prozent leider bekanntlich keineswegs der Ausnahmefall, es ist sogar sehr möglich, daß die durchschnittliche Verschuldung sich noch höher beziffert. Nehmen wir aber nur an, daß jenes Beispiel mit den 50 Prozent wirklich ungefähr den Durchschnitt trifft, so sehen wir dann doch mit voller Deutlichkeit, wo denn eigentlich die „Grundrente" bleibt, für welche der Staat bisher eine Steuer von dem Grundbesitzer eingezogen hat. Sie bleibt unter den durchschnittlich bestehenden Verschuldungsverhältnissen beim Hypothekengläubiger, bei dem Kapitalisten. Vor der Durchführung der Steuerreform bietet sich also die seltsame Erscheinung, daß

1. die Grundrente besonders besteuert wird,
2. die Grundrente allein besonders besteuert wird, nicht aber auch die Kapitalrente,
3. die Grundrente besonders besteuert wird nicht bei demjenigen, der sie empfängt und verzehrt, sondern bei demjenigen, der die immer saurer gewordene Aufgabe hat, sie für den eigentlichen Empfänger herauszuwirthschaften.

(Sehr richtig!)

Ich gebe zu, meine Herren, daß sich durch Besitzwechsel und dergleichen manches in diesem Verhältniß verschiebt und verschoben hat; aber in der Hauptsache ist es so, wie ich es schilderte, und da kann man doch nicht behaupten, daß es sich beim Verlangen nach Beseitigung der Grundsteuer um irgend etwas anderes handelte als um die Beseitigung einer ganz schreienden Imparität. Und, meine Herren, der Hauptsache nach, nämlich für den Staat, wird diese Beseitigung ja in nächster Zeit erfolgen und überhaupt das in den beiden erwähnten Punkten niedergelegte Steuerprogramm seine Verwirklichung erfahren, es wird die Grund- und Gebäudesteuer, sowie die Gewerbesteuer als Staatssteuer beseitigt werden, während in der Ergänzungssteuer eine gleichmäßige Besteuerung alles Vermögens, nicht blos des in Grundbesitz und Gewerbebetrieb angelegten, und zwar nach Abzug der Schulden eingeführt und in der Steuererklärung auch der gewünschte Schutz gegen die Steuerhinterziehungen des beweglichen Kapitals gewonnen ist. Dabei ist es bekanntlich kein „Agrarier" und kein Konservativer, der diese Reform als richtig anerkannt und durchgeführt hat. Ich glaube, eine wirksamere Rechtfertigung des Programms in dem eben besprochenen Punkte läßt sich nicht denken.

(Bravo!)

Nun lautet weiter Punkt 3 des Programms:

> „Bei allen Zöllen und indirekten Steuern ist stets darauf Bedacht zu nehmen, daß sie nicht besonders schädlich auf einzelne Distrikte und Bevölkerungsschichten einwirken. Die Einführung einer Börsenumsatzsteuer nach dem Werthe, sowie eine Besteuerung der ausländischen Werthpapiere ist dringend geboten.
>
> Die Stempel- und Taxgesetzgebung ist einer Revision zu unterziehen behufs Lastenausgleichung zwischen Grundbesitz und beweglicher Habe."

Meine Herren, hierin ist zunächst das Zollprogramm der Vereinigung enthalten. Die Zölle sollen gleichmäßig, nicht zum Nachtheil einzelner Distrikte und Bevölkerungsschichten aufgelegt werden, also auch hier wieder: Parität. Ursprünglich war man ja geneigt, die Parität mit der Industrie auf der Grundlage des Freihandels zu suchen, weil landwirthschaftliche Schutzzölle doch unerreichbar schienen. Viel lieber aber ist der Vereinigung die

„Parität“ auf dem Boden des Schutzes der nationalen Arbeit gewesen; sie hat ebenso wie der Congreß Deutscher Landwirthe der Zollreform von 1879 wirksam vorgearbeitet und ohne Rückhalt zugestimmt, ebenso auch bei den neuen Handelsvertragsverhandlungen sich lediglich auf den Standpunkt der Parität gestellt. Die in diesem Programmpunkte weiter erwähnte Börsenumsatzsteuer — meine Herren, wir haben sie seit 1881 und 1885, und wir haben seit der Novelle vom vorigen Jahre auch die höhere Besteuerung ausländischer Werthpapiere; der Immobilienstempel ist ja leider geblieben.

Punkt 4 des Programms lautet:

> „Im Eisenbahnwesen ist es nothwendig, daß an die Stelle des Privatbetriebes ein billigerer, lebenssicherer Staatsbetrieb mit Beseitigung aller Differentialtarife tritt, ohne daß der Besitzstand der einzelnen Staaten gefährdet wird.“

Meine Herren, die Verstaatlichung der Eisenbahnen hat sich inzwischen im wesentlichen längst vollzogen, wir kennen es kaum mehr anders. Also auch hier ein durchschlagender Erfolg des Programms.

Im 5. Punkte heißt es:

> „Papiergeld auszugeben gebührt allein den gesetzgebenden Faktoren des Reiches. Die Banknotenprivilegien sind zu beseitigen.“

Meine Herren, bekanntlich ist dieses Ziel in dem neuen Bankgesetz von 1890 nicht ganz erreicht worden, weder ist die Reichsbank vom Reiche übernommen, noch die Aufhebung aller Privatnotenbanken schon erfolgt. Immerhin aber ist eine ganze Reihe von ihnen, darunter fast alle preußischen, beseitigt und der Antheil des Reiches an den Einnahmen der Reichsbank erhöht worden; auch ist zu hoffen, daß auf diesem Wege fortgefahren und zu Ende des Jahrhunderts auch die Reichsbank wirklich zur Reichsbank gemacht werden wird. In jedem Falle ist wenigstens eine erhebliche Annäherung der Gesetzgebung und Verwaltung an das Programm zu konstatiren.

Zu Punkt 6 war eine Reform des Aktiengesetzes vom 11. Juni 1870, insbesondere in Richtung einer verstärkten Verantwortlichkeit der Gründer, gefordert worden. Auch dieser Punkt hat, und zwar in dem Aktiengesetz von 1884, Berücksichtigung gefunden, allerdings noch nicht ausreichend, weil die Uebervortheilung des

Publikums im Aktienwesen inzwischen andere Formen gefunden hat, als die früher übliche schwindelhafte Anrechnung der Gründungsobjekte. Immerhin ist von der Gesetzgebung anerkannt, daß das Programm auch hier einen besonders reformbedürftigen Punkt bezeichnet hat, den die neue Börsenreform ja hoffentlich noch weiter verfolgen wird.

Punkt 7 lautet:

„Die Gewerbeordnung und das Gesetz über den Unterstützungswohnsitz bedürfen dringend der Revision."

Die Reform der Gewerbeordnung hat die Vereinigung der Steuer- und Wirthschaftsreformer, namentlich in ihren Verhandlungen von 1877, 1879 und 1880, und zwar im Sinne der Einführung obligatorischer Innungen mit Befähigungsnachweis, besprochen. In ähnlicher Weise hat auch der Congreß Deutscher Landwirthe 1883 bei Gelegenheit eines Vortrages über die Vagabondage Stellung genommen. Die Gesetzgebung hat nun bekanntlich zunächst nur die Wiederbelebung des Innungswesens auf fakultativem Boden versucht; aber nach den Vorschlägen des Herrn Handelsministers von Berlepsch vom Sommer 1893 scheint doch wenigstens Aussicht auf die obligatorische Einführung korporativer Organisationen im Handwerk zu bestehen. Was das in diesem Programmpunkte mitberührte Armenwesen betrifft, so hat bekanntlich das preußische Gesetz von 1891 schon eine wesentlich bessere und gerechtere Vertheilung der Armenlasten bewirkt und endlich das Reichsgesetz vom 12. März 1894 den wiederholten Forderungen der Vereinigung und des Congresses, insbesondere um Herabsetzung des Lebensalters für den selbständigen Erwerb und Verlust des Unterstützungswohnsitzes in weitem Umfange Rechnung getragen.

Was Punkt 8 des Programms betrifft, der sich wesentlich auf den Kontraktbruch bezieht, so ist bisher alles im Wesentlichen beim Alten geblieben. Dagegen ist für den letzten 9. Programmpunkt wieder manches schon geschehen und es wird voraussichtlich in nächster Zeit die Gesetzgebung sich in besonders umfassender Weise mit den darin berührten Fragen beschäftigen. Er lautet:

„Der ländliche Grundbesitz ist von dem Zwange des römischen Rechts zu befreien. Insbesondere ist ihm eine seiner Natur entsprechende Verschuldungsform und ein der deutschen Sitte entsprechendes Erbrecht zu gewähren."

In gewissem Sinne gehört hierher die bisherige Gesetzgebung über die Höferollen und auch über die Rentengüter, die ganz im Einklange mit unseren Resolutionen von 1890 inzwischen zur Einführung gelangt sind. Auch die Frage des Bodenkredits hat die Vereinigung wiederholt und gründlich beschäftigt; ich erinnere nur an die Büngerschen Resolutionen von 1887. Die Vorschläge der vorjährigen Agrarkonferenz, die vermuthlich ja den Ausgangspunkt weiter gesetzgeberischer Reformen bilden werden, bewegen sich denn auch in einer der unsrigen durchaus verwandten Richtung.

Meine Herren, wenn wir nunmehr überblicken, wieviel von unseren Programmforderungen, die ursprünglich von den Gegnern vielfach als utopisch bezeichnet wurden, im Laufe der Zeit doch schon Wirklichkeit geworden ist, so glaube ich, wir können mit Genugthuung sagen: die Männer, welche seiner Zeit das Programm beriethen und festsetzten und dann an seiner Verwirklichung arbeiteten, sie haben ein klares und scharfes Auge für die nächstliegenden wirthschaftspolitischen Bedürfnisse des Vaterlandes gezeigt, die Geschichte hat ihnen Recht gegeben.

(Bravo!)

Die Steuer- und Wirthschaftsgesetzgebung der letzten Jahrzehnte hat sich thatsächlich größtentheils in den Richtungen und auf die Ziele hin bewegt, die in dem Programm angegeben waren. Aber, meine Herren, die Bewegung ist bei jenen ersten Programmforderungen nicht stehen geblieben. Sie hat alle im Laufe der Jahre auftauchenden neuen Fragen auf dem Gebiete der Steuer- und Wirthschaftsgesetzgebung der Berathung unterzogen und zu ihnen Stellung genommen. Ich erinnere an das Genossenschaftswesen, welches sowohl von der Vereinigung, wie von dem Congreß wiederholt besprochen worden ist, und um welches sich speziell Herr Graf von Mirbach durch die Herausgabe der bekannten Musterstatuten ein besonderes Verdienst erworben hat. Ich erinnere weiter an die zahlreichen Vorträge in beiden Vereinigungen über die Währungsfrage mit dem Ziele der Herbeiführung der vertragsmäßigen internationalen Doppelwährung. Ich kann die Fülle des werthvollen Materials, welches in allen diesen Verhandlungen steckt, hier nicht erschöpfen, sondern nur andeuten. Aus alledem geht jedenfalls hervor: der Congreß Deutscher Landwirthe und die Vereinigung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer sind in diesen 20 Jahren thätig

und erfolgreich gewesen. Ich will nur kurz noch den einen Vorwurf etwas eingehender prüfen, der ihnen von gegnerischer Seite immer gemacht worden ist: daß sie der Gesetzgebung zugemuthet hätten, sich einseitig agrarischen Interessen zu ergeben, die Landwirthschaft vor anderen Berufsständen zu bevorzugen.

Meine Herren, ich würde es für meine Person unter Umständen begreiflich finden, wenn die Gesetzgebung der Landwirthschaft stets einen gewissen Vorzug einräumte.

Die Landwirthschaft ist nun einmal der erste und der unentbehrlichste Berufsstand. Die andern Stände bedürfen zunächst durchweg der physischen Auffrischung vom platten Lande her, weil sie sonst verkümmern.

(Sehr richtig!)

Man bestreitet dies ja neuerdings in den Städten, man rühmt sich der immer günstiger gewordenen Sterblichkeitsziffern, man behauptet, so große Fortschritte in der Hygiene und den sanitären Einrichtungen gemacht zu haben, daß die Leute in der Stadt ebenso gesund und frisch sind, wie auf dem Lande. Man kann darum mitunter in großstädtischen Zeitungen lesen, daß der Zuschuß gesunder Säfte vom Lande her gar nicht mehr nöthig sei. Aber diese Zeitungen pflegen sich auf den nächsten Seiten dann immer unbewußt und sehr drastisch selbst zu widerlegen. Denn da liest man jeden Tag im Jahre spaltenweise so viel von „tüchtigen Landammen“ oder „Prachtammen vom Lande“, wie es gar nicht möglich wäre, wenn nicht die besagte „Pracht“ in den Städten gar zu oft schmerzlich vermißt würde, und wenn nicht demnach immer noch ein lebhaftes Bedürfniß nach „frischen Säften“ vom Lande her vorhanden wäre.

(Heiterkeit.)

Der Staat braucht also thatsächlich zunächst die Landbevölkerung zur Erhaltung und zur Regeneration der Volkskraft, und die Volkskraft, meine Herren, ist das Wichtigste für den Fortbestand der Völker, sie ist noch viel wichtiger als Wohlstand und Bildung, und sie ist viel schwerer als diese beiden Güter wiederzugewinnen, wenn sie einmal verloren gegangen ist.

Weiter aber ist die Landbevölkerung dem Staate besonders wichtig, weil sie in des Wortes ursprünglichster Bedeutung sich vom Vaterlande nährt und von ihm abhängt. Sie bildet in dieser

Hinsicht das vollendete Gegenstück zur Exportindustrie, die sich vom Auslande nährt und vom Auslande abhängt. Meine Herren, ganz unzweifelhaft ist ja auch die Exportindustrie ein wichtiger und des Schutzes werther Theil der nationalen Arbeit, aber immerhin ist sie nicht so mit dem Vaterlande verwachsen wie die Landwirthschaft. Wir haben es oft schon erlebt, daß eines Tages große Exportfirmen, die mit viel beweglichem Kapital arbeiten, mit Sack und Pack, mit dem ganzen Betriebe ins Ausland gegangen sind, weil der Absatz ihnen dort näher und vortheilhafter schien, und in solchen Fällen sind alle Mühen, alle Kosten, alle Erziehungsgelder, möchte ich sagen, welche der Staat auf diese Industrie verwendet hat, verloren.

(Sehr richtig!)

Der Landwirth aber bleibt dem Staate, er kann die Hauptsache bei seinem Betriebe, den Boden, niemals aufpacken und damit ins Ausland gehen.

Der dritte Grund, der einen besonderen Schutz der landwirthschaftlichen Interessen rechtfertigen könnte, meine Herren, hängt gleichfalls mit der Unbeweglichkeit des Grundbesitzes zusammen. Der Landwirth kann sich niemals der rückläufigen Konjunktur ebenso entziehen wie das bewegliche Kapital und er muß darum ganz besonders gegen sie geschützt werden. Wenn ich mir für 100 000 Thaler ein Landgut kaufe und nachher sehe, daß die Bewirthschaftung keinen Ueberschuß über die Wirthschaftskosten bringt, dann bin ich bankerott, selbst wenn ich keine Schulden habe, denn ein Boden, der keine Ueberschüsse abwirft, hat keinen Werth mehr. Stecke ich aber die 100 000 Thaler in ein Waarenlager und sehe ich, daß der Handel mit den Waaren ebenfalls nur noch gerade die Kosten deckt, aber keinen Profit mehr abwirft, so kann ich mich durch Ausverkauf der Waaren gewöhnlich immer noch mit leidlich heiler Haut aus der Affaire ziehen und rette wenigstens den größten Theil meines Kapitals.

Das alles, meine Herren, sind nun doch sehr wesentliche Unterschiede zwischen der Landwirthschaft und anderen Erwerbszweigen, namentlich solchen, die überwiegend mit beweglichem Kapital arbeiten. Die einzelnen Zweige der nationalen Arbeit unterscheiden sich ja überhaupt sehr wesentlich in ihrer Bedeutung für die Gesammtheit. Es ist ein sehr billiger Ruhm, meine Herren, es zu machen wie der wirthschaftliche Liberalismus, der einfach wie

die Göttin Themis eine Binde vor die Augen nimmt und dann kommt und sagt: seht her, wie unbefangen und gerecht ich bin, ich sehe alle diese Unterschiede gar nicht, mir ist ein Zweig der nationalen Arbeit genau so viel werth und ich behandle ihn genau ebenso wie alle anderen. Diese affektirte Blindheit, wenn ich so sagen darf, gegen ganz augenfällige, klar zu Tage liegende Unterschiede kann doch Niemand imponiren; gerade die Neigung, verschieden geartete Dinge über einen Kamm zu scheeren, ist zur Todsünde des wirthschaftlichen Liberalismus geworden. Ich glaube auch, wenn irgend ein Zweig der nationalen Arbeit, so könnte die Landwirthschaft auf Grund solcher oft genug geflissentlich übersehenen Unterschiede, wie ich sie bezeichnet habe, einen Vorzug vor anderen beanspruchen. Hat doch selbst einer der berufensten Vertreter der Industrie, Herr von Stumm, ausdrücklich bei Gelegenheit der Handelsverträge erklärt, daß bei einer Kollision gleichstarker Interessen zwischen Landwirthschaft und Industrie unzweifelhaft die Landwirthschaft vorgehe. Das ist richtig und ein dankenswerthes Zugeständniß. Aber es kann nicht oft genug wiederholt werden: Der Congreß Deutscher Landwirthe und die Steuer- und Wirthschaftsreformer haben niemals einen Vorzug der Landwirthschaft vor anderen Zweigen der nationalen Arbeit verlangt, sondern nur Parität; sie sind stets bereit gewesen, jeden Schutz, den sie für die Landwirthschaft verlangten, jedem andern Zweige der nationalen Arbeit in gleicher Lage auch zu geben; und das sind sie heute noch.

Meine Herren, ich habe vorher nachgewiesen, daß es sich in dem Programm der Steuer- und Wirthschafts-Reformer zunächst um die Beseitigung ganz grober Ungerechtigkeiten gegen Grundbesitz und Gewerbebetrieb und um die Beseitigung ganz unbegründeter Privilegien des beweglichen Kapitals im Steuerwesen handelte. Auch bei den Schutzzöllen ist es ebenso gewesen, nur Parität ist verlangt worden, während die Gegner stets so thun, als existirten nur Agrarzölle und nicht auch Industriezölle. Die Steuer- und Wirthschafts-Reformer und der Congreß Deutscher Landwirthe haben sich aber auch oft genug mit Fragen beschäftigt, die keineswegs die Interessen des Grundbesitzes oder gar nur diejenigen des Großgrundbesitzes betrafen. Sie haben, wie ich schon erwähnte, auch die Handwerkerfrage mehrfach behandelt, sie haben ferner im

Jahre 1880 sich für die Einführung der Sonntagsruhe und bei Erlaß der Kranken-, Unfall- und Invaliditätsgesetze für die Grundgedanken dieser Gesetze, wenn auch nicht für alle Einzelheiten in ihnen ausgesprochen. Sie haben die Wucherfrage eingehenden Erörterungen unterzogen und gerade im Interesse des Landarbeiterstandes die Bildung von Rentengütern befürwortet. Meine Herren, ich glaube also, die Steuer- und Wirthschafts-Reformer und der Congreß Deutscher Landwirthe können aus ihren zwanzigjährigen Verhandlungen zahlreiche Beweise anführen, daß sie „Agrarier" im Sinne einer einseitigen landwirthschaftlichen Interessenvertretung niemals gewesen sind, sondern daß sie auch auf die übrigen Berufsstände stets gebührende Rücksicht genommen haben.

(Sehr richtig! und Bravo!)

Den Namen „Agrarier", meine Herren, werden wir trotzdem wohl behalten, und ich meine, wir wollen ihn mit Stolz und Freude tragen — freilich nicht in dem Sinne, in welchem unsere Gegner ihn uns anheften wollen. Wir sind und bleiben „Agrarier", meine Herren, in dem Sinne, daß wir dem deutschen Volk den Charakter eines Landvolks erhalten wollen.

(Bravo!)

Wir halten es für die erste Pflicht und das erste Lebensinteresse des deutschen Volkes, den Boden, den Gott der Herr ihm geschenkt hat, auch zu bebauen, damit auf diesem Boden, in steter Berührung mit der Mutter Erde, bei gesunder und natürlicher Lebensweise ein Geschlecht heranwächst, welches im Stande ist, den vaterländischen Boden gegen jeden Feind zu vertheidigen und deutsche Art in ungebrochener Frische auf die Nachwelt zu bringen.

(Lebhafter Beifall.)

Der Antheil an der bewohnten Erde, meine Herren, den die deutsche Nation besitzt, ist sehr klein im Verhältniß zu ihrer Bedeutung und zu ihrer Ausdehnungsfähigkeit, viel zu klein ganz besonders auch im Verhältniß zu den Besitzthümern anderer Rassen, wie der russischen und der angelsächsischen. Wenn wir diesen kleinen Antheil nicht wenigstens ordentlich ausnutzen wollen, wenn wir es darauf ankommen lassen, daß unsere Felder zum großen Theil veröden, weil sie den Anbau nicht mehr lohnen, und wenn man dann noch sagt: das ist die natürliche Entwickelung, daß wir Getreide von Russen und Argentiniern kaufen, wenn die es billiger bauen können! — so finden

wir „Agrarier“ umgekehrt darin nicht Natur, sondern die höchste Unnatur. Wir müßten es geradezu für pervers halten, wenn unser Volk das wenige Land, welches es besitzt, nicht einmal bebauen, wenn es auf das bischen frische Luft, das die anderen Nationen ihm gönnen, auch noch Verzicht leisten und ganz und gar in die paar Großstädte zusammenkriechen wollte. Wir wollen, daß unser Volk so viel wie möglich Landvolk bleibt, weil wir wissen, daß es sonst in wenigen Geschlechtern verloren ist. Und darum, meine Herren, wollen wir für die Erhaltung des deutschen Landbaues und des deutschen Landvolks weiter arbeiten und kämpfen!

(Bravo!)

Die Aussichten in die Zukunft sind zur Zeit besonders trübe und die Schwierigkeiten größer als jemals. Aber bewahren wir uns das Selbstvertrauen, meine Herren, welches die Steuer- und Wirthschafts-Reformer unter schwierigen Verhältnissen von Anfang an besaßen. Vergessen wir nicht, wie viele Schwierigkeiten schon siegreich überwunden sind und wie uns auch die letzten Tage erst wieder einen wichtigen Erfolg in betreff einer Hauptforderung der letzten Jahre gebracht haben, indem wir in Hinsicht der Initiative zur internationalen Regelung der Währungsfrage doch endlich einen tüchtigen Schritt vorwärts gekommen sind.

(Bravo!)

Wir sehen an allen diesen Erfolgen doch immer, wie gut und wie wohlbegründet unsere Sache ist. Vor 20 Jahren konnten die Gegner es noch wagen, die kleine Schaar der „Steuer- und Wirthschafts-Reformer“, die ganz unabhängig von allen Parteien mit einem eigenen wirthschaftspolitischen Programme hervortrat, etwas spöttisch von oben her zu behandeln, etwa wie einen Haufen „politischer Franctireurs“, die wohl hier und da im kleinen Kriege einen Erfolg haben könnten, aber für die großen allgemeinen Fragen, für den Gang der Wirthschaftsgesetzgebung, nie etwas bedeuten würden. Nun, meine Herren, jene kleine Schaar hat 20 Jahre lang bewiesen, daß sie denn doch mehr ist; sie hat sich stets als echte Kerntruppe gezeigt in dem großen Kampfe der schaffenden und sorgenden Stände um den Schutz ihrer bedrohten Interessen. Sie wird heute geachtet bei ihren Freunden und gefürchtet bei ihren Gegnern; sie hat die Zähigkeit des Landmannes auch in der Politik bewährt, sie ist stets gewachsen an Zahl wie an Ansehn, und ganz besonders jetzt durch die Verschmelzung

mit dem Congresse. Sie hat in den vergangenen 20 Jahren Erfolg um Erfolg errungen — möge sie in nächster Zeit unter ihrer bewährten Führung zu endgültigem Siege schreiten!

(Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Freiherr **von Manteuffel**-Crossen: Meine Herren, Ihr Bravo beweist schon, daß wir dem Herrn Referenten zu großem Dank verpflichtet sein müssen; ich bitte Sie aber, Ihren Dank noch dadurch besonders zu bethätigen, daß Sie sich von Ihren Plätzen erheben.

(Geschieht.)

Dann habe ich noch eine Mittheilung zu machen. Ich habe mir gestattet, in der gestrigen Eröffnungsrede Seiner Durchlaucht des Fürsten Bismarck zu gedenken, sowie seines 80. Geburtstages, und in der Versammlung fanden ja gerade diese Worte meiner bescheidenen Rede einen ganz besonders lebhaften Widerhall. Nun ist an mich der Gedanke herangetreten und ist mir nahe gelegt worden, man möge Seiner Durchlaucht dem Fürsten Bismarck von der Rede Kenntniß geben und in Sonderheit von den Glückwünschen, die wir ihm im Voraus dargebracht haben. Ich erlaube mir infolge dessen, Ihnen Folgendes vorzuschlagen: es wird eine kalligraphisch schöne Abschrift gefertigt und mit einem Anschreiben etwa folgenden Inhalts dem Fürsten Bismarck überreicht:

Eurer Durchlaucht

gestattet sich der gehorsamst Unterzeichnete im Auftrage der Vereinigung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer, die Rede zu übersenden, welche derselbe bei der Eröffnung der XX. General-Versammlung gehalten hat:

Eure Durchlaucht wollen aus derselben entnehmen, wie treueste Dankbarkeit gegen Eurer Durchlaucht unsterbliche und unvergleichliche Verdienste in der Versammlung zum Ausdruck gekommen ist, und die Glückwünsche zu Eurer Durchlaucht 80. Geburtstage schon heute entgegen zu nehmen die Gnade haben.

Gott der Herr lasse Eure Durchlaucht diesen Tag in voller Gesundheit erleben und erhalte Eure Durchlaucht noch lange Jahre frisch und kräftig zum Segen und Heile des Vaterlandes und der Deutschen Landwirthschaft.

In unwandelbarer Verehrung

Eurer Durchlaucht

gehorsamster Manteuffel.

Sind die Herren damit einverstanden?

(Lebhafter Beifall.)

Dann werden wir einen derartigen Brief schreiben lassen und nach Friedrichsruh senden.

Ich eröffne nunmehr die Diskussion über den Antrag des Herrn Regierungsrathes Evert.

Chefredakteur **Otto Tippel**-Schweidnitz: Der Herr Regierungsrath Evert hat in seinem ausgezeichneten Referat u. a. darauf hingewiesen, daß die Landwirthschaft die Quelle der Volkskraft sei. Daß diese Ausführungen keine Phrasen sind, beweist das Urtheil des bekannten Nervenarztes, Professor Erb in Heidelberg, welches er bei Gelegenheit des Stiftungsfestes der Universität Heidelberg abgegeben hat. Er sagt u. a., daß in der ländlichen Bevölkerung und dem Mittelstande der Boden vorhanden sei, von dem aus der heutigen Gesellschaft immer wieder neue Kraft zugeführt werden muß. Ein solches Urtheil ist besonders wichtig, da die Kreise, die der Landwirthschaft fernstehen und über die soziale und nationale Bedeutung der Landwirthschaft kein Urtheil haben oder haben wollen, vielleicht das Urtheil eines Wissenschaftlers als autoritativ anerkennen.

Fabrikbesitzer **O. Wülfing**-M.-Gladbach: Meine Herren! Ich habe mich gestern Ihnen vorgestellt, wenn ich so sagen darf, als Agrarier vom reinsten Wasser und in der Wolle gefärbt, als welcher ich in der Industrie gelte.

(Heiterkeit.)

Nach der Rede des Herrn Regierungsrathes Evert könnte leicht der Verdacht entstehen, als wollte sich die Landwirthschaft immer noch in einen gewissen Gegensatz zur Industrie stellen. Meine Herren, ich würde das für außerordentlich unpraktisch halten. Die Landwirthschaft ist, wie Herr Evert richtig sagte, das erste Element im Staate. Wer das nicht anerkennt, verkennt einfach alle Thatsachen. Aber wenn ich hier eine solche Ansicht ausspreche, so stehe ich leider damit sehr allein, und meines Erachtens müssen daher auch Sie Ihrerseits alles aufbieten, daß das widerstrebende Mädchen, die Industrie,

(Heiterkeit.)

Hand in Hand mit Ihnen geht. Wenn Sie Ihre Produkte absetzen wollen, haben Sie doch in erster Linie unsere Industrie nöthig, und das bitte ich bei allen diesen Fragen mit zu beachten.

Sodann hat Herr Regierungsrath Evert die Exportindustrie, fast möchte ich sagen, als vaterlandslose bezeichnet. Ja, meine Herren, ich glaube, das ist doch etwas zu weit gegangen. Es könnte ja einmal der Fall eintreten, daß unter unsern Währungswirren, wie wir sie in den letzten Jahren gehabt haben, Jemand gezwungen wäre, nach dem Ausland zu gehen, sagen wir beispielsweise nach Rumänien, wo in jeder Beziehung die Industrie geschützt und großgezogen wird. Aber, meine Herren, das ist fast so schwierig, als wenn der Landwirth mit seinem Betriebe anderswohin übersiedeln wollte. Wir können unsere Maschinen nicht einfach versetzen, das erlauben schon die gewaltigen Frachtkosten nicht. Also, meine Herren, auch wir sind immer wieder auf unsere Arbeit im deutschen Vaterlande angewiesen. Das Zusammengehen von Landwirthschaft und Industrie ist meines Erachtens in allen Fragen der Kernpunkt unserer Bestrebungen, und ich bitte Sie daher dringend, in jeder Beziehung dafür einzutreten.

(Bravo!)

Regierungsrath **Evert**-Berlin: Meine Herren: Ein paar kurze Bemerkungen! Es thut mir leid, daß ich anscheinend vom Herrn Vorredner nach einigen Richtungen mißverstanden worden bin. Ich habe es nur als meine persönliche Ansicht ausgesprochen, daß, wenn überhaupt ein Unterschied zwischen den einzelnen Theilen der nationalen Arbeit gemacht werden soll, dann in der That die Landwirthschaft unter allen Umständen an erster Stelle kommen muß, daß es darum an und für sich sehr erklärlich wäre, wenn die Landwirthschaft einmal dazu käme, in der Gesetzgebung einen Vorzug vor anderen Zweigen der nationalen Arbeit zu beanspruchen. Ich habe das als möglich hingestellt, habe aber ausdrücklich betont, daß die Landwirthschaft in ihren berufenen Vertretern sich bisher nicht auf diesen Standpunkt, sondern auf denjenigen allseitiger Parität gestellt hat. Das erstere war meine persönliche und rein hypothetisch ausgesprochene Ansicht.

Wenn Herr Wülfing meint, ich hätte die Exportindustrie als vaterlandslos hingestellt, so bedaure ich, daß er meine Bemerkungen so aufgefaßt hat. Ich habe nur gewisse thatsächliche Unterschiede hervorheben wollen, die doch in Wirklichkeit bestehen zwischen Industrie und Landwirthschaft. Die Landwirthschaft ist enger mit dem heimischen Boden verbunden, hat ihren Absatz hier im Lande

und kann sich nicht so leicht dem Vaterlande entfremden wie die Exportindustrie. Diese hängt von den wandelbaren, unserem Einfluß entzogenen Verhältnissen des Auslandes ab, und wenn bestehende Handelsverträge abgelaufen sind oder andere Veränderungen im Auslande eintreten, die der Exportindustrie den Absatz entziehen, so ist es immer leicht möglich, daß sie ungeachtet aller für sie gebrachten Opfer unhaltbar wird und eingeht oder auswandert. In einer anderen Lage befindet sich die Landwirthschaft; denn das in sie hineingesteckte Kapital und die auf sie verwendete Mühe bleibt festgelegt und kommt dem Vaterlande zu Gute. Ich habe mir die Sache auch nicht so vorgestellt, als ob nun jede Exportindustrie ihr ganzes Kapital auf den Rücken nehmen und ins Ausland übersiedeln könnte; ich habe nur gesagt, daß es einzelne Exportindustrieen giebt, die bei eintretenden Konjunkturen ihren Sitz ins Ausland, z. B. nach Rußland verlegen können, und thatsächlich schon verlegt haben, sofern nämlich ihr Kapital größtentheils beweglich ist und sich deshalb auch von einem Lande ins andere verpflanzen läßt. Das sind doch rein thatsächliche Unterschiede, in deren Betonung ich keine so zu sagen persönliche Spitze gegen die Exportindustrie legen wollte, deren hohe und stets wachsende Bedeutung für unsere weitere Entwickelung ich keineswegs verkenne. Ich hoffe, daß durch diese Erklärung die Mißverständnisse zwischen mir und Herrn Wülfing beseitigt sein werden.

(Fabrikbesitzer Wülfing-München-Gladbach: Vollkommen!)

Landtagsabgeordneter Kammerherr **von Riepenhausen-Crangen**: Der Herr Referent hat schon in viel besserer Weise, als ich es könnte, zurückgewiesen, was von dem vorletzten Herrn Redner ausgesprochen ist. Ich hatte mich zum Worte gemeldet, um darauf zu antworten. Meine Herren, wir haben aus dem Berichte des Herrn Referenten gesehen, was in den letzten 20 Jahren die Steuer- und Wirthschaftsreformer alles gethan haben, wir haben gestern bewiesen, welches Vertrauen wir in den Vorstand und speziell in den Herrn Vorsitzenden setzen. Heute ist ein neuer Vorsitzender am Platz, denn die Herren alterniren von Jahr zu Jahr. Ich halte es für den besten Abschluß eines Aperçus, wie wir es vorher hier vorgeführt bekommen haben, wenn wir vor aller Welt aussprechen, daß wir auch für die Zukunft Herrn von Manteuffel unser volles Vertrauen entgegenbringen. Ich bin der Meinung, daß, wenn ein

gleich schwerer Kampf, wie es ja wahrscheinlich ist, uns droht, wenn man zum Schaden der Landwirthschaft ähnlich vorgehen will, wie es in den letzten Jahren beliebt wurde, wir auch von ihm fest erwarten und hoffen, daß er unsere agrarischen Bestrebungen wie bisher nach besten Kräften unterstützen wird.

(Bravo!)

Landtagsabgeordneter Freiherr **von Erffa**-Wernburg: Ich möchte mir gestatten, mit ein paar Worten auf das Verhältniß der Industrie zur Landwirthschaft einzugehen. Ich glaube, es ist niemand überzeugter als ich, der mitten in einem blühenden Textilindustriebezirk lebt und weiß, welche guten Abnehmer und Bezahler ich an der Industrie habe — es ist niemand mehr überzeugt, sage ich, von der Nothwendigkeit des Handinhandgehens von Industrie und Landwirthschaft als ich. Aber wir wollen doch nicht vergessen, daß leider das gute Verhältniß, welches seit langen Jahren zwischen uns bestanden hat, in letzter Zeit etwas gelockert worden ist, und wenn der Herr Referent uns beispielsweise hingewiesen hat, daß Freiherr von Stumm das Wort, daß die Landwirthschaft der wichtigste Gewerbszweig im Staate sei, worüber in dieser Versammlung doch kein Zweifel besteht, gesprochen und daß wir ihm dafür dankbar sein müßten, so muß ich das für meine Person leider ablehnen. Denn Freiherr von Stumm hat leider die Konsequenz seines Wortes nicht gezogen, indem er für die Handelsverträge gestimmt hat. Platonische Worte, die nur einen rein akademischen Werth haben, helfen uns heute nicht mehr, wir müssen, wenn wir mit der Industrie Hand in Hand gehen sollen, Thaten sehen und nicht bloß Worte.

(Bravo!)

Meine Herren, als wir 1879 die Zolltarife schufen, war noch die Parität vorhanden, indem die industriellen und landwirthschaftlichen Produkte gleichmäßig geschützt wurden, und als dann durch die überwältigende Konkurrenz des Auslandes die landwirthschaftlichen Preise so heruntergingen, daß die Regierung selbst den Zoll auf 6 Mark erhöhen wollte, während der Reichstag bekanntlich nur 5 Mark bewilligt hat, da war auch noch ein gutes Einvernehmen zwischen Landwirthschaft und Industrie vorhanden, indem die Industriellen damals mit uns für die Erhöhung gestimmt haben. Dieser Standpunkt ist aber zu unserm größten Bedauern verlassen. Denn das läßt sich nicht verkennen, daß die Handelsverträge die

Parität aufgehoben haben und einseitig die Industrie schützen, während wir die Kosten dafür zu zahlen haben.

(Sehr richtig!)

Ich bin ein alter Parlamentarier und kann wohl sagen, daß ich nicht auf dem Standpunkt stehe, daß die Herabsetzung des Zolles als solche mich besonders verletzt hätte. Ich habe wiederholt in öffentlichen Versammlungen gesagt: ein Zoll von 5 Mark kann unter Umständen zu niedrig und ein Zoll von 3,50 Mark unter Umständen zu hoch sein. Aber, meine Herren, wenn man auf eine Zeit von 12 Jahren die Landwirthschaft in der Weise vinkulirt, wenn man gleichzeitig mit der Meistbegünstigungsklausel andere Staaten bedenkt, die uns nicht die geringste Gegenkonzession machen,

(Sehr richtig!)

und sie dadurch zu ungeheurem Import veranlaßt, und die Hauptvertreter der Industrie machen die Sache gegen den Wunsch der gesammten Landwirthschaft mit, so muß ich zu meinem Bedauern sagen, daß ich das gute Verhältniß entschieden dadurch gestört finde.

(Sehr richtig!)

Ich kann nur sagen, daß ich mit dem Herrn, der vorher für die Herbeiführung eines guten Verhältnisses zwischen Landwirthschaft und Industrie gesprochen hat, völlig auf demselben Boden stehe. Ich bin mein ganzes Leben davon durchdrungen gewesen, daß Industrie und Landwirthschaft sozusagen Zwillingsschwestern sind, die gleichen Wind und gleiche Sonne haben müssen, um zu floriren. Die Landwirthschaft ist gewiß angewiesen auf den Konsum einer stark konsumirenden industriellen Bevölkerung. Die Industrie kann aber auch mit dem Export allein nichts machen, sie ist auch angewiesen darauf, für ihre Produkte Absatz auf dem deutschen Markt zu finden. Und weil ich überzeugt bin, daß die Interessen beider identisch sind, deshalb ist es mir besonders schmerzlich, daß man von Seiten der Industrie diesen Boden verlassen und daß man uns gewissermaßen im Stich gelassen hat. Ich möchte gewiß wünschen, daß das alte Verhältniß wiederhergestellt wird, aber ich will auch wünschen — das ist allerdings kein menschenfreundlicher Wunsch —, daß die Industrie auch keinen Vortheil von den Handelsverträgen hat.

(Sehr richtig! — Heiterkeit.)

Denn nur dadurch, daß die Verhältnisse gleichartig werden, wie

sie 1879 waren, können wir hoffen, die Industrie wieder an unserer Seite als Alliirte zu sehen.

Fabrikbesitzer **O. Wülfing-M.-Gladbach**: Gegenüber den Ausführungen des Herrn Vorredners bin ich in der Lage, Sie doch über verschiedene Dinge aufklären zu müssen. Der Herr Vorredner sagte, anläßlich der Handelsverträge sei die Industrie bevorzugt worden zum Schaden der Landwirthschaft. Im Jahre 1892 bei Berathung des österreichischen Handelsvertrages hatte ich die Ehre, an den Herrn Grafen von Kanitz über meine Ansichten zum österreichischen Handelsvertrage einige Worte zu schreiben. Ich habe damals darauf aufmerksam gemacht, und habe das auch in der Versammlung in Gladbach gethan, wie unsere Unterhändler auf Grund unseres alten Zolltarifs in Unterhandlungen mit anderen Völkern eintreten, diese aber ein halbes Jahr vor Beginn der Unterhandlungen hingehen und, um beispielsweise einen Fall zu erwähnen, Baumwollwaaren im Zoll von 80 auf 90 Gulden per 100 kg erhöhen, und dann als Konzession, um die landwirthschaftlichen Zölle zu ermäßigen, von den 90 Gulden auf 85 heruntergehen, also immer noch 5 Gulden mehr als vorher erheben, und es wird dann dies als eine Konzession für die Industrie dargestellt. Das muß unbedingt böses Blut machen. Ich habe damals darauf hingewiesen, daß bei einem Zoll von 80 Gulden die Einfuhr dieser Waaren nach Oesterreich nicht möglich war; die Erhöhung auf 90 Gulden schnitt den Export überhaupt ab. Was sollte da eine Ermäßigung um 5 Gulden uns überhaupt nützen? In dieser Weise, meine Herren, ist immer der Vortheil der Industrie bei den Handelsverträgen dargestellt worden. Das bitte ich zu beachten. Auf diese Weise ist ein künstlicher Gegensatz zur Industrie geschaffen worden. Meine Herren, ich wiederhole, gehen Sie Hand in Hand mit der Industrie, wenn derartige Dinge vorliegen, treten Sie den Industriellen näher und Sie werden in vielen Fällen die Aufklärung bekommen, die Sie nöthig haben, um ein gemeinsames Zusammengehen zu ermöglichen. Ein wirklicher Gegensatz zwischen Industrie und Landwirthschaft kann und darf aber meines Erachtens nicht bestehen.

(Bravo!)

Reichstagsabgeordneter Kammerherr Dr. **von Frege-Abtnaundorf** (der inzwischen den Vorsitz übernommen): Es hat sich niemand mehr

zum Worte gemeldet, die Diskussion ist geschlossen. Ich nehme an, daß die Versammlung damit einverstanden sein wird, wenn wir jetzt in der Tagesordnung fortfahren und die Pause etwas später eintreten lassen.

(Zustimmung.)

Dann bitte ich also zum zweiten Gegenstand der Tagesordnung:

„Deutschlands handelspolitische Beziehungen zu Amerika“

zunächst Herrn Dr. Ruhland das Wort zu nehmen.

Erster Berichterstatter, Privatdozent Dr. **Ruhland**-Zürich: Meine Herren, fürchten Sie nicht, daß ich Sie zu lange mit meinen Ausführungen behelligen werde, weil ich etwas Material mitgebracht habe. Ich werde mich trotzdem so kurz wie möglich fassen, um Raum zu geben für weitere Ausführungen, die ich zunächst nur anregen möchte. Und, wenn ich nun von der allgemeinen Empfindung, wie sie momentan im Deutschen Reiche gehegt wird, ausgehe, so darf ich wohl sagen, daß wir in weiten Kreisen heute die Meinung vertreten finden, daß wir unmöglich unsere handelspolitischen Beziehungen mit Amerika in der bisherigen Weise weiterführen können, sondern, daß hier unbedingt eine Aenderung eintreten muß.

Und, wenn ich nun weiter an die Beantwortung der mir gestellten Frage herantrete, so darf ich daran erinnern, daß die volkswirthschaftlichen Beziehungen der Völker etwas Organisches darstellen und daß im einzelnen Falle es nicht etwa richtig sein kann, sofort Hieb und Gegenhieb zu führen, sondern daß man, bevor man zu aktuellen Dingen übergeht, sich Rechenschaft darüber ablegen muß, woher die bisherige Entwickelung gekommen ist, und wohin die treibenden Gewalten, die wir hier thätig sehen, führen möchten. Wenn ich im Anschluß an diese Vorbemerkungen das Thema, welches mich beschäftigt, in zwei Theile theile, von denen der eine auf den Norden und der andere auf den Süden von Amerika sich bezieht, dann gestatten Sie mir, zunächst die Frage aufzuwerfen: von welcher Zeit an beginnt Nordamerika für uns Agrarier von aktueller Bedeutung zu werden?

Es unterliegt keinem Zweifel, daß erst seit Ausgang der siebziger Jahre in weiten Kreisen innerhalb des mittleren Europas und damit auch Deutschlands man sich mit den amerikanischen Verhält-

hältnissen eigentlich zu befassen begann, und wenn Sie bei eingehendem Studium der Entwickelung der nordamerikanischen Verhältnisse den Zeitpunkt festsetzen, von dem aus geschaffen wurde, was gegen Ende der siebziger Jahre mit so gewaltigen und imposanten Massenerscheinungen ins Leben trat, dann wird es nothwendig sein, bei der Untersuchung zurückzugreifen bis auf den Ausgang der Bürgerkriegswirren in den Vereinigten Staaten.

Die Bürgerkriege hatten das nordamerikanische Volk und die Vereinigten Staaten von Nordamerika in einer sehr traurigen Lage zurückgelassen. Allmählich aber entwickelten sich daraus bessere Verhältnisse; es beginnt ein Wandern der Arbeiter und der Bevölkerung der Städte nach dem Lande. Aber nicht so sehr diese Bevölkerungswanderung und — gestatten Sie mir die freie Aeußerung — nicht so sehr die kolossale Valutaverschlechterung, die damals für Nordamerika gegolten hat und gewiß auch ihre Wirkung geübt hat, waren es, die das heutige Nordamerika geschaffen haben, sondern es war unbedingt das Kapital, welches damals begann, sich den Verkehrswegen in Nordamerika zuzuwenden. Man hat oft den Satz aufgestellt, daß insbesondere die nordamerikanische Konkurrenz sich aufbaue auf dem sogenannten jungfräulichen Boden. Ich glaube, nichts ist unberechtigter als diese Behauptung; denn in der ganzen Geschichte von Nordamerika finden Sie von Anfang bis zu Ende eine zielbewußte Verkehrspolitik und schon zu der Zeit von Washington läßt sich durch unzweifelhafte und überzeugende Dokumente der Beweis führen, daß ohne eine spezifische und sehr energische Verkehrspolitik von seiten der nordamerikanischen Regierung Amerika nicht geworden wäre, was es thatsächlich geworden ist. Es ist also die Verkehrspolitik, insbesondere die Entwickelung der Landverkehrswege, par excellence der Eisenbahnen, die in Amerika so außerordentlich umgestaltend eingegriffen hat.

Die Bewegung beginnt, wie ich schon bemerkte, sehr bald nach Beendigung der Bürgerkriege. Im Jahre 1873 sehen wir aber, wie drüben plötzlich ein kolossaler Krach, insbesondere in Eisenbahnwerthen, zu Tage tritt. Man hatte in der kurzen Zeit von etwa acht Jahren ein solches Riesenkapital in die Eisenbahnen investirt, daß Sachverständige allerersten Ranges in Nordamerika es auf den Gesammtbetrag von über sechs Milliarden schätzen. Die Sache war außerordentlich künstlich durchgeführt worden, wesentlich mit ver-

anlaßt nicht nur durch die Gesetzgebung, zu der der Kongreß sich verleiten ließ in Bezug auf die absolute Freigebung des Eisenbahnbaues mit dem Recht der Expropriation, sondern auch durch die Gesetzgebung, die sich nicht scheute, den vaterländischen Boden an die Privatgesellschaften zu verschenken. Die Landflächen, die man damals verschenkt hat, nur um die Gesellschaften zu veranlassen, die Eisenbahnen durch die Prairien zu bauen, dürfen als um die Hälfte größer bezeichnet werden, als der gesammte Flächenumfang des Deutschen Reiches. Unter dem Einfluß der Wirkungen dieser spezifischen Gesetzgebung war es erst möglich, daß in Nordamerika, im Gegensatz zur Entwickelung der Verhältnisse in den alten Kulturländern, die Eisenbahnen wie die Pioniere durch die Wildniß und über die Prairien hinauszogen, daß die Eisenbahnen eine ungeheure Bevölkerungsbewegung veranlaßten, und daß schließlich der Krach eintrat. Das ungeheure Vermögen, das hier in die Eisenbahnen investirt worden war, ist damals zum weitaus größten Theile verloren gegangen. Gleichzeitig kamen die Eisenbahnen in die Hände von besonderen Verwaltern und diese Verwalter haben unter sich und gegeneinander eine solche Konkurrenz in den Eisenbahntarifen und eine solche Konkurrenz im gegenseitigen Ueberbieten bei Heranziehung von Ansiedlern aus Mitteleuropa eintreten lassen, daß auf diesem Punkte die höchsten Ziffern sich nur aus der nordamerikanischen Geschichte herauslesen lassen, auch dann, wenn wir unsere Erhebungen über die ganze Erde weg erstrecken. Wir haben aus dieser Zeit bei einer Reihe sehr wichtiger Verkehrsstraßen zu konstatiren, daß die Exporttarife, d. h. also die Ferntarife, sich in ihrem Verhältniß zu den Lokaltarifen wie 100 zu 1 bewegten und es ist offiziell für eine Anzahl wichtiger Strecken festgestellt worden, daß man auf großen Distanzen Getreide transportirte zu Frachtkosten, die nicht einmal das Feuer und die Kohlen in den Lokomotiven bezahlten.

Auf diese Weise, meine Herren, ist die nordamerikanische Ansiedelung, gerade vom Jahre 1873 ab, bis zu Ausgang des Jahres 1878/79, also innerhalb eines Jahrzehnts, in so rascher Weise fortgeschritten, daß wir uns nicht wundern können, daß gegen Ausgang dieses Jahrzehnts im Jahre 1879 auf einmal Nordamerika als gewaltiger Konkurrent in Weizen, Mais und andern landwirthschaftlichen Produkten auf dem Weltmarkt auftrat und damals in

einer Zeit, in der Mitteleuropa ziemlich schlechte Ernteerträge hatte, durchaus den Markt für Getreide von A bis Z beherrschte. — Das war das Jahrzehnt 1870 bis 1880.

Nun kommt das zweite Jahrzehnt 1880 bis 1890. Das Mißverhältniß, in dem die Eisenbahntarife für den Fernverkehr zu denen für den Lokalverkehr standen, konnte auf die Dauer nicht bestehen bleiben. Es entwickelte sich unter den Landwirthen Nordamerikas eine scharfe Opposition dagegen und, nachdem man es auf dem Wege der Landesgesetzgebung der Einzelstaaten versucht hatte, aber damit nicht durchdrang, weil der Centralgerichtshof in Washington derartige Gesetze als gegen die Verfassung verstoßend behandelte, kam es gegen Ende der achtziger Jahre dazu, das sogenannte Interstate Commerce Law zu schaffen, welches ein rationelles Verhältniß zwischen den Zufuhrtarifen und Lokaltarifen in Nordamerika herbeiführte.

Bis dahin, d. h. bis zu der Zeit, in der die Wirksamkeit dieser Gesetze begann, die Lokaltarife in ihrer Entwickelung zu fördern und die exceptionellen Ferntarife zu entfernen, haben wir die überraschende Erscheinung, daß in der Kornkammer von Nordamerika die Getreidepreise sich annähernd auf derselben Höhe halten. Während in London die Weizenpreise bis Ausgang der achtziger Jahre — ich rechne in diesem Falle bis 1886/87, wo diese Bewegung in Nordamerika gegen die kolossale Begünstigung des Exports bei den Eisenbahntarifen erwachte — um 4,87 Mark pro 100 Pfund, also für den einfachen Centner, gefallen waren und dementsprechend in New-York ein Preisfall in der gleichen Zeit von 3,63 und in Chicago von 2,94 Mark eintrat, wurde in Nebraska und Ohio annähernd der gleiche Preis bezahlt. Der ganze Ausgleich des Preisniedergangs auf dem Weltmarkte, so wie er von London aus staffelweise bis in die Vereinigten Staaten hinein sich ausbreitete, wurde parirt durch die Entwickelung der Eisenbahntarife in Amerika.

Inzwischen war man auch in Amerika dazu gekommen, sich zu sagen: es ist in der Landwirthschaft nichts mehr zu verdienen. Die Riesenfarmen beginnen sich abzubröckeln, die Geschäfte rentiren sich so leicht nicht mehr im großen, und nun beginnt das Kapital, sich der Industrie zuzuwenden, es beginnt eine Zeit der industriellen Entwickelung nicht blos in den Altenglandstaaten, d. i. den Staaten

des atlantischen Ozeans, sondern auch in den Staaten des Westens, in den als Agrarstaaten angestaunten neuen Gebieten. Wenn Sie die Censusberichte von 1870 bis 1880 und von 1880 bis 1890 vergleichen, werden Sie aus denselben für die von mir charakterisirte Entwickelung sehr markante Zahlen herausgreifen können.

Während nämlich in der Dekade von 1870 bis 1880 der Anbau von Mais, Weizen und Hafer um 1313 Millionen Bushels zugenommen hat, wird für die Epoche von 1880 bis 1890 eine Abnahme von 126 Millionen Bushels verzeichnet. Und während in den sogenannten Altenglandstaaten am atlantischen Ozean in der letzten Epoche von 1880 bis 1890 85 Prozent Kapitalvermehrung in Bezug auf die Industrie und 54 Prozent Zunahme der Produktion zu verzeichnen ist, finden wir in derselben Dekade in den Nordweststaaten eine Zunahme der Investirung von Kapital für industrielle Zwecke um 252 Prozent und eine Zunahme der Produktion um 161 Prozent.

Nun ist es allerdings mit der Zunahme und Abnahme der wirklichen Erträge der Ernten in Nordamerika eine Sache, die sich ziffermäßig sehr leicht nach der einen oder anderen Richtung verschieben läßt. Es lassen sich auch für die beiden Dekaden, von denen ich spreche, Ziffern vorführen, die ihrer logischen Entwickelung nach dahin führen müßten, daß die nordamerikanische Konkurrenz bald zu Ende ist. Es wird daher nothwendig sein, diese Ziffern zu ergänzen und diese Ergänzung finden Sie in der Anbaufläche. Die nordamerikanischen Regenverhältnisse sind auf Grund des wesentlich kontinentalen Charakters des dortigen Klimas sehr bedeutenden Schwankungen unterworfen, und diese Schwankungen finden sich ausgedrückt in den durchschnittlichen Erträgen für Weizen, Mais u. s. w. pro Acre. Es ist für Nordamerika nicht überraschend, daß derartige Schwankungen von Jahr zu Jahr von 10 bis 15 Bushels pro Acre eintreten. Wenn es sich aber dabei gleichzeitig um eine Gesammtfläche von 137 bis 138 Millionen Acres handelte, liegt es auf der Hand, daß ganz kolossale Schwankungen in dem Resultat der Ernten eintreten können. Und wenn diese Ernteschwankungen zu Ende der Dekade noch intensiver eintraten, so liegt es auch auf der Hand, daß sich dadurch die Zahlen für den betreffenden Zeitraum leicht verschieben lassen. Aber, wenn Sie auf die sicherere Unterlage, die Anbaufläche, zurückgreifen, läßt sich doch

der Satz aufstellen: die Entwickelung in Nordamerika hat in den Jahren von 1870 bis 1880 ihren vollen Lauf durchmessen und seitdem ist die Entwickelung, soweit das Getreide in Frage kommt, annähernd auf der gleichen Basis geblieben.

So, meine Herren, liegt die Situation und so liegen die Entwickelungsverhältnisse für Nordamerika, soweit es sich insbesondere um den Getreidebau handelt, und jetzt in neuerer Zeit bereitet sich allerdings eine Art nordamerikanischer Konkurrenz vor, die für unsere deutschen Landwirthe einen wesentlich anderen Charakter annimmt und vielleicht einen Charakter annimmt, der nicht minder bedenklich ist.

So lange der Weizenbau und so lange der Getreidebau drüben noch seine annähernd günstige Rente brachte, so lange dachte die nordamerikanische Landwirthschaft nicht daran, sich in schärferem Maße auf andere Produktionszweige zu werfen. Das ist aber seit der Zeit, wo die Eisenbahntarife den Preisfall auf dem Weltmarkte zu pariren aufhörten und auch der Getreidebau dort drüben unrentabel zu werden anfing, anders geworden. Wir hatten in Amerika auch keine so sehr intensive Zunahme der Viehzucht zu verzeichnen. Allerdings war die Viehzucht in der Dekade von 1870 bis 1880 intensiv angewachsen; aber der Rückgang in der Epoche von 1880 bis 1890 war so groß, daß Dr. Salomon, der Direktor des landwirthschaftlichen Departements für Thierproduktion in Nordamerika, sich veranlaßt gesehen hat, im Jahre 1889 einen Bericht herauszugeben, in dem er ziffermäßig nachwies, daß die Produktion an Fleisch und die Viehzahl in den Jahren 1885 bis 1889 um 42 pro Tausend Kopf der Bevölkerung herabgegangen sei. Er äußert deshalb in diesem offiziellen Berichte von 1889, den ich im Auszuge hier vor mir habe, die Meinung, daß es keinem Zweifel unterliegen könne, daß in den nächsten 4 bis 5 Jahren beim Fortschreiten dieser inzwischen eingetretenen Entwickelung gar keine Aussicht vorhanden sei, daß von Nordamerika wesentliche Fleischerträge ins Ausland noch exportirt werden könnten. Nun, meine Herren, diese Voraussage hat sich inzwischen nicht bestätigt. Es hat sich gezeigt, daß der Rückgang in der Entwickelung der Viehproduktion so, wie sie Ausgang der achtziger Jahre in Nordamerika stattgefunden hat, nicht anhielt, sondern daß sich in der That eine große Zahl von Landwirthen der Viehzucht inzwischen zuwandte. Und

seit der Zeit sehen wir, wie die amerikanische Landwirthschaft nicht nur, sondern auch der nordamerikanische Staat, ein sehr wesentliches Gewicht darauf legt, daß der Fleischausfuhr aus Nordamerika in anderen Ländern ein möglichst weites Absatzgebiet eröffnet werde.

Zu diesem Konkurrenzartikel hat sich noch ein anderes Produkt gesellt, und das ist die Zuckerrübe. Die Experimente mit Zuckerrüben reichen in Amerika weit zurück. Wenn Sie in die Geschichte des Zuckerrübenbaues eingehen — und hierzu finden Sie ein vorzügliches Material in einer hübschen kleinen Zusammenstellung des neuesten Berichts des Senate Committee über den Niedergang der Landwirthschaft —, so finden Sie, daß die Experimente über den Anbau der Zuckerrübe zurückreichen bis in die dreißiger Jahre. Die Sache blieb aber lange Zeit im experimentellen Stadium, und niemand hat, soweit das allgemeine Interesse in Betracht kommt, sich dem Zuckerrübenbau wesentlich zugewandt. Das ist aber inzwischen anders geworden, und wie aus dem offiziellen Berichte hervorgeht, aus wohlerwogenen Gründen. Es heißt in dem Bericht, daß der Anbau der Zuckerrübe deshalb in Nordamerika erstrebt werden müsse, weil es auf diese Weise möglich sei, in der That ein neues Erwerbsfeld für die Landwirthschaft, und zwar ein Erwerbsfeld mit günstigen Erträgnissen, zu eröffnen; denn, weil alle diese Flächen, die für den Zuckerrübenbau in Benutzung genommen wurden, auch offenbar dem Getreideanbau entzogen wurden, so würde das Anwachsen des Rübenbaues auch ein Zurückgehen des Getreidebaues zur Folge haben. Wir haben also hier dieselbe Sache, die wir in Mitteleuropa beobachtet haben. Deshalb, weil der Getreidebau nicht rentirt, sieht man sich veranlaßt, zum Zuckerrübenbau überzugehen.

Die Nordamerikaner haben nun diese Bewegung nicht blos als eine Bewegung der einzelnen interessirten Landwirthe betrachtet, sondern in Nordamerika hat gleichzeitig das Großkapital sich mit der Sache beschäftigt und eine Reihe von Firmen, an deren Spitze vor allem die Firma Spreckels & Co. in San Francisco steht, haben in energischer Weise sich der Einführung des Zuckerrübenbaues in Nordamerika bemächtigt. Die Gesetzgebungen der einzelnen Länder und Staaten in Nordamerika, soweit sich dieselben für den Zuckerrübenbau eignen, haben dann auch nicht gezögert, ihm einen energischen Schutz zu gewähren. Man giebt den Zuckerfabriken

dort nicht blos Steuerfreiheit, sondern gewährt ihnen auch noch eine besondere Vergütung innerhalb der einzelnen Staaten bis zur Höhe von 2 Cents für jedes Pfund Zucker. Damit geht Hand in Hand die erhebliche Erhöhung des Zolles für Zucker, welcher nach Amerika importirt wird, und endlich kommt dazu die differentielle Behandlung des deutschen Zuckers. Sie sehen also, wie drüben in Nordamerika schon seit einigen Jahren mit großer Energie alles aufgeboten wird, was zu einer besseren Entwickelung der einheimischen Zuckerrübenindustrie dienen kann, und es ist schon in einzelnen Fällen in offiziellen Berichten konstatirt worden, daß binnen kurzer Zeit sich eine Bevölkerung von 3- bis 4000 Menschen um eine Rübenzuckerfabrik, die neu begründet worden wäre, angesiedelt hätte. Die Rübenzuckerproduktion ist von 357 Tons im Jahre 1880 auf 25000 Tons im Jahre 1893 gestiegen. Trotzdem aber alles das so ist, steht die Entwickelung in Nordamerika erst an ihren Anfängen, und es unterliegt gar keinem Zweifel, daß bei der heutigen Situation der amerikanischen Landwirthschaft und der Rücksichtslosigkeit, die sich jetzt mehr und mehr in der nordamerikanischen Politik geltend macht, von seiten Nordamerikas alles aufgeboten werden wird, um diese im glücklichen Anfange stehende Industrie auch des Ferneren zum weiteren Blühen und Gedeihen zu bringen. Und von diesem Standpunkte aus, meine Herren, droht unserer deutschen Zuckerrübenindustrie eben eine große Gefahr.

Dies ist die Situation in Nordamerika, und es fragt sich nun: was können wir dem gegenüber auf Grund der bestehenden Rechts- und Vertragsverhältnisse thun?

Daß an eine Kündigung des Meistbegünstigungsvertrages Nordamerika gegenüber nicht gedacht werden kann, das, glaube ich, ist eine Meinung und Anschauung, die ziemlich allgemein verbreitet ist. Daß aber auf der anderen Seite die Erwägung nicht ganz abzuweisen ist, daß wir in der einen oder anderen Form einen bestimmten neuen Vertrag, der systematisch auf der einen Seite auf die Verhältnisse Deutschlands und auf der anderen Seite auf die Verhältnisse Nordamerikas zugeschnitten ist, zu Stande bringen müssen, das wird sich, glaube ich, ebensowenig bestreiten lassen. Und es fragt sich nun: welche Ideen und Erwägungen des Handels herüber und hinüber bei diesem neuen Vertrag hauptsächlich ins Auge zu fassen wären? Meine Herren, daß ich Ihnen hier sofort

absolut Zutreffendes geben könnte und in der Lage wäre, aus meinem bescheidenen Brodkorbe die Lösung dieses außerordentlich schwierigen Problems ganz genau anzugeben, das werden Sie nicht von mir erwarten. Aber ich will versuchen, das, was ich für möglich und der Beachtung für besonders werth halte, Ihnen kurz vorzuführen.

Was verlangt Amerika heute und woran ist es am meisten interessirt? — Nach meiner Anschauung an der Wiederherstellung des früheren Verhältnisses von Gold und Silber. Was die deutsche Landwirthschaft besonders drückt, ist auf der einen Seite die Empfindlichkeit von Nordamerika für freie Einfuhr von Vieh, auf der andern Seite die enorme Begünstigung und Entwickelung des nordamerikanischen Zuckerrübenbaues. Wenn wir nun aus diesen beiden Interessen die Erwägung herausfolgern: das Deutsche Reich möchte sich bereit erklären, in Verhandlungen mit Nordamerika einzutreten, welche darauf abzielten, eine wesentliche Besserung des Silberpreises eintreten zu lassen, und dagegen die Bedingung stellen, daß die Viehproduktion, sowie auch die Entwickelung der Zuckerrübenindustrie in Amerika sich innerhalb bestimmter Grenzen halten müßte, so würde man damit gewiß eine Forderung aufgestellt haben, die allen praktischen Politikern lächerlich erscheinen würde. Aber, meine Herren, wenn wir in der Lage sein würden, dieser Offerte eine Idee zu Grunde zu legen, welche darauf abzielt, daß gleichzeitig die Getreidepreise sich bessern, dann würde auf diese Weise die Entwickelung der Thierproduktion, und zwar auf Grund der Erfahrungen, wie sie aus der Entwickelung der Periode von 1880 bis 1890 hervorgehen, nicht in dem Maße wie in den letzten Jahren weiter fortschreiten und wir würden auf der anderen Seite in der Lage sein, vielleicht für die Zuckerrübenindustrie eine Loslösung aus den Händen des Großkapitals in der Weise zu provoziren, daß wir international das Prinzip aufstellten, daß die Gründung von Fabriken zur Verarbeitung der Rüben auf Zucker nicht in spekulativer Weise dem Großkapital anheimgegeben werden solle, sondern, daß die Fabriken gegründet werden sollen von Aktionären, die zugleich Eigenthümer des Grund und Bodens sind, so daß also auf diese Weise das Prinzip der landwirthschaftlichen Zuckerfabrikation gegenüber dem Prinzip der spekulativen Zuckerfabrikation zum Ausdruck käme. Und damit würde das Bedenkliche der nordamerikanischen Rübenzuckerproduktion verschwinden.

Ich halte diese letztere Erwägung als eine solche, die in der That Gegenstand eines internationalen Vertrages werden könnte und als solche von großer Bedeutung; denn, wenn Sie sich erinnern, meine Herren, an das, was gestern der erste Referent, Herr von Knebel-Doeberitz, erzählte, daß das Großkapital an der Donau so und so viele Quadratmeilen ankaufe, um dort Rübenzuckerfabriken zu gründen und unter Verhältnissen zu produziren, die den Centner Rüben für 40 Pf. zu liefern ermöglichen, wenn ich Sie ferner daran erinnere, daß wir einen großen kapitalistischen Ring vor uns haben, der von der Donau über Deutschland nach England reicht und in Amerika seinen Abschluß findet in der berühmten Zuckertrustkompagnie, einen Ring, der auf nichts anderes abzielt, als daß die kleinen Zuckerfabriken der Reihe nach durch den Niedergang der Preise ruinirt werden sollen, um dann nur noch große Etablissements für die Herstellung von Zucker zu haben und mit diesen dann einen festen Ring bilden zu können — ganz in derselben Richtung, wie wir schon Ringe von seiten des Großkapitals haben durchführen sehen —, wenn wir uns das alles vergegenwärtigen, dann, meine Herren, glaube ich, wird es die höchste Zeit sein, die Frage der Entwickelung des Zuckerrübenbaues im Interesse des Großkapitals auf das Gebiet der internationalen Vertragsschließung zu ziehen.

Also, ich bin der Meinung, daß es möglich wäre, die beiden großen Gefahren, die der deutschen Landwirthschaft von Nordamerika drohen, einerseits auf dem Gebiete des Zuckerrübenbaus und andererseits auf dem Gebiete der Viehproduktion, auf der Basis der Besserung der Getreidepreise einerseits und der Basis der Wiederherstellung eines günstigeren Silberpreises andererseits und endlich auf der Basis jener Erwägungen, die zu einer Gesundung der Preise der landwirthschaftlichen Produkte im allgemeinen abzielen, in der That abzuwenden und ich glaube — ich hatte in der letzten Zeit wiederholt Gelegenheit Stimmen aus Nordamerika darüber zu provoziren —, daß auf diese Weise eine Art der Vereinbarung zwischen beiden Staaten herbeigeführt werden könnte, die vielleicht diesseits und jenseits des Ozeans Zustimmung fände.

Damit, meine Herren, habe ich das Thema erschöpft, soweit es sich auf die nordamerikanischen Verhältnisse bezieht, und nun gestatten Sie mir, in kurzen Worten auf Südamerika einzugehen.

Meine Herren, Südamerika ist von A bis Z nicht etwa allmählich aus eigener Kraft herausgebildet worden, sondern auch Südamerika ist eine Erscheinung, die wesentlich auf die Initiative und die Kraft des Großkapitals zurückzuführen ist. Das Großkapital hat in den achtziger Jahren unter Vermittlung einer Gesammtanleihe von 8 Milliarden Südamerika, wenn ich so sagen soll, gegründet. Es hat Häfen gebaut, Eisenbahnen gebaut und hat Millionen von Menschen aus Mitteleuropa herangezogen, um sie dort anzusiedeln. Dann kam der Zusammenbruch des kolossal überspannten Kredits, der von um so schärferer Wirkung sein mußte, als man vorher dort den Fehler begangen hatte, zur Goldwährung überzugehen. Unter dem Einflusse dieses Zusammenbruchs, der ein Disagio in der Höhe von über 400 Prozent verursachte, ist Südamerika zu jenen bedenklichen Faktoren in Bezug auf die Preisbildung für den Weizen geworden, daß wir darin mit eine der wesentlichen Ursachen des Preisniedergangs der letzten Jahre erblicken müssen.

Man hat aus dem Einflusse dieser südamerikanischen Weizenproduktion die Erwägung hergeleitet, daß es vielleicht an der Zeit sei, den Meistbegünstigungsvertrag mit Südamerika zu kündigen. Die Intentionen, die ich, soweit sie den betreffenden Antragstellern vorschweben, nicht näher kenne, lassen sich in diesem Falle leicht vermuthen. Die Vermuthung zielt in dieser Beziehung zunächst darauf ab, daß man von der Meinung ausgeht, daß, wenn wir den Meistbegünstigungsvertrag Argentinien gegenüber kündigen und im Inlande einen Spezialzoll für Südamerika einführen, der selbstverständlich höher sein müßte, als der gegenwärtige Weizenzoll, dann auf diesem Wege die Einfuhr des Weizens aus Südamerika zurückgedämmt werde. Ich bin keinen Augenblick im Zweifel, daß dem so sein würde. Es wäre dann wahrscheinlich nicht möglich, argentinischen Weizen nach Deutschland hineinzubringen. Aber welche Wirkungen würde eine derartige Maßregel zuletzt auf den Weizenpreis haben? Zunächst gebe ich gerne zu, daß durch das Einsetzen eines Staues gegenüber der Einfuhr südamerikanischen Weizens gewiß eine Preissteigerung eintreten würde, deshalb, weil die Industrie in Deutschland, speziell die Mühlenindustrie, sich im wesentlichen auf die Verarbeitung des südamerikanischen Weizens eingerichtet hat und ihn aus einer Reihe von Gründen bevorzugt. Ich glaube aber aus verschiedenen Gründen und aus Beobachtungen,

die ich auf dem Weltmarkte gemacht habe, daß dieses Zurückstauen des argentinischen Weizens den Weizen aus Südamerika zwingen würde, durch Unterbieten anderwärts bestehender Preise in der einen oder anderen Form zu einem kleinen, wenn auch nicht erheblichen, Preisrückgange auf dem Weltmarkte beizutragen. Ich halte das allerdings nicht für unbedingt nothwendig, deshalb, weil die Wirkung derartiger Maßregeln abhängig ist von dem jeweiligen Ernteausfall des jeweiligen Jahres, und daß der jeweilige Ernteausfall in der That auf dem Weltmarkte für Weizen etwas bedeutet, das sehen Sie aus dem hübschen Bericht des Senate Committee, aus dem wir entnehmen können, daß wir in den achtziger Jahren periodische Schwankungen der Weltweizenernte im Betrage von fast 300 Millionen Bushels zu verzeichnen hatten. Wenn also diese Stauung eintritt zu einer Zeit, wo die Welternte um 300 Millionen unter dem Betrage des Vorjahres sinkt, dann wird die Wirkung die sein, daß der von mir gefürchtete Preisniedergang auf dem Weltmarkte nicht eintritt, und insofern läßt sich die Behauptung nicht unbedingt aufrecht erhalten. Aber es unterliegt keinem Zweifel, daß die bloße Gefahr, daß wir in Deutschland uns veranlaßt sehen könnten, den Meistbegünstigungsvertrag gegenüber Argentinien zu kündigen, unbedingt in der einen oder anderen Form dazu benutzt werden könnte, um von seiten dieses Staates besondere Zugeständnisse zu erhalten.

Wenn Sie nun fragen, auf welche Zugeständnisse ich in diesem Falle besonders Gewicht lege, so möchte ich nicht blos auf Zugeständnisse auf dem Gebiete der Zolltarife, die in der letzten Zeit in Argentinien zum Schaden unserer Industrie erhöht worden sind, mich beziehen, sondern ich möchte darüber noch hinausgehen und noch ein Zweites ins Auge fassen. Südamerika hat heute ungefähr erreicht, was in Nordamerika erreicht war etwa bis zur Mitte der sechsziger Jahre. Wenn nun in Südamerika nach und nach etwas stabilere und ruhigere Verhältnisse eingetreten sind und dort auch solche kapitalistische Centren des eigenen Landes sich bilden, wie sie in Nordamerika bald nach dem Ausgange der Bürgerkriege in Boston, Philadelphia und Newyork sich gebildet haben, dann besteht die Gefahr, daß Südamerika sich entwickelt genau in gleicher Weise, wie es in Nordamerika nach dem Ende des Bürgerkrieges bis in die siebziger Jahre hinein der Fall war, daß man also unter Füh-

rung der Kapitalisten im eigenen Lande nun die stoßweise Weiterentwickelung nach Westen durchführt und durch Investition eines Riesenkapitals von 6 oder 10 Milliarden eine Konkurrenz ins Leben ruft, die noch viel nachtheiliger auf unsere Preise einwirken wird, als es bisher seitens Argentiniens der Fall war.

Wenn es also möglich wäre, eine Bestimmung in den Vertrag aufzunehmen, die darauf abzielte, daß Argentinien in Zukunft seine Anleihen nicht in so ganz übermäßiger Weise und ohne jedes Verhältniß auf die eigene Kapitalskraft anspannt, sondern, daß die Anleihen, die für Argentinien aufgenommen werden, auch aufgenommen werden unter dem Gesichtspunkte der Stabilisirung der Landeswährung und der Landesvaluta, dann würde ich eine derartige Abmachung für bedeutend genug halten, um das Risiko einer thatsächlichen Kündigung des Meistbegünstigungsvertrages gegenüber Südamerika zu übernehmen.

Damit, meine Herren, will ich meine Ausführungen schließen. Ich habe nur in großen Zügen das weite und breite Gebiet, das uns heute beschäftigt, gestreift. Ich habe insbesondere auch auf die Anführung von Details verzichtet, weil nach mir kein Geringerer als Herr Graf von Kanitz zu Ihnen über dasselbe Thema sprechen wird, und weil ich weiß, daß ihm eine Reihe von Erfahrungen und Erwägungen geläufig sind und daß er dieses Gebiet in so vortrefflicher Weise beherrscht, daß es für mich unvorsichtig gewesen wäre, ihm in diesen Dingen vorzugreifen.

(Lebhafter Beifall.)

Reichstagsabgeordneter Graf **von Mirbach**-Sorquitten (den Vorsitz übernehmend):

Ich spreche dem Herrn Referenten den Dank der Versammlung aus und möchte die Frage an Sie richten: wünschen Sie, daß Herr Graf von Kanitz jetzt gleich fortfährt mit seinem Referat, oder daß zuerst eine Frühstückspause eintritt?

(Zurufe: fortfahren!)

Allerdings liegt die Gefahr vor, meine Herren, daß, wenn beide Herren Referenten ihren Bericht erstattet haben, die Herren nachher auseinandergehen; es wird in dieser Beziehung bisweilen wenig Rücksicht geübt; wenn es heißt: die Referenten haben gesprochen, geht alles auseinander. Das möchte ich Ihnen zunächst zur Erwägung anheimgeben; ich bitte nun die Herren, welche wünschen,

daß Herr Graf von Kanitz jetzt gleich referirt, sich von Ihren Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit; die Frühstückspause wird also eintreten, nachdem Herr Graf von Kanitz seinen Bericht erstattet hat. Ich bitte aber die Herren recht sehr, sich nachher zur Diskussion wieder hier einzufinden, damit wir nicht in die Lage kommen, eine Abstimmung vorzunehmen, wenn nur noch ein kleiner Theil der Herren versammelt ist.

Das Wort hat der zweite Referent Herr Graf von Kanitz.

Mitberichterstatter Reichstagsabgeordneter Graf **von Kanitz-Podangen**: Meine Herren! Ich bin vor zwei Stunden noch zweifelhaft gewesen, ob ich den mir gütigst anvertrauten Vortrag würde halten können. Ich bin sehr erkältet und hatte die Absicht, dem Herrn Grafen von Mirbach zu schreiben, daß ich nicht im Stande sein würde, seiner Aufforderung nachzukommen. Ich bitte Sie nun, daß Sie mit meinem beschränkten Sprechorgan gütigst fürlieb nehmen und freundlichst entschuldigen, wenn ich ganz unvorbereitet vor Sie hintrete. Ich habe mich heute früh in aller Eile mit einigem Material in Bezug auf den Zuckerrübenbau in Amerika versehen können; im übrigen aber bin ich — ich gestehe das ganz offen — nicht genügend darauf vorbereitet, eine so schwierige Frage, wie die uns hier gestellte, mit gehöriger Gründlichkeit zu besprechen.

Der geehrte Herr Vorredner hat vollkommen Recht, wenn er sagt, daß die amerikanische Schutzzoll- und Handelspolitik sich durch eine gewisse Rücksichtslosigkeit auszeichnet. Ich kann das nur in vollem Maße bestätigen und möchte hinzufügen: es giebt kaum einen großen Staat, welcher eine solche Rücksichtslosigkeit bei allen politischen Maßnahmen zu Tage fördert wie die nordamerikanische Union. Diese betrachtet nur ihre eigenen Interessen als Selbstzweck und alle anderen Länder als etwas Nebensächliches; die nordamerikanische Union hat noch nie einen Tarifvertrag mit einem anderen Staate abgeschlossen. Einen Tarifvertrag allerdings hat sie doch abgeschlossen; das war der mit der Insel Hawai, der dadurch obsolet wurde, daß die Union die Insel annektirte und inkorporirte.

Wohl aber, meine Herren, hat die Union eine große Zahl von Meistbegünstigungsverträgen mit anderen Staaten abgeschlossen. Die Union hat in die Mac Kinley=Tarifbill von 1891 einen Artikel 3 eingefügt, wonach es dem Präsidenten der Republik freisteht, die Zölle auf Zucker und Häute zu erhöhen solchen Ländern gegenüber, welche die amerikanischen Produkte nicht als meistbegünstigt, nicht als gleichberechtigt mit anderen Ländern behandeln. Für uns Europäer kommt hier nur der Zucker in Betracht. Um so empfindlicher aber ist diese Bestimmung für die südamerikanischen Staaten in Bezug auf die Häute und auf die Wolle, und das gilt namentlich auch für Australien und Neu=Seeland. Durch diese Bestimmung hat die nordamerikanische Union sich eine Suprematie zu verschaffen gewußt über die anderen amerikanischen Staaten, indem sie von ihnen Tarifermäßigungen erzwang zu Gunsten der nordamerikanischen Importe; indem sie drohte mit Erhöhung der Zölle auf Häute und Wolle — das sind ja die vorwiegenden Exportartikel, die dort in Betracht kommen — ist es dahin gekommen, daß eine ganze Anzahl von Handelsverträgen besteht zwischen der Union und den verschiedenen südamerikanischen Staaten, auch mit der Insel Cuba, welche dem nordamerikanischen Import ein Privilegium sichern gegenüber dem europäischen, namentlich auch dem deutschen Import, und unsere deutsche Industrie klagt daher in hohem Maße darüber, daß wir z. B. nach Brasilien unsere eiseninduſtriellen Erzeugnisse, die wir unter ebenso günstigen Bedingungen dorthin ausführen könnten wie die nordamerikanische Union, nicht mehr exportiren können. Dagegen läßt sich aber nichts thun, das ist eine Sache, in die wir uns finden müssen.

Was nun speziell das vertragsmäßige Verhältniß zwischen Nordamerika und Deutschland betrifft, so existirt ein Meistbegünstigungsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und der nordamerikanischen Union überhaupt nicht. Im Jahre 1828 hatte das Königreich Preußen mit der nordamerikanischen Union einen solchen Meistbegünstigungsvertrag abgeschlossen; ein ähnlicher Vertrag ist abgeschlossen worden zwischen Nordamerika und Mecklenburg, sowie den Städten Hamburg und Lübeck. Als nun der deutsche Zollverein begründet wurde, hat man die nordamerikanische Union einfach auch von seiten desselben als meistbegünstigtes Land behandelt, und diese Meistbegünstigung hat man später auch auf das

Deutsche Reich übertragen, indem man sagte: was früher Rechtens gewesen ist zwischen einzelnen deutschen Staaten und der Union, soll auch zwischen dem Deutschen Reich und der Union Rechtens bleiben. Juristisch ist diese Deduktion natürlich unhaltbar, denn wenn der preußische Staat einen solchen Vertrag mit Nordamerika schließt, so gilt darum dieser Vertrag noch nicht für das Deutsche Reich. Wenn zwei Kontrahenten einen Vertrag schließen, darf nicht ohne weiteres ein Dritter hinzutreten, ohne daß die beiden anderen auch nur gefragt werden.

So, meine Herren, liegt also die Frage juristisch: thatsächlich haben wir keinen Meistbegünstigungsvertrag mit Nordamerika. Gleichwohl aber, als das Deutsche Reich zur Handelsvertragspolitik von 1891 und der folgenden Jahre überging, haben wir den Nordamerikanern und ebenso fast allen anderen überseeischen Staaten die Meistbegünstigung eingeräumt, ohne Gegenleistung von dieser Seite zu fordern. Wir haben Verträge abgeschlossen mit Oesterreich, Belgien, Italien, der Schweiz und später auch mit Rußland. Die Bedingung aber war, daß diese Staaten gewisse Tarifermäßigungen zugestanden, Tarifermäßigungen, deren geringe Bedeutung mir allerdings schon damals völlig klar war, und Herr Wülfing hatte in dieser Beziehung vollkommen Recht, als er sagte: die Tarifermäßigungen, welche diese Länder uns eingeräumt haben, sind von ganz minimaler Bedeutung, und die Hoffnung, welche unsere Industrie auf diese Ermäßigungen gegründet hat, haben sich längst als hinfällig erwiesen. Es ist also nur eingetroffen, was von unserer Seite damals prophezeit worden ist.

Ich darf mit einem Worte, meine Herren, auf die von Herrn Wülfing vertretene Branche zurückkommen. Herr Wülfing hat mit Recht ausgeführt: die Tarifermäßigungen sind für uns fast werthlos. Ich werde heute noch überschwemmt mit Briefen von Baumwollenindustriellen aus allen Gegenden Deutschlands, die mir sagen: die Tarifermäßigungen, die Rußland und Oesterreich uns konzedirt haben, sind absolut werthlos. Aus der Heimath des Herrn Freiherrn von Erffa hat mir vor einigen Tagen erst ein Baumwollenindustrieller geschrieben:

„Wir können nicht einen Artikel absetzen. Ich bin in Wien und in Petersburg gewesen und habe gefunden, daß wir wegen der immer noch zu hohen Zölle nicht aus-

führen können. Hiermit empfehle ich mich Ihnen, nicht Herrn von Marschall."

(Heiterkeit.)

Und so lauten noch andere Klagen derart.

Ich möchte hier auch noch auf die Rumänier hinweisen, welche, nachdem sie einen Vertrag mit uns abgeschlossen haben und unserer Baumwollenindustrie eine nicht unerhebliche Begünstigung eingeräumt haben, jetzt den Vertrag so eigenthümlich auslegen, daß diese Benefizien geradezu hinfällig erscheinen müssen, und die Baumwollenindustrie ist infolge dessen vor die Frage gestellt, ob sie den Export nach Rumänien überhaupt noch aufrecht erhalten kann. Wir dagegen befinden uns in der angenehmen Lage, daß wir das rumänische Getreide zu ermäßigten Zollsätzen eingehen lassen müssen.

Immerhin, meine Herren, waren uns doch von allen diesen Ländern wenigstens formaliter gewisse Gegenleistungen eingeräumt worden, von Amerika aber nicht das Geringste derart, sondern im Dezember 1891 bei der zweiten Lesung des österreichischen Handelsvertrages wurde uns im Reichstage ein Schreiben des Herrn Reichskanzlers zugefertigt, worin mitgetheilt wurde, daß der Präsident von Nordamerika an unseren Gesandten in Washington die Nachricht hätte gelangen lassen, daß der Präsident von dem Artikel 3 der Mac-Kinley-Bill gegen uns keinen Gebrauch machen würde. Natürlich war dem Präsidenten der Union bereits vorher offiziell mitgetheilt worden, daß wir den Amerikanern ohne Weiteres den Genuß der niedrigen Getreidezölle zugestehen würden, den wir Oesterreich zugestanden haben. Ich habe damals bereits im Reichstage ausgeführt, daß diese Erklärung des Präsidenten werth- und zwecklos sei. Denn der Artikel 3 der Mac-Kinley-Bill gab unter den obwaltenden Umständen dem Präsidenten nicht einmal das Recht, ihn gegen uns anzuwenden, sobald nur die amerikanischen Importe als gleichberechtigt mit denen anderer Länder behandelt wurden. Also dieser Schriftwechsel war ganz bedeutungslos. In Summa: wir haben nicht blos Nordamerika, sondern auch Argentinien und anderen Staaten ohne Grund die Meistbegünstigung eingeräumt, und das halte ich für ebenso nachtheilig wie die Handelsverträge selbst. Ganz anders hat in dieser Beziehung Frankreich operirt gerade auch Nordamerika gegenüber. Die Franzosen haben bekanntlich in derselben Zeit, als wir den ersten Handelsvertrag abschlossen,

einen Maximal- und Minimaltarif eingeführt, welcher am 1. Februar 1892 in Kraft trat. In diesem Tarif stehen die landwirthschaftlichen Produkte, Getreide, Fleisch, Vieh, sämmtlich im Maximal-, nicht im Minimaltarif. Im Minimaltarif dürfen nur solche Artikel stehen, die im Wege vertragsmäßiger Verhandlungen andern Ländern in Bezug auf ermäßigte Zolltarifirung konzedirt werden können. Also die französische Zollgesetzgebung unterscheidet sich von der unsrigen in dem sehr wesentlichen Punkt, daß an den landwirthschaftlichen Schutzzöllen in keiner Weise gerüttelt werden darf. Gleichwohl und obwohl das Benefizium, welches den Amerikanern aus dem neuen französischen Zolltarif erwuchs, ein viel geringeres war als die Vortheile aus dem deutschen Zolltarif, haben die Franzosen gar nicht daran gedacht, den Nordamerikanern die Meistbegünstigung ohne weiteres einzuräumen, sondern haben einen besonderen Vertrag abgeschlossen, wonach es den Amerikanern frei steht, gewisse ganz untergeordnete Artikel, nämlich zubereitete Hölzer zu ermäßigten Zollsätzen, zu den Sätzen des Minimaltarifs nach Frankreich einzuführen, wogegen der Präsident der Union sich ebenfalls verpflichtete, den Franzosen die freie Zuckereinfuhr nach wie vor zuzugestehen. Also die Franzosen haben genau dasselbe von Nordamerika erreicht, was wir erreicht haben, haben aber nicht das geringste Opfer dafür gebracht; denn die Ermäßigung der Zölle auf zubereitete Hölzer, die den Nordamerikanern zugestanden wurde, ist von gar zu untergeordneter Bedeutung.

So ungefähr liegen die Verhältnisse, und ich wiederhole, daß die nordamerikanische Union das Prinzip einer gewissen Rücksichtslosigkeit verfolgt dem Auslande gegenüber, daß aber kein Land der nordamerikanischen Union gegenüber so ungünstig steht, wie Deutschland vermöge seiner eigenthümlichen Handelspolitik.

Nun, meine Herren, ist aber auch die nordamerikanische Zollpolitik rücksichtslos gegen das Ausland sowohl im Interesse der einheimischen Landwirthschaft wie im Interesse der einheimischen Industrie. Lassen Sie mich zunächst einen Blick auf die amerikanische Landwirthschaft werfen. In Amerika ist das Bedürfniß in hohem Maße vorhanden — ich will gleich einen speziellen Artikel herausgreifen —, das Baumwollsamenöl nach Europa abzustoßen. Dies ist ein Nebenprodukt der Baumwollenkultur, die, wie Sie wissen, in Nordamerika sehr stark entwickelt ist. Die Baumwollen-

pflanzen müssen ganz reif werden, ehe man die Baumwolle davon gewinnen kann. Der Baumwollsamen reift also auch, und daraus wird nun das Oel gezogen, welches die Amerikaner bei sich im Lande zum Schutz der einheimischen Landwirthschaft nicht verwenden lassen, wohl aber nach dem Auslande hinschicken, damit es, in Europa hauptsächlich, zu Speisefett und zu Margarine verarbeitet wird. Diese Frage beschäftigte uns sehr eingehend in der Kommission des Reichstages gelegentlich der Berathung der Ihnen ja Allen bekannten Zolltarifnovelle. Meine Herren, die Amerikaner schützen mit großer Rücksichtslosigkeit nicht nur den einheimischen Ackerbau, sondern auch die einheimische Viehzucht. Obwohl Nordamerika mehr Getreide produzirt, als es aufessen kann, hat es dennoch einen hohen Getreidezoll Canada gegenüber, um jede Getreideeinfuhr von dort unmöglich zu machen. Am schärfsten aber treten die Zollmaßregeln hervor auf dem Gebiet der Viehzucht und der Molkereiprodukte. Die Fabrikation der Kunstbutter in Amerika ist mit sehr hohen Abgaben belegt, und zwar mit einer Abgabe von 2 Cents pro Pfund.

(Hört! hört!)

Jeder Gewerbetreibende, Kaufmann, Gastwirth u. s. w., der mit Margarine zu thun hat, muß außerdem eine hohe Licenzsteuer entrichten, und diese Licenzsteuer hat vor 8 Jahren im ersten Jahre ihres Inkraftseins einen Betrag von über eine Million Dollars, also über 4 Millionen Mark gebracht. Mit dieser schweren Abgabe ist die Fabrikation und der Konsum von Kunstbutter in Nordamerika belastet, ehe die Kunstbutter überhaupt mit der dortigen Naturbutter in Konkurrenz treten kann. Also alle die Stoffe, welche Amerika im Ueberfluß produzirt, und die bei uns zu Margarine und Speisefett verarbeitet werden, dürfen in Amerika nicht zu diesem Zweck verwendet werden.

Aber nicht blos das. Amerika schützt sich außerdem auch noch gegen die Einfuhr fremder Margarine.

(Heiterkeit.)

Wenn Sie den amerikanischen Zolltarif nachschlagen, finden Sie darin einen Zollsatz von 4 Cents pro Pfund Margarine. Aber es giebt auch noch ein Spezialgesetz, wonach ein Zuschlagszoll von 15 Cents pro Pfund für alle Kunstbutter erhoben wird; d. h. also in deutsches Geld umgerechnet 162 Mark pro Doppelcentner Zoll. Dieser Zoll ist natürlich absolut prohibitiv. Die Amerikaner schicken

uns die Stoffe, woraus in Europa die Kunstbutter hergestellt wird, dulden aber nicht, daß die aus ihren eigenen Stoffen hergestellte Kunstbutter in ihr Land zurückkehrt. Aus dieser Betrachtung ergiebt sich ungefähr meine Stellungnahme gegenüber der beantragten höheren Verzollung des Baumwollsamenöls. Und ich glaube, daß man eigentlich es uns nicht verdenken kann, wenn wir diejenigen Stoffe, welche uns Amerika künstlich ins Land hineindrängt, mit angemessenen Zöllen belegen, ehe sie mit deutschen landwirthschaftlichen Produkten in Konkurrenz treten.

(Sehr richtig!)

Rücksichtslos ist die amerikanische Zollgesetzgebung aber nicht blos, wie ich sagte, zum Schutze der einheimischen Landwirthschaft, sondern auch zum Schutze der einheimischen Industrie. Sie kennen ja die enorm hohen Zollsätze der Mac-Kinley-Bill und Herr Dr. Ruhland hat auch hierin vollkommen Recht, daß die amerikanische Industrie, und zwar nicht blos in den alten Staaten des Ostens, sondern auch im Westen sich in hervorragendem Maße entwickelt, eben unter dem Schutze ganz enorm hoher Zölle. Am empfindlichsten wird ja England getroffen durch die enorme Ausdehnung der Baumwollenfabrikation in Amerika selbst. Es giebt in Amerika — Herr Wülfing wird es wahrscheinlich besser wissen als ich — schon mehr Spindeln als in England. Die Amerikaner verfallen immer mehr und mehr auf den naheliegenden Gedanken, die Baumwolle, welche sie produziren, auch im Lande zu verarbeiten, statt sie nach England zu schicken und nachher die fertigen Fabrikate sich zurückschicken zu lassen. Die englische Baumwollenindustrie hat am allerempfindlichsten darunter gelitten, der sogenannte King Cotton ist depossedirt. Aber auch die deutsche Baumwollenindustrie kämpft von Jahr zu Jahr unter schwierigeren Verhältnissen — alles dank der rigorosen Zollpolitik Amerikas.

Ebenso hoch sind die Zölle zum Schutze der amerikanischen Eisenindustrie. Ich möchte auf alle die einzelnen Artikel nicht näher eingehen, aber die amerikanische Roheisenproduktion ist jetzt ebenso groß wie die englische, und jedenfalls größer als die deutsche, und mit den amerikanischen Eisenfabrikaten ist dasselbe der Fall. Auch der Absatz des mit hohem Mangangehalt ausgestatteten Spiegeleisens aus dem Siegener Lande kommt immer mehr ins Stocken. Die Amerikaner haben Mittel und Wege gefunden, sich auch dieses

bisher für unentbehrlich gehaltenen Eisens zu entäußern. So ungefähr liegen unsere Verhältnisse gegenüber Amerika. Erwähnen möchte ich noch, daß der Wollzoll in Amerika durchaus nicht so verrufen ist wie bei uns.

(Heiterkeit.)

Kurz und gut, in mancher Beziehung könnten wir uns Amerikas Zollgesetzgebung zum Muster nehmen.

(Sehr richtig!)

Leider aber ist unsere Situation so geartet, daß dies voraussichtlich die nächsten Jahre ein frommer Wunsch bleiben wird.

Wenn ich nun, um nicht zu ausführlich zu werden, übergehe auf die Aufgaben, die uns gestellt sind, um die handelspolitischen Beziehungen zu Amerika besser zu gestalten, so lassen Sie mich zunächst vorausschicken, daß die Handelsbilanz mit ihren Ziffern vollauf das bestätigt, was ich hier in allgemeinen Umrissen Ihnen vorgetragen habe. Unser Export nach Amerika hat nach der deutschen Statistik in den letzten Jahren — ich führe nur die Jahre von 1891 bis 1893 an; für 1894 ist sie noch nicht abgeschlossen — sich so gestellt, daß wir 1891 Amerika gegenüber mit einer Unterbilanz von 98 700 000 Mark, 1892 mit einer Unterbilanz von 265 304 000 Mark

(Hört! hört!)

und 1893 mit einer Unterbilanz von 103 778 000 Mark gearbeitet haben. Das schlimmste dieser Jahre war das Jahr 1892; da hat Amerika uns geschickt für 611 966 000 Mark Waaren und wir haben ihm geschickt für 346 000 000 Mark, woraus sich diese kolossale Unterbilanz von 265 Millionen Mark ergiebt.

Ich lege ja nun auf diese nackten Zahlen, wie sie unsere Handelsstatistik ergiebt, keinen allzu großen Werth. Wichtiger als die Handelsbilanz ist in meinen Augen die Zahlungsbilanz, und für die giebt es ja keine Kontrole. Aber soviel steht fest, daß wir Nordamerika gegenüber erheblich den kürzeren ziehen, daß wir Jahr für Jahr viel größere Summen nach Amerika schicken für die Produkte, die uns von dort zugeführt werden, während Amerika uns sehr viel geringere Summen für die Industrieerzeugnisse zahlt, welche es uns abzunehmen noch so freundlich ist.

Es ist ja sehr schwierig, die Frage zu lösen etwa in dem Sinne, daß man sich fragt: können wir nicht das Meistbegünstigungs-

verhältniß, in dem wir, wenn nicht rechtlich, so doch thatsächlich zu Amerika stehen, lösen? Nun, meine Herren, ich habe die allergrößten Bedenken dagegen. Unsere Exportindustrie würde es bitter empfinden, wenn derartiges geplant werden sollte. Es ist aber auch gar keine Aussicht vorhanden, daß der Reichstag und die verbündeten Regierungen so etwas gutheißen würden. Ich kann also über diese Vorfrage wohl hinweggehen.

Dagegen möchte ich glauben, daß das jetzige Mißverhältniß in unserer Handelsbilanz sich etwas günstiger gestalten wird, wenn der Antrag Mirbach verwirklicht werden sollte, eine einheitliche Regelung der Währungsverhältnisse für alle Kulturstaaten und namentlich eine Wiederherstellung des Silberpreises herbeizuführen. Hierauf lege ich gerade Amerika gegenüber ein großes Gewicht. Amerika hat bekanntlich sehr bedeutende, wie man sagt unerschöpfliche Silberminen; dieses Silber hat jetzt einen ungemein tiefen Preisstand, der Minenbesitzer kann bei dem geringen Preise seines Produktes nichts anfangen, er kann es nicht für die aus Europa bezogenen Waaren in Zahlung geben, denn auch bei uns hat das Silber keinen Werth und keine Zahlkraft. Ganz anders wird die Sache sich aber stellen, wenn das Silber als Münzmetall rehabilitirt und auch bei uns wieder an Zahlungsstatt genommen wird. Denn dann wird die natürliche Konsequenz die sein, daß die Amerikaner den Import europäischer Erzeugnisse sogar fördern werden, nur um ihr Silber nach Europa los zu werden.

(Sehr richtig!)

Denn umsonst und ohne Gegenleistung werden sie uns doch ihr Silber wohl nicht schicken, sondern sie werden sagen: Silber gegen Waare. Die Waare wird aber europäisches Fabrikat sein, das zu ihnen eingeführt wird.

(Sehr richtig!)

Folglich möchte ich glauben, daß auch unsere nach Amerika wie nach anderen Ländern exportirende Industrie sehr gute Geschäfte macht, wenn das Silber wieder gehoben und seine Relation zu Gold wieder auf das alte Verhältniß von 1 : $15^1/_2$ festgestellt würde.

(Sehr richtig!)

Schon hieraus ergiebt sich, daß unsere exportirende Industrie ein nicht unerhebliches Interesse daran hat, unsere Bestrebungen,

die auf Hebung des Silberwerthes hinausgehen, möglichst zu unterstützen. Ich bedaure, daß nicht alle Großindustriellen dieser Anschauung sind, wünsche und hoffe aber, daß das Verständniß hierfür sich mehr und mehr Bahn brechen möchte.

(Bravo!)

Dann, meine Herren, ist die weitere Frage die: haben wir, ohne an dem Meistbegünstigungsverhältniß zu rütteln, die Möglichkeit, die handelspolitischen Beziehungen zu Amerika etwas günstiger zu gestalten? — Und da lassen Sie mich mit einigen Worten zunächst auf den Zucker zu sprechen kommen, der ja bis vor Kurzem noch einen sehr erheblichen Werth als Ausfuhrartikel nach Amerika für Deutschland gehabt hat. Herr Dr. Ruhland hat Ihnen ja bereits einiges über den amerikanischen Zuckerbau vorgetragen; ich habe auch eine Abhandlung von ihm gelesen, die er, wenn ich nicht irre, auf Grund eigener Beobachtungen in neuester Zeit dort verfaßt hat und die er mir freundlichst zugeschickt hat. Ich habe aber inzwischen auch Berichte von dortigen Landeseinwohnern über die Zuckerrübenindustrie Amerikas gelesen und bin dadurch doch zu Resultaten gekommen, die von der Auffassung des Herrn Dr. Ruhland etwas abweichen. — Er möge mir gestatten, daß ich es ausspreche; er mag ja die Dinge besser verstehen, als ich, denn er ist in Amerika gewesen, ich nicht.

Meine Herren, Sie wissen, daß die amerikanische Regierung den einheimischen Rübenbau, und zwar nicht blos den Rübenbau, sondern auch den Rohrzuckerbau bis vor Kurzem erheblich protegirt hat durch Gewährung einer ganz kolossalen Staatsprämie. Für allen im Lande erzeugten Zucker, für Rübenzucker sowohl als auch für Rohr- und Sorghum-Zucker wurde eine Prämie von 1¼ Cents gezahlt, für denjenigen Zucker, der zwischen 80 und 90 polarisirte, und für den über 90 polarisirenden Zucker sogar 2 Cents, unter 80 Polarisation wurde keine Prämie gewährt. Diese Prämien, welche die Bundesregierung gab, wurden noch unterstützt durch Prämien, welche die Einzelstaaten an die Fabrikanten gewährten. Trotzdem — und darin hat Herr Dr. Ruhland vollkommen Recht — ist es nicht gelungen, dem Zuckerrübenbau eine namhafte Ausdehnung in Amerika zu verschaffen, wenn er auch im Laufe der letzten Jahre sich nicht unerheblich gesteigert hat. Nach amerikanischen Berichten, und zwar nach den neuesten, die freilich immer nur bis auf das

Jahr 1893 gehen — für 1894 liegen die Berichte noch nicht vor — ist in Amerika produzirt worden 1891 ein Quantum von 12 604 838 Pfund Rübenzucker und 1893 ein Quantum von 44 953 024 Pfund, also eine Steigerung fast um das Vierfache. Es bestanden 7 Fabriken, davon 3 in Californien, welche von diesen 44 Millionen allein 35 Millionen produzirten, während eine Fabrik, die Fabrik von Lehi in Utah, — ich glaube, Herr Dr. Ruhland kennt sie genau, er ist wohl dagewesen — nur mit einem Fabrikationsquantum von 3 877 000 Pfund betheiligt war.

Man kann hieraus schließen, daß bei diesem immerhin nicht sehr erheblichen Quantum von Rübenzucker auch die Aussichten für den amerikanischen Zuckerrübenbau keine übermäßig glänzenden sind. Das liegt nicht blos an den klimatischen Verhältnissen, an den langen Trockenheitsperioden, sondern auch an dem theuren Arbeitslohn, es liegt namentlich auch an der Konkurrenz des Rohrzuckers, und ich möchte glauben, daß der Rohrzucker eigentlich der schlimmste Konkurrent unseres europäischen Zuckers ist. Denn an Rohrzucker wurden 1892/93 in Amerika fabrizirt 450 Millionen Pfund; das ist das Zehnfache des Rübenzuckers, und ein sehr großer Theil der Vereinigten Staaten eignet sich, wie die Herren wissen, in ganz hervorragendem Maße zum Anbau des Rohrzuckers.

Von den Prämien, welche ich vorhin erwähnte, ist gezahlt worden 1893/94 ein Betrag von 15 Millionen Dollars, davon entfallen auf Rohrzucker 11 Millionen, auf den Rübenzucker noch nicht einmal eine Million, nämlich 852 144 Dollars, und der Rest entfällt auf den Sorghumzucker. Die Amerikaner haben nun eingesehen, daß sie mit dem System der bisherigen Staatsunterstützung und der Prämiirung nicht viel weiter kommen, daß trotzdem der Import von Zucker aus Europa ein ziemlich beträchtlicher war, wenn er auch heruntergegangen ist. Deshalb sind sie dazu übergegangen, an Stelle der Prämien auch einen Eingangszoll, und zwar in Höhe von 40 Werthprozent, einzuführen. Die Herren, die den amerikanischen Zolltarif kennen, werden wissen, daß dort feste Zollsätze nicht üblich sind, sondern fast überall Werthprozente, 30, 40, 50 Prozent des Werthes der Waare als Zollsatz eingeführt sind. Nun hat es also die Zollbehörde in der Hand, den Preis der Waare zu taxiren und danach den Zoll zu bemessen. Es ist das also ein sehr willkürliches Verfahren, welches den Zollbeamten

einen weitgehenden Spielraum für beliebige höhere oder niedrigere Bewerthung und Tarifirung giebt.

Aber nicht nur die 40 Prozent Zuckerzoll, welche seit August vorigen Jahres in Amerika erhoben worden sind, sondern insbesondere auch der Zuschlagszoll von $^1/_{10}$ Cent pro Pfund für die Länder, welche Exportprämien zahlen, hat in der öffentlichen Diskussion in der letzten Zeit eine gewisse Rolle gespielt. Man hat von Seiten unserer Regierung an diesem Zuschlagszoll von $^1/_{10}$ Prozent erheblich Anstoß genommen, man hat die größten Anstrengungen gemacht — und ich glaube, diese Anstrengungen sind auch schon von Erfolg gekrönt worden —, um diesen Zuschlagszoll zu beseitigen. Man deduzirte, daß dieser Zuschlagszoll dem Meistbegünstigungsverhältniß widerspräche; die Amerikaner dürften den Zucker des einen Landes nicht höher verzollen als den des anderen, ohne Rücksicht darauf, ob Exportprämien gewährt würden oder nicht. Betrachten wir die Sache aber einmal näher, so werden wir uns der Ueberzeugung nicht verschließen können, daß dieser Zuschlagszoll von $^1/_{10}$ Prozent eigentlich von keiner großen Bedeutung ist, das sind 93 Pfennig für den Doppelcentner, also 46 Pfennig für den einfachen Centner. Nun, meine Herren, wenn die Zuckerpreise so schlecht stehen wie heute, nimmt man auch die Pfennige mit; aber im Großen und Ganzen spielen die 46 Pfennig für die Preisgestaltung auf dem Zuckermarkte keine Rolle.

Eine sehr viel größere Gefahr, meine Herren, für die deutsche und überhaupt für die europäische Zuckerindustrie erblicke ich in der Einführung des jetzt neu geschaffenen Eingangszolles von 40 Werthprozent gegenüber der bisherigen Prämie, und hierüber speziell haben wir uns in den Reichstagsverhandlungen im Dezember die Aufmerksamkeit unserer verbündeten Regierungen zu lenken erlaubt. Herr Staatssekretär von Marschall war ja anderer Ansicht; er sagte: es kann uns ganz gleichgültig sein, welchen Zoll Amerika auf seinen Zucker legt, wenn er nur gegen alle Länder gleichmäßig erhoben wird. Man könnte ja diese Theorie vielleicht auch umkehren und sagen: warum hat die deutsche Regierung 1891 im Handelsvertrage mit Oesterreich die Getreidezölle herabgesetzt? — Wir hätten ja auch sagen können: unser Getreidezoll von 5 Mark wird gegen alle Länder gleichmäßig erhoben, also kann Euch das gleichgültig sein, Ihr habt keinen Schaden davon. Das hat man damals aber

nicht gethan. In Summa: die verbündeten Regierungen scheinen der Ansicht zu sein — und Herr von Marschall hat ja dieser Ansicht auch Ausdruck gegeben —, daß es für die deutsche Zuckerrübenindustrie ganz gleichgültig ist, daß Amerika statt der bisherigen Prämien den Zoll eingeführt hat. Ich für meinen Theil bin anderer Ansicht und möchte nur fragen: was haben wir jetzt für einen Vortheil von der Einräumung der Meistbegünstigung gegenüber Amerika?

(Sehr richtig!)

Damals wurde uns die zollfreie Einfuhr des Zuckers in Aussicht gestellt; diese Aussicht haben die Amerikaner mit einem Strich vernichtet. Sie haben den 40prozentigen Werthzoll eingeführt, und damit ist die Voraussetzung der Meistbegünstigung gefallen.

(Sehr richtig!)

Wir haben also den Amerikanern gegenüber, wenn wir wollen, vollkommen freie Hand; immerhin aber werden wir von dieser freien Hand, wie ich mir schon auszuführen erlaubte, kaum Gebrauch machen. Quaeritur: was ist zu thun? Da meine ich nun, daß wir zunächst, um unsern Zuckerexport nach Amerika wieder etwas zu heben — denn die Amerikaner werden in den nächsten Jahren noch ein beträchtliches Quantum brauchen; so schnell werden sie ihren Bedarf nicht selber decken können —, unsere Exportprämien auf den Betrag zu bringen haben, welchen andere Länder für ihren exportirten Zucker bezahlen.

(Sehr richtig!)

Nach unserem Zuckersteuergesetz vom Mai 1890, welches ich mir damals im Reichstage lebhaft zu bekämpfen erlaubte, sind die Zuckerprämien, wie Sie Alle wissen, reduzirt worden. In bestimmten Perioden sollen sie allmählich ganz abgeschafft werden, und daraus resultirt nach Ansicht aller Sachverständigen hauptsächlich die ungünstige Lage unserer Zuckerindustrie in Bezug auf den Zuckerexport. Der Export stockt vollkommen. Frankreich gewährt eine Zuckerprämie von 6,80 Franks, also 5,40 Mark, und diese Prämien sollten wir mindestens auch für unsere Zuckerindustrie zu erreichen suchen. Wird das nicht erreicht, dann muß ich allerdings besorgen, daß von unserer Zuckerexportindustrie, wie sie früher bestanden hat, von einer Hebung der Zuckerausfuhr absolut nicht mehr die Rede wird sein können.

Dann aber, meine Herren, haben wir noch vielleicht andere kleine Mittel, mit denen wir den Amerikanern, ohne der Meistbegünstigung zu nahe zu treten, lästig fallen können. Da möchte ich zunächst erwähnen das Schweinefleischeinfuhrverbot. Wir können ja überhaupt auf Grund von sanitären Maßregeln den Fleischimport aus Amerika ganz verhindern.

(Sehr richtig!)

Irgend ein Stück Fleisch eines Thieres, welches am Texasfieber krank gewesen ist, wird sich ja immer auffinden lassen, und daraufhin könnten wir den Import von Amerka mindestens erheblich restringiren; und das würde unserer Viehzucht im höchsten Maße zu Statten kommen. Ich sehe beim besten Willen noch nicht ein, warum wir die strengen Maßregeln, die wir unter dem Fürsten Bismarck gegen Amerika eingeführt haben, nicht einfach wiederherstellen sollen. Es war meiner Ansicht nach ein ganz unnöthiges Geschenk, daß das Schweineeinfuhrverbot aufgehoben wurde.

(Sehr richtig!)

Wir haben damals mit den Amerikanern einfach auf dem Fuß der Meistbegünstigung gelebt, als das Verbot bestand. Stellen wir das Verbot wieder her, so wird an der Sachlage nichts geändert.

Dann giebt es aber noch einige Artikel, in denen wir den Amerikanern recht unbequem werden könnten, wenn wir unseren Bedarf aus anderen Ländern entnehmen. Ich erinnere z. B. an Getreide. Der amerikanische Weizen spielt ja bei uns auf dem Markte eine bedeutende Rolle; vielleicht werden sich Mittel und Wege ausfindig machen lassen, um diejenigen Länder in den Genuß der Benefizien zu setzen, welche darauf beim Abschluß von Handelsverträgen gerechnet haben. Die beiden Länder Oesterreich und Rußland sind vom deutschen Getreidemarkte erheblich zurückgedrängt durch die nordamerikanische und namentlich durch die argentinische Konkurrenz und dabei ist Argentinien ein Land, welches uns keine angemessene Gegenleistung gewährt. Uns kann es ganz gleichgültig sein, ob wir österreichisches, russisches, amerikanisches oder argentinisches Getreide konsumiren. Warum sollte man der Regierung nicht in irgend einer Form das Recht zugestehen, das Getreide da zu entnehmen, wo es aus handelspolitischen oder anderen Gründen zweckmäßig erscheint? Darüber können auch die Amerikaner sich

schließlich nicht beklagen, würden sich aber dadurch vielleicht bewegen lassen, der Industrie Zolltarifkonzessionen zu machen, die von unserer Exportindustie gewiß freudig begrüßt würden.

Ein wichtiger Artikel ist ferner Petroleum. Amerika schickt uns jährlich für 7 bis 9 Millionen Dollars Petroleum. Wir können das Petroleum aber, wenn wir wollen, zum guten Theil auch aus Rußland beziehen. Es besteht allerdings, wie Sie wissen, der Petroleumring. Großkapitalisten haben sich in den Petroleumbedarf Europas getheilt. Jedenfalls würde sich, wenn unsere Gesetzgebung etwas kräftig in den Petroleumring eingreifen wollte, eine Aenderung wohl herbeiführen lassen, und das würde vielleicht auch ein Mittel sein, wodurch wir Amerika lästig werden und es zu Gegenkonzessionen veranlassen könnten.

Ein wichtiger Artikel ist ferner die Baumwolle, eigentlich der bei weitem wichtigste Ausfuhrartikel Amerikas nach Deutschland; 1890 wurde für 50 Millionen, 1892 für 43 Millionen und 1893 für 36 Millionen Mark Baumwolle nach Deutschland importirt. Warum der Import der Rohbaumwolle in den letzten Jahren zurückgegangen ist von 50 auf 36 Millionen, das kann ich Ihnen im Augenblick nicht beantworten, vielleicht ist Herr Wülfing dazu im Stande.

(Zuruf: „Der Preis!“)

Gewiß, es mag in erster Linie an dem bedeutend niedrigeren Preise liegen. Meines Wissens kostet in Amerika das Pfund Rohbaumwolle nur 5 Cents, aber ich sollte meinen, daß auch das importirte Quantum etwas nachgelassen hat. Auch für die amerikanische Baumwolle erwächst allmählich ein beträchtlicher Konkurrent in Egypten und Ost-Asien, und neuerdings wendet sich ja auch Rußland in seinen mittelasiatischen Besitzungen in erhöhtem Maße der Baumwollenproduktion zu und hat den Zoll auf Rohbaumwolle im Dezember vorigen Jahres beträchtlich erhöht.

Meine Herren, das sind kleine Mittel, die wir anwenden können, um die Amerikaner etwas wohlwollender für uns zu stimmen. Große, durchgreifende Mittel werden wir ja bei dem gegenwärtigen Stand der Sache nicht in Anwendung bringen können, wenigstens für die nächsten 9 Jahre nicht, denn solange die Handelsverträge bestehen, liegen wir fest und sind uns die Hände gebunden. Ich möchte aber die Hoffnung nicht aufgeben, daß wir mit der

Zeit, und sei es auch erst nach 9 Jahren, unsere handelspolitischen Beziehungen zu Amerika günstiger gestalten, und mit dieser Hoffnung, meine Herren, lassen Sie mich schließen.

(Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Kammerherr Dr. **von Frege**-Abtnaundorf: Sie sind gewiß alle damit einverstanden, meine Herren, wenn ich auch dem Korreferenten, Herrn Grafen von Kanitz den Dank der Versammlung ausspreche, und ich bitte, sich zum Ausdruck desselben von den Sitzen zu erheben.

(Geschieht.)

Ehe wir die Frühstückspause eintreten lassen, bitte ich, noch eine geschäftliche Angelegenheit erledigen zu dürfen, und ertheile dazu das Wort Herrn von Kahlden.

Rittergutsbesitzer **von Kahlden:** Meine Herren, ich möchte Ihnen den Vorschlag machen, diejenigen Mitglieder des Ausschusses, welche statutenmäßig ausscheiden, per Akklamation wiederzuwählen.

(Lebhafter Beifall.)

Es sind die folgenden Herren:

1. Landrath Freiherr von Manteuffel-Crossen,
2. Freiherr von Hammerstein-Berlin,
3. Major Endell-Kieckrz,
4. Graf von Mirbach-Sorquitten,
5. Kammerherr Graf von Kanitz-Podangen;
6. Landrath Graf von Klinckowström-Korklack,
7. Kammerherr von Oldenburg-Januschau,
8. Major von Jagow-Calberwisch,
9. Haupt-Ritterschaftsdirektor von Kröcher-Vinzelberg,
10. Kammerherr Freiherr von Thielmann-Jakobsdorf.

Vorsitzender Kammerherr Dr. **von Frege** = Abtnaundorf: Meine Herren, Sie haben den Vorschlag gehört, und ich frage, ob Jemand das Wort dazu wünscht. — Das geschieht nicht; Gegenvorschläge werden nicht laut. Dann darf ich also annehmen, daß Sie dem Vorschlage des Herrn Vorredners zustimmen, die genannten Herren durch Akklamation in den Ausschuß wiederzuwählen.

(Allseitige Zustimmung.)

Da ich keinen Widerspruch höre, konstatire ich, daß die eben genannten Herren durch Akklamation in den Ausschuß wiedergewählt sind.

Wir lassen jetzt eine Frühstückspause von 20 Minuten eintreten.

(Pause.)

Vorsitzender Graf **von Mirbach**-Sorquitten: Die Sitzung ist wieder eröffnet. — Wir kommen zur Diskussion über den letzten Gegenstand unserer Tagesordnung. Ich bitte, um das Wort nachzusuchen; wenn das nicht geschieht, würde ich die Diskussion schließen. —

Herr Lucke hat das Wort.

Rittergutspächter **Lucke**-Patershausen: Meine Herren, es kann nicht meine Absicht sein, Ihre Ueberzeugungen zu gewinnen oder diese zu stärken; nach den Reden und Vorträgen der Herren Referenten glaube ich, ist das in vollkommener Weise geschehen. Aber ich glaube, ein Jeder von uns hat die Pflicht, soviel an ihm ist, für diejenigen, die uns feindlich gegenüberstehen, für die, die noch nicht überzeugt und noch lau sind, möglichst viele Gesichtspunkte und Beweismittel herbeizuschaffen, um diese zu gewinnen oder aber um jene zu schlagen. — Meine Herren, es ist wohl nicht abzuweisen, daß ganz allgemein der internationale Wettbewerb als solcher erdrückend auf diejenigen Kulturländer wirkt, die ich als das Kultur-Centrum unseres Erdballs bezeichnen möchte, auf die Länder Deutschland, England und Frankreich, von denen aus der internationale Verkehr in harmonischen Strahlen nach der Peripherie des Kreises, das heißt, nach den äußersten Theilen der Erde sich entwickelt hat. Wenn Sie sich vergegenwärtigen, daß im Interesse der Entwickelung der Industrie, der Veredelung der Güter, der moderne Verkehr alles das zur Peripherie des Kreises hinausträgt, was wir unter Industrieerzeugnissen verstehen, und daß die an der Peripherie des Kreises gelegenen Länder in ihrer Entwickelung als Agrarstaaten sich bemühen müssen, ganz allgemein ihre Rohstoffe, also auch Brotgetreide, dem Centrum als Tauschobjekte zuzuführen, dann müssen Sie sich sagen, daß in Bezug auf diejenigen Rohstoffe, die das Centrum selbst zur Ernährung seiner Bevölkerung erzeugt, eine Sturzwelle sich bilden muß, die herabstürzend auf die Rohstofferzeugung und auf die Kultur desselben einen erdrückenden und zerstörenden Einfluß ausüben muß. Meine Herren, wenn Sie dieses Bild festhalten, so werden Sie auch zugeben müssen, daß unsere ganze Wirthschaftspolitik sich nach neuen Gesichtspunkten

aufbauen muß, und ich behaupten darf, daß die Fundamente, die wir heute zu legen haben, neu sein müssen, um unsere ganze wirthschaftliche Entwickelung darauf aufzubauen. — Meine Herren, wenn nach der natürlichen Entwickelung die Erzeugnisse des Centrums an der Peripherie des Kreises unbeschränkte, rücksichtslose Aufnahme fänden, dann könnte ich mir denken, daß wir einen großen Theil unserer Rohstofferzeugung aufgeben könnten, daß wir für die Länder an der Peripherie nur in der Richtung der Veredelung der Güter zu arbeiten brauchten und es ihnen überließen, uns ihre Rohstoffe als Tauschobjekte zuzuführen. Aber was sehen wir? Sie machen Schutzzölle über Schutzzölle, sie weisen unsere veredelten Güter ab, aber fordern, daß ihre Rohstoffe als Tauschmittel von uns aufgenommen werden, und zwar für unser baares Geld. Wenn Sie das festhalten, so werden Sie zugeben, daß wir im Interesse des arbeitenden, Güter erzeugenden Volkes Dämme aufführen müssen, die nicht alles das hereinlassen, was uns zugeführt wird, sondern als Molen dienen, um die Sturzwelle, die auf unsere Rohstofferzeugung, über uns von außen hereinbricht, abzuwehren. Meine Herren, aus diesem Grunde wird, glaube ich, Jeder, der noch für die Arbeit des eigenen Volkes ein Herz hat, der sich sagt: erst kommt für die deutsche Arbeit der deutsche Markt! sich auf den Standpunkt stellen müssen, daß wir nicht mehr allein unsere Augen darauf zu richten haben: Wie steht die Exportindustrie zu dieser oder jener Maßnahme in Bezug auf den Schutz der heimischen rohstofferzeugenden Arbeit, sondern wie stellt sich die Wohlstandserhaltung und Wohlstandsvermehrung in unserem Volke durch Maßnahmen unserer Zoll- und Handelspolitik? Aus diesem Gesichtspunkte hoffe ich auch, daß es möglich sein wird, Dämme zu errichten gegen die in unser Vaterland hereinbrechende, unsere heimische Rohstofferzeugung, besonders diejenige der Landwirthschaft und damit diese selbst mit Vernichtung bedrohende Sturzwelle von Rohstoffen aus allen Ländern der Erde, und daß es insbesondere möglich sein wird, das, was Graf Kanitz anstrebt: „Die Verstaatlichung des Handels mit ausländischem Getreide“ zum Nutzen nicht nur unserer heimischen Landwirthschaft in die rechten Wege zu leiten, sondern, das ist meine ehrliche Ueberzeugung, zwecks Erhaltung der Macht und Größe unseres von uns Allen geliebten deutschen Vaterlandes.

(Bravo!)

Vorsitzender Graf **von Mirbach**-Sorquitten: Meine Herren, das Wort ist nicht weiter verlangt worden — ich muß deshalb die Diskussion schließen. — Wünscht einer der Herren Referenten noch das Schlußwort? — Das ist nicht der Fall. — Wir kommen zur Beschlußfassung über die Resolution; dieselbe lautet:

„Die XX. Generalversammlung der Vereinigung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer erklärt:

I. Der Handelsvertrag Nordamerikas mit Preußen vom Jahre 1828 sowie die Verträge der Nordamerikanischen Union mit einigen anderen deutschen Staaten, welche seitens des Deutschen Reichs zur Zeit als Grundlage der gegenseitigen Handelsbeziehungen angenommen werden, sind für das Deutsche Reich als bindend nicht anzusehen.

Bei der künftigen Regelung der Handelsbeziehungen zu Nordamerika sind die deutschen Interessen wirksamer zu wahren, als dies seit 1891 geschehen ist.

II. Die Einigung aller produktiven Interessen der Kulturvölker gegen das internationale Großkapital sind bei großen volkswirthschaftlichen Maßnahmen niemals außer Acht zu lassen."

Sie zerfällt in zwei Theile; der eine bezieht sich speziell auf den Antrag Kanitz. Ich bitte, daß diejenigen Herren, welche diesen Theil der Resolution annehmen wollen, sich erheben.

(Geschieht.)

Das ist Einstimmigkeit. Und nun kommen wir zur Abstimmung über den zweiten, mehr allgemeinen Theil der Resolution, wie er seitens des ersten Herrn Referenten beantragt worden ist. Ich bitte, daß die Herren, welche diesen Theil der Resolution annehmen wollen, sich erheben.

(Geschieht.)

Das ist auch eine Mehrheit, wenn auch nicht eine Einstimmigkeit.

Meine Herren, wir sind damit am Schlusse unserer Berathungen angelangt. Ich bitte Sie, sich von Ihren Plätzen zu erheben und unsere Versammlung zu schließen, wie wir sie begonnen haben, mit dem Rufe: Se. Majestät der Kaiser Wilhelm II., er lebe hoch!

(Die Versammlung hat sich während der letzten Worte von den Plätzen erhoben und stimmt drei Mal begeistert in diesen Ruf ein.)

Ich schließe die XX. Generalversammlung der Vereinigung der Steuer- und Wirthschaftsreformer.

(Schluß gegen 1½ Uhr.)

Zusammenstellung

der von der

XX. General-Versammlung der Vereinigung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer am 19. und 20. Februar 1895 beschlossenen Resolutionen; unverändert angenommen vom „Engeren Komité" am 9. März 1895.

A. Die Resolutionen der Referenten, a) Rittergutsbesitzer von Knebel-Doeberitz-Lübgust und b) Fabrikbesitzer Otto Wülfing-M.-Gladbach zu Thema 2 der Tagesordnung:

„Die agrarpolitischen Aufgaben der Gegenwart unter Berücksichtigung der Preußischen Enquete des Jahres 1894 über die „Agrarfrage" und der Reichsenquete über die „Währungsfrage"."

haben folgenden Wortlaut:

a) im speziellen über die „Agrarfrage"

„Die XX. General-Versammlung der Vereinigung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer beschließt:

In Erwägung

1. daß der deutsche ländliche Grundbesitz stark verschuldet, in weiten Grenzen sogar überschuldet ist;
2. daß die derzeitige individualistische und kapitalistische einschlägige Gesetzgebung ein weiteres Anwachsen dieser Verschuldung erzwingen muß;
3. daß die Fortdauer dieser Umstände sowohl das landwirthschaftliche Gewerbe ruiniren als auch den Grundbesitz zur Erfüllung seiner staatserhaltenden und sozialen Aufgaben unfähig machen würde;

ist alsbald eine organische Reform der bezüglichen Gesetzgebung in Angriff zu nehmen.

Insbesondere bedarf es:

I. der gesetzlichen Einführung eines dem Wesen des Grundbesitzes entsprechenden, nach dem Bedürfniß der verschiedenen Bezirke individualisirten Erbrechtes — Anerbenrecht. — Grundlage: Ertragswerth;

II. der allmählichen planmäßigen Entschuldung des Grundbesitzes und einer besseren Organisation des Grundkredites; wobei insbesondere folgende Gesichtspunkte maßgebend sein sollen:

a) Unkündbarkeit der Grundschulden seitens des Gläubigers, und Amortisationszwang — (Rentenform).

b) Allmähliche Zurückführung der Ueberschuldung auf eine gesetzlich festzulegende Beleihungsgrenze, welche durch schnell tilgbare Verschuldungen zu produktiven Zwecken überschritten werden darf.

c) Allmähliche Ueberführung des gesammten ländlichen Grundkredites an öffentlich-rechtliche Körperschaften (weiterer Ausbau der Grundkreditreform Friedrich des Großen).

d) Ausbildung der Lebens- 2c. Versicherung und ihre sinngemäße Einfügung in die Reform.

e) Umfassende Organisation des Personal- und Mobiliarkredites auf genossenschaftlichem Wege.

f) Reform der Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen.

g) Vorsorge gegen übermäßige Parzellirung einerseits — und eine örtlich zu weitgehende Latifundienbildung andererseits behufs einer die Leistungsfähigkeit des Besitzthums sichernden, der technischen Entwickelung förderlichen und dem Staatsinteresse entsprechenden Besitzvertheilung.

h) Soweit Selbsthilfe bezw. die Kräfte der Körperschaft (s. IIb) nicht ausreichen, hat der Staat im Interesse seiner Selbsterhaltung einzutreten.

III. Neben diesen besitzrechtlichen Reformen einer Reihe auf anderen Gebieten liegender Maßregeln. Insbesondere muß hervorgehoben werden, daß das ganze obige Reformwerk undurchführbar ist, wenn nicht der Betrieb der Landwirth-

schaft wieder lohnend gemacht und erhalten wird, wogegen aber auch durch eine Preishebung der landwirthschaftlichen Produkte nur allein eine dauernde Gesundung des Grundbesitzes nicht herbeigeführt werden würde, da eine Fortdauer der in Nr. II angeführten Umstände nothwendig wieder eine weitere Ueberschuldung herbeiführen müßte."

(Diese Resolution ist am 18. März 1895 dem Staatssekretär des Reichs-Justizamts Herrn Nieberding und den Preußischen Ministern: Staatsminister und Minister für Landwirthschaft, Domänen und Forsten Herrn Freiherrn von Hammerstein-Loxten, Staats- und Finanzminister Herrn Dr. Miquel und Staats- und Justizminister Herrn Dr. Schönstedt zur geneigten Berücksichtigung eingereicht worden.)

b) im speziellen über die „Währungsfrage"

„Die XX. General-Versammlung der Vereinigung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer spricht dem Herrn Reichskanzler ihren Dank aus für die im Reichstage am 15. Februar d. J. abgegebene Erklärung. Sie knüpft daran die dringende Bitte:

Der Herr Reichskanzler wolle mit denjenigen Maßnahmen, welche geeignet sind die Lösung der Währungsfrage auf internationalem Wege herbeizuführen, baldmöglichst vorgehen."

(Dem Herrn Reichskanzler und Königlich Preußischen Minister-Präsidenten Fürsten zu Hohenlohe-Schillingsfürst ist am 27. Februar 1895 diese Resolution übermittelt worden.)

B. Die Resolution der Referenten, Privatdozenten Herrn Dr. G. Ruhland-Zürich und Kammerherrn Herrn Grafen von Kanitz-Podangen zu Nr. 4 der Tagesordnung:

„Deutschlands handelspolitische Beziehungen zu Amerika"

hat folgenden Wortlaut:

„Die XX. General-Versammlung der Vereinigung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer erklärt:

I. Der Handelsvertrag Nordamerikas mit Preußen vom Jahre 1828 sowie die Verträge der Nordamerikanischen Union mit einigen anderen deutschen Staaten, welche seitens des Deutschen Reichs zur Zeit als Grundlage der gegenseitigen Handelsbeziehungen angenommen werden, sind für das Deutsche Reich als bindend nicht anzusehen.

Bei der künftigen Regelung der Handelsbeziehungen zu Nordamerika sind die deutschen Interessen wirksamer zu wahren, als dies seit 1891 geschehen ist.

II. Die Einigung aller produktiven Interessen der Kulturvölker gegen das internationale Großkapital sind bei großen volkswirthschaftlichen Maßnahmen niemals außer Acht zu lassen."

(Ist durch Einreichung an den Bundesrath unterm 18. März 1895 erledigt worden.)

Statut

der

Vereinigung der Steuer- u. Wirthschafts-Reformer.

Definitiv angenommen

von der

konstituirenden Versammlung am 22. bis 24. Februar 1876

und mit der Abänderung im Alinea 3 § 2 durch die IV. General-Versammlung am 26. und 27. Februar 1879, —
der Abänderung durch die VI. General-Versammlung am 24. Februar 1881 in Punkt 9 des § 2, in § 6 und § 7, —
der Abänderung durch die VII. General-Versammlung am 17. und 18. Februar 1882 im § 7 des Statuts, —
der Rückstellung der Punkte 4, 6, 7, 8 im § 2 durch die X. General-Versammlung am 17. Februar 1885 —
und
der Rückstellung des Punkt 2 sowie Einfügung von zwei neuen Punkten unter 3 und 10 im § 2 durch die XX. General-Versammlung am 19. und 20. Februar 1895.

---

§ 1.

Sitz der Vereinigung.

Die „Vereinigung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer" erwählt zu ihrem Vorort Berlin, doch kann dieselbe je nach Beschluß des Ausschusses in jedem Orte Deutschlands Versammlungen abhalten.

§ 2.

Zweck der Vereinigung.

Die Vereinigung hat den Zweck, die Ideen und Grundsätze einer gemeinnützigen, auf christlichen Grundlagen beruhenden Volkswirthschaft im Volke zu verbreiten und in der Gesetzgebung zum Ausdruck zu bringen. Diese Ideen und Grundsätze sind in dem folgenden Programm zusammengefaßt:

1. Es ist auf eine gleichmäßige Vertheilung aller Steuern hinzuwirken, damit der bis jetzt überbürdete Grundbesitz und die redliche Arbeit in allen Berufszweigen entlastet werden.

*2. (Die Doppelbesteuerung, welche in der Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer liegt, ist zu beseitigen. Das Renten-Einkommen ist höher zu besteuern als das Arbeits-Einkommen. Gegen die Steuerumgehungen des Geldkapitals sind wirksame Sicherheitsmaßregeln zu schaffen.)

3. Der heimischen Produktion auf allen Gebieten ist ein Zollschutz zu gewähren, welcher den Produktionsbedingungen des Inlandes und des konkurrirenden Auslandes entsprechend zu bemessen ist.

4. Bei allen Zöllen und indirekten Steuern ist stets darauf Bedacht zu nehmen, daß sie nicht besonders schädlich auf einzelne Distrikte und Bevölkerungsschichten einwirken. Die Einführung einer Börsenumsatz-Steuer nach dem Werthe, sowie eine Besteuerung der ausländischen Werthpapiere sind dringend geboten.

Die Stempel- und Tax-Gesetzgebung ist einer Revision zu unterziehen behufs Lastenausgleichung zwischen Grundbesitz und beweglicher Habe.

*5. (Im Eisenbahnwesen ist es nothwendig, daß an die Stelle des Aktienbetriebes ein billiger, lebenssicherer Staatsbetrieb mit Beseitigung aller Differentialtarife tritt, ohne daß der Besitzstand der einzelnen Staaten berührt wird.)

6. Papiergeld auszugeben gebührt allein den gesetzgebenden Faktoren des Reiches. Die Banknoten-Privilegien sind zu beseitigen.

*7. (Das Aktiengesetz vom 11. Juni 1870 bedarf einer durchgreifenden Reform. Insbesondere sind Schutzmaßregeln zu treffen gegen die sittlichen und wirthschaftlichen Gefahren, welche die unzureichende Verantwortlichkeit der Gründer und Vorstände nach sich zieht.)

*8. (Die Gewerbeordnung und das Unterstützungswohnsitz-Gesetz bedürfen dringend der Revision.)

*9. (Den Verträgen zwischen ländlichen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ist durch Gesetz eine Form anzuweisen, welche für beide Theile einen

---

*) Der eingeklammerte und in Petitschrift gedruckte Punkt 2 des § 2 ist durch die XX. General-Versammlung am 19. Februar 1895 und die Punkte 5, 7, 8 und 9 des § 2 sind, weil durch die Bemühungen unserer Vereinigung resp. ihrer Mitglieder zum größten Theil in der Gesetzgebung zum Ausdruck gekommen, von der X. General-Versammlung am 17. Februar 1885 eliminirt worden mit der Bestimmung, daß dieselben in der vorstehenden Form dem Programm historisch eingefügt bleiben.

wirksamen Rechtsschutz im beschleunigten Verfahren mit vorläufiger ortspolizeilicher Entscheidung gewährt.)

10. Die Goldwährung ist durch eine internationale Gold- und Silberwährung (Doppelwährung) zu ersetzen.

11. Der ländliche Grundbesitz ist von dem Zwange des Römischen Rechtes zu befreien. Insbesondere ist ihm eine seiner Natur entsprechende Verschuldungsform und ein den deutschen Sitten entsprechendes Erbrecht zu gewähren.

§ 3.

Mitgliedschaft.

Jedes Mitglied kann Personen, welche im Wesentlichen die Grundsätze des Programms anerkennen, zur Aufnahme vorschlagen. Der Vereinigungs-Ausschuß (§ 4) beschließt und entscheidet über Aufnahme.

Die Aufnahme von Ehrenmitgliedern kann der Ausschuß mit Zweidrittel-Majorität beschließen.

§ 4.

Leitung der Vereinigung.

Die Leitung der Vereinigung besorgt ein jährlich zu wählender Ausschuß von 20 Mitgliedern, denen das Recht der Kooptation je nach Ermessen zusteht. Die konstituirende und später jede Jahres-Versammlung wählt diese nach Stimmenmehrheit. Von dem Ausschuß scheidet jedes Jahr die Hälfte (das erste Mal durchs Loos) aus. Der Ausschuß entscheidet über Aufnahme der Mitglieder, und jedes Ausschußmitglied kann, wenn verhindert oder auswärts wohnend, schriftlich votiren. Zur Führung der laufenden Geschäfte wählt der Ausschuß ein aus fünf Mitgliedern bestehendes und geschäftsführendes Komité, welches in Berlin seinen Sitz hat.

§ 5.

Geschäftsordnung.

Zur Geschäftsordnung der Vereinigung wird die Geschäftsordnung des Reichstages angenommen.

§ 6.

Außerordentliche und regelmäßige Versammlungen.

Außerordentliche Versammlungen können ein Viertel der Mitglieder beim Vorstand beantragen; solche müssen mit Angabe der

Tagesordnung in drei vom Ausschuß zu bestimmenden größeren, in Berlin erscheinenden politischen Zeitungen 14 Tage vorher bekannt gegeben werden. Auch der Ausschuß kann solche Versammlungen ausschreiben. Mindestens einmal in jedem Jahr und zwar im Februar muß der Ausschuß der Vereinigung in Berlin eine Versammlung berufen; diese Versammlung bestimmt selbstständig ihren nächsten Versammlungsort.

§ 7.

Beitrag.

Zur Bestreitung der Vereinigungs-Ausgaben zahlt jedes ordentliche Mitglied, Grundbesitzer oder Nicht-Grundbesitzer, welches ein Einkommen von mindestens dreitausend Mark hat, wie bisher Zehn Mark, alle anderen Mitglieder eine Mark Jahresbeitrag. Das Jahr beginnt mit dem Jahr des Eintritts. Ueber die Verwendung der Mittel beschließt der Ausschuß, der auch die Geschäfts- und Kassenführung beaufsichtigt. Die Rechnungslegung des Rendanten schließt mit dem Kalenderjahre ab.

§ 8.

Abänderung.

Abänderungen dieser Statuten können, mit Ausschluß des unabänderlichen § 4, in einer eigens dazu anberaumten oder der Jahres-Versammlung unter vorher bekannt gemachter Tagesordnung nach § 6 mit Zweidrittel-Mehrheit der anwesenden Mitglieder beschlossen werden.

§ 9.

Ausschlußbestimmung.

Wer freiwillig aus dem Verein tritt oder, als in seinen Handlungen nicht kongruent den §§ 2 und 3 befunden, ausgeschlossen wird, verliert sein Antheilsrecht am Vermögen des Vereins. Ein Ausschluß kann nur auf Beschluß des Ausschusses und nach eingeholter Genehmigung der Versammlung stattfinden.

Kein Mitglied hat das Recht, auf Theilung des gemeinschaftlichen Vermögens anzutragen.

§ 10.

Auflösung des Vereins.

Die Auflösung des Vereins kann nur erfolgen durch einen, in zwei General-Versammlungen, zwischen denen ein Zeitraum von vier Wochen liegt, mit Zweidrittel-Majorität der anwesenden Mitglieder gefaßten Beschluß.

Dieser Beschluß bestimmt dann zugleich über den etwa angesammelten Vermögensbestand des Vereins.

Leitung

der

Vereinigung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer für 1895.

Vorstand:

Landrath Freiherr **v. Manteuffel**-Crossen, erster geschäftsführender Vorsitzender.

Graf **v. Mirbach**-Sorquitten, zweiter geschäftsführender Vorsitzender.

Kammerherr Dr. **v. Frege**-Abtnaundorf, stellvertretender Vorsitzender.

Das „Engere Komité":

(Geschäftsführendes Komité, § 4 des Statuts.)

Landrath Freiherr **v. Manteuffel**-Crossen, Vorsitzender.

Graf **v. Mirbach**-Sorquitten.

Kammerherr Dr. **v. Frege**-Abtnaundorf.

General-Landschaftsrath **A. v. der Osten**-Blumberg.

Erbjägermeister **Günther v. Jagow**-Rühstaedt.

Ausschuß

nach Ländern und Provinzen geordnet.

Königreich Preußen.

Provinz Brandenburg.

v. Brand-Lauchstaedt, Kgl. Kammerherr, Mitglied des Herrenhauses, Lauchstaedt bei Woldenberg (Kreis Friebeberg, Neumark), [Berlin W. 62, Kurfürstenstraße 125].

v. Brand-Wutzig, Major a. D., Majoratsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Wutzig bei Woldenberg (Kreis Friedeberg, Neumark), [Berlin NW. 40, Bismarckstraße 2].

Gravenstein, R., Rittergutsbesitzer, Sydow bei Biesenthal (Kreis Ober-Barnim).

v. Hammerstein, W. Freiherr, Herausgeber der „Neuen Preußischen (Kreuz-) Zeitung", Mitglied des Reichstages und des Abgeordnetenhauses, Berlin W. 62, Kleiststraße 32.

v. Jagow, Günther, Rittmeister der Garde-Landwehr-Kavallerie, Erbjägermeister der Kurmark Brandenburg, Rühstaedt über Wilsnack (Westprignitz).

Jordan, G., Rittergutsbesitzer, Kuhhorst bei Börnicke (Kreis Ost-Havelland).

v. Klitzing-Charlottenhof, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Charlottenhof [Neumark] (Kreis Landsberg, Warthe).

Lamprecht, Gutsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Klein-Mutz (Kreis Templin), [Berlin W. 41, Kronenstraße 2].

v. Manteuffel-Crossen, O. Freiherr, Kgl. Landrath und Rittergutsbesitzer, Generaldirektor der Landfeuersozietät der Kurmark und der Niederlausitz, 1. Vizepräsident des Herrenhauses, Mitglied des Reichstages, Schloß Crossen bei Drahnsdorf (Kreis Luckau), [Berlin W. 10, Matthäikirchstraße 20/21].

v. Podbielski, General-Major z. D. und Rittergutsbesitzer, Mitglied des Reichstages, Dallmin (Westprignitz).

v. Rohr-Dannenwalde, O., Rittmeister d. R., Rittergutsbesitzer, Dannenwalde (Ostprignitz).

v. Sydow, Rittergutsbes., Bärfelde N./M. (Kreis Königsberg, Neumark).

v. Sydow, H., Rittergutsbesitzer, Dobberphul bei Rufen (Kreis Königsberg, Neumark).

v. Veltheim-Schönfließ, **W.** Freiherr, Kgl. Ceremonienmeister und Kammerherr, Major a. D., Majoratsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Schönfließ bei Hermsdorf (Mark) (Kreis Niederbarnim), [Berlin W. 64, Behrenstraße 64/65].

v. Wackerbarth, Freiherr, Kgl. Kammerherr und Major a. D., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Briesen bei Cottbus (Kreis Cottbus).

v. Werdeck-Schorbus, Lieutenant a. D., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Reichstages und des Abgeordnetenhauses, Schorbus bei Drebkau (Kreis Cottbus), [Berlin NW. 7, Schadowstraße 3].

v. Wilamowitz-Möllendorff, W. Graf, Rittmeister a. D., Majoratsbesitzer, Schloß Gadow bei Lanz (Westprignitz).

Provinz Posen.

v. **Bethe**, Kgl. Landrath, General-Landschaftsrath, Rittmeister a. D., Hammer bei Schönlanke (Kreis Czarnikau).

Endell, Major a. D., Rittergutsbesitzer, Kiekrz bei Rokietnica (Landkreis Posen).

v. **Martini, E.**, Rittergutsbesitzer, Lukowo bei Obornik (Kreis Obornik).

v. **Schmidt**, Rittergutsbesitzer, Moschütz bei Friedheim (Kreis Wirsitz).

v. **Schwichow, L.**, Kgl. Kammerherr und Landrath, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Margoninsdorf bei Margonin (Kreis Kolmar, Posen).

v. **Staudy**, L., General-Landschaftsdirektor, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Reichstages, Posen (Stadtkreis Posen), [Berlin W. 41, Kaiserhof].

Provinz Pommern.

a. Vorpommern.

v. **Berg**-Dubkevitz, **E.**, Rittergutsbesitzer, Dubkevitz bei Gingst (Kreis Rügen).

v. **Esbeck-Platen**, Kgl. Kammerherr, Rittmeister a. D. und Rittergutsbesitzer, Capelle bei Gingst (Kreis Rügen).

v. **der Osten**-Blumberg, **A.**, General-Landschaftsrath, Rittmeister a. D., Mitglied des Reichstages und des Herrenhauses, Blumberg bei Casekow (Kreis Randow), [Berlin W. 9, Linkstraße 19].

v. **Platen**-Ventz, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Stralsund, Sarnowstraße 3 — (Kreis Rügen).

Rassow, E., Rittergutsbesitzer, Strelow bei Grimmen (Kreis Grimmen).

v. **Schwerin**-Löwitz, Graf, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Kreisdeputirter, Mitglied des Reichstages, Löwitz (Kreis Anklam), [Berlin W. 62, Nollendorf-Platz 7].

v. **Voß-Wolffradt**, Kgl. Kammerherr, Rittmeister a. D. und Rittergutsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Lüssow bei Gützkow (Kreis Greifswald).

b. Hinterpommern.

v. **Vandemer**, Kgl. Kammerherr, Pr.-Lieutenant a. D., Fideikommißbesitzer und Mitglied des Abgeordnetenhauses, Selesen bei Schmolsin (Kreis Stolp), [Berlin W. 35, Schöneberger Ufer 35].

v. **Below**-Saleske, **R.**, Major a. D. und Fideikommißbesitzer, Cusserow (Kreis Schlawe).

v. **Dewitz**-Zachow, Hauptmann a. D., Rittergutsbesitzer, Zachow bei Labes (Kreis Regenwalde).

v. **Hertzberg**-Lottin, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Lottin (Kreis Neustettin).

v. **Knebel-Doeberitz**, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Lübgust bei Gramenz (Kreis Neustettin).

v. **Riepenhausen**-Crangen, **K.**, Königlicher Kammerherr, Premierlieutenant a. D., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Schloß Crangen bei Schlawe (Kreis Schlawe), [Berlin NW. 7, Dorotheenstraße 48].

Provinz Ostpreußen.

Alfieri, Rittergutsbesitzer, Koppershagen bei Wehlau (Kreis Wehlau).

Boltz-Gründen, Rittergutsbesitzer, Adl. Pareyken bei Labiau (Kreis Labiau).

v. **Dönhoff-Friedrichstein**, **A.** Graf, Kgl. Kammerherr, Legationsrath, Fideikommißbesitzer, Mitglied des Reichstages und des Herrenhauses, Friedrichstein bei Löwenhagen (Landkreis Königsberg, Ostpreußen), [Berlin W. 41, Mohrenstraße 1—5].

zu **Dohna-Wundlacken**, **Georg** Burggraf und Graf, Rittergutsbesitzer, Wundlacken bei Königsberg (Landkreis Königsberg, Ostpreußen).

zu **Dohna-Lauck**, **Friedrich** Burggraf und Graf, Kgl. Kammerherr, Majoratsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Lauck über Mühlhausen (Ostpreußen), [Kreis Pr. Holland].

v. d. **Groeben**-Arenstein, Hauptmann a. D., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Reichstages und des Herrenhauses, Arenstein bei Tiefensee (Kreis Heiligenbeil), [Berlin NW. 7, Louisenstraße 30].

v. **Gustedt**-Lablacken, Baron, Kgl. Kammerherr, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Reichstages und des Abgeordnetenhauses, Lablacken (Kreis Labiau), [Berlin W. 10, Margarethenstraße 8].

v. **Kanitz**-Podangen, **H.** Graf, Kgl. Kammerherr, Rittmeister a. D., Majoratsbesitzer, Mitglied des Reichstages und des Abgeordnetenhauses, Podangen bei Tüngen (Kr. Pr. Holland), [Berlin W. 64, Behrenstraße 64/65].

v. Klinckowström, Cl. Graf, Landrath, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Korcklack bei Gerdauen (Kreis Gerdauen).

v. Mirbach-Sorquitten, J. Graf, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Reichstages und des Herrenhauses, Sorquitten (Kreis Sensburg), [Berlin W. 64, Hôtel Royal, Wilhelmstraße 69].

v. Restorff-Lindenau, Rittergutsbesitzer, Lindenau (Kreis Heiligenbeil).

v. Schlieben-Sanditten, G. Graf, Excellenz, Schloßhauptmann von Königsberg i. Pr., Majoratsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Sanditten über Wehlau (Kreis Wehlau).

Provinz Westpreußen.

v. Alvensleben-Schönborn, A. Graf, Königlicher Kammerherr und Erbtruchseß, Majoratsbesitzer, Ostrometzko (Kreis Culm) und Erxleben (Kreis Neuhaldensleben, Prov. Sachsen).

v. Auerswald-Faulen, Königlicher Geheimer Regierungsrath und Landrath, Rittergutsbesitzer, Faulen bei Rosenberg (Kreis Rosenberg, Westpreußen).

v. Brünneck, R., Burggraf von Marienburg, Königlicher Kammerherr, Landrath a. D. und Majoratsbesitzer, Bellschwitz bei Rosenberg, Westpreußen (Kreis Rosenberg, Westpreußen).

v. Oldenburg, E., Königlicher Kammerherr, Rittergutsbesitzer, Januschau bei Rosenberg (Kreis Rosenberg, Westpreußen).

v. Zelewski, Dr., Königlicher Kammerherr, Rittergutsbesitzer, Barlomin bei Lusin (Kreis Neustadt, Westpreußen).

Provinz Sachsen.

v. Bassewitz-Levetzow, Dr., Graf, Majoratsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Klaeden (Kreis Stendal), [Berlin NW. 7, Pariser Platz 6].

v. Bodenhausen-Lebusa, J. Freiherr, Königl. Kammerherr und Landrath, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Lebusa über Dahme (Mark) und Herzberg, Elster (Kreis Schweinitz), [Berlin SW. 46, Königgrätzerstraße 111].

v. Erffa-Wernburg, H. Freiherr, Königl. Kammerherr und Rittmeister d. L., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Schloß Wernburg bei Pößneck (Kreis Ziegenrück), [Berlin SW. 12, Prinz Albrechtstraße 9].

v. Hasselbach, Kgl. Landrath, Hauptmann a. D., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Wolmirstedt, Bzk. Magdeburg (Kreis Wolmirstedt), [Berlin NW. 7, Dorotheenstr. 80/81].

v. **Helldorff**-Zingst, Rittmeister a. D. und Rittergutsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Zingst bei Nebra (Kreis Querfurt), [Berlin W. 41, Mohrenstraße 1—5].

v. **Herzenberg**-Heuckewalde, Freiherr, Kammerherr, Rittergutsbesitzer, Heuckewalde (Kreis Zeitz).

v. **Jagow**-Calberwisch, Major a. D. und Rittergutsbesitzer, Calberwisch bei Osterburg, Altmark (Kreis Osterburg).

v. **Katte, H.,** Major a. D., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Vieritz bei Neuenklitsche (Kreis Jerichow II.).

v. **Kröcher, J.,** Haupt-Ritterschaftsdirektor, Rittmeister a. D., Fideikommißbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Vinzelberg, Altmark (Kreis Gardelegen), [Berlin SW. 46, Dessauerstr. 23].

Kühne, Rittergutspächter, Hartmannsdorf bei Crossen, Elster (Kreis Zeitz).

v. **Mendel-Steinfels,** Landes-Oekonomierath und Dozent, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Halle (Saale), [Berlin W. 64, Unter den Linden 21].

v. **Ploetz,** Hauptmann a. D. und Rittergutsbesitzer, Mitglied des Reichstages und des Abgeordnetenhauses, Präsident des „Bund der Landwirthe", Döllingen bei Elsterwerda (Kreis Liebenwerda), [Berlin SW. 46, Hallesche Straße 18].

v. **Rohr**-Hohenwulsch, **C.,** Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Hohenwulsch bei Bismark (Kreis Stendal).

v. **Rohr-Levetzow,** Major a. D., Rittergutsbesitzer, Wudicke bei Groß-Wudicke (Kreis Jerichow II.).

v. **Schaper,** Rittmeister a. D. und Rittergutsbesitzer, Falkenberg, Bezirk Halle (Kreis Liebenwerda).

Schirmer, F., Rittergutsbesitzer, Neuhaus bei Delitzsch (Kr. Delitzsch).

v. **der Schulenburg**-Beetzendorf, Königl. Landrath, Rittmeister a. D. und Fideikommißbesitzer, Beetzendorf (Kreis Salzwedel).

v. **der Schulenburg**-Emden, Graf, Kgl. Kammerherr, Major a. D. und Rittergutsbesitzer, Emden bei Erxleben (Kreis Neuhaldensleben).

Provinz Schlesien.

v. **Arnim-Muskau, H.** Graf, Legationsrath a. D., Besitzer der Standesherrschaft Muskau, Mitglied des Reichstages, Muskau, Ober-Lausitz (Kreis Rothenburg), [Berlin W. 64, Pariser Platz 4].

zu Dohna-Mallmitz, Alfred Burggraf und Graf, Kgl. Kammerherr, Fideikommißbesitzer, Landesältester und Major a. D., Mitglied des Abgeordnetenhauses, Mallmitz (Kreis Sprottau), [Berlin NW. 7, Neustädtische Kirchstraße 6/7].

Knoch-Ober-Poppschütz, **R.**, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Ober-Poppschütz bei Neustädtel, Reg.-Bezirk Liegnitz (Kreis Freistadt), [Berlin SW. 19, Krausenstraße 48, Kölnischer Hof].

v. Loesch-Kammerswaldau, **H.**, Landesältester und Rittergutsbesitzer, Kammerswaldau (Kreis Hirschberg).

v. Pückler-Friedland, **Friedrich** Graf, Rittmeister a. D., Kreisdeputirter, Rittergutsbesitzer, Schloß Friedland, Oberschlesien (Kreis Falkenberg).

v. Strachwitz-Bertelsdorf, Graf, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Bertelsdorf bei Lauban, Schlesien (Kreis Lauban), [Berlin W. 41, Mohrenstraße 1/5].

v. Thielmann, Freiherr, Kgl. Kammerherr, Majoratsbesitzer, Landesältester, Jacobsdorf bei Falkenberg, Oberschlesien (Kreis Falkenberg).

Rheinprovinz.

v. Hymmen, Geheimer Regierungsrath und Landrath a. D., Rittergutsbesitzer, Burg Endenich (Landkreis Bonn).

Mooren, Th., Bürgermeister, Mitglied des Reichstages und des Abgeordnetenhauses, Eupen (Kreis Eupen), [Berlin NW. 7, Friedrichstraße 148/149].

Provinz Westfalen.

v. Landsberg-Steinfurt, **J.** Freiherr, Königl. Kammerherr und Landrath, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Steinfurt bei Drensteinfurt (Kreis Lüdinghausen) und Münster (Westfalen).

Provinz Hannover.

Baring, J., Hofbesitzer, Ersehof bei Groß-Schwülper (Kreis Gifhorn).

v. Dürckheim-Bundhorst, **A. Eckbrecht** Graf, Hauptmann a. D., Rittergutsbesitzer, Hannover, Hohenzollernstraße 14 (Stadtkreis Hannover).

Freudenstein, Dr. **Otto**, Rechtsanwalt und Notar, Rittergutsbesitzer, Hannover, Alte Celler Heerstraße 44 (Landkreis Hannover).

zu Inn- und Knyphausen, E. Graf, Königlicher Kammerherr und Landschaftsrath, Majoratsherr, Mitglied des Herrenhauses und des Reichstages, Schloß Lützburg bei Hage (Ostfriesland, Kreis Norden), [Berlin W. 8, Mohrenstraße 27].

Provinz Hessen-Nassau.

Ebray, Th., Hauptmann z. D. und Weingutsbesitzer, Biebrich (Rhein). Winter: Wiesbaden.

v. Hundelshausen-Friemen, Landesdirektor der Provinz Hessen-Nassau, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Friemen bei Waldkappel (Kreis Eschwege) und Kassel.

v. der Malsburg, Hans Baron, Kgl. Kammerherr, Rittergutsbesitzer, Escheberg bei Zierenberg (Kreis Wolfhagen).

Oldenburg, F., Königlicher Oberamtmann, Wilhelmshof bei Hersfeld (Kreis Hersfeld).

Seyfarth, F., Landwirth, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Rotenburg (Kreis Rotenburg, Fulda), [Berlin W. 41, Krausenstraße 56/58].

Trapp, J. A., Weinbergsbesitzer, Rüdesheim, Rhein (Kreis Rheingau).

Provinz Schleswig-Holstein.

v. Buchwaldt-Rögen, Gutsbesitzer, Hagen bei Probsteierhagen über Kiel (Kreis Ploen).

v. Holstein-Waterneverstorff, Graf, Erbherr und Mitglied des Reichstages, Waterneverstorff bei Lütjenburg i. Holstein (Kreis Ploen), [Berlin W. 9, Schellingstraße 10].

v. Rumohr, Königlicher Kammerherr und Rittergutsbesitzer, Rundhof bei Gelting in Angeln (Kreis Flensburg).

Königreich Bayern.

Bechh, Friedrich, Gutsbesitzer, Mitglied der Bayerischen Kammer der Abgeordneten, Schloßgut Rathsberg bei Erlangen (Rgbz. Mittelfranken).

Böcking, H., Gutsbesitzer, Kirschbacherhof bei Zweibrücken (Pfalz).

v. Deines, Dr. **H.**, Gutsbesitzer, Neuhof bei Aschaffenburg (Bezirksamt Aschaffenburg, Rgbz. Unterfranken).

v. Rotenhan, Georg Freiherr, Königlicher Kammerherr und Rittergutsbesitzer, Rentweinsdorf (Bezirksamt Ebern, Rgsbz. Unterfranken).

v. Thüngen, C. Reichsfreiherr, Rittergutsbesitzer, Roßbach bei Zeitlofs (Rgbz. Unterfranken und Aschaffenburg, Bezirksamt Brückenau).

Königreich Sachsen.

v. Frege, Dr. **A.,** Kammerherr, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Reichstages, Abtnaundorf bei Schönefeld-Leipzig (Stadt- und Amtshauptmannschaft Leipzig), [Berlin W. 9, Königgrätzerstraße 5].

Gontard, A., Rittergutsbesitzer, Mockau (Parthe), [Amtshauptmannschaft Leipzig].

Landmann, Ad., Rittergutsbesitzer, Neukersdorf bei Frohburg i. S., (Amtshauptmannschaft Oschatz).

zur Lippe, Ferdinand Graf und Edler Herr, Erlaucht, Rittergutsbesitzer, Baruth (Sachsen), [Amtshauptmannschaft Bautzen].

Mehnert, Dr. **P.,** Königlicher Hofrath und Justizrath, Dresden, Sidonienstraße 16b, (Amtshauptmannschaft Dresden).

v. Nitzschwitz, F., Rittergutsbesitzer, Königsfeld bei Rochlitz, Königreich Sachsen (Amtshauptmannschaft Rochlitz).

Opitz, H. G., Justizrath, Rechtsanwalt und Notar, Rittergutsbesitzer, Mitglied der Sächsischen Kammer, Treuen (Amtshauptmannschaft Auerbach).

Seiler-Roßwitz, Rittergutsbesitzer, Mitglied der Sächsischen Ersten Kammer, Vorsitzender des Landwirthschaftlichen Kreisvereins Reichenbach, Roßwitz bei Elsterberg i. Vogtland (Amtshauptmannschaft Plauen).

Königreich Württemberg.

v. Gaisbach, H. U., Rittergutsbesitzer, Helfenberg bei Beilstein (Württemberg).

Großherzogthum Baden.

v. Douglas, W. Graf, Gutsbesitzer, Mitglied des Reichstages, Gondelsheim bei Bruchsal und Langenstein bei Stockach (Amt Bretten, Bad. Kreis Karlsruhe), [Berlin NW. 7, Neustädtische Kirchstraße 6/7].

Großherzogthum Hessen und bei Rhein.

Lucke, C., Rittergutspächter, Patershausen bei Offenbach (Main).

Großherzogthum Mecklenburg-Schwerin.

v. Bassewitz-Bristow, Graf, Kammerherr und Majoratsbesitzer, Bristow bei Teterow (Meckl.-Schwerin).

v. Blücher, Landforstmeister a. D. und Rittergutsbesitzer, Bobbin bei Gnoien (Meckl.-Schwerin).

Bock, H. C., Gutsbesitzer, Groß-Brütz bei Rosenberg über Schwerin (Meckl.-Schwerin).

Diestel, H., Rittergutsbesitzer, Keetz bei Brüel (Mecklenburg-Schwerin).

Rettich, M., Domänenrath, Mitglied des Reichstages, Rostock, Blutstraße 14, [Berlin W. 9, Köthenerstraße 2].

Schroeder-Poggelow, Dr., Rittergutsbesitzer, Schloß Poggelow bei Teterow, [Berlin W., Friedrich-Wilhelmstraße 21].

Großherzogthum Sachsen-Weimar.

v. Boyneburgk, A. Freiherr, Großherzoglich Sächsischer Kammerherr, Rittmeister a. D. und Rittergutsbesitzer, Stedtfeld bei Eisenach.

v. Wurmb, H. L., Schloßhauptmann und Kammerherr, Rittergutsbesitzer, Porstendorff bei Dornburg (Saale).

Herzogthum Anhalt.

Saeuberlich, A., Oberamtmann, Gröbzig (Anhalt).

Herzogthum Sachsen-Coburg-Gotha.

v. Seebach-Großfahner, Freiherr, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Großfahner über Gotha.

Fürstenthum Lippe.

Tenge, Rittergutsbesitzer, Niederbarckhausen bei Oerlinghausen (Lippe).

Verzeichniß der Mitglieder.

Geschlossen am 30. März 1895.

Ackermann, P., Rittergutsbesitzer, Rittmeister a. D., Salisch über Glogau.

Ahrens, J., Rittergutsbesitzer, Bellevue bei Schwerin (Mecklenburg).

Alexander, A., Rittergutsbesitzer und Hauptmann der Landwehr, Müsselmow bei Brüel (Mecklenburg).

Alfieri, Rittergutsbesitzer, Koppershagen bei Wehlau.

v. Alvensleben, Königlicher Kammerherr, Major a. D. und Rittergutsbesitzer, Rodehlen bei Barten (Ostpreußen).

v. Alvensleben-Schönborn, A. Graf, Königlicher Kammerherr und Erbtruchseß, Majoratsbesitzer, Ostrometzko und Erxleben.

v. **Alvensleben**-Wittenmoor, **L.**, Rittmeister d. R., Rittergutsbesitzer, Wittenmoor bei Vinzelberg (Altmark).

Anger, Dr., Regierungsrath a. D. und Rittergutsbesitzer, Eythra (Kgr. Sachsen).

v. **Arnim**-Boytzenburg, Graf, Majoratsbesitzer, Boytzenburg (Uckermark).

v. **Arnim**-Gr.-Fredenwalde, Rittergutsbesitzer, Gr.-Fredenwalde bei Flieth (Uckermark).

v. **Arnim**-Mellenau, **A.** Graf, Major, Rittergutsbesitzer, Mellenau (Uckermark).

v. **Arnim**-Muskau, **H.** Graf, Legationsrath a. D., Besitzer der Standesherrschaft Muskau, Mitglied des Reichstages, Schloß Muskau (Ober-Lausitz), [Berlin W. 64, Pariser Platz 4].

v. **Arnim**-Neuensund, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Neuensund bei Strasburg (Uckermark).

v. **Arnim**-Petznick, Majoratsherr, Lieutenant im Garde-Kürassier-Regiment, Berlin SW., Alte Jakobstraße 145II.

v. **Arnim**-Willmine, Rittergutsbesitzer, Willmine bei Flieth (Uckermark).

Aschendorff, **Emil**, Landwirth, Berlin SW. 46, Dessauerstraße 6.

v. **Auerswald**-Faulen, Kgl. Geheimer Regierungsrath und Landrath, Rittergutsbesitzer, Faulen bei Rosenberg (Westpreußen).

v. **Baehr**, **Richard**, Rittergutsbesitzer, Major a. D., Wittigwalde über Reichenau (Ostpreußen).

v. **Bandemer**-Selesen, Kgl. Kammerherr, Pr.-Lieutenant a. D., Fideikommißbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Selesen bei Schmolsin (Pommern), [Berlin W. 35, Schöneberger Ufer 35].

v. **Bandemer**, Premier-Lieutenant a. D., Rittergutsbesitzer, Weitenhagen bei Stolpmünde (Kreis Stolp).

v. **Bannasch**, Rittergutsbesitzer, Perkau bei Bartenstein.

Baring, **J.**, Hofbesitzer, Ersehof bei Groß-Schwülper (Kreis Gifhorn).

v. **Barner**, Kammerherr, Lieutenant der Reserve des 1. Garde-Dragoner-Regiments Königin von Großbritannien und Irland, Rittergutsbesitzer, Klein-Trebbow bei Lübstorf (Mecklenburg-Schwerin).

Bartmann-**Lüdicke**, **Chr.**, Rittergutsbesitzer, Niederhöfe bei Frankfurt (Main).

v. **Bassewitz**-Bristow, Graf, Kammerherr, Majoratsbesitzer, Bristow bei Teterow (Meckl.-Schwerin).

v. Bassewitz-Levetzow, Dr., Graf, Majoratsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Klaeden (Kreis Stendal), [Berlin NW. 7, Pariser Platz 6].

v. Batocki-Friebe, Majoratsbesitzer, Bledau bei Cranz (Ostpreußen).

Becker, P., Ziegeleibesitzer, Bahnhof Strausberg (Mark).

Beckh, Friedrich, Lieutenant a. D., Gutsbesitzer, Mitglied der Bayerischen Kammer der Abgeordneten, Schloßgut Rathsberg bei Erlangen.

Beelitz, Rittergutsbesitzer, Garden bei Greifenhagen (Oder).

Behr-Bandelin, F. Graf, Fideikommißbesitzer, Bandelin bei Gützkow.

v. Below-Saleske, **R.**, Major a. D., Fideikommißbesitzer, Cusserow bei Schlawe.

v. Berg-Dubkevitz, **Ernst**, Rittergutsbesitzer, Dubkevitz bei Gingst (Rügen).

Berke, Phil., Schriftsteller, Frankfurt (Main), Oeder Weg 83.

v. Bethe, Kgl. Landrath, Rittmeister a. D., General-Landschaftsrath der Westpreußischen Landschaft, Rittergutsbesitzer, Hammer bei Schönlanke.

v. Bethe, Th., Rittergutsbesitzer, Reichenbach bei Arnswalde.

Beyme, Rittergutsbesitzer, Ottendorf bei Waltersdorf (Bzk. Liegnitz).

Biedermann, Oberst-Lieutenant a. D., Berlin W., Lützow-Ufer 22.

Bieringer, Publizist, München, Maillingerstraße.

v. Bismarck-Uebigau, Rittergutsbesitzer, Uebigau (Bezirk Halle).

v. Blücher, Landforstmeister a. D. und Rittergutsbesitzer, Bobbin bei Gnoien (Meckl.-Schwerin).

Bock, H. C., Gutsbesitzer, Groß-Brütz bei Rosenberg über Schwerin (Mecklenburg).

v. Bodelschwingh-Plettenberg, K. Graf, Kgl. Kammerherr, Erbmarschall der Grafschaft Mark, Mitglied des Herrenhauses, Bodelschwingh über Mengede (Kreis Dortmund).

v. Bodenhausen-Lebusa, **J.** Freiherr, Kgl. Kammerherr und Landrath, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Herzberg (Elster) und Lebusa über Dahme (Mark), [Berlin SW. 46, Königgrätzerstraße 111].

v. Bodenhausen-Radis, **B.** Freiherr, Herzogl. Anhaltischer Kammerherr und Rittergutsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Radis über Wittenberg (Bezirk Halle).

Böcking, H., Gutsbesitzer, Kirschbacherhof bei Zweibrücken (Pfalz).

Boehm, Rittergutsbesitzer, Gabditten bei Heiligenbeil.

v. **Boehn**, Premier-Lieutenant, Rittergutsbesitzer, Lojow bei Dammen (Kreis Stolp).

v. **Bolschwing**, Rittergutsbesitzer, Schönbruch (Kreis Heiligenbeil).

Boltz-Gründen, Rittergutsbes., Adl. Pareyken bei Labiau (Ostpreußen).

v. **Bonin**-Bahrenbusch, Kgl. Landrath, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Bahrenbusch (Post) und Neustettin, [Berlin SW. 68, Oranienstraße 106].

v. **Bonin**-Dresow, Rittergutsbesitzer, Dresow bei Groß-Justin (Pommern).

v. **Borcke**-Stargordt, Graf, Schloßhauptmann von Stettin, Majoratsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Stargordt (Kreis Regenwalde, Pommern).

v. **Boxberg, Georg**, Rittergutsbesitzer, Rehnsdorf bei Elstra (Sächs. Ober-Lausitz).

v. **Boyneburgk, Alexander** Freiherr, Großherzoglich Sächs. Kammerherr, Rittmeister z. D., Rittergutsbesitzer, Stedtfeld bei Eisenach.

v. **Brand**-Lauchstädt, **P.**, Kgl. Kammerherr, Mitglied des Herrenhauses, Lauchstädt bei Woldenberg, [Berlin W. 62, Kurfürstenstraße 125].

v. **Brand**-Wutzig, Major a. D., Majoratsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Wutzig bei Woldenberg, [Berlin NW. 40, Bismarckstraße 2].

Brandis, F., Dr. jur., Amtsrichter, Braunschweig, Kastanien-Allee 35.

v. **Brauchitsch**, Fideikommißbesitzer, Scharteuke bei Genthin.

v. **Braunschweig**-Groß-Podel, **B.**, Rittergutsbesitzer, Groß-Podel bei Stojenthin (Kreis Stolp).

v. **Braunschweig**-Wollin, Major a. D., Rittergutsbesitzer, Wollin bei Zezenow (Pommern).

Brause, R., Rittergutsbesitzer, Deberstedt bei Eisleben.

Brause, Rittergutsbesitzer, Welkersdorf bei Langenoels (Bzk. Liegnitz).

v. **Brederlow**, Baron, z. Z. Tuschewo bei Loebau (Westpreußen).

v. **Brederlow**, Baron, Rittergutsbesitzer, Groß-Saalau bei Domnau (Ostpreußen).

v. **Bredow**-Bredow, **Wichard**, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Bredow bei Nauen.

v. **Bredow**-Buchow-Carpzow, Major a. D., Domherr von Brandenburg, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Buchow-Carpzow bei Wustermark.

v. **Bredow**-Ihlow, Rittmeister d. R., Rittergutsbesitzer, Ihlow bei Wriezen.

v. Bredow-Mückenberg, Königlicher Landrath, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Mückenberg über Elsterwerda (Prov. Sachsen).

v. Bredow-Wölsickendorf, Oberst a. D., Rittergutsbesitzer, Wölsickendorf über Freienwalde (Oder).

v. Brockdorff-Ahlefeldt, Graf, Erbherr auf Ascheberg, Mitglied des Herrenhauses, Ascheberg (Holstein) und Chinow bei Groß-Boschpol (Pommern).

v. Brockhausen-Mellen, Hauptmann a. D., Rittergutsbesitzer, Mellen bei Dramburg.

v. Brockhausen-Mittelfelde, Landrath a. D., Rittergutsbesitzer, Mittelfelde bei Koentopf (Bezirk Köslin).

Brügmann, W., Gutspächter, Kirch-Stück bei Schwerin (Meckl.).

v. Brünneck, R., Königlicher Kammerherr, Burggraf von Marienburg, Landrath a. D. und Majoratsbesitzer, Bellschwitz bei Rosenberg (Westpreußen).

v. Brünneck, Oberst a. D., Rittergutsbesitzer, Trebnitz (Ostbahn).

Bruns, Carl, Königlicher Oekonomierath und Rittergutsbesitzer, Lutzig bei Polzin.

v. Buch-Stolpe, Königlicher Kammerherr und Schloßhauptmann, Majoratsbesitzer, Schloß Stolpe (Oder) [Kreis Angermünde].

v. Buch-Tornow, Rittergutsbesitzer, Tornow bei Marienthal (Mark).

v. Buchwaldt-Rögen, Gutsbesitzer, Hagen bei Probsteierhagen über Kiel (Schleswig-Holstein).

v. Bülow-Rodenwalde, **A.**, Großherzogl. Minister-Präsident, Excellenz, Schwerin (Mecklenburg).

v. Bülow, Rittergutspächter, Romansgut bei Hoppenbruch über Wolittnick (Kreis Heiligenbeil).

v. dem Bussche-Ippenburg, W. Graf, gen. **v. Kessel**, Königlicher Ceremonienmeister, Schloßhauptmann von Osnabrück, Majoratsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Ippenburg bei Wittlage (Hannover).

v. dem Bussche-Münch, Freiherr, Rittergutsbesitzer, Benkhausen bei Alswede (Westfalen).

Calberla, Dr. **G.**, Rittergutsbesitzer, Hirschfeld bei Deutschenbora (Königr. Sachsen).

v. Chamaré, Graf, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Stolz bei Frankenstein (Schlesien).

v. **Cleve-Carow, L.**, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Wernigerode (Harz).

Collin, Rittergutsbesitzer, Hartha bei Melaune (Kreis Görlitz), [Berlin NW., Usedomerstraße 201.].

Collmann, Otto, Domänenpächter, Domäne Fahre bei Melsungen.

v. **Colmar-Meyenburg, A.**, Kgl. Kammerherr und Regierungs-Präsident, Mitglied des Reichstages und des Abgeordnetenhauses, Lüneburg, [Berlin W. 10, Margarethenstraße 7].

v. **Cottenet**, Geh. Regierungsrath und Rittergutsbesitzer, Braunau bei Löwenberg (Schlesien).

v. **Criegern**, Hauptmann a. D., Rittergutsbesitzer, Spremberg bei Neusalza (Sächs. Ober-Lausitz).

v. **Davier**, Königlicher Kammerherr und Landrath a. D., Rittergutsbesitzer, Seggerde bei Weferlingen.

v. **Deines, Hugo**, Dr. jur., Gutsbesitzer, Neuhof bei Aschaffenburg.

Demuth, Heinrich, Königlicher Oekonomierath und Lieutenant a. D., Rittergutspächter, Borne bei Rimkau.

Deter, Rittergutsbesitzer, Schulzendorf (Kreis Ruppin) über Gransee.

v. **Dewitz** gen. **von Krebs**, Kgl. Kammerherr, Rittmeister a. D. und Rittergutsbesitzer, Groß-Jauth bei Rosenberg (Westpreußen).

v. **Dewitz**-Schönhagen, Premier-Lieutenant a. D., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Reichstages und des Abgeordnetenhauses, Schönhagen (Pommern), [Berlin W. 9, Königgrätzerstraße 5].

v. **Dewitz**-Walsleben, Rittergutsbesitzer, Walsleben (Pommern).

v. **Dewitz**-Zachow, Hauptmann a. D., Rittergutsbesitzer, Zachow bei Labes (Pommern).

Diestel, A., Gutsbesitzer, Neuhof bei Lützow (Mecklenburg-Schwerin).

Diestel, Hermann, Gutsbesitzer, Keetz bei Brüel (Mecklenburg).

Dietel, Ober-Post-Sekretär a. D., Silbitz bei Crossen (Elster).

Dietz von Bayer, Kgl. Amtsrath, Rittergutsbesitzer, Himmelstädt bei Cladow, Regbzk. Frankfurt (Oder).

v. **Dönhoff-Friedrichstein, August** Graf, Kaiserl. Legationsrath und **Kammerherr, Fideikommißbesitzer, Mitglied des Reichstages und des Herrenhauses, Friedrichstein bei Löwenhagen** (Ostpreußen), [Berlin W. 41, Mohrenstraße 1/5].

v. **Dönhoff-Skandau, Alexander** Graf, Rittergutsbesitzer, Skandau (Ostpreußen).

zu Dohna-Finckenstein, Rodrigo Burggraf und Graf, Excellenz, Ober-Burggraf im Königreich Preußen, Königlicher Kammerherr, Fideikommißbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Finckenstein bei Rosenberg (Westpreußen), [Berlin W. 9, Schellingstr. 13].

zu Dohna-Kotzenau, Wilhelm Burggraf und Graf, Königlicher Kammerherr, Fideikommißbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Klein-Kotzenau bei Kotzenau (Schlesien).

zu Dohna-Lauck, Friedrich Burggraf und Graf, Kgl. Kammerherr, Majoratsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Lauck über Mühlhausen (Ostpreußen).

zu Dohna-Mallmitz, Alfred Burggraf und Graf, Kgl. Kammerherr, Major a. D., Landesältester, Fideikommißbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Mallmitz (Schlesien), [Berlin NW. 7, Neustädtische Kirchstraße 6/8].

zu Dohna-Schlodien, Adolph Burggraf und Graf, Königl. Kammerherr, Rittmeister a. D., Fideikommißbesitzer, Mitglied des Herrenhauses und des Reichstages, Schlodien (Kreis Preuß. Holland), [Berlin W. 64, Unter den Linden 32, Hôtel du Nord].

zu Dohna-Wundlacken, Georg Burggraf und Graf, Rittergutsbesitzer, Wundlacken bei Königsberg (Ostpreußen).

v. Domhardt, Gebhard, Majoratsbesitzer, Bestendorf bei Groß-Bestendorf, über Mohrungen (Ostpreußen).

v. Douglas, W. Graf, Gutsbesitzer, Mitglied des Reichstages, Gondelsheim bei Bruchsal (Baden) und Langenstein bei Stockach (Baden), [Berlin NW. 7, Neustädtische Kirchstraße 6/7].

v. Dreßler, Königlicher Geheimer Regierungsrath und Landrath, Heiligenbeil.

v. Dreßler, Benno, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Schreitlauken über Willkischken (Ostpreußen).

v. Dreßler, Premier-Lieutenant a. D. und Rittergutsbesitzer, Willkischken (Kreis Tilsit).

Dreyer, Gutsbesitzer, Kreis-Deputirter, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Waldhof bei Rhein (Ostpreußen), [Berlin W. 57, Göbenstraße 1].

v. Dürckheim-Bundhorst, **A. Eckbrecht** Reichsgraf, Hauptmann a. D., Rittergutsbesitzer, Hannover, Hohenzollernstraße 14.

Eben, Rittmeister der Reserve und Rittergutsbesitzer, Owidz bei Preuß. Stargard.

Ebray, Theodor, Hauptmann z. D., Weinbergsbesitzer, Biebrich (Rhein). Winter: Wiesbaden.

v. **Eichel, G.**, Rittergutsbesitzer, Landesältester, Rittmeister d. R., Nieder-Heidersdorf über Görlitz.

Elert, Rittergutsbesitzer, Groß-Nossin über Wundichow (Pommern).

Endell, Major a. D., Rittergutsbesitzer, Kiekrz bei Rokietnica (Landkreis Posen).

v. **Erffa**-Wernburg, **Hermann** Freiherr, Kgl. Kammerherr, Rittmeister der Landwehr-Kavallerie, Rittergutsbesitzer, Kreisdeputirter und Mitglied des Abgeordnetenhauses, Schloß Wernburg bei Poeßneck, [Berlin W. 12, Prinz Albrechtstraße 9].

v. **Esbeck-Platen**, Kgl. Kammerherr, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Capelle bei Gingst (Rügen).

zu **Eulenburg**-Prassen, **R.** Graf, Excellenz, Ober-Marschall im Königreich Preußen, Majoratsherr, Mitglied des Herrenhauses, Prassen (Ostpreußen), [Berlin W. 64, Pariser Platz 4].

Evert, G., Regierungsrath, Berlin W. 41, Mauerstraße 45.

v. **Fabeck**, Herrschaftsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Jablonken (Kreis Ortelsburg), [Berlin NW. 7, Schadowstraße 2].

v. **Farenheid**-Beynuhnen, **Horst**, Majoratsbesitzer, München [Klein-Beynuhnen bei Launingken, Kreis Darkehmen].

Fielitz, A., Gutsbesitzer, Clettwitz bei Finsterwalde.

v. **Finckenstein**-Reitwein, **Günther** Graf **Finck**, Fideikommißbesitzer, Reitwein über Bahnhof Frankfurt (Oder).

v. **Finckenstein**-Simnau, Graf **Finck**, Fideikommißbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Simnau bei Wodigehnen (Ostpreußen), [Berlin NW. 7, Neustädtische Kirchstraße 16].

v. **Finckenstein**-Ziebingen, **Wilhelm** Graf **Finck**, Majoratsbesitzer, Ziebingen (Kreis West-Sternberg).

Foerster, Rittergutsbesitzer, Kontopp (Schlesien).

v. **Frege, A.**, Dr. jur., Kammerherr, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Reichstages, Abtnaundorf bei Schönefeld-Leipzig [Berlin W. 9, Königgrätzerstraße 5].

v. **Freier, Günther**, Premier-Lieutenant a. D., Rittergutsbesitzer, Hoppenrade bei Garz (Prignitz).

Freudenstein, Dr. **Otto**, Rechtsanwalt und Notar, Rittergutsbesitzer, Hannover, Alte Celler Heerstraße 44.

v. Funcke, F., Rittergutsbesitzer, Kieritzsch (Königr. Sachsen).
v. Gaisberg, H. U., Rittergutsbesitzer, Helfenberg bei Beilstein (Württemberg).
Gebauer, B., Rittergutspächter, Markendorf bei Frankfurt (Oder).
Gerdolle, H., Kaiserl. Oberförster a. D., General-Sekretär des Landwirthschaftlichen Bezirksvereins Lothringen, Metz (Lothringen).
Gerber, Königlicher Amtsrath Vorsitzender des landwirthschaftlichen Vereins Düben, Schwemsal bei Düben.
Giersch de Rège, M., Gerichtsrath und Premier-Lieutenant der Garde-Landwehr-Kavallerie a. D., Berlin NW. 52, Paulstr. 12, I.
Giesbert, Hofbesitzer, Sieringshock bei Gildehaus (Hannover).
v. Glasow, Majoratsbesitzer, Partheinen bei Wolittnick (Kreis Heiligenbeil).
v. d. Goltz-Mertensdorf, Freiherr, Rittergutsbesitzer, Mertensdorf bei Friedland (Ostpreußen).
Gontard, A., Rittergutsbesitzer, Mockau (Parthe).
v. Gottberg, Rittergutsbesitzer, Reblin bei Zitzewitz über Stolp (Pommern).
Graebe, Rittergutsbesitzer, Karniszewo bei Kletzko.
v. Graewe, Edler, Rittergutsbesitzer, Groß-Gotteswalde bei Sonnenborn über Mohrungen (Ostpreußen).
Gravenstein, Richard, Rittergutsbesitzer, Sydow bei Biesenthal (Kreis Ober-Barnim).
v. Graß-Klanin, **L.,** Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Klanin bei Groß-Starzin über Putzig (Westpreußen), [Berlin W. 64, Mauerstraße 80].
v. der Groeben-Arenstein, Hauptmann a. D., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Reichstages und des Herrenhauses, Arenstein bei Tiefensee (Kreis Heiligenbeil), [Berlin NW. 7, Louisenstr. 30].
v. der Groeben-Klingbeck, Rittergutsbesitzer, Groß-Klingbeck bei Ludwigsort (Ostpreußen).
Groß, H., Gutsbesitzer, Praußen bei Perwilten über Ludwigsort (Ostpreußen).
v. Gültlingen, Wilhelm Freiherr, Kgl. Kammerherr, Erbkämmerer und Landgerichtsrath, Mitglied des Reichstages, Stuttgart, Alexanderstraße 15, [Berlin W. 41, Mohrenstraße 1/5].
v. Gustedt-Lablacken, Baron, Kgl. Kammerherr, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Reichstages und des Abgeordnetenhauses, Lablacken über Labiau, [Berlin W. 10, Margarethenstraße 8].

v. Hacke, Erich Graf, Majoratsbesitzer, Alt=Ranft (Kreis=Ober=Barnim).

Haesecke, R., Gutsbesitzer, Paulshorst bei Rheinsberg (Mark).

v. Haeseler, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Kloster Haeseler bei Bad Kösen.

Hagen, F., Lieutenant a. D. und Rittergutsbesitzer, Davidshof bei Ortelsburg.

v. Hagen, Major a. D., Rittergutsbesitzer, Gollwitz bei Brandenburg (Havel).

vom Hagen, Graf, Königl. Kammerherr und Erbschenk im Herzogthum Magdeburg, Majoratsbesitzer, Möckern (Kreis Jerichow I).

Hagen, F., Kgl. Amtsrath, Sobbowitz über Hohenstein (Westpreußen).

v. der Hagen, Hauptmann a. D. und Rittergutsbesitzer, Nakel (Mark).

v. Hanenfeldt, Rittergutsbesitzer, Grünenfeld bei Lindenau (Kreis Heiligenbeil).

Halske, H., Rittergutsbesitzer, Dalldorf bei Büchen (Herzogth. Lauenburg).

Hambeck, Colon, Quendorf bei Schüttorf (Hannover).

v. Hammerstein, W. Freiherr, Herausgeber der „Neuen Preußischen (Kreuz=) Zeitung", Mitglied des Reichstages und des Abgeordnetenhauses, Berlin W. 62, Kleiststraße 32.

v. Hanstein, Fr. Freiherr, Rittergutsbesitzer, Besenhausen bei Arenshausen.

v. Hasselbach, Kgl. Landrath, Hauptmann a. D., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Wolmirstedt (Bezirk Magdeburg), [Berlin NW. 7, Dorotheenstraße 80/81].

v. Haugwitz=Hardenberg=Reventlow, Heinrich Graf, Besitzer der Herrschaft Krappitz=Rogau, Mitglied des Herrenhauses, Schloß Rogau bei Krappitz (Oberschlesien).

Heckmann, L., Gutsbesitzer, Mönchhof bei Abterode (Hessen=Nassau).

v. Helldorff=Wohlmirstaedt, Graf, Rittergutsbesitzer, Wohlmirstaedt (Bezirk Halle) über Wiehe (Bezirk Halle).

v. Helldorff=Zingst, **Roderich,** Rittmeister a. D. und Rittergutsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Zingst bei Nebra, [Berlin W. 41, Mohrenstraße 1/5].

Hertwig, Paul, Rittergutsbesitzer, Breitingen bei Regis (Königr. Sachsen).

Hertwig, W., Rittmeister und Rittergutspächter, Goseck über Weißenfels.

v. Hertzberg, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Lottin (Kreis Neustettin).

v. Herzenberg, Freiherr, Kammerherr, Rittergutsbesitzer, Heuckewalde (Kreis Zeitz).

v. Heydebrand und der Lasa, Hauptmann a. D, Rittergutsbesitzer, Klein-Gutowy bei Pleschen.

v. Heydebreck, Rittergutsbesitzer, Neubuckow (Kreis Bublitz) über Groß-Tychow (Kreis Bublitz).

v. Heyden-Linden, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Stretense bei Anklam.

Heyne, C. R., Weidigsmühle bei Jena.

v. Heynitz, E., Rittmeister a. D. und Rittergutsbesitzer, Neuhausen (Kreis Cottbus).

v. Heynitz, Königl. Kammerherr und Rittergutsbesitzer, Weicha bei Weißenberg (Ober-Lausitz, Königr. Sachsen).

Hetzer, Otto Julius, Rittergutsbesitzer, Niederkaina bei Bautzen.

Hilgendorff, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Reichstages und des Abgeordnetenhauses, Platzig bei Prechlau (Westpreußen), [Berlin NW. 7, Friedrichstraße 94].

Hillmann, Gutsbesitzer, Kladow bei Crivitz (Mecklenburg).

Hillmann, W., Gutsbesitzer, Klein-Krankow bei Bobitz über Kleinen (Mecklenburg).

Himburg, R., Rittergutsbesitzer, Schricke bei Loitsche über Wolmirstedt (Bezirk Magdeburg).

v. Hindenburg, G., Rittergutsbesitzer, Langenau bei Freystadt (Westpreußen).

Hirt, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Cammerau bei Schweidnitz [Berlin W. 8, Jägerstraße 17].

Hoepfner, Rittergutsbesitzer, Böhmenhöfen bei Braunsberg.

zu Hohenlohe-Oehringen, Christian Kraft Erbprinz, Durchlaucht, Oberstkämmerer Sr. Majestät des Kaisers und Königs, Major à la suite der Armee, Mitglied des Reichstages, Slawentzitz (Oberschlesien), [Berlin NW. 40, Hindersinstraße 12].

v. Hohenthal-Dölkau, **A.** Graf, Kgl. Kammerherr, Schloßhauptmann von Merseburg, Rittmeister a. D. und Fideikommißbesitzer, Dölkau bei Zöschen über Merseburg.

v. Hohenthal und Bergen, W. Graf, Dr. jur., Kgl. Sächs. Kammerherr, außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister, Berlin W. 9, Voßstraße 19.

v. Hollen, Freiherr, Rittergutsbesitzer, Hohenwalde bei Eisenberg (Ostpreußen).

v. **Holstein**-Waterneverstorff, Graf, Erbherr, Mitglied des Reichstages, Waterneverstorff bei Lütjenburg (Holstein), [Berlin W. 9, Schellingstraße 10].

Holtz, Otto, Kaufmann, Berlin S., Böckhstraße 2.

v. **Horn**, Major a. D., Rittergutsbesitzer, Sabin bei Falkenburg (Pommern).

v. **Hoverbeck, Alfred** Freiherr, **gen. v. Schönaich**, Majoratsbesitzer, Klein-Tromnau bei Riesenburg (Westpreußen).

v. **Hoverden-Plencken**, Graf, Majoratsbesitzer, Hünern bei Ohlau (Schlesien).

Hubbe, Richard, Rittergutspächter, Kaltenmark bei Loebejün.

v. **Hundelshausen**-Friemen, **E.**, Landesdirektor, Rittmeister a. D. und Rittergutsbesitzer, Friemen bei Waldkappel und Kassel.

Hungar, F., Rittergutsbesitzer, Wäldchen (Kreis Strehlen i. Schl.).

v. **Hymmen**-Endenich, Geh. Regierungsrath und Landrath a. D., Burg Endenich (Landkreis Bonn).

v. **Jagow**-Calberwisch, Major a. D., Rittergutsbesitzer, Calberwisch bei Osterburg (Altmark).

v. **Jagow**-Crüden, **W.**, Kgl. Kammerherr, Landrath a. D. und Fideikommißbesitzer, Crüden bei Seehausen (Altmark).

v. **Jagow**-Pollitz, Fideikommißbesitzer, Pollitz (Altmark).

v. **Jagow**-Rühstaedt, **Günther**, Rittmeister der Garde-Landw.-Kavallerie, Fideikommißbesitzer, Erbjägermeister der Kurmark Brandenburg, Rühstaedt über Wilsnack.

v. **Jagow**-Scharpenhufe, **H.**, Kgl. Landrath, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Osterburg (Altmark).

v. **Jena**, Kgl. Major a. D., Fideikommißbesitzer, Cöthen (Mark).

v. **Ingelheim, Philipp** Graf, Gutsbesitzer, Ingelheim (Rheingau).

zu Inn- und Knyphausen, E. Graf, Königlicher Kammerherr, Landschaftsrath, Majoratsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses und des Reichstages, Lützburg bei Hage (Ostfriesland), [Berlin W. 8, Mohrenstraße 27].

Jordan, G., Rittergutsbesitzer, Kuhhorst bei Börnicke (Havelland).

v. **Jungschulz-Roebern**, Rittergutsbesitzer, Laggarben bei Bahnhof Skandau.

v. **Kaehne, C.**, Rittergutsbesitzer, Petzow bei Werder (Havel).

v. **Kalckreuth**, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Kurzig bei Pieske (Kreis Meseritz).

v. **Kalckstein, U.**, Majoratsbesitzer, Wogau bei Preuß. Eylau (Ostpreuß.).
v. **Kalnein**-Kilgis, **K.** Graf, Kgl. Kammerherr, Rittmeister a. D., Majoratsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Kilgis bei Kreutzburg, Kreis Eylau (Ostpreußen).
v. **Kalnein**-Kilgis junior, Graf, München.
v. **Kanitz**-Podangen, **H.** Graf, Königl. Kammerherr, Rittmeister a. D., Majoratsbesitzer, Mitglied des Reichstages und des Abgeordnetenhauses, Podangen bei Wormditt (Ostpreußen), [Berlin W. 64, Behrenstraße 64/65, Hôtel Windsor].
v. **Katte**, Rittergutsbesitzer, Roskow bei Brandenburg (Havel).
v. **Katte, H.**, Major a. D., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Vieritz bei Neuenklitsche.
Keding, Fr., Gutsbesitzer, Repersdorf bei Warin (Mecklenburg).
v. **Keyserling, H.** Graf, und Graf **zu Rautenburg**, Kgl. Kammerherr, Majoratsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Schloß Rautenburg über Lappienen, [Berlin NW. 7, Dorotheenstraße 48].
Klein, R., Gutsbesitzer, Aschaffenburg, Goldbecherstraße 6.
v. **Klinckowström, Cl.** Graf, Landrath, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Korclack bei Gerdauen.
v. **Klitzing**-Charlottenhof, **G.**, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Charlottenhof (Neumark).
v. **Klitzing**-Demmerthin, Rittergutsbesitzer, Demmerthin bei Kyritz.
v. **Klitzing**-Grassee, Rittergutsbesitzer, Grassee bei Nörenberg (Pomm.).
v. **Klot-Trautvetter**, Graf, Majoratsbesitzer, Hohendorf bei Groß-Mohrdorf über Stralsund.
v. **Knebel-Doeberitz**-Dietersdorf, Rittergutsbesitzer, Dietersdorf bei Falkenburg (Pommern).
v. **Knebel-Doeberitz**-Lübgust, Rittergutsbesitzer, Lübgust bei Gramenz.
v. **Knebel-Doeberitz**-Zülshagen, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Zülshagen bei Dramburg.
v. **dem Knesebeck-Carwe**, Baron, Königl. Landrath, Rittergutsbesitzer, Carwe bei Wustrau (Kreis Neu-Ruppin).
v. **dem Knesebeck-Milendonk**, Freiherr, Königlicher Kammerherr und Ceremonienmeister, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Schloß Tylsen bei Wallstawe über Salzwedel.
v. **Knobelsdorff, Wilhelm**, General-Major z. D., Hannover, Hildesheimerstraße 20.

Knoch, Emil, Rittergutsbesitzer, Alt-Gabel bei Waltersdorf (Rgsbzk. Liegnitz).

Knoch, Robert, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Ober-Poppschütz bei Neustädtel (Schlesien), [Berlin SW. 19, Krausenstraße 48].

v. Kobylinski, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Wöterkeim (Ostpreußen).

Koch, Paul, Rittergutsbesitzer, Altenzaun bei Arneburg.

v. Köckritz, Hauptmann a. D., Rittergutsbesitzer, Siewisch bei Drebkau.

Koegel, Erich, Rittergutsbesitzer, Lüdersdorf bei Wriezen (Kreis Ober-Barnim).

v. Königsmarck-Plaue, H. Graf, Excellenz, Königl. Kammerherr, Schloßhauptmann von Rheinsberg, Erbhofmeister der Kurmark Brandenburg, Majoratsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Schloß Plaue (Havel), und Schloß Kamnitz bei Gostoczyn (Westpreußen).

v. Koerber, Rittergutsbesitzer, Groß-Plowenz bei Ostrowitt (Kreis Loebau, Westpreußen).

Kosmack, Rittergutsbesitzer, Althof-Memel bei Memel.

v. Kottwitz, Hauptmann a. D., Rittergutsbesitzer, Laubsdorf bei Neuhausen (Kreis Cottbus).

v. Kownatzky, O., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Klein-Tauersee bei Heinrichsdorf (Kreis Neidenburg), [Berlin W. 8, Jägerstraße 62a, Hôtel Stadt Gotha].

v. Kotze, Königl. Landrath, Rittergutsbesitzer, Klein-Oschersleben bei Hadmersleben.

v. Kotze, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Lobersleben.

v. Krause, Rentier, Ballenstedt (Harz), Allee Nr. 46.

Kreis-Abtheilung Sensburg des Bundes der Landwirthe. Vorsitzender: Gutsbesitzer **Heller,** Peitschendorf.

Krell, Rittergutsbesitzer, Campehl bei Bahnhof Neustadt (Dosse).

Kretschmer, Administrator, Schloß Sonnewalde (Nieder-Lausitz).

v. Kröcher, J., Rittmeister a. D., Haupt-Ritterschaftsdirektor, Fideikommißbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Vinzelberg (Altmark), [Berlin SW. 46, Dessauerstraße 23].

v. Krosigk, Kammerherr, Rittergutsbesitzer, Eichenbarleben.

v. Krosigk, A., Kammerherr, Rittergutsbes., Hohenerxleben bei Staßfurt.

Krüger, Direktor der Hagelversicherungs-Gesellschaft „Borussia", Berlin W. 57, Potsdamerstraße 74.

Kruse, Hauptmann a. D., Rittergutsbesitzer, Gneven bei Cambs (Mecklenburg).

Kühn, P., Gutsbesitzer, Werneuchen.

Kühne, O., Rittergutspächter, Hartmannsdorf bei Crossen (Elster).

v. Küster, Max, Königl. Landrath, Majoratsbesitzer, Lomnitz bei Schildau (Bober).

v. Kulmiz, Dr., Ritterguts- und Fabrikbesitzer, Conradswaldau bei Saarau.

v. Kunheim-Spanden, E., Kgl. Kammerherr, Fideikommißbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Spanden bei Schlodien.

v. Kunow, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Bomsdorf bei Neuzelle.

Kutscher, Amtsrath, Jannewitz bei Suckow über Schlawe.

Lamprecht, Gutsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Klein-Mutz über Zehdenick, [Berlin W. 41, Kronenstraße 2].

v. der Lancken-Lanckensburg, Rittmeister d. R., Rittergutsbesitzer, Lanckensburg bei Altenkirchen (Rügen).

v. der Lancken-Wakenitz, Freiherr, Major a. D., Rittergutsbesitzer, Boldevitz bei Gingst (Rügen).

Landmann, Adolf, Rittergutsbesitzer, Nenkersdorf bei Frohburg (Königreich Sachsen).

v. Landsberg-Steinfurt, J. Freiherr, Königl. Kammerherr und Landrath, Mitglied des Herrenhauses, Steinfurt bei Drensteinfurt und Münster (Westfalen).

Landw. Verein zu Allenburg. Vorsitzender: Alfieri, Rittergutsbesitzer, Koppershagen bei Wehlau (Ostpreußen).

Landw. Verein zu Altenburg. Sekretär: Dr. R. Seifert, Direktor der landwirthschaftlichen Schule, Altenburg.

Landw. Zweigverein zu Bautzen I. in Sachsen. Vorsitzender: W. Jokusch, Stadtgutsbesitzer in Bautzen.

Landw. Verein zu Beeskow (Mark). Vorsitzender: H. Osterroht, Rittmeister der Landwehr-Kavallerie und Rittergutsbesitzer, Hartmannsdorf bei Pfaffendorf (Mark).

Landw. Verein der Kreise Bitterfeld und Delitzsch. Vorsitzender: von Busse, Major a. D., Rittergutsbesitzer, Zschortau. Schriftführer: Mackenthum, Rittergutsbesitzer, Brodau bei Zschortau.

Landw. Verein zu Crossen (Oder). Vorsitzender: O. Uhden, Königl. Amtsrath und Deichhauptmann, Mitglied des Reichstages, Sorge bei Crossen (Oder), [Berlin NW. 7, Neustädtische Kirchstraße 10].

Landw. Verein der Kreise Czarnikau und Filehne. Vorsitzender: Gutsbesitzer Max Zindler, Neudorf bei Schönlanke. Schatzmeister: Sabatke, Hauptlehrer, Schönlanke.

Lokalabtheilung Düren des Landw. Vereins für Rheinpreußen. Direktor: v. Breuning, Königlicher Landrath, Düren (Rheinland).

Lokalabtheilung Düsseldorf des Landw. Vereins für Rheinpreußen. Direktor: Freiherr von Eynatten, Königl. Kammerherr und Rittergutsbesitzer, Düsseldorf.

Lokalabtheilung Elberfeld-Barmen-Lennep des Landw. Vereins für Rheinpreußen. Direktor: Königs, Königl. Landrath, Lennep.

Landw. Verein zu Eutritzsch, Königreich Sachsen. Vorsitzender: Vollsack, Oekonomie-Rath, Großzschocher bei Leipzig.

Landw. Verein des Franzburger Kreises. Vorsitzender: O. Graf zu Solms-Roedelheim, Erlaucht, Major a. D., Erbtruchseß in Neuvorpommern, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Altenhagen bei Redebas. Schriftführer und Rendant: Krüger, Starkow bei Redebas.

Landw. Verein zu Freienwalde (Oder). Vorsitzender: Gutsbesitzer Veit, Herrenwiese bei Altranft.

Landw. Verein zu Freienwalde in Pommern. Vorsitzender: von Webel, Rittergutsbesitzer, Vehlingsdorff bei Freienwalde (Pommern). Rendant: M. Meißner, Fabrikbesitzer, Stargard (Pommern).

Hessischer Verein für wirthschaftliche Interessen. Vorsitzender: F. Oldenburg, Königlicher Oberamtmann, Wilhelmshof bei Hersfeld.

Landw. Verein im Riesengebirge zu Hirschberg in Schlesien. Vorsitzender: Laengner, Oekonomie-Rath, Alt-Kemnitz bei Hirschberg (Schlesien).

Landw. Verein des II. Jerichowschen Kreises zu Genthin. Vorsitzender: Himburg, Königl. Oberamtmann, Amt Fienerode bei Genthin. Rendant: Eduard Ulrich, Kaufmann, Genthin.

Landw. Verein der Kreise Inowrazlaw und Strelno. Vorsitzender: Freiherr von Schlichting, Rittergutsbesitzer, Wierzbiczany bei Argenau. Rendant: C. Mahncke, Rittergutsbesitzer, Gonsk bei Argenau.

Landw. Verein zu Königsberg (Neumark). Vorsitzender: von Saldern, Königl. Landrath und Rittergutsbesitzer, Klein-Mantel bei Groß-Mantel (Neumark). Rendant: Ritter, Königsberg (Neumark).

Landw. Zweigverein der Pommerschen Oekonomischen Gesellschaft zu Labes. Vorsitzender: von Wedel, Rittergutsbesitzer, Schwerin bei Daber.

Leipziger Oekonomische Societät. Vorsitzender: Dr. A. von Frege, Kammerherr, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Reichstages, Abtnaundorf bei Schönefeld-Leipzig. Kreisvereins-Sekretär: F. H. Francke, Leipzig, Nürnbergerstraße 58 II.

Landw. Kreisverein zu Lippstadt. Direktor: Freiherr von Werthern, Königl. Landrath in Lippstadt. Rendant: H. Wensing, Lippstadt.

Landw. Kreisverein Minden. Vorsitzender: Caesar, Rittergutsbesitzer, Rothenhoff bei Hausberge über Minden.

Landw. Verein zu Neuteich (Westpreußen). Vorsitzender: E. Grunau, Rittergutsbesitzer, Lindenau bei Groß-Mausdorf (Westpr.).

Landw. Verein des Nimptsch'er Kreises. Vorsitzender: Hoffmann, Rittergutsbesitzer, Groß-Kniegnitz bei Prauß (Kreis Nimptsch). Kassirer: H. Tschor, Nimptsch.

Pommersche Oekonomische Gesellschaft, Hauptdirektorium der. General-Sekretär: Dr. Troschke, Oekonomierath, Cöslin, Bergstraße 44.

Landw. Kreisverein Posen. Vorsitzender: Endell, Major a. D., Rittergutsbesitzer, Kiekrz bei Rokietnica. E. Pflücker, Sekretär, Posen, Ritterstraße 13.

Landw. Verein zu Pritzwalk. Vorsitzender: von Freier, Rittergutsbesitzer, Hoppenrade bei Garz (Prignitz). Sekretär: Rambohr, Pastor, Kuhsdorf bei Pritzwalk.

Landw. Verein zu Rathenow. Vorsitzender: Briesen, Rittmeister a. D. und Rittergutsbesitzer, Böhne bei Groß-Wudicke.

Landw. Zweigverein der Pommerschen Oekonomischen Gesellschaft zu Regenwalde. Vorsitzender: von Blücher, Königlicher Kammerherr und Rittergutsbesitzer, Wolkow bei Groß-Borkenhagen.

Landw. Verein der Insel Rügen zu Bergen a. R. Vorsitzender: Doehn, Rittergutsbesitzer, Glutzow bei Poseritz (Rügen).

Landw. Kreditverein im Königreich Sachsen. Direktor: Dr. P. Mehnert, Königlicher Hofrath, Rechtsanwalt und Notar, Dresden-A., Sidonienstraße 16b.

Landw. Generalverein zu Schleswig-Holstein in Kiel. Vorsitzender Direktor: E. Hölck, Kiel. General-Sekretär: Dr. H. Breyholz, Kiel, Kronshagener Weg 5.

Landw. Verein Schloppe. Schriftführer: W. Waser, Gutsbesitzer, Abbau Schloppe bei Schloppe (Kreis Dt. Krone).

Landw. Verein für Schönhausen und Umgegend. Schönhausen (Elbe). Vorsitzender: Fr. Bellin, Gutsbesitzer, Schönhausen (Elbe).

Landw. Abtheilung des Altmärkischen Vereins für Vaterländische Geschichte und Industrie in Stendal. Vorsitzender: von Bismarck, Königl. Landrath, Rittergutsbesitzer, Briest bei Stendal.

Landw. Verein der Sternberger Kreise. Vorsitzender: Bohtz, Geheimer Regierungsrath und Landrath, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Reichstages und des Abgeordnetenhauses, Schmagorei bei Drossen (Kreis Ost-Sternberg), [Berlin W. 8, Charlottenstraße 65].

Landw. Kreisverein Strehlen in Schlesien. Vorsitzender: von Lieres, Königl. Landrath, Major a. D., Rittergutsbesitzer, Strehlen in Schlesien. Vertreter: von Luck, Premier-Lieutenant a. D., Rittergutsbesitzer, Kreis-Deputirter, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Ottwitz bei Waeldchen (Schlesien), [Berlin SW. 68, Oranienstraße 106].

Uckermärkischer Verein für Thierschau und Landeskultur zu Prenzlau. Vorsitzender: von Winterfeldt-Menkin, Geh. Regierungsrath und Landrath, Mitglied des Reichstages und des Herrenhauses, Menkin bei Löcknitz, [Berlin W. 8, Mohrenstraße 27]. Rendant: Reichert, Kreisausschuß-Sekretär, Prenzlau.

Landw. Verein zu Wilsnack. Vorsitzender: Günther von Jagow, Erbjägermeister der Kurmark Brandenburg, Rühstaedt über Wilsnack. Schriftführer: Voigt, Konrektor, Wilsnack. Rendant: L. Drews, Wilsnack.

Landw. Zweigverein der Pommerschen Oekonomischen Gesellschaft zu Wollin. Vorsitzender: Baron von Sobeck, Rittergutsbesitzer, Trebenow bei Pribbernow (Kreis Cammin). Rendant: A. Krüger, Wollin.

Landw. Verein in Zinten (Gesellschaft prakt. Landwirthe). Vorsitzender: von Saint-Paul, Rittergutsbesitzer, Maraunen bei Zinten. Sekretär: Kühn, Pfarrer, Zinten.

Landw. Verein Zwaetzen-Jena. Vorsitzender: Professor Dr. Freiherr von der Goltz-Jena. Rendant: Schilling, Zwaetzen bei Jena.

v. Langen, Dr. jur., Freiherr, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Reichstages, Groß-Lüdershagen bei Stralsund, [Berlin NW. 7, Luisenstraße 30].

Langenbeck, Gutsbesitzer, Schönhof bei Bobitz über Kleinen (Mecklenburg-Schwerin).

v. Langermann und Erlencamp, Freiherr, Rittergutsbesitzer, Lubin (Kreis Kosten).

Laqua, H., Gutsbesitzer, Sorgau bei Grottkau.

v. Leers, Rittergutsbesitzer, Mühlen-Eichsen (Mecklenburg-Schwerin).

Leidloff, R., Rittergutsbesitzer, Poethen bei Gommern.

Leuschner, Ernst, Königlicher Geheimer Bergrath, Ober-Berg- und Hütten-Direktor der Mansfelder Gewerkschaft, Mitglied des Reichstages, Eisleben, [Berlin W. 8, Charlottenstraße 71].

v. Levetzow-Gossow, A., Kgl. Wirkl. Geheimer Rath, Excellenz, Landes-Direktor der Provinz Brandenburg, Mitglied des Staatsraths, des Reichstages und des Herrenhauses, Berlin W. 10, Matthäikirch-Straße 20/21.

v. Levetzow-Groß-Wubiser, Rittergutsbesitzer und Kreisdeputirter, Groß-Wubiser bei Mohrin (Neumark).

v. der Leyen, Rittergutsbesitzer, Schramowo bei Pokrzydowo (Kreis Strasburg, Westpreußen).

v. Lieres und Wilkau, Landesältester, Rittergutsbesitzer, Pasterwitz bei Wangern.

zur Lippe, Ferdinand Graf und Edler Herr, Erlaucht, Rittergutsbesitzer, Baruth (Sachsen).

v. Livonius, Rittergutsbesitzer, Wendisch-Carstnitz bei Lupow (Kreis Stolp).

v. Loebell, General-Lieutenant z. D., Excellenz, Hannover, Hohenzollernstraße 11.

v. Loën, Freiherr, Major a. D., Rittergutsbesitzer, Groß-Biesnitz bei Görlitz.

v. Loesch, Heinrich, Landesältester und Rittergutsbesitzer, Kammerswaldau (Kreis Hirschberg, Schlesien).

Lucke, Carl, Rittergutspächter, Patershausen bei Offenbach (Main).

v. und zu Lüderitz, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Lüderitz (Altmark).

v. Lüttichau, Rittergutsbesitzer, Audigast bei Pegau (Kgr. Sachsen).

zu Lynar, M. Graf, Standesherr, Mitglied des Herrenhauses, Lübbenau.

Mac' Lean-Czerbienschin, A., Lieutenant a. D., Rittergutsbesitzer, Czerbienschin bei Sobbowitz (Westpreußen).

Mac' Lean, Rittergutsbesitzer, Roschau bei Sobbowitz (Westpreußen).

v. der Malsburg, Hans Baron, Kgl. Kammerherr, Rittergutsbesitzer, Escheberg bei Zierenberg (Hessen-Nassau).

v. Manteuffel, O. Freiherr, Rittergutsbesitzer, Kgl. Landrath, Generaldirektor der Landfeuersozietät der Kurmark und der Nieder-Lausitz, 1. Vice-Präsident des Herrenhauses, Mitglied des Reichstages, Schloß Crossen bei Drahnsdorf (Berlin-Dresdener Bahn), [Berlin W. 10, Matthäikirchstraße 20/21].

v. Martini, Emil, Rittergutsbesitzer, Lukowo bei Obornik (Posen).

v. Massenbach, Freiherr, Rittergutsbesitzer, Salleschen bei Rheinswein (Ostpreußen).

v. Massow, Major z. D., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Reichstages, Rohr (Pommern) über Rummelsburg (Pommern), [Berlin W. 41, Mohrenstraße 1/5].

Matti, L., Gutsbesitzer, Obergartenhof bei Aschaffenburg.

Mauerhoff, Gutsbesitzer, Klein-Kamionken bei Rosoggen über Sorquitten.

Mehnert, Rittergutsbesitzer, Puschwitz bei Belgern (Elbe).

v. Mendel-Steinfels, Landes-Oekonomierath und Dozent, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Halle (Saale), [Berlin W. 64, Unter den Linden 20].

v. Metzsch, Wolf, Rittergutsbesitzer, Lieutenant a. D., Eschenbach bei Schöneck (Sachsen).

Meyer, Rittergutsbesitzer, Groß-Cummerow bei Casekow (Pommern).
v. **Mirbach**-Sorquitten, J. Graf, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Reichstages und des Herrenhauses, Sorquitten (Ostpreußen), [Berlin W. 64, Wilhelmstraße 69, Hôtel Royal].
Moewes, Rittergutsbesitzer, Falkenau bei Grottkau.
Mooren, **Th.**, Bürgermeister, Mitglied des Reichstages und des Abgeordnetenhauses, Eupen (Rheinprovinz), [Berlin NW. 7, Friedrich-Straße 143/149].
v. **Mudersbach**, **Weitzel**, Rittergutsbes., Osterwein bei Osterode (Ostpr.).
v. **Mühlenfels**, Amtsvorsteher, Altefähr (Rügen).
Müller, **Richard**, Stadtgutsbesitzer, Eckartsberga (Prov. Sachsen).
Müller, Rittergutsbesitzer, Laubst bei Drebkau.
Müller, **Hugo**, Gräfl. Oberförster und Generalbevollmächtigter, Schloß Wiesenburg (Mark).
v. **Münchhausen**, **Heino** Freiherr, Premierlieutenant a. D., Rittergutsbesitzer, Herrengosserstedt bei Buttstädt (Provinz Sachsen).
v. **Muschwitz**, **Th.**, Rittergutsbesitzer, Wintdorf bei Drebkau.
v. **Nathusius**, **Friedrich**, Rittergutsbesitzer, Uchorowo bei Obornik.
v. **Nathusius**, **Philipp**, Potsdam.
v. **Neumann**-Gerbstedt, Legationsrath a. D., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Gerbstedt (Prov. Sachsen).
v. **Neumann**-Großenborau, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Ober-Großenborau (Rgsbz. Liegnitz).
v. **Nitzschwitz**, **F.**, Rittergutsbesitzer, Königsfeld bei Rochlitz (Königr. Sachsen).
v. **Oertzen**-Roggow, Landrath, Rittergutsbesitzer, Roggow über Neu-Buckow (Mecklenburg).
v. **Oertzen**-Groß-Schmückwalde, Rittergutsbesitzer, Groß-Schmückwalde über Osterode (Ostpreußen).
v. **Oertzen**-Remlin, **U.**, Geh. Ober-Regierungsrath a. D., Rittergutsbesitzer, Remlin bei Tördenstorf (Meckl.-Schwerin).
v. **Oldenburg**, **E.**, Königlicher Kammerherr, Rittergutsbesitzer, Januschau bei Rosenberg (Westpreußen).
Opitz, **H. G.**, Justizrath, Rechtsanwalt und Notar, Rittergutsbesitzer, Mitglied der Sächsischen II. Kammer, Treuen (Vogtland).
v. **Oppenfeld**-Reinfeld, Assessor a. D., Fideikommißbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Reinfeld (Kreis Belgard) [Berlin NW. 40, In den Zelten 16].

Ortmann, Gutsbesitzer, Schependorf bei Baumgarten über Bützow (Mecklenburg).

v. der Osten-Blumberg, **A.**, Rittmeister a. D., General-Landschaftsrath, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Reichstages und des Herrenhauses, Blumberg bei Casekow, [Berlin W. 9, Linkstraße 19].

v. der Osten-Jannewitz, Major a. D. und Rittergutsbesitzer, Jannewitz bei Lauenburg (Pommern).

v. der Osten-Pencun, Königl. Kammerherr und Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Schloß Pencun (Vorpommern).

v. der Osten-Warnitz, Rittergutsbesitzer, Warnitz (Neumark).

v. der Osten-Wisbur, Rittergutsbesitzer, Wisbur bei Witzmitz (Pommern).

Osterroht, Rittergutsbesitzer, Neu-Künkendorf (Kreis Angermünde).

Otto, Carl, Rittergutsbesitzer, Döbra b. Osling über Kamenz (Sachsen).

Otto, Inspektor, Raiersdorf bei Landeck (Schlesien).

Pappritz, Rittergutsbesitzer, Ritterschaftsrath und Rittmeister d. R. des Dragoner-Regiments Nr. 2, Radach bei Drossen.

v. Perbandt-Windekeim, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Adl. Langendorf bei Eichen über Tapiau (Ostpreußen), [Berlin SW. 46, Kleinbeerenstraße 8].

v. Petersdorff, Landschaftsdirektor und Rittergutsbesitzer, Großenhagen bei Priemhausen über Gollnow (Pommern).

Pfeiffer, Richard, Rittergutsbesitzer, Biesen bei Zschortau.

v. Pfuel, Ritterschaftsdirektor und Rittergutsbesitzer, Jahnsfelde bei Trebnitz (Ostbahn).

v. Platen-Fährhof, Gutsbesitzer, Fährhof bei Wiek (Rügen).

v. Platen-Parchow, Rittergutsbesitzer, Parchow bei Wiek (Rügen).

v. Platen-Bentz, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Stralsund, Sarnowstraße 3.

v. Plettenberg-Mehrum, Freiherr, Kgl. Kammerherr und Rittergutsbesitzer, Rittmeister a. D., Kreisdeputirter, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Haus Mehrum bei Vörde (Bezirk Düsseldorf), [Berlin W. 8, Mohrenstraße 27/28].

v. Ploetz-Döllingen, Hauptmann a. D., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Reichstages und des Abgeordnetenhauses, Präsident des „Bundes der Landwirthe", Döllingen bei Elsterwerda (Elster), [Berlin SW. 46, Hallesche Straße 18].

v. Ploetz-Stuchow, Königl. Kammerherr, Majoratsbesitzer, Stuchow bei Schwirsen (Pommern).

v. Plotho-Zerben, Wolfgang Edler Herr und Freiherr, Fideikommißbesitzer, Zerben bei Bahnhof Güsen (Berlin-Potsdam-Magdeb. Eisenbahn).

v. Podbielski, Generalmajor z. D., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Reichstages, Dallmin (Westprignitz), [Berlin NW. 7, Schadowstraße 9].

v. Podewils, Majoratsbesitzer, Penken bei Schrombehnen (Kreis Preuß. Eylau).

v. Poncet-Friedrichshain, **Max,** Glashütten- und Rittergutsbesitzer, Friedrichshain über Döbern bei Forst (Lausitz).

v. Poncet-Kruchowo, Rittergutsbesitzer, Kruchowo bei Wreschen (Posen).

Popp, Hermann, Gutsbesitzer, Ammelgoßwitz bei Belgern (Elbe).

Preetzmann, Rittergutsbesitzer, Heeselicht bei Gilgenburg (Ostpreußen).

v. Pressentin, gen. **v. Rautter,** Rittmeister a. D., Fideikommißbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Kanoten bei Gerdauen (Ostpreußen), [Berlin NW. 7, Mittelstraße 57/58].

v. Pückler, Reichsgraf, Major a. D., Majoratsbesitzer, Schloß Branitz bei Cottbus.

v. Pückler, Friedrich Reichsgraf, Rittmeister a. D., Kreisdeputirter, Rittergutsbesitzer, Friedland (O.-Schl.).

zu Putlitz, Gans Edler Herr, Rittergutsbesitzer, Groß-Pankow (Prignitz).

v. Puttkamer-Glowitz, Rittergutsbesitzer, Glowitz (Kreis Stolp).

v. Puttkamer-Niemietzke, **Fritz** Baron, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Niemietzke bei Damerkow (Kreis Stolp, Pommern).

v. Puttkamer-Plauth, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Reichstages und des Abgeordnetenhauses, Plauth bei Freystadt (Westpreußen), [Berlin SW. 61, Großbeerenstraße 10].

v. Quast-Garz, Premierlieutenant a. D., Fideikommißbesitzer, Garz bei Wildberg (Mark).

v. Quistorp, Werner, Dr. jur., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Crenzow bei Murchin über Anklam (Neu-Vorpommern), [Berlin W. 64, Behrenstraße 64/65].

v. Ramin, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Brunn bei Neu-Torney über Stettin.

v. Randow, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Klorin bei Prillwitz (Pommern).

Raschke, J. G., Städt. Lehrer, Steglitz, Filandastraße 11.

Rassow, E., Rittergutsbesitzer, Strelow bei Wendisch-Baggendorf über Grimmen.

Rée, G., Rittergutsbesitzer, Stibbe bei Tütz (Westpreußen).

de Rège, Major a. D., München, Landwehrstraße 32 II rechts.

v. Reichel, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Maldeuten.

Reimer, Rittmeister a. D., Königl. Amtsrath, Waldau (Ostpreußen).

Reinecke, W., Premier-Lieutenant, Rittergutspächter, Gußwitz bei Bojanowo.

v. Restorff-Lindenau, Rittergutsbesitzer, Lindenau (Kreis Heiligenbeil) über Braunsberg (Ostpreußen).

v. Restorff-Radow, Rittergutsbesitzer, Radow bei Neubukow (Mecklenburg).

v. Restorff-Schwengels, Rittergutsbesitzer, Schwengels bei Zinten (Ostpreußen).

Rettich, M., Domänenrath, Mitglied des Reichstages, Rostock, Blutstraße 14, [Berlin W. 9, Köthenerstraße 2].

v. Rex, Egon Graf, Rittmeister, Rittergutsbesitzer, Zehista bei Pirna.

v. Rexin, A., Majoratsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Woedtke bei Bresin über Lauenburg (Pommern).

Riebensahm, Lieutenant a. D., Mittelhufen (Landkreis Königsberg, Ostpreußen).

Riedel, L., Rittergutsbesitzer, Smolong bei Bobau (Kreis Preuß. Stargard, Westpreußen).

v. Riepenhausen-Crangen, **K.**, Königl. Kammerherr, Premierlieutenant a. D., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Schloß Crangen bei Schlawe, [Berlin NW. 7, Dorotheenstraße 48].

v. Risselmann-Crussow, Königl. Kammerherr und Landrath, Haupt-Ritterschafts-Direktor, Oberförster a. D., Mitglied des Abgeordnetenhauses, Crussow bei Angermünde, [Berlin W. 8, Mohrenstraße 20].

v. Ritz-Lichtenow, Majoratsbesitzer, Lichtenow bei Friedeberg (Neumark).

v. Rochow-Golzow, **Wichard**, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Golzow (Kreis Zauch-Belzig).

v. Rochow-Plessow, **F.**, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Plessow bei Werder (Havel).

v. **Roeder**, Rittergutsbesitzer und Regierungs-Assessor a. D., Gohlau bei Lissa (Schlesien).
v. **Roennebeck**, Major a. D., Rittergutsbesitzer, Rönnebeck bei Osterburg (Altmark).
Roesicke, Dr. jur., Assessor a. D., Rittergutsbesitzer, Goersdorf bei Dahme (Mark), [Berlin SW. 46, Königgrätzerstraße 40].
v. **Rohr**-Dannenwalde, **Otto**, Rittmeister d. R. der Gardes du Corps, Rittergutsbesitzer, Dannenwalde (Prignitz).
v. **Rohr**-Demmin, **Hans**, Major a. D., Rittergutsbesitzer, Haus Demmin bei Demmin (Pommern).
v. **Rohr**-Hohenwulsch, **Curt**, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer und Kreisdeputirter, Mitglied des Herrenhauses, Hohenwulsch bei Bismark (Altmark).
v. **Rohr-Levetzow**, Major a. D. und Rittergutsbesitzer, Groß-Wudicke.
Roloff, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Dabergotz bei Neu-Ruppin.
v. **Roon**, Graf, General-Lieutenant z. D., Fideikommißbesitzer, Mitglied des Reichstages, Krobnitz bei Reichenbach (Ober-Lausitz), [Berlin W. 8, Mohrenstraße 27].
Rosenow, A., Premierlieutenant a. D. und Königl. Amtsrath, Brandenburg über Ludwigsort (Kreis Heiligenbeil, Ostpreußen).
v. **Rotenhan, Gottfried** Freiherr, Königl. Kammerherr, Rittergutsbesitzer, Rentweinsdorf (Bayern).
Roth, G., Gutsbesitzer, Calberwisch bei Osterburg (Altmark).
Rudloff, Premier-Lieutentant d. R., Rittergutsbesitzer, Bertkow bei Goldbeck (Altmark).
v. **Rumohr**, Königlicher Kammerherr und Rittergutsbesitzer, Rundhof bei Gelting i. Angeln (Schleswig).
v. **Rundstedt**, Rittergutsbesitzer, Badingen bei Klaeden (Altmark), [Hannover].
Runge, H., Rittergutsbesitzer und Lieutenant a. D., Schmatzin bei Züssow.
Saeuberlich, A., Oberamtmann, Gröbzig (Anhalt).
Sachße, Bernhard, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Reichstages, Merschwitz bei Weißig (Elbe), (Kgr. Sachsen), [Berlin SW. 46, Königgrätzerstraße 23].
v. **Saint-Paul, Ulrich**, Majoratsbesitzer, Jaecknitz bei Zinten (Ostpr.).
v. **Saldern**-Brallentin, Oberst a. D., Rittergutsbesitzer, Brallentin bei Dölitz.

v. **Saldern-Leppin**, Baron, Rittergutsbesitzer, Berlin W., Kurfürstendamm 3.
v. **Saldern-Wilsnack**, Rittergutsbesitzer, Wilsnack.
v. **Salisch**, Königlicher Kammerjunker, Rittergutsbesitzer, Koschnöwe bei Prausnitz (Bezirk Breslau).
v. **Sanden-Toussainen**, Baron, Premier-Lieutenant a. D., Majoratsbesitzer, Toussainen bei Ragnit.
v. **Sandersleben**, Rittergutsbesitzer, Alt-Hörnitz bei Zittau.
Sandfort, B., Colon, Waldseite bei Bentheim.
Satow, Rittergutsbesitzer, Sonnenburg bei Freienwalde (Oder).
v. **Saucken, O.**, Rittergutsbesitzer, Loschen bei Preuß.-Eylau.
v. **Sauerma-Ruppersdorf**, Graf, Dr. jur., Königl. Kammerherr, Majoratsbesitzer, Rittmeister und Landrath a. D., Karisch bei Ruppersdorf (Schlesien).
Saurma von der Jeltsch, Freiherr, Rittmeister a. D., Majoratsherr, Mitglied des Reichstages, Sterzendorf (Post) über Noldau (Kreis Namslau), [Berlin NW. 7, Neustädtische Kirchstraße 14].
v. **Schaper**, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Falkenberg (Bezirk Halle).
v. **Scheel-Plessen**, Baron, Königl. Kammerherr, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Sierhagen bei Neustadt (Holstein).
v. **Schierstädt**, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Trebichow bei Radenickel, [Berlin W. 35, Am Karlsbad 14].
Schilke, Rittergutsbesitzer, Ganshorn a. H. bei Hohenstein (Ostpreußen).
Schippan, A., Fabrikbesitzer, in Firma A. Schippan & Co., Freiberg (Sachsen).
Schirmer, F., Rittergutsbesitzer, Neuhaus bei Delitzsch.
v. **Schlabrendorf u. Seppau**, Graf, Excellenz, Erb-Oberlandesbaudirektor im Herzogthum Schlesien, Majoratsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Seppau bei Quaritz (Schlesien), [Berlin W. 10, Bendlerstraße 32].
v. **Schlemmer**, Rittergutsbesitzer, Keimkallen bei Groß-Hoppenbruch über Wolittnick (Ostpreußen).
Schlick-Crottingen, Rittergutsbesitzer, Crottingen bei Deutsch-Crottingen (Kreis Memel).
v. **Schlieben, G.** Graf, Excellenz, Major a. D., Schloßhauptmann von Königsberg, Majoratsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Sanditten über Wehlau.

v. **Schlieffen**-Schwandt, **O.** Graf, Major a. D., Majoratsbesitzer, Schwandt bei Mölln (Mecklenburg).

v. **Schlippenbach**-Ahrendsee, Graf, General-Lieutenant z. D., Rittergutsbesitzer, Ahrendsee bei Schönermark (Kreis Prenzlau).

v. **Schmidtfeld**, Freiherr, Rittergutsbesitzer, Schloß Ripkeim bei Wehlau.

Schmidt, Rittergutsbesitzer, Freudenthal bei Hermsdorf (Kreis Heiligenbeil).

v. **Schmidt**, Rittergutsbesitzer, Moschütz bei Friedheim (Posen).

v. **Schmiterlöw**, Rittergutsbesitzer, Draheim bei Tempelburg.

Schmuhl, Alfred, Amtmann und Rittergutspächter, Lauske bei Pommritz (Kgr. Sachsen).

v. **Schönaich**, **Müller**, Major a. D., Rittergutsbesitzer, Werben (Spreewald).

v. **Schönburg-Glauchau**, **R. C.** Regierender Graf, Erlaucht, Standesherr, Oberst à la suite der Armee, Mitglied des Herrenhauses, Gusow.

v. **Schönburg-Waldenburg**, **Hugo** Prinz, General der Kavallerie, Durchlaucht, Schloß Droyßig über Zeitz.

Schönfeld, **Otto**, Direktor, Nieder-Stolz bei Stolz über Frankenstein (Schlesien).

v. **Schöning**-Lübtow, Majoratsbesitzer, Mitglied des Reichstages und des Abgeordnetenhauses, Lübtow A. bei Pyritz, [Berlin NW. 7, Reichstagsufer 7].

v. **Schrader**-Bliestorff, Freiherr, Kgl. Ceremonienmeister u. Kammerherr, Rittergutsbesitzer, Bliestorff bei Steinhorst (Herzogthum Lauenburg), [Berlin NW. 40, Zelten 9a].

Schrader, Rittergutsbesitzer, Zechlau (Westpreußen).

Schroeder-Poggelow, Dr., Rittergutsbesitzer, Berlin W., Friedrich-Wilhelmstraße 21.

Schroeder-Striesenow, **L.**, Gutsbesitzer, Striesenow bei Laage (Meckl.).

v. **Schuetz**, Major a. D., Rittergutsbesitzer, Weßlienen bei Wolittnick (Kreis Heiligenbeil).

Schuetze, **G.**, Oberamtmann und Rittergutsbesitzer, Heinsdorf bei Dahme (Mark).

v. **der Schulenburg**-Beetzendorf, Königl. Landrath, Ritlmeister a. D., Fideikommißbesitzer, Beetzendorf (Altmark).

v. der Schulenburg-Emden, Graf, Kgl. Kammerherr, Major a. D., Rittergutsbesitzer, Emden bei Erxleben.

v. der Schulenburg-Priemern, Rittergutsbesitzer, Priemern bei Seehausen (Altmark).

v. der Schulenburg-Heßler, Graf, Majoratsbesitzer, Erbkämmerer in der Landgrafschaft Thüringen, Vitzenburg über Nebra.

v. der Schulenburg-Wolfsburg, Gebhard Graf, Herzogl. Braunschw. Vice-Oberjägermeister, Fideikommißbesitzer, Nordsteimke bei Vorsfelde.

Schultz, A., Gutsbesitzer, Liepe bei Dannenberg (Elbe).

v. Schultz, Christoph, Lieutenant d. R., Gutspächter, Vaschvitz bei Trent (Rügen).

Schultze, Adolph, Gutsbesitzer, Götz bei Groß-Kreutz (Mark).

Schultze-Holmer, Colon, Samern bei Schüttorf (Hannover).

Schulz, Dr., Rittergutsbesitzer, Liebenfelde bei Soldin.

Schulze, Wilhelm, Rittergutsbesitzer, Brederlow bei Köselitz über Pyritz.

v. Schwerin-Löwitz, Graf, Rittmeister a. D., Kreisdeputirter, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Reichstages, Löwitz (Pommern) über Ducherow, [Berlin W. 62, Nollendorfplatz 7].

v. Schwerin-Schwerinsburg, V. Graf, Excellenz, Königl. Kammerherr und Erbküchenmeister in Alt-Vorpommern, Fideikommißbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Schwerinsburg bei Löwitz (Pommern).

v. Schwerin-Schwerinsburg, Karl Graf, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Schwerinsburg bei Löwitz (Pommern).

v. Schwerin-Ziethen, Graf, Königl. Landrath des Kreises Usedom-Wollin, Rittergutsbesitzer, Swinemünde.

v. Schwichow, L., Kgl. Kammerherr und Landrath, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Margoninsdorf bei Margonin.

v. Seebach, Freiherr, Rittmeister a. D. und Rittergutsbesitzer, Großfahner über Gotha (Sachsen-Coburg-Gotha).

Seehagel, A., Administrator, Sipiory bei Neusipiory (Netze).

Seiler, Rittergutsbesitzer, Mitglied der Sächsischen Ersten Kammer, Vorsitzender der Kreisstände des Vogtlandes und des Landwirthschaftlichen Kreisvereins zu Reichenbach, Noßwitz bei Elsterberg (Vogtland).

v. Seydlitz, Graf, Rittergutsbesitzer, Langenbielau.

Seyfarth, F., Landwirth, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Rotenburg (Fulda), [Berlin W. 41, Krausenstraße 56/58].

Sievert, W., Gutsbesitzer, Zerrenthin bei Pasewalk.

v. Sigsfeld, J., Rittergutsbesitzer, Wersingawe bei Polgsen (Kreis Wohlau).

v. Simpson, Rittergutsbesitzer, Schloß Georgenburg (Ostpreußen) über Insterburg.

v. Soden, cand. agr. und Lieutenant d. R., z. Z. Görsdorf bei Dahme (Mark), [Charlottenburg, Joachimsthalerstraße 41].

zu Solms-Baruth, Friedrich Fürst, Durchlaucht, Standesherr, Mitglied des Herrenhauses, Baruth (Mark), [Berlin W. 64, Behrenstr. 68].

zu Solms-Braunfels, Herrmann Prinz, Durchlaucht, Hauptmann a. D., Mitglied des Abgeordnetenhauses, Schloß Braunfels, [Berlin W. 41, Mohrenstraße 1/5].

zu Solms-Roedelheim, Otto Graf, Erlaucht, Erbtruchseß in Neu-Vorpommern, Major a. D., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Altenhagen bei Redebas über Velgast (Neu-Vorpommern), [Berlin NW. 6, Albrechtstraße 11].

Spalding, E., Rittergutsbesitzer, Gloedenhof bei Züssow.

v. Sperber-Gerskullen, H., Regierungs-Assessor a. D., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Gerskullen bei Lengwethen.

v. Sperber-Kleszowen, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Reichstages, Adl. Kleszowen bei Wikischken über Darkehmen, [Berlin W. 8, Mohrenstraße 27/28].

Sperber-Prökuls, Rittergutsbesitzer, Prökuls (Kreis Memel).

v. Spörcken, W. Baron, Rittergutsbesitzer, Lüdersburg bei Echem (Hannover).

Springer, Lehngutsbesitzer, Ruhlsdorf über Zerpenschleuse.

v. Staudy, L., General-Landschaftsdirektor und Rittergutsbesitzer, Mitglied des Reichstages, Posen, [Berlin W. 41, Mohrenstraße 1/5].

Steiger, A., Oekonomie-Rath und Rittergutsbesitzer, Klein-Bautzen bei Bautzen.

v. Stockhorner, O. Freiherr, Großherzogl. Badischer Kammerherr und Landgerichtsrath, Freiburg (Baden), Friedrichstraße 39.

zu Stolberg-Wernigerode, Const. Graf, Regierungs-Präsident, Merseburg.

zu Stolberg-Wernigerode, Theodor Graf, Major a. D., Wernigerode (Harz).

Stolze, G., Kgl. Oekonomierath und Rittergutsbesitzer, Neukammer bei Nauen.

v. Stosch, Oberst z. D., Rittergutsbesitzer, Roedelshoefen bei Braunsberg (Kreis Braunsberg).

v. Strachwitz-Bertelsdorf, Graf, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Bertelsdorf bei Lauban in Schlesien, [Berlin W. 41, Mohrenstraße 1/5].

v. Strachwitz-Groß-Reichenau, Graf, Rittergutsbesitzer, Groß-Reichenau (Kreis Sagan).

Strötker, Gr., Colon, Achterberg bei Gildehaus (Hannover).

v. Stülpnagel-Dargitz, Fideikommißbesitzer, Carlstein bei Zehden (Oder).

v. Stülpnagel-Grünberg, Rittmeister a. D., Ritterschaftsrath und Rittergutsbesitzer, Grünberg bei Brüssow (Uckermark).

v. Sydow-Bärfelde, Rittergutsbesitzer, Bärfelde (Neumark).

v. Sydow-Dobberphul, **H.**, Rittergutsbesitzer, Dobberphul bei Rufen (Neumark).

v. Sydow-Kalzig, Rittergutsbesitzer, Kalzig (Bezirk Frankfurt, Oder) über Schwiebus.

v. Teichmann und Logischen, Baron, Rittergutsbesitzer, Dombrowka bei Proskau (Ober-Schlesien).

Tenge, A., Rittergutsbesitzer, Niederbarckhausen bei Oerlinghausen (Lippe-Detmold).

v. Thielmann, Freiherr, Kgl. Kammerherr, Majoratsbesitzer und Landesältester, Jacobsdorf bei Falkenberg (Ober-Schlesien).

Thietke, R., Gutsbesitzer, Deetz bei Groß-Kreutz.

Tippel, Otto, Chefredakteur, Schweidnitz (Schlesien).

v. Thüngen, C. Reichsfreiherr, Landrath, Rittergutsbesitzer, Roßbach bei Zeitlofs (Bayern).

Trapp, J. A., Weinbergsbesitzer, Rüdesheim (Rhein, Rheingau).

v. Trebra, Rittergutsbesitzer, Schneeberg-Neustaedtel (Erzgebirge).

v. Treskow-Dahlwitz, **Heinrich**, Rittergutsbesitzer, Dahlwitz bei Hoppegarten (Kreis Nieder-Barnim).

v. Treskow-Wierzonka, **Hugo**, Rittergutsbesitzer, Wierzonka bei Kobelnitz.

v. **Troschke, E.** Freiherr, Hauptmann a. D., Rittergutsbesitzer, Fürstenflagge über Gollnow (Pommern).
v. **Trotha**, Kgl. Kammerherr und Rittergutsbesitzer, Hecklingen (Anhalt).
v. **Unruh**, Rittergutsbesitzer, Klein-Münche bei Kaehme (Provinz Posen).
v. **Usedom**, Major a. D., Rittergutsbesitzer, Zirmoissel bei Rappin (Rügen).
v. **Uslar**, Gutsbesitzer, Buschmoor bei Rinkenis (Schleswig).
Veer, H., Colon, Engden bei Lingen (Hannover).
v. **Veltheim**-Destedt, Freiherr, Excellenz, Herzogl. Braunschweig. Ober-Jägermeister, Fideikommißbesitzer, Destedt (Braunschweig).
v. **Veltheim**-Ostrau, **Ludolf** Freiherr, Rittergutsbesitzer, Ostrau (Kreis Bitterfeld).
v. **Veltheim**-Schönfließ, **W.** Freiherr, Königl. Kammerherr und Ceremonienmeister, Major a. D., Majoratsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Schönfließ bei Hermsdorf (Mark), [Berlin W. 64, Behrenstr. 64/65].
Vogelsang, J., Colon, Bauerschaft Bentheim bei Bentheim (Hannover).
v. **Voß**, Majoratsbes., Mitglied des Herrenhauses, Stavenow bei Karstädt.
v. **Voß-Wolffradt, Achim**, Kgl. Kammerherr und Rittmeister a. D., Majoratsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Lüssow bei Gützkow (Neu-Vorpommern).
v. **Wackerbarth, O.** Freiherr, Kgl. Kammerherr, Major a. D., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Briesen bei Cottbus.
v. **Waldaw- und Reitzenstein**, Fideikommißbesitzer, Königswalde (Neumark).
v. **Waldow**, Rittmeister der Landwehr-Kavallerie, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Fürstenau bei Neuwedel, [Berlin W. 64, Behrenstraße 64/65].
v. **Wangenheim**, Freiherr, Rittergutsbesitzer, Weißenborn (Sachsen).
v. **Wedel**-Gerzlow, Major a. D., Rittergutsbes., Gerzlow über Bernstein.
v. **Weiher**, Rittergutsbesitzer, Groß-Boschpol (Pommern).
v. **Weiher**, Rittergutsbesitzer, Vietzig (Pommern).
v. **Weiß**, Rittergutsbesitzer, Plauen bei Allenburg (Ostpreußen).
Weltner, Lieutenant der Landwehr-Kavallerie und Rittergutsbesitzer, Norgehnen bei Groß-Baum über Königsberg (Ostpreußen).
Wendhausen, M., Rittergutsbesitzer, Lancken bei Wiek (Rügen).
v. **Werdeck**-Schorbus, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Reichstages und des Abgeordnetenhauses, Schorbus bei Drebkau, [Berlin NW. 7, Schadowstraße 3].

Wiechelt, Gutsbesitzer, Schwerin (Meckl)., Wismarische Straße 20.
v. **Wiedebach- und Nostitz-Jaenkendorf, Karl**, Majoratsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Wiesa bei Rengersdorf (Ober-Lausitz).
Wichmann, Rittergutsbes., Nahmgeist bei Schönfeld (Bezirk Königsberg).
v. **Wilamowitz-Möllendorff, W.** Graf, Rittmeister a. D., Majoratsbesitzer, Schloß Gadow bei Lanz.
v. **Winterfeld**-Damerow, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Damerow bei Rechlin.
v. **Winterfeld**-Neuendorf, **K.**, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Neuendorf bei Neustadt (Dosse).
v. **Winterfeld**-Vahrnow, Rittmeister a. D. und Rittergutsbesitzer, Vahrnow bei Ottiliengrube.
v. **Wolzogen**, Baron, Rittergutsbesitzer, Dubberzin bei Groß-Schlönwitz über Stolp (Pommern).
Wrede, H., Rittergutspächter, Söderhof bei Ringelheim (Hannover).
Wühlisch, P. H., Rittergutsbesitzer, Lieskau bei Schleife (N.-Lausitz).
v. **Wurmb, Hans Lutz**, Schloßhauptmann und Kammerherr, Rittergutsbesitzer, Porstendorff bei Dornburg (Saale).
v. **Zastrow-Hartha**, Landesältester, kontrolirendes Mitglied des Verwaltungsraths der Norddeutschen Hagelversicherungs-Gesellschaft, Berlin W. 62, Zietenstraße 6a.
v. **Zedlitz und Neukirch, Georg** Freiherr, Königl. Landrath und Rittergutsbesitzer, Neukirch (Katzbach).
v. **Zelewski**-Barlomin, Dr. jur., Königl. Kammerherr, Rittergutsbesitzer, Barlomin bei Lusin (Kreis Neustadt Westpreußen).
Zersch, R., Oekonomierath, Rittergutspächter, Köstritz (Fürstenthum Reuß j. L.).
Ziegner, Administrator, Blumberg (Mark).
v. **Zimmermann**, Rittergutsbesitzer, Ritterschaftsrath und Landesältester, Langmeil bei Züllichau.
v. **Zieten-Schwerin**, Graf, Fideikommißbesitzer, Mitglied des Staatsrathes und des Herrenhauses, Wustrau über Fehrbellin.
v. **Zitzewitz**-Cussow, Rittergutsbesitzer, Cussow bei Gumbin (Bezirk Köslin) über Stolp (Pommern).
v. **Zitzewitz**-Dumröse, **P.**, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Dumröse bei Denzin.

Delegirte zur XX. Generalversammlung der Vereinigung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer am 19. und 20. Februar 1895.

Illustrirte Landwirthschaftliche Zeitung.
Berlin SW. 61, Blücherplatz 2.

Landwirthschaftlicher Verein Angermünde I.
von Arnim, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Felchow bei Pinnow (Kreis Angermünde).

Landwirthschaftlicher Verein Anklam.
von Below, Rittergutsbesitzer, Jargelin bei Anklam.
von Below, Oberamtmann, Nerdin bei Anklam.

Landwirthschaftlicher Kreis-Verein Cassel.
Beinhauer, Gutsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Vollmarshausen.

Landwirthschaftlicher Kreis-Verein Cottbus.
Steffen, Rittergutspächter, Branitz bei Cottbus.

Landwirthschaftlicher Verein Doelitz.
von Enckevort, Rittergutsbesitzer, Warsin bei Falkenberg (Bezirk Stettin).
Nobbe, Rittergutsbesitzer, Libbehne bei Bernstein.

Landwirthschaftlicher Verein Friesack (Mark).
Büttner, V., Oberamtmann, Lobeofsund (Mark).

Landwirthschaftlicher Verein Jüterbog und Petkus.
von Lochow, F., Rittergutsbesitzer, Petkus über Baruth (Mark).

Lokalabtheilung Mayen des Rheinpreußischen Landwirthschaftlichen Central-Verein.
Heinle, Regierungs-Assessor, Mayen.

Landwirthschaftlicher Verein Mölkau-Zweinaundorf.
Ernst Ahr, Geschäftshaus für Landwirthschaft, Liebertwolkwitz bei Leipzig.

Landwirthschaftlicher Verein Mühlberg.
Beck, Gutsbesitzer, Mühlberg (Bezirk Erfurt).

Landwirthschaftlicher Kreis-Verein Plau (Mecklenburg).
Knebusch, Rittergutsbesitzer, Greven bei Lübz (Meckl.).

Landwirthschaftlicher Verein Skurz.

Riedel, L., Rittergutsbesitzer, Smolong bei Bobau (Kreis Preuß. Stargard).

Landwirthschaftlicher Verein Tuchel (Westpreußen).

Aly, Oskar, Kgl. Oekonomierath und Rittergutsbesitzer, Groß-Klonia (Westpreußen).

Caspari, Rittergutsbesitzer, Liskau bei Groß-Klonia (Westpreußen).

Landwirthschaftlicher Provinzial-Verein für Westfalen und Lippe.

Dr. Schleh, General-Sekretär, Münster (Westfalen), Graalstraße 58.

Ferner haben die XX. Hauptversammlung besucht:

von Alt-Stutterheim, Rittergutsbesitzer, Georgenau.

Arendt, Dr. Otto, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Berlin SW. 57, Bülowstraße 43.

Ballerstedt, Rittergutsbesitzer, Birkholz bei Tangerhütte.

Ballerstedt, Domänenpächter, Ferchland bei Genthin.

Bethge, A., Apothekenbesitzer, Berlin W., Kurfürstenstraße 80.

Bethge, Rudolf, Gutsbesitzer, Schackensleben bei Magdeburg.

Blume, R., Major z. D., Berlin N., Oranienburgerstraße 44.

Bohmer, Dr., Berlin NW. 10, Luisen-Platz 6 II.

Bonsmann, Th., Chefredakteur, Berlin SW. 46, Königgrätzer Straße 116.

Borrmann, Oberamtmann, Westgreußen bei Greußen (Thüringen).

Carmesin, Rentier, Berlin SW. 46, Königgrätzerstraße 82.

Conradi, A., Direktor der Landwirthschaftlichen Lehranstalt, Hohenwestedt.

von Dewitz, Landrath a. D., Rittergutsbesitzer, Groß-Ziethen bei Cremmen.

von Diest, A., Rentier, Friedenau bei Berlin, Maybach-Platz 10.

Döries, Oberamtmann, Zörbig.

von Egidy, M., Oberst-Lieutenant z. D., Berlin NW. 21, Dreyse-straße 4.

Gerlich, H., Wirklicher Legationsrath, Berlin NW. 66, Reichstags-Ufer 3.

Hundhausen, Theodor, Redakteur, Berlin NW. 6, Philippstraße 5 II.
Kern, Rittergutspächter, Liethe bei Wunstorf.
Klapper, Edmund, Chefredakteur von Fühlings Landwirthschaftliche Zeitung, Nieder-Schönhausen, Kronprinzenstraße 10.
Kutzleb, Dr., General-Sekretär, Breslau, Matthias-Platz 6.
Lessing, Paul, Rittergutsbesitzer, Prust (Kreis Schwetz).
Lindemann, Wernigerode (Harz).
von Lücken, Rittergutsbesitzer, Massow bei Freyenstein.
Lüttinghaus, Administrator, Sedlienen (Westpreußen).
Mathes, F., Gutsbesitzer, Berlin W. 30, Grunewaldstraße 118.
Mehlhausen, Rittergutsbesitzer, Friedenau (Kreis Teltow), Moselstraße 3.
v. Mosch, R., Chefredakteur des „Deutschen Adelsblatt", Berlin SW. 46, Königgrätzerstraße 70.
Müller, Alexander, Professor Dr., Berlin SO., Elisabeth-Ufer 27 III.
Müller, Robert, Journalist, Berlin NW. 52, Spenerstraße 30.
Müller, Rudolf, Schäfereidirektor, Berlin NW. 7, Mittelstraße 12/13 (Hôtel Stadt Riga).
Neumann, Dr., General-Sekretär, Eutin.
Polakowsky, Dr. Hermann, Schriftsteller, Berlin NW. 21, Lübeckerstraße 6.
Reinecke, W., Rittergutspächter, Leimbach bei Mansfeld.
Rötting, O., Rittergutsbesitzer, Ottenhausen bei Weißensee (Provinz Sachsen).
Ruhland, Dr. G., Privatdozent in Zürich, Berlin W., Dennewitzstraße 31 III.
Schneider, O., Rittergutspächter, Grüningen bei Greußen (Provinz Sachsen).
Schulz, Rittergutsbesitzer, Sembten (Lausitz).
Schweder, M., Hauptmann a. D., Berlin W., Schillstraße 3.
Selle, Landwirth, Berlin W., Kaiserin Augustastraße 71.
von Soden, cand. agr., Charlottenburg, Joachimsthalerstraße 41.
von Stein, Freiherr, Rittergutsbesitzer, Nieder-Schmalkalden bei Wernshausen.
von Thümen, Nicolaus Baron, Berlin NW. 52, Spenerstraße 31.
Voelter, Emanuel, General-Sekretär und Herausgeber der „Mittheilungen des Evangelisch-Sozialen Kongresses", Berlin SW. 46, Dessauerstraße 33 III.

Westermann, Amtmann, Lüttgendortmund.
Wolff, C., Gutsbesitzer, Berlin W. 30, Gleditschstraße 21.
Wülfing, Otto, Fabrikbesitzer, M.-Gladbach.

Das Bureau der Vereinigung befindet sich:

Berlin SW. 47, Hagelberger Straße 18.

Beitritts-Anmeldungen nimmt zur weiteren Veranlassung das **Bureau der Vereinigung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer** entgegen.

Sekretär und Rendant: Stephan-Berlin.

Druck: Deutscher Verlag (G. m. b. H.), Berlin S. W. 68

Bericht

über die

Verhandlungen der XXI. Generalversammlung

der

Vereinigung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer

zu

Berlin, am 24. und 25. Februar 1896,

erstattet vom

Bureau des Ausschusses.

Als Anhang
Statut und Verzeichniß der Mitglieder.

Berlin, 1896.
Verlag des Bureau

Bericht

über die

Verhandlungen der XXI. Generalversammlung

der

Vereinigung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer

zu

Berlin, am 24. und 25. Februar 1896,

erstattet vom

Bureau des Ausschusses.

Als Anhang:
Statut und Verzeichniß der Mitglieder.

Berlin, 1896.
Verlag des Bureau der Steuer- und Wirthschafts-Reformer.
SW. 47, Hagelberger Straße 18.

Inhalts-Verzeichniß.

Anhang:

Schiffsfrachten-Nachweis.

Erster Tag:

Montag, den 24. Februar.

Der Vorsitzende Graf **von Mirbach**-Sorquitten eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 20 Minuten mit folgender Anrede:

Meine Herren! Zunächst darf ich, wie das früher meinerseits bereits geschehen ist, darauf hinweisen, daß unserer Vereinigung die Entwickelung und Förderung der wirthschaftlichen Fragen nicht blos oder vorzugsweise im Rahmen der Agrargesetzgebung obliegt, vielmehr in dem weitesten Umfange der gesammten schaffenden Arbeit.

Die zu den ernstesten Befürchtungen Anlaß gebende kritische Lage der heimischen Landwirthschaft hat aber unsere Thätigkeit in den letzten Jahren allerdings überwiegend auf die Prüfung der wirthschaftlichen Fragen im Zusammenhange mit der Landwirthschaft hingelenkt. Wir sind den Nichtlandwirthen, welche uns dabei getreulich unterstützt haben und die uns heute dabei zur Seite stehen, zu ganz besonderem Danke verpflichtet.

Möchte die gesammte Industrie und die gesammten Gewerbe an dieser Haltung Einzelner sich ein Beispiel nehmen und wieder, wie in den Jahren 1879 bis 1890, die Solidarität der Interessen der gesammten schaffenden deutschen Arbeit auch mit Thaten, nicht blos mit Worten, zum Ausdruck bringen.

(Sehr richtig!)

Die Hoffnungen, welche im vorigen Jahre bei der Eröffnung der Generalversammlung mein verehrter Freund, der Freiherr von Manteuffel, zum Ausdruck brachte, haben sich leider nicht erfüllt. Die Lage der Landwirthschaft ist noch ernster, noch besorgnißerregender geworden. Geschehen ist zur Abhilfe der Nothlage thatsächlich so gut wie nichts.

(Rufe: Leider!)

Wir wollen aber trotzdem nicht verkennen, daß im Bereiche des Einzelstaates — ich darf hier in erster Reihe auf Preußen hinweisen — der ernste Wille zur Abhilfe bei dem Landwirthschafts-Minister vorhanden ist. Zur Kompetenz des Einzelstaates gehören aber — abgesehen von den allerdings wichtigen Gebieten der Erhaltung des Grundbesitzes in derselben Hand bezw. in derselben Familie — nur technische Fragen, von deren Lösung ein bedeutsamer Erfolg für die Landwirthschaft **nicht** zu erwarten ist.

Die Maßnahmen von entscheidender durchgreifender Wirkung liegen in der Machtsphäre des Reiches. Was da geschehen bezw. nicht geschehen ist, muß allerdings — wir dürfen uns nicht scheuen, das auszusprechen — jede Hoffnung unserer landwirthschaftlichen Bevölkerung vernichten.

(Sehr richtig!)

Die Vorschläge, welche auf die Bildung eines **mittleren** Getreidepreises abzielen, können bei ruhiger Prüfung doch nicht als eine Ausbeutung der ärmeren Volksklassen aufgefaßt werden — ganz abgesehen davon, daß kein Gewerbe annähernd so viele Arbeiter beschäftigt, wie die Landwirthschaft, und daß die **Landwirthschaft auch der größte und bedeutsamste Konsument ist.**

(Sehr richtig!)

Die Haltung der verbündeten Regierungen hinsichtlich der Lösung der Währungsfrage beweist, daß wir mindestens auf irgend welche thatkräftige Initiative von dieser Stelle aus nicht zu rechnen haben. Wäre man sich an den leitenden Stellen über die wirthschaftliche Lage des platten Landes wirklich klar, verstände man die wirthschaftliche Bedeutung der Lösung der Währungsfrage, so **würde man nicht abgewartet haben, bis der Reichstag und beide Häuser des Preußischen Landtages ein scharfes Kompelle gaben, und würde nach diesem Kompelle mit bestimmten programmatischen Vorschlägen hervorgetreten sein.**

(Sehr richtig! und lebhafter Beifall.)

Das Gegentheil ist geschehen.

Ich vermag daher für die entscheidenden Fragen zu meinem Bedauern keine anderen Hoffnungen auszusprechen, als solche, die sich auf unsere eigene Kraft, auf unser festes Zusammenhalten, auf unsere opferfreudige Arbeit stützen.

Seit Begründung unserer Vereinigung haben wir unsere Arbeiten stets begonnen mit dem Rufe:

Seine Majestät der Deutsche Kaiser und die verbündeten Deutschen Fürsten sie leben hoch! — nochmals hoch! — und abermals hoch!

(Die Versammlung stimmt begeistert in den Hochruf ein.)

Meine Herren, es liegt mir jetzt zunächst ob, das Bureau zu konstituiren. Ich bitte, vorbehaltlich Ihrer Zustimmung, als Schriftführer den Vorstand zu unterstützen, die Herren Domänenrath Nettich, von Knebel-Doeberitz und von Platen-Venz. Sind die Herren damit einverstanden? — Das ist der Fall; dann bitte ich die genannten Herren, hier Platz zu nehmen.

Meine Herren, dann die Mittheilung, daß morgen um 5 Uhr ein gemeinsames Mittagsmahl im Kaiserhof in Aussicht genommen ist; die Liste liegt bei Herrn Sekretär Stephan aus. Sodann: der Ausschuß hat beschlossen, die Neuwahl des Vorstandes und des Ausschusses für morgen nach der Frühstückspause vorzuschlagen. Endlich möchte ich die Bitte an die Herren richten, vor der Frühstückspause vom Rauchen abzusehen.

Meine Herren, wir haben leider durch den Tod den Verlust mehrerer Mitglieder unserer Vereinigung zu beklagen. Es sind das die folgenden:

Kammerherr von Davier-Seggerde,
von Domhardt-Bestendorf,
von Kahlden-Neclade,
Dr. von Kulmiz-Conradswaldau,
Kammerherr von Nisselmann-Crussow,
Freiherr von Rochow-Strauch,
Günther Graf von der Schulenburg-Wolfsburg,
Oberamtmann Schütze-Heinsdorf.

Meine Herren, ich bitte Sie, das Andenken der Verstorbenen durch Erheben von den Plätzen zu ehren.

(Die Versammlung erhebt sich.)

Wir treten nun in unsere Tagesordnung ein, deren erster Gegenstand lautet:

„Die veränderte Gestaltung der auf die Befestigung der Getreidepreise hinzielenden Anträge (Antrag Graf Kanitz und Genossen)."

Ich ertheile dem ersten Referenten, Herrn Grafen Schwerin-Löwitz, das Wort.

Erster Berichterstatter Reichstagsabgeordneter **Graf v. Schwerin-Löwitz**: Meine Herren! Rückblickende Betrachtungen sind in der Politik eine undankbare Sache. — Die Vergangenheit — wie nützlich ihre Betrachtung auch für die Politik sein mag — gehört der Geschichte, während der Politik die Zukunft gehört. Wenn ich es also auf Wunsch Ihres Vorstandes unternehme, heute in dieser politischen Versammlung nochmals über den Antrag Kanitz und seine veränderte Gestaltung zu sprechen, so geschieht es in der Voraussetzung, daß Sie den Antrag trotz seiner bisherigen Ablehnung durch Regierung und Reichstag nicht als der Vergangenheit, sondern als der Zukunft gehörend betrachten.

(Zustimmung.)

Ich betrachte es nun als meine Aufgabe, Ihnen unter möglichster Vermeidung aller Wiederholungen lediglich die Bedeutung der veränderten Gestaltung des Antrags klarzustellen — und hieran eine kurze Betrachtung der Bedeutung seiner bisherigen Ablehnung — sowie unserer künftigen Stellung zu demselben zu knüpfen. — 1. Der erste Antrag des Grafen Kanitz vom Frühjahr 1894 stellte sich ganz auf den Boden, von dem aus wir — und ich selbst — immer für Getreidezölle und eventuell eine ausreichende Erhöhung derselben eingetreten sind. — Wir haben immer behauptet, — ganz abgesehen von dem Interesse der Landwirthschaft — sind niedrige Getreidepreise auch für die Gesammtheit des Volks gar kein Glück, weil sie die allgemeine Kaufkraft — und mit der Zeit auch die Arbeitslöhne herunterdrücken, und von einem gewissen kulturellen Tiefstand untrennbar sind. — Die Gesammtheit des Volks läßt sich auch gar nicht einmal individuell in Produzenten und Konsumenten trennen — die Mehrheit desselben vereinigt vielmehr beide Eigenschaften derart in der eigenen Person, daß schon deshalb der Interessengegensatz der verschiedenen Personen hier gar nicht ein so großer ist, wie dies von den Vertretern des Handelsstandes immer dargestellt wird, welche an der Erhaltung dieser Fiktion allerdings ein Interesse haben. — Ich sage, von diesem Standpunkt aus war unser Eintreten auch für Maßnahmen zur bloßen und einseitigen Hebung der Getreidepreise, wie die Zölle, durchaus berechtigt und war es,

nachdem uns dieses Mittel zur Hebung der Preise durch die Handelsverträge verschlossen war, in gleichem Maße der erste Antrag des Grafen Kanitz. Aber er wurde, abgesehen von allem andern, was man ihm von Seiten unserer Gegner vorwarf, natürlich von Anfang an mit derselben Behauptung wie die Zölle, d. h. mit dem Vorwurf bekämpft, ihr treibt ja eine ganz einseitige Interessenpolitik, bei der ihr nichts als das Interesse der getreidebauenden und verkaufenden Landwirthe im Auge habt — und das ist im Verhältniß zu der Gesammtheit des Volks eine so verschwindende Zahl, daß wir denen zu Liebe doch unmöglich das Interesse der Gesammtheit an niedrigen Preisen zurückstellen können.

Meine Herren! Ich glaube, es ist nicht zu leugnen, daß diese frühere Argumentation bei der diesjährigen Verhandlung unseres Antrags und gegenüber seiner jetzigen Gestaltung sehr erheblich zurückgetreten ist und ja auch zurücktreten mußte. Wir haben unsere Gegner, welche den Antrag, wie ich später zeigen werde, zum größten Theil aus ganz andern Gründen, als wegen der befürchteten Brotvertheuerung des armen Mannes bekämpfen, durch die veränderte Gestaltung des Antrags gezwungen, sich auf andere Argumente gegen den Antrag zurückzuziehen. Das war der erste mehr taktische Vorzug, welchen die veränderte Fassung hatte. Aber, meine Herren, ich meine, der Antrag steht in seiner jetzigen Gestaltung auch thatsächlich auf einem — ich möchte sagen — noch berechtigteren, noch weniger einseitig agrarischen Standpunkt, — auf einem noch festern, noch breitern Boden als sein Vorgänger und selbst unsere Forderung ausreichend höherer Zölle. — Mag das Interesse der Konsumenten an niedrigen Getreidepreisen und damit der vermeintliche Interessengegensatz zum Produzenten ein mehr theoretischer als thatsächlich begründeter sein — darüber kann kein Zweifel sein, daß er theoretisch berechtigt — und, jedenfalls der Glaube daran ein sehr verbreiteter ist, und daß wir also damit zu rechnen haben. — Ebenso wenig aber wird in dieser Versammlung ein Zweifel darüber bestehen, daß die Konsumenten (oder das Stück, was an jedem von uns Konsument ist), ich nenne das einmal kurz, die Konsumenten ein eben solches Interesse an einem Ausgleich der Getreide- und der Brotpreise auf mittlerer Höhe haben als die Produzenten. — Ich glaube,

um mich keiner Wiederholung früherer Ausführungen schuldig zu machen, über diesen Punkt hier wenig sagen zu brauchen.

Nur auf eins möchte ich etwas näher eingehen, was auch denjenigen von Ihnen, meine Herren, die meine bezüglichen Ausführungen im Reichstag am 16. v. M. vielleicht gelesen haben sollten, nicht verständlich geworden sein wird, weil Ihnen dabei die graphischen Darstellungen fehlten, die zum Verständniß unentbehrlich sind und welche ich für diesen Zweck auf den Tisch des Reichstags niedergelegt hatte und auch hier zu Ihrer Verfügung niedergelegt habe. Sie sehen auf dieser Darstellung der Getreide- und Brotpreis-Bewegung in Berlin Folgendes (hier machte Redner an der Hand einer sehr übersichtlichen und klaren graphischen Darstellung der Berliner Getreide- und Brotpreis-Bewegung seit 1636 beziehungsweise von 1881 ungefähr dieselben statistischen Ausführungen wie am 16. Januar im Reichstag und kam zu folgendem Schluß): Die Getreidepreisschwankungen als solche bewirken eine sehr bedeutende Steigerung der Differenz zwischen Getreide- und Brotpreis, d. h. sie bedeuten einfach Brotvertheuerung und ihre Beseitigung, statistisch und mathematisch, Brotverbilligung. Ich wiederhole, während der Antrag in seiner neuen Gestaltung für Getreide nichts als ein Ausgleich der schwankenden Preise auf mittlerer Höhe sein soll, wird er für Brot — neben dem auch hier sehr großen Vortheil des Ausgleichs — mit Sicherheit eine Verbilligung durch Verringerung der Differenz zwischen Getreide- und Brotpreis bringen. — Bei Getreide nur Ausgleich — bei Brot Ausgleich und Verbilligung. Wo liegt da handgreiflich der größere Vortheil? und wer wollte da noch, wie zuerst, von Brotwucher, maßloser Brotvertheuerung, Brotsteuer von 500 Millionen, wie Herr Barth es im vorigen Jahre nannte, oder auch nur von einer einseitigen Interessenpolitik sprechen, die wir verfolgten und bei der wir das Gemeinwohl außer Acht ließen, wenn man nicht etwa als Gemeinwohl nur das Interesse des Handels und zwar des Spekulationshandels in Getreide ansieht, welcher allein für die Erhaltung der Getreidepreisschwankungen und deshalb wirthschaftlich gegen den Antrag interessirt ist. Meine Herren! Ich konstatirte schon, daß diesen früher so beliebten Einwendungen gegen den Antrag Kanitz durch seine veränderte Gestaltung der Boden vollständig entzogen worden ist, so daß sie thatsächlich auch bei der

diesjährigen Berathung kaum noch erhoben worden sind; — wenn auch ein so oberflächlicher Gegner wie Herr Rickert natürlich unbeirrt fortfuhr, mit seinen alten abgedroschenen Argumenten gegen die Schutzzölle weiter zu fechten und nach der Schule unserer beiden letzten Reichskanzler zu behaupten, daß die meisten Landwirthe kein Interesse an hohen Getreidepreisen hätten, weil sie kein Korn verkauften — als ob es sich bei unserem jetzigen Antrag überhaupt noch um hohe Preise handele. — Er ahnte nichts davon, daß diese seine unsinnige Behauptung selbst, wenn sie zutreffend wäre, gegen unseren jetzigen Antrag gar nichts mehr beweise, denn, daß auch dem Landwirthe, der nach seiner Ansicht Getreide kaufen muß,

(Heiterkeit.)

dabei gleichmäßige Preise lieber als schwankende sein müßten, würde er doch kaum bestreiten wollen.

(Sehr richtig!)

Sonst aber sah man sich, wie gesagt, doch allgemein gezwungen, sich auf andere Einwendungen gegen den Antrag zu beschränken, die sein geschicktester Gegner, Herr von Marschall, dahin zusammenfaßte, „er sei 1. handelspolitisch unmöglich, 2. praktisch undurchführbar und unterliege 3. aus sozialpolitischen Gesichtspunkten schweren Bedenken". Daß unsere Forderung wirthschaftlich eine unberechtigte sei, konnte thatsächlich von den Gegnern nur da behauptet werden, wo man, wie Rickert, ohne alles Recht in unseren Antrag Preis-Erhöhung anstatt Preis-Ausgleich hinein interpretirte.

Nun, meine Herren, handelt es sich ja allerdings um einen Ausgleich, der für den gegenwärtigen Moment eine Erhöhung der Preise bedeutet; und ich habe niemals ein Hehl daraus gemacht, daß bei der verzweifelten Lage unserer Landwirthschaft uns im Augenblick diese Erhöhung das Dringendste sei. Aber — und darin liegt das Gerechte unseres Antrages — wir fordern diese gegenwärtige Erhöhung der Preise — so berechtigt sie an sich sein mag, doch nur unter sehr großen Gegenkonzessionen an die Konsumenten: — d. i. einmal, daß diese Erhöhung nicht mehr (wie bisher bei den Zöllen) eine unbegrenzte sein — sondern, daß sie ihre Begrenzung ganz bestimmt da findet, wo der 40jährige Durchschnitt der Preise erreicht und damit unsere Erzeugungs-

kosten gedeckt werden; und zweitens, daß die Gewinne, welche aus dem staatlichen Verkauf des ausländischen Getreides bei den gegenwärtig niedrigen Preisen gemacht werden, dazu Verwendung finden sollen, um bei hohen Auslandspreisen die Inlandspreise zu Gunsten des Konsumenten nach unten auszugleichen. Kann es, rein wirthschaftlich betrachtet, etwas Gerechteres und Vernünftigeres geben?

Bevor ich aber dazu übergehe, meine Herren, Ihnen zu erklären, aus welchen Gründen nach meinem Dafürhalten dennoch der Antrag von der Mehrheit des Reichstages und der Regierung abgelehnt wurde — muß ich, um die Bedeutung der veränderten Gestaltung unseres Antrages nach allen Seiten klar zu stellen — noch auf die soziale Bedeutung desselben kurz eingehen.

Meine Herren, der Antrag unternimmt zum ersten Male den Versuch, die sogenannte „soziale“ — im Grunde sehr wirthschaftliche — Frage, wie es möglich ist, die rapide zunehmende Verschärfung der Kluft zwischen Armen und Reichen in unserem Volk aufzuhalten? — unternimmt es, einen großen — ja ich behaupte, den größten Theil dieser Aufgabe zu lösen — nicht, wie die Sozialdemokratie, durch eine neue Gesellschaftsordnung — auch nicht durch Arbeiterschutzgesetze — auch nicht, wie Graf Galen, durch schöne Reden über christliche und modern-kapitalistische Weltanschauung — sondern praktisch dadurch, daß er die seit einem halben Jahrhundert wirksamen — und zwar mit einer stets wachsenden Schärfe wirksamen — Ursachen beseitigt, welche zum immer größeren Anwachsen des Reichthums auf der einen und zur immer größeren Verarmung auf der anderen Seite geführt haben und naturgemäß führen mußten. Der Minister Miquel hat als solche die allzu große Begünstigung der Handelsinteressen gegenüber der Fürsorge für die schaffenden Stände bezeichnet. Ich glaube dasselbe — vielleicht noch etwas präziser für den vorliegenden Zweck — auszudrücken, wenn ich sage, man hat überall — bei allen Waaren, besonders bei unserer Brotfrucht — durch verkehrte wirthschaftliche Maßnahmen den Spekulationsgewinn an diesen Waaren in einem ganz ungebührlichen Grade gegenüber dem Produktionsgewinn resp. auf Kosten des letzteren gesteigert. — Wenn zu einer Zeit, wo an der Herstellung einer Waare — wie gegenwärtig

beim Getreidebau — nichts mehr verdient wird, gleichzeitig bei der Spekulation in dieser Waare alljährlich noch hunderte von Millionen verdient werden, so ist das ein schreiendes Mißverhältniß, bei welchem natürlich die Verarmung der produktiven Stände und die ungebührliche Bereicherung der Spekulanten die unausbleibliche Folge ist, wie wir sie vor Augen sehen. — Der Spekulationsgewinn beruht aber im Gegensatz zu dem Produktionsgewinn auf der Veränderung — nicht des Werthes der Waare — sondern der Preise für dieselben Werthe; und man kann deshalb die Spekulationsgewinne nicht einschränken, ohne daß man die Veränderlichkeit — die enormen Schwankungen der Preise, wie Sie sie hier auf der graphischen Darstellung ausgedrückt finden, zu beschränken sucht — und das wird man, wie nützlich die gegenwärtig im Werk befindliche Börsenreform auch sonst sein mag, doch so, wie wir es brauchen, nur durch die Verstaatlichung der Getreideeinfuhr erreichen. — Das weiß man auch an der Börse sehr genau — und darum fürchtet und verabscheut man dort unseren Antrag viel mehr, als jede noch so scharfe Börsenreform.

(Sehr richtig!)

Ich kehre aber zu der eigentlich sozialen Bedeutung der veränderten Gestaltung unseres Antrages zurück. Das, was wir in dieser Hinsicht von einer Beschränkung des Spekulationsgewinnes zu Gunsten der Produktion erwarten, ist zunächst freilich, wie ich das ausgeführt habe, die wirthschaftliche Erhaltung und Stärkung derjenigen landwirthschaftlichen Unternehmer, im wesentlichen der Bauern, welche wie die Gesammtheit der Mittelklassen weder reich noch arm sind und deren wirthschaftliche Erhaltung deshalb die sicherste Bürgschaft für den sozialen Frieden, d. h. für die Ueberbrückung der Kluft zwischen Reichthum und Proletariat bietet. — Aber, meine Herren, hiermit — so groß die soziale Bedeutung einer solchen wirthschaftlichen Stärkung des Bauernstandes, der kleinen landwirthschaftlichen Unternehmer und aller damit in Zusammenhang stehenden, durchweg den Mittelklassen angehörender Gewerke auch sein mag, — hiermit ist die ganze soziale Bedeutung unseres Antrages doch keineswegs erschöpft. — Die größte und dringendste soziale Gefahr, welcher zu begegnen der Antrag bestimmt ist, liegt in der ohne ihn oder ohne ein anderes wirksames

Mittel zur Hebung der Getreidepreise ganz unvermeidlichen Herabsetzung der ländlichen Arbeitslöhne,

(Sehr richtig!)

wo nicht Entlassung und Brotlosigkeit der ländlichen Arbeiter.

(Bravo!)

Daß niedrige Getreidepreise und hohe Arbeitslöhne in einem Ackerbau treibenden Lande auf die Dauer zwei mit einander unvereinbare Größen sind, haben bisher selbst die Nationalökonomen des Freihandels und der Sozialdemokratie noch nie bestritten. — Ob die Schwärmer für einen deutschen Industriestaat à la Caprivi dies in einem solchen für möglich halten, ist gleichgültig;

(Heiterkeit.)

denn vorläufig ist Deutschland noch ein Ackerbauland

(Sehr richtig!)

und deshalb muß ein dauernder Tiefstand der Getreidepreise ganz unausbleiblich eine Herabsetzung der landwirthschaftlichen, demnächst aber auch der industriellen und aller Löhne zur Folge haben.

(Sehr richtig!)

Und nichts ist bezeichnender dafür, daß es den sozialdemokratischen Führern nicht auf die Zufriedenheit, sondern auf die Unzufriedenheit der Arbeiter und ganz besonders der ländlichen ankommt, als daß sie überall auch da gegen jede Hebung oder Befestigung der Getreidepreise eintreten, wo dies sichtlich ohne Steigerung der Brotpreise geschehen kann, wie hier nach unserm Antrag. Die Herren Sozialdemokraten wissen, daß sie auf dem Lande so lange nichts Großes ausrichten werden, als der Bauer nicht zur Verzweiflung und der ländliche Arbeitgeber zur Lohnherabsetzung und damit gezwungen wird, seine Leute unzufrieden zu machen und sie so der Sozialdemokratie selbst in die Arme zu treiben. Aus diesem Grunde ganz allein stimmte die sozialdemokratische Partei, die ja in wirthschaftlichen Fragen jetzt immer die Verbündete der Regierung ist, gegen unsern Antrag, von dem seine übrigen Gegner und die Regierung zu behaupten versuchten, daß er sozialistisch sei. Ueber die Zeiten, wo selbst ein Mann wie Caprivi — allerdings wohl nach alter Bismarck'scher Tradition — erklärte: „Wenn die Sozialdemokraten einmal seinen Maßnahmen zustimmten, werde ihn das stets bedenklich machen, ob

er auch nicht auf falschem Wege sei" — meine Herren, über diese Zeiten sind wir längst hinweg.

(Beifall.)

Die Regierung macht seit Jahren ihre Wirthschaftspolitik im Wesentlichen nur noch mit der Unterstützung der bürgerlichen und sozialen Demokratie, ohne daß die Herren von Marschall und von Hammerstein der Beifall von der äußersten Linken auch nur im mindesten bedenklich machte, ob sie nicht vielleicht doch auf falschem Wege seien?

(Lebhafter Beifall.)

Meine Herren! Was ich behaupte, ist, daß man mit der hartnäckigen Ablehnung aller wirksamen Maßnahmen zur Hebung und Befestigung der Getreidepreise und besonders eines Antrags, wie des unsrigen, der dieses Ziel ohne jede Mehrbelastung des Konsumenten und lediglich auf Kosten der Spekulation erstrebt —, daß man hiermit die ganze ländliche Bevölkerung langsam aber sicher nach allen Regeln der Nationalökonomie ins Proletariat und damit in die Hände der sozialdemokratischen Führer treibt — das soll (und ich verwahre mich nach früheren Erfahrungen, wie sie besonders Graf Bismarck mit Herrn Richter gemacht hat, hiergegen ausdrücklich auf das Entschiedenste) nicht im entferntesten eine Drohung sein; im Gegentheil, es soll für uns alle eine Mahnung sein, nicht müde zu werden, unsere Berufsgenossen auf dem Lande bis zu den kleinsten herunter zu warnen und zu ermahnen, sich nicht vor der Zeit der Verzweiflung und dem Pessimismus, der überall der Vorläufer des Uebergangs zur Sozialdemokratie ist, hinzugeben.

(Lebhaftes Bravo.)

Aber, meine Herren, wenn wir nach der andern Seite diese Gefahr, diese immer akuter werdende soziale Gefahr, wie wir sie täglich vor uns auf dem Lande sehen, und wie man sie hier am grünen Tisch natürlich nicht sieht, verschweigen und nicht offen aussprechen wollten, meine Herren, das wäre nichts anderes als Hochverrath an unserm König und unserm Vaterland.

(Lebhaftes, anhaltendes Bravo.)

Und damit glaube ich die soziale Bedeutung unseres Antrags in großen Zügen hinreichend gekennzeichnet zu haben.

Es bleibt mir nur übrig, noch ganz kurz auf die beiden letzten Punkte der von mir vorgeschlagenen Resolution, d. h. die Ablehnung — die eigentliche Bedeutung der bisherigen Ablehnung unseres Antrags und unsere fernere Stellung zu demselben zurück zu kommen. Daß der Antrag — wirthschaftlich betrachtet — gerecht und vernünftig sei, ist so handgreiflich, daß man es von Seiten der Gegner vorzog, auf die wirthschaftliche Seite der Frage lieber gar nicht mehr einzugehen — und daß die größte Partei des Reichstags, das Centrum, bei dem die Entscheidung über Annahme oder Ablehnung des Antrags lag, und welches, wie ich gleich zeigen werde, den Antrag nicht aus wirthschaftlichen, sondern aus politischen Gründen bekämpft, sich darauf beschränkte, durch seinen Redner, den Grafen Galen, ohne alle Angabe von Gründen zu erklären: „Die Unausführbarkeit in unsern staatlichen Verhältnissen und die Unvereinbarkeit mit den Handelsverträgen stehe fest" — im „übrigen aber beruhe der Antrag nicht auf der christlich-sozialen, sondern der modernen kapitalistischen Weltanschauung" und schließlich — das ist das Einzige, was der Redner näher ausführte und was in der That des Pudels Kern ist, — die Monopolisirung des Handels mit ausländischem Getreide werde auch die des inländischen Getreidehandels und sogar des Grund und Bodens und aller anderen Gewerke nach sich ziehen; „Alles müsse konsequent schließlich in die Hände des Staats fallen, der dann die Kapitalien, die Gelder, die er dabei gewönne, nach Belieben vertheilen werde." — Meine Herren! Hier liegt — auch nach den vorjährigen Ausführungen des Abgeordneten Lieber in der Kommission, in der That des Pudels Kern: Man hat von je her im Centrum gegen nichts mehr Abneigung gehabt, als gegen alles, was auch nur nach einem Monopol riecht, —

(Sehr richtig!)

weil man davon eine Stärkung der finanziellen Unabhängigkeit und damit der Machtmittel, wie Herr von Vollmar in der Kommission sich ausdrückte, der Omnipotenz des Staats befürchtet.

(Sehr richtig!)

Das ist der eigentliche, wahre Grund der Abneigung, die das Centrum, wie die ganze demokratische Mehrheit des jetzigen Reichstags gegen den Antrag erfüllt, und den man begreiflicherweise nur deshalb nicht gar zu offen verrathen möchte,

um der Regierung nicht über die wahre Gesinnung ihrer Verbündeten die Augen zu öffnen.

(Sehr richtig!)

Meine Herren, für die Beurtheilung des wirthschaftlichen Verständnisses, welches dem Antrag von Seiten des Centrums einerseits und andererseits von der Regierung entgegen gebracht wurde, hier in Parenthese nur ein Beispiel: Nachdem Freiherr von Marschall, mit dem ganzen Aufwand der dialektischen Geschicklichkeit, die er wohl seinem früheren Beruf verdankt,

(Heiterkeit.)

den Antrag bekämpft, und dabei seine Handelsverträge natürlich aufs äußerste vertheidigt hat, stellt er folgenden Satz auf: Hätten wir keine Handelsverträge abgeschlossen, so würden wir voraussichtlich höhere Getreidezölle haben, wahrscheinlich aber keine höheren Getreidepreise. Unmittelbar nach Freiherrn von Marschall erhebt sich Graf Galen, ergeht sich in den höchsten Lobeserhebungen der klaren und treffenden Ausführungen des Herrn Staatssekretärs und verliest zur Bekräftigung die Weihnachtsgedanken eines Westfälischen Bauern, die in folgendem Satz gipfeln: „Ja, wenn wir keine Handelsverträge, keine Meistbegünstigungsklausel hätten, dann wäre es für die Regierung ein Leichtes, die Getreidepreise zu heben, auch ohne Antrag Kanitz!" — und hierzu bemerkt Graf Galen nur: „Ich hoffe, der Herr Staatssekretär wird sich freuen, daß er hier von einem einfachen westfälischen Bauern dieselben Gedanken bestätigt findet, die er uns heute ausgesprochen hat.

(Heiterkeit.)

Ist das nicht ein klassisches Zeugniß für das tiefe gegenseitige Verständniß unserer Gegner in dieser Frage?

(Große anhaltende Heiterkeit.)

Doch dies nur in Parenthese! — Das ablehnende Votum des gesammten Centrums beruhte einfach auf einem Fraktionsbeschluß, der, wie ich behaupte, ausschließlich aus politischen — im wesentlichen parteipolitischen und nicht wirthschaftlichen Erwägungen hervorging und bei dem die wirthschaftlichen Auffassungen eines sehr großen Theils des Centrums aufs äußerste vergewaltigt worden sind. Auch hierfür nur ein kurzes Schlaglicht: Bei der Kommissionsberathung des Antrags vom 8. Mai vorigen Jahres äußerte der Abgeordnete von Komierowski die Ansicht — man

könne sehr wohl für die von mir beantragte Resolution, welche die Billigung des allgemeinen Zwecks unsers Antrags forderte, stimmen, ohne daß man dadurch gebunden und verpflichtet sei, später auch für den Antrag selbst zu stimmen.

Dem widerspricht der Abgeordnete Dr. Lieber auf das Entschiedenste: „Die Bedeutung des Antrags des Grafen Schwerin sei eine sehr viel gefährlichere, eine sehr viel verpflichtendere. Man könne nicht sagen, es präjudizirt das keinem Mitgliede der Kommission, es kann sich alles vorbehalten. Nein, es kann sich nicht alles vorbehalten. Wer das System der legislatorischen Preisbildung in Form eines Ausgleichs auf mittlerer Höhe anerkennt, der muß weitergehen, der kann sich gar nichts in dieser Hinsicht vorbehalten, der kann gar nicht sagen: ich will nicht weitergehen — das ist ausgeschlossen."

(Bewegung. Hört! Hört!)

Nachdem der Abgeordnete Dr. Lieber diese Erklärung abgegeben, erfolgt die Abstimmung über diese meine Resolution und nun — stimmen von den acht der Kommission angehörenden Mitgliedern des Centrums nur zwei mit ihm gegen die Resolution, während vier dafür stimmen und sich einer der Abstimmung enthält.

(Hört! Hört!)

Da sollte man doch annehmen, daß nach der Auffassung des Dr. Lieber diese Mehrheit der Kommission verpflichtet gewesen sei,

(Sehr richtig!)

jetzt auch für den Antrag zu stimmen. Nichtsdestoweniger erfolgt jetzt unter dem Vorsitz des Abgeordneten Dr. Lieber und in Abwesenheit mehrerer seiner Fraktionsgenossen, die in der Kommmission für den Antrag gestimmt hatten, der Fraktionsbeschluß: Das Centrum stimmt geschlossen (wie Graf Galen erklärte) gegen den Antrag.

(Bewegung.)

Wer will da noch behaupten, das es den Mitgliedern des Centrums möglich gewesen wäre, in dieser Frage nach ihrer persönlichen wirthschaftlichen Anschauung zu stimmen? Graf Kanitz hatte mit seiner persönlichen Schlußbemerkung ganz recht — wenn er die an ihn gestellte Zumuthung, seinen Antrag zurückzuziehen, mit dem Hinweis darauf zurückwies, daß es ja einem großen Theil

der Mitglieder des Reichstags unmöglich gemacht worden sei, in dieser Frage nach ihrer persönlichen wirthschaftlichen Meinung zu stimmen.

(Bravo!)

Nun, meine Herren, ich komme zum Schluß: Man ist auch mir in den Tagen nach dem 17. Januar von den verschiedensten Seiten, von Regierungsmitgliedern und von Centrumsmitgliedern mit der etwas beklommenen Frage nähergetreten, ob wir denn nun nicht nach diesem überwältigenden Votum gegen unsern Antrag denselben — und jede weitere Agitation für denselben endgültig aufgeben wollten? — Ich habe den Herren geantwortet: Meine Herren, Sie können vorläufig ruhig sein; wir werden uns gegenüber diesem feststehenden Votum der Regierung und des Reichstags nicht vor der Zeit die Kehlen heiser schreien; aber allerdings — je mehr wir schweigen werden, um so lauter werden die Steine, d. h. die nackten, kalten Thatsachen schreien,

(Lebhafter Beifall.)

die Thatsachen der immer größern Verarmung und damit der immer wachsenden Unzufriedenheit

(Sehr wahr!)

der gesammten ländlichen Bevölkerung.

(Bravo!)

Und aus diesen Thatsachen werden wir nicht allein zu geeigneter Zeit, d. h. bei den Neuwahlen, die nöthigen Schlüsse zu ziehen wissen, sondern wir werden auch bis dahin nach Kräften bestrebt sein, die ländliche Bevölkerung vor dem Irrthum zu bewahren, als gebe es nach dem einmal vollzogenen Abschluß der Handelsverträge keinen Weg und keine Möglichkeit mehr, die deutsche Landwirthschaft vor dem Untergang an ruinösen Getreidepreisen zu retten,

(Lebhafter Beifall.)

ein Irrthum, der, wie ich es ausgeführt habe, unfehlbar unsere gesammte ländliche Bevölkerung zur Verzweiflung und damit in das Lager der Sozialdemokratie treiben müßte.

(Bravo!)

Und wir sind der Meinung, daß eine verständige Regierung uns hierfür dankbar sein sollte.

(Bravo!)

Ich hoffe, die Vereinigung wird durch Annahme der von mir und meinem Herrn Korreferenten beantragten Resolution zeigen, daß sie den von mir hier vorgezeichneten Weg für das weitere Verhalten der agrarischen Partei — und zwar ebenso in Bezug auf die Währungsfrage, wie in Bezug auf unsern Antrag — für den richtigen hält.

(Lebhafter, anhaltender Beifall.)

Vorsitzender Graf **von Mirbach**-Sorquitten: Meine Herren, ich darf in Ihrem Namen dem ersten Herrn Referenten ganz besonderen Dank aussprechen; dieser gebührt ihm um so mehr, als er infolge von Krankheit sich eigentlich eine vollständige Schonung auferlegen sollte. Er hat uns zu Liebe und im Interesse der Sache davon abgesehen und uns einen Vortrag gehalten, der, glaube ich, einen bleibenden Werth haben wird.

Ich ertheile nunmehr dem Mitberichterstatter, Herrn Domänenrath Rettich, das Wort.

Mitberichterstatter Reichstags-Abgeordneter Domänenrath **Rettich**-Rostock: Meine Herren, ich habe den ausführlichen Darlegungen des Herrn Referenten, mit denen ich in allen wesentlichen Punkten übereinstimme, eigentlich sehr wenig hinzuzufügen. Als ich auf Wunsch des Vorstandes das Korreferat übernahm, hatte ich das Gefühl, daß die Ernennung eines Korreferenten in diesem Falle überflüssig sei, und dieses Gefühl beherrscht mich nach den Ausführungen, die wir eben gehört haben, in noch höherem Maße. Ich will mich also auf einige aphoristische Ausführungen beschränken und will Ihnen etwas Zukunftsmusik vortragen, d. h. ich will versuchen, in wenigen kurzen Zügen Ihnen zu zeigen, wie etwa der Antrag Kanitz unter Festhaltung seiner Grundgedanken sich vielleicht gestalten könnte, um verschiedene ihm entgegenstehende Bedenken zu beseitigen. Ich habe ähnliche Gedanken im vorigen Jahre im Deutschen Landwirthschaftsrath erörtert, verkenne aber nicht, daß auch diesen meinen damaligen Ausführungen mannigfache Bedenken entgegenstehen, und habe auch die Sache so objektiv behandelt, daß ich bei der Abstimmung im Deutschen Landwirthschaftsrath nicht für die Vorschläge, die ich selbst gemacht hatte, sondern für das den Antrag Kanitz im Wesentlichen befürwortende Votum des Referenten stimmte.

Meine Herren, ich will also auf die Sachen, die der Herr Referent ausgeführt hat, nicht weiter eingehen; ich will nur noch einmal hervorheben, daß auch ich vollständig der Ueberzeugung bin, daß der Antrag Kanitz die Schwankungen in den Getreidepreisen beseitigen, daß er brotverbilligend und aus diesem Grunde sozial wohlthätig wirken würde. Der Gedanke, der dem Antrage zu Grunde liegt, ist nicht sozialistisch, er ist vielmehr entschieden sozial-konservativ.

Meine Herren, wie die Sozialdemokratie die Frage der Getreidepreise beurtheilt, dafür möchte ich Ihnen ein paar ganz kurze Notizen vorlesen. Der Abgeordnete Liebknecht hat auf dem Sozialisten-Kongreß in Paris 1880 gesagt:

„Das stärkste Bollwerk gegen die Ausbreitung der Sozialdemokratie ist bisher das zähe Festhalten des Bauern an seinem Eigenthum gewesen. Das war die Schranke, an welcher das Wachsthum der Sozialdemokratie schließlich hätte zum Stillstand kommen müssen. Das amerikanische Getreide beseitigt nun diese Schranke, es expropriirt den Bauern, es stößt ihn ins Proletariat hinab und verwandelt ihn aus einem Vertheidiger zu einem Feind der gegenwärtigen Ordnung. — Der Sozialismus sieht daher in der amerikanischen Konkurrenz eine der besten Bürgschaften seines baldigen Erfolges."

Und weiter: Im vorigen Jahre hat der Sozialdemokrat Schippel auf dem Parteitage in Breslau gesagt:

„Nicht als Besitzer können wir die Bauern zu uns herüber ziehen, sondern nur als Besitzlose; unser Sieg hängt ab von der Verarmung der landwirthschaftlichen Bevölkerung."

(Hört, hört!)

Meine Herren, das ist das, was der Gedanke des Antrages Kanitz verhindern will, er will die Landwirthschaft, den Bauernstand erhalten, und deshalb ist der Grundgedanke des Antrages Kanitz nicht sozialistisch, sondern, wie ich sagte, sozial-konservativ.

(Sehr richtig!)

Meine Herren, ich komme nun zu einigen allgemeinen Erwägungen, ich stelle an die Spitze einen Satz, der auch aus den Ausführungen des Herrn Referenten in gewissem Sinne hervorgegangen ist, daß die Spekulation nämlich sehr oft Getreidemengen

einführt, die über das Maß des thatsächlichen Bedürfnisses weit hinausgehen, und dies, meine Herren, halte ich für eine der Hauptursachen des Preisdruckes. Ich will in dieser Beziehung einige wenige Zahlen anführen.

Der bekannte Statistiker Neumann-Spallart giebt an, daß in Deutschland pro Kopf der Bevölkerung durchschnittlich verbraucht wird an Brotgetreide 185 Kilogramm pro Jahr. Für 1894 wird die Zahl der Bevölkerung Deutschlands angenommen auf etwas über 51 Millionen. Multiplizirt man diese Zahl mit dem Getreidebedürfniß, so ergiebt dies eine Getreidemenge von 9475145 Tonnen. Meine Herren, ich habe nun eine statistische Zusammenstellung vor mir, die von dem Generalsekretär des Deutschen Landwirthschaftsrathes Dr. Traugott Mueller aufgestellt wurde bei Gelegenheit der Berathung des Antrages Kanitz in der vorjährigen Sitzung des Deutschen Landwirthschaftsrathes. Ich greife aus dieser Zusammenstellung ein interessantes Jahr heraus, das Jahr 1893/94; es ist dies nach den statistischen Zusammenstellungen des Reichs-Statistischen-Amtes die größte Ernte, die wir seit langer Zeit gemacht haben. Die Ernte an Roggen und Weizen betrug 10455000 Tonnen; als Aussaat ging ab nach der Reichsstatistik ein Quantum von 1373000 Tonnen, so daß verblieben 9082000 Tonnen. Ich bemerke, daß Roggen und Weizen hier zusammengefaßt sind. Nun wurde nach der Zusammenstellung des Generalsekretärs des Deutschen Landwirthschaftsrathes vom 1. Juli 1893 bis 1. Juli 1894 nach Abzug der Ausfuhr ein Quantum eingeführt von 674000 Tonnen. Das macht zusammen mit dem verfügbaren Inlandsvorrath ein Quantum von 9756000 Tonnen. Der Bedarf ist nach der angeführten Rechnung 9475000 Tonnen, so daß in dem Jahre vom 1. Juli 1893 bis 1. Juli 1894 ein Quantum von beinahe 300000 Tonnen über Bedarf eingeführt ist. Es ist aber betreffs des Jahres 1893/94 zu bemerken, daß durch den Zollkrieg bis zum Inkrafttreten des Handelsvertrages mit Rußland im Frühling 1894, also ungefähr für drei Vierteljahre, der Import entschieden gehemmt war.

Nun nenne ich eine andere Zahl aus dem statistischen Jahrbuch des Reiches. Die Statistik des Reiches rechnet nicht vom 1. Juli zum 1. Juli, was der Generalsekretär Dr. Mueller gethan hat, um den Vergleich mit der selbst gemachten Ernte durchzuführen; also

das statistische Jahrbuch rechnet vom 1. Januar zum 1. Januar und dies giebt für das Jahr 1894 eine Getreideeinfuhr für Roggen und Weizen zusammen an von 1807000 Tonnen, also fast dreimal so viel, als in der Zeit vom 1. Juli 1893 bis 1. Juli 1894 eingeführt ist; es geht daraus hervor, daß nach Eintritt der Geltung des russischen Handelsvertrages sofort eine ganz kolossale Einfuhr stattfand, so daß die Einfuhr im Kalenderjahre 1894 eine Höhe erreichte von 1807000 Tonnen, d. h. beinahe eben so viel, wie nach der schlechten Ernte 1891 (1844000 Tonnen). Nun war im Jahre 1893 eine hervorragende Ernte und 1894 durchaus keine schlechte Ernte und trotzdem, meine Herren, dieser wirklich kolossale Import!

Ich glaube also, mit diesem Beispiel nachgewiesen zu haben, daß die Spekulation sehr häufig über das thatsächliche Bedürfniß hinaus einführt und daß die Behauptung, daß bei steigender Inlandsernte der Import von selbst abnehmen würde, eine entschieden verkehrte ist.

Ich muß nun mit kurzen Worten auf einige statistische Angaben, die der Herr Staatssekretär Freiherr von Marschall bei der Bekämpfung des Antrages Kanitz machte, zurückkommen. Er führte aus, daß Herr Graf von Kanitz mit Unrecht behauptet habe, daß eine konstante Steigerung der Getreideeinfuhr stattgefunden habe, und er führte zum Beweise folgende Zahlen an: Es wären im Jahre 1889 10 Millionen Doppelcentner, 1890 9 Millionen, 1891 8 Millionen, 1892 5 Millionen Doppelcentner Roggen eingeführt worden. Die linke Seite des Hauses begleitete die letzten Zahlen mit einem lauten: Hört, hört! Nun muß man sich die Zahlen des Herrn Staatssekretärs von Marschall doch etwas genauer ansehen. Wenn er beweisen wollte, daß keine Steigerung eingetreten war, so war es nicht zulässig, diese Zahlenzusammenstellung mit dem Jahre 1892, also $^5/_4$ Jahre vor Eintritt des russischen Handelsvertrages, abzuschließen. Er mußte ferner nicht, wie er es gethan hat, nur den Roggen anführen, sondern er mußte auch angeben, wieviel Weizen eingeführt worden sei. Es stand nämlich das Jahr 1892 — und das muß besonders hervorgehoben werden — unter dem Einflusse des russischen Ausfuhrverbotes; es kam weniger Roggen nach Deutschland und dieses Weniger an Roggen ist durch Mehreinfuhren von Weizen ersetzt worden. Ich will Ihnen, um

Sie nicht zu lange aufzuhalten, nur die Zahlen kurz anführen, wie die Sache sich stellt, wenn man Roggen und Weizen zusammenfaßt.

1889 sind nach der Reichsstatistik eingeführt worden 16 Millionen, 1890 15½ Millionen, 1891 fast 17½ Millionen, infolge des schlechten Jahres; 1892 18½ Millionen. Das ist also in dem Jahre, wo der Herr Staatssekretär 5 Millionen angab; da sind so kolossale Mengen Weizen eingeführt worden, daß in diesem Jahre die größte Einfuhr von Brotgetreide stattfand, die wir überhaupt gehabt haben.

(Hört, hört!)

1893 ging die Einfuhr auf 9 Millionen zurück, um im Jahre 1894 wieder eine Höhe von über 18 Millionen zu erreichen. Meine Herren, ich glaube mit diesen Zahlen, die der Reichsstatistik entnommen sind, nachgewiesen zu haben, daß es kaum je eine oberflächlichere statistische Begründung einer behaupteten Thatsache gegeben hat, als Herr von Marschall sie bei Bekämpfung der Ausführungen des Herrn Grafen von Kanitz gemacht hat.

(Sehr richtig! und lebhafter Beifall.)

Also, meine Herren, wenn ich frage, welcher Schutz gegen diesen spekulativen Plus-Import gegeben werden kann, so wissen Sie Alle, daß der kleine Zoll hierzu nicht genügt. Herr Graf von Schwerin hat Ihnen vorhin ausgeführt, daß die Börsenreform ja wohlthätig wirken könne; ich betone aber, daß das Verbot des Termingeschäftes in Getreide, wie die Börsenkommission dasselbe angenommen hat, doch auch von sehr zweifelhafter Bedeutung ist, wie gestern in der Ausschußsitzung von dem Herrn Vorsitzenden, Grafen Mirbach, ganz richtig hervorgehoben wurde. Es würde dieses Verbot und die bessere Ordnung des Getreidegeschäftes nämlich nur dann nützen, wenn alle anderen Staaten zu ähnlichen Maßnahmen übergingen. So lange die Getreidebörse in Chicago existirt, würden wir einen wesentlichen Einfluß von einer derartigen Börsenreform auf die Getreidepreise nicht haben. Was bleibt dann übrig? Nach meiner festen Ueberzeugung nur die Verstaatlichung der Einfuhr, und die bezweckt der Antrag Kanitz.

Nun, meine Herren, kommt die Zukunftsmusik, von der ich vorhin sagte, und ich lege Ihnen die Frage vor: Wie würde unter Festhalten des Grundgedankens des Antrages Kanitz die

Sache vielleicht anders zu machen sein? Dem Antrage wird ja hauptsächlich vorgeworfen, daß die Festsetzung eines Mindestpreises ein sozialistischer Gedanke sei. Ich leugne das nun zwar, aber es sind auch noch andere Bedenken da, die von verschiedenen Seiten hervorgehoben worden sind: Bei Feststellung eines gleichen Durchschnittspreises für ganz Deutschland würden, wie aus den sorgfältigen statistischen Zusammenstellungen des Generalsekretärs Dr. Mueller hervorgeht, einige Gegenden in Deutschland schlecht fahren, namentlich diejenigen Gegenden, die theurer produziren. Nach dieser Zusammenstellung würde in Württemberg eine Erhöhung des Weizenpreises von 4,8 Prozent eintreten, während für Westpreußen eine Erhöhung von 25,1 Prozent eintreten würde, und beim Roggen würden Bayern, Württemberg, Baden und Hessen Schaden haben, sie würden niedrigere Preise bekommen, als sie jetzt haben. Von diesem Gesichtspunkte aus ist im vorigen Jahre in der Wirthschaftlichen Vereinigung des Reichstages von dem Herrn Grafen von Schwerin und auch von dem Bunde der Landwirthe der Gedanke aufgeworfen worden, Zuschläge zu machen für die einzelnen Gegenden. Ja, meine Herren, das hat unter Umständen Schwierigkeiten. Sollen die Zuschläge nach Ländern, Provinzen oder Marktorten festgesetzt werden? Und ein weiteres Bedenken wurde dahin geäußert, daß die Festlegung der Getreidepreise für bestimmte Gegenden für eine dauernde Zeit ohne Berücksichtigung der Veränderung der Produktionsbedingungen, die eintreten können und mit der Zeit sicher eintreten werden, doch eine Stagnation der wirthschaftlichen Entwickelung herbeiführen müßte. Ich weiß nicht, welches Gewicht man diesen Bedenken beilegen will. Ich kann nicht leugnen, daß ich sie zum Theil für richtig halte.

Wie würde nun der Gedanke der Monopolisirung der Getreideeinfuhr unter Berücksichtigung dieser Bedenken durchgeführt werden können? Der Einfluß des übermäßigen Imports muß aufgehoben werden, und das ist nur möglich, wie gesagt, wenn der Staat das Getreide kauft. Er soll dann aber nach meiner Auffassung — ich glaube, Herr Klapper, der in der Versammlung anwesend ist, hat diesen Gedanken vor etwa zwei Jahren in einer Zeitschrift auch schon ausgeführt — er soll dann das ausländische eingeführte Getreide lagern und es nicht früher verkaufen, bis sich ein wirkliches Be-

dürfniß herausgestellt hat. Inzwischen sollen sich die Preise für das Inlandsgetreide nach dem natürlichen Gesetz von Angebot und Nachfrage entwickeln. Das Reich müßte dann zu dem am Orte des Lagers geltenden Preise, wenn die Lager geöffnet werden, verkaufen, müßte aber mindestens einen Preis erzielen, welcher den Ankaufspreis plus Zinsen plus Lager- und Bearbeitungskosten und plus 3,50 Mark deckt. Es ist das wesentlich dasjenige, was Friedrich der Große bei seiner Getreidepolitik gethan hat: er lagerte das Getreide und verkaufte es nicht eher, bis ein wirklicher Bedarf da war.

Nun, meine Herren, wenn dieser Gedanke verwirklicht würde, dann würde entschieden ebenfalls eine Steigerung des Preises für Inlandsgetreide eintreten; ob in dem vollen Maße, wie nach der ursprünglichen Kanitz'schen Idee — das weiß ich nicht. Aber es würde sich doch eine wesentliche Steigerung der Preise entwickeln und es würde noch ein großer Vortheil entstehen; denn das Reich wäre für den Kriegsfall sicher, weil es immer einen nicht unbedeutenden eisernen Bestand halten müßte.

Ich habe diesen Gedanken in die Debatte hineinwerfen zu sollen geglaubt, verzichte aber natürlich auf die Stellung von Anträgen in dieser Richtung. Ich habe nur zeigen wollen, daß der Grundgedanke des Antrages Kanitz, Verstaatlichung der Getreide-Einfuhr, Beseitigung der Spekulation mit ausländischem Getreide und dadurch Herbeiführung von gesunden Preisen auch für die Konsumenten, sich vielleicht auch auf andere Weise verwirklichen ließe.

Nun, meine Herren, der Gedanke des Antrages Kanitz ist, wie Herr Graf von Schwerin schon ausgeführt hat, nicht todt, er wird wiederkehren, und wenn nicht auf andere Weise vorher in ausgiebiger Weise dem Nothstande gesteuert ist, wird er von Neuem eingebracht werden. Das wollten wir in der Resolution, die Ihnen unterbreitet ist, zum Ausdruck bringen, und um Annahme dieser Resolution bitte auch ich Sie.

(Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Graf **von Mirbach**-Sorquitten: Auch dem Herrn Korreferenten gebührt unser Dank, den ich mir erlaube,

Ihnen Namens der Versammlung abzustatten. Wir kommen nun zur Diskussion über das Thema. Ich eröffne dieselbe.

Rittergutspächter **Lucke**-Patershausen: Hochgeehrte Herren! Zuerst möchte ich Ihnen eine Bestätigung dessen geben, was Herr Graf Schwerin-Löwitz darüber ausgeführt hat, daß das Centrum aus parteipolitischen Rücksichten den Antrag Kanitz abgelehnt hat. Das Prinzip besteht nun in den Reihen des Centrums — das wird Ihnen ja Allen bekannt sein —: Keine Monopole! Als ich vor einiger Zeit in Berlin war, traf ich im Reichstag einen der Herren Reichstagsabgeordneten aus Süddeutschland, der mir sehr genau bekannt ist; da sagte er: Aha, ein Monopol ist wieder in Sicht, denn wenn man Ihnen hier begegnet, handelt es sich immer um ein Monopol!

(Heiterkeit.)

Das kommt daher, weil ich seiner Zeit ein Rohspiritus-Monopol ausgearbeitet und auch mit Mitgliedern des Centrums darüber verhandelt habe. Als ich meine Verwunderung über diese Anrede äußerte, sagte der Herr: Warum denn nicht gar, ist denn der Antrag Kanitz kein Monopol? Ich will damit nur beweisen, meine Herren, daß es gelungen ist, im Centrum allen Freunden des Antrages Kanitz, die ihn für eine national-wirthschaftlich, politisch nothwendige Maßregel hielten, zu beweisen, daß es sich um ein Staatsmonopol handelt, und daraus allein ist die Geschlossenheit der Fraktion in der Ablehnung des Antrages zu erklären.

Nun meine ich weiter, ist von dem Herrn Referenten wie dem Herrn Korreferenten Eines nicht genügend in den Vordergrund gestellt worden, d. i. die Behauptung der Gegner: Es verstoße der Antrag Kanitz gegen den Geist der Handelsverträge, und zwar deshalb, weil die staatliche Einfuhr unter Abführung des bisherigen Zollbetrages seitens des Reichs und außerdem das Nehmen eines Aufschlages, der gleich ist einem Betrage, welcher den Wiederverkaufspreis des ausländischen Getreides gleichstellt dem vierzigjährigen Durchschnitt, eine versteckte Zollerhöhung bedeute, also gegen die bestehenden Handelsverträge verstoße. Nun, ich meine, gegen den Geist der Handelsverträge verstößt es auch, wenn man uns zumuthet seitens unserer Vertragsmitkontrahenten, daß der freie Verkehr derart gelöst sein soll, daß nun rücksichtslos, ob wir es verbrauchen können im Lande oder nicht, die Getreideeinfuhr stattfinden

soll und kann, gleichviel, ob dabei unser Getreidebau und damit die Getreidebauer zu Grunde gehen.

(Sehr richtig!)

Ich meine, wenn Sie ein Geschäft abschließen, schließen Sie es nicht in der Absicht ab, sich und Ihren Nachbar zur Rechten und Linken mit Sicherheit zu ruiniren. Niemand kann sich dauernd zu seinem Schaden verpflichten! Das verstößt meiner Ansicht nach auch gegen den Geist der Handelsverträge, und nun möchte ich Sie bitten, zu erwägen, ob wir nicht eine Form finden können, den Antrag Kanitz zur Ausführung zu bringen, so daß er wenigstens formell äußerlich nicht gegen den sogenannten Geist der Handelsverträge verstößt. Ich meine, das wäre die Verstaatlichung des Zwischenhandels mit ausländischem Getreide.

Die Verstaatlichung des Zwischenhandels mit ausländischem Getreide bedeutet nach meiner Auffassung das Bestehenlassen aller derjenigen Einrichtungen und Verpflichtungen, die die Handelsverträge uns auferlegt haben. Man zahlt den Zoll an der Grenze, das Getreide kann nach wie vor vom Großhandel eingeführt werden, aber, meine Herren, weiterverkauft kann es nicht werden in beliebiger Menge. Zu der staatlichen Institution, welche diesen Zwischenhandel betreiben würde, habe ich das Zutrauen, daß sie niemals mehr ausländisches Getreide kaufen würde, als wir brauchen, auch ohne gesetzliche Festlegung. — Nun sagen Sie vielleicht: Das ist dasselbe. — Ja, aber wenn wir den Zwischenhandel verstaatlichen, dann haben wir es mit einem Internum des Reiches zu thun, um den das Ausland sich nicht zu kümmern braucht, und man kann uns nicht sagen: es verstößt gegen den Geist der Handelsverträge, wenn wir nur in die Wege leiten wollen, daß so viel vom Auslande gekauft wird, wie wir gebrauchen. Ich möchte mich da auf einen Ausspruch des Herrn Justizministers beziehen: Wenn zwei dasselbe thun, ist es nicht immer dasselbe, — und es handelt sich ja hier auch nur um Formalien. Man sagt ja nur: die Einfuhr verstaatlichen können wir nicht, das verstößt gegen die Handelsverträge; aber was wir machen gegen den Zwischenhandel, das geht die Handelsverträge gar nichts an. Das, meine Herren, möchte ich hervorgehoben haben und möchte es für die Diskussion mit zur Erwägung stellen für diejenigen Herren, die sich weiter mit den Handelsverträgen und dem Antrag Kanitz

befassen werden, um ihn vielleicht in eine Form zu gießen, die für gewisse Leute und maßgebende Persönlichkeiten verdaulicher erscheint.

(Heiterkeit.)

Was die soziale Seite der Sache anbetrifft, nun, meine Herren, in Süddeutschland, wo ich jetzt lebe, giebt es nur kleine Bauern; ich kenne aber gar keinen kleinen Bauern, der mir nicht immer gesagt hätte: ja, wenn nicht der Antrag Kanitz kommt, gehen wir zu Grunde! — Auch kenne ich keinen Bauern, der nicht nur gesagt hätte: wenn wir nicht von dieser Seite Hilfe bekommen, müssen wir zu den Sozialdemokraten gehen!

(Hört, hört!)

Und, meine Herren, was das bedeutet in den kleinbäuerlichen Verhältnissen Süddeutschlands, wenn die Bauern den Sozialdemokraten in die Hände fallen, das brauche ich Ihnen nicht auszuführen, das wissen Sie alle, wenn Sie die Bevölkerungsdichtigkeit und die Zersplitterung des Grundbesitzes auf dem flachen Lande kennen. Daher glaube ich, wenn wir den Bauernstand nicht in seiner Existenz, und zwar insbesondere den Kleinbauernstand, schützen, und man ihn zwingt, seine Kinder, um das nöthige Brot herbeizuschaffen, schon kaum konfirmirt in die Fabriken zu schicken und sie der Landwirthschaft zu entfremden, dann werden wir in immer schnellerem Tempo ganz gefährlichen sozialen Zuständen im Deutschen Reiche entgegengehen.

(Bravo!)

Rittergutsbesitzer **von Knebel-Doeberitz**-Lübgust: Ich möchte eine kurze Bitte an die Herren Referenten richten. Ich habe die Referate, die wir gehört haben, so aufgefaßt, daß uns damit auch Waffen an die Hand gegeben werden sollen, um Einwände gegen den Antrag Kanitz widerlegen zu können. Einer derjenigen Einwände, der am häufigsten gemacht wird, insbesondere von anderen Berufsständen, ist der, daß sie sagen: was dem Einen recht ist, ist dem Andern billig, wollt Ihr Mindestpreise haben, so können auch die anderen Gewerbe ihrerseits Mindestpreise verlangen! Vielleicht haben die Herren Referenten die Güte, ein paar Schlaglichter an die Hand zu geben, womit man im Sinne des Antrags Kanitz die gegnerischen Einwände beleuchten könnte. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß ich den Leuten, wenn sie sagen: Ihr könnt nicht verlangen, daß wir Euch das Getreide theurer bezahlen, als wir es von Anderen

bekommen können! — einfach erwidere: Ihr könnt nicht verlangen, daß wir Euch das Getreide schenken! Aber es würde doch vielleicht gut sein, wenn dies seitens der Herren Referenten zum Ausdruck käme, da es viele schwache Seelen auch unter uns Landwirthen giebt, die sich der allgemeinen schönen Redensarten wegen nicht zum Antrag Kanitz bekennen können.

Geheimer Regierungsrath und Landrath a. D. **von Hymmen-Burg Endenich**: Wenn Niemand gegen die vorgeschlagene Resolution auftreten will, so komme ich in die wirklich bedauernswerthe Lage, es wohl thun zu müssen. Viele unter Ihnen sind Mitglieder parlamentarischer Versammlungen; ich bin das nie gewesen, abgesehen von meiner dreimaligen Theilnahme am westfälischen Provinziallandtage. Dazu kommt aber auch, daß ich gar keine Hoffnung habe, hier unter Ihnen auch nur einigen Anklang zu finden. Ich bin Rheinländer und unsere Anschauungen sind vielfach andere, als die Anschauungen derer, die diese Versammlung fast ausschließlich bilden. Es war ein sehr glücklicher Gedanke von dem Vorstande des Bundes der Landwirthe, einmal festzustellen, wie viele Mitglieder ostelbisch und wie viele westelbisch wären, und es ergab sich, daß ungefähr 99 000 ostelbische und 89 000 westelbische waren. Ebenso zweckmäßig war es, einmal festzustellen, wie die Beiträge sich verhielten, und es ergab sich, daß rund 148 000 Mitglieder bis zu 2 Mark und nur ungefähr 41 000 darüber zahlen. Hier in dieser Versammlung besteht aber ein ganz anderes Verhältniß; es wird mir nicht bestritten werden, daß Sie fast alle, wenigstens der überwiegenden Mehrzahl nach, ostelbisch sind, oder wenigstens den sechs östlichen Provinzen angehören. Ich würde geradezu mein Ansehen in meiner Heimathsprovinz vermindern, ich würde meinen Bestrebungen, den Bund der Landwirthe in der Rheinprovinz einzuführen, entschieden entgegenwirken, wenn man mir nachsagen könnte, ich hätte hier für die Resolution zu Gunsten des Antrags Kanitz gestimmt. Daß ich nicht gerade einer von denen bin, die sich bange machen lassen vor „ostelbischen Junkern“, womit man bei uns am Rhein die kleinen Kinder zu Bette jagen kann, das sehen Sie daraus, daß ich überhaupt hier bin; —

(Heiterkeit.)

sonst wäre ich ganz gewiß nicht hier. Ein sogenannter „Bauer“ bin ich auch; denn ich zahle zum Bund der Landwirthe einen Jahres-

beitrag von 55 Mark. Man kann mir also nicht nachsagen, daß ich unter Ihnen nicht ebenbürtig wäre.

Meine Herren, es kann unmöglich meine Aufgabe hier sein, nach alle dem, was zu Gunsten des Antrags Kanitz hier vorgebracht ist, Alles das wieder vorzubringen, was schon dagegen gesagt ist. In dieser Beziehung kann ich mich berufen auf die Redner, die gegen den Antrag im Reichstage gesprochen haben. Im Allgemeinen bin ich mit Ihnen darin vollkommen einverstanden, daß ich nicht mit Allem einverstanden bin, was der Herr Staatssekretär von Marschall gesagt hat; aber zum großen Theil kann ich dem beitreten, was der frühere Vorsitzende des deutschen Landwirthschaftsraths gesagt hat, ein gewiß zur Sache vollständig kompetenter Mann, und ich bin wiederum mit dem Meisten von dem einverstanden, was mein rheinisch-westfälischer Landsmann, der Graf von Galen gesagt hat. Ich bin gegen den Antrag Kanitz etwa in dem Sinne, wie es der „Reichsbote" öfters entwickelt hat.

Nur Eines, finde ich, ist in den Ausführungen gegen den Antrag von den Herren vom Bundesrathe nicht recht hervorgehoben worden und in ihren amtlichen Stellungen konnten sie das vielleicht auch nicht. Der Herr Staatssekretär hat unter den praktischen Gründen gegen den Antrag aufgeführt, wenn wir das Monopol der Einfuhr hätten, so müßten wir auch das Monopol des Einkaufs im Innern haben; das Reich müßte dann überhaupt den Getreide-Ankauf und -Verkauf und schließlich den Getreidebau selber in die Hand nehmen und kontrolliren, und auf diese Weise griffe man ein in die tiefsten Lebensverhältnisse des deutschen Bauernstandes.

(Oho!)

Damit bin ich vollkommen einverstanden. Aber auf Eines möchte ich aufmerksam machen. Die Herren, die jetzt den Bundesrath bilden, und unser Landwirthschaftsminister erklären rund und bestimmt: „wir können uns mit der Sache nicht weiter befassen." Herr von Hammerstein-Loxten, dessen Worte übrigens vielfach mißdeutet und mißbraucht worden sind, hatte gesagt „diese Lösung des Problems sei eine geradezu gemeingefährliche", nicht aber hatte er gesagt: „gemeingefährliche Menschen". Nun können wir doch unzweifelhaft von allen den Herren nicht erwarten, daß sie ihre Hand dazu bieten sollen, den Antrag auszuführen. So wenig man

einem General anbieten würde, er möge diesen oder jenen Feldzug führen, wenn er mit seinem Generalstab erklärt: „ich kann das nicht, ich bin dazu nicht im Stande", — ebensowenig kann von den Herren, die jetzt klar und deutlich sich gegen den Antrag erklärt haben, verlangt werden, daß sie ihn ausführen. Also zuerst muß diese ganze Gesellschaft, Bundesrath und Minister, bei Seite gehen.

(Heiterkeit und lebhafter Beifall.)

Nun haben wir aber zweitens doch auch einen Reichstag und dieser Reichstag hat schon zwei- oder dreimal den Stab über den Antrag gebrochen, zuletzt mit einer Mehrheit von ungefähr 200 gegen rund 100 Stimmen. Sie können also auch von diesem Reichstage nicht erwarten, daß er nun künftig dafür stimmt. (Nein; das thun wir auch nicht, muß nach Hause geschickt werden!) Ja, nach Hause schicken läßt er sich, aber einstweilen auch nicht.

Nun, meine Herren, wird jetzt der Antrag, so viel ich weiß, beschränkt auf die Dauer der Handelsverträge, also auf ungefähr acht Jahre. Nun bedenken Sie: erst geht der Bundesrath mit allen Ministern bei Seite, dann geht der Reichstag bei Seite, — und dann muß die Ausführung doch auch vorbereitet werden! Es werden Kornhäuser gebaut, Beamte werden angestellt und alles, was nöthig ist, wird eingerichtet mit ellenlangen Ministerialinstruktionen, Tabellen u. s. w., was das Zeug hält und was alles dazu gehört. Darüber werden aber die acht Jahre dahingehen. Bedenken Sie doch nur, wie lange wir gebraucht haben, um z. B. die neue Grund- und Gebäudesteuer einzuführen! Von 1851 bis 1891 haben wir gebraucht, um die Einkommensteuer zu ändern. Wie wollen wir es denn nun durchsetzen, daß in acht Jahren eine so weitgreifende Maßregel vollständig zur Ausführung kommt?

Meine Herren, ich bin überzeugt, daß in der Rheinprovinz und auch in Westfalen das Verhältniß Derer, die für oder gegen den Antrag Kanitz sind, mindestens so steht, wie das Verhältniß im Reichstage gestanden hat.

Weitere Gründe will ich nicht anführen. Nur Eines fällt mir noch ein. Es müssen doch, wenn die Sache ausgeführt werden soll, Beamte da sein, die sie ausführen. Ja, unsere heutigen Regierungsräthe und Assessoren sind ganz gewiß nicht dazu im Stande, diesen Einkauf und Verkauf zu besorgen.

(Sehr richtig!)

Nun, da sind wir doch wenigstens einmal mit einander einverstanden — und vielleicht auch noch in einem andern Punkte.

(Heiterkeit.)

Ich fürchte, daß, wenn es nun dazu käme, dann dieses ganze Getreidegeschäft an die Nachkommen von Joseph in Egypten geriethe, der bekanntlich ein ausgezeichneter Getreidespekulant gewesen ist.

(Heiterkeit.)

Und das wäre doch das Allerschlimmste, wenn das Volk Israel, welches gerade im Korngeschäft als das schlaueste und geriebenste sich erwiesen hat, vielleicht auch weniger bedenklich in der Wahl der Mittel, dieses Einkaufs- und Verkaufsgeschäft in die Hand bekäme, sei es nun unten oder oben, und Leute wie Ritter & Blumenthal oder Cohn & Rosenberg die obere Leitung übernähmen, etwa als Wirkliche Geheime Ober-Regierungsräthe oder Kornräthe mit dem Range der Räthe erster Klasse.

(Große Heiterkeit.)

Meine Herren, ich sehe aus Ihrer Heiterkeit, daß ich Sie wenigstens nicht gelangweilt habe.

(Nein, nein!)

Ich will Sie aber nicht weiter aufhalten. Ich selbst erkläre mich gegen die Resolution. Einen besonderen Antrag habe ich nicht zu stellen, schon deshalb, weil ich ja wahrscheinlich nur einstimmig dafür stimmen würde. In unserer ganzen Vereinigung sind aus Westfalen und der Rheinprovinz höchstens 10 Mitglieder; 3 sind wir im Ausschuß; ich habe mich vorhin einmal in der Versammlung umgesehen, ich habe aber weder einen Westfalen — und ich bin in Westfalen 23 Jahre in sehr schwerer amtlicher Stellung gewesen — noch einen Rheinländer bemerkt, und so würde es vergeblich sein, wenn ich einen Antrag formulirt hätte. Also ich werde gegen die Resolution stimmen und wenn noch Einer hier sein sollte, der auch dagegen stimmt, so würde mir das sehr angenehm sein.

(Heiterkeit.)

Aussicht dazu habe ich vielleicht nicht.

Nun nur noch eine kurze Bemerkung. Es ist nicht meine Sache, das Centrum in Schutz zu nehmen gegen die Angriffe, die vorhin gegen den Herrn Grafen von Galen und das Centrum gerichtet worden sind. Im Allgemeinen, glaube ich, muß man sich gegenseitig so viel Wohlwollen erweisen, daß man Jedem, der da

stimmt, auch zutraut, daß er so stimmt, weil es seine Ueberzeugung ist, und daß man nicht sagt: „Ja, der Mann meinte eigentlich etwas ganz Anderes und würde, wenn er nicht gezwungen worden wäre und dies und das nicht wäre, ganz anders gestimmt haben." Das Centrum hat nun einmal so gestimmt und wird wahrscheinlich wieder so stimmen, wenn Sie etwa im nächsten Jahre den Antrag wieder vor den Reichstag bringen, und dann muß man sich das gefallen lassen.

Nehmen Sie es mir persönlich nicht übel, meine Herren, wenn ich Ihnen entgegengetreten bin; Jeder ist ein Produkt seiner Geschichte und seiner Verhältnisse; Jeder giebt, was er hat. Denken Sie einfach: „Der Mann weiß es nicht besser; er ist ja nur ein Rheinländer!"

(Heiterkeit.)

Rittergutsbesitzer **Ackermann**-Salisch: Ich glaube, meine Herren, ich spreche in Ihrer aller Namen, wenn ich zunächst unseren Dank als einen wohlverdienten dem Herrn Vorredner ausspreche, welcher so offen seine Meinung zum Ausdruck gebracht hat, wenn er auch unser Gegner ist.

(Bravo!)

Da der verehrte Herr selbst erklärt hat, daß er wohl hier mit seiner Meinung allein stehe, und es auch nicht der Gebrauch unserer Vereinigung ist, in so eingehende Debatten einzutreten, so glaube ich wiederum in Ihrem Namen sprechen zu dürfen, wenn ich meine, daß wir auf die einzelnen Ausführungen des Herrn von Hymmen doch nicht ins Detail eingehen können; ich meine nur: wir können Herrn von Hymmen auch dafür dankbar sein, daß er uns ein Bild über gewisse Verhältnisse seiner Heimathsprovinz entrollt hat, und ich glaube, Herr Freiherr von Loë, der ein ebenso guter Agrarier als einflußreicher Mann im Rheinland ist, wie er auch ein guter Katholik ist, wird sich diese Mahnung doch zu Herzen nehmen und eine noch regere Agitation für unsere Sache in der Rheinprovinz entwickeln.

(Bravo!)

Wenn nun Herr von Hymmen am Schlusse seiner Rede eine Lanze für das Centrum eingelegt hat, so möchte ich erwähnen, daß dieser Fraktionsbeschluß des Centrums doch bekanntermaßen gefaßt

worden ist zu einer Zeit, wo sehr wenig Centrumsmitglieder, außer den Berufsparlamentariern, in Berlin weilten. Als die Herren aus der Provinz dann ankamen, sahen sie sich vor die Alternative gestellt, entweder auszutreten aus der Fraktion oder gegen den Antrag Kanitz zu stimmen. Nun! sie haben sich dieses Mal im Interesse ihrer Religion für die letztere Alternative entscheiden zu sollen geglaubt. Das beweist aber nichts dafür, daß das Centrum im nächsten Jahre, wenn der Antrag Kanitz wiederkommen sollte, in derselben Weise seine Stimme abgeben wird.

Meine Herren, ich hatte eigentlich bloß das Wort ergriffen, um ein Argument vorzubringen, welches für den Antrag Kanitz und seine soziale Bedeutung immer noch nicht mit der Schärfe betont wird, wie sie es vielleicht verdient. Wir Landwirthe kennen nicht die Art von Wettbewerb, wie sie andere Erwerbsstände, der Kaufmann, der Handeltreibende und der Fabrikant kennen. Wenn der Landwirth gut produzirt, freuen sich seine Nachbarn; denn sie können — einige wenige Spezialitäten-Züchter vielleicht ausgenommen — auch selber trotzdem dabei gut vorwärts kommen. Anders dagegen die Industrie und der Handel! Deren Vertreter führen stets einen scharfen Kampf unter einander und diese sehen sich daher fortgesetzt in der Lage — und zwar, wie ohne Weiteres zuzugeben, ohne daß diese Gewerbe im Ganzen an sich dabei Schaden zu leiden brauchen —, über die Leichen ihrer Konkurrenten zu höheren Einnahmen für sich emporsteigen zu wollen. Das müssen wir uns genau merken und können uns darum auch nicht so sehr wundern, daß in den Kreisen, von denen ich eben sprach, die Meinung besteht: bei uns gehen die Leute auch kaput, und wenn die Landwirthe kaput gehen und der Handelsstand dabei Erfolge hat, müssen die Herren sich das eben gefallen lassen. Das ist ein Standpunkt, auf dessen Existenz bisher noch gar nicht genügend Rücksicht genommen worden ist. Meine Herren, das Argument, welches ich hervorheben wollte, habe ich schon öfters vorgebracht und habe die Freude gehabt, daß jüngst im Deutschen Landwirthschaftsrath Herr Professor Sering es auch mit einigen Beispielen belegt hat. Es ist nämlich das Argument, daß beim Weiterbestehen der heutigen Verhältnisse nothwendigerweise eine Verringerung der Intensität unseres Ackerbaus eintreten muß, ja daß schließlich das Aufhören des Ackerbaues in weitem Umfange eintreten muß, wenn die Ver-

hältnisse sich nicht ändern. Das ist ein Argument von weitgehendster Bedeutung, und die Leute, die ich vorhin in ihrem Wettbewerb charakterisirte, werden nicht anstehen zu sagen: das entspricht der Lage der Dinge. Mit diesen mehr wirthschaftlichen als sozialen Momenten werden Sie also die Einwendungen jener Leute aus dem Felde schlagen können, wenn Sie ihnen sagen: Ebenso wie das in Rom geschehen ist, wie wir es jetzt in England vor Augen sehen, muß auch in Deutschland der Zeitpunkt kommen, wo unsere Energie erlahmt und wo auf großen Strecken des geringeren Bodens wir mit dem Ackerbau aufhören müssen. Dieses Argument schlägt durch. Die Sache liegt nicht so, daß, wenn Tausende von Bauernfamilien saldiren und kaput gehen, die Herren in den Städten sagen: nun, dann kommen andere! — sondern es läßt sich einfach an der Hand von Ziffern berechnen, wohin das führen wird. Rechnen Sie auf den Morgen 50 Mark Bruttoeinnahme und lassen Sie eine Million Morgen brach liegen, dann haben Sie schon eine Gesammtmindereinnahme von 50 Millionen. Das sind Argumente, die auch dem Kaufmann einleuchten, wie ich denn überhaupt glaube, daß die wirthschaftlichen Momente bei allen unseren Bestrebungen zu Gunsten dieser hohen sozialpolitischen Probleme einer Ausgleichung und Hebung der Getreidepreise auf die Höhe unserer Produktionskosten meines Erachtens mehr in den Vordergrund geschoben werden müssen. Wir müssen mehr auf den Groschen hinweisen und zwar nicht nur auf den Groschen, der dem einzelnen Produzenten verloren geht; tritt doch zu diesem Verlust des Einzelnen für den Staat der weitere Uebelstand hinzu, daß, wenn die Verhältnisse so wie heute bleiben, mit jedem Pfennig, um welchen der Centner Getreide weiter im Preise fällt, nicht zehn und hundert, sondern Tausende von Morgen Acker mehr brach liegen bleiben müssen. Das wird bei uns ebenso gut geschehen, wie es in Rom geschehen ist und wie es sich in England vor unseren Augen vollzieht, und ich möchte Sie daher bitten, auf dieses Moment mehr Bezug zu nehmen, wenn Sie für den Antrag Kanitz eintreten. Wir werden bei einem großen Theile unserer Gegner mit diesem rein wirthschaftlichen Argumente eben viel mehr Eindruck machen, als mit dem sozialpolitischen, daß unser Bauernstand unter der heutigen Lage zu Grunde gehen müsse, für welches weiten Kreisen leider eben immer noch jegliches Verständniß fehlt.

Vorsitzender **Graf von Mirbach**-Sorquitten: Ich ertheile Herrn Klapper das Wort, möchte ihn aber bitten, sich möglichst kurz zu fassen; er scheint schwer geladen zu haben.

(Heiterkeit.)

Chefredakteur Edmund **Klapper**-Nieder-Schönhausen: Ich möchte nur wenige Worte zu der Anregung sprechen, die Herr von Knebel-Doeberitz gegeben hat. Ich bin der Meinung, daß der Punkt, den er berührte, bisher viel zu wenig in der öffentlichen Diskussion klargestellt worden ist, und halte diese Anregung für sehr wichtig. Was die Quantität meiner Ausführungen anlangt, Herr Graf, so ist es nur eine Seite, die ich zur Verlesung bringen möchte, weil ich aus denselben Gründen, die Herr von Knebel-Doeberitz entwickelt hat, gerade diese Frage in „Fühling's Landwirthschaftlicher Zeitung" behandelt habe. Ich habe hier gesagt:

„Freiherr von Marschall erklärte bei der jüngsten Reichstagsdebatte: Was dem Einen recht, ist dem Andern billig — und Niemand, der den Antrag Kanitz befürworte, könne Nein sagen, wenn künftig der Gewerbsmann seine Waarenpreise, der Arbeiter den Tagelohn garantirt haben wollte.

So kann nur Unkenntniß sprechen — und die ist bei einem Staatsmann in der Wirkung für das Volk sehr schlimm.

Hat der Herr Minister den Antrag, den er Namens der Reichsregierung so bekämpfte, denn überhaupt gelesen?

Der Antrag Kanitz verlangt nicht Festsetzung der Preise für Getreide **überhaupt**, sondern er verlangt Festsetzung des Wiederverkaufspreises für das **importirte** Getreide.

Die dabei offen zu Tage liegenden und in der Motivirung des Antrages klar entwickelten beiden Ziele sind:

a) wirksame Abhaltung der durch die Handelsverträge unerträglich gewordenen Ueberfluthung des Inlandsmarktes;

b) Beseitigung der den Konsumenten wie den Produzenten in gleichem Maße schädlichen extremen Spekulationsschwankungen.

Aber durch diese wirksame Abhaltung der ausländischen Schleuderkonkurrenz ist noch in keiner Weise für das **Inlands**getreide eine staatliche **Garantie**, weder für dessen **Ankauf überhaupt**, noch für **dessen Preis**, verlangt oder gegeben. Der

Herr Minister hat da zur Bekämpfung des Antrags Kanitz einer objektiven Unwahrheit sich bedient.

Die Inlandspreisbildung erfolgt nach wie vor im Wege des freien Angebotes und der freien Nachfrage, und es sollen diese berechtigten Preisbildungsfaktoren nur auf die **gerechte** Basis **deutscher** wirthschaftlicher Verhältnisse zurückgeführt werden, **weil diese Basis beim heutigen Stande der Gesetzgebung verloren gegangen ist.**

Drei Fälle sind möglich: entweder der im Antrag Kanitz vorgesehene Preis für den Wiederverkauf des Importgetreides bleibt hinter den deutschen durchschnittlichen Produktionskosten zurück — oder deckt diese gerade — oder endlich, er übersteigt diese Selbstkosten.

Im ersten Falle, den ich nach Maßgabe meiner an anderer Stelle gegebenen Beweisführung für vorliegend halte, kann von einer „Begünstigung", die nun auch andere Erwerbskreise verlangen möchten, logischerweise überhaupt nicht gesprochen werden.

Im zweiten und dritten Falle aber würde durch die — dann ja sehr lukrative — Steigerung der inländischen Produktion sehr bald der Punkt erreicht sein, wo die Inlandsproduktion als für den inländischen Bedarf vollkommen zureichend, durch Anstauung heimischer Vorräthe Jedem ersichtlich wird. Damit ist dann die freie Preisbildung nach Maßgabe des inländischen Angebotes ohne Weiteres gegeben und der Antrag Kanitz erweist sonach in diesen beiden, ebenso wie im ersten Falle sich keineswegs als **absoluter Diktator** des Preises, sondern als das, was er grundsätzlich nur sein will: ein Mittel, die **extremen** Schwankungen zu verhüten und den Inlandsmarkt von dem **nicht mehr erträglichen Druck des Weltmarktes** zu befreien. Damit wäre aber dem landwirthschaftlichen Gewerbe nur das gegeben, was die anderen Gewerbe und die Tagelohnarbeiter bereits besitzen.

Die industriellen Schutzzölle **sind** bereits ausreichend, um die Erzeugnisse dieser Gewerbe vor der Schleuderkonkurrenz des Auslandes zu schützen, und die Produkte dieser anderen Gewerbe unterliegen nicht der Börsenspekulation und damit, von einem Jahre zum andern, Preisschwankungen von hundert Prozent! Und noch hat Niemand gehört, daß, wie Schiffsladungen fremden Weizens und Roggens zur Unterstützung börsenspekulativer Machenschaften

herbeigeschleppt werden, — man ebenso Schiffsladungen **Kulis** importirt, um dem inländischen Tagelöhner die Arbeit zu rauben und deren Lohn wucherisch herabzudrücken.

Wo steckt da die innere **sachliche** Berechtigung für die Parallele, die der Herr Staatssekretär — beileibe nicht in agitatorischer Absicht — zwischen dem Antrag Kanitz und den „dann nicht mehr abweisbaren Anträgen Anderer" zu ziehen beliebte?

Logische Konsequenz aus dem Antrag Kanitz ist lediglich: daß alle Gewerbetreibenden und alle Arbeiter, die nachweisen können, daß **ausländischer** Wettbewerb sie um den gerechten Lohn ihrer Arbeit bringt, nunmehr mit dem gleichen Recht fordern können, daß entsprechende, je nach Lage des Falles wirksam zu wählende Maßregeln auch zu ihren Gunsten ergriffen werden.

Und will die heutige Reichsregierung etwa leugnen, daß gerade die Berechtigung dieses Prinzipes und seine vollkommenste staatliche Anerkennung zu dem großen Umschwung der Bismarck'schen Wirthschaftspolitik 1879 geführt hat?

Die **logische** Konsequenz also aus dem Antrage Kanitz für **andere Gewerbe**, soweit sie durch die heutige Wirthschaftspolitik da und dort noch nicht ausreichend gezogen sein sollte, kann nicht abschrecken, denn sie darf nicht nur — sondern sie müßte von der Regierung, und würde gegebenenfalls unbedingt von den Agrariern gezogen werden — die Konsequenz: **jeder** produktiven inländischen Arbeit **ausreichenden** Schutz gegen das Ausland!

Damit bleibt dann, genau so wie in den industriellen Betrieben, auch im Landwirthschaftsgewerbe der volkswirthschaftliche Grundsatz vollkommen aufrecht erhalten: daß der Privatwirth, zur Begründung der sittlichen Berechtigung für Entgegennahme der Gewinnchancen, das Risiko auch ferner zu tragen hat, das aus den **technischen** Betriebsverhältnissen und aus dem **freien inländischen Wettbewerb bei der Preisbildung** nach wie vor auch in der Landwirthschaft resultiren würde!"

(Bravo!)

Landrath a. D. Reichstagsabgeordneter **von Kardorff-Wabnitz**: Meine Herren, ich will nur sehr wenige Worte über den Antrag Kanitz sagen. Der Antrag Kanitz ist ja sehr vielen Bedenken ausgesetzt, und wir haben hier in Herrn von Hymmen einen

beredten Vertreter der Bedenken, die in dieser Beziehung vorgebracht sind. Aber, meine Herren, eines möchte ich doch meinerseits hervorheben: wenn die Lage der Landwirthschaft eine solche ist, daß alle ruhigen, verständigen und ordentlichen Landwirthe — ich darf wohl sagen: im ganzen Deutschen Reiche — der Meinung sind: so kann es nicht fortgehen, wir treiben Zuständen entgegen, die die ländliche Bevölkerung der Sozialdemokratie entgegenführen, die die Landwirthe verhindern, denjenigen Stamm ordentlicher Arbeiter sich zu erhalten, die sie bisher zu halten gewöhnt waren — ich mache darauf aufmerksam, wie die Annahme von Saisonarbeitern aus Polen und Rußland immer mehr die heimischen deutschen Arbeiter verdrängt, die bisher seßhaft auf den Gütern wohnten —, wenn die Lage der deutschen Landwirthschaft eine solche ist und die ländliche Bevölkerung, wie wir wahrnehmen, immer mehr in die Städte drängt, nämlich diejenigen, die schon etwas arbeitsunfähig sind und dort der Sozialdemokratie in die Hände fallen, wenn der Bauernstand immer mehr proletarisirt wird, um nach dem Rezept des Herrn Liebknecht der Sozialdemokratie auch zugeführt zu werden, dann, meine Herren, glaube ich, dürfen wir beanspruchen, daß diejenigen, welche gegen den Antrag Kanitz fechten, ihrerseits ein Mittel angeben, wie der deutschen Landwirthschaft geholfen werden kann.

(Sehr richtig!)

Diesen Anspruch haben wir. Ich habe aber ein solches Mittel von den Herren noch nicht vernommen, und so lange ich es nicht vernehmen werde und nicht weiß, ob die Regierung irgend ein anderes Mittel zur Ausführung bringen will, welches der Landwirthschaft zu helfen geeignet ist, werde ich für den Antrag Kanitz eintreten.

(Lebhafter Beifall.)

Rittergutsbesitzer Rittmeister **von Reichel**-Maldeuten: Meine Herren, ich möchte die Ausführungen des Herrn von Hymmen nur in zwei Punkten berichtigen. Herr von Hymmen geht von dem Grundgedanken aus, daß der Antrag Kanitz zur Durchführung nur für die nächsten 8 Jahre von uns in Aussicht genommen ist, also für die Zeit, in der wir mit den Handelsverträgen gesegnet sind. Ich glaube, daß Herr von Hymmen sich da von einem unrichtigen Gesichtspunkte leiten läßt; denn ich bin der Meinung, daß die

meisten der Herren, die ich hier versammelt sehe, und die meisten derjenigen, die für die Durchführung des Antrages Kanitz sich interessiren, den Wunsch haben und der Ansicht sind, daß der Antrag Kanitz das geeignetste Mittel ist, um einen gleichmäßigen Preisstand des Getreides zu bewirken, um die Schwankungen in den Getreidepreisen zu beseitigen, daß er sich ausgleichender und viel wirksamer erweisen wird, als die Zölle; und damit würde dieser Einwand des Herrn von Hymmen, daß die Durchführung des Antrages in diesen 8 Jahren kaum in den ersten Anfängen möglich sein werde, glaube ich, widerlegt sein, denn wir wünschen, daß die Ausführung des Antrages für die Dauer besteht. Dies in Bezug auf den ersten Punkt.

Ein zweiter Punkt, in welchem ich Herrn von Hymmen gern berichtigen möchte: Herr von Hymmen sagte, er halte den Antrag Kanitz überhaupt nicht für durchführbar. Meine Herren, wenn der Wille zur Durchführung vorhanden ist, dann ist auch die Möglichkeit dazu vorhanden. Wir sind in den letzten Jahren daran gewöhnt worden, eine solche Menge von Gesetzen durchgeführt zu sehen, deren Durchführung wir in früheren Jahren kaum für möglich gehalten hätten. Ich möchte Sie nur an das sogenannte Klebegesetz erinnern, von dem noch vor wenigen Jahren es wohl kein Mensch geglaubt hat, daß es möglich wäre, ein solches Gesetz in dieser Form überhaupt zur Durchführung zu bringen; und dennoch wird es durchgeführt, — wie, das ist allerdings eine andere Frage — aber es wird durchgeführt, trotz der unglaublichen Scherereien, die jedem Einzelnen, namentlich in den ländlichen Kreisen, damit auferlegt sind. Also, meine Herren, wenn das durchführbar ist, dann, meine ich, ist überhaupt Alles durchführbar.

(Heiterkeit und Sehr richtig!)

Kammerherr Reichstagsabgeordneter **Graf von Kanitz-Podangen**: Meine Herren, es war ursprünglich nicht meine Absicht, mich an der heutigen Debatte zu betheiligen. Die Aeußerungen des Herrn von Hymmen veranlassen mich aber doch zu einigen kurzen Worten der Erwiderung.

Durchaus bin ich einverstanden mit dem, was Herr Ackermann sagte, indem er seine Befriedigung über die offene und freimüthige Aussprache des Herrn von Hymmen ausdrückte. Aber ich möchte der Ansicht entgegentreten, als ob Herr von Hymmen im

Namen der Bevölkerung der Rheinlande, wenigstens der ländlichen Bevölkerung oder auch nur eines geringen Bruchtheils dieser Bevölkerung gesprochen hätte. Mir liegen eine große Menge von Zuschriften vor, auch aus den Rheinlanden, aus allen Berufskreisen, namentlich aus landwirthschaftlichen Kreisen, die mich ihrer vollen Zustimmung zu unserem Antrage versichern. Ich möchte Herrn von Hymmen daran erinnern, daß jetzt vor Jahresfrist in Köln die große rheinische Bauernversammlung stattgefunden hat; sie war besucht von 2000 Landwirthen, meist kleinen Besitzern. Und auf dieser Versammlung wurde die Resolution des Grafen Hoensbroech, welche auf unserem Antrag beruhte, fast einstimmig angenommen.

(Hört! Hört!)

Es ist mir aus zuverlässiger Quelle mitgetheilt worden, daß von den 2000 Anwesenden nur 6 — sage 6 — gegen die Resolution gestimmt haben.

(Hört! Hört!)

Ein ganz ähnliches Stimmenverhältniß ergab sich bei der letzten Versammlung des rheinischen Bauernvereins in Neuß.

Wenn ich nicht fürchten müßte, die Herren zu ermüden, würde ich den ganzen Entwickelungsgang, den die Sache in der Rheinprovinz und in Westfalen genommen hat, hier näher darlegen. Man hat ja die Kölner Beschlüsse abzuschwächen versucht; dann ist man dahin gekommen, etwas Anderes an deren Stelle zu setzen, und schließlich ist man dahin gelangt, das reine Getreidemonopol vorzuschlagen. Das ist eben das, was auf der Neußer Versammlung beschlossen worden ist; man hat dort einem Antrag zugestimmt, welcher noch weit über das hinausging, was wir verlangen. Aber, meine Herren, die Erklärung dafür liegt eben darin, daß die Kölner Beschlüsse beseitigt werden sollten, daß sich in gewissen Kreisen das Bestreben geltend gemacht hat, etwas Anderes an die Stelle der Kölner Beschlüsse zu setzen. Ich darf versichern, daß die übergroße Mehrheit auf der Neußer Versammlung bei Weitem lieber wieder den Kölner Beschlüssen zugestimmt hätte. Warum das nicht geschah, das näher darzulegen und die verschiedenen Einflüsse zu charakterisiren, welche sich da geltend gemacht haben, wollen Sie mir freundlichst erlassen. Ich sage also, daß die große Mehrheit der ländlichen Bevölkerung gerade auch der Rheinlande auf unserer Seite steht; und wenn Sie die Stimmung im Centrum im Reichstag genau beobachten, werden Sie sich der Wahr-

nehmung nicht verschließen können, daß die Herren sehr genau mit dieser Stimmung rechnen müssen.

Herr von Hymmen hat nun ferner ausgeführt, daß unser Antrag nothwendig zu einer Verstaatlichung des ganzen Getreidehandels, ja auch des Getreidebaues führen müsse. Meine Herren, das ist ein Argument, welches uns ja häufig von unseren Gegnern entgegengehalten wird, welches aber meines Erachtens bis jetzt absolut beweislos geblieben ist. Ich vermag beim besten Willen nicht einzusehen, warum die Monopolisirung des ausländischen Getreides, also nur etwa des zehnten Theiles desjenigen Getreides, welches in Deutschland konsumirt wird, zu einer Verstaatlichung des Getreidehandels überhaupt und sogar des deutschen Ackerbaues führen soll. Das ist ein Argument, welches sich ja leicht aussprechen läßt, das aber sehr schwer zu beweisen ist und nach meiner Ansicht auch niemals bewiesen werden wird.

Meine Herren, unser Antrag steht auf demselben Boden, auf welchem unser ganzes Schutzzollsystem beruht. Man hat die Schutzzölle unwirksam gemacht; wir suchen den Schutz, welcher der nationalen Arbeit durch die Zölle gewährt werden sollte, in anderer Form wiederherzustellen, in einer Form, zu der wir gedrängt werden durch die Handelsverträge, und vielleicht auch von der Erwägung aus, daß das System, welches wir vorschlagen, überhaupt ein besseres ist als das System der festen Getreidezölle, welche auf den höheren oder geringeren Weltmarktpreis gar keine Rücksicht nehmen.

Also das Prinzip, auf dem wir stehen, ist das Prinzip des Schutzes der nationalen Arbeit, und wenn bis jetzt Niemand den Schutzzöllen den Vorwurf gemacht hat, daß sie zur Verstaatlichung der deutschen Industrie oder des deutschen Getreidebaues oder des Grund und Bodens führen, dann kann man diesen Vorwurf gegen unseren Antrag ganz gewiß ebenso wenig erheben. Wenn Herr von Hymmen, der ja von sich selbst auch hervorhob, wenn ich recht verstanden habe, daß er auch auf dem Boden des Schutzes der nationalen Arbeit stände,

(von Hymmen: Ja wohl!)

im Stande ist, ein anderes Mittel vorzuschlagen, dann möchte ich bitten, damit hervorzutreten. Es wäre vielleicht ganz praktisch gewesen, wenn Herr von Hymmen, der ja nach Köln einen kürzeren Weg hat als nach Berlin, dorthin gegangen wäre und in der

dortigen Versammlung dasjenige ausgeführt hätte, was wir soeben von ihm vernommen haben. Dann würde vielleicht der Kölner Beschluß anders ausgefallen sein.

(Heiterkeit.)

Aber mit Herrn von Kardorff behaupte auch ich, daß derjenige, welcher einerseits auf dem Boden des Schutzes der nationalen Arbeit steht und es aufrichtig meint mit der Landwirthschaft, und der auf der anderen Seite gleichwohl ein Gegner unseres Antrages ist, uns dafür etwas Besseres vorschlagen muß. Wir werden jeden Verbesserungsvorschlag bereitwilligst entgegennehmen. Ist der betreffende Herr aber nicht im Stande, etwas Besseres vorzuschlagen, so wolle er uns freundlichst gestatten, daß wir bei unserem Antrage verbleiben.

(Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Graf **von Mirbach**-Sorquitten: Das Wort wird nicht weiter verlangt; ich schließe die Diskussion.

Geheimer Regierungsrath und Landrath a. D. **von Hymmen**-Burg Endenich: Ich glaubte, es könnte die Herren interessiren, wenn ich speziell auf die Stimmung in der Rheinprovinz eingegangen bin. Ich muß gestehen, wenn ich aktenmäßig reden soll — dazu bin ich nicht vorbereitet. Aber, meine Herren, als Gutsbesitzer in vier rheinischen Kreisen, auch Mitglied des Vorstandes eines landwirthschaftlichen Kreisvereins, wenn ich am Rhein seit vielen Jahren wohne — dann glaube ich doch auch einen Anspruch darauf erheben zu können, die rheinischen Verhältnisse zu kennen. (Ich bin seit 10 oder 15 Jahren auch Mitglied des rheinischen Bauernvereins.) Aber jetzt näher auf die Sachlage am Rhein einzugehen — das kann nicht verlangt werden und würde mir auch wohl kaum gestattet werden.

Erster Berichterstatter Reichstagsabgeordneter **Graf von Schwerin**-Löwitz (Schlußwort): Ich würde auf das Schlußwort verzichten können, wenn nicht Herr von Hymmen mich in einem sehr wesentlichen Punkte mißverstanden hätte, d. h. in Bezug auf die Abstimmung des Centrums resp. der Centrumsmitglieder. Ich habe nicht behauptet und gesagt, daß die Herren nicht nach ihrer persönlichen Ueberzeugung überhaupt gestimmt hätten, sondern daß es ihnen nicht möglich geworden wäre, nach ihrer wirthschaftlichen Ueberzeugung in dieser Sache zu stimmen; und diese

Behauptung glaube ich vollkommen aufrecht erhalten zu müssen. Ist denn Herr von Hymmen der Meinung, daß die Majorität der Centrumsmitglieder in der Kommission von 1895 nicht nach ihrer persönlichen Ueberzeugung gestimmt haben? Da haben sie doch für den Antrag gestimmt, und ebenso wie die Mehrheit des Centrums im Jahre 1895 in der Kommission für den Antrag gestimmt hat und wie sie, wie ich meine, nach parteipolitischen und vielleicht auch religiösen Rücksichten im Jahre 1896 gegen den Antrag gestimmt hat, so wird sie vielleicht auch 1897 oder 1898 wieder für den Antrag stimmen. —

Zweiter Berichterstatter Domänenrath Reichstagsabgeordneter **Rettich**-Rostock: Nur einige kurze Bemerkungen! Herr von Hymmen hat die Meinung ausgesprochen, daß es uns an Beamten fehlen würde, welche das Getreidegeschäft besorgen könnten. Ich gebe ihm vollkommen Recht, daß unsere Geheimen Regierungsräthe nicht dazu zu brauchen sind; aber ich erlaube mir, darauf aufmerksam zu machen, daß wir in den Proviantämtern und namentlich in den Intendanturen im höchsten Grade geeignete Persönlichkeiten dazu besitzen. Ich habe Gelegenheit gehabt, in den Geschäftsbetrieb der Intendanturen einen Einblick zu nehmen; ich darf mich darüber nicht weiter auslassen, weil die Sachen, die ich dort gehört habe, vertraulicher Natur sind. Ich bin landwirthschaftlicher Sachverständiger bei einer Armeekorps-Intendantur und habe aus langjährigen Verhandlungen, die unter meiner Theilnahme stattgefunden haben, den Eindruck gewonnen, daß namentlich die Vorsteher der Intendanturen ganz außerordentlich brauchbare Kaufleute sind; das gehört zu ihrem Geschäft.

Wenn Herr von Hymmen schließlich die Befürchtung aussprach, daß vielleicht bei der Ausführung des Antrages Kanitz die Nachkommen Josephs in Egypten als Geheimräthe das Geschäft in die Hände bekommen könnten, so ist das nicht richtig. Die Sache ist gerade umgekehrt: jetzt haben die Nachkommen Josephs das Geschäft in der Hand; bei der Verstaatlichung würde das wegfallen.

(Bravo!)

Vorsitzender Graf **von Mirbach**-Sorquitten: Wir kommen nun zur Abstimmung über die Resolution, die Ihnen der Ausschuß namens der beiden Herren Referenten vorschlägt.

Die Resolution lautet:

„Die XXI. General=Versammlung der Vereinigung der Steuer= und Wirthschafts=Reformer erklärt:

1. Der ursprünglich nur auf Hebung der Getreidepreise abzielende Antrag des Grafen Kanitz hat durch seine veränderte Fassung, in welcher er im Reichstag eingebracht wurde, eine sehr viel weitergehende Bedeutung, namentlich in sozialer Hinsicht erlangt. Er bildet z. B. den einzig gangbaren Weg, um zu einem für Produzenten wie Konsumenten gleich wünschenswerthen Ausgleich der Getreide= und Brotpreise auf mittlerer Höhe zu gelangen. — Die Beseitigung der Getreidepreis=Schwankungen wird gleichzeitig eine Verringerung der Differenz zwischen Getreide= und Brot=Preisen bewirken und bedeutet daher nicht Brotvertheuerung — sondern Brotverbilligung. —
2. Die Ablehnung des Antrags erfolgte von Seiten der demokratischen Mehrheit des Reichstags in Wahrheit weit weniger aus wirthschaftlichen als aus parteipolitischen Rücksichten — und von Seiten der verbündeten Regierungen weit weniger wegen thatsächlicher Unüberwindlichkeit der entgegenstehenden handelspolitischen Schwierigkeiten als aus Mangel an dem vollen Verständniß der großen sozialen Bedeutung des Antrags. —
3. Aus diesem Grunde betrachtet die Vereinigung der Steuer= und Wirthschafts=Reformer es als ihre vornehmste Aufgabe — neben dem Verständniß für die Währungsfrage —, das Verständniß für die wirthschaftliche und soziale Bedeutung des veränderten Antrags Kanitz bis zu den Neuwahlen des Jahres 1898 in den weitesten Kreisen unseres Volks zu fördern."

Ich bitte die Herren, welche Nr. 1 annehmen wollen, sich zu erheben.

(Die Nummer wird mit allen gegen 3 Stimmen angenommen.)

Nun kämen wir zu Nr. 2. Ich bitte die Herren, die dagegen sind, die Hand zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist wohl das gleiche Stimmenverhältniß, und zu Nr. 3 darf ich wohl dasselbe annehmen.

(Zustimmung.)

Ich konstatire die Annahme der Resolution mit allen gegen 3 Stimmen.

Nun würde eine Pause eintreten; ich bitte Sie, sich genau 1/4 nach 1 Uhr wieder einzufinden.

(Pause.)

Vorsitzender Graf **von Mirbach**-Sorquitten: Meine Herren, ich eröffne die Sitzung wieder. Wir treten in den zweiten Gegenstand unserer Tagesordnung ein:

„Die Reichsbank und ihre eventuelle Ueberführung in den Besitz des Reichs."

Ich ertheile zunächst dem zweiten Berichterstatter, Herrn Dr. Arendt das Wort.

Zweiter Berichterstatter Landtagsabgeordneter Dr. **Otto Arendt**-Berlin: Meine Herren, es ist das dritte Mal, daß ich die Ehre habe, über das gleiche Thema hier vor Ihrer Vereinigung ein Referat zu halten. 1885 und 1888 lag mir dieselbe Aufgabe ob, und Ihre Vereinigung hat damals Beschlüsse gefaßt, welche dahin zielten, die Ueberführung der Reichsbank in den Besitz des Reiches herbeizuführen. Leider waren diese Beschlüsse und diese Bestrebungen damals von einem Erfolg nicht gekrönt. Indessen das Bankgesetz hat den besonderen Vorzug, daß nach den Bestimmungen desselben jedesmal nach 10 Jahren wieder diese Frage zu einer erneuten Prüfung kommen muß, weil alle 10 Jahre gesetzmäßig eine Aufkündigung des Privilegs der Privatnotenbanken wie der Reichsbank stattfinden kann. Die Beschlüsse des Reichstags, welche im Jahre 1889 gefaßt wurden und welche die Reichsbank und die Privatnotenbanken beließen, sind demnach nur noch auf kurze Zeit in Kraft; im Jahre 1899 wird eine erneuerte Beschlußfassung herbeigeführt werden müssen, und es ist demnach an der Zeit, daß die Bestrebungen, welche im vorigen Jahrzehnt zu einem Erfolg nicht geführt haben, wieder aufgenommen werden in der Hoffnung, daß diesmal unter den so veränderten Umständen eine erfolgreichere Wahrnehmung der Interessen des Reiches hier eintreten wird.

Meine Herren, ich glaube, daß ich im Hinblick auf die früheren Referate, die ja in den stenographischen Berichten Ihrer Vereinigung niedergelegt sind, den historischen Theil des Referats, d. h. die Entwicklung des Bankwesens zu seinem jetzigen Stande, möglichst

kurz fassen kann; ich will mich nur auf eine Reihe von Bemerkungen beschränken.

Auf keinem Gebiete des wirthschaftlichen Lebens hatte die Kleinstaaterei in Deutschland so üble Folgen wie auf dem Gebiete des Bankwesens. Jeder kleine Staat errichtete Notenbanken mit einem unbeschränkten Notenausgaberecht oder einem Privileg, das zeitlich nicht begrenzt war; und so kam es, daß, als das Reich erstanden war, wir in Deutschland 33 Notenbanken hatten. Es war nun eine außerordentlich schwierige Aufgabe, ein einheitliches Banksystem für Deutschland zu schaffen, um so schwieriger, als man doch diese auf wohlerworbenen Rechten beruhenden Privilegien nicht so ohne Weiteres über den Haufen rennen konnte.

Das Bankgesetz vom 14. März 1875 hat sich dieser Aufgabe in einer sehr glücklichen Weise entledigt. Der Gesetzgeber sagte: Die Privilegien jeder Bank sind von ihren Einzelstaaten gegeben, daran läßt sich nichts ändern; aber diejenigen Banken, welche sich den Bestimmungen des Bankgesetzes nicht unterwerfen, sollen lediglich auf ihre Territorien beschränkt werden, und ihr Geschäftsbetrieb und Notenumlauf soll außerhalb ihres Territoriums, also für das ganze Reich, verboten werden, dagegen sollen diejenigen Banken, welche sich dem Bankgesetz unterwerfen, den Geschäftsbetrieb und Notenumlauf für das ganze Reich zugestanden erhalten. Es haben nun alle Banken, mit alleiniger Ausnahme der Braunschweigischen Bank, auf das Notenrecht verzichtet oder sich dem Bankgesetz unterworfen. Die Braunschweigische Bank ist auf Braunschweig beschränkt und wird bis zum Ablauf ihres Privilegs im Jahre 1952 als fossiler Rest des früheren Zustandes bestehen bleiben. Alle übrigen Banken unterwarfen sich dem Bankgesetz und damit auch der Bestimmung, daß alle 10 Jahre, zuerst am 1. Januar 1891, alsdann aber von zehn zu zehn Jahren nach vorausgegangener einjähriger Kündigung (§ 41) der Bundesrath das Recht hat, im Interesse der Vereinheitlichung des Notenbankwesens dieses Privileg der Privatnotenbanken aufzukündigen.

Es fragt sich nun, ob von dieser Aufkündigung Gebrauch gemacht werden soll oder nicht. Die Zahl der Privatnotenbanken hat, seitdem diese Frage das letzte Mal auf der Tagesordnung stand, also seit einem Jahrzehnt, sich außerordentlich vermindert.

Es waren damals noch 14 Privatnotenbanken und jetzt sind es nur noch 6. Nun kann es keinem Zweifel unterliegen, daß es schon im nationalen Interesse wünschenswerth ist, daß wir zu einem einheitlichen System auf diesem Gebiete gelangen, daß also diese Privatnotenbanken zu bestehen aufhören. Ich glaube aber, daß auch ein anderer Grund ganz besonders dafür mitspricht. Das Bankgesetz untersagt für die Zukunft die Verleihung des Privilegs an Privatbanken, Noten auszugeben; ganz mit Recht. Aber, meine Herren, wenn dieses Privileg nicht mehr gegeben werden darf, dann entspricht es doch der Billigkeit, daß diejenigen, welche dieses Recht besitzen, es nicht länger besitzen, als es ihnen rechtmäßig zusteht; also so lange, bis es ihnen von der Regierung gekündigt werden kann.

Man kann ja hier auch mit Recht sagen, daß, wenn dieses Privileg der Privatnotenausgabe aufhört, der Notenumlauf dieser Notenbanken der Reichsbank zuwächst. Bei der Reichsbank und beim Gewinn derselben ist aber das Reich betheiligt, bei den Privatnotenbanken nicht. Es liegt also im Interesse der Steuerzahler, daß der Notenumlauf der Privatnotenbanken aufhört und auf die Reichsbank übergeht, bei der bisher ein Antheil und künftig, wie wir hoffen, die ganze Einnahme dem Reiche zufallen wird.

Die preußische Regierung hat sich auf den Standpunkt gestellt, den Privatnotenbanken in Preußen das Privileg nach dem Ablauf desselben nicht mehr zu verlängern; es haben alle preußischen Privatnotenbanken zu bestehen aufgehört, merkwürdigerweise mit Ausnahme der Frankfurter Bank. Diese ist allerdings die größte und bedeutendste, und ich möchte glauben, daß man hier nicht zu einer Umkehrung des Sprichworts Anlaß geben und sagen sollte: Die kleinen Banken hängt man auf und die großen läßt man laufen. Ich meine, daß das eine besondere Ungerechtigkeit wäre, wenn man den einen das Privileg nimmt, weil das kleine sind, und den anderen, die groß sind und sich bethätigen können, das Privileg beläßt. Ich meine also, daß es ganz besonders Aufgabe der preußischen Regierung sein wird, diese letzte Privatnotenbank in Preußen auch zu beseitigen und dann mit um so größerem Nachdruck im Bundesrath dahin zu wirken, daß im Interesse der Vereinheitlichung des deutschen Notenbankwesens die Privatnotenbanken überhaupt aufhören.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß eine derartig wichtige Befugniß, wie es die ist, aus Papier Geld herzustellen, wie es die Notenbanken, wenn auch nicht formell, so doch thatsächlich besitzen, nicht dem Großkapital überlassen werden kann, sondern daß dies eine staatliche Aufgabe ist und zu einem Gewinne nur für den Staat führen muß. Die Banknote, meine Herren, ist ja für unser modernes Verkehrsleben absolut unentbehrlich, die Ausdehnung des Kredits, die Stauung der Zahlungen an bestimmten Zeitpunkten lassen eine derartige Regelung des Geldwesens als durchaus nothwendig erscheinen. Aber gerade bei der hohen Bedeutung des Banknotenwesens für das gesammte Wirthschaftsleben, auch für die Aufrechterhaltung unserer Währung, ist es nöthig, daß eine solche wichtige Funktion nicht ausgeübt wird im Interesse des unabhängigen und unverantwortlichen Privatkapitals, sondern lediglich im staatlichen Interesse und von Reichs wegen.

Meine Herren, die Organisation unserer Reichsbank ist nun eine solche, daß man sagen kann: es ist eigentlich eine staatliche Bank. Die Beamten der Bank sind Kaiserliche Beamte. Ich halte es für nöthig, darauf besonders hinzuweisen, da das Verhalten jener Beamten der Reichsbank zuweilen den Glauben erweckt, als ob es nicht Kaiserliche Beamte seien.

(Sehr gut!)

Ich enthalte mich jeder weiteren Ausführung nach dieser Richtung; aber ich glaube doch, daß ein gewisser Unterschied zu machen wäre, wenn die Reichsbank von der Verbindung mit dem Privatkapital losgelöst würde, in welcher gegenwärtig sie sich dadurch befindet, daß ihr Kapital ein Privatkapital ist. Meine Herren, ich gebe vollkommen zu, daß es eine historische Berechtigung hatte, daß man zunächst die Reichsbank auf dieser Grundlage begründete; denn die Reichsbank mußte aus der Preußischen Bank heraus entstehen, und die Preußische Bank wurde mit Privatkapital betrieben. Es war also nur billig, daß man den Antheilseignern der Preußischen Bank eine Entschädigung dadurch gewährte, daß man ihnen den Antheil an dem Kapital der Reichsbank beließ und sie dadurch abfand.

Das Reichsbankgesetz aber scheint das als einen Uebergang aufgefaßt zu haben; denn es enthält die Bestimmung, daß zuerst am 1. Januar 1891 und von da an alle 10 Jahre das Reich berechtigt ist, entweder die Reichsbank aufzulösen und zu übernehmen

oder die Antheile der Reichsbank zum Nennwerth zu übernehmen unter Theilung des Reservefonds zwischen Reich und Antheilseignern. Die Reichsbank hätte vom 1. Januar 1891 an in den staatlichen Besitz übergeführt werden können, und das Reich hat das Recht, am 1. Januar 1900 das Privileg der Bank zum 1. Januar 1901 aufzukündigen. Das Reichsbankgesetz hatte also in vortrefflicher Weise diesen Uebergang aus einer mit Privatkapital betriebenen Bank zu einer rein staatlichen Bank bereits vorgesehen, und es hat auch finanziell die Sache für das Reich so günstig gestaltet, daß man doch annehmen müßte, daß sehr gewichtige Gründe gegen einen solchen Schritt vorgebracht werden können, wenn man ihn unterließ.

Nun habe ich die Reichstagsverhandlungen vom Jahre 1889 daraufhin noch einmal besonders durchgelesen, welche Gründe denn damals maßgebend waren, diesen Schritt nicht zu unternehmen, und ich muß sagen: es ist geradezu erstaunlich, wie hohl und nichtssagend die Gründe damals gewesen sind. Ich glaube, meine Herren, auf keinem anderen Gebiet und in keiner anderen Frage ist der Einfluß des Großkapitalismus in unserer inneren Politik in den letzten Jahren derart deutlich und handgreiflich zu Tage getreten, wie in dieser Frage der Uebernahme der Reichsbank auf Reichsrechnung im Jahre 1889. Meine Herren, damals war Herr von Dechend Reichsbankpräsident, und ich darf mir erlauben, aus der Rede, welche er im Reichstag damals hielt, die prägnanteste Stelle hier vorzulesen. Er sagte: „Nun komme ich zu der Frage, was ist der Unterschied, ob die Reichsbank verstaatlicht wird, oder ob sie bleibt, was sie ist. Ja, meine Herren, ich kann Ihnen aufrichtig gestehen, daß es mir noch nicht gelungen ist, einen weiteren materiellen Unterschied zu finden, als den, daß die verstaatlichte Bank sich nicht so frei bewegen kann, wie die Reichsbank es bisher hat thun können. Der Unterschied scheint auf den ersten Blick nicht bedeutend, wenn die Verwaltung in denselben Händen bleibt. Er ist aber dennoch sehr groß, wie ich in der Kommission ausführlich darstellen werde.“

Als Beispiel führte dann Herr von Dechend die Verfügung über die Kriegskreditgewährung von 1866 und von 1870 an: also die Bank ist freier in ihren Bewegungen. Ich glaube, ein größerer Irrthum ist kaum möglich, denn im Gegentheil sie ist gebunden bei ihren Bewegungen, wenn man bei jeder Gelegenheit sagen kann: die

Verwaltung muß sich auch danach richten, daß sie auch die Interessen der Antheilseigner wahrzunehmen hat. Es ist nicht möglich, daß die Reichsbank in dieser oder jener Hinsicht etwa nach allgemeinen Interessen diese oder jene Maßregel trifft, weil ja das eine Verfügung über die Interessen der Antheilseigner, denen die Reichsbank doch gehört, enthielte. Also ich glaube, gerade umgekehrt, im Interesse der Freiheit der Bewegung der Reichsbank muß man dafür sorgen, daß sie von ihrer Verbindung mit dem Privatkapital losgelöst wird.

Nun, meine Herren, was die übrigen Diskussionen der damaligen Zeit betrifft, so wurde da zunächst vom Herrn Abg. Büsing nach bekannten Mustern gesagt: an den bewährten Grundlagen der Reichsbank irgendwie zu rütteln, das wäre verfehlt. Ja, die Worte des Herrn von Dechend bezeugen ja gerade das Gegentheil; sie bezeugen, daß dieselbe Organisation auch weiter bleibt. Es ist ja auch heute eine rein staatliche Organisation; das, was man nach dieser Richtung bewirken will, ist doch lediglich, daß die staatliche Organisation nicht zum Nutzen einiger Privatkapitalisten, sondern zum Nutzen der gesammten Steuerzahler arbeitet.

Nun ist es ganz erstaunlich, welche Gründe dann weiter vorgebracht sind; da wurde aufgeführt: es ist von großer Bedeutung für die Reichsbank, daß die Bankantheilseigner ihr gleichsam einen Beirath geben. Ich gebe zu, daß es ganz nützlich ist, daß die Reichsbank einen Beirath aus kommerziellen Kreisen hat. Aber warum das gerade Antheilseigner sein müssen, oder anzunehmen, daß die großen Bankhäuser, welche diesen Beirath bilden, in ihrer Stellungnahme innerhalb des Beiraths beeinflußt würden von dem Gesichtspunkt, daß die wenigen Aktien, die sie vielleicht ad hoc erworben haben, $1/4$ oder $1/2$ % mehr oder weniger Dividende bringen, das ist doch eine vollständig verkehrte Auffassung. Für diese Bankhäuser handelt es sich bei ihren Beziehungen zur Reichsbank um andere und viel größere Interessen.

Sodann ist das Risiko in Kriegs- oder Krisenzeiten angeführt worden. Es hat sich aber immer gezeigt, daß gerade in Kriegs- und Krisenzeiten die gut fundirten Notenbanken gute Geschäfte gemacht hatten. Die Preußische Bank hat nie größere Dividende gegeben als in den Kriegsjahren, und mit der Eventualität eines unglücklichen Krieges, mit der Eventualität, daß der Feind nach

Berlin kommt und hier die Schätze der Reichsbank mit Beschlag belegt, mit diesen Dingen, glaube ich, brauchen wir uns ernsthaft nicht zu befassen. Wenn der Himmel einstürzt, sind die Vögel alle todt, und wie die Sache dann verläuft, kann uns gleichgültig sein. Ich glaube, die Gesetzgebung auf solche Fälle einzurichten, ist vollkommen müßig.

Es wurde dann auch sehr charakteristischer Weise hervorgehoben, wenn man die Antheilseigner in ihrer Dividende beeinträchtige, treffe man kleine Leute, Wittwen und Waisen u. s. w. Nun, meine Herren, man bedenke: Der kleinste Antheil bei der Bank ist 3000 Mark, bei dem Kursstande damals 4000 Mark, und von den Antheilen waren vier Fünftel in Händen von solchen Leuten, die mindestens vier Antheile, also im geringsten Falle 16 000 Mark besaßen, ein Viertel war auch in Händen von Ausländern. Also, Sie sehen daraus, daß eine Schonung für diese Antheilseigner, die die langen Jahre hindurch erhebliche Dividenden bekommen haben, in keiner Weise berechtigt war.

Es zeigte sich aber sehr bald, daß für die Verstaatlichung der Reichsbank im Reichstage keine Stimmung war. Die Konservativen und die Sozialdemokraten traten dafür ein, die Antisemiten auch; auf der anderen Seite standen die beiden liberalen Fraktionen; in der ersten Lesung schwieg das Centrum, in der zweiten Lesung stimmte aber das Centrum gegen die Verstaatlichung und zwar überwiegend wohl nicht aus wirthschaftlichen, sondern aus partikularistischen Gründen. Es war in jenen Kreisen damals eine starke Strömung, welche von der Ansicht ausging: Wenn die Reichsbank verstaatlicht wird, hören die Privatnotenbanken auf, und namentlich die Süddeutschen schienen es als eine Art Sonderrecht zu betrachten, daß sie diese Privatnotenbanken behielten, eine nach meiner Auffassung vollkommen falsche Ansicht; denn die sogenannte Badische, Württembergische und Bayerische Bank haben mit den Interessen der dortigen Steuerzahler oder mit den Interessen jener Staaten gar keine Berührung. Es sind einfach Aktiengesellschaften und es ist durchaus nicht gesagt, daß ihre Erträgnisse irgendwie den betreffenden Einzelländern zu Gute kommen, ihre Aktionäre mögen wer weiß wo wohnen. Für den Kredit jener Länder kann aber die Reichsbank in vollkommen ausreichendem Maße sorgen, und ich glaube, daß inzwischen die Dinge sich wohl so geklärt haben, daß die partikularistische Strömung sich nicht mehr

mit der kapitalistischen verbinden wird. Denn, meine Herren, die Nicht-Verstaatlichung der Reichsbank im Jahre 1889 kann bezeichnet werden als ein Sieg des verbündeten Kapitalismus und Partikularismus.

(Sehr richtig!)

Nun, wenn man aber im Jahre 1889 von der Verstaatlichung absah, hätte man doch wenigstens glauben sollen, daß gesagt worden wäre: Gut, wir wollen die Reichsbank als Privatbank belassen; da aber das Reich das Recht hat, die Aktien zum Nennwerth unter Theilung des Reservefonds, also thatsächlich erheblich unter dem Nennwerth aufzukaufen, so muß, wenn man das Privileg verlängern will, doch mindestens neben den Antheilseignern in angemessener Weise das Interesse des Reiches berücksichtigt werden. Nun muß ich aber sagen: Auf Grund der Erträge, welche die Reichsbank seitdem gehabt hat, darf man wohl den Vorwurf erheben, daß die Reichsregierung und der Reichstag, ganz abgesehen von allen prinzipiellen Gesichtspunkten, thatsächlich auch die finanziellen Interessen des Reiches bei jenen Verhandlungen nicht genügend berücksichtigt haben.

(Sehr richtig!)

Meine Herren, ich glaube, daß Niemand, der den Dingen objektiv gegenübertritt, dies zu bestreiten vermag, und ich will mir erlauben, das gleich zu beweisen.

Die Reichsbank hat in den ersten 15 Jahren, also vor Ablauf ihres Privilegs, eine Durchschnittsdividende von $6^1/_3$ Prozent vertheilt. Ich werde mir erlauben, die einzelnen Zahlen dem stenographischen Bericht beizufügen:

1876	6,12	Prozent	1881	6,66	Prozent	1886	5,29	Prozent
1877	6,29	"	1882	7,05	"	1887	6,20	"
1878	6,30	"	1883	6,25	"	1888	5,40	"
1879	5	"	1884	6,25	"	1889	7	"
1880	6	"	1885	6,24	"	1890	8,81	"

Durchschnittlich 6,33 Prozent.

Nach Erneuerung des Privilegs:

1891	7,55	Prozent	1893	7,53	Prozent
1892	6,38	"	1894	6,26	"

Durchschnittlich 6,93 Prozent.

Ich dächte, bei der inzwischen eingetretenen Verringerung des Zinsfußes wäre es wohl angemessen gewesen, dafür zu sorgen, daß den Antheilseignern vielleicht eine Verzinsung von 5 Prozent bei der Weiterführung verblieben wäre; das wäre ja immer noch eine schöne und reichliche Verzinsung für ein Papier, welches die Antheilseigner zum Nennwerth hätten hergeben müssen. Aber welche Ergebnisse hatte nun die Reichsbank auf Grund des verlängerten Privilegs? Das Jahr 1895 liegt noch nicht vor. Die ersten vier Jahre gaben eine Durchschnittsdividende von 6,93 Prozent, also, meine Herren, der Durchschnittsertrag der Reichsbank hat sich nach der Verlängerung des Privilegs nicht vermindert, sondern um über $^1/_2$ Prozent erhöht. Ich glaube, darin liegt der Beweis, daß der Reichstag und die Regierung die finanziellen Interessen der Steuerzahler und des Reichs bei der Weiterführung des Privilegs nicht genügend wahrgenommen haben.

(Sehr richtig!)

Und es ist nun nicht ohne Interesse, auf die damaligen Reichstagsverhandlungen zurückzublicken.

Nachdem die Verstaatlichung abgelehnt worden war, versuchte unser Vorsitzender, Herr Graf von Mirbach, in Gemeinschaft mit dem Abgeordneten Freiherrn von Huene wenigstens eine Verbesserung der Reichseinnahmen zu erzielen. Die Bank hatte bis zum Jahr 1891 folgende Verpflichtung: Es wurde eine Verzinsung von $4^1/_2$ Prozent vorweg an die Antheilseigner gegeben, dann wurden von weiteren Einnahmen bis 8 Prozent den Antheilseignern die Hälfte und dem Reiche die Hälfte gegeben, und was über 8 Prozent war, davon bekam das Reich drei Viertel. Nun wurde das Abkommen so getroffen, daß von 1891 ab die Verzinsung der Antheilseigner von $4^1/_2$ auf $3^1/_2$ Prozent herabgesetzt wurde, von $3^1/_2$ bis 6 Prozent sollte das Reich die Hälfte und die Antheilseigner die Hälfte bekommen und über 6 Prozent sollte das Reich drei Viertel bekommen. Herr Graf von Mirbach und Freiherr von Huene beantragten nun, daß die Ziffer von 6 auf 5 Prozent herabgesetzt würde und daß von 5 Prozent Ertrag an das Reich drei Viertel erhalten sollte. Ich glaube, etwas Mäßigeres konnte man gar nicht beantragen; das war doch wirklich nur eine Kleinigkeit, die günstige Situation des Reichs gegenüber den Antheilseignern, die auf dem Recht der Uebernahme der Reichsbankaktien zum

Nennwerth beruhte, wenigstens eingermaßen auszunutzen. Und was entstand? Es entstand ein wahrhaft leidenschaftlicher Kampf um diese minimale Forderung. Eine besonders schöne Redeblüthe aus der damaligen Zeit will ich nicht unterlassen hervorzuheben. Der Abgeordnete Meyer-Halle bemerkte, daß die Höhe der Dividende der Reichsbank für deren Ansehen im In- und Auslande maßgebend sei.

Meine Herren, ich muß mir gestatten, das Verhalten der Regierungsvertreter gegenüber dieser Forderung etwas zu beleuchten. Der Staatsminister von Boetticher erklärte, der Reichsbankpräsident glaube nicht, daß die Antheilseigner diese Bedingung annähmen. Meine Herren, das ist im Reichstage gesagt worden! Dieser Antrag hätte die Dividende um 1/2 Prozent herabgedrückt, die Antheilseigner würden also statt annähernd 7 Prozent in den letzten vier Jahren etwa 6 1/3 Prozent bekommen haben, und der Staatsminister von Boetticher erklärte: das würden die Antheilseigner nicht annehmen! Auf Grund dieser Erklärung hatte der Reichstag damals seinen Beschluß gefaßt.

Der Reichsbankpräsident von Dechend sagte damals:

> „Ich nehme deshalb keinen Anstand, ganz offen zu erklären, daß ich es für eine ganz außerordentlich harte Maßregel halten würde, wenn Sie trotz der entgegenstehenden Bedenken in der Beschränkung des Gewinnes noch weiter gehen wollen, als es die Regierungsvorlage thut.“

Es ist danach außerordentlich hart, wenn man den Antheilseignern die Dividende beschränken will, die thatsächlich in den letzten vier Jahren 7 % betragen hat, und es wäre nur zu wünschen, daß derartige Anschauungen über die Härten der Lebensverhältnisse seitens der Regierung auch anderen Klassen der Bevölkerung gegenüber wahrgenommen würden.

(Beifall.)

Nun möchte ich aber noch auf einen ganz außerordentlich merkwürdigen Umstand hinweisen. Bei den Abstimmungen, welche über den Antrag Mirbach-Huene stattfanden, kam das seltsame Ergebniß zu Tage, daß die Mehrheit des Reichstags von der Minderheit geschlagen wurde, d. h. diejenigen Parteien, welche dafür stimmten, hatten thatsächlich die Mehrheit; trotzdem siegten die anderen Parteien. Und das geschah deshalb, weil diese anderen

Parteien bis auf den letzten Mann erschienen waren, um die Dividende der Reichsbankeigner zu sichern. Die freisinnige „Nation" rühmt in folgender Weise das Verhalten der freisinnigen Partei in dieser hochwichtigen Frage, ob die Reichsbankeigner $^1/_2$ % mehr oder weniger Dividende erhalten sollen:

> „Von den 36 Freisinnigen waren 30 zur Stelle und stimmten einhellig für die Regierung. Die Partei war in einer Stärke von fünf Sechsteln, von 83 % anwesend, während die Betheiligung der nicht der freisinnigen Partei angehörenden Mitglieder sich auf 48 % bezifferte. In diesem Fall hat die freisinnige Partei nicht allein die Beschlußfähigkeit, sondern allem Anschein nach auch die Majorität für die Regierung gerettet."

Ehre, wem Ehre gebührt!

(Heiterkeit.)

Meine Herren, die volle Anerkennung für diesen Beschluß wollen wir in keiner Weise beschränken.

Die Erfahrungen, welche damals gemacht wurden, werden doch, glaube ich, bei der nächsten Verhandlung nicht wirkungslos bleiben. Der Antrag Mirbach-Huene bedeutete thatsächlich weiter nichts, als daß man den Rückgang des Zinsfußes von 1875 von etwa 1 % auch auf die Antheilseigner der Reichsbank zur Anwendung brachte. Im Jahre 1899 wird ja wieder freie Bahn sein und das Reich wird dann in der Lage sein, die Reichsbank, da der Reservefonds auf 30 Millionen — das ist das Maximum — angewachsen ist, in folgender Weise erwerben zu können. Die Reichsbank hat 120 Millionen Mark Kapital, die das Reich zum Nennwerth, also für 120 Millionen übernehmen kann. Außerdem kommt dem Reich die Hälfte des Reservefonds, also 15 Millionen, zu Gute, so daß das Reich für die Reichsbank 105 Millionen zu zahlen hat, eine Summe, die man gegenwärtig mit $3^1/_4$ Millionen Mark Zinsen für das Reich aufbringen kann. Im Falle einer Conversion würde vielleicht noch weniger dafür ausreichend sein.

Nun erhielten die Antheilseigner im Jahre 1893 9 Millionen und im Jahre 1894 $7^1/_2$ Millionen. Sie sehen aus diesen Ziffern, um wie viel es sich hier handelt. In den vier Jahren, über welche Abschlüsse vorliegen, haben die Reichsbankantheilseigner 20 Millionen

mehr erhalten, als das Reich aufzubringen gehabt hätte, wenn es die Reichsbank übernommen hätte.

(Hört, hört!)

In den zehn Jahren, für welche im Jahre 1889 die Reichsbank den Antheilseignern noch überlassen wurde, wird das, was dem Reich dadurch entgangen ist, auf mindestens 40, vielleicht bei ähnlich günstigen Ergebnissen, wie in den ersten Jahren, bis an 50 Millionen zu schätzen sein. Die Ablehnung des Antrags Mirbach-Huene bedeutet ein reines Geschenk von 6 Millionen an die Antheilseigner für diese zehn Jahre.

Meine Herren, nach diesen Ergebnissen ist doch wohl nicht daran zu zweifeln, daß im Jahre 1899 mit einer ganz anderen Energie die Interessen der Steuerzahler wahrgenommen werden müssen, als dies damals der Fall war, und ich glaube, daß diese Zahlen und diese Erfahrungen doch auch in den Centrumskreisen nicht wirkungslos sein werden, und daß es auch in diesen Kreisen dann nicht wieder gelingen wird, die kapitalistische Ladung unter der partikularistischen Flagge zu decken.

Nun möchte ich gleich vorweg sagen: in der Presse hat man damals — und wird es unzweifelhaft auch diesmal wieder — erklärt: es handle sich um einen Ansturm der Agrarier und der Bimetallisten gegen unsere bewährte Reichsbank. Davon kann gar keine Rede sein. Ein thatsächlicher Zusammenhang zwischen agrarischen und bimetallistischen Bestrebungen einerseits und den auf die Ueberführung der Reichsbank in den Staatsbesitz andererseits ist meiner Ansicht nach gar nicht vorhanden, wohl aber ist ein indirekter Zusammenhang insoweit vorhanden, als in dieser Frage, wie in den anderen Fragen, die Vertreter eines einseitigen Großkapitalismus auf der einen Seite stehen und die Vertreter der wirthschaftlich berechtigten Interessen auf der anderen.

(Sehr richtig!)

Ich möchte auch von vornherein ablehnen, daß es sich hier, wie auch schon in der Presse angedeutet worden ist, etwa um eine Art Rache der Bimetallisten gegen den Herrn Reichsbankpräsidenten Koch handle, daß man aus diesem Grunde die Verstaatlichung betreibe. Wir können ja darauf hinweisen, daß wir vor zehn Jahren mit derselben Energie die Verstaatlichung unsererseits angestrebt haben, zur Zeit als Herr von Dechend, der in der Währungs-

frage auf unserem Standpunkt gestanden hat, an der Spitze der Reichsbank war. Also um persönliche Dinge handelt es sich hier absolut nicht. Wenn Herr Dr. Bamberger Reichsbankpräsident würde, was ja nach manchen Richtungen hin einen kaum bemerkenswerthen Unterschied machen würde,

(Heiterkeit.)

so muß ich sagen: ich würde nicht entschiedener die Verstaatlichung der Reichsbank erstreben, als wenn einer der entschiedensten Bimetallisten an der Spitze des Instituts stände. Das macht gar keinen Unterschied, um solche persönlichen Dinge handelt es sich hierbei nicht.

Die Ueberführung der Reichsbank in den Staatsbesitz würde eine wesentliche Aenderung der Einrichtungen der Reichsbank überhaupt nicht hervorrufen. Eine ziemlich beiläufige Einrichtung würde allerdings wegfallen, die Notensteuer und die dadurch hervorgerufene sehr überflüssige Kontingentirung, eine verunglückte Nachahmung des englischen Systems. Aber, meine Herren, ich bin der Meinung, daß man alle möglichen Kautelen schaffen soll, um die Sicherheit der Reichsbank in staatlichem Besitz durchzuführen, und nach dieser Richtung geht der dritte Theil der Resolution, die Ihnen vorgelegt ist. Ich habe zu diesem dritten Theil dieser Resolution noch eine kurze Bemerkung zu machen.

Als das Bankgesetz im Jahre 1875 erlassen wurde, war die Hauptfrage die der Notendeckung. Seitdem aber ist die Frage der Notendeckung thatsächlich stark in den Hintergrund getreten dadurch, daß sich das Giro- und Depositenwesen ganz außerordentlich entwickelt hat. Unter Depositen verstehe ich hier natürlich nicht die der Reichsbank übergebenen Staatspapiere und dergleichen, sondern es handelt sich hier um die täglich fälligen Verbindlichkeiten, um die Gelder, welche bei der Reichsbank eingezahlt werden und auf Girokonto wieder zur Auszahlung gelangen. Für diese ist eine gesetzliche Deckung gar nicht vorgesehen, obgleich dies der Punkt ist, bei dem in kritischen Zeiten die Sicherheit der Reichsbank zuerst in Frage gestellt werden könnte. Diese Depositen sind ja auf nahezu eine halbe Milliarde angewachsen, und es ist absolut nothwendig, daß gesetzliche Deckung hierfür vorgesehen wird, ebenso wie für die Banknoten. Es ist das nicht nur nothwendig für die Reichsbank, sondern auch für die Privatbanken, welche Depositen annehmen, um einen

Schutz für das Publikum zu bilden, welches diese Depositen giebt, damit in kritischen Zeiten nicht diese Banken versagen. Ich würde es für wünschenswerth halten, daß in ähnlicher Weise wie in England eine Trennung dieser Depositenbanken von den Spekulationsbanken erfolgte; es würde aber zu weit führen, wenn ich hierauf näher eingehen wollte.

Meine Herren, über die wirthschaftliche Seite, wie sie durch den Zusatzantrag des Herrn Grafen von Mirbach, mit dem ich vollständig einverstanden bin, hier herangezogen worden ist, wird der Herr Referent weitere Ausführungen machen. Ich glaube, es kann keinem Zweifel unterliegen, daß, wenn die Reichsbank in den Reichsbesitz übergeführt ist, sie aufhören muß, wie jetzt, eine Bank zu sein, welche eigentlich lediglich nur dem großen Verkehr dient; es muß dann dahin gearbeitet werden, daß auch die ausgezeichneten Einrichtungen der Reichsbank allen Klassen der Bevölkerung zu Gute kommen.

(Sehr richtig!)

Eine Forderung, die wir schon vor zehn Jahren nach dieser Richtung hin gehabt haben, ist nun glücklich erfüllt. Es war die, daß das Genossenschaftswesen hier mehr herangezogen werde. Dank den Bemühungen unseres Herrn Vorsitzenden im Reichstage haben wir die Theilhaft der Genossenschafter erlangt und jetzt in der Preußischen Centralgenossenschaftskasse den Anfang eines Instituts, welches die Vermittlung zwischen den Kreisen, die sich in den Genossenschaften zusammenthun, namentlich aus der Landwirthschaft, später, wie ich hoffe, auch aus dem Handwerk, und der Reichsbank bildet.

Meine Herren, ich hoffe, daß, wenn wir jetzt diese Bewegung zur Verstaatlichung der Reichsbank mit allem Nachdruck aufnehmen werden, daß wir dann das neue Jahrhundert mit einer wirklichen Reichsbank beginnen werden, nicht mit einer Reichsbank, die wie jetzt nur eigentlich mehr den Namen einer Reichsbank führt und im Interesse des Privatkapitals zu arbeiten gezwungen ist. Ich halte es für eine außerordentlich wichtige Forderung, die Reichsbank vollständig in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen, indem das Reich von dem ihm zustehenden Recht der Kündigung im Jahre 1900 Gebrauch macht und die Reichsbank in Reichsbesitz überführt.

(Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender **Graf von Mirbach**-Sorquitten: Meine Herren, dem Herrn Abgeordneten Dr. Arendt sind wir sehr oft zu besonderem Dank verpflichtet gewesen, ich erlaube mir auch heute, ihm denselben in Ihrem Namen auszusprechen.

Ich ertheile nunmehr Herrn von Kardorff das Wort.

Erster Berichterstatter Landrath a. D. Reichtagsabgeordneter **von Kardorff**-Wabnitz: Meine Herren, mein verehrter Freund Dr. Arendt ist seiner ganzen Veranlagung nach immer etwas optimistisch, und wenn er die Zuversicht ausgesprochen hat, daß der Reichstag im Jahre 1900 den Gründen gar nicht würde widerstehen können, die er heute in so beredter Weise für die Verstaatlichung der Reichsbank hier zur Geltung gebracht hat, so fürchte ich, daß die Majorität des Reichstags doch dieser Anschauung im Jahre 1900 kaum folgen wird. Wir haben dazwischen allerdings eine Reichstagswahl liegen; wie diese Reichstagswahl aber ausfallen wird, wissen wir alle noch nicht. Sie wissen ja, meine Herren, daß es eines der unberechenbarsten Dinge ist, die Majorität eines künftigen Reichstags im Voraus zu bestimmen. Aber ich fürchte allerdings, daß das Centrum von der Anschauung gegen die Verstaatlichung der Reichsbank, die es seiner Zeit gehabt hat, nicht zurücktreten wird, wenigstens nicht so leicht zurücktreten wird; indessen man muß die Hoffnung nicht aufgeben, daß gesunde Gedanken und Anschauungen sich durchringen; aber meine Hoffnung ist nicht eine so ganz große wie die meines Freundes Dr. Arendt.

Aber, meine Herren, was ich glaube mit einigen Chancen voraussagen zu können, das sind diejenigen Aenderungen im Statut der Reichsbank, auf die der Herr Referent im letzten Theil seiner Ausführungen zurückgekommen ist. Er hat mit großem Rechte ausgeführt, daß, als das Reichsbankgesetz erlassen wurde, die Metalldeckung der Notenausgabe eine der wichtigsten Bestimmungen war, die in dem Gesetz festgelegt wurde. Die Ausgabe der ungedeckten Noten wurde damals auf den Betrag von 240 Millionen kontingentirt und damit eine gewisse Grenze geschaffen gegen eine übermäßige Notenausgabe, während über diese Summe hinaus eine 5 prozentige Steuer eintritt. Aber damit ist die Sache doch nicht abgemacht. Unsere Reichsbank leidet — und das ist meiner Meinung nach ein Fehler, den sie von Anfang an in sich getragen hat, und ich habe darauf schon in der letzten Reichstagsverhandlung

hingewiesen — meiner Auffassung nach daran, daß die Ausgabe für ungedeckte Noten nicht in ein bestimmtes rechnungsmäßiges Verhältniß gesetzt wird zur Metalldeckung. Wie es heute liegt, ist den Bankantheilseignern ganz gleichgültig, wie der Metallschatz der Bank ist, und das kann ihnen auch ganz gleichgültig sein; denn sie nehmen darum nicht weniger oder mehr Dividende ein. 240 Millionen ungedeckte Noten sind immer auszugeben, sie können diese Summe nicht ändern, sie haben also auch gar kein Interesse daran, ob der Goldschatz der Bank 200 oder 1000 Millionen hoch ist, und ich wünschte, daß ihnen dieses Interesse durch gesetzliche Bestimmungen eingeflößt, daß der Goldmetallschatz der Reichsbank ein möglichst hoher wird.

Meine Herren, es ist nach meiner Auffassung der heutigen Bewegung gegenüber — der Herr Referent hat ganz richtig auf die große Entwickelung des Giro- und Checkverkehrs hingewiesen — absolut nothwendig, daß die Metalldeckung jetzt ganz anders eingerichtet wird als früher; sie muß eine viel stärkere sein.

Dies ist, will ich einmal sagen, im Augenblick viel weniger ein wirthschaftliches Interesse, obwohl bei Krisen es auch als ein solches bezeichnet werden kann; aber für den Kriegsfall sollten wir uns doch vergegenwärtigen, daß die französische Bank einen Goldschatz hat, der doppelt so groß ist wie der unserige oder sogar noch größer — wenn man zum Goldbestande der Reichsbank hinzurechnet den Goldbestand, den die Privatnotenbanken haben, so wird es das Doppelte an Gold sein, worüber die französische Bank verfügt —; daß ferner der russische Finanzminister es fertig gebracht hat, ungefähr über 2000 Millionen Gold verfügen zu können, ist Ihnen bekannt, und dem gegenüber beträgt der Bestand unserer Reichsbank an Metalldeckung nur etwa 800 bis 900 Millionen. Von unserer Metalldeckung ist aber noch in Abzug zu bringen der Bestand an Silberthalern. Es werden also im besten Falle 600 Millionen an Gold sein, über die wir verfügen. Das ist ein solches Mißverhältniß, daß es wirklich für den Kriegsfall den allergrößten Bedenken unterliegen muß. Im Kriege wird ja doch die Ausgabe von Noten erfolgen müssen, und da hängt der ganze Kredit des Landes sehr wesentlich davon ab, wie weit die Noten, die ausgegeben werden, durch Metall gedeckt sind. Ich glaube, diesen Vorsprung zu beseitigen, den heute andere Länder, namentlich Frankreich und Ruß-

land, in den letzten Jahrzehnten vor uns erlangt haben, muß eine unserer ersten Aufgaben sein.

Die Reichsbank hat ja im Ganzen die Aufgabe, die der Herr Referent schon gekennzeichnet hat: sie soll den internationalen Verkehr regeln und aufrecht erhalten, sie soll die Valuta des Landes aufrecht erhalten und dafür sorgen, daß den Bedürfnissen des inländischen Metallgeldverkehrs sowie des anderen Geldverkehrs Genüge geschieht. Aus diesen ihren Aufgaben geht aber mit Nothwendigkeit hervor, daß sie auch gleichzeitig ein anderes Bedürfniß nach bester Möglichkeit zu befriedigen hat, und das ist der Punkt, auf den der Herr Referent im allerletzten Theile seiner Ausführungen zurückkam, nämlich das Kreditbedürfniß.

Nun liegt es ja in der Natur einer solchen Reichsbank — mag sie als Staatsinstitut oder so fortgeführt werden, wie sie heute besteht, also eine Privatbank sein, deren Grundkapital im Besitz von Antheilseignern ist — es liegt in der Natur eines solchen Instituts, welches diese große Aufgabe zu erfüllen hat, daß es bezüglich der Kreditgewährung einigermaßen beschränkt ist. Man hat wohl das Ansinnen gestellt, die Reichsbank solle, namentlich um der Landwirthschaft gerechter zu werden und auch sie an dem Kredit mehr zu betheiligen, nicht bloß kurzsichtige, sondern auch langsichtige Wechsel auf sechs Monate nehmen. Aber jeder, der mit dem Bankwesen und den gesammten Geldschiebungen einigermaßen vertraut ist, weiß, daß dies bei einem Bankinstitut nicht möglich ist. Der Landwirthschaft kann nur dadurch geholfen werden, daß — worauf der Herr Referent auch hinwies — Genossenschaften, Kreditinstituten, die zu Gunsten der Landwirthschaft aufgebaut werden, seitens der Reichsbank ein Kredit gewährt wird. Diesen Instituten gegenüber kann sie dann den Kredit verlängern, und diese Institute wieder können den Landwirthen auf langsichtige Wechsel Kredit geben. Den einzelnen gegenüber wird es immer ungeheuer schwer halten, seitens der Reichsbank Wechseln eine längere Kreditfrist zuzugestehen.

Aber, meine Herren, die französische Bank hat scheinbar allerdings doch eine größere Beweglichkeit gezeigt, dem kleinen Gewerbtreibenden, dem kleinen Handelsmann, auch dem kleinen Grundbesitzer Kredit zu gewähren, als unsere Reichsbank es bisher vermocht hat. Es werden kleine Appoints leichter bei der französischen Bank begeben, wie es

bei der Reichsbank nach den bisherigen Gepflogenheiten möglich und üblich gewesen ist, und dieser Punkt wird bei der Verlängerung des Reichsbankprivilegiums vor allem ins Auge gefaßt werden müssen. Sollte die Verstaatlichung der Reichsbank nicht gelingen, die allerdings eine Ausgestaltung unserer Reichsbank in dieser Richtung am meisten gewährleisten würde, so wird es hoffentlich bei der neuen Organisation gelingen, diesen Punkten, die für das wirthschaftliche Aufblühen des Landes und auch für die politische Sicherung desselben im Kriegsfalle ihre ungeheure Bedeutung haben, bei der Verlängerung des Bankprivilegiums volle Geltung zu verschaffen.

Ich möchte meine Bemerkungen hierauf beschränken, da ja die Bankfrage nicht das Interesse hat wie andere Fragen, die zur Zeit die Welt bewegen. Unser Interesse liegt mehr in ihrem gegenwärtigen Leiter, und wir wissen leider, daß derselbe unser energischster Gegner ist, und leider auch unser energischster Gegner in der Währungsfrage. Er gehört zu den Herren, die, während in der Währungsfrage sonst von der großen Mehrheit des Reichstags und von der Regierung zugegeben wurde: ja, wenn England die internationale Doppelwährung macht, dann haben wir gar keine Veranlassung, einem solchen internationalen Bunde nicht beizutreten, — ich fürchte, der Herr Bankpräsident Koch stellt sich seinen bisherigen Aeußerungen in der Währungsfrage zufolge auf den Standpunkt: auch wenn England den internationalen Bimetallismus acceptirt, müssen wir unsere bewährte Goldwährung behalten. Zu welchen wirthschaftlichen Zuständen aber diese bewährte Goldwährung uns geführt hat, wird ja an anderer Stelle zu erörtern sein.

Ich möchte meine Auseinandersetzungen über die Bankfrage hiermit beschließen.

(Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Graf **von Mirbach**-Sorquitten: Meine Herren! Ich möchte in Ihrem Namen dem bewährten Vorkämpfer in allen agrarischen und finanziellen Fragen, Herrn von Kardorff, unsern Dank für sein Referat aussprechen. Ich bitte meinen verehrten Nachbar, Herrn Rettich, einen Augenblick das Präsidium zu übernehmen; meine getreuen Mitarbeiter im Präsidium haben mich verlassen. Ich muß den Antrag, den ich gestellt habe, mit kurzen Worten begründen.

Domänenrath Reichstagsabgeordneter **Rettich**-Rostock [das Präsidium übernehmend]:

Ich eröffne die Diskussion und ertheile zur Begründung seines Antrages, den die Herren auf Nr. 3 der Drucksachen in Händen haben, Herrn Grafen von Mirbach das Wort.

Antragsteller Graf **von Mirbach**-Sorquitten: Meine Herren, ich möchte zunächst auf die Ziffern der von Herrn von Kardorff berührten Goldbestände der Banken eingehen; denn die sind, glaube ich, von erheblichem Interesse. Ich habe sie übrigens schon im Reichstag erwähnt.

Der gesammte Goldbestand der Banken in Europa beträgt etwa $7^3/_4$ Milliarden Francs, und davon besitzen Frankreich und Rußland, die ja auch sonst manche nahen Beziehungen haben, zusammen allein 4 Milliarden, also über die Hälfte. Dazu kommt aber noch der Bestand des Reichsschatzes in Rußland mit $2^1/_2$ Milliarden Francs Gold!

Zur Begründung meines Antrages muß ich vor allem auf die Verhältnisse der französischen Bank hinweisen, deren Studium überaus wichtig ist für die Beurtheilung dieser Frage. Der Diskont derselben stellte sich gegenüber demjenigen der Reichsbank in den Jahren 1890 bis 1895 folgendermaßen:

Französische Bank in Paris.		Reichsbank in Berlin.	
1890	3,00 Prozent.	1890	4,52 Prozent.
1891	3,00 „	1891	3,80 „
1892	2,70 „	1892	3,20 „
1893	2,50 „	1893	4,07 „
1894	2,50 „	1894	3,12 „
1895	2,00 „	1895	3,14 „

Welch kolossaler Vorsprung, welch riesige Begünstigung darin für die französischen Gewerbe und für den französischen Handel gegenüber den deutschen Gewerben und dem deutschen Handel liegen — die Diskontsätze der englischen Bank will ich Ihnen nicht unterbreiten, sie stehen in der Mitte zwischen den deutschen und französischen und sind lange nicht so günstig, d. h. so niedrig wie die der französischen Bank —, das brauche ich wohl nicht besonders zu betonen.

Nun frage ich: Wie ist das in Frankreich möglich, während es hier bei uns unmöglich erscheint? — Und da muß ich allerdings

auf einen Punkt zurückkommen, den Herr von Kardorff besonders hervorgehoben hat: das ist nur möglich bei einem Baarbankbestand, wie die französische Bank ihn hat, und bei einem Baarumlauf, wie er in Frankreich besteht. Ich unterbreite Ihnen hier die Ziffern vom 28. Februar 1895; danach hatte damals die französische Bank einen Baarbestand in Gold von 2149 Millionen Francs und von 1238 Millionen Francs in Silber, also zusammen 3387 Millionen oder über 3¹/₃ Milliarden Francs. Die Reichsbank hatte damals einen Metallbestand von nahezu einer Milliarde Francs in Gold und etwa ¹/₃ Milliarde in Silber, insgesammt also nur 1¹/₃ Milliarde Francs in Metall gegen dort 3¹/₃ Milliarde, das heißt gegenüber dem französischen Bankbestande recht wenig. Die Notenzirkulation der französischen Bank am 28. Februar 1895 betrug 3²/₃ Milliarden Francs; das Verhältniß der Baardeckung zur Zirkulation war rund 92 Prozent.

Bei der französischen Bank ist die Notenemission bis zu vier Milliarden Francs vollkommen unbeschränkt. Es existirt auch kein Zwang hinsichtlich der Metalldeckung der Depositen. Das Giro-Konto besteht dort wie bei uns; aber die Verwaltung der französischen Bank legt den größten Werth auf eine entsprechende Metalldeckung aller Verbindlichkeiten, also auch der aus dem Giro-Konto. Frankreich brauchte darin eigentlich viel weniger ängstlich zu sein als wir, wegen der enorm hohen Hartgeldzirkulation in der Bevölkerung, die der Bank doch jederzeit zugänglich ist. Sie beträgt dort einschließlich des Baarvorraths in den Banken etwa 165 Mark auf den Kopf der Bevölkerung; bei uns beträgt sie etwa 60 und in England etwa 65 Mark pro Kopf. Sie sehen also hier kolossale Unterschiede. Frankreich verdankt diesen Vorzug vorwiegend der freien bimetallistischen Prägung beider Edelmetalle durch 70 Jahre. (Sehr richtig!)

Wir können über eine so starke Metalldeckung wie Frankreich nicht ohne weiteres verfügen, wir müssen sie aber anstreben. Es wird uns auch viel schwerer, sie festzuhalten, weil wir nicht in dem Umfange Gläubigerland sind wie Frankreich; aber, wie gesagt, angestrebt muß der Zustand unbedingt werden. Darin hat Herr von Kardorff vollkommen Recht: nur wenn wir eine sehr starke Metalldeckung haben, kann die Reichsbank das leisten, was die französische Bank prästirt, und was ich im Interesse des deutschen

Handels und der deutschen Gewerbe wünsche. Zur Durchführung eines möglichst stabilen niedrigen Diskonts gehört allerdings ein Verzicht der Reichsbank auf so hohe Gewinne, wie sie bisher den Aktionären der Reichsbank zugebilligt wurden. Die Bank von Frankreich ist ebenso ein Aktienunternehmen wie die Reichsbank; aber die Verwaltungsgrundsätze sind doch recht erheblich andere. Gegenüber den Anforderungen, die ich an ein solches Institut zu stellen wünschte — ich will damit keinen Vorwurf aussprechen, nur eine Thatsache registriren —, scheint es mir doch, als ob bei uns das Schwergewicht noch immer zu sehr auf die Interessen der Aktionäre gelegt wird.

(Sehr richtig!)

Das ist freilich vielfach bestritten worden; man kann mit schönen Worten alles Mögliche zu beweisen versuchen. Aber die Ziffern sprechen unbedingt für jene Annahme.

Daß die leitenden Grundsätze der Bank von Frankreich doch in letzter Zeit ganz andere waren bezw. noch sind, erhellt aus folgenden Zahlen. Der Reinertrag ist gesunken von 57 Millionen Francs im Jahre 1881 auf 21½ Millionen im Jahre 1894,

(Hört! hört!)

und die Dividenden sind seit 1882 stetig gesunken und zwar von 290 Francs pro Aktie in 1882 auf 113 Francs in 1894.

(Hört! hört!)

Das sind Ziffern, die unwiderleglich und unumstößlich sind. Ich bin überzeugt, daß wir zu ähnlichen Verwaltungsgrundsätzen leichter übergehen könnten bezw. würden, wenn die Reichsbank in den Besitz des Reiches übergeführt wird. Es handelt sich hier nicht um ein landwirthschaftliches Interesse, vielmehr um das des Handels und der Gewerbe.

Ich erlaube mir, Ihnen zu der Resolution der beiden Herren Referenten meinen Antrag zu empfehlen.

(Lebhafter Beifall.)

Graf **von Mirbach**-Sorquitten (den Vorsitz wieder übernehmend): Ich eröffne die Diskussion über diesen Gegenstand, — Wortmeldungen haben bisher nicht stattgefunden; ich konstatire, daß dies auch jetzt nicht der Fall ist. Ich frage die Herren Referenten, ob sie das Wort noch wünschen — das ist nicht der Fall. Wir kommen demnach zur Abstimmung.

Die Resolution des Korreferenten Landtagsabgeordneten Herrn Dr. Arendt lautet:

„Die XXI. General-Versammlung der Vereinigung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer beschließt:

An den Herrn Reichskanzler, den Bundesrath, den Reichstag und den Preußischen Landtag das Ersuchen zu richten,

daß bei der durch das Bankgesetz vom 14. März 1875 vorgesehenen zehnjährigen Erneuerung der Privilegien der Notenbanken nach folgenden Grundsätzen verfahren wird:

1. Im Interesse der Vereinheitlichung des deutschen Notenbankwesens und im Interesse der Steuerzahler macht der Bundesrath von der ihm gesetzlich zustehenden Befugniß Gebrauch, zum 1. Januar 1901 den Privatnotenbanken das Recht der Notenausgabe aufzukündigen.
2. Im Interesse der Steuerzahler und behufs Ausbildung der Reichsbank als Mittelpunkt für eine den wirthschaftlichen und sozialen Bedürfnissen aller Bevölkerungsklassen entsprechenden Kreditorganisation hat der Bundesrath das ihm gesetzlich zustehende Recht auszuüben, die Antheile der Reichsbank am 1. Januar 1901 zum Nennwerth unter Theilung des Reservefonds von 30 Millionen Mark zu erwerben, so daß die Reichsbank künftig für Rechnung des Reichs betrieben wird."

Mein Zusatzantrag zur Nr. 2 hat folgenden Wortlaut:

„Im Besitze des Reichs kann die Reichsbank, wenn sie sich lediglich auf eine angemessene Verzinsung des vom Reich für ihren Erwerb herzugebenden Kapitals beschränkt, ihren Kredit dem deutschen Handel und den deutschen Gewerben zu weit niedrigerem Zinsfuß zur Verfügung stellen als das gegenwärtig geschieht."

3. Bei den hierdurch erforderlich werdenden Abänderungen des Bankgesetzes von 1875 ist entsprechend der seit 1875 hervorgetretenen Bedeutung des Giro- und Depositen-Verkehrs eine gesetzliche Regelung der Deckung der Depositen der Reichsbank und aller Banken herbeizuführen."

Ich bitte, daß diejenigen Herren, welche die Nr. 1 nicht annehmen wollen, die Hand erheben. — Ich konstatire die einstimmige Annahme.

Ich bitte, daß diejenigen Herren, welche für den Fall der Annahme der Nr. 2 meinen Zusatzantrag nicht acceptiren wollen, die Hand erheben. — Auch hier erfolgt kein Widerspruch.

Ich bitte nun, daß die Herren, welche die Nr. 2 mit dem Zusatze nicht acceptiren wollen, die Hand erheben. — Auch hier besteht kein Widerspruch.

Wir gehen nun zur Abstimmung über den letzten Punkt über; ich darf wohl annehmen, wenn kein Widerspruch erfolgt, daß derselbe ebenfalls einstimmig angenommen ist. — Ich konstatire das.

Ich schließe die Sitzung und bitte die Herren, morgen um 10 Uhr wieder pünktlich hier zu erscheinen.

(Schluß der Sitzung $2^1/_2$ Uhr.)

Zweiter Tag:

Dienstag, den 25. Februar 1896.

Der Vorsitzende Graf **von Mirbach**-Sorquitten eröffnet die Sitzung gegen 10¼ Uhr.

Vorsitzender Graf **von Mirbach**-Sorquitten: Meine Herren, wollen Sie die Güte haben, Platz zu nehmen, damit wir die Sitzung eröffnen können.

Ich eröffne die Generalversammlung.

Zunächst erlaube ich mir, den Herren mitzutheilen, daß wir durch den Besuch des Herrn Oberjägermeisters Raeder aus Dänemark, eines hervorragenden Agrariers und Bimetallisten, erfreut werden. Ich bitte Sie, den Herrn durch Erheben von Ihren Plätzen zu begrüßen.

(Die Versammlung erhebt sich.)

Oberjägermeister **Raeder**-Palstrup: Meine Herren, ich danke Ihnen sehr für Ihre freundliche Begrüßung.

Vorsitzender: Wir kommen jetzt zum dritten Gegenstande unserer Tagesordnung:

„Welche wirthschaftspolitischen Erfahrungen liegen seit der XIX. General-Versammlung am 20. und 21. Februar 1894 vor. Die Mittel zur Abhilfe des wirthschaftlichen Nothstandes."

Ich ertheile das Wort dem ersten Herrn Referenten, Herrn Fabrikbesitzer Otto Wülfing.

Erster Berichterstatter Fabrikbesitzer **O. Wülfing**-M.-Gladbach: Meine Herren! Der freundlichen Einladung Ihres verehrten Vorsitzenden, ein Referat für die diesjährige Generalversammlung zu übernehmen, bin ich um so lieber gefolgt, als ich gern eine Ge-

legenheit benutze, meiner tief gewurzelten Ueberzeugung Ausdruck zu geben, daß Landwirthschaft und Industrie innig auf einander angewiesen sind, daß unsere deutsche Industrie nicht gedeihen kann, wenn die Landwirthschaft nothleidet, und daß nichts schlimmer und verderblicher sein kann für beide Theile, als wenn sie sich befehden, wie zwei feindliche Brüder.

Die Landwirthschaft ist die Grundlage unseres gesammten wirthschaftlichen Lebens, und ein Land, welches bei einigermaßen befriedigenden Ernten, wie in den Jahren 1893, 1894, im Stande war, so viel Getreide zu bauen, daß es jede Einfuhr von Brotkorn hätte entbehren können, ein solches Land, unser geliebtes Deutschland, kann nicht als Industriestaat bezeichnet werden, und wenn seine Industrie noch viel bedeutender wäre, als sie schon ist.

Deutschland aber als Industriestaat hinzustellen, dessen Landwirthschaft im Interesse der Industrie Opfer bringen müsse, das, meine Herren, ist das traurige Verdienst des Generals ohne Ar und Halm, der, indem er in der Industrie Hoffnungen erweckte, die sich nicht erfüllen konnten, und der Landwirthschaft zu diesem Zwecke Opfer zumuthete, die erfolglos waren, die Kluft zwischen den feindlichen Brüdern immer weiter öffnete. Und doch ist diese Kluft so leicht nicht nur zu überbrücken, sondern auszufüllen und für immer zu beseitigen, wenn das Grundübel, welches den Landwirthen allein die Bezeichnung „begehrliche Agrarier" verschafft hat, mit der Wurzel ausgerottet wird, unsere „bewährte" Goldwährung.

Die Goldwährung und die mit der Preisgebung des Silbers verbundene Entwerthung des Silbers mußte zu Schutzzöllen führen und hat dazu geführt, und sie wird zu den höchsten Schutzzöllen führen, wenn die gegenwärtige ungleiche Theilung der Erde, in Staaten, welche Goldwährung besitzen, und solche, welche das entwerthete Silber gebrauchen, nicht beseitigt wird. Meine Herren, unsere ganzen wirthschaftspolitischen Bewegungen der letzten 20 Jahre und nicht zum wenigsten der letzten 2 Jahre stehen im Zeichen der Währungsfrage.

Was war die treibende Kraft der Schutzzoll-Bewegung in den Jahren 1877—1879? Der Preisrückgang durch die steigende Kaufkraft des Goldes, — die Währungsfrage! Was veranlaßte die Schälwaldbesitzer zu der Forderung des Zolles auf Quebrachoholz?

Was das Verlangen der deutschen Wollproduzenten nach Wollzoll und Kammzugzoll? Die Konkurrenz des Landes mit unterwerthiger Valuta, Argentinien, — die Währungsfrage!

Und je länger die Lösung der Frage verschoben wird, um so mehr wird sie in den Vordergrund treten und immer größer und gewaltiger wird die Zahl derer, die die Beseitigung der unheilvollen Goldwährung verlangen.

Nun, meine Herren, am 21. Februar 1894 beschlossen Sie nach einem Vortrag meines Freundes Dr. Arendt folgende Resolution:

I. „Die Vereinigung der Steuer- und Wirthschaftsreformer sieht in der Wiederherstellung des Silberwerthes das einzige durchgreifende Mittel, die wirthschaftlichen Verhältnisse zu bessern und namentlich der Landwirthschaft eine gesicherte Existenz zu schaffen, seit unsere Schutzzölle durch Handelsverträge gebunden sind.

Ein Handelsvertrag mit Rußland erscheint nur dann annehmbar, wenn durch gleichzeitige Wiederherstellung des Silberwerthes eine Ausgleichung für die schwere Schädigung der Herabsetzung der Getreidezölle geboten wird.

II. Der Silberwerth kann nur ausreichend gehoben und fixirt werden, wenn eine internationale Doppelwährung zu Stande kommt. Das herbeizuführen, muß das Ziel der deutschen Politik sein, und zu diesem Zweck ist unverzüglich die Initiative für eine neue Münzkonferenz zu ergreifen."

Zu der Zeit, als Sie diese Beschlüsse faßten, standen zwei Gegenstände im Vordergrund, die Verhandlungen über den russischen Handelsvertrag und die Silberkommission.

Da ist zunächst der Handelsvertrag mit Rußland. Was hat er uns gebracht? Der Landwirthschaft eine Verschärfung des Kampfes ums Dasein, die Ermäßigung der Getreidezölle auf den im österreichischen Vertrag festgelegten Satz. Der Industrie, die den Vortheil dieses Opfers genießen sollte, in den weitaus meisten Fällen bittere Enttäuschung. Sie erinnern sich der damals von den Handelskammern und der Kaufmannschaft in Scene gesetzten großen Zustimmungsversammlungen hier in Berlin und in Köln. Ich glaube, nicht der hundertste Theil der damals so begeistert Zustimmenden hat sich klar gemacht, wie hoch die so bedeutend ermäßigten russischen

Zölle immer noch blieben. Als ich die Aufforderung eines Freundes, mit nach Köln zu kommen, mit dem Hinweis ablehnte, daß Gegner nicht eingeladen seien, versuchte man mich zu bekehren und wollte seinen Augen und Ohren nicht trauen, daß der Zoll auf Seidenwaaren in Rußland nach der Ermäßigung noch dreimal so hoch war, wie der deutsche Zoll für diese Waare. So konnte es auch nur kommen, daß ein viel gelesenes Fachblatt, der „Confectionair", welcher auch eifrig für den Handelsvertrag Stimmung gemacht hatte, schon nach wenigen Monaten berichten konnte, wie manche Firma hohe Muster- und Reisekosten vergeblich aufgewandt habe, um dann bei Ankunft im gelobten Lande Rußland zu finden, daß bei den hohen Zöllen nicht gegen die Konkurrenz der russischen Fabriken aufzukommen war. Die Gewebeindustrie und die daran anschließende Kleiderfabrikation, die damals hauptsächlich für den Vertrag erwärmt wurden, haben nicht den geringsten Erfolg dem russischen Handelsvertrag zu verdanken, und doch sind es gerade diese Zweige unserer gewerblichen Thätigkeit, welche bei Abschluß von Handelsverträgen an hervorragend erster Stelle berücksichtigt werden sollten, denn sie gehören zu den wenigen Industrien, die Ganzfabrikate erzeugen, deren Ausfuhr für das Land nur Vortheil, nach keiner Richtung Schaden bringt. Zu solchen zu bevorzugenden Industrien rechne ich auch die Fabrikation von Gebrauchsgegenständen aus Metall, Kleineisenindustrie, welche allerdings eine erhebliche Zunahme der Ausfuhr nach Rußland erfahren hat, aber wie lange, bei den eifrigen Bestrebungen Rußlands, durch eigene Fabriken aller Zweige vom Auslande unabhängig zu werden.

Ganz bemerkenswerth ist die Zunahme der Ausfuhr nach Rußland bei Maschinen, Farben und chemischen Fabrikaten; aber man hat gar keine Ursache darüber zu triumphiren, denn alle diese Maschinen sind bestimmt zur Einrichtung und Vervollkommnung russischer Fabriken, welche unserer Industrie Konkurrenz machen, und die Zunahme des Farbenexports liefert auch nur den Beweis von der rapiden Zunahme der russischen Textilindustrie. Auch diese Ausfuhr wird sich nicht zu langer Dauer erfreuen, weil der hohe Schutzzoll die Errichtung von Konkurrenzunternehmungen in Rußland erleichtert.

Ebenso wenig vermag ich mich über die Zunahme der Ausfuhr von Kohlen, Cokes und Rohmetallen zu freuen. Es ist das eine

Verzettelung unserer nationalen Hilfsquellen an das Ausland, worunter spätere Generationen zu leiden haben werden, wenn wir auch noch für Hunderte von Jahren Vorrath haben.

Die Gegenwart denkt, „nach uns die Sündfluth".

Nun, meine Herren, ohne mir das als Verdienst anrechnen zu wollen, als hätte ich besonders klar in diesen Sachen gesehen, der russische Handelsvertrag hatte für uns einen ähnlichen Erfolg wie der österreichische, der gewissermaßen das Karnickel ist, was angefangen hat, man konnte nicht mehr erwarten und den Meisten, die etwas von ihm erwarteten, brachte er bittere Enttäuschung.

Aber was brachte der russische Handelsvertrag der deutschen Landwirthschaft?

Nach dem Dezemberheft der monatlichen Nachweise des Statistischen Amtes betrug die Getreideeinfuhr im Jahre 1895:

Weizen 13 381 777 Doppelcentner, davon 6 792 603 Doppelcentner oder 59 Prozent aus Rußland.

Roggen 9 648 023 Doppelcentner, davon 8 445 616 Doppelcentner oder 87½ Prozent aus Rußland.

War diese Einfuhr nöthig?

Nein, auf keinen Fall. Nach den Berechnungen, die Herr Edmund Klapper in „Fühling's Landwirthschaftliche Zeitung" Heft 4, 1895, aufgestellt, hat Deutschland in den Jahren 1892, 1893 und 1894 durchschnittlich jährlich 8 Millionen Doppelcentner Weizen und Roggen mehr erzeugt als es verbraucht. Dazu kommt in diesen Jahren eine durchschnittliche Einfuhr von 15 Millionen Doppelcentner, demnach hätte am Schluß des Jahres 1895 ein Ueberschuß von 69 Millionen Doppelcentner vorhanden sein müssen, wenn nicht ein anderer Umstand hinzukäme, den auch Herr Klapper hervorgehoben:

> „Die Auslandseinfuhr verdrängte die Inlandsernte vom Lebensmittelmarkt und trieb unser Brotgetreide in die Vieh- und Schweineställe."

Aber selbst unter Berücksichtigung dieses wesentlichen Umstandes und der kleineren Ernte des Jahres 1895 muß am 1. Januar 1895 genug Getreide vorhanden gewesen sein, um die Einfuhr überflüssig erscheinen zu lassen.

Die überflüssige Einfuhr wirkt also lediglich preisdrückend, zerstörend auf die Landwirthschaft, und indirekt schädigend

auf die Industrie, deren erstes Bedürfniß es sein muß, die vielen Millionen unserer Landbevölkerung aufnahmefähig und zahlungsfähig zu erhalten!

Sie sehen, meine Herren, wie der weitaus größte Theil dieser Einfuhr aus Rußland stammt; und um noch einige andere landwirthschaftliche Erzeugnisse aufzuführen, erwähne ich die Einfuhr von

Hafer 2 387 249 Doppelcentner, davon 2 258 474 Doppelcentner oder ca. 95 Prozent aus Rußland.

Buchweizen 253 250 Doppelcentner, davon 136 711 Doppelcentner oder 54 Prozent aus Rußland.

Erbsen 791 792 Doppelcentner, davon 716 354 Doppelcentner oder ca. 95 Prozent aus Rußland.

Linsen 94 765 Doppelcentner, davon 71 851 Doppelcentner oder ca. 75 Prozent aus Rußland.

Hirse 103 835 Doppelcenter, davon 73 014 Doppelcentner oder ca. 70 Prozent aus Rußland.

Gerste 9 290 087 Doppelcentner, davon 6 236 067 Doppelcentner oder ca. 66 Prozent aus Rußland.

Aus diesen Zahlen geht schlagend hervor, welcher Schaden unserer Landwirthschaft durch den russischen Handelsvertrag zugefügt wurde, ohne daß diese Opfer durch besondere Vortheile von Dauer auf industriellem Gebiete gerechtfertigt werden könnten. Aber auch wenn dies der Fall wäre, so würde es eine großartige Mißwirthschaft sein, wenn die Industrie verlangt, daß auf Kosten der Landwirthschaft so tief eingreifende Opfer gebracht werden, um auf verhältnißmäßig kurze Zeit Absatz im Ausland zu gewinnen. Das heißt, ein sicheres Absatzgebiet im Inlande schwächen, zu Gunsten eines unsicheren im Auslande,

(Sehr richtig!)

das heißt, die Milchkuh schlachten, um kurze Zeit zu leben, und dann am Daumen zu saugen.

(Heiterkeit.)

Meine Herren, mit den Handelsverträgen hat Deutschland eine entschieden unheilvolle Bahn eingeschlagen. Wir müssen uns damit abfinden, so lange wir daran gebunden sind, und vor Ablauf derselben gerüstet und kampfbereit sein, damit bei Erneuerung der

Verträge die Fehler der jetzigen vermieden werden. Dann muß unser Feldgeschrei sein:

Schutz der deutschen Arbeit!

Deutschland für die Deutschen und der deutsche Getreidemarkt dem deutschen Bauer!

(Lebhafter Beifall.)

Was müssen wir aber inzwischen thun, um die unserer Landwirthschaft durch die Handelsverträge geschlagenen Wunden unschädlich zu machen oder ganz zu heilen.

Ich darf wohl annehmen, daß Herr Kammerherr von Erffa näher auf die verschiedenen kleinen und großen Mittel eingehen wird, mit welchen man der nothleidenden Landwirthschaft aufzuhelfen suchte, ich möchte nur kurz auf das eine von der Hand gewiesene große Mittel eingehen, den Antrag Kanitz.

Ich war und bin der Ansicht, daß durch den Antrag ein ganz hervorragendes Mittel gegeben war, die Noth der Landwirthschaft zu lindern, und wenn der Antrag Annahme gefunden hätte, so würden sich auch wohl Mittel und Wege gefunden haben, ihn auszuführen. „Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg."

(Sehr richtig!)

Aber ich gab mich von vornherein nicht der Hoffnung hin, daß der Antrag angenommen werden würde; denn was stößt wohl auf mehr Widerstand, wie eine auch nur anscheinende Vertheuerung der Lebensmittel auf gesetzgeberischem Wege, sei es durch Zölle, Monopol oder irgend welche andere Mittel, namentlich in Zeiten wirthschaftlichen Niedergangs!

Trotzdem ich nun aber die Nothwendigkeit dieses Antrags vollständig einsah, befriedigte mich doch der Durchfall vollständig. Weshalb?

Meine Herren, es ist klar, daß die vorgeschlagenen Maßregeln ihren Zweck, die Hebung der Getreidepreise auf einen einigermaßen erträglichen Minimalsatz, erfüllt haben würden. Meine Befürchtung ging nun dahin, daß sich die Landwirthschaft zum großen Theil durch diesen Erfolg befriedigt fühlen und geneigt sein würde, hinsichtlich des Radikalmittels, der Währungsfrage, die Hände in den Schooß zu legen. Dann hätten die Männer, die nun schon seit vielen Jahren thätig sind im Kampf um die Währung,

die immer wieder in die Ketten sprangen, um den Karren aus dem Drecke zu ziehen, vielleicht einen Theil ihrer großen Gefolgschaft eingebüßt.

Das sind so die Befürchtungen eines harmlosen kleinstädtischen Bimetallisten, und von diesem Gesichtspunkt aus werden Sie begreifen, daß ich unserem verehrten Herrn Grafen den Durchfall gönnte.

(Heiterkeit.)

Ein zweites Mittel ist der Wollzoll. Ich hatte ursprünglich nicht die Absicht, darauf einzugehen, bin aber durch die Ausschußsitzung vom letzten Sonntag veranlaßt worden, mich auch mit dieser Frage kurz zu beschäftigen. Wir sagten uns damals selbst, es würde ja nur sehr wenig Aussicht sein, einen Wollzoll zu erreichen; denn unsere deutsche Wollproduktion deckt nur $1/6$ des Bedarfs der deutschen Wollfabriken, $5/6$ beziehen wir vom Auslande. Ja, meine Herren, woher kommt das?

Wir haben vor 20 Jahren in Deutschland circa 20 Millionen Schafe gehabt. Die Konkurrenz der Länder mit unterwerthiger Valuta hat die Schafzucht vollständig unproduktiv gemacht, und dadurch verringerten sich natürlich die Heerden. Der deutsche Schafzüchter kann aber nicht zu dem Preise liefern, zu welchem Argentinien uns die Wolle beschafft. Die natürliche Folge ist, daß einzelne der Schafzüchter sich darauf verlegen, Fleischschafe zu halten, und andere die Heerdenhaltung ganz aufgeben, und so sind wir mittlerweile auf einen Bestand von 9 Millionen Schafen heruntergekommen.

(Hört! hört!)

Aber, meine Herren, ein Wollzoll, wenn er nicht ganz bedeutend wäre, würde unter den heutigen Verhältnissen thatsächlich gar nichts nützen; ein kleiner Wollzoll kann der deutschen Schafzüchterei nicht wieder auf die Beine helfen. Für einen großen Wollzoll machen Sie sich aber keine Hoffnungen, und deshalb, meine Herren, halte ich es für das einzig Richtige, auch in dieser Frage immer wieder das Eine in den Vordergrund zu schieben, die Währungsfrage. Regeln Sie die Währungsfrage, dann blüht auch für den deutschen Wollzüchter wieder ein Erfolg.

Und nun zu dem Radikalmittel, der Währungsfrage! Meine Herren, nach Ansicht der Goldpartei ist der Bimetallismus todt.

(Rufe: Eingesargt! — Heiterkeit.)

Aber, merkwürdiger Weise, es heißt, wenn ein Mensch fälschlich todt gesagt wird, lebt er noch recht lange; so geht es auch mit dem Bimetallismus, er ist lebendiger und kampfesmuthiger denn je. Wir haben begründete Hoffnung, daß wir am Anfang des Endes stehen — unseres siegreichen Kampfes.

(Bravo!)

Wie steht es nun gegenwärtig mit dem Kampf um die Währung?

Im Jahre 1894 sagte die Regierung die Prüfung der Silberfrage zu und berief jene so wundersam zusammengesetzte Silberkommission, über die zu berichten ich am 20. Februar 1895 die Ehre hatte.

Am 16. Februar 1895 faßte der Reichstag jenen denkwürdigen Beschluß betreffs der Währungsfrage, und am 7. Februar 1896 erfolgte darauf die bekannte Antwort des Reichskanzlers, auf die ich noch eingehen werde. Man kann sagen, daß dies keine schnelle Erledigung einer höchst dringenden Frage ist.

Ich kann wohl an meinen Bericht vom vorigen Jahre, ihn als bekannt voraussetzend, anschließen. Für die Landwirthschaft ist das dringende Bedürfniß nach Regelung der Währungsfrage ein- für allemal erwiesen. Wie steht es aber mit der Industrie?

Der überwiegende Theil der Industriellen schwärmt heute noch für die Goldwährung, nicht aus Kenntniß der Frage, sondern nur, weil man einfach der Goldwährungspartei und ihrer mächtigen Presse Glauben schenkt, daß wir die schöne Goldwährung nicht entbehren können, daß die deutsche Industrie nur mit Hilfe der Goldwährung so bedeutenden Aufschwung genommen habe.

(Leider!)

Die gesetzliche Vertretung der Industrie heißen merkwürdiger Weise Handelskammern,

(Heiterkeit.)

und sehr oft liegt das Präsidium der Kammern in den Händen der Bankiers, denen damit die Gewalt über das Wohl und Wehe der Industrie gegeben ist.

Die Bankiers haben den größten Vortheil durch unsere Goldwährung und darum treten sie so eifrig dafür ein. Einen indirekten Beweis dafür finden wir in der Erklärung, welche der „Verein deutscher Banken“ am 25. Mai 1895 in Hannover aufgestellt hat.

Sie lautet:

„Die Versammlung ist einstimmig der Ansicht, daß an dem gegenwärtig im deutschen Reiche geltenden Währungsgesetze eine Aenderung nicht vorgenommen werden darf. Sie hält alle Bestrebungen, die auf eine Aenderung dieses Gesetzes zu Gunsten des Silbers hinzielen, für im höchsten Grade schädlich und beunruhigend für Handel und Gewerbe und gegen das Interesse der gesammten Bevölkerung Deutschlands verstoßend, ist auch der Ueberzeugung, daß die landwirthschaftlichen Kreise die von einer Aenderung der Währung erhofften Vortheile nicht finden werden; sie sieht deshalb mit tiefem Bedauern, daß eine Anregung zu einer internationalen Münzkonferenz von Deutschland ausgehen solle, sie stellt als zweifellos fest, daß durch eine Verschlechterung der heimischen Valuta die Zerstörung eines großen Theiles des nationalen Vermögens und eine Verschlechterung der sozialen Lage der Arbeiterbevölkerung herbeigeführt würde. Sie erklärt es aus diesem Grunde für die Pflicht eines jeden patriotischen Deutschen, mit ganzer Kraft für die Aufrechterhaltung der bestehenden Währung zu wirken. Sie tritt aufs Entschiedenste der weitverbreiteten Anschauung entgegen, als ob gerade Bank-Institute ein besonders großes Interesse an der Goldwährung hätten. Wenn in dieser Beziehung der eigene Vortheil maßgebend sein sollte, so könnten Banken doch nur für die denkbar schlechteste Valuta eintreten; denn die mit einer solchen verknüpften Schwankungen geben, wie überall ersichtlich, den meisten Anlaß, die geschäftliche Vermittelung von Banken in Anspruch zu nehmen. Im übrigen ist das Interesse der Banken an der Goldwährung nicht größer als das jedes anderen Besitzers von deutschen Werthpapieren, d. h. alle würden durch eine Herabminderung des Werthes der heimischen Valuta aufs empfindlichste geschädigt werden."

(Heiterkeit.)

Es werden dabei die bekannten Behauptungen der Goldwährungspartei wiederholt, ohne nur den Schatten eines Beweises beizubringen. Am wichtigsten ist aber für den Bimetallismus die

Erklärung der Banken, „daß, wenn der eigene Vortheil maßgebend sein sollte, die Banken nur für die denkbar schlechteste Valuta eintreten müßten".

Denkbar schlechteste Valuta ist eben eine Valuta, deren Werthmesser stetig in seiner Kaufkraft steigt, und eine solche schlechte Valuta besitzen wir in unserer vielgerühmten bewährten Goldwährung mit ihren heftigen Diskont-Schwankungen und ihrer stetigen Werthsteigerung unter heftigen Schwankungen, im Verkehr mit den Silberländern.

(Sehr richtig!)

Der Bimetallismus strebt aber die denkbar beste Valuta an vermittelst der internationalen Doppelwährung, welche die Schwankungen auf das denkbar kleinste Maß beschränkt, wie die Erfahrungen aus den Jahren 1803 bis 1873 beweisen.

Indem daher die Banken bestätigen, daß ihr Vortheil bei der denkbar schlechtesten Valuta zu suchen ist, bedarf es keiner Erklärung mehr, weshalb die deutschen Banken mit so großem Eifer für die sogenannte „bewährte" Goldwährung eintreten.

(Lebhafter Beifall.)

Nun, meine Herren, wie ich Ihnen im vorigen Jahre berichtete, brütete damals die Frankfurter Handelskammer, die, wenn Bankiers Vertreter der Industrie sind, die berufenste Vertreterin der Industrie sein muß, über der Beantwortung der Frage, warum die Industrie für die Aufrechterhaltung der Goldwährung sein müsse. Man hatte zu dem Zwecke eine private und geheime Enquete unter den deutschen Handelskammern, industriellen und kaufmännischen Körperschaften unternommen und dabei 11 Fragen gestellt, die sich gegen meine Thätigkeit in der Silbercommission richteten.

Die Fragen waren so gestellt, daß, wenn sie in der Beantwortung gegen mich ausgefallen wären, die Goldwährungspartei bei der Industrie die schärfste Waffe gegen den Bimetallismus in Händen gehabt hätte. Man durfte daher mit Spannung der Veröffentlichung der Antworten entgegensehen.

Diese erfolgte aber nicht! Doch theilte am 4. April der Vertreter der Frankfurter Handelskammer auf dem Handelstage mit:

„Die Frankfurter Handelskammer habe durch ein Rundschreiben sämmtliche Handelskammern um ein

Gutachten ersucht. Darauf haben sich, mit Ausnahme von vier, sämmtliche Kammern, auch M.-Gladbach, ganz energisch für die Goldwährung ausgesprochen. Die Handelskammer von Sagan wolle die Beibehaltung der Goldwährung, jedoch gleichzeitig eine Erhöhung des Silberpreises; die Handelskammern zu Bonn und Iserlohn seien ebenfalls für die Goldwährung, wenn es gleichzeitig möglich sei, durch internationale Vereinbarungen der Silberentwerthung zu steuern; die Handelskammer zu Arnsberg stehe auf dem Standpunkt des Fabrikbesitzers Otto Wülfing, der bekanntlich Bimetallist sei."

Das war das ganze klägliche Ergebniß der Frankfurter Enquete. Lediglich eine Meinungsäußerung zu Gunsten der bewährten Goldwährung, ohne den Versuch einer näheren Begründung.

Ich bitte, dabei zu beachten, daß der Vertreter der Frankfurter Kammer selbst die Enquete mit ihren 11 Fragen, deren genaue Beantwortung man doch zu erwarten hatte, lediglich als ein Ersuchen um ein Gutachten der Handelskammern hinstellt.

Von industriellen Vereinen, die doch auch die Fragebogen erhielten, ist dabei keine Rede, woraus wohl geschlossen werden darf, daß diese überhaupt nicht geantwortet haben.

Die Mittheilung aber, daß sämmtliche Kammern, mit Ausnahme von vier, sich für die Goldwährung ausgesprochen haben sollen, setzt voraus, daß auch sämmtliche Kammern ein „Gutachten" gegeben haben.

Wir wären berechtigt, zu sagen, „das ist nicht wahr". Aber warum sollen wir in die Art der Goldwährungs-Korrespondenz verfallen, die vielleicht sagen könnte: „Seht, die fühlen ihr Unrecht, denn sie werden grob."

(Heiterkeit.)

Nein, lassen wir uns höflich sein, wie es dem Stärkeren geziemt. Sagen wir, „es war ein Irrthum". Denn bestimmt weiß ich, daß die Handelskammern von Barmen, Bochum, Braunschweig, Dortmund, Elberfeld und Halberstadt die Anfragen von Frankfurt gar nicht beantwortet haben.

Das ist erklärlich; denn eine Handelskammer, welche die 11 Fragen sachgemäß beantworten wollte, würde nicht im Stande sein, fernerhin für den Schutz der Goldwährung einzutreten.

Viele Handelskammern setzen sich aber durch ihr Eintreten für die Goldwährung in Gegensatz zu ihren Jahresberichten, die auf die bedenklichen Nachtheile hinweisen, welche durch den Niedergang und das Schwanken des Silberwerthes für den deutschen Handel entstanden sind.

Dr. B. Stall wies das im vorigen Jahre in seiner Schrift „Die Silberfrage für Industrie und Handel" betreffs der Handelskammerberichte von Oberbayern, Frankfurt a. M., Harburg, Dortmund, Bochum, Lauban, Hagen, Dresden, Straßburg i. E., Krefeld, Leipzig, Posen, Thorn, Duisburg, Lüdenscheid, Solingen, Lübeck, Pforzheim und Münster i. W. treffend nach.

So wird die Industrie thatsächlich in der Währungsfrage irre geführt, und daß die Handelskammern dies können, das liegt hauptsächlich daran, daß die Industrie bisher immer noch Mittel fand, die Wirkung der Valutadifferenzen auszugleichen, wie ich Ihnen dies im vorigen Jahre auseinandersetzte. Das hört aber einmal auf und mit dem Fühlbarwerden dieser Wirkungen gewinnt die Erkenntniß des alleinigen Heilmittels, des Bimetallismus, in der Industrie immer mehr Boden.

Balfour sagte einmal, „der schlimmste Feind des Bimetallismus ist die Unkenntniß".

(Sehr richtig!)

Aber durch Schaden wird man klug, und der unausbleibliche Schaden wird die Klugheit unserer intelligenten Industriellen in der Währungsfrage ganz erheblich fördern. Dann aber ist es die höchste Zeit, sonst siegen wir ohne die klugen Herren, von denen wir im letzten Augenblick übrigens überraschend viele auf unserer Seite sehen werden, mit den Worten „das haben wir ja immer gesagt".

(Heiterkeit.)

Wie steht es nun mit unserem Export nach den Silberländern? Es betrug unser Export nach den Silberländern Ostindien, China, Japan, Philippinen, Ecuador, Columbien, Mexico, Peru, Bolivien $4^3/_{10}$ % der gesammten Ausfuhr Deutschlands im Jahre 1893; nach Ländern mit entwertheter Valuta Argentinien, Brasilien, Chile ebenfalls ungefähr 4 % im Jahre 1893.

Ich wies wiederholt darauf hin, daß es sich nicht um den prozentuellen Vergleich dieser Ausfuhr zur Gesammtausfuhr handeln

könne, sondern wie groß der Prozentsatz für den einzelnen Industriezweig sei.

Fassen wir den Export des Jahres 1895 für die oben erwähnten Silberländer und Länder mit entwertheter Papiervaluta zusammen, so erhalten wir für einige Zweige der Gewebeindustrie folgende Zahlen nach dem statistischen Waarenverzeichniß:

Nr. 44. Baumwollgewebe, dichte, gefärbt, bedruckt. 6 175 600 Kilo = ca. 37 %. Nr. 45. Posamentier- und Knopfwaaren. 338 800 Kilo = ca. 9 8/10 %. Nr. 46. Baumwollene Strumpfwaaren. 1 592 400 Kilo = 14 %. Nr. 782. Seidene Zeuge, Tücher, Shawls 2c. 30 400 Kilo = ca. 14 4/10 %. Nr. 789. Halbseidene Waaren. 156 100 Kilo = ca. 4 9/10 %. Nr. 908. Wollene Strumpfwaaren. 297 100 Kilo = ca. 7 9/10 %. Nr. 909—910. Tuch- und Zeugwaaren. 4 081 700 Kilo = ca. 17 %.

Aus diesen wenigen Zahlen geht schlagend hervor, welches hervorragende Interesse unsere Industrie an dem Export nach jenen Ländern hat.

Aber ein anderes interessantes Bild gewinnt man, wenn man diese Länder in zwei Gruppen ordnet, in solche mit Industrie und solche ohne Industrie.

Die mit Industrie werden sich immer mehr von der Industrie der Goldländer unabhängig zu machen suchen und zuletzt mit diesen auf anderen Märkten in Konkurrenz treten.

Ich rechne zu dieser ersten Gruppe: Ostindien, China, Japan und Mexico.

Die Länder ohne Industrie müssen Waaren beziehen, gleichviel wie hoch oder wie niedrig der Silberkurs steht. Wenn also nach diesen Ländern unsere Ausfuhr steigt, beweist das nicht das Geringste gegen uns. Der unausbleibliche Rückschlag kommt dort erst dann, wenn diese Länder beginnen, ihren Bedarf in den industriellen Silberländern zu decken. Eine solche Umwälzung sehen wir jetzt sich in China vollziehen, wo die japanische Industrie die europäische und amerikanische mit größtem Erfolg bekämpft, und wenn der Silberwerth nicht wieder hergestellt wird, muß dort die europäische Industrie vor der japanischen Schritt für Schritt zurückweichen.

Zu dieser zweiten Gruppe rechne ich die Philippinen, Ecuador, Columbien, Bolivien, Peru, Argentinien, Brasilien und Chile, und die Zahlen stellen sich alsdann in folgender Weise dar:

Nr. 44. Baumwollgewebe, dichte 2c.

Gruppe I. 333100 Kilogramm = ca. 2 Prozent.
„ II. 5842500 „ = ca. 35 „

Nach Japan nichts.

Nr. 45. Posamentier- und Knopf-Waaren.

Gruppe I. 166500 Kilogramm = ca. 4⁸/₁₀ Prozent.
„ II. 172300 „ = ca. 5 „

Nach Japan nichts.

Nr. 46. Baumwollene Strumpfwaaren.

Gruppe I. 439800 Kilogramm = ca. $3^{9}/_{10}$ Prozent.
„ II. 1152600 „ = ca. $10^{1}/_{10}$ „

Nach Japan nichts.

Nr. 782. Seidene Zeuge, Tücher, Shawls.

Gruppe I. 3600 Kilogramm = ca. $1^{7}/_{10}$ Prozent.
„ II. 26800 „ = ca. $12^{7}/_{10}$ „

Nach China, Japan und Mexico nichts.

Nr. 789. Halbseidene Waaren.

Gruppe I. 88400 Kilogramm = $2^{6}/_{10}$ Prozent.
„ II. 67700 „ = 2 „

Nach China nichts.
„ Japan 0,14 Prozent.
„ Mexico 0,27 „

Nr. 908. Wollene Strumpfwaaren.

Gruppe I. 47700 Kilogramm = $1^{2}/_{10}$ Prozent.
„ II. 249400 „ = $6^{7}/_{10}$ „

Nach China und Japan nichts.

Nr. 909—910. Tuch und Zeugwaaren.

Gruppe I. 1946900 Kilogramm = $8^{1}/_{10}$ Prozent.
„ II. 2134800 „ = $8^{9}/_{10}$ „

Die $8^{1}/_{10}$ Prozent nach den Industrieländern setzen sich zusammen aus:

$2^{9}/_{10}$ Prozent für Ostindien,
$1^{4}/_{10}$ „ „ China,
$3^{1}/_{10}$ „ „ Japan,
$^{7}/_{10}$ „ „ Mexico.

Alle diese Zahlen sprechen für sich selbst und sie reden laut genug, nur will man sie nicht verstehen. Die Zahlen beweisen klar, daß die Industrie eben so viel Interesse an der Wiederherstellung des Silberwerthes hat, wie die Landwirthschaft.

Und selbst wenn die Industrie kein direktes Interesse daran hätte, so wäre das Interesse, welches die Industrie an der Erhaltung einer kauf- und zahlkräftigen Landwirthschaft haben muß und hat, vollauf genügend, für die Doppelwährung einzutreten, zumal der Industrie durch Verlassen der Goldwährung nicht das geringste Opfer zugemuthet wird. Noch nie ist auch nur der Schein eines Beweises geliefert worden, daß die Industrie durch den Uebergang zur Doppelwährung einen Schaden erleiden würde.

Vor zwei Jahren erinnerte Herr von Mendel-Steinfels an dieser Stelle an das Wort Friedrichs des Großen:

„Die Kunst der Landwirthschaft ist die erste von allen Künsten. Ohne sie giebt es keine Kaufleute, keine Höflinge, keine Könige, keine Dichter, keine Philosophen. Nur das ist wahrer Reichthum, was die Erde hervorbringt. Wer seine Ländereien verbessert, unbebautes Land urbar, Sümpfe trocken legt, der macht die besten Eroberungen.“

(Sehr richtig!)

Ich erinnere an einen Ausspruch des größten Mannes unseres Jahrhunderts, des Fürsten Bismarck, gesprochen am 21. Mai 1879 im Reichstag bei seiner Vertheidigung der Getreidezölle:

„Ich muß mich fragen: Rückt der Augenblick nicht näher, wo unsere Landwirthschaft überhaupt nicht mehr bestandsfähig ist? Ja, wenn das eintritt, so geht dabei nicht bloß die Landwirthschaft zu Grunde, dabei geht auch der Preußische Staat, das Deutsche Reich zu Grunde, ganz einfach.“

(Bravo!)

Meine Herren, das sollte mit zum Glaubensbekenntniß für die Industrie gehören, ebenso wie die Landwirthschaft beachten muß, daß eine blühende Industrie mit ihrem Heer von Arbeitern der sicherste Abnehmer für die Erzeugnisse der Landwirthschaft ist.

Unsere Interessen sind gemeinsame!

(Sehr richtig! und Bravo!)

Wie stehen nun die Produktionsverhältnisse von Gold und Silber?

Die Ausbeute von Gold hat sich auch im vorigen Jahre vergrößert und wird sich auch voraussichtlich noch weiter vergrößern, aber je schneller sich die Ausbeute vollzieht, desto eher sind wir am Ende aller Dinge. Interessant ist es, wie von der Goldpresse mit größtem Triumph verbreitet wird, wenn an irgend einer Stelle der Welt ein Goldkörnchen gefunden wird, selbst unsere arme Eifel mußte dazu herhalten.

(Heiterkeit.)

Aber trotz der großen Produktion von Gold ist fortwährend Mangel, das beweisen die Vorgänge in Amerika, und Oesterreich würde längst die Baarzahlungen in Gold aufgenommen haben, wenn es nicht fürchten müßte, daß ihm dann gleich der Goldbestand entzogen würde. Die großen Goldvorräthe in den Banken sind ferner zu einem sehr großen Theil lediglich dem Verkehr entzogene Münzen.

Ob sich im vorigen Jahre die Silberausbeute weiter vermindert hat, ist noch nicht bekannt. Für 1894 war eine Verminderung durch den Bericht des amerikanischen Münzdirektors nachgewiesen. Das Januarheft des Handelsarchivs weist auch die Abnahme der Ausbeute im Jahre 1894 nach, giebt aber für die Jahre 1890 bis 1894 größere Zahlen an, als mir bisher bekannt waren. Wo bleibt aber das Silber? So viel auch herausgeholt wird, es findet seine Abnehmer.

Nach den Tabellen der Münze der Vereinigten Staaten betrug von 1873 bis 1894 der Werth der Ausbeute von Gold auf der ganzen Erde durchschnittlich pro Jahr 22 974 000 Lstrl., die durchschnittliche Goldprägung aber pro Jahr 30 071 000 Lstrl., also fast 24 Prozent mehr Prägung als Ausbeute. Da der riesige Bedarf der Industrie von der Ausbeute abzurechnen ist, geht aus obigen Zahlen hervor, daß diese Prägungen zum größten Theil Umprägungen sein müssen, der schlagendste Beweis für den Goldmangel.

Nach denselben Tabellen betrug für denselben Zeitraum der Werth der Silberausbeute nach dem Münzwerth 1 : 16 gerechnet durchschnittlich 24 963 000 Lstrl., die durchschnittliche Prägung aber 24 806 000 Lstrl.

Meine Herren, diese wenigen Zahlen beweisen die Unmöglichkeit der auf einem Edelmetall beruhenden Währung, sie beweisen die Unmöglichkeit der Goldwährung, und sie beweisen, daß wir zur Durchführung der Doppelwährung uns nicht vor der großen Produktion weder von Silber, noch von Gold zu fürchten haben. Wir haben das, was uns die Industrie für die Münzen übrig läßt, dringend nothwendig für die Durchführung der Doppelwährung.

(Sehr richtig!)

Meine Herren, ich komme zu dem Ereigniß, welches auf dem Gebiet der Währungsfrage in den letzten Wochen stattgefunden. Ich meine die Erklärung des Reichskanzlers. Langsam kam sie, lange haben sich die verbündeten Regierungen besonnen, aber man sagt ja „was lange währt, wird gut".

(Bravo! und Heiterkeit.)

Ausgezeichnet ist die Erklärung, denn sie befriedigt alle Gemüther. Die Goldpartei triumphirt, denn nun sind die Bimetallisten mausetodt, und wir höchst lebendigen Bimetallisten, wir sind in unserer bekannten Bescheidenheit, in unserer überzeugungstreuen Siegeszuversicht, ebenfalls zufrieden mit der Erklärung, denn unser Herr Reichskanzler hat sich ein Hinterthürchen offen gelassen, er sagte:

> „Ich darf jedoch hinzufügen, daß wenn von Seiten eines andern Staates annehmbare, erfolgversprechende, programmatische Vorschläge gemacht werden sollten, ich meinerseits gern bereit sein würde, die Betheiligung Deutschlands an einer internationalen Berathung solcher Vorschläge in Aussicht zu nehmen."

Meine Herren, diese Hinterthür wird sich zu der Siegespforte erweitern, durch welche der Bimetallismus mit klingendem Spiel einzieht.

(Lebhafter Beifall.)

Eines aber bedauere ich nach dieser Erklärung von Herzen. Deutschland hat sich die Gelegenheit entgehen lassen, in dieser hochwichtigen Frage die Führung zu übernehmen zum Heile aller Kulturvölker. Das war eine Aufgabe würdig des Deutschen Reichs!

(Lebhafter Beifall.)

Meine Herren, ich glaube, durch meine Ausführungen die folgende Erklärung begründet zu haben, und indem ich die Hoffnung

ausspreche, daß Sie diese Erklärung zu der Ihrigen machen werden, schließe ich mit dem Ruf:

Deutschland für die Deutschen!
Mit Gott, für Kaiser und Reich.
(Wiederholter lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Graf **von Mirbach**-Sorquitten: Meine Herren, wenn irgend einem Referenten unser Dank gebührt, so ist es Herr Fabrikbesitzer Otto Wülfing. Er hat uns wiederholt mit lichtvollen Referaten erfreut. Möchten alle Industriellen getragen sein von derselben Ueberzeugung der Solidarität der Interessen der Industrie und der Landwirthschaft und so treu mit uns zusammenwirken wie Herr Wülfing. Ich bitte die Herren, ihm durch Erheben von den Plätzen unseren Dank auszusprechen.

(Die Versammlung erhebt sich unter Beifallsrufen.)

Berichterstatter Fabrikbesitzer **Otto Wülfing**-M.-Gladbach: Meine Herren, ich danke Ihnen sehr!

Vorsitzender (fortfahrend): Meine Herren, es ist ein Antrag des Herrn von Kardorff eingegangen, welcher lautet:

„Die Generalversammlung wolle beschließen: Auf Grund der durch die offizielle Erklärung der englischen Regierung vom 20. Februar d. J. im Unterhause bekundeten Bereitwilligkeit Englands, in Verhandlungen über eine internationale Regelung der Währungsfrage einzutreten, den Vorstand der Vereinigung der Steuer- und Wirthschaftsreformer aufzufordern:

ein zu veröffentlichendes Schreiben an den Herrn Reichskanzler zu richten, welches denselben ersucht, den Beschlüssen des deutschen Reichstages und beider Häuser des preußischen Landtages, welche die Berufung internationaler Konferenzen zur Regelung der Währungsfrage fordern, nunmehr schleunigst Folge zu geben."

Ich werde diesen Antrag später zur Diskussion stellen.

Das Wort hat der zweite Herr Referent.

Kammerherr und Landtagsabgeordneter Freiherr **von Erffa**-Wernburg: Meine verehrten Herren! Zunächst möchte ich meine besondere Freude darüber aussprechen, daß es mir vergönnt ist, gemeinsam mit einem Herrn von der Industrie über die uns vorliegende Frage zu referiren, weil ich ebenso wie unser Herr

Vorsitzender und der Vorredner der Meinung bin, daß, wenn wir erst wieder gemeinsam mit der Industrie Schulter an Schulter kämpfen — wie es bekanntlich vor Einführung des Zolltarifs von 1879 der Fall war, und wie es, sobald die Industrie sich aus den unglücklichen Fesseln der Handelskammern befreit haben wird, wieder der Fall sein wird — wir gewiß unüberwindlich sein werden.

Nachdem der Herr Vorredner in so eingehender und lichtvoller Weise die Währungsfrage beleuchtet hat, will ich hier nur ganz kurz darauf eingehen und glaube, damit in Ihrem Sinne zu handeln. Ich bitte um Verzeihung, wenn ich bei Besprechung der Mittel zur Abhilfe es nicht vermeiden kann, auf bei den beiden Punkten der gestrigen Tagesordnung bereits Gesagtes zurückzukommen. Sie werden mit mir einverstanden sein: ein anderes großes Mittel als das der Monopolisirung der Getreideeinfuhr und der Währungsfrage giebt es zur Zeit nicht, und bei der Besprechung der Mittel zur Abhilfe des landwirthschaftlichen Nothstandes wird man deshalb immer wieder darauf zurückkommen müssen. Sollte einer der Herren ein weiteres Mittel wissen, so bitte ich ihn, uns dasselbe nachher sagen zu wollen; wir werden ja darüber diskutiren können.

(Heiterkeit.)

Ich halte die Frage: welche wirthschaftlichen Erfahrungen liegen seit der Generalversammlung des Jahres 1894 vor? für vollständig berechtigt, weil erstens zwei Jahre inzwischen ins Land gegangen sind und namentlich, weil ein Wechsel in den höchsten, die Landwirthschaft am tiefsten berührenden Stellen im Reichskanzleramt und im preußischen Landwirthschaftsministerium vor sich gegangen ist, was in der Regel nicht nur einen Personen-, sondern auch einen Systemwechsel bedeutet. Ich muß daher untersuchen, ob wirklich ein solcher Systemwechsel stattgefunden hat?

Ich will nach dem Grundsatze: „de mortuis nil nisi bene" über die abgetretenen Herren nichts sagen, sondern will mich direkt zu den jetzigen Herren wenden, zu dem deutschen Reichskanzler Fürsten Hohenlohe und dem preußischen Landwirthschaftsminister Freiherrn von Hammerstein-Loxten. Da bin ich nun allerdings als persönlicher Freund des Letzteren, der seit 1879 mit ihm im Landesökonomiekollegium und im deutschen Landwirthschaftsrath zusammen gesessen hat, genöthigt, eine Lanze für ihn zu brechen,

wie ja auch der verehrte Herr Vorsitzende gestern in seinen einleitenden Worten schon eine eingehende Anerkennung für ihn aussprach.

Ich kenne Herrn von Hammerstein genau und kann versichern, daß er ein durchaus ehrlicher Mann ist und ein warmes Herz für die Landwirthschaft hat, daß er ferner an der Spitze der Bewegung gegen den österreichischen Handelsvertrag mitgekämpft hat. Wenn er jetzt öfters angestoßen hat, was ich ja selbstverständlich, da ich selbst Mitglied des Landtags bin, durchaus nicht verkennen will, so liegt das wirklich mehr an dem Mangel an parlamentarischer Uebung und Erfahrung, als an böser Absicht, und ich kann daher sagen, daß, wenn das Wort, daß jemand „parlamentarisch unverdorben" in das Ministerium kommt, einige Berechtigung haben mag, ich es auf der andern Seite doch für wünschenswerth halte, wenn Herren nicht ganz parlamentarisch ungeschult in hohe Stellungen kommen, und ich glaube, man kann den Beleg dafür am besten bei dem Kollegen des Herrn v. Hammerstein, dem Herrn Finanzminister Dr. Miquel, finden.

(Sehr richtig! Heiterkeit.)

Außerdem muß ich für Herrn von Hammerstein noch geltend machen, daß wir doch thatsächlich — ich werde bei Besprechung der kleinen Mittel noch darauf zurückkommen — mit seiner Hilfe wesentliche Fortschritte auf dem Gebiete der Abwendung der Seuchengefahr und anderer sogenannter kleiner Mittel gemacht haben.

Nun, meine Herren, wenn ich darauf eingehe, ob sich das System zugleich mit den Personen geändert hat, was man damals bei der Entlassung des früheren Reichskanzlers und des früheren Landwirthschafts-Ministers vielleicht glauben konnte, so möchte ich meinen, daß das System dasselbe geblieben ist; die Formen sind nur verbindlicher und vorsichtiger geworden.

(Sehr richtig!)

Es ist, um vom Webstuhl zu reden — ich wohne mitten in der Textil-Industrie und deshalb sind mir diese Bilder geläufig — es ist der gleiche Faden, nur ist die Nummer etwas feiner geworden. Wir werden jetzt das Wort nicht mehr hören, „daß Deutschland ein Industriestaat geworden ist", oder „daß es sich um keinen Ar und Halm handele", „daß wir abschreiben sollen", sondern es werden

Enqueten, Kommissionen u. s. w. angestellt, in denen von vornherein dafür gesorgt ist, daß achtenswerthe Minoritäten darin sind

(Heiterkeit);

aber das Resultat dieser Kommissionen und Enqueten ist das gleiche wie früher!

(Sehr gut!)

Also, meine Herren, ich möchte sagen: es ist eine feinere, verbindlichere Form, aber das System ist leider, wie ich sagen muß, genau dasselbe geblieben.

Ich will hier gar nicht auf die Zusammensetzung des Staatsrathes exemplifiziren, von dem wir von vornherein wußten, wie das Resultat bezüglich des Antrages Kanitz ausfallen würde; es sind mehr kleine symptomatische Erscheinungen, die ich nennen möchte. Es wird jetzt ein Gesetz über die Börsenreform vorgelegt; in diesem Gesetz ist der Börsen-Ausschuß in seiner Zusammensetzung schon so konstruirt, daß man von vornherein weiß, daß die Börsenleute darin die Mehrheit haben werden. Es wird ein Gesetz über den Margarinehandel vorgelegt. Der Deutsche Landwirthschaftsrath und das Landes-Oekonomiekollegium haben von jeher dieses Gesetz nur dann als durchschlagend betrachten können, wenn Butter und Margarine in den Verkaufsräumen getrennt bleiben würden. Das wird aber von der Regierung als unmöglich hingestellt! Es wird ferner ein Handelsgesetzbuch hier in Berlin berathen. Dabei wird entdeckt, daß kein einziger Landwirth in dieser Kommission war. Ich habe mich erkundigt: wer sitzt denn eigentlich darin? Ja, bei einer Revision des deutschen Handelsgesetzbuches, wo doch ein großer Theil des Handels mit landwirthschaftlichen Produkten stattfindet, erfuhr ich zu meiner Ueberraschung, daß kein einziger Landwirth in der Kommission sitzt.

(Hört, hört!)

Wir haben dann als Vorstand des Landwirthschaftsrathes veranlaßt, Skandal darüber zu machen, und wir haben wenigstens das Eine erreicht, daß, nachdem die erste Lesung des Handelsgesetzbuches beendet ist, jetzt Landwirthe hineinberufen werden. Aber immerhin sind die Herren jetzt nicht so orientirt, als wenn sie die erste Lesung mitgemacht hätten, und es ist fraglich, ob werthvolle Bestimmungen für die Landwirthschaft durchzusetzen sein werden.

Also, meine Herren, die Form ist, wie gesagt, feiner und verbindlicher, das System ist meiner Ansicht nach dasselbe geblieben, was ja auch dadurch bewiesen wird, daß der Antrag Kanitz im Staatsrath abgelehnt ist, daß er zweimal im Reichstage abgelehnt ist und daß die Währungskonferenz trotz ihrer Annahme im Reichstag und in beiden Häusern des Landtages bis jetzt noch nicht einberufen worden ist. Da möchte ich mir doch die Frage erlauben, was die liberalen Parteien wohl sagen würden, wenn Anträge von ihrer Seite im Reichstage und in beiden Häusern des Landtages mit großer Majorität angenommen werden und ihrer erleuchteten Beschlußfassung nicht Folge gegeben wäre;

(Sehr richtig!)

ich glaube, das Geschrei, was sich dann erheben würde, wäre furchtbar. Wir sind eigentlich immer so bescheiden, daß wir das nicht thun.

In der Frage der Währungskonferenz ist übrigens, wie bekannt, ein dunkler Punkt, der hoffentlich durch die Verhandlungen im englischen Parlament aufgeklärt wird?! Ich kann und will mich hier darüber nicht äußern; thatsächlich weiß man nicht, wie die Sache zusammenhängt, aber es muß irgendwo ein Widerspruch vorliegen.

Nun könnte man ja bis jetzt immer noch die Hoffnung hegen, daß die Verhältnisse in unserer Getreidepreisbildung sich von selbst bessern würden. Ich muß allerdings gestehen, daß ich zu denen gehört habe, die ein solches Besserwerden der Preise nicht für ausgeschlossen gehalten haben; — noch vor zwei Jahren war ich dieser Ansicht, und daß das nicht so ganz unbegründet war, dafür mag Ihnen Beweis sein, daß ein Minister, mit dem ich im vorigen Jahre, nachdem wir von den schönen Kanalfeierlichkeiten in Kiel zurückgekommen waren und uns von ihm verabschiedeten zum Schluß des Landtages, mir die Hand gab und sagte: ich weiß, daß Sie mit ernster Sorge auf die Getreidepreise sehen, Sie können ruhig sein, ich bin durch Nachrichten von sämmtlichen Handelsplätzen der Welt und durch Verbindungen mit der Getreidebörse davon durchdrungen, daß wir in diesem Herbst — das war im vorigen Jahre — von selbst eine starke Preiserhöhung haben werden. Ich konnte natürlich nichts anderes sagen als: Gott gebe, daß Sie Recht haben, ich kann darüber nicht streiten, ich will es wünschen! Aber, meine Herren, diese Hoffnung ist getäuscht worden. Es ist zweifellos eine

kleine Besserung der Preise bemerkbar, das ist nicht zu leugnen; aber die Hauptsache, worum es sich handelt, ist doch die, daß die Produktionskosten von den jetzigen Preisen nicht gedeckt werden, und, meine Herren, das geht jetzt schon ins dritte Jahr, wo wir mit Unterbilanz arbeiten, wo die Landwirthschaft mit kolossalen Verlusten wirthschaftet, und man muß doch fragen, wohin wird das schließlich führen?

Alle Etats der preußischen Staatsverwaltung — ich habe die ganzen Arbeiten der Budgetkommission im Abgeordnetenhause mitgemacht — alle Etats, sogar der Kultusetat, zeigen eine erhebliche Verminderung der landwirthschaftlichen Reinerträge. Es zeigt sich dies beispielsweise bei den Ländereien der Universitäten, es zeigt sich im Landwirthschaftsetat bei den Domänen und Forsten, und so geht es durch alle Etats, überall finden Sie bei den landwirthschaftlichen verminderten Einnahmen den Vermerk: „Minderertrag infolge der vorhandenen Lage der Landwirthschaft"! Ja, der Staat kann das ertragen, aber der Privatbesitzer und der Landwirth, der mit gebundenen Händen, mit Schulden wirthschaftet, kann das nicht ertragen! Die Subhastationen mehren sich im Lande und würden meiner Ansicht nach noch größer sein, wenn nicht die Gläubiger zum großen Theile Angst hätten, die von ihnen beliehenen Güter selber übernehmen zu müssen.

(Sehr richtig!)

Die Schulden vermehren sich in kolossaler Weise.

Wir haben Gott sei Dank deutsche Universitätslehrer, die auf unserem Standpunkte, d. h. auf der Seite der Landwirthschaft, stehen. So will ich Ihnen einen Herrn, mit dem ich befreundet bin, den Professor Sering in Berlin, nennen, einen hervorragenden Nationalökonom; er hat neulich folgende Zahlen aufgestellt: der ländliche Grundbesitz in Preußen ist gegenwärtig mit 10 Milliarden hypothekarischer Verschuldung belastet, der landwirthschaftlich benutzte Grund und Boden in Preußen hat einen Werth von 24 Milliarden; also bereits zu fünf Zwölfteln gehört der Boden nicht mehr den Eigenthümern, sondern den Gläubigern.

(Hört, hört!)

Die Hypothekenschulden des ländlichen Besitzes vermehren sich jährlich um 200 Millionen.

(Hört, hört!)

Wir stehen also vor einer allmählichen, aber ganz unerbittlichen Enteignung des Grundbesitzes. In 36 Jahren — das ist also etwas mehr als ein Menschenalter — wird die Verschuldung auf zwei Drittel des ganzen Bodenwerthes, gleich 16 Milliarden, angewachsen sein.

Ja, meine Herren, was ist nun dagegen zu machen? Wir haben die beiden großen Mittel aufgestellt, und ebenso wie die Währung, die jedesmal todtgesagt worden ist, nachdem sie im Reichstage oder im Landtage verhandelt worden war, so wird der Antrag Kanitz gleichfalls stets todtgesagt. Es heißt, nachdem der Antrag jetzt wieder im Reichstage verhandelt und abgelehnt wurde: „nun ist er für ewig begraben!“ Ich halte es doch für einen sehr verhängnißvollen Irrthum, wenn sowohl die Regierung wie die liberale Presse es für möglich halten, daß ein Ausscheiden dieser beiden großen Mittel aus der Diskussion stattfinden könnte, und zwar einfach deshalb: Unter der Herrschaft der Handelsverträge gehen unzählige Vertreter des landwirthschaftlichen Bodenbesitzes, und zwar kleine und große Besitzer, ihrem sicheren Untergange entgegen. Das sehen wir an den Zahlen, die ich Ihnen eben gegeben habe; wir sehen es an allerlei anderen Erscheinungen, und so lange andere vollkommen ausreichende Mittel zur Beschwörung dieser furchtbaren Gefahr weder gefunden, noch überhaupt in Vorschlag gebracht sind, so lange ist auch ein Ausscheiden dieser beiden Mittel aus der öffentlichen Diskussion meiner Ansicht nach überhaupt nicht möglich.

(Sehr richtig!)

Nun spricht man von dem sozialistischen Element, welches in dem Antrage auf Monopolisirung der Getreideeinfuhr liegen soll. Ja, meine Herren, da möchte ich doch wirklich die Herren, die ein sozialistisches Moment in diesem Antrage finden, einmal auf die Verhandlungen der sozialdemokratischen Parteitage hinweisen, wie z. B. der Referent Schippel von der sozialdemokratischen Partei in öffentlicher Versammlung in Breslau über das Parteiprogramm sich verbotenus äußerte: „Natürlich wollen wir die Bauern haben, aber wir wollen sie nicht als Besitzende, sondern als Besitzlose haben.“ Ich finde, daß dieser Ausdruck lange nicht genug beachtet wird gegenüber dem sogenannten sozialistischen Element im Antrage Kanitz!

Man macht uns weiter zum Vorwurf, daß wir wiederholt im Parlament ausgesprochen haben: wenn nichts geschieht, dann werden die Bauern Sozialdemokraten. Ja, ich glaube, meine Herren, jeder von uns ist überzeugt, daß ein Bauer nicht Sozialdemokrat wird, so lange er Bauer ist. Der Bauer aber, der seine Scholle verläßt, ist kein Bauer mehr, sondern verfällt rettungslos dem sozialdemokratischen Proletariat der Städte, und darum hat es vollständige Berechtigung, wenn wir befürchten müssen, daß, wenn keine Aenderung in den Verhältnissen eintritt, die Bauern schließlich Sozialdemokraten werden. Das Festhalten an den beiden großen Mitteln, Monopolisirung der Einfuhr und Währungsreform, als ein „Demagogenthum“ zu bezeichnen und diese Forderungen, wie es von Seiten der liberalen Presse öfters geschehen ist, uns sogar übel zu nehmen, — ich muß sagen: das beruht entweder auf einem gänzlichen Fehlen des Verständnisses für die Ursachen und die Höhe des landwirthschaftlichen Nothstandes,

(Sehr richtig!)

oder es läßt sich nur dadurch erklären, daß man dem Ruin des bedeutendsten nationalen Gewerbes nicht mit Kraft begegnen will

(Sehr richtig!)

Denn, meine Herren, mit der Vernichtung des landwirthschaftlichen Gewerbes, mit dessen Zusammenbruch die lebenskräftigsten Grundlagen stürzen würden, auf denen die monarchischen Institutionen in Preußen und im Deutschen Reiche beruhen, mit der Vernichtung dieses nationalen Hauptgewerbestandes sind wir überhaupt — darüber bin ich keinen Augenblick im Zweifel — vollständig ruinirt und die sozialistischen Forderungen haben dann erst eine begründete Aussicht, perfekt zu werden. Man kann sich also kaum wundern, daß die Landwirthe an diesem staatlichen Monopol der Getreideeinfuhr und an der Reform der Währungsfrage festhalten, wenn eben durch diese beiden hauptsächlichsten Mittel die verheerenden Wirkungen der Handelsverträge, an deren Folgen die Landwirthschaft langsam, aber sicher verbluten muß, paralysirt und beseitigt werden können.

Ich meine, man sollte auch da von unseren schärfsten Gegnern etwas mehr Objektivität und Billigkeit erwarten dürfen; wir dürfen verlangen, daß sie mindestens so viel Objektivität haben, um die Motive der Landwirthe zu würdigen, deren Selbsterhaltungstrieb

sie naturgemäß und mit Naturnothwendigkeit zwingt, auf dem Boden dieser beiden großen Mittel stehen zu bleiben. Diese beiden Mittel müssen meiner Ansicht nach mit Entschiedenheit festgehalten werden; ich sage mit Absicht: mit Entschiedenheit festgehalten werden, — weil ich einen Zusatz machen möchte: „nicht mit Grobheit". Es ist neuerdings nämlich in Versammlungen und in der Presse wirklich ein Ton angeschlagen worden, der der Sache entschieden schadet,

(Bravo!)

und ich glaube, daß man Alles nicht nur ebenso drastisch und ebenso nachdrücklich und ebenso ernsthaft, sondern noch viel besser sagen kann, wenn man ruhig bleibt und nicht in diesen Ton verfällt. Ich bin für das Wort: „Suaviter in modo, fortiter in re." Wenn wir auf unseren Forderungen beharren und stets den ruhigen, vornehmen und objektiven Ton beibehalten, so wirkt das weit mehr, als wenn in Versammlungen ein Ton angeschlagen wird, den wir bisher in unseren Versammlungen wenigstens nicht gewöhnt sind.

(Sehr richtig! und Bravo!)

Meine Herren, wenn wir nun auf diesen Forderungen bestehen bleiben, so haben wir doch auch abgesehen davon, daß, wie ich sage, wir mit Naturnothwendigkeit dazu veranlaßt werden, große Autoritäten für uns. Wenn ein Mann, wie Kühn in Halle, der landwirthschaftliche Direktor der ersten landwirthschaftlichen Universität — wie wir wenigstens in Sachsen uns einbilden, dies mit Stolz sagen zu dürfen —, wenn ein Mann, der lange Jahre praktischer Landwirth gewesen ist, dazu kommt — er stützt sich zwar noch auf andere Mittel, indem er von den Verwerthungsgenossenschaften und dem Graß'schen Silo-Gedanken viel erwartet —, wenn der dazu kommt, zu sagen: es geht nicht so fort, wir müssen auf die Monopolisirung der Einfuhr zurückkommen, wenn nicht in kurzer Zeit die Verhältnisse von selbst oder durch Anwendung der kleinen Mittel sich verbessern sollten; ja, ich meine, wenn ein Mann wie Kühn, auf dessen Renommée doch schließlich die ganze landwirthschaftliche Welt etwas giebt und der auch der Staatsregierung als durchaus ruhiger und gemäßigter Mann bekannt ist, im zweiten Theile des diesjährigen „Landwirthschaftlichen Kalenders" — Sie werden den trefflichen Aufsatz ja Alle gelesen haben — zu diesem

Resultate kommt, dann, meine Herren, brauchen wir uns nicht zu schämen, auf dem Boden dieser großen Mittel stehen zu bleiben.

Ueber die Währungsfrage will ich, wie gesagt, kein Wort weiter verlieren; ich gehe vielmehr gleich zu den sogenannten kleinen Mitteln über, und da möchte ich allerdings zunächst hervorheben, daß aus den kleinen Mitteln von Rechtswegen die Börsenreform ausgeschieden werden muß, weil sie thatsächlich mehr ein großes, als ein kleines Mittel ist. Ich habe sie — das muß ich offen bekennen, weil ich es eben möglichst kurz machen wollte — in meiner Resolution unter Nr. 3 aufgenommen; ursprünglich wollte ich die Börsenreform ausscheiden und sie als besonderen Punkt hinstellen; denn die deutsche Landwirthschaft muß daran festhalten, daß sie nicht zu den kleinen, sondern unbedingt zu den großen Mitteln gehört, mit deren Durchführung ihr eine wesentliche Hilfe geleistet würde.

Unter diesen kleinen Mitteln wird uns ja nun von verschiedenen Doktoren und Apothekern der Landwirthschaft Manches verordnet, was in meinen Augen absolut keinen Werth hat

(Sehr richtig! und Heiterkeit.)

und da ist es wieder ein Verdienst des Geheimraths Kühn in Halle, daß er dies ziffermäßig aus den statistischen Tabellen des Reiches nachgewiesen hat.

Wir werden bekanntlich immer auf eine Aenderung der landwirthschaftlichen Produktion hingewiesen und auch im Landtage sind es meistens die Herren von der nationalliberalen Partei, die uns mit einem gewissen, ich möchte sagen passiven Wohlwollen gegenüber stehen; die sind in der Regel sehr geneigt, uns auf eine Aenderung der landwirthschaftlichen Produktion hinzuweisen. Da ist es nun doch sehr interessant, wenn man die Zahlen liest, die Herr Professor Kühn aufstellt, daß, wenn 1 % der Ackerfläche des Deutschen Reiches mehr mit Handelsgewächsen bebaut würde, wie bisher, dies eine Million Morgen betragen würde — eine Million preußische Morgen, d. h. mit anderen Worten, daß durch dieses eine Prozent, welches vom Getreidebau abgezogen würde, eine solche Ueberproduktion im Handelsgewächsbau entstehen würde, daß jede Rentabilität von vornherein ausgeschlossen wäre.

(Sehr richtig!)

Wir werden ferner immer auf eine Aenderung zu Gunsten einer vermehrten Viehhaltung und eines vermehrten Futterbaues hingewiesen. Da ist es nun wieder interessant, daß, wenn eine Verdoppelung der jetzigen Anbaufläche sämmtlicher Futtergewächse, also eine Verdoppelung der mit Klee und Futterpflanzen bebauten Ackerfläche eintreten würde, immer noch 51,34 % der deutschen Ackerfläche für Körnerbau übrig blieben, so daß man mit vollem Recht behaupten kann, daß der Angelpunkt des landwirthschaftlichen Betriebes in Deutschland nach wie vor der Körnerbau ist und bleiben wird, und daß es sich im Wesentlichen bei der ganzen Kalamität darum handelt, durch erhöhte Preisbildung die Produktionskosten zu decken und den Landwirthen ein auskömmliches Leben zu verschaffen.

Aber, meine Herren, bei einem vermehrten Futterbau und einer vermehrten Viehhaltung liegt auch eine sehr starke Gefahr in der Vermehrung der Viehhaltung in trockenen Jahren. Die Herren werden sich des Jahres 1893 erinnern, und da ist wiederum ganz interessant, festzustellen, daß im Jahre 1893 eine Viehzählung stattgefunden hat extra zu dem Zwecke, um zu übersehen, wie sich das Verhältniß, nachdem im Jahre 1892 auch eine Viehzählung stattgefunden hatte, zwischen dem Viehbestaude von 1892 und demjenigen von 1893 stellt. Bei der Viehzählung im Jahre 1893 ergab sich, daß eine Abnahme des Rindviehbestandes um 6,7 % stattgefunden hatte. Das ist aber lange noch nicht so bezeichnend, als daß eine Abnahme des Jungviehbestandes bis zu 2 Jahren von 17 % stattgefunden hatte und daß die Abnahme in einzelnen Distrikten, wie z. B. in meiner Heimath Thüringen bis zu 30 % betragen hat. Nun, meine Herren, welcher Schaden für die Zukunft könnte durch eine fehlende Aufzucht entstehen, wenn wir dem Rathe folgen wollten — abgesehen davon, daß im allgemeinen das Elend ganz dasselbe bliebe —, die Viehzucht so sehr zu vermehren! Und dann, meine Herren, bitte ich Sie doch zu bedenken, daß diese kolossale Abnahme im Jahre 1893 in einzelnen Distrikten stattgefunden hat, trotz kolossaler Aufwendung von Futtermittelzukauf, daß da wieder erhebliche Summen drin stecken, um zu erhalten, was überhaupt noch zu erhalten war.

Nun giebt es neben diesen, wie ich sage, nutzlosen Mitteln doch noch eine Anzahl nützlicher Mittel, und da habe ich als ein

sogar recht großes Mittel die Börsenreform bezeichnet, und ich bin fest davon durchdrungen, daß, wenn die Beschlüsse der Börsenkommission, die jetzt im Reichstage tagt, die den Terminhandel beseitigt hat und die Prüfung der Lieferbarkeit des Getreides vor der Ankündigung beschlossen hat, im Reichstage, wie ich bestimmt hoffe, durchgesetzt werden, damit ein wesentlicher Erfolg für unsere landwirthschaftliche Produktion erzielt werden wird.

(Bravo!)

Es giebt ja noch eine Anzahl anderer Mittel, und da muß ich wiederum dem Herrn Landwirthschaftsminister von Hammerstein Gerechtigkeit widerfahren lassen, daß er in der kurzen Zeit seiner Amtsführung wenigstens nach Möglichkeit bemüht gewesen ist, Vorlagen an den Reichstag resp. den Landtag zu bringen: die viel bestrittene Zuckersteuer — ich will darauf nicht eingehen, ich weiß ja, daß da Differenzen vorhanden sind —, das Margarinegesetz, ferner Vorschläge bezüglich Getreideverwerthungs-Genossenschaften und Kornhäuser; es ist weiterhin die landwirthschaftliche Zentral-Kreditkasse gegründet worden, die jetzt auf 10 Millionen erweitert werden soll, wie man hörte, nachdem sie mit 5 Millionen angefangen hatte, und dadurch wird doch immerhin schon ein ziemlicher Kredit für die kleinen Landwirthe geschaffen. Wir können andererseits den vermehrten Schutz der Viehzucht nicht verkennen, wenn auch der Wunsch nach einer etwas intensiveren Sperrung verseuchter Grenzen nicht erfüllt ist, an dem die Landwirthschaft unbedingt festhalten muß. Es darf z. B. nicht übersehen werden, daß, wenn wir eine Sperre z. B. gegen Dänemark haben, das dänische Vieh, wie Herr von Mendel neulich in einem sehr hübschen Vortrage im Landtage ausgeführt hat, eine Quarantaine von nur 10 Tagen hat, während wir im Inlande eine solche von 14 Tagen haben, dies ein unhaltbarer Zustand ist. Die Sperrmaßregeln müssen entschieden etwas gründlicher gehandhabt werden und es darf nicht alle Augenblicke die Sperre verhängt und wieder aufgehoben und wieder von neuem verhängt und wieder aufgehoben werden, sondern man muß die deutsche Viehzucht dadurch schützen, daß, wenn ein Land verseucht ist, es unbedingt gesperrt bleiben muß, bis vollständige Seuchenfreiheit eingetreten ist.

(Sehr richtig!)

Wir haben nun aber auch noch andere Wünsche, die noch nicht in Gesetzesvorlagen ihren Ausdruck gefunden haben. Ich darf da auf die Transitlager und Zollkredite hinweisen, darf an den vermehrten Bau von Eisenbahnen erinnern, auf den hier bereits verhandelten Wollzoll und vielleicht auch auf die Konvertirung unserer Staatspapiere.

(Sehr richtig!)

Nun, meine Herren, ich bin nicht für eine zu starke Konvertirung — das will ich von vornherein erklären —, weil ich mir sage: ich kann nicht gleichzeitig als Vertreter des Mittelstandes in der Stadt und auf dem Lande auftreten und dann für eine Konvertirung eintreten, welche den kleinen Leuten, die ihre Ersparnisse in Konsols 2c. angelegt haben, wirklich weh thut,

(Sehr richtig!)

und ebenso, weil eine Menge von Stiftungs- und Vormundschaftsgeldern 2c. in diesen Papieren angelegt sind. Ich bin deshalb für eine Konvertirung von 4 auf $3^1/_2$ % und das muß meiner Ansicht nach gemacht werden, weil es ganz unrichtig ist, daß die Gläubiger an dem jetzigen Sinken der Reinerträge nicht theilnehmen. Die Gläubiger bekommen jetzt nach wie vor 4 %, während wir mit $1 - 1^1/_2$ oder höchstens 2 % wirthschaften, und ich sehe nicht ein, warum der Grundbesitz allein das Risiko tragen soll. Ich bin aber nicht für eine Konvertirung von 4 auf 3 %, wohl aber — und ich glaube, damit ganz gerecht zu sein — auf $3^1/_2$ %, und ich hoffe, daß das auch erreicht wird.

Um Ihnen zu zeigen, welchen Einfluß dies auf die Hypothekenverschuldung hat, will ich Ihnen mittheilen, daß eine Reduktion des Zinsfußes um 1 % bei einer Verschuldung des preußischen Grundbesitzes von 10 Milliarden eine Reduktion der Zinsen von 100 Millionen zur Folge hätte, eine Reduktion des Zinsfußes um $^1/_2$ % schon eine solche von 50 Millionen, die weniger an Hypothekenzinsen zu zahlen wären. Also es läge auch darin schon eine gewisse Hilfe.

Meine Herren, ich will Sie nun nicht länger mehr aufhalten, wir haben ja noch einen weiteren Punkt auf der Tagesordnung. Ich habe die kleinen Mittel etwas summarisch behandelt, weil man einmal über die einzelnen Punkte verschiedener Ansicht sein kann und weil diese Mittel außerdem doch nicht so ins Gewicht fallen,

wie diejenigen, über die ich mir vorhin zu referiren erlaubte. Jedenfalls muß ich aber das Eine sagen — und das habe ich in der Resolution auch betont: was auch an sogenannten kleinen Mitteln geschieht, das sollte bald geschehen; denn es ist nicht viel Zeit zu verlieren, und was überhaupt ausgeführt werden kann in unserer unglücklichen Zeit verwirrter Parteiverhältnisse, das soll wenigstens mit möglichster Beschleunigung gemacht werden. Immerhin aber müssen wir sagen: außer diesen kleinen Mitteln müssen wir, meiner Ansicht nach, festhalten an den zwei großen Mitteln, um die Landwirthschaft und insbesondere unsern Bauernstand vor dem Ruin zu bewahren und dadurch das beste Rückgrat unserer deutschen und preußischen Landwirthschaft zu erhalten.

(Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Graf **von Mirbach**-Sorquitten: Auch Herrn Freiherrn von Erffa gebührt unser Dank; gestatten Sie mir, meine Herren, ihm denselben in Ihrem Namen auszusprechen. Wir kämen nun zur Diskussion, ich muß aber, bevor ich das Wort ertheile, zunächst für die Vervollständigung des Bureaus sorgen. Herr Freiherr von Erffa wird wohl die Güte haben, mich zu unterstützen und eventl. das Präsidium zu übernehmen. — Die Herren sind damit einverstanden. Ferner bitte ich Herrn von Platen die Güte zu haben, sich hierher zu bemühen.

Dann noch eins: die Dinerliste liegt draußen bei Herrn Stephan auf und ich möchte die Herren bitten, sich sobald als möglich einzuschreiben. Bis jetzt ist erst eine geringe Zahl von Meldungen eingegangen, die Liste wird um 1 Uhr abgeholt.

Wir treten nunmehr in die Diskussion ein. Es ist inzwischen ein Antrag eingegangen von Herrn von Wentzel-Belencin:

„Der Import fehlerhaften und unterwerthigen Getreides und ebensolcher Futtermittel ist zu verbieten.“

Rittergutsbesitzer **Ackermann**-Salisch: Meine Herren, Herr von Erffa hat gemeint, daß die deutsche Landwirthschaft mit ihren 24 Milliarden Bodenwerth heute schon über 10 Milliarden verschuldet ist, und er hat in weiterem Verfolg gesagt, daß, wenn die Verhältnisse so weiter fortgehen, in 36 Jahren $^3/_4$ der landwirthschaftlichen Bodenfläche nicht mehr den Landwirthen, sondern deren Gläubigern gehören werde. Ich glaube, Herr von Erffa hat dabei ein Moment außer Betracht gelassen, welches uns diese

angenehme Zukunft schon in viel nähere Aussicht stellt. Ich verstehe nämlich nicht, wie man annehmen kann, daß der Grund und Boden bei gleichbleibenden Verhältnissen in 36 Jahren auch noch 24 Milliarden Werth hat. Ich behaupte im Gegentheil, daß der Grund und Boden innerhalb der nächsten 36 Jahre bei gleichbleibenden Verhältnissen sich in noch viel größeren Proportionen im Werthe vermindern muß, als die Verschuldung zunimmt. Wir würden also vielleicht schon in 15 Jahren zu diesem Resultat kommen.

Meine Herren, ich glaube, der geehrte Herr Vorredner ist wegen starker Fühlung mit unserm Finanzminister auf dieses Moment nicht eingegangen und der Herr Finanzminister ist allerdings in seiner Steuergesetzgebung und hauptsächlich durch das Gebahren der Steuerverwaltung mit daran schuld, daß die Nothlage unserer Landwirthschaft in den maßgebenden Kreisen noch nicht in der Weise bekannt ist, wie sie es verdient. Wenn unsere Bauern sich leider noch nicht zur Buchführung entschließen können und die Steuerbehörde dann den Bauern eine ungeheure Steuersumme aufbürdet, obgleich ein dicht daneben wohnender Grundbesitzer ihnen beweist, daß er eine höhere Steuer nicht mehr zahlen kann und nicht mehr zu zahlen braucht, dann ist das für unsern Bauernstand sehr bedenklich und die Herren thun mir leid, daß sie den Bauer so hoch einschätzen, einfach, weil die Tabellen des Herrn Finanzministers es vorschreiben. Wenn ich Mitglied einer solchen Steuerkommission wäre, würde ich sagen: Diese Tabellen sind vollständig veraltet und dürfen nicht zum Ausgangspunkt bei der Besteuerung des Bauern gemacht werden, blos weil derselbe sich an eine Buchführung noch nicht gewöhnen kann.

(Sehr richtig!)

Ich möchte dann aus eigener Erfahrung Veranlassung nehmen, mein Erstaunen darüber auszusprechen, daß mein Gut zur Ergänzungssteuer um 40 000 Mark mehr veranlagt ist, als im vorigen Jahre; ich würde mich wirklich nicht gewundert haben, wenn man mich 40 000 Mark weniger veranlagt hätte. Aber unter den heutigen Verhältnissen, wo keine besonderen Meliorationsanlagen gemacht werden können, um 40 000 Mark höher eingeschätzt zu werden, ist auffällig, und ich würde auf diesen Gegenstand nicht eingegangen sein, wenn ich nicht meinte, daß es eine dankbare Aufgabe unserer

nächsten Versammlung wäre, einmal die Steuergesetzgebung, besonders in Preußen, zu behandeln.

(Sehr richtig!)

Ich hatte mir aber dazu, meine Herren, eigentlich nicht das Wort erbeten, sondern hatte mir nur erlauben wollen, zu der Resolution des Herrn Wülfing eine kleine Modifikation Ihnen vorzuschlagen. Herr Wülfing sagt dort in Punkt 3: „betreffs Berufung einer internationalen Währungskonferenz keine Folge geleistet hat". Das ist nur richtig verständlich für diejenigen, die in die Materie tiefer einzudringen vermögen, nicht aber für die große Mehrzahl derjenigen, die leider der Währungsfrage fern stehen, und ich glaube, dieser Kreis geht hinaus bis in die höchsten Regionen unserer Staatsverwaltung. Unsere Staatsverwaltung würde aber wohl kaum zugestehen, daß sie dem Beschluß des Reichstages und des Landtages keine Folge geleistet hat. Wir präzisiren daher, glaube ich, die Sache besser dahin, daß wir statt dessen sagen:

> „betreffs Berufung einer internationalen Konferenz mindestens nur in einer Form Folge geleistet hat, welche nur zu sicher eine Ablehnung der gestellten Anfrage seitens Englands zur Folge haben mußte."

Ich glaube, das entspricht dem Gedankengange des Herrn Wülfing ebenfalls und ist auch den offiziellen Thatsachen mehr entsprechend, während, im Grunde genommen, der Gedanke, den wir zum Ausdruck bringen wollen, derselbe bleibt. Die Herren, die etwa eine schärfere Fassung vorziehen, können ja vielleicht sagen, statt „zur Folge haben mußte": „in Aussicht nehmen mußte". Das würde schon etwas schärfer sein; aber ich schlage vor, es bei der ersteren Fassung zu belassen, — und dann müßte es weiter heißen:

> „erwartet aber bestimmt, daß nach der Erklärung der englischen Regierung, welche aus Anlaß einer Währungsreform die Wiedereröffnung der indischen Münzstätten in Aussicht stellt," . . .

und so weiter. Das ist also nur eine kleine stilistische Aenderung.

Vorsitzender Graf **von Mirbach**-Sorquitten: Ich bitte den Herrn Redner, seinen Antrag schriftlich einzureichen.

Rittergutsbesitzer **von Sydow**-Dobberphul: Meine Herren, bei den Währungsdebatten in unsern Kreisen und im Parlament ist

mir in den letzten Jahren höchst unangenehm aufgefallen, daß immer nur die eine Seite der Währungsfrage betont wird, nämlich die Valutadifferenzen, und die andere große Seite, die Verringerung der Zahlmittel, vollkommen in den Hintergrund gedrängt wird. Ich gebe zu, daß die Frage der Valutadifferenzen sehr viel verständlicher ist und neuerdings durch die Einstellung der freien Silberprägung in Indien erhöhte Bedeutung gewonnen hat; aber trotzdem müssen wir auch die Verringerung der Zahlmittel in der ganzen Welt, speziell in Europa und Nordamerika, betonen.

Unsere Gegner weisen darauf hin, daß namentlich die Goldbestände bei den europäischen und amerikanischen Hauptbanken um viele hundert Millionen zugenommen haben. Der dänische Professor Scharling hat aber in einer Reihe von Arbeiten nachgewiesen, daß diese Vermehrung der Goldbestände lediglich auf Kosten der Münzzirkulation entsteht, daß notorisch an die Einfuhr von Gold immer nur in geringem Betrage und in wenigen Jahren zu denken war. Ich glaube, daß die Hauptursache, daß wir diese Seite der Währungsfrage so wenig betonen, in dem niedrigen Diskont und in dem niedrigen Zinsfuß der letzten Jahre besteht, und da muß ich darauf aufmerksam machen, daß die Veranlassung dazu hauptsächlich die niedrigen Preise der letzten Jahre gegeben haben, weil deshalb sehr viel weniger Ansprüche an die Banken gemacht wurden.

Stellen wir uns den Waarenhandel mit hohen Preisen vor, so würden ganz andere Ansprüche an unsere Banken gemacht werden. Ein rheinischer Großhändler, A. van Gülpen, hat vor einigen Wochen eine höchst interessante Broschüre herausgegeben: „Terminhandel und Währung“, die ich Ihnen Allen empfehlen kann. Er giebt darin für die Vermehrung der Produktion und den Waarenhandel folgende Ziffern an: Die Einfuhr in Deutschland betrug für 1885 2909 Millionen und vermehrte sich bis 1894 auf 4285 Millionen Mark, also beinahe um das Doppelte. Bedenkt man nun, wie in dieser Zeit die Preise gesunken sind, und zwar bei allen Weltmarktartikeln, so muß man annehmen, daß die Einfuhr im Jahre 1894 nicht allein diesen Werthbetrag von 4200 Millionen Mark erreicht, sondern an Gütern wenigstens um 10 bis 15 Prozent höher gewesen ist, wenn man die Preise von 1885 zu Grunde legen wollte. Nehmen wir einmal an, daß die Preise dieselben geblieben wären, wie im Jahre 1885, so würden die Goldbestände in den Banken

nicht so hoch sein, sondern sich bedeutend verringert haben, und hierin liegt die Hauptwirkung der Verringerung der Zahlmittel. Sobald die Preise steigen, steigern sich auch die Ansprüche an die Banken, der Diskont steigt, dies schädigt den Handel, und das drückt selbstverständlich auf die Banken.

Ferner ist nicht zu vergessen, daß die meisten Banken mit Ausnahme der Bank von England große Bestände an Silber haben. So lange wir an dem künstlichen Ausschluß des Silbers festhalten, müssen selbstverständlich die Diskonte bei Ansprüchen steigen; denn jede Bank ist bemüht, ihr Gold festzuhalten. Kann man aber die Milliarden von Thalern, Dollars und Franken zum internationalen Ausgleich brauchen, dann haben sofort die Banken die doppelten Bestände, wenn man die amerikanischen mitrechnet, und es wird dann der Diskont nicht steigen, denn man hat zwei Edelmetalle zur Disposition. Herr Dr. Wernicke, der Nationalökonom des „Reichsboten", hat in dieser Zeitung eine Reihe von Artikeln speziell gegen mich veröffentlicht. Er behauptet in seinem letzten Artikel, daß Deutschland im Jahre 1870 etwa 1700 Millionen Edelmetall und im Jahre 1894 3600 Millionen Edelmetall gehabt habe. Dieselben Zahlen giebt Herr Dr. Hammacher im Reichstage an. Ich habe mich vergeblich bemüht, zu erfahren, wie die Herren zu diesen Zahlen gekommen sind. Der Bankbestand der Reichsbank an Gold beträgt höchstens 800 Millionen Mark in dem letzten Monat. Wenn man nun bedenkt, daß eine große Menge von diesem Bestande aus der Münzzirkulation zugeflossen ist, daß ein Bankbericht selbst sagt: die Vergrößerung unseres Bankbestandes kann nicht vom Auslande gekommen sein, weil die Wechselkurse ungünstig waren, — so ist es positiv unmöglich, daß wir 3600 Millionen Mark monetäre Zahlungsmittel in Deutschland haben. Das wäre ungefähr das $3\frac{1}{2}$fache vom Bestande der Reichsbank an Gold und Silber zusammengenommen. Vielleicht ist Herr Dr. Wernicke hier und könnte uns Aufklärung geben, wie er zu diesen Zahlen gekommen ist. Ich werde in meinem Vortrage, den ich nachher über die Schiffsfrachten halten werde, auf die Statistik des Herrn Dr. Wernicke noch speziell zurückkommen.

Ich knüpfe dann an die letzten Ausführungen des Herrn Wülfing an. Er hat gesagt, daß die Hälfte der Goldproduktion, die bekanntlich in den letzten Jahren gestiegen ist, für Uhren und

Schmucksachen verbraucht wurde, womit ich vollkommen übereinstimme. Zugleich mache ich aber darauf aufmerksam, daß jetzt der letzte Bericht des amerikanischen Münzdirektors Preston über die Produktions- und Verbrauchsverhältnisse der Edelmetalle verbreitet wird — leider hat Herr van Gülpen diesen Bericht in seiner Broschüre auch aufgenommen —, und der Münzdirektor Preston giebt dort den Verbrauch der Industrie auf 46 Millionen Dollars, also 209 Millionen Mark an, ungefähr die Hälfte von dem, was Herr Wülfing angegeben hat. Ich halte die Preston'schen Zahlen für falsch und werde in der „Kreuzzeitung" die Wülfing'schen Zahlen, 400 Millionen Mark, zu begründen versuchen. Ich beziehe mich dabei auf Professor Sueß in Wien und auf Professor Soetbeer, der ja auch Goldwährungsmann war. Ich mache darauf aufmerksam, weil mit den letzten Zahlen von Seiten unserer Gegner argumentirt wird.

Rittergutsbesitzer Baron **von Wolzogen**-Dubberzin i. P.: Meine verehrten Herren! Ich bitte zunächst um Nachsicht, weil ich der Rede nicht so gewohnt bin, hoffe aber, Sie werden, was ich sage, nicht des Mangels an Logik zeihen können.

Ich möchte zunächst sagen: nach meiner Ansicht ist es durchaus nothwendig, daß wir, wenn wir zum Zwecke kommen wollen, unsere Thätigkeit entschieden erweitern müssen. Es ist zwar von unserm Dichter Goethe gesagt worden: in der Beschränkung zeigt sich erst der Meister — und es ist ganz gewiß gut, daß wir uns auch nach Möglichkeit beschränken. Goethe sagt aber weiter: „Willst Du die Unendlichkeit beschreiten, geh' nur im Endlichen nach allen Seiten!" Das müssen wir auch thun und unsere Fühlhörner in agrarisch-wirthschaftspolitischer Hinsicht weiter als bisher ausstrecken. Goethe verräth uns auch noch vieles Andere, selbst im „Faust" spricht er davon, daß das alte Deutsche Reich wohl nicht mehr zusammenhalten möchte, wie Frosch singt, und, meine Herren, wenn es so weiter geht, wird auch das neue Deutsche Reich nicht mehr lange halten. Sodann singt Mephisto als Refrain und als „Warnung für uns" von der damaligen spanischen Judenwirthschaft das Lied vom baronisirten Floh als Blutsauger. — Welches sind nun aber die Mittel, um zum Zwecke zu kommen? Da wird wohl Niemand Widerspruch erheben, wenn ich sage: das richtige Mittel ist, Majoritäten zu erlangen im Reichstage 2c.

und durch diese Majoritäten zu versuchen, die Regierung zu belehren, was ohne Majoritäten auf rein intellektuellem Wege schwerlich gelingen würde.

Herr von Plötz hat ja in dankenswerther Weise die Schritte gethan und die sogenannte Kluft zwischen Groß- und Kleingrundbesitz überbrückt, und ebenso die Brücke geschlagen zu den anderen produzirenden und gewerblichen Ständen hinüber. Nun aber, meine ich, müssen wir auch Stellung nehmen zum Beamtenstande, dem Zünglein an der Waage, und auch in erfolgreicher Weise gerade mit diesem Stande Fühlung nehmen und mit geeigneten Vertretern dieses Standes konferiren. Zu meiner Freude war auf einer Vorversammlung des Bundes der Landwirthe ein Hamburger Kaufmann zugegen, also der Vertreter eines anderen Standes. Es ist aber meiner Ansicht nach ein Ziel, wonach wir streben müssen, auch alle anderen Stände, besonders auch die Beamten, zu uns heranzuziehen und ihnen ihre Interessengemeinschaft mit uns zu beweisen. Da möchte ich mir nun aus langer Erfahrung die Bemerkung gestatten, daß wir es bis jetzt noch verabsäumt haben, insbesondere einen der anderen Stände, den soeben genannten zwar nicht direkt produzirenden, dabei aber zahlreichen, ehrenwerthen und einflußreichen Stand, den Beamtenstand, in dem Maße uns näher zu bringen, wie es eigentlich die Sache verdient. Wir müssen jedes Mittel anwenden, welches sich uns bietet, um das Heer der Beamten, welches doch zum allergrößten Theile aus solchen Männern besteht, die mit der Regierung zusammenstehen, die aber zum großen Theile auch das Volk zu influiren in der Lage sind, für unsere echt germanischen und patriotischen Bestrebungen zu interessiren — um in materieller und idealer Hinsicht die Solidarität vaterländischen Bewußtseins in allen Ständen unseres Gesammtvaterlandes zu erzeugen, nach dem Motto: „Kämpf' und erkämpf' Dir eignen Werth, Hausbacken Brot am besten nährt." Da ist nun gerade der Lehrerstand hier von ungeheurer Wichtigkeit, und ich meine, es wäre eine dankbare Aufgabe, auf die Lehrer nach der Richtung einzuwirken, daß sie für sich finanz- und sozialpolitisch, für die Jugend pädagogisch in eine etwas fernsichtigerische Politik einlenken und allgemein einsehen: wenn nicht genügende Mittel durch ertragreichen Ackerbau 2c. in die Staatskrippe fließen, auch die Beamten auf die Dauer nicht reichlich aus derselben gespeist werden

können. Ich habe z. B. einem Lehrer gesagt, ehe das Lehrerbesoldungsgesetz kam: wenn Sie, meine Herren Lehrer, von uns verlangen, daß wir dafür stimmen, daß Sie mehr Gehalt bekommen, so müssen Sie sich auch uns gegenüber mitleidiger zeigen und müssen auch die von uns vertretene Agrarpolitik studiren und sich einmal davon überzeugen, wo uns der Schuh drückt; wenn Sie aber immer nur etwas für sich selber haben wollen und nicht danach fragen, wie es uns produzirenden und den Löwenantheil der Steuern aufbringenden Ständen geht, wo soll dann das Geld herkommen, um Ihre Lebenslage zu verbessern? Glauben Sie aber nicht, meine Herren, daß der Lehrerstand durchweg so schlimm ist, wie es vielfach angenommen wird. Es giebt auch unter dem Lehrerstand Elemente, welche durchaus für uns und unsere Sache ein Herz haben und uns auch unterstützen können. Leider geht aber meine Erfahrung in dieser Beziehung dahin, daß wir uns vom Lehrerstande zu fern halten. Ich glaube, Michelet ist es, der gesagt hat: Das Geheimniß der Liebe ist die Beschäftigung. Wenn man sich mit Jemandem beschäftigt, lernt man ihn kennen, die Mißverständnisse werden ausgeglichen und schließlich kommt es zum besten Einvernehmen. Nun besteht seit etwa 15 Jahren ein deutscher Schulkongreß, welcher insbesondere deutsch-nationale Bestrebungen kultivirt; ich sehe hier davon ab, daß der genannte Kongreß evangelisch; wäre er katholisch und verträte sonst dieselbe deutsch-nationale Richtung, so würde ich auch zum Besuch desselben auffordern; — ich will mich hier durchaus nicht auf den religiös-konfessionellen Standpunkt stellen, sondern spreche in unserm Kreise rein vom wirthschaftlichen Standpunkt aus. Aber an diesen Kongressen, die sowohl wissenschaftlich-pädagogische und allgemein nationale Bestrebungen, als auch wirthschaftspolitische Standes- und Berufs-Fragen, z. B. die Verbesserung der Gehälter, und zwar in maßvoller und vernünftiger Weise behandeln, hat sich, wie ich leider konstatiren muß, während der ganzen Zeit kein einziger Staatsmann oder ein hervorragender Abgeordneter dauernd betheiligt. Ich halte das für einen außerordentlichen Fehler. Ich habe eine ganze Reihe dieser Kongresse mitgemacht in Hannover, Erfurt, Dresden und zuletzt in Potsdam — einmal als Delegirter des Bundes der Landwirthe (wegen der Lehrergehaltsfrage) — und muß sagen, daß ich kaum jemals erhebendere Versammlungen mitgemacht habe, Ver-

sammlungen, wo man verständiger, und ich darf wohl sagen, auch vornehmer gewesen wäre — die Vornehmheit lag weniger in der gesellschaftlichen Stellung, obschon nicht allein Elementarschullehrer, sondern auch Gymnasialdirektoren ꝛc. dort waren, als in dem edlen und echt patriotischen Geiste, von welchem diese Versammlungen getragen wurden. Wir Steuer- und Wirthschaftsreformer, sowie wir Besucher des Cirkus Busch brauchen uns nicht zu schämen, dort hinzugehen.

Nun, meine Herren, möchte ich also die Bitte an Sie richten, daß wir uns an diesen Kongressen durch Leute von Distinktion, von weitem politischen Blick, wie man ihn ja bei den Abgeordneten findet, wenigstens mitunter

(Große Heiterkeit.)

— daß wir uns durch derartige Herren an diesen Kongressen betheiligen. Es hat in der That mein Befremden erregt, daß Männer, wie der verstorbene Kleist-Retzow, mit dem ich befreundet war und der sich doch an allen Bestrebungen dieser Art, namentlich an kirchlichen, betheiligte, kein einziges Mal Gelegenheit genommen hat, auf diesem Schulkongresse zu erscheinen, der, wie ich ausdrücklich erwähnen will, ein im Wesentlichen konservativ-sozialpolitischer Kongreß ist. Ich habe bereits nach dieser Richtung hinter den Koulissen zu wirken versucht, es ist mir aber bisher nicht gelungen, etwas zu erreichen. Nun habe ich es endlich gewagt, mich einmal an diese Versammlung zu wenden, damit der Gedanke in weitere Kreise dringt, und ich bin überzeugt, daß, wenn Sie ihn vorurtheilslos prüfen werden, Sie auch dahin kommen werden, zu sagen: daß ich Recht habe. Wir müssen uns in die Arena auch der anderen, nicht gewerblichen Berufsklassen begeben und müssen zu lernen suchen, — die Abgeordneten auch, und vielleicht die erst recht, und ich glaube, daß sie es auch verstehen, zu lernen, wie der große Reichskanzler Fürst Bismarck uns das Beispiel gegeben hat, daß er auch gelernt hat.

Also, meine Herren, um zum Schluß zu kommen, möchte ich die Bitte wiederholen, daß wir uns beim nächsten deutschen evangelischen Schulkongreß, der über 1½ Jahre (im Oktober 1897), wahrscheinlich in Nürnberg stattfinden wird, durch die Entsendung einiger Herren betheiligen. Es giebt da nach meiner Ansicht zwei besondere Berührungspunkte, in welchen die Herren mit uns und

wir mit ihnen zusammenarbeiten können. Das Eine ist die finanzpolitische Frage wegen der Beamtengehälter, die jetzt im Abgeordnetenhause behandelt wird, also hier besonders der Lehrergehälter. Die Sache wird ja immer sich darum drehen, ob die Gehälter ausreichend bemessen sind oder nicht, und nach meiner Meinung ist es nothwendig, daß wir uns in dieser Beziehung durch Besprechungen mit den Lehrern selber belehren, daß wir mit ihnen zusammenkommen und ihre Ansicht genau kennen lernen. Das Zweite ist der pädagogische Gesichtspunkt, die Einwirkung auf die Jugend, auf das künftige Deutschland — ich glaube, daß es am einfachsten ist, wenn ich Ihnen zur Kennzeichnung dieses Punktes aus den Verhandlungen des Schulkongresses in Potsdam nur eine einzige Stelle vorlese; ich will daraus nur den Beweis führen, daß es von höchster Wichtigkeit ist, daß wir uns auch mit dieser Frage näher beschäftigen, weil neuerdings auf den Gymnasien Sozialpolitik und Sozialwirthschaft zu lehren angefangen wird, und da sagt einer der Redner, Prof. Dr. Brecher-Berlin, über den Geschichtsunterricht auf den höheren Schulen diesbezüglich unter Anderem Folgendes:

> Allerdings ist es nicht leicht geworden, diese Neuerung durchzuführen. Für viele Lehrer der Geschichte ergab sich daraus ein völlig neuer Anspruch an ihre Kräfte. Es war um so schwerer, ihm sofort zu genügen, als das geeignete Werkzeug zur Erwerbung hinreichender Kenntnisse auf dem Gebiete der Staatswirthschaft, der Sozialpolitik und andern keineswegs vorhanden war. Erst allmählich ist es geschaffen worden, und ebenso allmählich ist man des glücklichen und gedeihlichen Fortschrittes froh geworden. Es giebt jetzt gewiß keinen Lehrer, der nicht seine Freude daran hätte, seinen Schülern die Anfänge staatlich geordneten Wirthschaftslebens unter dem großen Kurfürsten oder in den alten deutschen Reichsstädten bis zu seiner Vollendung in den letzten Jahren des Kaisers Wilhelm I. vorzutragen. Es giebt kaum eine dankbarere und nützlichere Aufgabe.

Hierzu möchte ich noch eine kurze Bemerkung machen, zum Antrieb für uns, künftig uns aktiv an dieser konservativen Schulbewegung und den Kongressen zu betheiligen. Wenn in der That ein derartiger geschichtlicher Unterricht mit Nutzen ertheilt werden soll, so

glaube ich, daß er nicht so gehandhabt werden darf, wie es heut vielleicht mitunter der Fall ist, daß den Jungen nur einseitig von den alten Raubrittern 2c. erzählt wird, sondern daß sie auch aufmerksam gemacht werden auf das moderne Raubritterthum der Leute, die wir ganz genau kennen, die aus dem Orient gekommen sind; und um auch nach dieser Richtung zu wirken, würde ich es für erforderlich erachten, daß sowohl einige von uns an dem Kongreß in Nürnberg theilnehmen und daß andererseits zu den künftigen Versammlungen der Vereinigung der Steuer- und Wirthschaftsreformer auch Leute, die dem Lehrerstande angehören, eingeladen werden, damit sie die Verhandlungen, die hier gepflogen werden, anhören und daraus die Anregung schöpfen, sozialpolitisch und pädagogisch mit uns Hand in Hand zu gehen — in letzter Hinsicht der Jugend nicht nur von dem alten Raubritterthum Vortrag halten, sondern auch auf die Gefahr der Gegenwart aufmerksam machen, die uns allen durch das moderne Raubritterthum droht.

(Bravo!)

Rechtsanwalt **Eschenbach**-Berlin: Meine Herren, es ist soeben gesagt worden, man solle „lernen", und ich glaube, das ist ein sehr richtiger Grundsatz. Darf ich zu dem vorliegenden Thema ein paar Worte sagen als einer, der nicht nur gelernt, sondern auch umgelernt hat, so komme ich da auf einige bisher noch nicht geltend gemachte Gesichtspunkte. Ich finde in einer Nummer der „Nation" einen Abschnitt, den ich mit Ihrer und des Herrn Grafen von Mirbach Erlaubniß Ihnen in aller Kürze vortragen darf. Derselbe steht in der politischen Wochenübersicht dieses Blattes vom 22. Februar d. J. und lautet wie folgt; der Verfasser hat an eine Stelle aus Mommsen's römischer Geschichte angeknüpft und fährt fort:

> In jenem Abschnitt, wo der große Geschichtsschreiber von der Catilinarischen Verschwörung spricht, sagt er, daß das Hauptstreben damals gewesen sei, eine „Kassation der Schuldbücher" herbeizuführen: novae tabulae; heute würde man sagen, Vernichtung der Hypothekenschulden; dabei ist es ja im Keim ganz gleichgültig, ob diese vernichtet werden durch einen unmittelbaren Akt der Gesetzgebung, oder ob die Gesetzgebung dazu benutzt wird, durch „Brotwucher" und Geldverschlechterung den verschuldeten Elementen Geld zuzuführen. Immer handelt es sich darum,

daß bestimmte Kreise der Bevölkerung ohne Arbeit durch den Besitz anderer Kreise der Bevölkerung bereichert werden sollen. Die Details haben nur die Bedeutung, ob man der bürgerlichen Gesellschaft das Fell vom Kopf zu den Füßen oder von den Füßen zum Kopfe hin abziehen will, und so bleibt zutreffend, was Mommsen von den verlumpten Catilinariern Roms sagt:

„Es gab Leute genug, darunter nicht wenige von nicht gemeiner Herkunft, ... die nur auf das Signal warteten, . . . um wie eine Räuberbande über die bürgerliche Gesellschaft herzufallen, und das verlotterte Vermögen sich wieder zu erplündern.“

Freilich zur Zeit handelt es sich nicht darum, mit den Schwertern in die Straßen hinabzusteigen; heute kämpft man mit dem Stimmzettel und Resolutionen; das Ziel ist dasselbe geblieben.

Woher kommt es nun, daß Elemente dieser Art bisher immer noch anders taxirt wurden, wie etwa Ahlwardt, der ja auch ihr Sprosse ist? Ganz einfach ist die Lösung.

Die Regierung und auch große Parteien haben nicht, als es Zeit war, die Kraft gefunden, um dem verschuldeten Junkerthum Bescheidenheit und Respekt beizubringen; Respekt vor dem Interesse der Gesammtheit, vor dem Staatsinteresse, und jene Bescheidenheit, die dem zukommt, der die Hilfe anderer immer wieder in Anspruch zu nehmen wünscht, weil er sich selbst zu helfen weder die Intelligenz, noch die Arbeitsamkeit, noch die Selbstgenügsamkeit besitzt. Statt diesen Theil der Bevölkerung zu seinem eigenen Besten und zum Besten des Staates in strenger Gerechtigkeit zur Pflichterfüllung in der modernen Welt zu erziehen, hat man seinen Hochmuth und seine Indolenz gesteigert, indem man immer wohlmeinende Zustimmung bereit hatte, sobald die Rede ging von diesen werthvollen Stützen der Krone und des Altars. Eine schöne Stütze, an der beständig demonstrirt wird, daß sie zusammenbrechen muß, wenn sie nicht von anderen gestützt wird.

Meine Herren, da ist, glaube ich, in allerdings nur etwas parlamentarischerer Form dasselbe von der Gegenseite gesagt, was

bisweilen in derberen Worten von uns gesagt worden ist. Wenn man hier spricht von „grenzenlosem Egoismus", so ist dies nur cum grano salis zu verstehen. Genauer betrachtet, wird sich erweisen, daß dieser „grenzenlose Egoismus" nicht etwa auf Seiten der Steuer- und Wirthschaftsreformer — wenn ich diese als Prototyp hinstellen darf gegenüber den anderen Interessentenkreisen —, nicht auf dieser Seite liegt, sondern auf einer ganz anderen.

Es ist nun aber in Ihren Verhandlungen, soweit ich ihnen habe beiwohnen können, mehr geschöpft worden aus den rein thatsächlichen, täglichen Wirthschaftsergebnissen und -Erlebnissen, als vielmehr aus dem Gebiete der Geschichte, der geschichtlichen Entwickelung unserer Rechtssätze. Meine Herren, ich glaube, man geht der Sache mindestens ebenso gründlich zu Leibe und muß es als Pendant zu jenem thatsächlichen procedere, wenn man die Sachlage auch einmal etwas historisch betrachtet. Gegenüber diesem hohen Liede — ich möchte fast sagen: es ist ein Preislied eines manchesterlichen Meistersingers — kann man mit Recht anführen: Leute, die derartiges schreiben, sind wie gewisse hohe Beamtenkreise, auf die ja vorhin exemplifizirt wurde, vielleicht nicht sowohl Opfer eines bösen Willens, als einer doktrinären Weltauffassung; und ich gestehe offen — l'homme absurde seul ne change pas —: ich bin selbst von der Universität abgegangen vor 17, bald 18 Jahren als ganz eingefleischter Manchestermann. Ich bin dies auch als Referendar geblieben und selbst bis in die Assessorjahre hinein. Denn was kann es schillernderes, farbenbunteres, bestechenderes geben als wie jene Lehren von der wirthschaftlichen „Freiheit"? Dann kam ich ins praktische Leben hinein, wo ich dann allmählich und doch wieder mit einem Male — vielleicht kam mir damals schon jener vorurtheilsfreie Blick zu Hilfe, den ich mir immer zu wahren gesucht habe —, wo ich mit einem Male mir sagen mußte: Mein Gott, die ganzen Theorien, die du eingesogen hast, erweisen sich ja den thatsächlichen Verhältnissen gegenüber als total irrig!

Die Verhältnisse — ich meine die damaligen effektiven wirthschaftlichen Verhältnisse —, auf die man früher die Theorien aufbaute, die man hatte, als die gegenwärtige Gesetzgebung gemacht wurde, die immer noch in Kraft ist und in deren Rahmen sich das wirthschaftliche Leben abspielt, — diese thatsächlichen Verhältnisse haben sich jetzt seit 40, 50 Jahren durch die verschiedenen wirthschaftlichen

Ereignisse, die inzwischen eingetreten sind, vollständig geändert. Infolge dessen brach bei mir die Empfindung durch, daß zwischen der Gesetzgebung und dem wirthschaftlichen Leben in ihrem wirklichen Verhältniß zu einander ein fast unlösbarer Widerspruch obwalte; und ich gestehe Ihnen, daß mir die Trennung von der mir überkommenen, auf der Universität und bei anderen Gelegenheiten beigebrachten Ueberzeugung unendlich schwer geworden ist. Aber ich habe diesen Kampf, so bitterschwer er mir auch wurde, durchgekämpft, denn mich feig der Wahrheit zu entziehen, um eine materiell behagliche Existenz zu führen, erschien mir selbstverständlich charakterlos und deshalb unmöglich. Wo ich mein Damaskus gefunden habe, wo aus dem Saulus ein Paulus wurde, das war, als ich hier bei den Aeltesten der Kaufmannschaft während eines Jahres, des Gründerjahres 1890, arbeitete und Gelegenheit hatte, zu sehen, wie — ich war damals kein Jüngling mehr, sondern schon seit fünf Jahren richterlich qualifizirt — in Wirklichkeit sich unsere ganze Gesetzgebung gestaltet gegenüber dem thatsächlichen praktischen Leben, daß sie, ohne damit selbstverständlich etwas Böses sagen zu wollen, die beste Handhabe ist, um — wenn ich mich des Ausdrucks in der „Nation" wieder bedienen darf; ich möchte es eigentlich nicht, will es aber doch thun, da er jedenfalls sehr parlamentarisch ist — daß unsere ganze Gesetzgebung allerdings geeignet ist, zu Gunsten einer kleinen Minderheit die gesammte produktive Arbeit „auszuplündern und zu erplündern". So liegt die Sache in Wirklichkeit!

(Bravo!)

Ich erlaube mir, dies nach drei Gesichtspunkten kurz zu motiviren. Wir haben nach der Richtung zu unterscheiden die Einflüsse einmal der Weltwirthschaft, die seit den letzten 30, 40 Jahren seit der Entdeckung der Telegraphen und der Erfindung der Dampfkraft sich herausgebildet hat, sodann das eigenthümliche Verhältniß, welches sich zwischen den beiden Werthmessungsfaktoren des Goldes und Silbers unabhängig von jener Weltwirthschaft herausgebildet hat sowohl durch die Produktion wie durch die Münz-Gesetzgebung im speziellen, und drittens endlich die gesammte Gesetzgebung im allgemeinen. Ich bin denn auch noch heute, weil ich mir eine möglichst universale Auffassung zu bewahren mit allen Mitteln versuche, nichts weniger — und ich muß sagen: ich freue mich darüber — als ein extremer Agrarier. Wohl aber sage ich, und das macht heute den

praktischen Volkswirth aus, der vernünftig und verständig das Für und Wider abmißt und den thatsächlichen Verhältnissen Rechnung trägt, ich sage: was ergeben sich aus diesen drei Gesichtspunkten für die Gesetzgebung als nothwendige Reformforderungen?

Nun gestehe ich ohne Weiteres zu: der eingefleischteste Reaktionär, wenn ich diesen Ausdruck brauchen darf, wird heute selbstverständlich nicht daran denken, die sich herausgebildet habende Weltwirthschaft beseitigen oder zurückschrauben zu wollen. Die Kulturfortschritte und der Segen, der damit verknüpft gewesen ist, ist zu groß, als daß in einem verständigen Gehirn ein solcher Gedanke auch nur auftauchen könnte. Aber etwas Anderes ist es für einen vernünftig abwägenden Politiker, wenn er sagt: können wir uns den Mißständen, die mit diesen Faktoren verknüpft sind, nicht wenigstens bis zu einem gewissen Grade entziehen, können wir nicht wenigstens die Nachtheile mildern, welche, ich will beispielsweise sagen, durch die kolossal entwickelten Transportmittel möglich geworden sind? Ist es denn einfach billig und recht, weil der Bauer auf der schwarzen Erde in der Ukraine oder in den Gefilden des Ganges oder in den unermeßlichen Ebenen Amerikas nun gerade für einen Spottpreis produziren kann, — ist es verständlich und vernünftig, von einem denkenden Menschen zu verlangen, daß, weil diese Thatsache vorliegt, einfach 20, 30 Millionen unserer Bevölkerung allmählich an den Bettelstab gebracht werden, mit anderen Worten, daß das Fundament unserer ganzen Kultur ans Messer geliefert wird? Ich meine, der verständige Mann kann ein solches Verlangen, daß hier ein schrankenloses laisser faire, laisser aller zulässig sein solle, wenn er ehrlich ist, nicht aufstellen. Ich meine auch weiter: eine Jahrhunderte alte Kultur — ich will von den Segnungen, die wir ihr auf allen möglichen Gebieten verdanken, ganz absehen — eine Jahrhunderte alte Kultur darf nicht diesen fremden Faktoren ohne Weiteres überantwortet werden; denn ich sage mir als Jurist: es sind wohlerworbene Rechte eines wohlerworbenen Besitzstandes, und ich bin nicht gewillt, diesen Faktoren, mit denen ich sonst nichts zu thun habe, schrankenlos und ohne mich zu wehren, bis zur Vernichtung preisgegeben zu sein.

(Bravo!)

Das zweite Moment ist die Währungs-: die Gold- und Silberfrage. Ich gestehe, daß ich zu wenig Sachverständiger bin,

um mir hier ein Urtheil zuzutrauen. Aber die Empfindung habe ich auch, daß die früher kontrahirten Silberschulden, nachdem wir jetzt die Goldwährung haben, wie eine Prägravation von 50 und noch mehr Prozent auf den Schuldnern liegen, und dazu kommt bezüglich der Landwirthschaft das weitere Moment, daß die Ablösung der früher bestandenen Reallasten zu einer Zeit stattgefunden hat, als das Silber ein Verhältniß zum Gold von $15^1/_2 : 1$ hatte, und während jetzt die Produkte im Werthe ungeheuer gefallen sind, ist die zu zahlende Rente im Verhältniß vom Gold zum Silber, weil sie entsprechend umgerechnet werden muß, nach den thatsächlichen Verhältnissen ebenfalls auf das Doppelte gestiegen. Wir haben also hier das Gravamen für die Landwirthschaft, daß man sagen kann: einmal hat sich die Schuldenlast durch den Wechsel des Verhältnisses von Gold zu Silber bei den Reallasten wesentlich erhöht, und andererseits die Last des Schuldners unter dem Gesichtspunkte des Sinkens des Werthes der nationalen Produkte, die er zur Schulden- und Zinszahlung verkauft, verdoppelt.

Das dritte ist die Gesetzgebung als solche und da muß ich sagen: auf diesen Punkt lege ich mit das Hauptgewicht. Es ist mir eine sehr große Freude gewesen, daß Herr Graf von Mirbach einen Gedanken, den ich vor zwei Jahren einer näheren Untersuchung unterzogen habe — den meisten der Herren ist er wohl aus einem Preisausschreiben bekannt geworden — mit so großem Verständniß bei der weiteren Verarbeitung und Verbreitung gefördert hat; es ist das Preisausschreiben über die Frage: ob seit 1808, der Stein-Hardenberg'schen Periode, die neuere Gesetzgebung nicht fast ausschließlich im Dienste der mobilen Produktionsfaktoren auf Kosten der immobilen gestanden hat.

Nun gehe ich nicht so weit, zu sagen: die ganze wirthschaftliche und gesetzgeberische Entwicklung wäre funditus zu reformiren; gewiß nicht, aber es ist etwas ganz Anderes um die Frage: sollen die offenbaren Schäden, die dadurch hervorgerufen sind, daß man einfach abstrakt die einschlägigen Theorien in Gesetze umwandelt, sollen die damit unwillkürlich verbundenen Schäden in ihrer ganzen Nacktheit und ihrem ganzen Umfange nach sakrosankt und legitimirt sein? — oder soll man nicht versuchen, der drohenden Gefahr durch Reformen, wenn man findet, daß auf Grund dieser Gesetzgebung, die die schrankenloseste Freiheit entfesselt hat, unsere nationale Produktion

gefährdet wird, vorzubeugen und jener verderblich wirkenden wirthschaftlichen Ueberfreiheit gewisser Uebermenschen den Kappzaum anzulegen? Denn thatsächlich ist ja die neuere Gesetzgebung seit den letzten 40, 50 Jahren nur unter dem Gesichtspunkte aufzufassen, daß sie sich bemüht hat, die individuellen Kräfte zu entfesseln. Sehr schön, nichts dagegen zu sagen! Gewiß verdanken wir ihr ungeheuer viel für die kulturelle Entwicklung! Aber, meine Herren, es ist nach dieser Richtung, wie bei jedem Zuviel, so auch hier, ein Mißbrauch der Freiheit zu konstatiren. Wir leben nicht unter einer gesunden wirthschaftlichen Freiheit. Ich erinnere nur an das Aktiengesetz, welches unter den extremst manchesterlichen Auspizien entstand, an die Gewerbeordnung, — sind das in der That alles echte, wirkliche, ehrliche, deutsche Freiheiten? Nein, es sind Afterfreiheiten, Freiheiten, die den goldenen Schein der Freiheit haben, aber nichts anderes sind als Vampyre in schillernder Paradiesvogelgestalt für einen Theil der Bevölkerung, namentlich für die intelligenten, d. h. minder gewissenhaften Kräfte, besonders wenn sie mit großem Kapital ausgestattet sind, um die ehrliche Arbeit und den ehrlichen Mann auszubeuten zu Gunsten einer verschwindenden Minderheit. Da muß eingesetzt werden, von Anfang an, auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens, wenn andere Zustände auch für ehrliche Arbeit auf allen Gebieten — auch des Handels, der sonstigen Gewerbe und vor allem der Landwirthschaft unseres deutschen theuren Vaterlandes kommen sollen!

(Lebhafter Beifall.)

Schriftsteller Dr. Polakowsky-Berlin: Nur wenige Minuten, meine Herren. Gestatten Sie mir noch einige Bemerkungen zu den Ausführungen des Herrn Referenten über unsern Export, d. h. den Export nach solchen Ländern, welche eine Industrie haben, im Verhältniß zu dem Export nach den Ländern, die keine Industrie besitzen. Der Herr Referent zählte zu den ersteren Mexico und zu den letzteren Argentinien. Meine Herren, das ist entschieden unrichtig. In Argentinien ist die Industrie zur Zeit wenigstens ebenso entwickelt, wie in Mexico, d. h. es wird ebenso viel von dem, was im Lande konsumirt wird, auch dort produzirt, als in Mexico. Der Aufschwung der Industrie in Argentinien ist ein geradezu erschreckender für unsern Handel und überhaupt für die europäische Industrie, so erfreulich die Thatsache für die Argentinier sein mag.

Der Zusammenbruch des sogenannten Aufschwunges, der in Wirklichkeit eine Schwindelperiode in Argentinien war, datirt seit 1890. Dieser Zusammenbruch ist gewissermaßen die Geburtsstunde der gewaltig sich entwickelnden modernen argentinischen Industrie. Argentinien bezog bis 1890 — ich habe die Zahlen nicht genau im Kopf und kann sie nur rund angeben — ungefähr 20 000 Liter Bier in Fässern, 1892 nur noch 25 Liter, ein Faß.

(Heiterkeit.)

Aehnlich erschreckend ist der Rückgang des Imports von Zucker, von Stärke, von Wein, von Spiritus; alle diese Artikel können eben jetzt im Lande selbst vorzüglich fabrizirt werden.

Der Aufschwung der Zuckerkultur ist ein so gewaltiger, daß es genügen wird, wenn ich Ihnen sage, was ich gestern in einer argentinischen Zeitung fand: Die Regierung nahm früher einen Zoll auf Zucker, der war sehr hoch, um eventuell eine Einnahmequelle einerseits zu sein für das Land, andererseits um, weil im Lande noch keine Zucker-Industrie bestand, sie dort hervorzurufen. Jetzt ist es so weit, daß nur noch wenig Zucker importirt wird; die Regierung hat also eine wesentliche Einnahmequelle verloren. Nun beabsichtigt sie, eine Steuer auf den Zucker, der im Lande fabrizirt wird, zu legen, um sich eine Einnahmequelle zu schaffen, andererseits aber will sie auch Exportprämien gewähren. Man rechnet also schon damit, daß man selbst Zucker exportirt. Das ist durchaus kein Phantasiegebilde, sondern es wird nicht lange dauern, bis es in die Wirklichkeit tritt.

Wein wird jetzt auch schon exportirt. Sie wissen Alle, daß Argentinien das beste Rindsleder fabrizirt; man hat früher alle Häute ausgeführt und sie wurden in Europa gegerbt; jetzt wird das Leder nicht nur gegerbt im Inlande, sondern auch gleichzeitig verarbeitet. Es wohnten früher in den Städten einige Schuhmacher, sonst wurde das ganze Schuhwerk aus Europa importirt. Es ist beunruhigend, wenn man das Zurückgehen dieses Imports von 1890 bis heute verfolgt. Auf das Silber-Agio will ich nicht weiter eingehen. Es ist aber selbstverständlich, daß die Valutaverhältnisse wesentlich hierbei im Spiele sind; man lebt dort eben von den Valutadifferenzen —

(Heiterkeit.)

ja, meine Herren, das ist ganz richtig. Bei Einführung einer idealen Valuta, Papier gleich Gold, wäre das Land vollständig ruinirt.

(Zustimmung.)

Anknüpfend an das, was Herr von Erffa sagte, der eine ganze Reihe von Vorschlägen aufführte, von Mitteln zur Hebung und Besserung der Stellung der Landwirthschaft, und die Frage an das Auditorium richtete, wer ein anderes Mittel kenne, möchte es nennen — gestatte ich mir, Ihnen ein solches zu nennen. Es ist eine gründliche Revision der Handelsverträge, soweit uns dies noch möglich ist. Ich halte das durchaus nicht für ein kleines Mittel, sondern für ein großes Mittel. Wir sind ja bei gewissen Handelsverträgen festgelegt, aber bei anderen haben wir uns Aktionsfreiheit gewahrt. Wir können diese Verträge zum großen Theil jederzeit ändern, oder ein Jahr vor dem Ablauf kündigen. Andere Länder thun das auch und warten nicht ab, wie wir darüber denken, sondern kündigen sie von selbst, wie z. B. Chile und die Dominikanische Republik es gethan haben. Ich kann das des Längeren nicht ausführen, es würde jeder einzelne Handelsvertrag einen Vortrag für sich erfordern. Es ist aber der Gedanke, den Herr Baron Heyl von Herrnsheim in dem berühmten Antrage auf Kündigung des Handels- und Freundschaftsvertrages mit Argentinien zuerst angeschnitten hat. Ich halte das für sehr wichtig, daß Herr von Heyl sich gerade den argentinischen Handelsvertrag ausgesucht hat, denn kein Land ist so gefährlich für die deutsche Landwirthschaft wie Argentinien, dessen Ackerbau sich in lebhafter Entwicklung befindet und welches kein hervorragendes Absatzgebiet für unsere Industrie ist, respektive bleiben wird.

Das war es in großen Zügen, was ich mir erlauben wollte, anzudeuten.

Landtagsabgeordneter Dr. **Otto Arendt**-Berlin: Meine Herren, Handelsverträge mit Ländern, welche eine andersartige Valuta haben wie wir, sind überhaupt vom Uebel. Ich möchte mir bei der vorgerückten Zeit nur einige kurze Bemerkungen erlauben. Die Gegner der Doppelwährungsbestrebungen zerfallen in zwei Theile; die einen sagen: ja, der Bimetallismus wird der Landwirthschaft nicht helfen — und die andern sagen: wir bekämpfen den Bimetallismus, weil er der Landwirthschaft hilft. Das letztere sagen

bekanntlich die Sozialdemokraten. Ich möchte mich nun zu denen wenden, die da sagen: er hilft nichts.

Meine Herren, der allgemeine Preisrückgang beschränkt sich lediglich auf die Goldwährungsländer; in Ländern, welche eine andere Valuta haben, wie wir eben wieder von Argentinien gehört haben, lebt man in einer Aufschwungsperiode. Ich weiß nicht, worin anders der Unterschied liegen sollte als in der Währung. Nun, meine Herren, die Währungsfrage ist keine Münzfrage, sondern eine Frage der Entwickelung der Preise, und nach dieser Richtung ist es sehr interessant, daß die Urheber der Goldwährung bewußterweise die Einführung der Goldwährung erstrebt haben, um auf die Preise zu wirken. Herr Dr. Bamberger hat gegenwärtig eine neue Ausgabe seiner Schriften in sehr dankenswerther Weise vorgenommen; es sind dadurch auch die älteren Schriften wieder zu Tage getreten, und ich erlaube mir, Ihnen eine Stelle vorzulesen aus der Zeit vor dem Währungsstreit, wo Herr Dr. Bamberger mit aller wünschenswerthester Deutlichkeit ausspricht, daß es sich bei der Goldwährung um eine Einwirkung auf die Preise handle.

Herr Dr. Bamberger sagte damals im Jahre 1877:

> „Schon heute ist Silber nicht mehr im vollen Sinne des Wortes das Münzmetall der herrschenden Nationen. Wäre diese Suspendirung nicht eingetreten, das Geld wäre noch mehr im Preise gesunken, die Preise der meisten Artikel wären stark hinaufgegangen. Allgemeine Verwirrung wäre die Folge gewesen. Die enormen Entdeckungen von Bergwerken und offenen Lagern, die Gold und Silber spenden, sind nur dadurch in ihren störenden Wirkungen paralysirt worden, daß das Silber theilweise für Münzzwecke unbrauchbar gemacht wurde. Bei dieser Unbrauchbarmachung mitgewirkt, ja eigentlich den Anstoß dazu gegeben zu haben, gereicht Deutschland zu großem Verdienst. Selbst wenn es wahr wäre, daß es dadurch auch wesentlich zur Werthverminderung des Silbers beigetragen, würde es keine Ursache haben, sich schuldbewußt zu fühlen."

Also die Aufgabe der Einführung der Goldwährung in Deutschland war nach diesem Zeugniß, die Preissteigerung zu verhindern, die sonst eingetreten wäre durch die natürliche Entwickelung, dadurch, daß die Edelmetalle entsprechend dem gesteigerten Verkehr

zugenommen haben. Ein anderer Führer der Goldwährungspartei, Soetbeer, sagte, als der Währungsstreit schon im Gange war:

> „Nicht minder ist der Satz wissenschaftlich begründet, daß ein durch Knappwerden des Geldmaterials bedingtes chronisches Herabdrücken der Waarenpreise ein größeres Uebel ist, als eine langsame Steigerung der Preise durch starken Zufluß des Edelmetalls."

Meine Herren, das ist genau das Entgegengesetzte, was Herr Dr. Bamberger wollte, und in der That kann man ja nicht leugnen, daß das Streben, eine Preissteigerung zu hintertreiben, in wahrhaft glänzender Weise durch die Goldwährung gelöst worden ist.

(Sehr richtig!)

Wir haben gegenwärtig unter nichts so zu leiden, wie gerade unter den niedrigen Preisen. Wenn man nun sagt: wenn Prägung der beiden Metalle zusammen zu einer Preissteigerung führt, so lassen Sie doch das Silber wieder prägen! — so sagen die Herren von der Goldwährung: was würde das nützen? Die niedrigen Preise seien durch die „Ueberproduktion" hervorgerufen und durch andere Dinge, die auf die Preise einwirken.

Hinsichtlich der im Vordergrund stehenden Frage der gegenwärtigen Beziehungen zwischen Deutschland und England in der Währungsfrage möchte ich nicht empfehlen, das erste Amendement des Herrn Ackermann anzunehmen — das zweite ist ja nur rein redaktioneller Natur —, aber das erste steht in einem gewissen Gegensatz zu dem zweiten Absatz der Resolution des Herrn Wülfing. Ich glaube, es ist besser, daß der Antrag Wülfing unverändert angenommen wird. Die Dinge haben bei uns so gelegen: im vorigen Jahre haben der Reichstag und die beiden preußischen Kammern bimetallistische Beschlüsse gefaßt; die Regierung hatte diesem Druck nachgeben müssen, sie hatte Zugeständnisse gemacht, und eine Währungskonferenz ist in Aussicht gestellt worden. Nun hat nach meiner Ansicht eine Intrigue gespielt, um dieses Zugeständniß wieder aus der Welt zu schaffen.

(Sehr richtig!)

Ich bemerke von vorn herein, daß jeder, der die Persönlichkeit unseres Reichskanzlers kennt, nicht den Verdacht hegen kann, als ob der Herr Reichskanzler etwa in irgend einer Weise an dieser

Intrigue betheiligt wäre. Ich nehme vielmehr an, daß er das erste Opfer dieser Intrigue gewesen ist.

(Sehr richtig!)

Es wird sich ja herausstellen, wer der Schuldige ist; denn so können die Dinge nicht bleiben, daß offizielle Erklärungen der deutschen und der englischen Regierung sich diametral entgegenstehen, daß die englische Regierung erklärt: wir sind bereit, die indischen Münzstätten zu öffnen und in Verhandlungen zu treten, Deutschland hat aber nicht mit uns verhandelt, — und daß die deutsche Regierung erklärt: wir haben mit England verhandelt, und weil England nicht die indischen Münzstätten eröffnen will, können wir keine Konferenz berufen! Solche Mißverständnisse müssen aus der Welt geschafft werden; das ist nicht nur im Interesse der Währungsfrage, sondern auch im Interesse des Ansehens und des Vertrauens zu unserer Regierung nothwendig; es muß hier vollste Klarheit geschaffen werden. Es darf kein Zweifel darüber bestehen, daß das, was offiziell in Deutschland im Reichstage verkündigt wird, unter allen Umständen zutreffend ist und daß daran nicht gerüttelt werden darf. Die englische Regierung und das englische Parlament haben dasselbe Interesse in dieser Sache für sich in Anspruch zu nehmen, und beide Regierungen müssen dahin arbeiten, daß die Ursachen des Mißverständnisses aus der Welt geschaffen und die Schuldigen bloßgestellt werden.

Aber wie die Dinge auch immer laufen, ich glaube, es steht jetzt schon unzweifelhaft fest: die Erklärung des Herrn Reichskanzlers vom 8. Februar bringt nicht eine Ablehnung des Reichstagsantrages, sondern sagt nur, daß „zur Zeit“ die Regierung auf diesen Antrag, eine Münzkonferenz zu berufen, nicht eingehen könne, weil die Voraussetzung zu jener Maßregel die Eröffnung der indischen Münzstätten wäre und die englische Regierung diese nicht zugestehen wolle. Jetzt hat aber nun die englische Regierung im Unterhause — und es handelt sich da nicht um eine persönliche Aeußerung Balfour's, sondern um eine Erklärung des englischen Kabinets — erklärt, daß die Wiedereröffnung der indischen Münzstätten jeder Zeit in Erwägung gezogen werden würde. Es ist also thatsächlich die Bahn frei, und ich meine, daß der Herr Reichskanzler durch seine Erklärung gebunden ist, nunmehr, da sich die Voraussetzung, weswegen er das Eingehen auf den Reichstagsantrag

abgelehnt hat, als eine irrige durch die Thatsachen selber herausgestellt hat, in Unterhandlungen einzutreten. Wenn dem aber so ist, so glaube ich, daß die Intrigue, die hier vielleicht vorgelegen hat, sich, wie es so oft geht, als einen Theil von jener Kraft erweisen wird, die das Böse wollte, aber das Gute schuf.

Diese Dinge sind nun einmal im Fluß und werden sich wohl nicht mehr zurückhalten lassen. Die Entwickelung ist ja eine solche, daß es zweifelhaft erscheinen könnte, ob wir in Deutschland über die Verschwörung von Lug und Trug, die in der Währungsfrage seitens der Gegner, namentlich in der Presse, gegen den Bimetallismus gehandhabt wird, Herr werden würden. Aber es ist eine internationale Frage geworden: in den verschiedenen Ländern stehen dieselben Interessenten gegen dieselben Kräfte, gegen dieselben wirthschaftlichen Bestrebungen, und es hat den Anschein, als ob der entscheidende Schlag nunmehr in England geführt werden wird. Am 17. März wird der bimetallistische Antrag im Unterhause auf der Tagesordnung stehen. Unsere Freunde hoffen, daß sie den Sieg am 17. März erringen werden, und dann würde die Bahn frei sein. In der französischen Deputirtenkammer wie im Reichstage liegen die Verhältnisse glücklicherweise so, daß ein Sieg in London einen Sieg dort und bei uns unzweifelhaft macht.

Mögen also immerhin die Gegner des Bimetallismus noch einige Zeit die öffentliche Meinung dadurch täuschen, daß sie ihn für todt und eingesargt erklären — das macht keinen Unterschied; wir werden in dieser Frage das Interesse der produzirenden Klassen unter allen Umständen so lange wahrnehmen, bis dieser Druck, der seit einem Vierteljahrhundert auf Deutschland und der ganzen europäischen Kulturwelt liegt, von uns genommen wird dadurch, daß diese unnatürliche Beschränkung des Weltverkehrs durch die Aechtung des Silbers, dieses Experiment, das gemacht ist, wie die Worte von Bamberger, die ich Ihnen vorlas, zeigen, um künstlich die natürliche Preissteigerung zu hemmen, beseitigt wird. Darüber kann kein Zweifel herrschen, daß keine andere Klasse so wie die Landwirthschaft auf die Preissteigerung angewiesen ist. Handel und Industrie können sich einrichten auch bei sinkenden Preisen; aber die Landwirthschaft kann das nicht. Die Landwirthschaft muß nothwendig eine langsame Steigerung der Preise haben, weil sonst schon durch den natürlichen Erbgang die Verschuldung in

einer immer bedrohlicheren Weise zunehmen muß. Dagegen helfen auch keine Konversionen; eine gedeihliche Entwickelung der Landwirthschaft ist nur dann möglich, wenn die natürliche Entwickelung langsam steigender Preise, wie sie entspricht einer ständig vorhandenen Edelmetallproduktion, wieder zurückgeführt wird, und dazu müssen wir alle unsere Kräfte in Bewegung setzen.

Rittergutsbesitzer Assessor Dr. **Roesicke**=Görsdorf: Meine Herren, ich will mich wegen der vorgerückten Zeit sehr kurz fassen.

Vorsitzender Graf **von Mirbach**=Sorquitten: Ich möchte recht sehr darum bitten.

Assessor Dr. **Roesicke**=Görsdorf: — Nun, ich glaube doch, daß ich einiges Interessantes zu sagen habe. Das erste ist, was, wie ich glaube, den Herren im Anschlusse an den Vortrag des Herrn Wülfing von Interesse sein wird, daß thatsächlich die Goldnoth sich bereits fühlbar gemacht hat. Ich habe gestern in der Zeitung gelesen, daß die Handelskammer in Elberfeld darüber geklagt hat, daß sie nicht Gold genug bekäme, und daß die Reichsbank geantwortet hat, daß sie nicht mehr dorthin zur Verfügung stellen könne. Ich glaube, dieses Zeugniß ist von hohem Werthe für uns und kann uns nur darin bestärken, die Forderungen der Landwirthe auf Herbeiführung des Bimetallismus aufrecht zu erhalten und nicht nachzulassen, diese unsere Forderungen in Versammlungen und in der Presse nachdrücklich zu betonen.

Wenn es nun in der Resolution heißt, daß die Aufhebung des börsenmäßigen Terminhandels zu den kleinen Mitteln gehört, so ist das gewiß ein großer Grad der Bescheidenheit, denn ich glaube, wenn wir erreichen, daß das Termingeschäft in Getreide aufhört, wir schon ganz Bedeutendes erreicht haben. Vor allen Dingen würde die Qualitätsabstufung des Getreides schon von großem Werthe sein. Ich möchte mich auch dagegen wenden, wenn man sagt: wenn wir das Termingeschäft beseitigen, wird es doch leicht umgangen werden können. Nun, da möchte ich hervorheben: es ist unmöglich, ein Gesetz zu machen, das nicht umgangen wird. Die klügsten und besten Leute können ein Gesetz gearbeitet haben und es wird doch umgangen. Der richtige Weg ist der, daß man sich nicht scheut, das Gesetz durchzuführen, sondern es frisch, froh und frei macht und nun wartet, bis die Leute, die besonders

geeignet sind, es zu umgehen, dies thun, um sie dann zu fassen und die Umgehung zu beseitigen.

(Sehr richtig!)

Ich glaube, daß aber auf diesem Gebiete Deutschland geradezu bahnbrechend sein kann: wenn wir erst bei uns den Getreideterminhandel beseitigt haben, wird sich das fortpflanzen auf andere Theile Europas und vielleicht auf die ganze Welt

(Sehr richtig!)

und das aus dem Grunde namentlich, weil die Thatsache vorliegt, daß die agrarische Noth nicht nur bei uns oder einigen wenigen Völkern besteht, sondern sie besteht auf der ganzen Welt mit wenig Ausnahmen, und überall ist es das internationale Großkapital, welches sie veranlaßt hat. Am besten fassen wir dieses, abgesehen von den anderen Mitteln, die wir anwenden wollen (die Währungsfrage und die Frage der Monopolisirung der Getreideeinfuhr) dadurch, daß wir dem Großkapital auf seinem eigensten Gebiet auf den Leib rücken: — nämlich durch den Ausschluß des Börsenterminhandels.

Ich wollte nun hervorheben, daß es der Regierung, wenn das Reich ein Interesse daran hat, internationale Beziehungen anzuknüpfen, jetzt leichter ist, in dieser Richtung vorzugehen, und daß es jedenfalls vortheilhafter ist, statt Handelsverträge zu schließen, internationale Beziehungen anzuknüpfen nicht nur bezüglich der Währung, sondern auch bezüglich des Getreideterminhandels, damit die internationalen Vereinigungen, die sich gegen uns gebildet haben, auch wieder international beseitigt werden. Ebenso international muß vorgegangen werden bezüglich der Transporttarife.

Etwas Anderes aber möchte ich noch hervorheben. Ich möchte wohl wünschen, daß auch von hier aus die Warnung ausgesprochen wird, daß die Berathung des Bürgerlichen Gesetzbuches nicht beschleunigt werden möchte. Herr Rechtsanwalt Eschenbach hat uns ja deutlich dargelegt, daß wir nicht einmal wissen und keine eingehenden Untersuchungen darüber haben, wie die Gesetzgebung in diesem Jahrhundert sich im Allgemeinen zu unsern wirthschaftlichen Verhältnissen gestellt hat; man hat die Prinzipien in dieser Richtung noch nicht klargestellt; man ahnt sie, aber wissenschaftlich begründet ist bis jetzt noch nichts, und ich habe die Meinung, daß das Bürgerliche Gesetzbuch, welches die verschiedenen

Rechte kodifiziren soll, erst dann von Wirkung und Werth sein kann, wenn wir uns klar bewußt sind: wie haben die bisherigen Rechtsverhältnisse sich für unser ganzes Wirthschaftsleben bethätigt, wie sind sie wirksam gewesen. Aus diesen Gründen also möchte ich in Anregung bringen, dahin zu wirken, daß die Berathung des Bürgerlichen Gesetzbuches nicht beschleunigt würde. Ich möchte auch darauf hindeuten, daß für die augenblicklichen Bedürfnisse noch ganze Rechtsgebiete unaufgeklärt sind, z. B. die Regelung der Freizügigkeit, des Unterstützungswohnsitzes; alles das sind Fragen, bei denen wir längst über den Standpunkt weg sind, den das Bürgerliche Gesetzbuch kodifiziren will. In den Fragen der Rentengestaltung des Hypothekenwesens sind wir zu festen Anschauungen noch nicht gekommen. Wie wir die Hypothezirungen einrichten sollen, ob vielleicht für die ländlichen Hypotheken ein Monopol z. B. der Landschaften eingerichtet werden könnte, um die Verschuldung zu beseitigen oder zu verhindern, darüber sind wir auch noch nicht zu klaren Grundsätzen gekommen, und bevor dies nicht geschehen ist, können wir das Bürgerliche Gesetzbuch nicht machen. Im Gegentheil, wir können unser Recht erst auf lange Zeit festlegen, wenn wir ganz sichere und feste Gesichtspunkte haben. Darum ist es auch gut, wenn das Gesetzbuch nicht blos an den Reichstag kommt, sondern wenn Zeit gelassen wird, daß es ins Volk eindringen kann und die verschiedenen Berufsstände ihrerseits die Grundsätze desselben von ihrem Standpunkt aus zu beurtheilen in die Lage versetzt werden.

Ich komme noch zu einer anderen Frage. Herr von Erffa hat vorhin die Versammlungen erwähnt. Meine Herren, gewiß, er hat mit Recht hervorheben können, daß hier und da in Versammlungen wohl einmal ein Ton angeschlagen wird, der uns Allen nicht ganz recht ist. Ich glaube, Herr von Erffa hat dabei auch an die Generalversammlung des Bundes der Landwirthe gedacht. Verzeihen Sie, wenn ich mit wenig Worten die Sache klar stelle; ich glaube, zum Ausgleich der Meinungen etwas vorbringen zu können. Wer die Generalversammlung mitgemacht hat, wird mir Recht geben, daß es nur eine einzige Aeußerung sein kann, von der man sagen könnte, sie sei über das Ziel hinausgegangen. Ja, meine Herren, es ist eine andere Sache, ob man zu einer Versammlung spricht, wie die, die ich hier vor mir habe, oder vor einer Volksversammlung von 6000 Menschen. Es ist eine

andere Sache, ob ich die Gewißheit habe, daß der Zuhörer meinem Gedankengange nicht allein wissenschaftlich und logisch folgen kann, sondern auch bereit ist, ihm zu folgen, oder ob es sich um eine große Volksversammlung handelt, der ich wissenschaftliche Darlegungen gar nicht geben kann; da muß man sich darauf beschränken, die Abschlüsse prinzipieller Auseinandersetzungen zu geben, die so scharf und treffend sind, daß sie sofort von dem Zuhörer erfaßt werden müssen, und wenn da hier und dort einmal ein Wort über die Grenze hinausgeht, so ist das kaum zu vermeiden. Und, meine Herren, vergessen Sie doch nicht, daß der Vorstand einer solchen Versammlung nicht weiß und nicht wissen kann, was der betreffende Redner sagen wird, und wenn einmal in solchen Versammlungen ausgeschlagen wird, so soll man doch auch gerecht sein und fragen: Woher kommt es denn, daß ausgeschlagen wird? Es ist ein gewisser Zug der Ritterlichkeit im deutschen Volke und diese deutsche Art wird gerade von Ihnen, den ritterlich Gesinnten, vor allen Dingen mit repräsentirt. Dieser Zug der Ritterlichkeit führt zu den verschiedensten Arten der Bekämpfung dessen, was Einem Uebles widerfährt. Wenn nun Angriffe von der einen Seite kommen, die so schwer in das Empfinden des Menschen hineingreifen, wenn so starke und abweisende Aeußerungen erfolgen, die weit über das Ziel hinausgehen, -- ich bitte Sie: ist es dann so schwer zu verurtheilen, wenn einmal auch auf der anderen Seite ein scharfes Wort fällt?

(Bravo!)

Wer die Generalversammlung mitgemacht hat, kann außer dem einen Falle nur sagen: Königstreue und christliche Gesinnung war in dem höchsten Maße dort vertreten.

(Bravo!)

Ich möchte dann noch auf eine andere Sache, auf die Presse, kommen. Im Allgemeinen müssen wir ja zugeben, daß die Presse hier und da vielleicht Ausschreitungen begeht, vielleicht einen Ton anschlägt, der nicht immer gut und recht ist; aber ehe Sie eine allgemeine Verurtheilung aussprechen, denken Sie daran, meine Herren, daß in einer Zeitung eine Reihe von Redakteuren sitzt; der Einzelne kann nicht für Alles verantwortlich gemacht werden; es sind da eine Menge Mitarbeiter, die nicht immer in der Lage sind, so scharf zu beurtheilen, ob das, was veröffentlicht wird, immer auch diplomatisch richtig ist. Von diesem Standpunkt aus werden

Sie im Allgemeinen zugeben müssen, daß die „Deutsche Tageszeitung" wohl den Ton eingehalten hat, der im Allgemeinen eingehalten werden soll, und daß Ausschreitungen, die vielleicht einmal vorgekommen, so geringfügig sind, daß ein objektiv Urtheilender daran nicht Anstoß nehmen und einen scharfen Tadel darüber nicht aussprechen kann. Im Gegentheil, unser Preßwesen ist leider durch die uns feindliche Journalistik so tief vergiftet, daß, wenn wir mit zarten Aeußerungen und sanften Anschauungen an den Leserkreis herantreten würden, der diese Kost kennt und den wir gerade diesem Bann entreißen wollen, unsere Zeitungen sofort in den Papierkorb oder, wenn ein solcher nicht da ist, ins Feuer wandern würden. Ein anderer Gesichtspunkt ist, daß unsere Zeitungen auch einen erziehlichen Beruf zu erfüllen haben. Wenn wir erziehen wollen, meine Herren, müssen wir hineindringen in die Kreise, die die schlechte Kost gewöhnt sind, und sie langsam an eine bessere Kost gewöhnen, und da glaube ich gerade unter Berücksichtigung alles dessen sagen zu können: die „Deutsche Tageszeitung" durchweht ein Geist der Königstreue und des christlichen Bewußtseins, wie er wohl bei wenigen anderen Zeitungen vorhanden ist,

(Sehr richtig!)

und so werden Sie, meine Herren — wenn ich mir gestatten darf, Sie darum zu bitten — im allgemeinen Interesse am besten thun, mit Ihrer Kritik nicht zu scharf einzusetzen, wenn einmal nicht ganz Einwandsfreies unterläuft; nur wenn unsere Presse von Ihrem Wohlwollen getragen ist, werden wir auf diesem Gebiete etwas zu leisten im Stande sein, und dieses Ihr Wohlwollen wird dazu beitragen, daß ein einzelner, unvermeidlich einmal unterlaufender Fehler gern übersehen, die Gesammthaltung unserer Presse aber anerkannt wird.

(Bravo!)

(Herr Freiherr **von Erffa**=Wernburg übernimmt den Vorsitz.)

Graf **von Mirbach**=Sorquitten: Wir können Herrn Dr. Roesicke nur dankbar sein, daß er die Vorgänge klarstellt, die, wenn sie eben nicht klargestellt wären, leicht zu Dissonanzen führen könnten. Das Urtheil, welches er gefällt hat, ist, glaube ich, durchaus korrekt. Auch seine Wünsche verdienen unsere Berücksichtigung.

Ich möchte etwas anderes berichtigen, was die Presse gestern gebracht hat und was mir den Vorwurf einer Art Doppelzüngigkeit

zuziehen könnte. Ich habe gestern wörtlich gesagt: „Ich gebe ja zu, daß im Einzelstaate — ich weise zunächst und vorzugsweise auf Preußen hin — beim Landwirthschaftsminister der ernste Wille der Hilfe für die Landwirthschaft innerhalb seines Ressorts besteht", während die Presse theilweise referirt: „bei dem Staatsministerium". Ganz so weit wollte ich nicht gehen. Ich habe mich nur an den Landwirthschaftsminister gewendet, weil er meines Erachtens über Gebühr angegriffen worden ist, zum Theil zu Unrecht. Meine Herren, ein unbedingtes Wohlwollen des gesammten preußischen Staatsministeriums in dem Umfange, wie es mir hier seitens der Presse in den Mund gelegt wird, kann ich in der That nicht konstatiren. Ich will daraus keinen Angriff gegen einzelne Minister herleiten, aber ich muß doch sagen, daß das Verhalten des preußischen Staatsministeriums z. B. in Bezug auf die Rückzahlung der Grundsteuerentschädigung bei der augenblicklichen Lage der Landwirthschaft eine so wohlwollende Kritik, wie sie die Presse mir in den Mund legt, nicht rechtfertigen würde. Ich habe dem nichts weiter hinzuzufügen.

Noch eine Bemerkung gegen den zweiten Herrn Referenten, damit er wenigstens in diesem Punkte nicht ganz unwidersprochen bleibt. Er empfahl die Konvertirung. Wie die Dinge heute liegen, nachdem der Zinsfuß Jahre lang ein sinkender, sehr niedriger ist, halte auch ich den Moment einer Konvertirung für gekommen. Ich möchte aber empfehlen, einstweilen nur heranzutreten an die 4prozentigen Staats- und Reichspapiere, aber freilich nicht die Konvertirung in $3^1/_2$ prozentige, sondern in 3prozentige. Der Zinsfuß von $3^1/_2$ Prozent ist längst überholt worden in den kapitalreicheren Ländern. Ich will nur daran erinnern, daß die englischen Konsols, die heute $2^3/_4$ Prozent bringen, und die in wenigen Jahren automatisch auf $2^1/_2$ Prozent sinken werden, nach dem letzten Kurse auf 110 Prozent standen. Sie sehen also, wie sehr der Zinsfuß gesunken ist; und das ist eine natürliche, nothwendige Bewegung, die freilich zeitweise unterbrochen wird, daß in hochentwickelten Kulturländern infolge der großen Ansammlung von mobilem Kapital der Zinsfuß eine dauernd sinkende Richtung annimmt. Wir würden also einen Fehler begehen, wenn wir von 4 nur auf $3^1/_2$ Prozent herabgehen wollten, sondern wir müssen auf 3 Prozent heruntergehen. Für Deutschland wird der Normal-Typus der 3prozentige sein. In Frankreich und England ist er schon überholt. — Ich

habe diese Bemerkungen nur gemacht, weil ich sie für nicht unberechtigt hielt gegenüber den Ausführungen des zweiten Herrn Referenten.

Graf **von Mirbach** (den Vorsitz wieder übernehmend): Es ist der Schluß der Besprechung beantragt. Ich bemerke: es ist 1 Uhr, und es sind noch gemeldet die Herren von Kardorff und von Wentzel zur Begründung ihrer Anträge, und außerdem würden die Herren Referenten das Schlußwort noch beanspruchen können. Ich glaube aber, es wird das Beste sein, wenn wir diesen Punkt noch vor der Frühstückspause erledigen; und darum bitte ich die Herren, sich möglichst kurz zu fassen.

Landrath a. D. Reichstagsabgeordneter **von Kardorff**-Wabnitz: Meine Herren, ich habe mir erlaubt hier eine Resolution zu stellen, die Ihnen vorhin durch den Herrn Vorsitzenden mitgetheilt worden ist, in der Meinung, der auch Herr Dr. Arendt Ausdruck gegeben hat, daß es jetzt in der That an der Zeit ist, daß die deutsche Reichsregierung desjenigen Beschlusses eingedenk ist, welchen der deutsche Reichstag und der preußische Landtag im vorigen Jahre bezüglich der Währungsfrage gefaßt hat. Der Versuch, diese Beschlüsse dadurch zur Zeit zu beseitigen, daß man wieder verkünden zu können glaubte: England hat eine durchaus abwehrende Haltung eingenommen, es hat sich nicht einmal bereit erklären wollen, die indischen Münzstätten zu eröffnen — darf als völlig gescheitert angesehen werden nach den Erklärungen, welche seitens des englischen Ministers Balfour im Namen des englischen Kabinets im Unterhause abgegeben sind, verbunden mit den Erklärungen, welche der Minister des Auswärtigen, Freiherr von Marschall, abgegeben hat, Erklärungen, zwischen denen ja ein gewisser dunkler Punkt noch übrig bleibt, der ganz entschieden noch aufgedeckt werden wird. — Nachdem alle diese Vorgänge sich abgespielt haben, ist heute schon so viel gewiß, daß England nicht allein bereit ist in Verhandlungen einzutreten, sondern sogar dem leisen Wunsche Ausdruck gegeben hat in der Erklärung des Ministers Balfour, daß Deutschland solche Verhandlungen einleiten möchte. Unsere Regierung kann also heute nicht mehr sagen: England hat ganz und gar abgelehnt, wir können nichts machen, so gern wir wollten! — sondern sie muß gestehen: heute ist England willens, in Verhandlungen mit uns einzutreten, und infolge dessen kann unsere Aufforderung an die Regierung jetzt keine vergebliche sein.

Diese Aufforderung wird ja vielleicht auch im Parlamente wiederholt werden; aber ich halte gerade die „Vereinigung der Deutschen Steuer- und Wirthschaftsreformer" für eine Körperschaft, die sehr wohl schon heute die Sache öffentlich klarstellen kann, und halte es für nützlich, daß so vorgegangen wird, wie ich in dem Antrage vorschlage. Es liegt ja unzweifelhaft die Währungsfrage gegenüber dem Antrag Kanitz günstiger insofern, als die Regierung sich in Bezug auf den letzteren hinter das Votum des Parlaments zurückziehen kann, da der Antrag Kanitz gegen eine schwache Minderheit im Reichstage abgelehnt worden ist. Das kann sie der Währungsfrage gegenüber nicht thun, sondern da können wir fußen auf den Beschlüssen, die der deutsche Reichstag und der preußische Landtag gefaßt haben, und ich glaube in der That, die Regierung kann jetzt kaum ausweichen.

Meine Herren, an sich wollen wir uns nicht einbilden, daß auch damit schon viel gewonnen wäre. Denn wenn die Regierung durch diejenigen Vertreter auf der Münzkonferenz sich vertreten läßt, die wir bisher zu sehen gewohnt waren, wenn der Einfluß des Herrn Präsidenten Koch, der als einziger Sachverständiger in Währungsfragen in den hohen Kreisen angesehen zu werden scheint, der maßgebende bleibt, so können wir sicher sein, daß die Konferenz zu nichts führen wird. Aber vielleicht gelingt es uns, den Einfluß des Herrn Koch etwas abzumindern. Wir werden seine Leistungen als Bankpräsident vielleicht einmal einer Kritik im Reichstag unterziehen, seine Kenntnisse in der Währungsfrage desgleichen, und es ist nicht ganz unmöglich, daß er doch nicht so ganz siegreich aus diesem Kampfe hervorgeht, wie er es selbst annimmt. Er ist ja selbst überzeugt, daß er der einzige ist, der die Sache versteht und berufen ist, in dieser Frage allein die Entscheidung zu geben. Nun, wir werden wenigstens den Versuch machen, diesen Glauben bei der übrigen Welt etwas zu erschüttern.

Zum Schluß bitte ich Sie, meine Resolution anzunehmen. Sie kann uns immerhin ein Stückchen weiter bringen auf dem schweren Wege, den wir vor uns haben.

(Bravo!)

Vorsitzender Graf **von Mirbach**-Sorquitten: Ich ertheile das Wort zur Begründung seines Antrages Herrn von Wentzel. Der Antrag lautet:

„Der Import fehlerhaften und unterwerthigen Getreides und ebensolcher Futtermittel ist zu verbieten."

Ich möchte Ihnen vorschlagen, diesen Antrag dem Ausschuß zu überweisen und außerdem noch in denselben mit hineinzunehmen die Vorschläge, die hinsichtlich des ausländischen Getreides gemacht sind in Bezug auf die Bazillenfrage. Vielleicht sind die Herren damit einverstanden.

Antragsteller Rittergutsbesitzer **von Wentzel**=Belencin: Meine Herren, gestatten Sie mir, daß ich Ihnen eine kurze Begründung meines Zusatz=Antrages vortrage. Ich bin aus der Provinz Posen, und wir sehen dort täglich, wie eine Unmasse schlechter Getreidetransporte und Futterartikel, z. B. Sonnenblumen, Kleien u. s. w., aus Rußland zu uns importirt werden. Ich bin der Ansicht, daß hauptsächlich das billige, schlechte ausländische Getreide die Preise unserer landwirthschaftlichen Produkte wesentlich drückt.

(Sehr richtig!)

Ich glaube nicht, daß Cohn und Rosenberg im vorigen Herbst durch den Import von Primawaare so die Preise gedrückt haben, sondern daß sie den Preisdruck durch den Massenimport von geringwerthigen Getreidesorten im Inlande hervorgebracht haben. Ich glaube, meine Herren, daß das der Punkt ist, durch den vielleicht unsere Getreidepreise, wenn auch vielleicht nur in geringem Maße, gehoben werden können, daß wir versuchen, die schlechten Getreidesorten vom Inlandsmarkte fernzuhalten. Mein Kreisverein hat mich hierher geschickt, um den Verhandlungen der Steuer= und Wirthschaftsreformer beizuwohnen, obwohl ich nicht Mitglied bin. Durch die Liebenswürdigkeit des Herrn Grafen von Mirbach ist es mir gestattet worden, dieser meiner und meiner Berufsgenossen Ansicht hier Ausdruck zu geben. Mir ist wiederholt in Bundesversammlungen von bäuerlichen Wirthen der Einwurf gemacht worden: wir müssen unser Vieh in öffentlichen Schlachthäusern schlachten lassen, wir müssen unsere Schweine auf ihren Gesundheitszustand untersuchen lassen, wir bekommen das Vieh und Schweine zurück, wenn es z. B. Tuberkeln oder Trichinen u. s. w. hat — warum erlaubt denn der Staat auf der andern Seite, daß so geringwerthige Getreidesorten bei uns importirt werden? Ich glaube, daß mit demselben Recht, mit dem der Staat von uns verlangt, daß wir unser Vieh und namentlich unsere Schweine gesundheitlich

untersuchen lassen, wir verlangen können, daß ebenso schlechte Getreidesorten durch Untersuchung an der Grenze vom Inlandsmarkte ferngehalten werden.

Ich glaube aber auch, daß das wohl im Reichstage und bei den verbündeten Regierungen durchzusetzen ist; denn ich bin der Meinung, daß mit demselben Schein des Rechtes, mit dem der Reichstag und die verbündeten Regierungen den Antrag Kanitz zurückzuweisen für nöthig erachtet haben, sie diese selben Gründe hier nicht werden anwenden können. Ich bitte Sie, meine Herren, aus diesem Grunde meinen Antrag, der vorläufig dem Ausschuß überwiesen werden soll, gefälligst unterstützen zu wollen.

(Bravo!)

Vorsitzender Graf **von Mirbach**-Sorquitten: Ich habe nun die beiden Herren Referenten zu fragen, ob sie das Schlußwort wünschen.

Erster Berichterstatter Fabrikbesitzer **Wülfing**-M.-Gladbach: Meine Herren, ich möchte mit zwei Worten auf das, was Herr Dr. Polakowsky gesagt hat, zurückkommen. Es könnte scheinen, als ob seine Ausführungen mit den meinigen in Widerspruch ständen, aber ich bitte zu beachten, daß allen meinen Vergleichen stets nur die Textilindustrie zu Grunde liegt. Was Herr Dr. Polakowsky sagt, ist vollkommen richtig; aber trotzdem hat Argentinien für unsere deutsche Industrie immer noch eine hohe Bedeutung. Sie werden das daraus entnommen haben, mit welchem Eifer im vorigen Jahre gegen die Kündigung des argentinischen Handelsvertrages vorgegangen worden ist. Wenn ich nicht irre, betrug die Ausfuhr von Deutschland nach Argentinien über 80 Millionen.

Herr von Sydow erwähnte dann die Summe des angeblichen Umlaufs an Reichsmünzen in Deutschland seit 1873. Das sind lediglich die Prägungen von Gold, Silber, Nickel und Kupfer, und diese betragen 3⁶/₁₀ Milliarden. Aber was davon noch vorhanden ist, das ist die Frage. Jeder Uhrmacher, jeder Goldarbeiter braucht für die Herstellung seiner Waaren und für die Reparaturen nicht Goldbarren, sondern er nimmt einfach ein Zehn- oder Zwanzig-Markstück und schmilzt es ein. Das geht also alles von dem Metallgeldbestand ab. Im Jahre 1894 kam gelegentlich der Verhandlungen der Silberkommission diese Frage auch aufs Tapet; damals konnte ich die Zahlen von Ottomar Haupt anführen,

der, wenn ich nicht irre, 525 Millionen Mark von den deutschen Goldmünzen als durch die Industrie absorbirt nachwies. Es ist aber meines Erachtens viel mehr.

Ich komme nun noch kurz zur Resolution und möchte Sie bitten, die Ihnen vorliegende Fassung aufrecht zu erhalten. Es ist klar: die Regierung hat der Aufforderung des Reichstags und der beiden Häuser des Landtags keine Folge geleistet; und deshalb bitte ich um Annahme der Resolution in der vorliegenden Fassung.

Zweiter Berichterstatter Kammerherr und Landtagsabgeordneter Freiherr **von Erffa**-Wernburg: Ich möchte nur auf eine einzige Bemerkung aus der Diskussion zurückkommen. Herr Ackermann-Salisch hat bemängelt, daß ich bei meiner Berechnung der Werthverminderung des Grund und Bodens, die übrigens, wie ich bemerke, auf den Zahlen des Herrn Professors Sering beruht, nicht eine weitere Werthverminderung für die Zukunft bei gleichbleibenden landwirthschaftlichen Verhältnissen in Aussicht genommen hätte. Ich bin als alter Parlamentarier gewöhnt, mit realen und nicht mit imaginären Zahlen zu rechnen. Inwieweit der Werth des Grund und Bodens wahrscheinlich im Laufe der Jahre unter gleichbleibenden Verhältnissen sich vermindern würde, entzieht sich vorläufig unserer Schätzung.

Herr Ackermann-Salisch hat dann ein etwas unverständliches Wort von meiner starken Fühlung mit dem Herrn Finanzminister gesprochen. Dieselbe besteht darin, daß ich gleich Herrn Ackermann-Salisch jedes Jahr höher eingeschätzt werde.

(Heiterkeit.)

Ich füge aber hinzu, daß ich nicht hier in der Versammlung der Steuer- und Wirthschaftsreformer darüber klage, sondern daß ich Berufung einlege bei der Veranlagungs- und Bezirkskommission und damit allerdings bis jetzt noch Glück gehabt habe.

(Heiterkeit.)

Vorsitzender Graf **von Mirbach**-Sorquitten: Die Diskussion ist geschlossen. Wir kommen nunmehr zur Abstimmung. Vorher ertheile ich zur Geschäftsordnung Herrn von Reichel das Wort.

Rittergutsbesitzer Rittmeister **von Reichel**-Maldeuten: Meine Herren, Punkt 1 der Resolution des Herrn von Erffa lautet:

> An der Forderung der Monopolisirung der Getreideeinfuhr ist zur Zeit festzuhalten.

Meine Herren, diese Fassung halte ich für sehr bedenklich; es ist zwischen Punkt 1 und Punkt 2 der Resolution ein Gegensatz geschaffen, der leicht zu Mißverständnissen Veranlassung geben kann. Wir alle, die wir die Monopolisirung der Getreideeinfuhr wünschen, sind uns doch darüber klar, daß wir die Ausführung des Antrags Kanitz in der jetzt veränderten Form als etwas Wünschenswerthes erstreben, nicht für kurze Zeit, sondern für die Dauer.

Vorsitzender Graf **von Mirbach**-Sorquitten: Herr von Reichel, ich muß Sie unterbrechen. Die Diskussion ist geschlossen; Sie können in Bezug auf die Fragestellung zur Geschäftsordnung sprechen, aber materielle Anträge können Sie nicht mehr stellen.

Rittergutsbesitzer Rittmeister **von Reichel**-Maldeuten: Ich wollte nur beantragen, die beiden Worte „zur Zeit" zu streichen.

Geheimer Regierungsrath Landrath a. D. **von Hymmen**-Endenich (zur Tagesordnung): Ich glaube, daß der verehrte Herr Vorsitzende mich gnädiger behandeln wird, als den Herrn Vorredner. Ich bitte, die drei Punkte, die Herr Wülfing vorgeschlagen hat, welche die Münzreform betreffen und miteinander durchaus im Zusammenhang stehen, von der Resolution zu trennen und dann auch über die Punkte der Resolution gesondert abstimmen zu lassen. Die drei Punkte der Resolution des Herrn von Erffa hängen nicht unter sich zusammen. Der erste Punkt betrifft die Monopolisirung der Getreidezufuhr, der zweite die Einberufung einer Währungskonferenz und der dritte die „kleinen Mittel", insonderheit die Börsenreform. Ich beantrage, für jeden der Punkte eine besondere Abstimmung eintreten zu lassen. Für die Punkte 2 und 3 würde ich unbedingt stimmen, während ich gegen Nummer 1 stimmen muß.

Vorsitzender Graf **von Mirbach**-Sorquitten: Das geschieht so wie so. Wir kommen nun zur Abstimmung und zwar zunächst über den Antrag des Herrn von Wentzel, dem ich versprechen will, daß der Ausschuß ihn einer sorgfältigen Prüfung und der erwähnten Erweiterung unterziehen wird. Die Herren, welche den Antrag von Wentzel dem Ausschuß überweisen wollen, bitte ich die Hand zu erheben.

(Geschieht.)

(Der Antrag ist einstimmig angenommen.)

Nun kommen wir zum Antrag des Herrn von Kardorff:

Die General-Versammlung wolle beschließen:

„Auf Grund der durch die offizielle Erklärung der englischen Regierung vom 20. Februar d. J. im Unterhause bekundeten Bereitwilligkeit Englands, in Verhandlungen über eine internationale Regelung der Währungsfrage einzutreten, den Vorstand der Vereinigung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer aufzufordern:

„ein zu veröffentlichendes Schreiben an den Herrn Reichskanzler zu richten, welches denselben ersucht, den Beschlüssen des Deutschen Reichstages und beider Häuser des Preußischen Landtages, welche die Berufung internationaler Konferenzen zur Regelung der Währungsfrage fordern, nunmehr schleunigst Folge zu geben.“

Ich bitte, daß die Herren, die so beschließen wollen, die Hand erheben.

(Geschieht.)

Das ist die große Mehrheit, sogar Einstimmigkeit.

Nun kommen wir zu den Resolutionen der Herren Wülfing und von Erffa. Es liegen zur Resolution des Herrn Wülfing noch Abänderungsanträge des Herrn Ackermann vor. Ich schlage Ihnen vor, dem Ausschusse zu gestatten, dieses Amendement des Herrn Ackermann mit zu berathen; Sie wissen ja, daß alle Resolutionen dem Ausschusse zur Bearbeitung überwiesen werden. Es wird in diesem Augenblick außerordentlich schwierig sein, hier in der Generalversammlung eine sorgfältige Prüfung des Antrages Ackermann und seiner Abweichungen vorzunehmen. Ist der Herr Antragsteller damit einverstanden?

(Zustimmung.)

Dann kommen wir zur Abstimmung über die Resolutionen der Herren Referenten. Zunächst werde ich abstimmen lassen über die einzelnen Nummern der Resolution des Herrn Wülfing.

Die Resolution lautet:

„Die XXI. General-Versammlung der Vereinigung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer erklärt:

1. Die Vereinigung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer sieht nach wie vor in der Wiedereinsetzung des Silbers als gleichberechtigtes Geld eins der wichtigsten Mittel,

die wirthschaftlichen Verhältnisse zu bessern und der Landwirthschaft eine gesicherte Existenz zu schaffen, namentlich seit unsere Schutzzölle durch Handelsverträge gebunden sind.

2. Der Silberwerth kann nur dann ausreichend gehoben und festgelegt werden, wenn eine internationale Doppelwährung zu Stande kommt.

3. Die Vereinigung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer bedauert tief, daß die Deutsche Reichsregierung dem Beschluß des Reichstags und der beiden Häuser des Preußischen Landtages, betreffs Berufung einer internationalen Währungs-Konferenz keine Folge geleistet hat, erwartet aber bestimmt, daß nach der Erklärung der englischen Regierung, welche die Wiedereröffnung der indischen Münzstätten bei einer Währungsreform in Aussicht stellt, der Herr Reichskanzler die Währungsverhandlungen sofort wieder aufnehmen wird, die er nur in der Annahme fallen ließ, daß in absehbarer Zeit England in die Wiedereröffnung der indischen Münzstätten nicht willigen würde."

Sämmtliche 3 Nummern der Resolution werden einstimmig angenommen.

Nunmehr kommen wir zur Abstimmung über die Resolution des Freiherrn von Erffa.

Dieselbe lautet:

„Die XXI. General-Versammlung der Vereinigung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer wolle erklären:

1. An der Forderung der Monopolisirung der Getreideeinfuhr ist zur Zeit festzuhalten.

2. An der Forderung der Einberufung einer Währungs-Konferenz zum Zweck der Anbahnung einer internationalen Doppelwährung ist festzuhalten.

3. Die Durchführung der sogenannten kleinen Mittel, besonders einer den börsenmäßigen Getreide-Terminhandel beseitigenden Börsenreform, ist nach Möglichkeit zu beschleunigen."

Bei der Abstimmung, welche über jede Nummer besonders erfolgt, wird die Nummer 1 mit allen gegen eine Stimme, die Nummern 2 und 3 einstimmig angenommen.

Ich schlage Ihnen vor, jetzt eine Pause eintreten zu lassen, und bitte die Herren, um 2 Uhr präzise sich wieder einfinden zu wollen, da wir dann die Neuwahl des Vorstandes vornehmen müssen. Ich unterbreche die Generalversammlung.

(Pause.)

Vorsitzender Graf **von Mirbach**-Sorquitten: Ich eröffne die Sitzung wieder.

Bevor wir in der Tagesordnung weiter fortfahren, möchte ich darauf hinweisen, daß der Bimetallistenbund, dem ich allerdings persönlich nicht ganz fern stehe, wünscht, daß den Herren Gelegenheit geboten wird, sich in die Mitgliederliste einzutragen und die Druckschriften des Bundes zu entnehmen. Es liegt das Bezügliche bei Herrn Stephan aus.

Wir kommen nun zunächst zur

„Neuwahl des Vorstandes, des Ausschusses und des Engeren Komitės."

Es handelt sich also in erster Reihe um die Neuwahl von zwei koordinirten Vorsitzenden und eines Stellvertreters für die Dauer von zwei Jahren.

Rittergutsbesitzer **von Sydow**-Bärfelde: Meine Herren, ich wollte mir den Vorschlag gestatten, den Vorstand per Akklamation wiederzuwählen, und zwar zu Vorsitzenden

Herrn Grafen von Mirbach-Sorquitten und
Herrn Freiherrn von Manteuffel-Crossen,

und zum stellvertretenden Vorsitzenden

Herrn Dr. von Frege-Weltzien-Abtnaundorf.

Vorsitzender: Meine Herren, Sie haben den Vorschlag gehört. Es handelt sich also um die Wahl zweier koordinirter Vorsitzender, welche alljährlich in ihrem Amte alterniren, und eines Stellvertreters. Die Wahl per Akklamation ist nur zulässig, wenn von keiner Seite ein Widerspruch erfolgt. Da dies nicht der Fall ist, konstatire ich, daß die Herren gewillt sind, per Akklamation zu wählen; und nun liegt der Vorschlag des Herrn von Sydow vor. — Wenn kein Widerspruch erfolgt, nehme ich an, daß die drei genannten Herren gewählt werden sollen.

(Allseitige Zustimmung.)

Ich konstatire deren Wiederwahl.

Was zunächst Herrn Freiherrn von Manteuffel anlangt, so bitte ich um seine Erklärung.

Freiherr **von Manteuffel**-Crossen: Ich nehme die Wahl mit Dank an.

Vorsitzender: Ich erlaube mir desgleichen, mit Dank die Wiederwahl anzunehmen.

Herr von Frege ist nicht zugegen, er ist entschuldigt; ich zweifle aber nicht daran, daß er die Wahl annehmen wird.

Wir kommen nun zur Wahl von 10 Ausschußmitgliedern.

Rittergutsbesitzer **von Sydow**-Bärfelde: Da erlaube ich mir vorzuschlagen, die nach dem Turnus ausscheidenden Herren wiederzuwählen, und zwar gleichfalls per Akklamation. Es sind die Herren:

Major von Below-Saleske-Kusserow,
Kammerherr Dr. von Frege-Weltzien-Abtnaundorf,
A. Gontard-Mockau,
Erbjägermeister G. von Jagow-Rühstaedt,
General-Landschaftsrath von der Osten-Blumberg,
Hauptmann von Ploetz-Döllingen,
Schloßhauptmann Graf von Schlieben-Sanditten,
Dr. Schroeder-Poggelow-Berlin,
Freiherr von Thüngen-Roßbach,
Lamprecht-Klein-Mutz.

Vorsitzender Graf **von Mirbach**-Sorquitten: Meine Herren, es ist auch hier Akklamationswahl vorgeschlagen. — Es erfolgt dagegen kein Widerspruch. Für den Fall, daß sich auch jetzt kein Widerspruch erhebt, nehme ich an, daß Sie die Akklamationswahl der genannten Herren vollziehen wollen. — Das ist der Fall; die Herren sind gewählt.

Wir kommen nunmehr zur **Wahl des „Engeren Komitées“.**

Rittergutsbesitzer **von Sydow**-Bärfelde: Meine Herren, zu dem Engeren Komité bringe ich in Vorschlag, indem ich wiederum Akklamationswahl beantrage, die Herren:

Graf von Mirbach, Vorsitzender,
Freiherr von Manteuffel-Crossen,
Dr. von Frege-Weltzien-Abtnaundorf,
von der Osten-Blumberg,
Erbjägermeister G. von Jagow-Rühstaedt.

Vorsitzender Graf **von Mirbach**-Sorquitten: Auch hier ist Akklamationswahl vorgeschlagen. — Es erfolgt kein Widerspruch dagegen; dann nehme ich an, daß Sie die Herren gewählt haben. — Ich konstatire dies.

Wir kommen nunmehr zum letzten Punkte unserer Tagesordnung:

„Die Transportkosten (Tarife) und ihr Einfluß auf die Preise."

Berichterstatter Graf **von Kanitz**-Podangen: Meine Herren, die Frage, welchen Einfluß die Transportkosten auf die Preisbildung üben, ist, theoretisch betrachtet, sehr leicht zu beantworten. Der Preis, welchen der Produzent für seine Waare erhält, wird in der Regel der Marktpreis sein, unter Abzug der Kosten des Transports bis zum Marktorte. Eine Verbilligung der Transportkosten bedeutet also eine Steigerung des Waarenpreises am Erzeugungsorte. Daraus folgt aber weiter, daß die Steigerung des Waarenpreises am Erzeugungsorte auch zu einer Steigerung der Produktion, also zu einer Vermehrung des Angebots am Markte anregen muß. Aus dieser Steigerung des Angebots ergiebt sich wiederum ein Sinken des Marktpreises und so ist die Folge dieses Hergangs in der Regel die, daß mit der Verbilligung des Transports eine Verminderung des Waarenpreises eintritt und der Vortheil, welcher dem Produzenten anfänglich erwachsen ist, wieder verwischt wird, ja vielfach sogar in das Gegentheil umschlägt, wie wir es ja bei den wichtigsten Waaren des Weltverkehrs wahrnehmen können. Das ist ein ganz einfacher und natürlicher Hergang.

Betrachtet man die Sache aber auch vom praktischen Gesichtspunkte und verbindet man damit die zweite Frage, ob die Prinzipien, nach welchen die Transportkosten in den einzelnen Ländern bemessen sind, gerecht und billig sind oder ob eine Aenderung dieser Prinzipien anzustreben ist, dann gewinnt das Thema ganz außerordentlich an Umfang und Bedeutung. Wenn wir diese praktischen Fragen ins Auge fassen, müssen wir natürlich zunächst alle diejenigen Transporte ausscheiden, welche Gegenstand der freien Konkurrenz, des internationalen Wettbewerbes sind, und das sind die Seefrachten. An dem überseeischen Transport der Waaren können sich alle Nationen gleichmäßig betheiligen, an dem Transport der Waaren von Amerika nach Europa und umgekehrt nehmen alle Völker theil, Engländer,

Deutsche und vorzugsweise auch die Norweger. Die Regierung eines einzelnen Landes kann keinen Einfluß auf die Bildung dieser Frachtsätze ausüben. Gleichwohl ist aber gerade die Gestaltung der überseeischen Frachten von einer ganz eminenten wirthschaftlichen Bedeutung.

Ich habe nun mit den beiden anderen Herren Referenten mich dahin geeinigt, daß Herr von Sydow Ihnen die Entwicklung des Seefrachtverkehrs vortragen wird, während ich mir das Referat über die Eisenbahnfrachten vorbehalten habe, eigentlich, streng genommen, über die binnenländischen Frachten, und Herr von Mendel wird, wenn ich recht informirt bin — ich habe mit ihm noch nicht darüber gesprochen — vorzugsweise auf die Kanalfrachten sein Augenmerk richten. Zu den binnenländischen Verkehrsstraßen, die ich zu betrachten wünsche, gehören natürlich auch Kanäle und Flüsse, und gerade der Verkehr auf Kanälen und Flüssen hat in neuerer Zeit einen enormen Aufschwung genommen. Ich darf daran erinnern, daß die Wasserstraße des Rheins jetzt die gefährlichste Einbruchsstraße für ausländische Importe ist. Der Verkehr auf dem Rheine ist für die westlichen Landestheile von viel größerer Bedeutung als z. B. die so viel besprochenen Staffeltarife. Im Jahre 1893 wurden 26 Millionen Doppelzentner ausländischen Getreides nach Deutschland eingeführt und davon gingen über 13 Millionen Doppelzentner, also etwa die Hälfte, den Rhein hinauf.

(Hört! Hört!)

Nun ist es ja eine sehr schwierige Sache, durch die vielfach gewünschte Erhöhung der Schifffahrtsabgaben eine Aenderung dieses Zustandes herbeizuführen. Im vorigen Jahre, als der Staatsrath hier tagte, hatte ein Mitglied desselben ursprünglich beabsichtigt, die Erhöhung der Wasserfrachten in Antrag zu bringen. Aber, meine Herren, das ist ein Ding der Unmöglichkeit; denn für die wichtigsten Ströme haben wir besondere internationale Verträge. Wir haben die Rheinschifffahrtsakte, die Elbschifffahrtsakte, die Donauschifffahrtsakte; an allen diesen Verträgen sind die verschiedensten Staaten betheiligt, und da ist nun vorgeschrieben, daß Schifffahrtsabgaben nur in der Höhe erhoben werden dürfen, daß dadurch die nachgewiesenen Kosten für die Stromregulirung resp. die Zinsen des auf die Verbesserung der Wasserstraßen angewendeten Kapitals gedeckt werden, und es war mir nicht schwer nachzurechnen, daß beispielsweise für den Rhein eine Belastung des Frachtverkehrs mit den

Zinsen des auf die Regulirung dieses Flusses verwandten Kapitals ungefähr eine Abgabe ergeben würde von 20 Pfennig pro Tonne oder 2 Pfennig pro Doppelzentner. Das ist natürlich eine so verschwindende Abgabe, daß sie gar nicht ins Gewicht fällt.

Auf den Kanälen liegen die Dinge zwar etwas anders. Jede Landesregierung, die einen Kanal baut, kann beliebig Kanalfrachten einführen; aber die ganze Richtung unserer Entwicklung geht dahin, auch die Kanalfrachten auf einem möglichst niedrigen Stande zu halten, und ich glaube nicht, daß es möglich sein wird, durch Steigerung der Kanalfrachten eine merkliche Hebung des Waarenpreises zu erreichen.

Dies vorausgeschickt, möchte ich mich nun zu meinem eigentlichen Thema wenden, zur Frage der Eisenbahntarife. Ich lege dem Studium der Eisenbahntarife eine ganz außerordentliche Bedeutung bei. Denn wenn auch der niedrige Stand der Wasserfrachten hauptsächlich dazu beigetragen hat, die ausländischen Waaren auf dem deutschen Markte billig zu machen, so dürfen wir doch nicht vergessen, daß in den Hauptexportländern die Eisenbahnen die nothwendigen Zufuhrwege zu den binnenländischen Waarenstraßen oder auch direkt bis zum Meere bilden, und daß ohne ausgedehnten Eisenbahnverkehr in diesen Ländern auch die Konkurrenz dieser Länder eine weit weniger bedrohliche sein würde. Die Frage, ob die Eisenbahnfrachten in dieser oder jener Höhe zu veranlagen sind, ob sie nur die Selbstkosten decken, vielleicht noch darunter gehen dürfen oder darüber zu erhöhen sind, diese Frage ist meiner Ansicht eine der wichtigsten, welchen der Nationalökonom sich zuwenden kann. Zwar sind es ja nur Pfennige und Bruchtheile von Pfennigen, nach denen die Kilometersätze bemessen sind; aber in dieser Rechnung werden die Pfennige zu Millionen, in ihrer Wirkung sind die Differenzirungen nach Hunderten von Millionen zu berechnen; der Wohlstand ganzer Erwerbszweige, ja der Wohlstand ganzer Länder kann von der differentiellen Tarifirung abhängen.

Auf eine Darlegung des deutschen Tarifsystems, speziell des preußischen, möchte ich mich nicht einlassen; ich möchte mich namentlich den Ländern zuwenden, welche eben als Hauptkonkurrenten der deutschen Landwirthschaft zu betrachten sind, bei denen gleichfalls die Eisenbahnen eine hervorragende Rolle spielen. Das ist Amerika, Oesterreich und Rußland. Argentinien und Rumänien lasse ich aus-

scheiden, weil dort der Wasserverkehr hauptsächlich ins Gewicht fällt; der Eisenbahnverkehr tritt für diese Länder vollständig in den Hintergrund. Aber Amerika bietet uns recht interessante Beispiele zum Vergleich und zur Beurtheilung der Frage, ob die Frachtsätze in andern Ländern gerecht und billig sind und ob vielleicht Aenderungen herbeigeführt werden können.

Da möchte ich zunächst daran erinnern, daß Amerika das weitaus größte Eisenbahnnetz der ganzen Welt hat: die amerikanischen Eisenbahnen haben 40 000 Kilometer mehr Länge als sämmtliche europäischen Eisenbahnen zusammengenommen, und zwar sind es sämmtlich nur Privatbahnen, welche einen unerbittlichen Konkurrenzkampf mit einander führen. Die Kapitalsmacht ist in der Regel die entscheidende in diesem Kampfe; derjenige, welcher es am längsten aushält, welcher im Stande ist seine Konkurrenten mit niedrigen Frachten zu unterbieten, ist in der Regel Sieger in diesem Kampfe; und mit welcher Erbitterung dieser Kampf geführt wird, wollen Sie daraus ersehen, daß im Jahre 1893 in Amerika 74 Eisenbahn-Gesellschaften bankrott gemacht haben mit einem Kapital von 1611 Millionen Dollars. Diese Eisenbahnen sind in receivers hand gerathen, wie man in Amerika sagt, das heißt sie sind in Zwangsverwaltung gekommen.

Nun sind die Zustände in Amerika aber für die Eisenbahnbesitzer natürlich höchst unerfreuliche; die reichsten Leute wissen heute nicht, ob sie über ein Jahr nicht zum Bettler geworden sind und ob nicht vielleicht die Eisenbahn, an welcher der Betreffende betheiligt ist, über kurz oder lang bankrott gemacht haben wird. Es hat sich deshalb seit einer Reihe von Jahren das Bestreben geltend gemacht, möglichst feste und gleichmäßige Tarifsätze für Eisenbahnfrachten zu erlangen, und so ist im Jahre 1887 nach vielen Bemühungen ein Tarif zu Stande gekommen, der von den sogenannten Neuenglandstaaten in erster Linie angenommen worden ist, welcher die sämmtlichen großen Transportgüter — es handelt sich natürlich immer nur um volle Wagenladungen — in 6 Klassen theilt; der Frachtsatz geht herunter von 75 Cents bis auf 25 Cents. Das würden also Frachtsätze von 4,58 Pfennig bis herunter auf 1,58 Pfennig pro Tonne sein. Vergleicht man damit die deutschen Frachtsätze, so sind diese erheblich höher. Sie gehen für volle Wagenladungen der Klasse B von 6 Pfennig herunter bis zum Spezialtarif III mit

2,2 Pfennig pro Tonne und Kilometer. Also die amerikanischen Frachten sind an und für sich schon erheblich billiger.

Nun aber, obwohl dieser Tarif im Großen und Ganzen acceptirt wurde, setzten die amerikanischen Eisenbahnen unter der Hand ihren Konkurrenzkampf fort, suchten durch heimliche Vereinbarungen mit den Verfrachtern sich noch eine Ueberlegenheit gegenüber ihren Konkurrenten zu sichern, und so glimmt das Feuer unter der Asche immer noch fort. Man muß auch in Amerika unterscheiden zwischen Sommer- und Winterfrachten. Die Winterfrachten sind natürlich höher, denn es sind dann die Kanäle und Wasserstraßen zugefroren und die wichtigsten Transportartikel müssen den Eisenbahnweg nehmen. Halten die Eisenbahngesellschaften auch im Sommer ihre Tarife so hoch, so gehen die Güter alle auf die Wasserstraßen über. Man hat also in Amerika auch für die vollen Wagenladungen gewissermaßen einen Sommer- und einen Winterfahrplan, wie wir ihn in Deutschland für den Personenverkehr haben; aber die wichtigste Route für Amerika, was speziell den Getreidetransport betrifft, ist die Linie Chicago-New-York, und da hat im Jahre 1892 der Frachtsatz gestanden auf 1,39 Pfennig pro Tonne und Kilometer, und dabei haben die Eisenbahnen immer noch gute Geschäfte gemacht. Der preußische Satz beträgt 4,5 Pfennig pro Tonne und Kilometer, also ungefähr das Dreifache. Sie sehen daraus, daß unsere Eisenbahnen, wenn sie wollten, noch erheblich mit ihren Sätzen heruntergehen könnten. Ich darf vergleichsweise anführen, daß für dieselbe Strecke Chicago-New-York die Wasserfracht sich auf 0,55 Pfennig pro Tonne und Kilometer stellt. Rechnen Sie die billige Seefracht von dort nach hier auf etwa 9 Mark pro Tonne, so finden Sie, daß die ganzen Frachtsätze für das amerikanische Getreide sehr gering sind gegenüber den Frachten, welche in Deutschland und Preußen der binnenländische Verkehr zu tragen hat. Herr von Sydow wird das wahrscheinlich noch näher ausführen.

Ich gehe weiter über auf Oesterreich. Der österreichische Getreideexport hat allerdings in den letzten Jahren für uns fast ganz seine Bedeutung verloren. Bei allen Getreidearten hat sich ein kolossaler Rückgang des Exports bemerkbar gemacht, mit alleiniger Ausnahme von Gerste, die eine Spezialität der österreichischen Landwirthschaft ist. Aber Oesterreich steht jetzt auf dem Wendepunkt, aus einem Getreide exportirenden Lande zu einem importirenden

Lande zu werden. In Oesterreich ist man so weit, daß man einsieht, daß nur bei einer guten Ernte, mindestens bei einer guten Mittelernte, etwas Exportgetreide übrig bleibt. Ist die Ernte unter Mittel, so muß auch Oesterreich schon Getreide einführen. Es besteht ferner eine gewisse Konkurrenz auch innerhalb des österreichischen Staatengebietes zwischen der östlichen und westlichen Reichshälfte, zwischen Ungarn und den westlichen österreichischen Ländern. Die Ungarn haben immer noch Getreide zum Export übrig, während die westliche Hälfte schon Getreide zu importiren genöthigt ist, und die Voraussetzungen, von denen die österreichische Regierung ausging beim Abschluß des Handelsvertrages mit Deutschland, daß Oesterreich ein großes Interesse an der Herabsetzung der deutschen Getreidezölle habe, sind seitdem vollständig in den Hintergrund getreten, um so mehr, als ja durch die Ausdehnung der Meistbegünstigung seitens der deutschen Regierung auch eine Steigerung des Getreidepreises speziell für Oesterreich durch Herabsetzung der Zölle nicht hat erwachsen können.

Nun hat aber das österreichische Eisenbahnsystem sehr erhebliche Wandlungen durchgemacht in allerneuester Zeit. Sie haben Alle gewiß gehört von dem ungarischen Zonentarif, und der wirkte gewissermaßen ansteckend auch auf die westliche Reichshälfte. Diese Ansteckung reicht sogar bis zu uns nach Preußen hinein: alljährlich werden bei uns im Abgeordnetenhause Reden gehalten zu Gunsten des Zonentarifs nach ungarischem Muster. In Oesterreich-Ungarn selbst ist man darüber inzwischen anderer Ansicht geworden. Als der ungarische Zonentarif eingeführt wurde, glaubte man in der westlichen Reichshälfte gegen ähnliche Reformen sich nicht verschließen zu dürfen, und der damalige Eisenbahnminister von Czedick führte eine allgemeine Verbilligung der Eisenbahntarife im Güterverkehr ein — Oesterreich hatte bis dahin ein weit ausgebildetes Staffelsystem — Czedick setzte die Frachten noch weiter herunter. Die Neuerung trat am 1. Juli 1891 ins Leben, führte aber sofort zu so großen Einnahmeausfällen, daß ein allgemeiner Sturm der Entrüstung sich kundgab, namentlich von Seiten der Privatbahnen, welche diesen staatlichen Tarif übernehmen mußten. Dieselben wurden in ihren Einnahmen erheblich geschädigt und schrieen sofort nach einer Wiedererhöhung der Tarife. Derselbe Wunsch gab sich auch in Regierungskreisen kund; Czedick mußte abtreten. Ein anderer

Minister von Bilinski wurde berufen und derselbe plante sofort eine Erhöhung der Tarife, die natürlich bei den Handelsinteressenten auf einen lebhaften Widerspruch stieß. Gleichwohl wurde am 15. Juli 1892, also ein Jahr nach der Herabsetzung des Tarifs, wieder ein neuer Tarif eingeführt mit wesentlicher Erhöhung. Dann folgten einige Jahre besserer finanzieller Abschlüsse. Jetzt ist man aber in Oesterreich wieder zu einem neuen Gütertarif gelangt, der mit dem 1. Januar dieses Jahres eingeführt wurde und abermals eine sehr beträchtliche Erhöhung enthält. Man macht dort gewissermaßen die Erhöhung der Tarife zur Vorbedingung der weiteren Verstaatlichung der Eisenbahnen. Die Staatsregierung sagt sich, daß, wenn sie mit der Verstaatlichung vorgehen soll, sie sichere Einnahmen haben muß. Das ist der Hauptgrund, weswegen von Seiten der österreichischen Regierung auf eine Erhöhung der Tarife gedrungen wird. Sie wird dabei sekundirt von den Privatbahnen und dem dabei interessirten Publikum, also den Aktionären, und so geht der Prozeß leicht und glatt von statten, viel leichter als es bei uns in Preußen der Fall sein würde. Wenn wir hier zu Lande ohne gehörige Ueberlegung mit Frachtermäßigungen vorgehen wollten, würde es sehr schwer sein, wieder zu einer Erhöhung der Tarife zu gelangen. Denn hier steht die Staatsregierung allein dem großen Publikum gegenüber, während in Oesterreich das Interesse zwischen der Regierung und dem Publikum sich vertheilt.

Der neue österreichische Tarif erhöht namentlich die Sätze für den Nahverkehr, läßt die Tarife für den Fernverkehr aber mit einer Art Staffelung ziemlich unberührt. Also die Getreidetarife, die speziell dem Export von Gerste dienen, sind fast unverändert geblieben. Gleichwohl hat Oesterreich, wie erwähnt, kein sehr großes Interesse an dem Getreideexport nach Deutschland und uns können die Tarife ziemlich, ich will nicht sagen: gleichgültig sein, aber sie spielen doch keine wichtige Rolle mehr.

Ich gelange nun zu dem dritten Konkurrenzlande, das ist Rußland. In Rußland hat das Tarifsystem in den letzten Jahren die allerstärksten Umgestaltungen erfahren, und wenn Sie einen Blick auf die Karte werfen, werden Sie finden, daß Rußland trotz seiner vielen und guten Wasserstraßen nur mit Hilfe der Eisenbahnen im Stande ist, seine großen Massen Getreide in Bewegung zu setzen. Die Wasserstraßen sind dort auch einen großen Theil

des Jahres zugefroren und die Getreideexporte sind dann eben mit Nothwendigkeit auf die Eisenbahnen angewiesen. Rußland hat eine nur geringe Ausdehnung des Eisenbahnnetzes; es sind im Ganzen 33 000 Kilometer, von denen 14 500 auf die Staatsbahnen und 18 500 auf Privatbahnen entfallen. Bis zum Jahre 1887 waren auch die Privatbahnen ziemlich frei und unabhängig in Bezug auf die Durchbildung ihrer Tarife; sie konnten Frachtsätze einführen und erheben, in welcher Höhe sie wollten, die Beschränkungen dieser Autonomie waren von keiner wesentlichen Bedeutung. Da kam aber in den russischen Regierungskreisen die Erkenntniß zum Durchbruch, daß gerade von der Gestaltung der Tarifsätze auch die Entwickelung der ganzen gewerblichen und industriellen, überhaupt der wirthschaftlichen Thätigkeit des Landes abhänge. Und so versuchte man — die Anfänge dieser Bestrebungen reichen bis in das Jahr 1883 zurück — zu einem einheitlichen Tarifsystem zu gelangen, welchem auch die Privatbahnen sich unterzuordnen haben würden, und vornehmlich richtete sich damals schon das Bestreben der Regierung dahin, für den wichtigsten russischen Ausfuhrartikel — das ist eben das Getreide — gleichmäßige und niedrige Frachtsätze bis zu den Häfen und westlichen Landesgrenzen herzustellen. Hand in Hand damit gingen die Bestrebungen, für ein anderes wichtiges Produkt, nämlich das Naphtha, Tarifermäßigungen herbeizuführen. Ich will mich aber hauptsächlich den Getreidefrachten zuwenden. Vom Jahre 1883—1885 fanden im russischen Staatsrath sehr eingehende Berathungen statt; die Frage war nicht ganz leicht zu lösen, denn ein Herabsetzen der Getreidefrachten mußte natürlich zu einer Verminderung der Eisenbahneinnahmen führen, für mehrere Jahre wenigstens, bis durch die Herabsetzung der Frachten eine Vermehrung des Getreidebaues, also eine Steigerung des Verkehrs eingetreten sein würde — der Staat hatte ferner fast allen Privatbahnen gegenüber eine Zinsgarantie übernehmen müssen —, mußte also für die etwaigen Frachtausfälle Ersatz leisten. Gleichwohl kam man im Jahre 1885 im Staatsrath zu dem Entschluß, für alle Getreidefrachten einen einheitlichen Satz von $^{1}/_{80}$ Kopeke pro Pud und Werst vorzuschreiben; das war (zum damaligen Rubelkurse von 200) 1,91 Pfennig pro Tonne und Kilometer. Ich stelle auch hier den preußischen Satz von 4,5 Pfennig gegenüber; also dieser neue von der russischen Regierung vorgeschlagene Satz stand unter

der Hälfte des heute noch geltenden preußischen Frachtsatzes. Trotzdem aber fand man diesen Satz in Rußland noch viel zu hoch und er gelangte deshalb auch nicht zur Annahme, sondern man führte im Jahre 1888 einen Staffeltarif ein, welcher Staffelungen enthielt bis zur Entfernung von 3000 Werst, und für die über die Strecke von 3000 Werst hinausliegenden Entfernungen sollte ein Satz von nur $^1/_{200}$ Kopeke pro Pud und Werst, das ist 0,57 Pfennig, also rund $^1/_2$ Pfennig erhoben werden. Das ist ein Satz, den man früher im Eisenbahnverkehr gar nicht für möglich gehalten hätte.

Aber, meine Herren, wir müssen uns dabei vergegenwärtigen, daß dieser niedrige Satz nur zur Geltung kommen sollte für Entfernungen von über 3000 Werst. Eine Werst hat 1067 Meter, also etwas mehr als ein Kilometer, und auch aus dem Innern Rußlands an die Küste gelangende Getreidesendungen haben nur selten so kolossale Entfernungen zu überwinden. Diese Sätze, wie sie der 88er Tarif vorschrieb, erscheinen also nur äußerlich ungemein niedrig, in Wirklichkeit waren sie es nicht so sehr, und die russische Regierung ruhte nicht, sie schritt bald zu einer weiteren Verbilligung, indem sie freilich die Streckensätze nicht ermäßigte, aber die Staffelungen anders konstruirte. Es wurde im Jahre 1892 ein neuer Getreidetarif eingeführt. Da wurden zunächst die Cerealien in vier Kategorien eingetheilt; die erste enthielt das ungemahlene Getreide, die zweite das Mehl, die dritte Kleie und Oelkuchen und die vierte Oelfrüchte. Dazu wurden drei Staffeln vorgeschrieben: die erste von 1—180 Werst, die zweite von 180—980 Werst und die dritte über 980 Werst hinaus, und für diese letzte Staffel wurde der Streckensatz von $^1/_{100}$ Kopeke pro Pud und Werst gleich 1,14 Pfennig pro Tonne und Kilometer eingeführt. Dieser Satz enthält für die größten Entfernungen allerdings einen etwas höheren Streckensatz, stellt sich aber doch noch niedriger als der vorhergehende Tarif, wenigstens für die praktische Ausnutzung.

Nun, meine Herren, muß ich, ehe ich weiter gehe, noch kurz in Vergleich stellen die russischen Einfuhrtarife. Rußland hat nämlich besondere Ausfuhr- und besondere Einfuhrtarife. Und wenn es einen allbekannten russischen Grundsatz giebt, ein Sprichwort, welches lautet: „Rußland gehört den Russen, seine Produkte gehören der Welt" — so finden Sie diesen Grundsatz vollständig in dem

russischen Tarifsystem bestätigt. Die Ausfuhr soll mit allen möglichen Mitteln forcirt und befördert, die Einfuhr fremder Waaren nach Rußland aber möglichst gehindert werden. Gleichzeitig aber — und das war ja ein Ding der Nothwendigkeit — mußte auch auf eine angemessene Frachteinnahme Betracht genommen werden, weil die russischen Staatsfinanzen wesentlich von den Eisenbahneinnahmen abhängen — und, wie ich schon bemerkte, nicht blos für die Staatsbahnen, sondern auch rücksichtlich der Privatbahnen. Und so wurde fast gleichzeitig mit dem von mir erwähnten Getreidetarif von 1888 ein besonderer russischer Einfuhrtarif konstruirt, als dessen Endpunkt Moskau angenommen wurde. Alle Tarifsätze wurden geregelt von der Grenze resp. von der Küste in der Richtung auf Moskau. Dieser Tarif umfaßte 8 Klassen; es waren sämmtliche irgendwie in Betracht kommenden Artikel und Waaren in etwa 1200 einzelnen Nummern aufgeführt, diese wiederum in 129 Gruppen vertheilt und auf 8 Klassen repartirt. In der ersten Klasse war der Tarifsatz $^1/_{10}$ Kopeke pro Pudwerst für die Route Petersburg—Moskau (625 Werst), und $^1/_{25}$ Kopeke für Noworossisk—Moskau (1583 Werst); in der 8. Frachtklasse $^1/_{40}$ Kopeke für erstere, $^1/_{78}$ Kopeke für letztere Route. Eine Ermäßigung dieser Frachtraten ist den Privatbahnen untersagt. — Ich führe nur diese beiden Ziffern an: $^1/_{10}$ und $^1/_{40}$ Kopeke sind die Normalsätze für die Einfuhr, $^1/_{100}$ Kopeke ist der Satz für die Ausfuhr.

Man hat nun freilich in Deutschland und zwar vielfach, ohne sich den Sachverhalt genau zu vergegenwärtigen, Vergleiche gezogen zwischen den russischen Einfuhrtarifen und unseren deutschen Tarifen, denn bekanntlich sind die Russen durch ältere Verträge berechtigt, alle preußischen Eisenbahnen zu benutzen zu denselben Frachtsätzen, welche von den preußischen Frachtgütern erhoben werden. Man hat geglaubt, daß die russischen Frachtsätze des Einfuhrtarifs erheblich über den preußischen Frachtsätzen ständen, daß also verhältnißmäßig die russischen Waaren, welche nach Deutschland gehen, geringere Frachtkosten zu tragen haben, als umgekehrt. Das ist ganz richtig, aber nur, wenn man den Rubel als vollwerthig zu 3,25 Mark rechnet. Nimmt man aber den heutigen Kurs von 218 an, so stellt sich heraus, daß die russischen Einfuhrtarifsätze ungefähr unseren normalen Sätzen gleichstehen. Es würde zu weit führen, wenn ich Ihnen dies von Fall zu Fall für alle Tarifklassen vor-

rechnen sollte. Es ist aber thatsächlich so, und ich glaube das hervorheben zu müssen einfach vom Standpunkte der Gerechtigkeit aus. Wir müssen anerkennen, daß die Russen unsere deutschen und überhaupt die ausländischen Waaren und Güter nicht wesentlich theurer fahren, daß unsere Güter nicht höhere Frachten zu tragen haben, als umgekehrt die russischen Güter nach Deutschland, wenn man eben den Rubelkurs in Betracht zieht. Gleichwohl aber bleibt bestehen, daß die russische Regierung die Ausfuhrtarife sehr viel billiger konstruirt hat, trotzdem also die russische Ausfuhr, soweit sie sich im Innern des eigenen Landes befindet, erheblich bevorzugt ist, gegen die Einfuhr von Deutschland nach Rußland. Meine Herren, welche Anstrengungen die russische Regierung macht, um der darniederliegenden Landwirthschaft zu helfen, um das Getreide aus dem Lande zu schaffen, das können Sie auch daraus ersehen, daß die russische Regierung, ganz abgesehen von der Zinsgarantie, auch den Privatbahnen, welche bisher Ueberschüsse erzielten, noch extra eine Vergütung zahlt dafür, daß sie die niedrigen Getreidefrachtsätze sich gefallen lassen.

Endlich, meine Herren, nachdem alle diese Mittel noch nicht genügten, das Getreide zu evacuiren und dem kolossal gesteigerten Getreidebau im Innern Rußlands Rechnung zu tragen, ging man noch weiter und zwar zur Zeit des deutsch-russischen Zollkrieges. Als der höhere Getreidezoll von 7,50 Mark in Deutschland gegen Rußland eingeführt wurde, die deutsche Grenze also dem russischen Getreide verschlossen wurde, da schloß die russische Regierung eine Tarifkonvention mit der rumänischen und österreichischen Regierung und zwar für die Durchfuhr von Getreide durch Oesterreich und Rumänien in der Richtung nach der Schweiz, Italien und Frankreich. Die österreichische Regierung ging auf diesen Wunsch ein und bewilligte der russischen Regierung für diese Durchfuhr Frachtsätze, welche weit unter den österreichischen Frachtsätzen standen; nach französischer Münze berechnet, mit 2 und 2½ Centimes, also nicht einmal 2 Pfennig pro Tonne und Kilometer.

Dadurch wird bestätigt, was ich vorhin sagte, daß Oesterreich an der Getreideausfuhr kein erhebliches Interesse mehr hat, denn sonst würde die österreichische Regierung sich nicht entschlossen haben, die russische Ausfuhr nach Italien, der Schweiz und Frankreich — das sind gerade solche Länder, die Oesterreich versorgen könnte —

durch weitere Tarifmaßregeln zu unterstützen. Selbstverständlich verhielt sich die ungarische Reichshälfte diesem russischen Wunsche gegenüber absolut ablehnend. Durch Ungarn durfte kein Korn russischen Getreides hindurch, sondern nur durch die westliche Hälfte Oesterreichs und, wie ich bereits sagte, ebenso durch Rumänien, um an die Donau zu gelangen.

Aber das Alles half den Russen noch sehr wenig. Mir liegt eine Statistik vor, welche speziell den Getreideverkehr betrifft, wie er sich aus Rußland auf Grund der österreichischen Tarifkonvention entwickelt hat. Da sind in den Monaten September-Oktober 1893 an einer einzigen galizischen Grenzstation 6200 Waggons russischen Getreides gezählt worden, welche nach der Schweiz und Italien gingen. Aber, meine Herren, es war auch nicht ein einziger Waggon Roggen dabei, es war fast alles Gerste, Weizen und Hafer. Roggen wird eben in den Ländern, die ich nannte, nicht verzehrt und nicht gewünscht. Also mit ihrem Roggen blieben die Russen sitzen. Sie mußten folglich einsehen, daß sie auch mit all den Anstrengungen, die sie machen mußten, um diese Tarifsätze zu erlangen, dem Bedürfnisse des einheimischen Getreidebaues nicht genügt hatten. Der Roggen blieb im Lande und die Regierung mußte danach trachten, weitere Absatzwege zu erschließen.

Deswegen wurde fast gleichzeitig mit dem Zustandekommen des deutsch-russischen Handelsvertrages, also als die deutsche Grenze dem russischen Getreide wieder geöffnet wurde, diese Tarifkonvention mit Oesterreich gekündigt, gleichzeitig aber oder kurz darauf wieder ein Tarif geplant, welcher über alles bisher Gebotene hinausging. Derselbe will nämlich das Prinzip der Staffelung vollkommen fallen lassen und will für die ganzen Strecken, welche das Getreide im Innern des Landes zu durchlaufen hat, einen einheitlichen Satz von $^1/_{100}$ Kopeke pro Pud und Werst feststellen, so daß also die Fracht durch ganz Rußland 1,14 Pfennig pro Tonne und Kilometer beträgt. Immer wieder muß ich dieser Ziffer den preußischen Satz von 4,50 Pfennig gegenüberstellen. Meine Herren, dieser Tarif ist allerdings bis zum heutigen Tage noch nicht zur Einführung gelangt, aber der russische Staatsrath hat ihn beschlossen, und ich glaube, es handelt sich einstweilen nur noch um den Widerstand des russischen Finanzministers, welcher von dieser Maßregel doch sehr weitgehende Einnahmeausfälle besorgt. Wie mir aber

andererseits mitgetheilt wird, steht die Einführung nahe bevor und sowie das geschieht, müssen wir das russische Getreide auf unseren preußischen Bahnen ebenfalls nach unseren östlichen Hafenplätzen Königsberg und Danzig zu denselben Frachtsätzen fahren, nämlich zu $^1/_{100}$ Kopeke pro Pud und Werst, während der bisherige Satz $^1/_{60}$ bezw. $^1/_{65}$ Kopeke pro Pud und Werst gewesen ist.

Meine Herren, zu diesen großen Anstrengungen, welche die russische Regierung macht, um den einheimischen Getreidebau zu fördern, gehört natürlich auch das, was die russische Regierung beim Abschlusse des Handelsvertrages von uns erlangt hat, und ich kann nicht umhin, mit wenigen Worten auf das sicherlich Vielen von Ihnen bekannte Zusatzprotokoll zum russischen Handelsvertrage zurückzugreifen.

Bis zum Abschluß dieses Handelsvertrages bestand ein alter Vertrag, wonach die russische Regierung das Recht hatte, ihr Getreide nach Königsberg, Danzig und Memel zur überseeischen Ausfuhr zu denselben Sätzen zu schicken, welche sie für die inneren Linien vorgeschrieben hatte. Die Fracht wurde dann im Ganzen berechnet und wurde zwischen Preußen und Rußland pro rata der Strecke vertheilt. Als nun der russische Handelsvertrag im Reichstag berathen wurde, da sah einer meiner Freunde — ich selbst bin es nicht einmal gewesen — zu seiner Ueberraschung, daß der französische und der deutsche Text des Vertrages eine gewisse Abweichung von einander zeigte. Im französischen Text steht: Die russische Regierung hat das Recht, zu den von ihr vorgeschriebenen Frachtsätzen ihr Getreide nach den preußischen Hafenstädten Königsberg, Danzig und Memel zu schicken. Im französischen Text steht ausdrücklich: „villes-ports“, d. h. Hafenstädte, und die Russen haben das Wort „villes-ports“ auch gleich als „Hafenstädte“ übersetzt; in einer mir vorliegenden Broschüre, die damals in Rußland in deutscher Sprache gedruckt worden ist, war auch diese Uebersetzung eine ganz korrekte. Im deutschen Text des uns vorgelegten Vertrages stand aber nur: „Häfen“. Das hatte offenbar den Zweck, uns glauben zu machen, daß die bisherigen Abmachungen bestehen bleiben sollten und daß das russische Getreide nur nach den Häfen zur überseeischen Ausfuhr befördert werden, aber nicht etwa in den Hafenstädten in den freien Verkehr treten sollte. Gleichwohl stellte sich heraus, daß die deutsche Regierung in ihrer sehr weit gehenden Nach-

giebigkeit, die sie niemals wird verantworten können, diese neue Konzession an Rußland gemacht hatte.

Denn welche Bedeutung diese Aenderung in dem bisherigen Zustand speziell für uns in Ost- und Westpreußen hat, können Sie leicht ermessen, wenn Sie sich vergegenwärtigen, daß der ganze Lokalkonsum der Städte Königsberg und Danzig jetzt mit russischem Getreide befriedigt wird und daß die Einwohnerzahl von Königsberg, die etwa 150000 beträgt, gegen 8 Prozent der Einwohnerschaft der ganzen Provinz ausmacht. Ferner werden dadurch die großen Königsberger Mühlen mit diesem billigen russischen Getreide versorgt. Sie schicken ihr Mehl in die Provinz und ruiniren damit das einheimische Mühlengewerbe, was ja in erhöhtem Maße wieder auf die Landwirthschaft drücken muß. Kurz und gut, der Schaden, den die östlichen Provinzen von dieser Neuerung haben, welche die Russen ganz unter der Hand durchgedrückt haben, ist ganz unberechenbar und veranlaßte mich, im Abgeordnetenhause vor 2 Jahren zu erwähnen, es schiene mir, daß man den preußischen Eisenbahnminister beim Abschluß dieses Vertrages nicht zu Rathe gezogen hätte. Ob das nun geschehen ist, weiß ich nicht, ich kann mir aber nicht denken, daß ein preußischer Eisenbahnminister diese Forderung der russischen Regierung gutheißen kann. Hat er Widerspruch erhoben, so ist man wahrscheinlich über diesen Widerspruch ebenso glatt zur Tagesordnung übergegangen, wie über manches andere berechtigte Bedenken. Immerhin ist das aber ein Zeichen dafür, wie geschickt und mit welcher Hartnäckigkeit die russische Regierung ihr großes Ziel verfolgt: Hebung der einheimischen Landwirthschaft durch Förderung der Getreideausfuhr.

Ich muß jedoch noch einige andere Dinge hierbei erwähnen. Die russische Regierung baut eine große Zahl von Silos in den Haupthäfen und auch an einzelnen Eisenbahnstationen; dadurch wird die Lagerung, Verfrachtung und die Beladung der Schiffe wesentlich erleichtert. Ich möchte nur davor warnen, einen Vergleich zu ziehen zwischen den russischen Silos und den Silos, wie sie bei uns angelegt werden sollen. Silos haben nach meiner Meinung ihre volle Berechtigung in Exportländern. Die Silos, die man am Rhein angelegt hat, haben lediglich ein Interesse für den Handel, weil sie das Entladen der mit ausländischem Getreide eingehenden

Schiffe erleichtern. Das ist aber nach meiner Ansicht wieder ein Schaden für die heimische Landwirthschaft; denn das ausländische Getreide, das auf eine leichtere Art vom Schiff in den Waggon geladen werden kann, wird dadurch selbstverständlich billiger. Was die Silofrage selbst betrifft, so will ich mich darüber nicht weiter auslassen. Ich halte nur daran fest: Silos sind praktisch für Exportländer, da sie den Getreidehandel in außerordentlichem Maße erleichtern. Sollen sie aber zu Spekulationszwecken verwandt werden, will man in Importländern das einheimische Getreide lagern, um bessere Preise abzuwarten, so fürchte ich, werden sie zu allermeist dem ausländischen Getreide zu Gute kommen; denn das Ausland wird, sobald wir mit der eigenen Kreszenz zurückhalten, sein Getreide herschicken, und wir werden mehr fremdes Getreide im Lande haben als vorher. Das nur nebenbei.

Ich muß endlich noch eine Sache erwähnen, meine Herren, das ist die Einrichtung der Schüttwagen in Rußland. Es hat sich nämlich sehr rasch herausgestellt, daß das Verfrachten des Getreides in Lowren und in Säcken doch eine sehr kostspielige und umständliche Sache ist. Gerade die Errichtung von Silos ermöglicht es nun, das Getreide ohne Säcke einfach in die Waggons zu schütten, und so hat die russische Regierung eine große Zahl von Schüttwagen angeschafft, die gut verschlossen sind, und in welche das Getreide ohne Säcke hineingeschüttet wird. Was das für die Landwirthschaft bedeutet, wollen Sie daraus entnehmen, daß nach einer in Rußland aufgestellten Berechnung allein die Abnutzung der Säcke im Eisenbahnverkehr jährlich 4½ Millionen Rubel ausmacht. Man nahm an, daß ein Getreidesack 2 bis 3 Reisen aushielte, und auf Grund dieser Annahme hat man die Abnutzung der Säcke auf diese 4½ Millionen Rubel berechnet. Da ist man also dahin gekommen, ebenso wie für Petroleum Bassinwagen konstruirt sind, auch für Getreide gewissermaßen Bassinwagen herzurichten. Das Getreide wird mittels Elevatoren in diese Wagen hineingeschüttet und, wenn es an der Empfangsstation ankommt, gleichfalls wieder mittels Elevatoren entladen. Auf diese Weise geht die Verfrachtung am schnellsten von statten. Welchen Umfang der Verkehr in Rußland mit Schüttwagen angenommen hat, ergiebt sich daraus, daß bereits vor 2 Jahren in Riga 51 Prozent aller ankommenden Getreidewagen solche Schüttwagen gewesen sind, die wir hier noch

gar nicht kennen. Das ist also auch ein Mittel, um die Getreideausfuhr außerordentlich zu fördern.

Endlich muß ich noch erwähnen die Beleihung der Getreidesendungen, welche auf den Eisenbahnen angeliefert werden. Wir haben ja auch hier bei unserem Siloprojekt eine Lombardirung des Getreides durch die Reichsbank ins Auge gefaßt. In Rußland geht das alles glatter und prompter; die Eisenbahnbehörden sind dort ermächtigt, auf das Getreide, welches zur Beförderung angeliefert wird, sofort ansehnliche Vorschüsse zu geben, und die Kosten trägt die russische Staatsregierung, sie giebt die nöthigen Gelder dazu her, und etwaige Zinsverluste und dergleichen fallen der Staatskasse zur Last.

Aus dem allen, meine Herren, wollen Sie freundlichst ersehen, in welcher Weise die russische Regierung bemüht ist, durch finanzielle Opfer, durch die Konstruktion ihrer Tarife, durch Verträge und sonstige Benefizien den einheimischen Getreidebau zu heben; wir sehen dort eine Fürsorge für die Landwirthschaft, wie sie in anderen Ländern kaum wieder zu finden ist. Wenn durch diese Bemühungen der russische Getreidebau eine erhebliche Ausdehnung erlangt und die exportfähige Menge sich im Laufe weniger Jahre etwa verzehnfacht hat, so dürfen wir doch nicht vergessen, daß jetzt erst $1/4$ des kulturfähigen Areals in Rußland der Bebauung unterworfen ist. Die Waldungen lasse ich ganz außer Betracht, sondern spreche nur von den Flächen, welche nicht mit Wald bestanden sind und zur Kultur sich eignen, und davon ist in der That erst $1/4$ mit Getreide bebaut. In jedem Jahre steigert sich die Fläche, indem neue Gebiete durch die Eisenbahnen erschlossen werden. Daraus ersehen wir, welche Gefahr dem deutschen Getreidebau von dieser Seite droht, wenn dieses System weiter fortgeführt wird.

Nun müssen wir aber andererseits wahrnehmen, daß alle diese Anstrengungen der russischen Regierung die Lage der Landwirthschaft dort bis jetzt herzlich wenig verbessert haben. Der Grund dafür liegt in den erbärmlich niedrigen Getreidepreisen. Was hilft es, wenn die russische Regierung sich bemüht, das Getreide hinauszuschaffen, und der Händler nur einen Preis zahlt, der die Produktionskosten nicht deckt. Was hilft es dem russischen Landwirth, wenn er an Ort und Stelle Preise bekommt, die zwischen 55, 60 und 70 Mark

pro Tonne sich bewegen? Trotz der Valutadifferenz ist dieser Preis auch für die russischen Landwirthe ein ruinöser. Die Ursache dieser Verschiebung liegt ja nun wieder in der deutschen Handelspolitik — und da komme ich abermals auf die Frage der Meistbegünstigung —, liegt darin, daß wir diese handelspolitischen Vortheile, die Ermäßigung der Getreidezölle nicht blos unseren Vertragsstaaten zugesichert haben, die uns mehr oder minder angemessene Gegenkonzessionen machen, sondern daß wir sie dutzendweise verschenkt haben an andere Staaten, die uns keinerlei Aequivalent dafür geboten haben.

Wir Deutschen haben durchaus keinen Nutzen davon, daß die russische Regierung für die russische Landwirthschaft einen solchen aussichtslosen Kampf kämpft; wir haben nichts davon, daß Rußland auf deutschem Boden mit Argentinien, Ostindien und weiß Gott was für überseeischen Ländern sich um den deutschen Getreidekonsum herumschlägt. Mein Gesichtspunkt ist ein anderer: ich sage, der Tarifkampf, wie er in Rußland geführt wird, die kolossalen finanziellen Anstrengungen, welche die dortige Regierung macht, die großen Einbußen, welche sie dabei erleidet, das alles bringt uns keinen Nutzen. Wir müssen vielmehr bestrebt sein, zum wirthschaftlichen Frieden mit Rußland zu gelangen, und ich glaube, den geeignetsten Weg dazu bietet ein gewisser Antrag, den ich im Reichstage eingebracht habe und der in den letzten Tagen auch hier wieder verhandelt worden ist.

Dieser Antrag hat nach meiner Ansicht nicht blos eine wirthschaftlich-soziale, sondern auch eine gewisse politische Bedeutung, indem er uns die Möglichkeit schaffen soll, unter günstigen Bedingungen den Getreidebedarf Deutschlands von solchen Ländern zu entnehmen, die uns angemessene Gegenleistungen machen, von solchen Ländern, die unseren Waaren ihren Markt öffnen, deren Markt ein wichtiges Absatzgebiet auch für unsere Industrie bildet. Zu diesen Ländern muß man natürlich auch die nordamerikanische Union rechnen, besonders aber Rußland und Oesterreich. Wir haben aber kein Interesse, große Getreidemengen zu beziehen und baar zu bezahlen, die uns aus Ländern zugehen, welche unseren Waaren ihren Markt verschließen oder den Weg dahin erschweren. Es ist heute von einem der Herren Redner auf Argentinien hingewiesen worden. Wir kommen dort mit unseren Waaren nicht mehr an,

das Land bereichert sich lediglich auf unsere Kosten. Der Gedanke, den ich hier lancire, ist auch im Reichstag verstanden worden weit außerhalb der Sitzreihen unserer Fraktion, drüben bei den Nationalliberalen; Herr von Heyl hat ja die Kündigung des Vertrages mit Argentinien beantragt und bewegt sich mit diesem Antrage lediglich auf unserem Boden.

Ich sage, meine Herren, diese Kampftarife, wie sie sich in unseren Nachbarländern entwickelt haben, diese fruchtlosen Anstrengungen führen zu keinem wirthschaftlichen Frieden, können auch sonst zu keinem gedeihlichen Einvernehmen zwischen uns und diesen Ländern führen. Wir aber haben ein großes Interesse daran, daß eine wirthschaftliche Interessengemeinschaft konstruirt wird, daß ein wirthschaftlicher Friede herbeigeführt wird, und diese Interessengemeinschaft ist nach meiner Ansicht die unerläßliche Vorbedingung auch für ein gedeihliches politisches Einvernehmen.

Wir wollen eine vernünftige, eine logisch durchdachte Handelspolitik treiben. Keine planlose Ausdehnung der Meistbegünstigung! Wir wollen den berechtigten Wünschen unserer Nachbarstaaten entgegenkommen, soweit die Rücksichten auf die Wohlfahrt des eignen Landes dies gestatten. — Der Weg zu diesem wirthschaftlichen Frieden aber ist in unserm bekannten Antrage vorgezeichnet. Dieser Antrag wird — wenn zur Annahme gelangt — zwischen uns und unseren Nachbarstaaten ein festeres Band knüpfen, als dasjenige, welches die Handelsverträge um uns und diese Länder zu legen sich vergeblich bemüht haben.

(Wiederholtes Bravo und Beifallklatschen.)

Vorsitzender Graf **von Mirbach**-Sorquitten: Meine Herren, dem Herrn Grafen von Kanitz gebührt wohl unser herzlicher Dank für einen Vortrag von solcher Sachkenntniß und Klarheit.

Zunächst möchte ich Ihnen noch einen Antrag unterbreiten, der nicht in direktem Zusammenhang mit der Sache steht, der aber jetzt zur Sprache gebracht werden soll, einen Antrag des Herrn von Nitzschwitz:

> Die stenographischen Berichte unserer Versammlung möchten spätestens in Monatsfrist zur Versendung kommen; sonst können dieselben nicht zur Agitation benutzt werden, sondern werden werthlos.

Nun, dem letzten Theil dieses Gedankens möchte ich doch nicht so unbedingt beitreten.

(Heiterkeit.)

Aber, meine Herren, wir haben allerdings den dringenden Wunsch selbst empfunden, den stenographischen Bericht stets recht bald zu publiziren. Der Grund, der dem im Wege steht, daß dies bisher nicht stets geschehen ist, war immer der, daß die Korrekturen nicht schnell genug wieder zurückkehrten. Meinestheils habe ich sofort fast immer innerhalb 24 Stunden die Korrektur bewirkt und bitte alle Herren, ihre Korrektur ebenso schleunigst auszuführen und die Manuskripte zurückzusenden. Ich meine, dem Antrage des Herrn von Nitzschwitz steht nichts im Wege; er ist vollkommen berechtigt. Eine besondere Abstimmung darüber wird wohl nicht nöthig sein. — Ich konstatire, daß die Herren mit dem Antrage in seiner Tendenz einverstanden sind.

Ich erlaube mir jetzt das Wort zu ertheilen dem zweiten Referenten Herrn von Sydow-Dobberphul.

Zweiter Berichterstatter Rittergutsbesitzer **von Sydow**-Dobberphul: Meine Herren, ich möchte es als Ihren Wunsch ansehen, daß wir bald nach 4 Uhr schließen, und werde ich mich daher bemühen, diesem Wunsche in meinem Referate möglichst Rechnung zu tragen. Ich kann mich ja nach dem eingehenden Referate des Herrn Vorredners auch ganz kurz fassen, umsomehr, als das Thema der Schiffsfrachten ein engbegrenztes ist. Es ist aber um so wichtiger, weil das Getreide ein minderwerthiger Artikel ist, während die Kolonialwaaren und Fabrikate zu den hochwerthigen Artikeln gehören. Die Frachten sind bei gleichem Gewicht immer ziemlich dieselben und infolge dessen ist jede Veränderung in den Getreidefrachten von großem Einfluß auf den Getreidepreis, während sie von einem verhältnißmäßig geringen Einfluß auf die Preise hochwerthiger Kolonialwaaren und anderer werthvoller Artikel sind.

Meine Herren, in einer antiagrarischen Broschüre von einem Stettiner Großhändler Otto Kühnemann finden wir folgenden Passus:

> „Vom Asowschen Meer fahren die Dampfer nach Stettin ungefähr drei Wochen und sie erhalten jetzt an Fracht ca. 17 Mark pro Tonne Roggen nach Stettin, während man von St. Petersburg 4 Mark dafür bezahlt gegen 8 bis 12 Mark in den Jahren 1870 bis 1880."

Diese Verbilligung der Schiffsfrachten erklärt Kühnemann aus den großen Verbesserungen der Technik; er sagt:

„Eine große Veränderung hat im Dampfschiffsbau, im Verkehr und in den Frachten stattgefunden."

und führt dann eine Reihe von Verbesserungen an, welche die billigen Schiffsfrachten herbeigeführt haben sollen. Als echter Goldwährungsmann verwechselt er dabei die Ursache mit der Wirkung und befindet sich dabei vollständig im Einklang mit der verbündeten Gesellschaft der Großfinanz, Handelskammern und Geheimräthe, welche seit Jahren mit Erfolg an dem Ruin der deutschen Landwirthschaft arbeiten.

Die Aufgabe meines Referats wird nun hauptsächlich darin bestehen, diese Anschauungen zu widerlegen und den Beweis zu führen, daß die Schiffsfrachten sich stets an die Weltmarktspreise anschließen und daß die Verbesserungen in der Technik nicht die Billigkeit der Schiffsfrachten herbeigeführt haben, sondern nur den Dampf- und Segelschiffen ermöglicht haben, bei dem sehr geringen Verdienst des Handels noch in ihrer Wirksamkeit zu bleiben, und zwar benutze ich dabei, um dies nachzuweisen, die Sauerbeck'schen Tabellen, über welche ich noch einige Worte sagen wollte.

Der deutsche Kaufmann Sauerbeck hat das Verdienst, eine ausführliche Statistik der Preise entworfen zu haben. In diesen Tabellen finden wir seit 1846 für jeden großen Weltmarktsartikel für jedes Jahr die Preise verzeichnet. Außerdem hat Sauerbeck für alle Jahre und in den letzten Jahren sogar für jeden Monat die Verhältnißziffer der Preise zu einander berechnet in der Weise, daß er die Preise in den 11 Jahren von 1866 bis 1877 als normal annimmt und sie mit hundert bezeichnet, und für die anderen Jahre sind danach die Verhältnißzahlen in dem Verhältniß zu dem Durchschnitt der 11 Jahre 1866 bis 1877 aufzufassen.

Wir hatten im Jahre 1894 eine Indexnummer oder Verhältnißziffer von 63, d. h. seit den genannten 11 Jahren sind die Preise der Weltmarktsartikel im Durchschnitt um 37 Prozent gesunken. Im Jahre 1850 haben wir eine Indexnummer von 77, im Jahre 1873 eine solche von 111; da stehen also alle Weltmarktspreise im Durchschnitt 11 Prozent über dem Durchschnitt der Zahlen von 1866 bis 1877. Um die Frachtraten für heute richtig beurtheilen zu können, müssen wir auf die fünfziger Jahre zurückgehen, weil damals zwei große

Ereignisse stattgefunden haben, welche in wirthschaftlicher Beziehung besonders wichtig sind: erstens die Entdeckung der kalifornischen und australischen Goldfelder, welche ein Steigen der Preise hervorbrachten, und zweitens die große Handelskrisis im Jahre 1857, wobei der Zinsfuß in London auf 9, in Hamburg auf 10 Prozent stieg, und welche bei den nächstfolgenden Jahren 1858 bis 1859 ein Sinken der Preise herbeiführte.

Ich bemerke, meine Herren, daß das Material, welches ich Ihnen über die Frachten vortragen werde, bisher überhaupt nicht veröffentlicht worden ist. Es schien in der ersten Zeit, wo ich daran arbeitete, unerreichbar zu sein, und habe ich das Material, was ich hauptsächlich verarbeitet habe, erst vor einigen Tagen bekommen.

Meine Herren, es betrug die Fracht von Batavia nach Rotterdam für Kaffee und Zucker im Jahre 1850 70 Mark für die Tonne; sie stieg im Jahre 1853 auf 85 bis 100 Mark; in den Jahren 1855 und 1856 blieb sie auf 85 bis 100 Mark stehen, um nachher in den Jahren 1858/59 sich auf 80 und 90 Mark zu stellen. Im Jahre 1859 haben wir bei allen Linien ganz besonders niedrige Frachten, beinahe 50 bis 60 Prozent niedriger als im Jahre 1855. Von Batavia bis Rotterdam war damals eine Fracht von nur 30 bis 36 Mark für die Tonne Kaffee oder Zucker zu verzeichnen; von Rio de Janeiro nach Rotterdam betrug die Fracht im Jahre 1850 50 Mark, in den Jahren 1855 und 1856 67 und 70 Mark, im Jahre 1859 nur noch 25 bis 30 Mark. Die darauffolgenden Frachten der sechziger Jahre bieten nichts Bemerkenswerthes; sie steigen etwas an, fallen dann wieder, um schließlich ihren Höhepunkt im Jahre 1872 zu erreichen. Bald darauf fand die deutsche Münzreform statt, das Silber entwerthete sich, wir finden ein Sinken der Preise in der ganzen Welt, mit Ausnahme der Silberländer, und seitdem entwickelte sich der Kapitalismus auch in der Schifffahrt und Rhederei ebenso wie er sich im Bankwesen und in der Industrie entwickelt hat.

Ich erlaube mir aus einer Broschüre: „Schiffsbau und Seeschifffahrt" von Fitger, die natürlich auch gegen uns gerichtet ist, einen Passus zu verlesen:

„Die Flotte Oldenburgs, Hannovers und Schleswig-Holsteins bestand überwiegend aus solchen kleineren und

mittleren Fahrzeugen, die weniger an dem Verkehr der Heimathshäfen einen festen Halt hatten, als vielmehr „auf Aventure" in die allgemeine Frachtfahrt gingen. Diese Flotte hat denn auch sehr gelitten, und den meisten kleineren Häfen ist es nicht möglich gewesen, durch Entwicklung anderer Theile der Rhederei die Nachtheile auszugleichen, so tapfer z. B. auch das kleine Elsfleth gegen die widrigen Verhältnisse kämpft. Einiger Ersatz ist dieser Flotte durch einzelne direkte Dampferlinien (z. B. die oldenburgisch-portugiesische) und durch die Fischdampfer geworden, welch letztere in Geestemünde zu einer stattlichen Flotte herausgebildet sind."

Interessant ist es, dabei einen Blick auf die Entwicklung der verschiedenen Handelsmarinen zu werfen. Es haben eigentlich alle Handelsmarinen an Schiffszahl abgenommen; an Tonnenzahl hat nur zugenommen die deutsche, englische und norwegische Marine; an Tonnenzahl haben erheblich abgenommen die holländische und amerikanische und theilweise auch die italienische und französische Kauffahrteiflotte. Es findet dies seine Erklärung in dem überaus starken Sinken der Frachten, welches in der Geschichte beispiellos dasteht. Die Fracht für Getreide von Bombay bis London betrug im Jahre 1872: 50 bis 60 Mark, im Jahre 1876: 45 bis 47 Mark, in den Jahren 1879 bis 1882: 25 bis 40 Mark und endlich im Jahre 1894: 13 bis 18 Mark.

(Hört, hört!)

Von New-York bis London war für Getreide im Jahre 1881 eine Fracht zu verzeichnen von 22 bis 28 Mark, im Jahre 1884 von 12 bis 15 Mark und heute meist nur noch eine solche von 5 bis 10 Mark.

In der Fitger'schen Broschüre finden wir noch folgenden Passus:

„Es sind lange Perioden nachweisbar, in denen Getreide von New-York nach Liverpool für 1 Shill. die Tonne und selbst noch billiger verladen ist. Man denke: 1000 Kilo Weizen über den Ozean für 1 Mark, noch dazu mit Dampfern, die nur 7—8 Tage zur Ueberfahrt brauchen. Solche Frachten ernähren natürlich keine Schifffahrt, sie erstatten nicht einmal die Auslagen für Steinkohlen."

Meine Herren, der Zielpunkt, auf den ich hinauskommen wollte, liegt also darin, daß die Frachten sich im Allgemeinen nach dem Weltmarktspreise richten. Es würde zu weit führen, wenn ich das ganze Material, welches vorliegt, Ihnen in genauen Zahlen hier anführen wollte; ich halte es für praktischer, einfach den statistischen Nachweis anzutreten dafür, daß der Schiffsraum im Verhältniß zur Ausdehnung des Weltmarktverkehrs sich nicht vermehrt, sondern verringert hat. Da befinde ich mich wieder im Streit mit meinem alten Gegner, Herrn Dr. Wernicke vom „Reichsboten", dessen Statistik ein drastisches Beispiel ist für eine richtige Gruppirung von falschen Zahlen für eine falsche Gruppirung von richtigen Zahlen.

(Heiterkeit.)

Er führt die verschiedenen Handelsmarinen an und behauptet, dieselben hätten in der Zeit von 1882 bis 1894 von 13 Millionen auf 17½ Millionen Registertons zugenommen. Dabei hat er notorisch bei den Vereinigten Staaten jeden Apfelkahn auf dem Missouri und Mississippi mitgerechnet, überhaupt die ganze amerikanische Binnenschifffahrt. Er giebt für die Vereinigten Staaten folgende Ziffern: 1882 4 Millionen Tons und 1894 6½ Millionen Tons. Amerika hatte aber notorisch im Jahre 1882 nur 1600000 Registertons Seeschiffe für längere Fahrt und 12 Jahre später etwa 700000 Tons weniger. Infolge dessen komme ich nach genauer Berechnung zu folgendem Resultat über die Zunahmen der Handelsmarinen Deutschlands, Englands, Norwegens, Frankreichs, Italiens und Amerikas: im Jahre 1882 14½ Millionen Tons und im Jahre 1894 16⅓ Millionen Tons; das ist also eine Zunahme von etwa 12 Prozent.

Von der Ausdehnung des Welthandels behauptet Herr Dr. Wernicke, der Außenhandel der Länder Großbritannien, Vereinigte Staaten, Deutschland und Frankreich habe sich nicht vermehrt, die Ein- und Ausfuhr dieser vier Länder sei von 34 Milliarden im Jahre 1882 auf 35½ Milliarden im Jahre 1894 gestiegen. Vorausgesetzt, daß diese Zahlen richtig sind, geben sie aber eine Vermehrung der Güter im Welthandel von 25 Prozent an, denn beinahe in dem Maße sind die Preise gesunken. Nach den Sauerbeck'schen Tabellen war die Indexnummer für 1882: 84 und für 1894: 63. Wir kommen also zu dem Resultat, daß die Ein-

und Ausfuhr dieser vier Länder um 25 Prozent zugenommen hat, und dem steht nur eine Vermehrung des Schiffsraums von 12 Prozent gegenüber, eine unverhältnißmäßig geringe Zahl, wenn man bedenkt, daß die Vermehrung vielfach durch Passagierdampfer und Fischereidampfer vor sich ging, und es wird nur erklärlich, daß man mit dem geringen Schiffsraum auskommt, wenn man sich vergegenwärtigt, daß ein großer Theil von Segelschiffen durch Dampfschiffe ersetzt ist. Man kann rechnen, daß etwa zwei- bis dreimal mehr Güter bei der Dampferfahrt als bei der Segelschifffahrt befördert werden, weil die Dampfer eine kürzere Fahrzeit ermöglichen.

Die Schlußworte der genannten Broschüre über „Schiffsbau und Seeschifffahrt" lauten:

> „Die Gesundheit dieses wichtigen Gewerbes ist durch die natürliche, vom Staat unbeeinflußte Entwickelung bedingt. Statt des trügerischen Mittels der Subvention kann man nur die Befreiung des Verkehrs von den Hemmnissen der Zolltarife herbeisehnen. Sie würde auch der Rhederei der deutschen Ostsee-Häfen nach langem Niedergange eine Wendung zum Besseren geben."

Es klingt eine solche Behauptung um so komischer, weil einige Seiten vorher gesagt ist, daß die Frachtschifffahrt an den chinesischen Küsten, wobei Flensburg und Kiel namentlich profitirt hätten, aufgehört hätte. Ja, meine Herren, das liegt an der Entwerthung des Silbers, weil die Frachten in Ostasien, in Silber gezahlt, in Gold umgerechnet keinen Verdienst gewähren. Spricht man aber mit den Rhedern über den Zusammenhang mit der Währungsfrage, dann sind die Herren wie von der Tarantel gestochen und lassen lieber ihre Schiffe untergehen, als daß sie sich von der Goldwährung abwenden.

Zum Schluß will ich noch die Wirkungen der Einführung des Bimetallismus auf die Frachten kurz nach einander anführen. Da haben wir indirekte Wirkungen und direkte Wirkungen, welche der Bimetallismus auf die Frachten ausüben würde. Zunächst würde in Betracht kommen eine sehr viel größere Nachfrage nach Schiffen, welche der größere Verdienst des Handels mit sich bringt. Die direkten Wirkungen liegen in der Vertheurung des Schiffs- und Maschinenbaues, in den höheren Löhnen für die Mannschaften und

sehr viel theureren Kohlen, und gerade dies letztere wird den Bau von Dampfern verringern und den Bau von Segelschiffen vermehren. Wir würden also wieder ein Aufblühen der Segelschifffahrt in der bimetallistischen Zukunft zu erwarten haben.

Was die Resolution betrifft, welche ich Ihnen unterbreitet habe, so ist dieselbe der Ausdruck der Resultate meiner Studien. Sie lautet:

> „Das stetige Sinken der Weltmarktspreise seit der deutschen Münzreform hat erheblich zum Rückgange der Schiffsfrachten beigetragen, und ein weiteres Sinken der Getreidepreise herbeigeführt.
>
> In der Wiederherstellung des früheren Silberwerthes liegt das einzige Mittel zur Abhilfe."

Ich habe darin besonders betont, daß in der Wiederherstellung des früheren Silberwerthes das einzige Abhilfsmittel liegt, weil ich der Ueberzeugung bin, daß unsere Regierung bei einer eventuellen Münzkonferenz ihr Möglichstes thun wird, um die Sache zu verpfuschen, um den Silberwerth niedriger festzusetzen, als er früher gewesen ist. Ich bitte Sie, meine Herren, die Resolution anzunehmen.

(Bravo!)

Vorsitzender Graf **von Mirbach**-Sorquitten: Ich möchte Herrn von Sydow in Ihrem Namen unseren Dank aussprechen und ertheile nun dem dritten Referenten, Herrn von Mendel-Steinfels das Wort.

Dritter Berichterstatter Oekonomierath Dr. **von Mendel-Steinfels**-Halle: Meine Herren, ich wende mich mit einer dringenden Bitte an Sie. Nachdem der Herr Vorsitzende die Zeit der Verhandlungen auf vier Uhr limitirt hat — und das liegt ja auch in der ganzen Natur der Sache, nachdem dieselben schon um 10 Uhr begonnen haben —, möchte ich Sie ersuchen, daß Sie mich freundlichst von meinem Referate entbinden. Das Referat ist ein sehr umfangreiches und schwieriges; es schneidet eine Materie an, die meines Erachtens gerade gegenüber der Stellung der Staatsregierung zur Sache in eingehendster Weise behandelt werden muß. Ich bitte ferner zu bedenken, daß ich als Mitglied des Abgeordnetenhauses ein wesentliches Interesse daran habe, daß meine Anschauungen, die ich über die Sache zum ersten Male in der Oeffentlichkeit äußere, in möglichst umfassender, Zweifel ausschließender

Weise erfolgen können; das ist jedoch bei der sehr beschränkten Zeit thatsächlich heute unmöglich. Es ist mir der Muth gesunken, unter solchen Umständen hier zu unternehmen, was nicht vollendet werden kann. Nicht persönlichen Rücksichten, meine hochverehrten Herren, allein, sondern insbesondere auch Rücksichten auf die Sache folge ich bei dieser Ablehnung.

Ich möchte dann noch hervorheben, daß ich sehr gern bereit bin, bei jeder nächsten Gelegenheit das, was ich in dieser Sache ausgearbeitet habe, der Oeffentlichkeit zu übergeben, möglicherweise im nächsten Jahre — denn so schnell läuft die Sache nicht — das Referat in Ihrer Vereinigung zu erstatten, wenn Sie mich haben wollen und wenn ich noch das Leben habe.

(Bravo!)

Nun aber noch eine Bitte: Die Herren haben eine Resolution in Händen, die ich auf dem Wege telegraphischer Uebermittelung hierher befördert habe, weil ich am Sonntag plötzlich verhindert war sie selber zu überreichen, und da möchte ich bitten, daß die Herren die Güte haben, diese Resolution zu kassiren, aber statt der von mir zurückgezogenen und nicht motivirten folgende Resolution anzuhören. Meine Resolution, die der Vorstand angenommen hat, lautet nunmehr:

„Die XXI. General-Versammlung der Vereinigung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer erklärt:

1. Die Anlegung von neuen, künstlichen Wasserstraßen, welche das Ausland mit dem Binnenland Deutschlands verbinden, erscheint geeignet, die Macht der ausländischen Konkurrenz und der internationalen Getreidespekulation zum Nachtheile der heimischen Landwirthschaft noch zu erweitern.
2. Künstliche Wasserstraßen empfehlen sich dort, wo es sich um die Hebung des Binnenlandverkehrs durch Verbindung der natürlichen Wasserstraßen handelt.
3. Die weitere fortgesetzte Vervollkommnung des Bahnnetzes (Sekundär- und Kleinbahnen) erscheint im Interesse der heimischen Produktion dringend nöthig.
4. Bevor weitere größere Kanalbauten überhaupt in Angriff genommen werden, müssen die Ergebnisse der jetzt in Ausführung begriffenen in technischer und in finanzieller Beziehung unbedingt abgewartet werden."

Dies, meine Herren, wäre die Resolution, die ich zu vertheidigen und zu begründen gehabt hätte. Ich bitte Sie in Rücksicht auf die Motive, die ich Ihnen eben unterbreitet habe, bei der weit vorgeschrittenen Zeit mich von meinem Referat gütigst für heute entbinden zu wollen.

Vorsitzender Graf **von Mirbach**-Sorquitten: Meine Herren, wir werden alle, glaube ich, auf das lebhafteste bedauern, daß Herr von Mendel heute nicht mehr in der Lage ist, uns ein Referat zu halten. Ich glaube allerdings, daß er Recht hat. Wir werden vielleicht nicht mehr die Kraft haben, eine so umfassende Materie heute noch vollkommen zu bewältigen, ein Stückwerk wäre allerdings vom Uebel, auch für ihn in seiner Stellung als Mitglied des Abgeordnetenhauses. Es würden sich aus einem Stückwerk leicht eine Menge von Angriffspunkten ergeben, die doch zweckmäßiger zu vermeiden sind. Ich möchte aber hier — und ich glaube in Ihrem Namen zu sprechen — die Bitte an Herrn von Mendel richten, daß er im nächsten Jahre, wenn wir wieder zusammenkommen, dieses Referat halte und zwar an erster Stelle und in dem ganzen großen Umfange, wie das die wichtige Materie erfordert.

(Bravo!)

Wenn Herr von Mendel gestattet, würde ich die Resolution, welche er schriftlich eingereicht hat, abdrucken lassen.

(Zustimmung.)

Ich eröffne nunmehr die Diskussion über die Referate der beiden Herren Referenten.

Rittergutsbesitzer **von Knebel-Doeberitz**-Lübgust: Herr Graf von Kanitz hat sich mit der Silofrage beschäftigt. Ich möchte doch Herrn Grafen von Kanitz nicht so ohne weiteres Recht geben oder doch nicht ganz unwidersprochen lassen, wenn er die Kornverkaufsassoziationen und die Siloeinrichtungen gewissermaßen für den Inlandsverkehr abgelehnt hat und sie nur rein auf den Exportverkehr beschränken wollte. Er hat selbst schon einen Theil der Folgen angeführt, die eintreten würden, wenn mit der Gründung von Kornverkaufsassoziationen und Silos vorgegangen würde; und zwar zunächst die Verbilligung der Transporte durch Einführung von Schüttwagen, weil dadurch die Säcke entbehrlich werden, ferner hat er angeführt, daß das Lombardiren, also die Verpfändung der Waare, auf diese Weise erleichtert wird, was ja bei uns insbesondere

mit Hilfe der Centralgenossenschaftskasse zu billigen Sätzen möglich sein würde. Ferner, meine Herren, würde das jedenfalls doch auch zu berücksichtigen sein, daß eine Steigerung der Lokalpreise für das Korn in den Gegenden unseres Vaterlandes, welche auf den Export angewiesen sind, stattfinden müßte. Ich kann da ein sprechendes Beispiel aus meiner Heimathsprovinz (Pommern) anführen. Als im vorigen Jahre uns fast überall der Roggen erfroren war, bekamen wir in meiner Gegend, wo wir sonst 10 Mark unter Stettiner Notiz liefern, 4 bis 5 Mark über Stettiner Notiz, einfach deshalb, weil nicht genug Korn vorhanden war und das inländische Mühlengewerbe sich eben seinen Bedarf von den nächsten Importplätzen Stettin oder Danzig heranholen, also den Frachtaufschlag oder uns mehr bezahlen mußte. Man wird — in den exportirenden Provinzen natürlich — in der Lage sein, durch solche Assoziationen, durch Zusammenfuhr großer Getreidemengen in eine Hand so lange den Ueberschuß aus dem Lande schaffen zu können, bis für den Rest der Zustand herbeigeführt wird, den uns das vorige Jahr ad oculos demonstrirt hat. Wir werden insbesondere an der Seeküste nach Aufhebung des Identitätsnachweises dazu mehr in der Lage sein. Ferner ist noch hervorzuheben, daß es nur auf diese Weise möglich sein wird, die inländischen Produzenten näher an die großen Mühlen heranzubringen, weil wir nur auf diese Weise im Stande sein werden, die Herstellung einheitlicher Qualität in großer Quantität herbeizuführen, was uns bei der Zersplitterung des jetzigen Angebots nicht möglich ist, bezw. was wir jetzt dem Zwischenhandel überlassen müssen. Gerade die großen Mühlen sind auf den Erwerb großer Quantitäten einheitlicher Waare angewiesen, und wir sind vollkommen außer Stande, als einzelne Kornproduzenten an diese Mühlen heranzukommen und den überflüssigen Zwischenhandel zu beseitigen, da im jetzigen Zustand das Korn von dem kleinen Lokalhändler zum Provinzialhändler und von diesem zum Residenzhändler und von dem erst an die großen Mühlen übergeht. Es ist eine Erfahrung, meine Herren, die immer wieder gemacht wird, daß gerade kurz nach Eintritt der Ernte der Markt mit Getreide überschüttet wird, und, wie Herr von Graß seinerzeit richtig ausgeführt hat, die Landwirthschaft den Handel zwingt, ihr ungefähr 400 Millionen für Getreide vorzuschießen, welches sie über den eigentlichen Bedarf liefert, an den Markt bringen muß, um daraus

sich die Gelder zu machen, die sie zum Zinsenzahlen und zum Ueberstehen der Ernte nothwendig hat; denn es ist klar, daß, da einem solchen plötzlichen Massenangebot eine entsprechende Nachfrage nicht gegenübersteht, die Preise natürlich bedeutend geworfen werden, ganz abgesehen davon, daß die Cohn & Rosenberge zur gleichen Zeit ihre „Lieferungswaare" für die Baisse einzuschleppen belieben. Ich wollte nur kurz zu Gunsten der Siloidee Ihnen dies vorführen. Ich gehe nicht so weit wie Herr von Graß, in der Verkaufsassoziation bezw. den Silos alle Rettung zu erblicken. Wenn wir der Graß'schen Idee vollständig folgen wollten und von ihrer Verwirklichung die ganzen Erfolge, die Herr von Graß sich davon verspricht, erwarten wollten, so müßten wir nicht nur in ganz Deutschland, sondern auch in Rußland, Oesterreich u. s. w. ein solch ausgebildetes Silosystem haben; und wir kämen dann allerdings bei uns zu der Hoensbroech'schen Idee der Monopolisirung des Getreidehandels. Aber immerhin würde ein Nutzen für uns durch eine solche Assoziation des Angebots eintreten. Ich glaube auch, daß die Siloidee, allein durchgeführt, ohne den Antrag Kanitz nicht zu den Resultaten führen würde, die von Graß sich davon verspricht, wie ich andererseits aber auch meine, daß der Antrag Kanitz für seine volle Wirkung eine Assoziation des Getreideangebots mit genügenden Speichern verlangt, wie Herr Klapper dies meiner Ansicht nach richtig ausgeführt hat. Denn es wird, da die Landwirthschaft so sehr geldbedürftig ist und in ihrem Betriebskapital so sehr geschwächt ist, der geldmächtige Handel die Zeit des großen Angebotes gleich nach der Ernte benutzen, um trotz des Antrages Kanitz den Landwirthen das Korn billig abzupressen, wenn wir nicht in der Lage sind, das Angebot zu vertheilen und auf dem Wege des Lombards dieses Geld flüssig zu machen. Auch glaube ich, daß eine Aufhebung des Terminhandels uns zu solchem Vorgehen veranlassen wird. Das nebenbei. Ich möchte nicht weiter darauf eingehen, glaubte aber, die Sache nicht einfach unter den Tisch fallen lassen zu sollen.

Vorsitzender Graf **von Mirbach**-Sorquitten: Meine Herren, Sie wollen mir gestatten — vielleicht abweichend von der Tagesordnung — ein paar Bemerkungen zu machen.

Zunächst möchte ich konstatiren, daß ½4 Uhr bereits vorüber ist. Es ist zwar nur noch ein kleiner Rest, aber gewiß der Kern

der agrarischen Elemente hier versammelt. Ich bitte die Herren, die noch zur Sache etwas zufügen wollen, sich zum Worte zu melden.

Ich darf selbst abweichend von der Geschäftsordnung ein paar Bemerkungen an die Ausführungen des Herrn Grafen von Kanitz knüpfen in Bezug auf einen Punkt seines Vortrages. Es könnte den Anschein haben, als ob die Verschiebung der russischen Getreidetarife oder vielmehr der Tarife für russisches Getreide, welche durch den Abschluß des Handelsvertrages dahin erfolgt ist, daß die Frachtsätze jetzt nicht nur gelten für die Durchfuhr, sondern auch für die Einfuhr nach Königsberg, Memel und Danzig, im Reichstage nicht genügend bemerkt oder betont worden ist. Nun, meine Herren, ich habe meinerseits im Plenum auf diese sehr wunderbare Uebersetzung des Wortes villes-ports hingewiesen und habe hinzugefügt, ich in meinem guten Herzen dächte mir vielleicht keine böse Absicht dabei, aber es könnten weniger harmlose Menschen darin eine absichtliche Verschiebung finden. Es wurde dann dieser Punkt in der Kommission aufs schärfste und eingehendste erörtert. Da erklärte Herr von Boetticher aber: allerdings würde eine Verschiebung eintreten, das könne man nicht leugnen; aber wenn wir nun an dieser Bestimmung des Handelsvertrages rüttelten, so würde die Sache vielleicht noch schlimmer werden. Es müsse unter allen Umständen jeder Versuch einer Aenderung des Vertrages abgelehnt werden, denn man könne nicht wissen, was dann aus dem so segensreichen Handelsvertrage werden würde.

(Heiterkeit.)

Das war das Resultat! Wir wurden niedergestimmt; aber eins haben wir erreicht: die Staatseisenbahnverwaltung, die in der Kommission vertreten war, erklärte, eine Reexpeditionsbefugniß für solche Transporte existire nicht, d. h. die Transporte müßten in Danzig, Königsberg u. s. w. erst ausgeladen werden und könnten dann nur durch Wagen 2c. in andere Eisenbahnwaggons übergeführt werden. Wir haben also wenigstens das erreicht, daß die Frage nach dieser Richtung klargestellt ist; mehr war nicht zu erreichen, die Handelsverträge waren so auf dem Standpunkte aufgebaut, jedes inländische Bodenprodukt so empfindlich wie möglich zu schädigen, jedes ausländische Bodenprodukt zu begünstigen. Das zur Klarstellung.

Landtagsabgeordneter Dr. **Otto Arendt**-Berlin: Meine Herren, in der Argumentation der gegnerischen Presse pflegt meist als einer der Gründe des allgemeinen Preisrückgangs auch die Verbilligung der Tarife zu figuriren. Es war deshalb sehr verdienstvoll, daß wir durch die heutigen Referate in so klarer und überzeugender Weise erfahren haben, daß der Vorgang eigentlich der umgekehrte ist, daß der Rückgang der Preise den Rückgang der Frachten bewirkt hat und natürlich der Rückgang der Frachten potenzirend auf die Momente wirkt, welche den Rückgang der Preise hervorbringen. Aber ich glaube, es ist von besonderer Bedeutung, wenn wir uns vergegenwärtigen, wie diese Dinge schließlich auf unser Staatsbahnsystem wirken müssen. Ich bin immer ein Anhänger des Staatsbahnsystems gewesen, aber ich glaube, das Monopol der Preisbestimmung, welches dem Staate damit in die Hand gegeben ist, kann doch auf die Dauer gegenüber dieser dauernden Preisbewegung nicht aufrecht erhalten werden. Wenn der Preisrückgang ein dauernder und wesentlich fortschreitender ist, kann man unmöglich den Frachten Sätze auferlegen, welche einer ganz anderen Preisbildung entsprechen. Es wird also der Staat nicht wie jetzt aus den Ueberschüssen der Eisenbahnen die Hauptgrundlage des ganzen Etats ziehen können, sondern es wird auch der Staat schließlich von dem Preisrückgange erreicht werden müssen, und es wird eine bedenkliche Verminderung unserer Einnahmen auf diesem Gebiete eintreten müssen.

Ich möchte daran noch eine persönliche Bemerkung knüpfen. Ich habe während der Pause wahrgenommen, daß eine Bemerkung, welche ich vorhin gemacht hatte, vielfach mißverstanden worden ist. Ich hatte vorhin von einer Intrigue gesprochen, welche in der Währungsfrage gespielt haben muß, ohne welche sich die Gegensätze der offiziellen Erklärungen der deutschen und der englischen Regierung nicht erklären lassen. Ich habe dabei hervorgehoben, daß selbstverständlich Niemand daran denken kann, daß der Reichskanzler Fürst Hohenlohe selbst in irgend einer Weise hieran betheiligt war. Nun ist mir in der Privatunterhaltung mehrfach entgegengetreten, daß diese Hervorhebung des Reichskanzlers gedeutet werde, als ob damit gemeint sei, daß etwa das preußische Staatsministerium der Sitz dieser Intrigue wäre. Ich möchte, damit nicht falsche Lesarten in die Oeffentlichkeit kommen, gegen eine solche Deutung Widerspruch erheben. Daß der Herr Landwirthschaftsminister im besten Glauben

war, als er jene Aeußerung im Abgeordnetenhause that, die den Anlaß zu der ganzen Erörterung gegeben hat, das versteht sich meiner Meinung nach vollkommen von selbst; und ebenso möchte ich hervorheben, daß ich es für vollkommen ausgeschlossen halte, daß der Minister des Auswärtigen Freiherr von Marschall in dieser Frage irgendwie ein falsches Spiel treiben könnte. Ich glaube, daß in diesem Saale kein so eifriger und sachkundiger Bimetallist anwesend ist, als es Herr Freiherr von Marschall immer gewesen ist und auch heute noch ist.

(Hört, hört!)

Ja, meine Herren, das ist absolut sicher. Es gab eine Zeit, wo man in Berlin die Bimetallisten an den Fingern abzählen konnte. Damals hat Herr Freiherr von Marschall schon zu den Bimetallisten gehört; und jeder, der die Ehre gehabt hat, sich mit Herrn von Marschall über diese Dinge zu unterhalten, wird mir bestätigen, daß er niemals nach dieser Richtung irgendwie seine Ansichten abgeschwächt hat. Also, ein so sachkundiger und überzeugter Bimetallist wie Herr von Marschall kann unmöglich in einer so wichtigen Frage wie die der Beziehungen zwischen Deutschland und England in der Währungsfrage anders als in bestem Glauben gehandelt haben. Es ist deshalb vollkommen ausgeschlossen, daß auch nach dieser Seite hin der Sitz des hier obwaltenden Mißverständnisses zu suchen ist; und da mir dies mehrfach in der Unterhaltung entgegengehalten wurde, halte ich mich doch für verpflichtet, das öffentlich auszusprechen, daß Niemand daran denkt, daß der böse Wille, der offenbar an irgend einer Stelle hier obgewaltet haben könnte, bei diesen Personen des preußischen Staatsministeriums seinen Sitz haben könnte. Ich habe vorhin den Herrn Reichskanzler nicht erwähnt, um ihn hervorzuheben gegenüber dem preußischen Staatsministerium, sondern ich glaube, daß das preußische Staatsministerium mit dem Herrn Reichskanzler zusammen über dem Verdacht einer derartigen Intrigue steht.

Vorsitzender Graf **von Mirbach**-Sorquitten: Herrn Dr. Arendt möchte ich zunächst bemerken, daß es sich hier einfach um eine neue Thatsache handelt; wir stehen hier vor der Thatsache: die Reichsregierung erklärt: wir haben angefragt bei der englischen Regierung und haben eine ablehnende Antwort bekommen — die englische Regierung erklärt: wir haben eine derartige Anfrage nicht erhalten

und haben eine ablehnende Antwort infolge dessen auch garnicht geben können. Ich meine, diese Dinge müssen klargestellt werden. Wo der Irrthum liegt, wird sich vielleicht einmal ergeben. Es wird auch unsere Aufgabe sein, darauf hinzuwirken, daß eine Klarstellung erfolgt.

Rittergutsbesitzer **Ackermann**-Salisch: Meine Herren, ich wollte Ihre Aufmerksamkeit auf eine, wie ich glaube, interessante Thatsache lenken. Herr Graf Kanitz hat mit Recht ausgeführt, daß die deutsche Regierung, ohne sich einen genügenden Gegenvortheil zuzuwenden, der russischen Regierung alle möglichen Vortheile zugestanden hat. Das ist ja richtig; aber Herr Graf Kanitz hat verschwiegen, daß es charakteristisch ist für unsere Zeit, aus welchem Grunde die deutsche Regierung das gethan hat. Sie hatte nach ihrer Ansicht einen ganz tristigen Grund dafür, nämlich das Brot in Deutschland zu verbilligen. Nun, meine Herren, ich glaube Ihre Aufmerksamkeit auf einen sehr belangreichen Erfolg unserer Bestrebungen richten zu können: es giebt ja heute wohl kaum noch einen verständigen Sozialpolitiker, der an diese verfehlte Anschauung glaubte, und ich glaube, wir haben es unsern Bemühungen zu verdanken, daß auch unsere heutige Regierung bereits über diese verkehrte Anschauung hinweggekommen ist.

Reichstagsabgeordneter Landrath a. D. **von Kardorff**-Wabnitz: Das letztere ist, fürchte ich, nicht in dem Maße der Fall, wie der Herr Vorredner anzunehmen scheint. Wenigstens haben wir dieselben Aeußerungen vom Bundesrathe unter dem gegenwärtigen Reichskanzler gehört, die wir unter dem Grafen Caprivi gehört haben, daß an theureren Getreidepreisen nur ein äußerst geringer Theil der ländlichen Bevölkerung betheiligt wäre und alle übrigen Bevölkerungsklassen, auch der größere Theil der ländlichen Bevölkerung, ein Interesse an niedrigen Getreidepreisen habe.

Vorsitzender Graf **von Mirbach**-Sorquitten: Das Wort wird nicht weiter verlangt, ich darf die Diskussion schließen. Wünschen die Herren Referenten das Schlußwort? — Dieselben verzichten. Dann kämen wir also zur Abstimmung über die Resolution des Herrn von Sydow, lautend:

„Die XXI. General-Versammlung der Vereinigung der Steuer- und Wirthschaftsreformer erklärt:

Das stetige Sinken der Weltmarktspreise seit der deutschen Münzreform hat erheblich zum Rückgange der Schiffsfrachten beigetragen, und ein weiteres Sinken der Getreidepreise herbeigeführt.

In der Wiederherstellung des früheren Silberwerthes liegt das einzige Mittel zur Abhilfe."

Was die Form der Abstimmung betrifft, so glaube ich, stehen die beiden Nummern der Resolution in einem so engen Zusammenhange miteinander, daß von einer Trennung nicht die Rede sein kann; ich bitte deshalb die Herren, welche die Resolution annehmen wollen, die Hände zu erheben.

(Geschieht.)

Sie ist mit allen gegen eine Stimme angenommen.

Meine Herren, wir sind am Schlusse unserer Berathungen angelangt. Ich bitte Sie, dieselben zu schließen, wie wir sie begonnen haben, mit dem Rufe:

Seine Majestät unser Allergnädigster Kaiser und König und die verbündeten Deutschen Fürsten — sie leben hoch! — und abermals hoch! — und nochmals hoch!

(Die Versammlung stimmt begeistert in den Hochruf ein.)

Ich schließe die General-Versammlung.

(Schluß 4 Uhr.)

Anhang.

Schiffsfrachten-Nachweis.

Vom Referenten Rittergutsbesitzer von Sydow-Dobberphul.

Vorbemerkung des Referenten: Bisher waren nur Daten über Schiffsfrachten seit den siebziger Jahren veröffentlicht und zwar in der Broschüre eines rheinischen Industriellen: „Die Eisenbahnfrachten und das Sinken der Preise", sowie in früheren Arbeiten des Referenten.

Das Material aus den 50er und 60er Jahren verdankt derselbe durch gütige Vermittelung des Herrn A. van Gülpen zu Emmerich den Herren Binneveld und Schellen in Rotterdam, von denen sehr sorgsam ausgearbeitete Tabellen gesandt wurden, welche meistens für drei Perioden im Jahr verschiedene Daten angeben. Zwei Tabellen sind vollständig veröffentlicht und ist aus ihnen ersichtlich, welchen Schwankungen die Schiffsfrachten im Laufe eines Jahres unterworfen sind. Vielleicht ist dies der Grund, daß sie von der Statistik so wenig beachtet sind und für werthlos gehalten wurden zur Beurtheilung volkswirthschaftlicher Fragen.

In der ersten Tabelle sind die Bezeichnungen Gulden und Last (1800 kg für ungeschälten Kaffee) beibehalten, alle übrigen Tabellen sind auf Tons (1000 kg) und deutsche Währung umgerechnet resp. englische Währung beibehalten. Die Klassifikation der Schiffe erfolgt jetzt allgemein nach Register-Tons, durch welche der Raumgehalt der

Schiffe, bei Dampfern abzüglich des Maschinen- und Kohlenraumes, festgestellt wird. Ein Register-Ton umfaßt 2,83 cbm, die Tragfähigkeit wird nun im Verhältniß zu den Register-Tons nach englischen Tons berechnet und laden die Dampfer gewöhnlich das Doppelte der Register-Tons an Schwergut-Tons, an Getreide-Tons etwa 70 Prozent über, an Flachs 20 Prozent unter der Anzahl Register-Tons.

Batavia (Kaffee, Zucker) nach Rotterdam.

(Pro Last = 1800 Kilogramm und Gulden holländisch.)

Jahr	Januar-Februar	Juni-Juli	November-Dezember
1850	Viel Schiffsraum vorhanden, Frachten ziemlich niedrig, nicht höher als fl. 80.—		Für Kaffee und Zucker nach Amsterdam. fl. 85 für Kaffee und fl. 90/95 für Zucker.
1851		Wenig Aenderung. Es wurde fl. 70/80 bezahlt.	
1853	Zwei Schiffe wurden zu fl. 80 pro Last befrachtet.	Die Frachten wechseln von £ 4.— bis £ 5. 10 sh ab.	Die Frachten variiren von fl. 95.— bis fl. 105.—
1854		Nur sehr wenig Frachtmengen abgeschlossen. — Für holländische Schiffe ist die Notirung fl. 70/80 pro Last.	
1855	Ziemlich viel Nachfrage nach Schiffsraum, fl. 95/100 für Kaffee und Zucker nach Holland.	Die Frachten steigen bis auf fl. 115/120. Viel Nachfrage nach Schiffsraum.	Da sehr viele Schiffe in den letzten Wochen angekommen sind, sind die Frachten plötzlich auf fl. 90.— heruntergegangen.

Batavia (Kaffee, Zucker) nach Rotterdam.

(Pro Last = 1800 Kilogramm und Gulden holländisch.)

Jahr	Januar-Februar	Juni-Juli	November-Dezember
1856	Verschiedene Schiffe sind in anderen Plätzen befrachtet, um hier zu laden, und sind die Frachten wie folgt: fl. 107.— für Zucker nach Rotterdam, fl. 120.— für Zucker nach Amsterdam, fl. 110.— für Reis nach Amsterdam.		Viele Schiffe sind wieder angekommen, infolge dessen gingen die Frachten wieder etwas herunter. Man bezahlt für Kaffee und Zucker fl. 90/95 nach Rotterdam und Amsterdam.
1858		Viel Nachfrage nach Schiffsraum, und wurde zuletzt zu fl. 110 nach Amsterdam befrachtet.	
1859	Infolge der großen Menge Schiffe sind die Frachten ganz bedeutend heruntergegangen und wird jetzt allgemein für Kaffee und Zucker zu fl. 35/40 nach Holland abgeschlossen.	Noch sehr viel Schiffsraum vorhanden und bleiben die Frachten dieselben; auch ist wenig Aussicht, daß dieselben steigen werden.	

Rio de Janeiro (Kaffee) nach dem Kanal.

(Pro 1000 Kilogramm und shilling.)

Jahr	Januar-Februar	Juni-Juli	November-Dezember
1850	Frachten nominal.	Frachtenmarkt flau. Man befrachtet zu 50/—.	Nach England 45/— u. 50/—, nach dem Kanal 50/— u. 60/—, nach Antwerpen 55/— u. 60/—, nach Hamburg 50/— u. 55/—.
1851	Frachten sind: 55/— u. 60/— nach dem Kanal u. nach Antwerpen; nach Hamburg 50/— u. 55/—.	Nach Antwerpen 50/— u. 55/—, nach Hamburg 50/— u. 55/—.	Bis Ende Oktober sind sehr wenige Schiffe befrachtet zu d. äußerst niedrigen Fracht von 35/—, jedoch seitdem bezahlt man 45/—.
1852	Nach Hamburg 25/— „ Antwerpen 35/— u. 40/—.	Nach England 20/— u. 25/—, nach Hamburg 25/— u. 30/—, nach dem Kanal 25/— u. 30/—.	Nach Antwerpen 37/— u. 42/6, nach Hamburg 37/6 u. 40/—, blieben sonst unverändert.
1853	Infolge der Stockung im Geschäft sind die Frachten nicht fest. Man notirt 45/— nach Antwerpen, 50/— u. 55/— nach dem Kanal oder nach Hamburg.	Frachten sind jetzt folgende: Hamburg 65/— und 70/—, Antwerpen 67/6 u. 70/—, Havre Frs. 60.—.	Frachten niedriger, die hohen Kaffeepreise u. geringerer Vorrath werden einer Erhöhung vorbeugen. Antwerpen } 40/— u. Hamburg } 45/—. nach dem Kanal 45/—.
1854	Frachten wieder höher. £4.5/— u. £.4.10/— nach Süd- und Nord-Europa.	Frachten flau, wenig Vorrath, man bezahlt nach Antwerpen 45/—, nach dem Kanal 45/—, nach Hamburg 40/—.	Frachten sind ungefähr die gleichen, doch wird eine Erhöhung erwartet und verlangt man nach Antwerpen 62/6, Hamburg 50/— u. 55/—.
1855	Frachten sind folgende: 50/— u. 55/— nach dem Kanal, 45/— u. 50/— nach Hamburg und Antwerpen.	Frachten aufs neue höher, 65/— u. 75/— nach dem Kanal, 65/— nach Hamburg, 70/— „ Antwerpen.	In letzterer Zeit keine Befrachtungen abgeschlossen. Alle Schiffe im Hafen sind befrachtet.

Rio de Janeiro (Kaffee)
nach dem Kanal.
(Pro 1000 Kilogramm und shilling.)

Jahr	Januar-Februar	Juni-Juli	November-Dezember
1856	Frachten nach Antwerpen 60/—.	Fracht nach England 40/—, nach dem Kanal 45/— u. 50/—, nach Antwerpen 40/—, nach Hamburg 50/—.	Frachten fest; nach dem Kanal 52/6 u. 55/—, Hamburg und Antwerpen 50/—. Für ein kleines Schiff wurde 60/— bezahlt.
1857	Infolge der großen Anzahl Schiffe sind die Frachten niedrig; nach dem Kanal 45/— u. 50/—, Antwerpen } 40/— u. Hamburg } 45/—.	Frachten nach dem Kanal u. Antwerpen 40/— nominal.	Frachten niedrig, man befrachtet zu 30/— u. 35/— nach einem direkten Hafen (Kontinent).
1858	Frachten nach dem Kanal 32/6, nach Antwerpen u. Hamburg 30/—.	Die Frachten nach dem Kanal, Nord- und Mittel-Europa sind bis auf 20/— heruntergegangen.	Einige Schiffe wurden zu 25/— und 30/— befrachtet, doch ist der Vorrath gering zu nennen.
1859	Frachten nominal und betragen: 30/— bis 35/— nach dem Kanal oder direkten Hafen.	Eine sehr große Anzahl Schiffe im Hafen, einige Schiffe haben für $^2/_3$ Ladung 30/— angenommen; nach dem Norden von Europa wird 25/— bis 30/— bezahlt.	Die Frachten nominal und erwartet man eher ein Heruntergehen als eine Erhöhung der Frachten.
1860	Frachten niedriger und ist die Notirung 20/— u. 25/— nach dem Kanal, Frs. 39 nach Havre.	Ein Schiff wurde zu 45/— befrachtet, doch sind die Frachten infolge der geringen Nachfrage niedriger. Man notirt nach dem Kanal 35/—, Hamburg und Antwerpen 32/6.	Sehr große Nachfrage nach Schiffsraum, jedoch infolge der großen Anzahl Schiffe bleiben die Frachten normal und wird eine Erhöhung nicht erwartet. Man schließt ab nach dem Kanal zu 35/— und 37/6, nach Hamburg und Antwerpen zu 32/6.

Von Batavia nach Rotterdam für Kaffee und Zucker / **Von Rio de Janeiro nach dem Kanal für Kaffee**

	Batavia	Rio de Janeiro
1850	70	50—60
1853	70	45—60
1855	80—100	50—75
1856	85—100	45—60
1858	90	25—32
1859	80—86	25—30
1861	75—84	50—60
1862	72—89	35—45—70
1865	40—75	40—45
1868	68—84	37—50
1870	58—66	48—50
1871	50—68	32—40—50
1872	60—75	40—47
1873	50—60	32—38
1880	41—70	37—50
1885	50—60	27—30
1890	41—52	25—30
1895	25—31	25—27

Von Bombay nach London für Getreide

1872	60—65
1874	50—57
1875	50—52
1876	45—47
1877	40—48
1878	30—41
1879—82	25—40
1883—85	26—30
1886—91	14—30
1894	13—18

Von Kalkutta nach London für Getreide

1872	85—95
1876	75
1878	57—62
1880	58—68
1885	35—37
1892—93	5—20
1893—94	15—27
1894—95	11—25

Von New-York nach London für Getreide

1881	22—28
1884	12—15
1886	10—18
1887	6—14
1891	11
1895	5—11

Von Kalifornien nach Hamburg für Getreide

1878	70—80
1894	25—40

Von Havanna nach England für Zucker		Von Bahia nach dem Kanal für Zucker und Kaffee	Von Königsberg i. Ostpr. nach Holland für Getreide	
1850	45—55	30—60	1850	18—21
1851	40—55	42—65	1851	14—20
1852	40—55	35—45	1852	10—16
1853	40—60	45—85	1855	12
1854	50—75	55—70	1856	15
1855	35—55	52—55		
1856	60—90	47—52		
1857	50—60	20—30—45		
1858	40—70	25—40		
1859	37½—60	30—35		
1860	40—55	30—45		

Von Odessa nach dem Kanal für Getreide		Von Samarang nach Holland für Zucker und Kaffee	
1878	35—45	1871	64
1885	15—19	1878	60
1890	15—17	1879	68—72
1895	9—18	1885	22—30—40

Der Broschüre: „Die Eisenbahnfrachten und das Sinken der Preise" entnehmen wir folgende Daten über die Schiffsfrachten:

Es betrugen die Seefrachten:

1. **Vom Schwarzen Meer nach dem Kanal für Getreide und Talg:**

1878/9	47½ bis 50 sh. p. Tonne	seit 1878/9 also um 47—48 pCt. billiger.
1881	32 sh. " "	
1885/6	27½ bis 26¼ sh. " "	

2. **Von New-York nach Antwerpen für Getreide:**

1878	20 sh. + 10 pCt. p. Tonne	(27¾ Frs.)	seit 1878/9 um ca. 46 pCt., seit 1881 um ca. 56 pCt. gefallen.
1879	do. " "	(do.)	
1881	25 sh. + 10 " " "	(34,70 Frs.)	
1885	20 —22½ Frs. " "		
1886	20 —15 " " "		

3. **Von der Ostsee nach dem Kanal für Getreide:**

1878/9	3 sh. 6 p. Quarter (496 Pfd. engl.)	seit 1878/9 um ca. 47½ pCt. gefallen.
1881	2 " " "	
1885/6	1 " 10 " "	

4. Von Java nach Holland für Zucker:

1878/9	57½ sh. p. Tonne	seit 1878/9 um 35 pCt. gefallen.
1881	50 " " "	
1885/6	40—37½ " "	

5. Von Java nach Amerika für Zucker:

1878/9	62½ sh. p. Tonne	seit 1878/9 um 32 pCt. gefallen.
1881	55 " " "	
1885/6	45—42½ " "	

6. Von New-York nach Holland für Baumwolle:

1878/9	15/32 d. p. Pfd. engl.	seit 1878/9 um ca. 23 pCt. gefallen.
1881	3/8 " " " "	
1885/6	23/64 " " " "	

7. Von Kalkutta nach London für Jute und Weizen:

1881	57 — 61 sh. p. Tonne	seit 1881 um ca. 49 pCt. gefallen.
1885/6	29½—30½ " " "	

8. Von Kalkutta nach New-York für Jute und Weizen:

1881	10 Dollars p. Tonne	seit 1881 um ca. 48 pCt. gefallen.
1885/6	5⅕ " " "	

9. Vom Mittelländischen Meer nach Middlesboro für Erzladungen:

1877	13 sh. bis 13½ sh. p. Tonne	also 52—54 pCt. billiger.
1885	6 " " 6½ " " "	

10. Vom Mittelländischen Meer nach Cardiff für Erzladungen:

1877	9 sh. bis 11 sh. p. Tonne	also um 33—45 pCt. billiger.
1881	6½ " " 8 " " "	
1885	6 " " " " "	

11. Von der Westküste von England nach Rotterdam für Roheisen:

1877	9½ sh. p. Tonne,	also 47 pCt. billiger.
1881	8½ " bis 8 sh. " "	
1885	5½ " " 5 " " "	

12. Von Bilbao (Spanien) für Erze nach

	Middlesboro	Newport	Maryport
1877	11½ sh.	12½ sh.	12 sh.
1881	10 "		8 "
1886	5¼ "	4¾ "	5½ "
gegen 1877 also	54 pCt.	62 pCt.	54 pCt. gefallen.

Für Roheisen.

13.

	Von Leith nach Rotterdam	Von Middlesboro nach Rotterdam
1878	6 sh. bis 6½ sh.	7 sh. bis 7½ sh. p. Tonne,
1881	5 " " 5½ "	6 " " 6½ " " "
1885/6	3 " " 3½ "	3¾ " " 4 " " "
geg. 1878 also	50—46 pCt.	46½ pCt. gefallen.

14. Von Bordeaux nach Rotterdam für Harz:
von 15 Frs. auf 10 Frs. u. heute auf 3 Frs. p. Tonne = 80 pCt. gefallen.

15. Von La Plata nach Antwerpen für Wolle und Häute:

1878	17½ sh. + 10 pCt. = 24 Frs. 25	seit 1881 also um ca. 46 pCt. gefallen.
1879	30 " + 10 " = 41 " 60	
1881	20 " + 10 " = 27 " 75	
1885	20—25 Frs.	
1886	17½—15 "	

16. Von Liverpool nach Stettin für Chemikalien:

	1878	1879	1885
p. Tonne	15 sh.	15 sh.	12 sh., also 20 pCt. gefallen.

17. Von Leith nach Stettin für schwefelsaures Ammoniak:

	1878	1879	1885
p. Tonne	16 sh.	15 sh.	12 sh., also seit 1878 um 25 pCt. gefallen.

Für Roheisen.

18.

	Von Middlesboro nach Stettin	Von Leith nach Stettin
1878	7 sh. p. Tonne,	7 sh. p. Tonne
1879	7 " " "	6½ " " "
1885	5 " " "	5 " " "
gegen 1878 also	ca. 28½ pCt.	ca. 28½ pCt. gefallen.

Zusammenstellung

der von der

XXI. Generalversammlung der Vereinigung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer am 24. und 25. Februar 1896 beschlossenen Resolutionen, unter Berücksichtigung der redaktionellen Abänderungen durch den Ausschuß vom 27. März 1896.

A. Die Resolution der Referenten Reichstagsabgeordneter Graf von Schwerin-Löwitz und Reichstagsabgeordneter Domänenrath Rettich-Rostock zu Thema 1 der Tagesordnung:

„Die veränderte Gestaltung der auf die Befestigung der Getreidepreise abzielenden Anträge (Antrag Graf Kanitz und Genossen).“

„Die XXI. General-Versammlung der Vereinigung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer erklärt:

1. Der ursprünglich nur auf die Hebung der Getreidepreise abzielende Antrag des Grafen Kanitz hat durch die veränderte Fassung, in welcher er im Reichstag eingebracht wurde, eine sehr viel weitergehende Bedeutung, namentlich in sozialer Hinsicht erlangt. Er bildet z. B. den einzig gangbaren Weg, um zu einem für Produzenten wie Konsumenten gleich wünschenswerthen Ausgleich der Getreide- und Brotpreise auf mittlerer Höhe zu gelangen. — Die Beseitigung der Getreidepreis-Schwankungen wird gleichzeitig eine Verringerung der Differenz zwischen Getreide- und Brot-Preisen bewirken und bedeutet daher nicht Brotvertheuerung — sondern Brotverbilligung.

2. Die Ablehnung des Antrags erfolgte von Seiten der demokratischen Mehrheit des Reichstags in Wahrheit weit weniger aus wirthschaftlichen als aus parteipolitischen Rücksichten — und von Seiten der verbündeten Regierungen weit weniger wegen thatsächlicher Unüberwindlichkeit der entgegenstehenden handelspolitischen Schwierigkeiten als aus Mangel an dem vollen Verständniß der großen sozialen Bedeutung des Antrags.

3. Daher betrachtet die Vereinigung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer es für geboten — neben dem Verständniß für die Währungsfrage — das Verständniß für die wirthschaftliche und soziale Bedeutung des veränderten Antrags Kanitz bis zu den Neuwahlen des Jahres 1898 in den weitesten Kreisen unseres Volks zu fördern."

(Diese Resolution ist dem Bundesrath, dem Herrn Reichskanzler Fürsten zu Hohenlohe-Schillingsfürst und dem Preußischen Minister für Landwirthschaft, Domänen und Forsten Herrn Freiherrn von Hammerstein-Loxten am 10. April 1896 eingereicht worden.)

B. Die Resolution des Referenten Landtagsabgeordneter Dr. Otto Arendt-Berlin mit dem Zusatz-Antrag des Grafen von Mirbach-Sorquitten (am Schlusse der Nr. 3) über Thema 2 der Tagesordnung:

„Die Reichsbank und ihre eventuelle Ueberführung in den Besitz des Reichs."

„Die XXI. General-Versammlung der Vereinigung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer beschließt:

An den Herrn Reichskanzler, den Bundesrath, den Reichstag und den Preußischen Landtag das Ersuchen zu richten,

daß bei der durch das Bankgesetz vom 14. März 1875 vorgesehenen zehnjährigen Erneuerung der Privilegien der Notenbanken nach folgenden Grundsätzen verfahren wird:

1. Im Interesse der Vereinheitlichung des deutschen Notenbankwesens und im Interesse der Steuerzahler macht der

Bundesrath von der ihm gesetzlich zustehenden Befugniß Gebrauch, zum 1. Januar 1901 den Privatnotenbanken das Recht der Notenausgabe aufzukündigen.

2. Im Interesse der Steuerzahler und behufs Ausbildung der Reichsbank als Mittelpunkt für eine den wirthschaftlichen und sozialen Bedürfnissen aller Bevölkerungsklassen entsprechenden Kreditorganisation hat der Bundesrath das ihm gesetzlich zustehende Recht auszuüben, die Antheile der Reichsbank am 1. Januar 1901 zum Nennwerth unter Theilung des Reservefonds von 30 Millionen Mark zu erwerben, so daß die Reichsbank künftig für Rechnung des Reichs betrieben wird.

3. Bei den hierdurch erforderlich werdenden Abänderungen des Bankgesetzes von 1875 ist entsprechend der seit 1875 hervorgetretenen Bedeutung des Giro- und Depositen-Verkehrs eine gesetzliche Regelung der Deckung der Depositen der Reichsbank und aller Banken herbeizuführen.

Im Besitze des Reichs kann die Reichsbank, wenn sie sich lediglich auf eine angemessene Verzinsung des vom Reich für ihren Erwerb herzugebenden Kapitals beschränkt, ihren Kredit dem deutschen Handel und den deutschen Gewerben zu weit niedrigerem Zinsfuß zur Verfügung stellen als das gegenwärtig geschieht."

(Vorstehende Resolution ist am 10. April 1896 dem Bundesrath, dem Reichsschatzsekretär Herrn Dr. Graf von Posadowsky-Wehner und dem Preußischen Finanzminister Herrn Dr. Miquel überreicht worden.)

C. Resolutionen zu Thema 3 der Tagesordnung:

„Welche wirthschaftspolitischen Erfahrungen liegen seit der XIX. General-Versammlung am 20. und 21. Februar 1894 vor. Die Mittel zur Abhilfe des wirthschaftlichen Nothstandes."

a) Resolution des Referenten Fabrikbesitzer Otto Wülfing-M.-Gladbach:

„Die XXI. General-Versammlung der Vereinigung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer erklärt:

1. Die Vereinigung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer sieht nach wie vor in der Wiedereinsetzung des Silbers als gleichberechtigtes Geld eins der wichtigsten Mittel, die wirthschaftlichen Verhältnisse zu bessern und der Landwirthschaft eine gesicherte Existenz zu schaffen, namentlich seit unsere Schutzzölle durch Handelsverträge gebunden sind.
2. Der Silberwerth kann nur dann ausreichend gehoben und festgelegt werden, wenn eine internationale Doppelwährung zu Stande kommt.
3. Die Vereinigung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer bedauert tief, daß die Deutsche Reichsregierung dem Beschluß des Reichstags und der beiden Häuser des Preußischen Landtages, betreffs Berufung einer internationalen Währungs-Konferenz keine Folge geleistet hat, erwartet aber bestimmt, daß nach der Erklärung der englischen Regierung, welche die Wiedereröffnung der indischen Münzstätten bei einer Währungsreform in Aussicht stellt, der Herr Reichskanzler die Währungsverhandlungen wieder aufnehmen wird, die er nur in der Annahme fallen ließ, daß in absehbarer Zeit England in die Wiedereröffnung der indischen Münzstätten nicht willigen würde."

(Diese Resolution ist dem Bundesrath, Reichskanzler, dem Reichsschatzamt und dem Preußischen Finanzminister am 10. April zugestellt worden.)

b) Resolution des Referenten Kammerherr und Landtagsabgeordneter Freiherr von Erffa-Wernburg:

„Die XXI. General-Versammlung der Vereinigung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer wolle erklären:

1. An der Forderung der Monopolisirung der Getreideeinfuhr ist zur Zeit festzuhalten.
2. An der Forderung der Einberufung einer Währungs-Konferenz zum Zweck der Anbahnung einer internationalen Doppelwährung ist festzuhalten.
3. Die Durchführung der sogenannten kleinen Mittel, besonders einer den börsenmäßigen Getreide-Terminhandel beseitigenden Börsenreform, ist nach Möglichkeit zu beschleunigen."

c) Antrag des Reichstagsabgeordneten Herrn von Kardorff-Wabnitz:

(Derselbe ist am 29. Februar 1896 dem Herrn Reichskanzler Fürsten zu Hohenlohe-Schillingsfürst mit folgendem Wortlaut überreicht worden:)

„Eurer Durchlaucht

beehre ich mich, den nachstehenden einstimmig gefaßten Beschluß der General-Versammlung der Vereinigung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer vom 25. d. M. zu unterbreiten, lautend:

„Die General-Versammlung wolle beschließen: Auf Grund der durch die offizielle Erklärung der englischen Regierung vom 20. Februar d. J. im Unterhause bekundeten Bereitwilligkeit Englands, in Verhandlungen über eine internationale Regelung der Währungsfrage einzutreten, den Vorstand der Vereinigung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer aufzufordern:

ein zu veröffentlichendes Schreiben an den Herrn Reichskanzler zu richten, welches denselben ersucht, den Beschlüssen des Deutschen Reichstages und beider Häuser des Preußischen Landtages, welche die Berufung internationaler Konferenzen zur Regelung der Währungsfrage fordern, nunmehr schleunigst Folge zu geben."

Eurer Durchlaucht darf ich, da der nunmehr zur allgemeinen Kenntniß gelangte offizielle Text der Erklärung des englischen Kabinets der Begründung des vorstehenden Antrages vollkommen entspricht, die gehorsamste Bitte unterbreiten, dem Ersuchen der General-Versammlung der Vereinigung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer Folge geben zu wollen.

Der Vorstand
der Vereinigung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer.

Graf von Mirbach,
Vorsitzender."

D. Resolution des Referenten Rittergutsbesitzer H. von Sydow-Dobberphul zu Thema 4 der Tagesordnung:

„Die Transportkosten (Tarife) und ihr Einfluß auf die Preise."

„Die XXI. General-Versammlung der Vereinigung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer erklärt:

Das stetige Sinken der Weltmarktpreise der Haupthandelsartikel seit der deutschen Münzreform hat erheblich zum Rückgange der Schiffsfrachten beigetragen, und ein weiteres Sinken der Getreidepreise herbeigeführt.

In der Wiederherstellung des früheren Silberwerthes liegt das wesentlichste Mittel zur Abhilfe."

(Diese Resolution ist dem Bundesrath, dem Herrn Reichskanzler, dem Herrn Reichsschatzsekretär und dem Preußischen Herrn Finanzminister am 10. April eingereicht worden.)

Statut

der

Vereinigung der Steuer- u. Wirthschafts-Reformer.

Definitiv angenommen

von der

konstituirenden Versammlung am 22. bis 24. Februar 1876

und mit der Abänderung im Alinea 3 § 2 durch die IV. General-Versammlung am 26. und 27. Februar 1879, —
der Abänderung durch die VI. General-Versammlung am 24. Februar 1881 in Punkt 9 des § 2, in § 6 und § 7, —
der Abänderung durch die VII. General-Versammlung am 17. und 18. Februar 1882 im § 7 des Statuts, —
der Rückstellung der Punkte 4, 6, 7, 8 im § 2 durch die X. General-Versammlung am 17. Februar 1885 —
und
der Rückstellung des Punkt 2 sowie Einfügung von zwei neuen Punkten unter 3 und 10 im § 2 durch die XX. General-Versammlung am 19. und 20. Februar 1895.

---

§ 1.

Sitz der Vereinigung.

Die „Vereinigung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer" erwählt zu ihrem Vorort Berlin, doch kann dieselbe je nach Beschluß des Ausschusses in jedem Orte Deutschlands Versammlungen abhalten.

§ 2.

Zweck der Vereinigung.

Die Vereinigung hat den Zweck, die Ideen und Grundsätze einer gemeinnützigen, auf christlichen Grundlagen beruhenden Volkswirthschaft im Volke zu verbreiten und in der Gesetzgebung zum Ausdruck zu bringen. Diese Ideen und Grundsätze sind in dem folgenden Programm zusammengefaßt:

1. Es ist auf eine gleichmäßige Vertheilung aller Steuern hinzuwirken, damit der bis jetzt überbürdete Grundbesitz und die redliche Arbeit in allen Berufszweigen entlastet werden.

*2. (Die Doppelbesteuerung, welche in der Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer liegt, ist zu beseitigen. Das Renten-Einkommen ist höher zu besteuern als das Arbeits-Einkommen. Gegen die Steuerumgehungen des Geldkapitals sind wirksame Sicherheitsmaßregeln zu schaffen.)

3. Der heimischen Produktion auf allen Gebieten ist ein Zollschutz zu gewähren, welcher den Produktionsbedingungen des Inlandes und des konkurrirenden Auslandes entsprechend zu bemessen ist.

4. Bei allen Zöllen und indirekten Steuern ist stets darauf Bedacht zu nehmen, daß sie nicht besonders schädlich auf einzelne Distrikte und Bevölkerungsschichten einwirken. Die Einführung einer Börsenumsatz-Steuer nach dem Werthe, sowie eine Besteuerung der ausländischen Werthpapiere sind dringend geboten.

Die Stempel- und Tax-Gesetzgebung ist einer Revision zu unterziehen behufs Lastenausgleichung zwischen Grundbesitz und beweglicher Habe.

*5. (Im Eisenbahnwesen ist es nothwendig, daß an die Stelle des Aktienbetriebes ein billiger, lebenssicherer Staatsbetrieb mit Beseitigung aller Differentialtarife tritt, ohne daß der Besitzstand der einzelnen Staaten berührt wird.)

6. Papiergeld auszugeben gebührt allein den gesetzgebenden Faktoren des Reiches. Die Banknoten-Privilegien sind zu beseitigen.

*7. (Das Aktiengesetz vom 11. Juni 1870 bedarf einer durchgreifenden Reform. Insbesondere sind Schutzmaßregeln zu treffen gegen die sittlichen und wirthschaftlichen Gefahren, welche die unzureichende Verantwortlichkeit der Gründer und Vorstände nach sich zieht.)

*8. (Die Gewerbeordnung und das Unterstützungswohnsitz-Gesetz bedürfen dringend der Revision.)

*9. (Den Verträgen zwischen ländlichen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ist durch Gesetz eine Form anzuweisen, welche für beide Theile einen wirksamen Rechtsschutz im beschleunigten Verfahren mit vorläufiger ortspolizeilicher Entscheidung gewährt.)

10. Die Goldwährung ist durch eine internationale Gold- und Silberwährung (Doppelwährung) zu ersetzen.

---

*) Der eingeklammerte und in Petitschrift gedruckte Punkt 2 des § 2 ist durch die XX. General-Versammlung am 19. Februar 1895 und die Punkte 5, 7, 8 und 9 des § 2 sind, weil durch die Bemühungen unserer Vereinigung resp. ihrer Mitglieder zum größten Theil in der Gesetzgebung zum Ausdruck gekommen, von der X. General-Versammlung am 17. Februar 1885 eliminirt worden mit der Bestimmung, daß dieselben in der vorstehenden Form dem Programm historisch eingefügt bleiben.

11. Der ländliche Grundbesitz ist von dem Zwange des Römischen Rechtes zu befreien. Insbesondere ist ihm eine seiner Natur entsprechende Verschuldungsform und ein den deutschen Sitten entsprechendes Erbrecht zu gewähren.

§ 3.

Mitgliedschaft.

Jedes Mitglied kann Personen, welche im Wesentlichen die Grundsätze des Programms anerkennen, zur Aufnahme vorschlagen. Der Vereinigungs-Ausschuß (§ 4) beschließt und entscheidet über Aufnahme.

Die Aufnahme von Ehrenmitgliedern kann der Ausschuß mit Zweidrittel-Majorität beschließen.

§ 4.

Leitung der Vereinigung.

Die Leitung der Vereinigung besorgt ein jährlich zu wählender Ausschuß von 20 Mitgliedern, denen das Recht der Kooptation je nach Ermessen zusteht. Die konstituirende und später jede Jahres-Versammlung wählt diese nach Stimmenmehrheit. Von dem Ausschuß scheidet jedes Jahr die Hälfte (das erste Mal durchs Loos) aus. Der Ausschuß entscheidet über Aufnahme der Mitglieder, und jedes Ausschußmitglied kann, wenn verhindert oder auswärts wohnend, schriftlich votiren. Zur Führung der laufenden Geschäfte wählt der Ausschuß ein aus fünf Mitgliedern bestehendes und geschäftsführendes Komité, welches in Berlin seinen Sitz hat.

§ 5.

Geschäftsordnung.

Zur Geschäftsordnung der Vereinigung wird die Geschäftsordnung des Reichstages angenommen.

§ 6.

Außerordentliche und regelmäßige Versammlungen.

Außerordentliche Versammlungen können ein Viertel der Mitglieder beim Vorstand beantragen; solche müssen mit Angabe der Tagesordnung in drei vom Ausschuß zu bestimmenden größeren, in Berlin erscheinenden politischen Zeitungen 14 Tage vorher bekannt gegeben werden. Auch der Ausschuß kann solche Versammlungen ausschreiben. Mindestens einmal in jedem Jahr und zwar im Februar muß der Ausschuß der Vereinigung in Berlin eine Ver-

sammlung berufen; diese Versammlung bestimmt selbstständig ihren nächsten Versammlungsort.

§ 7.

Beitrag.

Zur Bestreitung der Vereinigungs-Ausgaben zahlt jedes ordentliche Mitglied, Grundbesitzer oder Nicht-Grundbesitzer, welches ein Einkommen von mindestens dreitausend Mark hat, wie bisher Zehn Mark, alle anderen Mitglieder eine Mark Jahresbeitrag. Das Jahr beginnt mit dem Jahr des Eintritts. Ueber die Verwendung der Mittel beschließt der Ausschuß, der auch die Geschäfts- und Kassenführung beaufsichtigt. Die Rechnungslegung des Rendanten schließt mit dem Kalenderjahre ab.

§ 8.

Abänderung.

Abänderungen dieser Statuten können, mit Ausschluß des unabänderlichen § 4, in einer eigens dazu anberaumten oder der Jahres-Versammlung unter vorher bekannt gemachter Tagesordnung nach § 6 mit Zweidrittel-Mehrheit der anwesenden Mitglieder beschlossen werden.

§ 9.

Ausschlußbestimmung.

Wer freiwillig aus dem Verein tritt oder, als in seinen Handlungen nicht kongruent den §§ 2 und 3 befunden, ausgeschlossen wird, verliert sein Antheilsrecht am Vermögen des Vereins. Ein Ausschluß kann nur auf Beschluß des Ausschusses und nach eingeholter Genehmigung der Versammlung stattfinden.

Kein Mitglied hat das Recht, auf Theilung des gemeinschaftlichen Vermögens anzutragen.

§ 10.

Auflösung des Vereins.

Die Auflösung des Vereins kann nur erfolgen durch einen, in zwei General-Versammlungen, zwischen denen ein Zeitraum von vier Wochen liegt, mit Zweidrittel-Majorität der anwesenden Mitglieder gefaßten Beschluß.

Dieser Beschluß bestimmt dann zugleich über den etwa angesammelten Vermögensbestand des Vereins.

Leitung

der

Vereinigung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer für 1896.

Vorstand:

(Gewählt in der XXI. General-Versammlung 1896 für zwei Jahre mit der Bestimmung, daß die geschäftsführenden Vorsitzenden alternirend den Vorsitz führen.)

Graf **v. Mirbach**-Sorquitten, erster geschäftsführender Vorsitzender.

Landesdirektor Freiherr **v. Manteuffel**-Crossen, zweiter geschäftsführender Vorsitzender.

Kammerherr Dr. **v. Frege-Weltzien**-Abtnaundorf, stellvertretender Vorsitzender.

Das „Engere Komité“:

(Geschäftsführendes Komité, § 4 des Statuts.)

Graf **v. Mirbach**-Sorquitten, Vorsitzender.
Landesdirektor Freiherr **v. Manteuffel**-Crossen.
Kammerherr Dr. **v. Frege-Weltzien**-Abtnaundorf.
General-Landschaftsrath **A. v. der Osten**-Blumberg.
Erbjägermeister **Günther v. Jagow**-Rühstaedt.

Ausschuß

nach Ländern und Provinzen geordnet.

Königreich Preußen.

Provinz Brandenburg.

v. Brand-Lauchstaedt, Kgl. Kammerherr, Mitglied des Herrenhauses, Lauchstaedt bei Woldenberg (Kreis Friedeberg, Neumark).

v. Brand-Wutzig, Oberst-Lieutenant a. D., Majoratsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Wutzig bei Woldenberg (Kreis Friedeberg, Neumark), [Berlin NW. 40, In den Zelten 8].

Gravenstein, R., Rittergutsbesitzer, Sydow bei Biesenthal (Kreis Ober-Barnim).

v. Jagow, Günther, Rittmeister der Garde-Landwehr-Kavallerie, Erbjägermeister der Kurmark Brandenburg, Rühstaedt über Wilsnack (Westprignitz).

Jordan, G., Rittergutsbesitzer, Kuhhorst bei Börnicke (Kreis Ost-Havelland).

v. Klitzing-Charlottenhof, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Charlottenhof [Neumark] (Kreis Landsberg, Warthe).

Lamprecht, Gutsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Klein-Mutz (Kreis Templin), [Berlin W. 41, Kronenstraße 2].

v. Manteuffel-Crossen, O. Freiherr, Landesdirektor der Provinz Brandenburg, Rittergutsbesitzer, 1. Vizepräsident des Herrenhauses, Mitglied des Reichstages, Schloß Crossen bei Drahnsdorf (Kreis Luckau), [Berlin W. 10, Matthäikirchstraße 20/21].

v. Podbielski, General-Major z. D. und Rittergutsbesitzer, Mitglied des Reichstages, Dallmin (Westprignitz), [Berlin NW. 7, Schadowstraße 9].

v. Rohr-Dannenwalde, O., Rittmeister d. R., Rittergutsbesitzer, Dannenwalde (Ostprignitz).

v. Sydow, Rittergutsbesitzer, Bärfelde (Kreis Königsberg, Neumark).

v. Sydow, H., Rittergutsbesitzer, Dobberphul bei Rufen (Kreis Königsberg, Neumark).

v. Veltheim-Schönfließ, **W.** Freiherr, Kgl. Ceremonienmeister und Kammerherr, Major a. D., Majoratsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Schönfließ bei Hermsdorf (Mark) (Kreis Niederbarnim), [Berlin W. 64, Behrenstraße 64/65].

v. Wackerbarth, Freiherr, Kgl. Kammerherr und Major a. D., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Briesen bei Cottbus (Kreis Cottbus).

v. Werdeck-Schorbus, Lieutenant a. D., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Reichstages und des Abgeordnetenhauses, Schorbus bei Drebkau (Kreis Cottbus), [Berlin SW. 47, Großbeerenstraße 71].

v. Wilamowitz-Möllendorff, W. Graf, Rittmeister a. D., Majoratsbesitzer, Schloß Gadow bei Lanz (Westprignitz).

Provinz Posen.

v. **Bethe**, Kgl. Landrath, General-Landschaftsrath, Rittmeister a. D., Hammer bei Schönlanke (Kreis Czarnikau).

Endell, Major a. D., Rittergutsbesitzer, Kiekrz bei Rokietnica (Landkreis Posen).

v. **Martini, E.**, Rittergutsbesitzer, Lukowo bei Obornik (Kreis Obornik).

v. **Schmidt**, Rittergutsbesitzer, Moschütz bei Friedheim (Kreis Wirsitz).

v. **Staudy, L.**, General-Landschaftsdirektor, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Reichstages, Posen (Stadtkreis Posen), [Berlin W. 64, Hôtel Windsor].

Provinz Pommern.

a. Vorpommern.

v. **Esbeck-Platen**, Kgl. Kammerherr, Rittmeister a. D. und Rittergutsbesitzer, Capelle bei Gingst (Kreis Rügen).

v. **der Osten**-Blumberg, **A.**, General-Landschaftsrath, Rittmeister a. D., Mitglied des Reichstages und des Herrenhauses, Blumberg bei Casekow (Kreis Randow), [Berlin W. 10, Matthäikirchstraße 27].

v. **Platen**-Venz, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Stralsund Sarnowstraße 3 — (Kreis Rügen).

Rassow, E., Rittergutsbesitzer, Strelow bei Grimmen (Kreis Grimmen).

v. **Schwerin**-Löwitz, Graf, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Kreisdeputirter, Mitglied des Reichstages, Löwitz (Kreis Anklam), [Berlin W. 62, Nollendorf-Platz 7].

v. **Voß-Wolffradt**, Kgl. Kammerherr, Rittmeister a. D. und Rittergutsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Lüssow bei Gützkow (Kreis Greifswald).

b. Hinterpommern.

v. **Bandemer**-Selesen, Kgl. Kammerherr, Rittmeister a. D., Fideikommißbesitzer und Mitglied des Abgeordnetenhauses, Selesen bei Schmolsin (Kreis Stolp), [Berlin W. 35, Schöneberger Ufer 35].

v. **Below**-Saleske, **R.**, Major a. D. und Fideikommißbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Cusserow (Kreis Schlawe).

v. **Dewitz**-Zachow, Hauptmann a. D., Rittergutsbesitzer, Zachow bei Labes (Kreis Regenwalde).

v. Hertzberg=Lottin, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Lottin (Kreis Neustettin).

v. Knebel=Doeberitz, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Lübgust bei Gramenz (Kreis Neustettin).

v. Riepenhausen=Crangen, **K.,** Königlicher Kammerherr, Premierlieutenant a. D., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Schloß Crangen bei Pollnow (Kreis Schlawe), [Berlin NW. 7, Sommerstraße 4a].

Provinz Ostpreußen.

zu Dohna=Lauck, Friedrich Burggraf und Graf, Kgl. Kammerherr, Majoratsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Lauck über Mühlhausen (Ostpreußen), [Kreis Pr. Holland].

zu Dohna=Wundlacken, Georg Burggraf und Graf, Rittergutsbesitzer, Wundlacken bei Königsberg (Landkreis Königsberg, Ostpreußen).

v. Dönhoff=Friedrichstein, A. Graf, Kgl. Kammerherr, Legationsrath a. D., Fideikommißbesitzer, Mitglied des Reichstages und des Herrenhauses, Friedrichstein bei Löwenhagen (Landkreis Königsberg, Ostpreußen), [Berlin W. 8, Mohrenstraße 1—5].

v. d. Groeben=Arenstein, Hauptmann a. D., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Reichstages und des Herrenhauses, Arenstein bei Tiefensee (Kreis Heiligenbeil), [Berlin W. 64, Wilhelmstraße 68].

v. Gustedt=Lablacken, **W.** Baron, Kgl. Kammerherr, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Reichstages und des Abgeordnetenhauses, Lablacken (Kreis Labiau), [Berlin W. 10, Margarethenstraße 8].

v. Kanitz=Podangen, **H.** Graf, Kgl. Kammerherr, Rittmeister a. D., Majoratsbesitzer, Mitglied des Reichstages und des Abgeordnetenhauses, Podangen bei Wormditt (Kr. Pr. Holland), [Berlin W. 64, Behrenstraße 64/65].

v. Klinckowström, Cl. Graf, Landrath, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Korcklack bei Gerdauen (Kreis Gerdauen).

v. Mirbach=Sorquitten, **J.** Graf, Fideikommißbesitzer, Mitglied des Reichstages und des Herrenhauses, Sorquitten (Kreis Sensburg), [Berlin W. 64, Hôtel Royal, Wilhelmstraße 69].

v. Restorff=Lindenau, Rittergutsbesitzer, Lindenau (Kreis Heiligenbeil).

v. **Schlieben**-Sanditten, **G.** Graf, Excellenz, Schloßhauptmann von Königsberg i. Pr., Majoratsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Sanditten über Wehlau (Kreis Wehlau).

Provinz Westpreußen.

v. **Alvensleben-Schönborn, A.** Graf, Königlicher Kammerherr und Erbtruchseß, Majoratsbesitzer, Ostrometzko (Kreis Culm) und Erxleben (Kreis Neuhaldensleben, Prov. Sachsen).

v. **Auerswald**-Faulen, Königlicher Geheimer Regierungsrath und Landrath, Rittergutsbesitzer, Faulen bei Rosenberg (Kreis Rosenberg, Westpreußen).

v. **Brünneck, R.**, Burggraf von Marienburg, Königlicher Kammerherr, Landrath a. D. und Majoratsbesitzer, Bellschwitz bei Rosenberg, Westpreußen (Kreis Rosenberg, Westpreußen).

v. **Oldenburg, E.**, Königlicher Kammerherr, Rittergutsbesitzer, Januschau bei Rosenberg (Kreis Rosenberg, Westpreußen).

v. **Zelewski**, Dr., Königlicher Kammerherr, Rittergutsbesitzer, Barlomin bei Lusin (Kreis Neustadt, Westpreußen).

Provinz Sachsen.

v. **Bassewitz-Levetzow**, Dr., Graf, Majoratsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Klaeden (Kreis Stendal), [Berlin NW. 7, Pariser Platz 6].

v. **Bodenhausen**-Lebusa, **J.** Freiherr, Königl. Kammerherr und Landrath, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Lebusa über Dahme (Mark) und Herzberg, Elster (Kreis Schweinitz), [Berlin W. 8, Mohrenstraße 27/28].

v. **Erffa**-Wernburg, **H.** Freiherr, Königl. Kammerherr und Rittmeister der Landwehr-Kavallerie, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Schloß Wernburg bei Pößneck (Kreis Ziegenrück), [Berlin SW. 12, Prinz Albrechtstraße 9].

v. **Hasselbach**, Kgl. Landrath, Hauptmann a. D., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Wolmirstedt, Bzk. Magdeburg (Kreis Wolmirstedt), [Berlin NW. 7, Dorotheenstr. 80/81].

v. **Helldorff**-Zingst, Rittmeister a. D. und Rittergutsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Zingst bei Nebra (Kreis Querfurt), [Berlin SW. 12, Wilhelmstraße 94/96].

v. **Herzenberg**-Heuckewalde, Freiherr, Kammerherr, Rittergutsbesitzer, Heuckewalde (Kreis Zeitz).

v. Jagow-Calberwisch, Major a. D. und Rittergutsbesitzer, Calberwisch bei Osterburg, Altmark (Kreis Osterburg).

v. Katte, H., Major a. D., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Vieritz bei Neuenklitsche (Kreis Jerichow II.).

v. Kröcher, J., Haupt-Ritterschaftsdirektor, Rittmeister a. D., Fideikommißbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Vinzelberg, Altmark (Kreis Gardelegen), [Berlin SW. 46, Dessauerstr. 23].

Kühne, Rittergutspächter, Hartmannsdorf bei Crossen, Elster (Kreis Zeitz).

v. Mendel-Steinfels, Landes-Oekonomierath und Dozent, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Halle (Saale), [Berlin SW. 46, Königgrätzerstraße 23].

v. Ploetz, Hauptmann a. D. und Rittergutsbesitzer, Mitglied des Reichstages und des Abgeordnetenhauses, Präsident des „Bund der Landwirthe", Döllingen bei Elsterwerda (Kreis Liebenwerda), [Berlin SW. 46, Dessauerstraße 7].

v. Rohr-Hohenwulsch, **C.,** Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Hohenwulsch bei Bismark (Kreis Stendal).

v. Rohr-Levetzow, Major a. D., Rittergutsbesitzer, Groß-Wudicke (Kreis Jerichow II.).

v. Schaper, Rittmeister a. D. und Rittergutsbesitzer, Falkenberg, Bezirk Halle (Kreis Liebenwerda).

v. der Schulenburg-Beetzendorf, Königl. Landrath, Rittmeister a. D. und Fideikommißbesitzer, Beetzendorf (Kreis Salzwedel).

v. der Schulenburg-Emden, Graf, Kgl. Kammerherr, Major a. D., Fideikommißbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Emden bei Erxleben (Kreis Neuhaldensleben).

Provinz Schlesien.

v. Arnim-Muskau, **H.** Graf, Legationsrath a. D., Besitzer der Standesherrschaft Muskau, Mitglied des Reichstages, Muskau, Ober-Lausitz (Kreis Rothenburg), [Berlin W. 64, Pariser Platz 4].

zu Dohna-Mallmitz, Alfred Burggraf und Graf, Kgl. Kammerherr und Major a. D., Fideikommißbesitzer, Landesältester, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Mallmitz (Kreis Sprottau), [Berlin W. 64, Wilhelmstraße 70a].

Knoch=Ober=Poppschütz, **R.**, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Ober=Poppschütz bei Neustädtel, Reg.=Bezirk Liegnitz (Kreis Freistadt), [Berlin SW. 19, Krausenstraße 48, Kölnischer Hof].

v. Loesch=Kammerswaldau, **H.**, Landesältester und Rittergutsbesitzer, Kammerswaldau (Kreis Hirschberg).

v. Pückler=Friedland, **Friedrich** Graf, Rittmeister a. D., Kreisdeputirter, Rittergutsbesitzer, Schloß Friedland, Oberschlesien (Kreis Falkenberg).

v. Strachwitz=Bertelsdorf, Graf, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Bertelsdorf bei Lauban, Schlesien (Kreis Lauban), [Berlin W. 8, Mohrenstraße 1/5].

v. Thielmann, Freiherr, Kgl. Kammerherr, Majoratsbesitzer, Landesältester, Jacobsdorf bei Falkenberg, Oberschlesien (Kreis Falkenberg).

Rheinprovinz.

v. Hymmen, Geheimer Regierungsrath und Landrath a. D., Rittergutsbesitzer, Burg Endenich (Landkreis Bonn).

Mooren, **Th.**, Bürgermeister, Mitglied des Reichstages und des Abgeordnetenhauses, Eupen (Kreis Eupen), [Berlin NW. 7, Friedrichstraße 148/149].

Provinz Westfalen.

v. Landsberg=Steinfurt, **J.** Freiherr, Königl. Kammerherr und Landrath, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Steinfurt bei Drensteinfurt (Kreis Lüdinghausen) und Münster (Westfalen).

Provinz Hannover.

Baring, **J.**, Hofbesitzer, Ersehof bei Groß=Schwülper (Kreis Gifhorn).

v. Dürckheim=Bundhorst, **A. Eckbrecht** Graf, Hauptmann a. D., Rittergutsbesitzer, Hannover, Hohenzollernstraße 14 (Stadtkreis Hannover).

Freudenstein, Dr. **Otto**, Rechtsanwalt und Notar, Rittergutsbesitzer, Hannover, Alte Celler Heerstraße 44 (Landkreis Hannover).

zu Inn= und Knyphausen, **E.** Graf, Königlicher Kammerherr und Landschaftsrath, Majoratsherr, Mitglied des Herrenhauses und des Reichstages, Schloß Lützburg bei Hage (Ostfriesland, Kreis Norden), [Berlin W. 8, Mohrenstraße 27], [Hannover, Friedrichstraße 18].

Provinz Hessen-Nassau.

Ebrath, Th., Hauptmann z. D. und Weingutsbesitzer, Biebrich (Rhein). Winter: Wiesbaden, Stiftsgasse 14.

v. **Hundelshausen**-Friemen, Landesdirektor und Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Friemen bei Waldkappel (Kreis Eschwege) und Kassel.

v. **der Malsburg, Hans** Baron, Kgl. Kammerherr, Rittergutsbesitzer, Escheberg bei Zierenberg (Kreis Wolfhagen).

Oldenburg, F., Königlicher Oberamtmann, Wilhelmshof bei Hersfeld (Kreis Hersfeld).

Seyfarth, **F.**, Landwirth, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Rotenburg (Kreis Rotenburg, Fulda), [Berlin W. 41, Krausenstraße 56/58].

Trapp, J. A., Hotelbesitzer und Weinhändler, Rüdesheim, Rhein, Marktstraße 26 (Kreis Rheingau).

Provinz Schleswig-Holstein.

v. **Baudissin**, Graf, Rittergutsbesitzer, Borstel bei Sülfeld (Holstein).

v. **Holstein**-Waterneverstorff, Graf, Erbherr und Mitglied des Reichstages, Waterneverstorff bei Lütjenburg i. Holstein (Kreis Ploen), [Berlin W. 9, Schellingstraße 10].

v. **Rumohr**, Königlicher Kammerherr, Landschaftsdirektor und Rittergutsbesitzer, Rundhof bei Gelting in Angeln (Kreis Flensburg).

Königreich Bayern.

Beckh, Friedrich, Lieutenant a. D., Gutsbesitzer, Mitglied der Bayerischen Kammer der Abgeordneten, Schloßgut Rathsberg bei Erlangen (Rgbz. Mittelfranken).

Böcking-Kirschbacherhof, **H.**, Gutsbesitzer, Zweibrücken (Pfalz).

v. **Deines**, Dr. **H.**, Gutsbesitzer, Neuhof bei Aschaffenburg (Bezirksamt Aschaffenburg, Rgbz. Unterfranken).

v. **Rotenhan, Georg** Freiherr, Königlicher Kammerherr und Rittergutsbesitzer, Rentweinsdorf (Bezirksamt Ebern, Rgsbz. Unterfranken).

v. **Thüngen, C.** Reichsfreiherr, Landrath, Rittergutsbesitzer, Roßbach bei Zeitlofs (Rgbz. Unterfranken und Aschaffenburg, Bezirksamt Brückenau).

Königreich Sachsen.

v. Frege-Weltzien, Dr. **A.**, Kammerherr, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Reichstages und der Sächsischen Ersten Kammer, Abtnaundorf bei Schönefeld-Leipzig (Stadt- und Amtshauptmannschaft Leipzig), [Berlin W. 9, Königgrätzerstraße 5].

Gontard, A., Rittergutsbesitzer, Mockau (Parthe), [Amtshauptmannschaft Leipzig].

Landmann, Ad., Rittergutsbesitzer, Nenkersdorf bei Frohburg i. S., (Amtshauptmannschaft Oschatz).

zur Lippe, Ferdinand Graf und Edler Herr, Erlaucht, Standesherr, Rittergutsbesitzer, Mitglied der Sächsischen Ersten Kammer, Baruth (Sachsen), [Amtshauptmannschaft Bautzen].

Mehnert, Dr. **P.**, Königlicher Hofrath, Rittergutsbesitzer und Mitglied der Sächsischen Zweiten Kammer, Dresden-A., Sidonienstraße 16b, (Amtshauptmannschaft Dresden).

v. **Nitzschwitz, F.**, Rittergutsbesitzer, Königsfeld bei Rochlitz, Königreich Sachsen (Amtshauptmannschaft Rochlitz).

Opitz, H. G., Justizrath, Rechtsanwalt und Notar, Rittergutsbesitzer, Mitglied der Sächsischen Zweiten Kammer, Treuen (Amtshauptmannschaft Auerbach).

Seiler-Roßwitz, Rittergutsbesitzer, Vorsitzender des Landwirthschaftlichen Kreisvereins Reichenbach, Roßwitz bei Elsterberg i. Vogtland (Amtshauptmannschaft Plauen).

Königreich Württemberg.

v. Gaisberg, H. U., Rittergutsbesitzer, Mitglied der Württembergischen Kammer der Abgeordneten, Helfenberg bei Beilstein (Württemberg).

Großherzogthum Baden.

v. Douglas, W. Graf, Gutsbesitzer, Mitglied des Reichstages, Gondelsheim bei Bruchsal und Langenstein bei Stockach (Amt Bretten, Bad. Kreis Karlsruhe), [Berlin NW. 7, Neustädtische Kirchstraße 6/7].

Großherzogthum Hessen und bei Rhein.

Lucke, C., Rittergutspächter, Patershausen bei Offenbach (Main).

Großherzogthum Mecklenburg-Schwerin.

v. **Bassewitz**-Bristow, Graf, Kammerherr und Majoratsbesitzer, Bristow bei Teterow (Meckl.-Schwerin).

v. **Blücher**, Landforstmeister a. D. und Rittergutsbesitzer, Bobbin bei Gnoien (Meckl.-Schwerin).

Bock, H. C., Gutsbesitzer, Groß-Brütz bei Rosenberg über Schwerin (Meckl.-Schwerin).

Diestel, H., Rittergutsbesitzer, Keetz bei Brüel (Mecklenburg-Schwerin).

Rettich, M., Domänenrath, Mitglied des Reichstages, Rostock, Blutstraße 14, [Berlin W. 9, Köthenerstraße 2].

Schroeder-Poggelow, Dr., Rittergutsbesitzer, Schloß Poggelow bei Teterow, [Berlin W., Friedrich-Wilhelmstraße 21].

Großherzogthum Sachsen-Weimar.

v. **Boyneburgk, A.** Freiherr, Großherzoglich Sächsischer Kammerherr, Rittmeister a. D. und Rittergutsbesitzer, Mitglied des Sachsen-Weimarischen Landtages, Stedtfeld bei Eisenach.

v. **Wurmb, H. L.**, Schloßhauptmann und Kammerherr, Rittergutsbesitzer, Porstendorff bei Dornburg (Saale) und Hof Großfurra über Sondershausen.

Herzogthum Anhalt.

Saeuberlich, A., Oberamtmann, Gröbzig (Anhalt).

Herzogthum Sachsen-Coburg-Gotha.

v. **Seebach**-Großfahner, Freiherr, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Großfahner über Gotha.

Fürstenthum Lippe.

Tenge, Rittergutsbesitzer, Niederbarckhausen bei Oerlinghausen (Lippe).

Verzeichniß der Mitglieder.

Geschlossen am 27. März 1896.

Ackermann, P., Rittergutsbesitzer, Rittmeister a. D., Salisch über Glogau.

Ahrens, J., Rittergutsbesitzer, Bellevue bei Schwerin (Mecklenburg).

Alexander, A., Rittergutsbesitzer und Hauptmann der Landwehr, Müsselmow bei Brüel (Mecklenburg).

v. **Alvensleben-Schönborn, A.** Graf, Königlicher Kammerherr und Erbtruchseß, Majoratsbesitzer, Ostrometzko und Erxleben.

v. **Alvensleben**-Wittenmoor, **L.**, Rittmeister d. R., Rittergutsbesitzer, Wittenmoor bei Vinzelberg (Altmark).

Anger, Dr., Regierungsrath a. D. und Rittergutsbesitzer, Eythra (Kgr. Sachsen).

v. **Arnim**-Blankensee, Second-Lieutenant d. R. des 1. Garde-Feldartillerie-Regiments, Rittergutsbesitzer, Blankensee bei Gerswalde (Uckermark).

v. **Arnim**-Boytzenburg, Graf, Majoratsbesitzer, Boytzenburg (Uckermark).

v. **Arnim**-Felchow, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Felchow bei Angermünde.

v. **Arnim**-Gr.-Fredenwalde, Rittergutsbesitzer, Gr.-Fredenwalde bei Flieth (Uckermark).

v. **Arnim**-Mellenau, **A.** Graf, Major, Rittergutsbesitzer, Mellenau (Uckermark).

v. **Arnim**-Muskau, **H.** Graf, Legationsrath a. D., Besitzer der Standesherrschaft Muskau, Mitglied des Reichstages, Schloß Muskau (Ober-Lausitz), [Berlin W. 64, Pariser Platz 4].

v. **Arnim**-Neuensund, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Neuensund bei Strasburg (Uckermark).

v. **Arnim**-Petznick, Majoratsherr, Petznick bei Templin.

v. **Arnim**-Willmine, Rittergutsbesitzer, Willmine bei Flieth (Uckermark).

Aschendorff, **Emil**, Landwirth, Berlin SW. 46, Dessauerstraße 6.

v. **Auerswald**-Faulen, Kgl. Geheimer Regierungsrath und Landrath, Rittergutsbesitzer, Faulen bei Rosenberg (Westpreußen).

v. **Baehr**, **Richard**, Rittergutsbesitzer, Major a. D., Wittigwalde über Reichenau (Ostpreußen).

v. **Bandemer**-Selesen, Kgl. Kammerherr, Rittmeister a. D., Fideikommißbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Selesen bei Schmolsin (Pommern), [Berlin W. 35, Schöneberger Ufer 35].

v. **Bandemer**-Weitenhagen, Premier-Lieutenant a. D., Rittergutsbesitzer, Weitenhagen bei Stolpmünde (Kreis Stolp).

v. **Bannasch**, Rittergutsbesitzer, Perkau bei Bartenstein (Ostpreußen).

Baring, **J.**, Hofbesitzer, Erfehof bei Groß-Schwülper (Kreis Gifhorn).

v. **Barner**, Kammerherr, Lieutenant der Reserve des 1. Garde-Dragoner-Regiments Königin von Großbritannien und Irland, Rittergutsbesitzer, Klein-Trebbow bei Lübstorf (Mecklenburg-Schwerin).

Bartmann-Lüdicke, Chr., Rittergutsbesitzer, Niederhöfe bei Frankfurt (Main).

v. **Bassewitz**-Bristow, Graf, Kammerherr, Majoratsbesitzer, Bristow bei Teterow (Meckl.-Schwerin).

v. **Bassewitz-Levetzow**, Dr., Graf, Majoratsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Klaeden (Kreis Stendal), [Berlin NW. 7, Pariser Platz 6].

v. **Batocki-Friebe**, Majoratsbesitzer, Bledau bei Cranz (Ostpreußen).

v. **Baudissin**, Graf, Rittergutsbesitzer, Borstel bei Sülfeld (Holstein)

Becker, P., Ziegeleibesitzer, Bahnhof Strausberg (Mark).

Beckh, Friedrich, Lieutenant a. D., Gutsbesitzer, Mitglied der Bayerischen Kammer der Abgeordneten, Schloßgut Rathsberg bei Erlangen.

Beelitz, Rittergutsbesitzer, Garden bei Greifenhagen (Oder).

Behr-Bandelin, **F.** Graf, Fideikommißbesitzer, Bandelin bei Gützkow.

v. **Below**-Saleske, **R.**, Major a. D., Fideikommißbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Cusserow bei Schlawe.

Berke, Phil., Schriftsteller, Frankfurt (Main), Oeder Weg 83.

v. **Bethe**, Kgl. Landrath, Rittmeister a. D., General-Landschaftsrath der Westpreußischen Landschaft, Rittergutsbesitzer, Hammer bei Schönlanke.

v. **Bethe, Th.**, Rittergutsbesitzer, Reichenbach bei Arnswalde.

Biedermann, Oberst-Lieutenant a. D., Berlin W., Lützow-Ufer 22.

Bieringer, H., Publizist, München, Kaulbachstraße 54.

v. **Bismarck**-Kniephof, Rittergutsbesitzer, Kniephof bei Groß-Sabow über Naugard.

v. **Bismarck**-Uebigau, Rittergutsbesitzer, Uebigau (Bezirk Halle).

v. **Blücher**-Bobbin, Landforstmeister a. D. und Rittergutsbesitzer, Bobbin bei Gnoien (Meckl.-Schwerin).

v. **Blücher**-Quitzenow, **E.**, Rittergutsbesitzer, Quitzenow bei Gnoien (Mecklenburg-Schwerin).

Bock, H. C., Gutsbesitzer, Groß-Brütz bei Rosenberg über Schwerin (Mecklenburg).

v. **Bodelschwingh-Plettenberg, K.** Graf, Kgl. Kammerherr, Erbmarschall der Grafschaft Mark, Mitglied des Herrenhauses, Bodelschwingh über Mengede (Kreis Dortmund).

v. **Bodenhausen**-Lebusa, **J.** Freiherr, Kgl. Kammerherr und Landrath, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Herzberg (Elster) und Lebusa über Dahme (Mark), [Berlin W. 8, Mohrenstraße 27/28].

v. **Bodenhausen**-Radis, **B.** Freiherr, Herzogl. Anhaltischer Kammerherr und Rittergutsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Radis über Wittenberg (Bezirk Halle).

Böcking-Kirschbacherhof, **H.**, Gutsbesitzer, Zweibrücken (Pfalz).

Boehm, Rittergutsbesitzer, Gabditten bei Heiligenbeil.

v. **Boehn**, Premier-Lieutenant, Rittergutsbesitzer, Lojow bei Dammen (Kreis Stolp).

Boltz-Gründen, Rittergutsbes., Adl. Parenken bei Labiau (Ostpreußen).

v. **Bonin**-Dresow, Rittergutsbesitzer, Dresow bei Groß-Justin (Pommern).

v. **Borcke**-Stargordt, Graf, Schloßhauptmann von Stettin, Majoratsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Stargordt (Kreis Regenwalde, Pommern).

v. **Boxberg**, **Georg**, Rittergutsbesitzer, Rehnsdorf bei Elstra (Sächs. Ober-Lausitz).

v. **Boyneburgk**, **Alexander** Freiherr, Großherzoglich Sächs. Kammerherr, Rittmeister z. D., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Sachsen-Weimarischen Landtages, Stedtfeld bei Eisenach.

v. **Brand**-Lauchstädt, **P.**, Kgl. Kammerherr, Mitglied des Herrenhauses, Lauchstädt bei Woldenberg.

v. **Brand**-Wutzig, **E.**, Oberst-Lieutenant a. D., Majoratsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Wutzig (Neumark) über Woldenberg, [Berlin NW. 40, In den Zelten 8].

v. **Brauchitsch**, Fideikommißbesitzer, Scharteuke bei Genthin.

v. **Braunschweig**-Groß-Podel, **B.**, Rittergutsbesitzer, Groß-Podel bei Stojenthin (Kreis Stolp).

Brause, **R.**, Rittergutsbesitzer, Dederstedt bei Eisleben.

v. **Brederlow**, Baron, Rittergutsbesitzer, Groß-Saalau bei Domnau (Ostpreußen).

v. **Bredow**-Bredow, **Wichard**, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Bredow (Osthavelland) über Nauen.

v. **Bredow**-Buchow-Carpzow, Major a. D., Domherr von Brandenburg, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Buchow-Carpzow bei Wustermark.

v. **Bredow**-Ihlow, Rittmeister d. R., Rittergutsbesitzer, Ihlow bei Wriezen.

v. **Bredow-Mückenberg**, Königlicher Kammerherr, Geheimer Regierungsrath und Landrath, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Mückenberg über Elsterwerda (Prov. Sachsen).

v. **Bredow-Wölsickendorf**, Oberst a. D., Rittergutsbesitzer, Wölsickendorf über Freienwalde (Oder).

v. **Brockdorff-Ahlefeldt**, Graf, Erbherr auf Ascheberg, Mitglied des Herrenhauses, Ascheberg (Holstein) und Chinow bei Groß-Boschpol (Pommern).

v. **Brockhausen-Mellen**, Hauptmann a. D., Rittergutsbesitzer, Mellen bei Dramburg.

v. **Brockhausen-Mittelfelde**, Landrath a. D., Rittergutsbesitzer, Mittelfelde bei Koentopf (Bezirk Köslin).

Brügmann, W., Gutspächter, Kirch-Stück bei Schwerin (Meckl.).

v. **Brünneck, R.**, Königlicher Kammerherr, Burggraf von Marienburg, Landrath a. D. und Majoratsbesitzer, Bellschwitz bei Rosenberg (Westpreußen).

v. **Brünneck**, Oberst a. D., Rittergutsbesitzer, Trebnitz (Ostbahn).

Bruns, Carl, Kgl. Oekonomierath und Rittergutsbesitzer, Lutzig bei Polzin.

v. **Buch-Tornow**, Rittergutsbesitzer, Tornow bei Marienthal (Mark).

v. **Buchwaldt-Rögen**, Gutsbesitzer, Hagen bei Probsteierhagen über Neumühlen (Holstein).

v. **Bülow-Rodenwalde, A.**, Großherzogl. Minister-Präsident, Excellenz, Schwerin (Mecklenburg).

Bundt, Majoratspächter, Romitten bei Mühlhausen (Kreis Preuß. Eylau).

v. **dem Bussche-Ippenburg, W.** Graf, gen. v. **Kessel**, Königlicher Ceremonienmeister, Schloßhauptmann von Osnabrück, Majoratsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Ippenburg bei Wittlage (Hannover).

v. **dem Bussche-Münch**, Freiherr, Rittergutsbesitzer, Benkhausen bei Alswede (Westfalen).

Calberla, Dr. **G.**, Rittergutsbesitzer, Hirschfeld bei Deutschenbora (Königr. Sachsen).

Collmann, Otto, Domänenpächter, Domäne Fahre bei Melsungen.

v. **Colmar-Meyenburg, A.**, Kgl. Kammerherr und Regierungs-Präsident, Mitglied des Reichstages und des Abgeordnetenhauses, Lüneburg, [Berlin W. 10, Margarethenstraße 7].

v. **Cottenet**, Geh. Regierungsrath und Rittergutsbesitzer, Braunau bei Löwenberg (Schlesien).

v. Criegern, Hauptmann a. D., Rittergutsbesitzer, Spremberg bei Neusalza (Sächs. Ober-Lausitz).

v. Deines, Hugo, Dr. jur., Gutsbesitzer, Neuhof bei Aschaffenburg.

Demuth, Heinrich, Königlicher Oekonomierath und Lieutenant a. D., Rittergutspächter, Borne bei Nimkau.

Deter, Rittergutsbesitzer, Schulzendorf (Kreis Ruppin) über Gransee.

v. Dewitz gen. **von Krebs,** Kgl. Kammerherr, Rittmeister a. D. und Rittergutsbesitzer, Groß-Jauth bei Rosenberg (Westpreußen).

v. Dewitz-Schönhagen, Premier-Lieutenant a. D., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Reichstages und des Abgeordnetenhauses, Schönhagen (Pommern), [Berlin W. 9, Voßstraße 15].

v. Dewitz-Walsleben, Rittergutsbesitzer, Walsleben (Pommern).

v. Dewitz-Zachow, Hauptmann a. D., Rittergutsbesitzer, Zachow bei Labes (Pommern).

v. Dewitz-Jankenzin, **Otto,** Landrath a. D., Rittergutsbesitzer, Berlin W., Ansbacherstraße 43.

Diestel, Alfred, Gutsbesitzer, Grambow bei Schwerin (Mecklenburg).

Diestel, Hermann, Gutsbesitzer, Keetz bei Brüel (Mecklenburg).

Dietel, Ober-Post-Sekretär a. D., Silbitz bei Crossen (Elster).

Dietz von Bayer, Kgl. Amtsrath, Rittergutsbesitzer, Himmelstädt bei Cladow, Regbzk. Frankfurt (Oder).

v. Dönhoff-Friedrichstein, August Graf, Kaiserl. Legationsrath a. D. und Kammerherr, Fideikommißbesitzer, Mitglied des Reichstages und des Herrenhauses, Friedrichstein bei Löwenhagen (Ostpreußen), [Berlin W. 8, Mohrenstraße 1/5].

v. Dönhoff-Skandau, Alexander Graf, Rittergutsbesitzer, Skandau (Ostpreußen).

zu Dohna-Kotzenau, Wilhelm Burggraf und Graf, Königlicher Kammerherr, Fideikommißbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Klein-Kotzenau bei Kotzenau (Schlesien).

zu Dohna-Lauck, Friedrich Burggraf und Graf, Kgl. Kammerherr, Majoratsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Lauck über Mühlhausen (Ostpreußen).

zu Dohna-Mallmitz, Alfred Burggraf und Graf, Kgl. Kammerherr, Major a. D., Landesältester, Fideikommißbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Mallmitz (Schlesien), [Berlin W. 64, Wilhelmstraße 70a].

zu Dohna-Schlodien, Adolph Burggraf und Graf, Königl. Kammerherr, Rittmeister a. D., Fideikommißbesitzer, Mitglied des Herrenhauses und des Reichstages, Schlodien (Kreis Preuß. Holland), [Berlin W. 64, Unter den Linden 32, Hôtel du Nord].

zu Dohna-Wundlacken, Georg Burggraf und Graf, Rittergutsbesitzer, Wundlacken bei Königsberg (Ostpreußen).

v. Douglas, W. Graf, Gutsbesitzer, Mitglied des Reichstages, Gondelsheim bei Bruchsal (Baden) und Langenstein bei Stockach (Baden), [Berlin NW. 7, Neustädtische Kirchstraße 6/7].

v. Dreßler, Königlicher Geheimer Regierungsrath und Landrath, Heiligenbeil.

v. Dreßler, Benno, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Schreitlauken über Willkischken (Ostpreußen).

v. Dreßler, Premier-Lieutenant a. D. und Rittergutsbesitzer, Willkischken (Kreis Tilsit).

Dreyer, Gutsbesitzer, Kreis-Deputirter, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Waldhof bei Rhein (Ostpreußen), [Berlin W. 57, Göbenstraße 1].

v. Dürckheim-Bundhorst, **A. Eckbrecht** Reichsgraf, Hauptmann a. D., Rittergutsbesitzer, Hannover, Hohenzollernstraße 14.

Eben, Rittmeister der Reserve, Berlin W. 57, Frobenstraße 38 II.

Ebray, Theodor, Hauptmann z. D., Weinbergsbesitzer, Biebrich (Rhein). Winter: Wiesbaden, Stiftsgasse 14.

v. Eichel, G., Rittergutsbesitzer, Landesältester, Rittmeister d. R., Mitglied des Abgeordnetenhauses, Nieder-Heidersdorf über Görlitz, [Berlin W. 8, Mohrenstraße 1/5].

Endell, Major a. D., Rittergutsbesitzer, Kiekrz bei Rokietnica (Landkreis Posen).

v. Erffa-Wernburg, **Hermann** Freiherr, Kgl. Kammerherr, Rittmeister der Landwehr-Kavallerie, Rittergutsbesitzer, Kreisdeputirter und Mitglied des Abgeordnetenhauses, Schloß Wernburg bei Poeßneck, [Berlin SW. 12, Prinz Albrechtstraße 9].

v. Esbeck-Platen, Kgl. Kammerherr, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Capelle bei Gingst (Rügen).

zu Eulenburg-Prassen, **R.** Graf, Excellenz, Ober-Marschall im Königreich Preußen, Majoratsherr, Mitglied des Herrenhauses, Prassen (Ostpreußen), [Berlin W. 64, Pariser Platz 4].

Evert, G., Regierungsrath, Berlin W. 46, Hedemannstraße 1.

v. Fabeck, Herrschaftsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Jablonken (Kreis Ortelsburg), [Berlin NW. 7, Schadowstraße 2].

v. Farenheid-Beynuhnen, **Horst,** Lieutenant d. R. des Kürassier-Regiments Graf Wrangel, Majoratsbesitzer, Klein-Beynuhnen bei Launingken (Kreis Darkehmen).

Fielitz, A., Grubenbesitzer, Clettwitz bei Finsterwalde.

v. Finckenstein-Reitwein, **Günther** Graf **Finck,** Fideikommißbesitzer, Reitwein über Bahnhof Frankfurt (Oder).

v. Finckenstein-Simnau, Graf **Finck,** Fideikommißbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Simnau bei Wodigehnen (Ostpreußen), [Berlin NW. 7, Neustädtische Kirchstraße 16].

v. Finckenstein-Ziebingen, **Wilhelm** Graf **Finck,** Majoratsbesitzer, Ziebingen (Kreis West-Sternberg).

Foerster, Premier-Lieutenant, Rittergutsbesitzer, Kontopp (Schlesien).

v. Frege-Weltzien, A., Dr. jur., Kammerherr, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Reichstages und der Sächsischen Ersten Kammer, Abtnaundorf bei Schönefeld-Leipzig, [Berlin W. 9, Königgrätzerstraße 5].

v. Freier, Günther, Premier-Lieutenant a. D., Rittergutsbesitzer und Ritterschaftsrath, Hoppenrade bei Garz (Prignitz).

Freudenstein, Dr. **Otto,** Rechtsanwalt und Notar, Rittergutsbesitzer, Hannover, Alte Celler Heerstraße 44.

v. Funcke, F., Rittergutsbesitzer, Kieritzsch (Königr. Sachsen).

v. Gaisberg, H. U., Rittergutsbesitzer, Mitglied der Württembergischen Kammer der Abgeordneten, Helfenberg bei Beilstein (Württemberg).

Gebauer, B., Rittergutspächter, Markendorf bei Frankfurt (Oder).

Gerdolle, H., Kaiserl. Oberförster a. D., General-Sekretär des Landwirthschaftlichen Bezirksvereins Lothringen, Metz (Lothringen).

Giersch de Rège, M., Gerichtsrath und Premier-Lieutenant der Garde-Landwehr a. D., Berlin NW. 52, Paulstr. 12, I.

Giesbert, Hofbesitzer, Sieringshoeck bei Gildehaus (Hannover).

v. Glasow, Majoratsbesitzer, Partheinen bei Wolittnick (Kreis Heiligenbeil).

v. d. Goltz, F. Freiherr, General-Landschaftsrath, Königsberg (Ostpr.), Augustastraße 10, I.

Gontard, A., Rittergutsbesitzer, Mockau (Parthe).

v. Gottberg, Rittergutsbesitzer, Reblin bei Zitzewitz über Stolp (Pommern).

Graebe, Rittergutsbesitzer, Karniszewo bei Kletzko.

v. Graewe, Edler, Rittergutsbesitzer, Groß-Gotteswalde bei Sonnenborn über Mohrungen (Ostpreußen).

Grams, Rittergutsbesitzer, Bialachowken bei Hoch-Stüblau (Westpreußen).

Gravenstein, Richard, Rittergutsbesitzer, Sydow bei Biesenthal (Kreis Ober-Barnim).

v. Graß-Klanin, **L.**, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Klanin bei Groß-Starzin über Putzig (Westpreußen), [Berlin W. 64, Mauerstraße 80].

v. der Groeben-Arenstein, Hauptmann a. D., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Reichstages und des Herrenhauses, Arenstein bei Tiefensee (Kreis Heiligenbeil), [Berlin W. 64, Wilhelmstr. 68].

v. der Groeben-Klingbeck, Rittergutsbesitzer, Groß-Klingbeck bei Ludwigsort (Ostpreußen).

Groß, H., Gutsbesitzer, Praußen bei Perwilten über Ludwigsort (Ostpreußen).

v. Gültlingen, Wilhelm Freiherr, Kgl. Kammerherr, Erbkämmerer und Landgerichts-Direktor, Mitglied des Reichstages und der Württembergischen Kammer der Abgeordneten, Stuttgart, Alexanderstraße 15, [Berlin W. 8, Mohrenstraße 1/5].

v. Gustedt-Lablacken, **W.** Baron, Kgl. Kammerherr, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Reichstages und des Abgeordnetenhauses, Lablacken über Labiau, [Berlin W. 10, Margarethenstraße 8].

v. Hacke, Erich Graf, Majoratsbesitzer, Alt-Ranft (Kreis-Ober-Barnim).

v. Haeseler, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Kloster Haeseler bei Bad Kösen.

Hagen, F., Lieutenant a. D. und Rittergutsbesitzer, Davidshof bei Ortelsburg.

Hagen, F., Kgl. Amtsrath, Sobbowitz über Hohenstein (Westpreußen).

vom Hagen, H. Graf, Königl. Hofmeister, Kammerherr und Erbschenk im Herzogthum Magdeburg, Majoratsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Möckern (Kreis Jerichow I).

v. Hagen, Major a. D., Rittergutsbesitzer, Gollwitz bei Brandenburg (Havel).

v. der Hagen, Hauptmann a. D. und Rittergutsbesitzer, Nakel (Mark).

Halske, H., Rittergutsbesitzer, Dalldorf bei Büchen (Herzogth. Lauenburg).

Hambeck, Colon, Quendorf bei Schüttorf (Hannover).

v. Hanenfeldt, Rittergutsbesitzer, Grünenfeld bei Lindenau (Kreis Heiligenbeil).

v. Hanstein, Fr. Freiherr, Rittergutsbesitzer, Besenhausen bei Arenshausen.

v. Hasselbach, Kgl. Landrath, Hauptmann a. D., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Wolmirstedt (Bezirk Magdeburg), [Berlin NW. 7, Dorotheenstraße 80/81].

v. Haugwitz-Hardenberg-Reventlow, Heinrich Graf, Besitzer der Herrschaft Krappitz-Rogau, Mitglied des Herrenhauses, Schloß Rogau bei Krappitz (Oberschlesien).

Heckmann, L., Gutsbesitzer, Mönchhof bei Abterode (Hessen-Nassau).

v. Helldorff-Wohlmirstaedt, Graf, Rittergutsbesitzer, Wohlmirstaedt (Bezirk Halle) über Wiehe (Bezirk Halle).

v. Helldorff-Zingst, **Roderich,** Rittmeister a. D. und Rittergutsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Zingst bei Nebra, [Berlin SW. 12, Wilhelmstraße 94/96].

Heller-Peitschendorff, Verbandsanwalt der Westpreußischen Raiffeisen-Genossenschaften, Danzig, Vorstädt. Graben 37.

Hertwig, Paul, Rittergutsbesitzer, Breitingen (Bezk. Leipzig, Königreich Sachsen).

Hertwig, W., Rittmeister und Rittergutspächter, Goseck über Weißenfels.

v. Hertzberg, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Lottin (Kreis Neustettin).

v. Herzenberg, Freiherr, Kammerherr, Rittergutsbesitzer, Heuckewalde (Kreis Zeitz).

Hetzer, Otto Julius, Rittergutsbesitzer, Niederkaina bei Bautzen.

v. Heydebrand und der Lasa, Hauptmann a. D., Rittergutsbesitzer, Klein-Gutowy bei Pleschen.

v. Heydebreck, Rittergutsbesitzer, Neubuckow (Kreis Bublitz) über Groß-Tychow (Kreis Bublitz).

v. Heyden-Linden, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Stretense bei Anklam.

Heyne, C. R., Weidigsmühle bei Jena.

v. Heynitz, E., Rittmeister a. D. und Rittergutsbesitzer, Neuhausen (Kreis Cottbus).

v. Heynitz, Königl. Kammerherr und Rittergutsbesitzer, Weicha bei Weißenberg (Ober-Lausitz, Königr. Sachsen).

Hilgendorff, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Reichstages und des Abgeordnetenhauses, Platzig bei Prechlau (Westpreußen), [Berlin NW. 7, Friedrichstraße 94].

Hillmann, Gutsbesitzer, Kladow bei Crivitz (Mecklenburg).

Hillmann, W., Gutsbesitzer, Klein-Krankow bei Bobitz über Kleinen (Mecklenburg).

Himburg, R., Rittergutsbesitzer, Schricke bei Loitsche über Wolmirstedt (Bezirk Magdeburg).

v. Hindenburg, G., Rittergutsbesitzer, Langenau bei Freystadt (Westpreußen).

Hirt, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Cammerau bei Schweidnitz [Berlin W. 8, Jägerstraße 17].

Hoepfner, Rittergutsbesitzer, Böhmenhöfen bei Braunsberg.

zu Hohenlohe-Oehringen, Christian Kraft Erbprinz, Durchlaucht, Oberstkämmerer Sr. Majestät des Kaisers und Königs, Major à la suite der Armee, Mitglied des Reichstages, Slawentzitz (Oberschlesien), [Berlin NW. 40, Hindersinstraße 12].

v. Hohenthal-Dölkau, **A.** Graf, Kgl. Kammerherr, Schloßhauptmann von Merseburg, Rittmeister a. D. und Fideikommißbesitzer, Dölkau bei Zöschen über Merseburg.

v. Hohenthal und Bergen, W. Graf, Dr. jur., Kgl. Sächs. Kammerherr, außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister, Berlin W. 9, Voßstraße 19.

v. Hollen, Freiherr, Rittergutsbesitzer, Hohenwalde bei Eisenberg (Ostpreußen).

v. Holstein-Waterneverstorff, Graf, Erbherr, Mitglied des Reichstages, Waterneverstorff bei Lütjenburg (Holstein), [Berlin W. 9, Schellingstraße 10].

Holtz, Otto, Kaufmann und Farbenfabrik, Berlin S. 59, Böckhstraße 2.

v. Hoverbeck, Alfred Freiherr, **gen. v. Schönaich**, Majoratsbesitzer, Klein-Tromnau über Riesenburg (Westpreußen).

v. Hoverden-Plencken, Graf, Majoratsbesitzer, Hünern bei Ohlau (Schlesien).

Hubbe, Richard, Rittergutspächter, Kaltenmark bei Loebejün.

v. Hundelshausen-Friemen, **E.**, Landesdirektor und Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Friemen bei Waldkappel und Kassel.

Hungar, F., Rittergutsbesitzer, **Wäldchen** (**Kreis Strehlen i. Schl.**).

v. **Hymmen**-Endenich, Geh. Regierungsrath und Landrath a. D., Rittergutsbesitzer, Burg Endenich (Landkreis Bonn).

v. **Jagow**-Calberwisch, Major a. D., Rittergutsbesitzer, Calberwisch bei Osterburg (Altmark).

v. **Jagow**-Crüden, **W.**, Kgl. Kammerherr, Landrath a. D. und Fideikommißbesitzer, Crüden bei Seehausen (Altmark).

v. **Jagow**-Pollitz, Fideikommißbesitzer, Pollitz (Altmark).

v. **Jagow**-Rühstaedt, **Günther**, Rittmeister der Garde-Landw.-Kavallerie, Fideikommißbesitzer, Erbjägermeister der Kurmark Brandenburg, Rühstaedt über Wilsnack.

v. **Jagow**-Scharpenhufe, **H.**, Kgl. Landrath, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Osterburg (Altmark).

v. **Jena**, Kgl. Major a. D., Fideikommißbesitzer, Cöthen (Mark).

v. **Ingelheim**, **Philipp** Graf, Königl. Bayr. Rittmeister d. R., Fideikommißbesitzer, Geisenheim (Rheingau).

zu Inn- und Knyphausen, **E.** Graf, Königlicher Kammerherr, Landschaftsrath, Majoratsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses und des Reichstages, Lützburg bei Hage (Ostfriesland), [Berlin W. 8, Mohrenstraße 27/28] und [Hannover, Friedrichstraße 13].

Jordan, **G.**, Rittergutsbesitzer, Kuhhorst bei Börnicke (Havelland).

Iskraut, **R.**, Pastor, Mitglied des Reichstages, Gohfeld bei Löhne (Westfalen), [Berlin N., Krausnickstraße 24].

v. **Jungschulz-Roebern**, Rittergutsbesitzer, Laggarben bei Bahnhof Skandau.

v. **Kaehne**, **C.**, Rittergutsbesitzer, Petzow bei Werder (Havel).

v. **Kalckreuth**, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Kurzig bei Pieske (Kreis Meseritz).

v. **Kalckstein**, **U.**, Majoratsbesitzer, Wogau bei Preuß. Eylau (Ostpreuß.).

v. **Kalnein**-Kilgis, **K.** Graf, Kgl. Kammerherr, Rittmeister a. D., Majoratsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Kilgis bei Kreutzburg, Kreis Eylau (Ostpreußen).

v. **Kanitz**-Podangen, **H.** Graf, Königl. Kammerherr, Rittmeister a. D., Majoratsbesitzer, Mitglied des Reichstages und des Abgeordnetenhauses, Podangen bei Wormditt (Ostpreußen), [Berlin W. 64, Behrenstraße 64/65, Hôtel Windsor].

v. **Katte**, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Roskow (Mark) über Brandenburg (Havel).

v. Katte, H., Major a. D., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Vieritz bei Neuenklitsche.

Keding, Fr., Gutsbesitzer, Schmakentin bei Wismar (Mecklenburg).

v. Keyserling, H. Graf, und Graf **zu Rautenburg**, Kgl. Kammerherr, Majoratsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Schloß Rautenburg über Lappienen, [Berlin NW. 7, Dorotheenstraße 48].

Klein, R., Gutsbesitzer, Aschaffenburg, Goldbecherstraße 6.

v. Klinckowström, Cl. Graf, Landrath, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Korclack bei Gerdauen.

v. Klitzing-Charlottenhof, **G.**, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Charlottenhof (Neumark).

v. Klitzing-Demmerthin, Rittergutsbesitzer, Demmerthin bei Kyritz.

v. Klitzing-Grassee, Rittergutsbesitzer, Grassee bei Nörenberg (Pomm.).

v. Klitzing-Nieder-Zauche, Königl. Landrath, Rittergutsbesitzer, Nieder-Zauche (Kreis Sprottau).

v. Klot-Trautvetter, Graf, Majoratsbesitzer, Hohendorf bei Groß-Mohrdorf über Stralsund.

v. Knebel-Doeberitz-Dietersdorf, Rittergutsbesitzer, Dietersdorf bei Falkenburg (Pommern).

v. Knebel-Doeberitz-Lübgust, Rittergutsbesitzer, Lübgust bei Gramenz.

v. Knebel-Doeberitz-Zülshagen, Major a. D., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Zülshagen bei Dramburg.

v. dem Knesebeck-Milendonk, Freiherr, Königlicher Kammerherr und Ceremonienmeister, Rittmeister a. D., Fideikommißbesitzer, Schloß Tylsen bei Wallstawe über Salzwedel.

v. Knobelsdorff, Wilhelm, General-Major z. D., Hannover, Hildesheimerstraße 20.

Knoch, Emil, Rittergutsbesitzer, Alt-Gabel bei Waltersdorf (Rgsbzk. Liegnitz).

Knoch, Robert, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Ober-Poppschütz bei Neustädtel (Schlesien), [Berlin SW. 19, Krausenstraße 48].

v. Kobylinski, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Wöterkeim (Ostpreußen).

Koch, Paul, Rittergutsbesitzer, Altenzaun bei Arneburg.

v. Köckritz, Hauptmann a. D., Rittergutsbesitzer, Siewisch bei Drebkau.

Koegel, Erich, Rittergutsbesitzer, Lüdersdorf bei Wriezen (Kreis Ober-Barnim).

v. Königsmarck-Plaue, H. Graf, Excellenz, Königl. Kammerherr, Schloßhauptmann von Rheinsberg, Erbhofmeister der Kurmark Brandenburg, Majoratsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Schloß Plaue (Havel), und Schloß Kamnitz bei Gostoczyn (Westpreußen).

v. Koerber, Rittergutsbesitzer, Groß-Plowenz bei Ostrowitt (Kreis Loebau, Westpreußen).

Kopp, Rittergutsbesitzer, Przytullen bei Rheinswein (Kreis Ortelsburg).

Kosmack, Rittergutsbesitzer, Althof-Memel bei Memel.

v. Kottwitz, Hauptmann a. D., Rittergutsbesitzer, Laubsdorf bei Neuhausen (Kreis Cottbus).

v. Kownatzky, O., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Klein-Tauersee bei Heinrichsdorf (Kreis Neidenburg), [Berlin W. 8, Jägerstraße 62a, Hôtel Stadt Gotha].

v. Kotze, Königl. Landrath, Rittergutsbesitzer, Klein-Oschersleben bei Hadmersleben.

v. Kotze, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Lodersleben.

v. Krause, Rentier, Weimar, Kegelplatz.

Krell, Rittergutsbesitzer, Campehl bei Bahnhof Neustadt (Dosse).

Kretschmer, Administrator, Schloß Sonnewalde (Nieder-Lausitz).

v. Kröcher, J., Rittmeister a. D., Haupt-Ritterschaftsdirektor, Fideikommißbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Vinzelberg (Altmark), [Berlin SW. 46, Dessauerstraße 23].

v. Krosigk, A., Kammerherr, Rittergutsbes., Hohenerxleben bei Staßfurt.

Krüger, Direktor der Hagelversicherungs-Gesellschaft „Borussia", Berlin W. 57, Potsdamerstraße 74.

Krüger-Gorschendorf, M., Gutsbesitzer, Berlin NO., Greifswalderstraße 213.

Kruse, Hauptmann a. D., Rittergutsbesitzer, Gneven bei Cambs (Mecklenburg).

Kühn, P., Gutsbesitzer, Werneuchen.

Kühne, O., Rittergutspächter, Hartmannsdorf bei Crossen (Elster).

v. Küster, Max, Königl. Landrath, Majoratsbesitzer, Lomnitz bei Schildau (Bober).

v. Kunheim-Spanden, E., Kgl. Kammerherr, Fideikommißbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Spanden bei Schlodien.

v. Kunow, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Bomsdorf bei Neuzelle.

Kutscher, Amtsrath, Jannewitz bei Suckow über Schlawe.

Lamprecht, Gutsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Klein-Mutz über Zehdenick, [Berlin W. 8, Kronenstraße 2].

v. der Lancken-Lanckensburg, Rittmeister d. R., Rittergutsbesitzer, Lanckensburg bei Altenkirchen (Rügen).

v. der Lancken-Wakenitz, Freiherr, Major a. D., Rittergutsbesitzer, Boldevitz bei Gingst (Rügen).

Landmann, Adolf, Rittergutsbesitzer, Nenkersdorf bei Frohburg (Königreich Sachsen).

v. Landsberg-Steinfurt, **J. Freiherr**, **Königl. Kammerherr** und Landrath, Mitglied des **Herrenhauses**, Steinfurt bei Drensteinfurt und Münster (Westfalen).

Landw. Verein zu Altenburg. Sekretär: Dr. R. Seifert, Direktor der landwirthschaftlichen Schule, Altenburg (Sachs. Altenburg).

Landw. Zweigverein zu Bautzen I. **in Sachsen.** Vorsitzender: W. Jokusch, Stadtgutsbesitzer in Bautzen. Kassirer: B. Schrader, Bautzen, Wilthnerstraße 3.

Landw. Verein zu Beeskow (Mark). Vorsitzender: H. Osterroht, Rittmeister der Landwehr-Kavallerie und Rittergutsbesitzer, Hartmannsdorf bei Pfaffendorf (Mark).

Landw. Verein der Kreise Bitterfeld und Delitzsch. Vorsitzender: von Busse, Major a. D., Rittergutsbesitzer, Zschortau. Schriftführer: Mackenthum, Rittergutsbesitzer, Brodau bei Zschortau.

Landw. Verein zu Crossen (Oder). Vorsitzender: O. Uhden, Königl. Amtsrath und Deichhauptmann, Mitglied des Reichstages, Sorge bei Crossen (Oder). Schatzmeister: Rentmeister Alberti, Crossen (Oder).

Landw. Verein der Kreise Czarnikau und Filehne. Vorsitzender: Gutsbesitzer Max Zindler, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Neudorf bei Schönlanke, [Berlin SW. 48, Besselstraße 18]. Schatzmeister: Sabatke, Rektor, Schönlanke.

Lokalabtheilung Düren des Landw. Vereins für Rheinpreußen. Direktor: v. Breuning, Königlicher Landrath, Düren (Rheinland). Rendant: Rossum, Düren.

Lokalabtheilung Düsseldorf des Landw. Vereins für Rheinpreußen. Direktor: Freiherr von Eynatten, Königl. Kammerherr und Rittergutsbesitzer, Düsseldorf. Rendant: Bellscheidt, Düsseldorf, Hohenzollernstraße 83.

Landw. Verein zu Eutritzsch, Königreich Sachsen. Vorsitzender: Vollsack, Oekonomie-Rath, Großzschocher bei Leipzig.

Landw. Verein des Franzburger Kreises. Vorsitzender: O. Graf zu Solms-Roedelheim, Erlaucht, Major a. D., Erbtruchseß in Neuvorpommern, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Altenhagen bei Redebas. Schriftführer und Rendant: Krüger, Starkow bei Redebas.

Landw. Verein zu Freienwalde (Oder). Vorsitzender: Gutsbesitzer Veit, Herrenwiese bei Altranft.

Landw. Verein zu Freienwalde in Pommern. Vorsitzender: von Wedel, Rittergutsbesitzer, Vehlingsdorff bei Freienwalde (Pommern). Rendant: M. Meißner, Fabrikbesitzer, Stargard (Pommern).

Hessischer Verein für wirthschaftliche Interessen. Vorsitzender: F. Oldenburg, Königlicher Oberamtmann, Wilhelmshof bei Hersfeld.

Landw. Verein im Riesengebirge zu Hirschberg in Schlesien. Vorsitzender: Laengner, Oekonomie-Rath, Alt-Kemnitz bei Hirschberg (Schlesien). Rendant: Thamm, Hirschberg (Schlesien), Wilhelmstraße 51.

Landw. Verein des II. Jerichowschen Kreises zu Genthin. Vorsitzender: Himburg, Königlicher Amtsrath, Amt Fienerode bei Genthin. Rendant: Eduard Ulrich, Kaufmann, Genthin.

Landw. Verein der Kreise Inowrazlaw und Strelno. Rendant: C. Mahncke, Rittergutsbesitzer, Gonsk bei Argenau.

Landw. Verein zu Königsberg (Neumark). Vorsitzender: von Saldern, Königl. Landrath und Rittergutsbesitzer, Klein-Mantel bei Groß-Mantel (Neumark). Rendant: Ritter, Königsberg (Neumark).

Landw. Zweigverein der Pommerschen Oekonomischen Gesellschaft zu Labes. Vorsitzender: von Borcke, Rittergutsbesitzer, Labes A. D. bei Labes. Schatzmeister: Buchdruckereibesitzer Straube, Labes.

Leipziger Oekonomische Societät. Vorsitzender: Dr. jur. A. von Frege-Weltzien, Kammerherr, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Reichstages und der Sächsischen Ersten Kammer, Abtnaundorf bei Schönefeld-Leipzig. Kreisvereins-Sekretär: F. H. Francke, Leipzig, Nürnbergerstraße 58 II.

Landw. Kreisverein zu Lippstadt. Direktor: Freiherr von Werthern, Königl. Landrath in Lippstadt. Rendant: H. Wensing, Lippstadt.

Landw. Kreisverein Minden. Vorsitzender: C. Hugues, Rittergutsbesitzer, Haddenhausen bei Minden (Westfalen).

Landw. Verein zu Neuteich (Westpreußen). Vorsitzender: E. Grunau, Rittergutsbesitzer, Lindenau bei Groß-Mausdorf (Westpr.).

Landw. Verein des Nimptsch'er Kreises. Vorsitzender: Hoffmann, Rittergutsbesitzer, Groß-Kniegnitz bei Prauß (Kreis Nimptsch). Kassirer: H. Tschor, Nimptsch.

Pommersche Oekonomische Gesellschaft, Hauptdirektorium der. Hauptdirektor: von Saldern-Brallentin, Oberst a. D., Rittergutsbesitzer, Brallentin bei Dölitz. General-Sekretär: Dr. Troschke, Oekonomierath, Cöslin, Bergstraße 44.

Landw. Kreisverein Posen. Vorsitzender: Endell, Major a. D., Rittergutsbesitzer, Kiekrz bei Rokietnica. Sekretär: E. Pflücker, Posen, Ritterstraße 13.

Landw. Verein zu Pritzwalk. Vorsitzender: von Freier, Rittergutsbesitzer, Hoppenrade bei Garz (Prignitz). Sekretär: Rambohr, Pastor, Kuhsdorf bei Pritzwalk.

Landw. Verein zu Rathenow. Vorsitzender: Briesen, Rittmeister a. D. und Rittergutsbesitzer, Böhne bei Groß-Wudicke.

Landw. Zweigverein der Pommerschen Oekonomischen Gesellschaft zu Regenwalde. Rendant: Radmann, Rittergutsbesitzer, Mittelhagen bei Plathe.

Landw. Verein der Insel Rügen zu Bergen a. R. Vorsitzender: Doehn, Rittergutsbesitzer, Glutzow bei Poseritz (Rügen).

Landw. Kreditverein im Königreich Sachsen. Direktor: Dr. P. Mehnert, Königlicher Hofrath, Rittergutsbesitzer, Mitglied der Sächsischen Zweiten Kammer, Dresden-A., Sidonienstraße 16 b.

Landw. Generalverein zu Schleswig-Holstein in Kiel. Vorsitzender Direktor: E. Hölck, Kiel. General-Sekretär: Dr. H. Breyholz, Kiel, Kronshagener Weg 5.

Landw. Verein Schloppe. J. Schütz, Gutsbesitzer, Trebbin (Westpreußen) über Filehne.

Landw. Verein für Schönhausen und Umgegend. Schönhausen (Elbe). Vorsitzender: Fr. Bellin, Gutsbesitzer, Schönhausen (Elbe).

Landw. Abtheilung des Altmärkischen Vereins für Vaterländische Geschichte und Industrie in Stendal. Vorsitzender: von Bismarck, Königl. Landrath, Rittergutsbesitzer, Briest bei Stendal.

Landw. Verein der Sternberger Kreise. Vorsitzender: Bohtz, Geheimer Regierungsrath und Landrath, Rittergutsbesitzer, Direktor der Landfeuersocietät der Neumark, Mitglied des Reichstages und des Abgeordnetenhauses, Schmagorei bei Heinersdorf (Kreis Ost-Sternberg), [Berlin SW. 48, Puttkamerstraße 8].

Landw. Kreisverein Strehlen in Schlesien. Vorsitzender: von Lieres, Königl. Landrath, Major a. D., Rittergutsbesitzer, Strehlen in Schlesien. Vertreter: von Luck, Premier-Lieutenant a. D., Rittergutsbesitzer, Kreis-Deputirter, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Ottwitz bei Waeldchen (Schlesien), [Berlin SW. 68, Oranienstraße 106].

Uckermärkischer Verein für Thierschau und Landeskultur zu Prenzlau. Vorsitzender: von Winterfeldt-Menkin, Geh. Regierungsrath und Landrath, Mitglied des Reichstages und des Herrenhauses, Menkin bei Löcknitz, [Berlin W. 8, Mohrenstraße 27]. Rendant: Reichert, Kreisausschuß-Sekretär, Prenzlau.

Landw. Verein zu Wilsnack. Vorsitzender: Günther von Jagow, Erbjägermeister der Kurmark Brandenburg, Rühstaedt über Wilsnack. Schriftführer: Voigt, Konrektor, Wilsnack. Rendant: L. Drews, Wilsnack.

Landw. Verein in Zinten (Gesellschaft prakt. Landwirthe). Vorsitzender: von Saint-Paul, Rittergutsbesitzer, Maraunen bei Zinten. Sekretär: Kühn, Pfarrer, Zinten.

Landw. Verein Zwaetzen-Jena. Rendant: Schilling, Zwaetzen bei Jena.

v. Langen, Dr. jur., Freiherr, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Reichstages, Groß-Lüdershagen bei Stralsund, [Berlin NW. 40, Brücken-Allee 36].

v. Langermann und Erlencamp, Freiherr, Rittergutsbesitzer, Lubin über Gostyn (Kreis Kosten).

Laqua, H., Gutsbesitzer, Sorgau bei Grottkau.

v. Leers, M., Rittergutsbesitzer, Mühlen-Eichsen (Mecklenburg-Schwerin).

Leidloff, R., Rittergutsbesitzer, Poethen bei Gommern.

Leuschner, Ernst, Königlicher Geheimer Bergrath, Ober-Berg- und Hütten-Direktor der Mansfelder Gewerkschaft, Mitglied des Reichstages, Eisleben, [Berlin W. 8, Charlotten straße 71].

v. Levetzow-Gossow, Dr. **A.,** Kgl. Wirkl. Geheimer Rath, Excellenz, Landes-Direktor a. D., Mitglied des Staatsraths, des Reichstages und des Herrenhauses, Gossow bei Vietnitz.

v. Levetzow-Groß-Wubiser, Rittergutsbesitzer und Kreisdeputirter, Frankfurt (Oder), Lindenstraße 24.

v. der Leyen, Rittergutsbesitzer, Schramowo bei Pokrzydowo (Kreis Strasburg, Westpreußen).

v. Lieres und Wilkau, Landesältester, Rittergutsbesitzer, Pasterwitz bei Wangern.

zur Lippe, Ferdinand Graf und Edler Herr, Erlaucht, Standesherr, Rittergutsbesitzer, Mitglied der Sächsischen Ersten Kammer, Baruth (Sachsen).

v. Livonius, Rittergutsbesitzer, Landschaftsrath, Wendisch-Carstnitz bei Lupow (Kreis Stolp).

v. Loebell, General-Lieutenant z. D., Excellenz, Hannover, Hohenzollernstraße 11.

v. Loën, Freiherr, Major a. D., Rittergutsbesitzer, Groß-Biesnitz bei Görlitz.

v. Loesch, Heinrich, Landesältester und Rittergutsbesitzer, Kammerswaldau (Kreis Hirschberg, Schlesien).

Lucke, Carl, Rittergutspächter, Patershausen bei Offenbach (Main).

v. und zu Lüderitz, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Lüderitz (Altmark).

v. Lüttichau, Rittergutsbesitzer, Audigast bei Pegau (Kgr. Sachsen).

Mac' Lean-Czerbienschin, A., Lieutenant a. D., Rittergutsbesitzer, Czerbienschin bei Sobbowitz (Westpreußen). [Berlin, Postamt 50a].

Mac' Lean, Rittergutsbesitzer, Roschau bei Sobbowitz (Westpreußen).

v. **der Malsburg, Hans** Baron, Kgl. Kammerherr, Rittergutsbesitzer, Escheberg bei Zierenberg (Hessen-Nassau).

v. **Manteuffel**, O. Freiherr, Landesdirektor der Provinz Brandenburg, Rittergutsbesitzer, 1. Vice-Präsident des Herrenhauses, Mitglied des Reichstages, Schloß Crossen bei Drahnsdorf (Berlin-Dresdener Bahn), [Berlin W. 10, Matthäikirchstraße 20/21].

v. **Martini, Emil**, Rittergutsbesitzer, Lukowo bei Obornik (Posen).

v. **Massenbach**, Freiherr, Rittergutsbesitzer, Salleschen bei Rheinswein (Ostpreußen).

v. **Massow**, Major z. D., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Reichstages, Rohr (Pommern) über Rummelsburg (Pommern), [Berlin W. 8, Mohrenstraße 1/5].

Matti, L., Gutsbesitzer, Obergartenhof bei Aschaffenburg.

Mauerhoff, Gutsbesitzer, Klein-Kamionken bei Rosoggen über Sorquitten.

v. **Mendel-Steinfels**, Landes-Oekonomierath und Dozent, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Halle (Saale), [Berlin SW. 46, Königgrätzerstraße 23].

v. **Metzsch, Wolf**, Rittergutsbesitzer, Lieutenant a. D., Eschenbach bei Schöneck (Sachsen).

Meyer, Rittergutsbesitzer, Groß-Cummerow bei Casekow (Pommern).

v. **Mirbach**-Sorquitten, J. Graf, Fideikommißbesitzer, Mitglied des Reichstages und des Herrenhauses, Sorquitten (Ostpreußen), [Berlin W. 64, Wilhelmstraße 69, Hôtel Royal].

Moewes, Rittergutsbesitzer, Falkenau bei Grottkau.

Mooren, Th., Bürgermeister, Mitglied des Reichstages und des Abgeordnetenhauses, Eupen (Rheinprovinz), [Berlin NW. 7, Friedrich-Straße 143/149].

v. **Mudersbach, Weitzel**, Rittergutsbes., Osterwein bei Osterode (Ostpr.).

v. **Mühlenfels**, Amtsvorsteher, Altefähr (Rügen).

Müller, Richard, Stadtgutsbesitzer, Eckartsberga (Prov. Sachsen).

Müller, Rittergutsbesitzer, Laubst bei Drebkau.

Müller, Hugo, Gräfl. Oberförster und Generalbevollmächtigter, Schloß Wiesenburg (Mark).

v. Münchhausen, Heino Freiherr, Premierlieutenant a. D., Rittergutsbesitzer, Herrengosserstedt bei Buttstädt (Provinz Sachsen).

v. Muschwitz, Th., Rittergutsbesitzer, Wintdorf bei Drebkau.

v. Nathusius, Friedrich, Rittergutsbesitzer, Uchorowo bei Obornik.

v. Neumann=Gerbstedt, Legationsrath a. D., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Gerbstedt (Prov. Sachsen).

v. Neumann=Großenborau, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Ober=Großenborau (Rgsbz. Liegnitz).

v. Nitzschwitz, F., Rittergutsbesitzer, Königsfeld bei Rochlitz (Königr. Sachsen).

Oberlaender, Rittergutsbesitzer, Wiederau bei Uebigau (Bzk. Halle).

Oertel, Dr. jur., Villen=Kolonie Grunewald bei Berlin.

v. Oertzen=Roggow, Landrath, Rittergutsbesitzer, Roggow über Neu=Buckow (Mecklenburg).

v. Oertzen=Groß=Schmückwalde, Rittergutsbesitzer, Groß=Schmückwalde über Osterode (Ostpreußen).

v. Oertzen=Remlin, **U.**, Geh. Ober=Regierungsrath a. D., Rittergutsbesitzer, Remlin bei Jördenstorf (Meckl.=Schwerin).

v. Oldenburg, E., Königlicher Kammerherr, Rittergutsbesitzer, Januschau bei Rosenberg (Westpreußen).

Opitz, H. G., Justizrath, Rechtsanwalt und Notar, Rittergutsbesitzer, Mitglied der Sächsischen II. Kammer, Treuen (Vogtland).

v. Oppenfeld=Reinfeld, Assessor a. D., Fideikommißbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Reinfeld (Kreis Belgard) [Berlin W. 35, Potsdamerstraße 35].

Ortmann, Gutsbesitzer, Schependorf bei Baumgarten über Bützow (Mecklenburg).

v. der Osten=Blumberg, **A.**, Rittmeister a. D., General=Landschaftsrath, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Reichstages und des Herrenhauses, Blumberg bei Casekow, [Berlin W. 10, Matthäikirchstraße 27].

v. der Osten=Jannewitz, Major a. D. und Rittergutsbesitzer, Jannewitz bei Lauenburg (Pommern).

v. der Osten=Pencun, Königl. Kammerherr und Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Schloß Pencun (Vorpommern).

v. der Osten=Warnitz, Rittergutsbesitzer, Warnitz (Neumark).

v. der Osten=Wisbur, Rittergutsbesitzer, Wisbur bei Witzmitz (Pommern).

Osterroht, Rittergutsbesitzer, Neu=Künkendorf (Kreis Angermünde).

Otto, Carl, Rittergutsbesitzer, Döbra b. Osling über Kamenz (Sachsen).
Otto, Inspektor, Raiersdorf bei Landeck (Schlesien).
Pappritz, Rittergutsbesitzer, Ritterschaftsrath und Rittmeister d. R. des Dragoner-Regiments Nr. 2, Rabach bei Drossen.
v. Perbandt-Windekeim, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Adl. Langendorf bei Eichen über Tapiau (Ostpreußen), [Berlin SW. 13, Hollmannstraße 30].
v. Petersdorff, Landschaftsdirektor und Rittergutsbesitzer, Großenhagen bei Priemhausen über Gollnow (Pommern).
Pfeiffer, Richard, Rittergutsbesitzer, Biesen bei Zschortau.
v. Pfuel, Ritterschaftsdirektor und Rittergutsbesitzer, Jahnsfelde bei Trebnitz (Ostbahn).
v. Platen-Fährhof, Gutsbesitzer, Fährhof bei Wiek (Rügen).
v. Platen-Parchow, Rittergutsbesitzer, Parchow bei Wiek (Rügen).
v. Platen-Ventz, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Stralsund, Sarnowstraße 3.
v. Plettenberg-Mehrum, Freiherr, Kgl. Kammerherr und Rittergutsbesitzer, Rittmeister a. D., Kreisdeputirter, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Haus Mehrum bei Vörde (Bezirk Düsseldorf), [Berlin W. 8, Mohrenstraße 27/28].
v. Ploetz-Döllingen, Hauptmann a. D., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Reichstages und des Abgeordnetenhauses, Präsident des „Bund der Landwirthe", Döllingen bei Elsterwerda (Elster), [Berlin SW. 46, Dessauerstraße 7].
v. Ploetz-Stuchow, Königl. Kammerherr, Majoratsbesitzer, Stuchow bei Schwirsen (Pommern).
v. Plotho-Zerben, **Wolfgang** Edler Herr und Freiherr, Fideikommißbesitzer, Zerben bei Bahnhof Güsen (Berlin-Potsdam-Magdeb. Eisenbahn).
v. Podbielski, Generalmajor z. D., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Reichstages, Dallmin (Westprignitz), [Berlin NW. 7, Schadowstraße 9].
v. Podewils, Majoratsbesitzer, Penken bei Schrombehnen (Kreis Preuß. Eylau).
v. Poncet-Friedrichshain, **Max**, Glashütten- und Rittergutsbesitzer, Friedrichshain über Döbern bei Forst (Lausitz).
v. Poncet-Kruchowo, Rittergutsbesitzer, Kruchowo bei Wreschen (Posen).
Popp, Hermann, Gutsbesitzer, Ammelgoßwitz bei Belgern (Elbe).

v. Pressentin, gen. **v. Rautter**, Rittmeister a. D., Fideikommißbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Kanoten bei Gerdauen (Ostpreußen), [Berlin NW. 7, Mittelstraße 57/58].

v. Pückler, Friedrich Reichsgraf, Rittmeister a. D., Kreisdeputirter, Rittergutsbesitzer, Friedland (O.-Schl.).

zu Putlitz, Gans Edler Herr, Rittergutsbesitzer, Groß-Pankow (Prignitz).

v. Puttkamer-Glowitz, Rittergutsbesitzer, Glowitz (Kreis Stolp).

v. Puttkamer-Plauth, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Reichstages und des Abgeordnetenhauses, Plauth bei Freystadt (Westpreußen), [Berlin SW. 61, Großbeerenstraße 10].

v. Quast-Garz, Premierlieutenant a. D., Fideikommißbesitzer, Garz bei Wildberg (Mark).

v. Quistorp, Werner, Dr. jur., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Crenzow bei Murchin über Anklam (Neu-Vorpommern), [Berlin W. 64, Behrenstraße 64/65].

v. Ramin, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Brunn bei Neu-Torney über Stettin.

v. Randow, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Kloxin bei Prillwitz (Pommern).

Raschke, J. G., Städt. Lehrer, Steglitz, Filandastraße 11.

Rassow, E., Rittergutsbesitzer, Strelow bei Wendisch-Baggendorf über Grimmen.

Rée, G., Rittergutsbesitzer, Stibbe bei Tütz (Westpreußen).

de Rège, Major a. D., Lobosin (Bezk. Posen) über Rokietnice.

v. Reichel, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Maldeuten.

Reimer, W., Rittmeister der Landwehr-Kavallerie, Rittergutsbesitzer, Quitzin bei Grimmen.

Reimer, Rittmeister a. D., Königl. Amtsrath, Waldau (Ostpreußen).

Reinecke, W., Premier-Lieutenant, Rittergutspächter, Gußwitz bei Bojanowo.

v. Restorff-Lindenau, Rittergutsbesitzer, Lindenau (Kreis Heiligenbeil) über Braunsberg (Ostpreußen).

v. Restorff-Rackow, Rittergutsbesitzer, Rackow bei Neubuckow (Mecklenburg).

v. Restorff-Schwengels, Rittergutsbesitzer, Schwengels bei Zinten (Ostpreußen).

Rettich, M., Domänenrath, Mitglied des Reichstages, Rostock, Blutstraße 14, [Berlin W. 9, Köthenerstraße 2].

v. Rex, Egon Graf, Rittmeister z. D., Rittergutsbesitzer, Mitglied der Sächsischen Ersten Kammer, Zehista bei Pirna.

v. Rexin, A., Majoratsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Woedtke bei Bresin über Lauenburg (Pommern).

Riebensahm, Lieutenant a. D., Mittelhufen (Landkreis Königsberg, Ostpreußen).

Riedel, L., Rittergutsbesitzer, Smolong bei Bobau (Kreis Preuß. Stargard, Westpreußen).

v. Riepenhausen-Crangen, K., Königl. Kammerherr, Premierlieutenant a. D., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Schloß Crangen bei Pollnow, [Berlin NW. 7, Sommerstraße 4a].

v. Ritz-Lichtenow, Majoratsbesitzer, Lichtenow bei Friedeberg (Neumark).

v. Rochow-Golzow, Wichard, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Golzow (Kreis Zauch-Belzig).

v. Rochow-Plessow, F., Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Plessow bei Werder (Havel).

v. Roeder, Rittergutsbesitzer und Regierungs-Assessor a. D., Gohlau bei Lissa (Schlesien).

v. Roennebeck, Major a. D., Rittergutsbesitzer, Rönnebeck bei Osterburg (Altmark).

Roesicke, Dr. jur., Assessor a. D., Rittergutsbesitzer, Goersdorf bei Dahme (Mark), [Berlin SW. 46, Dessauerstraße 7].

v. Rohr-Dannenwalde, Otto, Rittmeister d. R. der Gardes du Corps, Rittergutsbesitzer, Dannenwalde (Prignitz).

v. Rohr-Demmin, Hans, Major a. D., Rittergutsbesitzer, Haus Demmin bei Demmin (Pommern).

v. Rohr-Hohenwulsch, Curt, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer und Kreisdeputirter, Mitglied des Herrenhauses, Hohenwulsch bei Bismark (Altmark).

v. Rohr-Levetzow, Major a. D. und Rittergutsbesitzer, Groß-Wudicke.

Roloff, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Dabergotz bei Neu-Ruppin.

v. Roon, Graf, General-Lieutenant z. D., Excellenz, Fideikommißbesitzer, Mitglied des Reichstages, Krobnitz bei Reichenbach (Ober-Lausitz), [Berlin W. 8, Mohrenstraße 27].

Rosenow, A., Premierlieutenant a. D. und Königl. Amtsrath, Brandenburg über Ludwigsort (Kreis Heiligenbeil, Ostpreußen).

v. Rotenhan, Gottfried Freiherr, Königl. Kammerherr, Rittergutsbesitzer, Rentweinsdorf (Bayern).

Roth, G., Gutsbesitzer, Calberwisch bei Osterburg (Altmark).

Rudloff, Premier-Lieutentant d. R., Rittergutsbesitzer, Bertkow bei Goldbeck (Altmark).

v. Rumohr, Königlicher Kammerherr und Rittergutsbesitzer, Landschaftsdirektor, Rundhof bei Gelting i. Angeln (Schleswig).

v. Rundstedt, Rittergutsbesitzer, Badingen (Provinz Sachsen) über Stendal.

Runge, H., Rittergutsbesitzer und Lieutenant a. D., Schmatzin bei Züssow.

Runter, Rittergutsbesitzer, Plotha bei Belgern (Bzk. Halle).

Sachße, Bernhard, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Reichstages, Merschwitz bei Weißig (Elbe), (Kgr. Sachsen), [Berlin SW. 46, Königgrätzerstraße 23].

Saeuberlich, A., Oberamtmann, Gröbzig (Anhalt).

v. Saint-Paul, Ulrich, Majoratsbesitzer, Jaecknitz bei Zinten (Ostpr.).

v. Saldern-Brallentin, Oberst a. D., Rittergutsbesitzer, Hauptdirektor der Pommerschen Oekonomischen Gesellschaft, Brallentin bei Dölitz.

v. Saldern-Leppin, Baron, Rittergutsbesitzer, Berlin W., Kurfürstendamm 3.

v. Saldern-Wilsnack, Rittergutsbesitzer, Wilsnack.

v. Salisch, Königlicher Kammerjunker, Rittergutsbesitzer, Koschnöwe bei Prausnitz (Bezirk Breslau).

v. Sandersleben, Rittergutsbesitzer, Alt-Hörnitz bei Zittau.

Sandfort, B., Colon, Waldseite bei Bentheim.

Satow, Rittergutsbesitzer, Sonnenburg bei Freienwalde (Oder).

v. Saucken, O., Rittergutsbesitzer, Loschen bei Preuß.-Eylau.

v. Sauerma-Ruppersdorf, Graf, Dr. jur., Königl. Kammerherr, Majoratsbesitzer, Rittmeister und Landrath a. D., Karisch bei Ruppersdorf (Schlesien).

Saurma von der Jeltsch, Freiherr, Rittmeister a. D., Majoratsbesitzer. Mitglied des Reichstages, Sterzendorf (Post) über Noldau (Kreis Namslau), [Berlin NW. 7, Neustädtische Kirchstraße 14].

v. **Schaper**, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Falkenberg (Bezirk Halle).

v. **Scheel-Plessen**, Baron, Königl. Kammerherr, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Sierhagen bei Neustadt (Holstein).

v. **Schierstädt**, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Trebichow bei Radenickel, [Berlin W. 35, Am Karlsbad 14].

Schilke, Rittergutsbesitzer, Ganshorn a. H. bei Hohenstein (Ostpreußen).

v. **Schlabrendorf u. Seppau**, Graf, Excellenz, Erb-Oberlandesbaudirektor im Herzogthum Schlesien, Majoratsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Seppau bei Quaritz (Schlesien), [Berlin W. 10, Bendlerstraße 32].

v. **Schlemmer**, Rittergutsbesitzer, Keimkallen bei Groß-Hoppenbruch über Wolittnick (Ostpreußen).

Schlick-Crottingen, Rittergutsbesitzer, Crottingen bei Deutsch-Crottingen (Kreis Memel).

v. **Schlieben**, **G.** Graf, Excellenz, Major a. D., Schloßhauptmann von Königsberg, Majoratsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Sanditten über Wehlau.

v. **Schlieffen**-Schwandt, **O.** Graf, Major a. D., Majoratsbesitzer, Schwandt bei Mölln (Mecklenburg).

v. **Schlippenbach**-Ahrendsee, Graf, General der Infanterie z. D., Excellenz, Rittergutsbesitzer, Ahrendsee bei Schönermark (Kreis Prenzlau).

v. **Schmidt**, Rittergutsbesitzer, Moschütz bei Friedheim (Posen).

v. **Schmidtfeld**, Freiherr, Rittergutsbesitzer, Schloß Ripkeim bei Wehlau.

v. **Schmiterlöw**, Rittergutsbesitzer, Draheim bei Tempelburg.

Schmuhl, Alfred, Amtmann und Rittergutspächter, Lauske bei Pommritz (Kgr. Sachsen).

v. **Schönaich**, **Müller**, Major a. D., Rittergutsbesitzer, Werben (Spreewald).

v. **Schönburg-Glauchau**, **R. C.** Regierender Graf, Erlaucht, Standesherr, Oberst à la suite der Armee, Mitglied des Herrenhauses, Gusow.

v. **Schönburg-Waldenburg**, **Hugo** Prinz, Durchlaucht, General der Kavallerie, Schloß Droyßig über Zeitz.

Schönfeld, **Otto**, Direktor, Rogau-Rosenau bei Zobten (Bzk. Breslau).

v. **Schöning**-Lübtow, **H.**, Majoratsbesitzer, Mitglied des Reichstages und des Abgeordnetenhauses, Lübtow A. bei Pyritz, [Berlin NW. 7, Reichstagsufer 7].

v. Schrader-Bliestorff, Freiherr, Kgl. Ceremonienmeister u. Kammerherr, Rittergutsbesitzer, Bliestorff bei Steinhorst (Herzogthum Lauenburg), [Berlin NW. 40, Zelten 9a].

Schrader, Rittergutsbesitzer, Zechlau (Westpreußen).

Schroeder-Poggelow, Dr., Rittergutsbesitzer, Berlin W., Friedrich-Wilhelmstraße 21.

Schroeder-Striesenow, **L.,** Gutsbesitzer, Striesenow bei Laage (Meckl.).

v. Schuetz, Major a. D., Rittergutsbesitzer, Weßlienen bei Wolittnick (Kreis Heiligenbeil).

v. der Schulenburg-Beetzendorf, Königl. Landrath, Rittmeister a. D., Fideikommißbesitzer, Beetzendorf (Altmark).

v. der Schulenburg-Emden, Graf, Kgl. Kammerherr, Major a. D., Fideikommißbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Emden bei Erxleben.

v. der Schulenburg-Priemern, Rittergutsbesitzer, Priemern bei Seehausen (Altmark).

v. der Schulenburg-Heßler, Graf, Majoratsbesitzer, Erbkämmerer in der Landgrafschaft Thüringen, Vitzenburg über Nebra.

v. der Schulenburg-Wolfsburg, Gebhard Graf, Herzogl. Braunschw. Vice-Oberjägermeister, Fideikommißbesitzer, Nordsteimke bei Vorsfelde.

Schultz, A., Gutsbesitzer, Liepe bei Dannenberg (Elbe).

v. Schultz, Christoph, Lieutenant d. R., Gutspächter, Vaschvitz bei Trent (Rügen).

Schultze, Adolph, Gutsbesitzer, Götz bei Groß-Kreutz (Mark).

Schultze-Holmer, Colon, Samern bei Schüttorf (Hannover).

Schulz, Dr., Rittergutsbesitzer, Liebenfelde bei Soldin.

Schulze, Wilhelm, Rittergutsbesitzer, Brederlow bei Köselitz über Pyritz.

v. Schwerin-Löwitz, Graf, Rittmeister a. D., Kreisdeputirter, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Reichstages, Löwitz (Pommern) über Ducherow, [Berlin W. 62, Nollendorfplatz 7].

v. Schwerin-Schwerinsburg, B. Graf, Excellenz, Königl. Kammerherr und Erbküchenmeister in Alt-Vorpommern, Fideikommißbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Schwerinsburg bei Löwitz (Pommern).

v. Schwerin-Schwerinsburg, Karl Graf, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Schwerinsburg bei Löwitz (Pommern).

v. **Schwerin-Wolfshagen, H.** Graf, Majoratsbesitzer, Rittmeister d. R., Wolfshagen (Uckermark).

v. Schwerin-Ziethen, Graf, Königl. Polizei-Präsident, Rittergutsbesitzer, Hannover.

v. Seebach, Freiherr, Rittmeister a. D. und Rittergutsbesitzer, Großfahner über Gotha (Sachsen-Coburg-Gotha).

Seehagel, A., Administrator, Sipiory bei Neusipiory (Netze).

Seiler, Rittergutsbesitzer, Vorsitzender der Kreisstände des Vogtlandes und des Landwirthschaftlichen Kreisvereins zu Reichenbach, Roßwitz bei Elsterberg (Vogtland).

v. Seydlitz, Graf, Rittergutsbesitzer, Langenbielau.

Seyfarth, F., Landwirth, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Rotenburg (Fulda), [Berlin W. 41, Krausenstraße 56/58].

Sievert, W., Gutsbesitzer, Zerrenthin über Stettin.

v. Sigsfeld, J., Rittergutsbesitzer, Wersingawe bei Polgsen (Kreis Wohlau).

v. Simpson, Rittergutsbesitzer, Schloß Georgenburg (Ostpreußen) über Insterburg.

v. Soden, Otto, Lieutenant d. R., Landwirth, Gutzmin bei Sydow, (Bzk. Köslin).

zu Solms-Baruth, Friedrich Fürst, Durchlaucht, Standesherr, Mitglied des Herrenhauses, Baruth (Mark), [Berlin W. 64, Behrenstr. 68].

zu Solms-Braunfels, Herrmann Prinz, Durchlaucht, Hauptmann a. D., Mitglied des Abgeordnetenhauses, Schloß Braunfels, [Berlin W. 8, Mohrenstraße 1/5].

zu Solms-Roedelheim, Otto Graf, Erlaucht, Erbtruchseß in Neu-Vorpommern, Major a. D., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Altenhagen bei Redebas über Velgast (Neu-Vorpommern), [Berlin W. 64, Wilhelmstraße 69].

Spalding, E., Rittergutsbesitzer, Gloedenhof bei Züssow.

v. Sperber-Gerskullen, **H.,** Regierungs-Assessor a. D., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Gerskullen bei Lengwethen.

v. Sperber-Kleszowen, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Reichstages, Adl. Kleszowen bei Kuddern über Darkehmen, [Berlin W. 8, Mohrenstraße 27/28].

Sperber-Prökuls, Rittergutsbesitzer, Adl. Prökuls (Kreis Memel).

v. Spörcken, W. Baron, Rittergutsbesitzer, Lüdersburg bei Echem (Hannover) über Lauenburg (Elbe).

Springer, Lehngutsbesitzer, Ruhlsdorf über Zerpenschleuse.

v. Staudy, L., General-Landschaftsdirektor und Rittergutsbesitzer, Mitglied des Reichstages, Posen, [Berlin W. 64, Behrenstraße 64/65].

Steiger, A., Oekonomie-Rath und Rittergutsbesitzer, Klein-Bautzen bei Bautzen.

v. Stockhorner, O. Freiherr, Großherzogl. Badischer Kammerherr und Landgerichtsrath, Freiburg (Baden), Friedrichstraße 39.

zu Stolberg-Wernigerode, Const. Graf, Regierungs-Präsident, Merseburg.

Stolze, G., Kgl. Oekonomierath und Rittergutsbesitzer, Neukammer bei Nauen.

v. Strachwitz-Bertelsdorf, Graf, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Bertelsdorf bei Lauban in Schlesien, [Berlin W. 8, Mohrenstraße 1/5].

v. Strachwitz-Groß-Reichenau, Graf, Rittergutsbesitzer, Groß-Reichenau (Kreis Sagan).

Strötker, Gr., Colon, Achterberg bei Gildehaus (Hannover).

v. Stülpnagel-Dargitz, Fideikommißbesitzer, Carlstein bei Zehden (Oder).

v. Stülpnagel-Grünberg, Rittmeister a. D., Ritterschaftsrath und Rittergutsbesitzer, Grünberg bei Brüssow (Uckermark).

v. Sydow-Bärfelde, Rittergutsbesitzer, Bärfelde (Neumark).

v. Sydow-Dobberphul, **H.,** Rittergutsbesitzer, Dobberphul bei Rufen (Neumark).

v. Sydow-Kalzig, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Kalzig (Bezirk Frankfurt, Oder) über Schwiebus.

v. Teichmann und Logischen, Baron, Rittergutsbesitzer, Dombrowka bei Proskau (Ober-Schlesien).

Tenge, A., Rittergutsbesitzer, Niederbarkhausen bei Oerlinghausen (Lippe-Detmold).

v. Thielmann, Freiherr, Kgl. Kammerherr, Majoratsbesitzer und Landesältester, Jacobsdorf bei Falkenberg (Ober-Schlesien).

Thietke, R., Gutsbesitzer, Deetz bei Groß-Kreutz.

v. Tigerström, W., Rittergutsbesitzer, Bassin bei Grimmen.

Tippel, Otto, Chefredakteur, Schweidnitz (Schlesien).

v. **Thüngen**, **C.** Reichsfreiherr, Landrath, Rittergutsbesitzer, Roßbach bei Zeitlofs (Bayern).

Trapp, **J. A.**, Hotelbesitzer und Weinhändler, Rüdesheim, (Rhein, Rheingau), Marktstraße 26.

v. **Trebra**, Rittergutsbesitzer, Schneeberg-Neustaedtel (Erzgebirge).

v. **Treskow**-Dahlwitz, **Heinrich**, Rittergutsbesitzer, Dahlwitz bei Hoppegarten (Kreis Nieder-Barnim).

v. **Treskow**-Wierzonka, **Hugo**, Rittergutsbesitzer, Wierzonka bei Kobelnitz.

v. **Troschke**, **E.** Freiherr, Hauptmann a. D., Rittergutsbesitzer, Fürstenflagge über Gollnow (Pommern).

v. **Trotha**, Kammerherr und Rittergutsbesitzer, Hecklingen (Anhalt).

v. **Unruh**, Rittergutsbesitzer, Klein-Münche bei Kachme (Provinz Posen).

v. **Usedom**, Major a. D., Rittergutsbesitzer, Zirmoissel bei Rappin (Rügen).

v. **Uslar**, Gutsbesitzer, Buschmoor bei Rinkenis (Schleswig), [Apenrade].

Veer, **H.**, Colon, Engden bei Lingen (Hannover).

v. **Veltheim**-Destedt, Freiherr, Excellenz, Herzogl. Braunschweig. Ober-Jägermeister, Fideikommißbesitzer und Präsident der Braunschweigischen Landesversammlung, Destedt (Braunschweig).

v. **Veltheim**-Ostrau, **Ludolf** Freiherr, Rittergutsbesitzer, Ostrau (Kreis Bitterfeld).

v. **Veltheim**-Schönfließ, **W.** Freiherr, Königl. Kammerherr und Ceremonienmeister, Major a. D., Majoratsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Schönfließ bei Hermsdorf (Mark), [Berlin W. 64, Behrenstr. 64/65].

Vogelsang, **J.**, Colon, Bauerschaft Bentheim bei Bentheim (Hannover).

v. **Voß**, Majoratsbes., Mitglied des Herrenhauses, Stavenow bei Karstädt.

v. **Voß-Wolffradt**, **Achim**, Kgl. Kammerherr und Rittmeister a. D., Majoratsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Lüssow bei Gützkow (Neu-Vorpommern).

v. **Wackerbarth**, **O.** Freiherr, Kgl. Kammerherr, Major a. D., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Briesen bei Cottbus.

v. **Waldaw- und Reitzenstein**, Fideikommißbesitzer, Königswalde (Neumark).

v. **Waldow**, Rittmeister der Landwehr-Kavallerie, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Fürstenau bei Neuwedel, [Berlin W. 64, Behrenstraße 64/65].

Wallis, A., Rittergutsbesitzer, Göslow bei Gützkow.
v. **Wangenheim**, Freiherr, Rittergutsbesitzer, Weißenborn (Sachsen).
v. **Wedel**-Gerzlow, Major a. D., Rittergutsbes., Gerzlow über Bernstein.
v. **Weiher**, Rittergutsbesitzer, Groß-Boschpol (Pommern).
v. **Weiher**, Rittergutsbesitzer, Vietzig (Pommern).
v. **Weiß**, Rittergutsbesitzer, Plauen bei Allenburg (Ostpreußen).
Weltner, Lieutenant der Landwehr-Kavallerie und Rittergutsbesitzer, Norgehnen bei Groß-Baum über Königsberg (Ostpreußen).
Wendhausen, M., Rittergutsbesitzer, Lancken bei Wiek (Rügen).
v. **Wentzel**, Lieutenant a. D., Rittergutsbesitzer, Belencin (Kreis Bomst).
v. **Werdeck**-Schorbus, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Reichstages und des Abgeordnetenhauses, Schorbus bei Drebkau, [Berlin SW. 47, Großbeerenstraße 71].
v. **Wiedebach- und Nostitz-Jaenkendorf, Karl**, Majoratsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Wiesa bei Rengersdorf (Ober-Lausitz).
Wichmann, R., Rittergutsbes., Rahmgeist bei Schönfeld (Bzk. Königsberg).
v. **Wilamowitz-Möllendorff, W.** Graf, Rittmeister a. D., Majoratsbesitzer, Schloß Gadow bei Lanz.
v. **Winterfeld**-Damerow, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Damerow bei Rechlin.
v. **Winterfeld**-Neuendorf, **K.**, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Neuendorf bei Neustadt (Dosse).
v. **Winterfeld**-Vahrnow, Rittmeister a. D. und Rittergutsbesitzer, Vahrnow bei Ottiliengrube.
v. **Wolzogen**, Baron, Rittergutsbesitzer, Dubberzin bei Groß-Schlönwitz über Stolp (Pommern).
Wrede, H., Rittergutspächter, Söderhof bei Ringelheim (Hannover).
Wühlisch, P. H., Rittergutsbesitzer, Lieskau bei Schleife (N.-Lausitz).
Wülfing, Otto, Fabrikbesitzer, M.-Gladbach (Kreis Düsseldorf).
v. **Wurmb, Hans Lutze**, Schloßhauptmann und Kammerherr, Rittergutsbesitzer, Porstendorff bei Dornburg (Saale) und Hof Großfurra über Sondershausen.
v. **Zastrow-Hartha**, Landesältester, kontrolirendes Mitglied des Verwaltungsraths der Norddeutschen Hagelversicherungs-Gesellschaft, Berlin W. 62, Zietenstraße 6a.
v. **Zedlitz und Neukirch, Georg** Freiherr, Königl. Landrath und Rittergutsbesitzer, Neukirch (Katzbach).

v. Zelewski-Barlomin, Dr. jur., Königl. Kammerherr, Rittergutsbesitzer, Barlomin bei Lusin (Kreis Neustadt, Westpreußen).

Zersch, R., Oekonomierath, Rittergutspächter, Köstritz (Fürstenthum Reuß j. L.).

Ziegner, Administrator, Blumberg (Mark).

v. Zimmermann, Rittergutsbesitzer, Ritterschaftsrath und Landesältester, Langmeil bei Züllichau.

v. Zieten-Schwerin, Graf, Fideikommißbesitzer, Mitglied des Staatsrathes und des Herrenhauses, Wustrau über Fehrbellin.

v. Zitzewitz-Cussow, Rittergutsbesitzer, Cussow bei Gumbin (Bezirk Köslin) über Stolp (Pommern).

v. Zitzewitz-Dumröse, P., Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Dumröse bei Denzin.

Delegirte zur XXI. Generalversammlung der Vereinigung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer am 24. und 25. Februar 1896.

Bank- und Handelszeitung.
Berlin SW. 12, Zimmerstraße 95/96.

Korrespondenz des Bundes der Landwirthe.
J. Hoffmann, Redakteur, Berlin SW. 46, Dessauerstraße 7.

Das Land. Berlin W., Leipzigerstraße 133.

Der Reichsbote. Berlin SW. 46, Dessauerstraße 37.

Die Post. Berlin SW. 12, Zimmerstraße 94.

Deutsche Landwirthschaftliche Presse.
Dr. Otto H. Müller, Chefredakteur, Berlin SW. 46, Hedemannstraße 10.
Dr. Karl Bruhne, Redakteur, Berlin SW. 46, Hedemannstraße 10.

Deutsche Landwirthschafts-Zeitung.
Berlin SW. 46., Königgrätzerstraße 116.

Deutsche Tages-Zeitung.
Dr. G. Oertel, Chefredakteur, Berlin SW. 61, Blücher-Platz 2.

Fühling's Landwirthschaftliche Zeitung.
Edmund Klapper, Chefredakteur, Nieder-Schönhausen bei Berlin, Kronprinzenstraße 10.

Illustrirte Landwirthschaftliche Zeitung.
Berlin SW. 61, Blücher-Platz 2.

Landwirthschaftlicher Verein Angermünde I.
von Arnim, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Felchow bei Angermünde.

Landwirthschaftlicher Kreis-Verein Bomst.
von Wentzel, Rittergutsbesitzer, Belencin.

Landwirthschaftlicher Zweig-Verein Colberg-Cörlin.
Mengel, Rittmeister und Rittergutsbesitzer, Trienke (Kreis Colberg-Cörlin).

Landwirthschaftlicher Verein für das Havelland zu Nauen.
August Buge, Amtsvorsteher, Retzow bei Buschow (Kreis Westhavelland).
Wilhelm Schrobsdorf, Gutsbesitzer, Lietzow bei Nauen.

Landwirthschaftlicher Amts-Verein Lütjendortmund.
Westermann, Amtmann, Lütjendortmund (Westfalen).

Landwirthschaftlicher Haupt-Verein für Mecklenburg-Strelitz.
L. Graf von Schwerin, Fideikommißbesitzer, Mildenitz bei Woldegk (Mecklenburg).

XI. Bezirk (Obertaunus-Bezirk) des Vereins Nassauischer Land- und Forstwirthe. Homburg v. d. Höhe.
Vertreter: Dr. Meister, Kgl. Landrath, Homburg v. d. H.

Landwirthschaftlicher Verein Schönfließ (Neumark).
Flittner, Rittergutsbesitzer, Steineck bei Schönfließ (Nm.).

Landwirthschaftlicher Verein Woldegk (Mecklenburg-Strelitz).
von Scheve, Rittergutsbesitzer, Cantzow bei Woldegk i. M.
H. Graf von Schwerin, Fideikommißbesitzer, Wolfshagen (Uckermark).

Neue Preußische Zeitung. Berlin W. 9, Königgrätzerstraße 15.
P. Adami, Redakteur, Friedenau bei Berlin, Wieland-Straße 19.

Ferner haben die XXI. Generalversammlung besucht:

Bovenschen, Dr., Redakteur, Berlin W. 57, Großgörschenstraße 10.
von Diest, Rentier, Friedenau.
Eschenbach, A., Rechtsanwalt am Kammergericht, Berlin SW. 48, Puttkamerstraße 14 II.

Jaeger, Gutsbesitzer, Neu-Placht bei Templin.
Jaeger, Adolf, Pastor, Werder bei Dabergotz (Kreis Ruppin).
Polakowsky, Dr. Herm., Schriftsteller, Berlin NW., Lübeckerstraße 6.
Raeder, Königlich dänischer Ober-Jägermeister, Palstrup bei Rodjoersbro (Jütland).

Das Bureau der Vereinigung befindet sich:

Berlin SW. 47, Hagelberger Straße 18.

Beitritts-Anmeldungen nimmt zur weiteren Veranlassung das **Bureau der Vereinigung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer** entgegen.

Sekretär und Rendant: Stephan-Berlin.

Druck: Deutscher Verlag (Ges. m. b. H.), Berlin SW., Königgrätzer Straße 41/42. 6015

Bericht

Verhandlungen der XXII. Generalversammlung

Vereinigung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer

Berlin, am 16. und 17. Februar 18[illegible]

Bureau des Ausschusses.

[illegible]

Berlin 18[illegible]

Bericht

über die

Verhandlungen der XXII. Generalversammlung

der

Vereinigung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer

zu

Berlin, am 16. und 17. Februar 1897,

erstattet vom

Bureau des Ausschusses.

Als Anhang:

Statut und Verzeichniß der Mitglieder.

Berlin 1897.

Verlag des Bureau der Steuer- und Wirthschafts-Reformer.

SW. 47, Hagelberger Straße 18.

Inhalts-Verzeichniß.

Erster Tag: Dienstag, den 16. Februar 1897.

Zweiter Tag: Mittwoch, den 17. Februar 1897.

Erster Tag.

Dienstag, den 16. Februar.

Der Vorsitzende, Landesdirektor Freiherr **von Manteuffel**, eröffnet die Sitzung gegen 10½ Uhr mit folgender Ansprache:

Meine Herren, nach den von Ihnen beschlossenen Satzungen habe ich für das laufende Jahr den Vorsitz zu führen und eröffne demzufolge die heutige Sitzung.

Meine Herren, alles das, was der Herr Graf Mirbach bei der Eröffnung der vorjährigen Tagung Ihnen hier ausgeführt hat, besteht auch heute noch — wie ich hinzusetzen muß: leider! Ich glaube, daß, wenn wir uns damals der Annahme hingaben, daß wir vielleicht hoffnungsfreudiger würden in die Zukunft sehen können, diese unsere Annahme sich im ganzen und großen nicht erfüllt hat.

(Sehr richtig!)

Allerdings eins wenigstens steht fest — und das hat auch schon im vorigen Jahre der Herr Graf Mirbach hervorgehoben —, daß bei den Behörden im Staate Preußen, denen das Wohl und Wehe der Landwirthschaft anvertraut ist, in dankenswerther Weise sich das Bestreben gezeigt hat, da, wo es möglich war, der Landwirthschaft zu helfen; und wir dürfen dem preußischen Herrn Landwirthschaftsminister das Zeugniß nicht versagen, daß er, soweit es in seinen Kräften stand, bestrebt gewesen ist, in seinem Ressort nach Möglichkeit der Landwirthschaft förderlich zu sein.

(Sehr richtig!)

Aber, meine Herren, der Schwerpunkt liegt, wie gesagt, nicht in Preußen, sondern im Deutschen Reiche, und dort haben gewichtige Faktoren sich vereinigt, um jeden Keim einer Hoffnung auf Hilfe für die deutsche Landwirthschaft schleunigst zu ersticken, und es ist thatsächlich nicht abzusehen, wie und wann Wandel ge-

schaffen werden wird. Man sagt ja, es sei Aussicht vorhanden, daß die Forderung, die die deutsche Landwirthschaft bezüglich des Margarinegesetzes im vergangenen Jahre stellte und die in wirklich schnöder Weise zurückgewiesen wurde, sich in diesem Jahre würde verwirklichen lassen, und wir wollen hoffen, daß das ein erster Schritt und eine erste Wandlung zum Besseren ist. Aber, meine Herren, das Margarinegesetz gehört doch unter allen Umständen nur zu den kleineren Mitteln, und bezüglich der großen Mittel, glaube ich, müssen wir unsere Hoffnungen noch sehr tief herabstecken. An eine Festigung der Preise für die Körner, die in Deutschland hervorgebracht werden, in einer Weise, daß der Produzent dabei existiren kann, daß der Konsument nicht geschädigt wird, wie es von uns vorgeschlagen war, — an eine derartige Festigung der Preise wird kaum zu denken sein.

(Sehr richtig!)

Auch bezüglich der Währungsfrage haben alle die starken Antriebe, die durch die Beschlüsse der verschiedenen parlamentarischen Körperschaften gegeben sind, zu einem günstigen Resultat bezüglich der Haltung der deutschen Regierung noch nicht geführt. Das müssen wir uns vor Augen halten, wenn wir in unsere jetzige Arbeit eintreten und einen Blick in die Zukunft der deutschen Landwirthschaft werfen. Rosig, meine Herren, erscheint allerdings das Licht nicht, welches auch in diesem Jahre auf die deutsche Landwirthschaft fällt. Deshalb gilt es, daß wir unentwegt weiter kämpfen in der Art und Weise, wie wir es bisher gethan haben, mit voller Ehrlichkeit, aber ohne persönliche Schärfe, sachlich nach jeder Richtung, aber ohne persönliche Spitze; denn nur dann wird ein Kampf wirklich von Erfolg sein, wenn man mit Recht sagen kann, daß er ehrlich und sachlich geführt wird.

(Bravo!)

Und, meine Herren, ich meine, daß wir doch schließlich die Aussicht haben müssen, daß unserer guten Sache der Sieg verliehen wird. Denn das kann ich mir nicht denken, daß Gott die deutsche Landwirthschaft im Stich lassen wird! Geht die deutsche Landwirthschaft unter, dann ist es auch um Deutschland geschehen.

(Lebhaftes Bravo.)

Ich bin fest überzeugt, daß auch für die Landwirthschaft wieder der goldene Boden durchschimmern muß und daß sie wieder

bessere Tage sehen wird. Aber es kommt darauf an, bis zu diesen besseren Tagen auszuharren und nicht unterzusinken im Strome der Zeit, der heute leider viele zu verschlingen droht. Wir leben in einer ernsten Zeit, und es stehen uns ernste Arbeiten bevor. Lassen Sie uns in alter Weise unsere heutigen Verhandlungen einleiten, indem wir in alter Treue, in höchster Ehrfurcht und vollster Begeisterung ein Hoch ausbringen auf Se. Majestät den Deutschen Kaiser und Seine hohen Verbündeten. Se. Majestät der Deutsche Kaiser und Seine hohen Verbündeten sie leben hoch! — hoch! — hoch!

(Die Versammlung stimmt begeistert in den Hochruf ein.)

Meine Herren, bevor wir in die Tagesordnung eintreten, habe ich Ihnen noch mitzutheilen, daß eine nicht unerhebliche Zahl unserer Mitglieder leider durch den Tod uns entrissen sind. Es sind dies die Herren

Regierungsrath Dr. Anger-Eythra,
Rittmeister von Bredow-Ihlow,
von Dreßler-Schreitlaugken,
von Hanstein-Besenhausen,
Frhr. von Hollen-Hohenwalde,
Frhr. von Massenbach-Salleschen,
Meyer-Cummerow,
Otto-Döbra,
von Saldern-Wilsnack,
Exc. Graf von Schlabrendorf-Seppau,
Frhr. von Schrader-Bliestorff,
Seiler-Noßwitz,
Oberst von Stosch-Rödelshofen,
Exc. Oberst-Jägermeister Frhr. von Veltheim-Destedt,
Major von Wedel-Gerzlow.

Ich bitte, meine Herren, daß Sie das Andenken der Verstorbenen durch Erheben von ihren Sitzen ehren.

(Geschieht.)

Das ist geschehen.

Meine Herren, eine Wahl des Vorstandes findet nicht statt; sie ist nur alle zwei Jahre vorzunehmen, und wir haben in diesem Jahre davon abzusehen. Dagegen scheiden von den Stamm-Ausschuß-Mitgliedern folgende Herren aus:

Kammerherr Graf von Kanitz-Podangen,
Landrath Graf von Klinckowstroem-Korcklack,
Haupt-Ritterschaftsdirektor von Kröcher-Vinzelberg,
Landesdirektor Frhr. von Manteuffel-Crossen,
Graf von Mirbach-Sorquitten,
Kammerherr von Oldenburg-Januschau,
Graf von Schwerin-Löwitz,
Kammerherr Frhr. von Thielmann-Jacobsdorf,
Kammerherr Frhr. von Erffa-Wernburg und
General-Landschaftsdirektor von Staudy-Posen.

Ich gebe Herrn von Dewitz das Wort zur Geschäftsordnung.

Rittergutsbesitzer **von Dewitz**-Zachow: Meine verehrten Herren, ich erlaube mir, den Antrag zu stellen, die betreffenden Herren per Akklamation wiederzuwählen.

(Bravo!)

Vorsitzender Landesdirektor Freiherr **von Manteuffel**-Crossen: Meine Herren, es ist der Vorschlag gemacht, die Herren durch Akklamation wiederzuwählen. Wenn Widerspruch nicht erfolgt, kann das geschehen. — Widerspruch erfolgt nicht. Die Herren sind wiedergewählt.

Wir werden uns davon vergewissern, daß dieselben die Wahl annehmen. Soweit sie hier sind, glaube ich, unterliegt es keinem Zweifel, daß sie annehmen werden. Aber von all den Herren, die gewählt sind, bemerke ich nur meinen hochverehrten Nachbarn (Herrn Grafen von Mirbach) und mich unter den Anwesenden. Wir beide nehmen die Wiederwahl an.

(Zustimmung des Herrn Grafen von Mirbach.)

Dann möchte ich Ihnen noch mittheilen, daß sich in der Tagesordnung eine kleine Aenderung als nothwendig erwiesen hat. Der zweite Gegenstand der Tagesordnung wird heute nicht verhandelt werden, sondern erst morgen; dagegen wird der zweite Gegenstand der morgenden Tagesordnung heute verhandelt werden: die „Margarine-Gesetzgebung" also heute, die „Denkschrift des Landwirthschaftsministeriums" aber erst morgen.

Es fragt sich, ob mit Rücksicht auf die bei Beginn der Sitzung etwas spärlich erschienenen Mitglieder es nicht gerathen ist, morgen die Sitzung erst um 11 Uhr zu beginnen.

(Zustimmung.)

Die Herren sind einverstanden, daß wir die Sitzung morgen erst um 11 Uhr beginnen.

Ich muß zunächst noch die Beisitzer berufen und möchte bitten, daß als solche die Herren Gontard-Mockau, von Bandemer-Selesen und von Dewitz-Zachow fungiren. Ich bitte, daß die Herren hier Platz nehmen.

Ich gebe nunmehr das Wort dem ersten Referenten Herrn Dr. Grafen zur Lippe zu seinem Vortrage über das Thema

„Die Reinheit des ausländischen nach Deutschland importirten Getreides vom hygienischen und vom landwirthschaftlichen Standpunkte.“

Erster Berichterstatter **Dr. A.** Graf **zur Lippe**-Schönfeld: Meine Herren, ich habe Ihnen zunächst Bericht zu erstatten über das, was geschehen ist, um uns Klarheit zu verschaffen über die Reinheit, resp. Unreinheit des importirten Getreides. Vor circa 2 Jahren sandte ich eine Probe russischen Getreides nach der Versuchsstation Rostock mit dem Ersuchen, diese Probe auf Bakterien zu untersuchen, weil ich der Ueberzeugung war, daß gerade das russische Getreide mit Mikroben sehr stark versetzt sein müßte. Herr Professor Heinrich hatte die Güte, die Probe untersuchen zu lassen. Das Resultat war, daß in $^{1}/_{10}$ Gramm 635 800 Bakterien enthalten waren. Von diesen waren 11 600 solche, die die Gelatine verflüssigen. Viele Bakteriologen sind der Ansicht, daß gerade diese, die die Gelatine verflüssigen, besonders pathogen sind, weil sie leicht Fäulnißerreger sind. Es muß aber eine Parallele gezogen werden zwischen dem russischen und inländischen Getreide, und aus dem Grunde wurde auch mecklenburgisches Getreide untersucht, und da stellte sich heraus, daß im mecklenburgischen Getreide 42000 Bakterien waren, aber nicht ein einziges, das die Gelatine verflüssigte. Ich stelle also diese beiden Zahlen noch einmal gegenüber: 635 800 und 42 000, — 11 600, die die Gelatine verflüssigten, und bei dem mecklenburgischen Getreide nicht eins.

Das Resultat veranlaßte Herrn Professor Heinrich, nach Hamburg zu gehen und sich von dort lagernden Schiffen Proben zu verschaffen. Er entnahm 22 Proben von dem aus Rußland und aus Rumänien importirten Getreide: Weizen, Roggen, Gerste, Hafer. Das Resultat dieser Untersuchungen ist ja in den ver-

schiedenen landwirthschaftlichen Blättern vielfach mitgetheilt worden. Ich würde die Herren ermüden, wenn ich Ihnen die lange Reihe von Untersuchungen mittheilen würde. Ich will nur einige markante Proben Ihnen zur Kenntniß geben resp. Sie daran erinnern.

Aus dem Schiffe „Mexico" wurde Winterroggen entnommen, der in Odessa verladen worden war; er enthielt in $^1/_{10}$ Gramm 1 230 000 Bakterien, von denen 11 500 die Gelatine verflüssigten, außerdem — und darauf möchte ich ganz besonders hinweisen — 7500 Schimmelpilze, und endlich noch eine große Menge von Unrath, Unkräutern u. s. w.

Eine zweite Probe von Winterroggen stellte sich in folgender Weise. Sie war entnommen dem Schiffe „Castanos", verladen in Taganrog, in Südrußland gewachsen. Dieser Winterroggen hatte 1 890 000 Bakterien — also fast 2 Millionen — und eine große Menge von Mäuseexkrementen, Knöterich, Mutterkorn u. s. w. u. s. w.

Gerste aus Taganrog zeigte 1 120 000 Bakterien mit ebenfalls einer Menge von Unrath.

Ja, meine Herren, als mir diese verschiedenen Resultate zur Kenntniß gebracht wurden, hielt ich es doch für angezeigt, das Kaiserliche Gesundheitsamt davon zu benachrichtigen, und Herr Geheimrath Köhler hatte die große Güte, Folgendes zu schreiben — nur einen Theil seines Briefes werde ich mir erlauben den Herren mitzutheilen —:

> „daß ich die Absicht habe, ähnliche vergleichende bakteriologische Untersuchungen von ausländischem und einheimischem Getreide in dem Laboratorium des Kaiserlichen Gesundheitsamtes anstellen zu lassen, sobald disponible Arbeitskräfte vorhanden sind."

Sie sehen also, der Herr Geheimrath hat sich durchaus nicht ablehnend gegen diese Angelegenheit gestellt.

Meine Herren, wir haben noch besonderen Dank zu sagen unserem verehrten Herrn Domänenrath Rettich, der am 31. Januar 1896 diese Angelegenheit im Reichstage zur Sprache gebracht hat. Darauf hat dann Herr Geheimrath Köhler, der in dieser Sitzung anwesend war, seine Untersuchungen auch dem Reichstage zur Kenntniß gebracht. Sie werden jedenfalls, soweit die Herren nicht selbst anwesend waren, das Resultat in der „Kreuzzeitung" gelesen haben; es war auch nicht gerade ermuthigend in Bezug auf

importirtes Getreide gegenüber dem heimischen. Herr Geheimrath Köhler stellte fest, daß seine Untersuchungen dahin gegangen waren, daß in dem untersuchten importirten Winterroggen — von dem andern will ich nicht reden — 1 800 000 Bakterien gewesen sind. Ja, meine Herren, es ist ja ein Glück, daß diese Bakterien nicht alle pathogen sind, denn sonst würden wir wahrscheinlich alle nicht mehr leben. Es muß uns aber von großem Werthe sein, endlich einmal festzustellen: wie viel ist in dieser Unsumme pathogen und was ist ganz harmlos? und da ist es denn gewiß unser dringender Wunsch, daß eben auch in weiteren Kreisen wissenschaftliche Untersuchungen angestellt werden, so daß wir im Laufe der Zeit — es ist nicht eine Arbeit, die von heute zum nächsten Jahre gemacht werden kann — eine größere Klarheit und Sicherheit darüber gewinnen, was überhaupt pathogen ist und was nicht. Dazu sind in erster Linie die landwirthschaftlichen Versuchsstationen die berufenen Institute. Wir wissen alle, soweit wir praktische Landwirthe sind, was wir in den letzten 40 Jahren unseren landwirthschaftlichen Versuchsstationen für Dank schuldig geworden sind. Ueberall da, wo sich die Landwirthschaft aus der Empirie emporgehoben hat zu einer rationellen Wirthschaft, fundirt sie wesentlich auf den Arbeiten unserer in den Versuchsstationen thätigen Agrikultur-Chemiker. Ich möchte wünschen, daß die verschiedenen landwirthschaftlichen Versuchsstationen außer den Chemikern auch noch einen Bakteriologen anstellen, soweit Bakteriologen dort noch nicht angestellt sind. Nun würde das allerdings einen neuen Aufwand veranlassen, aber die Versuchsstationen mögen sich an ihre betreffende Regierung mit der Bitte wenden, gerade für diesen Zweck auch noch einen neuen Assistenten anzustellen. Die Bakteriologen der Versuchsstationen sollen ja nicht nur bei der Untersuchung des Getreides thätig sein. Es giebt unendlich viel bakteriologische Arbeiten, die uns Landwirthen von höchstem Werth werden können. Ich erinnere nur an die Konservirung des Stalldüngers — an das Impfen unserer Kleefelder u. s. w.

Die Bakteriologie ist für uns Landwirthe jetzt ebenso wichtig, möchte ich fast sagen, wie es vor 50 Jahren die Chemie gewesen ist. Also mögen Sie, meine Herren, in Ihren Kreisen dahin wirken, daß die Versuchsstationen, die Ihnen zunächst liegen, Veranlassung nehmen, ihren betreffenden Regie-

rungen den Wunsch auszusprechen, daß ihnen auch ein Bakteriologe zur Seite gestellt wird. Diese Ansicht scheint auch der Herr Geheimrath Köhler zu theilen, denn er sagt mir in demselben Briefe:

> „Bei der Bedeutung, welche die event. zu ergreifenden Maßnahmen für die internationalen Beziehungen haben könnten,

— also er schließt das doch nicht aus —,

> wäre es sehr erwünscht, wenn für diese eine möglichst breite wissenschaftliche Grundlage gewonnen wird. Es dürfte sich daher empfehlen, die Aufmerksamkeit anderer Kreise auf die fragliche Angelegenheit zu lenken und vor allen Dingen umfassende Untersuchungen auch an anderen Stellen, z. B. landwirthschaftlichen Versuchsstationen, in die Wege zu leiten."

Meine Herren, man hat uns sehr häufig den Einwand gemacht, daß, wenn auch eine größere Anzahl Mikroben in dem Getreide pathogen ist, sie doch ganz harmlos werden, wenn eben das Getreide verbacken wird. Da sind nun die Ansichten sehr kontrovers. Die Einen sagen: durch die hohe Temperatur des Backens werden diese Mikroben alle getödtet; andere Bakteriologen sind eben anderer Ansicht. Ich möchte nur daran erinnern, daß, wenn die Operateure ihre Messer sterilisiren wollen, sie diese der Glühhitze aussetzen; und Gegenstände, die nicht der Glühhitze ausgesetzt werden können, werden in den Trockenschrank gebracht; der Trockenschrank wird aber erhitzt bis zu 170° C. Ja, meine Herren, das ist eine Hitze, die wir vielleicht im Backofen selbst finden, die aber ganz bestimmt nicht im Innern des Brodes vorhanden ist. Also, meine Herren, diese Frage ist eben eine offene, und wir wollen eben dahin streben, uns darüber Klarheit zu verschaffen.

Ein anderer Punkt, der vielleicht geeignet ist, daß die Gefahren, die uns durch die Bakterien entstehen, aus dem Wege geräumt werden, ist der, daß das direkt einfallende Licht die Bakterien sehr leicht zerstört, und ich verweise hier auf Arbeiten von sehr bedeutenden Bakteriologen, von Professor Dr. Buchner und Dr. Mink, die nachgewiesen haben, daß z. B. der Kommabazillus oder der Typhusbazillus durch kurze Einwirkung des direkten Sonnenlichtes sehr bald getödtet werden; wo es sich nicht um direkt einfallendes Licht

handeln konnte, sind mehrere Tage nöthig gewesen, um die Bakterien zu tödten.

Nun, meine Herren, ziehen wir aus dieser, ich darf wohl sagen wissenschaftlichen Thatsache die Konsequenz von unserm Standpunkte aus. Wenn das thatsächlich der Fall ist, warum wird dann diese Masse von Getreide, die wir hier an die Börse bekommen, nicht vorher dem Lichte, dem intensiven Lichte ausgesetzt?

(Zuruf.)

— Ja, ich weiß sehr wohl, das würde dem betreffenden Händler eine sehr unangenehme Sache sein; aber ich bin diesen Leuten so wenig freundlich gesinnt, daß ich das gerade wünsche.

(Heiterkeit.)

Also, meine Herren, der Börsenvorstand möge doch ganz besonders darauf hinarbeiten, daß das Getreide, welches verdächtig, unrein ist, ganz besonders dem Licht ausgesetzt wird. Das klingt ganz harmlos, kostet aber unendlich viel, und dadurch wird das Getreide den Importeuren etwas theurer zu stehen kommen!

Das, was in dem letzten Jahre in Bezug auf die Untersuchung der Bakterien geschehen ist, darüber wird der Herr Korreferent zu Ihnen sprechen. Ich sollte aber meinen, Ihr Referent hat noch eine zweite Aufgabe: die Aufmerksamkeit und das Interesse unserer Generalversammlung auf diejenige Verunreinigung des Getreides zu lenken, die nicht auf die Mikroben zurückzuführen ist, sondern auf die Verunreinigung durch Unkräuter, die zum Theil auch der Gesundheit sehr schädlich sind; und gerade diese Verunreinigung ist speziell für uns Landwirthe besonders bedeutungsvoll, weil wir allein darunter leiden; denn wir allein verfüttern das Futtermehl, die Kleie u. s. w., in denen sich alle diese Ueberreste, die herausgesiebt und herausgefegt worden sind, konzentriren, und so ist es denn wohl auch die Aufgabe der verschiedenen Vereinigungen und auch unserer, mit voller Deutlichkeit darauf hinzuweisen, daß wir einen Schutz haben müssen gegen die Nachtheile, die uns durch die Verunreinigung unserer Futtermittel erwachsen, sei es, daß eben die betreffenden Fabrikanten in aller Unbefangenheit diese Verunreinigung uns in den Futtermitteln verkaufen, sei es aber auch, daß sie wohl wissen, welche Nachtheile sie der deutschen Landwirthschaft damit zufügen! Wir Landwirthe sagen: „Kleie ist gereinigtes Getreide minus Mehl"; der Müller sagt: „ungereinigtes Getreide minus

Mehl ist Kleie". Ja, meine Herren, mit dieser Definition der Müller würden wir uns ja ganz einverstanden erklären, wenn wir in unsere Futtermittel nichts mehr bekämen als das Bischen, was vielleicht aus unserem Getreide herausgesiebt wird; da möchte diese Definition immer gelten. Aber wie ist es denn in Wirklichkeit? Aus all' den verschiedenen Getreiden, die wir das Glück haben, hier nach Berlin u. s. w. zu bekommen, werden all der Unrath, all das Unkraut und all die giftigen Körner, all die Mäuse- und Rattenexkremente zusammengesiebt, und das ist das Material, mit dem wir unsere Thiere ernähren dürfen! Der Centner Roggen kostet jetzt bei mir 6,10 Mark, der Centner Futtermittel 4,75 Mark. Nun, meine Herren, wo ist denn da ein angemessenes Verhältniß? Auf der einen Seite bekommen wir nichts, wenn wir unsere gute Waare zum Müller fahren, und wenn wir eine Waare vom Müller holen, müssen wir viel zahlen, und wenn wir diese Futtermittel untersuchen, — und da sind wieder in erster Linie die Versuchsstationen heranzuziehen — sind das halbwerthige oder schädliche Waaren, und wir müssen unser bestes Getreide dafür hergeben.

(Sehr richtig!)

Ich habe mich noch vor wenigen Tagen an den Herrn Geh. Hofrath Nobbe in Tharandt gewendet, um einmal über diesen Punkt etwas von ihm zu hören. Dieser schrieb mir, er hätte vor einiger Zeit ein Kilo solcher ausgesiebten Waare (aus der jedenfalls Futtermittel gemacht werden sollte) in seiner Versuchsstation botanisch zu untersuchen gehabt, und da wären in einem Kilo 6476 Radekörner gewesen.

(Heiterkeit.)

Ja, meine Herren, wir wissen, was das bedeutet. Rade hat das böse Gitagin in sich, also das Alkaloid, das eben entschieden giftig wirkt, und das dürfen wir als Futtermittel unseren Thieren geben! Warum sagt denn heute der Futterhändler so sehr ungern: ich verkaufe Ihnen Kleie? — Nein: ich verkaufe Ihnen Futtermittel, Futtermehl! Futtermehl ist ein ganz vager Begriff, unter dem ich mir gar nicht viel denken kann, und ich trete dem betreffenden Müller sofort mit einem gewissen Mißtrauen entgegen, wenn er mir „Futtermehl" verkauft, ich möchte „Kleie" haben; — das thut er eben nicht gern oder gar nicht.

Wie schlimm die Verfälschung ist, zeigt sich aus den Resultaten, die uns aus den Versuchen unserer verschiedenen Stationen geworden sind, und Sie gestatten mir, daß ich Ihnen einige wenige Zahlen mittheile. In einem gewissen Zeitraum hat Möckern 867 verschiedene Futtermittelproben untersucht, und davon sind 427 beanstandet worden; von diesen waren 256 stark verunkrautet, zum Theil verfälscht. Jena hat in derselben Zeit 124 untersucht — 39 beanstandet, 21 stark verunkrautet oder stark verfälscht. Halle: 421, davon 318 beanstandet, 198 zum Theil verfälscht.

(Hört! hört!)

Pommritz: 321 untersucht, 158 beanstandet, 68 zum Theil verfälscht oder sehr verunkrautet. Im ganzen: 1733 Proben überhaupt untersucht, davon 942 beanstandet, davon wieder 543 stark verunreinigt, bezw. direkt verfälscht, d. h. 54 Prozent beanstandet, 31 Prozent verfälscht.

Meine Herren, ich frage Sie: sind wir da nicht verpflichtet, uns zu wehren? Wir fragen: wo ist das Gesetz, das uns schützt? Ein Gesetz ist nicht da!

Dr. Klien in Königsberg hat Futtermittel untersucht und hat darin Gips, Moorerde, Sand, Unkraut und Rade gefunden. Professor Dr. Kellner in Möckern fand bis zu 27 Prozent seiner sämmtlichen Untersuchungen verunreinigt; Geheimer Hofrath Nobbe in Tharandt bis 28 Prozent; Geheimrath Maercker in Halle fand darin Gips, Sand, Rade und viel Unkraut. Dr. Eidam in Breslau mußte von den sämmtlichen Untersuchungen, die er anstellte, 66 Prozent als minderwerthig zurückweisen.

Ja, meine Herren, die deutsche Landwirthschaft hat im Laufe der Jahre durch diese Futtermittel entschieden Tausende und Abertausende verloren, und ich frage wieder: wo ist das Gesetz, das uns schützt?

Noch vor wenigen Monaten ist in Sachsen in der Nähe von Freiburg einem kleinen Landwirth eine Kuh umgestanden, sechs Kühe sind erkrankt; der Thierarzt konstatirte, daß diese Thiere durch Kleie, die verfälscht war, erkrankten und starben. Der Prozeß wurde eingeleitet, der Landwirth wurde aber mit seiner Klage zurückgewiesen, resp. er verlor den Prozeß, weil die Gerichte sagten: es giebt kein Gesetz, nach dem wir den Betreffenden oder — es war in diesem Falle eine Futterhändlerin — die Betreffende fassen könnten.

In meinem eigenen Amtsbezirk kam vor vierzehn Tagen ein kleiner Landwirth zu mir und sagte: „Ich habe eine Kuh und drei Schweine verloren; der Thierarzt konstatirt, daß die Thiere von dem Futtermittel, das ich aus Berlin durch Zwischenhändler bezogen habe, kaput gegangen sind.“ Aber eine Hilfe durch das Gesetz giebt es nicht, weil das Gesetz nicht da ist!

Also, meine Herren, deswegen glaube ich doch, daß wir in unserer Vereinigung sehr ernstlich und sehr deutlich darauf hinweisen müssen, daß wir unseren Wunsch der Regierung aussprechen, es möge da doch ein Gesetz eintreten, das uns vor den großen Nachtheilen schützt, die uns geworden sind und die uns noch werden, wenn eben keine Aenderung in der Sache erfolgt. Und so haben wir Ihnen unsere Resolution, die wir gestern in der Ausschußsitzung festgestellt haben, zu unterbreiten und haben zu erwarten, daß Sie sie prüfen, nach Ihrem Ermessen ändern und verbessern. Dann aber wollen wir unsern Wunsch den Regierungen gegenüber aussprechen. So haben wir wenigstens unsere Pflicht gethan!

(Lebhaftes Bravo und Händeklatschen.)

Vorsitzender Landesdirektor Freiherr **von Manteuffel**-Crossen: Meine Herren, ich glaube, daß wir alle Veranlassung haben, dem Herrn Referenten unsern Dank auszusprechen für seinen Vortrag, und ich bitte, daß Sie sich von Ihren Sitzen erheben, um diesen Dank auszudrücken.

(Geschieht.)

Ich gebe nun das Wort dem Korreferenten Herrn Professor Dr. Heinrich-Rostock.

Zweiter Berichterstatter Professor Dr. **Heinrich**-Rostock: Meine Herren, ich habe dem ausführlichen Referate des Herrn Grafen zur Lippe nur noch wenig beizufügen. Jedenfalls haben wir den Eindruck, daß dem Herrn Grafen zur Lippe für seine erste Anregung der Untersuchung des Getreides in sanitärer Beziehung ein großer Dank gebührt. Die Resultate, welche die ersten Untersuchungen über das Getreide ergeben haben, erregten überall die größte Sensation, und überall drückte sich das Befremden aus, wie es möglich sei, daß solches Getreide überhaupt in Handel und Konsum kommen konnte. Es bewies das jedenfalls, daß im Getreidehandel etwas nicht richtig war, daß durch die zeitweilige Ueberspekulation auf dem Getreidemarkt Getreide in den Handel

gebracht wurde, welches den Namen Getreide kaum noch verdient, jedenfalls nicht zur Konsumtion geeignet war. Meine Herren, es ist selbstverständlich, daß die ersten Ergebnisse der Untersuchungen dieser Getreideproben aus dem Ausland sehr angegriffen wurden. Zunächst machte man den Einwand, daß überhaupt nur Getreide untersucht worden sei, welches notorisch schlecht sei. Meine Herren, das ist eine einfache Unwahrheit. Es ist von mir in Hamburg Getreide ohne Auswahl gesammelt worden. Der betreffende Lieferant, ein Makler, hat nicht gewußt, wozu die Getreideproben dienen sollten, und die Mittelsperson war eine der Sache ganz fremde Persönlichkeit. Das Resultat ist von den sämmtlichen Proben mitgetheilt worden, ohne Unterdrückung von besserem oder schlechterem Getreide, wie ja auch die Zusammenstellungen seiner Zeit ergaben, daß thatsächlich neben sehr schlechtem Getreide auch ganz zulässiges Getreide vorhanden war. Von den untersuchten 22 Proben waren es 4, die weit über eine Million Bakterien enthielten. Die Rostocker Untersuchungen sind ja glücklicherweise nachgemacht worden, und es liegt jetzt eine große Reihe von Untersuchungen vor, welche zum allergrößten Theile die früheren Ergebnisse, die in Rostock gefunden wurden, bestätigen. So liegt mir neuerdings noch eine Arbeit von F. Hoffmann vor, welcher in $^1/_{10}$ Gramm im Maximum 1 164 000 Bakterien feststellt. Also an der Thatsache, daß es Getreide, und namentlich ausländisches, giebt, welches eine derartig schlechte Beschaffenheit besitzt, ist gar nicht zu zweifeln, und ich möchte einflechten, daß ich nicht eine einzige Getreideprobe aus Deutschland gefunden habe, welche eine auch nur annähernd so schlechte Beschaffenheit wie die genannten ergab.

Eine weitere Einrede gegen diese Untersuchungen bestand darin, daß, wie auch Herr Graf zur Lippe bereits hervorhob, die Untersuchungen nur die Gesammtzahl der Bakterien berücksichtigt haben und daß diese Gesammtzahl der Bakterien gar nichts besagen wolle. Es wurde namentlich von dem Direktor des Gesundheitsamtes hervorgehoben, daß die im Getreide vorkommenden Bakterien nicht als pathogen angesehen werden dürften. Meine Herren, diese Einrede macht sich die Sache sehr leicht. Es ist auch nicht im entferntesten behauptet worden, daß die Gesammtzahl der Bakterien irgendwie schädlich sei; ja es ist ganz sicher, daß nur eine ganz minimale Zahl in sanitärer Beziehung überhaupt in Betracht

kommen wird. Meine Herren, die Zahlen sollten aber etwas ganz Anderes beweisen; sie sollten die grenzenlose Unsauberkeit des Getreides darlegen. Je unsauberer ein Getreide ist, in desto stärkerem Maße entwickeln sich die Bakterien, und weiter haben die Untersuchungen gelehrt, daß die Unsauberkeit des Getreides ganz eigenthümliche Folgeerscheinungen zeigt. Wenn neuere, sehr umfassende Untersuchungen ergeben haben, daß die Bakterienzahl durch Einwirkung von Licht und Luft sich vermindert, so ist das zu beschränken; unsere Untersuchungen haben nämlich ergeben, daß eine derartige Verminderung der Bakterienzahl nur bei dem sonst normalen Getreide stattfindet, während die von Natur unsauberen Getreidesorten eine viel geringere Abnahme der Bakterienzahl bei der normalen Aufbewahrung des Getreides zeigen. So wurde z. B. bei einem mecklenburgischen Roggen, der unter der Ungunst der letzten Herbstwitterung geerntet worden war und sehr ungünstig eingebracht wurde, ursprünglich in $^1/_{10}$ Gramm die Zahl von 60 000 Bakterien gefunden; diese minderte sich im Laufe von 5 Wochen bis auf 15 000 ab — also auf eine ganz minimale Zahl. Dagegen haben wir russisches Getreide untersucht, das sehr unsauber war: die ursprüngliche Zahl von 87 000 Bakterien minderte sich in derselben Zeit nur bis auf 50 000 ab, es verblieb also immer noch eine ganz gewaltige Zahl.

Meine Herren, es folgt daraus, daß das unsaubere Getreide, das mit unsauberen Dingen behaftet ist — und, meine Herren, es giebt sehr viel russisches Getreide, das derartig unsauber ist —, die Bakterien länger am Leben erhält.

Meine Herren, die Vereinigung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer hat es für zweckmäßig gehalten, daß die Getreide-Untersuchungen auf der Versuchsstation Rostock fortgesetzt werden möchten, und hat uns in den Stand gesetzt, noch weitere Untersuchungen auszuführen. Wir haben zu dem Zweck auf dem Landwege, über Eydtkuhnen, eine Anzahl von Getreideproben in größeren Mengen erhalten.

Meine Herren, ich möchte in dieser Beziehung etwas vorausschicken in Bezug auf die Untersuchungen, wie sie theilweise auch von anderer Seite ausgeführt wurden. Wenn ein Getreide in sanitärer Beziehung geprüft werden soll, so genügt es selbstverständlich nicht, daß wir den chemischen Gehalt des Getreides feststellen, es genügt auch nicht, daß wir die Backfähigkeit feststellen; diese Unter-

suchungen haben in sanitärer Beziehung gar keine Bedeutung. Meine Herren, ich bitte das ganz besonders zu beachten, weil die Untersuchungen in jüngster Zeit von einigen Seiten in dieser Weise ausgeführt wurden, um den Beweis zu führen, daß das russische Getreide ganz ebensogut wie das inländische, ja sogar noch besser, als das letztere sei. Wenn wir Getreide in sanitärer Beziehung untersuchen wollen, kommt es vor allen Dingen auf krankheitserregende, also pathogene Keime an oder auf Beimischung schädlicher Stoffe, seien es nun direkt giftige Stoffe, seien es Unsauberkeiten, ekelerregende Substanzen.

Meine Herren, wir haben durch Vermittelung der Vereinigung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer 5 Centner verschiedenen Roggen zu untersuchen Gelegenheit gehabt, zunächst nach äußeren sichtbaren Verunreinigungen, und ich kann Ihnen mittheilen, daß das Untersuchungsergebniß theilweise ein recht unerfreuliches war. Es war z. B. keine einzige Probe vorhanden, welche nicht mit Ratten- und Mäusekoth durchsetzt war, und, meine Herren, wo Koth ist, ist selbstverständlich auch Harn, und der Harn läßt sich nicht durch die Windfege oder durch andere Maschinen herausbringen, sondern er zieht ins Korn ein, und solcher verunreinigte Roggen wird dem deutschen Publikum zugemuthet zu konsumiren. Meine Herren, ich glaube, es ist gar kein Unterschied vorhanden, ob die Nahrungsmittel, wie das s. Z. in sensationeller Weise bekundet wurde, durch Menschen auf unangenehme, ekelerregende Weise verunreinigt werden, oder ob dies durch Ungezieser geschieht. Die Sache bleibt wenigstens in ästhetischer Beziehung ganz dieselbe.

Außer diesen Unsauberkeiten hat sich unsere Untersuchung selbstverständlich auf den Bakteriengehalt gerichtet, und da, meine Herren, haben wir allerdings zu unserer Ueberraschung gefunden, daß die Bakterienzahl der Getreideproben, die wir aus Rußland auf dem Landwege erhielten, nicht bedeutend war. Ich möchte darauf Ihr besonderes Augenmerk richten, weil auch von anderer Seite derartige Untersuchungen auf dem Landwege eingebrachter Proben stattgefunden haben, und diese Proben ebenfalls eine geringere Anzahl von Bakterien ergaben. Meine Herren, das erklärt sich, wie mir scheint, auf sehr einfachem Wege. Zur Entwickelung dieser niederen Organismen gehört feuchte Luft, und bekommen wir unser Getreide auf dem Landwege, so ist die feuchte Luft in geringerem Maße

vorhanden, die Existenz- und Entwickelungsfähigkeit ist dann eine geringere, während alles Getreide, das wir auf dem Wasserwege bekommen, einer feuchten Luft in den Schiffsräumen in höherem Maße ausgesetzt ist und infolgedessen einen günstigeren Nährboden für die Entwickelung abgiebt. Diese Erfahrung fällt zusammen mit den Erfahrungen, die man hier in Berlin in Bezug auf Getreide und Futtermittel gemacht hat, durch welche es erwiesen zu sein scheint, daß das Futter, welches längere Zeit auf den Oderkähnen gelagert hat, eine ungesunde Beschaffenheit annimmt.

Meine Herren, was nun die Einrede betrifft, daß die Bakterienzahl an und für sich nicht maßgebend für Beurtheilung in sanitärer Beziehung sei, so wurde uns hierdurch stillschweigend die Verpflichtung auferlegt, nach krankheitserregenden Bakterien im ausländischen Getreide zu suchen. Meine Herren, das ist selbstverständlich eine fast unmögliche Arbeit, wenn man nicht weiß, ob das Getreide aus einer bestimmten verseuchten Gegend kommt; es ist gerade so, als wenn Einem zugemuthet würde, ein Sandkorn, das am Meeresstrand verloren ist, welches sich nicht weiter von anderen Sandkörnern unterscheidet, wiederzufinden. Also die Arbeiten, die in dieser Beziehung aufgewendet wurden, versprachen kaum ein Resultat. Dagegen glaubten wir einen anderen Weg einschlagen zu sollen, um in sanitärer Beziehung weiteres Material zu sammeln. Es war nach meiner Ansicht festzustellen, ob das Getreide überhaupt ein geeigneter Nährboden für derartige krankheitserregende Bakterien abgiebt. Ohne Weiteres läßt sich das für viele krankheitserregende Bakterien nicht behaupten. So z. B. bin ich überzeugt, daß der Cholerakeim nicht durch das Getreide wird eingeschleppt werden können, und zwar aus dem Grunde, weil die Cholerakeime eines alkalischen Nährbodens für ihre Existenz bedürfen, während unsere Getreidekörner schon durch die Ablagerung von phosphorsaurem Kali eher schwach sauer als alkalisch sind. Also die Wahrscheinlichkeit für den Weitertransport ansteckender Keime für gewisse Krankheiten ist nicht überall vorhanden. Es galt also, eine Reihe von Krankheitserregern zu prüfen, und, meine Herren, wir haben auf der Versuchsstation in Rostock diese Arbeit begonnen. Ich gestehe, daß wir zunächst wegen der Kürze der Zeit, die uns noch zur Verfügung stand, nicht allzuweit vorgeschritten sind; aber ich kann Ihnen doch heute schon das Resultat

von einigen Versuchen mittheilen, die ein ganz positives Ergebniß gebracht haben.

Wir haben uns zunächst mit dem sogenannten Eiterbazillus, dem Staphylococcus, beschäftigt, welcher krankhafte eiterige Entzündungen bei Menschen und Thieren hervorzurufen im Stande ist. Durch kleine Verletzungen an der Oberfläche des Körpers können die Bakterien in den Blutlauf des Körpers eindringen und sind dann im Stande, eiterige Entzündungen zu veranlassen. Diese Bakterien wurden in sehr mäßigen Mengen auf verschiedene Roggenproben gebracht, und dann die infizirten Roggenproben theilweise der normalen Winterkälte auf dem Getreideboden ausgesetzt, theilweise auch bei Stubentemperatur weiter behandelt; das Resultat geht dahin, daß jetzt nach 14 Tagen keine Verminderung dieser giftigen pathogenen Krankheitserreger zu konstatiren ist.[1]) Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß sich so, wie diese Staphylokokken, auch andere krankheitserregende Bakterien verhalten werden.

Meine Herren, das sind die Gründe gewesen, welche uns veranlaßt haben, Ihnen die Resolutionen, die Ihnen gedruckt vorliegen, zur Annahme zu empfehlen. Es liegt ja jetzt wieder die Gefahr vor, daß aus einem Lande, aus welchem wir viel Getreide bekommen, die Pest eingebracht wird. Meine Herren, Sie werden die Zeitungsnotizen verfolgt haben, durch welche mitgetheilt wurde, daß durch Getreide auf Ungeziefer Pesterkrankungen übertragen und verbreitet worden sein sollen; es scheint also, als ob der Pestkeim zur Weiterverbreitung auch des Getreides sich bedient. Nun, meine Herren, ich habe bisher noch nicht gehört, daß in Deutschland gegen die Einfuhr des Getreides aus Indien irgend welche Schutzmaßregeln ergriffen worden sind.

(Hört! hört!)

Meine Herren, gegen die Einfuhr solchen für den Konsum untauglichen Getreides sind die deutschen Landwirthe selbst natürlich nicht gewaffnet. Meine Herren, wir wollen auch seitens der deutschen Landwirthschaft nicht konkurriren mit einem derartigen unsauberen und krankheitsgeschwängerten Getreide!

(Lebhaftes Bravo.)

---

[1]) **Anmerkung vor dem Druck. Eine Verminderung der lebenden Eiterbakterien in dem Roggen ist auch nach 28 Tagen nicht zu konstatiren.**

(Den Vorsitz hat inzwischen Herr Graf von Mirbach-Sorquitten übernommen.)

Vorsitzender Graf **von Mirbach**-Sorquitten: Meine Herren, ich darf wohl in Ihrem Namen auch diesem Herrn Referenten den Dank der Versammlung zum Ausdruck bringen.

Ich eröffne nunmehr die Diskussion über diesen Gegenstand und bitte die Herren, sich zum Wort zu melden.

Herr Graf von Arnim-Muskau hat das Wort.

Reichstagsabgeordneter Graf **von Arnim**-Muskau: Meine Herren, die außerordentlich interessanten Mittheilungen der beiden Herren Vertreter der Wissenschaft beweisen aufs neue, daß die Frage der Gesundheitsschädlichkeit des unreinen, resp. mit Bakterien besetzten Getreides noch nicht entschieden ist, und der Wissenschaft nach wie vor die Aufgabe zufällt, dieser Frage ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden. Wir haben im vorigen Jahre im Reichstage auf die Anregung, die wir in dieser Beziehung gegeben, zu unserem Bedauern durch den Herrn Geheimrath Köhler, Direktor des Reichsgesundheitsamts, vernommen, daß er in dieser Frage leider einen andern Standpunkt einnimmt. Seine Aeußerungen von damals lauteten: „Die Zahl der Keime ist nach dem heutigen Stande der Wissenschaft nicht als maßgebend anzusehen; es kommt vielmehr auf die Art der Keime an. Dabei ist auch nicht entscheidend, ob und eventuell wie viele die Nährgelatine verflüchtigende Bakterien darunter sind, sondern nur, ob Krankheitserreger vorgefunden werden. Die Untersuchungen des Gesundheitsamtes sind hierauf speziell gerichtet worden, obwohl man sich von vornherein sagen mußte, daß unsere bekannten Krankheitserreger bei den Zubereitungen, wie sie das Getreide erfährt, unschädlich gemacht werden. Die Hitzegrade, die beim Backen und Kochen angewendet werden, sind so hoch, daß die Krankheitserreger nicht widerstehen können. Es giebt andere Mikroben, die wohl widerstehen; aber diese sind nicht pathogen nach dem heutigen Stande der Wissenschaft. Aber auch ganz abgesehen hiervon hat sich bei der unterscheidenden Untersuchung der einzelnen Bakterienarten ergeben, daß in keiner der Proben solche Bakterienarten, die beim Genuß von Getreidezubereitungen Krankheiten erregen könnten, vorzufinden waren." Ich meine, daß eine Wissenschaft überhaupt nicht erklären darf, am Ende ihrer Forschungen angekommen zu sein, und die Akten schließen darf,

selbst wenn dieselbe in ihrer Neigung, die Akten über diese Frage zu schließen, dem leitenden Chef des Reichsamts des Innern vielleicht bequem sein dürfte.

(Sehr richtig!)

Das werden Sie, meine Herren, zugeben, daß dies eine Frage ist, die, wenn sie in unserem Sinne entschieden wird, den Import des Getreides wesentlich einschränken würde — eine Folge, die wir aber mit einer gewissen Genugthuung begrüßen würden.

(Sehr richtig! und Heiterkeit.)

Aber, meine Herren, andererseits müssen wir uns mit aller Energie dagegen verwahren, daß wir die Wissenschaft etwa als Vorspann für unsere Bestrebungen, den Import ausländischen Getreides zu beschränken, benutzen wollen; und vor Allem muß ich die Männer der Wissenschaft, die uns heute hier ihren Standpunkt dargelegt haben, gegen den Vorwurf schützen, der ihnen kürzlich in einer Publikation vom Vorsitzenden des Verbandes deutscher Müller gemacht worden ist, welcher sagt: „Man darf wohl annehmen, daß den Untersuchungen des Herrn Professor Heinrich ausgesucht schlechter Auslandsroggen und ausgesucht guter Inlandsroggen zu Grunde gelegen hat.“ Meine Herren, das wäre ein Verfahren, das ich als loyal nicht bezeichnen kann, und gegen eine derartige Insinuation muß ich die Herren, die auf unserer Seite stehen, und die eine wissenschaftliche Richtung vertreten, aufs allerentschiedenste in Schutz nehmen.

(Bravo!)

Meine Herren, man wendet nun ein, daß unser inländisches Getreide auch feucht, auch unrein, auch mehr oder weniger mit Bakterien behaftet sei, und es daher durchaus unbillig sei, daß dem ausländischen Getreide gegenüber anders verfahren wird. Aber ich frage: Wie behandeln wir unser inländisches Getreide, und wie vollzieht sich der Import des ausländischen Getreides? Wir bearbeiten und schütten das Getreide nach der Ernte auf den Böden so viel wie möglich um, wir lassen auf das Getreide Licht wirken, das ja im Stande ist, die Bakterien wesentlich zu verringern, während das ausländische Getreide unrein eingeerntet wird und mehr oder weniger verfälscht aufs Wasser kommt, dann unbeweglich Monate lang, um den Zollkredit auszunutzen, auf den Kähnen lagert und in diesen Kähnen natürlich eine wesentliche Verschlech-

terung der Qualität erfährt. Die russische Regierung hat sich genöthigt gesehen, vor einiger Zeit Inspektoren anzustellen, um diesen — wie sie es nannte — „wohlorganisirten und offenen Betrügereien“ entgegenzutreten, Betrügereien, die in Folgendem bestehen (ich habe darüber aus russischen Zeitungen eine ganze Anzahl derartiger Aeußerungen, möchte Ihnen aber nur eine vorlesen, welche ein Bild giebt von der Thätigkeit derjenigen Leute, die sich eine Aufgabe daraus machen, das Getreide zu verfälschen):

„Bevor jedoch das Getreide an seinem Bestimmungsort angelangt ist, wird es irgendwo unterwegs von dem Kommissionär durch Vermischung von schlechten Sorten aus seinem eigenen Vorrath derartig präparirt, daß aus 1000 Centner reinem Roggen à 4 Mark 1250 Centner à 3,50 Mark werden. Der Produzent verliert dadurch freilich circa 13 Prozent, der betrügerische Kommissionär, welcher seine schlechte Waare zu 1,60 Mark pro Centner durch Vermischung mit einer vorzüglichen Sorte jetzt den Centner zu 3,50 Mark losschlägt, verdient über 100 Prozent. Die „Getreidekomtoirs“ schießen deshalb täglich in Rußland wie Pilze aus dem Boden, und sie werden, wie die „Now. Wr.“ schreiben, allen erbauten Elevatoren zum Trotz ihre Manipulationen so lange fortsetzen, bis die Regierung durch Errichtung von Getreideinspektionen ihrem Treiben ein Ende machen wird.“

Getreideinspektoren sind nun zwar angestellt, aber es wird vielfach darüber geklagt, daß diese Inspektoren auch nur Menschen sind

(Heiterkeit),

insofern, als sie vielleicht Mitleid haben mit den armen Kommissionären, die doch auch „verdienen“ wollen, und denen sie dann manches durch die Finger sehen.

Meine Herren, ich glaube, wir werden dem uns vorgesteckten Ziele dadurch näher kommen, daß wir die Resolution annehmen und dafür sorgen, daß eine Kontrole über das importirte Getreide stattfindet. Die Frage kann ja dahingestellt bleiben, ob es rathsam ist, eine derartige Kontrole bereits an der Grenze stattfinden zu lassen oder an einem anderen Orte, vielleicht gerade an denjenigen Stationen, die am Endpunkte der Wasserwege liegen. Ich habe zu meinem großen Bedauern feststellen müssen, daß die Regierung

keine Veranlassung genommen hat, von den vor zwei Jahren, 1895, in kolossalem Umfang importirten Getreidemassen, Roggen und Weizen — von denen ja, wie bekannt, über 50 Prozent für nicht lieferbar erklärt worden war —, diese Importen einer Untersuchung auf ihren Bakteriengehalt zu unterwerfen. Auf jedem gewöhnlichen Wochenmarkte wird, wenn ein armes altes Hökerweib schlechte Eier und schlechtes Obst verkauft, gegen sie eingeschritten; aber auf der Produktenbörse werden Hunderttausende von Centnern Getreide verkauft, die zum größten Theil nicht lieferungsfähig waren und die allerbedenklichsten Eigenschaften zeigten, und diese werden ohne irgendwelches Bedenken und ohne irgendwelche Untersuchung in den Konsum zugelassen. Ich glaube, daß das ein Vorgang ist, dem wir entgegentreten müssen, und wir haben, glaube ich, alle Ursache, endlich die Regierung zu veranlassen, sich eingehend mit derartigen Untersuchungen zu befassen. Bereits im vorigen Jahre habe ich bei Gelegenheit der Zollkreditdebatte im Reichstage auf diese Frage hingewiesen, worauf sich ein Sturm der Entrüstung in börsenfreundlichen Blättern erhob, der nur bewies, daß ich den Finger auf eine offene Wunde unseres Wirthschaftskörpers gelegt hatte.

Der zweite Punkt unserer Resolution, die Verfälschung von Futtermitteln, ist ja die logische Konsequenz davon, daß sehr viel unreines und zum Theil verdorbenes Getreide ins Land kommt, und da die Mühlen, wie einer der Herren Vorredner darlegte, nach wie vor erklären, es sei ihr Recht, die Reinigungsabfälle, resp. den Trieurausputz in die Kleie hineinzuthun, so ist vorläufig den Müllern persönlich daraus kein Vorwurf zu machen, denn sie sind durch die Stellungnahme des Müllereiverbandes vollkommen gedeckt. Aber unser Standpunkt ist ein berechtigter, und die Landwirthschaft hat wiederholt darauf hingewiesen, daß wir ihn aufrecht erhalten müssen, der dahin geht, daß wir — und das ist eine sehr bescheidene Forderung — wenigstens zwei Arten von Kleie von den Mühlen verlangen können: eine Kleie, in welcher sich absolut keine oder möglichst wenig Reinigungsabfälle befinden, und eine zweite Sorte, die Futtermehl und dergleichen genannt werden kann, die mehr Unreinlichkeiten enthalten darf.

Nun wird darauf hingewiesen, daß allerdings die Versuchsstationen hin und wieder einmal einen Irrthum begangen, und die Untersuchungen nicht ganz übereinstimmend betreffs der-

selben Waare gelautet haben. Da gebe ich unserem verehrten Herrn Vorredner vollkommen Recht, daß die Untersuchungsstationen mit weiteren Hilfskräften und besseren Apparaten ausgestattet, und seitens der Landesvertretung in dieser Beziehung Mittel geschaffen werden müssen, um die Untersuchungsstationen in ihrer sehr wichtigen und, wie ich hoffe, erfolgreichen Thätigkeit weiter zu unterstützen. Der Gesetzentwurf gegen Verfälschung von Futtermitteln und künstlichem Dünger hat bereits dem Landwirthschaftsrath und dem Müllereiverbande vorgelegen, ist aber zurückgezogen worden auf Grund der Proteste, die vorzugsweise aus Handelskreisen eingingen. Der Gesetzentwurf selbst giebt allerdings zu einigen Bedenken Anlaß, und zwar deshalb, weil wir den effektiven ehrlichen Handel entschieden nicht drangsaliren, sondern nur die Auswüchse beseitigen wollen, und weil wir vor allen Dingen nicht die Absicht haben, den kleineren und mittleren Mühlen in irgend welcher Weise ihre Existenz zu erschweren, die für den Landwirth viel wichtiger ist als die Existenz der großen Riesenmühlen und Mehlfabriken, welche, wie allerseits bekannt ist, den kleinen und mittleren Mühlen leider das Leben äußerst schwer machen. Wir haben deshalb in der Resolution auch nur Direktiven gegeben und nur ausgesprochen, daß eine Strafe und Entschädigungspflicht nothwendig sei. Die Strafe halte ich für nothwendig, da die Entschädigungspflicht nicht genügt. Denn jetzt liegt die Sache so, daß, selbst wenn ein unreeller Lieferant von Futtermitteln verurtheilt wird und eine Entschädigung zu zahlen gezwungen ist, diese kleine Entschädigung ihn nicht abschreckt, da vielleicht von 100 Geschäften, die er gemacht hat, nur 5 zur Untersuchung kommen, und davon vielleicht eines zur Entschädigungszahlung führt, während bei den 99 anderen Geschäften stark verdient wird. Außerdem kommt hinzu — mir liegen darüber eine Menge von Akten und Auszügen vor —, daß die Verurtheilung sehr schwierig ist, weil die Probeentnahme sehr exakt sein muß. Mir ist ein Fall bekannt, wo einem Gutsbesitzer in Schlesien sein Schweinebestand starb, er wegen Verfälschung von Futtermitteln klagte und abgewiesen wurde, weil die Probeentnahme nicht entsprechend gewesen sei. Die korrekte Probeentnahme besteht nämlich darin, daß man nicht aus einem von den verschiedenen Säcken eine Probe entnimmt, sondern aus einer größeren Zahl der Säcke Proben mittels

eines spitzen Instruments, das man hineinstößt, entnimmt, diese Proben mischt, um dem Richter die Ueberzeugung beizubringen, daß wirklich eine Verfälschung vorliegt; der Richter deducirt sonst: Wenn auch der eine Sack Verfälschungen enthalten hat, so könnten doch alle übrigen 99 vielleicht gesund gewesen sein. Außerdem kommt hinzu, daß der Hinweis auf Usancen für den Richter von Bedeutung ist; das krasseste diesbezügliche Beispiel ist folgendes: Ein Gericht hat einen Händler kürzlich freigesprochen, da die Händler und Sachverständigen sich dahin aussprachen, daß, wenn auch 20 bis 30 Prozent Brandsporen im Weizen und in der Kleie seien, eine bedenkliche Fälschung nicht vorliege, und dies vollkommen usancemäßig sei.

(Heiterkeit.)

Der dritte Punkt, der eine gewisse Gefahr für den Kläger involvirt, ist der, daß die Sachverständigen nicht immer die Unparteilichkeit zeigen, die wir wünschen müssen.

Ich möchte damit schließen und glaube, daß die beiden vorgeschlagenen Resolutionen für die Landwirthschaft von großer Bedeutung sind, und wir den größten Werth darauf legen müssen, durch Annahme der Resolutionen diesen Zuständen ein Ende zu machen. Sie sind im Publikum im allgemeinen weniger notorisch, als man glaubt; so wird von den Gegnern behauptet, daß wir durch dieses Gesetz gegen Verfälschung von Futtermitteln den reellen Handel zu schädigen die Absicht haben. Nein, meine Herren, ich bin der Ansicht, daß der reelle Handel und der reelle Kaufmannsstand aufathmen wird, wenn er von der unlauteren Konkurrenz befreit sein wird

(sehr richtig!);

denn der solide Kaufmann ist gegenüber der Unreellität nicht mehr konkurrenzfähig, während wir gerade den reellen Kaufmann und den reellen Handelsstand, gerade wie durch die Börsenreform, konkurrenzfähig machen wollen zu seinem und der Landwirthschaft Nutzen!

(Bravo!)

Vorsitzender Graf **von Mirbach**-Sorquitten: Meine Herren, das Wort ist vorläufig nicht weiter verlangt worden.

Ich möchte mich persönlich auch dahin äußern, daß ich dieser Frage eine sehr große Bedeutung beilege. Meine Herren, wir sind

erst in den Anfängen der Prüfung derselben und ich zweifle nicht, daß wir auf diesem Gebiete in erster Reihe im Interesse der Konsumtion, dann auch im Interesse der Produktion erfolgreich wirken können, ich bitte Sie, die Frage nicht aus dem Auge zu verlieren.

Wegen des stenographischen Berichts möchte ich noch einen Satz hineinbringen aus dem Bericht der Handelskammer von Leipzig für 1895. Er lautet:

> „Sowohl bei Weizen wie bei Roggen wird das angegebene Ausbeute-Verhältniß nur bei der Verarbeitung bester hiesiger Getreide-Sorten erzielt; bei geringeren, sowie namentlich bei den in der Regel mit Unreinigkeiten, wie fremden Sämereien, Steinen, Sand u. s. w. stark versetzten ausländischen Getreide-Sorten stellt sich die Ausbeute nicht so günstig."

Die Handelskammer giebt also implicite zu, daß das ausländische Getreide in der Regel stark verunreinigt sei. Ich meine, das ist ein wichtiges, werthvolles Zeugniß.

Meine Herren, das Wort wird nicht weiter verlangt. Ich schließe die Diskussion.

Wir kämen nun zur Abstimmung über die beiden Theile der Resolution, die ja getrennt behandelt werden können. Wünschen die Herren eine Trennung bei der Abstimmung? — Das ist nicht der Fall. Ich konstatire, daß wir über die gesammte Resolution abzustimmen haben. Die Resolution lautet:

> „In Erwägung, daß der Deutschen Landwirthschaft durch den Import verunreinigten Getreides und durch den Verkauf verunreinigter und gefälschter Futtermittel die empfindlichsten Verluste erwachsen, beantragt die XXII. Generalversammlung der Vereinigung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer am 16. Februar 1897 bei der hohen Staatsregierung:
>
> I. Eine scharfe Kontrole eintreten zu lassen des sämmtlichen importirten und nicht importirten, in den Börsenhandel kommenden Getreides, betreffs seiner Verunreinigungen durch gesundheitsschädliche oder minderwerthige Beimengungen und Unsauberkeiten und zwar diese Kontrole nicht allein der Groß-Industrie und dem Handel zu überlassen; den Import von Getreide aus Gegenden,

in welchen epidemische Erkrankungen der Menschen oder landwirthschaftlichen Nutzthiere herrschen, zu verbieten.

II. Baldthunlichst gesetzliche Bestimmungen dahin zu treffen, daß diejenigen Mühlen und Futtermittelhändler mit einer Strafe und einer Entschädigungspflicht bedroht werden, welche gesundheitsschädliche Futtermittel in den Handel bringen, von denen durch den betreffenden Kreisthierarzt [unter Bestätigung der Thierärztlichen Hochschule zu Berlin oder der entsprechenden thierärztlichen Institute zu Dresden, München u. s. w.] nachgewiesen wird, daß Thiere durch deren Genuß erkrankten oder verendeten."

Ich bitte, daß diejenigen Herren, welche die Resolution annehmen wollen, sich erheben.

(Geschieht.)

Meine Herren, ich konstatire eine Einstimmigkeit von einer zahlreich besuchten Versammlung.

(Bravo!)

Nun, meine Herren, möchte ich Ihnen noch eins unterbreiten. Wir haben für morgen ein gemeinsames Mittagsmahl um 6 Uhr in Aussicht genommen, ich kann in diesem Augenblick noch nicht sagen, wo. Ich habe nach dem Kaiserhof geschickt und angefragt, jedoch noch keine Antwort erhalten. Ich bitte die Herren, auf ein gemeinsames Mahl Rücksicht nehmen zu wollen, und möchte nun die Verhandlungen unterbrechen, um eine Frühstückspause eintreten zu lassen und zwar bis $^3/_4$1 Uhr.

(Pause.)

Stellvertretender Vorsitzender Kammerherr Dr. **von Frege-Weltzien**-Abtnaundorf: Meine Herren, wir treten in unsere Verhandlungen wieder ein. Es ist wohl schon vom Herrn Vorsitzenden mitgetheilt worden, daß wir in der Tagesordnung insofern eine Aenderung eintreten lassen wollen, als wir den ersten Gegenstand der Tagesordnung für morgen jetzt in Berathung nehmen. Diese Aenderung ist nothwendig, weil die Referenten für den Punkt 2 unserer heutigen Tagesordnung, die Herren Landes-Oekonomierath von Mendel-Steinfels, sowie Graf von Mirbach durch Unwohlsein resp. durch die Sitzung des Herrenhauses abgehalten sind. — Die Herren sind also einverstanden, wenn wir zu dem Punkt:

übergehen. Ich ertheile dem Referenten, Herrn Domänenrath Rettich das Wort.

Berichterstatter Reichstagsabgeordneter Domänenrath **Rettich**-Rostock: Meine hochverehrten Herren! Wenn ich einen Bericht erstatten soll über die Magarinegesetzgebung, insbesondere über die Frage, wie das jetzt geltende Gesetz vom Jahre 1887 zweckmäßig abzuändern und zu verbessern sei, so kann ich nicht sogleich mitten in die Dinge hinein gehen und zu dem bestehenden Gesetze, so wie den Verhandlungen, die im vorigen Sommer im Reichstage über den von den Regierungen vorgelegten Gesetzentwurf stattgefunden haben, mich wenden, sondern ich halte mich für verpflichtet, eine kleine Abschweifung zu machen und Ihnen in kurzen Zügen darzulegen und die Frage zu erörtern: Was ist Margarine, und woraus wird sie gemacht? Denn ich glaube, daß diese Erörterung für das Verständniß der ganzen Angelegenheit nothwendig ist.

Meine Herren, Napoleon III. wünschte für die Verproviantirung seiner Marine und für die arbeitende Bevölkerung ein billiges Speisefett, ein Ersatzmittel für Butter, und beauftragte s. Zt. den Chemiker Mège-Mouriès mit den bezüglichen Ermittelungen. Mège-Mouriès ist infolge dessen der Erfinder der sogenannten Margarine geworden, und wenn ich Ihnen im Folgenden den Prozeß der Herstellung der Margarine schildere, so beruht das wesentlich auf dieser Erfindung oder Entdeckung. Es wurde frischer Rindertalg genommen, zerkleinert und bei einer Temperatur von 45° C. längere Zeit gerührt, mit einer Salzlösung geklärt, die entstandenen flüssigen Bestandtheile abgelassen, und dieses gelöste Fett wurde mit dem französischen Namen „premier jus" bezeichnet. Dieses Fett, erstarrt, wurde später wieder auf eine Temperatur nicht von 45°, sondern von 27° C. erwärmt, und bei dieser Prozedur schieden die schwer löslichen Fette, also namentlich das Stearin und das Palmitin, theilweise wenigstens aus. Es bildete sich eine halbflüssige Masse; diese wurde in Tüchern der Auspressung durch hydraulische Pressen unterworfen, und man gewann einerseits die festen Bestandtheile, das Preßtalg, welches wesentlich aus Stearin und ähnlichen schwerflüssigen Fetten bestand, und andererseits das s. g. Oleo-Margarin, also die leichtflüssigen Theile des Talges.

Es wurden gewonnen aus dem premier jus 60 Prozent Oleo-Margarin und 40 Prozent Preßtalg, oder andererseits aus 100 Pfd. Talg 40 Pfd. Oleo-Margarin. Das Preßtalg wurde, in früheren Zeiten wenigstens, ausschließlich zur Seifen- und Kerzenfabrikation benutzt, jetzt leider zu einem sehr großen Theil zur Herstellung des s. g. Kunstspeisefettes, welches einen Ersatz für Schweineschmalz bildet.

Das Oleo-Margarin, welches Mège-Mouriès herstellte, wurde dann mit Milch verbuttert und es wurde ein der Butter an Geschmack und Ansehen ähnliches Produkt hergestellt. Nun, meine Herren, ist zu betonen, daß der butterähnliche Geschmack der Margarine nicht herkommt aus den geringen Theilen Butterfett, welche bei der Fabrikation in die Margarine übergehen, sondern von den Theilen angesäuerter Milch, die eben, wie in der Butter, auch in der Margarine enthalten sind; denn die nicht mit Milch, sondern mit Wasser hergestellte Margarine — die Versuche sind ja auch gemacht worden — schmeckt nicht butter-, sondern schmalzartig, und das in Süddeutschland gebräuchliche Butterschmalz, also zerlassene Butter, welches zur Bereitung der Speisen dient, hat ebenfalls keinen butterähnlichen Geschmack, weil bei dem Schmelzprozeß die Milchtheile ausgeschieden und nur die Fetttheile geblieben sind. Das Butterschmalz, welches in Süddeutschland sehr gebräuchlich ist, hat wesentlich einen schmalzartigen Geschmack, und es ist der bekannte Milchchemiker Soxhlet in München, der zum ersten Mal nachgewiesen hat, daß sowohl bei der Butter wie bei der Margarine dieser eigenthümliche Buttergeschmack herrührt von den Theilen gesäuerter Milch, die in beiden Produkten enthalten sind.

Meine Herren, wenn man nach der geschilderten Methode durch Herstellung von reinem Oleo-Margarin und Verbutterung derselben mit Milch — und zwar von Oleo-Margarin, welches aus gutem, frischem Talg hergestellt wurde — die Fabrikation von Margarine vornahm, so mußte man ja sagen, daß es ein durchaus vorwurfsfreies Produkt und ein gutes Ersatzmittel für Butter sei. Meine Herren, jetzt, bei der neueren Entwicklung der Margarinefabrikation, liegt die Sache ja leider anders. Das Reichs-Gesundheitsamt hat in seiner Denkschrift, mit welcher der im vorigen Jahre den Reichstag beschäftigende Gesetzentwurf begleitet war, ausgeführt, daß jetzt nach seiner Kenntniß nur ganz wenige süddeutsche Fabriken noch nach dem alten Mège-Mouriès'schen Ver-

fahren arbeiteten; neuerdings wird sowohl bei uns als auch in Amerika, wo die größte Menge Oleo-Margarin, also der Rohstoff für die Margarinefabrikation, hergestellt wird, der Rindertalg nicht wie früher bei 45, sondern bei 60° C. und weit darüber geschmolzen und ebenfalls bei einer höheren Temperatur als früher ausgepreßt. Die Folge ist, daß sehr viel mehr Stearin darin bleibt und die Ausbeute statt 40 Pfund Oleo-Margarin 60 Pfund beträgt; das so gewonnene Oleo-Margarin ist, weil es außerordentlich viel mehr Stearin, also ein schwer flüssiges und daher schwer verdauliches Fett enthält, viel schlechter geworden.

Es kommen dann noch weitere Mißstände bei der jetzigen Margarinefabrikation hinzu. Es werden ja die Fabrikationsmethoden von den Fabriken als Geheimniß behandelt, aber man weiß doch so viel, daß der Grundstoff zur Margarinefabrikation, das Oleo-Margarin, schlechter und stearinhaltiger geworden ist und noch andere Uebelstände bei der jetzigen Margarinefabrikation vorhanden sind. Es giebt z. B. Fabriken, die direkt das erste Schmelzprodukt aus dem Talg, das sogenannte premier jus, verwenden mit allem darin enthaltenen Stearin; sie verwenden ferner eine Art Schweineschmalz aus Amerika, das sogenannte „Neutral-Lard": das ist ein Schweinefett, welches bei niedriger Temperatur ähnlich wie das premier jus gewonnen wird. Meine Herren, wenn nichts anderes zur Herstellung von Margarine verwendet würde, so ginge das noch an, es ist ein verhältnißmäßig gutes Rohprodukt; aber, weil es ziemlich theuer ist, wird dieses Schweineschmalz, genannt „Neutral-Lard", nur bei den besten Margarinesorten verwandt. Nun, meine Herren, werden weiter verschiedene Stoffe bei der Fabrikation von Margarine verarbeitet, u. a. das sogenannte Baumwoll-Stearin, Cotton-Stearin, welches bei der Raffination, der Reinigung des Baumwollsamenöls gewonnen wird. Das ist ein Stoff, der ähnlich dem Stearin des Talges und außerordentlich schwer verdaulich ist. — Dann, meine Herren, hatte die Verwendung von stärker stearinhaltigen Rohstoffen zur Margarinefabrikation die Folge, daß die Streichfähigkeit des Produktes, der daraus fabrizirten Margarine, abnahm; die Fabrikanten sind daher einmal, um diese Streichfähigkeit wieder herzustellen, um die Margarine aufs Brod streichen zu können, andererseits aber aus der Rücksicht des größeren Geschäftsgewinnes dahin gekommen,

in großem Umfange Pflanzenöle zu verwenden, und zwar nicht, wie vielfach von ihnen gesagt wird, die allerfeinsten Pflanzenöle, sondern sehr geringwerthige. Zur Verwendung kommen namentlich Erdnußöl, Sesam- und Baumwollsamenöl. Von diesen drei Stoffen ist der erste der beste; das Sesamöl ist etwas geringer, und recht gering, also nicht als fein zu bezeichnen ist das Baumwollsamenöl; man glaubt sogar, daß dasselbe — festgestellt ist das allerdings noch nicht — direkt gesundheitsschädliche Einflüsse ausüben kann. Nun, meine Herren, ist bekannt, daß diese Verwendung von Pflanzenölen in immer größerem Umfange bei der Margarinefabrikation geübt wird; es soll sogar Fabriken geben, die nur aus Pflanzenölen, etwas Cotton-Stearin und angesäuerter Milch Margarine fabriziren, die natürlich von sehr geringer Qualität ist. Nun muß darauf aufmerksam gemacht werden, daß der größte Theil des Oleo-Margarins, also des Rohstoffes für die Margarinefabrikation, aus Amerika kommt; Amerika liefert $^{9}/_{10}$ der ganzen Quantität, die in der Margarinefabrikation in Deutschland verarbeitet wird. Was nun die Herstellung des Oleo-Margarins in Amerika betrifft, so ist mit ziemlicher Bestimmtheit anzunehmen, daß nicht immer frisches und einwandfreies Talg benutzt wird, sondern bei der bekannten Skrupellosigkeit der amerikanischen Geschäftsleute ist mit voller Bestimmtheit anzunehmen, daß das Fett kranker und krepirter Thiere ebenfalls dazu verwandt wird. Es wird dieses auch bestätigt durch eine Ausführung in der Denkschrift des Reichsgesundheitsamts zu dem Entwurf der im vorigen Jahre dem Reichstage gemachten Vorlage. Ich will in dieser Beziehung einen etwas längeren Satz aus der Denkschrift des Reichsgesundheitsamts hier vorbringen. Es heißt da:

> „Weit ungünstiger als die Pflanzenöle — die vorher erörtert worden sind — sind die thierischen Fette in Bezug auf mögliche Gesundheitsschädigungen gestellt. Von thierischen Fetten wird Oleo-Margarin, ein Bestandtheil des Rindertalges, in allen, das Neutral-Lard, eine besondere Sorte Schweineschmalz, in einem Theile der Margarinefabriken verwendet. Es ist bekannt, daß bei gewissen Krankheiten der Schlachtthiere das Fettgewebe Veränderungen erleidet, die das ausgelassene Fett für die Zwecke der menschlichen Ernährung untauglich machen.

Dazu gehören Milzbrand, Rauschbrand des Rindviehs, Rothlauf der Schweine, Schweineseuche, Pyämie, Vergiftungen jeder Art, insbesondere Vergiftungen des Schweines mit Ptomaïne enthaltenden Küchenabfällen, Wuth, starke Gelbsucht, schwere Geburt, Aufblähen und schwere Darmentzündung. Bei anderen inneren Krankheiten der Schlachtthiere entstehen derartige Schädlichkeiten in dem Fettgewebe zwar nicht sofort, dasselbe erleidet aber auch dann oft Veränderungen, in deren Folge das ausgelassene Fett vorzeitig verdirbt und dadurch gesundheitsschädlich werden kann. Hierher gehören die fieberhaften Infektionskrankheiten, innere Entzündung durch äußere Beschädigungen, bei denen nach dem Tode häufig in dem Fleische und dem Fettgewebe Fäulniß und andere von der Bildung von Leichengiften begleitete Zersetzungen eintreten. Durch das Auslassen der Fette bei so niedriger Temperatur, wie sie bei der Herstellung des „premier jus" und des Neutral-Lards üblich ist, wird die Giftigkeit dieser Stoffe nicht vermindert."

Es wird dann noch weiter ausgeführt, daß für das hier im Inlande gewonnene Oleo-Margarin insofern eine Garantie für Gesundheitsunschädlichkeit gegeben sei, als die Gewinnung dieses Oleo-Margarins bei uns in Verbindung mit den öffentlichen Schlachtviehhöfen, wo sämmtliche geschlachteten Thiere einer Kontrole unterworfen sind, stattfindet. Im Gegensatz dazu hebt das Reichsgesundheitsamt hervor, daß bei dem großen Quantum des vom Auslande kommenden Oleo-Margarins es an jeder Garantie in Bezug auf die Gesundheitszuträglichkeit fehle.

Meine Herren, ich komme also zu dem Schluß, daß die jetzige Margarine, wie sie fast von unserer gesammten Margarinefabrikation hergestellt wird, nicht — wie in einer Protestversammlung gegen den Gesetzentwurf gesagt wurde — ein „Volksnahrungsmittel allerersten Ranges" ist, sondern nach meiner festen Ueberzeugung ein sehr minderwerthiges

(sehr richtig!),

und, meine Herren, wenn man die Preise beachtet, zu denen die Margarinefabriken en gros Margarine ausbieten, so geht schon daraus hervor, daß unmöglich dieses Fabrikat aus gesundem und gutem

Material hergestellt sein kann. Der Centner geringster Margarine, wie sie z. B. von den Bäckern vielfach verwandt wird und auch sonst in den Konsum kommt, wird zum Engrospreise von 28—30 Mark angeboten. Meine Herren, bei dem Preise des besten Oleo-Margarins und der wirklich guten Pflanzenfette ist es unmöglich, daß diese zu dem Preise angebotene Margarine aus diesen guten Stoffen herstammt, sondern es muß als thatsächlich erwiesen angesehen werden, daß diese Margarine aus den allerschlechtesten und miserabelsten Stoffen besteht: schlechte Fette, viel Stearin, schlechtes Oel, Reste von unverkaufter Margarine, die von den Agenten zurückgeschickt sind, u. s. w. — die werden verarbeitet zu dieser Sorte von Margarine. Nur die allerbesten Sorten Margarine, die unsere Margarinefabrikation herstellt, sind einigermaßen unbedenklich. — Das, meine Herren, ist die von vielen Seiten so gerühmte und überall mit einer ganz gewaltigen Reklame angepriesene und vertheidigte heutige Margarine! Meine Herren, wie auf Grund dieser Thatsache die Denkschrift des Reichsgesundheitsamts und die Begründung, welche dem Gesetzentwurf im vorigen Jahre beilag, die ganze Margarinefabrikation als eine eigentlich sehr nützliche und unbedenkliche hat darstellen können, entgegen den Ausführungen, die sie selbst zu machen gezwungen war, das ist mir einigermaßen unverständlich.

(Sehr richtig!)

Nun, meine Herren, einige kurze Ausführungen über die hygienische Seite der Margarine. Da will ich nur Weniges anführen. Ein bekannter Chemiker, Jollis, der viel über diese Margarinefrage geschrieben hat und eigentlich als ein Vertheidiger der Margarinefabrikation und Befürworter derselben gilt, hat es ausgesprochen, daß die Gegenwart selbst geringer Quantitäten fester Fette die Margarine schwer verdaulich mache im Vergleich zum Butterfett, und der bekannte Arzt Professor Kußmaul hat wiederholt hervorgehoben, daß nach seiner Ueberzeugung die in den letzten Dezennien sehr vermehrte Menge von Magenkrankheiten zu einem wesentlichen Theil auf den ausgebreiteten Genuß schlechter Margarine zurückzuführen seien. Auch die Denkschrift des Reichsgesundheitsamts, die ich schon mehrfach erwähnte, führt an, daß von dem Stearin, welches also bekanntlich in großen Mengen in der Margarine enthalten ist, nur ungefähr 10—15 Prozent verdaulich sind. Sie führt weiter

aus, daß vergleichende Versuche in Bezug auf die Verdaulichkeit zwischen der Margarine und der Butter angestellt sind, und da ist gefunden worden — es ist bei diesen Versuchen natürlich wohl nur eine gute Qualität Margarine benutzt worden —, daß die Verdaulichkeit der Margarine nur um 2—4 Prozent geringer ist als die der Naturbutter, es wird aber hinzugefügt — und das muß sehr beachtet werden —, daß diese Versuche nur bei gesunden Menschen gemacht sind, und die Denkschrift fügt hinzu, wie das Verhalten der Margarine in dem Organismus eines — besonders magenkranken Menschen sei, darüber fehlten bisher alle Erfahrungen. Nun, meine Herren, ich glaube, die Frage kann sich Jeder selbst beantworten, daß in dieser Beziehung ein großer Unterschied vorhanden ist. Und weiter — ich habe das bei der ersten Lesung der Margarinevorlage im Reichstage hervorgehoben — ist es nicht ganz gleichgültig, wie stark der Magen bei der Arbeit der Verdauung angegriffen wird. Wie es schwer verdauliche und leicht verdauliche Speisen giebt — einige werden in 2—3 Stunden verdaut und andere vielleicht erst in 20 —, so wird derselbe Unterschied nach meiner festen Ueberzeugung zwischen Margarine und Butter obwalten, so daß also zur Verdauung der Margarine viel mehr Zeit gehört für den Magen, und daß der Magen dadurch mehr angegriffen wird. Wenn das beim gesunden Menschen der Fall ist, umsomehr wird es beim kranken zutreffen. Also die Behauptung, daß die Margarine an Bekömmlichkeit und Verdaulichkeit der Naturbutter sehr nahe stehe, halte ich für eine sehr gewagte.

Nun, meine Herren, ein paar Worte über die volkswirthschaftliche Seite der Frage. Daß die Landwirthschaft durch den unlauteren Wettbewerb, den die Margarine der Butter macht, geschädigt wird, darüber brauche ich wohl kaum ein Wort zu verlieren. Ich will nur anführen, daß — die Daten, die ich hier mittheile, sind vielleicht 1½ Jahre alt, es mag sich inzwischen noch etwas verschoben und geändert haben — 73 mehr oder minder große Margarinefabriken in Deutschland existiren. Diese 73 Fabriken produzirten 1 800 000 Centner Margarinefabrikate zu einem angeblichen Werthe von 117 Millionen Mark. Meine Herren, wenn an Speisefetten, Butter oder butterähnlichen Fabrikaten jährlich ein Mehr von 1 800 000 Centnern auf den deutschen

Markt kommt, so soll mir keiner weismachen, daß das nicht einen drückenden Einfluß auf die Preise hat!

(Sehr richtig!)

Professor Soxhlet in München hat allerdings durch eine sehr künstliche Rechnung zu beweisen gesucht, daß die Margarine nur den Preis der geringen Buttersorten beeinflußt hätte, nicht die Preise der guten —, meine Herren, eine Rechnung, die so künstlich und so verschroben ist, daß sie auf Richtigkeit keinen Anspruch machen kann. Ja, wenn die Margarine nur als solche verkauft würde, dann könnte die Rechnung einen Schein von Richtigkeit haben, ein gut Theil derselben wird aber als Butter, oder mit Butter vermischt verkauft. Ich stelle die Thatsache fest: 1 800 000 Centner Speisefette kommen jährlich mehr auf den Markt; das muß natürlich einen Preisdruck ausüben, das ist gar nicht anders möglich.

Nun, meine Herren, die Konsumenten erhalten in der Margarine oder in der Butter, die mit Margarine vermischt ist, ein schlechtes Produkt zu einem viel zu hohen Preise. Der Preis der Margarine im Kleinverkehr beträgt ungefähr 40—80 Pfennig. In früheren Zeiten, wo die Margarinefabrikation noch nicht in dieser Weise ausgeartet war wie heute und wo noch nicht so viel mit derselben betrogen wurde, betrugen die Preise ungefähr 35—60 Pfennig, und das Produkt war besser. Nun, meine Herren, weiter! Ich sagte, die Konsumenten erhalten ein schlechtes Produkt zu einem hohen Preise. Es liegt aber auch auf der Hand, wenn eine starke Nachfrage nach Margarine zu diesen Fälschungs- und Mischungszwecken vorhanden ist, daß der Preis der Margarine infolge dessen in die Höhe getrieben wird, und diejenigen, die jetzt mit Bewußtsein reine Margarine kaufen und bezahlen, bezahlen infolge dieser Nachfrage, die zu Mischungs- und Täuschungszwecken gemacht wird, einen zu hohen Preis. Wird durch ein wirksames Gesetz der Betrug verhindert, dann muß nach meiner festen Ueberzeugung der Preis der Margarine fallen, und, meine Herren, ich wiederhole das, was ich in meiner Reichstagsrede im Juli vorigen Jahres hervorgehoben habe: je wirksamer, je schärfer wir das Gesetz gestalten, desto mehr sorgen wir für die Interessen der arbeitenden Bevölkerung, für den kleinen Mann.

(Sehr richtig!)

Denn ich glaube, meine Herren, und das habe ich damals auch

ausgeführt, bei der ganzen Sachlage kann es nicht zweifelhaft sein, daß gerade aus den Taschen der ärmsten Leute die Margarinefabrikanten Millionen verdient haben.

(Sehr richtig!)

Denn, meine Herren, sehen Sie einmal, was die Margarinefabrikanten verdienen. Eine bekannte Margarinefabrik ist in eine Aktiengesellschaft umgewandelt worden, und hat gleich im ersten Jahre 44 Prozent Dividende bezahlt.

(Hört! Hört!)

Meine Herren, das haben zum größten Theil die kleinen Leute bezahlt, und ich habe Recht, zu sagen, daß gerade aus den Taschen der ärmeren Bevölkerung diese Millionen gezogen werden.

Meine Herren, der Schwindel, der mit der Margarine allgemein getrieben wird, ist von allen zivilisirten Völkern erkannt, und alle haben mehr oder weniger scharfe Gesetze dagegen erlassen. Andererseits haben die Fabrikanten es verstanden, eine Reklame im umgekehrten Sinne für ihre Fabrikate zu machen; sie haben im Publikum verbreitet, daß es sich wirklich um ein hochwerthiges Nahrungsmittel, um ein vorzügliches Ersatzmittel für Butter handle; sie haben, ich glaube es hier offen aussprechen zu dürfen, die öffentliche Meinung gefälscht; sie haben einen Sturm der Entrüstung gegen dieses Gesetz in Versammlungen von Interessenten, Handelskammern u. s. w. hervorgerufen, nicht im Interesse des Volkes, sondern nur in ihrem eigenen Interesse. Meine Herren, ich habe — im Juli v. J. — meine Rede im Reichstage mit folgenden Worten begonnen: „Es wird immer gesagt, wir leben im Zeitalter des Verkehrs, ich glaube, mit sehr viel größerem Recht kann man sagen, wir leben im Zeitalter des Schwindels und der Reklame,

(sehr richtig!),

des unlauteren Wettbewerbes,

(sehr richtig!),

und vor allem im Zeitalter der Surrogate", und ich führte weiter aus, daß es kaum einen Artikel gäbe, hauptsächlich auf dem Gebiete der Nahrungsmittel, für den nicht ein schwindelhaftes Surrogat existire. Ich erinnere ferner, was die Reklame der Fabrikanten für ihr minderwerthiges Fabrikat betrifft, an die Maßnahmen des bekannten Margarinefabrikanten Mohr in Altona: an die Extra-

züge, die er von hier, von Berlin aus für seine Abnehmer, Gastwirthe, Händler u. s. w. veranstaltet hat, und an die glänzende Bewirthung, die er ihnen zu Theil werden ließ; ich erinnere Sie weiter an die weitausgedehnte Reklame, die für die Margarine überall gemacht ist, und so werden Sie mir Recht geben, wenn ich eben sagte, die Fabrikanten hätten eine Fälschung der öffentlichen Meinung in Betreff der Beurtheilung der Margarine herbeizuführen verstanden.

Meine Herren, das Gesetz von 1887 hätte nützen können, wenn es besser ausgeführt worden wäre. Das Gesetz bildet eine Ergänzung des bekannten Nahrungsmittelgesetzes, und in § 17 dieses Nahrungsmittelgesetzes ist die Rede von öffentlichen, staatlichen Anstalten zur Untersuchung von Lebensmitteln. Meine Herren, ich habe bei verschiedenen Gelegenheiten, auch neulich wieder im Reichstage darauf aufmerksam gemacht, daß diese Voraussetzung des § 17 des Nahrungsmittelgesetzes, die Einrichtung öffentlicher staatlicher Untersuchungsanstalten, durchaus nicht zur Ausführung gekommen ist. Es sind einzig und allein die Stadt Hamburg mit ihrem Gebiet, und das Königreich Bayern, welche eine einigermaßen organisirte staatliche Kontrole eingeführt haben. Soll das jetzt bestehende oder das hoffentlich bald zu verbessernde Gesetz, soll das Nahrungsmittelgesetz überhaupt einen Nutzen für unsere Bevölkerung bringen, so muß eine systematische Organisation der Kontrole des Nahrungsmittelverkehrs eingeführt werden.

Nun, meine Herren, will ich auf den Entwurf eingehen, welcher im vorigen Jahre dem Reichstage vorlag: „der Entwurf eines Gesetzes betreffend den Verkehr mit Butter, Schmalz, Käse und deren Ersatzmitteln", wie es heißt, und da muß ich sagen, daß derselbe Entwurf im Großen und Ganzen wesentliche Verbesserungen gegen das betreffende Gesetz enthält. Ich will nicht die sämmtlichen Paragraphen mit Ihnen durchgehen, das würde Sie langweilen, ich will nur auf ein paar Hauptpunkte aufmerksam machen. Ich bezeichne es zunächst als einen großen Fortschritt, daß Schmalz, Käse und ihre Ersatzmittel herangezogen sind, ebenso die Kunstspeisefette. Ein weiterer Fortschritt ist, daß die Fabrikanten die Anzeigepflicht haben, daß sie anzeigen müssen, wenn sie die Fabrikation von Magarine beginnen wollen; derselben Anzeigepflicht

unterliegen auch diejenigen Kaufleute, welche Margarine und Kunstspeisefette verkaufen wollen; sie müssen auch die Verkaufsräume, in denen der Verkauf stattfinden soll, anzeigen. — § 4 des Entwurfs enthält die Befugniß der Polizei zu Revisionen der Fabriken und der Margarinehandlungen. — § 5 enthält eine wichtige Bestimmung, daß die Fabrikanten verpflichtet sind, der Polizei oder ihren Beauftragten Auskunft über das Fabrikationsverfahren und über die im Betriebe verwendeten Rohstoffe zu geben. — § 6 enthält eine Bestimmung, betreffend die Trennung der Fabrikations-, Aufbewahrungs- und Verkaufsräume für Butter, Käse, Margarine und Kunstspeisefette. — § 8 enthält die Einführung der Deklarationspflicht bei Angeboten und Schlußscheinen, und § 9 giebt eine wichtige Bestimmung betreffend den zulässigen Wasser- und Salzgehalt der Butter. Ich muß in dieser Beziehung bemerken, daß leider in Hamburg ein ausgedehnter Geschäfts- und Fabrikationsbetrieb sich herausgebildet hatte, der aus geringwerthiger und verdorbener Butter unter Zusatz von etwas Oel — es soll auch etwas Zuckersyrup dazu genommen werden —, durch wiederholtes Auskneten, Salzzusatz u. s. w. — eine Exportbutter herstellte, und zwar enthielt diese Exportbutter, wie die angestellten Untersuchungen ergeben haben, meist einen zu hohen Wasser- und Salzgehalt. Es ist streitig, wie hoch der normale Wassergehalt in einer guten Butter sein darf. Man sagt, daß 15 bis 18 Prozent und vielleicht etwas darüber zulässig seien — ich glaube, die Autoritäten auf diesem Gebiet haben Recht, wenn sie den Wassergehalt auf höchstens 16 bis 18 Prozent festsetzen. Diese sogenannte Hamburger Faktoreibutter, die durch ihre schlechte Qualität die deutsche Butter auf dem Londoner Markt verdrängt und in Mißkredit gebracht hat — es muß dies besonders betont werden —, hat häufig einen Wassergehalt von 30 bis 32; ja 40 Prozent und darüber, sind vorgekommen. Gegen diese betrügerische Manipulation einzuschreiten, dazu ist die von mir erwähnte Bestimmung des § 9 bestimmt. Es ist jedenfalls ein Vorzug gegen das alte Gesetz, daß eine derartige Bestimmung aufgenommen ist; nach derselben soll es dem Bundesrath überlassen bleiben, die zulässige Grenze festzusetzen, wie viel Wasser und Salz darin sein darf.

Dann, meine Herren, ist als ein großer Vorzug des neuen Gesetzes zu verzeichnen die wesentliche Verschärfung der Straf-

bestimmungen; denn bisher haben die Thatsachen das klar erwiesen — das hat auch der Butterkrieg hier in Berlin gezeigt —, daß die Händler, wenn sie wirklich einmal auf Grund des Gesetzes bestraft werden konnten, die Strafe gerne bezahlten; sie hatten sie ja zehn- und zwanzigfach vorher verdient. Nur die allerschärfsten Strafen — das beweist auch das Beispiel anderer Länder, die schärfere Gesetze haben als wir — sind im Stande, diesen verruchten Schwindel aus der Welt zu schaffen; die Betreffenden müssen Angst haben vor dem Gesetz, daß sie hineinfallen, daß sie sogar wirklich zu hohen Gefängnißstrafen verurtheilt werden können. Es sind wesentlich schärfere Strafen im Entwurf festgesetzt; ich will aber, wie gesagt, auf die Einzelheiten nicht weiter eingehen.

Nun, meine Herren, lassen Sie mich Ihnen kurz ausführen, welche Anträge und Beschlüsse in der Kommission des Reichstages zu diesem Entwurf gemacht worden sind. Es wurde zunächst beantragt, daß der Margarinekäse ganz verboten werden solle, weil man ausführte, daß ein Bedürfniß zur Herstellung dieses eigentlich nur zum Zwecke des schwindelhaften Betruges angefertigten Produktes nicht vorliege. Es wurde gesagt, daß die verbesserte Molkereitechnik mit Hülfe der Centrifugen in der Lage wäre, einen Käse herzustellen, der entschieden allen Bedürfnissen des Konsums entspräche und gesünder und schmackhafter sei, als dieser künstlich hergestellte Margarinekäse, zu dem bekannter Weise recht schlechte Sorten Oleo-Margarin verwendet würden — das kommt noch hinzu. Diese Ausführungen bestimmten die Kommission, in der ersten Lesung — es waren zwei Lesungen — das Verbot des Margarinekäses anzunehmen. Infolge der sehr scharfen Beanstandung seitens der Vertreter der verbündeten Regierungen ließ die Kommission in zweiter Lesung das Verbot des Magarinekäses wieder fallen.

Dann ist beantragt worden, es solle zur Fabrikation der Margarine nur Magermilch mit einem vom Bundesrath festzustellenden Höchstgehalt an Fett genommen werden dürfen. Die Kommission nahm den Antrag an, aber der Reichstag lehnte denselben in zweiter Lesung ab. Meine Herren, ich muß offen gestehen, ich habe schon in der Kommission gegen diesen Antrag gesprochen und gestimmt; ich finde, die Landwirthschaft hat kein ersichtliches Interesse daran, ob zur Fabrikation der Margarine Vollmilch oder

Magermilch genommen werde, im Gegentheil, in manchen Gegenden, wo große Margarinefabriken existiren, bekommen die Landwirthe für ihre Vollmilch, die die Fabrikanten kaufen, einen ganz angemessenen guten Preis. Ich glaube, ein Interesse der Landwirthschaft lag nicht vor, und nach den Ausführungen von Soxhlet geht nur ein kleiner Theil des Butterfettes aus der Vollmilch in die Margarine über. Es sollen ja allerdings die allerfeinsten Qualitäten der Margarine von Geschmack etwas besser werden, wenn Vollmilch dazu verwendet wird; das ist der Grund, weshalb manche Margarinefabrikanten zu besseren Sorten Vollmilch verwenden. Aber, meine Herren, ein wesentliches Interesse lag weder in Bezug auf die Verhütung von Schwindel vor, noch war es im Interesse der Absatzverhältnisse der Landwirthschaft, ein Verbot der Benutzung von Vollmilch eintreten zu lassen. Dann, meine Herren, war weiter in der Kommission vorgeschlagen worden, der Margarine ein chemisches Mittel zuzusetzen, durch welches, wenn man eine alkalische Substanz hinzufügte, eine rothe Farbe hervortrat, um die Margarine kenntlich zu machen; mit einem Worte die sogenannte latente Färbung. Dazu war von Professor Soxhlet das sogenannte Phenolphtaleïn vorgeschlagen, und wir beschlossen in der Kommission, daß sowohl der Margarine wie dem Margarinekäse ein gewisses Quantum von diesem Stoffe zugesetzt werden sollte. Nun führten die Vertreter der verbündeten Regierungen, namentlich die Vertreter des Reichsgesundheitsamtes aus, daß das Mittel doch wohl nicht ganz sicher sei, weil es nach angestellten Versuchen unter Benutzung von etwas Sodalauge und Knetmaschinen sich leicht wieder entfernen lasse, und es wiesen ferner die Vertreter der verbündeten Regierungen darauf hin, daß, um den Zusatz des Phenolphtaleïn zu der Margarine bei der Fabrikation zu kontroliren, doch eine sehr große Ueberwachung, die ihre Schwierigkeiten haben würde, nothwendig sein würde. Die Kommission ließ sich durch diese Ausführungen nicht bestimmen und brachte den Antrag der Beimischung des Phenolphtaleïn an den Reichstag; der Reichstag glaubte aber bei den vorliegenden Verhältnissen auf die Ausführungen der Vertreter der verbündeten Regierungen ein größeres Gewicht legen zu sollen und lehnte die latente Färbung ab.

Dann kommt weiter ein wichtiger Punkt, das ist das Färbeverbot für Margarine. Wir sagten in der Kommission: es muß

verboten werden, die Margarine zu Täuschungszwecken mit einer Farbe zu versehen, die ihr das Aussehen von Butter giebt. Wir legten in der Kommission großen Werth auf diese Bestimmung; die Regierung widersprach diesem Vorschlage und führte aus, daß diese Kontrole eine sehr schwierige sein würde, weil das aus dem Auslande eingeführte Oleo-Margarin an sich oft eine gelbliche Färbung hätte, und ein Theil der verwandten Pflanzenfette auch gelblich seien; es würde sehr bald dahin führen, daß die Fabrikanten sich etwas dunkler gefärbtes Oleo-Margarin, namentlich dunkler gefärbte Oele aus Amerika bestellen würden, um so das Färbeverbot illusorisch zu machen; denn es würde sich damit sehr leicht eine gelbliche Färbung erzielen lassen. Nichtsdestoweniger glaubte der Reichstag in seiner zweiten und auch dritten Lesung — ich komme nachher darauf zurück — das Färbeverbot aufrecht erhalten zu sollen.

Es ist ferner in der Kommission der Vorschlag gemacht worden, ebenso wie in einigen nordamerikanischen Staaten und Portugal, eine Steuer von 1 Mark pro 100 Kilogramm auf die Margarine zu legen. Es kamen aber sehr entschiedene Einwendungen der verbündeten Regierungen, und die Kommission ließ den Vorschlag infolge dessen fallen.

Nun will ich nur noch bemerken, daß in den Paragraphen, wo es sich um die Kontrole der Margarinehandlungen und Fabriken handelt, von der Kommission noch der Satz eingefügt ist, daß auch die Herstellungsorte für Butter und die Butterhandlungen unter die ständige Kontrole der Polizei gestellt werden sollten, oder vielmehr daß der Polizei die Befugniß gegeben werde, auch die Herstellungsstätten von Butter, also die Molkereien, zu kontroliren, wenn irgendwie Verdacht vorliegt, vor allem aber die Butterhandlungen; denn darauf glaubten wir in der Kommission entschiedenes Gewicht legen zu müssen. Es erschien wunderbar, daß die Verfasser des Entwurfs nicht auf den Gedanken gekommen waren, daß eine Kontrole der Butterhandlungen nothwendig sei; denn die Fälschungen kommen doch gerade hier vor. Es war also die Unterstellung der Butterhandlungen unter Polizeiaufsicht dringend geboten. Die verbündeten Regierungen haben sich dann auch mit diesem Vorschlage einverstanden erklärt.

Dann, meine Herren, wurde in der Kommission der viel besprochene Vorschlag gemacht, daß den Gastwirthen, Bäckern und

Konditoren eine Deklarationspflicht auferlegt werden solle, wenn sie Margarine verbrauchen. Es wurde von den Vertretern der verbündeten Regierungen ausgeführt, daß die Kontrole über Einhaltung einer derartigen Vorschrift schwierig sein würde. Die chemischen Sachverständigen haben dargelegt, daß es bei fertigen Speisen und ebenso bei fertigen Backwaaren absolut unmöglich sei, nachzuweisen, was für Fette darin enthalten seien. Denn wenn die Fette — und das trifft auf alle Fette zu — über einen gewissen Grad erhitzt sind — ich glaube, es sind 60° C. —, dann verschwinden ihre besonderen chemischen Eigenschaften, so daß nicht mehr nachzuweisen ist, welches Fett vorliegt. Bei allen so zubereiteten Speisen, z. B. Fleischspeisen, verbindet sich das Fett, das Talg, welches am Fleische noch vorhanden ist, mit der verwendeten Butter zu einem Gemisch, welches nach angestellten Untersuchungen absolut nicht von Margarine zu unterscheiden ist. Man sagte sich nun, daß unter diesen Umständen eine derartige Vorschrift, selbst wenn Strafen darauf gesetzt würden, eigentlich nicht zu kontroliren sei, und daß eine Bestrafung nur dann stattfinden könne, wenn Denunziationen und Zeugenaussagen von Angestellten und Bediensteten in diesen Geschäften vorlägen. Das, meine Herren, hat doch etwas Bedenkliches, nur auf Grund einer möglichen Denunziation Strafbestimmungen in ein Gesetz einzufügen. Ich glaube, die Kommission hat mit Recht diesen Vorschlag fallen lassen.

Dann kommt schließlich vielleicht der wichtigste Punkt der ganzen Verhandlung in der Kommission: das war die Trennung der Verkaufsräume. Ich habe erst schon gesagt, die Trennung der Herstellungs-, Verpackungs- und Aufbewahrungsräume im Großverkehr sei in dem Entwurf enthalten. Wir sagten uns aber, daß, wenn eine wirksame Verhinderung des Betruges mit Mischbutter und Margarine stattfinden solle, dann auch die Trennung der Verkaufsstellen im Kleinverkehr nothwendig sei, und in anderen Ländern ist man von denselben Gesichtspunkten ausgegangen. Belgien z. B. hat diese Vorschrift in seinem Gesetz; Frankreich ist sogar weiter gegangen und hat diese Bestimmungen nicht auf die Verkaufsräume bezogen, sondern hat sie personell gemacht: es darf derselbe Händler, welcher überhaupt Margarine verkauft, keine Butter verkaufen, und umgekehrt, selbst nicht in getrennten Verkaufsräumen. Man ging in Frankreich von dem Gesichtspunkte aus, daß eine

wirksame Verhinderung der Fälschung und eine Kontrole der Fälschung nur möglich sei, wenn die absolute Trennung vorgenommen würde. Meine Herren, soweit sind wir nicht gegangen, wir haben uns auf die Trennung der Verkaufsräume im Kleinverkehr beschränkt. Diese Bestimmung ist in der Kommission angenommen, auch in der zweiten Lesung im Plenum.

Unwichtige Veränderungen, die wir in der Kommission vorgeschlagen haben, und die theilweise in der zweiten Lesung des Plenums auch angenommen sind, übergehe ich hier; ich will das nur noch hervorheben, daß die Beschlüsse der zweiten Lesung des Reichstages in dritter Lesung lediglich bestätigt worden sind, und, meine Herren, bei diesen Verhandlungen dieser dritten Lesung erklärten die Vertreter der verbündeten Regierungen zwei Punkte für unannehmbar: das war das Färbeverbot und die Trennung der Verkaufsstellen. Meine Herren, ich glaube, ich habe in meiner einleitenden Rede in der dritten Lesung Recht gehabt, wenn ich hervorhob und die verbündeten Regierungen darauf aufmerksam machte, daß durch die landwirthschaftlichen Kreise ein Sturm der Entrüstung gehen würde, wenn sie wegen dieser beiden Forderungen das Gesetz scheitern ließen.

(Sehr richtig!)

Und, meine Herren, ich glaube, der Beweis ist geliefert, daß es der Fall gewesen. Aus allen landwirthschaftlichen Kreisen ist an uns Vertreter im Reichstage bei verschiedenen Gelegenheiten immer die Frage herangetreten: was macht ihr mit der Margarine, wollt ihr die Sache nicht wieder aufnehmen? Meine Herren, wir sind von allen Seiten darüber angegangen, die Sache nicht ruhen zu lassen, sie wieder in Fluß zu bringen, und infolge dessen haben meine Freunde im Reichstage, zusammen mit den Mitgliedern der Reichspartei, einem großen Theil des Centrums, der Deutschen Reformpartei und einigen keiner Fraktion angehörenden Männern des Hauses darüber berathen, wie weit wir, um den im übrigen wirklich guten Gesetzentwurf — das muß ich wiederholt anerkennen — zu einer Annahme zu bringen — wie weit wir den verbündeten Regierungen entgegenkommen könnten. Wir anerkannten also die Vorzüge des Entwurfs und wünschten ebenso wie die Landwirthe, die sich mit dringenden Bitten an uns wandten, die Sache wieder aufzunehmen und das Gesetz zu Stande zu bringen. Und wir haben

uns gesagt, wenn wir die Trennung der Verkaufsstellen im Kleinverkehr auf die Ortschaften über 5000 Einwohner beschränkten, dann läge darin ein gewisses Entgegenkommen den Regierungen gegenüber; wir meinen auch, daß die Verfälschungen hauptsächlich in größeren Orten vorkommen, in kleineren viel weniger, und daß man diese Bestimmungen für Ortschaften unter 5000 Einwohner wohl entbehren könne.

Dann, meine Herren, haben wir allerdings auf die Aufrechterhaltung des Färbeverbotes Gewicht gelegt. Wir haben also den Gesetzentwurf unverändert eingebracht, so wie wir ihn im vorigen Sommer beschlossen hatten, bloß mit der Aenderung, daß die Trennung der Verkaufsstellen nur auf Ortschaften über 5000 Einwohner sich beziehen solle, und wir haben noch einen kleinen Zusatz gemacht, daß die Margarinegefäße im Verkehr mit einem kenntlichen rothen Bande versehen sein sollen — das ist aber eine nebensächliche Bestimmung. Wie gesagt, das Färbeverbot haben wir aufrecht erhalten, und wir haben bei unseren Besprechungen noch hervorgehoben, wir würden uns nur dann entschließen können, auf das Färbeverbot zu verzichten, wenn die verbündeten Regierungen geneigt sein würden und in der Lage wären, die Vorschrift einer latenten Färbung mit irgend einem Mittel in das Gesetz aufzunehmen. Nun, meine Herren, wie ein Vertreter des Reichsgesundheitsamtes am vorigen Sonnabend in der Sitzung des deutschen Landwirthschaftsrathes bestätigt hat, hat man jetzt ein Mittel gefunden, welches die Herren für brauchbar halten. Es ist ein ähnliches, chemisches Mittel wie das Phenolphtaleïn: ich bin nicht in der Lage, Ihnen den Namen, der recht lang und schwer auszusprechen ist, hier mitzutheilen. Das Reichsgesundheitsamt hat aber festgestellt, daß dieses Mittel sich nicht ebenso wie das Phenolphtaleïn durch Auswaschen entfernen lasse, daß es im übrigen indifferent für den menschlichen Körper sei, die Margarine in ihrer Zusammensetzung nicht verändere und sich deshalb sehr wohl zur latenten Färbung eigne. Aus den Ausführungen des Vertreters des Reichsgesundheitsamtes geht hervor, daß bei den verbündeten Regierungen wohl Neigung vorhanden ist, diese latente Färbung zur Gesetzesvorschrift zu erheben und sich damit einverstanden zu erklären. Und dann, meine Herren, haben wir glaube ich Ursache, das Färbeverbot fallen zu lassen, denn diese

latente Färbung ist ein viel sichereres Erkennungsmittel, ob Margarine vorliegt oder nicht, als die chemische Untersuchung. Ich meine, in der latenten Färbung haben wir ein ganz sicheres Erkennungsmittel, und wir brauchen ein äußeres Erkennungsmittel nicht mehr. Ich glaube, wir würden im allgemeinen Interesse handeln, wenn wir dann auf das Färbeverbot verzichteten.

Meine Herren, ich habe weiter — nach verschiedentlichen gelegentlichen Aeußerungen — alle Ursache, anzunehmen, daß die verbündeten Regierungen geneigt sein werden, auf die Bestimmung der Trennung der Verkaufsstellen mit der Beschränkung auf Ortschaften über 5000 Einwohner einzugehen, und wenn diese beiden Punkte, die latente Färbung und die Trennung der Verkaufsräume in Städten über 5000 Einwohner, das Einverständniß der verbündeten Regierungen und des Reichstages fänden, so wären alle Hindernisse beseitigt, und eine Einigung möglich. Ist das der Fall, meine Herren, so habe ich für mich die Ueberzeugung, daß wir alle Veranlassung haben, auf weitergehende Forderungen z. B. die Deklarationspflicht der Wirthe, Schlächter, Konditoren u. s. w. zu verzichten. Ich glaube, wenn ein Gesetz, so wie ich es Ihnen eben geschildert habe, zu Stande kommt, wird es bei richtiger Ausführung im Stande sein alles das zu erreichen, was wir wollen, nämlich **Schutz des konsumirenden Publikums gegen Betrug und Uebervortheilung und Schutz der Landwirthschaft gegen unlauteren Wettbewerb.** Ich stelle mich also auf den Standpunkt — und bitte Sie, meine Herren, dasselbe zu thun —, daß wir mit Hintansetzung aller weiteren Wünsche diesen von mir geschilderten Weg der Einigung betreten. Auch der Deutsche Landwirthschaftsrath hat am vorigen Sonnabend nach einem von mir erstatteten kurzen Bericht dasselbe gethan. Ich bitte also zu beschließen:

„Die XXII. Generalversammlung der Vereinigung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer erklärt:

Die „Vereinigung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer" erkennt in den am 16. Dezember 1896 im Reichstag eingebrachten gleichlautenden Gesetzentwürfen von Kardorff und Genossen und Graf von Hompesch und Genossen eine befriedigende Lösung der Margarinefrage und erwartet, daß auf Grundlage derselben eine Ver-

ständigung mit den verbündeten Regierungen sich in Kürze wird erreichen lassen."

Meine Herren, ich bitte um Annahme dieser Resolution.

(Lebhaftes Bravo.)

Stellvertretender Vorsitzender Dr. **von Frege-Weltzien**-Abtnaundorf: Ehe ich die Diskussion eröffne, handle ich ganz gewiß in Ihrer aller Einverständniß, wenn ich dem verehrten Referenten, Herrn Domänenrath Rettich, den aufrichtigen Dank dafür ausspreche, daß er von neuem wieder bewiesen hat, wie er sich zu einer Autorität in der Margarinefrage ausgebildet hat; ich halte mich dazu umsomehr für verpflichtet, als unsere politischen und wirthschaftlichen Gegner bei keiner Gelegenheit versäumen, auch solche durchaus wissenschaftlich begründete und sachgemäße Ausführungen zu bestreiten. Ich glaube, die Vereinigung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer hat daher ein doppeltes Interesse, dem Herrn Referenten ihren aufrichtigen Dank auszusprechen. Ich bitte Sie, das durch Erheben von den Sitzen kund zu thun.

(Geschieht.)

Ich eröffne nunmehr die Diskussion und bitte die Herren, welche sich zu der Resolution, die Ihnen wohl allen gedruckt vorliegt, aussprechen wollen, sich bei meinem verehrten Kollegen, Herrn von Bandemer, zum Wort melden zu wollen.

Herr von Blanckenburg hat das Wort.

Rittergutsbesitzer **von Blanckenburg**-Zimmerhausen: Gestatten Sie mir ein paar wenige Worte. Ich kann mich mit den Ausführungen des Herrn Referenten im allgemeinen einverstanden erklären; nur bedaure ich, daß in dem neuen Entwurf des Margarinegesetzes das für mich Wesentlichste fortgelassen worden ist, das ist nach meiner Ansicht die richtige Begriffsbestimmung der Margarine. Wir haben im vorigen Gesetz die Margarine definirt wie folgt: „Margarine im Sinne dieses Gesetzes sind diejenigen, der Milchbutter ähnlichen Zubereitungen, deren Fettgehalt nicht ausschließlich der Milch entstammt." Nun haben wir gesehen, wenn die Regierung sich auf die Solidität der Fabrikanten stützen will, wie weit die Verfälschungen mit der Margarine vorgeschritten sind. Wir haben es jetzt, meine Herren, in allererster Linie mit der verfälschten und gefälschten Margarine zu thun, und ich befürchte, wir werden das nicht aus der Welt bekommen, wenn wir nicht die Begriffs-

bestimmung der Margarine etwas genauer in das Gesetz hineinbringen, und das dürfte meines Erachtens nicht so schwer sein. Mit all den anderen Punkten, welche der Herr Vorredner angeführt hat, erkläre ich mich vollauf einverstanden; ich will hoffen und wünschen, daß die verbündeten Regierungen den Gesetzentwurf annehmen werden. — Ich würde also vorschlagen, im § 1 des neuen Gesetzes die Margarine folgendermaßen zu definiren: „Margarine im Sinne dieses Gesetzes ist das aus Margarin, Oleo-Margarin mit einem Zusatz bis zu 100 Gewichtstheilen Milch oder 10 Gewichtstheilen Rahm hergestellte Speisefett.“ Die unmittelbare Folge von dieser Definition ist die, daß auch die anderen Fette definirt werden müßten, zunächst also das Margarin, Oleo-Margarin. „Oleo-Margarin ist das bis zu 45 ° C. aus Rindertalg ausgepreßte und durch Abscheiden bei 25 ° C. gewonnene Fett.“ Daß die anderen Speisefette in dem neuen Gesetzentwurf unter dem Namen „Kunstspeisefette“ bezeichnet werden, damit bin ich auch einverstanden. Ich bitte aber, sie richtig benennen zu wollen nach dem, was sie sind, und nicht unter dem Begriff „Margarine“ Speisefette gehen zu lassen, die mit der Margarine als solche nichts zu thun haben, also z. B. „Oeltalg“ und „Oelschmalz“, und dann können wir sagen: Margarine — Oeltalg und Oelschmalz dürfen nicht butterähnlich gefärbt werden, es sei denn, daß die latente Färbung eingeführt werden kann. Ich komme also dahin, Sie zu bitten, doch den Versuch zu machen, ob wir nicht diese Begriffsbestimmung noch in das neue Gesetz mit hineinbringen können.

Aus den lichtvollen Ausführungen des Herrn Vorredners haben wir gesehen, mit was für schauderhaftem Zeug wir eigentlich zu thun haben: das ist alles andere, nur nicht Margarine. Wir wollen die Margarine als solche nicht verbieten, als das gute Volksnahrungsmittel, welches sie ist, wenn sie lediglich aus Oleo-Margarin bereitet wird, wie sie Mège-Mouriès hergestellt hat.

Ich würde Sie also bitten, vielleicht doch noch in dieser Beziehung einen Zusatz mit aufzunehmen, daß eine Begriffsbestimmung der Margarine in dem von mir vorgeschlagenen Sinne in dem neuen Gesetz gegeben wird.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. **von Frege-Weltzien**: Herr von Blanckenburg hat wohl die Güte, diesen Zusatzantrag schriftlich dem Bureau zu übergeben.

Berichterstatter Reichstagsabgeordneter Domänenrath **Rettich**-**Rostock**: Ich habe doch einigermaßen Bedenken gegen die Vorschläge des Herrn von Blanckenburg. Er will also — das hat er nicht ausgesprochen, das ist aber die Folge davon —: die Benutzung von Pflanzenölen zur Margarine verbieten. Ja, meine Herren, wenn man damals im Jahre 1887, als die Fabrikation anfing, das gethan hätte, dann würde ich das für möglich gehalten haben. Ich glaube aber nicht, daß es jetzt gelingen wird, diese Benutzung von Oelen und Pflanzenfetten zur Margarinefabrikation zu verbieten. Ich glaube auch nicht, wie ich die Stimmung in den Kreisen der verbündeten Regierungen beurtheile, daß sie geneigt sein werden, darauf einzugehen. Die Folge würde sein, daß wir zweierlei verschiedene Sorten von Margarine hätten: die eine nur aus Oleo-Margarin und Milch, und eine andere Sorte mit Zusatz von Pflanzenölen, die Herr von Blanckenburg als „Oel-Talg" bezeichnen will. Ich glaube, es kommt dadurch eine große Konfusion hinein, und es wird eine Kontrole unmöglich sein, denn man wird den Fabrikanten nicht verbieten können, daß sie beide Sorten neben einander fabriziren; man wird ihnen nicht auferlegen können, sich entweder für die eine oder die andere Sorte zu entschließen. Hätte man das vor 10 bis 12 Jahren gethan, so würde ich es für durchführbar gehalten haben, ebenso wie ich es vor ungefähr 15 Jahren für durchführbar gehalten hätte, die Fabrikation der Margarine ganz zu verbieten, wie es z. B. in Canada geschehen ist; aber ich glaube, jetzt sind diese Vorschläge nicht mehr durchzuführen. Ich mache auch darauf aufmerksam, daß, was die sanitäre Seite der Frage betrifft — die ich ja auch in meinem Referate berührt habe —, in dem neuen Gesetzentwurf den Vertretern der Polizei doch sehr weitgehende Befugnisse eingeräumt werden, z. B. die Befugniß, sich Aufklärung über die Fabrikationsmethode geben zu lassen, sich Auskunft über die Art der Rohstoffe, insbesondere auch über deren Menge und Herkunft zu verschaffen, und namentlich mache ich noch darauf aufmerksam, daß unter Zustimmung der verbündeten Regierungen im Reichstage im vorigen Jahre eine Resolution angenommen worden ist, wodurch die verbündeten Regierungen besonders darauf hingewiesen werden, daß die vom Auslande eingehenden Rohstoffe für die Margarinefabrikation einer besonders scharfen Kontrole unterworfen werden sollen. Meine

Herren, ich glaube, wenn das Gesetz nach den Vorschlägen, wie sie jetzt im Reichstage vorliegen, angenommen wird, daß es genug Handhaben bieten wird, auch auf dem sanitären Gebiete bei der Herstellung der Margarine große Fortschritte zu machen. Ich glaube aber nicht, daß, wenn wir jetzt in der Kommission oder im Plenum des Reichstages mit derartigen Abänderungsanträgen kommen würden, wie Herr von Blanckenburg sie vorschlägt, wir damit durchdringen würden; im Gegentheil: wir würden das Scheitern der ganzen Vorlage herbeiführen, und das würde ich bei den sonstigen Vorzügen des Gesetzentwurfes aufs lebhafteste bedauern. Ich glaube nicht, daß die heutige Versammlung Veranlassung hat, auf so spezialisirte Anträge einzugehen. Wir sind im Reichstag davon ausgegangen: Wir wollen das Gesetz möglichst unverändert wieder einbringen und uns auf ein paar Differenzpunkte beschränken. — Es ist aber sehr wünschenswerth, daß diese Fragen im Schooße der Kommission zur Berathung kommen, und ich habe Herrn von Blanckenburg persönlich gebeten, mir seine Vorschläge schriftlich zu überreichen. Ich werde voraussichtlich wieder in der Kommission sein, und ich kann ihm dann eine genaue und eingehende, wohlwollende Prüfung der Sache zusagen. Ich glaube aber nicht, daß es bei der jetzigen Sachlage thunlich ist, daß die heutige Versammlung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer mit weiteren Anträgen vorgeht und sich damit in einen Gegensatz bringt zu den Vertretern im Reichstage, die augenblicklich die Sache in die Hand genommen haben. Sie würden die parlamentarische Aktion stören, wenn Sie die Abänderungsanträge annehmen würden, und ich bitte daher, daß Sie das nicht thun.

Rittergutsbesitzer **von Blanckenburg**-Zimmerhausen: Es liegt mir nicht allzuviel daran, daß Sie diese Zusatz-Resolution annehmen sollen, und ich stehe ja auch vollkommen auf dem Boden des Entwurfes. Ich möchte aber gerade vermieden wissen, daß in Zukunft Pflanzenöle zur Fabrikation von Margarine verwendet werden, sondern daß die so hergestellten Präparate auch mit dem richtigen Namen benannt werden. Ich sehe gar nicht ein, warum wir mit dem Namen Margarine dieses schauderhafte Zeug benennen sollen, von dem kein Mensch einen Vortheil hat. Wir nützen uns und der ärmeren Bevölkerung viel mehr, wenn wir ihnen gute, billig herzustellende Speisefette geben, als wenn wir dieses

an und für sich billige Speisefett unter dem Deckmantel der Margarine und auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung zulassen. Ich würde es für einen wesentlichen Vortheil halten, wenn es möglich wäre, daß die Rohstoffe aus dem Auslande nur an einer Einfuhrstelle zu uns hineinkämen. In der Hauptsache kommen sie aus Amerika und Australien, und es würde dann vielleicht möglich sein, in dieser Hinsicht eine äußerst scharfe Kontrole ausüben zu können. Das wäre meiner Anschauung nach sehr gut, und vielleicht könnte dadurch auch die Einfuhr dieser üblen Stoffe, auf die der Herr Domänenrath auch schon hingewiesen hat, die von außerhalb als Grundsubstanzen der Margarinefabrikation eingeführt werden, allmählich doch etwas beschränkt werden.

Also — wie gesagt — ich ziehe sehr gern diese Zusatz-Resolution zurück und werde mich damit bescheiden. Aber ich betone nochmals: es liegt mir ungeheuer daran, daß die Herren zu der Ansicht gelangen, daß das, was wir Margarine nennen wollen, auch wirklich Margarine sein muß, und daß nicht unter diesem Namen allerhand Fette verkauft werden, die ihn gar nicht verdienen.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. **von Frege-Weltzien:** Darf ich mir einen Vorschlag erlauben, welcher die scheinbar entgegenstehenden Wünsche vereinigen kann? Herr von Blanckenburg hat die Güte, uns seine Vorschläge schriftlich mitzutheilen, und der Ausschuß nimmt Gelegenheit, dieselben den Mitgliedern des Reichstages und etwaigen anderen Instanzen, welche auf dieses Gesetz einzuwirken haben werden, zu unterbreiten. Dann wird dasselbe erreicht, was Herr von Blanckenburg wünscht, und wir bleiben doch bei der von dem Herrn Referenten vorgeschlagenen Resolution. Ich meine, so vereinigen wir die Anschauungen, die hier vertreten worden sind.

Wünscht noch Jemand das Wort? — das scheint nicht der Fall zu sein. Dann würde ich dem Herrn Referenten das Schlußwort ertheilen.

(Berichterstatter Domänenrath Rettich: Ich verzichte!)

Der Herr Referent verzichtet. Dann würden wir zur Abstimmung kommen.

Die Resolution lautet:

„Die XXII. Generalversammlung der Vereinigung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer erklärt:

Die Vereinigung der „Steuer- und Wirthschafts-Reformer" erkennt in den am 16. Dezember 1896 im Reichstag eingebrachten gleichlautenden Gesetzentwürfen von Kardorff und Genossen und Graf von Hompesch und Genossen eine befriedigende Lösung der Margarinefrage und erwartet, daß auf Grundlage derselben eine Verständigung mit den verbündeten Regierungen sich in Kürze wird erreichen lassen."

Ich bitte also diejenigen Herren, welche für die Resolution sind — der Herr Referent hat sie schon gestern Abend im Ausschuß beantragt, wo sie einstimmig angenommen worden ist —, sich von ihren Plätzen zu erheben.

(Geschieht.)

Das ist Einstimmigkeit.

Dann würde ich Herrn von Blanckenburg bitten, uns seine Zusatzvorschläge einzureichen. — Die Versammlung ist auch damit einverstanden, daß der Ausschuß beauftragt wird, im Sinne des Herrn von Blanckenburg die Sache weiter zu behandeln.

Meine Herren, ich bedaure, daß wir heute unsere Generalversammlung schon schließen müssen, und möchte meine verehrten Kollegen, die Herren Vorsitzenden, gegen den Vorwurf verwahren, daß wir morgen eine zu große und heute eine scheinbar etwas zu kurze Tagesordnung erledigen. Es liegt aber in den Berliner Verhältnissen, daß die Referenten für die übrigen Punkte nicht rechtzeitig unterrichtet sein konnten und nicht hier anwesend sind; sonst würde ich den Vorschlag gemacht haben, daß wir noch eine Stunde weiter verhandelt hätten. Da die Herren aber nicht hier sind, ist der Vorstand hierzu nicht in der Lage, und ich bitte, morgen um 11 Uhr sich hier wieder einfinden zu wollen, möglichst präzise, damit die Versammlung auch pünktlich um 11 Uhr beginnen kann.

Ich schließe die Sitzung.

(Schluß: 2 Uhr.)

Zweiter Tag:

Mittwoch, den 17. Februar.

Der Vorsitzende, Graf **von Mirbach**-Sorquitten, eröffnet die Sitzung gegen $11^1/_4$ Uhr.

Vorsitzender Graf **von Mirbach**-Sorquitten: Ich eröffne den Fortgang unserer Generalversammlung. Wir kommen zum dritten Gegenstande der Tagesordnung:

„Die Denkschrift des Königlich Preußischen Landwirthschaftlichen Ministeriums vom Jahre 1896.“

Ich ertheile dem ersten Referenten, Herrn Landesökonomierath von Mendel-Steinfels das Wort.

Erster Berichterstatter, Landes-Oekonomierath **von Mendel-Steinfels**, Halle a/S.: Meine Herren! Die Denkschrift, welche das Preußische Landwirthschafts-Ministerium über die zur Förderung der Landwirthschaft in den letzten Jahren ergriffenen Maßnahmen herausgegeben hat, zu beleuchten — wie mir der Vorstand aufgetragen hat — ist keine ganz leichte Aufgabe, dessen bin ich mir wohl bewußt. Mein Bemühen soll es sein, die nachfolgenden Darlegungen mit möglichster Objektivität zu geben und Wunsch und Willen des Agrariers da zurückzuhalten, wo diese Objektivität einigermaßen dadurch gefährdet werden könnte.

Auf diesem Wege hoffe ich die Aufgabe lösen zu können, und den Verfassern der Denkschrift, wie es sich gebührt, gerecht zu werden.

Ich will ununtersucht lassen, ob gegenwärtig der geeignete Zeitpunkt war, um eine derartige Publikation vorzunehmen; so viel ist aber sicher, daß dieselbe in der Oeffentlichkeit viel Aufmerksamkeit gefunden hat und daß ihre Beurtheilung eine sehr verschiedenartige gewesen ist. Vielfach ist die Denkschrift dazu ausgebeutet worden, um gegen die berechtigten Forderungen der Landwirthschaft Kapital

zu schlagen; der liberalen Presse und ihren Hintermännern war sie zu agrarisch, die Agrarier selbst aber vermißten in vielen Fragen eine positive Stellungnahme der Staatsregierung und fanden, daß den sogenannten kleinen Mitteln in mancher Richtung ein zu großes und den großen Mitteln ein zu geringes Gewicht beigemessen worden sei.

Zur gegenseitigen leichteren Verständigung werde ich meine kritische Betrachtung in drei Abschnitte eintheilen, welche umfassen sollen:

a) die Stellungnahme der Denkschrift zur allgemeinen landwirthschaftlichen Lage,
b) die Beleuchtung, welche in derselben die agrar-politischen Maßregeln erfahren, und
c) die Berücksichtigung der rein landwirthschaftlichen Technik, die den verhältnißmäßig größten Raum der Denkschrift einnimmt.

ad a) Vorab erwähne ich, daß an der Spitze der Denkschrift folgende Worte der Thronrede zur Eröffnung des Landtages am 15. Januar 1896 stehen:

„Die andauernd ungünstige Lage der Landwirthschaft nimmt fortgesetzt die volle Aufmerksamkeit der Staatsregierung in Anspruch. Sie ist entschlossen, alle Mittel in Anwendung zu bringen, welche zur Abhülfe geeignet sind, und eine Besserung der Lage dieses für unsere Wirthschaftsverhältnisse so wichtigen Gewerbes gewährleisten.“

Im Weiteren stellt sich die Denkschrift ganz zweifellos au den Boden der Annahme, daß die Landwirthschaft thatsächlich in einer sehr bedrängten Lage sich befindet, und sie sucht dies auch durch eine entsprechende Schilderung der Verhältnisse zu beweisen. Die offizielle Kundgebung, daß die Landwirthschaft im Nothstand sich befindet, möchte ich hiermit festlegen. Allerdings läßt sich über den Begriff des Wortes „Nothstand“ streiten. Jedenfalls wird er bei oberflächlicher Beurtheilung vielfach falsch verstanden und ausgelegt. Ich habe kürzlich Gelegenheit gehabt, im Deutschen Landwirthschaftsrath mich hierüber mit dem Herrn Professor Dr. Sering auseinander zu setzen. Meiner Auffassung nach befindet sich ein Erwerbszweig dann im Nothstande, wenn die Rente, welche derselbe abwirft, nicht mehr die Verzinsung des darin aufgewendeten

Kapitals, nicht mehr die Entlohnung der aufgewendeten Kraft und nicht mehr die Entschädigung des nothwendigen Risikos aufbringt, sondern wenn er trotz Mühe und Sorgen des Unternehmers dauernd mehr oder weniger von dessen Tasche zehrt.

(Sehr richtig!)

Wenn also ein mittelmäßig Situirter und ein mittelmäßig Begabter in einem Gewerbe, trotzdem dasselbe durchaus auf dem Boden der Existenzberechtigung steht, sich nicht mehr ernähren kann, dann müssen wir von einem „Nothstand“ sprechen. Wenn eine Industrie oder ein ähnliches Unternehmen in solcher Situation sich befindet, so schränkt es seine Produktion ein und entläßt eine größere oder kleinere Zahl von Arbeitern. Damit werden die Kosten und somit auch die Schädigungen des Unternehmers vermindert; das können wir Landwirthe aber nicht, denn jede Verringerung der Anbauflächen und jedes Liegenlassen von Ackerland bedeutet einen Rückgang des Werthes und damit eine weitere Schädigung. Die Denkschrift hebt sehr richtig hervor, daß man vielfach die ungünstige Lage der Landwirthschaft mit dem Hinweis bestreiten wolle, daß eine immerhin größere Anzahl von Landwirthen in einzelnen Gegenden auch jetzt noch ohne Verlust arbeite, und sagt, daß zur Beurtheilung der allgemeinen Lage man sich nicht auf besondere Verhältnisse der unter ausnahmsweise günstigen Produktions- und Absatzbedingungen Wirthschaftenden oder durch eine besonders sachliche Thätigkeit der Personen berufen dürfe, sondern daß man die durchschnittliche Lage und die durchschnittliche Befähigung in Betracht ziehen müsse. Landwirthe, die eine renommirte Saatgutzüchtung betreiben, oder einen über ganz Deutschland sich erstreckenden Absatz von Zuchtschweinen sich errungen haben, werden aus solchen Spezialzweigen genügend Deckung zur Erlangung einer befriedigenden allgemeinen Rente ziehen. Wenn aber alle Landwirthe Saatgutzüchtung und Schweinezucht treiben wollten, so müßte eine Ueberproduktion eintreten, welche mit jeder Rentabilität gründlich aufräumen würde!

(Sehr richtig!)

Die Auffassungen der Staatsregierung laufen also in dieser Richtung mit unseren Auffassungen völlig parallel, und ich füge noch hinzu, daß, wenn irgend ein kapitalistischer Industriezweig oder ein kapitalistisches Handelsgewerbe dauernd in den Verhältnissen

sich befände, in denen die Landwirthschaft seit langer Zeit zu kämpfen hat, man in der Manchesterpresse längst einen schweren Nothstand, der dringend Abhilfe erheischte, proklamirt haben würde.

(Sehr richtig!)

Die Denkschrift führt zur Begründung der Annahme, daß die Landwirthschaft in einer äußerst schwierigen Lage sich befindet, ferner an, daß eine fortwährende Zunahme der Real-Verschuldung stattfinde und daß der Ueberschuß der Eintragungen von Realschulden im Durchschnitt der letzten neun Jahre jährlich rund 175 Millionen Mark betragen habe. Es wird dann weiter noch ausgeführt, daß man nicht fehl gehe in der Annahme, daß der größte Theil der Schuldenvermehrung nicht produktiven Anlagen, sondern der Deckung laufender Verpflichtungen gedient habe, also eine thatsächliche Verschlechterung der Vermögenslage der verschuldeten Landwirthe bedeute. Wahrlich ein trübes Bild, das uns hier entrollt wird und das mit allen manchesterlichen Schönrednereien und mit allen Vorwürfen in eine günstigere Beleuchtung nicht gerückt wird! Im Gegentheil, die Sache ist insofern noch schlimmer, als zweifellos die Personalverschuldung, die statistisch nicht nachweisbar ist, gleichfalls eine nicht unbeträchtliche Vermehrung erfahren haben dürfte.

So stellt sich für jeden objektiv Beobachtenden die Situation als eine äußerst ernste dar; die Folgerung aber, die aus dem Zustande gezogen werden muß, ist nicht, daß man die Flinte ins Korn werfen sollte, sondern vielmehr, daß Staat und Gesellschaft diejenigen Maßregeln ergreifen müssen, welche dauernd und zuverlässig eine Besserung des Zustandes bewirken, denn das deutsche Vaterland kann den Ruin seiner Landwirthschaft, den Untergang unseres Bauernstandes, nicht ertragen.

Als Ursachen des Nothstandes werden in der Denkschrift vor allem bezeichnet:

> das bestehende Erbrecht mit den gleichen Ansprüchen aller Kinder, welches vielfach zu einer zu starken Belastung des Grundbesitzes führt, dann die großen Restkaufgelder und endlich das Sinken der Getreidepreise.

Was das Erbrecht in diesem Sinne betrifft, so ist demselben ein ungünstiger Einfluß auf die Erhaltung des Besitzes innerhalb einer Familie nicht abzusprechen. Doch möchte darauf aufmerksam

zu machen sein, daß auch dort, wo gesundere Erbverhältnisse herrschen, die Noth der Zeit empfunden wird. Im Uebrigen wird diese Frage sehr schwer zu lösen sein. Gerade in Deutschland, welches in seinen verschiedenen Ländern und Provinzen eine sehr verschiedenartige historische Entwickelung des Besitzes und der Uebertragung desselben aufweist, erscheint eine einheitliche Regelung des Erbwesens in absehbarer Zeit kaum möglich. Es kann hier manches gebessert werden auf langsamem, zielbewußtem Wege, aber eine Besserung der Lage hiermit zu erhoffen, dürfte zu optimistisch sein.

Hinsichtlich der Verschuldung sagt die Denkschrift, daß sich in der langen Zeit steigender Grundrente die Gewohnheit entwickelt habe, verhältnißmäßig geringe Anzahlungen zu machen und große Restkaufgelder eintragen zu lassen. Es soll nicht geleugnet werden, daß diese Auffassung in mancher Beziehung als zutreffend angesprochen werden muß. Aber heute sind nicht allein die auf diesem Wege stark belasteten Güter in Schwierigkeiten, sondern auch die minder verschuldeten, indem die letzteren infolge der Ungunst der Verhältnisse von Jahr zu Jahr den ersteren d. h. den überschuldeten sich mehr nähern. Nun hört man aus dem agrar-feindlichen Lager vielfach den Vorwurf, daß man in den Zeiten guter Rente nicht genügend gespart, beziehungsweise nicht die Schulden abgezahlt habe. Diese Behauptung zeugt wieder von der Oberflächlichkeit und mangelnden Orientirung, mit der solche Vorwürfe geschmiedet werden. Die Sache liegt in der That doch so, daß die Landwirthe in den letzten Jahrzehnten stetig gezwungen waren, die Intensität ihrer Betriebe, d. h. die in Meliorationen, in Vieh, in Maschinen und Geräthen, in Düngemitteln u. s. w. zu legenden Kapitalien wesentlich zu steigern.

(Sehr richtig!)

Was an Ersparnissen aufgespeichert war, ist hierdurch vielfach wieder aufgezehrt worden. Welch ein Betriebskapital liegt heute in einer Gutswirthschaft gegenüber der Zeit vor 30 bis 40 Jahren! Landwirthe, welche die guten Zeiten nicht mit zu erleben Gelegenheit hatten, und somit Reserven nicht aufspeichern konnten, waren durch diesen Zug nach vorwärts gezwungen, von Jahr zu Jahr ihre Verschuldung zu erhöhen, und sind heute leicht in die Lage versetzt, daß die Verzinsung dieser Aufwendungen nicht mehr im Verhältniß zur Rente steht. Die Steigerung der Rohproduktion ist

um so stärker betrieben, je geringer die Preise für Körnerfrüchte wurden, und dieses Bestreben war unter solchen Umständen weder ein unrichtiges noch ein unwirthschaftliches, es war durch den Zwang der Verhältnisse herbeigeführt. Dafür kann uns wahrlich kein Vorwurf treffen. Dagegen möchte ich nachdrücklichst hervorheben, daß die heutige Agrargesetzgebung mit ihren nach dem römischen Recht zugeschnittenen Bestimmungen gerade hinsichtlich der Verschuldung in der Landwirthschaft völlig versagt und das innerste Wesen unseres Gewerbes verletzt und erschüttert. Der Grund und Boden ist keine bewegliche Waare, sondern er ist der vornehmste und ächt konservative Besitz des Volkes. Er muß demgemäß auch in seiner Belastung und in seiner Uebertragbarkeit von dem einen auf den andern u. s. w. nach anderen Gesichtspunkten behandelt werden, wie Kaufmannsgut und Handelswaare. Die Zeit wird kommen, wo allgemein die Erkenntniß sich Bahn bricht, daß die Gesetzgebung in dieser Beziehung viel gefehlt hat und daß es im Interesse des ganzen Staatswesens liege, umzukehren und solidere Grundlagen für die Boden-Verschuldung und -Entschuldung zu schaffen.

(Sehr richtig!)

Das Landwirthschaftskammergesetz enthält in seinem § 2 eigentlich bereits die Anerkennung der Reformbedürftigkeit auf diesem Gebiete, denn es weist den Landwirthschaftskammern die Mitarbeiterschaft bei einer landwirthschaftlichen Kreditreform ausdrücklich zu. Möge die Staatsregierung schleunig und nachdrücklich an diese wichtige Arbeit herantreten! Sie wird nicht leicht sein, doch sie muß gemacht werden. Halbe Maßregeln nützen nichts, utopische Forderungen müssen allerdings auch zurückgewiesen werden!

Schließlich aber möchte ich hervorheben, daß alle Maßnahmen, die Verschuldung in rationeller Weise zu verringern, dann den gewünschten Erfolg versagen müssen, wenn nicht zugleich dafür gesorgt wird, daß neue Verschuldung nicht einzutreten braucht, d. h. daß die landwirthschaftliche Rente wieder gehoben wird. Die Denkschrift sagt:

> „Jedes dauernde Sinken der Rente, welches den Rückgang des Zinsfußes übertraf, erschwerte die wirthschaftliche Lage ungemein, und führte bei dem Mangel genügender Kapitalreserven nur zu leicht zu der Nothwendigkeit neuer Schuldenaufnahmen, welche zur Deckung

der Zinsverpflichtungen und zu sonstigen laufenden Ausgaben Verwendung finden. Das thatsächlich eingetretene Sinken der Rente des Grund und Bodens hat aber seine Hauptursache in dem Sinken der Getreidepreise."

So sind wir bei dem dritten Punkt der offiziell anerkannten Ursachen des Niedergangs und zwar bei dem wichtigsten angelangt. Die Denkschrift sagt weiter sehr richtig, daß die vaterländische Landwirthschaft nach Lage ihrer allgemeinen wirthschaftlichen Bedingungen und besonders durch die klimatischen Boden- und Absatzverhältnisse vorzugsweise auf den Getreidebau angewiesen sei. Auch diese Stellungnahme der Denkschrift muß ich nachdrücklichst festlegen, denn sie ist ebenfalls geeignet, eine Menge von falschen Behauptungen aus dem agrar-feindlichen Lager ad absurdum zu führen. Was haben wir von jener Seite nicht für komische Vorschläge und Belehrungen über uns ergehen lassen müssen! Die Einen riethen zu einer umfangreichen Vermehrung der Viehzucht, die Andern verlangten, wir sollten den Handelsgewächsbau viel mehr ins Auge fassen, die Dritten meinten, im gesteigerten Anbau von Heilkräutern wäre für die Landwirthschaft das Heil zu suchen u. s. w. Was doch solche Leute für eigenthümliche Begriffe von den Bedingungen eines Gewerbes in dem Umfange der deutschen Landwirthschaft haben!

(Sehr richtig!)

Die Denkschrift weist schon statistisch die Prozentverhältnisse der Anbauflächen unserer Körnergewächse nach und zeigt, daß 54 Prozent deutschen Kulturbodens allein heute für Getreide beansprucht werden. Der Geheime Oberregierungsrath, Professor Dr. Julius Kühn, der Altmeister der landwirthschaftlichen Lehre in Deutschland, hat in einer sehr interessanten und beachtenswerthen Schrift, welche im Kalender von Mentzel und Lengerke im Jahre 1896 erschienen ist, die Situation unseres Gewerbes hinsichtlich der Bedeutung des Getreidebaues geschildert. Ich entnehme der verdienstvollen Arbeit zur Beleuchtung der Frage einige Daten und wünsche, daß unsere Herren Mentoren im agrarfeindlichen Lager in die Kühn'sche Schrift ebenfalls ihre Nase stecken möchten. Sie werden, wenn sie überhaupt einer Belehrung fähig sind, hier manches lernen können! Vielleicht verschonen sie uns dann in der Zukunft mit ihren nicht verlangten Rathschlägen.

Nach der offiziellen Statistik waren in Deutschland an Prozenten des kultivirten Landes bebaut im Jahre 1893:

Getreide und Hülsenfrüchte	60,94	Prozent
Hackfrüchte und Gemüse	16,5	"
davon 11,57 Prozent Kartoffeln und 1,51 Prozent Zuckerrüben,		
Handelsgewächse	0,99	"
Futterpflanzen	9,60	"

Kühn zeigt uns, daß 1 Prozent der Ackerfläche des Deutschen Reiches ein Areal von 257 000 Hektar, das sind rund eine Million Morgen, beträgt. Wenn man nun nur 1 Prozent der Gesammtanbaufläche mit Handelsgewächsen, Kohl, Spargel oder auch Kartoffeln, Zuckerrüben, mehr bebaute, so würde das eine Ueberproduktion in den einzelnen Artikeln bedeuten, die jede Rentabilität von vornherein ausschlösse, und das wäre nur 1 Prozent. Was sollen wir aber mit den 60 Prozent machen, wenn der Getreide- und Hülsenfruchtbau nicht erhalten oder sehr reduzirt werden soll, wie die Rathschläge der Gelehrten von der Manchesterrichtung es verlangen? Hat doch eine Steigerung der deutschen Zuckerrübenkultur von 1,28 Prozent im Jahre 1883 bis zu 1,57 Prozent im Jahre 1893 zu einer Ueberproduktion geführt, über die wir heute schon sehr zu klagen haben.

Dann zeigt Kühn in sehr beachtenswerther Weise, daß eine Steigerung der Viehzucht, besonders in einzelnen Zweigen, wohl in Deutschland noch möglich wäre und damit eine entsprechende Ausdehnung des Futterbaues. Aber er weist auch darauf hin, daß die Ausdehnung der Viehzucht von Vorbedingungen abhängig ist, die von den natürlichen Verhältnissen gegeben sind, nämlich von dem Vorhandensein von Wiesen und Weiden, die nicht überall künstlich angelegt werden können, der Futterwüchsigkeit des Bodens und den geeigneten Betriebsverhältnissen.

Kühn lenkt unsere Aufmerksamkeit ferner darauf, daß in den letzten 10 Jahren eine erhebliche Vermehrung des Viehbestandes ohne Verminderung des Körnerfruchtbaues möglich war und glaubt, daß auf diesem Wege auch weiter der steigende Bedarf gedeckt werden könne. Er warnt vor einer zu optimistischen Auffassung hinsichtlich der Vermehrung der Viehzucht, indem wir in Deutschland auch mit sehr trocknen Jahrgängen rechnen müßten, welche dann

bei sehr stark entwickelter Viehzucht und nicht ganz sicherem Futterbau die schwersten Kalamitäten über unsere Landwirthschaft bringen müßten. Hat doch im Jahre 1893 eine Abnahme von Rindvieh infolge der Futternoth von 6,7 Prozent stattgefunden; die betreffenden Thiere mußten zumeist zu erbärmlichen Preisen verschleudert werden. Wir haben weder englischen Boden noch englisches Klima. Ich möchte aber auch noch auf anderes aufmerksam machen, nämlich, daß durch das ausländische Ueberangebot und die stete Verseuchung die Rentabilität unserer Viehbestände heute wesentlich reduzirt ist, und daß wir auch in der Viehhaltung bereits leider von einem Mangel an Reingewinn sprechen müssen. In dieser Beziehung können wir uns also ebenfalls auf den Standpunkt der Denkschrift stellen, daß nämlich der Angelpunkt der deutschen Landwirthschaft der Getreidebau ist und bleibt, und daß naturgemäß für die Rentabilität der Wirthschaft immer die Getreidepreise ausschlaggebend ins Gewicht fallen müssen. Dies ist und muß das Resultat jeder objektiven Prüfung der Verhältnisse sein und wer anders spricht, spricht entweder gegen seine Ueberzeugung oder er ist ein Ignorant auf diesem Gebiete.

(Sehr richtig!)

Die Denkschrift bringt dann ein statistisches Bild, wie die Preise für Weizen, Roggen, Gerste und Hafer in der Zeit von 1861 bis 1896 geschwankt haben und allmählich tief gesunken sind. Diese Zahlen hier zu wiederholen, ist wohl nicht nothwendig, denn Jeder der verehrten Zuhörer hat die Ergebnisse dieser Statistik mehr oder weniger miterlebt und das Betrübende der Erscheinung an seinem eigenen Leibe empfunden.

Hinsichtlich der Ursache des Preisrückganges unseres Getreides fordert die Denkschrift unsere Kritik in mancher Beziehung heraus. Sie sagt, es liege am nächsten, an die durch die Ueberproduktion beziehungsweise durch die Ausdehnung und Verbilligung der Frachtgelegenheiten herbeigeführte Ueberfüllung der europäischen Märkte zu denken. In dieser Beziehung d. h. hinsichtlich des Punktes stehe ich auf einem völlig anderen Boden der Auffassung. Ich halte die ausschließliche Ueberproduktionstheorie eigentlich für überwunden. Die Erhebungen, welche verschiedenen Orts, besonders auch in Amerika, gepflogen wurden, sowie die interessanten Arbeiten verschiedener Nationalökonomen und Praktiker auf dem Gebiete des

Getreidehandels zeigen uns, daß die Weltproduktion hinter der Vermehrung der Welt-Bevölkerung zurückgeblieben ist und daß das, was an Getreide auf der Erde wächst, innerhalb der Frist weniger Jahre immer fast vollständig auch aufgezehrt wird. Was uns schweren Schaden bringt, ist nicht die zu hohe Ziffer der Welterzeugung, sondern die durch das spekulative Großkapital in egoistischem Interesse in Scene gesetzte Deplacirung des Angebots!

(Sehr richtig!)

Bei den internationalen Verhandlungen, welche, wie Sie wissen, im vorigen Herbste in Budapest hinsichtlich der Getreidepreisbildung stattgefunden haben, sind die Vertheidiger der Ueberproduktionstheorie von den Vertretern der neueren, soeben geschilderten Richtung überführt und besiegt worden. Leider hängen gerade noch viele Vertreter der deutschen Staatswissenschaften dem eigentlich durch die Thatsachen überwundenen Standpunkte beharrlich an.

Hätten wir wirklich eine dauernde oder gar steigende Ueberproduktion an Getreide, so müßte man doch auch zeitweise davon hören, daß Massen von Körnerfrüchten allmählich sich ansammelten und aufhäuften und daß man sie, da sie nicht mehr verbraucht werden konnten, auf irgend einem Wege hätte beseitigen müssen. Ich glaube, derartige Nachrichten sind, so Unglaubliches in den Zeitungen sonst geschrieben wird, noch nicht vor unsere Augen gekommen. Beseitige man die internationale Spekulation in Papiergetreide und behandle man die Getreidebörsen der ganzen Kulturwelt so, wie das Börsenreformgesetz mit den deutschen Spekulationsbörsen verfahren will, dann werden wir auf dem Weltmarkte nur mit effektiver Waare und einer gesunderen Preisbildung zum Segen des Ackerbaues aller Länder zu rechnen haben!

(Sehr richtig!)

Daß, wie die Denkschrift anführt, die Entwickelung des modernen Verkehrswesens und die Verbilligung der Frachtgelegenheiten das Angebot ausländischer Produkte und die Spekulation in denselben erleichtern, unterliegt keinem Zweifel. Fragen möchte ich aber, ob unser Staat zur Verschärfung dieser Wirkung seinerseits nicht auch beigetragen hat? Was bedeutet das Bauen von See-Kanälen und deren Betrieb mit allergeringsten Frachtgebühren für den Getreidetransport anderes als eine Steigerung

der Zufuhrmöglichkeit ausländischen Korns? Was ist der russische Handelsvertrag und die Meistbegünstigung Nordamerikas anderes als eine Bevorzugung der ausländischen Zufuhren, insbesondere wenn auch noch, wie mit Rußland vereinbart, dem auswärtigen Kontrahenten ein gewisser Einfluß auf die Eisenbahntarife Deutschlands eingeräumt wird?

(Sehr richtig!)

Betrachten Sie, meine Herren, die für den Dortmund-Ems-Kanal geplanten, überaus niedrigen Getreidetarife, berücksichtigen Sie, wie die Staatsregierung gegenüber dem Andringen für den Bau eines Mittelland-Kanals immer schwächer wird. Wird dieser Mittelland-Kanal nicht eine Zufuhrstraße für argentinischen und nordamerikanischen Weizen mitten in das Herz Deutschlands hinein?

(Sehr richtig!)

Sind nicht Jahrzehnte lang auf dem Gebiete des deutschen Eisenbahnbaues dahingegangen, in denen vorwiegend der Großverkehr mit dem Auslande gefördert wurde und zwar unter Vernachlässigung des Bahnbaues im Innern für den Verkehr der Landwirthschaft?

(Sehr richtig!)

Welchen Schwierigkeiten begegnen wir vielfach auch heute noch, wenn es sich darum handelt, eine einfache Haltestelle oder Güterannahmestelle auf den Eisenbahnstationen des Lokalverkehrs zu erlangen, welche Opfer müssen die Interessenten bringen, um die Errichtung solcher überhaupt zu erreichen, während man seiner Zeit für den Großverkehr und den Großhandel ohne irgend eine Gegenleistung Verkehrserleichterungen aller Art ohne Rückhalt geschaffen hat?

(Sehr richtig!)

Meines Erachtens sind die öffentlichen Verkehrsmittel, insbesondere die Eisenbahnen, nachdem sie verstaatlicht worden sind, nicht allein bestimmt, Quellen fiskalischen Profits zu sein, sondern sie sollen der allgemeinen Wirthschaftlichkeit und insbesondere dem Theile der Produzenten, der bisher in dieser Beziehung stiefmütterlich behandelt wurde, nach Möglichkeit entgegenkommen. Was der Staat hierzu verwendet, erntet er wieder durch vermehrte Steuerkräfte. Die Eisenbahnpolitik muß eine nationale Wirthschaftspolitik sein, dann und nur dann erfüllt die Eisenbahn als Staatsanstalt ihren Zweck!

(Sehr richtig!)

Was die Kanäle betrifft, so möchte ich erklären, daß ich im Interesse unserer Industrie durchaus kein Gegner derselben bin, daß ich aber im Interesse unseres schwer bedrängten Standes fordern muß, daß, wo ausländisches Getreide transportirt wird, entweder die Frachten für dasselbe denen der Eisenbahn mindestens gleichgestellt werden, oder, daß man von den Kanälen verlangt, daß sie, wie die Eisenbahnen, die volle Verzinsung und Amortisation des für sie aufgewendeten Kapitals aufbringen.

Die anderen Ursachen, welche den Preisrückgang des Getreides verschuldet haben, führt die Denkschrift zum größten Theil als solche an, von denen eine Wirkung nur von agrarischer Seite angenommen sei, so z. B. die heutige Währung. Es hieße „Eulen nach Athen tragen", wenn ich in einer Versammlung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer über die Bedeutung des Bimetallismus innerhalb auch nur eines beschränkten Rahmens sprechen wollte. Wir sind alle davon überzeugt, daß die Währungsfrage keine münztechnische, sondern eine sozial- und wirthschaftspolitische Frage ist. Was die Denkschrift als Annahme hinstellt, sehen wir als Thatsache an. Einer der größten Fehler, die begangen wurden in der Aera Caprivi, war der, daß man beim Abschlusse insbesondere des russischen Handelsvertrages die nothwendige Rücksichtnahme auf die differente Valuta allem Anscheine nach völlig vergessen hat. Hoffentlich kommt demnächst ein mächtiger Anstoß zu Gunsten des Bimetallismus von einer Seite, von der sich die verehrlichen Goldwährungsmänner bisher vielleicht nichts träumen ließen!

Der Hinweis der Denkschrift, daß die Getreidepreise nicht nur in Deutschland, sondern überall einen Tiefstand erreicht haben, welcher die Rentabilität der Landwirthschaft ernstlich bedroht, ist für uns ein schwacher Trost. Ich möchte aber daran erinnern, daß gerade die deutsche Landwirthschaft eine solche Fülle von Kulturaufgaben als mächtigstes Glied des Erwerbsstandes des Staates zu erfüllen hat, daß die Ungunst der Verhältnisse um so schwieriger auf ihren Schultern lastet. Die Thatsache, daß in allen Kulturländern ein landwirthschaftlicher Nothstand herrscht, berechtigt noch nicht, mit demselben als Fatum zu rechnen, sondern müßte veranlassen, daß gerade Deutschland zuerst große Mittel anwendet, um die gefährliche Krisis, für sich wenigstens, zu beseitigen. Die Steigerung der Arbeitslöhne und der

Wirthschaftskosten, welche die Denkschrift weiterhin als eine der Ursachen des Zurückganges der Rentabilität unseres Gewerbes anführt, können wir als vorhanden anerkennen. Die Arbeitslöhne sind gestiegen, und zwar im Laufe der Jahrzehnte um nahezu 40 Prozent; das wissen wir und empfinden wir auch zur Genüge. Auch die öffentlichen Lasten, insbesondere die Kommunalabgaben, haben sich wesentlich erhöht; daß uns durch die sogenannte Wohlfahrtsgesetzgebung weitere Opfer auferlegt sind, wird man ebenfalls als zutreffend bezeichnen müssen. Worin die steuerliche Entlastung, von der in der Denkschrift später gesprochen wird, welche die Landwirthschaft erfahren soll, besteht, kann ich mir nicht recht vorstellen. Staat und Kommune brauchen auf diesem oder jenem Wege entsprechend den von Jahr zu Jahr sich vergrößernden nöthigen Aufwendungen die unentbehrlichen Steuerzuflüsse. Wo sollen sie sonst herkommen, wenn man die indirekten Steuern nicht in höherem Maße, wie bisher, anwenden will? Wir leben in einem Kulturstaat, und die deutsche Landwirthschaft wird als vornehmste Kulturträgerin, ob der Staat nun will oder nicht, die betreffenden Opfer bringen müssen. Wenn wir über die Wohlfahrtsgesetzgebung ungehalten sind, so ist es nicht deshalb, das sei besonders zum Ausdruck gebracht, weil wir die Opfer scheuen, die sie heischt, sondern deshalb, weil wir die Methode der Erhebung der Beiträge, und die Basis, auf welcher die ganze Gesetzgebung steht, als unzweckmäßig und zu bureaukratisch ansehen. Gerne und freudig folgen wir der durch die Kaiserliche Botschaft vom Jahre 1881 inaugurirten Politik zum Schutze unserer Arbeiterschaft. Wir wollen aber in der richtigen Weise beitragen und dauernd in die Lage versetzt werden, daß die deutsche Landwirthschaft im Stande bleibt, die nöthigen Opfer auch stets bringen zu können, welche der Arbeiterschutz und die sonstigen Kulturaufgaben heischen. Keine Bevorzugung verlangen wir, sondern eine Wiederherstellung der ohne unser Verschulden verloren gegangenen Steuerkraft!

(Lebhafter Beifall.)

Die heutigen Getreidepreise drücken uns hinsichtlich der Einnahmen auf das Niveau des Kulis in Indien, des Fellachen in Egypten und des Muschiks in Rußland herunter, die nur sehr geringe Lasten für die Oeffentlichkeit zu tragen haben.

(Sehr richtig!)

Unser ceterum censeo bleibt immer:

„**Steigerung und Sicherung der Rentabilität durch Getreidepreise auf mittlerer Höhe und damit die sichere Existenz und Prästationsfähigkeit der deutschen Landwirthschaft!**“

Die Denkschrift erwähnt als eine der weiteren Ursachen des Darniederliegens unseres Gewerbes den Rückgang der Schafzucht. Sie trifft damit zweifellos besonders in Rücksicht auf die Bezirke mit geringen Böden das Richtige. Es bleibt eben wahr, daß unter den heutigen Weltproduktionsverhältnissen und Weltmarktzuständen ein landwirthschaftliches Erzeugniß, welches nicht den Schutz der nationalen Gesetzgebung genießt, allmählich, aber sicher verbluten muß.

Wir sind auf dem Gebiete der Wollerzeugung der Konkurrenz ausländischer Staaten, die im extensiven Betriebe unter günstigeren Bedingungen produziren, schutzlos preisgegeben und die Forderung der Errichtung eines Wollzolles erscheint daher nicht allein berechtigt, sondern auch als in der Natur der Sache liegend dringend nothwendig.

(Sehr richtig!)

Die Denkschrift schweigt sich über Maßregeln zum Schutze der Schafzucht vollständig aus und konstatirt nur die Thatsache des Rückganges. Der Einwand, daß man für ausgehende Woll- und Mischfabrikate (Gespinnste von Wolle und Baumwolle) nach Errichtung eines Wollzolles zum Schutze unserer einheimischen Industrie eine Export-Bonifikation nicht einrichten könne, soll jetzt nunmehr hinfällig sein. Ich habe mir nämlich sagen lassen, man hätte ein Verfahren gefunden, um die Wolle in den Mischgeweben genau festzustellen. Wenn sich das als richtig erweist, dann muß von unserer Seite der dringende Wunsch ausgesprochen werden, daß die Staatsregierung ernsthaft an die Frage der Errichtung eines Wollzolles herantrete, um, was wir an Schafzucht noch besitzen, zu erhalten.

Wir können dieselbe nicht entbehren

(Sehr richtig!);

denn wir besitzen zu viel Ländereien und Betriebe, wo in Rücksicht auf die Minderwerthigkeit des Bodens und die mangelnde Futterwüchsigkeit desselben Rindvieh überhaupt kaum in genügender Zahl gehalten werden kann. Der deutsche Landwirth ist vielleicht mit

der Abschaffung der Schafe etwas zu rasch vorgegangen und er hat wohl auch alle Verbindung mit der Tuchfabrikation verloren, so daß ihm der Wegweiser für die Herstellung einer richtigen Konsumwaare fehlt. Warum aber ist dies geschehen? Weil die Schafzüchter durch die Schleuderpreise der Wolle, durch die Herrschaft eines wenig für die heimische Schafzucht interessirten Wollhandels und die Zurückhaltung der Wollfabrikation, die in der ausländischen Wolle vielfach angenehmere Rohprodukte erblickte, vollständig entmuthigt worden ist.

(Sehr richtig!)

Wenn man dann neben den traurigen Wollpreisen noch die sehr geringen Fleischpreise ins Auge faßt, so muß man zugestehen, daß unter solchen Umständen die Schafhaltung thatsächlich eine recht prekäre Sache für viele Bezirke geworden ist; und doch können wir — das sage ich noch einmal — das Schaf nicht entbehren!

In neuerer Zeit hat sich ja auch die Terminspekulation, wohl nicht zum Vortheil der deutschen Landwirthschaft wie auch nicht zu dem der deutschen Wollindustrie, auf unserem Wollmarkte (Leipzig) eingenistet. Die Terminspekulation wird wohl ebenso hier die ausländische Waare bevorzugen, wie das bei Getreide der Fall ist. Es ist interessant, zu beobachten, wie die betheiligte Industrie gegen diese Einrichtung Front macht. Sie erkennt wohl, daß beim Spekulationshandel und dem börsenmäßigen Termingeschäft auch sie den Kürzeren zieht und schwer benachtheiligt werden muß.

Wenn wir Landwirthe hinsichtlich unseres Getreides in gleicher Weise Einspruch erheben, so wird der ganze Kaufmannsstand von der Börse gegen uns mobil gemacht.

(Sehr richtig!)

Von den Schutzzöllen sagt die Denkschrift wörtlich:

> „Eine Erhöhung der Schutzzölle ist, ganz abgesehen von der Frage, ob sie nicht preisdrückend auf die Weltmarktspreise wirken würde, während der Dauer der Handelsverträge ausgeschlossen."

Daß wir durch die Handelsverträge gebunden sind, ist leider eine nicht abzuleugnende Thatsache. Daß entsprechend hohe Schutzzölle (keine Prohibitivzölle!) auf die Weltmarktpreise wirken würden, kann nicht ohne weiteres zugegeben werden und zwar besonders dann

nicht, wenn dem internationalen Spekulationshandel in seinem Einflusse auf das deutsche Angebot entsprechende Beschränkungen auferlegt werden.

Ich möchte bei der Gelegenheit daran erinnern, daß Deutschland doch nicht in dem Maße von dem ausländischen Import abhängig ist, wie man vielfach glauben machen will. Die Statistik beweist, daß wir heute schon nahezu Siebenachtel des Gesammtbedarfes des deutschen Volkes an Brotfrüchten selbst produziren. Es hat in dieser Beziehung in den letzten Jahren eine wesentliche Steigerung stattgefunden. Sorge man für auskömmliche Getreidepreise, dann wird sehr bald das achte Achtel erreicht sein. Ich fürchte mich vor dem Zeitpunkte, in dem dies eintreten wird, nicht in dem Maße wie manche, die glauben, wir müßten dann schon in der Ueberproduktion ersticken. Sorge der Staat nur für Schutz, dann wird das Brodkorn, gewachsen auf deutscher Erde, auch seine richtigen Wege zum Konsumenten finden.

Was die Handelsverträge an sich betrifft, so unterläßt die Denkschrift jede weitere Kritik über dieselben, doch hat mich die soeben angeführte Befürchtung, daß höhere Schutzzölle preisdrückend wirken könnten, etwas bedenklich gemacht, und so möchte ich hier festlegen, daß der Herr Minister für Landwirthschaft, Domänen und Forsten kürzlich im Deutschen Landwirthschaftsrathe konstatirt hat, daß auch er kein Freund der Handelsverträge wäre, demgemäß erblickt auch er in denselben weder Vortheil noch Segen für das deutsche Volk.

(Hört! hört!)

Die Handelsverträge brachten uns eine Ermäßigung des Schutzzolles und eine Festlegung dieser auf lange Jahre.

Die Stellungnahme des Ministers in dieser Sache möchte ich gewissen lauten Anpreisungen des hohen Segens, welchen die Handelsverträge gebracht haben, entgegenhalten.

Welche wunderbaren Verrenkungen und Akrobatenkünste in der Logik kann man doch beobachten, wenn es in der Manchesterpresse gilt, dem deutschen Volke die Handelsverträge im Lichte außerordentlicher Beglückung zu zeigen!

(Sehr richtig! Heiterkeit.)

Es mag ja einzelne Erwerbszweige geben, die z. B. durch den russischen Handelsvertrag Vortheile genießen, aber ich be-

haupte, daß auch ein größerer Theil der Industrie nicht nur keinen Gewinn, sondern Schaden durch diesen Handelsvertrag hat.

Keine wirthschaftspolitische Maßregel hat wohl in dem letzten Jahrzehnt mehr Enttäuschungen gebracht, wie dieser vielberufene Handelsvertrag. Wenn man dann noch hinzurechnet, daß die deutsche Industrie doch auch ein großes Interesse an der Prosperität der Landwirthschaft hat, indem dieselbe immer noch ein Hauptkonsument der Industrieprodukte ist, so wird der sogenannte Segen der Handelsvertragspolitik, welche die Kaufkraft der deutschen Landwirthschaft schwächte, noch wesentlich mehr reduzirt und er schrumpft bei schärferem Zusehen schließlich zu einem Minimum auch für den von ihm nicht betroffenen, aber unparteiischen Beobachter zusammen.

Es dürfte nicht zu viel gesagt sein, wenn man behauptet, daß der Gesammtschaden, welchen die Handelsverträge auch der Industrie gebracht haben, die Vortheile überwiegt!

(Sehr richtig!)

Kennzeichnen läßt sich das Wesen derselben damit, daß man sagt, um verhältnißmäßig geringwerthige Vortheile für gewisse Zweige des Handels und der Industrie zu erringen, hat man die Landwirthschaft geopfert und — volksthümlich ausgedrückt — aus ihrer Haut Riemen geschnitten.

(Sehr richtig!)

Je näher die Zeit des Ablaufes dieser Handelsverträge herankommt, desto mehr werden wir uns sammeln und rüsten müssen, daß sich ähnliche Ereignisse, wie sie uns die Caprivi'sche Politik bescheert hat, zum Nachtheile der deutschen Mittelstände sich nicht wiederholen. Die Landwirthschaft muß dann ihre ganzen Kräfte einsetzen, daß unsere Handelspolitik diejenigen Wege wandelt, welche nicht ganze Berufsstände dem Ruine zutreiben, sondern welche allen Schutz und Schirm gewähren.

Eine ganz eigenthümliche Erscheinung ist es, daß auch die Staaten, welche mit uns die Verträge abgeschlossen haben, nicht zufrieden sind; sie haben wohl noch mehr erwartet, oder gehen vielleicht durch andere ungünstige Verhältnisse, wie die russische Landwirthschaft zum Beispiel, durch Spekulation und Aussaugung durch den Zwischenhandel der erhofften Vortheile verlustig.

Gegen den Antrag Kanitz führt die Denkschrift die bekannten Bedenken an z. B., daß derselbe gegen die Handelsverträge verstoße,

unüberwindliche Schwierigkeiten in der Durchführung brächte u. s. w. Sie beruft sich darauf, daß weder im Staatsrathe noch im Reichstage eine Mehrheit für denselben zu gewinnen gewesen sei.

Die Staatsregierung steht zweifellos auf einem unanfechtbaren Boden, wenn sie den Antrag Kanitz von sich abwehrt, nachdem die Volksvertretung in ihrer Majorität sich gegen denselben erklärt hat. Ich für meine Person möchte allerdings die Meinung aussprechen, daß vielleicht doch bald die Zeit kommen wird, wo der Antrag Kanitz oder ein anderer ähnlicher Plan in ernste Erwägung wird gezogen werden müssen, denn Deutschland kann, ohne sich selbst aufzugeben, die Landwirthschaft nicht in den Ruin stürzen lassen.

Für unsere Gegner bedeutet der Antrag Kanitz den Gipfel agrarischer Begehrlichkeit und in allen Tonarten des Zornes, des Hohnes und des Spottes wird gegen denselben zu Felde gezogen. Daß der Antrag Kanitz nur eine mittlere Höhe der Getreidepreise will, daß derselbe nicht allein für das produzirende, sondern auch für das konsumirende Volk in seiner nivellirenden Preiswirkung von höchster Bedeutung ist, und daß die Erhaltung der Kaufkraft der Ackerbauer auch der gesammten Industrie und dem gesammten Handwerk zu gute kommt, davon schweigen die Gelehrten im Manchesterlager.

Es können aber auch Zeiten kommen, wo es der internationalen Spekulation gefällt, ähnlich wie im Jahre 1891, in die Hausse zu gehen, dann wird der Antrag Kanitz nicht ein Schutz des Ackerbauers, sondern vielmehr ein Schutz des brodkaufenden Stadt- und Industrievolkes sein. Unsere Getreidepreisbildung ist unter den heutigen Verhältnissen vielfach von den wilden Spekulationskäufen der Vereinigten Staaten Nordamerikas abhängig. Wer garantirt uns, daß die dortigen Unternehmer es nicht demnächst in ihrem Interesse liegend erachten, die Preise emporzuschrauben? Solcher Ueberraschungen müssen wir gewärtig sein und welches Mittel gäbe es, daß denselben mehr vorbeugen könnte, wie der Antrag Kanitz? Man muß nur sein Wesen studiren und erkennen, um von Vorurtheilen sich frei zu machen. Doch auch ich will mich der praktischen Politik befleißigen und über eine Sache nicht länger sprechen, die augenblicklich wenigstens nicht im Vordergrunde der Erörterung stehen kann.

Die Denkschrift streift ferner — wie schon erwähnt — als von uns empfohlenes Preisausgleichsmittel die Reform der Währung;

sie meint, daß die Staatsregierung und die Mehrheit des Reichstages darin einig seien, daß eine Erhöhung und Befestigung des Silberpreises, sowie die dadurch erhoffte allgemeine Preissteigerung nur auf dem bis jetzt wenig aussichtsvollen Wege internationaler Abmachungen und nicht ohne den Zutritt Englands von uns durchführbar sei.

Ich möchte der Reichsregierung — denn die geht es in erster Reihe an — in der ganzen Sache etwas mehr Nachdruck und Initiative wünschen, besonders dann, wenn andere Regierungen an das Deutsche Reich zwecks gemeinsamer Regelung der Währung wieder herantreten.

Die Tage von Brüssel, wo bei der internationalen Währungs-Konferenz dem deutschen Vertreter eine ganz eigenthümliche Rolle zugewiesen war, müßten vorbei sein; wir sehen doch, daß in allen Kulturländern eine Aktion für die Währungsreform sich vorbereitet. Ich weise auf Frankreich, ich weise auf England hin und möchte daran erinnern, daß in Amerika ein Mac Kinley demnächst Präsident sein wird und daß dieser Mac Kinley zu viel Volkswirth ist, um nicht zu wissen, daß auf dem Wege der Goldwährung die amerikanische Nation dem Ruin zutreiben würde. Rußland will die Goldwährung einführen. Schon die bloßen Versuche haben den Beweis geliefert, daß gewissen Berufsständen und unter ihnen insbesondere der Landwirthschaft dadurch schwere Wunden geschlagen werden.

Ich stehe auf einem anderen Boden, daß ich sage, die deutsche Reichsregierung und der deutsche Reichstag haben alle Ursache, im Interesse der Erhaltung der Mittelstände die vom Auslande über kurz oder lang dargebotene Hand zu einer Vereinbarung in Betreff der Währungsreform dankbar anzunehmen, oder, wenn dies nicht geschieht, selbst die Initiative zu ergreifen.

(Sehr richtig!)

Die Denkschrift äußert ferner ihre nachdrücklichen Bedenken gegen diejenigen Bestrebungen, welche das Heil der Landwirthschaft in einer allgemeinen A u f t h e i l u n g d e s G r u n d e s u n d B o d e n s im Kleinbesitz suchen. Sie sagt am Schlusse einer längeren diesbezüglichen Darlegung, daß aus wirthschaftlichen und sozialpolitischen Gründen das Bestehen eines größeren Bruchtheiles von mittlerem und Großgrundbesitz in dem größten Theile der Monarchie gar nicht

entbehrt werden kann. In eingehender und sachlicher Weise wird hier gegen die Propaganda für die Zerstückelung der großen Güter Front gemacht. Wir können dem nur zustimmen und zwar aus denselben Gründen, welche die Denkschrift selbst hervorhebt. Wenn wir uns fragen, wer die Vertreter der geschilderten Anschauung sind, so wird die Antwort nicht schwer. Entweder sind es börsenliberale Blätter, welche ihrem Hasse gegen den Großgrundbesitz und das Junkerthum in der fortwährenden Proklamirung, daß deren Besitz zerstückelt werden müßte, einiges Genügen verschaffen wollen, oder es sind unpraktische Kathedergelehrte und nationalökonomische Schwärmer, welche für diesen Gedanken Schule machen. Beide sind an sich nicht gefährlich; aber wenn eine Behauptung immer und immer wiederholt wird, dann glaubt sie schließlich der oberflächlich Orientirte und fängt an, ohne sich mit kritischen Gedanken zu befassen, Anhänger derselben zu werden.

Die ganze kulturhistorische Entwickelung unserer Landwirthschaft weist auf die gesunde Existenz eines großen, mittleren und kleineren Besitzes hin und die heutige Zeit lehrt mit eisernem Nachdrucke, daß deren Interessen gemeinsame sind.

(Sehr richtig!)

Abwehr deshalb gegen diejenigen, welche die Begehrlichkeit des Kleingrundbesitzes erwecken und welche mit falschen Theorien historisch Erprobtes erschüttern wollen! Der Großgrundbesitz hat in Deutschland bisher in hervorragender Weise seine Aufgaben erfüllt, indem er auf dem Gebiete des landwirthschaftlichen Fortschrittes Bahnbrecher und Vorbild war und auch geblieben ist. Deutschland marschirt heute an der Spitze der landwirthschaftlichen Kultur und aus aller Herren Ländern strömen Schüler und Abgesandte, um am deutschen Beispiel sich zu belehren und die Ergebnisse deutscher Erfahrung und deutschen Wissens in der Heimath zu verwerthen.

Wem verdanken wir es, daß die Intensität des Betriebes die Höhe erreicht hat, die wir heute rühmen? Doch nur dem Großgrundbesitz, der die Mittel nicht scheute, um zu versuchen und zu experimentiren, und der Beispiel war für den Kleingrundbesitz allenthalben.

Wer führt dem Kleingrundbesitz Saatgetreide, Zuchtvieh u. s. w. zu? Wer zieht ihn mit hinein in den Kreis des Fortschrittes? Wer anders als der Großgrundbesitz und unsere intelligenten Pächter.

(Sehr richtig!)

Sicherlich muß der Bauernstand und der Kleingrundbesitz erhalten bleiben, sicherlich giebt es Verhältnisse, wo die Kolonisation zweckmäßig und empfehlenswerth erscheint, und zweifellos kann der größte Theil der Leute, welche heute über den Ozean noch auswandern, auch auf heimischer Scholle seinen Herd gründen; aber ich sehe es wirklich als ein sehr verderbliches Thun an, fort und fort zu fordern, daß man diejenigen, welche die Träger der Kultur sind und waren, hinwegblase und zwar um eines theoretischen Experimentes wegen, das meiner Meinung nach nur zum Unheile und Schaden des ganzen deutschen Volkes ausschlagen müßte.

(Sehr richtig!)

Den Großgrundbesitz depossediren hieße, die ganze historische Entwickelung unserer Verhältnisse auf den Kopf stellen, wohl erworbene und seit Jahrhunderten gefestigte Rechte erschüttern und einen Vorgang herbeiführen, der unerhört wäre in der ganzen deutschen Geschichte.

(Lebhafter Beifall.)

Am Schlusse der allgemeinen Betrachtungen bezeichnet die Denkschrift als die zunächst liegende Aufgabe der Staatsverwaltung gegenüber der mißlichen Lage der Landwirthschaft die Durchführung solcher Maßnahmen, welche die landwirthschaftliche Produktion heben, eine Verbilligung derselben herbeiführen, die Lasten vermindern, die Ausnützung der vorhandenen Naturschätze steigern, den Verkehr erleichtern, sowie den nothwendigen Schutz gegen Verluste durch Seuchen herbeiführen. Ferner wird noch angeführt: die Nothwendigkeit der Herstellung eines geeigneten Rechtszustandes bezüglich des Eigenthums und der Belastung des Grund und Bodens, der Schaffung und Erhaltung richtiger Wirthschaftsgrößen und der Vorbeugung der Ueberschuldung.

Das Ganze stellt eine Rekapitulation des bereits Gesagten dar, trotzdem scheint es nothwendig, auch diese Ausführungen etwas kritisch zu betrachten.

Zunächst konstatire ich, daß ein kleiner Widerspruch besteht zwischen diesen Ausführungen der Denkschrift und den bereits früher gemachten Darlegungen derselben. Sie bezeichnet als die Hauptursache des Niederganges der Getreidepreise die Ueberproduktion und trotzdem erblickt sie in der Vermehrung der Produktion, die also die Ueberproduktion steigern muß, eines der Hauptmittel den Nothstand zu verringern.

Ich kann wohl verstehen, was in beiden Fällen gemeint ist, aber ich möchte dann doch die Folgerung ziehen, daß, wenn durch Fleiß und Intensität, so wie bisher, auch künftig der Rohertrag noch weiter gesteigert wird, und wenn die Staatsregierung hierzu Hilfe leistet, so muß sehr bald die Zeit kommen, wo, wie ich bereits ausgeführt habe, die deutsche Landwirthschaft alle Brodfrucht allein produzirt, die das deutsche Volk fordert.

(Sehr richtig!)

Von diesem Zeitpunkt bis zur Nothwendigkeit des Exportes ist dann nur mehr ein kleiner Schritt und ich frage, was die Staatsregierung dann zu thun gedenkt, wenn wir infolge der Höhe unserer Produktionsziffer wieder unter die exportirenden Staaten gerückt sind; dann wird die Zeit gekommen sein, von der ich bereits gesprochen habe, daß man auf dem Wege des Antrages Kanitz oder in ähnlicher Weise der Landwirthschaft wird Schutz gewähren müssen; dann sind Zollkredite und gemischte Transitläger noch mehr ein Unding, wie heute schon.

Was die Verbilligung der Betriebsmittel betrifft, von der die Denkschrift spricht, so ist nicht zu bezweifeln, daß durch das Genossenschaftswesen wie auch durch Maßregeln des Staates schon manches in dieser Richtung geschehen ist; aber die Wirkung hiervon kann ebenso wenig im allgemeinen als eine ausschlaggebende angesprochen werden, wie die verheißene Verminderung der Lasten oder die noch stärkere Ausnutzung der Naturschätze. Mit Kalk, Kali und Gründüngung kann zur Steigerung der Rohproduktion vieles erreicht werden, das aber nicht, daß sie als Allheilmittel gegenüber der äußerst schwierigen Lage, in der die Landwirthschaft sich zur Zeit befindet, angesprochen werden können.

(Sehr richtig!)

Alle diese Wege müssen selbstverständlich auch in Zukunft weiter verfolgt werden zur Milderung der Noth; zur völligen Hilfe aus derselben reichen sie aber nicht aus.

Meine Herren! Ich habe vorher vom Kali gesprochen und ich möchte nicht unterlassen, bei dieser Gelegenheit eine Sache in den Kreis meiner Betrachtungen zu ziehen, die wohl beachtenswerth erscheint.

Kali, diesen herrlichen Schatz der Natur, besitzt nur Deutschland. Die Kaligewinnung ist fast völlig frei gegeben; die Folge davon ist,

daß allenthalben gegraben und gebohrt wird und daß mit Hilfe des spekulativen Kapitals eine planlose Ausbeutung der gefundenen Lager von Abraumsalzen stattfinden wird. Heute gewinnen wir bereits bedeutend mehr Kalisalze, wie der heimische Konsum beansprucht und die Folge davon ist, daß man im Auslande mit allen Mitteln Unterkunft für Kainit und sonstige Kalisalze sucht, und zwar vielleicht jetzt schon aber sicher in absehbarer Zeit zu billigeren Preisen, wie sie bei dem heimischen Angebot notirt werden.

Die Erfahrungen mit dem Thomasmehl lassen derartige Rückschlüsse als berechtigt erscheinen. Was sind aber die Folgen davon? Die Folgen werden sein, daß unser herrlicher Naturschatz verschleudert, was den Kainit betrifft, vielleicht schneller erschöpft wird, als man sich heute zugestehen will und daß die ausländische Produktion, welche uns auf dem Gebiete der landwirthschaftlichen Erzeugung heute auf dem Markte Konkurrenz macht, mit unseren billigen Naturschätzen versehen, gesättigt und konkurrenzfähiger gemacht wird. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika sind heute schon sehr starke Abnehmer für unsere Düngersalze und die Möglichkeit der Steigerung ihrer Zuckerrüben-Industrie hängt bekanntlich mit der Anreicherung des dortigen Bodens mit Kali eng zusammen. Ist es da nicht am Platze zu rufen: „videant consules!"?

Die Landwirthschaftskammer der Provinz Sachsen hat seiner Zeit die Anregung gegeben, die Frage des Erlasses eines Kaliausfuhrzolles in Erwägung zu stellen. Bisher war das Echo, welches dieser Ruf aus Sachsen bewirkte, ein verhältnißmäßig schwaches. Trotzdem aber wird es unsere Pflicht bleiben, unentwegt die Sache weiter zu verfolgen und, wenn nothwendig, zum Austrag zu bringen.

(Bravo!)

Es giebt nur einen ähnlichen Naturschatz, der auch nur einem Lande eigen ist, das ist der Chilisalpeter. Die Republik Chile weiß aber besser dieses ihr Gottesgeschenk zu hüten und für sich auszubeuten, wie Deutschland das seinige!

Am Schlusse der allgemeinen Betrachtungen führt allerdings in sehr bescheidener Weise die Denkschrift ferner auch den Schutz gegen Seuchen als eine Maßregel im Interesse der Erhaltung der Landwirthschaft auf.

Ja, einen Schutz gegen die Seuchen brauchen wir; das ist sehr wahr!

(Sehr richtig! — Heiterkeit.)

Die Vorgänge im preußischen Abgeordnetenhause, wie sie sich auf Grund des Antrages Ring kürzlich abgespielt haben, lassen nicht erwarten, daß die Staatsregierung in rückhaltloser Weise das Programm des Seuchenschutzes sans phrase durchführen werde. Wir Agrarier verstehen nämlich unter wirksamem Seuchenschutz nicht allein die Bekämpfung der Seuchen im Inlande und im Stalle des Bauern, sondern erfolgreiche Absperrungsmaßregeln, wie sie von anderen Ländern z. B. England, Belgien, Frankreich längst durchgeführt sind. In dieser Beziehung ist Deutschland sehr zurückgeblieben.

Mein Vorwurf richtet sich auch nicht gegen diejenige Stelle, welche die Denkschrift herausgegeben hat; denn mir ist mehr und mehr bewußt geworden, daß die Abneigung, schärfere Maßregeln an den Grenzen gegen die Einschleppung der Seuchen zu erlassen, nicht bei der landwirthschaftlichen Verwaltung, sondern bei denjenigen Stellen der Reichsregierung zu suchen ist, für die vor allem die staatspolitische Raison maßgebend erscheint.

(Zuruf: Furcht! — Heiterkeit.)

Sie haben von den trefflichen Ausführungen meiner Kollegen Ring und Hahn im preußischen Abgeordnetenhause bezw. im Reichstage gelesen. Sie werden gefunden haben, daß die Einwendungen der Vertreter der Reichs- bezw. Staatsregierung diesen Darlegungen nicht Stand halten konnten, und ich frage, wie es sich erklären läßt, daß wir bei Ländern, die sich uns gegenüber hermetisch verschließen, nicht den Entschluß finden können, Gleiches mit Gleichem zu vergelten?

Dänemark läßt deutsches Vieh kaum mehr über seine Grenzen. Wir importiren aus diesem kleinen Lande jährlich Tausende und aber Tausende Thiere von theilweise recht fraglicher Gesundheit. Rußland verbietet strengstens jede Einfuhr von Vieh, Fleisch und Fleischprodukten aus Deutschland, und wir schwanken fort und fort, die Konsequenzen einer derartigen Stellungnahme auch für uns zu ziehen. Neuerlich sind wieder Konzessionen dem russischen Bevollmächtigten gemacht worden. Die sehr nothwendige Quarantäne für amerikanische Pferde an der Einbruchsstelle in Hamburg ist wesentlich verkürzt worden, und wenn Sie die Seuchenkarten ansehen, finden

Sie, daß gerade Hamburg und seine Umgegend von Rotz dermalen am meisten heimgesucht sind. Warum?

Wir stehen unentwegt auf dem Standpunkte, daß Deutschland zufolge seiner geographischen Lage doppelt vorsichtig sein muß, die nationalen Produkte auf dem Gebiete der Viehhaltung gegen Seuchen-einschleppung aus Ländern mit keiner oder einer sehr mangelhaften Seuchenpolizei mit allen Mitteln zu schützen und fordern demgemäß immer und immer wieder: „Gleiches Recht für Alle!" Wie die Seuche im Inlande rücksichtslos bekämpft wird, so muß sie auch rücksichtslos vom Auslande zurückgehalten werden! Dann und nur dann allein werden wir eine Besserung des jetzigen, geradezu trostlosen Zustandes erwarten dürfen.

(Bravo!)

Die Verseuchung unserer Viehbestände ist nicht ein neben-sächlicher, gering anzuschlagender Schaden, sondern ein Unglück, welches gerade unter den heutigen traurigen Verhältnissen der Getreidepreisbildung für den Bestand der Landwirthschaft die aller-bedenklichsten Folgen in sich birgt.

(Sehr richtig!)

Jeder große Seuchenzug — und das gilt insbesondere für die Maul- und Klauenseuche — ist nachweislich stets bis an die Grenzen unseres Vaterlandes hin zu verfolgen.

Hunderte und aber Hunderte Millionen hat uns allein die Maul- und Klauenseuche gekostet, abgesehen von den indirekten Schäden, die sie im Gefolge hat und die kaum zu taxiren sind. Ein seuchenfreies, nur mit einigermaßen befriedigender Rentabilität in der Viehzucht ausgestattetes Deutschland wird auch die Ansprüche des deutschen Fleischkonsums allein völlig befriedigen können.

(Sehr richtig!)

Den Vorwurf, daß die Landwirthschaft durch eine nicht hin-reichende Produktion Deutschland vom Auslande hinsichtlich der Vieh- und Fleischeinfuhr abhängig gemacht habe, kann von uns nicht acceptirt werden. Schaffe man bessere Verhältnisse, so wird die Steigerung der Produktion von selbst kommen.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich noch eine Sache erwähnen, die ebenfalls in den Bereich der soeben geschilderten Verhältnisse gehört. Im Inlande haben wir zumeist eine sehr scharfe Fleisch-kontrole und in ca. 700 Städten ist eine geregelte obrigkeitliche

Fleischbeschau bereits eingerichtet. Die Stellen, wo dies der Fall ist, mehren sich von Jahr zu Jahr.

Alles Fleisch, welches irgendwie bedenklich erscheint, wird beanstandet, das heißt minderwerthig gemacht oder überhaupt verworfen bezw. dem Kochapparat, diesem großen Werthverwüster, überwiesen.

Wir müssen uns mit diesem Verfahren im Interesse der allgemeinen Volksgesundheit einverstanden erklären; damit aber können wir uns nicht einverstanden erklären, daß Fleischkonserven und sonstige Vieherzeugnisse, welche aus dem Auslande, speziell aus Nordamerika, kommen, ohne jede Inlandskontrole dem allgemeinen Verzehr zugeführt werden dürfen.

Ich erwähne kurz hier nur die bekannten, so schön malerisch ausgestatteten Corned-beef-Büchsen, deren Inhalt bekanntlich aus dem allergeringwerthigsten und bedenklichsten Vieh an den großen Fleischschlachteplätzen Nordamerikas gewonnen wird. Auch die amerikanischen Wurstwaaren sind vielfach sehr anfechtbar. So hat z. B. kürzlich sich amerikanische Cervelatwurst, welche in Mühlhausen zum Verkauf gelangte, als im höchsten Grade mit Trichinen versetzt erwiesen. Andere Beispiele wären genügende beizubringen.

Warum, frage ich, werden die Fleischartikel ausländischer Provenienz nicht ebenso behandelt, wie die inländischen? Auch hier möchte ich gleiches Recht für alle verlangen und betonen, daß gerade das amerikanische Fleisch um vieles kontrolbedürftiger ist, als das deutsche.

(Sehr richtig!)

Technische Schwierigkeiten können sich kaum in einem solchen Maße zeigen, daß sie nicht mit gutem Willen überwunden werden könnten. Der Einbruchsstellen sind nicht viele, und geeignete Einrichtungen zur Untersuchung würden im Interesse der deutschen Viehproduktion wohl zu treffen sein.

(Sehr richtig!)

Deutschland ist groß und stark genug, um berechtigte Forderungen dem Auslande gegenüber geltend zu machen. Von den Vereinigten Staaten von Nordamerika sind wir doch ein rücksichtsloses Vorgehen gegen unsere Interessen stets gewöhnt und werden uns vielleicht, wenn Mc. Kinley Präsident geworden ist, in höherem Maße noch an ein solches zu gewöhnen haben.

(Sehr richtig!)

ad b. Von den Maßnahmen auf dem Gebiete der Gesetzgebung in der Staats- insbesondere der landwirthschaftlichen Verwaltung, von denen die Denkschrift spricht, werde ich nur diejenigen anführen, welche direkt zur Sache gehören und eine Anzahl derselben, soferne sie, wie die Steuergesetzgebung, die Volksschullasten, die Stempelgesetzgebung, das Bürgerliche Gesetzbuch, das Wasserrecht, die Rentengutsgesetzgebung, die Ansiedelungs-Kommission u. s. w., wenn sie auch an sich bedeutungsvoll sind, aber da sie nicht in den engeren Rahmen der Sache gehören, übergehen.

An der Spitze der diesbezüglichen Darlegungen der Denkschrift befindet sich die Börsenreform. Die Denkschrift sagt, daß seit Jahren in landwirthschaftlichen Kreisen darauf hingewiesen sei, daß der Geschäftsbetrieb an den Börsen die Preisbildung der landwirthschaftlichen Erzeugnisse ungünstig beeinflusse. Hier möchte ich ergänzen, daß es nicht allein die Landwirthe waren, welche die Börsen als reformbedürftig ansahen, sondern die weitesten Kreise des Volkes; ich brauche gar nicht daran zu erinnern, daß es einen preußischen Minister gab, der die Börse als einen Giftbaum bezeichnete. Die erdrückende Majorität des Reichstages, welche dem Börsenreform-Gesetz und zwar in einer dem Regierungs-Entwurfe gegenüber verschärften Form seine Zustimmung gab, hat wahrlich nicht allein aus Agrariern bestanden.

Meine Herren! Ich muß sagen, daß mich, wenn ich daran denke, daß die Denkschrift das Bedürfniß der Börsenreform selbst anerkennt, ein eigenthümliches Empfinden ergreift, wenn ich beobachte, daß dieses Gesetz bisher, obwohl es am 22. Juni vorigen Jahres bereits erlassen wurde, erst nur zu einem sehr geringen Theile durchgeführt ist.

(Sehr richtig!)

Ich habe vor noch nicht langer Zeit zu denjenigen gehört, die in vollem Vertrauen zu unserer Staatsregierung auf Grund der Erklärungen des Herrn Ministers Brefeld dringend dazu riethen, daß die Vertreter der Landwirthschaft gegenüber der Staatsregierung hinsichtlich der endlichen Beseitigung der Auswüchse im Feen-Palast mit Anträgen und Interpellationen zurückhalten möchten. Nachdem aber im Feen-Palast ganz ungehindert ein meines Erachtens ungesetzliches Treiben immer noch weiter gestattet wird und Remedur

dem Anschein nach überhaupt nicht eintritt, fange ich selbst an, etwas nervös und ängstlich zu werden.

(Heiterkeit.)

Ich fange nun an dazu in die etwas schärfere Tonart des Bundes der Landwirthe einzustimmen, mit dem Motto an die Staatsregierung: „Landgraf werde endlich hart!" Wenn Gesetzes-Verletzungen eine so lange Frist währen, dann ist immer die Gefahr der Versumpfung vorhanden, abgesehen davon, daß die Autorität des Staates unter solchen Umständen an Bedeutung kaum gewinnen kann. Wir hegen wohl alle entgegen den Haarspaltereien mancher Juristen die Ueberzeugung, daß die Bestimmungen des Börsenreform-Gesetzes und die des § 2 des Landwirthschaftskammer-Gesetzes an sich genügend klar sind, beziehungsweise daß sie die entsprechenden Unterlagen gewähren, daß die Staatsregierung, was Gesetz und Verordnung will, auch erreichen und durchsetzen kann. Wäre hinsichtlich des Börsenreform-Gesetzes dies nicht der Fall, dann müßte meines Erachtens für eine Ergänzung desselben durch den Reichstag schleunigst gesorgt werden.

(Sehr richtig!)

Dieser würde, ebenso wie er das Gesetz mit erdrückender Majorität beschlossen hat, demselben auch diejenigen Zusätze gewähren müssen, die es zum Vollzuge nöthig hätte. Es wäre doch eine in der Geschichte der Gesetzgebung Preußens und Deutschlands bisher noch nicht dagewesene Erscheinung, daß ein Gesetz an der obstinaten Weigerung von einem verhältnißmäßig kleinen Häufchen Leute scheitern und dadurch außer Kraft gesetzt werden könnte.

(Lebhafter Beifall.)

Vollständig bin ich mir bewußt, daß ich mit solchen Aeußerungen mir leicht wieder neue Liebenswürdigkeiten von Seiten der börsenliberalen Presse zuziehe und von neuem mit unberechtigten Schmähartikeln überschüttet werde; aber ich halte es doch für meine Pflicht, das auszusprechen, was ich meine. Im übrigen lernt jeder Mensch schließlich, sich an unangenehme Dinge im Interesse höherer Ziele gewöhnen; und dieses Stadium fängt auch bei mir an einzutreten.

(Lebhafter Beifall.)

Mein Halt und Trost im ganzen Kampfe war stets der, daß ich mir bewußt war, nicht unrecht gehandelt, sondern nur meine Pflicht erfüllt zu haben!

Von dem neuen Branntweinsteuergesetz aus dem Jahre 1887 und der Novelle zu demselben vom 16. Juni 1895 sagt die Denkschrift, daß sie den Zweck hätten, die Einnahmen des Reiches zu vermehren und die Brennereien, besonders die kleineren, als Nebengewerbe der Landwirthschaft zu erhalten.

Ich erkenne an, daß der Zweck, welcher hier verfolgt wurde, für den Staat ganz, für die Landwirthschaft zum Theil erreicht worden ist, aber ich möchte das übliche Geschrei, welches gegen das Branntweinsteuer- und Zuckersteuergesetz von gewissen Parteien erhoben wird, wobei das Wort „Liebesgabe für die Agrarier“ eine so wesentliche Rolle spielt, bei dieser Gelegenheit doch etwas niedriger hängen. Ich bitte zu bedenken, in welch' angenehmer Situation unsere Brennereigewerbe und die Zuckerfabrikation sich befänden, wenn sie nicht so hohe außerordentliche Staatssteuern zu leisten hätten d. h. wenn sie wie andere Industriezweige steuerlich behandelt würden. Man hat beide Gewerbe — und charakteristisch ist, daß sie beide landwirthschaftliche sind — im Interesse der Staatseinnahmen als außerordentliche Steuerquellen sich gesetzlich eingerichtet.

(Sehr richtig!)

Wenn neben diesen hohen Zumuthungen diejenigen Erleichterungen herbeigeführt werden, welche nothwendig sind, um die beiden Gewerbe überhaupt noch lebensfähig zu erhalten, d. h. die Henne, welche die goldenen Eier legt, nicht völlig zu tödten, so ist das keine „Liebesgabe“, sondern eine Maßregel der Klugheit von Seiten des Staates! — Mir kommt die ganze Sache, d. h. Geschrei von der „Liebesgabe“, immer vor, als ob ein Wanderer auf der Straße beraubt würde, und man ihm noch das Hemd ließe, und zwar als besondere Vergünstigung. Dafür soll aber derselbe sich nun noch bedanken, und ausdrücklich anerkennen, daß er eine „Liebesgabe“ empfangen habe.

(Heiterkeit und lebhafter Beifall.)

Stelle man Branntweinbrennereien und Zuckerfabriken auf den normalen Steuerboden anderer Industriezweige, dann können sie auf jede Export-Bonifikation und jede Kontingents-Bevorzugung völlig verzichten. Die Landwirthe und die Inhaber dieser beiden Nebengewerbe der Landwirthschaft werden dann auf Grund deutscher Intelligenz und auf Grund deutscher Erfahrung mit dem

ausländischen Angebot auf dem Weltmarkte auch allein fertig ohne jede Staatshilfe!

(Sehr richtig und lebhafter Beifall.)

Die Denkschrift erwähnt auch die neue Zuckersteuer als eine im Interesse der Landwirthschaft ergriffene Maßnahme; ich kann diese Wirkung dem neuen Gesetze nicht zugestehen. Die Herren aus dem Osten sind vielleicht in dieser Beziehung mehr Optimisten, wie wir Vertreter des Westens. Das jetzige Gesetz ist ein trauriges Kompromiß-Produkt! Es soll uns gegen das ausländische Angebot schützen, es soll die Ueberproduktion eindämmen, und soll die Prosperität unserer Zuckerindustrie erhalten. Ich fürchte, daß es allen diesen Anforderungen nicht gewachsen erscheint. Keine Industrie im ganzen deutschen Vaterlande ist durch fortwährende gesetzliche Experimente im letzten Jahrzehnt so beunruhigt und geschädigt worden, wie unsere Zuckerindustrie. Bei dem jetzigen Zustand kann man allerdings sagen, daß eine weitere Aenderung, d. h. eine Fortsetzung des Experimentirens, sehr wünschenswerth sei. Gebe Gott, daß dann endlich das Richtige getroffen wird!

(Heiterkeit.)

Auf die Mängel, welche das Gesetz enthält, will ich hier nicht eingehen. Sie sind in den letzten Tagen zur Genüge beleuchtet worden. Ich will nur bemerken, daß die Ausführungsbestimmungen die Qualität des Gesetzes zum Theil nicht gebessert, sondern noch verschlechtert haben. besonders hinsichtlich der Kontingentirung. Die Prämien sind als Kampfesprämien viel zu niedrig und wir werden noch erfahren, daß die Franzosen ihrerseits gerade diese schwache Position unseres Gesetzes in ihrem gesetzgeberischen Vorgehen sich zu Nutze machen werden.

Durch die Aufhebung des Identitätsnachweises, welche durch Gesetz vom 14. April 1894 vermittelst der Ertheilung von Einfuhrscheinen bei der Ausfuhr von Getreide und Mühlenfabrikaten erfolgte, hat sich nach der Denkschrift die Ausfuhr von diesen Waaren nicht allein gehoben, sondern es soll in den Verkehrshäfen Danzig und Königsberg der Unterschied des Preises zwischen unverzolltem ausländischen und inländischem Getreide um den Betrag des Zolles im Gegensatze zu früher nun voll zum Ausdruck kommen. Zweifellos ist, daß sich die Getreidepreise zwischen Ost und West durch die genannte Maßregel mehr ausgeglichen haben. Die Landwirthe des

Westens werden sich ob dieser Erleichterung für die östliche Landwirthschaft nur von Herzen freuen. Irgend welchen bemerkbaren und zwar günstigen Einfluß auf die Preisbildung im Westen hat die Aufhebung des Identitätsnachweises meines Wissens nicht herbeigeführt. Der Preußische Herr Finanzminister hat bestimmt, daß bis auf weiteres Einfuhrscheine nur für Waaren von marktgängiger Beschaffenheit zu ertheilen sind, und daß als „marktgängig“ auch solche Waare angesehen werden darf, welche mit unerheblichen Mängeln behaftet ist. Ich würde nur wünschen, daß die Preußische Staatsregierung, bezw. das Reich, in der Lage wären, endlich auch Qualitätsbestimmungen für die Einfuhr von Getreide zu erlassen, um dem Einbruch von sehr minderwerthiger russischer und sonstiger osteuropäischer Waare, welche auf unseren Markt wie ein Alp drückt und fast nur zu Spekulationszwecken ausgenutzt wird, vorzubeugen. Bei dem Abschlusse künftiger Handelsverträge wird meines Erachtens dieser Gesichtspunkt unsere Berücksichtigung besonders verdienen.

Die Beschränkung der Kreditfrist für gemischte Privattransitläger und die Exportmühlen ist von 6 bezw. 7 Monaten auf 3 bezw. 4 Monate abgekürzt worden. Die gänzliche Beseitigung des Zollkredits soll der Erwägung der zuständigen Organe unterstellt sein. Hoffentlich wird der ganz ungerechtfertigte Zustand der Kreditirung von Zollbeträgen, wie in Aussicht genommen, auch thatsächlich endlich einmal vollständig aus der Welt geschafft.

Dasselbe gilt auch von den gemischten Privattransitlägern, von denen die Denkschrift mittheilt, daß sie an einer größeren Anzahl von Orten aufgehoben seien, an anderen Orten aber noch beständen. Auch hier muß unter allen Umständen möglichst bald ein normaler Zustand geschaffen werden.

Solche Maßregeln zu Gunsten des ausländischen Imports, sowie der Getreide- und Mehlspekulation, sind heutzutage völlig deplacirt und bedeuten eine wesentliche Abschwächung, ja fast eine vollständige Aufhebung des Zollschutzes und zwar zum Nachtheil der deutschen Landwirthschaft.

(Sehr richtig!)

Unter dem heute herrschenden Zustande werden zu Gunsten von ca. 200 privilegirten Inhabern von gemischten Transitlägern

und Mühlenkonten 60 bis 80 Millionen Mark an Zoll kreditirt, was für die Reichskasse einen jährlichen Zollverlust von 1 bis 2 Millionen Mark bedeutet. Ist das keine „Liebesgabe"? Wenn man sich frägt, wie viel Mühlenbetriebe eigentlich von den Zollkrediten Vortheil haben, so erfährt man, daß von den 36 000 Mühlen in Deutschland nur 111, d. h. 0,308 Prozent, ein Zollkonto besitzen. Wenn man aber in den börsenliberalen Blättern die Auseinandersetzungen zu Gunsten solcher Kredite verfolgt, so erkennt man wieder, wie oberflächlich und wie wenig den thatsächlichen Verhältnissen entsprechend derartige Dinge dem Volke von jener Seite beleuchtet werden. Die Regierungen aber sollten sich wenigstens durch solch fadenscheinige Begründungen von der Bahn der nothwendigen Maßregeln nicht mehr abbringen lassen. Augenblicklich spielt sich auch wieder ein Kampf in Betreff der Berechnung der Mehlausbeute ab; ich möchte auch hier wieder warnen, die kleineren und mittleren Mühlenbetriebe und den deutschen Bauernstand den Wünschen und Gelüsten der sogenannten Exportmühlen zu opfern.

Das Gesetz, betreffend die Regelung des Verkehrs mit Handelsdünger, Kraftfuttermitteln und Saatgut, welches die weitesten Kreise der Landwirthschaft seit Jahren erwarteten und auch das Preußische Abgeordnetenhaus in einer Interpellation vom 28. März 1895 forderte, ist nach den Ausführungen der Denkschrift immer noch in Erwägung. Wir kennen ja wohl den Ansturm, welcher aus den Kreisen der Händler gerade gegen dieses Gesetz entfesselt worden ist. Derselbe wird aber die Thatsache nicht aus der Welt schaffen, daß gerade der kleine Landwirth eines Schutzes gegen Betrug und Hintergehung dringend bedarf, und daß dieser Schutz in anderen Staaten, wo ähnliche Verhältnisse herrschten, längst gewährt worden ist. Dieses Gesetz wird den reellen Handel kaum treffen, wohl aber diejenigen, welche bei ihren Geschäften das Licht scheuen und auf die Hilflosigkeit und Unbeholfenheit unseres kleinen Landwirths spekuliren. Die Analysenergebnisse der öffentlichen Untersuchungsstationen bieten uns eine Blüthenlese von Betrug und Hintergehung, die auch denjenigen, der der Landwirthschaft ferner steht, für das arbeitende Volk aber ein Herz hat, zu ernstem Nachdenken und zu dem Wunsche auf Besserung der Verhältnisse veranlassen muß. Hier kann keine genossenschaft-

liche Organisation, hier kann nur das Gesetz dauernd helfen und schützen!

(Sehr richtig!)

Daß das Gesindevermittler- und Stellenvermittlungswesen hinsichtlich seiner Organisation und seiner Kontrole gerade in Preußen dringend einer Reorganisation bedarf, wird auch in der Denkschrift zugestanden. Der Landwirthschaftliche Centralverein für die Provinz Sachsen war es, der seinerzeit sowohl bei der Staatsregierung wie bei dem Deutschen Landwirthschaftsrath diese Frage zuerst zur Erwägung gestellt hat. Eine kürzlich von unserer Landwirthschaftskammer veranstaltete Enquête für die Provinz Sachsen und die angrenzenden Staaten hat ergeben, daß von 859 gewerbsmäßigen Gesindevermittlern 200, d. i. 23,3 Prozent, schon vorbestraft sind; einzelne von ihnen hatten Zuchthausstrafen wegen Sittlichkeitsverbrechen, Meineid und Brandstiftung abgesessen, viele waren mit Gefängniß wegen Diebstahls, Unterschlagung, Betrugs, Hehlerei u. s. w. ein oder mehrere Male bereits bestraft.

Hier werden sowohl eine reichsgesetzliche Ordnung (§ 35 der Gewerbeordnung), wie landespolizeiliche Verordnungen in Kraft treten müssen, wenn die geradezu bedenklichen Zustände, welche heute herrschen, beseitigt werden sollen.

Auch von dem Gesetzentwurfe, betreffend den Verkehr mit Butter, Käse, Schmalz und ihren Ersatzmitteln, spricht die Denkschrift. Dieselbe stellt sich auf den Boden, daß eine Verschärfung der heutigen gesetzlichen Bestimmungen nothwendig sei. Sie bedauert aber, daß der Reichstag die Gesetzesvorlage der Bundesregierungen, welche im vorigen Jahre von denselben eingebracht wurde, abgelehnt hat. Diesem Bedauern kann ich mich nicht anschließen, sondern ich bin der Meinung, daß, soll das Uebel an der Wurzel gefaßt werden, in schärferer Weise vorgegangen werden muß, wie die Reichsregierung das beabsichtigte. Zur Beleuchtung des Umfanges der Margarinefabrikation theile ich aus der Denkschrift folgende Zahlen mit:

Während 1887 Deutschland 45 Margarinefabriken besaß, mit einer Jahresproduktion von ungefähr 15 Millionen Kilo und einem Verkaufswerth von ca. 18 Millionen Mark, sind heute 73 Margarinefabriken mit einer Jahresproduktion von etwa 90 Millionen

Kilo und einem Verkaufswerth von rund 117 Millionen Mark im Reiche vorhanden.

(Hört, hört!)

Die Sache wäre nicht so sehr ernst, wenn zur Herstellung der Margarine nur thierisches Fett, und vorwiegend das heimischer Provenienz verwendet würde. Aber wir wissen ja, daß die Fettsubstanzen der Margarine zumeist vegetabilischer Herkunft sind und von ausländischen Oelen stammen. Hoffentlich bringt uns die diesmalige Reichstags-Session eine nochmalige Berathung des Gesetzes. Dasselbe muß meines Erachtens vor allem folgende Leitpunkte enthalten:

a) genaue Definirung des Begriffs „Margarine“; nur aus einer solchen kann Straffälligkeit im gegebenen Falle vom Richter gefolgert werden,
b) höhere Strafen bei Gesetzesübertretungen, insbesondere gegen doloses Mischen und Verkaufen von Margarine als Naturbutter, sowie Festlegung eines derartigen Vergehens als Betrug,
c) getrennte Verkaufsräume, vielleicht mit einer Begrenzung nach unten hinsichtlich der Einwohnerzahl hierbei in Betracht kommender Städte,
d) die Einführung eines latenten Färbemittels zur Erleichterung der Kontrole und
e) amtliche Untersuchung der vom Auslande kommenden, für die Margarinefabrikation bestimmten Fette und Oele.

Wir fordern nicht mehr, als wir zum Schutze der heimischen Naturbutterproduktion und zum Schutze der Gesundheit des Volkes zu fordern berechtigt sind. Wir wünschen aber auch, daß unter allen Umständen der Margarinefabrikation der Schein, Molkereiprodukte herzustellen, genommen werde!

(Bravo!)

Wie Gesetze auf andern Gebieten der Volksernährung vor Betrug und seinen schädlichen Folgen schützen, so soll und muß es auch hier sein.

Die Denkschrift erwähnt auch der Kornhäuser, und daß von der Staatsregierung zu einem Versuch mit denselben drei Millionen Mark zur Verfügung gestellt sind. Ich erblicke in der Errichtung landwirthschaftlicher Kornhäuser ein Experiment, welches

in manchen Bezirken Deutschlands gelingen und für die Landwirthschaft auch Nutzen schaffen kann; eine allgemeine Einwirkung auf Konjunktur und Preisbildung würden die Kornhäuser aber dann erst bringen, wenn sie netzartig über ganz Deutschland verbreitet wären. Gegenwärtig riskiren die Landwirthe, welche Kornhäuser einrichten, entschieden mehr, als der Staat mit seinen drei Millionen. Der Versuch muß aber gemacht werden, und ich hoffe von der Kraft der genossenschaftlichen Arbeit, daß er auch gelingen werde. Eine Lösung der Frage der Getreidepreisbildung dürfen wir aber, auch im günstigsten Falle vorerst nicht erwarten, nur eine bessere Absatzmöglichkeit für den Einzelnen und eine rationelle Ausnutzung des Lombards für die betheiligten Landwirthe.

Ich übergehe die in der Denkschrift ebenfalls erwähnte Frage des Ankaufs landwirthschaftlicher Erzeugnisse seitens der Staatsbehörden, und verweise auf die zahlreichen Publikationen, welche in dieser Sache in der letzten Zeit in die Oeffentlichkeit gelangt sind. Ich sehe im direkten Ankauf vom Landwirthe mehr eine Sache von ethischer, wie von nennenswerther materieller Bedeutung, insbesondere, wenn durch denselben vermieden wird, daß der Fiskus seinen Bedarf mit ausländischer Waare deckt, was leider in Körnerfrüchten und Fleischkonserven noch zuweilen geschieht. In letztgenannter Beziehung ließe sich allerdings noch manches sagen, was beweisen würde, daß wir das Ausland auch jetzt schon in dieser Richtung entbehren könnten.

Die Denkschrift spricht ferner unter anderem auch von den Auseinandersetzungssachen, die bislang vielfach nach meiner Ansicht zu langsam abgewickelt und zu bureaukratisch gehandhabt wurden.

Zwischen der sogenannten Provokation und der Planüberweisung sind bei Gemeindezusammenlegungen nicht selten Zwischenräume von 10, 15, 20 und mehr Jahren vorgekommen, die in solchem Falle den Ruin der Grundbesitzer einer Gemeinde herbeiführen müßten, weil jede Melioration und Kulturentwickelung in der Zeit stockte und die Disposition über das Eigenthum eine sehr beschränkte blieb.

Für die geologische Landaufnahme der norddeutschen Tiefebene sind Provinzial- und Staatsmittel verwendet; ich

wünschte nur, daß die Publikation der Ergebnisse dieser Landesaufnahmen im Interesse der Landeskultur viel mehr populär gemacht und mehr wie bisher in die weiten Kreise unserer praktischen Landwirthe getragen würde. In den Aktenschränken der Ministerien werden die Früchte solch mühsamer, kostspieliger Erhebungen kaum den wirthschaftlichen Nutzen bringen, den zu bringen sie eigentlich bestimmt sind. Der Staat müßte die Karten unentgeltlich an Gemeinden, Korporationen ꝛc. zu Tausenden von Exemplaren vertheilen.

Ueber das Landwirthschaftskammergesetz ist eine eingehende Betrachtung in der Denkschrift niedergelegt. Ich enthalte mich einer näheren Beleuchtung dieses Gesetzes sowohl, wie auch der Darlegungen in der Denkschrift, denn ich bin wohl einer der Hauptmitarbeiter im Parlament gewesen, dasselbe überhaupt zur Annahme zu bringen. Meine Auffassung von der Sache ist die, daß die Landwirthschaftskammern ein dringendes Bedürfniß für die Konsolidirung der landwirthschaftlichen Interessen einer Provinz sowie des Staates gewesen sind und daß eine Kammer das sein wird, was eine Provinz aus ihr zu machen versteht. Der Rahmen für die freie Thätigkeit der Kammern ist im Gesetz weit genug gespannt und eine bureaukratische Bevormundung derselben erscheint dann kaum denkbar, wenn man sie sich nicht freiwillig gefallen läßt.

Daß die Kammern den Bund der Landwirthe ersetzen sollten, ist vom Anfang an eine unrichtige Auffassung gewesen, und diejenigen, die darauf hofften oder befürchteten, daß der Gang der Sache sich so gestalten werde, haben sich gründlich getäuscht. Ich gehöre im übrigen zu denjenigen, die meinen, daß, wenn der Bund der Landwirthe nicht schon bestünde, er sofort ins Leben gerufen werden müßte. Seine Aufgaben sind wesentlich andere, wie die der Kammern und beide haben genug zu thun, wenn sie alle die Aufgaben lösen wollen, die ihnen obliegen. Bedauerlich ist es, daß noch 3 Provinzen kammerlos sind und ebenso bedauerlich, daß wir noch keine Centralkammer besitzen bezw. daß noch keine Reorganisation des Landesökonomiekollegiums in Rücksicht auf die Einrichtung der Kammern vorgenommen ist. Diesem Ziele werden wir unter allen Umständen zustreben müssen, denn die Entfaltung und Wirksamkeit der Kammern wird durch eine Centralstelle zweifellos wesentlich gefördert.

Auch der Deutschen Landwirthschaftsgesellschaft, die ja allerdings mit Staatsmaßregeln und Staatseinrichtungen nichts zu thun hat, ist in der Denkschrift gedacht. Ich finde das eigentlich nicht ganz logisch, weil es sich in dieser doch nur um Maßnahmen des Staates handelt. Ich begreife aber, daß man die Gelegenheit benutzen wollte, um der Deutschen Landwirthschaftsgesellschaft offiziell eine Anerkennung zu zollen, die sie in der That auch vollkommen verdient. Sie ist eine mächtige Vereinigung gebildeter Landwirthe geworden, welche ihresgleichen in Europa sucht und welche heute mit der viel gepriesenen Königlichen Landwirthschaftsgesellschaft in England zweifellos mit Erfolg sich messen kann. Daß die Landwirthschaftsgesellschaft sich dauernd von der Politik entsprechend ihrem Grundgesetze ferne gehalten hat, ist anzuerkennen und hat wohl zu ihrem so erfreulichen Aufschwunge wesentlich beigetragen.

Die Denkschrift befaßt sich ferner in sehr eingehender Weise mit dem, was ich Eingangs meines Vortrages als Abschnitt c bezeichnet habe, nämlich mit der Förderung der Landwirthschaft auf technischem Gebiete. Rückhaltlos und dankbar erkenne ich an, daß in den letzten Jahren, um die produktive Leistungsfähigkeit der preußischen Landwirthschaft zu steigern und zu fördern, sehr Vieles von Staatswegen geschehen ist, mehr vielleicht als Jahrzehnte lang vorher.

Zu den neueren Maßregeln, welche besondere Beachtung verdienen, gehört auch die **Preußische Central-Genossenschaftskasse** im Dienste des Genossenschaftswesens, die Dank der Tüchtigkeit ihres hervorragenden Leiters heute schon viel Segen unserer Landwirthschaft durch die Gewährung genossenschaftlichen Personal-Kredits bringt. Dieses Institut ist entschieden noch sehr entwickelungsfähig und es wird wohl bald die Zeit kommen, wo aus Staatsmitteln eine weitere Steigerung ihrer Fonds gefordert werden muß.

Die Ueberweisung von öffentlichen Geldern zu diesem Zweck ist keine Liebesgabe, sondern es ist im Gesetz und in den Ausführungs-Bestimmungen zu demselben vorgesehen, daß eine entsprechende Verzinsung mit der Zeit herbeigeführt werden muß; haben doch auch Handel und Kaufmannschaft in der Seehandlung seit langer Zeit ein ähnliches ihnen sehr dienstbares Institut. Daran muß stets erinnert werden, denn die preußische Central-Genossenschaftskasse

ist manchen Leuten, denen jede aktuelle, über Schönrednereien hinausgehende Unterstützung unseres Gewerbes unangenehm erscheint, ein Dorn im Auge.

Eine Hauptforderung wird bleiben, daß bei der Preußischen Central-Genossenschaftskasse ein niedriger und möglichst dauernder Zinsfuß für die genossenschaftlichen Darlehen die Grundlage der Operation bilde. Das entspricht den traurigen Rentabilitätsverhältnissen der Landwirthschaft einerseits und der Eigenart ihres Betriebes andererseits.

Für die Förderung des Ackerbaues, der Viehzucht, der Wissenschaften u. s. w. sind die Etats des landwirthschaftlichen Ministeriums in den letzten Jahren wesentlich gewachsen. Sie betrugen im Jahre 1893/94 1 378 000 Mark und belaufen sich heute auf 2 078 000 Mark.

Wenn ich auch diese Steigerung dankbar anerkenne, so muß ich doch daran erinnern, daß diese Summe in Rücksicht auf die Bedeutung der Landwirthschaft in Preußen und auf die vielfältigen Aufgaben, welche gerade in dieser traurigen Zeit mit größerem Nachdruck wie früher gelöst werden müssen, immerhin eine verhältnißmäßig noch sehr bescheidene ist. Wir waren früher nicht verwöhnt und erkennen nun diese Steigerung vielleicht dankbarer an, als bei sachgemäßer Erwägung berechtigt erscheint.

Wenn wir berücksichtigen, welche enormen Summen der Industrie und dem Handel seit Jahrzehnten aus dem Staatssäckel für die verschiedensten Aufwendungen zugeflossen sind, so erscheinen die für unser Gewerbe jährlich überwiesenen Beträge eigentlich immer noch als recht gering. Ich erinnere daran, was der Bau von Kanälen und von Häfen in Hamburg, Bremen 2c. an Mitteln beanspruchte, was die Regulirung und Vertiefung der Flüsse im Interesse der Handelsschifffahrt beansprucht und was sonst in verhältnißmäßig kurzer Zeit für den großen Verkehr aufgewendet werden mußte; es sind das viele hundert Millionen!

(Sehr richtig!)

Diese Gegenüberstellung soll nicht als ein Beweis der Undankbarkeit und Unersättlichkeit aufgefaßt werden, sondern nur dafür wirken, daß man die Thatsachen nicht zu günstig ansieht, sondern sie im richtigen Lichte betrachte und weitere Steigerung als berechtigt fordere. Auf die einzelnen Zweige der Landwirthschaft ein-

zugehen und Ihnen kritisch vorzuführen, in welcher Weise der Staat fördernd auf sie gewirkt hat, will ich unterlassen; ich glaube, das geschieht am besten bei den Landwirthschaftskammern und den landwirthschaftlichen Vereinen. Trotz der Noth der Zeit erfreuen wir uns einer mächtigen Fortentwickelung der Technik in unserem Gewerbe. So sehr wir uns bewußt sind, daß dieser Fortschritt nothwendig ist, so wissen wir aber auch, daß alle unsere Bestrebungen sowie die diesbezügliche Staatshilfe wohl die Noth lindern, dieselbe aber nicht beseitigen können!

Wir wollen auch ferner muthig weiter arbeiten, denn es wäre unklug, dem Pessimismus zu viel Spielraum zu gewähren. Gerade in dieser Zeit dürfen wir uns durch ihn nicht überwinden lassen, weil wir unsere ganze Kraft, unseren ganzen Muth und unsere ganze Energie dringend bedürfen im Kampfe zur Erringung dessen, was wir auf dem Gebiete der großen Mittel nöthig haben, um unsere liebe Landwirthschaft dauernd existenzfähig zu erhalten.

Meine Resolution befindet sich in Ihren Händen; sie soll das ausdrücken, was wir hinsichtlich der ganzen Lage unserer Landwirthschaft und insbesondere der Stellungnahme der Denkschrift zu derselben meinen und glauben.

Wenn Sie mit meinen Ausführungen einverstanden sind, was ich annehmen zu dürfen mir schmeichle, so bitte ich also um die Annahme meiner Thesen, welche lauten:

1. Die von der Königlichen Staatsregierung „über die zur Förderung der Landwirthschaft in den letzten Jahren ergriffenen Maßregeln“ erkennt den Nothstand des landwirthschaftlichen Gewerbes in Preußen unumwunden an.
2. Die in der Denkschrift enthaltenen Darlegungen zeigen, daß die Preußische Staatsregierung die Förderung der landwirthschaftlichen Technik in den letzten Jahren sich in hervorragendem Maße hat angelegen sein lassen.
3. Es ist zur Linderung der schweren Nothlage der Landwirthschaft auf dem Gebiete der sogenannten kleinen Mittel einiges geschehen, manches in Aussicht genommen.
4. Die Vereinigung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer erwartet aber eine durchgreifende und dauernde Besserung der Verhältnisse nur von großen, gesetzgeberischen Maßregeln, wie sie insbesondere

a) in der erfolgreichen Abwehr des Ueberangebotes ausländischen Getreides,

b) in einer den Schutz der nationalen Arbeit bedingenden Währungsreform,

c) in der durch die Gesetze gebotenen strengen Durchführung der Börsenreform und der internationalen Regelung derselben

bestehen.

Ich habe hier anerkannt, was anerkannt werden muß und kritisirt, was im Interesse der Klarheit und Wahrheit meines Erachtens eine Kritik verlangte.

Zum Schlusse möchte ich Sie noch einmal daran erinnern, daß wir uns in einer sehr ernsten Zeit befinden, die unter allen Umständen unsere Einigkeit fordert, damit wir Schulter an Schulter kämpfen und Schulter an Schulter, so Gott will, endlich siegen, das heißt das erreichen können, was wir für unsere Landwirthschaft und weiterhin für unser Volk bedürfen.

Wir müssen uns auf einiges Zusammenstehen umsomehr vorbereiten, als in den nächsten Jahren die Parlamentswahlen wieder vor sich gehen werden; von der Zusammensetzung unseres Reichstages und unseres Abgeordnetenhauses aber hängt dieses Mal viel für die Zukunft ab.

Die landwirthschaftliche Frage muß infolge des Zwanges der Verhältnisse einer endlichen Lösung entgegengeführt werden, wenn nicht Tausende und aber Tausende von braven und tüchtigen Existenzen noch verloren gehen sollen. Es ist wahrlich Gefahr im Verzuge und jede Versäumniß und jedes Zaudern mag sich bitter rächen. Wollen wir auch nicht vergessen, daß die deutsche Landwirthschaft Deich und Wall für Thron und Altar stets sein und bleiben wird. Der Nährstand ist für das Vaterland auch der Kern und die Kraft des Wehrstandes. Viel Feinde im Innern und viel Feinde an den Grenzen lauern auf den Moment, wo Schwäche uns befällt. Diese Schwäche wird aber niemals eintreten, wenn die deutsche Landwirthschaft und der deutsche Mittelstand dem Vaterland gesund und leistungsfähig erhalten bleiben, und das möge Gott so lenken!

(Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Graf **von Mirbach**-Sorquitten: Ihr Beifall, meine Herren, überhebt mich der Pflicht, dem hochverdienten Herrn Referenten, der, wie immer, seine Aufgabe in so glänzender Weise gelöst hat, den besonderen Dank der Gesellschaft auszusprechen. Ich bitte Sie aber gleichwohl, durch Erheben von den Plätzen Ihren Dank noch besonders zum Ausdruck zu bringen.

(Die Versammlung erhebt sich.)

Stellvertretender Vorsitzender Dr. **von Frege-Weltzien**: Ich ertheile dem Korreferenten, Herrn Grafen von Mirbach-Sorquitten das Wort.

Zweiter Berichterstatter Rittergutsbesitzer Graf **von Mirbach**-Sorquitten: Meine Herren, nach dem sehr umfassenden Vortrage ist es für mich eigentlich ausgeschlossen, noch näher auf das Thema einzugehen. Ich werde daher nur noch einige wenige Streiflichter auf einzelne Fragen werfen, die vielleicht mehr dasjenige zum Ausdruck bringen, was meiner persönlichen Auffassung entspricht.

Ich stimme mit dem Herrn Referenten darin vollkommen überein, daß wir dem Herrn Landwirthschaftsminister zu Dank verpflichtet sind einmal dafür, daß er uns eine derartige Arbeit, wie sie uns in der Denkschrift vorliegt, unterbreitet hat — sie ist überaus werthvoll —, und auf der anderen Seite will ich ohne Weiteres anerkennen, daß er in der That auf dem Gebiete der Technik, und soweit sonst der Rahmen seines Ressorts sich erstreckt, um die Landwirthschaft sich wesentliche Verdienste erworben hat. Meine Herren, darüber besteht gar kein Zweifel, und ich freue mich, dies von dieser Stelle zum Ausdruck bringen zu können. Aber, meine Herren, die Situation des Preußischen Landwirthschaftsministers ist eine überaus schwierige; er streift selbst in den kleinen Fragen schon an die Kompetenz des Reiches heran und an Kreise, deren Wohlwollen gegenüber der Landwirthschaft vielleicht doch nur platonischer Natur ist, deren Wohlwollen sich jedenfalls bis jetzt uns gegenüber noch nicht wirksam gezeigt hat. Das läßt sich nun einmal nicht ändern, wir müssen es aber meines Erachtens zum Ausdruck bringen, daß man in Preußen wenigstens den wirklich ernstlichen Versuch gemacht hat, soweit es anging, der Landwirthschaft zu helfen. In den leitenden Machtsphären des Reiches vermissen wir allerdings die Initiative, die wir eigentlich zu erwarten hätten.

(Sehr richtig!)

Hinsichtlich der Frage der Beseitigung der Zollkredite stimme ich mit dem Herrn Referenten vollkommen überein. Es handelt sich hier in der That um eine einfache Frage der Gerechtigkeit, und wir müssen allerdings dringend wünschen, daß hinsichtlich der Beseitigung der Zollkredite für alle diejenigen Dinge, die aus dem Auslande importirt werden, etwas mehr Energie prästirt und ein etwas schnelleres Tempo angeschlagen werde.

Die Margarinefrage ist ja gestern erledigt worden. Ich muß sagen: ich halte den Tag, an welchem der Reichstag im vorigen Sommer über die Sache entschieden hat, geradezu für einen dies nefastus. Es lagen sachliche Gründe zur Ablehnung nicht vor, es lagen Präzedenzen und Erfahrungen aus anderen Ländern vor, die dafür sprachen, die Bahn zu betreten, die der Reichstag der Regierung vorschlug; dennoch konnte man sich nicht entschließen, zuzustimmen. Das ist lebhaft zu bedauern.

Ich möchte nun die Tarif-Frage streifen. In der Denkschrift ist die Frage der Tarife des Transportes unserer Produkte nach den Seehäfen mit der Frage des Fortfalls des Identitätsnachweises verknüpft erwähnt worden, und es ist darauf hingewiesen worden, daß diese Tarife ganz erheblich ermäßigt seien. Ich glaube, es besteht allerdings ein solcher ermäßigter Tarif von Bromberg, oder sonst wo her; ich kann aber nur konstatiren, daß bei uns in Ost- und Westpreußen der wirklich bedauerliche Zustand bestehen geblieben ist, daß wir einen Frachtsatz von 4 Mark 50 Pfennige pro Tonnenkilometer zahlen müssen, und dies, meine Herren, ist eine ganz exorbitante Belastung unserer Getreideproduktion. Ich habe gestern im Herrenhause der Thatsache Erwähnung gethan, daß ein Waggon Getreide von einem Theil meiner Besitzungen bis Königsberg einen Frachtsatz von ca. 70 Mark zu tragen hat. Wenn Sie demgegenüber den Preis eines Waggons Roggen in Rechnung bringen, wollen Sie erwägen, welch außerordentliche Belastung unserer Produktion darin liegt. Ich meine daher, wir haben allen Anlaß, im Osten und auch anderswo dahin zu wirken, daß wir billige Tarife nach den Seeplätzen bekommen, und darüber ist ja auch eine Dissonanz zwischen dem Osten und dem Westen nicht vorhanden. Die Frage der Tarife will ich im übrigen nicht anschneiden, das würde mir wahrscheinlich auf Ihrer Seite wenig Wohlwollen erwecken, und ich bin ja doch auf Ihr Wohlwollen in hohem Maße angewiesen. (Heiterkeit.)

Sodann, meine Herren, komme ich zu der Frage der Rentengüter und da finde ich in der Denkschrift folgenden Satz:

„Es galt, in den Landestheilen mit ungleicher Grundbesitzvertheilung durch Schaffung mittlerer und kleinerer ländlicher Stellen das besonders in den östlichen Provinzen fehlende, wirthschaftlich wie sozial gleich wichtige Mittelglied zwischen dem Großgrundbesitz und dem besitzlosen Arbeiter herzustellen, einen seßhaften ländlichen Arbeiterstand zu schaffen, der Auswanderung, der Sachsengängerei und dem überhandnehmenden Drängen nach den großen Städten entgegen zu wirken, eine intensivere Ausnutzung des Bodens durch Schaffung günstigerer Vorbedingungen für seine Bewirthschaftung in abgerundetem Besitz von mäßigem Umfange zu ermöglichen, eine bessere Vertheilung der Bevölkerung auf dem platten Lande anzustreben und für dieses alles eine weitgehende Unterstützung durch Einsetzung des Staatskredits eintreten zu lassen.

Die Erfolge dieser Bestrebungen sind, wie sich aus nachstehenden Angaben ergiebt, günstige gewesen."

Ich stehe unbedingt, und, wie ich glaube, mit allen politischen Freunden — ich darf hier wohl von der ganzen konservativen Partei sprechen — auf dem Boden, daß wir dem Prinzip der Idee des Rentengutes durchaus wohlwollend gegenüberstehen. Aber die Theorie, der wir heute noch huldigen, hat nach meiner Erfahrung in der Praxis sich durchaus nicht bewährt. Meine Herren, was wir im Osten mittelst der Rentengüter geschaffen haben, sind nicht seßhafte Arbeiter, sondern ausnahmslos Sachsengänger. Ferner: die Zerschlagung des Grund und Bodens wäre ja dann berechtigt, wenn überall bei uns ein Uebermaß von Großgrundbesitz existirte. Aber, meine Herren, das Gegentheil trifft in sehr vielen Kreisen zu und das läßt sich leicht beweisen. Sodann: ein entscheidender wirthschaftlicher Gesichtspunkt bei uns ist der der Winterarbeit, d. h. der Wald. Da es keine ländlichen Gemeindewaldungen im Osten giebt, so kann es sich außer dem Staatswalde hierbei nur um den mittleren und großen Besitz handeln. Was geschieht nun? Es werden Güter zerschlagen und verkauft, der Wald verschwindet, und der letzte feste Punkt für die Winterarbeit geht damit verloren.

(Sehr richtig!)

Der Herr Referent hat schon ausgeführt, daß die großen und mittleren Güter die Träger der landwirthschaftlichen Kultur sind, und der Herr Minister ist noch sehr viel weiter gegangen als wir: er hat in seiner Antrittsrede seinerzeit im Abgeordnetenhause gesagt: die Domänen müssen erhalten werden, sie sind der Sitz der Intelligenz der landwirthschaftlichen Technik, und es wäre ein verhängnißvoller Schritt, wenn man daran ginge, die Domänen zu zerschlagen. Dasselbe gilt doch hinsichtlich der meisten größeren Güter. Man mag nun dieser Frage noch so wohlwollend gegenüberstehen, meine Herren, die Erfolge, die bisher erzielt worden sind, möchte ich beinahe mit den entgegengesetzten Worten bezeichnen, als es in der Denkschrift geschieht; es sind bisher auf diesem Gebiete nur Mißerfolge erzielt worden. Das muß man einmal mit voller Rückhaltlosigkeit aussprechen und nicht länger verschweigen. Ich will Ihnen etwas vorlesen aus einem Werke, es heißt: „Die Rentengutsbildung in Preußen. Eine wirthschaftliche und eine soziale Gefahr für die Ostprovinzen der Monarchie", verfaßt von dem Regierungs- und Landesökonomierath Chüden in Merseburg. Das ist ein Fachmann und ein Mann, der in amtlichen Stellungen diesen Dingen nahegestanden hat, und da gestatten Sie mir, meine Herren, Ihnen aus diesem Werke nur zwei Sätze vorzuführen. Der erste lautet:

> „Die Regel wird sein, daß der Erwerber, ungeachtet der sogenannten ersten Freijahrs- und der geringen Staatsbeihülfen, die für Anlage von Wegen und sonstige gemeinschaftliche Anlagen gewährt werden, sich die ersten Jahre unter Entbehrungen aller Art und unter Zusetzung seines sauer ersparten kleinen Vermögens nothdürftig über Wasser hält, um dann verbittert und moralisch und physisch gebrochen mit seiner unglücklichen Familie ins Proletariat hinabzusinken."

(Hört, hört!)

Meine Herren, ich glaube, das ist ziemlich deutlich, und dann weiter:

> „Nach Lage der Sache wird volles Licht in die Rentengüterbildung nur durch die örtliche Untersuchung einer unparteiischen Sachverständigen-Kommission in größerem Maßstabe an der Hand des zugehörigen Aktenmaterials zu bringen sein. Je eher die Volksvertretung

darauf dringt, um so besser für den Staat und die große Zahl kleiner kinderreicher Familien, die im Elend dahinleben, bis sie in Verbitterung der Sozialdemokratie zum Opfer fallen."

(Sehr richtig!)

Nun, meine Herren, dem brauche ich wohl nichts hinzuzufügen. Es ist ja ganz allgemein, sowohl von unseren politischen Freunden wie von unseren Gegnern als richtig rezipirt worden: Die beste Besitzvertheilung ist eine richtige Mischung von Groß-, Klein- und Mittelbesitz; daran muß man festhalten. Daraus folgt doch, daß, wenn in einzelnen Kreisen bei uns gar kein Großgrundbesitz vorhanden ist, so muß dort solcher neubegründet werden. Ich möchte in der That wünschen, daß im Osten der Versuch gemacht würde, einmal wieder Staatsdomänen ins Leben zu rufen, wo möglich in Anlehnung an großen Waldbesitz; damit würde wirthschaftlich erheblich mehr geholfen sein, als durch die jetzt beliebte Zerschlagung.

(Sehr richtig!)

Nun weiter. Ich möchte noch einen Blick werfen auf die Kultivirung unserer Moorländereien. Ich meine, auch da wird eine gewisse Vorsicht nothwendig sein. Ich möchte den Gedanken zur Erwägung stellen, ob es sich nicht empfiehlt, in sehr vielen Fällen die Mittel, die für die Kultivirung der Moore verwendet werden, lieber zu verwenden für ihrer Natur nach zum Ackerbau geeignete Böden, und öde Moorländereien, wenigstens in manchen Gegenden, in Wald überzuführen.

(Sehr richtig!)

Es vollzieht sich bei uns eine überaus bedenkliche Zunahme der Trockenheit, der Dürren, und wir müssen meines Erachtens dahin streben, die natürlichen Verhältnisse, die uns davor schützten, wieder zurückzurufen, vor allem die Wasserreservoire zu erhalten, zu denen die Moore doch auch gehören, und sie nicht ganz willkürlich und in großem Umfange zu zerstören. Das ist ein Gedanke, der, glaube ich, neu ist, er klingt vielleicht etwas kulturfeindlich; aber ich glaube doch, Recht zu haben, wenn ich sage: erhalten wir uns die Feuchtigkeitsreservoire und gehen wir nicht systematisch mit ihrer Vernichtung vor.

(Sehr richtig!)

Platz für Ansiedelungen ist überall bei uns auf landwirthschaftlich nutzbarem Boden; es kommt nur darauf an, die Landwirthschaft

in eine Lage zu bringen, daß das Ansiedeln wieder prosperirt. Darin liegt der Kern der ganzen Agrarfrage.

(Bravo!)

Dann noch ein Beispiel aus dem Gebiete der Handelsverträge. Es ist in der Denkschrift hingewiesen worden auf die erheblichen Bemühungen des Landwirthschaftlichen Ministeriums hinsichtlich der Hebung der Fischerei. Meine Heimathsprovinz Ostpreußen hat ein großes und reiches Seengebiet, und deren Produkt, die Fische, gehen zu einem erheblichen Theile nach dem benachbarten Polen, schon wegen der katholischen Bevölkerung, die dort in den Fastentagen außerordentlich viel Fische konsumirt. Das ist unser altes Hauptabsatzgebiet. Nun hatte die russische Regierung einige Jahre vor dem Handelsvertrage mit Rußland einen erheblichen Zoll auf den Import von Fischen gelegt. Nichts wäre doch leichter gewesen, hier bei den Verhandlungen über den russischen Handelsvertrag für diesen an und für sich, wenn man es im Rahmen des großen Ganzen betrachtet, für Rußland ja nur geringwerthigen, aber doch für eine Provinz wie Ostpreußen, die wirthschaftlich so außerordentlich schwierig gestellt ist, doch immerhin ins Gewicht fallenden Artikel, eine günstigere Position im Handelsvertrage zu erlangen. Natürlich keine Spur davon! Fische sind ja freilich auch ein Bodenprodukt, und die deutschen Bodenprodukte mußten ja sammt und sonders in die Pfanne gehauen und recht gründlich geschädigt werden.

(Sehr richtig! und Heiterkeit.)

In Bezug auf die landwirthschaftliche Kreditfrage steht in der Denkschrift, es wäre alles geschehen, um die Kreditgewährung zu beschleunigen und in einfachere Bahnen zu lenken. Ja, meine Herren, die Absicht hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube. Nach meinen Erfahrungen dauert die Regulirung eines landschaftlichen Kredits wohl fast immer nahezu ein Jahr. Das Verfahren ist und bleibt außerordentlich komplizirt. Die Eintragung der Schuldurkunde bei Gericht dauert fast stets außerordentlich lange. Es werden dadurch dem Kreditnehmenden erhebliche Inkonvenienzen bereitet, ganz abgesehen von der Eventualität, daß in einem Zeitraum von 10—12 Monaten eine erhebliche Kursverschiebung bei den Pfandbriefen eintreten kann, wie wir sie ja vor zwei, drei Jahren gehabt haben. Wenn also Jemand schnell eine

Kreditoperation bei der Landschaft machen will, oder machen muß, kann er nicht mit festen Größen rechnen; er weiß nicht, welchen Kurs der Pfandbriefe er der Operation zugrunde legen kann. Also auch nach der Richtung muß noch erheblich mehr geschehen, und ich möchte die Herren bitten, wenn ihnen in ihren Kreisen Fälle von Verzögerungen bei den Gerichten bekannt werden, nachdrücklich darauf zu bestehen, daß bei dem Herrn Justizminister um Remedur nachgesucht wird, und daß solche Fälle öffentlich bekannt werden.

Meine Herren, ich will mich nicht weiter auf Einzelheiten einlassen, mich vielmehr auf eine Schlußbetrachtung beschränken.

Für mich ist von ganz besonderem Werth das Anerkenntniß der Nothlage der Landwirthschaft in dieser Denkschrift, und das Anerkennen der Bedeutung des Getreidebaues. Sie gestatten mir, daß ich die beiden Sätze, in denen letzteres vornehmlich zum Ausdruck kommt, verlese. Dieselben lauten:

> „Die vaterländische Landwirthschaft ist nach Lage ihrer allgemeinen wirthschaftlichen Bedingungen und besonders durch die klimatischen Boden- und Absatzverhältnisse vorzugsweise auf den Getreidebau angewiesen."

Und zweitens heißt es: „daß für absehbare Zeit in der Hauptsache die Rentabilität des Getreidebaues maßgebend für die Rente der meisten landwirthschaftlichen Betriebe sein wird."

(Hört, hört!)

Meine Herren, das ist, möchte ich sagen, das Allerwerthvollste für mich aus der gesammten Denkschrift.

Sie finden in einer Tabelle über die Getreidepreise für den Durchschnittspreis der Periode von 1861 bis 1870 als Verhältnißzahl 100 angenommen. Wenn Sie nun an dieser Verhältnißzahl 100 festhalten, so ist im Jahre 1895 bei Weizen ein Rückgang von nahezu einem Drittel, genau in Prozenten 32,4 Prozent, und beim Roggen ein Rückgang um nahezu ein Viertel, genau in Prozenten 23,8 Prozent, zu verzeichnen. Um soviel sind diese Hauptgetreidearten in diesen wenigen Jahren im Preise gesunken, und nun erwägen Sie, meine Herren, welch kolossale Mehrbelastung der Landwirthschaft auf dem Gebiete der Staats- und Kommunalabgaben, ferner auf dem der Gesetze für die Wohlfahrt der Arbeiter u. s. w. seit 1870 eingetreten ist!

(Sehr richtig!)

Bei uns, wo diese Dinge ja sehr viel schwerer ins Gewicht fallen, als im Westen, beträgt die Belastung aus dem Alters- und Invaliditätsgesetz bei den meisten Gütern mehr als die volle Grundsteuer.

(Hört, hört!)

Nun rechnen Sie dazu die Abgaben für die Unfallversicherung der landwirthschaftlichen Arbeiter — darin liegt ja auf der anderen Seite freilich auch eine gewisse Entlastung —, sie beträgt thatsächlich in vielen Kreisen bei uns die volle, ja bis zur anderthalbfachen Grundsteuer. Nehmen Sie diese enormen Belastungen zusammen mit dem Rückgang der Getreidepreise und halten Sie daneben das Zugeständniß, daß der Getreidebau das Essentiale, das Fundament für unsere ganze Landwirthschaft sei, dann, meine Herren, haben Sie die einfachste Erklärung für unsere Lage!

(Sehr richtig!)

Meine Herren, ich will ja nicht zum Pessimismus rathen, obgleich die Situation wirklich trostlos und gefahrdrohend ist. Was soll man aber dagegen thun? Die Zölle sind nach oben für sieben Jahre gebunden. Als einfachstes Mittel bliebe ja das Getreidemonopol in mildester Form, nennen Sie es Antrag Kanitz, oder wie sonst —, ich meine das Mittel zur Bildung eines mittleren Getreidepreises. Ich halte es wirklich für etwas Durchführbares und für Etwas, was sozial und wirthschaftlich außerordentlich nützlich sein würde. Aber es verstößt allerdings gegen alle Traditionen, die in den leitenden Kreisen besonders stark wurzeln. Vor der sogenannten öffentlichen Meinung müßte man sich allerdings nicht fürchten. Aber, meine Herren, wenn die verbündeten Regierungen sagen: das thun wir unter keinen Umständen — zwingen können wir sie ja nicht —, dann bleibt uns nur das andere Mittel übrig, daß wir direkt an den Weltmarktpreis herangehen und versuchen, ihn entsprechend zu reguliren, das heißt: die Beseitigung der Valutadifferenzen oder die Lösung der Währungsfrage.

Meine Herren, ich will Ihnen nur mit sehr wenigen Worten auseinanderzusetzen versuchen, weshalb diese Frage gerade jetzt so brennend ist. Als wir die ersten entscheidenden Handelsverträge abschlossen, im Jahre 1891, kostete die Unze Silber 45 Pence, der Preis der Unze Silber ist im Jahre 1894/1895 bis auf 29 Pence

gesunken, heute steht er etwa auf 30 Pence. Seit dem Moment, wo das Silber diesen Tiefstand erreicht hat, das heißt: weniger als die Hälfte seines früheren Werthes, ist die Frage erst eine so akute, eine thatsächlich entscheidende geworden. Wenn Sie daran festhalten, daß das Silber über 50 Prozent gesunken ist, in Gold gemessen, und wenn trotzdem das Silber in den Silberländern seine volle Kaufkraft und seine volle Zahlkraft für alle Löhne und für alle Produktionskosten bewahrt hat, so werden Sie daraus entnehmen können, was es heißt, mit den Silberländern und mit den Ländern mit unterwerthiger Valuta zu konkurriren, und die Landwirthschaft — nicht die Industrie — konkurrirt ja gerade mit solchen Ländern. Die Preise für unsere Produkte werden durch diese Konkurrenz ceteris paribus um 50 Prozent heruntergedrückt, und wir stehen dieser Uebermacht gegenüber wehrlos da. Die verbündeten Regierungen haben uns in diese Zwangslage gebracht, sie haben die Zölle nach oben festgelegt, ohne sich irgendwie darum zu kümmern, wie die Valutadifferenzen sich entwickeln könnten und entwickeln würden. Und ich meine, es ist deren Pflicht, alles daran zu setzen, uns aus dieser Lage zu befreien, das heißt: mit gutem Willen und mit aller Energie an die Lösung der Währungsfrage heranzutreten.

(Bravo!)

Meine Herren, das ist kein Problem, kein Phantom, nichts Unerreichbares. Auf diesem Gebiete liegt heute die Entscheidung, und ich bitte Sie, lassen Sie diese Frage, für die ich gekämpft habe von Anbeginn an, nicht in ihrer Bedeutung zurückstehen gegenüber anderen Fragen.

(Lebhafter Beifall.)

Ich beschränke mich auf vorstehende kurze Ausführungen und komme zum Schlusse nochmals auf den Satz zurück: Das Fundament für die deutsche Landwirthschaft ist der Getreidebau, und ein Getreidepreis, bei dem die Landwirthschaft nicht mehr prosperiren kann, das ist der Ruin nicht nur der Landwirthschaft, sondern des ganzen Staates.

(Lebhafter, anhaltender Beifall.)

Stellvertretender Vorsitzender Dr. **von Frege-Weltzien**: Die Versammlung ist sicherlich damit einverstanden, daß wir auch unserm verehrten Korreferenten, dem Herrn Grafen von Mirbach für seine ebenso treffenden, wie beherzigenswerthen Ausführungen unsern

Dank aussprechen; ich bitte Sie, dies durch Erheben von den Sitzen zu bethätigen.

(Die Versammluug erhebt sich.)

Rittergutsbesitzer Graf **von Mirbach**-Sorquitten (den Vorsitz wieder übernehmend): Meine Herren, ich möchte Ihnen jetzt folgenden Vorschlag unterbreiten. Wir haben zwei Themata vor uns, und zwar ein sehr umfassendes, welches wieder organisch in zwei Abschnitte zerfällt. Vielleicht würde Herr von Kardorff die Güte haben, jetzt über den Theil zu referiren, über welchen er das Referat übernommen hat.

(Zustimmung.)

Also, meine Herren, wir treten jetzt in die Berathung des vorletzten Themas ein, indem wir zunächst einen kürzeren Theil herausgreifen, über den Herr von Kardorff zu berichten hat. Dann würde ich mir erlauben, die Frühstückspause eintreten zu lassen, und dann würde Herr Dr. Freudenstein über den größeren Theil des Themas uns sein Referat erstatten. Ich nehme an, daß die Herren mit diesem Vorschlage einverstanden sind.

(Zustimmung.)

Dann würden wir jetzt also übergehen zu dem Thema:

„Der landwirthschaftliche Realkredit und die Lombardirung der landschaftlichen Pfandbriefe durch die Reichsbank.“

Ich bitte Herrn von Kardorff, das Wort zu seinem Referat zu nehmen.

Berichterstatter Reichs- und Landtagsabgeordneter **von Kardorff**-Wabnitz: Meine Herren, die Herren Vorredner haben Ihnen von großen Mitteln gesprochen, durch die der schwer darniederliegenden deutschen Landwirthschaft aufgeholfen werden kann, den größeren Mitteln, von denen wir leider konstatiren müssen, daß sie von den verbündeten Regierungen und von unserer Preußischen Staatsregierung nicht gebilligt werden und nicht angewendet werden sollen. Ich habe Ihnen nur über ein kleines Mittel zu berichten, durch das der Landwirthschaft wenigstens etwas aufgeholfen werden könnte, ein Mittel, welches wir im Reichstage in Anregung gebracht hatten, ein durchaus kleines Mittel. Es handelte sich damals um den Antrag, die Differenz zu beseitigen, welche im Lombard-

zinsfuße der Reichsbank besteht zwischen der Lombardirung der landschaftlichen Pfandbriefe und der Lombardirung von Staatspapieren.

Meine Herren, bis zum Jahre 1887 — ich kann mich irren, es kann auch ein etwas früheres Jahr gewesen sein — war der Lombardzinsfuß bei der Reichbank für Staatspapiere und landschaftliche Pfandbriefe derselbe. Dann kam aber eine Zeit, in der große Staatsanleihen und Reichsanleihen gemacht wurden, und es erschien den damaligen Finanzministern nützlich, die Begebung dieser Anleihen dadurch zu erleichtern, daß sie den Staatspapieren einen günstigeren Lombardzinsfuß zudiktirten und den Lombardzinsfuß für die Pfandbriefe um $^1/_2$ Prozent erhöhten. Es hat dies zweifellos auf die Begebung unserer Staatsanleihen einen günstigen Einfluß ausgeübt. Umgekehrt aber ist das eingetreten, was man ja damals auch wollte — man wollte den Zinsfuß der Staatspapiere steigern —: es ist dementsprechend der Kurs der Pfandbriefe, wenn auch nicht viel, so doch etwas gesunken.

Wir glaubten nun, daß bei der gegenwärtigen, schwierigen Lage der Landwirthschaft, angesichts der Thatsache, daß jetzt eine große Menge von Grundbesitzern ihre Pfandbriefe zu konvertiren streben, gerade jetzt der Moment gekommen wäre, um den Lombardzinsfuß für Pfandbriefe den Staatspapieren wieder gleichzustellen. Ein diesbezüglicher Antrag war im Reichstag gestellt worden, und wir hatten eigentlich keinen Zweifel, daß dieser Antrag, dieses Minimum von den verbündeten Regierungen acceptirt werden würde. Aber wir hatten allerdings nicht gerechnet mit der intensiven Feindschaft, die von dem Herrn Reichsbankpräsidenten jeder landwirthschaftlichen Bewegung entgegen getragen wird. Meine Herren, der Herr Reichsbankpräsident Koch hielt zu unserm Erstaunen eine Rede, in der er unserm Auftreten durchaus feindlich gegenübertrat, und in welcher Weise dies der Fall war, darüber werden Sie sich am besten ein Urtheil bilden können, wenn Sie mir gestatten, daß ich ein paar Worte aus dem Anfange seiner Rede verlese:

> „Meine Herren, der Herr Antragsteller hat sich nicht mit den am 24. März d. J. von mir meiner Meinung nach erschöpfend ausgeführten Gründen begnügt, welche die Reichsbank zu ihrem bisherigen Verhalten hinsichtlich

der Beleihung der landschaftlichen Pfandbriefe bewogen haben, sondern darauf bestanden, daß dieser Antrag heute noch verhandelt wird. Ich kann nur dankbar sein, daß mir dadurch Gelegenheit gegeben wird, die damals angegebenen Gründe noch in einigen Punkten zu ergänzen. Ob Sie aber mit diesem Antrag Ihrer Sache genützt haben, bleibt außerordentlich zweifelhaft. Meine Herren, je mehr Kenntniß über die Natur der einzelnen Gattungen von Pfandbriefen besteht, je tiefer man in diese Materie einzudringen genöthigt ist, desto geringer wird im Publikum die Neigung zur Anlage darin wachsen."

Das war eigentlich eine Diskreditirung der Pfandbriefe den Staatspapieren gegenüber, eine Diskreditirung, die der Herr Reichsbankpräsident im weiteren Verlaufe seiner Rede dadurch zu rechtfertigen suchte, daß er darauf hinwies, daß in der Zeit, wo der Lombardzinsfuß für die Pfandbriefe und die Staatspapiere noch der gleiche gewesen sei, die landschaftlichen Pfandbriefe gleichwohl zeitweise einen niedrigeren Kurs gehabt hätten, wie die Staatspapiere; und er fügte noch zur weiteren Begründung hinzu: schon damals hatten die Pfandbriefe einen niedrigeren Kurs, weil die Staatspapiere den Weltmarkt haben, die werden an den großen Börsen mehr gehandelt, während der Pfandbrief nur sein engeres heimathliches Terrain sucht. Gleichwohl haben wir es erleben müssen, daß in den Kriegsjahren 1866 und 1870 unsere Pfandbriefe einen viel höheren Kurs hielten, als die Staatspapiere. Damals war das Verhältniß zwischen Staatspapieren und Pfandbriefen heftig alterirt zu Ungunsten der Staatspapiere. Also das große Publikum fand doch, daß der landschaftliche Pfandbrief das sicherste Papier war.

Infolge dessen glauben wir nun ein Recht zu haben, jetzt diese Forderung zu stellen. Eine Menge großer Banken ist jetzt gar nicht in der Lage, sich als Papiere, die sie einmal schnell lombardiren können, um Geldoperationen zu machen, Pfandbriefe zu halten, sondern sie müssen sich Staatspapiere halten. Die großen Banken in Berlin werden sich hüten, Pfandbriefe zu halten; die geben sie fort, und halten sich Staatspapiere, weil sie diese $^1/_2$ Prozent billiger diskontiren können beim Lombardverkehr. Es

wurde uns aber ausgerechnet, wenn die Pfandbriefe zu gleichen Sätzen lombardirt werden könnten, wie die Staatspapiere, so wäre es möglich, daß die Pfandbriefe 2, 3, ja bis zu 4 Prozent im Kurse steigen würden, und, meine Herren, was das besagen würde für diejenigen Herren, die jetzt konvertiren, weiß jeder, der sich in dieser Lage befunden hat oder noch befindet — denn die Konversion ist ja meist noch nicht abgeschlossen.

Nun sagte der Herr Reichsbankpräsident weiter: die Herren überschätzten den Nutzen sehr, es würde überhaupt gar keinen Nutzen bringen, aber eine große Mißstimmung hervorrufen, und wir können es gar nicht machen; denn es gäbe Papiere, die so gut seien, wie die Pfandbriefe, die ebensogut fundirt seien, denselben Zinsfuß hätten, und gleichwohl besser ständen, die Kommunal-Obligationen zum Beispiel. Wir hätten Kommunal-Obligationen, die zu demselben Zinsfuß lombardirt würden wie die Pfandbriefe und gleichwohl höher ständen; also welche Ungerechtigkeit würde es sein, wenn man sie nicht ebenso behandelte wie die Pfandbriefe! Ferner zog der Herr Reichsbankpräsident die großen süddeutschen Bodenkreditbanken zum Vergleich heran und sagte, daß dieselben dort die Stellung unserer landschaftlichen Institute verträten. Ja, meine Herren, die süddeutschen Bodenkreditbanken sind doch mit unseren Landschaften schwer zu vergleichen; das sind Erwerbsgesellschaften, und es ist schwer einzusehen, weshalb Pfandbriefe, die von solchen Erwerbsgesellschaften ausgegeben werden, nicht anders behandelt werden sollen, wie landschaftliche Pfandbriefe, die in unserem Lande mit das Fundament unseres ländlichen Kredits gebildet haben.

Wenn es von vornherein nicht zu Recht bestanden hätte, daß die Pfandbriefe und alle anderen Papiere immer zu einem gleichen Lombardzinsfuße angenommen worden wären, als die Staatspapiere, dann läge ja die Sache anders. Aber nun hat früher derselbe Zinsfuß für beide Klassen von Papieren bestanden; das ist nachher geändert worden und zwar notorisch deshalb, um zu ermöglichen, daß damals die Staatsanleihen und Reichsanleihen zu höheren Kursen untergebracht werden konnten. Heute ist die Nothlage der deutschen Landwirthschaft eine allgemein anerkannte, und wir glauben, daß gerade heute die Regierung gar kein Bedenken tragen dürfte, dieses Minimum, was wir verlangt haben, uns zu gewähren.

Aber nein, es ist nicht gewährt worden. Der Herr Reichsbankpräsident Koch, der unsere Währungs- und Finanzpolitik ja in einer der Landwirthschaft nicht wohlwollenden Weise beeinflußt, hat es zunichte gemacht.

Ich möchte aber, meine Herren, daß wir uns dabei nicht beruhigen, sondern dabei bestehen bleiben und diese Forderung immer von neuem erheben.

(Sehr richtig!)

Deshalb habe ich mir erlaubt, Ihnen folgende Resolution vorzuschlagen, um deren Annahme ich Sie bitte:

„Die Vereinigung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer bedauert auf das lebhafteste die schroffe Zurückweisung, welche dem im Reichstage gestellten und auf die Gleichberechtigung der landschaftlichen Pfandbriefe mit den staatlichen Schuldverschreibungen hinsichtlich ihrer Lombardirung durch die Reichsbank hinzielenden Antrage seitens des Präsidenten der Reichsbank zu Theil wurde. Die Vereinigung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer erkennt in der Zurückweisung dieses Antrages eine erhebliche Schädigung des landwirthschaftlichen Kredits, welcher bei der gegenwärtigen Lage der Landwirthschaft überaus schwer ins Gewicht fällt.

Die Vereinigung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer richtet daher

I. An den Herrn Reichskanzler das dringliche Ersuchen, derselbe wolle ungesäumt in eine nochmalige Prüfung dieser für die Landwirthschaft überaus wichtigen Frage eintreten und, falls erforderlich, eine Verstärkung der Mittel der Reichsbank zur besonderen Pflege des Lombardverkehrs veranlassen.

Ich möchte hier einschalten: der Herr Reichsbankpräsident sagte: der Lombardverkehr ist überhaupt für die Bank sehr gefährlich, denn in unruhigen Zeiten können solche Lombardpapiere schnell zurückgezogen werden, und es können dadurch der Bank Unannehmlichkeiten bereitet werden. Ganz richtig, aber das trifft nur den jetzigen Lombardverkehr; wenn man aber dazu überginge, daß man bestimmte Summen festlegte, in denen der Lombardverkehr bei der Reichsbank sich überhaupt nur bewegen darf, so

kann das unmöglich dazu führen, daß die landschaftlichen Pfandbriefe ungünstiger behandelt werden sollen, wie in früherer Zeit.

Die Nr. II meiner Resolution geht dahin:

II. An den Preußischen Herrn Minister für Landwirthschaft, Domänen und Forsten die Bitte, derselbe wolle die Gleichstellung der landschaftlichen Pfandbriefe mit den staatlichen Schuldverschreibungen hinsichtlich ihrer Beleihung durch die Reichsbank im Interesse des Kredits der Landwirthschaft nachdrücklich befürworten."

Meine Herren, lassen Sie mich noch ein Wort hier hinzufügen. Sie werden vielleicht aus den öffentlichen Verhandlungen ersehen haben, daß unsere Reichsbank im vergangenen Jahre durchschnittlich einen Diskontsatz von 4 bis 5 Prozent gehabt hat, während zugleich der der französischen Bank 2 Prozent betrug.

(Hört! hört!)

Der Herr Reichsbankpräsident hat gesagt: Das ist ja ein gutes Zeichen, daß die Mittel der Reichsbank so stark bei uns in Anspruch genommen waren, das zeigt die Blüthe, in welcher unsere Industrie sich befindet, und in Frankreich wird die Blüthe eben nicht so hoch sein. Nun ist ihm nachgewiesen worden, daß die französische Bank in noch viel stärkerem Maße in derselben Zeit in Anspruch genommen ist als die unsrige, und daß gleichwohl die französische Bank nur einen Zinsfuß von 2 Prozent berechnet hat. Der Herr Bankpräsident übersieht aber ganz und gar, daß nicht blos die Industrie und der Handel auf die Reichsbank angewiesen sind, sondern auch die Landwirthschaft, und daß jeder Landwirth, der in der Lage ist, einen augenblicklichen Kredit irgendwo nehmen zu müssen, ihn bei der Reichsbank oder bei einem Bankier, der doch seinerseits wieder mit der Reichsbank in Verbindung steht, nehmen muß, und daß es für den Landwirth sehr hart ist, wenn er 5 Prozent und noch 1 Prozent darüber zahlen muß, während zu derselben Zeit der französische Landwirth und Industrielle nur 2 Prozent zahlt.

(Sehr richtig!)

Meine Herren, es zeigt das aber wieder, wie wenig die Erwiderung, die der Herr Reichsbankpräsident Koch damals gegeben hat, wo er nur auf die Industrie Rücksicht nahm, uns befriedigen kann. Er sagte: Es ist ja für die Industrie ein wundervolles

Zeichen, daß wir einen so hohen Diskont haben; denn das bedeutet die Blüthe der Industrie. Ich glaube, darüber sind wir einig, meine Herren, die Blüthe der Landwirthschaft hat das nicht bedeutet, daß der Landwirth in derselben Zeit genöthigt war, 5 Prozent Diskont zu zahlen, wo man in Frankreich nur 2 Prozent zahlte.

(Sehr richtig!)

Ich habe das nur hinzufügen wollen. Ich empfehle Ihnen die Resolution zu der Ihrigen zu erheben; ich glaube, es ist gut, daß wir auf dieser unserer Forderung, die ich für eine durchaus gerechte und billige halte, nach wie vor bestehen bleiben.

(Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Rittergutsbesitzer Graf **von Mirbach**-Sorquitten: Auch Herrn von Kardorff danke ich für seinen wie immer lichtvollen und interessanten Vortrag. Ich habe die Geschäftsordnung etwas gebeugt und bitte um Ihre Indemnität, mit Rücksicht darauf, daß mein Freund von Kardorff, der Vorsitzender der Budgetkommission ist, im Reichstage unentbehrlich war. Dem steht ja auch sachlich nichts im Wege, denn bei dem einen Thema handelt es sich mehr um allgemeine Gesichtspunkte, bei dem andern um speziellere Maßnahmen.

Ich würde also zunächst die Diskussion eröffnen über das, worüber Herr von Mendel und Herr von Kardorff referirt haben, und dann würden wir über die Resolutionen, die vorliegen zu diesen Referaten, abzustimmen haben.

Ich bitte also diejenigen Herren, welche zu sprechen wünschen, zunächst über das Referat des Herrn von Mendel sich zum Worte zu melden. — Das ist nicht der Fall; die Diskussion ist geschlossen.

Wir kämen nun zur Abstimmung. Wünschen die Herren eine getrennte Abstimmung?

(Wird verneint.)

Die Resolution des Herrn von Mendel lautet:

„Die Vereinigung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer beschließt:

1. Die von der Königlichen Staatsregierung „über die zur Förderung der Landwirthschaft in den letzten Jahren ergriffenen Maßregeln" erkennt den Nothstand des landwirthschaftlichen Gewerbes in Preußen unumwunden an.

2. Die in der Denkschrift enthaltenen Darlegungen zeigen, daß die Preußische Staatsregierung die Förderung der landwirthschaftlichen Technik in den letzten Jahren sich in hervorragendem Maße hat angelegen sein lassen.
3. Es ist zur Linderung der schweren Nothlage der Landwirthschaft auf dem Gebiete der sogenannten kleinen Mittel einiges geschehen, manches in Aussicht genommen.
4. Die Vereinigung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer erwartet aber eine durchgreifende und dauernde Besserung der Verhältnisse nur von großen, gesetzgeberischen Maßregeln, wie sie insbesondere
   a) in der erfolgreichen Abwehr des Ueberangebotes ausländischen Getreides,
   b) in einer den Schutz der nationalen Arbeit bedingenden Währungsreform,
   c) in der durch die Gesetze gebotenen strengen Durchführung der Börsenreform und der internationalen Regelung derselben

bestehen."

Ich darf also wohl annehmen, daß, wenn kein Widerspruch erfolgt, die Herren einstimmig die Resolution des Herrn von Mendel acceptiren.

(Lebhafte Zustimmung.)

Ich konstatire deren Annahme.

Ich eröffne nun speziell die Diskussion über das Thema, welches Herr von Kardorff behandelt hat. Da wird das Wort, wie es scheint, auch nicht verlangt; ich konstatire, daß das nicht der Fall ist.

Wir kämen demnach zur Abstimmung über die Resolution des Herrn von Kardorff, lautend:

„Die Vereinigung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer bedauert auf das lebhafteste die schroffe Zurückweisung, welche dem im Reichstage gestellten und auf die Gleichberechtigung der landschaftlichen Pfandbriefe mit den staatlichen Schuldverschreibungen hinsichtlich ihrer Lombardirung durch die Reichsbank hinzielenden Antrage seitens des Präsidenten der Reichsbank zu Theil wurde. Die Vereinigung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer

erkennt in der Zurückweisung dieses Antrages eine erhebliche Schädigung des landwirthschaftlichen Kredits, welcher bei der gegenwärtigen Lage der Landwirthschaft überaus schwer ins Gewicht fällt.

Die Vereinigung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer richtet daher

I. An den Herrn Reichskanzler das dringliche Ersuchen, derselbe wolle ungesäumt in eine nochmalige Prüfung dieser für die Landwirthschaft überaus wichtigen Frage eintreten und, falls erforderlich, eine Verstärkung der Mittel der Reichsbank zur besonderen Pflege des Lombardverkehrs veranlassen.

II. An den Preußischen Herrn Minister für Landwirthschaft, Domänen und Forsten die Bitte, derselbe wolle die Gleichstellung der landschaftlichen Pfandbriefe mit den staatlichen Schuldverschreibungen hinsichtlich ihrer Beleihung durch die Reichsbank im Interesse des Kredits der Landwirthschaft nachdrücklich befürworten."

Verlangen die Herren eine getrennte Abstimmung über I und II? Das ist nicht der Fall; ich konstatire also, daß auch diese Resolution einstimmig angenommen ist.

Meine Herren, wir kämen nun zu der üblichen Frühstückspause, und ich schlage Ihnen vor, dieselbe auf eine halbe Stunde zu beschränken.

(Zustimmung.)

(Pause.)

Vorsitzender Graf **von Mirbach**-Sorquitten: Ich bitte die Herren wieder Platz zu nehmen.

Ich eröffne den Fortgang unserer Berathungen und ertheile das Wort dem ersten Referenten über das vorliegende Thema Herrn Dr. Freudenstein.

Berichterstatter Rittergutsbesitzer, Rechtsanwalt und Notar Dr. **Freudenstein**-Hannover:

Meine Herren, in diesen Tagen sind gerade 10 Jahre verflossen, seitdem die XII. Generalversammlung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer sich mit einem Thema beschäftigte, welches den ländlichen Realkredit, insbesondere die Nothwendigkeit gesetzlicher

Maßregeln behufs Einschränkung der hypothekarischen Verschuldung zum Gegenstande hatte. Landrichter Bünger-Schneidemühl referirte damals über diesen Gegenstand und seine Ausführungen gipfelten in einer von der Generalversammlung angenommenen Resolution, welche auf das dringendste gesetzliche Maßnahmen zur Einschränkung der Verschuldung unseres ländlichen Grundbesitzes, Konsolidirung der gesammten Hypothekenlast und deren Umwandlung in eine unkündbare Rentenschuld, allmähliche Einführung einer Verschuldungsgrenze auf die Häfte des Ertragswerthes, korporative Gestaltung des Grundbesitzes und noch andere Dinge forderte.

Dieser Resolution der XII. Generalversammlung unserer Vereinigung wurde damals eine solche Bedeutung beigemessen, daß sie nach Beschluß des Ausschusses vom 6. März 1887 dem Reichstag, beiden Häusern des Landtages, dem Herrn Justizminister, den Landschaften und der Kommission zur Ausarbeitung des Bürgerlichen Gesetzbuches zusammen mit einem Separatabdruck der Ausführungen des Herrn Landrichters Bünger zur Berücksichtigung übermittelt wurde.

Wenn wir nun, meine Herren, die Frage aufwerfen, was denn in dem abgelaufenen Jahrzehnt geschehen ist, insbesondere welche gesetzgeberischen Maßnahmen infolge dieser Anregung stattgefunden haben, so muß leider die Antwort lauten: Nichts ist geschehen! Aber wenn man sich auch der Erwägung nicht verschließen kann, daß die seit einer Reihe von Jahren der Landwirthschaft weniger günstige Stimmung in den maßgebenden Kreisen eine energische Initiative auf diesem Gebiete verhindert hat, so läßt sich doch nicht verkennen, daß eine gleichzeitige Inangriffnahme aller jener in der Resolution von 1887 angeregten Fragen mit einer solchen Fülle von Schwierigkeiten verbunden ist, so wichtige sozialpolitische Probleme berührt, daß es wohl zu verstehen ist, wenn die Königliche Staatsregierung vor einer gleichzeitigen Inangriffnahme aller dieser Fragen Bedenken getragen hat.

Die Gedanken, welche Ihnen heute vorzutragen ich die Ehre habe, nehmen nicht einen so hohen Flug wie jene Ausführungen von 1887. Ohne irgendwie die Bedeutung jeder einzelnen dieser Fragen für die Landwirthschaft verkennen zu wollen, bin ich doch der Ueberzeugung, daß, wenn mit der Frage der Entlastung des Grundbesitzes von den gegenwärtig darauf ruhenden Hypotheken-

schulden bezw. mit der Frage, wie die Zinsenlast für die gegenwärtigen Hypothekenschulden verringert werden kann, so wichtige und zum Theil noch kontroverse Fragen wie Schluß der Hypothekenbücher, Beseitigung der Verschuldungsmöglichkeit über die Hälfte des Ertragswerths, Einführung der Rentenschuld an Stelle der Kapitalschuld, Anerbenrecht u. s. w. verknüpft werden, alsdann die Inangriffnahme einer jeden Reform nur erschwert wird, während bei einer Beschränkung auf das zur Zeit sofort Erreichbare es sehr wohl möglich sein dürfte, alsbaldige gesetzgeberische Maßnahmen herbeizuführen.

Das Thema, dessen Behandlung mir obliegt, redet ganz allgemein von dem landwirthschaftlichen Realkredit; allein, wie ich schon angedeutet, werde ich mich darauf beschränken, lediglich die Frage zu erörtern, wie die gegenwärtige Verschuldung des ländlichen Grundbesitzes für den Grundbesitzerstand erträglicher zu gestalten und eine Amortisation der bereits vorhandenen Hypotheken — demnächst, sobald die Lage des landwirthschaftlichen Gewerbes eine bessere geworden und wieder eine Ertragsfähigkeit eingetreten ist — in die Wege zu leiten sei, und die Antwort, welche meinem Dafürhalten nach auf diese Frage gegeben werden muß, lautet dahin: es muß das Ziel ins Auge gefaßt werden, daß der Zinsfuß für alle ländlichen Hypotheken, und zwar nicht nur in sogenannten Nothstands-Distrikten oder für speziell nothleidende Besitzer, sondern ganz allgemein so gering gestellt wird, als dies nach Lage aller in Betracht kommenden Faktoren nur irgend möglich ist.

Vor 10 Jahren wurde in dieser Versammlung ernsthaft der Gedanke erörtert bezw. aus der Versammlung heraus angeregt — zu einem Beschluß in dieser Richtung kam es nicht —, durch Ausgabe einer Milliarde Papiergeld, welches zunächst zu 2 Prozent verzinst werden und nach Ablauf von 28 oder 30 Jahren amortisirt sein sollte, vermittelst von Staats- oder Reichswegen geschaffener korporativer Verbände die Ablösung der Hypothekenschulden vorzubereiten. Für mich scheidet dieser Gedanke, wie überhaupt eine jede Maßnahme, durch welche die Interessen der Landwirthschaft und des Grundbesitzes auf Kosten der Gesammtheit gefördert werden sollen, aus der Erwägung aus

(sehr richtig!);

denn ebenso gewiß, wie meiner Ueberzeugung nach in der

Demonetisirung des Silbers eine der schwersten Schädigungen der Landwirthschaft, insbesondere des Grundbesitzes zum Vortheil des Kapitals zu finden ist, ebenso würde in der Ausgabe von einer Milliarde Papiergeld eine Verletzung der berechtigten Interessen des Kapitals und der Besitzer der mobilen Werthe liegen, ganz abgesehen davon, daß die Nutzbarmachung des doch vom Staate zu deckenden Papiergeldes lediglich im Interesse der Grundbesitzer eine einseitige Bevorzugung der Grundbesitzer bedeuten und den stärksten Widerspruch von Seiten der anderen Stände herausfordern müßte.

Aus demselben Grunde kann ich auch mit dem bekannten Vorschlag des Professors Schmoller mich nicht befreunden, daß der Staat dem hochverschuldeten Grundbesitz einen zu diesem Zweck zu bildenden Fonds von mehreren Hundert Millionen Mark zu 2 bis 2½ Prozent zur Verfügung stellen soll. Es würde das auch nur einem Theil der Grundbesitzer helfen, während das, was ich im Auge habe, der Gesammtheit der Grundbesitzer förderlich sein soll; und selbst wenn die Beschaffung eines solchen Fonds im Landtag durchzubringen wäre — was mir persönlich sehr zweifelhaft ist —, wie würde das wohl im Lande auf die Oppositionsparteien, oder ich will sagen: auf die links stehenden Parteien — Oppositionsparteien sind es zur Zeit ja nicht! — wirken, und was würde nicht alles geredet werden von der Begehrlichkeit der Agrarier. Die ganze Landwirthschaft würde darunter leiden, wenn die Regierung eine Maßnahme träfe, von der selbst ruhig denkende objektive Freunde der Landwirthschaft sich sagen müssen, daß sie zu weit geht! Ich meine deshalb, wir dürfen im Interesse der Landwirthschaft nur solche Forderungen aufstellen, welche von der Sympathie der übrigen produktiven Stände getragen werden und gegen welche begründete Bedenken nicht aus unsern eigenen Reihen zu erheben sind.

(Sehr wahr!)

Eine Unterstützung von Seiten des Staates aber bei Vornahme der Entlastung des Grundbesitzes von den gegenwärtigen Hypothekenschulden darf nur insoweit in Frage kommen, als damit weder ein finanzielles Risiko für den Staat noch ein finanzielles Opfer verknüpft ist. Unter diesen beiden Voraussetzungen lehne ich allerdings meinerseits eine Unterstützung des Staates für die Landwirthschaft nicht nur nicht ab, sondern ich halte sie für durchaus wünschenswerth.

Nun würde es meines Erachtens unter den gegenwärtigen Verhältnissen schon ein ganz bedeutender Vortheil für einen relativ sehr großen Theil des gesammten Grundbesitzerstandes sein, und zwar mehr noch vielleicht für den Bauernstand als für den Großgrundbesitzerstand, wenn es gelänge, den Zinsfuß für alle zur Zeit vorhandenen Hypotheken — selbstverständlich so weit solche als durchaus sicher anzusehen sind — auf 3 Prozent herabzusetzen. Ich glaube, darüber kann wohl kaum eine Meinungsverschiedenheit vorhanden sein! Fast durchgängig werden die ländlichen Hypotheken, namentlich in West- und Süddeutschland, zur Zeit immer noch mit 4 Prozent, zu einem geringeren Theile mit $3^1/_2$ Prozent, und nur ganz ausnahmsweise mit weniger als $3^1/_2$ Prozent verzinst. Es liegt daher auf der Hand, wie wichtig diese Frage für den Grundbesitzerstand ist, und wenn es erreicht wird, sie zu lösen, so wird für einen großen Theil der deutschen Landwirthschaft darin ein nicht unerhebliches Mittel zu finden sein, um über die schwierige Zeit der Handelsverträge hinweg zu helfen.

Ich möchte nun annehmen, daß dieses Ziel zu erreichen ist, allerdings nur mit Unterstützung des Staates, wenn auch ohne finanzielles Risiko desselben und nur dann, wenn bei der Königlichen Staatsregierung der ernstliche Wille vorhanden ist — ich rede hier zunächst von Preußen —, in dieser Frage der Landwirthschaft entgegen zu kommen — ohne Rücksicht auf die entgegenstehenden Interessen des Kapitals; und zwar würde — um Ihnen in kurzen Umrissen meine Gedanken zu skizziren — folgender Weg zum Ziele führen können:

In einer jeden Provinz Preußens, in welcher ein derartiges Institut noch nicht existirt, wird eine Grundkredit-Anstalt als Provinzial-Anstalt errichtet, welcher die Aufgabe zugetheilt wird, zunächst die Ablösung der vorhandenen ländlichen Hypotheken, soweit solche als sicher anzusehen sind — es deckt sich das nicht durchaus mit dem Begriff „erststellig" —, und später, wenn die landwirthschaftlichen Verhältnisse sich gebessert haben und das Gewerbe wieder einen gewissen Ertrag abwirft, auch die allmähliche Amortisation der Darlehen in die Wege zu leiten. Die Thätigkeit dieser Grundkreditanstalten erstreckt sich selbstverständlich nicht nur auf die Großgrundbesitzer, sondern auch auf die mittleren und bäuerlichen Grundbesitzer. Diese Grundkreditanstalten — und darin

liegt die erste wesentliche Abweichung von dem bisherigen Zustand, wie er in vielen Provinzen Preußens zur Zeit besteht —, beschaffen die dazu erforderlichen Kapitalien nicht, wie die bisherigen ähnlichen Institute, durch Ausgabe von Schuldverschreibungen, sondern sie erhalten das erforderliche Kapital vom Staat in dreiprozentigen Konsols ausgehändigt, haben aber dafür 3 Prozent Zinsen an den Staat zu entrichten. Dem Staat gegenüber haftet für diese Kapitalien die Provinz als Selbstschuldnerin, welche ihrerseits den kapitalsbedürftigen Grundbesitzern die zur Ablösung der Hypothekenschulden, soweit solche als sicher anzusehen sind, erforderlichen Kapitalien ebenfalls zu 3 Prozent in Konsols oder in Baar, je nachdem das für die Provinz am vortheilhaftesten ist, zur Verfügung stellt; der Provinz gegenüber werden von den Schuldnern Hypotheken-Instrumente ausgestellt, welche die Provinzial-Grundkreditanstalt in Verwahrung nimmt, diese Hypotheken-Instrumente haften auch dem Staate zu seiner weiteren Sicherheit für die der Provinz gegebenen Darlehen. Der Staat ist also unter allen Umständen gesichert, er gewährt die großen Summen, die erforderlich sind, einer Centralstelle, der Provinz, die Provinz haftet dafür, und eine doppelte Sicherheit hat der Staat darin, daß alle die Hypotheken-Instrumente, in denen die Schulden der Grundbesitzer verbrieft sind, ihm haften; die Provinz ihrerseits hat die volle Sicherheit für ihre Forderungen in diesen Hypotheken-Instrumenten.

Eine weitere Aenderung, durch welche die Kosten erheblich verbilligt würden, besteht darin: die Einziehung der fälligen Zinsen, und später auch der Amortisationsbeträge erfolgt zugleich mit den direkten Staatssteuern im Verwaltungswege. Die Kosten bis zur Hergabe eines Darlehns trägt der Darlehnsnehmer, der Grundbesitzer; die Verwaltungskosten, welche bei dieser Art der Organisation naturgemäß nur ganz gering sein können, trägt die Provinz. Doch ist das eine offene Frage. Man kann auch der Ansicht sein, daß die Kosten auf die Gesammtheit der darlehnsnehmenden Grundbesitzer durch eine Zuschlagsquote zu den Zinsen zu vertheilen seien. Eine Schädigung, welche bei vorsichtiger Geschäftsführung kaum vorkommen dürfte, würde von der Gesammtheit der Schuldner getragen werden müssen.

Dies, meine Herren, ist in kurzen Zügen das Bild, wie ich es mir gemacht habe. Ich brauche nicht besonders hervorzuheben,

daß es nur allgemeine Umrisse sein sollen, und daß ich selbstverständlich darauf verzichten muß, einen vollständig ausgearbeiteten Plan Ihnen hier vorzutragen. Der Schwerpunkt meiner Anregung — ich darf dies nochmals betonen — liegt darin, daß dem Grundbesitzer der erforderliche Kredit zu dem billigsten Zinsfuß zugeführt werden muß, zu welchem der Staat selbst Kredit hat, und das ist nach den jetzigen Verhältnissen, so wie sie sich entwickelt haben, nur möglich, wenn der Staat seinen eigenen höher bewertheten Kredit der Provinz und durch dieselbe dem Grundbesitzerstande zur Verfügung stellt; wie ich scharf genug glaube hervorgehoben zu haben, ohne jedes eigene finanzielle Risiko oder finanzielle Opfer.

Daß der Kurs der von den Landschaften oder sonst bereits vorhandenen Kreditanstalten ausgegebenen Schuldverschreibungen so zu steigern wäre, daß er demjenigen der Konsols gleichkäme, das ist mir sehr zweifelhaft. Einiges kann ganz gewiß in dieser Hinsicht geschehen, wie seitens des Herrn von Kardorff vorhin des Näheren dargelegt ist. Auch ich halte Lombardirung der landschaftlichen Pfandbriefe durch die Reichsbank in gleicher Weise wie Staatspapiere für durchaus wünschenswerth und dem inneren Werth der Pfandbriefe nach auch gerechtfertigt. Es würde das auch zweifellos eine Steigerung des Kurses der landschaftlichen Pfandbriefe zur Folge haben. Aber es kommen hier nicht nur die landschaftlichen Pfandbriefe, sondern auch die Obligationen ähnlicher Institute in Betracht. Möglich mag es ja nun sein, den Kurs aller dieser Papiere so zu heben, daß er zeitweise einmal konform ist dem Kurs der preußischen Konsols. Allein wenn ich auch der Ueberzeugung bin, daß der innere Werth eines landschaftlichen Pfandbriefes oder einer Landkreditkassen-Obligation dem inneren Werth eines preußischen Staatspapiers oder der deutschen Reichsanleihe vollkommen gleich zu schätzen ist, so wird es auf die Dauer doch nicht möglich sein, den gleichen Kurs dafür zu erzielen. Der Schwerpunkt liegt darin, daß eben, wie auch Herr von Kardorff schon angedeutet hat, der Markt der deutschen Staatspapiere ein außerordentlich viel größerer ist als derjenige der landschaftlichen Pfandbriefe, und daß so viele Maßnahmen seitens der Regierung getroffen sind, durch welche der Kurs der Konsols gehalten und gestützt wird. Ich will in dieser Hinsicht nur daran erinnern, in welcher zielbewußten Weise schon seit einer Reihe von Jahren seitens der preußischen Regierung

darauf hingewirkt worden ist, daß die preußischen Sparkassen, deren Einlagen zur Zeit schon über 4 Milliarden betragen, zu einem erheblichen Theil in Staatspapieren angelegt werden müssen. Ich erinnere ferner an die Kautionen der Beamten und an die Bestimmungen der Vormundschaftsordnung. In fürsorglicher Weise ist die Regierung bestrebt, und das mit Fug und Recht, den Kurs der Staatspapiere so hoch wie nur möglich, das heißt: dem inneren Werth entsprechend, zu gestalten, und die vielen kleinen Maßnahmen, welche solchem Zweck dienen müssen, können für landschaftliche Pfandbriefe oder für Landkreditkassen-Obligationen niemals in gleicher Weise getroffen werden; deshalb halte ich, wenn auch früher der Kurs der landschaftlichen Pfandbriefe und der Landkreditkassen-Obligationen dem der Staatspapiere konform gewesen ist, es doch für wenig wahrscheinlich, daß dies in absehbarer Zeit, und auf die Dauer wieder der Fall sein wird. Daß beide Papiere den gleichen Werth haben, bezweifle ich nicht; aber zur Zeit haben wir jedenfalls mit der Thatsache zu rechnen, daß der Kurs der Konsols ein um so und so viel höherer ist.

Gestatten Sie mir nun, meine Herren, zum Schluß noch auf ein Hauptbedenken hinzuweisen, welches vermuthlich auch angeregt werden wird. Wie ohne Weiteres ersichtlich, gehe ich von der Ansicht aus, daß der Kurs der 3 Prozent-Papiere in nicht zu ferner Zeit pari erreichen, vielleicht den Nominalwerth noch überschreiten wird, wie er es auch schon in früheren Jahren gethan hat. Das nehme ich mit Bestimmtheit an. Aber wenn die Konsols um solche Unsummen, wie sie hier in Frage kommen, vermehrt werden — die Hypotheken-Entlastung würde 10 Milliarden Mark in Preußen allein beanspruchen —, wird dadurch nicht ein erheblicher Druck auf die preußischen 3prozentigen Konsols ausgeübt werden? — So wird man fragen, und dieser Einwand ist an sich durchaus begründet. Ja, wenn es nöthig wäre, daß der Staat für die Hypotheken-Entlastung viele Milliarden flüssig machte, so dürfte sicher aus dem Vorschlag nichts werden. Wie würde sich jedoch voraussichtlich in Wirklichkeit die Sache gestalten? Gesetzt den Fall, es würde zunächst für eine Provinz — sagen wir: Westfalen — eine solche Grundkreditanstalt errichtet und vom Staat mit einem Betriebskapital von vielleicht 50 bis 100 Millionen Mark, verzinslich zu 3 Prozent, ausgestattet, so werden Sie mir Alle bei-

pflichten, daß eine Vermehrung der Konsols um 50 bis 100 Millionen auf den Kurs derselben kaum einen Einfluß ausüben würde. Was würde aber die Folge der Errichtung einer solchen Anstalt sein? Sobald die Anstalt ihren Betrieb eröffnet, sobald es bekannt geworden ist, daß jeder Grundbesitzer durch diese Provinzial-Anstalt seine als sicher anzusehenden Hypotheken zu 3 Prozent zur Ablösung bringen könnte, würden in dem Bezirk der betreffenden Anstalt alle Sparkassen, die namentlich in Westfalen wie überhaupt in Westdeutschland und Mitteldeutschland einen sehr erheblichen Theil des Grundkredits vermitteln, genöthigt sein, mit ihren hypothekarischen Darlehen ebenfalls auf 3 Prozent herabzugehen, und das Privatkapital müßte, mehr oder weniger willig, folgen. Es würde also gar nicht so großer Summen bedürfen, um dieses Resultat zu erreichen. Die bloße Existenz einer solchen Anstalt, ausgestattet mit genügenden Geldmitteln und gestärkt durch den Kredit des Staates, würde schon ein Regulator sein, daß der Zinsfuß für erstklassige oder wirklich sichere Hypotheken mit dem Zinsfuß für Staatsanleihen sich konform hält.

Meine Herren, es ist das ähnlich wie mit der Gestaltung der Roggen- und Weizenpreise. Sie wissen, daß unter Umständen schon ein relativ geringes, überflüssiges Angebot den Preis drücken kann. Geld ist eine Waare wie Roggen und Weizen auch. Ich glaube, ich brauche das nicht weiter auszuführen. In dieser Beziehung werden meine Gedanken kaum einen Widerspruch erfahren. Auf alle Fälle geht aber meine Anregung nicht dahin, derartige Grundkreditanstalten, wie ich sie im Auge habe, etwa sofort für die ganze Monarchie ins Leben zu rufen oder den Provinzen, welche sie nicht haben wollen, aufzudrängen oder bewährte Organisationen, wie die Herren aus dem Osten sie in den Landschaften besitzen, zu beseitigen oder zu erschüttern. Nichts liegt mir ferner als derartige Ideen; es genügt meines Erachtens vollkommen, wenn nur erst einmal ein Versuch mit einer solchen Grundkreditanstalt in einer oder in zwei Provinzen gemacht wird, wo ein Bedürfniß dazu vorhanden ist und wo die Provinzial-Vertretungen geneigt sind, auf diesen Gedanken einzugehen; dann wird es sich ja zeigen, ob und inwieweit die Voraussetzungen dieser ganzen Erörterungen zutreffend sind.

Einen Vorwurf, möchte ich Sie jedoch bitten, meinen Ausführungen nicht zu machen, nämlich denjenigen, daß sie Utopien

seien, daß sie einen Sprung ins Dunkle bedeuten oder daß sie gar mit sozialistischen Anschauungen etwas zu thun hätten. Meine Gedanken können auch nicht den Vorzug absoluter Neuheit in Anspruch nehmen, denn sie entsprechen in dem Hauptpunkte, dem Eingreifen des Staates, der Inanspruchnahme des Staatskredits für die Zwecke des gesammten Grundbesitzerstandes, nur demjenigen, was wir in anderen deutschen Staaten schon gehabt haben, z. B. in Kurhessen und in Hannover bis zur Annexion von 1866. Die Landkreditkasse im ehemaligen Kurhessen war eine wirkliche Staatsanstalt, für welche das Kurfürstenthum Hessen mit seinem gesammten Vermögen haftete. Aehnlich war es in Hannover, doch war hier die Haftpflicht des Staates eine beschränkte. Diese Kassen gaben den einzelnen Grundbesitzern direkt Geld auf Hypothek. Was war nun die Folge der Staatsgarantie? Die Folge war, daß die Obligationen, welche diese Anstalten ausgaben, daß ihre Schuldverschreibungen stets den gleichen Kurs hatten wie die eigentlichen Staatspapiere und daß auf diese Weise dem kapitalbedürftigen Grundbesitzerstande Geld zu demselben Zinsfuße zugeführt wurde, zu welchem der Staat Kredit hatte.

Auf dem Gebiet der Grundentlastung haben diese Anstalten vor Jahrzehnten, als es sich um die Ablösung von Zinsen und Zehnten handelte, und später bei der Gewährung von Realkredit außerordentlich segensreich gewirkt. Jetzt sind sie Provinzial-Anstalten geworden, und zwar nach 1866 unter Mitwirkung des Preußischen Landtags in Folge der preußischen Gesetze vom 25. Dezember 1869, und sie gewähren noch heute für ihre Bezirke, also für Hessen und Hannover, den Grundbesitzern Kredit. Für die Schuldverschreibungen dieser Anstalten haften auch die Provinz Hannover bezw. der kommunalständische Verband des Regierungsbezirks Kassel mit der ganzen Steuerkraft und mit ihrem ganzen Vermögen. Aber es geht diesen Anstalten ähnlich wie den Landschaften im Osten: der Kurs der von ihnen ausgegebenen Obligationen ist an den Kurs der preußischen Konsols nicht mehr heranzubringen. Die hessischen Landkreditkassen-Obligationen waren in Kurhessen ein sehr beliebtes Papier; heute ist das nicht mehr der Fall. In Hannover liegt die Sache ähnlich. Zum Theil ist der geringere Kurs dieser Obligationen auch wohl auf andere Ursachen zurückzuführen, aber viel wird sich zur Hebung des Kurses kaum thun lassen.

Sie sehen also, den Vorzug absoluter Neuheit haben meine Gedanken nicht; sie lehnen sich an historische Vorbilder an, welche sich, wenn auch nur unter kleineren Verhältnissen, gut bewährt haben, und ich wüßte nicht, aus welchem Grunde ein Versuch in dieser Richtung nicht auch in Preußen oder in anderen deutschen Staaten möglich sein sollte!

(Bravo!)

Für uns freilich kommt alles darauf an, ob die Königliche Staatsregierung sich entschließen würde, einer etwaigen Anregung in dieser Richtung Folge zu geben. Ich habe mir erlaubt, meine Gedanken in einer Resolution zum Ausdruck zu bringen und möchte Sie bitten, wenn Sie meine Auffassung theilen, sich derselben anzuschließen. Im Interesse des Kapitals würde ein solches Vorgehen, wie es hier von mir befürwortet wird, ganz gewiß nicht liegen; denn das Interesse des Großkapitals, des Kapitals überhaupt geht dahin, den Zinsfuß hoch zu halten; dem entgegengesetzten vitalen Interesse des Grundbesitzerstandes, daß der Zinsfuß ein mäßiger sei, steht also ein mächtiger Einfluß gegenüber. Hoffen wir, wenn meine Anschauungen von Ihnen getheilt werden sollten, daß unsere Bestrebungen in dieser Richtung für den Grundbesitzerstand nicht an dem Einfluß derjenigen Kreise scheitern, welche an dem Hochhalten des Zinsfußes ein Interesse haben. Mag auch zeitweise diese Anschauung zurückgedrängt sein, es ist und bleibt eine unumstößliche Wahrheit:

„Die Lebenskraft und die Größe des deutschen Vaterlandes beruht in erster Linie auf der Landwirthschaft und auf dem Grundbesitz!"

(Bravo!)

Vorsitzender Graf **von Mirbach**-Sorquitten: Ich darf wohl dem Herrn Referenten in Ihrem Namen besondern Dank aussprechen, und bitte Sie, diesen durch Erheben von den Plätzen zum Ausdruck zu bringen.

(Die Versammlung erhebt sich.)

Ein zweiter Referent für diesen speziellen Theil des Themas ist vom Ausschuß nicht beliebt worden. Ich eröffne also die Diskussion und zwar werde ich, wenn kein Widerspruch erfolgt, auch auf den ersten Theil des Themas zurückgreifen lassen, welchen Herr von **Kardorff** vorhin erledigen mußte, weil er in den

Reichstag zurückzukehren gezwungen war. Ich bitte, sich zu äußern zu dem von Herrn von Kardorff berührten beziehungsweise zu dem eben erörterten Thema. — Herr von Staudy hat das Wort.

General-Landschafts-Direktor Reichstagsabgeordneter **von Staudy-Posen**: Da sich Niemand weiter zum Wort gemeldet hat, wollen Sie mir einige Worte verstatten.

Das Thema, welches der Herr Referent soeben in wirklich lichtvoller Weise behandelte, hat uns in dem Ausschuß unserer Vereinigung schon lebhaft beschäftigt. Der Herr Referent weiß, daß ich zu denen gehört habe, welche gegen einige seiner Mittel ganz lebhafte Bedenken hatten. Ich habe nun zu meiner großen Freude — und diejenigen Herren, die im Ausschuß mit mir derselben Ansicht waren, werden ebenso denken — gehört, daß der Herr Referent die entgegengesetzten Ansichten in der uns hier vorgeschlagenen Resolution auch berücksichtigt hat. Es ist damit wenigstens ein Theil meiner Bedenken gefallen, und ich möchte ihm heute um so weniger Opposition machen, als das Ganze von ihm selbst als ein Versuch gekennzeichnet worden ist, und als solche Resolutionen doch nur Anregung bieten, einen gewissen Weg zu beschreiten, auf dem noch eine Menge von Einzelheiten zu prüfen sind und wobei manche Dinge, die sich als nicht-möglich herausstellen, von selbst fortfallen. Ich werde deshalb für die Resolution stimmen.

Aber, wenn ich sage, daß ich das Ganze nur als eine Anregung, als einen Versuch ansehen kann, so glaube ich doch, ein paar Bedenken hier skizziren zu sollen: Es ist an und für sich mir außerordentlich bedenklich, ob sich die Staatsregierung entschließen kann, in dieser direkten Weise einen Stand allein zu bevorzugen, und wenn der Herr Referent gesagt hat, daß das nichts Neues, daß das in anderen Staaten schon dagewesen sei, so fürchte ich, daß eine Aenderung der Anschauungen heute Platz gegriffen hat; doch ich will ihm herzlich wünschen, daß auch im heutigen Staatswesen unsere Regierung und die anderen gesetzgebenden Faktoren sich auf den Standpunkt stellen möchten, auf welchen sich einst die Staaten Hannover und Kurhessen gestellt haben, und mit diesem Wunsche will ich über dieses Bedenken hinweggehen, jedoch nicht ohne zu bemerken, daß beispielsweise die Landkreditkasse in Hessen es sehr gut verstanden hat, ihren Vortheil in einer Weise wahr-

zunehmen, daß darüber bittere Beschwerden laut geworden sind, und daß man sagte, die Provinz bereichere sich auf Kosten der Schuldner. Also ohne gewisse Unzuträglichkeiten auch nach dieser Richtung ist das nicht abgegangen.

An etwas aber glaube ich nicht: an eine Mitwirkung der Provinzen! Nehmen wir wirklich an, daß der Staat zu dem sich entschließt, was der Herr Referent vorschlägt, so, glaube ich, werden die Provinzen es einfach ablehnen. Der Herr Referent hat gesagt, man möge in einzelnen Provinzen einen Versuch machen, namentlich in denjenigen Provinzen, welche wiederholt genannt worden sind: Hannover und Hessen. Es mag sein, daß man da anders denkt, aber im großen und ganzen, glaube ich, werden es die Provinzialvertretungen einfach ablehnen, zu Gunsten eines einzelnen Gewerbes eine solche Garantie zu übernehmen. Und daß diese Befürchtung gerechtfertigt ist, wird mir auch der Herr Referent zugeben. In einer Beziehung stimme ich mit ihm überein, das ist darin, daß man sich diese Maßregel nicht als eine ungeheuerliche denken möge. Man soll nicht annehmen, daß dazu gleich Milliarden gehören. Ich bin auch der Auffassung, daß mit einem, gegenüber den vorhandenen deutschen und preußischen Anleihen verhältnißmäßig geringen Kapital zu helfen ist, und zwar unter Anderem auch deswegen, weil wenigstens im preußischen Staate die Landschaften einen sehr ausgiebigen Kredit den Großgrundbesitzern — in neuerer Zeit auch den kleinen Grundbesitzern — gewähren zur Abstoßung der drückendsten Schulden. Der Herr Referent will, wenn ich recht verstanden, ja nur Amortisationsschulden haben, wozu keine Riesensummen erforderlich sein werden. Wird der landschaftliche Kredit auch von kleinen Grundbesitzern gehörig in Anspruch genommen, so wird in manchen Provinzen nicht viel Kapital erforderlich sein, und es wird um so weniger erforderlich sein, je weniger der Kursunterschied der landschaftlichen Papiere gegen die staatlichen beträgt. Hier bin ich auch nicht ganz der Auffassung des Herrn Referenten, ich glaube, er sieht die Sache mit den Pfandbriefen etwas zu pessimistisch an, wenn er meint, daß die Pfandbriefe einen so weiten Markt wie die Konsols nicht haben können. Ich will nicht bestreiten, daß unsere Konsols, namentlich im Ausland, viel leichter unterzubringen sind als unsere Pfandbriefe, weil man das Wesen der letzteren weniger kennt; aber sonst sind die Pfandbriefe — ich will nicht sagen einer einzelnen Provinz, aber

doch die im preußischen Staate — im allgemeinen ein Papier, welches einen sehr weiten Markt hat, und die Marktverhältnisse würden noch viel besser sein, wenn nicht seit einiger Zeit Maßregeln getroffen würden, welche den Pfandbrief geradezu drücken. Ganz richtig hat Herr von Kardorff den Herren schon vorgetragen, daß die preußische Bank und die Reichsbank die Pfandbriefe früher gleich den Staatspapieren lombardirte, und daß dies bis zum Jahre 1884 gegangen ist. Erst seit 1884 muß für die Lombardirung auf Grund von Pfandbriefen $\frac{1}{2}$ Prozent mehr gezahlt werden. Das ist eine ganz einschneidende Maßregel. Denken Sie, wie wichtig es ist, daß man ein Papier hat, welches man zu einem billigeren Zinssatz lombardiren kann! Infolge dessen kaufen unzählige Private, welche ab und zu lombardiren müssen, lieber ein Staatspapier, ganz besonders aber thun dies die Bankiers und Finanziers.

(Sehr richtig!)

Sie thun das in ungezählten Millionen! Und darauf beruht es ganz wesentlich, daß unsere Pfandbriefe in den letzten Jahren immer gegen die Staatspapiere zurückstanden.

Wenn man bloß die Sicherheit annimmt, so, glaube ich, brauche ich nicht auszuführen, daß, genau genommen, der Pfandbrief noch eine größere Sicherheit hat als das Staatspapier.

(Sehr wahr!)

Man spreche nicht von der Steuerkraft des ganzen Staates, man denke an traurige Episoden, die Gott gnädig von unserem Vaterlande fern halten wolle! Sollten solche traurige Episoden wieder eintreten, dann wird sich der Pfandbrief dem Staatspapier gegenüber gewiß bewähren. Und wir haben solche Zeiten gehabt, in denen der Pfandbrief gesuchter war als das Staatspapier — ich erinnere an die traurigen Vorgänge im Anfang dieses Jahrhunderts. Der Herr Abgeordnete Gamp hat sich das Verdienst erworben, bei den Debatten, die wir im vorigen Jahre im Reichstag gegenüber dem Herrn Reichsbank-Präsidenten hatten, nachzuweisen, wie damals der Pfandbrief stand und wie das Staatspapier. Es ist auch gar nicht nöthig, darauf weiter einzugehen; man denke sich einen unglücklichen Krieg, man denke sich Landestheile bei uns vom Feinde besetzt, wie wird das Staatspapier da verlieren! Dagegen ist nicht anzunehmen, daß der Feind, und sei er noch so unkultivirt, an dem Pfandbrief-Institut rütteln wird. Deshalb thut man

unrecht, wenn man nicht anerkennt, daß der Pfandbrief mindestens dieselbe Sicherheit hat wie das Staatspapier. Gott wolle uns Alle beschützen davor, daß wir auf einem Wege, wie er hier nothwendig besprochen werden mußte, noch einmal dahin Erfahrungen machen!

Leider aber haben wir gesehen, daß Leute, welche berufen sind, die Papiere auf ihren Werth hin zu prüfen, vollständig von anderen Anschauungen befangen waren. Es ist keine Frage, daß bei der glorreichen, von uns hoch gepriesenen und hoch gehaltenen Errichtung des Deutschen Reichs Preußen die meisten Opfer gebracht hat.

(Sehr richtig!)

Wir bringen sie auch noch unausgesetzt, wir bringen sie materiell, wir bringen sie moralisch: es werden leider auch die preußischen Anschauungen nicht mehr überall so geschätzt, wie das früher der Fall war, wie wir älteren Leute es gewohnt gewesen sind. Es ist vorhin, glaube ich, der Name des Reichsbank-Präsidenten Koch genannt worden. Wie fern er unsern Anschauungen stand, wie er gar nicht gewußt hat — ich nehme aber an, er weiß es heute — was eine preußische Landschaft ist, das geht aus einer Aeußerung hervor, die er am 18. Juni v. Js. im Reichstag gethan hat. Er sagte wörtlich:

> „Je mehr Kenntniß über die Natur der einzelnen Gattungen der Pfandbriefe besteht, je tiefer man in diese Materie einzudringen genöthigt ist, desto geringer wird im Publikum die Neigung zu Anlagen darin werden."

(Zuruf.)

Es wird mir zugerufen, daß Herr von Kardorff dies schon erwähnt hat; ich brauche also darauf nicht einzugehen. — Ich bin dem erwähnten Ausspruche energisch entgegengetreten; es wird Sie interessiren, daß wir Konservativen auf dem Platz gewesen sind. Ich habe ihm unter Anderem sofort geantwortet:

> „Ich muß sagen, daß ich von einem Reichsbank-Präsidenten diese Ansicht geradezu unerhört finde, weil ich glaube, daß man wahrhaft lebhafte Bedenken darüber hat, ob der Herr Reichsbank-Präsident die Qualifikation hat, die ersten Papiere, welche in unserem Staatsleben vorkommen, gehörig zu beurtheilen."

Nun, ich glaube, eine schärfere Abweisung von konservativer Seite können Sie nicht verlangen, und wir haben, kann ich wohl

sagen, auf der ganzen Linie gesiegt; denn der Herr Landwirthschaftsminister nahm alsbald Veranlassung, vorzuführen, was „preußische Landschaften“ sind. Sie wissen, die Landschaften sind eine eigenartige Institution, die wir dem Genie Friedrichs des Großen verdanken; sie sind unter Anderem Behörden unter strammer Staatsaufsicht. Der Herr Landwirthschaftsminister hat sich darüber in einer wirklich sehr schönen Erklärung im Reichstag ausgelassen. Außerdem ist der Reichs-Anzeiger benutzt worden, um den Herrn Reichsbank-Präsidenten zu berichtigen.

Warum führe ich Ihnen das vor? Ich glaube, wenn man in der dargelegten Weise gegen die Pfandbriefe vorgeht, daß dann der Kurs sinkt, darüber braucht man sich wahrlich nicht zu wundern. Wenn aber der Pfandbrief wieder dem Staatspapier bei der Lombardirung gleichgestellt wird, wird er auch sogleich um mehrere Prozente höher gehen.

(Sehr richtig!)

Ich möchte glauben, daß er dann ebenso hoch, oder doch fast so hoch, kommen wird wie der Konsol und die deutsche Reichsanleihe, und dann wäre unendlich viel geholfen, gerade auch für den hier in Rede stehenden Zweck.

Es schien mir dieses Thema — ich konnte nicht hier sein, als Herr von Kardorff sprach; ich war anderweit in Anspruch genommen — nach einer Andeutung unseres verehrten Herrn Grafen Mirbach, nicht ganz erschöpft worden zu sein und versteht sich ganz von selbst, daß ich mich mit dieser Angelegenheit eingehend beschäftigt habe. Lassen Sie mich noch erwähnen, daß wir über dieses Thema auch eine Verfügung mit der Unterschrift des Herrn Reichskanzlers haben, wie kein Geheimniß ist, es ist darüber schon im Reichstag gesprochen worden. Es sind wesentlich zwei Gründe, aus denen der Herr Reichskanzler, welcher bekanntlich der Vorgesetzte des Reichsbank-Präsidenten ist, die Gleichstellung der Pfandbriefe mit den Staatspapieren ablehnt. Der Herr Reichskanzler sagt einmal: Wenn neben den Staatspapieren noch die Pfandbriefe gleichberechtigt zur Lombardirung kommen, dann kann es zu viel damit werden, es kann kommen, daß zu viel Geld festgelegt wird, und es dann im Moment des Bedarfes, z. B. eines Krieges, fehlt. Diesen Grund kann ich absolut nicht anerkennen, und ich glaube, Sie Alle werden es nicht thun; es muß einfach bestimmt werden, wie viel die Reichsbank

auf Lombarddarlehen geben darf, so daß immer flüssiges Geld da ist, mit dem aber, was zur Lombardirung bestimmt ist, sollen auch die Papiere beliehen werden können, welche es verdienen, also Staatspapiere und Pfandbriefe. Ist die vorgeschriebene Summe erschöpft, dann weise man beide ab. Das ist das Richtige, und meint man überhaupt, daß gegenwärtig zu wenig zur Verfügung steht, so möge man für eine Vermehrung der Mittel sorgen, wie es Herr von Kardorff schon angeregt hat. Aber auch ohne Vermehrung der Mittel muß zur Vermeidung von Ungerechtigkeiten es heißen: wer zuerst kommt, der sei zuerst bedient!

Der zweite wesentliche Grund, aus welchem der Herr Reichskanzler unsere Anträge nach dieser Richtung hin abweist, ist, daß er sagt, wenn ich die Pfandbriefe der preußischen Landschaften zulasse, dann muß ich auch eine Menge Papiere anderer Bodenkredit-Anstalten, namentlich von Süd- und Westdeutschland, zulassen, und ebenso von Banken, welche unter Staatsaufsicht stehen und eine gewisse Garantie bieten. Auch diesen Grund kann ich nicht als zutreffend anerkennen: die preußischen Landschaften sind eben eine eigenartige Institution, wie sie nirgend anderweit existirt, und weil sie diese Eigenartigkeit, die über jeden Zweifel absolut erhabene Sicherheit haben, müssen sie auch anders behandelt werden. Wir sind bisher gewohnt gewesen, unsere Landschaften mit anderen Bodenkreditanstalten oder mit Bankinstituten nicht vergleichen zu lassen. Denken Sie sich, daß ein Hauptritterschafts-Direktor, ein General-Landschafts-Direktor „Bankdirektor“ genannt wird — ich glaube, ihm wäre, als wenn er eine Ohrfeige erhielte!

(Große Heiterkeit.)

Er würde sich verkannt und gemißhandelt fühlen. — Ich will damit gewiß zahlreichen hochehrenwerthen Bankinstituten und ihren Herren Direktoren nicht zu nahe treten; — Landschaft und Bank sind eben vom Grunde aus verschieden.

Ich hoffe, Herr Dr. Freudenstein wird vielleicht anerkennen, daß es zu dem, was er anstrebt, einer Hebung der Pfandbriefe, ein ganz wesentliches Mittel ist. Viele Millionen werden weniger erforderlich sein, wenn die Pfandbriefe einen höheren Kurs haben, und ich könnte Ihnen Provinzen nennen, in denen bei einem guten Stand der 3prozentigen Pfandbriefe wenig ländliche Hypotheken übrig bleiben würden.

(Rittergutsbesitzer Dr. von Frege-Weltzien-Abtnaundorf übernimmt den Vorsitz.)

Graf **von Mirbach**-Sorquitten: Meine Herren, ich werde mich natürlich hinsichtlich der Titulatur meines verehrten Freundes, des Herrn von Staudy einer großen Vorsicht befleißigen und möchte ihm daher polemisch nicht weiter gegenübertreten.

(Heiterkeit.)

Ich will zu der Frage der Pfandbriefe nur weniges bemerken: es ist mir vorhin von einem Herrn aus unserer Versammlung eine Mittheilung gemacht worden, deren Inhalt mir bisher nicht bekannt war, und diese ging dahin: die Steuerbehörden acceptirten die Pfandbriefe als Kautionen nur zu $^3/_4$ des Werthes, während sie die Konsols zum vollen Nennwerth nähmen. Wenn das der Fall ist — und ich werde dieser Frage bei dem Herrn Finanzminister näher treten —, so wäre das eine Sache von erheblicher Tragweite und geeignet, den Werth der Pfandbriefe herabzudrücken. Also Sie sehen, ein unbedingtes Wohlwollen für die Landwirthschaft besteht, wenn das zutreffend ist, nicht überall.

Nun komme ich zu den Ausführungen des Herrn Dr. Freudenstein. Für die Provinzen, in denen es keine Landschaften giebt, sind seine Vorschläge von erheblicher Bedeutung, wo es landschaftliche Kreditinstitute giebt, gehen diese Vorschläge jedenfalls dahin, eine Ermäßigung des Zinsfußes derjenigen Hypotheken herbeizuführen, die hinter den Pfandbriefen stehen. Ich möchte hierbei einen Gesichtspunkt hervorheben. Wenn es gelänge, den Zinsfuß hierfür zu erniedrigen, so würde damit sofort die Sicherheit steigen. Ich glaube, daß in konkreten Fällen damit viel zu erreichen ist, natürlich mit Vorsicht. Es sind einmal Versuche gemacht worden, ähnliches den Landschaften direkt zu übertragen, aber das scheiterte an einem gewissen äußerlichen Grunde; denn sowie die Landschaften in das Rayon, ich will einmal sagen, zweiter Sicherheit hineingingen, würde sich eine Art von Mißtrauen gegen sie entwickeln. Wenn das auch nicht berechtigt wäre, so würden unsere zahlreichen Gegner sagen: diese Institute unternehmen allerlei Dinge problematischer Natur. Es wird uns also hier empfohlen, den Staatskredit ganz direkt eintreten zu lassen, und das würde ja sehr wirksam sein. Herr Dr. Freudenstein verlangt — und darüber freue ich mich sehr —, daß der Staat keinerlei materielle Opfer bringt und auch nur soweit eintritt, als

unbedingte Sicherheit nach menschlichem Ermessen vorhanden erscheint. Deshalb halte ich diesen Weg für mindestens eines Versuches werth.

Ich gebe zu, daß man, um nicht bloß vorübergehend, sondern dauernd zu helfen, immer zu einer Beschränkung der Beleihung wird kommen müssen. Aber es ist taktisch vollkommen richtig, wenn der Herr Referent Ihnen empfiehlt, seine Vorschläge nicht damit zu belasten; das sind eben sehr schwierige Probleme. Wir stehen ja infolge unserer Beschlüsse alle auf dem Boden, daß wir eine Verschuldungsgrenze verlangen, aber Herr Dr. Freudenstein operirt nach meiner Ansicht ganz richtig, wenn er sagt: scheiden wir diese Frage hier aus, und empfehlen wir dem Staat einmal den Versuch, durch seinen Kredit ohne Opfer die Frage zu lösen, ob es nicht möglich ist, den Landwirthen innerhalb der Sicherheitsgrenze den Kredit zu einem billigeren Zinsfuß zu gewähren, und deshalb möchte ich seine Vorschläge empfehlen.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. **von Frege-Weltzien**-Abtnaundorf: Es hat sich Niemand weiter zum Wort gemeldet; ich kann deshalb die Diskussion schließen und gebe dem Herrn Referenten das Schlußwort, wenn er es wünscht.

Berichterstatter Rittergutsbesitzer, Rechtsanwalt und Notar Dr. **Freudenstein**-Hannover: Vielleicht gestatten Sie mir noch ein Wort im Anschluß an das, was der Herr Generallandschafts-Direktor von Staudy vorgetragen hat. Im allgemeinen kann ich mich mit ihm wohl einverstanden erklären. Wenn die Sache so läge, daß die Landschaften nicht nur etwa in dem dritten Theile des Deutschen Reiches existirten, sondern über das ganze Deutsche Reich verbreitet wären. — Das ist das erste Wenn; und das zweite Wenn ist: wenn die landschaftlichen Pfandbriefe allenthalben voraussichtlich in absehbarer Zeit den gleichen Kurs haben würden wie die preußischen Staatspapiere, die dreiprozentigen Konsols, dann wäre das, was ich mir vorzuschlagen erlaubte, vollständig überflüssig. Aber Beides ist nicht der Fall; die Landschaften existiren nur in einem Theile Preußens, die anderen Staaten haben etwas derartiges auch nur zum Theil, und ob es zu erreichen sein wird, den Kurs der landschaftlichen Pfandbriefe dauernd so hoch zu heben, daß er konform dem Kurse der Konsols bleibt, das ist mir doch sehr zweifelhaft. Wir dürfen nicht vergessen, welche

Arbeit seitens unseres Herrn Finanzministers nothwendig gewesen ist, welche Reihe von kleinen Mitteln angewendet worden sind, um den Kurs der Staatspapiere zu heben und hoch zu halten. Dahin gehört auch z. B. die vorhin berührte Frage der Beleihung für Steuerzwecke. Wir hören eben, für Steuerzwecke soll der landschaftliche Pfandbrief nur mit $^3/_4$ des Werths beliehen werden, während die Konsols zum vollen Betrage zu Steuerzwecken verwendet werden können. Das ist wieder ein kleines Mittel, um das große Publikum und alle diejenigen, die mit der Steuerbehörde zu thun haben, zu veranlassen, Konsols zu kaufen und nicht landschaftliche Pfandbriefe. So existirt eine Reihe solcher Maßnahmen, und die bekannteste und wichtigste, jedoch nicht in das Ressort des preußischen Finanzministeriums, sondern in das des Reichsbankpräsidenten einschlagende Bestimmung geht dahin, daß die landschaftlichen Pfandbriefe nur zu einem um $^1/_2$ Prozent höheren Zinsfuß lombardirt werden können. Ob es zu erreichen ist, daß landschaftliche Pfandbriefe zu demselben Zinsfuße lombardirt werden können, wie preußische Konsols, ist mir zweifelhaft. Meines Erachtens läßt sich nicht verkennen, daß auch einiges dagegen spricht. Wenn man auch nicht so weit gehen und sagen darf, die privaten landwirthschaftlichen Kreditinstitute in Süddeutschland, Bodenkreditbanken u. s. w. könnten alsdann beanspruchen, auf demselben Fuße behandelt zu werden, so ist doch die Konsequenz nicht abzuweisen, daß z. B. die Landeskreditkassen-Obligationen von Hannover und Hessen und die kommunalen Obligationen anderer deutscher Staaten gleich behandelt werden müßten mit den Pfandbriefen der Landschaften, und ob alsdann nicht eine Vermehrung der Mittel der Reichsbank erforderlich wäre und nicht einmal ein Zeitpunkt kommen könnte, in welchem ein großer Ansturm der so vermehrten Werthpapiere auf die Reichsbank, zwecks Beleihung stattfände, ist mir sehr zweifelhaft, und ebenso, ob es nicht alsdann dem preußischen Staatskredit unter Umständen schaden könnte, wenn die Reichsbank käme und sagte: wir können in diesem Augenblicke selbst die Konsols nicht mehr beleihen, weil die Grenze überschritten ist. Das sind auch Erwägungen, die nicht ganz abzuweisen sind. Also ich glaube kaum, daß eine Lombardirung der Pfandbriefe auf gleichem Fuße mit den Konsols zu erreichen ist.

Vorsitzender Graf **von Mirbach**-Sorquitten: Nach diesem Schlußwort des Herrn Referenten kommen wir zur Abstimmung.

Die Resolution lautet:

„Die XXII. Generalversammlung der Vereinigung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer beschließt:

I. Die alsbaldige Verminderung der Zinsenlast für die bereits vorhandenen Hypotheken auf ländlichem Grundbesitz und die Amortisation dieser Hypotheken ist ein mit allen Kräften zu förderndes Ziel. Die Erreichung desselben wird erschwert und verzögert durch die Verbindung dieser Frage mit Problemen, wie der fernerweiten Verschuldung vorzubeugen sei, Einführung einer Verschuldungsgrenze, Renten- oder Kapitalschuld, Anerbenrecht, Heimstättengesetzgebung und dergleichen. Es ist deshalb an erster Stelle zunächst die Verminderung der Zinsenlast für die vorhandenen Hypotheken und deren allmähliche Amortisation zu erstreben.

II. Zur Erreichung dieses Zieles sind alle Maßnahmen zu verwerfen, welche als ein Geschenk des Staates für den Grundbesitzerstand oder als eine Benachtheiligung anderer Klassen der Bevölkerung angesehen werden können, wie z. B. die vielfach geforderte Ausgabe unverzinslichen auf den Grund und Boden radicirten Papiergeldes, oder die Forderung, daß der Staat große Summen zu zwei Prozent dem Grundbesitzerstande zur Ablösung seiner Hypotheken zur Verfügung stellen solle. Als zulässig aber muß es angesehen werden, wenn die Grundentlastung und Zinsverminderung insoweit unter Zuhilfenahme und Inanspruchnahme des Staatskredits stattfindet, als damit weder ein Risiko noch ein pekuniäres Opfer für den Staat verbunden ist. — Es ist mindestens ein Versuch in einzelnen Provinzen (Landestheilen) zu machen.

III. Die Herabsetzung der Zinsen für die zur Zeit vorhandenen sicheren ländlichen Hypotheken auf drei Prozent würde ein Mittel von nicht zu unterschätzender Bedeutung für den größten Theil der ländlichen Grundbesitzer sein, um die Gefahren der gegenwärtigen landwirthschaftlichen Krisis zu vermindern. Diese Zinsherabsetzung auf drei Prozent ist zu erreichen, wenn die Provinzialverbände

(Landesverbände) — im Osten im Anschluß an die Landschaften — als Träger des landwirthschaftlichen Realkredits die Konvertirung dieser ländlichen Hypotheken in die Hand nehmen und wenn die dazu erforderlichen Geldmittel nicht durch Ausgabe eigener Schuldverschreibungen der Provinzen (Landschaften, Landeskreditkassen) beschafft werden müssen, sondern wenn der Staat den Provinzen (Landschaften, Landeskreditkassen) das dazu erforderliche Kapital in dreiprozentigen Konsols zur Verfügung stellt.

IV. Die den Grundbesitzern einer Provinz (eines Landes) gewährte Möglichkeit, das zur Ablösung ihrer als sicher anzusehenden Hypotheken erforderliche Kapital durch Vermittelung der Provinz (eines Landes) in dreiprozentigen Konsols ausgehändigt zu erhalten, würde zur Folge haben, daß sowohl die öffentlichen Sparkassen, welche namentlich in Westdeutschland einen großen Theil des Realkredits vermitteln, wie auch das Privatkapital mit dem Zinsfuß für erststellige Hypotheken auf drei Prozent herabgehen müßten. Die Inanspruchnahme des Staatskredits zur Ausstattung der Provinzen mit den erforderlichen Fonds würde daher in relativ mäßigen Grenzen sich bewegen."

Wünschen die Herren eine getrennte Abstimmung über die verschiedenen Punkte der Resolution? — Das ist nicht der Fall. Ich darf wohl annehmen, daß, wenn kein Widerspruch erfolgt, die Versammlung es genehmigt, die Vorschläge en bloc anzunehmen. — Das ist der Fall; sie sind angenommen.

Wir kommen nun zum nächsten Gegenstand der Tagesordnung:

„Die gegenwärtige Zuckersteuer."

Ich erlaube mir, den Herrn Referenten Generalsekretär Dr. Hager zu bitten, uns das Referat zu geben.

Erster Berichterstatter, Generalsekretär des Vereins der Rohzuckerfabriken des Deutschen Reichs Dr. **Hager**-Berlin: Meine Herren, das Thema, die gegenwärtige Zuckersteuer, wäre wohl nicht auf die Tagesordnung gekommen, wenn man allseitig mit dem neuen Zuckersteuergesetz vom Mai v. J. zufrieden war; im Gegen-

theil hat sich gegen dieses Gesetz eine Menge von Beschwerden erhoben, theils gegen das Gesetz selbst, theils gegen die Ausführung desselben. Ich beabsichtige nun durchaus nicht, die sämmtlichen Beschwerden Ihnen vorzutragen und zu begründen, — das würde weit über die Grenzen hinausgehen, die man am Schluß der Versammlung mit so reichhaltiger Tagesordnung zu beachten hat; aber einen Haupt- und Kardinalpunkt kann ich Ihnen nicht ersparen, und möchte die geehrte Versammlung bitten, mir für diese Hauptsache einige Minuten Aufmerksamkeit zu schenken.

Wenn man sich über den Mißerfolg des Zuckersteuergesetzes klar werden will, so muß man sich vergegenwärtigen, was denn das Zuckersteuergesetz eigentlich erreichen wollte. Dieses Gesetz von 1896 sollte keine Finanzmaßnahme sein, wie alle Zuckersteuergesetze in den letzten 15 Jahren, welche erlassen worden sind, um den Steuereinnahmen des Reichs zu dienen, sondern es sollte ein Hilfsgesetz für die Zuckerindustrie und die rübenbauende Landwirthschaft sein, die sich in einer ausgesprochenen Nothlage befand, in welcher sie sich heute leider immer noch befindet. Diese Nothlage war ausgedrückt in sehr gesunkenen Zucker- und Rübenpreisen, und der Grund des permanenten Rückganges der Preise war die permanente Ueberproduktion; hier nun wollte das Gesetz einsetzen und die Preise wieder in die Höhe bringen und zwar durch das Mittel der Kontingentirung. Die Kontingentirung sollte es dahin bringen, daß Erzeugung und Bedarf an Zucker wieder ins Gleichgewicht gelangen. Der Vorschlag dazu ging von den Zuckerindustriellen bekanntermaßen selber aus. Man sagte sich: wenn der Zuckerfabrikant die Prämie nur auf eine bestimmte Zuckermenge bekommt, und für das, was er darüber hinausproduzirt, die Prämie an den Staat bezahlen muß, dann wird jeder Fabrikant sich hüten, allzuviel Zucker zu produziren; dadurch wird nur eine begrenzte Menge Zucker auf den Markt kommen und dadurch werden sich die Preise bessern. Das war an und für sich ein unbestreitbar richtiges Vorhaben, aber es ist ein verzweifelter Unterschied zwischen Gedanke und Ausführung.

(Sehr wahr!)

Die Urheber des Kontingentirungsgedankens dachten sich die Sache so: es wird jährlich festgesetzt, wie hoch das Gesammtkontingent aller deutschen Zuckerfabriken sein soll, und es wird

einmal festgesetzt, wie hoch das Kontingent jeder einzelnen Fabrik sein soll. Das jährliche Gesammtkontingent müßte von Jahr zu Jahr erhöht werden, weil der Konsum sich vermehrt, und der jährliche Zuwachs würde auf die einzelnen Zuckerfabriken vertheilt nach dem Verhältniß des Kontingents. Dieses Verfahren hätte sicher einen ruhigen Fortgang der Zuckerproduktion gewährleistet. Da kam aber im Herbst 1895 die Reichsregierung mit ihrer Vorlage und hatte für die Kontingentirung zum allgemeinen Erstaunen ein ganz anderes Prinzip. Danach sollte jedes Jahr aufs neue das Kontingent jeder Zuckerfabrik festgesetzt werden, und zwar immer nach der vorausgegangenen Produktion dieser Fabrik, und das Kontingent sollte immer nach dem Durchschnitt aus der Produktion der letzten 5 Kampagnen unter Abstrich der niedrigsten und der höchsten Jahresmenge berechnet werden. Damit war das unglückliche Prinzip angenommen, daß das Kontingent von der jedesmaligen Produktion abhängig sein soll, daß die Fabriken sich ihr Kontingent durch Mehrproduktion verstärken können und ihr Kontingent desto mehr erhöhen können, je mehr sie es überschreiten. Allerdings war nach der Regierungsvorlage diesem Streben ein gewisser Riegel dadurch vorgeschoben, daß, wie ich eben sagte, die höchste Jahresmenge bei der Berechnung des Kontingents in Wegfall kommen sollte. Das Streben nach der höchsten Produktion hätte nach dem Regierungsentwurf zunächst den Erfolg gehabt, daß die höchsterreichten Jahresmengen bei der Kontingentsberechnung wieder ausgeschieden worden wären. Hätte doch der Reichstag diese Kontingentirungsart angenommen! Leider aber wich der Reichstag weit davon ab, und was nun im Gesetz steht, ist folgendes:

Das Kontingent einer jeden Zuckerfabrik wird immer aufs neue in der Weise bestimmt, daß der Durchschnitt aus den beiden höchsten Produktionen der letzten 3 Jahre maßgebend ist; also je höher ich meine Produktion hebe, desto größer wird dieser Durchschnitt sein, und desto größer schaffe ich mir mein späteres Kontingent. Noch krasser ist das Verhältniß bei den kleinen Fabriken, denjenigen unter 40 000 Doppelcentner Produktion. Für diese ist bestimmt, daß bei ihnen direkt die höchste Produktion aus den letzten 5 Jahren das Kontingent bilden soll. Damit wollte man den kleinen Fabriken eine besondere Wohlthat erweisen, aber wenn irgend wo, heißt es hier: „Vernunft wird Unsinn, Wohlthat Plage.“

(Heiterkeit.)

Denn nun sind gerade die kleinen Fabriken, die es am meisten nöthig hätten, sich auf ihr Kontingent zu beschränken, gezwungen, sich immer weiter auszudehnen, um sich ein großes Kontingent zu erarbeiten oder sich wenigstens im Besitz ihres Kontingents zu erhalten. Ich sage: die Zuckerfabriken sind gezwungen zur Ueberproduktion, und muß das etwas näher ausführen.

Auf sein Kontingent bekommt der Fabrikant bekanntlich die Prämie von 2,50 Mark pro Doppelcentner Zucker. Ueber das Kontingent hinaus muß er ohne Prämie produziren. 2,50 Mark sind aber bei den heutigen miserablen Zuckerpreisen ein Betrag, der schwer ins Gewicht fällt. Der Fabrikant hat also Ursache, danach zu streben, recht oft den Betrag von 2,50 Mark zum eigentlichen Zuckerpreis dazu zu erhalten, also, mit anderen Worten, sein Kontingent möglichst hoch zu heben. Am Kontingent hängt, sozusagen, die Existenz. Eine Fabrik, die in ihrem Kontingent zurückkommt, ist überhaupt gefährdet. Die Fabrik muß also selbst mit den größten Opfern darnach trachten, ihr Kontingent zu erhöhen, oder es wenigstens aufrecht zu erhalten, und das kann sie nur, indem sie über das Kontingent hinausgeht, indem sie Ueberproduktion macht. Die Gefahr, im Kontingent zurückzugehen, liegt aber sehr nahe; denn das Gesammtkontingent der deutschen Fabriken darf ja jährlich eine bestimmt begrenzte Zuckermenge nicht überschreiten. Um diejenige Zuckermenge, um welche eine Fabrik ihr Kontingent vergrößert, müssen nothwendigerweise die anderen Fabriken verkürzt werden. Wer seinen Betrieb nicht ausdehnt, steht immer vor der Gefahr, um sein Kontingent zu kommen. Daraus ergiebt sich die nothwendige Folge, daß alle Zuckerfabriken ihr Kontingent ausdehnen müssen, um nur im Besitz ihres Kontingents zu bleiben. Das Gesetz hat also gerade das Gegentheil von dem gebracht, was es erreichen sollte. Man wollte eine Regelung der Zuckerproduktion erreichen, und das Resultat ist allgemeine Ueberproduktion. Man wollte den Einzelnen gegen die Konkurrenz schützen, und das Resultat ist der Kampf Aller gegen Alle. Der Gedanke der Kontingentirung ist durch seine verfehlte Anwendung, die in das Gesetz gekommen ist, geradezu auf den Kopf gestellt worden; und jetzt, wo bei den immer weiter weichenden Zuckerpreisen das Interesse der Industrie einzig und allein darauf hinausgeht, die Produktion zu beschränken, damit die Preise sich wieder heben, — jetzt steht das

Zuckersteuergesetz als Warnungstafel davor und verbietet den Fabriken direkt die Einschränkung, verhindert also, daß die Zuckerpreise sich wieder auf eine normale Höhe emporschwingen, und zwingt die Industrie zur dauernden Ueberproduktion.

Wie kann man nun aus dieser Kalamität herauskommen? Ich bemerkte vorhin schon, die Fabriken müssen Ueberproduktion machen, weil sie sonst Gefahr laufen, ihr Kontingent einzubüßen. Die Abhilfe muß also da einsetzen, daß man den Fabriken diese Gefahr nimmt, daß man ihnen die Angst nimmt, um ihr Kontingent zu kommen. Das kann man dadurch erreichen, daß man ihnen ein Minimalkontingent sichert, ein Kontingent, welches unantastbar ist, welches zwar erhöht, aber niemals verringert werden kann, und als solches empfiehlt sich natürlich am zweckmäßigsten das Kontingent, welches ihnen bei der ersten Veranlagung gegeben ist, also pro 1896/97. Es ist daher eine sehr einfache Gesetzesänderung, welche die beiden Referenten Ihnen zur Befürwortung vorschlagen möchten, ein Zusatz, der bei § 75 des gegenwärtigen Zuckersteuergesetzes anzubringen ist. Dieser kleine Zusatz würde lauten:

> Das den einzelnen Zuckerfabriken für das Betriebsjahr 1896/97 zugebilligte Kontingent darf bei den späteren Kontingentirungen nicht verringert werden.

Ich betone, daß diese Klausel von Seiten der Vereine der Zuckerindustriellen während der Berathung des Gesetzes im Reichstag fortwährend in allen mündlichen und schriftlichen Verhandlungen mit den Reichstagsmitgliedern gefordert worden ist. Der Reichstag hat aber damals die Bedeutung dieser Sicherheitsklausel übersehen, und so ist sie in das Gesetz nicht aufgenommen; wird sie nachträglich aufgenommen, so wird die Wirkung sicher eine wohlthätige sein, denn die Fabrikanten haben dann die Sicherheit, daß ihr Kontingent nicht unter einen gewissen Punkt sinken kann. Sie bekommen dadurch nicht etwa ein feststehendes Kontingent, das nicht mehr erhöht werden dürfte, sondern sie können es von Jahr zu Jahr durch Mehrproduktion ausdehnen, wenn sie dazu durch billige Fabrikation und durch billige Rüben in der Lage sind. Die andern Fabriken aber, deren Verhältnisse eine Ausdehnung nicht erlauben — und das ist ja die große Mehrheit — werden sich nun zunächst einmal auf ihr Kontingent beschränken. Daraus wird eine Verringerung der Gesammtproduktion an Zucker hervorgehen, und

dadurch werden die Preise für Zucker und für Rüben unfraglich gehoben werden.

Nun läßt sich freilich nicht leugnen, daß einige Zuckerfabriken in Deutschland, namentlich im Osten, noch heute das Bestreben haben und auch in Zukunft das Bestreben haben werden, ihre Betriebe zu erweitern, und zu diesem Zwecke sich ein größeres Kontingent zu erarbeiten. Das können sie nach Lage der jetzigen Gesetzesbestimmungen nur auf Kosten der übrigen Fabriken, indem sie diese an Kontingent verringern. Wenn aber der von den Referenten vorgeschlagene Zusatz in das Gesetz kommt, also den Fabriken das Anfangskontingent als Minimum zu sichern, könnte die Wegnahme von Kontingentstheilen nicht mehr in dem Maße erfolgen können wie jetzt, sondern nur in soweit als das den Fabriken garantirte Minimalkontingent nicht im Wege steht. Dann wird es sogar häufig vorkommen, daß Fabriken ihr Kontingent nicht ganz erreichen, weil ihnen ihr Anfangskontingent nicht geschmälert werden kann, auch wenn sie mit der Produktion unter ihrem Kontingente bleiben. Diese Fabriken werden dann, sozusagen, der Reichskasse einen Geldbetrag schenken, denn auf den Kontingentszucker, der nicht vollständig produzirt wird, zahlt jetzt das Reich keine Prämie, während doch der Sinn des Gesetzes dahin geht, daß die Industrie auf das ganze Kontingent die Prämie vom Reich erhalten soll und daß nur das Super-Kontingent ohne Prämie bleiben soll.

(Sehr richtig!)

Es herrscht nun in der Zuckerindustrie und in der Landwirthschaft, welche diesen Dingen nahe steht, eine Meinung darüber, daß dieses Geld, das jetzt die Reichskasse, entgegen der Absicht des Gesetzgebers, hinunterschluckt, der Industrie zu Gute gerechnet werden muß. Ich erinnere daran, daß ganz kürzlich auch der Deutsche Landwirthschaftsrath einen dahingehenden Beschluß gefaßt hat. Wenn man nun diesen jährlichen Geldbetrag, welcher aus den nicht voll ausgenutzten Kontingenten erwächst, den Fabriken zu Gute rechnet, welche ihr Kontingent überschreiten und zwar in dem Maße, wie sie ihr Kontingent überschreiten — also hauptsächlich den großen, ausdehnungsbedürftigen Fabriken des Ostens, so wird man diesen Fabriken volle Befriedigung gewähren. Diese Fabriken, die also ihr Kontingent überschreiten müssen, sich aber das Kontingent der

übrigen nur bis zu einem gewissen Punkte aneignen können, werden dann schadlos gehalten dadurch, daß ihnen die Beträge überwiesen werden, welche aus den nicht vollbenutzten Kontingentstheilen hervorgehen. Die Steuerpflicht dieser das Kontingent überschreitenden Fabriken würde also um diese Beträge erleichtert werden.

Meine Herren, das sind zwei sehr einfache Zusätze zum Gesetz, welche mit einander in engster Verbindung stehen und die in der Ihnen gedruckt vorliegenden Resolution niedergelegt sind. Der erste besagt also: Die Fabriken erhalten als Minimalkontingent das ihnen für 1896/97 zugebilligte Kontingent, welches ihnen bei späteren Kontingentirungen nicht verringert werden darf; und zweitens: die Prämien auf die nicht vollständig ausgenützten Kontingentstheile werden denjenigen Fabriken zu Gute gerechnet, die ihr Kontingent überschritten haben. Wie Sie sehen, sind es geringfügige Aenderungen, welche Regierung und Reichstag sozusagen im Handumdrehen annehmen können; sie sind trotzdem von einschneidender und tiefgreifender Wirkung. Werden sie nicht angenommen, bleibt das Gesetz so bestehen, wie es ist, ohne die verlangte Sicherheitsklausel, so bin ich und sind wohl drei Viertel der Zuckerfabrikanten überzeugt, daß das Zuckersteuergesetz von 1896 der Industrie und der Landwirthschaft zum größten Unsegen ausschlagen wird. Werden aber diese beiden kleinen Sicherheitsklauseln in das Gesetz aufgenommen, dann bin ich ebenso fest überzeugt, wird das Gesetz der Industrie und der Landwirthschaft noch zum Heile gereichen.

(Bravo!)

Ich bitte daher meine Resolution anzunehmen, welche lautet:

„Die XXII. General-Versammlung der Vereinigung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer erklärt:

Die Vereinigung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer ist der Meinung, daß das **Zuckersteuergesetz** vom 27. Mai 1896 seinen Zweck, die Zuckerproduktion durch die Kontingentirung zu regeln und dadurch die Zuckerpreise günstig zu beeinflussen, verfehlt hat und so lange verfehlen wird, als die Art der Kontingentirung, die das Gesetz vorschreibt, ungeändert bestehen bleibt. Diese Kontingentirungsart, die der Reichstag abweichend von der Regierungsvorlage und abweichend von den Vorschlägen der Zucker-

industrie und der Landwirthschaft beschlossen hat, enthält einen Zwang zur Ueberproduktion und verbietet die Einschränkung der Zuckererzeugung, die das einzige Mittel ist, die Zucker- und Rübenpreise wieder auf einen lohnenden Stand zu erheben. Es erscheint darum als dringende Pflicht der gesetzgebenden Körperschaften, die Initiative zu einer Ergänzung der Kontingentirungs-Bestimmungen des Zuckersteuergesetzes zu ergreifen, welche den Zwang zur Ueberproduktion beseitigt und eine Einschränkung ermöglicht. Als solche Ergänzung empfiehlt sich die Bestimmung, daß den einzelnen Fabriken das ihnen für das Betriebsjahr 1896/97 zugebilligte Kontingent bei den späteren Kontingentirungen nicht verringert werden darf.

Ferner ist ein Zusatz zu dem Gesetz erforderlich, wonach die Steuerpflicht der ihr Kontingent überschreitenden Fabriken um denjenigen Betrag pro rata erleichtert wird, welcher jetzt, entgegen der Absicht des Gesetzes, der Reichskasse aus nicht ausgenutzten Kontingenten zu Gute kommt."

Vorsitzender Graf **von Mirbach**-Sorquitten: Meine Herren, ich darf wohl dem Herrn Referenten in Ihrem Namen den verbindlichsten Dank aussprechen. — Ich bitte nun Herrn Tenge, das Korreferat zu übernehmen.

Mitberichterstatter Rittergutsbesitzer **Tenge**-Niederbarkhausen: Meine Herren, bei der vorgerückten Zeit will ich Ihre Ausdauer sehr wenig in Anspruch nehmen und nur hauptsächlich vom Standpunkt des Landwirthes und des rübenbauenden Aktionärs aus einige Worte sprechen. Trotz der Schwierigkeiten, welche das Gesetz vom 27. Mai 1896 uns wegen der widerstreitenden Interessen entgegenstellt, die dadurch hervorgerufen sind, habe ich doch geglaubt, gerade wegen der eminenten Wichtigkeit, welche dieses Gesetz für die ganzen industriellen Verhältnisse, die damit zusammenhängen, hat, Ihnen die Besprechung der vorgeschlagenen Resolution zu empfehlen, weil eben durch das Gesetz und durch das Wettrennen, welches sich infolge dessen in der Ueberproduktion an Zuckerrüben eingestellt hat, das Sein oder Nichtsein vieler Existenzen in Frage gestellt ist und noch wird. Wenn ich hier von Wettrennen gesprochen habe, so meine ich, daß dies durch meinen Herrn Vorredner schon deutlich geschildert wurde, indem ein jeder, welcher glaubt, durch die Ueber-

zahl von Centnern, die er sich erwirbt, in der Produktion von Zuckerrüben und zur Erhöhung seines Kontingents sich einen besondern Profit zu erringen, immer weiter gejagt wird; und sehe ich in dieser Art und Weise, wie das Gesetz entstanden ist, einen ganz eigenthümlichen Irrthum der Majorität des Reichstags, und kann ich mir diesen eigenthümlichen Irrthum nur dadurch erklären, daß die damalige Majorität der gesetzgebenden Körperschaft gewissermaßen von den sozialdemokratischen Ideen hypnotisirt gewesen ist.

(Heiterkeit.)

Denn anders ist es nicht begreiflich, daß diese Majorität sich bewogen fühlte, zunächst durch den verursachten Preissturz der Produkte ein großes Unglück hervorzurufen, indem dies so viele Existenzen untergräbt, und sodann durch die große Schädigung die Unzufriedenheit vermehrt wurde, — was beides natürlich sozialdemokratisch reagiren mußte.

Wenn ich nun auf die einzelnen Punkte vom Standpunkte des Landwirths und speziell des Zuckerrübenbauers aus zurückgehe, so möchte ich Ihnen einige Exempla vorführen, wie die seitherigen Zuckersteuergesetze gewirkt haben. Wir hatten schon eine Zuckerkrisis im Jahre 1894, welche als Folge der Gesetze sich einstellte, und kann ich Ihnen daraus unter anderm vom Osten ein Exempel vorführen. In der Kampagne 1893/94 wurden dort noch 115 Pfennig für die Rüben bezahlt plus 50 Prozent Schnitzel als bekanntes Viehfutter, und außerdem noch eine Dividende von 20 Prozent. Diese 20 Prozent bitte ich nicht so aufzufassen, als wenn das ein kolossaler Gewinn wäre; (man hat gewöhnlich geglaubt — und das hat man sich wahrscheinlich auch im Reichstag vorgestellt —, wenn eine scheinbar hohe Dividende gezahlt würde, so sei das ein Zeichen, daß eine Fabrik enorm viel verdiente. Wenn Sie aber diese Zuckerfabrik, welche 20 Prozent Dividenden gezahlt hat, als Beispiel nehmen, so bemerke ich, daß in den 20 Prozent die Verzinsung von cira 2 Millionen Mark für den Bau der Fabrik liegen. Diese Bausumme war aber schon sehr stark abgeschrieben, und es repräsentirten demnach die 20 Prozent, gleich 20 000 Mark, die Verzinsung von fast 2 Millionen amortisirtes Kapital — was nach dem heutigen Begriffe keinen übermäßig hohen Prozentsatz für Fabrikanlagen ausmacht; bekanntlich giebt eine Million schon 40 000 Mark Zinsen beziehungsweise etwas mehr.) Im folgenden Jahre,

nachdem die Wirkung der Gesetze hervortrat, waren die Verhältnisse ganz andere, theilte die Direktion der Fabrik mit: was wir im Vorjahre gezahlt haben, können wir heuer nicht mehr geben; wir können sogar unseren eigenen Aktionären die Rüben nur mit 80 Pfennig vergüten. Also war der Preis von 115 Pfennig auf 80 Pfennig pro Centner gefallen, und gab es außerdem auch keine Dividende. Bei Zahlung von 80 Pfennig für die Rüben ist aber keine irgend wie lohnende Rente aus dem Grund und Boden zu erzielen, was ich mir nachher noch durch ein Beispiel nachzuweisen erlauben werde. Sie sehen also, wie in einem Jahre sich ein so bedeutender Unterschied im Ertrage des Grundbesitzes durch das Vorgehen der Gesetzgeber herausgestellt hat. Bei der Fabrik, die ich erwähnte, ereignete sich noch Folgendes. Bei derselben hatte sich ein Rittergutsbesitzer mit Lieferungen von Zuckerrüben nach Zuckergehalt zu zahlen engagirt, der bis zum Jahre 1893/94 noch sehr gut existenzfähig war, durch die bis dahin bezahlten und üblichen Zuckerrübenpreise. Nun kam aber die folgende Kampagne, wo der Preis selbst für die Aktionäre auf 80 Pfennig herunterfiel, was für ihn die Folge hatte, daß die Fabrik zunächst Schwierigkeiten wegen der Abnahme machte und endlich erklärte: wir bedauern sehr, wir können von Ihnen keine Zuckerrüben mehr nehmen, weil wir nicht einmal unsere Aktionäre in der Abnahme befriedigen können. Der arme Mann konnte seine Vorschüsse, die er auf die Zuckerrübenkultur hin genommen hatte, nicht bezahlen, und wurden ihm deshalb die Rüben auf dem Felde durch die Gläubiger verauktionirt, und zwar zu 25 Pfennig pro Centner. Für seine auf 400 Morgen geernteten 64 000 Centner erlitt er demnach einen Verlust gegen das Vorjahr von 57 600 Mark, und war er infolge dessen bankerott. — Dies sei eines von den Beispielen, wie es in dem genannten Jahre so viele gegeben, und kann ich den Herren, die jetzt beim Wettrennen so sehr mitthun und selbst neue Fabriken bauen, andere vergrößern, um sich vermeintlich in eine glückliche Lage zu versetzen, dies nur als warnendes Beispiel aus der Vergangenheit vorführen.

Wenn ich nun auf die Kosten zurückkomme, welche uns die Produktion der Zuckerrüben verursacht, so will ich ein Beispiel aus dem Westen Deutschlands anführen, welches das Resultat von Berechnungen einiger Herren war, die sich speziell dort mit Zuckerrübenbau beschäftigten, und die sich sagten: wenn die zeitigen Ver-

hältnisse sich nicht bessern, müssen wir die Kultur aufgeben und unsere Fabrik schließlich stillstehen lassen. Es wurde eine durchschnittlich nicht zu niedrige Ernte angenommen und zwar 150 Centner pro Morgen, sowie eine Pacht, die nicht zu hoch gegriffen war, von 20 Mark pro Morgen. Die Rüben werden dort in zweiter Tracht angebaut, das heißt, nach Stalldung und mit Zugabe eines Hülfs-Düngerwerthes von 25 Mark pro Morgen. Bei 200 Centnern angenommener Stalldung, dessen voller Werth zu 100 Mark gerechnet war, und davon die 30 Prozent für Ausnutzung der zweiten Tracht angenommen, macht 30 Mark für den Morgen; ferner Beackerung und Einsaat zu 26 Mark, viermaliges Hacken, beziehungsweise Verziehen u.s.w. 12,50 Mark. Die Ernte selbst kostet 12 Mark; dann der Transport bei einer durchschnittlichen Entfernung nach der Fabrik von 11 Kilometern 40 Mark; ferner für Invaliditätsversicherung 1 Mark: das macht einen Unkostenbetrag von 166,50 Mark für den Morgen. Demgegenüber stellte sich also früher eine Einnahme von 150 Mark pro Morgen heraus bei nur 1 Mark pro Centner Rübenpreis und 50 Prozent Schnitzel, das wären für 75 Centner à 20 Pfennig — was auch nicht zu niedrig veranschlagt ist — 15 Mark; dann bringt der Morgen an Futter durch die Blätter und Rückstände an Köpfen von den abgehauenen Rüben 10 Mark — was auch nicht zu niedrig angenommen — in Summa also 175 Mark. Die vorher veranschlagten Kosten mit **166,50 Mark** gezogen, giebt noch einen Gewinn von **8,50 Mark** pro Morgen.

Nun sind wir aber über diesen status quo leider hinaus. Wir bekommen keine Mark mehr, sondern höchstens 80 Pfennig! Wenn Sie 80 Pfennig, also einen Unterschied von 20 Prozent pro Centner Rüben annehmen, so haben Sie 30 Mark weniger; mithin bleiben 145 Mark als Einnahme übrig, was einen Verlust von **11,50 Mark** ergiebt. Und wenn demnächst — wie heute auch schon erwähnt worden ist — der Preis bis auf **60 Pfennig** heruntergeht, dann würden Sie im nächsten Jahre einen Verlust von **41,50 Mark** pro Morgen zu verzeichnen haben. Meine Herren passionirten Wettrenner in der Kultur der Zuckerrübe, ich möchte Ihnen die Mahnung entgegenrufen, daß Sie nicht mit hypothetischen Zahlen rechnen, wie es leider zu oft geschieht, und ist unser Thema zweifellos werth, gründlich überlegt zu werden, was gewöhnlich der Landwirth nicht ganz thut, wenn er die sanguinisch süßen Gedanken

für die Zuckerrübenkultur hegt, die ihn ganz speziell in den letzten Jahren so oft und so sehr in die Tinte gebracht hat.

Nach diesen kurzen Bemerkungen empfehle ich Ihnen also, die Resolution anzunehmen; denn schaden kann sie uns jedenfalls nicht. Wenn die Herren aber noch etwas Besseres vorschlagen können, so möchte ich sehr darum bitten. Es muß die Frage unbedingt ins Rollen kommen.

Vorsitzender Graf **von Mirbach**-Sorquitten: Ich möchte unserem langjährigen Mitgliede, welches soeben gesprochen hat, auch in Ihrem Namen den verbindlichsten Dank sagen.

Bevor wir zur Diskussion kommen, habe ich namens des Ausschusses Ihnen noch Folgendes mitzutheilen: Der Ausschuß hielt es nicht für geboten, eine Abstimmung vorzunehmen, weil wir erheblich dissentirten, und es wäre das Resultat einer Abstimmung zweifelhaft gewesen, es konnte ein Zufall pro oder contra entscheiden. Das Letztere wäre uns allen nicht erwünscht gewesen; denn wir wollten doch mit einem Vorschlag an Sie herantreten. Die Resolution ist also lediglich eine Resolution der Herren Referenten, das wird ihren Werth nicht herabmindern, ich muß das aber konstatiren.

Ich eröffne die Diskussion und ertheile zuerst Herrn von Staudy das Wort.

Generallandschaftsdirektor Reichstagsabgeordneter **von Staudy**-Posen: Ich erlaube mir, meine Herren, ein Wort hierzu, da ich zu denen gehört habe, die sich im Ausschuß mit der Sache beschäftigt haben. Ich kann im großen und ganzen mich den Ausführungen der beiden Herren Referenten nur anschließen, aber nicht ihrer Resolution, wenigstens nur zum kleinen Theile. Ich kann Herrn Dr. Hager sagen, daß ich mit ihm vollständig einverstanden darin bin, daß das Gesetz ein perniziöses für die deutsche Zuckerindustrie und für den deutschen Zuckerrübenbau ist, und zwar ganz gleich, wo wir wohnen, ob wir im Osten, im Westen, im Norden oder im Süden wohnen, wir leiden alle darunter. Ich halte es — ich bemerke, daß ich selbst Aktionär und Aufsichtsrathsmitglied einer großen Zuckerfabrik bin, und daß ich einen Einblick in die Verhältnisse habe — nicht für anders möglich, als daß ein großer Krach über unsere deutsche Zuckerindustrie und den Zuckerrübenbau kommt, und daß wir sehr bald unter den Preis kommen werden, welchen vorhin Herr Tenge genannt hat, von 80 Pfennig; bei

uns im Osten ist das die alleräußerste Grenze, bei welcher überhaupt noch Zuckerrüben gebaut werden können, und zwar bei guten Durchschnittsernten — ich will einmal sagen von 150 Centner pro Morgen. Wenn, was hier gestreift wurde, der Betreffende etwa noch rückständige Pacht zu zahlen hat, so wird ihn der Rübenbau bei einem Preise von 80 Pfennig kaum herausbringen. Herrn Dr. Hager gegenüber möchte ich besonders noch die Bemerkung machen, daß er sich, glaube ich, täuscht, wenn er meint, daß die Fabriken im Osten noch vielfach auf eine Vergrößerung ihrer Betriebe ausgehen; das ist im Osten, glaube ich, nur vereinzelt der Fall. Etwas anderes ist es, daß im Osten bei den heutigen Getreidepreisen das Bedürfniß vorhanden ist, neue Zuckerfabriken zu gründen, da man Zuckerrüben bauen will.

Ich erhebe auch hiergegen und hoffe, daß auf meine Stimme etwas gehört wird, warnend meine Stimme und sage: Laßt die Hand davon! Nicht einen Thaler würde ich gegenwärtig zu einer Zuckerfabrik hergeben! Hier sind Herren aus der Provinz Posen, welche bestätigen können, daß ich dringend abgemahnt habe von einem Bau einer neuen Fabrik, obgleich die Verhältnisse in der betreffenden Gegend so gestaltet sind, daß man schon längst eine Zuckerfabrik hätte bauen müssen, wenn in unserem Osten nicht die Verkehrsverhältnisse lange Zeit so sehr schlecht gewesen wären, daß man es nicht thun konnte. Damit im Zusammenhang steht auch, daß die Kultur nicht so schnell im Osten vorwärts gegangen ist, wie anderweitig. Also im Osten dürfte das Streben nach Vergrößerung des Betriebes nur vereinzelt vorkommen, aber es sind im Osten neue Zuckerfabriken noch in Frage und möchten gebaut werden unter der Noth der heutigen Verhältnisse auf jedes Risiko hin.

Sodann muß ich sagen, daß die Rechnung, die Herr Tenge uns aufgestellt hat über den Zuckerrübenbau mit 166 Mark pro Morgen, glaube ich, doch nur für einzelne Theile unseres deutschen Vaterlandes zutreffend ist.

(Zuruf: Hauptsächlich für den Westen!)

Wir rechnen im Osten und in Mitteldeutschland erheblich weniger; immerhin wird eine Rechnung von 90 bis 100 Mark im Durchschnitt das Richtige treffen, und wenn man das acceptirt, so kann man, glaube ich, mit einem Preise von 70 Pfennig verständigerweise Zuckerrüben nicht mehr bauen. Ich halte, wie gesagt

80 Pfennig für die allerniedrigste Grenze. Man kann in einem Jahrgange vielleicht einen etwas niedrigeren Preis ertragen, aber auf die Dauer ist das nicht möglich. Herrn Tenge möchte ich noch eins sagen, was ihn vielleicht interessiren wird. Es ist ganz richtig, was er gesagt hat, daß ein Preis von 115 Pfennig vor 3 oder 4 Jahren bei uns noch wiederholt bezahlt wurde; wir waren aber auch schon bis 85 Pfennig pro Centner vor mehreren Jahren heruntergekommen, und ich befürchte, es wird in diesem Jahre der Durchschnitt von 80 Pfennig nicht erreicht werden.

Wir haben im Reiche zu meinem tiefen Bedauern leider zwei Strömungen gehabt, aber heute ist das nicht mehr bemerkbar; wir sind durch dieses Gesetz alle gemeinschaftlich geschädigt, und wir gehen einem Elend ohne Gleichen entgegen, wenn nicht etwas geschieht. Aber über die Wege bin ich denn doch sehr verschiedener Ansicht mit den Herren Referenten. Diese halten die Kontingentirung als etwas Selbstverständliches, sie scheinen auch die Kontingentirung für etwas sehr Nützliches zu halten. Das ist mir unverständlich. Wenn Sie die Kontingentirung international gestalten wollen, à la bonne heure, bin ich mit Ihnen einverstanden; aber eine Kontingentirung in Deutschland allein ist eigentlich, gelinde gesagt, ein Unrecht.

(Sehr richtig!)

Sollen wir uns kontingentiren, damit Oesterreich und Frankreich und die andern zuckerrübenbauenden Länder das Lachen über uns haben? Es ist mir unverständlich, wie eine Regierung uns das Kontingent allein hat auferlegen können.

(Sehr wahr!)

Darauf hat meine Opposition beruht, wie die Herren vielleicht wissen. Ich muß die Herren, welche für die Kontingentirung eingenommen sind, daran erinnern, daß dadurch der Preis in keiner Weise besser wird; denn sofort wird das Quantum, welches wir uns versagen, anderweitig gebaut.

(Sehr richtig!)

Die Kontingentirung hat nur eine berechtigte Basis, und das ist die: wenn das Reich so hohe Exportprämien — ich will nicht generalisiren, ich sage nur: so hohe Exportprämien zahlen soll, wie es augenblicklich geschieht, 2,50 Mark pro Doppelcentner, da hat das Reich das Recht zu sagen: ich will die Prämien nur für so

und so viel Millionen Centner bezahlen. Das ist der einzige Punkt, von welchem aus die Kontingentirung ein Recht hat.

Fragen wir uns nun einmal: Welchen Gewinn hat uns die im vorigen Jahre geschaffene hohe Exportprämie gebracht? Wir müssen für etwa jährlich 200 Millionen Mark Zucker exportiren. Wenn es auf dem Weltmarkt bekannt ist, daß Deutschland mit 200 Millionen Mark Zucker kommen muß, so wird jede Erhöhung der Exportprämie augenblicklich auf dem Weltmarkt diskontirt. Das, was wir vom Reiche bekommen, zahlt man uns auf dem Weltmarkt weniger, so haben wir denn auch die Erfahrung gemacht, daß in dem Augenblick, als im vorigen Jahre das Gesetz geschaffen war, der Zucker rapid herunterging. Er stand bekanntlich Ende April und Anfang Mai vorigen Jahres zu 12 bis 12,50 Mark und fiel alsbald um 3 Mark. Er fiel infolge unserer Exportprämie und weil sofort bekannt war: Oesterreich erhöht nun auch, wie es auch gekommen ist. Außerdem mußten die Kenner der Verhältnisse sich darüber klar sein, daß mit einigen nationalen Redensarten auch in Frankreich die Sache durchzusetzen sei. Auch in Frankreich wird augenblicklich die Exportprämie erhöht und in einer Weise, wie wir nicht daran können; denn Frankreich exportirt ungleich weniger als wir, und ist ein viel reicheres Land. Die Herren wollen hiernach festhalten, daß die Kontingentirung also auch um deshalb kein Recht hat, weil die Erhöhung der Exportprämie uns sofort verloren geht. Ich nehme an, daß Sie die Auslassungen des Herrn Generalsekretärs des Verbandes der Spiritusvereine gelesen haben. Ich habe sie im vorigen Jahre gelesen, als ich die Zuckersteuerfrage studirte. Er weist nach, daß bei dem ganz unbedeutenden Export von Spiritus, den wir leider nur haben, die Hälfte der Exportprämien verloren geht; sie beträgt bekanntlich beim Spiritus 6 Mark. Er meint, man könne rechnen, wie man wolle, 3 Mark gingen unter allen Umständen verloren. Wenn nun schon bei diesem für den Export verhältnißmäßig unbedeutenden Artikel die Hälfte der Exportprämien verloren geht, dann wollen Sie gefälligst erwägen, wie es sein muß, wenn man bei einem Artikel auf 200 Millionen kommt. Als von mir bei einer Unterredung an einer maßgebenden Stelle — ich nenne absichtlich niemals Namen — gefragt wurde: was wird von der Exportprämie übrig bleiben? Da wurde mir erwidert, man gebe zu, es werde viel verloren gehen, aber doch

nicht alles. Ich bin nun der Ansicht, daß nicht nur die ganze Exportprämie verloren gegangen ist, sondern noch etwas dazu, daß nichts uns so geschädigt hat, wie die Exportprämie, die wir im vorigen Jahre geschaffen haben. Damit Sie nicht denken, ich hätte bloß kritisirt, so will ich Ihnen sagen, daß ich im vorigen Jahre, als dieses Gesetz berathen wurde, den Vorschlag gemacht habe, man möge den damals und zwar bis zum 1. August dieses Jahres bestehenden gesetzlichen Zustand einfach verlängern. Ich habe in der Kommission wie im Hause dafür gesprochen, mein Vorschlag wurde aber nicht angenommen. Die Regierung ließ zweifelhaft, ob sie ihm zustimmen würde, sie würde aber zugestimmt haben, und andere Leute wollten höhere Exportprämien haben; kurz und gut ich bin nicht durchgedrungen. Ich glaube, Sie werden mir zugeben, daß es das Richtigere gewesen wäre, es wäre beim Alten geblieben, und das Ausland hätte keinen Anlaß gehabt, die Exportprämie zu erhöhen.

Ich habe Ihnen vorgeführt, weshalb ich die Kontingentirung innerhalb des einzelnen Staates für absolut falsch halte, an und für sich für theoretisch falsch; aber es kommt dazu: wen würde denn die Kontingentirung, wie sie von der Regierung geplant war, am schwersten betroffen haben? Sie hätte gerade diejenigen Landestheile am härtesten getroffen, welche die ärmsten sind, welche bisher nicht haben Zuckerrüben bauen können, weil sie ungünstig lagen und ihre Verkehrsverhältnisse vernachlässigt waren. Es ist keine Frage, daß der meiste Bedarf für neuen Zuckerrübenbau noch in den östlichen und nördlichen Landestheilen vorhanden ist, und diese werden Sie doch nicht treffen wollen; das hätte sich auch die Reichsregierung sehr genau überlegen sollen.

Ich bin also nicht in der Lage, für eine Resolution zu stimmen, in welcher die Kontingentirung als etwas Selbstverständliches angenommen wird, und ich schlage Ihnen vor, daß wir die Resolution der Herren Referenten bis zu dem Wort „hat" in der fünften Zeile annehmen. Wir würden also dann erklären:

> Die Vereinigung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer ist der Meinung, daß das Zuckersteuergesetz vom 27. Mai 1896 seinen Zweck, die Zuckerproduktion durch die Kontingentirung zu regeln und dadurch die Zuckerpreise günstig zu beeinflussen, verfehlt hat,

Das Uebrige muß ich nach meinem Standpunkt bitten zu streichen. Ich würde aber dann den Zusatz machen:

und richtet an den Herrn Reichskanzler das dringende Ersuchen, die Frage einer anderweitigen gesetzlichen Regelung der Zuckersteuer in Erwägung ziehen zu wollen.

Ich möchte auch in diesem Augenblick nicht bloß kritisirend auftreten, sondern auch sagen, wie ich mir den Weg etwa denke. Ein neues Gesetz ist gegenwärtig sehr schwierig, darüber wollen wir uns nicht im Zweifel sein, deshalb, weil wir ohne das Ausland kaum etwas machen können; und ob das Ausland auf den Standpunkt, den wir in Deutschland längst gewünscht haben, eingehen wird, nämlich die Exportprämie fallen zu lassen, das ist mir doch im höchsten Grade zweifelhaft. Es kommen da ja auch große sachliche Schwierigkeiten in Betracht. Zum Beispiel, daß Frankreich die Materialsteuer hat, und daß bei der Materialsteuer sehr leicht eine versteckte Exportprämie gegeben werden kann, wie wir es früher auch gethan haben. Mein verehrter Herr Nachbar und ich haben mit aller Macht gegen die Aufhebung der Materialsteuer gekämpft.

(Graf von Mirbach: Sehr richtig!)

Das ist der verhängnißvolle Fehler, den wir 1891 gemacht haben. Nun könnte es sehr leicht sein, daß, nachdem Frankreich unser früheres System angenommen hat, bei einer internationalen Vereinbarung bezüglich des Fallenlassens der Exportprämien Frankreich uns nachher mit dem schlägt, was es erst von uns gelernt hat. Sie sehen, die Sache ist außerordentlich schwer; wie gesagt, ich verspreche mir nicht viel von dem Bestreben auf Aufhebung der Exportprämien, weil sie außerordentlich schwer zu konstruiren ist: Was kann man nun thun? Es bleibt eigentlich nur Eins übrig, das ist die Herabsetzung der Konsumsteuer, um den Zucker billiger zu machen. Wir zahlen gegenwärtig die horrende Konsumsteuer von 20 Mark pro Doppelcentner. In Hamburg steht heute der Zucker 9,15 Mark; wir bezahlen 10 Mark pro Centner Konsumsteuer, also über 100 Prozent Konsumabgabe. Es wird unter den heutigen Verhältnissen in allererster Linie darauf zu sehen sein, daß der Zucker im Inland billiger gemacht wird. Wir haben im letzten Gesetz gerade das Gegentheil gethan, wir haben ihn für England billig gemacht und für uns in Deutschland theuer. Das ist der erste Gesichtspunkt. — Der zweite Gesichtspunkt ist der,

daß endlich die Mißhandlung des deutschen Zuckers durch Amerika aufhört. Seit Jahren geht das schon; seit Jahren heißt es: wir gewähren die Meistbegünstigung für Getreide, und der Zucker wird mißhandelt. Ob andere Wege noch zu finden sind, das wird sich später klären lassen. Ich glaube nicht, daß wir schon in unserer Resolution Veranlassung haben, dem Herrn Reichskanzler die Gesichtspunkte anzugeben, sondern wir müssen das wohl den verbündeten Regierungen überlassen; und wenn ich hier ein paar Wege angedeutet habe, so ist das nur geschehen, damit mir nicht etwa aus Ihrer Mitte gesagt werden kann, daß ich mich auf die Kritik beschränke. Kommt eine Gesetzesvorlage, haben wir gehört, was die Regierung meint, dann würden wir vielleicht auch noch andere Wege bahnen können. Es wäre nach meiner Ansicht auch schon ein großer Gewinn, wenn wenigstens die Exportprämie überall ermäßigt würde.

Ich möchte nun aber schließen und nur noch sagen, daß ich ferner einem Gedanken des Herrn Dr. Hager nicht beistimmen kann, das ist der, wenn er das Betriebsjahr 1896/97 als ein noli me tangere hinstellen will. Das geht unmöglich, daß man ein Kontingent für die Fabrik hinstellt, welches nur erhöht, nie verringert werden kann. In der Brennereigesetzgebung sind ganz richtige Grundsätze hierfür aufgestellt worden. Das Kontingent muß erhöht werden, aber unter Umständen auch erniedrigt werden können. — Einen anderen Gedanken des Herrn Dr. Hager acceptire ich aber, nämlich den, daß, wenn irgendwo am Kontingent übrig bleibt, dies anderweitig zu Gute kommen soll, weil — wie er ganz richtig gesagt hat — der Gedanke des Gesetzes ist, der Zuckerindustrie so und so viel als Kontingent zukommen zu lassen. Zuletzt noch Eins. Ich weiß, daß die Ansichten über die Kontingentirung außerordentlich verschieden sind, ich halte es für unmöglich, daß ein Land allein kontingentirt. Ich möchte Sie noch auf etwas verweisen, was ich im Reichstag klargelegt habe, und ich betone, es war kein Mensch im Stande, es zu widerlegen. Wir hatten — ich glaube im Jahre 1893 — einen großen Zuckerkrach; was geschah da? Man kontingentirte auf der ganzen Erde, wenn ich nicht irre, um etwa 15 bis 20 Prozent; und nachdem sich nach diesem Krachjahr die ganze Erde im Zuckerrübenbau kontingentirt hatte, kamen im nächsten Jahre gute Verhältnisse. Ich habe das damals dargelegt, die steno-

graphischen Berichte stehen jedem zur Einsicht offen; ich habe die Rede in den ersten Tagen des März vom vorigen Jahre gehalten und verweise Sie darauf.

Rittergutsbesitzer Landtagsabgeordneter **von Helldorff-Zingst**: Ich möchte mir nur ein paar ganz kurze Bemerkungen erlauben. Ich gehöre zu den Leuten, die in Mitteldeutschland an der Zuckerindustrie betheiligt sind, und ich habe von diesem Standpunkt aus zunächst außerordentlich bedauern müssen, daß man die Interessen der östlichen Zuckerrübenbauern mit denen von Mittel- und Westdeutschland in Konflikt zu setzen gesucht hat. Es ist ein beliebtes Mittel heutzutage, zwischen der Landwirthschaft von Ost und West Konflikte zu konstruiren und in ihre gemeinsamen Bestrebungen einen Keil hineinzutreiben. Von dieser Auffassung aus — ich bin ein sehr alter Anhänger der Steuer- und Wirthschafts-Reformer — ist diese Differenz zwischen der östlichen und westlichen Zuckerindustrie außerordentlich bedauerlich, während wir ja alle Veranlassung haben sollten, fest zusammenzuhalten. Gemeinschaftliche Interessen finden sich gerade auf dem Gebiete der Zuckerindustrie unter allen Umständen.

(Sehr richtig!)

Nun zur Sache selbst. Wir haben zunächst den ganzen Kontingentirungsgedanken auch in Mitteldeutschland absolut nicht verstehen können, denn ein solcher Zwang in wirthschaftlichen Angelegenheiten kann nie zu etwas Gutem führen. Wir sind vielmehr von vorn herein immer der Ansicht gewesen, daß es viel besser wäre, alle die Schranken, die uns die Zuckersteuer auferlegt, zu beseitigen, als uns in einen solchen neuen Zwang hinein zu begeben. Wir sind aber schließlich dahin gedrängt worden, uns für die Kontingentirung zu interessiren, weil man uns Angst gemacht hat: euer großes Kapital, welches ihr in Mitteldeutschland in der Zuckerindustrie stecken habt, geht verloren; ich persönlich kann mich heute noch nicht für irgendwelche Kontingentirung erwärmen. — Nun fragt es sich — schlimm ist ja die ganze Situation —, was ist zu machen? Wie die Kontingentirung heute beschaffen ist, hat jedenfalls weder die östliche Zuckerindustrie, noch die von Mittel- oder Westdeutschland irgend einen Vortheil. Im Gegentheil, die Zuckerindustrie wird darüber zu Grunde gehen in allen einzelnen Theilen unseres Vaterlandes. Nun meine ich, wenn Sie diese Lage anerkennen, dann dürfen wir nicht mit einer Resolution hervortreten, die

eigentlich etwas Positives nicht sagt, und die dem Herrn Reichskanzler absolut kein Mittel an die Hand giebt. Ich würde mich gar nicht fürchten, wenn man da etwas drastisch zu Werke gehen wollte. Ich werfe das nur hin, ich will nicht so ohne weiteres einen Antrag stellen. Wie wäre es denn, wenn wir den Vorschlag machten, zu der bewährten Materialsteuer zurückzugehen?

(Sehr wahr!)

Unter dieser sind wir groß geworden und haben uns sehr wohl befunden, und wir haben gesehen, daß nach diesem berühmten Beispiel unsere westlichen Nachbarn ihr Steuersystem eingerichtet haben und sich wohl dabei fühlen. Wenn die Herren mit meinem Vorschlag nicht einverstanden sind, so würde ich wenigstens dafür plaidiren, daß man den Herrn Reichskanzler ersucht, für die schleunigste Beseitigung und Aufhebung der Exportprämie in den sämmtlichen zuckerrübenbauenden Ländern eintreten zu wollen. Diese beiden Mittel sind es, von denen ich mir denke, daß sie die Zuckerindustrie, sei es in welchem Theile unseres Vaterlandes immer, noch helfen könnten, alles übrige sind nur Palliativmittel, sie werden uns zu nichts helfen; kommt man aber der Zuckerindustrie nicht bald zu Hilfe, so wird das große Kapital, welches in der Zuckerindustrie steckt, verloren sein. Ich glaube, wir brauchen vom Standpunkte der Steuer- und Wirthschafts-Reformer aus uns nicht zu geniren, etwas drastischer vorzugehen und die Resolution etwas drastischer zu gestalten.

Rittergutsbesitzer Graf **Schwerin-Wolfshagen**: Nachdem Herr von Helldorff als Vertreter der Zuckerindustrie in Mitteldeutschland seinen Standpunkt klar gelegt hat, erlaube ich mir, als Theilnehmer einer Zuckerfabrik aus dem Osten, mich ganz und gar zu denselben Ansichten zu bekennen, die Herr von Helldorff eben vorgetragen hat. Wir haben gesehen, daß, seitdem wir unser altes System der Materialsteuer aufgegeben haben, wir herumirren wie ein steuerloses Schiff. Es ist mit dem jetzigen Steuersystem uns nichts Gutes gegeben worden; wir haben das Gute, unter welchem unsere Zuckerindustrie groß geworden ist, verlassen. Durch die Materialsteuer hatten wir eine Prämie auf die Intelligenz der Landwirthschaft und die Intelligenz der Industrie. Die Materialsteuer ist abgeschafft worden, und wir sind dadurch in eine immer mißlichere Lage gekommen. Die Kontingentirung ist lediglich eine Folge des Zuckersteuergesetzes, welches wir nach dem

Verlassen des alten angenommen haben; ich habe es auch schon mehrfach ausgesprochen, und es liegt mir daran, das hier wieder auszusprechen: meiner Ansicht nach gesunden wir nicht eher wieder, ehe wir nicht zur Materialsteuer zurückkehren, und ich möchte mit Herrn von Helldorff dafür plaidiren, daß in dem Sinne auf die Reichsregierung gewirkt wird, daß wir wieder auf das System der Materialsteuer zurückkommen.

Vorsitzender Graf **von Mirbach**-Sorquitten: Ich möchte historisch nur referiren, daß damals im Reichstage die Materialsteuer gegen nur zwei Stimmen unterlag; es war die reine Zufallsmajorität. Ich habe selbst — wenn ich den Ausdruck gebrauchen darf — wie ein Löwe für deren Beibehaltung gekämpft, und dann möchte ich zu meiner Ehrenrettung bemerken, daß ich mich an der letzten Novelle nicht betheiligt habe; es hätte eine große Anzahl von Interessenten mir übel genommen, wenn ich dagegen gesprochen und gestimmt hätte, und gerade wegen meiner Stellung hier in unserer Vereinigung wünschte ich mir eine Neutralität zu bewahren.

Zu der Resolution der Herren Referenten liegt ein Antrag von Staudy vor, welcher wünscht, daß nur die ersten fünf Zeilen der Resolution bis zu dem Worte „hat" angenommen werden, und dann weiter fortfährt:

> und richtet an den Herrn Reichskanzler das dringende Ersuchen, die Frage einer anderweitigen gesetzlichen Regelung der Zuckersteuer, insbesondere der Rückkehr zur Materialsteuer, in Erwägung ziehen zu wollen.

Herr von Staudy hat das Wort.

Generallandschaftsdirektor Reichstagsabgeordneter **von Staudy**-Posen: Ich habe mich außerordentlich gefreut über die Ausführungen des Herrn von Helldorff und des Herrn Grafen Schwerin-Wolfshagen, insbesondere auch darüber, daß Herr von Helldorff von der Kontingentirung nichts hält, und wir werden, wie es scheint, fortan Schulter an Schulter in dieser Frage vorgehen. Ich acceptire gern den Gedanken, daß wir dem Herrn Reichskanzler den positiven Vorschlag der Rückkehr zur Materialsteuer machen und Herr Graf Mirbach hat Ihnen eben schon vorgelesen, daß ich diese Forderung in meinen Antrag noch eingeschlossen habe. Man könnte nun fragen, warum ich das nicht sofort gethan

habe. Ich habe im vorigen Jahre in der Kommission und im Plenum des Reichstags in der bestimmtesten Weise die Rückkehr zur Materialsteuer verlangt und habe mich darauf berufen, daß der Herr Landwirthschaftliche Minister vor etwa zwei Jahren einen Ausdruck im Preußischen Abgeordnetenhause etwa dahin gehend gebrauchte, es sei das Gesetz von 1891 das „verfehlteste Gesetz, welches je gegeben wurde" oder etwas Aehnliches — kurz und gut, von einem Minister eine sehr scharfe Kritik! Aber die Reichsregierung verhielt sich der Materialsteuer gegenüber durchaus ablehnend; es hieß: In keinem Falle! Deshalb habe ich Ihnen den Vorschlag hier nicht sofort gemacht. Nachdem aber dieser Wunsch aus der Versammlung gekommen ist, — schaden kann es nicht; meiner Anschauung entspricht es vollkommen, wenn wir die Materialsteuer fordern.

Sodann möchte ich Herrn von Helldorff noch erinnern, wenn er Vorschläge vermißt, daß ich mich darüber schon ausgesprochen habe. Ich habe mir ein Bild dahin gemacht, daß Vorschläge nicht nöthig seien, weil es gar nicht anders möglich ist als daß, wenn die Regierung dieses Gesetz ändern will, sie Experten und Interessenten beruft und mit ihnen zusammen beräth, wie das Gesetz gemacht werden soll. Deshalb würde eine solche Anregung, wie ich sie von vorn herein gegeben habe, auch genügen. Ich bin schon von Interessenten zu einer Konferenz ersucht worden und habe selbstverständlich meine Betheiligung zugesagt. Von den Anwesenden wird es vielleicht Manchem ebenso gegangen sein. An sich würde es genügen, wenn wir sagen: Es muß etwas geschehen! Aber entsprechend dem aus der Versammlung ausgesprochenen Wunsche mag es auch ganz gut sein, wenn wir die Materialsteuer erwähnen.

Rittergutsbesitzer Graf **Hacke**-Altranft: Meine Herren, soeben haben wir von sehr kompetenter Stelle den Wunsch nach einer Materialsteuer aussprechen hören, und zwar ist bis jetzt keine Stimme dagegen gewesen, und ich möchte glauben, die Herren aus dem Oderbruch und aus vielen anderen Gegenden, die nicht mit ganz besonderem Rübenanbauboden begünstigt sind, würden sich dagegen wenden und sich dagegen aussprechen müssen. Wir haben im Oderbruch, wo wir 13 Fabriken sind, die zum Theil aus dem Ende der 50er und dem Anfang der 60er Jahre herstammen, bis zur Abschaffung der Materialsteuer mit den größten Schwierigkeiten zu kämpfen

gehabt und haben unter kolossalen Opfern die Fabriken aufrecht erhalten. Eine zweite Sache, welche dazu kam, war die Kontingentirung der Brennereien. Wie sie damals eintrat, da wurde uns im Oderbruch allen mit einander, als wir erklärten, wenn wir jetzt nicht hohe Brennerei-Kontingente bekommen, dann sind wir am Ende, gesagt: Hört mit dem Kartoffelbau auf und baut Rüben, Ihr braucht kein Kontingent. Wir sitzen nun da mit ganz schwerem und verhältnißmäßig kühlen Thonboden, welcher sehr große Mengen von Rüben gebracht hat und dauernd große Rübenmassen produzirt, können aber niemals mit den sächsischen, hannoverschen und westfälischen Rüben qualitativ konkurriren. Wenn Sie die Materialsteuer im Deutschen Reiche einführen, dann sind unsere sämmtlichen Fabriken und unsere ganzen Güter entwerthet und können keine Steuern mehr bezahlen. Wir zahlen heute 13 Mark Abgaben und tragen an allgemeinen Kosten noch 9 Mark, das sind 22 Mark auf den Morgen. Wenn uns der Rübenbau genommen wird — wenn es auch noch so wenig ist —, so ist es doch das einzige Mittel, wodurch sich unsere Güter einigermaßen rentiren. Wir haben ganze Dörfer, die ihre Abgaben nur noch dadurch erschwingen können, daß sie ihre Rüben an die Fabriken liefern.

Sodann möchte Herr von Staudy eine Selbstkontingentirung des Rübenanbaues erreichen. Meiner Ansicht nach entsteht eine solche Selbstkontingentirung dadurch, daß wir Landwirthe immer niedrigere Preise bekommen, und wenn sie so niedrig sind, daß wir nicht weiter bauen können, dann wird die Selbstkontingentirung eintreten.

(Sehr richtig!)

Dann kommt ein Jahr, das die sämmtlichen Fabriken zur Einschränkung bringt, im nächsten Jahre giebt es dann bessere Preise und nach und nach gehen die Fabriken wieder in die Höhe. Das ist ein Circulus vitiosus, mit dem wir nicht rechnen können. Auch an Aufhebung der Exportprämien glaube ich nicht: Frankreich muß eine solche Prämie zahlen; es würde sonst seine Industrie vollständig ruiniren, wenn es die Prämien aufhöbe. Außerdem kommen in Frankreich die politischen Gründe dazu. Weiter glaube ich, wenn wir allein vorgehen, ist die Sache für uns nicht so gefährlich; denn Deutschland beherrscht den Zuckermarkt mehr oder minder, und ich glaube daher, daß eine Aufhebung der Prämien

vorläufig noch in weitem Felde liegt. Einer Materialsteuer würde ich nicht zustimmen können, und dagegen werden sich viele Fabrikanten, sei es im Osten oder Westen, erklären, denn sonst würde es wieder so werden, daß wir die Ausfuhrprämien und mithin theilweise die Steuer für die Herren in Sachsen und Posen bezahlen, dann sind wir ruinirt!

Vorsitzender Graf **von Mirbach**-Sorquitten: Das Wort wird nicht weiter verlangt.

Ich ertheile dem ersten Herrn Referenten, wenn er es wünscht, das Schlußwort.

Berichterstatter, General-Sekretär des Vereins der Rohzucker-Fabriken im Deutschen Reich Dr. **Hager**-Berlin: Ich muß sagen, ich gehe auf ein praktischeres Ziel los, als es gegenwärtig in der Versammlung die Oberhand zu gewinnen scheint. Für vollständig unpraktisch halte ich es, jetzt wieder die Forderung nach der Materialsteuer in den Vordergrund zu stellen. In einer Versammlung von Zuckerfabrikanten würde das unmöglich sein, denn man weiß, daß, wenn das Wort „Materialsteuer" fällt, dann ein Interessengegensatz in die Industrie hinein kommt, wie er nicht schärfer sein kann. Grade aus dem Gesichtspunkt, welcher ausgesprochen worden ist: „Wir wollen einig sein" sprechen Sie lieber das Wort: „Materialsteuer" nicht aus! Die Situation, in der wir uns befinden, ist doch einfach die: das Gesetz von 1896, wie es jetzt besteht, behalten wir unter allen Umständen noch einige Jahre; aber wir dürfen es nicht in dem traurigen Zustand behalten, wie er jetzt ist, welcher die Fabriken zur Ueberproduktion zwingt. Wenn es nun durch einen kleinen Zusatz zu ermöglichen ist, daß das Gesetz erträglich wird, so kann es doch kein Bedenken geben, diese Sicherheitsklausel anzunehmen.

Herr von Staudy hat verschiedene Bedenken dagegen erhoben, und wohl hauptsächlich vom Standpunkt des Ostens aus; er hat gesagt, daß man auch im Osten nicht mehr für Rüben bezahlen kann als 80 oder 70 Pfennig. Ja, dann hat aber der Osten das allergrößte Interesse daran, daß die Rübenpreise, also zunächst die Zuckerpreise, wieder gehoben werden, und das kann nur durch eine vernünftige Kontingentirung geschehen.

Nun sagt allerdings Herr von Staudy — und mit ihm andere Herren —, die Kontingentirung, wenn sie wirken soll, müßte international sein. Das ist falsch; über diesen Standpunkt sind wir,

denke ich, hinaus. In den zweijährigen Debatten, die wir darüber geführt haben, ob Kontingentirung richtig ist oder nicht, haben wir uns, denke ich, endlich zu der Auffassung emporgeschwungen, daß, wenn eine Einwirkung auf den Zuckerweltmarkt erfolgen soll, sie von Deutschland ausgehen muß, weil Deutschland den Zuckermarkt beherrscht. Es ist kein leeres Wort, wenn man sagt: „Deutschland beherrscht den Zuckermarkt", sondern es ist thatsächlich so, und dafür haben wir gerade jetzt einen vollgültigen Beweis: Kuba, unser Hauptkonkurrent auf dem Zuckermarkt, ist in seiner Produktion auf ein Fünftel zusammengeschrumpft, und trotzdem sind die Zuckerpreise nicht um ein Fünftel in die Höhe gegangen. Warum? Weil Deutschland seine Produktion nicht eingeschränkt hat. Wie würden aber die Zuckerpreise in die Höhe gehen, wenn einmal Deutschland um 15 Millionen Centner Zucker, denn soviel beträgt das Defizit in Kuba, weniger auf den Markt bringen würde!

Sodann sagt Herr von Staudy, im Jahre 1884/85 habe sich die ganze Zuckerwelt von selber eingeschränkt, und so müßte es auch wieder kommen. Gewiß, die Zuckerpreise sind jetzt so tief gesunken, daß sämmtliche Zuckerländer der Welt sich einschränken müssen. Aber Deutschland kann es ja nicht wegen der verfehlten Kontingentirung, die es hat, die die Einschränkung verhindert und zur weiteren Mehrproduktion zwingt!

Die deutschen Fabrikanten möchten gerne einschränken, ebenso wie die in Oesterreich und in anderen Ländern, aber sie können es nicht! Darum giebt es keine andere Rettung als: die Kontingentirungsart zu verbessern, und das kann durch den kleinen Zusatz zum Gesetz geschehen, den die Referenten Ihnen vorgeschlagen haben. Wir können heute doch nicht mehr prinzipiell die Frage entscheiden: Kontingentiren oder nicht, sondern wir stehen einem Gesetz gegenüber, welches wir unter allen Umständen noch einige Jahre haben. Wir können es aber in dieser verfehlten Weise nicht ertragen, wie es gegenwärtig ist, und darum muß es verbessert werden. Das ist der praktische Zweck der Resolution, und deshalb bitte ich Sie, sich auf diesen praktischen Standpunkt zu stellen.

Vorsitzender Graf **von Mirbach**-Sorquitten: Der zweite Herr Referent hat das Wort.

Mit-Berichterstatter Rittergutsbesitzer **Tenge**-Niederbarkhausen: Nur noch ein paar Worte. Ich glaube, meine Herren, bezüglich

der Differenzen in den verschiedenen Zuckersteuerfragen zwischen Frankreich und uns ist es doch auch sehr wesentlich, daß wir uns etwas anders arrangiren, und erinnere ich daran, daß wir nur ca. 2,50 Mark Bonifikation genießen, wogegen diese sich in Frankreich mit ca. 8,50 Mark berechnet. Also, wenn wir weiter existiren und erfolgreich rivalisiren wollen mit den Verhältnissen der Nachbarn, müssen wir unsere Gesetze danach einrichten, und dies liegt eventuell in der Art, wie die Resolution es eingerichtet haben will und durchzuführen wünscht. Es ist schon betont worden, daß Deutschland den Zuckermarkt diktirt, beziehungsweise daß die verschiedenen Preise von Deutschland abhängen, und wenn das der Fall ist, so wird die Initiative Deutschlands auf den Zuckermarkt diktirend eingreifen können, und dürfen wir demnach ohne Gene mit unserer, wenn auch etwas zahm gehaltenen Resolution hervortreten. Daß etwas geschehen muß, ist, glaube ich, unbedingt nothwendig, und da es nicht wahrscheinlich ist, daß, von anderer Seite provozirt, etwas an der seitherigen Kontingentirung geändert wird, so wäre es jedenfalls gut, wenn wir versuchen sie einigermaßen zu modifiziren, um aus den schwierigen Verhältnissen, die das vorhin erwähnte Wettrennen heraufbeschworen, heraus zu kommen, zu dem wir durch das Gesetz leider forcirt sind.

Der zuletzt erwähnte Krach fand übrigens im Jahre 1894 statt, und da kann ich Ihnen von einer Fabrik aus dem Westen noch ein Exempel anführen. Die Aktionäre bekamen hier im Jahre vorher noch 14$^1/_2$ Prozent und außerdem den Durchschnittspreis von 1 Mark für ihre Rüben sowie die üblichen Preßrückstände. In diesem Falle sei eines Besitzers erwähnt, der Rübenbauer und zugleich Aktionär ist, die Rüben aber auch zum Theil für sich bauen läßt, die er nicht selbst liefern konnte. Er kontrahirte mit seinem Lieferanten wie seither auf 1 Mark pro Centner; die Fabrik war aber in dem Krachjahr nicht in der Lage, die Rüben höher als zu 47 Pfennig zu verwerthen, demnach mußte er also noch 53 Pfennig für die ihm gelieferten Rüben zuzahlen. Das ist auch eine kleine Warnung für die Zukunft! Der Ungenannte mußte 50 000 Centner Pflichtrüben liefern und sie für sich bauen lassen. Das machte in diesem Falle für ihn allein einen Verlust in diesem einen Jahre von 26 500 Mark aus. Ich möchte wünschen, daß keinem der Herren in Zukunft ein ähnliches oder größeres Malheur

begegnet, falls die Preise noch mehr fallen, als sie schon gefallen sind, und das kann leicht eintreten!

Erinnern will ich noch an die Wirkung, welche Konsequenzen das stete Schwanken unserer Zuckersteuergesetzgebung gezeitigt hat und habe ich dies im Winter 1893/94 in Egypten Gelegenheit gehabt, zu konstatiren, weil besonders die Franzosen, nach der Verlautbarung unseres letzten Steuergesetzes, das uns auf dem Weltmarkte so ungefährlich machte, am Nil allenthalben Rohrzuckerfabriken in der großartigsten Weise errichteten. Eine unter denselben sollte pro Tag 60 000 Centner Zuckerrohr verarbeiten. Bei den Löhnen im Betrage von 2 Piaster = ca. 40 Pfennig pro Tag an die Fellahs und ebensoviel für den Centner Zuckerrohr, das annähernd den Zuckerprozentgehalt wie unsere Rüben aufweist, und der Thatsache, daß die Heizung fast ganz durch den Rückstand des ausgepreßten Rohres bewirkt wird, dürfte es begreiflich machen, wie bedenklich die Konkurrenz auf dem Zuckermarkte durch Egypten und die sonstigen Tropenländer gesteigert wird, und daß es die allerhöchste Zeit ist, für die deutsche Zuckerproduktion energische und mindestens dieselben Schutzmaßregeln ins Leben treten zu lassen, wie sie die Nachbarn schon eingeführt haben, damit wir nicht ganz unter die Räder kommen.

Zum Schluß muß ich mich noch gegen die von anderer Seite erwähnte Idee hinsichtlich der Möglichkeit und vermeinten Zweckmäßigkeit von der Wiedereinführung der Rohmaterialsteuer wenden. Wenngleich dieselbe zu der Zeit, als unsere Zuckerproduktion und diese überhaupt auf dem ganzen Erdenrund noch eine wesentlich geringere war und einen ganz anderen Steuerschutz bei uns genoß, der Verdienst durch dieselbe auch ein befriedigender und oft sehr guter genannt werden konnte, also der größere oder geringere Verdienst der verschieden situirten Fabriken nicht so differirend hervortrat, wie es heute bei derselben Steuer der Fall sein würde, so kann eben aus den zeitlichen Verschiebungen aus letzterem Grunde die Wiedereinführung der Materialsteuer als unmöglich bezeichnet werden, wofür die einfache Erwähnung den Beweis erbringen dürfte, daß nach der letzten Statistik die Zuckerfabriken Westfalens Rüben verarbeiteten mit einem Durchschnittszuckergehalt von **11,83** Prozent, während die Rüben Thüringens **14,33** Prozent und die Sachsens **14,38** Prozent enthielten; mithin würden die Pro-

duzenten des Westens bei Wiedereinführung der Materialsteuer mit über 25 Prozent höherer Steuer belastet als die des Ostens, was natürlich weder zulässig noch gesetzlich zu motiviren wäre. Ich muß deshalb nochmals bitten, die Resolution anzunehmen, wenn auch eventuell in angemessener Weise modifizirt.

Vorsitzender Graf **von Mirbach**-Sorquitten: Ich möchte, da die Abstimmung sich nicht so einfach gestaltet, den Antrag von Staudy nochmals verlesen, welcher die ersten fünf Zeilen der Resolution beibehält und daran einen Zusatz knüpfen will. Der Antrag lautet:

> Die XXII. General-Versammlung der Vereinigung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer erklärt:
>
> Die Vereinigung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer ist der Meinung, daß das Zuckersteuergesetz vom 27. Mai 1896 seinen Zweck, die Zuckerproduktion durch die Kontingentirung zu regeln und dadurch die Zuckerpreise günstig zu beeinflussen, verfehlt hat, und richtet an den Herrn Reichskanzler das dringende Ersuchen, die Frage einer anderweitigen gesetzlichen Regelung der Zuckersteuer, insbesondere der Rückkehr zur Materialsteuer, in Erwägung ziehen zu wollen.

Nun werde ich von diesem Eventual-Antrag zuerst über den Zusatz der Worte:

„insbesondere der Rückkehr zur Materialsteuer"

abstimmen lassen, dann ebenfalls eventuell über den Rest des Antrags des Herrn von Staudy, und, je nachdem dieser angenommen oder abgelehnt wird, wird sich die Resolution der Herren Referenten gestalten.

Das Wort zur Fragestellung hat Herr von Bredow.

Rittergutsbesitzer **von Bredow**-Bredow: Habe ich recht verstanden, so soll zuerst über den Zusatz des Herrn von Staudy über die Materialsteuer abgestimmt werden. Ich bin dagegen, weil dies eine Ungerechtigkeit gegen den Osten ist.

Vorsitzender Graf **von Mirbach**-Sorquitten: Ich kann die Abstimmung nicht anders gestalten. Ich muß erst eventuell über die Materialsteuer abstimmen lassen; die Gegner der Materialsteuer stimmen dagegen, sie können nachher für den Rest des Staudyschen

Antrags stimmen, oder wenn ihnen dieser auch so nicht gefällt, für den Antrag der Herren Referenten.

Rittergutsbesitzer **von Bredow**-Bredow: Ich möchte bitten, zuerst über die Resolution abstimmen zu lassen.

Vorsitzender Graf **von Mirbach**-Sorquitten: Der Antrag von Staudy ist ein Amendement zur Resolution der Herren Referenten, ich kann also nicht anders vorgehen. Ich glaube, die Sache ist durchaus nicht so schwierig, wie es den Anschein hat.

Ich bitte diejenigen Herren, welche für den Fall der Annahme des Antrags von Staudy die Worte:

„insbesondere der Rückkehr zur Materialsteuer"

aufrecht erhalten wollen, sich zu erheben.

(Geschieht.)

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Geschieht.)

Der Zusatz ist in der Eventual-Abstimmung angenommen.

Wir stimmen nun über den weiteren Inhalt des Eventual-Antrags von Staudy ab.

Ich bitte, daß die Herren, welche für den Fall der Annahme der Resolution der Herren Referenten die vom Herrn von Staudy vorgeschlagene Aenderung, wie ich sie verlesen habe, annehmen wollen, sich erheben.

(Geschieht.)

Ich bitte auch hier um die Gegenprobe.

(Geschieht.)

Das ist eine starke Majorität für das Amendement von Staudy.

Nunmehr bitte ich diejenigen Herren, welche die Resolution der Herren Referenten, wie sie sich durch Annahme des Antrags von Staudy gestaltet hat, annehmen wollen, sich zu erheben.

(Geschieht.)

Ich konstatire, das ist die große Majorität. Die Resolution lautet nun also:

„Die XXII. General-Versammlung der Vereinigung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer erklärt:

„Die Vereinigung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer ist der Meinung, daß das Zuckersteuergesetz vom 27. Mai 1896

seinen Zweck, die Zuckerproduktion durch die Kontingentirung zu regeln und dadurch die Zuckerpreise günstig zu beeinflussen, verfehlt hat, und richtet an den Herrn Reichskanzler das dringende Ersuchen, die Frage einer anderweitigen gesetzlichen Regelung der Zuckersteuer, insbesondere der Rückkehr zur Materialsteuer, in Erwägung ziehen zu wollen."

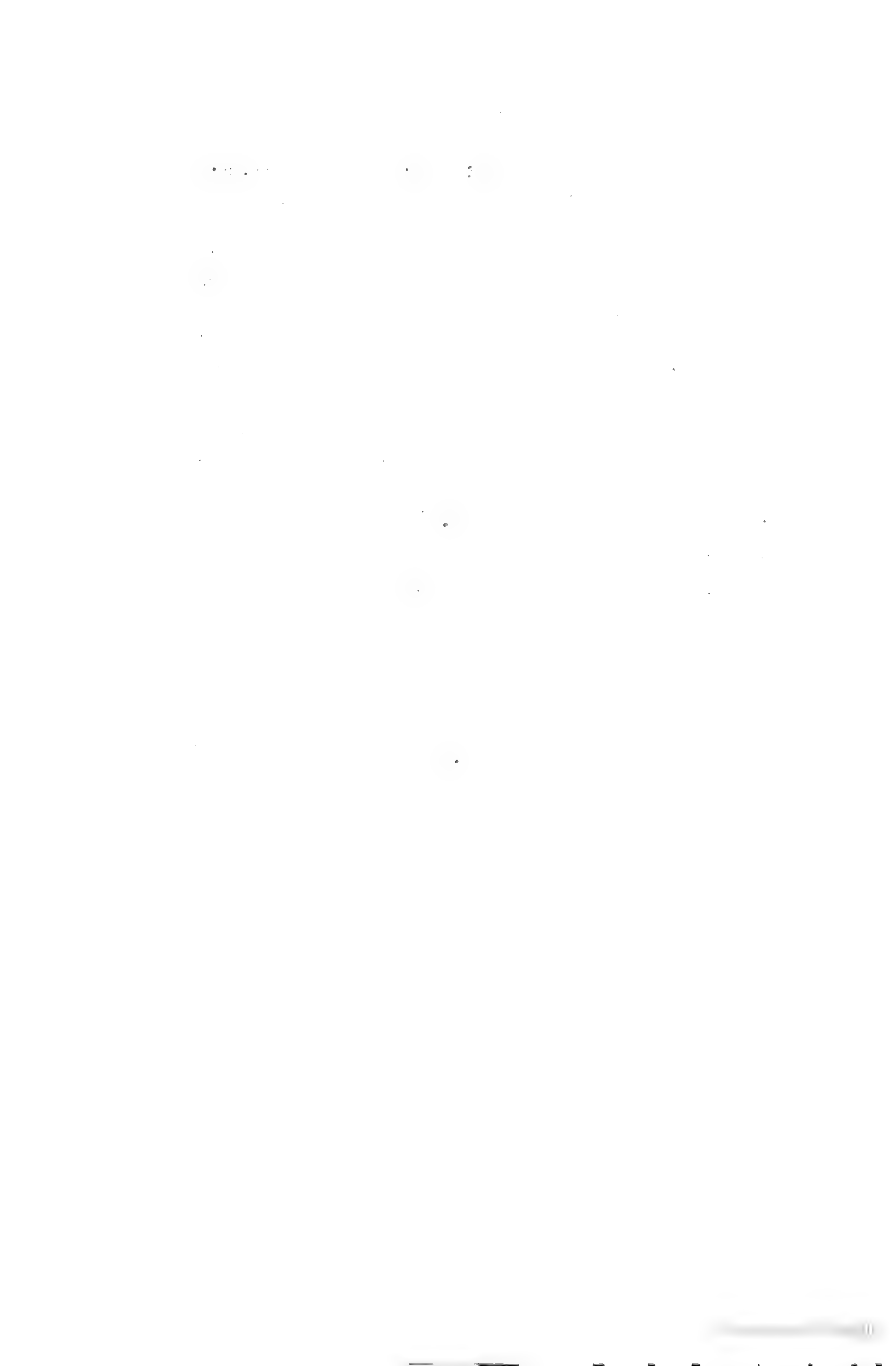
Meine Herren, unsere Tagesordnung ist erledigt. Lassen Sie unsere Verhandlungen schließen, wie wir sie begonnen haben, mit dem Rufe:

„Seine Majestät unser Allergnädigster Kaiser und die verbündeten Fürsten, sie leben hoch! — abermals hoch! — und nochmals hoch!"

(Die Versammlung stimmt begeistert in den dreimaligen Hochruf ein.)

Ich schließe die Versammlung.

(Schluß der Versammlung 4¼ Uhr Nachmittags.)



Zusammenstellung

der von der

XXII. General=Versammlung der Vereinigung der Steuer= und Wirthschafts=Reformer am 16. und 17. Februar 1897 beschlossenen Resolutionen.

A. Die Resolution der Referenten Rittergutsbesitzer Dr. A. Graf zur Lippe=Schönfeld und Professor Dr. Heinrich=Rostock zu Thema 1 der Tagesordnung:

„Die Reinheit des ausländischen nach Deutschland importirten Getreides vom hygienischen und vom landwirthschaftlichen Standpunkte.“

„In Erwägung, daß der Deutschen Landwirthschaft durch den Import verunreinigten Getreides und durch den Verkauf verunreinigter und gefälschter Futtermittel die empfindlichsten Verluste erwachsen, beantragt die XXII. General=Versammlung der Vereinigung der Steuer= und Wirthschafts=Reformer am 16. Februar 1897 bei der Hohen Staatsregierung:

I. Eine scharfe Kontrole eintreten zu lassen des sämmtlichen importirten und nicht importirten, in den Börsenhandel kommenden Getreides, betreffs seiner Verunreinigungen durch gesundheitsschädliche oder minderwerthe Beimengungen und Unsauberkeiten und zwar diese Kontrole nicht allein der Groß=Industrie und dem Handel zu überlassen; den Import von Getreide aus Gegenden, in welchen epidemische Erkrankungen der Menschen oder landwirthschaftlichen Nutzthiere herrschen, zu verbieten.

II. Baldthunlichst gesetzliche Bestimmungen dahin zu treffen, daß diejenigen Mühlen und Futtermittelhändler mit einer Strafe und einer Entschädigungspflicht bedroht werden, welche gesundheitsschädliche Futtermittel in den Handel bringen, von denen durch den betreffenden Kreisthierarzt [unter Bestätigung der Thierärztlichen Hochschule zu Berlin oder der entsprechenden thierärztlichen Institute zu Dresden, München u. s. w.] nachgewiesen wird, daß Thiere durch deren Genuß erkrankten oder verendeten."

(Diese Resolution ist am 15. März 1897 dem Herrn Reichskanzler und Preußischen Minister-Präsidenten Fürsten zu Hohenlohe-Schillingsfürst, dem Preußischen Staatsminister und Staatssekretär des Auswärtigen Amts Herrn Freiherrn Marschall von Bieberstein und dem Preußischen Staatsminister und Minister für Landwirthschaft, Domänen und Forsten Herrn Freiherrn von Hammerstein-Loxten eingereicht worden.)

B. Resolution des Referenten Domänenrath und Reichstagsabgeordneten M. Rettich-Rostock über Thema 2 der Tagesordnung:

„Die Margarine-Gesetzgebung."

„Die XXII. General-Versammlung der Vereinigung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer erklärt:

Die Vereinigung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer erkennt in den am 16. Dezember 1896 im Reichstag eingebrachten gleichlautenden Gesetzentwürfen von Kardorff und Genossen und Graf von Hompesch und Genossen eine befriedigende Lösung der Margarinefrage und erwartet, daß auf Grundlage derselben eine Verständigung mit den verbündeten Regierungen sich in Kürze wird erreichen lassen."

(Vorstehende Resolution ist am 15. März 1897 dem Vize-Präsidenten des Preußischen Staatsministeriums und Staatsminister Herrn Dr. von Boetticher und dem Preußischen Staatsminister und Minister für Landwirthschaft, Domänen und Forsten Herrn Freiherrn von Hammerstein-Loxten eingereicht worden.)

C. Resolution der Referenten Landes-Oekonomierath und Landtagsabgeordneter von Mendel-Steinfels-Halle (Saale) und Mitglied des Herrenhauses und des Reichstages Graf von Mirbach-Sorquitten zu Thema 3 der Tagesordnung:

„Die Denkschrift des Königlich Preußischen Landwirthschaftlichen Ministeriums vom Jahre 1896."

„Die Vereinigung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer beschließt:

1. Die von der Königlichen Staatsregierung „über die zur Förderung der Landwirthschaft in den letzten Jahren ergriffenen Maßregeln" erkennt den Nothstand des landwirthschaftlichen Gewerbes in Preußen unumwunden an.
2. Die in der Denkschrift enthaltenen Darlegungen zeigen, daß die Preußische Staatsregierung die Förderung der landwirthschaftlichen Technik in den letzten Jahren sich in hervorragendem Maße hat angelegen sein lassen.
3. Es ist zur Linderung der schweren Nothlage der Landwirthschaft auf dem Gebiete der sogenannten kleinen Mittel einiges geschehen, manches in Aussicht genommen.
4. Die Vereinigung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer erwartet aber eine durchgreifende und dauernde Besserung der Verhältnisse nur von großen, gesetzgeberischen Maßregeln, wie sie insbesondere
   a) in der erfolgreichen Abwehr des Ueberangebotes ausländischen Getreides,
   b) in einer den Schutz der nationalen Arbeit bedingenden Währungsreform,
   c) in der durch die Gesetze gebotenen strengen Durchführung der Börsenreform und der internationalen Regelung derselben

bestehen."

(Vorstehende Resolution ist am 15. März 1897 dem Herrn Reichskanzler und Preußischen Minister-Präsidenten Fürsten zu Hohenlohe-Schillingsfürst und dem Preußischen Staatsminister und Minister für Landwirthschaft, Domänen und Forsten Herrn Freiherrn von Hammerstein-Loxten eingereicht worden.)

D. Resolutionen zu Thema 4 der Tagesordnung:

„Der landwirthschaftliche Realkredit und die Lombardirung der landschaftlichen Pfandbriefe durch die Reichsbank."

a) Im Allgemeinen:

Resolution des Referenten Rittergutsbesitzer, Rechtsanwalt und Notar Dr. Otto Freudenstein-Hannover:

„Die XXII. General-Versammlung der Vereinigung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer beschließt:

I. Die alsbaldige Verminderung der Zinsenlast für die bereits vorhandenen Hypotheken auf ländlichem Grundbesitz und die Amortisation dieser Hypotheken ist ein mit allen Kräften zu förderndes Ziel. Die Erreichung desselben wird erschwert und verzögert durch die Verbindung dieser Frage mit Problemen, wie der fernerweiten Verschuldung vorzubeugen sei, Einführung einer Verschuldungsgrenze, Renten- oder Kapitalschuld, Anerbenrecht, Heimstättengesetzgebung und dergleichen. Es ist deshalb an erster Stelle zunächst die Verminderung der Zinsenlast für die vorhandenen Hypotheken und deren allmähliche Amortisation zu erstreben.

II. Zur Erreichung dieses Zieles sind alle Maßnahmen zu verwerfen, welche als ein Geschenk des Staates für den Grundbesitzerstand oder als eine Benachtheiligung anderer Klassen der Bevölkerung angesehen werden können, wie z. B. die vielfach geforderte Ausgabe unverzinslichen auf den Grund und Boden radicirten Papiergeldes, oder die Forderung, daß der Staat große Summen zu zwei Prozent dem Grundbesitzerstande zur Ablösung seiner Hypotheken zur Verfügung stellen solle. Als zuläßig aber muß es angesehen werden, wenn die Grundentlastung und Zinsverminderung insoweit unter Zuhilfenahme und Inanspruchnahme des Staatskredits stattfindet, als damit weder ein Risiko noch ein pekuniäres Opfer für den Staat verbunden ist. — Es ist mindestens ein Versuch in einzelnen Provinzen (Landestheilen) zu machen.

III. Die Herabsetzung der Zinsen für die zur Zeit vorhandenen sicheren ländlichen Hypotheken auf drei Prozent würde ein Mittel von nicht zu unterschätzender Bedeutung für den

größten Theil der ländlichen Grundbesitzer sein, um die Gefahren der gegenwärtigen landwirthschaftlichen Krisis zu vermindern. Diese Zinsherabsetzung auf drei Prozent ist zu erreichen, wenn die Provinzialverbände (Landesverbände) — im Osten im Anschluß an die Landschaften — als Träger des landwirthschaftlichen Realkredits die Konvertirung dieser ländlichen Hypotheken in die Hand nehmen und wenn die dazu erforderlichen Geldmittel nicht durch Ausgabe eigener Schuldverschreibungen der Provinzen (Landschaften, Landeskreditkassen) beschafft werden müssen, sondern wenn der Staat den Provinzen (Landschaften, Landeskreditkassen) das dazu erforderliche Kapital in dreiprozentigen Konsols zur Verfügung stellt.

IV. Die den Grundbesitzern einer Provinz (eines Landes) gewährte Möglichkeit, das zur Ablösung ihrer als sicher anzusehenden Hypotheken erforderliche Kapital durch Vermittelung der Provinz (eines Landes) in dreiprozentigen Konsols ausgehändigt zu erhalten, würde zur Folge haben, daß sowohl die öffentlichen Sparkassen, welche namentlich in Westdeutschland einen großen Theil des Realkredits vermitteln, wie auch das Privatkapital mit dem Zinsfuß für erststellige Hypotheken auf drei Prozent herabgehen müßten. Die Inanspruchnahme des Staatskredits zur Ausstattung der Provinzen mit den erforderlichen Fonds würde daher in relativ mäßigen Grenzen sich bewegen."

b) Im Speziellen: Die Lombardirung der landschaftlichen Pfandbriefe durch die Reichsbank betreffend.

Resolution des Reichstags- und Landtagsabgeordneten von Kardorff-Wabnitz:

„Die Vereinigung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer bedauert auf das lebhafteste die schroffe Zurückweisung, welche dem im Reichstage gestellten und auf die Gleichberechtigung der landschaftlichen Pfandbriefe mit den staatlichen Schuldverschreibungen hinsichtlich ihrer Lombardirung durch die Reichsbank hinzielenden Antrage seitens des Präsidenten der Reichsbank zu Theil wurde. Die Vereinigung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer erkennt in der Zurückweisung dieses Antrages eine

erhebliche Schädigung des landwirthschaftlichen Kredits, welcher bei der gegenwärtigen Lage der Landwirthschaft überaus schwer ins Gewicht fällt.

Die Vereinigung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer richtet daher

I. An den Herrn Reichskanzler das dringliche Ersuchen, derselbe wolle ungesäumt in eine nochmalige Prüfung dieser für die Landwirthschaft überaus wichtigen Frage eintreten und, falls erforderlich, eine Verstärkung der Mittel der Reichsbank zur besonderen Pflege des Lombardverkehrs veranlassen.

II. An den Preußischen Herrn Minister für Landwirthschaft, Domänen und Forsten die Bitte, derselbe wolle die Gleichstellung der landschaftlichen Pfandbriefe mit den staatlichen Schuldverschreibungen hinsichtlich ihrer Beleihung durch die Reichsbank im Interesse des Kredits der Landwirthschaft nachdrücklich befürworten."

(Vorstehende zwei Resolutionen a und b sind am 15. März 1897 dem Herrn Reichskanzler und Preußischen Minister-Präsidenten Fürsten zu Hohenlohe-Schillingsfürst, dem Bundesrath, dem Staatssekretär des Reichsschatzamts, Kaiserlichen Wirklichen Geheimen Rath Herrn Dr. Graf von Posadowsky-Wehner, dem Staatssekretär des Reichs-Justizamts Kaiserlichen Wirklichen Geheimen Rath Herrn Dr. Nieberding, dem Preußischen Staats- und Finanzminister Herrn Dr. von Miquel und dem Preußischen Staatsminister und Minister für Landwirthschaft, Domänen und Forsten Herrn Freiherrn von Hammerstein-Loxten eingereicht worden.)

E. Resolution der Referenten, Redakteur und General-Sekretär des Vereins der Rohzuckerfabriken im Deutschen Reiche Dr. C. Hager-Berlin und Rittergutsbesitzer A. Tenge-Niederbarkhausen, mit dem Amendement des Herrn General-Landschaftsdirektors und Reichstagsabgeordneten von Staudy-Posen, zu Nr. 5 der Tagesordnung:

„Die gegenwärtige Zuckersteuer."

„Die XXII. General-Versammlung der Vereinigung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer erklärt:

Die Vereinigung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer ist der Meinung, daß das Zuckersteuergesetz vom 27. Mai 1896

seinen Zweck, die Zuckerproduktion durch die Kontingentirung zu regeln und dadurch die Zuckerpreise günstig zu beeinflussen, verfehlt hat und richtet an den Herrn Reichskanzler das dringende Ersuchen, die Frage einer anderweitigen gesetzlichen Regelung der Zuckersteuer, insbesondere der Rückkehr zur Materialsteuer in Erwägung ziehen zu wollen."

(Vorstehende Resolution ist am 15. März 1897 dem Herrn Reichskanzler und Preußischen Minister-Präsidenten Fürsten zu Hohenlohe-Schillingsfürst, dem Bundesrath, dem Staatssekretär des Reichsschatzamts, Kaiserlichen Wirklichen Geheimen Rath Herrn Dr. Graf von Posadowsky-Wehner, dem Preußischen Staats- und Finanzminister Herrn Dr. von Miquel und dem Preußischen Staatsminister und Minister für Landwirthschaft, Domänen und Forsten Herrn Freiherrn von Hammerstein-Loxten eingereicht worden.)

Statut
der
Vereinigung der Steuer- u. Wirthschafts-Reformer.

Definitiv angenommen
von der
konstituirenden Versammlung am 22. bis 24. Februar 1876
und mit der Abänderung im Alinea 3 § 2 durch die IV. General-Versammlung am 26. und 27. Februar 1879, —
der Abänderung durch die VI. General-Versammlung am 24. Februar 1881 in Punkt 9 des § 2, in § 6 und § 7, —
der Abänderung durch die VII. General-Versammlung am 17. und 18. Februar 1882 im § 7 des Statuts, —
der Rückstellung der Punkte 4, 6, 7, 8 im § 2 durch die X. General-Versammlung am 17. Februar 1885 —
und
der Rückstellung des Punkt 2 sowie Einfügung von zwei neuen Punkten unter 3 und 10 im § 2 durch die XX. General-Versammlung am 19. und 20. Februar 1895.

---

§ 1.

Sitz der Vereinigung.

Die „Vereinigung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer" erwählt zu ihrem Vorort Berlin, doch kann dieselbe je nach Beschluß des Ausschusses in jedem Orte Deutschlands Versammlungen abhalten.

§ 2.

Zweck der Vereinigung.

Die Vereinigung hat den Zweck, die Ideen und Grundsätze einer gemeinnützigen, auf christlichen Grundlagen beruhenden Volkswirthschaft im Volke zu verbreiten und in der Gesetzgebung zum Ausdruck zu bringen. Diese Ideen und Grundsätze sind in dem folgenden Programm zusammengefaßt:

1. Es ist auf eine gleichmäßige Vertheilung aller Steuern hinzuwirken, damit der bis jetzt überbürdete Grundbesitz und die redliche Arbeit in allen Berufszweigen entlastet werden.

*2. (Die Doppelbesteuerung, welche in der Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer liegt, ist zu beseitigen. Das Renten-Einkommen ist höher zu besteuern als das Arbeits-Einkommen. Gegen die Steuerumgehungen des Geldkapitals sind wirksame Sicherheitsmaßregeln zu schaffen.)

3. Der heimischen Produktion auf allen Gebieten ist ein Zollschutz zu gewähren, welcher den Produktionsbedingungen des Inlandes und des konkurrirenden Auslandes entsprechend zu bemessen ist.

4. Bei allen Zöllen und indirekten Steuern ist stets darauf Bedacht zu nehmen, daß sie nicht besonders schädlich auf einzelne Distrikte und Bevölkerungsschichten einwirken. Die Einführung einer Börsenumsatz-Steuer nach dem Werthe, sowie eine Besteuerung der ausländischen Werthpapiere sind dringend geboten.

Die Stempel- und Tax-Gesetzgebung ist einer Revision zu unterziehen behufs Lastenausgleichung zwischen Grundbesitz und beweglicher Habe.

*5. (Im Eisenbahnwesen ist es nothwendig, daß an die Stelle des Aktienbetriebes ein billiger, lebenssicherer Staatsbetrieb mit Beseitigung aller Differentialtarife tritt, ohne daß der Besitzstand der einzelnen Staaten berührt wird.)

6. Papiergeld auszugeben gebührt allein den gesetzgebenden Faktoren des Reiches. Die Banknoten-Privilegien sind zu beseitigen.

*7. (Das Aktiengesetz vom 11. Juni 1870 bedarf einer durchgreifenden Reform. Insbesondere sind Schutzmaßregeln zu treffen gegen die sittlichen und wirthschaftlichen Gefahren, welche die unzureichende Verantwortlichkeit der Gründer und Vorstände nach sich zieht.)

*8. (Die Gewerbeordnung und das Unterstützungswohnsitz-Gesetz bedürfen dringend der Revision.)

*9. (Den Verträgen zwischen ländlichen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ist durch Gesetz eine Form anzuweisen, welche für beide Theile einen wirksamen Rechtsschutz im beschleunigten Verfahren mit vorläufiger ortspolizeilicher Entscheidung gewährt.)

10. Die Goldwährung ist durch eine internationale Gold- und Silberwährung (Doppelwährung) zu ersetzen.

*) Der eingeklammerte und in Petitschrift gedruckte Punkt 2 des § 2 ist durch die XX. General-Versammlung am 19. Februar 1895 und die Punkte 5, 7, 8 und 9 des § 2 sind, weil durch die Bemühungen unserer Vereinigung resp. ihrer Mitglieder zum größten Theil in der Gesetzgebung zum Ausdruck gekommen, von der X. General-Versammlung am 17. Februar 1885 eliminirt worden mit der Bestimmung, daß dieselben in der vorstehenden Form dem Programm historisch eingefügt bleiben.

11. Der ländliche Grundbesitz ist von dem Zwange des Römischen Rechtes zu befreien. Insbesondere ist ihm eine seiner Natur entsprechende Verschuldungsform und ein den deutschen Sitten entsprechendes Erbrecht zu gewähren.

§ 3.

Mitgliedschaft.

Jedes Mitglied kann Personen, welche im Wesentlichen die Grundsätze des Programms anerkennen, zur Aufnahme vorschlagen. Der Vereinigungs-Ausschuß (§ 4) beschließt und entscheidet über Aufnahme.

Die Aufnahme von Ehrenmitgliedern kann der Ausschuß mit Zweidrittel-Majorität beschließen.

§ 4.

Leitung der Vereinigung.

Die Leitung der Vereinigung besorgt ein jährlich zu wählender Ausschuß von 20 Mitgliedern, denen das Recht der Kooptation je nach Ermessen zusteht. Die konstituirende und später jede Jahres-Versammlung wählt diese nach Stimmenmehrheit. Von dem Ausschuß scheidet jedes Jahr die Hälfte (das erste Mal durchs Loos) aus. Der Ausschuß entscheidet über Aufnahme der Mitglieder, und jedes Ausschußmitglied kann, wenn verhindert oder auswärts wohnend, schriftlich votiren. Zur Führung der laufenden Geschäfte wählt der Ausschuß ein aus fünf Mitgliedern bestehendes und geschäftsführendes Komité, welches in Berlin seinen Sitz hat.

§ 5.

Geschäftsordnung.

Zur Geschäftsordnung der Vereinigung wird die Geschäftsordnung des Reichstages angenommen.

§ 6.

Außerordentliche und regelmäßige Versammlungen.

Außerordentliche Versammlungen können ein Viertel der Mitglieder beim Vorstand beantragen; solche müssen mit Angabe der Tagesordnung in drei vom Ausschuß zu bestimmenden größeren, in Berlin erscheinenden politischen Zeitungen 14 Tage vorher bekannt gegeben werden. Auch der Ausschuß kann solche Versammlungen ausschreiben. Mindestens einmal in jedem Jahr und zwar im Februar muß der Ausschuß der Vereinigung in Berlin eine Ver-

sammlung berufen; diese Versammlung bestimmt selbstständig ihren nächsten Versammlungsort.

§ 7.

Beitrag.

Zur Bestreitung der Vereinigungs-Ausgaben zahlt jedes ordentliche Mitglied, Grundbesitzer oder Nicht-Grundbesitzer, welches ein Einkommen von mindestens dreitausend Mark hat, wie bisher Zehn Mark, alle anderen Mitglieder Eine Mark Jahresbeitrag. Das Jahr beginnt mit dem Jahr des Eintritts. Ueber die Verwendung der Mittel beschließt der Ausschuß, der auch die Geschäfts- und Kassenführung beaufsichtigt. Die Rechnungslegung des Rendanten schließt mit dem Kalenderjahre ab.

§ 8.

Abänderung.

Abänderungen dieser Statuten können, mit Ausschluß des unabänderlichen § 4, in einer eigens dazu anberaumten oder der Jahres-Versammlung unter vorher bekannt gemachter Tagesordnung nach § 6 mit Zweidrittel-Mehrheit der anwesenden Mitglieder beschlossen werden.

§ 9.

Ausschlußbestimmung.

Wer freiwillig aus dem Verein tritt oder, als in seinen Handlungen nicht kongruent den §§ 2 und 3 befunden, ausgeschlossen wird, verliert sein Antheilsrecht am Vermögen des Vereins. Ein Ausschluß kann nur auf Beschluß des Ausschusses und nach eingeholter Genehmigung der Versammlung stattfinden.

Kein Mitglied hat das Recht, auf Theilung des gemeinschaftlichen Vermögens anzutragen.

§ 10.

Auflösung des Vereins.

Die Auflösung des Vereins kann nur erfolgen durch einen, in zwei General-Versammlungen, zwischen denen ein Zeitraum von vier Wochen liegt, mit Zweidrittel-Majorität der anwesenden Mitglieder gefaßten Beschluß.

Dieser Beschluß bestimmt dann zugleich über den etwa angesammelten Vermögensbestand des Vereins.

Leitung

der

Vereinigung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer für 1897.

Vorstand:

(Gewählt in der XXI. General-Versammlung 1896 für zwei Jahre mit der Bestimmung, daß die geschäftsführenden Vorsitzenden alternirend den Vorsitz führen.)

Freiherr **v. Manteuffel**-Crossen, Landesdirektor der Provinz Brandenburg, 1. Vice-Präsident des Herrenhauses, Mitglied des Reichstages, Rittergutsbesitzer, Berlin W. 10, Matthäikirchstraße 20/21, (Schloß Crossen bei Drahnsdorf, Berlin-Dresdner Bahn), Vorsitzender.

Graf **v. Mirbach**-Sorquitten, Fideikommißbesitzer, Mitglied des Reichstages und des Herrenhauses, Sorquitten (Kreis Sensburg), Vorsitzender.

Dr. jur. **v. Frege-Weltzien**, Kammerherr, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Reichstages und der Sächsischen Ersten Kammer, Abtnaundorf bei Leipzig-Schönefeld, stellvertretender Vorsitzender.

Das „Engere Komité“:

(Geschäftsführendes Komité, § 4 des Statuts.)

Graf **v. Mirbach**-Sorquitten, Vorsitzender.
Landesdirektor Freiherr **v. Manteuffel**-Crossen.
Kammerherr Dr. **v. Frege-Weltzien**-Abtnaundorf.
General-Landschaftsrath **A. v. der Osten**-Blumberg.
Erbjägermeister **Günther v. Jagow**-Rühstaedt.

Ausschuß

nach Ländern und Provinzen geordnet.

Königreich Preußen.

Provinz Brandenburg.

v. Brand-Lauchstaedt, P., Kgl. Kammerherr, Mitglied des Herrenhauses, Lauchstaedt bei Woldenberg (Kreis Friedeberg, Neumark).

v. Brand-Wutzig, E., Oberst-Lieutenant a. D., Majoratsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Wutzig bei Woldenberg (Kreis Friedeberg, Neumark), [Berlin NW. 40, In den Zelten 8].

Gravenstein, R., Rittergutsbesitzer, Sydow bei Biesenthal [Bahnhof]. (Kreis Ober-Barnim).

v. Jagow, Günther, Rittmeister der Garde-Landwehr-Kavallerie, Erbjägermeister der Kurmark Brandenburg, Rühstaedt über Wilsnack (Westprignitz).

Jordan, G., Rittergutsbesitzer, Kuhhorst bei Börnicke (Kreis Ost-Havelland).

v. Klitzing-Charlottenhof, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Charlottenhof [Neumark] (Kreis Landsberg, Warthe).

Lamprecht, Gutsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Klein-Mutz (Kreis Templin), [Berlin W. 8, Kronenstraße 2].

v. Manteuffel-Crossen, O. Freiherr, Landesdirektor der Provinz Brandenburg, Rittergutsbesitzer, 1. Vizepräsident des Herrenhauses, Mitglied des Reichstages, Schloß Crossen bei Drahnsdorf (Kreis Luckau), [Berlin W. 10, Matthäikirchstraße 20/21].

Pauckſch, Otto, Fabrikdirektor, Landsberg a. Warthe (Kreis Landsberg, Warthe).

v. Podbielski, General-Lieutenant z. D. und Rittergutsbesitzer, Mitglied des Reichstages, Dallmin (Westprignitz), [Berlin NW. 7, Schadowstraße 9].

v. Rohr-Dannenwalde, O., Rittmeister d. R., Rittergutsbesitzer, Dannenwalde (Ostprignitz).

v. Schwerin-Wolfshagen, H. Graf, Rittmeister d. R., Majoratsbesitzer, Wolfshagen (Uckermark), [Kreis Prenzlau].

v. Sydow, Rittergutsbesitzer, Bärfelde (Kreis Königsberg, Neumark).

v. **Veltheim**=Schönfließ, **W.** Freiherr, Kgl. Ceremonienmeister und Kammerherr, Major a. D., Majoratsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Schönfließ bei Hermsdorf (Mark) (Kreis Niederbarnim), [Berlin W. 64, Behrenstraße 64/65].

v. **Wackerbarth**, Freiherr, Kgl. Kammerherr und Major a. D., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Briesen bei Cottbus (Kreis Cottbus).

v. **Werdeck**=Schorbus, Lieutenant a. D., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Reichstages und des Abgeordnetenhauses, Schorbus bei Drebkau (Kreis Cottbus), [Berlin SW. 47, Großbeerenstraße 71].

v. **Wilamowitz-Möllendorff, W.** Graf, Rittmeister a. D., Majoratsbesitzer, Schloß Gadow bei Lanz über Wittenberge (Bezirk Potsdam), (Westprignitz).

Provinz Posen.

v. **Bethe**, Kgl. Landrath, General=Landschaftsrath, Rittmeister a. D., Hammer bei Schönlanke (Kreis Czarnikau).

v. **Martini, E.**, Rittergutsbesitzer, Lukowo bei Obornik (Kreis Obornik).

v. **Schmidt**, Rittergutsbesitzer, Moschütz bei Friedheim (Kreis Wirsitz).

v. **Staudy**, L., General=Landschaftsdirektor, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Reichstages, Posen (Stadtkreis Posen), [Berlin NW. 7, Neustädtische Kirchstraße 14, Schmidt's Hôtel zur Stadtbahn].

Provinz Pommern.

a. Vorpommern.

v. **Esbeck-Platen**, Kgl. Kammerherr, Rittmeister a. D. und Rittergutsbesitzer, Capelle bei Gingst (Kreis Rügen).

v. **der Osten**=Blumberg, **A.**, General=Landschaftsrath, Rittmeister a. D., Mitglied des Reichstages und des Herrenhauses, Blumberg bei Casekow (Kreis Randow), [Berlin W. 10, Matthäikirchstraße 27].

v. **Platen**-Ventz, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Stralsund, Sarnowstraße 3. (Kreis Rügen).

Rassow, E., Rittergutsbesitzer, Strelow bei Grimmen (Kreis Grimmen).

v. Schwerin=Löwitz, **H.** Graf, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Kreisdeputirter, Mitglied des Reichstages und des Abgeordnetenhauses, Vorsitzender der Landwirthschaftskammer der Provinz Pommern, Löwitz (Kreis Anklam), [Berlin W. 62, Nollendorf=Platz 7].

v. Voß=Wolffradt, Kgl. Kammerherr, Rittmeister a. D. und Rittergutsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Lüssow bei Gützkow (Kreis Greifswald).

b. Hinterpommern.

v. Baudemer=Selesen, Kgl. Kammerherr, Rittmeister a. D., Fideikommißbesitzer und Mitglied des Abgeordnetenhauses, Selesen bei Schmolsin (Kreis Stolp), [Berlin W. 35, Schöneberger Ufer 35].

v. Below=Saleske, **R.**, Major a. D. und Fideikommißbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Cusserow (Kreis Schlawe).

v. Dewitz=Zachow, Hauptmann a. D., Rittergutsbesitzer, Zachow bei Labes (Kreis Regenwalde).

v. Hertzberg=Lottin, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Lottin (Kreis Neustettin).

v. Knebel=Doeberitz, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Lübgust bei Gramenz (Kreis Neustettin).

v. Riepenhausen=Crangen, **K.**, Königlicher Kammerherr, Premierlieutenant a. D., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Schloß Crangen über Pollnow (Kreis Schlawe), [Berlin NW. 40, Roonstraße 5].

Provinz Ostpreußen.

zu Dohna=Lauck, Friedrich Burggraf und Graf, Kgl. Kammerherr, Majoratsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Lauck über Mühlhausen (Ostpreußen), [Kreis Pr. Holland].

zu Dohna=Wundlacken, Georg Burggraf und Graf, Rittergutsbesitzer, Wundlacken bei Königsberg (Landkreis Königsberg, Ostpreußen).

v. Dönhoff=Friedrichstein, A. Graf, Kgl. Kammerherr, Legationsrath a. D., Fideikommißbesitzer, Mitglied des Reichstages und des Herrenhauses, Rittmeister d. R., Friedrichstein bei Löwenhagen (Landkreis Königsberg, Ostpreußen), [Berlin W. 8, Mohrenstraße 1—5].

v. d. **Groeben**-Arenstein, Hauptmann a. D., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Reichstages und des Herrenhauses, Arenstein bei Tiefensee (Kreis Heiligenbeil), [Berlin W. 64, Wilhelmstraße 68].

v. **Gustedt-Lablacken, W.** Baron, Kgl. Kammerherr, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Reichstages und des Abgeordnetenhauses, Lablacken (Kreis Labiau), [Berlin W. 10, Margarethenstraße 8].

v. **Kanitz**-Podangen, **H.** Graf, Kgl. Kammerherr, Rittmeister a. D., Majoratsbesitzer, Mitglied des Reichstages und des Abgeordnetenhauses, Podangen bei Wormditt (Kr. Pr. Holland), [Berlin W. 64, Behrenstraße 64/65].

v. **Klinckowström, Cl.** Graf, Kgl. Landrath, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Korklack bei Gerdauen (Kreis Gerdauen).

v. **Mirbach**-Sorquitten, **J.** Graf, Fideikommißbesitzer, Mitglied des Reichstages und des Herrenhauses, Sorquitten (Kreis Sensburg), [Berlin W. 64, Hôtel Royal, Wilhelmstraße 69].

v. **Restorff**-Lindenau, Rittergutsbesitzer, Lindenau (Kreis Heiligenbeil).

v. **Schlieben**-Sanditten, **G.** Graf, Excellenz, Schloßhauptmann von Königsberg i. Pr., Majoratsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Sanditten über Wehlau (Kreis Wehlau), [Berlin W. 64, Hôtel Reichshof, Wilhelmstraße 70a].

Provinz Westpreußen.

v. **Alvensleben-Schönborn, A.** Graf, Königlicher Kammerherr und Erbtruchseß, Fideikommißbesitzer, Ostrometzko (Kreis Culm) und Erxleben (Kreis Neuhaldensleben, Prov. Sachsen).

v. **Brünneck, R.**, Burggraf von Marienburg, Königlicher Kammerherr, Landrath a. D. und Majoratsbesitzer, Bellschwitz bei Rosenberg, Westpreußen (Kreis Rosenberg, Westpreußen).

v. **Oldenburg, E.**, Königlicher Kammerherr, Rittergutsbesitzer, Januschau bei Rosenberg (Kreis Rosenberg, Westpreußen).

v. **Puttkamer**-Plauth, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Reichstages und des Abgeordnetenhauses, Plauth bei Freystadt (Westpreußen), [Berlin NW. 23, Altonaerstraße 12].

v. **Zelewski**, Dr., Königlicher Kammerherr, Rittergutsbesitzer, Barlomin bei Lusin (Kreis Neustadt, Westpreußen).

Provinz Sachsen.

v. **Bassewitz-Levetzow**, Dr., B. Graf, Majoratsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Klaeden (Kreis Stendal).

v. **Bodenhausen**-Lebusa, J. Freiherr, Königl. Kammerherr und Landrath, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Lebusa über Dahme (Mark), (Kreis Schweinitz), [Berlin W. 8, Mohrenstraße 27/28].

v. **Erffa**-Wernburg, H. Freiherr, Königl. Kammerherr und Rittmeister der Landwehr-Kavallerie, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Schloß Wernburg bei Pößneck (Kreis Ziegenrück), [Berlin SW. 12, Prinz Albrechtstraße 9].

v. **Hasselbach**, Kgl. Landrath, Hauptmann a. D., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Wolmirstedt, Bzk. Magdeburg (Kreis Wolmirstedt), [Berlin NW. 7, Dorotheenstr. 80/81].

v. **Helldorff**-Zingst, Rittmeister a. D. und Rittergutsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Zingst bei Nebra (Kreis Querfurt), [Berlin SW. 12, Wilhelmstraße 94/96].

v. **Herzenberg**-Heuckewalde, Freiherr, Kammerherr, Rittergutsbesitzer, Heuckewalde (Kreis Zeitz).

v. **Katte**, H., Major a. D., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Vieritz bei Neuenklitsche (Kreis Jerichow II.).

v. **Kröcher**, J., Haupt-Ritterschaftsdirektor, Rittmeister a. D., Fideikommißbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Vinzelberg, Altmark (Kreis Gardelegen), [Berlin SW. 46, Dessauerstraße 23].

Kühne, Rittergutspächter, Hartmannsdorf bei Oetzsch-Gautzsch (Kreis Zeitz).

v. **Mendel-Steinfels**, Landes-Oekonomierath und Dozent, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Halle (Saale), Karlstraße 16, [Berlin W. 9, Königgrätzerstraße 23].

v. **Ploetz**, Hauptmann a. D. und Rittergutsbesitzer, Mitglied des Reichstages und des Abgeordnetenhauses, Präsident des „Bund der Landwirthe", Döllingen bei Elsterwerda (Kreis Liebenwerda), [Berlin SW. 46, Dessauerstraße 7].

v. **Rohr**-Hohenwulsch, C., Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Hohenwulsch bei Bismark (Kreis Stendal).

v. **Rohr-Levetzow**, Major a. D., Rittergutsbesitzer, Groß-Wudicke (Kreis Jerichow II.).

v. Schaper, Rittmeister a. D. und Rittergutsbesitzer, Falkenberg, Bezirk Halle (Kreis Liebenwerda).

v. der Schulenburg-Beetzendorf, Königl. Landrath, Rittmeister a. D. und Fideikommißbesitzer, Beetzendorf (Kreis Salzwedel).

v. der Schulenburg-Emden, Graf, Kgl. Kammerherr, Major a. D., Fideikommißbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Emden bei Erxleben (Kreis Neuhaldensleben).

Provinz Schlesien.

v. Arnim-Muskau, **H.** Graf, Legationsrath und Rittmeister a. D., Besitzer der Standesherrschaft Muskau, Mitglied des Reichstages, Muskau, Ober-Lausitz (Kreis Rothenburg), [Berlin W. 64, Pariser Platz 4].

zu Dohna-Mallmitz, Alfred Burggraf und Graf, Kgl. Kammerherr und Major a. D., Fideikommißbesitzer, Landesältester, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Mallmitz (Kreis Sprottau), [Berlin W. 64, Wilhelmstraße 70a].

v. Eichel, G., Rittmeister d. R., Rittergutsbesitzer, Landesältester, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Nieder-Heidersdorf (Kreis Görlitz), [Berlin W. 62, Kleiststraße 69].

Knoch-Ober-Poppschütz, **R.,** Rittergutsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Ober-Poppschütz bei Neustädtel, Reg.-Bezirk Liegnitz (Kreis Freistadt), [Berlin SW. 19, Krausenstraße 48, Kölnischer Hof].

v. Loesch-Kammerswaldau, **H.,** Rittmeister a. D., Landesältester und Rittergutsbesitzer, Kammerswaldau (Kreis Hirschberg).

v. Pückler-Friedland, **Friedrich** Graf, Rittmeister a. D., Kreisdeputirter, Rittergutsbesitzer, Schloß Friedland, Oberschlesien (Kreis Falkenberg).

v. Strachwitz-Bertelsdorf, Graf, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Bertelsdorf bei Lauban, Schlesien (Kreis Lauban), [Berlin W. 8, Mohrenstraße 1/5].

v. Thielmann, Freiherr, Königl. Kammerherr, Majoratsbesitzer, Landesältester, Jacobsdorf bei Falkenberg, Oberschlesien (Kreis Falkenberg).

Rheinprovinz.

v. Hymmen, Geheimer Regierungsrath und Landrath a. D., Rittergutsbesitzer, Burg Endenich (Landkreis Bonn).

Mooren, Th., Bürgermeister, Mitglied des Reichstages und des Abgeordnetenhauses, Eupen (Kreis Eupen), [Berlin NW. 7, Friedrichstraße 148/149].

Wülfing, Otto, Fabrikbesitzer, M.-Gladbach (Kreis Gladbach).

Provinz Westfalen.

v. Landsberg-Steinfurt, **J.** Freiherr, Königl. Kammerherr, Landrath a. D., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Steinfurt bei Drensteinfurt (Kreis Lüdinghausen) und Münster (Westfalen).

Provinz Hannover.

Baring, J., Hofbesitzer, Erfehof bei Groß-Schwülper (Kreis Gifhorn).

v. Dürckheim-Bundhorst, A. Eckbrecht Graf, Hauptmann a. D., Rittergutsbesitzer, Hannover, Hohenzollernstraße 14 (Stadtkreis Hannover).

Freudenstein, Dr. **Otto**, Rechtsanwalt und Notar, Rittergutsbesitzer, Hannover, Alte Celler Heerstraße 44 (Landkreis Hannover).

zu Inn- und Knyphausen, E. Graf, Königlicher Kammerherr und Landschaftsrath, Majoratsherr, Mitglied des Reichstages und des Herrenhauses, Schloß Lützburg bei Hage (Ostfriesland, Kreis Norden), [Berlin W. 8, Mohrenstraße 27], [Hannover, Friedrichstraße 13].

Provinz Hessen-Nassau.

v. Hundelshausen-Friemen, Landesdirektor und Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Friemen bei Wahlershausen (Bez. Kassel), (Kreis Eschwege).

v. der Malsburg, Hans Baron, Kgl. Kammerherr, Rittergutsbesitzer, Escheberg bei Zierenberg (Kreis Wolfhagen), [Kassel, Königsstraße 4].

Oldenburg, F., Königlicher Oberamtmann, Wilhelmshof bei Hersfeld (Kreis Hersfeld).

Trapp, J. A., Hotelbesitzer und Weinhändler, Rüdesheim, Rhein, Marktstraße 26 (Kreis Rheingau).

Provinz Schleswig-Holstein.

v. Baudissin, Graf, Rittergutsbesitzer, Borstel bei Sülfeld (Holstein).

v. **Holstein-Waterneverstorff**, Graf, Erbherr, Mitglied des Reichstages, Waterneverstorff bei Lütjenburg i. Holstein (Kreis Ploen), [Berlin W. 9, Schellingstraße 10].

v. **Rumohr**, Königlicher Kammerherr, Landschaftsdirektor und Rittergutsbesitzer, Rundhof über Kappeln (Schleswig), (Kreis Flensburg).

v. **Scheel-Plessen**, Graf, Königlicher Kammerherr, Major a. D., Rittergutsbesitzer, Sierhagen bei Neustadt (Holstein), [Kreis Oldenburg, Holstein].

Königreich Bayern.

Böcking-Kirschbacherhof, **H.**, Gutsbesitzer, Zweibrücken (Pfalz).

v. **Deines**, Dr. **H.**, Gutsbesitzer, Neuhof bei Aschaffenburg (Bezirksamt Aschaffenburg, Rgbz. Unterfranken).

v. **Rotenhan, Georg** Freiherr, Königlicher Kammerherr und Rittergutsbesitzer, Rentweinsdorf (Bezirksamt Ebern, Rgsbz. Unterfranken).

v. **Thüngen, C.** Reichsfreiherr, Landrath, Rittergutsbesitzer, Roßbach bei Zeitlofs (Rgbz. Unterfranken und Aschaffenburg, Bezirksamt Brückenau).

Königreich Sachsen.

v. **Frege-Weltzien**, Dr. **A.**, Kammerherr, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Reichstages und der Sächsischen Ersten Kammer, Abtnaundorf bei Leipzig-Schönefeld (Stadt- und Amtshauptmannschaft Leipzig), [Berlin W. 9, Königgrätzerstraße 5].

Gontard, A., Rittergutsbesitzer, Mockau (Parthe), [Amtshauptmannschaft Leipzig].

Landmann, Ad., Rittergutsbesitzer, Nenkersdorf bei Frohburg i. S., (Amtshauptmannschaft Oschatz).

zur Lippe, Ferdinand Graf und Edler Herr, Erlaucht, Standesherr, Rittergutsbesitzer, Mitglied der Sächsischen Ersten Kammer, Baruth (Sachsen), [Amtshauptmannschaft Bautzen].

Mehnert, Dr. **P.**, Königlicher Hofrath, Rittergutsbesitzer und Mitglied der Sächsischen Zweiten Kammer, Dresden-A., Sidonienstraße 16b, (Amtshauptmannschaft Dresden).

v **Nitzschwitz, F.**, Rittergutsbesitzer, Königsfeld bei Rochlitz, Königreich Sachsen (Amtshauptmannschaft Rochlitz).

Opitz, H. G., Justizrath, Rechtsanwalt und Notar, Rittergutsbesitzer, Mitglied der Sächsischen Zweiten Kammer, Treuen (Amtshauptmannschaft Auerbach).

Königreich Württemberg.

v. Gaisberg, H. U., Rittergutsbesitzer, Mitglied der Württembergischen Kammer der Abgeordneten, Helfenberg bei Beilstein (Württemberg).

Großherzogthum Baden.

v. Douglas, W. Graf, Major a. D., Gutsbesitzer, Mitglied des Reichstages, Gondelsheim bei Bruchsal und Langenstein bei Stockach (Amt Bretten, Baden, Kreis Karlsruhe), [Berlin NW. 7, Neustädtische Kirchstraße 6/7] und [Karlsruhe in Baden, Waldhornstraße 5].

Großherzogthum Hessen und bei Rhein.

Bartmann-Lüdicke, Chr., Rittergutsbesitzer, Niederhöfe bei Frankfurt (Main).

Lucke, C., Rittergutspächter, Patershausen bei Offenbach (Main).

Großherzogthum Mecklenburg-Schwerin.

v. Bassewitz-Bristow, **K.** Graf, Majoratsbesitzer, Rittmeister, Bristow bei Teterow (Meckl.-Schwerin).

v. Blücher, Landforstmeister a. D. und Rittergutsbesitzer, Bobbin bei Gnoien (Meckl.-Schwerin).

Bock, H. C., Gutsbesitzer, Groß-Brütz bei Rosenberg über Schwerin (Meckl.-Schwerin).

Diestel, H., Rittergutsbesitzer, Keetz bei Brüel (Mecklenburg-Schwerin).

Rettich, M., Domänenrath, Mitglied des Reichstages, Rostock, Blutstraße 14, [Berlin W. 9, Köthenerstraße 2].

Schroeder-Poggelow, Dr., Rittergutsbesitzer, Schloß Poggelow bei Teterow, [Berlin W. 10, Rauchstraße 13].

Großherzogthum Sachsen-Weimar.

v. Boyneburgk, A. Freiherr, Großherzoglich Sächsischer Kammerherr, Rittmeister a. D. und Rittergutsbesitzer, Mitglied des Sachsen-Weimarischen Landtages, Stedtfeld bei Eisenach.

v. Wurmb, H. L., Schloßhauptmann und Kammerherr, Rittergutsbesitzer, Porstendorff bei Dornburg (Saale) und Hof Großfurra über Sondershausen.

Herzogthum Anhalt.

Saenberlich, A., Oberamtmann, Gröbzig (Anhalt).

Herzogthum Sachsen-Coburg-Gotha.

v. Seebach-Großfahner, Freiherr, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Großfahner über Gotha.

Fürstenthum Lippe.

Tenge, A., Rittergutsbesitzer, Niederbarckhausen bei Oerlinghausen (Lippe).

Verzeichniß der Mitglieder.

Geschlossen am 30. April 1897.

Ackermann, P., Rittergutsbesitzer, Rittmeister a. D., Salisch über Glogau.

Alexander, A., Rittergutsbesitzer und Hauptmann der Landwehr, Müsselmow bei Brüel (Mecklenburg).

v. Alvensleben-Schönborn, A. Graf, Königlicher Kammerherr und Erbtruchseß, Fideikommißbesitzer, Ostrometzko und Erxleben.

v. Alvensleben-Wittenmoor, L., Rittmeister d. R., Rittergutsbesitzer, Wittenmoor bei Vinzelberg (Altmark).

v. Arnim-Blankensee, Second-Lieutenant d. R. des 1. Garde-Feld-artillerie-Regiments, Rittergutsbesitzer, Blankensee bei Gerswalde (Uckermark).

v. Arnim-Boitzenburg, Graf, Majoratsbesitzer, Lieutenant d. R. der Gardes du Corps, Boitzenburg (Uckermark).

v. Arnim-Felchow, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Felchow bei Angermünde.

v. Arnim-Gr.-Fredenwalde, Rittergutsbesitzer, Gr.-Fredenwalde bei Flieth (Uckermark) über Wilmersdorf (Kreis Angermünde).

v. Arnim-Mellenau, **A.** Graf, Major a. D, Rittergutsbesitzer, Mellenau (Uckermark).

v. Arnim-Muskau, H. Graf, Legationsrath und Rittmeister a. D., Besitzer der Standesherrschaft Muskau, Mitglied des Reichstages, Schloß Muskau (Ober-Lausitz), [Berlin W. 64, Pariser Platz 4].

v. Arnim-Neuensund, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Neuensund bei Strasburg (Uckermark).

v. Arnim-Willmine, Rittergutsbesitzer, Willmine bei Flieth (Uckermark).

Aschendorff, Emil, Rittergutsbesitzer und Geschäftsführer des Deutschen Bimetallisten-Bundes, Berlin SW. 46, Dessauerstraße 6.

v. Baehr, Richard, Rittergutsbesitzer, Major a. D., Wittigwalde über Geierswalde (Ostpreußen).

v. Bandemer-Selesen, Kgl. Kammerherr, Rittmeister a. D., Fideikommißbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Selesen bei Schmolsin (Pommern), [Berlin W. 35, Schöneberger Ufer 35].

v. Bandemer-Weitenhagen, Premier-Lieutenant a. D., Rittergutsbesitzer, Weitenhagen über Stolp (Kreis Stolp, Pommern).

v. Bannasch, Rittergutsbesitzer, Perkau bei Bartenstein (Ostpreußen).

Baring, J., Hofbesitzer, Erſehof bei Groß-Schwülper (Kreis Gifhorn).

v. Barner, Kammerherr, Lieutenant der Reserve des 1. Garde-Dragoner-Regiments Königin von Großbritannien und Irland, Rittergutsbesitzer, Klein-Trebbow bei Lübstorf über Schwerin (Mecklenburg-Schwerin).

Bartmann-Lüdicke, Chr., Rittergutsbesitzer, Niederhöfe bei Frankfurt (Main).

v. Bassewitz-Bristow, **K.** Graf, Kammerherr, Majoratsbesitzer, Bristow bei Teterow (Meckl.-Schwerin).

v. Bassewitz-Levetzow, Dr. **B.** Graf, Majoratsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Klaeden (Kreis Stendal).

v. Batocki-Friebe, Majoratsbesitzer, Bledau bei Cranz (Ostpreußen).

v. Baudissin, Graf, Rittergutsbesitzer, Borstel bei Sülfeld (Holstein).

Becker, P., Ziegeleibesitzer, Bahnhof Strausberg (Mark).

Beelitz, Rittergutsbesitzer, Garden bei Greifenhagen (Oder).

Behr-Bandelin, **F.** Graf, Fideikommißbesitzer, Bandelin bei Gützkow.

v. Below-Saleske, **R.**, Major a. D., Fideikommißbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Cusserow über Schlawe.

Berke, Phil., Schriftsteller, Frankfurt (Main), Oeder Weg 83.

v. Bethe, Kgl. Landrath, Rittmeister a. D., General-Landschaftsrath der Westpreußischen Landschaft, Rittergutsbesitzer, Hammer über Schönlanke.

v. Bethe, Th., Rittergutsbesitzer, Reichenbach bei Arnswalde.

Biedermann, Oberst-Lieutenant a. D., Berlin W. 62, Landgrafenstraße 11, I.

Bieringer, H., Publizist, München, Kaulbachstraße 54.

v. Bismarck-Bohlen, Graf, Major a. D., Fideikommißbesitzer, Carlsburg bei Züssow (Vorpommern).

v. Bismarck-Kniephof, Rittergutsbesitzer, Kniephof bei Groß-Sabow über Naugard.

v. Bismarck-Uebigau, Rittergutsbesitzer, Uebigau (Bezirk Halle).

v. Blücher-Bobbin, Landforstmeister a. D. und Rittergutsbesitzer, Bobbin bei Gnoien (Meckl.-Schwerin).

v. Blücher-Quitzenow, **C.,** Rittergutsbesitzer, Quitzenow bei Gnoien (Mecklenburg-Schwerin).

Bock, H. C., Gutsbesitzer, Groß-Brütz bei Rosenberg über Schwerin (Mecklenburg).

v. Bodelschwingh-Plettenberg, K. Graf, Kgl. Kammerherr, Erbmarschall der Grafschaft Mark, Mitglied des Herrenhauses, Bodelschwingh über Mengede (Kreis Dortmund).

v. Bodenhausen-Lebusa, **J.** Freiherr, Kgl. Kammerherr und Landrath, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Lebusa über Dahme (Mark) [Berlin W. 8, Mohrenstraße 27/28].

v. Bodenhausen-Radis, **B.** Freiherr, Herzogl. Anhaltischer Kammerherr und Rittergutsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Radis über Wittenberg (Bezirk Halle).

Böcking-Kirschbacherhof, **H.,** Gutsbesitzer, Zweibrücken (Pfalz).

v. Boehn, Premier-Lieutenant, Rittergutsbesitzer, Lojow bei Dammen (Kreis Stolp).

Boltz-Gründen, Rittergutsbes., Adl. Pareyken bei Labiau (Ostpreußen).

v. Bonin-Bottschow, Rittmeister d. R., Rittergutsbesitzer, Bottschow (Neumark).

v. Bonin-Dresow, Rittergutsbesitzer, Dresow bei Groß-Justin über Cammin (Pommern).

v. Borcke-Stargordt, Graf, Schloßhauptmann von Stettin, Majoratsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Stargordt (Kreis Regenwalde, Pommern).

v. **Boxberg, Georg**, Rittergutsbesitzer, Rehnsdorf bei Elstra (Sächs. Ober-Lausitz).

v. **Boyneburgk, Alexander** Freiherr, Großherzoglich Sächs. Kammerherr, Rittmeister z. D., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Sachsen-Weimarischen Landtages, Stedtfeld bei Eisenach.

v. **Brand**-Lauchstädt, **P.**, Kgl. Kammerherr, Mitglied des Herrenhauses, Lauchstädt bei Woldenberg.

v. **Brand**-Wutzig, **E.**, Oberst-Lieutenant a. D., Majoratsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Wutzig (Neumark) über Woldenberg, [Berlin NW. 40, In den Zelten 8].

v. **Brauchitsch**, Fideikommißbesitzer, Scharteuke bei Genthin.

v. **Braunschweig**-Groß-Podel, **B.**, Rittergutsbesitzer, Groß-Podel bei Stojenthin (Kreis Stolp).

Brause, R., Lieutenant a. D., Freigutsbesitzer, Oederstedt bei Eisleben.

v. **Brederlow**, Baron, Rittergutsbesitzer, Groß-Saalau bei Domnau (Ostpreußen).

v. **Bredow**-Bredow, **Wichard**, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Bredow (Osthavelland) über Nauen.

v. **Bredow**-Buchow-Carpzow, Major a. D., Domherr von Brandenburg, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Buchow-Carpzow bei Wustermark.

v. **Bredow**-Mückenberg, Königlicher Kammerherr, Geheimer Regierungsrath und Landrath, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Elsterwerda (Prov. Sachsen).

v. **Brockdorff-Ahlefeldt**, Graf, Erbherr auf Ascheberg, Mitglied des Herrenhauses, Ascheberg (Holstein) und Chinow bei Groß-Boschpol (Pommern).

v. **Brockhausen**-Mellen, Hauptmann a. D., Rittergutsbesitzer, Mellen bei Dramburg.

v. **Brockhausen**-Mittelfelde, Landrath a. D., Rittergutsbesitzer, Mittelfelde bei Koentopf (Bezirk Köslin).

Brügmann, W., Gutspächter, Kirch-Stück bei Schwerin (Meckl.).

v. **Brünneck, R.**, Königlicher Kammerherr, Burggraf von Marienburg, Landrath a. D. und Majoratsbesitzer, Bellschwitz bei Rosenberg (Westpreußen).

v. **Brünneck**, Oberst a. D., Rittergutsbesitzer, Trebnitz (Ostbahn).

Bruns, Carl, Königl. Oekonomierath und Rittergutsbesitzer, Lutzig bei Polzin.

v. **Buch**-Tornow, Rittergutsbesitzer, Tornow bei Marienthal (Mark).
v. **Buchwaldt-Rögen**, Gutsbesitzer, Hagen bei Probsteierhagen über Neumühlen (Holstein).
v. **Bülow**-Rodenwalde, **A.**, Großherzogl. Minister-Präsident, Excellenz, Schwerin (Mecklenburg).
v. **Bülow**-Stremlow, Rittmeister a. D., Majoratsbesitzer, Stremlow bei Tribsees (Pommern).
Bundt, Majoratspächter, Romitten bei Mühlhausen (Kreis Preuß. Eylau).
v. **Burgsdorff**-Markendorf, Lieutenant d. R., Marjoratsbesitzer, Markendorf bei Frankfurt (Oder).
v. **dem Bussche-Ippenburg**, **W.** Graf, gen. **v. Kessel**, Königlicher Ceremonienmeister, Schloßhauptmann von Osnabrück, Majoratsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Ippenburg bei Wittlage (Hannover).
v. **dem Bussche-Münch**, Freiherr, Rittergutsbesitzer, Benkhausen bei Alswede über Lübbecke (Westfalen).
Calberla, Dr. **G.**, Rittergutsbesitzer, Hirschfeld bei Deutschenbora (Königr. Sachsen).
Cleve, W., Major a. D., General-Sekretär der Landwirthschaftskammer der Provinz Pommern, Stettin, Kronenhofstraße 12.
Collmann, Otto, Domänenpächter, Domäne Fahre bei Melsungen.
v. **Colmar**-Meyenburg, **A.**, Kgl. Kammerherr und Regierungs-Präsident, Mitglied des Reichstages und des Abgeordnetenhauses, Lüneburg, [Berlin W. 10, Margarethenstraße 7].
v. **Cottenet**, Geh. Regierungsrath und Rittergutsbesitzer, Braunau bei Löwenberg (Schlesien).
v. **Criegern**, Hauptmann a. D., Rittergutsbesitzer, Spremberg bei Neusalza (Sächs. Ober-Lausitz).
v. **Deines, Hugo**, Dr. jur., Gutsbesitzer, Neuhof bei Aschaffenburg.
Demuth, Heinrich, Königlicher Oekonomierath und Lieutenant a. D., Rittergutspächter, Borne bei Nimkau.
Deter, Rittergutsbesitzer, Schulzendorf (Kreis Ruppin) über Gransee.
v. **Dewitz**-Alten-Pleen, **Otto**, Landrath a. D., Rittergutsbesitzer, Alten-Pleen bei Prohn (Vorpommern).
v. **Dewitz**-Farbezin, Major a. D., Rittergutsbesitzer, Farbezin bei Naugard (Pommern).
v. **Dewitz** gen. **von Krebs**, Kgl. Kammerherr, Rittmeister a. D. und Rittergutsbesitzer, Groß-Jauth bei Rosenberg (Westpreußen).

v. **Dewitz**-Schönhagen, Premier-Lieutenant a. D., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Reichstages und des Abgeordnetenhauses, Schönhagen (Pommern), [Berlin W. 9, Königgrätzerstraße 5].

v. **Dewitz**-Walsleben, Rittergutsbesitzer, Walsleben (Pommern).

v. **Dewitz**-Zachow, Hauptmann a. D., Rittergutsbesitzer, Zachow bei Labes (Pommern).

Diestel, Hermann, Gutsbesitzer, Keetz bei Brüel (Mecklenburg).

Dietel, L., Ober-Post-Sekretär a. D., Dresden-Altstadt, Ostbahnstraße 5.

Dietz von Bayer, Kgl. Amtsrath, Rittergutsbesitzer, Himmelstädt bei Cladow (Neumark) über Landsberg (Warthe).

v. **Dönhoff-Friedrichstein, August** Graf, Kaiserl. Legationsrath a. D. und Kammerherr, Rittmeister d. R., Fideikommißbesitzer, Mitglied des Reichstages und des Herrenhauses, Friedrichstein bei Löwenhagen (Ostpreußen), [Berlin W. 8, Mohrenstraße 1/5].

v. **Dönhoff-Skandau, Alexander** Graf, Rittergutsbesitzer, Skandau (Ostpreußen).

zu **Dohna-Kotzenau, Wilhelm** Burggraf und Graf, Königlicher Kammerherr, Fideikommißbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Klein-Kotzenau bei Kotzenau (Schlesien).

zu **Dohna-Lauck, Friedrich** Burggraf und Graf, Kgl. Kammerherr, Majoratsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Lauck über Mühlhausen (Ostpreußen).

zu **Dohna-Mallmitz, Alfred** Burggraf und Graf, Kgl. Kammerherr, Major a. D., Landesältester, Fideikommißbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Mallmitz (Schlesien), [Berlin W. 64, Wilhelmstraße 70a].

zu **Dohna-Schlodien, Adolph** Burggraf und Graf, Königl. Kammerherr, Rittmeister a. D., Fideikommißbesitzer, Mitglied des Reichstages und des Herrenhauses, Schlodien (Kreis Preuß. Holland), [Berlin W. 64, Unter den Linden 32, Hôtel du Nord].

zu **Dohna-Wundlacken, Georg** Burggraf und Graf, Rittergutsbesitzer, Wundlacken bei Königsberg (Ostpreußen).

v. **Douglas, W.** Graf, Major a. D., Gutsbesitzer, Mitglied des Reichstages, Gondelsheim bei Bruchsal (Baden) und Langenstein bei Stockach (Baden), [Berlin NW. 7, Neustädtische Kirchstraße 6/7] und [Karlsruhe (Baden), Waldhornstraße 5].

v. Dreßler, Königlicher Geheimer Regierungsrath und Landrath, Heiligenbeil.

v. Dreßler, Premier-Lieutenant a. D. und Rittergutsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Willkischken (Kreis Tilsit).

Dreyer, Gutsbesitzer, Kreis-Deputirter, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Waldhof bei Rhein (Ostpreußen), [Berlin W. 57, Göbenstraße 1].

v. Dürckheim-Bundhorst, **A. Eckbrecht** Reichsgraf, Hauptmann a. D., Rittergutsbesitzer, Hannover, Hohenzollernstraße 14.

Eben, Rittmeister der Reserve, Berlin W. 30, Neue Winterfeldtstraße 55.

v. Eichel, H., Rittergutsbesitzer, Marisfeld bei Themar (Sachs.-Meiningen).

v. Eichel, G., Rittmeister d. R., Rittergutsbesitzer, Landesältester, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Nieder-Heidersdorf über Görlitz, [Berlin W. 62, Kleiststraße 28].

Endell, Major a. D., Rittergutsbesitzer, Vorsitzender der Landwirthschaftskammer der Provinz Posen, Kiekrz bei Rokietnica (Landkreis Posen).

v. Erffa-Wernburg, **Hermann** Freiherr, Kgl. Kammerherr, Rittmeister der Landwehr-Kavallerie, Rittergutsbesitzer, Kreisdeputirter und Mitglied des Abgeordnetenhauses, Schloß Wernburg bei Poeßneck, [Berlin SW. 12, Prinz Albrechtstraße 9].

v. Esbeck-Platen, Kgl. Kammerherr, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Capelle bei Gingst (Rügen).

zu Eulenburg-Prassen, **R.** Graf, Excellenz, Ober-Marschall im Königreich Preußen, Majoratsherr, Mitglied des Herrenhauses, Prassen (Ostpreußen) über Schippenbeil.

Evert, G., Regierungsrath, Berlin W. 8, Mauerstraße 21.

v. Fabeck, Herrschaftsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Jablonken (Kreis Ortelsburg), [Berlin NW. 7, Schadowstraße 2.]

v. Farenheid-Beynuhnen, **Horst**, Lieutenant d. R. des Kürassier-Regiments Graf Wrangel, Majoratsbesitzer, Klein-Beynuhnen bei Launingken (Kreis Darkehmen).

v. Finckenstein-Reitwein, **Günther** Graf **Finck**, Fideikommißbesitzer, Reitwein über Bahnhof Frankfurt (Oder).

v. Finckenstein-Simnau, Graf **Finck**, Fideikommißbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Simnau bei Wodigehnen (Ostpreußen), [Berlin NW. 7, Neustädtische Kirchstraße 16].

v. Finckenstein=Ziebingen, **Wilhelm** Graf **Finck**, Majoratsbesitzer, Ziebingen (Kreis West=Sternberg).

Foerster, Premier=Lieutenant, Rittergutsbesitzer, **Kontopp** (Schlesien).

v. Foerster, Dr. jur., Rittergutsbesitzer, Mittlau bei Thomaswaldau (Kreis Bunzlau).

v. Frege=Weltzien, A., Dr. jur., Kammerherr, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Reichstages und der Sächsischen Ersten Kammer, Abtnaundorf bei Leipzig=Schönefeld, [Berlin W. 9, Königgrätzerstraße 5].

v. Freier, Günther, Premier=Lieutenant a. D., Rittergutsbesitzer und Ritterschaftsrath, Hoppenrade bei Garz (Prignitz).

Freudenstein, Dr. **Otto**, Rechtsanwalt und Notar, Rittergutsbesitzer, Hannover, Alte Celler Heerstraße 44.

v. Funcke, F., Rittergutsbesitzer, **Kieritzsch** (Königr. Sachsen).

v. Gaisberg, H. U., Rittergutsbesitzer, Mitglied der Württembergischen Kammer der Abgeordneten, Helfenberg bei Beilstein (Württemberg).

Gebauer, B., Rittergutspächter, Markendorf bei Frankfurt (Oder).

Gerdolle, H., Kaiserl. Oberförster a. D., General=Sekretär des Landwirthschaftlichen Bezirksvereins Lothringen, Metz (Lothringen).

Giersch de Rège, M., Gerichtsrath und Premier=Lieutenant der Garde=Landwehr a. D., Berlin NW. 52, Paulstr. 12, I.

Giesbert, G., Hofbesitzer, Sieringshoeck bei Gildehaus (Hannover).

v. Glasow, Majoratsbesitzer, Partheinen bei Wolittnick (Kreis Heiligenbeil).

Gontard, A., Rittergutsbesitzer, Mockau (Parthe).

v. Gottberg, Rittergutsbesitzer, Reblin bei Zitzewitz über Stolp (Pommern).

Graebe, Rittergutsbesitzer, **Karniszewo** bei **Kletzko**.

v. Graewe, Edler, Rittergutsbesitzer, Groß=Gotteswalde bei Sonnenborn über Mohrungen (Ostpreußen).

Grams, Rittergutsbesitzer, Bialachowken bei Hoch=Stüblau (Westpreußen).

Gravenstein, Richard, Rittergutsbesitzer, Sydow bei Biesenthal, Bahnhof (Kreis Ober=Barnim).

v. Grass=Klanin, **L.**, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Klanin bei Groß=Starzin über Putzig (Westpreußen), [Berlin SW. 48, Wilhelmstraße 18].

v. Griesheim, Premier=Lieutenant a. D., Rittergutsbesitzer, Falkenburg (Pommern).

v. der Groeben=Arenstein, Hauptmann a. D., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Reichstages und des Herrenhauses, Arenstein bei Tiefensee (Kreis Heiligenbeil), [Berlin W. 64, Wilhelmstr. 68].

v. der Groeben=Klingbeck, Rittergutsbesitzer, Groß=Klingbeck bei Ludwigsort (Ostpreußen).

Groß, H., Gutsbesitzer, Praußen bei Perwilten über Ludwigsort (Ostpreußen).

v. Gültlingen, Wilhelm Freiherr, Kgl. Kammerherr, Erbkämmerer und Landgerichts=Direktor, Mitglied des Reichstages und der Württembergischen Kammer der Abgeordneten, Stuttgart, Alexanderstraße 15, [Berlin W. 8, Mohrenstraße 1/5].

v. Gustedt=Lablacken, **W.** Baron, Kgl. Kammerherr, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Reichstages und des Abgeordnetenhauses, Lablacken über Labiau, [Berlin W. 10, Margarethenstraße 8].

v. Hacke, Erich Graf, Majoratsbesitzer, Alt=Ranft (Kreis=Ober=Barnim).

v. Haeseler, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Kloster Haeseler bei Bad Kösen.

Hagen, F., Lieutenant a. D. und Rittergutsbesitzer, Davidshof bei Grammen über Passenheim (Ostpreußen).

Hagen, F., Kgl. Amtsrath, Sobbowitz über Hohenstein (Westpreußen).

vom Hagen, H. Graf, Königl. Hofmeister, Kammerherr und Erbschenk im Herzogthum Magdeburg, Majoratsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Möckern (Kreis Jerichow I).

v. Hagen, Major a. D., Rittergutsbesitzer, Gollwitz bei Brandenburg (Havel).

v. der Hagen, Major a. D. und Rittergutsbesitzer, Nakel (Mark).

Halske, H., Rittergutsbesitzer, Dalldorf bei Büchen (Herzogth. Lauenburg).

Hambeck, Colon, Quendorf bei Schüttorf (Hannover).

v. Hanenfeldt, Rittergutsbesitzer, Grünenfeld bei Lindenau (Kreis Heiligenbeil).

v. Hasselbach, Kgl. Landrath, Hauptmann a. D., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Wolmirstedt (Bezirk Magdeburg), [Berlin NW. 7, Dorotheenstraße 80/81].

v. Haugwitz=Hardenberg=Reventlow, Heinrich Graf, Besitzer der Herrschaft Krappitz=Rogau, Rittmeister a. D., Mitglied des Herrenhauses, Schloß Rogau bei Krappitz (Oberschlesien).

Heckmann, L., Gutsbesitzer, Mönchhof bei Abterode (Hessen=Nassau).

Heinzmann, Eduard, Landwirth, Heinzendorf bei Thiergarten (Kreis Wohlau).

v. **Helldorff**-Wohlmirstaedt, Graf, Rittergutsbesitzer, Wohlmirstaedt (Bezirk Halle) über Wiehe (Bezirk Halle).

v. **Helldorff**-Zingst, **Roderich,** Rittmeister a. D. und Rittergutsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Zingst bei Nebra, [Berlin W. 8, Wilhelmstraße 94/96].

Heller-Peitschendorff, Verbandsanwalt der Westpreußischen Raiffeisen-Genossenschaften, Danzig, Vorstädt. Graben 37.

v. **Hennigs,** Premier-Lieutenant a. D., Rittergutsbesitzer, Techlin bei Tribsees (Pommern).

Hertwig, Paul, Rittergutsbesitzer, Breitingen (Bezk. Leipzig, Königreich Sachsen).

Hertwig, W., Rittmeister und Rittergutspächter, Goseck über Weißenfels.

v. **Hertzberg,** Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Lottin (Kreis Neustettin).

v. **Herzenberg,** Freiherr, Kammerherr, Rittergutsbesitzer, Heuckewalde (Kreis Zeitz).

Hetzer, Otto Julius, Rittergutsbesitzer, Niederkaina bei Bautzen.

v. **Heydebrand und der Lasa,** Hauptmann a. D., Rittergutsbesitzer, Klein-Gutowy bei Wreschen.

v. **Heydebrand und der Lasa,** Kgl. Kammerjunker, Rittergutsbesitzer, Schloß Storchnest bei Lissa (Posen).

v. **Heydebreck,** Rittergutsbesitzer, Neubuckow (Kreis Bublitz) über Groß-Tychow (Kreis Bublitz).

v. **Heyden-Linden,** Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Stretense bei Anklam.

Heyne, C. R., Weidigsmühle bei Jena.

v. **Heynitz, E.,** Rittmeister a. D. und Rittergutsbesitzer, Neuhausen (Kreis Cottbus).

v. **Heynitz,** Königl. Kammerherr und Rittergutsbesitzer, Weicha bei Weißenberg (Ober-Lausitz, Königr. Sachsen).

Hilgendorff, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Reichstages und des Abgeordnetenhauses, Platzig bei Prechlau (Westpreußen), [Berlin NW. 7, Friedrichstraße 94].

Hillmann, Gutsbesitzer, Kladow bei Crivitz (Mecklenburg).

Hillmann, W., Gutsbesitzer, Klein-Krankow bei Bobitz über Kleinen (Mecklenburg).

Himburg, R., Rittergutsbesitzer, Schricke bei Loitsche über Wolmirstedt (Bezirk Magdeburg), [Berlin W., Tauenzienstraße 7 part.].

v. Hindenburg, G., Rittergutsbesitzer, Langenau bei Freystadt (Westpreußen).

Hirt, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Cammerau bei Schweidnitz [Berlin W. 8, Jägerstraße 17, Schlösser's Hôtel].

Hoepfner, Rittergutsbesitzer, Böhmenhöfen bei Braunsberg.

zu Hohenlohe-Oehringen, Christian Kraft Erbprinz, Durchlaucht, Oberstkämmerer Sr. Majestät **des Kaisers** und **Königs**, Oberst-Lieutenant à la suite der Armee, Mitglied des Reichstages, Slawentzitz (Oberschlesien), [Berlin NW. 40, Hindersinstraße 12].

v. Hohenthal-Dölkau, **A.** Graf, Kgl. Kammerherr, Schloßhauptmann von Merseburg, Rittmeister a. D. und Fideikommißbesitzer, Dölkau bei Zöschen über Merseburg.

v. Hohenthal und Bergen, W. Graf, Dr. jur., Kgl. Sächs. Wirklicher Geheimer Rath und Kammerherr, Excellenz, außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister, Berlin W. 9, Voßstraße 19.

v. Holstein-Waterneverstorff, Graf, Erbherr, Mitglied des Reichstages, Waterneverstorff bei Lütjenburg (Holstein), [Berlin W. 9, Schellingstraße 10].

Holtz, Otto, Kaufmann und Farbenfabrikant, Berlin S. 59, Böckhstraße 2.

v. Hoverbeck, Alfred Freiherr, **gen. v. Schönaich**, Majoratsbesitzer, Klein-Tromnau über Riesenburg (Westpreußen).

v. Hoverden-Plencken, Graf, Majoratsbesitzer, Hünern bei Ohlau (Schlesien).

Hubbe, Richard, Rittergutspächter, Kaltenmark bei Nauendorf (Saalkreis).

v. Hundelshausen-Friemen, **E.**, Landesdirektor und Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Friemen bei Wahlershausen (Bez. Kassel).

Hungar, F., Rittergutsbesitzer, Wäldchen (Kreis Strehlen i. Schl.).

v. Hymmen-Endenich, Geh. Regierungsrath und Landrath a. D., Rittergutsbesitzer, Burg Endenich (Landkreis Bonn).

v. Jagow-Crüden, **W.**, Kgl. Kammerherr, Landrath a. D. und Fideikommißbesitzer, Crüden bei Seehausen (Altmark).

v. Jagow-Pollitz, Major a. D., Fideikommißbesitzer, Pollitz (Altmark).

v. Jagow-Rühstaedt, **Günther**, Rittmeister der Garde-Landw.-Kavallerie, Fideikommißbesitzer, Erbjägermeister der Kurmark Brandenburg, Rühstaedt über Wilsnack.

v. Jagow-Scharpenhufe, **H.**, Kgl. Landrath, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Osterburg (Altmark).

v. Jena, Kgl. Major a. D., Fideikommißbesitzer, Cöthen (Mark).

v. Ingelheim, Philipp Graf, Königl. Bayr. Rittmeister d. R., Fideikommißbesitzer, Geisenheim (Rheingau).

zu Inn- und Knyphausen, E. Graf, Königlicher Kammerherr, Landschaftsrath, Majoratsbesitzer, Mitglied des Reichstages und des Herrenhauses, Lützburg bei Hage (Ostfriesland), [Berlin W. 8, Mohrenstraße 27/28] und [Hannover, Friedrichstraße 13].

Jordan, G., Rittergutsbesitzer, Kuhhorst bei Börnicke (Osthavelland).

v. Jungschulz-Roebern, Rittergutsbesitzer, Laggarben bei Bahnhof Skandau.

v. Kaehne, C., Rittergutsbesitzer, Petzow bei Werder (Havel).

v. Kalckreuth, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Kurzig bei Pieske (Kreis Meseritz).

v. Kalckstein, U., Majoratsbesitzer, Wogau bei Preuß. Eylau (Ostpreuß.).

v. Kalnein-Kilgis, **K.** Graf, Kgl. Kammerherr, Rittmeister a. D., Majoratsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Kilgis bei Kreuzburg, Kreis Eylau (Ostpreußen).

v. Kanitz-Podangen, **H.** Graf, Königl. Kammerherr, Rittmeister a. D., Majoratsbesitzer, Mitglied des Reichstages und des Abgeordnetenhauses, Podangen bei Wormditt (Ostpreußen), [Berlin W. 64, Behrenstraße 64/65, Hôtel Windsor].

v. Katte, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Roskow (Mark) über Brandenburg (Havel).

v. Katte, H., Major a. D., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Vieritz bei Neuenklitsche.

Keding, Fr., Gutsbesitzer, Schmakentin bei Wismar (Mecklenburg).

v. Keyserling, H. Graf, und Graf **zu Rautenburg**, Kgl. Kammerherr, Majoratsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Schloß Rautenburg über Lappienen.

Klapper, Edmund, Chef-Redakteur von Fühling's Landwirthschaftliche Zeitung, Steglitz (Kreis Teltow), Albrechtstraße 115.

Klein, R., Gutsbesitzer, Aschaffenburg, Goldbecherstraße 6.

v. **Klinckowström, Cl.** Graf, Landrath, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Korcklack bei Gerdauen.

v. **Klitzing**-Charlottenhof, **G.**, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Charlottenhof (Neumark).

v. **Klitzing**-Demmerthin, Rittergutsbesitzer, Demmerthin (Prignitz) über Kyritz.

v. **Klitzing**-Grassee, Rittergutsbesitzer, Grassee bei Nörenberg (Pomm.).

v. **Klitzing**-Nieder-Zauche, Königl. Landrath, Rittergutsbesitzer, Nieder-Zauche (Kreis Sprottau).

v. **Klot-Trautvetter**, Graf, Majoratsbesitzer, Hohendorf bei Groß-Mohrdorf über Stralsund.

v. **Knebel-Doeberitz**-Dietersdorf, Rittergutsbesitzer, Dietersdorf bei Falkenburg (Pommern).

v. **Knebel-Doeberitz**-Lübgust, Rittergutsbesitzer, Lübgust bei Gramenz.

v. **Knebel-Doeberitz**-Zülshagen, Major a. D., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Zülshagen bei Dramburg.

v. **dem Knesebeck-Milendonk**, Freiherr, Königlicher Kammerherr und Ceremonienmeister, Major a. D., Fideikommißbesitzer, Schloß Tylsen bei Wallstawe über Salzwedel.

v. **Knobelsdorff, Wilhelm**, General-Major z. D., Hannover, Hildesheimerstraße 20.

Knoch, Emil, Rittergutsbesitzer, Alt-Gabel bei Ottendorf über Waltersdorf (Bzk. Liegnitz).

Knoch, Robert, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Ober-Poppschütz bei Neustädtel (Schlesien), [Berlin SW. 19, Krausenstraße 48].

v. **Kobylinski**, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Wöterkeim (Ostpreußen).

Koch, Paul, Rittergutsbesitzer, Ritterschaftsrath, Altenzaun bei Arneburg.

v. **Köckritz**, Hauptmann a. D., Rittergutsbesitzer, Siewisch bei Drebkau.

Koegel, Erich, Rittergutsbesitzer, Lüdersdorf bei Wriezen (Kreis Ober-Barnim).

v. **Königsmarck-Plaue, H.** Graf, Excellenz, Königl. Kammerherr, Schloßhauptmann von Rheinsberg, Erbhofmeister der Kurmark Brandenburg, Majoratsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Schloß Plaue (Havel), und Schloß Kamnitz bei Gostoczyn (Westpreußen).

v. Koerber, Rittergutsbesitzer, Groß-Plowenz bei Ostrowitt (Kreis Loebau, Westpreußen).

Kopp, Rittergutsbesitzer, Auerhof bei Thierenberg über Drugehnen (Kreis Fischhausen, Ostpreußen).

v. Kottwitz, Hauptmann a. D., Rittergutsbesitzer, Laubsdorf bei Neuhausen (Kreis Cottbus).

v. Kownacky, O., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Klein-Tauersee bei Heinrichsdorf über Soldau (Kreis Neidenburg), [Berlin SW. 13, Hollmannstraße 30].

v. Kotze, Königl. Landrath, Rittergutsbesitzer, Klein-Oschersleben bei Hadmersleben.

v. Kotze, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Lodersleben.

Krell, Rittergutsbesitzer, Campehl bei Bahnhof Neustadt (Dosse).

Kretschmer, Administrator, Schloß Sonnewalde (Nieder-Lausitz).

v. Kröcher, J., Rittmeister a. D., Haupt-Ritterschaftsdirektor, Fideikommißbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Vinzelberg (Altmark), [Berlin SW. 46, Dessauerstraße 23].

Krüger, Direktor der Hagelversicherungs-Gesellschaft „Borussia" Berlin W. 57, Potsdamerstraße 74.

Krüger-Gorschendorf, **M.**, Gutsbesitzer, Berlin NO. 43, Greifswalderstraße 213.

Kruse, Hauptmann a. D., Rittergutsbesitzer, Gneven bei Rabensteinfeld (Mecklenburg).

Kühn, P., Gutsbesitzer, Werneuchen.

Kühne, O., Rittergutspächter, Hartmannsdorf bei Oetzsch-Gautzsch.

v. Küster, Max, Königl. Landrath, Majoratsbesitzer, Lomnitz bei Schilbau (Bober).

v. Kunheim-Spanden, E., Kgl. Kammerherr, Fideikommißbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Spanden bei Schlodien.

v. Kunow, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Bomsdorf bei Neuzelle.

Kutscher, Amtsrath, Jannewitz bei Suckow über Schlawe.

Lamprecht, Gutsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Klein-Mutz über Zehdenick, [Berlin W. 8, Kronenstraße 2].

v. der Lancken-Lanckensburg, Rittmeister d. R., Rittergutsbesitzer, Lanckensburg bei Altenkirchen (Rügen).

v. der Lancken-Wakenitz, Freiherr, Major a. D., Rittergutsbesitzer, Boldevitz bei Gingst (Rügen).

Landmann, Adolf, Rittergutsbesitzer, Renkersdorf bei Frohburg (Königreich Sachsen).

v. Landsberg-Steinfurt, J. Freiherr, Königl. Kammerherr und Landrath, Mitglied des Herrenhauses, Steinfurt bei Drensteinfurt und Münster (Westfalen).

Landw. Verein zu Altenburg. General-Sekretär: Dr. R. Seifert, Direktor der landwirthschaftlichen Schule, Altenburg (Sachs.-Altenburg).

Landw. Zweigverein zu Bautzen I. in Sachsen. Vorsitzender: W. Jokusch, Stadtgutsbesitzer in Bautzen. Kassirer: B. Schrader, Bautzen, Wilthenerstraße 3.

Landw. Verein zu Beeskow (Mark). Vorsitzender: Simons, Rittergutsbesitzer, Giesensdorf bei Beeskow (Mark). Vertreter: H. Osterroht, Rittmeister der Landwehr-Kavallerie und Rittergutsbesitzer, Hartmannsdorf bei Pfaffendorf (Mark).

Landw. Verein Bitterfeld. Vorsitzender: von Busse, Major a. D., Rittergutsbesitzer, Vorsitzender der Landwirthschaftskammer für die Provinz Sachsen, Zschortau. Schriftführer: Mackenthum, Rittergutsbesitzer, Brodau bei Zschortau.

Landw. Verein zu Crossen (Oder). Vorsitzender: Fournier, Rittergutsbesitzer, Ritterschaftsrath, Hauptmann a. D., Baudach bei Crossen (Oder). Schatzmeister: Rentmeister Alberti, Crossen (Oder).

Landw. Verein der Kreise Czarnikau und Filehne. Vorsitzender: Max Zindler, Hauptmann d. L., Gutsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Neudorf bei Schönlanke, [Berlin NW. 7, Mittelstraße 16/17]. Schatzmeister: Sabatke, Rektor, Schönlanke.

Lokalabtheilung Düren des Landw. Vereins für Rheinpreußen. Direktor: v. Breuning, Königlicher Kammerherr und Landrath, Düren (Rheinland). Rendant: Rossum, Düren.

Lokalabtheilung Düsseldorf des Landw. Vereins für Rheinpreußen. Direktor: Landgerichtsdirektor Ludwig Schmitz, Düsseldorf. Rendant: H. Gerkrath, Düsseldorf, Kronprinzenstraße 6.

Landw. Verein zu Eutritzsch, Königreich Sachsen. Vorsitzender: Vollsack, Oekonomie-Rath, Großzschocher bei Leipzig.

Landw. Verein zu Freienwalde (Oder). Vorsitzender: Gutsbesitzer Veit, Herrenwiese bei Altranft.

Landw. Verein zu Freienwalde in Pommern. Vorsitzender: von Wedel, Rittergutsbesitzer, Vehlingsdorff bei Freienwalde (Pommern). Rendant: Karl Meißner, Kaufmann, Stargard (Pommern).

Hessischer Verein für wirthschaftliche Interessen. Vorsitzender: F. Oldenburg, Königlicher Oberamtmann, Vorsitzender der Landwirthschaftskammer für den Regierungsbezirk Kassel, Wilhelmshof bei Hersfeld.

Landw. Verein im Riesengebirge zu Hirschberg in Schlesien. Vorsitzender: Laengner, Oekonomie-Rath, Alt-Kemnitz bei Hirschberg (Schlesien). Rendant: Thamm, Hirschberg (Schlesien), Wilhelmstraße 51.

Landw. Verein zu Genthin. Vorsitzender: Himburg, Königlicher Amtsrath, Amt Fienerode bei Genthin. Rendant: Eduard Ulrich, Kaufmann, Genthin.

Landw. Verein der Kreise Inowrazlaw und Strelno. Vorsitzender: Rittergutsbesitzer Freiherr von Schlichting, Wierzbiczany bei Argenau. Rendant: C. Mahncke, Rittergutsbesitzer, Gonsk bei Argenau.

Landw. Verein zu Königsberg (Neumark). Vorsitzender: von Saldern, Königl. Landrath und Rittergutsbesitzer, Klein-Mantel bei Groß-Mantel (Neumark). Rendant: Ritter, Königsberg (Neumark).

Landw. Zweigverein der Pommerschen Oekonomischen Gesellschaft zu Labes. Vorsitzender: von Borcke, Rittergutsbesitzer, Labes A. D. bei Labes. Schatzmeister: Buchdruckereibesitzer Straube, Labes.

Leipziger Oekonomische Societät. Vorsitzender: Dr. jur. A. von Frege-Weltzien, Kammerherr, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Reichstages und der Sächsischen Ersten Kammer, Abtnaundorf bei Leipzig-Schönefeld. Kreisvereins-Sekretär: Oekonomie-Rath F. H. Francke, Leipzig, Nürnbergerstraße 58 II.

Landw. Kreisverein zu Lippstadt. Direktor: Freiherr von Werthern, Königl. Geheimer Regierungsrath und Landrath in Lippstadt. Rendant: H. Wensing, Lippstadt.

Landw. Kreisverein Minden. Vorsitzender: C. Hugues, Rittergutsbesitzer, Haddenhausen bei Dützen über Minden (Westfalen).

Landw. Verein zu Neuteich (Kreis Marienburg, Westpreußen). Vorsitzender: E. Grunau, Rittergutsbesitzer, Lindenau bei Groß-Mausdorf (Westpr.).

Landw. Verein zu Nimptsch. Vorsitzender: Graf von Zedlitz-Trützschler, Kgl. Kammerherr, Rittergutsbesitzer, Petrikau bei Nimptsch. Kassirer: H. Tschor, Nimptsch.

Pommersche Oekonomische Gesellschaft, Hauptdirektorium der. Hauptdirektor: von Saldern-Brallentin, Oberst a. D., Rittergutsbesitzer, Brallentin bei Dölitz. General-Sekretär: Professor Dr. Troschke, Cöslin, Bergstraße 44.

Landw. Kreisverein Posen. Vorsitzender: Dr. Baarth, Kgl. Landrath, Posen. Sekretär: E. Pflücker, Posen, Ritterstraße 13.

Landw. Verein zu Pritzwalk. Vorsitzender: von Freier, Rittergutsbesitzer, Ritterschaftsrath, Hoppenrade bei Garz (Prignitz). Sekretär: Rambohr, Pastor, Kuhsdorf bei Pritzwalk.

Landw. Verein zu Rathenow. Vorsitzender: Briesen, Rittmeister a. D. und Rittergutsbesitzer, Böhne bei Groß-Wudicke.

Landw. Verein der Insel Rügen zu Bergen a. R. Vorsitzender: Doehn, Rittergutsbesitzer, Glutzow bei Poseritz (Rügen). Vertreter: M. Wendhausen, Rittergutsbesitzer, Lancken bei Wieck (Rügen).

Landw. Kreditverein im Königreich Sachsen. Direktor: Dr. P. Mehnert, Königlicher Hofrath, Rittergutsbesitzer, Mitglied der Sächsischen Zweiten Kammer, Dresden-A., Sidonienstraße 16b.

Landwirthschaftskammer für die Provinz Schleswig-Holstein in Kiel. Vorsitzender: Graf zu Rantzau-Rastorff, Rittergutsbesitzer, Landrath in Plön. General-Sekretär: Dr. H. Breyholz, Kiel, Kronshagener Weg 5.

Landw. Verein Schloppe. J. Schütz, Gutsbesitzer, Trebbin (Westpreußen) über Filehne.

Landw. Verein für Schönhausen und Umgegend, Schönhausen (Elbe). Vorsitzender: Fr. Bellin, Gutsbesitzer, Schönhausen (Elbe).

Landw. Abtheilung des Altmärkischen Vereins für Vaterländische Geschichte und Industrie in Stendal. Vorsitzender: von Bismarck, Königl. Landrath und Amtshauptmann der Altmark, Rittergutsbesitzer, Briest bei Stendal.

Landw, Verein der Sternberger Kreise. Vorsitzender: Bohtz, Geheimer Regierungsrath und Landrath, Rittergutsbesitzer, Direktor der Landfeuersocietät der Neumark, Mitglied des Reichstages und des Abgeordnetenhauses, Schmagorei bei Heinersdorf (Kreis Ost-Sternberg), [Berlin SW. 46, Bernburgerstraße 6].

Landw. Kreisverein Strehlen in Schlesien. Vorsitzender: von Lieres, Königl. Landrath, Major a. D., Rittergutsbesitzer, Strehlen in Schlesien. Vertreter: von Luck, Premier-Lieutenant a. D., Rittergutsbesitzer, Kreis-Deputirter, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Ottwitz bei Waelbchen (Schlesien), [Berlin SW. 68, Oranienstraße 106].

Uckermärkischer Verein für Thierschau und Landeskultur zu Prenzlau. Vorsitzender: von Winterfeldt-Menkin, Geh. Regierungsrath und Landrath, Mitglied des Reichstages und des Herrenhauses, Menkin bei Löcknitz, [Berlin NW. 6, Karlstraße 11]. Rendant: Reichert, Kreisausschuß-Sekretär, Prenzlau.

Landw. Verein zu Wilsnack. Vorsitzender: Günther von Jagow, Erbjägermeister der Kurmark Brandenburg, Rühstaedt über Wilsnack. Schriftführer: Voigt, Konrektor, Wilsnack. Rendant: L. Drews, Wilsnack.

Landw. Verein Zwaetzen-Jena. Rendant: Schilling, Zwaetzen bei Jena.

v. Langen, Dr. jur., Freiherr, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Reichstages, Groß-Lüdershagen bei Stralsund, [Berlin NW. 23, Brücken-Allee 36].

v. Langermann und Erlencamp, Freiherr, Rittergutsbesitzer, Lubin über Gostyn (Kreis Kosten).

Laqua, H., Gutsbesitzer, Sorgau bei Grottkau.

Leidloff, R., Rittergutsbesitzer, Poethen bei Gommern.

Leonhardt, Rittergutsbesitzer, Ruzewko bei Güldenhof (Bzk. Bromberg).

Leuschner, Ernst, Königlicher Geheimer Bergrath, Ober-Berg- und Hütten-Direktor der Mansfelder Gewerkschaft, Mitglied des Reichstages, Eisleben, [Berlin W. 8, Charlottenstraße 71].

v. Levetzow-Gossow, Dr. A., Kgl. Wirkl. Geheimer Rath, Excellenz, Landes-Direktor a. D., Mitglied des Staatsraths, des Reichstages und des Herrenhauses, Gossow bei Vietnitz, [Berlin W. 9, Leipziger Platz 2].

v. Levetzow=Groß=Wubiser, Rittergutsbesitzer und Kreisdeputirter, Frankfurt (Oder), Lindenstraße 24.

v. der Leyen, Rittergutsbesitzer, Schramowo bei Pokrzydowo (Kreis Strasburg, Westpreußen).

v. Lieres und Wilkau, Landesältester, Rittergutsbesitzer, Pasterwitz bei Wiltschau über Rothsürben.

zur Lippe, Ferdinand Graf und Edler Herr, Erlaucht, Standesherr, Rittergutsbesitzer, Mitglied der Sächsischen Ersten Kammer, Baruth (Sachsen).

zur Lippe, Dr. **Alexander** Graf und Edler Herr, Erlaucht, Rittergutsbesitzer, Ober=Schönfeld bei Schönfeld (Bzk. Liegnitz) über Bunzlau.

v. Livonius, Rittergutsbesitzer, Landschaftsrath, Wendisch=Carstnitz bei Lupow (Kreis Stolp).

v. Loebell, General=Lieutenant z. D., Excellenz, Hannover, Hohenzollernstraße 11.

v. Loën, Freiherr, Major a. D., Rittergutsbesitzer, Groß=Biesnitz bei Görlitz.

v. Loesch, Heinrich, Rittmeister a. D., Landesältester und Rittergutsbesitzer, Kammerswaldau (Kreis Hirschberg, Schlesien).

Lucke, Carl, Rittergutspächter, Patershausen bei Offenbach (Main).

v. und zu Lüderitz, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Lüderitz (Altmark).

v. Lüttichau, Rittergutsbesitzer, Audigast bei Pegau (Kgr. Sachsen).

Mac' Lean=Czerbienschin, **A.**, Lieutenant a. D., Rittergutsbesitzer, Czerbienschin bei Sobbowitz (Westpreußen), [Berlin, Postamt 50a].

Mac' Lean, Rittergutsbesitzer, Roschau bei Sobbowitz (Westpreußen).

v. der Malsburg, Hans Baron, Kgl. Kammerherr, Rittergutsbesitzer, Escheberg bei Zierenberg (Hessen=Nassau), [Kassel, Königsstraße 4].

v. Manteuffel, **O.** Freiherr, Landesdirektor der Provinz Brandenburg, Rittergutsbesitzer, 1. Vice=Präsident des Herrenhauses, Mitglied des Reichstages, Schloß Crossen bei Drahnsdorf (Berlin=Dresdener Bahn), [Berlin W. 10, Matthäikirchstraße 20/21].

v. Martini, Emil, Rittergutsbesitzer, Lukowo bei Obornik (Posen).

Massalsky, Major a. D., Rittergutsbesitzer, Gnölbzig b. Cönnern (Saale).

v. Massow, Major z. D., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Reichstages, Rohr (Pommern) über Rummelsburg (Pommern), [Berlin W. 9, Königgrätzerstraße 21].

Matti, L., Gutsbesitzer, Obergartenhof bei Aschaffenburg.

Mauerhoff, Gutsbesitzer, Klein-Kamionken bei Rosoggen über Sorquitten.

v. Mendel-Steinfels, Landes-Oekonomierath und Dozent, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Halle (Saale), [Berlin W. 9, Königgrätzerstraße 23].

v. Mirbach-Sorquitten, J. Graf, Fideikommißbesitzer, Mitglied des Reichstages und des Herrenhauses, Sorquitten (Ostpreußen), [Berlin W. 64, Wilhelmstraße 69, Hôtel Royal].

Mooren, **Th.**, Bürgermeister, Mitglied des Reichstages und des Abgeordnetenhauses, Eupen (Rheinprovinz), [Berlin NW. 7, Friedrich-Straße 143/149].

v. Mudersbach, Weitzel, Rittergutsbes., Osterwein bei Osterode (Ostpr.).

Müller, Richard, Stadtgutsbesitzer, Eckartsberga (Prov. Sachsen).

Müller, Hugo, Gräfl. Oberförster und Generalbevollmächtigter, Schloß Wiesenburg (Mark).

v. Münchhausen, Heino Freiherr, Premierlieutenant a. D., Rittergutsbesitzer, Herrengosserstedt bei Buttstädt (Provinz Sachsen).

v. Muschwitz, Th., Rittergutsbesitzer, Wintdorf bei Drebkau.

v. Nathusius, Friedrich, Rittergutsbesitzer, Uchorowo bei Obornik.

v. Neumann-Gerbstedt, Legationsrath a. D., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Gerbstedt (Prov. Sachsen).

v. Neumann-Großenborau, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Ober-Großenborau bei Großenborau (Bzk. Liegnitz).

v. Nitzschwitz, F., Rittergutsbesitzer, Königsfeld bei Rochlitz (Königr. Sachsen).

Oberlaender, Rittergutsbesitzer, Wiederau bei Uebigau (Bzk. Halle).

Oertel, Dr. jur., **R.**, Göttingen.

v. Oertzen-Roggow, Landrath, Rittergutsbesitzer, Roggow über Neu-Buckow (Mecklenburg).

v. Oertzen-Groß-Schmückwalde, Rittergutsbesitzer, Groß-Schmückwalde über Osterode (Ostpreußen).

v. Oertzen-Remlin, **U.**, Geh. Ober-Regierungsrath a. D., Rittergutsbesitzer, Remlin bei Jördenstorf über Teterow (Mecklenburg-Schwerin).

v. Oldenburg, E., Königlicher Kammerherr, Rittergutsbesitzer, Januschau bei Rosenberg (Westpreußen).

Opitz, H. G., Justizrath, Rechtsanwalt und Notar, Rittergutsbesitzer, Mitglied der Sächsischen II. Kammer, Treuen (Vogtland).

v. Oppenfeld-Reinfeld, Assessor a. D., Fideikommißbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Reinfeld (Kreis Belgard) [Berlin NW. 7, Neustädtische Kirchstraße 6].

v. Ostau, Oberst a. D., Rittergutsbesitzer, Dretzel bei Gladau (Provinz Sachsen).

v. der Osten-Blumberg, **A.**, Rittmeister a. D., General-Landschaftsrath, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Reichstages und des Herrenhauses, Blumberg bei Casekow, [Berlin W. 10, Matthäikirchstraße 27].

v. der Osten-Jannewitz, Graf, Major a. D., Rittergutsbesitzer, Jannewitz bei Lauenburg (Pommern).

v. der Osten-Pencun, Königl. Kammerherr und Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Schloß Pencun (Vorpommern).

v. der Osten-Warnitz, Rittergutsbesitzer, Warnitz (Neumark).

v. der Osten-Wisbur, Rittergutsbesitzer, Wisbur bei Witzmitz (Pommern).

Osterroht, Rittergutsbesitzer, Neu-Künkendorf (Kreis Angermünde.)

Otto, Inspektor, Raiersdorf bei Landeck (Schlesien).

Pappritz, Rittergutsbesitzer, Ritterschaftsrath und Rittmeister d. R. des Dragoner-Regiments Nr. 2, Radach bei Drossen.

Pauckſch, Otto, Fabrikdirektor, Landsberg (Warthe).

v. Perbandt-Windekeim, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Adl. Langendorf bei Eichen über Tapiau (Ostpreußen), [Berlin SW. 9, Köthenerstraße 45].

v. Petersdorff, Landschaftsdirektor und Rittergutsbesitzer, Großenhagen bei Priemhausen über Gollnow (Pommern).

Pfeiffer, Richard, Rittergutsbesitzer, Biesen bei Zschortau.

v. Pfuel, Ritterschaftsdirektor und Rittergutsbesitzer, Jahnsfelde über Trebnitz (Ostbahn).

v. Platen-Fährhof, Gutsbesitzer, Fährhof bei Wiek (Rügen).

v. Platen-Parchow, Rittergutsbesitzer, Parchow bei Wiek (Rügen).

v. Platen-Ventz, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Stralsund, Sarnowstraße 3.

v. Plettenberg-Mehrum, Freiherr, Kgl. Kammerherr und Rittergutsbesitzer, Rittmeister a. D., Kreisdeputirter, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Haus Mehrum bei Vörde (Bezirk Düsseldorf), [Berlin SW. 12, Prinz Albrechtstraße 9].

v. Ploetz-Döllingen, Hauptmann a. D., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Reichstages und des Abgeordnetenhauses, Präsident des „Bund der Landwirthe“, Döllingen bei Elsterwerda (Elster), [Berlin SW. 46, Dessauerstraße 7].

v. Ploetz-Stuchow, Königl. Kammerherr, Majoratsbesitzer, Stuchow bei Schwirsen (Pommern).

v. Plotho-Zerben, **Wolfgang** Edler Herr und Freiherr, Fideikommißbesitzer, Pennigsdorf bei Bahnhof Güsen (Berlin-Potsdam-Magdeb. Eisenbahn).

v. Podbielski, General-Lieutenant z. D., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Reichstages, Dallmin (Westprignitz), [Berlin NW. 7, Schadowstraße 9].

v. Podewils, Majoratsbesitzer, Penken bei Schrombehnen (Kreis Preuß. Eylau).

v. Poncet-Friedrichshain, **Max,** Glashütten- und Rittergutsbesitzer, Friedrichshain über Döbern bei Forst (Lausitz).

v. Poncet-Kruchowo, **H.**, Rittergutsbesitzer, Kruchowo bei Wreschen (Posen).

v. Pressentin, gen. **v. Rautter,** Rittmeister a. D., Fideikommißbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Kanoten bei Gerdauen (Ostpreußen), [Berlin NW. 7, Mittelstraße 57/58].

v. Pückler, Friedrich Reichsgraf, Rittmeister a. D., Kreisdeputirter, Rittergutsbesitzer, Friedland (O.-Schl.).

zu Putlitz, Gans Edler Herr, Rittergutsbesitzer, Groß-Pankow (Prignitz).

v. Puttkamer-Plauth, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Reichstages und des Abgeordnetenhauses, Plauth bei Freystadt (Westpreußen), [Berlin NW. 23, Altonaerstraße 12].

v. Quast-Garz, Premierlieutenant a. D., Fideikommißbesitzer, Garz bei Wildberg (Mark).

v. Quistorp, Werner, Dr. jur., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Crenzow bei Murchin über Anklam (Neu-Vorpommern), [Berlin W. 64, Wilhelmstraße 70a].

v. Ramin, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Brunn bei Stettin-Neu-Torney.

v. Randow, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Klorin bei Prillwitz (Pommern).

Raschke, J. G., Städt. Lehrer, Steglitz, Filandastraße 11.

Rassow, E., Rittergutsbesitzer, Strelow bei Wendisch-Baggendorf über Grimmen.

Rechholtz, Hauptmann a. D., Rittergutsbesitzer, Selgenau (Bezirk Bromberg) [Kreis Kolmar, Posen].

Rée, G., Rittergutsbesitzer, Stibbe bei Tütz (Westpreußen).

de Rège, Major a. D., Lobosin (Bezk. Posen) über Rokietnice.

v. Reichel, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Maldeuten.

Reimer, W., Rittmeister der Landwehr-Kavallerie, Rittergutsbesitzer, Quitzin bei Grimmen.

Reimer, Rittmeister a. D., Königl. Amtsrath, Waldau (Ostpreußen).

Reinecke, W., Premier-Lieutenant, Rittergutsbesitzer, Gußwitz bei Bojanowo.

v. Restorff-Lindenau, Rittergutsbesitzer, Lindenau (Kreis Heiligenbeil) über Braunsberg (Ostpreußen).

v. Restorff-Rackow, Rittergutsbesitzer, Rackow bei Neubuckow (Mecklenburg).

v. Restorff-Schwengels, Rittergutsbesitzer, Schwengels bei Zinten (Ostpreußen).

Rettich, M., Domänenrath, Mitglied des Reichstages, Rostock, Blutstraße 14, [Berlin W. 9, Köthenerstraße 2].

v. Rex, Egon Graf, Rittmeister z. D., Rittergutsbesitzer, Mitglied der Sächsischen Ersten Kammer, Zehista bei Pirna.

v. Rexin, A., Majoratsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Woedtke bei Bresin über Lauenburg (Pommern).

Riebensahm, Lieutenant a. D., Mittelhufen (Landkreis Königsberg, Ostpreußen).

Riedel, L., Rittergutsbesitzer, Smolong über Bobau (Kreis Preuß. Stargard, Westpreußen).

v. Riepenhausen-Crangen, **K.,** Königl. Kammerherr, Premierlieutenant a. D., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Schloß Crangen über Pollnow, [Berlin NW. 40, Roonstraße 5].

v. **Ritz**=Lichtenow, Majoratsbesitzer, Lichtenow bei Friedeberg (Neumark).

v. **Rochow**=Golzow, **Wichard**, Major a. D., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Golzow (Kreis Zauch=Belzig).

v. **Rochow**=Plessow, **F.**, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Plessow bei Werder (Havel).

v. **Roeder**, Rittergutsbesitzer und Regierungs=Assessor a. D., Gohlau bei Deutsch=Lissa (Schlesien).

v. **Roennebeck**, Major a. D., Rittergutsbesitzer, Rönnebeck bei Osterburg (Altmark).

Roesicke, Dr. jur., Assessor a. D., Rittergutsbesitzer, Goersdorf bei Dahme (Mark), [Berlin SW. 46, Dessauerstraße 7].

v. **Rohr**=Dannenwalde, **Otto**, Rittmeister d. R. der Gardes du Corps, Rittergutsbesitzer, Dannenwalde (Prignitz).

v. **Rohr**=Demmin, **Hans**, Major a. D., Rittergutsbesitzer, Haus Demmin bei Demmin (Pommern).

v. **Rohr**=Hohenwulsch, **Curt**, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer und Kreisdeputirter, Mitglied des Herrenhauses Hohenwulsch bei Bismark (Altmark).

v. **Rohr=Levetzow**, Major a. D. und Rittergutsbesitzer, Groß=Wudicke.

Roloff, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Dabergotz bei Neu=Ruppin.

v. **Roon**, Graf, General=Lieutenant z. D., Excellenz, Fideikommißbesitzer, Mitglied des Reichstages, Krobnitz bei Melaune (Ober=Lausitz), [Berlin W. 10, Victoriastraße 1].

Rosenow, A., Premierlieutenant a. D. und Königl. Amtsrath, Brandenburg über Ludwigsort (Kreis Heiligenbeil, Ostpreußen).

v. **Rotenhan**, **Gottfried** Freiherr, Königl. Kammerherr, Rittergutsbesitzer, Rentweinsdorf (Bayern).

Roth, G., Gutsbesitzer, Calberwisch bei Osterburg (Altmark).

Rudloff, Premier=Lieutentant d. R., Rittergutsbesitzer, Bertkow bei Goldbeck (Altmark).

v. **Rumohr**, Königlicher Kammerherr und Rittergutsbesitzer, Landschaftsdirektor, Rundhof über Kappeln (Schleswig).

v. **Rundstedt**, Rittergutsbesitzer, Badingen (Provinz Sachsen) über Stendal.

Runge, H., Rittergutsbesitzer und Lieutenant a. D., Schmatzin bei Züssow.

Ruyter, Rittergutsbesitzer, Plotha bei Belgern (Bzk. Halle).

Sachße, Bernhard, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Reichstages, Merschwitz bei Weißig (Elbe), (Kgr. Sachsen), [Berlin W. 9, Königgrätzerstraße 23].

Saeuberlich, A., Oberamtmann, Gröbzig (Anhalt).

v. Saint-Paul, Ulrich, Majoratsbesitzer, Jaecknitz bei Zinten (Ostpr.).

v. Saldern-Brallentin, Oberst a. D., Rittergutsbesitzer, Hauptdirektor der Pommerschen Oekonomischen Gesellschaft, Brallentin bei Dölitz.

v. Sandersleben, Rittergutsbesitzer, Alt-Hörnitz bei Zittau.

Sandfort, B., Colon, Waldseite bei Bentheim.

Satow, Rittergutsbesitzer, Sonnenburg bei Freienwalde (Oder).

v. Saucken, O., Landrath und Hauptmann a. D., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Loschen bei Preuß. Eylau, [Berlin W. 62, Wormserstraße 2].

v. Sauerma-Ruppersdorf, Graf, Dr. jur., Königl. Kammerherr, Majoratsbesitzer, Rittmeister und Landrath a. D., Karisch bei Ruppersdorf (Schlesien).

Saurma von der Jeltsch, Freiherr, Rittmeister a. D., Majoratsbesitzer, Mitglied des Reichstages, Sterzendorf (Post) über Noldau (Kreis Namslau), [Berlin W. 64, Wilhelmstraße 70a].

v. Schaper, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Falkenberg (Bezirk Halle).

v. Scheel-Plessen, Graf, Königl. Kammerherr, Major a. D., Rittergutsbesitzer, Sierhagen bei Neustadt (Holstein).

v. Schierstädt, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses Trebichow bei Radenickel, [Berlin W. 35, Am Karlsbad 14].

Schilke, Rittergutsbesitzer, Ganshorn a. H. bei Hohenstein (Ostpreußen).

v. Schlemmer, Rittergutsbesitzer, Keimkallen bei Groß-Hoppenbruch über Wolittnick (Ostpreußen).

Schlick-Crottingen, Rittergutsbesitzer, Crottingen bei Deutsch-Crottingen (Kreis Memel).

v. Schlieben, G. Graf, Excellenz, Major a. D., Schloßhauptmann von Königsberg, Majoratsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Sanditten über Wehlau, [Berlin W. 64, Wilhelmstraße 70a].

v. Schlippenbach-Ahrendsee, Graf, General der Infanterie z. D., Excellenz, Rittergutsbesitzer, Ahrendsee bei Schönermark (Kreis Prenzlau).

v. Schmidt, Rittergutsbesitzer, Moschütz bei Friedheim (Posen).

v. Schmidtfeld, Freiherr, Rittergutsbesitzer, Schloß Ripkeim bei Wehlau.

v. Schmiterlöw, Rittergutsbesitzer, Draheim bei Tempelburg.

Schmuhl, Alfred, Amtmann und Rittergutspächter, Lauske bei Pommritz (Kgr. Sachsen).

v. Schönaich, **Müller**, Major a. D., Rittergutsbesitzer, Werben (Spreewald).

v. Schönburg-Glauchau, **R. C.** Regierender Graf, Erlaucht, Standesherr, Oberst à la suite der Armee, Mitglied des Herrenhauses, Gusow.

v. Schönburg-Waldenburg, **Hugo** Prinz, Durchlaucht, General der Kavallerie, Schloß Droyßig über Zeitz.

Schönfeld, **Otto**, Güterdirektor, Rogau-Rosenau bei Zobten (Bz. Breslau).

v. Schöning-Lübtow, **H.**, Majoratsbesitzer, Mitglied des Reichstages und des Abgeordnetenhauses, Lübtow A. bei Pyritz, [Berlin NW. 7, Reichstagsufer 9].

Schrader, Rittergutsbesitzer, Zechlau (Westpreußen).

Schroeder-Poggelow, Dr., Rittergutsbesitzer, Berlin W. 10, Rauchstraße 13.

Schroeder-Striesenow, **L.**, Gutsbesitzer, Striesenow bei Laage (Meckl.).

v. der Schulenburg-Beetzendorf, Königl. Landrath, Rittmeister a. D., Fideikommißbesitzer, Beetzendorf (Altmark).

v. der Schulenburg-Emden, Graf, Kgl. Kammerherr, Major a. D., Fideikommißbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Emden bei Erxleben.

v. der Schulenburg-Priemern, Rittergutsbesitzer, Priemern bei Seehausen (Altmark).

v. der Schulenburg-Heßler, Graf, Majoratsbesitzer, Erbkämmerer in der Landgrafschaft Thüringen, Vitzenburg über Nebra.

Schultz, **A.**, Gutsbesitzer, Liepe bei Dannenberg (Elbe).

Schultze, **Adolph**, Gutsbesitzer, Götz bei Groß-Kreutz (Mark).

Schultze-Holmer, Colon, Samern bei Schüttorf (Hannover).

Schulz, Dr., Rittergutsbesitzer, Liebenfelde bei Soldin.

Schulz, Dr. **R.**, Rittergutsbesitzer, Wulkow bei Boossen (Kreis Lebus).

Schulze, Wilhelm, Rittergutsbesitzer, Brederlow bei Köselitz über Pyritz.

v. Schwerin-Löwitz, H. Graf, Rittmeister a. D., Kreisdeputirter, Rittergutsbesitzer, Vorsitzender der Landwirthschaftskammer der Provinz Pommern, Mitglied des Reichstages und des Abgeordnetenhauses, Löwitz (Pommern) über Ducherow, [Berlin W. 62, Nollendorfplatz 7].

v. Schwerin-Schwerinsburg, B. Graf, Excellenz, Königl. Kammerherr und Erbküchenmeister in Alt-Vorpommern, Fideikommißbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Schwerinsburg bei Löwitz (Pommern).

v. Schwerin-Schwerinsburg, Karl Graf, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Friedelhausen bei Lollar über Londorf (Rhein-Hessen).

v. Schwerin-Wolfshagen, H. Graf, Majoratsbesitzer, Rittmeister d. R., Wolfshagen (Uckermark).

v. Schwerin-Ziethen, Graf, Königl. Polizei-Präsident, Rittergutsbesitzer, Hannover.

v. Seebach, Freiherr, Rittmeister a. D. und Rittergutsbesitzer, Großfahner über Gotha (Sachsen-Coburg-Gotha).

Seehagel, A., Administrator, Sipiory bei Neusipiory (Netze).

v. Seidlitz-Sandreczki, E. Graf, Fideikommißbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Langenbielau.

Seimert, Rittergutsbesitzer, Hirtendorf bei Sprottau.

Sievert, W., Gutsbesitzer, Zerrenthin über Stettin.

v. Sigsfeld, J., Rittergutsbesitzer, Wersingawe bei Polgsen (Kreis Wohlau).

v. Simpson, Rittergutsbesitzer, Schloß Georgenburg (Ostpreußen) über Insterburg.

v. Soden, Otto, Lieutenant d. R., Landwirth, Domäne Frankenhausen bei Grebenstein (Prov. Hessen-Nassau).

zu Solms-Baruth, Friedrich Fürst, Durchlaucht, Standesherr, Mitglied des Herrenhauses, Baruth (Mark), [Berlin W. 64, Behrenstr. 68].

zu Solms-Braunfels, Herrmann Prinz, Durchlaucht, Hauptmann a. D., Mitglied des Abgeordnetenhauses, Schloß Braunfels, [Berlin W. 8, Mohrenstraße 1/5].

zu Solms-Roedelheim, Otto Graf, Erlaucht, Erbtruchseß in Neu-Vorpommern, Major a. D., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Altenhagen bei Redebas über Velgast (Neu-Vorpommern), [Berlin W. 64, Wilhelmstraße 69].

Spalding, E., Rittergutsbesitzer, Gloedenhof bei Züssow.

v. Sperber-Gerskullen, **H.,** Regierungs-Assessor a. D., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Gerskullen bei Lengwethen.

v. Sperber-Kleszowen, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Reichstages, Adl. Kleszowen bei Kuddern über Darkehmen, [Berlin W. 8, Mohrenstraße 27/28].

Sperber-Prökuls, Rittergutsbesitzer, Adl. Prökuls (Kreis Memel).

v. Spörcken, W. Baron, Rittergutsbesitzer, Lüdersburg bei Echem (Hannover) über Lauenburg (Elbe).

Springer, Lehngutsbesitzer, Ruhlsdorf über Zerpenschleuse.

v. Staudy, L., General-Landschaftsdirektor und Rittergutsbesitzer, Mitglied des Reichstages, Posen, [Berlin NW. 7, Neustädtische Kirchstr. 14], (Schmidt's Hôtel zur Stadtbahn).

Steiger, A., Oekonomie-Rath und Rittergutsbesitzer, Klein-Bautzen bei Bautzen.

v. Stockhorner, O. Freiherr, Großherzogl. Badischer Kammerherr und Landgerichtsrath, Freiburg (Baden), Friedrichstraße 39.

zu Stolberg-Wernigerode, Const. Graf, Regierungs-Präsident, Merseburg.

Stolze, G., Kgl. Oekonomierath und Rittergutsbesitzer, Neukammer bei Nauen.

v. Strachwitz-Bertelsdorf, Graf, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Bertelsdorf bei Lauban in Schlesien, [Berlin W. 8, Mohrenstraße 1/5].

v. Strachwitz-Groß-Reichenau, Graf, Rittergutsbesitzer, Groß-Reichenau (Kreis Sagan).

Strötker, Gr., Colon, Achterberg bei Gildehaus (Hannover).

v. Stülpnagel-Dargitz, Fideikommißbesitzer, Carlstein bei Zehden (Oder).

v. Stülpnagel-Grünberg, Rittmeister a. D., Ritterschaftsrath und Rittergutsbesitzer, Grünberg bei Brüssow (Uckermark).

v. Sydow-Bärfelde, Rittergutsbesitzer, Bärfelde (Neumark).

v. Sydow-Kalzig, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Kalzig (Bezirk Frankfurt, Oder) über Schwiebus.

v. Teichman und Logischen, Baron, Rittergutsbesitzer, Dombrowka bei Proskau (Ober-Schlesien).

Tenge, A., Rittergutsbesitzer, Niederbarkhausen bei Oerlinghausen (Lippe-Detmold).

v. **Thielmann**, Freiherr, Kgl. Kammerherr, Majoratsbesitzer und Landesältester, Jacobsdorf bei Falkenberg (Ober-Schlesien).
Thietke, R., Gutsbesitzer, Deetz bei Groß-Kreutz.
v. **Tigerström, W.**, Rittergutsbesitzer, Bassin bei Grimmen.
Tippel, Otto, Chefredakteur, Schweidnitz (Schlesien).
v. **Thüngen, C.** Reichsfreiherr, Landrath, Rittergutsbesitzer, Roßbach bei Zeitlofs (Bayern).
Trapp, J. A., Hotelbesitzer und Weinhändler, Rüdesheim, (Rhein, Rheingau), Marktstraße 26.
v. **Trebra**, Rittergutsbesitzer, Schneeberg-Neustaedtel (Erzgebirge).
v. **Treskow**-Dahlwitz, **Heinrich**, Rittergutsbesitzer, Dahlwitz bei Hoppegarten (Kreis Nieder-Barnim).
v. **Treskow**-Wierzonka, **Hugo**, Rittergutsbesitzer, Wierzonka bei Kobelnitz.
v. **Troschke, E.** Freiherr, Hauptmann a. D., Rittergutsbesitzer, Fürstenflagge über Gollnow (Pommern).
v. **Unruh**, Rittergutsbesitzer, Klein-Münche bei Kaehme über Birnbaum (Provinz Posen).
v. **Usedom**, Major a. D., Rittergutsbesitzer, Zirmoissel bei Rappin (Rügen).
v. **Uslar**, Gutsbesitzer, Buschmoor bei Rinkenis (Schleswig), [Apenrade].
Veer, H., Colon, Engden bei Lingen (Hannover).
v. **Veltheim**-Ostrau, **Ludolf** Freiherr, Rittergutsbesitzer, Ostrau (Kreis Bitterfeld).
v. **Veltheim**-Schönfließ, **W.** Freiherr, Königl. Kammerherr und Ceremonienmeister, Major a. D., Majoratsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Schönfließ bei Hermsdorf (Mark), [Berlin W. 64, Behrenstr. 64/65].
Vogelsang, J., Colon, Bauerschaft Bentheim bei Bentheim (Hannover).
v. **Voß-Wolffradt, Achim**, Kgl. Kammerherr und Rittmeister a. D., Majoratsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Lüssow bei Gützkow (Neu-Vorpommern).
v. **Wackerbarth, O.** Freiherr, Kgl. Kammerherr, Major a. D., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Briesen bei Cottbus.
v. **Waldaw- und Reitzenstein**, Fideikommißbesitzer, Königswalde (Neumark).
v. **Waldow**, Rittmeister der Landwehr-Kavallerie, Rittergutsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Fürstenau bei Neuwedel, [Berlin W. 64, Behrenstraße 64/65].

Wallis, A., Rittergutsbesitzer, Göslow bei Gützkow.

v. **Wangenheim**, Freiherr, Rittergutsbesitzer, Weißenborn (Sachsen).

v. **Weiher**, Rittergutsbesitzer, Groß-Boschpol (Pommern).

v. **Weiher**, Rittergutsbesitzer, Vietzig (Pommern).

v. **Weiß**, Rittergutsbesitzer, Plauen bei Allenburg (Ostpreußen).

Weltner, Lieutenant der Landwehr-Kavallerie und Rittergutsbesitzer, Norgehnen bei Groß-Baum über Königsberg (Ostpreußen).

Wendenburg, Hermann, Lieutenant a. D., Rittergutsbesitzer, Beesenstedt bei Salzmünde.

Wendhausen, M., Rittergutsbesitzer, Lancken bei Wiek (Rügen).

v. **Wentzel**, Lieutenant a. D., Rittergutsbesitzer, Belencin (Kreis Bomst).

v. **Werdeck**-Schorbus, Lieutenant a. D., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Reichstages und des Abgeordnetenhauses, Schorbus bei Drebkau, [Berlin SW. 47, Großbeerenstraße 71].

v. **Wiedebach- und Nostitz-Jaenkendorf, Karl**, Majoratsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Wiesa bei Rengersdorf über Horka (Ober-Lausitz).

Wichmann, R., Rittergutsbesitzer, Nahmgeist bei Schönfeld (Bezirk Königsberg).

v. **Wilamowitz-Möllendorff, W.** Graf, Rittmeister a. D., Majoratsbesitzer, Schloß Gadow bei Lanz über Wittenberge (Bzk. Potsdam) [Westprignitz].

v. **Winterfeld**-Damerow, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Damerow bei Rechlin.

v. **Winterfeld**-Neuendorf, **K.**, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Herrenhauses, Neuendorf bei Neustadt (Dosse).

v. **Winterfeld**-Vahrnow, Rittmeister a. D. und Rittergutsbesitzer, Vahrnow bei Ottiliengrube.

v. **Wolzogen**, Baron, Rittergutsbesitzer, Dubberzin bei Groß-Schlönwitz über Stolp (Pommern).

Wrede, H., Rittergutspächter, Söderhof bei Ringelheim (Hannover).

Wühlisch, P. H., Rittergutsbesitzer, Lieskau bei Schleife (N.-Lausitz).

Wülfing, Otto, Fabrikbesitzer, M.-Gladbach (Kreis Düsseldorf).

v. **Wurmb, Hans Lutz**, Schloßhauptmann und Kammerherr, Rittergutsbesitzer, Porstendorff bei Dornburg (Saale) und Hof Großfurra über Sondershausen.

v. Zedlitz und Neukirch, Georg Freiherr, Königl. Landrath a. D., Rittergutsbesitzer, Neukirch (Katzbach) und Blankenburg (Harz).

v. Zelewski-Barlomin, Dr. jur., Königl. Kammerherr, Rittergutsbesitzer, Barlomin bei Lusin (Kreis Neustadt, Westpreußen).

Zersch, R., Oekonomierath, Rittergutspächter, Köstritz (Fürstenthum Reuß j. L.).

Ziegner, Administrator, Blumberg (Bzk. Potsdam).

v. Zimmermann, Rittergutsbesitzer, Ritterschaftsrath und Landesältester, Langmeil bei Züllichau.

v. Zieten-Schwerin, Graf, Fideikommißbesitzer, Mitglied des Staatsrathes und des Herrenhauses, Wustrau über Fehrbellin.

v. Zitzewitz-Cussow, Rittergutsbesitzer, Cussow bei Gumbin (Bezirk Köslin) über Stolp (Pommern).

v. Zitzewitz-Dumröse, **P.**, Rittmeister a. D., Rittergutsbesitzer, Dumröse bei Denzin.

Delegirte zur XXII. Generalversammlung der Vereinigung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer am 16. und 17. Februar 1897.

Landwirthschaftlicher Verein zu Dargun (Meckl.).

Moeller, Oekonomierath und Rittergutsbesitzer, Voigdehagen bei Stralsund.

Landwirthschaftlicher Verein Düben.

Gerber, Amtsrath, Domäne Schwemsal bei Düben.

Landwirthschaftlicher Verein Gardelegen.

von Davier, Landrath und Vorsitzender, Gardelegen.

Landwirthschaftlicher Verein Gilgenburg.

G. Regenborn, Rittergutsbesitzer, Schönwäldchen bei Froegenau (Ostpreußen).

Landwirthschaftlicher Verein für die Kreise Grätz und Neutomischel.

Daum, Landrath und Vorsitzender, Graetz (Posen).

Landwirthschaftlicher Ortsverein Lütgendortmund.

Summermann, Paul, Gutsbesitzer, Scheda (Westfalen).
Westermann, Heinrich, Ehrenamtmann, Lütgendortmund (Kreis Dortmund).

Landwirthschaftlicher Verein zu Obornik.

R. Cattien, Rittergutsbesitzer, Gorka bei Pamiontkowo (Bzk. Posen).

Landwirthschaftlicher Verein Schivelbein.

Cleve, Rittergutsbesitzer, Lekow bei Schivelbein.

Landwirthschaftlicher Kreisverein Schweidnitz.

Groß, Rudolf, Zuckerfabrikbesitzer, Waizenrodau (Schlesien).

Landwirthschaftlicher Verein zu Schwersenz.

Gottwald, Gutsbesitzer, Schwersenz, Vorsitzender.
Hahm, Gutsbesitzer, Lowenczyn bei Schwersenz.
Krönig, Gutsbesitzer, Lowenczyn bei Schwersenz.
Wetzel, Gutsbesitzer, Lowenczyn bei Schwersenz.

Landwirthschaftlicher Verein zu Seelow.

Schulz, Rittmeister und Rittergutsbesitzer, Rosengarten bei Frankfurt (Oder).

Landwirthschaftlicher Verein der Klein-Grundbesitzer zu Treptow (Rega).

A. Heynemann, Oberförster und Rittergutsbesitzer, Grünhaus bei Treptow (Rega).

Lokalabtheilung Köln des Rheinpreußischen Landwirthschaftlichen Central-Vereins.

Walter Herstatt, Kgl. Oekonomierath, Frankfurt a. M., Bockenheimer Landstraße 108.

Mecklenburgischer Patriotischer Verein.

Nölting, F., Rittergutsbesitzer, Spriehusen bei Neubuckow (Meckl.).

Zweigverein der Pommerschen Oekonomischen Gesellschaft zu Stolp-Schlawe-Rummelsburg.

v. Livonius, Landschaftsrath und Rittergutsbesitzer, Wendisch-Carstnitz bei Lupow (H.-Pommern).

Zweigverein der Pommerschen Oekonomischen Gesellschaft zu Cörlin a. P.

v. Braunschweig, Rittergutsbesitzer, Moltow bei Groß-Jestin.

v. Poninski, Graf, Rittergutsbesitzer, Coseeger bei Cörlin a. P.

Ferner haben die XXII. Generalversammlung besucht:

Arendt, Dr. Otto, Herausgeber des Deutschen Wochenblattes, Mitglied des Hauses der Abgeordneten, Berlin W. 62, Kalckreuthstraße 9.

Benda, Alexander, Landwirth, Deutsch-Wilmersdorf (Kreis Teltow), Uhlandstraße 51.

v. Blanckenburg, Rittergutsbesitzer, Zimmerhausen über Plathe (Pommern).

v. Blücher, Rittergutsbesitzer, Groß-Varchow (Meckl.).

Bovenschen, Dr. A., Redakteur, Berlin W. 57, Großgörschenstraße 10.

Conradi, A., Direktor der Landwirthschaftlichen Lehranstalt, Hohenwestedt (Holstein).

Dieckmann, Dr. R., Redakteur, Berlin SW. 46, Hallesche Straße 7.

v. Duttenhofer, Geheimer Kommerzienrath, Rottweil (Württemberg).

vom Hagen, Graf, Regierungs-Referendar, Berlin W. 8, Französische Straße 1 III.

Hager, Dr. C., General-Sekretär und Redakteur, Berlin SW. 48, Puttkammerstraße 14.

Heilemann-Vollshausen, Ingenieur und Schriftsteller, Schöneberg-Berlin, Akazienstraße 1.

Heinrich, Dr., Professor, Vorsteher der Landwirthschaftlichen Versuchsstation, Rostock.

Hertell, Kurd, Redakteur, Berlin SW. 46, Dessauer Straße 31.

v. Heydebrand und der Lasa, Dr., Landrath a. D., Rittergutsbesitzer, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Klein-Tschunkawe bei Gontkowitz (Bzk. Breslau).

Hoffmann, J., Redakteur des „Bund der Landwirthe", Berlin SW. 46, Dessauer Straße 7.

Jablonsky, M., Chef-Redakteur der Illustrirten Landwirthschaftlichen Zeitung, Schöneberg-Berlin, Hauptstraße 25.

Jäger, Rittergutsbesitzer, Neuplacht bei Templin.
v. Kardorff, Landrath a. D. und Rittergutsbesitzer, Mitglied des Reichstages und des Abgeordnetenhauses, Wabnitz (Kreis Oels, Schlesien).
Kern, Rittergutspächter, Liethe bei Wunstorf (Hannover).
v. Kölichen, Landesältester, Rittergutsbesitzer, Deichhauptmann, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Kittlitztreben (Bzk. Liegnitz).
Lackner, Carl, Gartenbau-Direktor, Steglitz, Albrechtstraße 57.
Lewald, Dr., Kgl. Landrath, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Rawitsch.
v. Lücken, Rittergutsbesitzer, Massow bei Freyenstein (Ostprignitz).
v. Michaël, Rittergutsbesitzer, Groß-Plasten bei Klein-Plasten (Meckl.).
Müller, Dr. Otto H., Chef-Redakteur der Deutschen Landwirthschaftlichen Presse, Berlin SW. 46, Hedemannstraße 10.
Oertel, Dr., Chef-Redakteur der Deutschen Tageszeitung, Berlin W. 46, Köthenerstraße 39.
Polakowsky, Dr. Hermann, Schriftsteller, Berlin NW. 21, Lübeckerstraße 6.
v. Rosenstiel, Kgl. Landrath, Bunzlau.
Raeck, Werner, Fürstlich Stolberg'scher Kammerdirektor, Roßla (Harz).
v. Schorlemer, Freiherr, Kgl. Landrath, Neuß.
Strecker, Dr. Arthur, Chef-Redakteur und Verleger der Deutschen Volkswirthschaftlichen Korrespondenz, Berlin W. 8, Mohrenstraße 50 III.
Wätjen, Rittergutsbesitzer, Lüderode bei Gilde (Kreis Goslar).

Das Bureau der Vereinigung befindet sich:

Berlin SW. 47, Hagelberger Straße 18.

Beitritts-Anmeldungen nimmt zur weiteren Veranlassung das **Bureau der Vereinigung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer** entgegen.

Sekretär und Rendant: Stephan-Berlin.

Druck: Deutscher Verlag (Ges. m. b. H.), Berlin SW., Königgrätzer Straße 41/42. 7873

Vom „Bureau der Steuer- und **Wirthschafts**-Reformer" (Sekretär Stephan), Berlin SW. 47, Hagelberger Straße 18, sind zu beziehen:

	ℳ
Die Berichte über die Verhandlungen **der I. bis XXII.** General-Versammlung (1876 bis 1897). Der einzelne Bericht	2,—.
Die Berichte über die Verhandlungen **der VIII. bis XXIV.** Hauptversammlung des Congresses **Deutscher** Landwirthe (1877 bis 1893). Der einzelne Bericht	2.

Ferner aus vorstehenden Berichten folgende Separatabdrücke:

Arendt-Berlin, Dr. **Otto**, und Dr. **von Frege**-Abtnaundorf. Zum österreichisch-deutschen Handelsvertrag. 1891	—,50.
Arendt-Berlin, Dr. **Otto**, und Dr. jur. **Bernhard Staff**-Berlin. Die Währungsfrage. 1893	—,80.
Arnim-Muskau, **Graf von**, und Landrath **Gescher**-Brömerhof. Die Reform der Produktenbörsen 1894	—,50.
Below-Saleske, von, und **von Knebel-Doeberitz**-Friedrichsdorf. Der Mangel an Arbeitern und Gesinde im Gebiete der Landwirthschaft. 1880	—,50.
Bräsicke-Bromberg, **H.** Die Eisenbahntarife. 1891	—,50.
Bünger-Schneidemühl, **Paul**. Die dringliche Nothwendigkeit gesetzlicher Maßnahmen behufs Einschränkung der hypothekarischen Verschuldung des Grundbesitzes. 1887	—,50.
Kanitz-Podangen, **Graf von**. Die Nothlage der Landwirthschaft und der Schutzzoll. 1887	—,30.
Kardorff-Wabnitz, **W. von**, und **Graf von Schwerin**-Löwitz. Die Forderungen der deutschen Landwirthschaft in Konsequenz der jüngsten wirthschaftspolitischen Maßnahmen. 1892 . .	—,50.
Lippe-Schönfeld, Dr. **A. Graf zur**, und **Professor Dr. Heinrich**-Rostock. Die Reinheit des ausländischen nach Deutschland importirten Getreides vom hygienischen und vom landwirthschaftlichen Standpunkte. 1897	—,80.
Mendel-Steinfels-Halle a. S., **von**. Der Zwischenhandel, seine Bedeutung, seine Gefahren für die Produktion, insbesondere für die Landwirthschaft. 1888	—,50.
Mendel-Steinfels-Halle a. S., **von**. Die Entwickelung des wirthschaftlichen Lebens in Deutschland seit 1890. 1894	—,50
Mirbach-Sorquitten, **Graf von**. Ist bei einem Festhalten an der Goldwährung ein Ende der wirthschaftlichen Krisis abzusehen? 1887	—,80
Mirbach-Sorquitten, **Graf von**. Zur Reform der direkten Steuern. 1890	—,50.
Opitz-Treuen, **H. G.** Der ländliche Grundbesitz in dem Entwurfe eines Bürgerlichen Gesetzbuches für das Deutsche Reich, insbesondere hinsichtlich seiner Verschuldung. 1889 . . .	—,30.
Opitz-Treuen, **H. G.** Die Stellung der Landwirthschaft zu dem Entwurfe des Bürgerl. Gesetzbuches f. d. Deutsche Reich. 1889	—,[illegible]
Platzmann-Sayda, Dr., und **Freiherr von Manteuffel**-Crossen. Die Sozialdemokratie und die ländliche Bevölkerung. 1891 .	,50
Suchsland-Halle a. S., Dr. **H.**, und **A. Saeuberlich**-Gröbzig. Verbände ländlicher Arbeitgeber. 1892	—,50.

Reichstagsreden vom 15., 16. und 17. Februar 1893: Ueber Handelsverträge, über die Forderungen der Landwirthschaft, sowie über die Bewegung im Kreise der Landwirthe. Nach dem amtlichen stenographischen Berichte . . . . [illegible]

Reichstagsreden vom 26. und 27. Februar und 1. März 1894, gehalten gelegentlich der ersten Lesung des Handels- und Schiffahrtsvertrages zwischen dem Deutschen Reiche und Rußland. Nach dem amtlichen stenographischen Bericht . . . . —[illegible]

Druck: Deutscher Verlag (G. m. b. H.), Berlin SW.

Digitized by Google